VERHANDLUNGEN DES RATES DER STADT KÖLN VOM JAHRE 2023

Herausgeber: Die Oberbürgermeisterin
Amt der Oberbürgermeisterin
Rathaus (Historisches Rathaus)
Sitzungsdienst 01-1-21

Inhaltsverzeichnis

23. Sitzung vom 9. Februar 2023 5
24. Sitzung vom 23. März 2023 105
25. Sitzung vom 16. Mai 2023 211
26. Sitzung vom 15. Juni 2023 293
27. Sitzung vom 7. September 2023 445
28. Sitzung vom 26. Oktober 2023 549
29. Sitzung vom 7. Dezember 2023 689
Sachregister 829
Rednerverzeichnis 839

23. Sitzung vom 9. Februar 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zum Stellenabbau von Ford im Standort Köln"

AN/0239/2023

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme der Schenkung „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden" an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln

0070/2023

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Die Linke. betreffend "Märkte am Autokino Porz erhalten – rechtliche Rahmenbedingungen anpassen"

AN/0217/2023

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei Verkehrsmaßnahmen"

AN/0148/2023

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Demokratieklausel in Mietverträgen städtischer Gebäude"

AN/0205/2023

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Kommunale Beobachter:innen Karneval"

AN/0209/2023

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern"

AN/0218/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/0259/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0254/2023

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Projektstruktur, Terminplan und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die geplanten Maßnahmen am Neumarkt"

AN/2281/2022

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2023

0064/2023

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Festkomitee Kölner Karneval"

AN/2282/2022

Antwort der Verwaltung vom 06.02.2023

0219/2023

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Best Practice:

Ausschussübersicht wie in Düsseldorf"

AN/0214/2023

Antwort der Verwaltung vom 02.02.2023

0430/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - § 14 Anregungen und Beschwerden

3814/2022

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgeltordnung für das Erheben von Parkentgelten am Fühlinger See

3547/2022

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

4182/2022

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Köln (RPO) sowie Neufassung der Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln (DA RPA)

2694/2022

6.4.2 Änderung der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren – hier: Anlage 4 (Förderungshöhe)

4268/2023

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022

0187/2023

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024

0188/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte hier: Kostenaktualisierung in Verbindung mit der Fördermittelbeantragung

3677/2022

7.2.2 Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße (südlicher Platz) in Köln-Porz

3830/2022

7.3 Belastungen des städtischen Haushaltes im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen hier: Bericht auf Grundlage des Buchungsstandes 31.12.2022

0330/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Generalinstandsetzung Kindertagesstätte Berrischstraße 132-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven - Weiterplanungsbeschluss

0563/2022

10.2 Masterplan Stadtgrün

2279/2022

zurückgestellt

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/0003/2023

zurückgezogen

10.3 Baubeschluss für den Neubau von vier stationären Verschlusseinrichtungen für den Hochwasserschutz von Stadtbahnanlagen in der Kölner Innenstadt

0471/2022

10.4 Sportentwicklungsplanung Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung von Sport und Bewegung

2036/2022

10.5 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2023 und 2024

2101/2022

10.6 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt Sanierung Rendsburger Platz

2359/2021

10.7 AchtBrücken GmbH hier: Betriebskostenzuschüsse für die Jahre 2025-2027

3272/2022

zurückgestellt

10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufstellung von 10 weiteren Variotafeln sowie Freigabe einer Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023

3609/2022

10.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gebäudes zur Erweiterung des Berufskolleg Ehrenfeld einschließlich 3-fach Sporthalle in Köln Ehrenfeld

3918/2022

10.10 Mitgliedschaft der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln beim Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main

4079/2022

10.11 Schulrechtliche Änderung der Schule Thymianweg (FSL) in Köln-Höhenhaus durch Schließung des Teilstandortes Berliner Str. 36, 51149 Köln bei gleichzeitiger Errichtung einer neuen Förderschule Lernen am Standort Berliner Straße in Köln-Westhoven

4216/2022

10.12 Erweiterung des Bildungsgangs "Einjährige Berufsfachschule Typ 2" im Schwerpunkt Metalltechnik des Berufskollegs Porz (BK 10) zum Schuljahr 2023/24

4337/2022

10.13 Drogenhilfeangebote am Neumarkt

3439/2022

10.14 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024

4117/2022

10.15 Delmenhorster Straße 20, Mittel für den Umbau

4121/2022

10.16 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Kulturelle Teilhabe, Haushaltsjahre 2023-2026

0054/2023

10.17 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2023/24

0100/2023

zurückgestellt

10.18 Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln (EHZK)

1538/2020/1

10.19 Baubeschluss für die Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz / Bf. West

1802/2022

10.20 Förderprojekt 'Dasselbe in Grün' - aus grauer wird grüne Infrastruktur hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

3066/2022

10.21 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt – Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt

4018/2022

10.22 Aufstellung und Einrichtung des für das Gymnasium Rochusstraße 145 bereits bestellten Modulbaus am Standort Eitorfer Straße zur Nutzung durch das Berufskolleg 10 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

4155/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt

AN/0261/2023

10.23 Einrichtung eines stadtgesellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung für den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

4294/2022

10.24 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2023

4331/2022

10.25 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG

0303/2023

10.26 Ergänzung von Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln

4353/2023

10.27 Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-Antidiskriminierungsarbeit -Filmproduktion, Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln

0307/2023

10.28 Kostenfortschreibung Neubau eines Brunnens am Neumarkt

0218/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den

Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03; Arbeitstitel: Deutzer Hafen – Teilplan Infrastruktur und Planungsbeschluss über die für die innere und äußere Erschließung notwendigen verkehrlichen Maßnahmen

3195/2022

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/0260/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)

AN/0269/2023

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 63454/03
Arbeitstitel: Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln-Braunsfeld

3989/2022

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 674351/02; Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd

4157/2022

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Josef-Kallscheuer-Straße entlang der Industriestraße und der Wattignystraße von Unter Buschweg bis Rodderweg in Köln-Sürth

2821/2022

16.2 284. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3223/2022

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Kölnstraße von Am Feldrain bis Haus-Nr. 51 einschließlich in Köln-Sürth

3281/2022

17 Gremienbesetzungen

17.1 Gestaltungsbeirat der Stadt Köln; Berufung der neuen Mitglieder des Gestaltungsbeirates

2599/2022

17.2 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Neubesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden"

AN/0206/2023

17.3 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Generalversammlung der Genossenschaft govdigital eG

4345/2022

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Lenkungskreis MiQua"

AN/0235/2023

17.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung im Bauausschuss"

AN/0250/2023

17.6 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Neubesetzung der Sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales"

AN/0253/2023

17.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Gremienumbesetzung"

AN/0255/2023

17.8 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln: Nachwahl eines Delegierten sowie von Gästen ohne Stimmrecht

0367/2023

17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Umbesetzung im Beirat des Krankenhauses Porz am Rhein gGmbH"

AN/0263/2023

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Sammelbeschluss zur schulrechtlichen Änderung mehrerer Gymnasien gemäß § 81 Schulgesetz NRW

4030/2022

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabriel, Ngoc-Anh; Gärtner, Ursula; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Karadag, Derya; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; von Lepel, Timo; Haaks, Stefanie; Mötting, Bettina; Stroß, Moritz;

Schriftführerin

Escher, Annika;

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Derichsweiler, Max Christian; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Philippi, Franz; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Spehl, Felix; Weisenstein, Michael;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Siebert, Diana,

Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Feicht, Andreas; Vogel, Alexander

(Beginn: 14.39 Uhr - Ende: 19.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 23. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders unsere Nachwuchskräfte, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für die kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten, Herrn Koenen. Ich begrüße natürlich alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bürgermeister und natürlich den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Tayfun Keltek, sowie alle Mitglieder des Rates.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie zunächst, mit mir den Opfern der schweren Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Die Bilder aus dem Erdbebengebiet haben uns alle tief erschüttert, und in Gedanken sind wir bei den Angehörigen der Opfer und denen, die ihre Liebsten vermissen und deren Hoffnung von Stunde zu Stunde schwindet. Viele Kölnerinnen und Kölner haben familiäre Wurzeln in der Türkei oder auch in Syrien. Sie bangen mit ihren Angehörigen. Auch ihnen gelten natürlich unsere Gedanken und unsere guten Wünsche in diesen Tagen. Wir hoffen und setzen uns dafür ein, dass die dringend benötigte Hilfe zügig dort ankommt, wo sie am wichtigsten ist. - Vielen Dank, dass sie mit mir an die Opfer denken. Vielen Dank.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Bevor ich in die Tagesordnung und ihre Abstimmung einsteige, möchte ich Herrn Kienitz sehr herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Besonders begrüßen möchte ich zudem heute natürlich unser neues Ratsmitglied, Frau Gabriel, die ich direkt zu Beginn verpflichten möchte. Frau Gabriel wurde für die KLIMA FREUNDE als Nachfolgerin von Frau Gabrysch festgestellt, und sie hat die Nachfolge angenommen.

Frau Gabriel, ich bitte Sie, nach vorne zum Rednerpult zu kommen, und alle Anwesenden, auch die Gäste und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, bitte ich sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Frau Gabriel, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]: Ja! - Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Derichsweiler, Herr Schallehn, Herr Weisenstein, Herr Jeschka, Herr Spehl, Herr Dr. Schlieben, Herr Joisten und Herr Philippi.

Als Stimmzählerinnen benenne ich: Frau Oedingen, Frau Heithorst und Frau Röhrig.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt sowie das frühere Ratsmitglied Gabrysch und Ratsmitglied Zimmermann haben am 02.02. fristgemäß einen Antrag

auf aktuelle Stunde zum Thema Stellenabbau von Ford im Standort Köln eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln sollten. Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: TOP 7.3, TOP 10.27 und TOP 10.28, TOP 17.4 bis TOP 17.9.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.2, 10.7 und 10.17.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ich sehe eine Wortmeldung. - Bitte sehr.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich möchte zu zwei Tagesordnungspunkten eine Befangenheitserklärung abgeben. Das wäre zum einen zu Tagesordnungspunkt 12.1, da trägt sich Frau Dickas als befangen ein, und in meinem Fall zu 24.3, da werde ich wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Danke schön. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir die von Ihnen angedachte Zusetzung unter 17.8, „Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: Nachwahl eines Delegierten sowie von Gästen ohne Stimmrecht“, in die Sitzung des Hauptausschusses verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, wird erledigt. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für den Tagesordnungspunkt 10.21 - da geht es um den Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt, Vergabe externer Fachbüros usw. - gab es im Kulturausschuss seitens der CDU-Fraktion Beratungsbedarf. Der hat sich mittlerweile erledigt. Insofern könnten wir aus unserer Sicht heute den Tagesordnungspunkt beraten und beschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich erkläre mich bei Punkt 26.3 für befangen und werde dann den Raum verlassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr. - Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? Da ist noch eine Wortmeldung. - Herr Büschges.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir sprechen auf jeden Fall formal gegen die Schiebung des Punktes 17.8 in den Hauptausschuss. Wir können uns nicht vorstellen, dass das so geht. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann würde ich darüber direkt abstimmen lassen. Dann ist das erledigt. Meines Erachtens ist es rechtlich möglich, weil es keine Verhältniswahl ist. Aber ich lasse gerne darüber abstimmen. Wer wünscht, dem Verweisungsantrag zu folgen, den bitte ich um das Handzeichen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dem Vertagungsantrag?)

- Dem Verweisungsantrag.

Das sind SPD, die LINKEN, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen.

Dringlichkeitsanträge haben wir keine. Dann komme ich jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung?

Philipp Busch (AfD): Entschuldigung, bin ich dran?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja!

Philipp Busch (AfD): Danke. - Doch, zur Dringlichkeit. Wir haben doch Dringlichkeitsanträge auf der Tagesordnung, also zumindest Verwaltungsvorlagen. Wir würden formal dagegensprechen, dass die dringlich sind. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie das bitte einmal konkretisieren, was Sie meinen? Ich lasse dann über die Änderung der Tagesordnung als Ganzes abstimmen.

Philipp Busch (AfD): Gerne. Das kann ich konkretisieren. Es gibt ja - das hatten Sie eben auch noch mal angefragt - nachgeschobene Verwaltungsvorlagen, und gegen deren Dringlichkeit habe ich gerade formal gesprochen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Von welcher Vorlage?

Philipp Busch (AfD): Alle. Gesamt. Das hatte ich auch gesagt: Gesamt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir vertagen alles? Nennen Sie doch einfach Tagesordnungspunkte! Meine Güte!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, alle dringlichen Vorlagen. Einverstanden? Dann lasse ich darüber mit der Reihenfolge der Tagesordnung abstimmen. - Okay.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst einmal darüber abstimmen, ob alle dringlichen Vorlagen oder Anträge zur Tagesordnung mitbehandelt werden sollen. Wer das nicht wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die gibt es nicht.

Dann kann ich jetzt über die Tagesordnung abstimmen lassen in der soeben geänderten Form. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? Der AfD-Fraktion. - Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, besonders die Teilnehmer*innen der Verwaltungslehrgänge des Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung mit ihrem Dozenten Herrn Koenen, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder. Weiter begrüßt sie den Vorsitzenden des Integrationsrates, Herrn Keltek.*

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Rat in einer Schweigeminute der Opfer der schweren Erdbebenkatastrophe in der Türkei und in Syrien.

<u>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</u>

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker verpflichtet im Sinne des § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln das neue Ratsmitglied Frau Ngoc-Anh Gabriel (Nachfolgerin von Frau Nicolin Gabrysch, KLIMA FREUNDE).

*II. Als Stimmzähler*innen schlägt die Oberbürgermeisterin die Ratsmitglieder Frau Oedingen, Frau Heithorst und Frau Röhrig vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

III. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Linke, FDP und Volt sowie die RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) haben am 02.02.2023 einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Stellenabbau von Ford im Standort Köln“ eingereicht, welcher unter TOP 1.1 behandelt wird.

IV. Die Oberbürgermeisterin nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

7.3 Belastungen des städtischen Haushaltes im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen
hier: Bericht auf Grundlage des Buchungsstandes 31.12.2022
0330/2023

*10.27 Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-Antidiskriminierungsarbeit -Filmproduktion, Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln*

0307/2023

10.28 Kostenfortschreibung Neubau eines Brunnens am Neumarkt
0218/2023

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Nachbesetzung Lenkungskreis MiQua"
AN/0235/2023

17.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung im Bauausschuss"
AN/0250/2023

17.6 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Neubesetzung der Sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales"
AN/0253/2023

17.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Gremienumbesetzung"
AN/0255/2023

17.8 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln: Nachwahl eines Delegierten sowie von Gästen ohne Stimmrecht
0367/2023

17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Umbesetzung im Beirat der Forensischen Klinik Köln-Porz"
AN/0263/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.2 Masterplan Stadtgrün

2279/2022

10.7 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschüsse für die Jahre 2025-2027
3272/2022

10.17 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2023/24
0100/2023

V. RM Syndicus erklärt ihre Befangenheit zum Tagesordnungspunkt

TOP 24.3

Abschluss eines Fördervertrages mit dem Orangerie Theater e.V.
0086/2023

sowie die Befangenheit von RM Dickas zum Tagesordnungspunkt

TOP 12.1
Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03; Arbeitstitel: Deutzer Hafen – Teilplan Infrastruktur und Planungsbeschluss über die für die innere und äußere Erschließung notwendigen verkehrlichen Maßnahmen

3195/2022

RM Boyens erklärt seine Befangenheit zum Tagesordnungspunkt

TOP 26.3

Stadtwerke Köln GmbH
4346/2022

VI. RM Hammer bittet, den Tagesordnungspunkt

TOP 17.8

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln: Nachwahl eines Delegierten sowie von Gästen ohne Stimmrecht
0367/2023

in die Sitzung des Hauptausschusses zu verweisen.

VII. RM Kienitz erklärt, dass sich der zum Tagesordnungspunkt

TOP 10.21
Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt

– Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt 4018/2022

im Ausschuss Kunst und Kultur seitens der CDU-Fraktion angemeldete Beratungsbedarf inzwischen erledigt habe und der Tagesordnungspunkt somit in der heutigen Sitzung beraten werden kann.

VIII. RM Büschges spricht sich für die AfD-Fraktion gegen die Verweisung des Tagesordnungspunktes

TOP 17.8
Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln: Nachwahl eines Delegierten sowie von Gästen ohne Stimmrecht
0367/2023

in den Hauptausschuss aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

IX. RM Busch spricht sich für die AfD-Fraktion gegen die Dringlichkeit der zugesetzten Verwaltungsvorlagen aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt darüber abstimmen, ob alle dringlichen Vorlagen / Anträge zur Tagesordnung behandelt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

X. Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Aktuelle Stunde zum Stellenabbau von Ford im Standort Köln“
AN/0239/2023

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zunächst eine kurze Stellungnahme aus Sicht der Stadtverwaltung. Ich spreche sicher für uns alle, wenn ich sage: Wir unterstützen die Beschäftigten von Ford und setzen uns mit ihnen dafür ein, dass jede Stelle erhalten bleibt. Wir werden alle Gesprächskanäle nutzen, und wir werden auch alles dafür tun, um den im Raum stehenden Stellenabbau - wenn er dann eintritt - so gering wie möglich zu halten. Der Presse ist die aktuelle Kommunikationslinie des Managements immer wieder zu entnehmen. Diese Kommunikationslinie trägt zur Unsicherheit vieler Ford-Mitarbeitenden bei.

Ich selbst kann zur weiteren Entwicklung von Ford keine belastbare Aussage treffen, aber der Betriebsrat wird natürlich in mir - wie auch bisher - eine Ansprechpartnerin haben, wenn er das wünscht. Er kann sich meiner und unserer Unterstützung sicher sein. Aber ich bitte auch darum, dass wir uns nichts vormachen. Eine deutsche Oberbürgermeisterin, und sei es auch die Oberbürgermeisterin der viertgrößten Stadt der Republik, wird unternehmerische Entscheidungen, die in den USA getroffen werden, nicht beeinflussen können.

Die Pläne von Ford, die ebenfalls bekannt wurden, haben mich überrascht, denn das letzte harte Sparprogramm, das auch unseren Standort hier in Köln stark getroffen hat, liegt gerade einmal drei Jahre zurück. Andererseits wurde unlängst erst ein milliardenschweres Investitionsprogramm für Köln bekanntgegeben. Und das ist ein starkes Bekenntnis zum Industriestandort Köln. Ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Ford an dieser Investition weiter festhält.

Sie alle wissen ja, dass die gesamte Automobilbranche weltweit im größten und umfassenstenen Transformationsprozess ihrer Geschichte ist. Die Umstellung vom Verbrennungsmotor auf Elektromobilität wird ein entscheidender Einschnitt sein. Und in Köln wollen wir an der Transformation des Individualverkehrs hin zur Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit teilhaben. Wir werden uns der damit verbundenen Realität stellen müssen, dass von dieser Transformation insbesondere auch viele Zulieferer betroffen sein werden. Ich bin jedenfalls vom Standort Köln und seiner Qualität zu 100 Prozent überzeugt. Ford Köln muss in Europa weiterhin führender Automobilhersteller bleiben, und dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen. Wir sind bereits in Gespräche mit der Landesregierung gegangen, und stimmen uns eng über das weitere Vorgehen ab. Alle weiteren Aktivitäten werden wir gemeinsam unternehmen. Ich stehe natürlich auch mit dem Ford-Management im Austausch und biete auch dort an, Auswirkungen eines möglichen Stellenabbaus mit städtischen Angeboten an Mitarbeitende von Ford abzumildern.

Ich würde jetzt gerne noch den Wirtschaftsdezernenten, Herrn Haack, der sich auch ganz eingehend natürlich mit dem Thema beschäftigt hat, bitten, mich zu ergänzen. - Herr Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Nachrichten zum geplanten Stellenabbau bei Ford in Köln haben auch die Verwaltung sehr überrascht. Seitdem gibt es einen regelmäßigen Austausch auf den unterschiedlichen Ebenen der Geschäftsführung zwischen der Oberbürgermeisterin, der KölnBusiness und mir. Auch uns treibt die große Sorge um die Zukunft der Entwicklungsabteilung von Ford, in der etwa 5 000 Mitarbeiterinnen arbeiten, und der avisierte Stellenabbau in der Verwaltung. Daher hat Frau Oberbürgermeisterin Reker direkt nach Bekanntwerden der Abbaupläne das Headquarter von Ford in der Person des CEO und des Aufsichtsratsvorsitzenden in den USA angeschrieben und um ein Gespräch gebeten. Denn die Entscheidung - Frau Reker hat es gerade gesagt - darüber, was in Europa und damit in Köln passiert, wird nicht hier getroffen, sondern in der Zentrale in den USA.

Wir haben gegenüber dem CEO und dem Aufsichtsratsvorsitzenden in Dearborn die Standortvorteile von Köln beschrieben und deutlich gemacht, dass sie in unseren Augen einen gravierenden Fehler begehen, wenn sie die Entwicklungsabteilung in Deutschland reduzieren. Die Nachricht vom Stellenabbau kam auch daher so überraschend, weil Ford noch vor kurzem bekanntgegeben hat, ein milliardenschweres Investitionsprogramm für den Standort in Köln durchzuführen, um das sogenannte Cologne Electrification Center in Niehl aufzubauen. Die Rede ist hier von einer Investition von etwa 2 Milliarden Euro. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass an dieser Investition festgehalten wird.

Weiterhin läuft das Schulungs- und Trainingsprogramm der Mitarbeiter zur Produktion und Endmontage von E-Autos unverändert weiter. Ebenso ist eines der größten 3D-Druckzentren mit zwölf Hochleistungs-3D-Druckern geplant, in dem zukünftig Ersatzteile nachproduziert werden können. Ein absolutes Leuchtturmprojekt für die Digitalisierung in der Industrie. Wir dürfen daher davon ausgehen, dass der Produktionsstandort von Ford in Köln damit langfristig gesichert ist.

Für Ford ist Köln das Zentrum der europäischen Elektroautoproduktion. Mit dem Bau des europäischen Electrification Center, insbesondere in Kombination mit dem bereits bestehenden exzellenten Entwicklungszentrum, sehe ich höchstes Zukunftspotenzial für die Firma und ihre Mitarbeitenden in unserer Stadt. Schon in diesem Jahr wird hier der erste vollelektrische Ford in Europa vom Band rollen. Binnen sechs Jahren, so hat Ford Deutschland angekündigt, sollen 1,2 Millionen E-Fahrzeuge folgen. Ich halte es daher für verfrüht, hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiter freizusetzen, wenn Ford seine visionären Pläne in so kurzer Zeit umsetzen möchte. Ich glaube, dass jede Stelle, die morgen abgebaut werden könnte, übermorgen fehlen wird.

Die Stimme der Oberbürgermeisterin - das hat sie auch gerade selbst schon gesagt - hat bei solchen unternehmensstrategischen Überlegungen in einem international agierenden Unternehmen jedoch nur einen begrenzten Einfluss. Sie signalisiert Wertschätzung und Unterstützung für den Erhalt der Arbeitsplätze, aber sie kann die endgültige Entscheidung kaum beeinflussen. Daher haben wir von Anfang an die Zusammenarbeit mit der Landesregierung gesucht. Denn wenn Stadt und Land auf internationaler Bühne gemeinsam auftreten, hat dies eine größere Wirkung, als wenn es die Stadt Köln alleine macht.

Wir sind in intensive Gespräche mit der Landesregierung gegangen und stimmen uns eng über das weitere Vorgehen ab. Alle weiteren Aktivitäten - auch das hat Frau Reker gerade schon erwähnt - werden wir gemeinsam mit unserer Landesregierung unternehmen. Gestatten Sie mir diesen Nebeneinwurf: Auch bei dem Unternehmen Lufthansa setzen wir auf diese Kooperation.

Noch haben wir keine Antwort aus den USA erhalten, aber man wird sich unserem Gesprächswunsch kaum verwehren können. Ich und wir sind uns sicher, dass wir hier in einem engen Schulterschluss zwischen dem Land und der Stadt die besten Chancen haben, Arbeitsplätze in Köln zu sichern.

Die Geschäftsleitung von Ford Deutschland, der Betriebsrat und die Gewerkschaften - also die Sozialpartner - eint das Ziel, ein profitables Unternehmen mit möglichst vielen Arbeitsplätzen in Europa, Deutschland und Köln auf Dauer zu erhalten. Hinter diesem Ziel haben sich auch die Landesregierung und die Stadt Köln versammelt. Natürlich gibt es auf dem Weg dahin zwischen den Sozialpartnern noch viele Themen zu diskutieren. Die Stadt Köln kann hier nur an alle Beteiligten appellieren, die Weichen für eine sichere Zukunft und für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze zu stellen. Wir werden unseren Teil gemeinsam mit der Landesregierung dazu beitragen, uns in Dearborn für den Erhalt der Arbeitsplätze in Köln einzusetzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Erste hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und an den Bildschirmen zu Hause, oder wo auch immer! Sie erlauben, dass ich ganz kurz, bevor ich zu TOP 1.1 spreche, dies sage:

Über 16 000 tote Menschen in der Türkei und in Syrien. Die Zahl steigt stündlich. Das ist mit Sicherheit die erschütterndste Nachricht der letzten Tage in einer Zeit, die mit schlimmen Nachrichten nicht spart. Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, für die Gelegenheit, in diesem Ratssaal auch zu gedenken. Die Schweigeminute war eine Geste der Solidarität, eine Geste der Menschlichkeit.

(Beifall)

Und nun natürlich trotzdem zu dem Thema, das uns heute in der aktuellen Stunde beschäftigt: der drohende Stellenabbau bei Ford am Standort Köln. Tausenden Menschen, die bis vor Kurzem noch mit vollem Vertrauen ihre berufliche Zukunft in die Hände von Ford gelegt haben, hat das Management jetzt um jede Sicherheit gebracht. Deswegen möchte ich ganz klar und deutlich sagen: Wir stehen an der Seite der 14 000 Beschäftigten bei Ford, für die die Ungewissheit über den eigenen Arbeitsplatz eine schwere Belastung ist. Wir stehen an der Seite der Betriebsräte und Gewerkschaften, die mit großer Erfahrung und Expertise um diese Arbeitsplätze kämpfen und die im Falle von Entlassungen dafür sorgen werden, dass dies sozialverträglich geschieht.

Wir halten die Überlegungen von Ford, in Köln in der Entwicklungsabteilung bis zu 2 500 Stellen zu streichen und damit die Produktentwicklung in Europa weitgehend zu beenden, für falsch. Autos für den europäischen Markt sollten in Europa und damit in Köln entwickelt werden. Der Fokus auf die großen in Amerika beliebten Modelle wird unserem Markt nicht gerecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Glück stehen hier nämlich nur wenige Menschen auf aufgepumpte Pick-ups und fette SUVs. Außerdem werden natürlich die Folgen für unsere Stadt massiv. Das bedeutet nämlich zum einen, Köln würde nicht nur Arbeitsplätze verlieren, sondern auch seine Bedeutung als wichtiger Wirtschaftsstandort, an dem zukunftsweisende Antriebstechnologien für Fahrzeuge entwickelt werden. Zum anderen bedeutet das, dass vor- und nachgelagerte Ingenieursdienstleistungen aus Unternehmen in der mittelbaren und in der unmittelbaren Umgebung überflüssig würden. Wie viele Kölner Wirtschaftsbereiche betroffen sein würden, zeigt auch dieses Beispiel: Auch die Bäckerei, die bisher diese mehrere Tausend Menschen bei Ford mit Brötchen versorgt hat, würde signifikant Kundschaft verlieren. Das alles mit kaum absehbaren sozialen Folgen.

Es ist also klar: Das würde uns hier in Köln auf vielen Ebenen schwächen. Es ist aber auch klar -

Frau Oberbürgermeisterin hat es gesagt -: Die unternehmerische Entscheidung wird final in den USA gefällt und die Faktoren, die dabei Einfluss haben, sind vielfältig. So spielt natürlich auch das milliardenschwere Antiinflationspaket der US-Regierung eine Rolle. Dass Robert Habeck und Emmanuel Macron hier in Gespräche gehen, um die Wettbewerbsnachteile für Europa abzuschwächen, kann man da nur gutheißen. Ändern können wir das hier in Köln nicht.

Die Entscheidung eines Unternehmens, welche Bereiche wo gestärkt oder geschwächt werden, ist aber immer auch von Standortbedingungen abhängig. Und dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir ins Spiel. Denn wir haben es in der Hand, wie wir den Wirtschaftsstandort Köln gestalten. Wir Grünen wollen vor allem klimafreundliche Technologien unterstützen, und da gehört die E-Mobilität, auf die nun endlich - leider allerdings viel zu spät - auch Ford sein Augenmerk gelegt hat, natürlich dazu.

Wir Grünen wollen den Standort Köln mit seiner exzellenten Hochschulanbindung vor allem für innovative und nachhaltige Wirtschaftsbetriebe stärken.

Herr Haack als Wirtschaftsdezernent hat es eben dargestellt: Auf vielen Ebenen sind wir bereits erfolgreich, wenn es darum geht, Köln als ein Zuhause für zukunftsfähige Arbeitsplätze zu entwickeln und optimale Ansiedlungs- und Bleibebedingungen für Unternehmen anzubieten. Hier dürfen und werden wir nicht nachlassen.

Es geht aber um noch etwas: Wenn Köln als Standort für innovative Wirtschaft attraktiv sein möchte, dann muss hier auch ein innovativer Mindset spürbar und sichtbar sein. Schlichtes Beispiel: Wenn wir Entwicklungs- und Produktionsstandort für E-Autos sein wollen, wäre es absurd, wenn wir die Ladeinfrastruktur für eben jene Autos nicht schnellstmöglich und enorm ausbauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Ich bin übrigens sehr zufrieden, dass wir genau das jetzt mit der beschlossenen zweiten Ausbaustufe tun.

Wir sind davon überzeugt, dass der Standort Köln ein hervorragender sein kann, auch für Ford. Wir wünschen deshalb dem Betriebsrat Erfolg bei den Verhandlungen für die Menschen, für das Unternehmen, für Europa und für Köln. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren, hier auf der Zuschauertribüne und auch an den digitalen Endgeräten! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vor mehr als 92 Jahren war es Konrad Adenauer, der Ford nach Köln geholt hat. Es war so, dass die Entscheidung damals getrieben war durch die Kompetenz und die guten Arbeitskräfte, die wir in Köln hatten. Das ist der Punkt, an dem wir heute wieder ansetzen können. Deshalb möchte ich - und auch wir als CDU - dem Bekenntnis, das meine Kollegin eben gegeben hat, ganz klar beipflichten: Köln gehört zu Ford und Ford gehört zu Köln! Deshalb ein klares Bekenntnis: Für den Autostandort Köln ist es wichtig, dass hier weiterhin nicht nur Autos gebaut werden, sondern für den europäischen Markt auch entsprechend Autos entwickelt werden.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des
Bündnisses 90/Die Grünen)

Diese Entwicklung bedeutet nämlich vor allen Dingen die Sicherung nicht nur der Arbeitsplätze von heute, sondern auch der Arbeitsplätze von morgen und übermorgen. Denn eines ist klar: Wenn die Entwicklung aus Köln weggeht in die USA zurück, ist das Risiko, dass auch in zehn Jahren in Köln keine Autos mehr gebaut werden, groß. Genau das ist es, was wir nicht wollen. Vor dem Hintergrund noch einmal klare Solidarität mit den Mitarbeitenden bei den Ford-Werken und dem Betriebsrat: Wir werden diesen Prozess unterstützen und wir sind sehr froh, dass auch die Verwaltung und das Ministerium in Düsseldorf diesen Prozess unterstützen. Was wir tun können, werden wir tun.

Was wichtig ist - das ist der zweite Aspekt neben der aktuellen Situation -, ist, dass wir weiter an den Rahmenbedingungen arbeiten. Diese Rahmenbedingungen für einen Entwicklungsstandort in Köln sind nicht schlecht. Im Gegenteil: Sie sind sehr gut im europäischen und auch im deutschen Bereich. Wenn man sich die Infrastruktur der

Datennetze anschaut: Wir sind Glasfaserstadt Nummer eins. Das gilt es weiter auszubauen, um die Rahmenbedingungen auch weiter in dem Punkt zu setzen. Als E-Mobility-Standort ist Europa und auch Deutschland zwischenzeitlich führend. Das ist auch einer der Gründe, warum Ford hier in Köln in die Produktion von E-Autos investiert. Das gilt es, auf nationaler wie auch auf lokaler Ebene weiter auszubauen, um ihnen den Rücken zu stärken und auch Perspektiven aufzuzeigen.

Ich glaube, dass es weiterhin wichtig ist - egal, wie die Entscheidung jetzt fällt -, dass wir in den nächsten Jahren hart darum kämpfen, dass wir den Vorteil, den wir hier in Köln haben - nämlich extrem gut ausgebildete Menschen, die ihr Know-how einbringen, um auch in dieser Branche das nächste Jahrzehnt zu gestalten und weiterzuentwickeln - weiterhin stärken, dieses Potenzial nutzen und auch noch nochmal Richtung USA aufzeigen, dass dieses Potenzial da ist und dass es eine Riesenchance ist. Dass es keine Bedrohung für die amerikanischen Arbeitsplätze ist, sondern die Voraussetzung, dass auch ein amerikanischer Konzern in Europa und auch in Deutschland gute Geschäfte machen kann. Wenn wir diese Botschaft Richtung USA mitgeben, haben wir vielleicht doch noch mal die Chance, diesen Prozess ganz konkret in eine andere Richtung umzukehren. Wir alle können auch mit kleinen Beiträgen in Summe einen weiteren großen Beitrag dazu leisten, indem wir weiterhin Ford unterstützen. Wir als CDU-Fraktion machen das gerne. Wir fahren ein Fahrzeug aus dem E-Produktportfolio und sind damit sehr zufrieden. Das ist ein kleines Zeichen in diesen Tagen. Aber insgesamt klares Bekenntnis: Ford gehört zu Köln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat die SPD-Fraktion das Wort. Lisa Steinmann.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei aller Solidaritätsbekundung geht es um nichts Geringeres als die mittelfristige Zukunft des größten zivilen Arbeitgebers dieser Stadt, der Firma Ford. Die örtliche Geschäftsführung hat nach unseren Informationen einen Maulkorb erhalten. Also sprechen wir im Rat mit den Betroffenen, dem Betriebsrat. So wäre eigentlich der naheliegende Schluss. Aber die Mehrheit dieses Rates erkennt darin offensichtlich keinen weiteren Sinn. Sie findet nämlich keine Mehrheit dafür, den amtierenden Betriebsratsvorsitzenden von Ford im Rat sprechen zu lassen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Bitte erzählen Sie uns nicht, es ergebe sich aus unserer Geschäftsordnung, dass Externe in einer aktuellen Stunde nicht sprechen dürften. Vielfach haben uns hier - und das sehr zu Recht - Personen aus der Zivilgesellschaft bestens informiert. Und das war auch gut so. Denn es ist das hohe Recht eines jeden Gremiums, also auch unseres Rates, darüber zu entscheiden, ob er es zulässt, zu unser aller Information auch Gäste sprechen zu lassen. Diese Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Ratsbündnis, haben Sie gegen das Votum der SPD verpasst. Sie haben es auch verpasst, bereits dadurch ein starkes Signal für die Fordlerinnen und Fordler unserer Stadt zu setzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Damit müssen Sie jetzt selbst klarkommen.

Aber zur Sache: Die SPD hat sich mit den Ford-Betriebsräten, mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Benjamin Gruschka und der Eurobetriebsratsvorsitzenden Katharina von Hebel sowie dem Sprecher der Vertrauensleute, Markus Gluch, getroffen, inhaltlich ausgetauscht und informieren lassen. Die mögliche Entscheidung der Geschäftsführung von Ford, mehr als 3 000 - und zwar mehr als 3 000 - Stellen in Köln zu streichen, kann so nicht hingenommen werden. Das trifft Köln zutiefst ins Mark, denn es trifft auch die Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe - Frau Martin, Sie nennen die Bäckereien -, bis hin zum kleinen Büdchen auf der Ecke des Werksgeländes. Dahinter stecken nämlich Tausende Arbeitsplätze. Schließlich geht es darum, den Industriestandort Köln auch als Traditionsstandort in dieser Form und die Entwicklung der Elektromobilität zu gewährleisten. Ford selbst schreibt dazu auf seiner Webseite:

> Global planen wir, bis 2026 mehr als 50 Milliarden US-Dollar in die Elektrifizierung unserer Fahrzeugflotte zu investieren.

Das hieße für uns: Der Standort Köln muss maßgeblicher Bestandteil dieser Investition sein. Dafür müssen wir kämpfen. Wer kämpft, kann verlieren. Aber, liebe Frau Oberbürgermeisterin, wer nicht kämpft, der hat schon verloren. Ich danke auch den Worten von Herrn Haack, im Hinblick auf Unternehmen wie Kaufhof, Lufthansa, aktuell die RTL, dass wir hier Impulse setzen und aus Köln versuchen, Unternehmen und Arbeitsplätze in Köln für die Menschen in Köln zu halten.

Ford gehört zu Köln und das muss auch so bleiben. Wir müssen gemeinsam mit Ford eine verlässliche Perspektive für den Standort Köln entwickeln und die Forschung im Bereich der Elektroautos sowie die Entwicklung der Produktion dieser Fahrzeuge am Standort stärken.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dazu benötigen wir sowohl eine Strategie auf Bundesebene als auch kluge regionale Konzepte. Es braucht ein technologieoffenes Zukunftskonzept für den Bau von bezahlbaren E-Autos bei den Kölner Ford-Werken. Und wir brauchen ein Umfeld, das die Nutzung der E-Mobilität für alle möglich macht. Die Bereitstellung einer entsprechenden Ladeinfrastruktur gehört dabei zu den zentralen Aufgaben einer Kommune, die wir städtisch leisten können. In Köln können und müssen wir da deutlich besser werden. Auch dafür wird sich die Kölner SPD weiterhin mit Nachdruck einsetzen. Die Ford-Belegschaft kann sich auf den vollen Einsatz der SPD verlassen. Für den Kampf des Erhalts der Arbeitsplätze stehen wir an Ihrer Seite, und wir werden nicht klein beigeben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Liebe Gäste auf der Tribüne! Besonders begrüßen möchte ich den Ford-Betriebsrat Benjamin Gruschka und die weiteren anderen Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Sollte der geplante Stellenabbau bei Ford wie angekündigt eintreten, dann wäre dies eine Katastrophe. Eine Katastrophe für die Beschäftigten, für das Unternehmen selbst und für Köln als Kommune und Wirtschaftsstandort.

Eigentlich hätte heute der Ford-Betriebsrat selbst in dieser Runde zu Wort kommen sollen, um über den Stand der Dinge zu informieren. Auch die Geschäftsführung hätte eingeladen werden sollen. Lisa Steinmann hat es gesagt: Beides wurde durch das Gestaltungsbündnis verhindert. Damit haben wir eine große Chance vertan, unsere Wertschätzung auszudrücken.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es verhärtet sich weiter der Eindruck, dass Bündnis und die Verwaltungsspitze die Arbeitsplätze bereits aufgegeben haben, dass keine realen Handlungsabsichten mehr bestehen. Doch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind es den 3 200 Beschäftigten, die ihre Stellen verlieren sollen, und deren Familien schuldig, dass jeder noch so kleine Hebel in Bewegung gesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Der gesamte Umgang mit der betroffenen Belegschaft ist bisher, gelinde gesagt, unsäglich gewesen. Lange wurde durch das Unternehmen eine desaströse Informationspolitik betrieben, die Belegschaft bis zum Ende im Dunkeln gelassen. Der Betriebsrat wurde in die beklagenswerte Situation gebracht, den Beschäftigten das Aus ihrer Arbeitsplätze verkünden zu müssen. Ein fairer Umgang mit jahrelang Angestellten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sieht anders aus.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser wenig respektvolle Umgang wird leider durch das Verhalten der Stadtspitze nur noch komplettiert. Frau Oberbürgermeisterin Reker, mit Ihrem Tweet zum sozialverträglichen Stellenabbau zeigten Sie leider, dass der Abbau für Sie bereits ausgemachte Sache ist. Der Ford-Betriebsrat fand hierzu klare Worte und zeigt sich maßlos enttäuscht. Bevor von Seiten der Verwaltung jede Hoffnung lapidar mit einem Interview zunichte gemacht wird, hätten zunächst Gespräche mit der Belegschaft und dem Vorstand geführt werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Denn: Wenn das Unternehmen grundsätzlich im europäischen Markt bleiben will, wird sich der Abbau von europäischen Entwicklungskapazitäten als sehr großer Fehler herausstellen. Die für den amerikanischen Markt produzierten Autos werden sich in Europa nicht verkaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Erhalt des Automobilstandortes Köln - um nichts weniger - und die gesamte Wertschöpfungskette, die damit verbunden ist. Das betrifft Köln und die gesamte Region. Denken Sie an die Zulieferer, zum Beispiel das Eisenwerk in Brühl. Auch wenn es sehr spät scheint, müssen wir Vorschläge für den Erhalt dieses Standortes machen. Vor Jahren hatte der DGB-Vorsitzende Wittich Roßmann eine Fläche für einen Batteriestandort eingefordert. Solche aktuellen Vorschläge, fand die Standortsicherung, brauchen wir jetzt! Da sind Verwaltung und Politik gemeinsam gefordert.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Die LINKE wird sich weiterhin für eine Lösung im Sinne der Beschäftigten einsetzen und stellt sich hinter den Betriebsrat von Ford und den Kölner DGB. Lassen Sie nicht locker! Ohne Protest und Widerstand wird es nicht gehen. Viele hier im Kölner Rat werden Sie unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster spricht Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen auf der Bühne! Das war wahrlich keine gute Woche für Köln, für unseren Standort. Zunächst die Hiobsbotschaft von Ford. Anschließend ist uns bewusst geworden, dass Köln als Wirtschaftsstandort zum Spielball der Lufthansa geworden ist. Wir haben offensichtlich überhaupt keinen Glanz mehr. Und dann auch noch die Nachrichten bei RTL. Das sind keine guten Nachrichten für unseren Standort. Wir können als Politiker, ich kann als Fachmann nicht beurteilen, inwieweit betriebswirtschaftliche Umstände zu der Entscheidung geführt haben. Ich kann auch nicht beurteilen, inwieweit das Aus des Verbrennungsmotors, den wir ja alle wollen, zu einem Abbau von Entwicklungsstellen geführt hat. Ich kann auch nicht beurteilen, inwieweit die einzige Mobilitätsform, die E-Mobilität, dazu führt, dass die Fertigungstiefe und damit Planungstiefe bei PKWs abnimmt und dadurch Arbeitsplätze wegfallen. Das kann ich alles nicht beurteilen. Da bin ich kein Fachmann. Was ich aber beurteilen kann, ist die Reaktion unserer Stadt und, liebe Frau Oberbürgermeisterin, auch der Stadtspitze.

Herr Petelkau hat es eben erwähnt: Konrad Adenauer war es, der durch sein Fingerspitzengefühl und sein Engagement seinerzeit Köln für Ford begeistert hat. Er hat Ford nach Köln geholt. Ich sage provokant: Ich glaube, Herr Adenauer würde sich im Grabe umdrehen, wenn er erleben würde, wie blutarm, wie leidenschaftslos die Stadtspitze sich hier vor Ford stellt!

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und der AfD)

Ich finde, das ist bestenfalls unambitioniert.

Lieber Herr Wirtschaftsdezernent Haack: Wenn Sie hier ein Statement ablesen, ohne Emotion, ohne Feuer, dann zeigt es mir, dass Sie den Ernst der Lage nicht begriffen haben. Ich erwarte mehr!

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und der AfD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere des Ratsbündnisses, was sind das hier für Krokodilstränen, die Sie vergossen haben?

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist das denn für eine Unterstellung?)

Wo sind denn in der heutigen Ratssitzung Ihre Anträge zum Standort Köln? Sie haben in der heutigen Ratssitzung nicht einen einzigen gemeinsamen Antrag gestellt, und sagen den Leuten da oben: Wir sind an eurer Seite. Das ist falsch und das lasse ich nicht durchgehen!

(Beifall bei der FDP und der SPD - Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Herr Kienitz, so sehr ich Ihnen Ihren Geburtstag wünsche, aber jetzt rede ich! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rede in meiner Lautstärke, Sie reden in Ihrer Lautstärke. Ich möchte eines deutlich machen, weil es mir wichtig ist, und weil sich die vielen Menschen, die in Niehl, in Merkenich und in Longerich wohnen, nicht dafür

interessieren, ob in der Innenstadt Lastenfahrräder gefördert werden. Die wollen ihre Jobs behalten!

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und der AfD)

Und das Einzige, was das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt hier in Köln bewegt, ist, Köln als Standort und Köln für Autofahrer unattraktiv zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Und dann stellen Sie sich heute allen Ernstes hier hin und sagen: Wir sind an eurer Seite. - Nein, Sie sind es, die Autos raushaben wollen. Und dann dürfen Sie sich auch nicht aufregen, Frau Martin - und ich werde ganz ruhig -, wenn das zum Wegfall von Arbeitsplätzen führt.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie mir gerade zugehört?)

Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Frau Martin, selbstverständlich ist der Bundeswirtschaftsminister auch nicht an der Seite von Herrn Macron. Das ist der Präsident der Französischen Republik.

(Beifall bei der FDP)

Er ist an der Seite des Finanzministers von Frankreich in New York gewesen.

Ich sage Ihnen eines: Hätten Ihre Parteifreundinnen in Berlin nicht TTIP verhindert,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

hätten Sie jetzt nicht in die Vereinigten Staaten reisen müssen. Denn: Hätten wir dieses Abkommen abgeschlossen, dann hätten die Amerikaner dieses IRA überhaupt nicht abschließen dürfen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr regiert im Bund mit!)

- Ich weiß! Ich weiß, dass wir im Bund mitregieren.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollt ihr nicht mehr?)

Ich weiß aber, dass es vorher jahrelang von Ihnen verteufelt wurde. Sie wollten mit den Vereinigten Staaten kein Abkommen abschließen, und jetzt wundern Sie sich, dass die Amerikaner Alleingänge machen - Frau Martin, Sie können gleich gerne reden -, die zu einem Jobverlust in Deutschland führen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Insgesamt ist natürlich auch die Stadt Köln gefordert. Wir haben nachher auch noch das Thema Fachkräftemangel. Ich begrüße an dieser Stelle sehr, Frau Oberbürgermeisterin, Ihre Worte, dass Sie prüfen wollen, ob Ingenieure in den technischen Berufen oder an anderer Stelle in den städtischen Gesellschaften, bei der KVB - oder wo auch immer - eingesetzt werden können. Ich begrüße auch sehr, dass das Arbeitsamt hier offensichtlich schon aktiv geworden ist. Und ich freue mich an dieser Stelle, dass wir hier - wenn es denn zum Stellenabbau kommt - auch Optionen innerhalb des warmen Schoßes der Stadt Köln geben. Aber momentan ist nicht die Stunde, von Sozialplanabfindungen oder von Interessensausgleichen zu reden. Momentan ist die Stunde, sich wie eine Löwin vor das Werkstor bei Ford zu setzen und zu stellen und zu sagen: Wir kämpfen um Ford und ziehen an einem Strang. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Ich versuche diese ganze Debatte mal wieder ein bisschen sachlicher fortzuführen.

Die Beschäftigten müssen sich der Solidarität durch Verwaltung und Politik sicher sein können. Das ist Bekundung und Arbeitsauftrag zugleich. Und alle, die bisher geredet haben, haben eines ganz klar gesagt: Wir sind solidarisch und wir stehen an eurer Seite. Natürlich können sie sich unserer Unterstützung sicher sein. Und da jetzt aus meiner Sicht gerade wirklich viel, - auch teilweise

Quatsch - gesagt worden ist, möchte ich darauf ein bisschen Bezug nehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich persönlich habe ein Auto.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Mein allererstes Auto war auch ein Ford. Ich kenne aber Adenauer gar nicht persönlich. Ich weiß also gar nicht, ob er sich gerade im Grab umdrehen würde oder nicht. Ich glaube, Herr Görzel, Sie können ihn auch nicht kennen. Ich weiß nicht, wie sehr das jetzt hier zur Sache beigetragen hat. Ich glaube, ehrlich gesagt, gar nicht.

(Lukas Lorenz [SPD]: Mensch, ist das sachlich!)

Genau. Ich muss hier auch nicht cholerisch rumschreien, um klarzumachen, dass ich emotional beim Thema bin.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich mag Emotionen wirklich gerne, aber das ist mir zu viel.

(Heiterkeit)

Auch das Thema Lastenfahrräder, die in allen Stadtteilen - nicht nur in der Innenstadt - gefördert werden, möchte ich hier gerne nochmal betonen. Auch als totalen Blödsinn würde ich persönlich bezeichnen, dass „autofreie Innenstädte“ als Grund platziert werden, um einen eventuellen Arbeitskraftabbau bei einer Firma, die Autos produziert, zu rechtfertigen. Das ist nicht der Grund. Nirgendwo, wo wir autofreie Innenstädte haben, hat das dazu geführt, dass dort Arbeitskräfte in einer Autoindustrie abgebaut wurden oder Autoindustrie zugelassen wurde.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist nicht belegbar.

Zur ganzen Wahrheit gehört natürlich dazu, dass die Möglichkeiten, die wir hier als Kölner Politik haben, allerdings sehr begrenzt sind. Und so ehrlich müssen wir mal sein, und zwar mit allen, mit der Politik, mit uns selber auch. Das, finde ich, sind wir hier gerade irgendwie nicht mehr so richtig gewesen.

Die Transformationsprozesse der Wirtschaft und Industrie sind notwendigerweise mit sozialen Fragen verbunden. Und das nicht nur jetzt gerade, sondern es muss die ganze Zeit sein. Wir als Verwaltung und als Politik können nicht erst reagieren, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist und die Firmen die Abbauten der Arbeitskräfte beschlossen haben.

Menschen, die in diesen Branchen beschäftigt sind, die durch globale Entwicklungen - sei es die Klimakrise oder künstliche Intelligenz oder ganz andere Entscheidungen - elementar umstrukturiert werden, haben ein Recht darauf, dass man ehrlich zu ihnen ist. Wir dürfen nicht dieselben Fehler machen, die im Ausstieg aus der Kohle gemacht wurden. Man lässt die Beschäftigten im Dunkeln, und es herrscht vollkommene Unsicherheit über Perspektiven und Möglichkeiten. Das ist zutiefst zu verurteilen. Ich würde sagen, das tun hier auch alle, die bisher gesprochen haben.

Wenn der Stellenabbau von Ford hier in Köln nicht zu vermeiden ist, müssen wir als Stadt bereits über Strategien und Prozesse verfügen, um den Arbeitnehmer*innen eine Perspektive zu bieten. Fachkräfte wie die aktuell bei Ford Beschäftigten werden, werden überall gebraucht, nicht zuletzt in der Kölner Stadtverwaltung.

Um unsere Solidaritätsbekundung von heute entsprechend mit Taten zu füllen, muss die Verwaltung jetzt Kommunikationskanäle einrichten, um an Arbeitgeber*innen zu vermitteln, Umschulungen zu ermöglichen oder finanzielle Unterstützung anzubieten. Auch, wenn es nur eine Sicherung ist und dieser Fall gar nicht eintritt, bringt es Hilfe und Unterstützung. Und dafür ist es da: um Sicherheiten zu geben. Denn eines muss klar sein: Köln braucht euch, euch Arbeitskräfte und eure Expertise. Wir stehen solidarisch an eurer Seite. Die Voltfraktion möchte hier selbstverständlich auch bekunden, dass wir bei der Unterstützung hilfreich sein möchten und dass wir alles tun, was in unserer Macht steht, soweit es geht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauende! Herr Görzel, ich habe mir gerade eben zwei Wörter notiert, nämlich „Krokodilstränen“ und „leidenschaftslos“. So empfinde ich diese gesamte aktuelle Stunde. Hier tun wir wieder etwas gegen die Wahlbeteiligung. Wir führen eine aktuelle Stunde durch zu einem Thema, das wir als Stadtrat nicht mehr großartig beeinflussen können.

Wie sollen wir uns denn ernst nehmen, wenn wir uns hinstellen und so tun, als könnten wir hier als Stadtrat etwas retten? Oder ist der Plan der Stadt, den Mitarbeiter*innen bei Ford zu Superkonditionen eine Umschulung bei der KVB anzubieten, damit wir unsere Bringschuld der Beförderung wieder wahrnehmen können? Wenn das so ist, machen wir doch bei RTL direkt weiter und bieten den Leuten zu Superkonditionen einen Job bei der Stadt in der Öffentlichkeitsarbeit an. Da ist sicherlich ordentlich Entertainmentpotenzial in den zukünftigen städtischen Mitteilungen drin.

„Er fuhr fort und kam nie wieder“ - ein Spruch, der so lange lustig ist, bis er sich bewahrheitet. Nun eine aktuelle Stunde zu dem Thema und mal wieder die Frage: Und jetzt? Es steht die Frage im Raum: Was sollen wir tun? Sicherlich nicht den Zweitwagen fördern, auch wenn manch einer vielleicht gerne ein Zweitwagen-Förderprogramm im Sinne der Wirtschaft begrüßen würde.

Doch kommen wir mal zu dem, was ist und was bisher geschah. Zunächst einmal ist zu betonen, dass Ford den letzten großen Stellenabbau gut über die Bühne gebracht hat. Der Umstieg auf mehr Elektroautos benötigte weniger Arbeiter*innen und Entwickler*innen. Es wurde eine unternehmerische Entscheidung getroffen, sich in Europa auf folgende drei Säulen zu konzentrieren:

Zu Ende verkaufen, sprich: keine investitionsintensive Weiterentwicklung von Verbrennern.

Stärkung der Marktführerschaft im gewerblichen Transporter-Segment.

Umstieg auf Elektrofahrzeuge.

All das auf eine effiziente Weise. Heißt: Verbrenner auslaufen lassen in Europa, Focus-Werk in Saarlouis schließen, Fiesta in Köln auslaufen lassen und das Niehler Werk umrüsten auf Elektrofahrzeuge. Verbrenner importieren aus USA, solange Profit damit gemacht wird, trotz Transportkosten. Transporterflotte gewinnträchtiger machen durch Kosten teilen mit VW. Elektroeinstieg vereinfachen durch Übernahme der VW-Elektro-Plattform für zwei in Köln zu bauende Fahrzeuge. Danach Übernahme der sowieso in den USA für USA entwickelten Elektroplattform. Diese Strategie ist schon vor längerer Zeit veröffentlicht worden. Die Konsequenz war für jemanden, der sich damit beschäftigt, eigentlich offensichtlich. Transporter werden schon länger im englischen Teil des Entwicklungszentrums entwickelt und dies wird fortgesetzt. Für den Merkenich-Teil des Entwicklungszentrums blieb damit kaum Arbeit übrig. Die beiden Kölner Fahrzeuge sind mittlerweile fertig entwickelt. Ja, die Strategie ist USA-lastig. Prinzipiell ist die Strategie in sich schlüssig, aber: Richtig und sinnvoll, und ob sie funktionieren wird, weiß man erst hinterher. Man kann bzw. muss Ford vorwerfen, sie hätten frühzeitig mit bzw. für ihre Mitarbeiter*innen neue Geschäftsfelder erschließen können. Da sehe ich bei einem so großen und wichtigen Unternehmen eine Pflicht.

Was Ford aber beim letzten Mal gut gemacht hat, ist Folgendes: Der letzte Abbau ist sozialverträglich abgelaufen. Die Konditionen waren nicht schlecht. Es wurde sich sehr um Umschulungsprogramme und Arbeitsplätze außerhalb von Ford bemüht. Die beiden Elektrofahrzeuge auf VW-Plattform werden mit entsprechenden Investitionen in Köln gebaut. Das lässt doch auch dieses Mal hoffen, und ich kann mir schwerlich vorstellen, eine große Enttäuschung zu erleben. Die aktuelle Kommunikation ist allerdings zu schwammig und das liegt wohl an den Verhandlungen, die unter derzeitigen Gesichtspunkten anders ausfallen könnten.

Aber nun haben wir ja diese aktuelle Stunde im Rat. Kommen wir also zu dem, was in Zukunft getan werden muss: In Zukunft besser handeln. Ich fordere die KölnBusiness auf, sich nicht nur um Strukturen für verbessertes Wirtschaften zu kümmern und Start-ups zu unterstützen, sondern auch am Puls der Zeit zu stehen und gerade solche großen Umbrüche im Kölner Arbeitsmarkt kommen zu sehen und zu handeln. Dabei sollten auch alternative Initiativen und Unternehmungen, die nachhaltig orientiert sind und dem Gemeinwohl dienen, mehr in den Fokus genommen werden. Aus dem Verstehen der Bedürfnisse resultierend, könnten rechtzeitig proaktiv mehr spezifische Förderungen aufgesetzt werden.

Das ist, was die Stadt in Zukunft besser machen kann.

Ich strebe für einen sozialverträglichen und fairen Ausgang, und wünsche gutes Gelingen in allen Verhandlungen und eine gute Zukunft der Menschen. - Vielen Dank!

(Beifall bei Die FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Bitte.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Herr Petelkau, schön, dass Sie AfD-Sprech übernehmen. „Ford gehört zu Köln“, damit haben wir schon vor Jahren geworben. Gut, dass Sie auf unsere Linie kommen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der SPD)

Dann kurz zur Frau Martin: Also, wenn Sie hier Herrn Habeck als Vertreter und Advokaten für die deutsche Wirtschaft aufführen, dann sollten Sie ihm erst einmal beibringen, wie er sich bei 60 Jahre Élysée-Vertrag anzukleiden hat.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Kommentar dazu von Ulf Poschardt in der *WELT* empfehle ich!

Herr Görzel, Sie haben viel Wahres gesagt. Nur einen Tipp gebe ich Ihnen: Steigen Sie aus der Koalition in Berlin aus. Beenden Sie das und machen Sie sich nicht länger immer wieder in Köln von Grünen und Co. zum Steigbügelhalter!

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Meine Damen und Herren, die Deindustrialisierung Deutschlands schreitet rasant voran und macht leider auch nicht vor Köln halt. Die Ideologie linksgrüner Ideologen zerstört eine der wichtigsten Industrien Deutschlands. Andere Branchen werden folgen. Das ist das Ergebnis einer völlig fehlgeleiteten Wirtschafts- und Energiepolitik. Ich kann jedem Ratsherrn von CDU, SPD, Grünen, FDP und SED nur empfehlen,

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: SED? - Meine Fresse!)

sich bei ihrem Bundestagsabgeordneten für eine andere Wirtschafts- und Energiepolitik einzusetzen. Wir können da als Kölner Stadtrat - ist ja schon angesprochen - leider nur wenig machen. Der Kampf gegen den Verbrenner gehört beendet. Der einseitige Fokus auf die E-Autos muss aufhören. Die sind übrigens alles andere als umweltfreundlich. Und wenn Sie sich mal die Förderbedingungen in Afrika für die Rohstoffe angucken - na ja.

Die Energiepolitik muss so ausgerichtet werden, dass die Industrie nicht stillgelegt wird. Das heißt: Ja zur Atomkraft, aber auch zur Kohle. Die Ampelversager in Berlin hätten hier Signale setzen können. Energiepreise sind ganz wesentlich für Standortentscheidungen. Frau Martin, hier sollte Ihr Herr Habeck ansetzen und nicht bei Herrn Biden rumheulen. Aber auch weniger Geld für irgendwelche Gedönsausgaben und im Gegenzug ein wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuerrecht würden helfen.

Wir in Köln können auch ein Signal setzen, indem wir hier endlich den linksgrünen Kampf gegen den Individualverkehr einstellen. Zur Deutzer Freiheit kommen wir gleich noch.

Leider ist das nicht die erste Debatte zum Thema Ford. Es gab schon eine am 4. April 2019 in diesem Rat. Da ging es auch um tausende Arbeitsplätze. Das Protokoll war wirklich lesenswert, ist fast deckungsgleich mit dem, was hier heute stattgefunden hat. Ein Zitat ist mir dabei ins Auge gesprungen.

> Wir müssen auch - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - sagen, dass wir es auch in der Automobilbranche in diesem Rat nicht immer einfach gemacht haben. Wir haben stets davor gewarnt, dass man die Axt nicht an den Zweig ansetzen darf, auf dem man sitzt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der AfD)

Von wem war das? Nicht von der AfD, sondern auch wieder von Herrn Görzel. Ja, er hatte recht. Von den anderen Kartellparteien kamen die üblichen Allgemeinplätze und Vertröstereien. Das ist jetzt auch wieder nicht anders. Und, wie gesagt,

ich glaube, davon kann man sich sicher nichts kaufen.

Damals wurde dann auch schon davon gesprochen, dass man doch die ganzen Mitarbeiter bei der Stadt unterbringen soll. Das will man ja jetzt auch machen. Ich stelle dann immer nur die Frage: Was passiert eigentlich? Wir wracken die Industrie ab, alle arbeiten beim Staat - wer bezahlt dann den Staat? Irgendwo müssen die Steuern für den Staat ja herkommen. Das kann mir irgendwie keiner hier erklären. Na ja, Ludwig Erhard würde sich natürlich auch im Grabe umdrehen. Wir hatten ja schon einen anderen deutschen Bundeskanzler. Ich glaube, das haben sich die beiden damals anders vorgestellt.

Es sind vier Jahre seitdem vergangen. Was ist passiert? Nichts. Ich kenne hier keinerlei Initiativen für eine andere Wirtschaftspolitik. Man wrackt Deutschland weiter ab.

Aber eine Sache will ich hier auch zu bedenken geben: Vielleicht ist Ford zum Entschluss gekommen, dass sich die Menschen in Köln und Deutschland bald keine Autos mehr leisten können, weil dieses Land aufgrund der vorgenannten Wirtschaftspolitik ja nicht mehr was leisten können wird. Ja, da brauchen wir auch keine Autos mehr hier für den deutschen Markt oder europäischen Markt entwickeln, weil, wie gesagt: Das kann sich keiner leisten.

Aber neben dem herrschenden Altparteienkartell von CDU, Grünen, SPD, FDP plus SED müssen sich auch einmal die Funktionäre der Systemgewerkschaft die Frage stellen, was sie in den letzten Jahren gemacht haben, um das Land vor der Deindustrialisierung zu bewahren. Nichts. Sie waren die treuen Helfer dieses linksgrünen Wahns. Jetzt dürfen ihre Mitglieder die Suppe auslöffeln. Es gilt jetzt, alle Kräfte kurzfristig zu bündeln, um via Berlin und Düsseldorf maximalen Druck auf Ford in Gesprächen auszuüben, um möglichst viel - und damit auch einen Teil des Erbes Konrad Adenauers - in Köln zu halten.

Zur Wahrheit gehört leider auch: Wir als Lokalpolitik können nur wenig machen außer öffentlichen Druck. Frau Oberbürgermeisterin, Sie sind jetzt gefragt. Setzen Sie sich schleunigst für die hier schon länger lebenden Menschen, von potenzieller Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ein. Sie sind immer sehr engagiert, wenn es um die Aufnahme von Menschen aus aller Herren Länder geht. Jetzt brauchen Sie die Bürger Kölns. Ford gehört zu Köln, meine Damen und Herren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir zum Abschluss der aktuellen Stunde kommen, würde ich gerne noch einmal sagen: Sie können mich kritisieren, und ich gratuliere Ihnen, wenn hier Ihre feurigen Reden dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten. Ich bin die Erste, die Ihnen dazu gratuliert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Aber eines lasse ich nicht geschehen, und das ist, dass Sie den Wirtschaftsstandort Köln schlechtreden. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Der Kölner Wirtschaftsstandort befindet sich ebenso wie die gesamte europäische Wirtschaft zweifellos in keiner einfachen Lage. Lieferengpässe, Fachkräftemangel, gestiegene Energiekosten und Inflation erweisen sich als große Herausforderungen - auch für unsere Unternehmen. Aber uns geben die aktuellen Wirtschaftsdaten jeden Grund zur Zuversicht, den eingeschlagenen Weg der vergangenen Jahre weiterzugehen. Im Januar 2023 gab es in Köln mit 607 000 so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie noch nie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört!)

Übrigens 100 000 mehr als vor zehn Jahren!

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

In Köln haben wir mit dem DeepL das erste Startup, das sich zum Einhorn entwickelt hat. Wir haben die Rahmenbedingungen für einen diversen Branchenmix geschaffen und profitieren nun von der Resilienz, die uns dieser Branchenmix bietet. Wir werden auch weiterhin alles geben, um diese Resilienz zu stärken, zu erhalten und uns weiterzuentwickeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich würde jetzt bitten, dass wir den Abschluss der aktuellen Stunde nach § 5 Abs. 10 Geschäftsordnung vornehmen. Ich würde vorschlagen, dass wir die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen. Gibt es andere Vorstellungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Absatz 10 b) der Geschäftsordnung des Rats und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker und Herr Beigeordneter Haack informieren über den Sachstand und das Vorgehen in Abstimmung mit der Landesregierung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme der Schenkung „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden“ an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln
0070/2023

Herr Boyens meldet sich zu Wort. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus. Wir sehen diese Schenkung äußerst kritisch. Ich will Ihnen auch drei Gründe dafür nennen.

Der erste ist: Sie haben es sicher alle jüngst in der Presse gelesen, eines der zentralen Projekte von Herrn Charles mit dem Zentraldepot kommt ja nicht so richtig vom Fleck. In dem Zusammenhang wurde aber berichtet, dass die verschiedenen Depots und Archive der Museen aus allen Nähten platzen, und Kunstwerke zum Teil in angemieteten Scheunen fachfremd gelagert werden, von Feuchtigkeit, Schimmel bedroht sind etc. Das möchte ich einfach nur in der Debatte zu bedenken geben. Wir haben gar nicht den Platz und sollten uns sehr gut überlegen, was wir hier noch aufnehmen.

Zweiter Punkt ist: Diese Sammlung hat überhaupt keinen Bezug zu Köln. Der Mann kommt aus Hamburg. Das hat einen norddeutschen Bezug. Ich frage mich, warum er das nicht Hamburg oder Kiel angedient hat und es nach Köln gibt oder geben möchte. Und, ich weiß nicht, ob Sie sich die Bilder in der Anlage angeguckt haben. Das macht auf mich den Eindruck von zwei mehr oder weniger unaufgeräumten Bücherschränken mit irgendwelchen privat gesammelten Sachen, die jetzt pauschal alle 50 Euro wert sein sollen, und dafür der Familie eine Steuergutschrift von 300 000 Euro zugebilligt wird. Auch da machen wir ein großes Fragezeichen dahingehend, wie werthaltig das Ganze ist.

Vor dem Hintergrund dieser drei Punkte werden wir uns bei dieser Schenkung enthalten und regen an, in Zukunft Gutachten von uns als den Annehmenden in Auftrag zu geben, was die Werthaltigkeit derartiger Kunstwerke angeht. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte darum, fachliche Diskussionen in dem zuständigen Fachausschuss zu führen.

(Beifall)

Da ist das ja empfohlen worden. Deswegen bitte ich jetzt um weitere Wortmeldungen. - Die sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer wünscht, dieser Schenkung zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD und Frau Gabriel

enthalten sich. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei der Ehefrau und den Kindern von Professor Hans Meyer-Veden, die dessen Sammlung von knapp über 6 000 Büchern und Zeitschriften zur Fotografie der Kunst und Museumsbibliothek zur Schenkung anbieten. Danke sehr.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der „Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden“ an die Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Die Linke. betreffend „Märkte am Autokino Porz erhalten – rechtliche Rahmenbedingungen anpassen“ AN/0217/2023

Als Erster hat Herr Pütz das Wort.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach 40 Jahren gewachsenen Strukturen sehen wir uns in Porz mit einer Situation konfrontiert, die neben großer Bestürzung durch den drohenden Verlust eines der letzten Autokinos in Deutschland einen großen Protest gegen die Schließung von Märkten auf dem Autokinogelände in der Zivilgesellschaft ausgelöst hat. Die Schließung der Märkte - Märkte, die dort seit 40 Jahren stattfanden, Märkte, von denen mir meine eigene Großmutter berichten konnte, Märkte, die quasi schon immer die Versorgung der Menschen mit dem Bedarf des alltäglichen Lebens in Teilen der rechtsrheinischen Stadtgebiete übernommen haben -, die auch noch durch den politischen Druck ausgelöst wurde, stellt nun viele dieser Menschen vor große Sorgen und Probleme, die sie selber nicht lösen können.

(Beifall bei der SPD)

Daher bin ich froh, dass wir heute einen gemeinsamen Antrag der SPD, der LINKEN und FDP beraten, welcher nicht eine Verbotspolitik fördern, sondern einen Lösungsvorschlag bieten soll, und bedanke mich bei den genannten Fraktionen für die Unterstützung. Aber ich hoffe auch, dass weitere Mitglieder dieses Stadtrates heute erkennen, dass eine formalrechtlich begründete Schließung, die sich letztendlich nur gegen die, die Menschen richtet, deren Stimmen ohnehin wenig gehört werden und deren soziale Situation dadurch verschlimmert wird, eben kein Ansatz für bürgernahe Politik sein kann, sondern dass wir eine Lösung für die darauf angewiesenen Kundinnen und Kunden, für die Händlerinnen und Händler und ihre zahlreichen Mitarbeitenden, deren Existenz von diesen Märkten abhängt, finden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Kein Verbot, keine Schließung kann eine konstruktive Lösung sein.

Ja, ganz formal stimmt es, dass anhand der geltenden Rechtslage für dieses Gebiet - sehr klein im Bebauungsplan abgegrenzt - eine Schließung durchaus begründbar ist. Aber das ist doch in keinster Weise sozialpolitisch zu verantworten. Wir lassen Tausende Menschen im Regen stehen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Wir müssen festhalten, dass in diesem Fall die vor Ort geltende Rechtslage nicht mit den realen Bedürfnissen der Bevölkerung überein passt. Und dann müssen wir es uns doch als Aufgabe der Politik machen - als unsere eigene Aufgabe - rechtssichere Rahmenbedingungen im Sinne des Allgemeinwohls auf den Weg zu bringen.

Ich frage Sie: Welches Wohl kann der Allgemeinheit wohl förderlicher sein, als dass Menschen selbstbestimmt, ohne oder nur bedingt angewiesen auf staatliche Unterstützung oder auf Lebensmittelausgaben, sich selbst versorgen und leben können?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Bitte lassen Sie den Menschen ihre Selbstständigkeit und ihre Würde und lassen Sie uns gemeinsam politisch anerkennen, dass die Märkte wichtige Beiträge zur Versorgung von Menschen, insbesondere von Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Schichten, mit Gütern des täglichen Bedarfs leisten.

Mit unserem Antrag möchten wir die Verwaltung beauftragen, zur kommenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses einen Vorschlag zur Änderung des aktuellen Bebauungsplans zu unterbreiten, der die weitere Durchführung des Kinobetriebs und der Märkte auf der Fläche am Autokino ermöglicht. In einem solchen Entwurf müssen wir dann auch die negativen Begleiterscheinungen, wie beispielsweise Müll, aber auch Verkehr, mitdenken und minimieren. Lassen Sie uns das doch bitte gemeinsam diskutieren.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Wichtig ist aber, dass der Betrieb der Märkte vorerst aufrechterhalten bleibt und dass bis zu einer konstruktiven Lösung diese Märkte auch geduldet werden, und die Erteilung einer Sondergenehmigung geprüft werden muss. Darüber hinaus sehen wir auch die Gefahr einer städtebaulichen Fehlentwicklung, neben der leerstehenden Real-Filiale, mit dem Wegfall einer weiteren Versorgungsmöglichkeit - ich darf erinnern, das haben wir im Mai in diesem Hause bereits diskutiert, allerdings ohne Ergebnis - wird neben dem seit Jahren maroden Praktiker-Baumarkt samt anschließendem Hochhaus nun mit der Verdrängung des Autokinos und der Märkte die nächste Liegenschaft in dieser direkten Nachbarschaft zu einer Brache. Ohne konkrete Perspektive fürchten wir an dieser Stelle, dass hier eine weitere Verwahrlosung des gesamten Gebiets droht.

Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Das Autokino und die Märkte gehören seit Jahrzehnten zur Kölner Identität. Insbesondere das Autokino als eines der letzten seiner Art liefert auch einen Beitrag zum kulturgesellschaftlichen Leben in unserer Stadt und zieht Zuschauerinnen und Zuschauer aus dem ganzen Bundesland an. Die Pandemie hat tatsächlich gezeigt, dass es dort auch über den Kinobetrieb hinaus großes Potenzial für Kulturveranstaltungen gibt, die der Betreiber in der Tat bereit ist, gerne in Absprache mit der Stadt, mit der Politik, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, gemeinsam zu entwickeln. Lassen Sie uns doch gemeinsam dieses Potenzial in einem Randbezirk nutzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die sozialpolitische Verantwortung wiegt schwer. Die aktuellen dramatischen Preissteigerungen im Bereich des alltäglichen Bedarfs lasten auf weiten Teilen der Kölner Bevölkerung. Die Schließung von Märkten, die die Versorgung in einkommensschwächeren Stadtteilen im niedrigstpreisigen Segment sicherstellen sollen, wäre ein fatales Zeichen und führt zu weiterem Vertrauensverlust in die Kölner Politik. Verlust von Vertrauen in uns alle, wie wir heute hier sind.

Bitte unterstützen Sie unseren Antrag, und lassen Sie uns in schwierigen Zeiten gemeinsam eine Lösung finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rat und Verwaltung müssen so handeln, dass Köln als soziale, inklusive Stadt spürbar wird, in der jede und jeder mit seinen Bedarfen willkommen ist. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, der Bebauungsplan hat den Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Auf den Wochenmärkten auf dem Platz des Porzer Autokinos gibt es zu niedrigen Preisen Obst und Gemüse zu kaufen, Fleisch und Wurstprodukte, türkisches Fladenbrot, Nüsse, Süßigkeiten. Diese Märkte finden Käuferinnen und Käufer aus dem gesamten

Rechtsrheinischen, die sich hier günstig versorgen können, Menschen mit niedrigem Einkommen und/oder Hartz-IV-Bezug, Rentnerinnen und Rentner, große Familien.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Ein weiterer Aspekt zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept: Hier gibt es kein Vollsortiment an Lebensmitteln. Frische Produkte wie Milch, Öle, Fette, Zucker fehlen. Die hier verkauften Lebensmittel passen vielfach aber wegen der günstigen Preise, wegen der Lebensmittel, die zum Beispiel nicht so lange vor dem Ablaufdatum sind, nicht in das Konzept eines schnieken Erlebnissupermarktes oder einer Shopping-Mall in einem der Bezirkszentren. Bananen mit einigen braunen Flecken zu kaufen ist aber nichts Ehrenrühriges. Im Gegenteil. Um der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken, ist es außerordentlich sinnvoll, dass es Märkte gibt, wo diese Produkte noch gekauft und verkauft werden können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Insgesamt handelt es sich bei den Märkten am Autokino also um eine volkswirtschaftliche Einrichtung, die ein großer ökonomischer Denker des 19. Jahrhunderts als der „Ökonomie der Arbeiterklasse“ zugehörig beschrieben hätte. Diese Ökonomie der Arbeiterklasse mag in den Augen mancher Zeitgenoss*innen mit ein wenig oder mit mehr Naserümpfen betrachtet werden. Das ist aber nicht korrekt. Günstige Einkaufsmöglichkeiten muss eine Stadt mit sozialem Anspruch erhalten und in ihren Konzepten berücksichtigen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Natürlich soll die Stadt auch als kommunaler Arbeitgeber - um das aus aktuellem Anlass zu sagen - Niedriglöhne bekämpfen. Das ist ganz klar. Aber: Günstige Märkte brauchen die Menschen im Moment umso mehr, als aufgrund der aktuellen Preissteigerung viele mit kleinerem Einkommen bis weit in die Mittelschichten hinein auf solche dringend angewiesen sind. Gerade jetzt ist die Schließung der Wochenmärkte am Porzer Autokino ein völlig falsches Signal.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Eine genaue Betrachtung der Märkte zeigt also: Die Käuferschichten, die sich dort mit Lebensmitteln versorgen, sind größtenteils andere als die, die im Bezirkszentrum Porz einkaufen oder einkaufen werden. Sie stehen also dem Einzelhandelskonzept der Stadt nicht entgegen. Rat und Verwaltung müssen da nichts befürchten.

Deshalb fordert unser Antrag - danke der SPD für diese Initiative -, eine Lösung im Einklang mit diesem Konzept herzustellen, was durchaus möglich ist. Auch eine Frage des Baurechts ist zu klären. Das ist schon bei ganz anderen Fragen gelungen. Und die Probleme, die ein Platz für stark nachgefragte Trödel- und Wochenmärkte mit sich bringt, müssen natürlich gelöst werden. Müll, starker Verkehr - dies kennen wir aus dem restlichen Köln auch. Das kann die Verwaltung, wenn sie dazu in die Lage gesetzt wird, bearbeiten.

Es wäre doch tatsächlich zu prüfen, ob nicht die von Pascal Pütz schon erwähnten Brachflächen - nebenan das verlassene Gelände des Real-Marktes - viel mehr zu diesen Problemen, zum Beispiel Abfall, beitragen.

Der Rat kann sich also heute entscheiden, welches Gesicht die Stadt den Menschen, die am Autokino Porz einkaufen oder die an dem über 50 Jahre alten Kino hängen, zeigt: ein freundliches oder ein abweisendes?

In diesem Sinne bitten wir den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, liebe Sandra, vom Autobauer zum Autokino. Meine Fraktion ist sehr froh über diesen gemeinschaftlichen Antrag der SPD, der LINKEN und auch von uns. Wobei ich, lieber Herr Kollege Kockerbeck, das mit der Ökonomie der Arbeiterklasse eben noch mal googeln musste. Das gehört jetzt nicht so zu meinem ständigen Vokabular, das sehen Sie mir bitte nach.

Aber ich hätte nicht gedacht, dass eine Anfrage unter dem Tagesordnungspunkt „Mündliches im Rechnungsprüfungsausschuss“ hier in diesem Saal von vor etwa einem halben Jahr des geschätzten Kollegen Werner Marx in den Rat

kommt. - Werner, du bist ja die Stimme deines Wahlkreises im Rechnungsprüfungsausschuss aus Porz, ich hätte niemals gewettet, dass eine deiner vielen Anfragen zu Porz hier im Rechnungsprüfungsausschuss mal in den Rat kommt. Von daher gratuliere ich dir von ganzem Herzen, dass deine mündliche Anfrage - Herr Detjen erinnert sich als Sitzungsleiter,

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

es kommt nicht alle Tage vor - zu einem gemeinsamen Antrag führt. Ich kann dein Argument verstehen, dass du hier im Rechnungsprüfungsausschuss immer angeführt hast, in den Anfragen und Nachfragen, nämlich den der ordnungsrechtlichen, ordnungsbehördlichen Dimension. Kann ich nachvollziehen. Bin ich bei dir, sind wir bei dir. Aber wir meinen, das ist am Ende eine Frage des Ordnungsrechts und des Ordnungsamtes und auch des Marktamtes. Obwohl ich momentan gar nicht weiß, ob es so was wie ein Marktamt in Köln noch gibt.

Ja, Frau Oberbürgermeisterin, das böse Wort „dysfunktional“ möchte ich nicht in den Mund nehmen.

Hier wurde auch angeführt, dass die Müllproblematik vor Ort in den Griff bekommen werden muss. Ich glaube, die Müllproblematik, so bin ich jedenfalls inzwischen informiert worden, ist in den Griff bekommen. Und erlauben Sie mir die Anmerkung: Die Händlerinnen und Händler am aktuellen Großmarktgelände in Köln wären froh, wenn es so sauber wäre wie jetzt in Porz.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Wenn man schon von Märkten spricht, kann man ja auch an andere Märkte erinnern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber das ist nicht zur Sache, und da bitte ich Sie jetzt, zur Sache zu sprechen.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, wenn wir hier über Markt sprechen, in Porz, im weitesten Sinne, und wenn wir hier das höhere Lied von regionaler Versorgung sprechen, dann erlauben Sie mir bitte, dass ich an einen anderen Markt erinnere, der hier stiefmütterlich behandelt wird. Das müssen Sie mir zugestehen.

(Beifall)

Die Bedeutung des Marktes für sozial Schwache wurde bereits erwähnt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich hatte gerade schon angedeutet, dass die Märkte vor Ort in Porz auch zu einer Produktvielfalt und -auswahl beitragen, die wir ganz toll finden. Wenn man sich die Marktbeschicker mal anschaut, das sind ja auch alles größtenteils nachhaltige und regionale Produkte, die da angeboten werden. Von daher sind wir auch für den Erhalt derselben.

Wir haben große Bauchschmerzen wegen des Begriffs des Bestandsschutzes oder Verwirkung. Wie auch immer. Hier hat über 40 Jahre lang kein Hahn danach gekräht. Das ist, wenn ich richtig informiert bin, altes Porzer Stadtrecht, was hier 40 Jahre lang hingenommen, geduldet, gefördert wurde. Von daher habe ich unter rechtlichen Gesichtspunkten auch großen Zweifel, ob man hier mit der Keule wirklich reinschlagen darf.

Last but not least ist das Thema „Lost Place“ auch angesprochen worden. Wir wissen ja, wie schnell in Porz Entwicklungsprojekte vorangetrieben werden. Hertie ist ja auch ein tolles Beispiel. Ich habe also großes Vertrauen darin, wenn dann mal das Autokino weg ist, lieber Werner, dass wir da sofort blühende Landschaften sehen. Das ist ja geradezu typisch für Porz. - Scherz beiseite. Um es deutlich zu machen: Ich will keine weitere Drecksbrache in Porz. Und ich habe die große Befürchtung, wenn wir das Autokino und den Markt verjagen, dass dort eine solche Drecksbrache entsteht, und das wollen wir hier heute mit unserem Antrag verhindern.

(Beifall)

Last but not least: Wir haben hier eben Bekenntnisse gehört, wer so alles an Autobauern zu Köln gehört. Wenn schon Autobauer zu Köln gehören, dann erst recht unser schönes Autokino. Denn das Autokino ist ein emotionaler Ort. Und diejenigen, die sich an den April 2020 erinnern: Als wir alle zu Hause mit unseren Masken saßen und uns nicht aus dem Haus wagen durften, haben wir mit Tränen in den Augen zurück auf unsere Handys, auf unsere iPhones geguckt und gedacht: Was sind die Brings geil! Im Autokino ist noch Leben, und dieses Leben möchten wir erhalten. Sie können dazu beitragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Sehr geehrte Verwaltung! Liebe Zusehende auf der Tribüne und im Livestream! Wir befassen uns heute mit einer schwierigen Gemengelage und ich weiß gar nicht, ob jedem, der sich noch nicht tiefer mit der Materie befasst hat, die Gemengelage so klar geworden ist.

Deswegen fange ich mal ein bisschen historisch an:

Wir haben ein Autokino in Porz, das haben wir schon seit Ewigkeiten. Das ist eine Institution in Köln, und das bezweifelt hier auch keiner. Wir haben aber auch einen historisch gewachsenen Marktbetrieb. Der ist mit dem Autokino verwoben und erfüllt eine gesellschaftlich und versorgungstechnisch wichtige Funktion für Porz, für die Region. Wir haben aber auch einen gültigen Bebauungsplan. Seit 1994 gibt es den schon und der sagt: An dieser Stelle ist ein Markt, ein Einzelhandelsbetrieb, so gesehen, nicht zulässig. Und dann haben wir auch noch ein verwaltungsgerichtliches Urteil, was ich heute noch gar nicht gehört habe, was die Verwaltung zu einem bestimmten Handeln gezwungen hat. Und das kam auch nicht von ungefähr. Wir haben aber auch viele Kölnerinnen und Kölner, die mit dem Autokino und dem Markt in Porz viele Emotionen verbinden und sich zu einer Unterschriftenaktion zusammengetan haben. Es sind viele Unterschriften zusammengekommen zum Erhalt des Autokinos. Ich denke, wir sind hier alle der Meinung, dass unsere Lösung nicht sein kann, nicht so genau hinzusehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Vielmehr müssen wir einen rechtssicheren Rahmen schaffen, um Konzepte und Möglichkeiten zu erarbeiten, für unsere Gewerbetreibenden in Porz oder in ganz Köln Planungssicherheit zu garantieren, aber auch den Bedarfen des Stadtteils gerecht zu werden. Und bei den Bedarfen des Stadtteils Porz für die Versorgung mit frischen Lebensmitteln gehört zu einer realistischen Wahrheit und zu einer Einschätzung leider auch dazu, dass sich viele Menschen den Discounter nicht leisten können.

Hier müssen wir mit den Sozialverbänden vor Ort tragfähige Lösungen erarbeiten, um auch arme Menschen, die in der Regel keine politische Lobby hier im Rat haben, ein entsprechendes Angebot zu ermöglichen. Dieses Angebot wird aber nicht mit dem Antrag, den wir heute vorliegen haben, gemacht.

(Beifall von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Auch die technischen Abwägungen, die zu beurteilen sind, zum Beispiel eine B-Plan-Nutzungsänderung, die einiges an Zeit kostet, langwierig ist und möglicherweise auch nicht den versprochenen Erfolg verspricht, aber auch die Verbindung zu den Einzelhandels- und Zentrenkonzepten - das sind nämlich unsere Konzepte, die die Versorgung in Köln regeln sollen -, all das muss abgewogen werden und bedarf einer größeren fachlichen Vertiefung als die, die wir hier gerade mit unseren Ratsreden so leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Fachlichkeit, die ich gerade erwähnt habe, haben wir in unseren Ausschüssen. Zuständig wäre hier der Stadtentwicklungsausschuss, der sich mit der Sache vertiefen sollte. Im Übrigen haben wir auch vor Ort eine sehr, sehr kompetente lokale Expertise, nämlich unsere Bezirksvertretungen, in diesem Fall die Bezirksvertretung Porz, die sich schon sehr lange und sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt hat.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Der Rat ist hier einfach das falsche Gremium, denn die Bedarfe von Porz kennt Porz am besten und auch die Entscheidungen, die für Porz geeignet sind, trifft die BV-Porz am besten.

Deswegen sind wir fest davon überzeugt, dass die Entscheidungen und die weitere Verhandlung im Stadtentwicklungsausschuss und in der Bezirksvertretung Porz geführt werden sollte und möchten den Antrag daher in diese zwei Gremien verweisen. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Ralf Heinen (SPD): Darf ich eine Nachfrage stellen, Frau Karadag?

(Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Nur der Vollständigkeit halber. Sie sagten gerade - ich glaube, das war wahrscheinlich ein Versprecher gewesen -, dass die armen Menschen keine Lobby hier im Rat hätten. Ich glaube, das ist nicht der Fall. Ich glaube, das war ein Versprecher von Ihnen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war keine Nachfrage, sondern ein Statement. Ich nehme das für mich auch in Anspruch, dass ich die armen Menschen hier im Rat vertrete.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Ralf Heinen (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster spricht Herr Marx.

Werner Marx (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei dem Thema Märkte am Autokino stehen wir im Spannungsfeld einer rechtlich eindeutigen Lage und einer sozialen Tragweite. Betrachten wir die rechtliche und damit maßgebliche Seite, so ergibt sich folgendes Bild: Gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 9 der Baunutzungsverordnung sind im Gewerbegebiet Einzelhandelsbetriebe, die sich an Endverbraucher wenden, nicht zulässig. So steht es im Bebauungsplan 7441/02, der durch Beschluss des damaligen Rates der Stadt Köln in 1994 Gültigkeit erlangt hat.

(Lukas Lorenz [SPD]: Dann muss das geändert werden!)

Übersetzt heißt das: Eine rechtliche Grundlage für die Durchführung der besagten Märkte war und ist nicht vorhanden.

(Lukas Lorenz [SPD]: Dann ist es schlecht!)

Der Betreiber führt somit seit Jahren rechtswidrig die Märkte durch. Seit mindestens 2016/2017 ist der Verwaltung diese Sachlage bekannt. Erst durch mein beharrliches Einwirken - Kollege Görzel hat es eben ausführlich erwähnt - im Rechnungsprüfungsausschuss ist mit Ordnungsverfügung die Nutzung des Autokinos zur Veranstaltung von Märkten untersagt worden.

Betonen möchte ich hier ausdrücklich: Die Einstellung des Autokinos ist davon nicht betroffen und nicht gewollt - auch nicht von der CDU.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren! So viel zur rechtlichen Ausgangslage.

Ich komme nun zu dem vorliegenden Antrag.

Hier heißt es:

> Alle zur Verfügung stehenden Mittel für den Erhalt des Autokinos Porz sollen eingesetzt werden.

Was heißt das in der Umsetzung? Subsubventionierung des Autokinos analog der Kölner Oper?

Weiter heißt es:

> Änderung des aktuellen Bebauungsplans, der eine Durchführung von Märkten an drei Werktagen erlaubt.

Es ist eben schon angeklungen: Bis zum Wirksamwerden eines so geänderten B-Planes ist von mindestens ein bis zwei Jahren auszugehen. Nach Aussage des Betreibers ist jedoch eine schnelle, rechtmäßige Grundlage für die Märkte und somit für den Weiterbetrieb des Autokinos erforderlich. Zudem stünde einer solchen Änderung das Einzelhandels- und Zentrenkonzept entgegen. Es ist hier auch schon erwähnt worden von meiner Vorrednerin.

(Lukas Lorenz [SPD]: Dann ändert auch das!)

Ein Konzept, das natürlich maßgeblich von der SPD gewollt ist. Für die Verwaltung selbst stellt dieser Markt, anders als im Antrag argumentiert wird, keinen Baustein der Grundversorgung dar.

Vielmehr würde die Zulassung der Fläche für den Einzelhandel eine Schwächung der zentralen Versorgungslagen, insbesondere von Porz Mitte,

bedeuten. Überdies bestünde die Begehrlichkeit der großen Lebensmittelversorger, mit einem attraktiven Konzept die Märkte und letztendlich das Autokino zu verdrängen. Auf den Erhalt von Gewerbeflächen möchte ich hier nicht gesondert eingehen.

Meine Damen und Herren, das bisherige Marktgeschehen weiter zu dulden, scheidet nach dem Ergehen der Ordnungsverfügung der Stadt Köln aus. Das Verwaltungsgericht Köln hat den vom Betreiber gestellten Eilantrag auf Aussetzung der Vollziehung im Dezember 2022 abgewiesen.

Vor diesem Hintergrund fehlt mir jegliche juristische Fantasie, das laufende Verwaltungsverfahren zu stoppen. Auch die §§ 48 und 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes scheiden nach meiner Ansicht aus. Die zusätzliche Anregung einer Sondernutzungsgenehmigung der Märkte bedarf bei dem aktuell gültigen Bebauungsplan wohl keiner weiteren Kommentierung. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist daher dieser so gestellte Antrag abzulehnen. Da jedoch eine Beratung vor Ort angeregt wird, stimmen wir der Verweisung in die Bezirksvertretung Porz und natürlich in den Fachausschuss StEA zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache das kurz vom Platz aus, weil das Wesentliche bereits ausführlich gesagt wurde. Man sieht, es ist wirklich eine sehr, sehr komplizierte Situation vor Ort. Wir erkennen an, dass dieser Markt eine Versorgerfunktion innehat, dass es für die Bevölkerung vor Ort einen Mehrwert hat, dass der genutzt wird. Auch sehen wir ein, dass das Autokino natürlich sehr beliebt ist und dass das auch weiterhin Bestand haben sollte. Dennoch ergeben sich auch aus unserer Sicht sehr, sehr viele Fragen. Wir verstehen, es gibt diese ordnungsbehördliche Komponente, die rechtliche Komponente, die dürfen wir hier nicht ignorieren. Trotzdem möchten wir auch nach einer Lösung suchen, wie wir das irgendwie übereinanderbekommen. Ich stimme hier auch mit Frau Karadag überein, dass der Rat tatsächlich nicht der richtige Ort dafür ist, all diese Fragen und Aspekte noch mal ausführlich zu diskutieren. Daher würden wir dem zustimmen, dass wir das erst mal in die BV-Porz verweisen, weil, wie gesagt: Die Leute vor Ort wissen am besten, was sie brauchen und was sie möchten. Gerne können wir das noch mal im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur kurz vom Platz aus: Ich möchte den Antragstellenden für ihren Antrag danken. Auch wenn er heute hier jetzt keine Mehrheit bekommen wird, sondern nur eine Verweisung, ist es Ihnen doch gelungen, das Anliegen hier mal ins Zentrum der Öffentlichkeit zu bringen. Das ist auch schon zumindest ein kleiner Erfolg.

Was mich immer ein bisschen stutzig macht, ist, wenn so, na ja, ich sage mal, vorgeschoben getan wird, als stünden die rechtlichen Möglichkeiten denen im Weg. Das ist ja nun nicht so. Diese rechtlichen Rahmenbedingungen kann man ändern. Wir können das hier im Rat machen. Die Politik kann das im Land machen. Diese Möglichkeiten können geändert werden. Und das gilt es dann in Zukunft zu beobachten, ob diejenigen, die sich tatsächlich für diesen Markt und für das Autokino einsetzen, mit daran arbeiten, diese Rahmenbedingungen zu ändern. Damit meine ich natürlich bei uns jetzt erst mal das Zentrenkonzept und den Bebauungsplan. Da gilt es dann, entsprechende Initiativen zu ergreifen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich würde dann über den Verweisungsantrag abstimmen lassen: Wir sollten gleich StEA und BV vorsehen, ja?

(Mike Homann [SPD]: Wie beantragt!)

- Okay.

Gibt es Gegenstimmen zu dem Verweisungsantrag von Frau Karadag? - Keine. Enthaltungen?

(Mike Homann [SPD]: Wir würden uns enthalten!)

- Sie würden sich zum Verweisungsantrag enthalten, weil Sie ja selber einen Antrag gestellt haben. Ja! Es nützt nur nichts. Aber Sie würden sich enthalten.

(Mike Homann [SPD]: Wir könnten heute entscheiden!)

Gibt es weitere Enthaltungen zum Verweisungsantrag? Gilt das für alle Antragsteller? Was sagen die LINKEN? Stimmen die mit oder enthalten die sich? Ich muss das wissen. - Ja, sie enthalten sich auch. Also, es enthalten sich: SPD, FDP und die LINKE. Gegenstimmen sehe ich keine. Dann ist die Verweisung beschlossen.

Mündlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verweisung in die Bezirksvertretung Porz und den Stadtentwicklungsausschuss

Die Angelegenheit wurde einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP zur Behandlung in die Bezirksvertretung Porz (Vorberatung) und den Stadtentwicklungsausschuss (Entscheidung) verwiesen.

Anmerkung:

Verweisungsantrag von RM Karadag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei Verkehrsmaßnahmen“ AN/0148/2023

Als Erster spricht Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Kölner Straßennamen wie Ehrenstraße, Deutzer Freiheit oder Venloer Straße stehen aktuell nicht mehr für attraktive Veedelstraßen, sondern für Verkehrsversuche, Chaos, genervte Verkehrsteilnehmerinnen und Teilnehmer, Anwohnerinnen und Anwohner und Geschäftsleute. Mit heißer Nadel gestrickt, nicht bis zum Ende gedacht und schlecht kommuniziert. Insbesondere fühlt sich hier die Kölner Wirtschaft nicht mitgenommen. Und da, Frau Oberbürgermeisterin, möchte ich gerade an das anknüpfen, was Sie vorhin gesagt haben, nämlich die Frage, wie wir mit dem Kölner Wirtschaftsstandort umgehen. Ich glaube, dass diese Nadelstiche gegen die Kölner Wirtschaft, gegen Einzelhandel zum Beispiel in diesen Einkaufsstraßen, dass das auch eine Rolle spielt, welches Klima wir in dieser Stadt für die Wirtschaft erzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich dann hören muss, dass den Geschäftsleuten in der Deutzer Freiheit gesagt wird: Wenn du auf Kundinnen und Kunden außerhalb des Veedels angewiesen bist, hast du das falsche Geschäftsmodell. Das muss eine Ohrfeige sein für diejenigen, die jetzt dort die Pandemie überstanden haben, aber sich dann jetzt hier von der Stadt

(Beifall bei der FDP)

oder vom Ratsbündnis, von der Mehrheit, insbesondere von den Grünen, die das ja in der Bezirksvertretung vorantreiben, sagen lassen müssen, wie man hier Geschäfte machen muss.

Wir haben daraufhin ein Gespräch mit der Handwerkskammer zur aktuellen Frage zur Deutzer Freiheit geführt, und dort kam insbesondere die Bitte um Einbindung in diese Fragen, dass man nicht nach außen aus den Medien erfährt, was vorgesehen ist und schnell, schnell gemacht wird.

Das konnte ja bei Fragen, auch beim Eigelstein, zum Beispiel, bei der Fußgängerzone, gar nicht schnell genug gehen. Da war keine Zeit mehr für eine Bürgerinformation, für eine Bürgeranhörung. Es musste alles ganz schnell gemacht werden. Und die Handwerkskammer hat ja an die großen Fraktionen des Hauses geschrieben. Mir liegt hier ein solches Schreiben vor, und ich darf daraus zitieren:

> Mit wachsender Sorge betrachten wir, die Handwerkskammer, die Einführung von Einbahnstraßenbeschränkungen, Einfahrtsbeschränkungen, autofreien Zonen, großflächigen Rückbau von Parkplätzen. Derartige Maßnahmen können dazu führen, dass Handwerksbetriebe ihre innerstädtischen Einsatzorte zukünftig gar nicht mehr oder nur mit Verspätung erreichen können.

Das Leitziel 9 der Kölner Mobilitätsstrategie – „Die Erreichbarkeit der Ziele für den Autoverkehr, insbesondere den Wirtschafts- und Lieferverkehr, wird weiterhin gewährleistet.“- droht damit in Gefahr zu geraten.

In Anbetracht dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund eines vermehrten Auftretens von Verkehrsversuchen in der Stadt Köln mit erheblichen Einbußen für das Handwerk, werben wir dafür, den Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln am 9. Februar zu unterstützen

(Beifall bei der FDP)

Diesen Worten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Handwerkskammer, habe ich nichts hinzuzufügen. Geben Sie der Kölner Wirtschaft die Chance, bei der Verkehrswende mitgenommen zu werden. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann jetzt das wiederholen, was ich bei meinem letzten Redebeitrag zur SPD schon gesagt habe: Dass Ihre Rede, Herr Sterck, leider nichts mit dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, zu tun hatte.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es geht um das Thema Verkehrsversuche, das ist richtig. Aber das, was dann in Ihrer Rede vorkam, war haarscharf am konkreten Antragstext vorbei.

Sie beantragen, dass die Träger öffentlicher Belange bei Verkehrsmaßnahmen beteiligt werden sollen. Jetzt muss man natürlich erst einmal auseinanderhalten: Wer sind eigentlich die Träger öffentlicher Belange? Da gibt es juristische Definitionen, die bei entsprechenden Verfahren, bei Beteiligungsverfahren etc. auch selbstverständlich mit angehört werden müssen. Da dieser Rat aber nicht Sachen beschließen muss, die sowieso schon geregelt sind, glaube ich auch nicht, dass das letztendlich das ist, was Sie meinten.

Das Thema Verkehrsversuche ist tatsächlich eines, was in dieser Stadt, in diesem Ausschuss, in seinen Gremien immer wieder auch durchaus kontrovers diskutiert wird. Und das ist aus unserer Sicht auch gut so, dass wir kontrovers über Verkehrsversuche in dieser Stadt reden. Denn das ist ja Sinn und Zweck von Versuchen, dass man aus Versuchen auch etwas lernt. Ich weiß bei einem Versuch eben am Anfang auch nicht immer, was am Ende rauskommt, kann dann aber, wenn ich merke, es gibt Sachen, die nachgesteuert werden müssen, auch mal nachsteuern.

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich kann natürlich im Vorhinein bei einem Verkehrsversuch schon alle Möglichkeiten, alle Eventualitäten, alles Mögliche mit Wenn-Dann-Tabellen etc. versuchen abzubilden, um dann am Ende festzustellen: Wenn das kommt, dann kommt das, und dann kommt das, und dann wird es am Ende nicht funktionieren. Deswegen machen wir am besten mal gar nichts. So.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boyens zu?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Am Ende würde ich mir das noch überlegen.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Genau aus diesem Grund haben wir im Verkehrsausschuss eine Anfrage zu dem ganzen Thema Verkehrsversuche gestellt, wie mit den Erkenntnissen umgegangen werden soll. Dass die Verkehrsversuche eben auch lebende Versuche sind, zeigt ja, dass Verwaltung hier auch entsprechend schon nachbessert. Dass natürlich dabei alle möglichen Stakeholderinnen und Stakeholder berücksichtigt werden, ist für uns auch selbstverständlich und passiert ja auch bei den einzelnen Verkehrsversuchen. Jetzt ist es aber so, dass nicht bei jedem Verkehrsversuch immer jeder und jede mitgenommen wird, sondern diejenigen, die unmittelbar vor Ort betroffen sind.

Wenn man sich anguckt, an der Venloer Straße zum Beispiel gab es Postwurfsendungen für diejenigen, die im unmittelbaren Umfeld wohnen. Also, es ist nicht so, dass man nur aus der Presse erfährt, was hier der Rat beschließt. Es ist ja auch nicht immer ganz richtig, was dann da berichtet wird. Von daher informiert Verwaltung auch von sich aus schon aktiv über das, was da passiert.

Dass wir auch größer denken müssen bei Verkehrsversuchen und schauen müssen, welche Belange noch mit dabei sind, steht, wie gesagt, völlig außer Frage, nur eben nicht mit so einem Antrag, der dann doch auch eher ein Schnellschuss ist. Jetzt muss ich nicht beantragen, dass diejenigen, die sowieso schon mit angehört werden, wie eine Feuerwehr, noch mal entsprechend gehört werden sollen.

Interessant ist dann auch, wenn die FDP-Fraktion hier auf die Bezirksvertretungen verweist, die dann ach so schlimme Beschlüsse fassen würden. In Nippes sind Sie, glaube ich, auch mit in der Verantwortung, was Verkehrsversuche angeht. Vielleicht können Sie da bei Ihrem Kollegen vor Ort

(Volker Görzel [FDP]: Spezielles Thema!)

noch mal nachfragen, wie da das ganze Thema Neusser Straße gesehen wird. Von daher würden wir diesen Antrag, so, wie er ist, auch ablehnen, weil wir ihn in der Form für überflüssig halten.

Wir freuen uns auf die Beantwortung unserer Anfrage im Verkehrsausschuss und können dann gerne weiter schauen, wie wir mit dem Thema Verkehrsversuche in dieser Stadt auch weiterhin verantwortungsvoll umgehen, dahingehend, dass wir selbstverständlich bei Versuchen die Erkenntnisse, die wir während des Versuchs gewinnen, auch wahrnehmen und da, wo nötig, auch entsprechend nachbessern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und jetzt gab es noch den Wunsch nach einer Zwischenfrage, dem ich natürlich sehr gerne nachkommen möchte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Hammer! Sie haben eben so nonchalant gesagt, solche Versuche, die unternimmt man und das kann eben auch mal schiefgehen, dann bleibt jemand auf der Strecke. Ich weiß nicht, würden Sie auch so handeln, wenn das Ihr Unternehmen wäre, was da eben existenziell gefährdet ist und dann eben mal auf der Strecke bleibt? Ich weiß nicht, diese Kaltschnäuzigkeit und diese grüne Überheblichkeit, mit der Sie hier argumentieren, die hat mich ein wenig schockiert. Wie stehen Sie dazu?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist jetzt keine vier Minuten her, dass ich diesen Satz angeblich gesagt habe. Ich habe ihn so nicht gesagt. Von daher wüsste ich jetzt auch nicht, wie ich darauf reagieren soll, wenn Sie mir Unterstellungen in den Mund legen, die ich nicht gesagt habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Lesen Sie es im Wortprotokoll am Ende einfach noch mal nach und dann können wir uns darüber austauschen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht?

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, Herr Hammer hatte natürlich auch für das Bündnis gesprochen. Wir haben im Verkehrsausschuss eine umfangreiche Anfrage gestellt. Dazu benötigen wir die Antworten. Und dann werden wir uns natürlich auch intensiv damit befassen, wo optimiert werden muss und gerade was die Bürgerbeteiligung und auch die Betroffenen angeht, nachgesteuert werden muss. Am Beispiel der Kalker Hauptstraße. Wenn du dir den Antrag nämlich anschaust, den wir im Verkehrsausschuss gestellt haben, da haben wir es ja im Vorfeld mit drin. Das Problem ist ja gar nicht durch den Verkehrsausschuss oder durch die Ratsmitglieder verursacht, sondern es kommt ja oft durch die Bezirke. Und in Nippes diskutiert Ihr das ja auch mit Euren Kollegen. Also von daher müssen wir im Prinzip darauf achten und darauf auch ansetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Dann hat als Nächster Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe FDP! Der uns vorgelegte Antrag scheint auf den ersten Blick einigermaßen charmant zu sein. Er hat aber Probleme in der Umsetzung.

Fangen wir mal von vorne an: Einmal die Beteiligung von Feuerwehr und Rettungsdiensten. Ich gehe davon aus, dass wenn wir in einer Stadtverwaltung arbeiten, dass die Stadtverwaltung eine einheitliche Verwaltungsmeinung herstellt und dann selbstverständlich, dass die entsprechenden Ämter sich untereinander austauschen über entsprechende Versuche und Verkehrsversuche. Wenn dies nicht der Fall ist, hoffe ich, dass das abgestellt und verändert wird und weiterhin eine einheitliche Verwaltungsmeinung hergestellt wird. In diesem Zusammenhang gehe ich davon aus, dass wenn das nicht der Fall wäre, das auch nicht aus einer Stellungnahme der Feuerwehr und des Rettungsdienstes hervorgehen würde, weil die ja natürlich nicht der einheitlichen Verwaltungsmeinung widersprechen würden. Deswegen halten wir es in dem Fall für nicht richtig.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die IHK und die Handwerkskammer: In diesem Fall treten sie nicht als Träger öffentlicher Belange auf, also so, wie sie ursprünglich gegründet worden sind, sondern als Interessensverbände für Handwerk, Handel und Industrie. Richtig so, dass sie das machen, und auch richtig so, dass sie da ihre Interessen vertreten. Das Problem ist bloß: Wenn wir das so machen, wie sie das fordern, dann müssen wir auch ADAC, ADFC, Fuß e.V., Pro Bahn, KVB mit beteiligen, und zwar im Vorfeld der Vorlage.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das bedeutet im Rückschluss wiederum, dass praktisch die komplette Stadtgesellschaft im Vorfeld einer Vorlage diese Vorlage bekommt und wir als Politik als letzte informiert werden, was geplant wird und was umgesetzt wird.

Und genau da fängt das Problem an, warum wir zum Schluss diesem Antrag nicht zustimmen können: Weil nämlich wir als Politik auch eine Möglichkeit haben müssen, unsere Position zu bilden, bevor alle anderen Verbände auf uns zukommen. Deswegen kommen wir am Ende darauf zu sprechen.

Wir hoffen, dass wir beim alten Verfahren bleiben, dass uns die Verwaltung rechtzeitig - das macht sie nicht immer rechtzeitig - vor jedem Ausschuss die Beschlussvorlagen zukommen lässt und dann jeder Verband, jeder Bürger, jede Bürgerin die Möglichkeit hat, ihre Bedenken, ihre Stellungnahmen abzugeben und an uns senden kann, damit wir entsprechend darauf reagieren, es umarbeiten können und einen politischen Abwägungsprozess machen können.

Abschließend möchte ich sagen, dass die Frage der Verkehrsversuche ja gerade im Verkehrsausschuss diskutiert worden ist. Wir verweisen da gerne auf unseren Antrag, wo wir fordern, bessere Informationen stattfinden zu lassen, weil uns häufig aufgefallen ist, gerade in Ehrenfeld, dass es zu Problemen im Informationsfluss zu den Bürgerinnen gekommen ist. Genau daran müssen wir arbeiten, dass wir unsere Arbeit genauer erklären, Probleme erkennen und entsprechend ändern. Das ist ja auch zum Beispiel in der Bezirksvertretung Innenstadt jetzt passiert, in der Deutzer Freiheit, wo es konkrete Änderungen gibt, wo man anschließend sagen kann: Ja, es ist ein Kompromiss, aber ich glaube, das ist ein guter Kompromiss, womit andere Leute zum Schluss einigermaßen leben können.

Deswegen lehnen wir zum Schluss diesen Antrag ab, und freuen uns auf eine weitere lebhafte Debatte im Verkehrsausschuss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache das hier vom Platz aus. Auf den ersten Blick - das hat Herr Lorenz ja gerade gesagt - hört sich das ja eigentlich total toll an, dass Träger öffentlicher Belange, wer immer das auch sein sollte, bei den Planungen von größeren Verkehrsmaßnahmen beteiligt werden sollen. Wer soll etwas dagegen haben auf den ersten Blick?

Genannt werden natürlich immer die üblichen Verdächtigen, auch Interessensverbände, Handwerkskammern.

(Das Mikrofon der Rednerin funktioniert nicht mehr)

So, jetzt geht es wieder.

Vielleicht einfach vorab, einfach nur so, wie die Diskussion auch im Verkehrsausschuss läuft, also diese Vermengung zwischen: Wir beteiligen noch weitere Akteure an allen Planungen, die jetzt im Verkehrsbereich anstehen - -

(Das Mikrofon der Rednerin funktioniert nicht mehr)

Das sollte man voneinander trennen.

Die Verkehrsversuche, so hat man den Eindruck auch in der Presse, und auch so, sind auch wirklich unter Druck geraten. Das sollte aber nicht den Anlass geben, so einen Antrag zu stellen, um noch mehr Akteure bei allen Maßnahmen reinzunehmen. Da gebe ich der SPD recht, wenn man diese Interessensverbände wie IHK und Handwerkskammer reinnimmt und auch die anderen Interessensverbände und Initiativen aus dem Verkehrsbereich miteinbezieht. Ansonsten wäre es ja dann auch nicht logisch, wenn man sagt, man möchte alle mitnehmen und alle sollen beteiligt sein, damit das am Ende einmal eine Planung oder eine Maßnahme ist, die sich von selbst trägt.

Ich glaube einfach, je größer so eine Beteiligung ist, desto mehr führt das zu Verzögerungen in den Planungen. Im Verkehrsbereich dauert es teilweise sehr, sehr lange, bis wir überhaupt etwas abschließen können. Das muss man sich wirklich gründlich überlegen.

Es gibt ja im Verkehrsausschuss erst mal die Anfrage des Bündnisses. Aber es gibt ja auch die Anfrage der SPD. Das hat Herr Lorenz auch genannt. Es geht darum: Wie kann man Verkehrsversuche besser kommunizieren? Ich glaube, das muss man erst mal im Verkehrsausschuss diskutieren, um zu schauen: Was kann man verbessern? Dieser Antrag kommt einfach nicht zur richtigen Zeit. Wir müssen schauen, wie weit wir da vorangehen. Tatsächlich glaube ich einfach nur abschließend zu den Verkehrsversuchen: Die sind wichtig und richtig. Und dass sie so unter Druck geraten, kann uns allen eigentlich auch nicht schmecken. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von Volt das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Liebe FDP! AfD wirkt, kann man nur sagen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Würg!)

Wir haben ja zur letzten Sitzung hier unseren Antrag zur Beendigung dieses unnötigen Verkehrsversuchs auf der Deutzer Freiheit eingebracht. Wir wollten das stoppen. Sie haben sich gar nicht geäußert. Sie haben keine Position bezogen und wollten diesen unternehmens- und veedelsfeindlichen Blödsinn nicht mit beenden. Jetzt kommt wieder so ein typischer FDP-Antrag, mit dem man dann zeigen will: Eigentlich sind wir mit diesen ganzen Verkehrsversuchen auch nicht so einverstanden. Wir wollen doch auch nicht mit unseren linksgrünen Freunden - oder wie auch immer - irgendwo anecken.

Jetzt große Konsultationsprogramme fordern - das kann man machen, aber man kann auch einfach Nein zu diesen ganzen Sachen sagen. Scheint ja bei Ihnen, wenn man hier die Diskussion über die Bezirksvertretung gehört hat, auch intern nicht ganz klar zu sein. Es gibt nur eine Partei, die bei dem Blödsinn nicht mitmacht, und das ist die Alternative für Deutschland, die AfD in Köln.

(Beifall bei der AfD)

Darauf können sich die Bürger verlassen. Wir machen nicht mit beim allgemeinen Kampf gegen den Individualverkehr. In der CDU scheint es ja auch zu rumoren, das stand ja heute im Pressespiegel. Scheinheilig - CDU und FDP hätten in der letzten Sitzung Position beziehen können. Sie haben eine Reihe von Institutionen aufgeführt, die jetzt hier konsultiert werden sollen. Insbesondere die Abteilung Blaulicht wird bei solchen Sachen sowieso immer konsultiert, Stichwort „Einsatzzeiten“. Die Feuerwehr muss ja in der Lage sein, in einem gewissen Zeitraum dort anzukommen. Deswegen ist es schon mal gar nicht nötig.

Dann haben Sie auch noch richtigerweise IHK, Handwerkskammer und Kreishandwerkerschaft aufgeführt. Aber das löst auch nicht das Problem, dass die Betroffenen vor Ort immer nur sehr eingeschränkt Gehör finden. Auch weil die

Verbandsstrukturen weit weg sind. Das Gehör der Unternehmer und deren Aufmerksamkeit ist in erster Linie auf ihr Geschäft gerichtet und nicht die Verbände. Und sie wollen sich in erster Linie um ihre Kunden kümmern.

Man kann es auch so sagen: Der normale Unternehmer und Mensch in dieser Stadt will eigentlich von der Stadt und dem Staat in Ruhe gelassen werden. Dem sollten wir in dieser Stadt auch endlich nachkommen.

Aber mit Blick auf die Deutzer Freiheit kann man feststellen, es wird ja immerhin jetzt darüber gesprochen, wie man das Ganze wieder aufweicht. Das reicht natürlich nicht, es gehört auch komplett gestoppt. Aber immerhin: Jetzt wird die FDP vorgeschickt, da kann dann das Altparteienkartell auch so tun, als ob hier gehandelt würde. Gut, kann man machen.

Wie gesagt, Konsultationsrunden sind ja schön und gut, aber das Beste wäre, kluge und von der Vernunft geleitete Politik von Anfang an zu machen, meine Damen und Herren.

Stellen wir die wertschöpfenden Milieus in den Mittelpunkt dieser Stadt und nicht irgendwelche Aktivistengruppen, die mit viel zu viel Zeit ebendiese stören, oder besser: tyrannisieren. Die wertschöpfenden Milieus finanzieren dieses Gemeinwesen nämlich. Deshalb müssen sie vor linksgrünen Ideologen geschützt werden. Das heißt, die Ehrenstraße, die Deutzer Freiheit, die Venloer Straße und bald die Neusser Straße. Nichts als Ärger für Anwohner und Unternehmer für das linksgrüne Wolkenkuckucksheim.

Interessant ist dann auch, dass man versucht, die Leute vor Ort zu diskreditieren, weil die AfD sich für deren Belange einsetzt: Oh, ihr arbeitet mit der AfD zusammen? Ah, ist ja alles ganz schlimm! Und dann müssen wir auch über die ganze Sache gar nicht mehr reden. Das sagt etwas über die Geisteshaltung in dieser Stadt aus.

(Beifall bei der AfD)

Die Aktivisten und ihre politischen Freunde von Grünen und Co. meinen ja immer, dass ihre Art zu leben doch jeder zu übernehmen hat. Die haben zu viel Zeit, wie gesagt, und erdreisten sich, denen, die keine Zeit haben, vorzuschreiben, wie sie zu arbeiten und zu leben haben. Dem Otto Normalo fehlt nämlich oft die Zeit, um sich dagegen zu wehren, weil er arbeitet und Werte schafft.

Die AfD ist der natürliche Anwalt der wertschöpfenden Milieus in dieser Stadt und in Deutschland.

(Lachen von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Dem Antrag kann man zustimmen oder auch nicht. Den herrschenden linksgrünen Zeitgeist und seine Vertreter werden diese Konsultationen nämlich nicht interessieren. Sie sind, wenn überhaupt, ein Feigenblatt. Da denkt man sich in diesen Kreisen über den Otto Normalo wahrscheinlich in dieser Stadt mit Blick auf seine Nöte und wirtschaftlichen Sorgen: Sollen sie doch Kuchen essen, wenn sie kein Brot haben!

Und an die beiden vermeintlich bürgerlichen Parteien, CDU und FDP, gerichtet: Sagen Sie sich endlich von Ihren linksgrünen Freunden los! Machen Sie bei diesen blöden Verkehrsversuchen auch nicht auf Bezirksebene mit! Das wäre das Beste für diese Stadt. Und machen Sie mit uns eine konstruktive und harte Oppositionspolitik gegen den linksgrünen Zeitgeist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD - Lukas Lorenz [SPD]: Beleidigen Sie doch nicht die FDP!)

- Ich habe niemanden beleidigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich versuche mal, mein Gefühl über das Mikrofon rüberzubringen. Ich glaube, der Antrag ist so wichtig, dass er heute - -

(Das Mikrofon des Redners funktioniert nicht mehr)

Und ich bitte die Verwaltung, einen Prüfantrag anzunehmen, diesen Antrag zum Anlass zu nehmen, sich einmal Gedanken zu machen, welche Schnittstellen hier nicht berührt worden sind. Ich sage mal, die Bürgerbeteiligung ist hier überhaupt nicht berücksichtigt. Der ein oder andere Redebeitrag hat das schon erwähnt. Die BVen grundsätzlich sind zu berücksichtigen und der

Wirtschaftsausschuss nicht. Also, ich erinnere an die vorletzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses, wo es um die Deutzer Freiheit ging und wo erstmals überhaupt die Betroffenen zu Wort kamen und nicht nur die Bürger, die diese Sperrung mehr oder weniger herbeigeführt haben - mit entsprechender politischer Lobby im Rücken. Deshalb appelliere ich an die Verwaltung, sich vielleicht mal intensiv Gedanken zu machen, wie dieser Antrag noch aufgefüttert werden kann, damit er auch wirklich alle Schnittstellen berücksichtigt. Weil: Hier geht es um ganz wichtige Dinge in der Zukunft. - Danke sehr.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Ich habe etwas Sympathie für den Antrag der FDP. Das ist aber auch nur ein bisschen Sympathie. Das ist der Part, wo Sie die Verkehrsversuche, die durchgeführt werden, beschrieben haben. Ich möchte hier nur für den Verkehrsversuch auf der Venloer Straße sprechen.

(Das Mikrofon des Redners funktioniert nicht mehr)

Auch dieses Mikro fällt leider immer wieder aus.

Das ist natürlich in der Tat ein Problem. Das wird aber in den Gremien ja auch schon rauf und runter diskutiert. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat den Verkehrsversuch Venloer Straße, glaube ich, inzwischen als ständigen Tagesordnungspunkt. Da ist auch einiges schiefgelaufen, was die Kommunikation angeht. Das Anliegen selbst ist ein gutes Anliegen. Warum man das im Winter einführen musste und im Dunkeln sozusagen den Schulkindern die Querung der Venloer Straße auf die Art und Weise erschwert hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber das ist nur das, wo ich Herrn Sterck und die FDP verstehen kann. Was ich nicht verstehen kann, ist die Position vieler Einzelhändlerinnen und Einzelhändler. Da spreche ich jetzt selbst mal auch als Einzelhändler, der ich tatsächlich bin. Es sind alte Diskussionen, die schon seit Jahren oder Jahrzehnten geführt werden, aber es leuchtet mir bis heute nicht ein und auch nach diesem Antrag und nach dieser Debatte nicht, warum ein Parkplatz vor meinem Geschäft mir mehr Umsatz bringen soll als zehn Fahrradstellplätze. Es ist überhaupt nicht zu verstehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Auch die Erreichbarkeit! Wir haben hier in der Nachbarschaft die Nord-Süd-Fahrt gegenüber der Oper: tippi toppi verkehrsangebunden. Wenn man jetzt ans Auto denkt mit der Nord-Süd-Fahrt, da sind sogar Parkplätze. Okay, die muss man bezahlen. Aber möchte einer der Händler da sagen, er hat eine gute Lage im Vergleich zur Schildergasse oder zur Hohe Straße? Mitnichten! Da wird dran vorbeigerauscht, da kommt keiner extra hingefahren, weil man da so schnell mit dem Auto kommen kann und so tollen Parkplatz kriegt. Das ist totaler Mumpitz. Der Einzelhandel hat wirklich Sorgen, das ist vollkommen klar. Das möchte ich auch nicht kleinreden. Das ist natürlich die Pandemie gewesen, das ist Kaufkraftverlust durch Inflation etc. Das sind die Sorgen. Aber es ist nicht das Problem, ob man mit dem Auto bis zum Geschäft vorfahren kann. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Liebe alle! Ich würde gerne auf eine Passage Bezug nehmen, wo es heißt, dass heftige Diskussionen vermieden werden wollen, nämlich dass solche Debatten oftmals darauf hinweisen, dass in der Planung wichtige Anforderungen übersehen oder übergangen worden sind und nicht einfach so ein Standardphänomen sind, weil es immer wütende Leute gibt. Solche Debatten sollten wir zum Anlass nehmen, noch mal über die Methodik und Vorgehensweise zu schauen. Auch wenn wir schon Beteiligung haben, noch mal drüber zu schauen, ob diese denn methodisch gut durchgeführt worden sind oder es noch Verbesserungspotenzial gibt. Denn letzten Endes ist niemand einfach aus Prinzip immer wütend, sondern immer nur, wenn Grenzen überschritten worden sind oder Werte nicht berücksichtigt wurden. - Das war's.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD und Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Planung größerer Verkehrsmaßnahmen regelmäßig die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Hierbei sollen insbesondere die Polizei, die Feuerwehr und die Rettungsdienste, die Handwerkskammer, die IHK und die Kreishandwerkerschaft berücksichtigt werden.

Größere Verkehrsmaßnahmen sind insbesondere die Einrichtung von Fußgängerzonen, Fahrradstraßen, Einbahnstraßen oder Sperrungen, Umgestaltungen und gravierende Änderungen von Verkehrsführungen, wesentliche Änderungen der lokalen Stellplatzsituation für das Gewerbe sowie die Umwandlung von Spuren für eine andere Nutzung auf aktuellen oder ehemaligen Haupterschließungsstraßen.

Die entsprechenden Stellungnahmen werden als Anlage zur Vorlage dokumentiert.

Dies gilt für Beschlüsse des Rates, des Verkehrsausschusses und der Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und Die FRAKTION abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieklausel in Mietverträgen städtischer Gebäude“ AN/0205/2023

Herr Busch hat das Wort.

Philipp Busch (AfD): Guten Tag, Frau Oberbürgermeisterin! Ich grüße Sie. Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 6. Oktober 2010 kündigte die damalige Bundesfamilienministerin Christina Schröder an, dass sie in Zukunft von Initiativen gegen Rassismus, Linksextremismus und Islamismus ein Bekenntnis zu unserer Verfassung verlangen werde. Diese sogenannte Extremismusklausel wurde von einer Union-FDP-Mehrheit im Bundestag als eine schriftliche Einverständniserklärung für drei Bundesförderungsprogramme verabschiedet: Toleranz fördern, Kompetenz stärken, Initiative Demokratie stärken und Zusammenhalt durch Teilhabe. Dies wurde jedoch 2014 durch die darauffolgende Koalition auf Drängen der Bundesministerin Schwesig wieder abgeschafft.

Nun hat dieser Rat in seiner unendlichen Weisheit in der letzten Ratsperiode mit der Vorlage 1865/2018 entschieden, dass zum einen die Überlassung von Räumen, die zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden sollen, in denen rassistisches, antisemitisches, salafistisches, antidemokratisches, sexistisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet werden soll, abgelehnt wird. Dies begrüßen wir natürlich als die Rechtsstaatspartei in diesem Gremium.

(Beifall bei der AfD)

Zum anderen solle eine Broschüre erstellt werden, in dem unter anderem, wie in dem sogenannten Münchner Leitfaden stehen soll, dass das Parteiengesetz klarstellt, dass der Grundsatz der formalen Gleichbehandlung aller Parteien auch für die Vergabe öffentlicher Einrichtungen gilt. Daraus folgt das Parteienprivileg. Politische Parteien haben einen aus dem Gleichheitsgrundsatz und dem Parteiengesetz abgeleiteten Anspruch, kommunale Einrichtungen zu nutzen. Wenn die Kommunen dies generell erlauben. Was in Köln der Fall ist. Alle nicht verbotenen Parteien genießen das Parteienprivileg unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Eine Selbstverständlichkeit, weswegen wir auch diesen Flyer für entbehrlich halten.

Was wir jedoch nicht für entbehrlich halten in Zeiten, in denen wieder offen von Räterepubliken geschwärmt wird - ein Verstoß gegen das

Demokratieprinzip. Wo Strafrecht als dispositives Recht angesehen wird, wenn der Verstoß nur ideologisch begründet ist - natürlich immer auf der richtigen Seite - brauchen wir auch hier eine Demokratieklausel, wenn städtischer bzw. quasi städtischer Raum angemietet werden soll. Uns sind natürlich auch die Problematiken einer solchen Klausel bewusst. So ist der Extremismusbegriff undefiniert, folglich ein politischer Begriff. Verwaltungsakte müssen aber bestimmt sein, sagt das Gesetz. Wie auch das Verwaltungsgericht Dresden in seiner damaligen Entscheidung zur Extremismusklausel des Bundes. Jedoch ist in unseren Augen eine einfache Klausel, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleistet wird, möglich. So sehen es im Übrigen auch die Staatsrechtler Professor Battis und Professor Ossenbühl.

Was jedoch nicht geht, sind, wie in diesem Jahr in der Bezirksvertretung Nippes unter der Antragsnummer 74/2023, was noch mit Dringlichkeit verabschiedet wurde, einzelnen unliebsamen Parteien ein solches Verbot zu geben. Ein klarer Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 des Grundgesetzes. Stimmen Sie für unseren Antrag, dass die Stadtverwaltung uns zur nächsten Ratssitzung eine solche Musterklausel rechtssicher zur Anmietung für städtische Räume vorlegen soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu Tagesordnungspunkt 3.1.3 weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Demokratieklausel in die Mietverträge von städtischen Immobilien verankert und rechtssicher in die Mietverträge aufgenommen werden kann. Das gilt gleichermaßen für städtische Unternehmen und Gesellschaften sowie von der Stadt angemietete Immobilien, die die Stadt an Dritte untervermietet.

Die Demokratieklausel soll ein Bekenntnis zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung (FDGO) umfassen.

Die Stadt Köln soll eine entsprechende Musterklausel dem Rat in der nächsten Sitzung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Kommunale Beobachter:innen Karneval“ AN/0209/2023

Das Wort hat Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Karnevalisten und Zuschauende! In den letzten Wochen sahen wir uns einer Flut aktueller Stunden ausgesetzt. Gefühlt in jedem Ausschuss wurde darüber gesprochen, wie der 11.11. verlaufen ist und wie es sich besser machen lässt. Wir haben Glück, denn zwei Mal im Jahr bekommen wir, der Rat der Stadt Köln, die Chance, es in den Griff zu bekommen: Die Feiernden, den Müll, die KVB, die Zahl der Unfälle und Einsätze zu senken. Nun ist es wieder so weit. Karneval steht vor der Türe. Wir möchten uns nicht länger in den Logen des Rosenmontagszuges tummeln und schunkeln in prunkvollen Sälen mit verschiedenfarbigen Funken. Wir fordern analog zu den parlamentarischen Beobachter*innen kommunale Beobachter*innen explizit im Kölner Karneval. Mitten im Geschehen sein, schauen, wo es gut und wo es schief läuft - und das aus jeder Fraktion bzw. aus den Reihen der Einzelmandatsträger*innen - trägt dazu bei, die Dinge einzuordnen und verschiedene Eindrücke zu erhalten.

Dieser Antrag ist auch ein Antrag, die Verwaltung zu entlasten und 100 Anfragen in 100 aktuellen Stunden zu minimieren.

Frau Reker, Sie sagten, wir können den Leuten nicht verbieten, so Karneval zu feiern, wie die Leute es eben tun. Das ist folgerichtig. Gerade zu 200 Jahren Karneval wird es sicher besonders schunkelig in Köln. Endlich wieder ein richtiger Karneval und das hoch zweihundert! Zugang hinter die Bauzäune, dahin, wo es eng und vielleicht auch gefährlich wird, aber auch, wo es gut wird und die aktuellen Stunden vielleicht schon Wirkung zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen Sie diese Chance und machen Sie sich ganz offiziell und überall ein Bild von der Situation „Kölner Karneval“. Reden Sie mit Gastronomen und lassen Sie sich von bestechenden Argumenten von Sicherheitsleuten vor Ort überzeugen, und stimmen Sie für diesen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe auf meiner Rednerliste Herrn Dr. Krupp als Nächsten.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Bitte?)

Wird weiter das Wort gewünscht von Grünen oder CDU?

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Ich habe mich nicht gemeldet!)

- Haben Sie sich nicht gemeldet? Ja, dann.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ich kann aber.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier steht es auf meiner Redeliste.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache es ganz kurz.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich fordere niemanden auf, hier zu reden, der das gar nicht möchte.

(Heiterkeit)

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ich mache es ganz kurz. Ich möchte immer reden.

(Heiterkeit)

Liebe Freunde von Die FRAKTION, wir werden den Antrag ablehnen. Parlamentarische Beobachter sind etwas, was einerseits in Krisengebieten eingesetzt wird - so weit ist es mit dem Karneval doch noch nicht -, andererseits bei Demonstrationen, um seitens des Parlaments die Einhaltung der Versammlungsfreiheit zu kontrollieren. Beides trifft hier nicht zu. Wir haben am 11.11. erhebliche Probleme gehabt, das ist völlig richtig. Wir müssen viel dafür tun und die Stadt muss viel dafür tun, dass es an Weiberfastnacht nicht so kommt. Aber das Ganze mit quasi parlamentarischen Beobachtern zu begleiten, halten wir dann doch für ein bisschen zu weit gesprungen und im Übrigen auch nicht für zielführend. In diesem Fall, nur zur Begründung, sind wir dann auch für Ablehnung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann würde ich jetzt über den Antrag abstimmen lassen, und dann hat Herr Hock den Wunsch, eine persönliche Erklärung abzugeben.

Wer wünscht, dem Antrag zuzustimmen? - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Herr Hock hat das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank, auch, dass Sie es heute nicht nach der Schweigeminute haben stattfinden lassen. Ich hatte so ein bisschen die Befürchtung, nachdem mitten in meiner vorletzten Rede die Queen gestorben war und zuletzt vor meiner Rede auch eine Rede über wirklich schlimme Verhältnisse stattgefunden hat, dass ich vielleicht nicht mehr reden sollte. Aber heute war nur das übliche Gequatsche vor meiner Rede. Deswegen: sehr gut.

Liebe Frau Reker, ich möchte auf die letzte Ratssitzung zurückkommen. Da waren Sie der Auffassung, dass ich Ihnen nicht richtig zuhöre. Also, das möchte ich klarstellen: Selbstverständlich höre ich Ihnen immer sehr gut zu. Hintergrund war in der aktuellen Stunde, in der letzten Rede, dass ich Sie Ihrer Ansicht nach nicht richtig zitiert habe.

Oder nein, es ist noch ein bisschen komplizierter gewesen. Am 11.11. zitierten Sie vor der Presse die Bläck Fööss:

> Mer bruche keiner, keiner dä uns säht
> Wie mer Fastelovend fiere deit.

Und ich zitierte Sie in meiner Rede, wie Sie die Bläck Fööss zitierten. Sie waren also der Auffassung, ich hätte nicht verstanden, dass es sich bei meinem Zitat von Ihnen um ein Zitat der Bläck Fööss handele. Da schon sehr viel größere Politiker als ich aufgrund falscher Zitate oder Zitationen in Schwierigkeiten geraten sind - Giffey, Schavan, von und zu Guttenberg - möchte ich klarstellen: Selbstverständlich war mir und unseren sehr guten, unterbezahlten Redenschreibern bewusst, dass Sie die Bläck Fööss zitierten. Hätte man mir gut zugehört, hätte man dies auch bemerkt. Nachdem Sie, Frau Reker, nämlich die erste Zeile des Bläck-Fööss-Songs zitiert haben, habe ich in meiner Rede die zweite Zeile zitiert, nämlich

> Mer bruche keiner, dä de Schnüss op
> määt. Dä se besser halden dät.

Der Vorwurf, sich nicht im Kölner Liedgut auszukennen, wiegt schwer und verletzt mich persönlich. Unkölsches Verhalten ist der Karrieretod jedes Kölner Lokalpolitikers.

(Heiterkeit)

Damit möchte ich und möchte meine Fraktion nicht in Verbindung gebracht werden. Immerhin werden wir nach unseren repräsentativen Umfragen bei Facebook und Telegram bald selber Oberbürgermeister, und da darf uns so ein Missverständnis nicht auf die Füße fallen.

So, ich hoffe, ich habe alles klargestellt, auch innerhalb der Redezeit, und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Hock.

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Gerne!)

Beschluss:

Die Stadt Köln ermöglicht sog. "Kommunale Beobachter:innen" in der Zeit vom 16.02. bis zum 22.02.2022 das karnevalistische Sicherheitskonzept vor Ort in Augenschein zu nehmen. Hierzu ermöglicht die Stadt den kommunalen Beobachter:innen jederzeitigen Zugang zu den vom Sicherheitskonzept der Stadt betroffenen Flächen. Insgesamt sollen aus jeder Fraktion des Kölner Stadtrates bis zu zwei Ratsmitglieder, sowie die Einzelmandatsträger:innen als kommunale Beobachter:innen bestimmt werden. Die Akkreditierung wird vom Büro der Oberbürgermeisterin ausgestellt. Die zu Akkreditierenden werden von den Fraktionen benannt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

Anmerkung:

Nach der Debatte und Abstimmung zum Antrag folgt eine persönliche Erklärung von RM Hock zu seinem Redebeitrag in der Ratssitzung am 08.12.2022 zu TOP 1.1 - Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Antrag auf aktuelle Stunde zum Sicherheitskonzept des Karnevalsauftakts am 11.11.2022, AN/2195/2022.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern“ AN/0218/2023

Ich würde Sie bitten, zunächst der Stadtdirektorin zuzuhören, der ich jetzt das Wort erteile, weil dadurch, glaube ich, sich viel in der weiteren Debatte lösen kann.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Köln steht vor vielfältigen Herausforderungen, zum Beispiel dem demografischen Wandel, Klimaschutz, der Mobilitätswende und der Digitalisierung, um nur einige wenige zu

nennen. Gemeinsam stellen wir uns als Stadtverwaltung diesen Aufgaben und sind als eines der größten Dienstleistungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen für die Kölner*innen in ihren verschiedenen Lebenssituationen da. Das ist auch der Kern unserer neuen Arbeitgebermarke. Gemeinsam machen wir Köln.

Unsere vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und zu motivieren, sowie neue Fachkräfte zu gewinnen, ist Ziel und Anlass für die Entwicklung der Arbeitgebermarke. Fachkräfte sind in vielen Bereichen Mangelware und rund ein Viertel unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird uns in den nächsten zehn Jahren rein altersbedingt verlassen.

Daher müssen wir alle Register ziehen. Wir müssen zeigen, dass das Arbeiten bei der Stadt Köln attraktiv macht. Wir müssen auf uns aufmerksam machen und den Nachwuchs für eine Karriere bei der Stadt begeistern. Wir müssen aber auch Prozesse verbessern und an Stellen arbeiten, die noch nicht so rund laufen. Der Bedarf nach mobilem Arbeiten und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir werden neue Wege finden, um in Kontakt zu bleiben, Teams zusammenzuhalten und weiterhin ein gutes Miteinander zum Wohle der Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich gerade in den letzten drei Jahren den Krisen und Herausforderungen gestellt haben und sich trotz vielfältiger Belastungen Tag für Tag engagiert für unsere Stadt einsetzen. Gerne gebe ich Ihnen nun - durchaus ausführlich - einen Einblick in die verschiedenen Themenstellungen, an denen wir aktuell arbeiten.

Zur Personalstrategie, die neu ausgerichtet wird: Das Personal- und Verwaltungsmanagement hat bereits einen Prozess der Neuorientierung eingeleitet. Ich möchte hier nur beispielhaft einige Punkte nennen. Das ist die Durchführung vielfältiger Marketing- und Social-Media-Kampagnen. Unter anderem wurde die stadtweit bekannte Kampagne „Mach Köln!“ entwickelt und immer wieder im Stadtbild und online platziert. Angebot vielfältiger Benefits in den Bereichen modernes Arbeiten, Gehalt und Leistungen, Karriere und Entwicklung, Vielfalt und Zusammenhalt und Gesundheit und Prävention. Details sind auf der Karriereseite im Internet einsehbar.

Ausrichtung an der werbenden Perspektive bzw. im Sinne der nutzenden Orientierung. Aufbau eines zielgruppenspezifischen Recruitings zum Beispiel durch spezialisierte Kompetenzteams für die einzelnen Fachkräftebereiche und durch Active Sourcing auf berufsspezifischen Plattformen. Dieses moderne Recruiting wird durch ein ebenso modernes Personalmarketing unterstützt. Die Arbeitgebermarke Stadt Köln bildet dabei in Verbindung mit dem zentralen Leitgedanken der Personalwerbung „Mach Köln!“ die Grundlage aller Marketingaktivitäten des Bewerbercenters. Das Marketing ist dabei authentisch, mutig und crossmedial ausgerichtet.

Stichwort: Ausbau und Förderung von Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Ausbildungsleitung der Stadt ist hier seit vielen Jahren sehr aktiv und gewinnt Jahr für Jahr neue Auszubildende. Aktuell bietet die Stadt bereits über 35 Ausbildungsberufe an und arbeitet kontinuierlich mit den Fachbereichen daran, weitere zukunftsorientierte Ausbildungsberufe zu identifizieren.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ausbildungsquote 10 Prozent!)

Im Jahr 2022 wurden fast 350 Nachwuchskräfte in den Bereichen Verwaltung, IT sowie - -

(Das Mikrofon der Rednerin funktioniert nicht mehr - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wenn Sie das Mikrofon am Redepult nehmen!)

- Herr Detjen, Sie bringen selbst mein Mikrofon durcheinander.

(Heiterkeit - Die Rednerin begibt sich an das Redepult)

Die Ausbildungsquote lag 2014 noch bei 6,29 Prozent und konnte kontinuierlich gesteigert werden. Der Höchstwert wurde 2019 mit 8,95 Prozent erreicht und liegt in 2021 bei 8,24 Prozent. Das ist der letzte verfügbare Wert. Neben den vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten bietet die Stadt Köln im Laufe des Berufslebens sehr unterschiedliche Fortbildungsmöglichkeiten an.

Zum Beispiel die modulare Qualifizierung für den Verwaltungs-, den technischen und den sozialen Dienst. Berufsbegleitende Studienförderung, vielfältige Nachqualifizierungsmöglichkeiten, das Weiterbildungsangebot zu staatlich geprüften

Technikern sowie ein umfangreiches kostenloses Fortbildungs- und Personalentwicklungsangebot. Weitere Qualifizierungsprogramme und Mentoring-Projekte. Ein Mentoring-Programm für Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist in Vorbereitung. Hier sind wir in einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung und Optimierung.

Darüber hinaus ist es der Stadt Köln seit langem ein Anliegen, die Ausbildung immer weiter zu flexibilisieren und zum Beispiel Teilzeit-Ausbildungsmöglichkeiten auszubauen und die Telearbeit voranzutreiben. Auch die Spitzensportförderung ist ein aktiv gelebtes Recruiting-Instrument der Stadt Köln.

Zur Verstärkung der Einstellung von Menschen mit Behinderungen: Die Stadt Köln sieht bereits seit vielen Jahren in der Einstellung von Menschen mit Behinderung sowohl im Bereich der Ausbildung als auch im Bereich der externen Einstellungen eine gute Möglichkeit, dem Fachkräftemangel auch auf diesem Wege entgegenzuwirken. Als Indikator hierfür dient vor allem die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei der Stadt Köln. Diese liegt seit langem über der gesetzlich vorgeschriebenen Quote. Die gesetzliche Pflichtquote beträgt 5 Prozent, die Zielquote der Inklusionsvereinbarung der Stadt Köln liegt bei 7 Prozent. Im Jahr 2021 wird die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei 9 Prozent liegen.

Zur ganzheitlichen Personalgewinnung: Auch hierzu gab und gibt es verschiedene Maßnahmen, zum Beispiel geschlechtergerechte Sprache, einfache Sprache, spezielle MINT-Werbung in Ausschreibungen. In Kampagnen werden bewusst Motive von unterrepräsentierten Gruppen eingesetzt, zum Beispiel Erzieher, Feuerwehrfrauen, Informatikerinnen als jeweilige Role Models. Darüber hinaus wurde zum Beispiel bei dem Amt für Informationsverarbeitung ein Innovationsprojekt zur Frauenförderung und Diversity gestartet. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt erfolgreich am sogenannten 16-i-Programm zur Beschäftigung und Integration von Langzeitarbeitslosen und kooperiert mit der Bundesagentur.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens möchte eine Zwischenfrage stellen.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Bitte schön.

Stephan Boyens (AfD): Frau Stadtdirektorin, das hört sich ja alles ganz wunderbar an, was Sie hier sagen. Sie können sicher noch stundenlang so weiterreden. Ich habe trotzdem eine Frage: Wie erklären Sie es sich, dass der Krankenstand der Stadt Köln, ich glaube, zwischen acht und zehn Prozent liegt und dass der Krankenstand ein ganz wichtiges Spiegelbild und Indikator für die Arbeitszufriedenheit in einer Organisation ist? Wie passt das zusammen mit dem, was Sie uns hier alles in glühenden Farben erzählen? - Danke.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Da würde ich empfehlen, mich mal ausreden zu lassen bis zum Ende. Und dann können wir auch gleich gerne weitermachen.

(Beifall)

In all diesen Bereichen werden verschiedene Messen und Plattformen und Präsentationen durchgeführt, um offline und online in den direkten Austausch mit den gesuchten Fachkräften zu treten. Die Stadt Köln möchte diese Bereiche weiter ausbauen, zum Beispiel durch verschiedene zielgruppengerechte Ansprachen für bestimmte Bereiche oder bestimmte Positionen. Die Grenzen des Möglichen liegen hierbei in der Menge der potenziellen Bewerber*innen und Interessent*innen. Auf die Berufswahl - leider, leider - insbesondere in den unterrepräsentierten Bereichen hat die Stadt leider ganz wenig Einfluss.

Die Ausbildungsleitung hat 2015/2016 aktiv und frühzeitig den Kontakt zu vielen Akteuren in der Flüchtlingsbetreuung und Vermittlung gesucht und gemeinsame Projekte besprochen. Die Stadt Köln hat seit 2015 Flüchtlinge in Praktika und Ausbildung vermittelt und hier bereits einige Erfolge verbuchen können. Die Absichtserklärung für ein neues Kooperationsprojekt mit dem Jobcenter „WIR - Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ wurde 2022 unterzeichnet. Attraktivierung von Mehrarbeit und Überstunden gehört auch dazu. Die Möglichkeiten zur Anordnung von Mehrarbeit und Überstunden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst und dem Landesbeamtengesetz in Verbindung mit der Mehrarbeitsvergütungsverordnung des Bundes sind bereits sehr weitreichend. Aus Gründen der Fürsorgepflicht halten wir als Arbeitgeberin Stadt Köln eine Ausweitung der Regelungen zur Anordnung von Überstunden und Mehrarbeit nicht für sachgerecht. Zudem ermöglicht die

Arbeitszeitverordnung NRW bereits heute eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit. Der Gestaltungsspielraum wird nun durch die landesrechtliche Möglichkeit, Langzeitarbeitszeitkonten auch für Beamtinnen einzuführen, auch noch einmal deutlich erweitert.

Eine neue moderne Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit befindet sich derzeit in der Abstimmung zwischen Verwaltung und den Gremien. In dieser soll die Einrichtung von Langzeitkonten sowohl für Beamtinnen als auch für Tarifbeschäftigte geregelt werden.

Reform der Stellenbewertung:

(Unruhe bei der SPD und der LINKEN)

Ihr Antrag ist ja auch sehr ausführlich und es wäre ganz nett, Sie würden mir dann auch zuhören, wenn ich auf die einzelnen Punkte eingehe.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Sie reden ja schon ein bisschen länger!)

Ich habe ja gesagt: ausführlich. Das kennen Sie ja durchaus von mir.

Grundsätzlich schöpfen wir alle Möglichkeiten aus.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ist das Ihr Ernst? Zu versuchen, einen politischen Antrag platt zu machen, indem Sie jetzt eine halbe Stunde in einer Geschwindigkeit eine Rede - „Rede“ ist zu viel gesagt -, einen Text vorlesen, als wenn wir hier in der Grundschule wären. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Krupp, normalerweise erteile ich hier das Wort!

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ja. Dann tun Sie es mal!

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Stadtdirektorin Andrea Blome: Die Bewertung der Stellen für Tarifbeschäftigte erfolgte nach den verbindlichen tariflichen Regelungen des bundesweiten TVöD. Die Verhandlungen für eine neue Entgeltordnung haben mehr als zehn Jahre gedauert, bis diese zum 1. Januar 2017 in Kraft treten konnte. Es ist unrealistisch, jetzt auf Initiative der Stadt Köln noch einmal wesentliche Veränderungen erreichen zu können. Die Bewertung der Stellen der Beamtinnen erfolgt unter Beachtung des bundesweit in nahezu allen großen Kommunalverwaltungen angewandten KGSt-Gutachtens, wobei bereits heute alle Spielräume genutzt werden.

Die Festlegung der Erfahrungsstufen erfolgt im Rahmen der tariflichen Regelungen grundsätzlich auf der Grundlage einschlägiger Berufserfahrung.

Ergänzend werden zur Deckung des Personalbedarfs bei Neueinstellungen in der Regel auch die tariflichen Möglichkeiten zur ergänzenden Berücksichtigung förderlicher Berufserfahrung bei der Stufenzuordnung effektiv genutzt.

Zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie und von Ingenieurinnen und Ingenieuren gewähren wir bereits jetzt zeitlich befristete außertarifliche Fachkräftezulagen in Höhe von bis zu 1 000 Euro monatlich, oder es werden Stufen ohne entsprechende Berufserfahrung vorweg gewährt. Dies ist jedoch explizit im Rahmen der Fachkräfterichtlinie durch den KAV geregelt. Derzeit wird zusätzlich geprüft, ob eine verstärkte Anwendung auf bestimmte Berufsgruppen mit erhöhtem Fachkräftemangel realisierbar ist.

(Vereinzelt Beifall)

Bei der Anwendung sind jedoch regelmäßig die Lohn- und Gehaltsbedingungen zu berücksichtigen.

Ein letztes noch, moderne Arbeitsplätze: Moderne und anforderungsgerechte Arbeitsplätze sind ein wesentliches Element für die Motivation und Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln überprüft in Zusammenarbeit mit dem zentralen Raummanagement kontinuierlich den Bedarf an Arbeitsplätzen. Aktuell werden beispielsweise durch die Anmietung von 45 000 Quadratmetern Büroflächen im Agrippa Quartier Arbeitsplätze geschaffen. Ein Teil der Fläche soll nutzerunabhängig zu städtischen Co-Working-Flächen entwickelt werden.

Darüber hinaus erarbeitet die Stadt Köln aktuell ein Konzept zum Desk Sharing, um den steigenden Bedarf an Arbeitsplätzen zu decken und gleichzeitig moderne Arbeitswelten zu realisieren.

Bereits 25 Dienststellen praktizieren Desk Sharing und 16 weitere planen die Einführung von Desk Sharing in den nächsten Monaten.

Meine Damen und Herren, Ihre Geduld ist jetzt zu Ende strapaziert. Das Thema Mitarbeiterbindung und -gewinnung in Zeiten von Fachkräftemangel und demografischem Wandel stellt sehr hohe Anforderungen an ein zukunftsorientiertes Personal- und Organisationsmanagement. Daran arbeitet die Verwaltung. Nicht nur das Personalmanagement, sondern alle Expertinnen und Experten der Verwaltung und die Verwaltungsleitungen arbeiten hier zusammen. Wir drehen an allen Stellschrauben. Und jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Zuruf: Unterirdisch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich verfüge wirklich - das behaupte ich jetzt einfach einmal - über eine Menge Humor. Aber diese Art - das sage ich jetzt einmal außerhalb meiner Stichworte -, hier zu versuchen, Anträge abzuräumen, indem vorab eine längliche, wirklich längliche Stellungnahme der Verwaltung abgegeben wird, die im Wesentlichen daraus bestand, Teile des Personalberichts vorzulesen - teilweise wortwörtlich, wenn ich an das Vorwort denke -, ist einfach nicht in Ordnung. Das ist keine politische Kultur.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Das bringt auch nicht weiter. Was Sie, sehr geehrte Frau Stadtdirektorin, vorgetragen haben, kann man alles dem Personalbericht entnehmen.

Ich kann nur sagen - das richtet sich auch an euch, liebe Freunde vom Ratsbündnis -: Diese Art funktioniert nicht. Ihr macht das so. Es wird gesagt, es werde alles gemacht, und hinterher räumt ihr es im AVR ab; da wird es dann beerdigt. Am Ende des Tages funktioniert das allein deswegen nicht, weil die Ergebnisse einfach eine andere Sprache sprechen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Es tut mir leid: Die Ergebnisse dieser Verwaltungsspitze, eurer Verwaltungsspitze, sind einfach nicht so, dass diese Art funktionieren würde. Und das merken die Leute.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Sie sprachen hier ja von der Kultur, in der wir miteinander umgehen.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Ja. Ich war sehr höflich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass Sie sagen, die Arbeit der Verwaltung und der Vortrag seien unterirdisch.

(Beifall)

Der Vortrag war lang; da gebe ich Ihnen recht. Aber das als unterirdisch zu bezeichnen, finde ich wirklich nicht in Ordnung. Ihr Antrag ist auch lang.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Wenn das in der politischen Debatte schon ein zu hartes Wort ist, dann streichen Sie es.

(Vereinzelt Beifall)

Nehmen Sie stattdessen: Es war schlecht. Können wir uns bitte - wenn Ihnen das lieber ist - auf „schlecht“ einigen?

(Beifall bei der SPD, der LINKEN, der FDP und der AfD)

Der öffentliche Dienst, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, hat ein erhebliches Problem. Er leidet unter Personalmangel. Das trifft eine Stadt wie Köln ganz besonders. Aus diesem Grund haben wir all die Probleme. Deswegen sind sie bisher auch nicht gelöst. Das kann man auch nicht durch das, was jetzt vorgetragen wurde, verdecken. Frau Stadtdirektorin hat nämlich völlig zu Recht gesagt: „Wir müssen alle Register ziehen“, und das geschieht bisher nicht.

Genau das ist unser Ansinnen, alle Register zu ziehen. Denn es ist nicht nur so, dass in nicht einmal zehn Jahren 25 Prozent der Stadtverwaltung altersbedingt ausscheiden werden. Es ist vor allen Dingen auch so, dass von den Führungskräften bei der Stadtverwaltung - und auf die kommt es ja durchaus an - in nicht einmal zehn Jahren - ich habe es mir aufgeschrieben - 39 Prozent ausgeschieden sein werden. Wie wollen Sie die denn ersetzen, wenn Sie jetzt nicht die Leute onboard nehmen, die Sie dann zur Führungskraft entwickeln können? Da muss ich sagen: So wird es nicht funktionieren.

Deswegen ist unser Ansatz, mit diesem Antrag wirklich einmal zu sagen: Der Baum brennt, und wir müssen jetzt wirklich alle Register ziehen. - Daher kann es nicht nur darum gehen, das Recruiting in der Stadt ein bisschen zu verbessern und eine gute Imagekampagne zu machen. Dagegen habe ich gar nichts. Da sind Dinge passiert, die auch gut sind. Es reicht nur nicht. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die Stadt Köln als viertgrößte deutsche Stadt und mit Abstand größte Stadt in Nordrhein-Westfalen aufgefordert, sich in ihren Gremien, in denen sie sitzt, in der VKA, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, und auch beim Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen, soweit es Beamte betrifft, dafür einzusetzen, dass die Bedingungen für die Großstädte verbessert werden, um Personal zu gewinnen.

Dazu gehört so etwas wie eine Ballungsraumzulage, eine Großstadtzulage. Ja, eine solche Zulage kann die Stadt Köln nicht einfach einführen; das wissen wir auch. Genau so steht es aber auch in dem Antrag. Sie muss den Gesetzgeber in NRW dazu kriegen, sie für die Beamten zu schaffen, und sie muss die Tarifparteien - und da ist sie nun einmal auf der einen Seite mit der VKA - dazu kriegen, sie für die Beschäftigten der Stadt zu schaffen.

Soweit es heute in den Zeitungen Kritik von ver.di dazu gab, kann ich mir vorstellen, dass das einigen hier durchaus Spaß gemacht hat. Ich kann nur sagen: So ist es in der Arbeiterbewegung - nicht immer ein Weg, aber immer ein Ziel, nämlich die Verhältnisse der Beschäftigten zu verbessern. Im Übrigen fordert ver.di in München mal eben die Verdopplung der Großstadtzulage, die es dort nämlich schon längst gibt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist das sehr wohl ein gewerkschaftliches Anliegen.

Was die 35-Stunden-Woche angeht, halten wir es in der Tat für richtig, sich bei Mangelberufen - bei Mangelberufen; nur um die geht es - zu bemühen, den Job so attraktiv zu machen, dass wir wirklich Leute finden. Wir werden als öffentliche Arbeitgeber nie das zahlen können, was die Wirtschaft zahlt. Aber wir können mit Dingen wie 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich den Job zumindest so sehr attraktivieren, dass die Leute bei den Vorteilen, die es sonst noch im öffentlichen Dienst gibt - und da gibt es natürlich Vorteile, auch im Vergleich zur Wirtschaft -, sagen: Okay, dann gehe ich bei der Stadt an Bord.

Langer Rede kurzer Sinn - auch gerade mit Blick auf die Streikenden heute -: Wir müssen etwas tun, um die Stadt als Arbeitgeber attraktiver zu machen. Unser Antrag enthält sicherlich auch ein paar provokative Ansätze. Aber wir finden, dass es Zeit ist, wie Frau Stadtdirektorin gesagt hat, alle Register zu ziehen. Lassen Sie uns das gemeinsam tun. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Stadtdirektorin! Liebe vereinzelte Zuschauer*innen auf der Tribüne und zahllose Zuschauer*innen an den Bildschirmen!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vielleicht vorab unabhängig von dem Thema noch einmal zur Inspiration: Es waren sehr viele gute Inputs und Inhalte; aber lasst uns doch bei den politischen Anträgen erst die Fraktionen sprechen und dann die Verwaltung, auch trotz der guten Inhalte. Das ist meine Bitte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, bei der LINKEN und bei der FDP)

Hier geht es um ein zentrales Thema der Personalgewinnung und der Personalbindung. Das ist ein zentrales Thema einer erfolgreichen Verwaltung und auch von erfolgreichen anderen Arbeitgebern. Neben anderen zentralen Herausforderungen wie der Digitalisierung, der Einsetzung von KI in der Arbeitswelt oder der hybriden Zusammenarbeit ist das schon seit einigen Jahren eine der zentralen Herausforderungen.

Die Initiative der SPD suggeriert auch beim Lesen, dass nichts passiert wäre und es nicht gut um uns alle hier bestellt sei. Wenn alles das gemacht werden müsste, was im SPD-Antrag vorgeschlagen wird, müsste man sagen: Gute Nacht, Köln.

Deswegen war, glaube ich, auch der Impuls der Verwaltung, so viel zu sagen, weil ihr im Personalbericht schon viele Antworten dazu findet, was alles gemacht wird.

Trotzdem müssen wir uns verbessern, weil die Anforderungen noch größer werden; trotzdem müssen wir besser werden, auch in einzelnen Maßnahmen. Schon jetzt stellt die Stadt Köln pro Jahr round about 2 000 Mitarbeiter*innen ein. 2 000 neue Menschen kommen jedes Jahr zur Stadt Köln - mit allen Onboarding-Prozessen und, und, und. Wahrscheinlich müssen wir bei der demografischen Entwicklung damit rechnen, dass wir 2 500 bis 2 800 Personen pro Jahr einstellen müssen. Das heißt: Wir müssen da noch besser werden, bei allen Punkten, die damit verbunden sein werden.

Meinen Block dazu, was die Verwaltung schon alles Schönes macht, spare ich mir jetzt, weil wir das bereits gehört haben. Darum will ich hier nicht die einzelnen Punkte aufführen. Die Fachkundigen, die das im AVR eingehend besprochen haben, kennen sie auch.

Gleichwohl möchte ich noch zwei ergänzende Punkte erwähnen, die wir auch mitbedenken sollten - neben der Erhöhung der Ausbildungsquote, der Intensivierung der Weiterbildung, der Einführung von hybriden Arbeitswelten und, und, und.

Die 35-Stunden-Woche zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ist jenseits aller Denkweise auch der Gewerkschaften. Sie hat für andere Möglichkeiten vielleicht Inspirationen, aber für die Bekämpfung des Fachkräftemangels nicht, weil man dann allein von der Personalrechnung her noch mehr Leute braucht, um die Arbeit zu erledigen. Insofern ist das hier der falsche Weg.

Neben der Erhöhung der Ausbildungsquote - dazu wird sicherlich der Kollege Jörg Detjen gleich noch etwas sagen; es ist in der Tat richtig, das zu machen - sollten wir auch sehen, dass wir in den nächsten Jahren einen großen Wissensverlust haben werden. In der Verwaltung gehen viele Tausende Menschen in Rente. Daher sollte man als weitere Maßnahme auch prüfen, ob nicht ein freiwilliges Weiterarbeiten nach Renteneintritt als Kohorte, auch auf Teilzeitbasis, infrage kommt, um einen Wissenserhalt sicherzustellen. Dies auf freiwilliger Basis anzubieten, wäre ein sehr gutes Programm.

Eine weitere Möglichkeit - das ist bereits heute Mittag angesprochen worden - ist natürlich, wie auch schon damals bei Galeria Kaufhof, die aktive Vermittlung von frei werdenden Mitarbeiter*innenpotenzialen von Firmen zur Stadt Köln - oder auch zu städtischen Gesellschaften wie den Stadtwerken und der Gebäudewirtschaft, bei denen es mit der demografischen Entwicklung und dem Fachkräftebedarf ja ähnlich aussieht. Da haben wir dann ein großes Spiel vor uns.

Viele von uns haben jetzt einen tiefen Einblick in die Arbeit des AVR bekommen und werden ihn noch weiter bekommen. Das zeigt uns ja, dass wir das Thema noch einmal tiefer gehend im AVR besprechen werden. Die Ausführungen der Frau Stadtdirektorin werden sicherlich als Anlage dem Antrag beigefügt werden.

Deswegen beantragen wir Verweis in der AVR. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des AVR möchte ich mich hier erst einmal vor die Verwaltung stellen. Es kann doch nicht sein, dass mit diesem Antrag der Eindruck erweckt wird, in unserem Personalamt wäre nichts passiert.

Lieber Herr Kollege Krupp, schauen Sie bitte einmal in den Personalbericht. Da sieht man nämlich, was sich in den letzten Jahren an Zuwächsen getan hat. Nur allein von Ende 2019 bis 2021 haben wir einen Zuwachs von 10 Prozent der gesamten Mitarbeiterzahl gehabt, nämlich von 21 900 auf über 24 000. Hinzu kommen noch all die Leute, die zusätzlich vermittelt worden sind, weil andere ausgeschieden sind. Damit sind hier allein in dieser kurzen Zeit weit über 4 000 neue Mitarbeitende bei der Stadtverwaltung angestellt worden.

Dann kann man sich nicht hinstellen und sagen, wir bräuchten für diesen Bereich einen Krisenstab. Wir haben hier eine toll arbeitende Verwaltung. Das müssen wir auch einmal anerkennen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als Sie in dieser Stadt die Verantwortung abgegeben haben, hatten wir nur insgesamt 19 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jetzt sind wir bei 24 000. Seit Ihrer Zeit sind hier über 25 Prozent an Zuwachs gut in der Verwaltung angekommen. Es geht ja nicht nur darum, die Leute am Markt zu akquirieren, sondern es muss sich auch darum gekümmert werden, dass sie hier ein gutes Onboarding haben. Das machen die Leute in unserer Verwaltung hervorragend.

Dafür ist ein großer Applaus angebracht - und nicht eine Kritik und eine Darstellung des Szenarios, dass hier schlecht gearbeitet werde und wir einen Krisenstab bräuchten. Das ist doch Unsinn. Das ist Populismus. Das gehört nicht in diesen Rat.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie unserer Stadtdirektorin und zuständigen Personaldezernentin vorwerfen, sie würde hier aus dem Personalbericht zitieren, dann muss ich sagen: Dass sie das tut, ist genau richtig, weil Sie ihn gar nicht gelesen haben.

(Zuruf von Lisa Steinmann [SPD])

Das ist der Punkt. Das muss man hier einfach auch einmal festhalten.

Wir haben ein großes Potpourri von Maßnahmen, weil wir ganz genau wissen, dass es gewisse Teilbereiche gibt, in denen momentan ein Mangel vorhanden ist. Darunter leidet nicht nur die Stadtverwaltung in der Personalbeschaffung; darunter leiden private Unternehmen ebenfalls. Wir wissen alle, dass es momentan Tarifverhandlungen gibt, bei denen es nicht nur um die allgemeine Anpassung geht, sondern auch um strukturelle Anpassungen. Da ist die Stadt Köln ebenfalls mit in den Fachbereichen vertreten. Die Bemühungen sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene, Berufe attraktiver zu machen, damit wir auch hier gutes Personal bekommen, werden doch unternommen.

Man kann nicht nur die Dinge schlechtreden, sondern es geht um eine gemeinsame Anstrengung. Wir haben eine gut arbeitende Verwaltung und in dem Personalbereich einen guten Zuwachs. Das sollten wir einmal konstatieren.

Dementsprechend freue ich mich auf die weitere Detaildebatte über die einzelnen Punkte im AVR. Denn dann können wir noch einmal genau darlegen, wo es vielleicht wirklich noch Themen gibt, bei denen wir nachschärfen können. Das ist doch gar keine Frage. Aber man kann nicht sagen, der Apparat funktioniere nicht. Wenn man die Einstellungszahlen sieht, die hier regelmäßig geliefert werden, kann man sich doch nicht hinstellen und sagen, wir bräuchten einen Krisenstab.

Tiefer möchte ich gar nicht in die Details hineingehen. Das sollten wir dann in der Fachdiskussion im Ausschuss machen. Dahin gehört die Debatte im Übrigen auch. Denn mitnichten gibt es hier ein Krisenszenario, sondern wir haben eine hart arbeitende Verwaltung, die einen guten Job macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, es gibt noch eine Zwischenfrage von Frau Hoyer.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr gerne.

Katja Hoyer (FDP): Lieber Herr Petelkau, ich gebe zu, dass ich den Personalbericht bestimmt nicht so intensiv gelesen habe wie Sie. Aber ich bin ja auch in den Ausschüssen tätig und höre immer wieder - ich glaube, auch mit gutem Grund - von der Verwaltung, dass bestimmte Aufgaben nicht entsprechend erledigt werden können, weil es einen Personalmangel gibt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wenn man Ihnen jetzt zuhört, bekommt man ja den Eindruck, als ob es diesen Personalmangel gar nicht gibt. Können Sie mir denn erklären, warum die Verwaltung mir das immer wieder sagt?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Bernd Petelkau (CDU): Ich habe ja gerade versucht, liebe Frau Hoyer, das noch einmal darzulegen. Wir haben natürlich bei einzelnen Berufsbildern Mangellagen. Das gilt gerade im Gesundheitsbereich und im Pflegebereich. Aber das ist nicht allein ein Problem der Kölner Stadtverwaltung, sondern ein nationales Problem. Entsprechende Initiativen auf Landes- und Bundesebene sind auch gelaufen. Ich erinnere an die großen Termine von Herrn Minister Laumann hier - da waren wir noch in einer gemeinsamen Koalition auf Landesebene -, bei denen es darum ging, neue Pflegeschulen zu schaffen.

Das sind doch die Themen, die wir weiterentwickeln müssen, anstatt hier Krisenszenarien zu beschwören. Es sind viele kleine Bausteine, die dazu beitragen, dass wir in diesen Berufsfeldern, in denen wir eine bessere Versorgung benötigen, auch besser werden.

Lassen Sie uns genau daran gemeinsam arbeiten und uns das im Ausschuss besprechen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt auch noch eine Zwischenfrage von Herrn Homann.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Leute! Ich dachte, wir wollten es im AVR diskutieren!)

Mike Homann (SPD): Nein, wir wollten keine Fachdebatte im AVR machen, Herr Kollege Hammer. - Herr Petelkau, Sie haben gerade nicht nur angedeutet, sondern gesagt, dass, nachdem wir die Verantwortung abgegeben haben, mittlerweile 25 Prozent mehr Personal eingestellt worden ist. Ich möchte für die SPD-Fraktion ausdrücklich sagen, dass hier nicht auf einzelne Mitarbeiter der Verwaltung gehauen wird - um Gottes willen. Die Mitarbeiter tun wirklich alle ihr Bestes. Es liegt uns fern, hier auf Mitarbeitern herumzuhauen.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie gerade gesagt haben, haben Sie mittlerweile 25 Prozent mehr Mitarbeiter. Aber wie kann es denn sein, dass wir Antworten auf Anfragen bekommen, in denen zum Beispiel steht, dass im Gewerbeamt, was Anmeldungen und Abmeldungen von Gewerbebetrieben angeht, über 21 000 Anträge nicht bearbeitet worden sind und bei 17 000 Anträgen nicht einmal der Briefumschlag geöffnet worden ist? So ist uns das gesagt worden. Es muss doch eine systematische Begründung haben. Das ist jedenfalls meine Vermutung.

Deswegen frage ich Sie: Wenn es denn so viele Mitarbeiter gibt und alles so super läuft, wo ist die Lösung? Oder was sehe ich da falsch?

Bernd Petelkau (CDU): Ihre Frage richtet sich ja mehr an die Verwaltungschefin, weil es hier doch nicht um die Frage geht, ob das an Personalmangel oder an organisatorischen Prozessen liegt. Das wird man sich sicherlich genau angucken.

Aber ich habe es aus den Beantwortungen heraus auch so verstanden, dass die Verwaltung gerade die Rückstände, die es in dem Bereich gegeben hat - - Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, dass wir aus einer pandemischen Zeit gekommen sind, in der wir auch keine Vollauslastung an den Arbeitsplätzen hatten. Das bitte ich hier auch mitzuberücksichtigen. Nach meiner Einschätzung - ich kann mich jetzt nicht mehr an die Details der Beantwortung erinnern - gab es da aber keinen Hinweis, dass hier zu wenig Fachpersonal gesessen hat.

Wir können diese Debatte aber gerne noch einmal aufgreifen und im Ausschuss dann im Detail diskutieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es wurde ja einen Verweisungsantrag gestellt, über den wir nach Ende der Debatte auch abstimmen werden. Ich werde dann dafür sorgen, dass im AVR auch noch einmal aufgegriffen wird, warum es trotz der Einstellung so vieler Menschen - teilweise haben wir während Corona ja pro Woche 60 Personen oder so eingestellt - an manchen Stellen nicht weitergeht. Vielleicht gehört auch ein

Vergleich der Anträge oder der Beteiligung in den Bezirksvertretungen dazu. Dazu würde auch gehören, wie viele Nachfragen der Bezirksvertretungen schon übernommen wurden und im Laufe der Jahre abgegeben werden. Ich werde dafür sorgen, dass Sie vollständig informiert werden.

Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab kurz zu Ihnen, Frau Blome: Vielen Dank dafür, dass Sie hier eine längere Stellungnahme abgegeben haben. Aber es ist natürlich schwierig. Wenn die SPD einen Antrag stellt und sowohl die FDP als auch wir einen Änderungsantrag stellen, wäre es gut, wenn man so eine lange Stellungnahme schriftlich bekäme, damit wir uns auch entsprechend daran abarbeiten können. Das wäre auf jeden Fall gut gewesen.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute Mittag haben Hunderte von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem Alter Markt für eine Tariferhöhung von 10,5 Prozent mit einem kräftigen Sockelbetrag von 500 Euro protestiert. Ich soll Ihnen schöne Grüße ausrichten.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Die städtischen Kolleginnen und Kollegen sind sauer. Sie brauchen jetzt eine kräftige Lohnerhöhung mit dem Sockelbetrag. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel in der EG 5 brauchen deutlich mehr Lohn, sonst wandern sie in die Privatwirtschaft ab, sagt uns die Streikführerin von ver.di, Frau Ellen Steinhäuser.

Frau Steinhäuser sagt: Man kann über zahlreiche Verbesserungen im Rat diskutieren; der Schlüssel des Ganzen ist aber eine kräftige Lohnerhöhung.

Hinweisen möchte ich aber auch darauf, dass wir uns jede Diskussion über Fachkräftemangel oder Fachkräfteanwerbung wirklich sparen können, wenn der Abstand zwischen Lohn oder Gehalt im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft weiter steigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben diesen Gedanken in unserem Änderungsantrag aufgegriffen, wenn wir vorschlagen, dass alsbald mit dem Personalrat, ver.di, komba und dem DGB und natürlich mit der Verwaltung eine gemeinsame Tagung zum Thema „Für gute Arbeit, gute Entlohnung und tolle Arbeitsbedingungen bei der Stadt Köln“ durchgeführt wird.

Wir machen auch weitere Vorschläge, zum Beispiel eine 10-prozentige Ausbildungsquote. Außerdem schlagen wir vor, Personal auszubilden und anzustellen, das auch ein langfristiges Interesse daran hat, bei der Stadt Köln zu verbleiben.

Jetzt regt sich das Gestaltungsbündnis, hier die Grünen und die CDU - ich meine, die Grünen ein bisschen weniger als die CDU -, über die vielen Vorschläge im SPD-Antrag auf. Das muss man aber nicht. Denn dieses Thema ist zu wichtig, als dass man sich hier über jeden Antrag echauffieren sollte. Betrachten Sie die ganze Sache doch einmal sportlich und sachlich, also ganz unaufgeregt.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich war unaufgeregt!)

Im SPD-Antrag werden zahlreiche Vorschläge gemacht, auf die die Verwaltung und das Gestaltungsbündnis nicht gekommen sind.

Es ist doch nicht so, dass man hier Anträge strickt, ohne mit irgendjemandem gesprochen zu haben. Selbstverständlich hat die SPD das getan, und selbstverständlich haben wir im Vorfeld zu unserem Änderungsantrag mit den entsprechenden Menschen gesprochen. Es ist wirklich dramatisch, was da los ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute über den Fachkräftemangel sprechen.

Der SPD-Antrag hat hier im Rat eine Diskussion über den Arbeitskräftemangel erzwungen, der das Gestaltungsbündnis gerne aus dem Wege gegangen wäre. Natürlich redet man im AVR. Aber es ist wichtig, dass es hier im Rat diskutiert wird. Gerade deshalb unterstützen wir diesen Antrag und haben uns bemüht, entsprechend einen Beitrag zu leisten.

Liebes Gestaltungsbündnis, Sie werden sich der Diskussion nicht entziehen können, und ich hoffe, dass Sie sich dieser Diskussion in der Zukunft nicht entziehen werden, auch wenn Sie jetzt hier teilweise mauern.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE] und Lukas Lorenz [SPD])

Gerade findet bundesweit ein kommunaler Wettbewerb um die besten Arbeitsbedingungen und Angebote an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt - Stichwort: kostenloses Jobticket.

Es wäre doch spannend, wenn die Verwaltung diese Vorschläge als Prüfauftrag erhalten würde, um dazu eine Stellungnahme zu verfassen - auch mit der Absicht, dass die Verwaltung selbst Vorschläge unterbreitet.

Sie müssen die Stadtdirektorin, Frau Blome, und Frau Reker auch gar nicht in Schutz nehmen. Uns ist völlig klar, dass die Abwanderung von Ingenieuren bereits unter OB Roters und Stadtdirektor Kahlen begonnen hatte.

Mit Schuldzuweisungen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kommen wir aber nicht weiter, sondern nur mit guten Vorschlägen. Und da hören wir leider noch nicht viel von Ihnen. Sie verweisen einfach darauf, dass die Verwaltung gute Arbeit macht. Die SPD und wir haben, glaube ich, auch nicht gesagt, dass die Verwaltung keine gute Arbeit macht. Es geht doch darum, dieses Thema hier im Rat zu besprechen, die Not darzustellen und gemeinsam Lösungen zu finden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Sie meinen, diese Diskussion im AVR ersticken zu können, dann täuschen Sie sich gewaltig. Die SPD sitzt da, und wir sitzen da. Herr Gerrit Krupp sitzt da, und ich sitze da. Wir werden dafür sorgen, dass wir dieses Thema weiter bearbeiten können, und zwar gemeinsam.

Arbeitskräfte kann man nur halten und gewinnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn man auf sie zugeht und ihnen Wertschätzung demonstriert. Das tut der Antrag der SPD, und unser Erweiterungsantrag tut es auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nur noch einmal ein Hinweis: Wenn man den Debatten hier aus dem Weg gehen möchte, kann man ja, wie Sie alle wissen, vor der Debatte den Verweisungsantrag stellen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das wäre ja noch schöner gewesen!)

Das ist hier nicht geschehen. Wir debattieren es also heute. Das ist auch gut und richtig so.

Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Genauso wie meine Vorrednerin war ich auch dort und kann Ihnen ebenfalls sehr gerne die Grüße von den Beschäftigten überbringen.

(Beifall bei der FDP)

Denn wir haben auch deutlich gemacht, dass in der Tat etwas passieren muss - bei der Bezahlung, aber nicht nur bei der Bezahlung. Es gibt viele Möglichkeiten, das Ganze attraktiv zu gestalten. Wir wollen uns nicht in die Tarifautonomie einmischen. Sie ist uns ein hohes Gut. Aber wir wissen, dass etwas passieren muss. Das habe ich dort auch gesagt. Dazu steht die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Darum ist die Diskussion auch im Rat sehr wichtig. Es geht hier gar nicht darum, Frau Stadtdirektorin, dass nicht schon etwas getan wird, sondern die Intention war, glaube ich: Was können wir noch mehr tun? Dafür sollten Beispiele aufgeführt werden.

Darum haben wir uns auch mit dem Antrag beschäftigt, weil wir das sehr wichtig finden. Neben allem, was wir schon probieren, muss meines Erachtens noch mehr passieren, damit wir noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Stadtverwaltung gewinnen können. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen wir uns fragen: Was können wir im Wettbewerb um die Auszubildenden noch tun? Was ist hier noch attraktiv?

Und da muss ich sagen: Auch wenn wir allein sie jetzt noch nicht einführen können, halte ich die Großstadtzulage, die es ja in München schon gibt, für ein interessantes Instrument. Wir sollten alle dafür werben, dass die Voraussetzungen für ihre Einführung geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Denn ich weiß, dass wir viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die aus dem Umland kommen. Aber wenn sie nach Köln ziehen müssen, weil sie zu weit von dem Arbeitsplatz in der Kölner

Stadtverwaltung entfernt wohnen, kann das ganz schön teuer werden. Da müssen wir etwas machen, glaube ich. Schließlich ist gerade während der Ausbildung das Geld besonders wichtig. Insofern kann man gut mit einer solchen Zulage werben.

Wir sind auch der Meinung, dass - ob man das nun Krisenstab oder anders nennt - die Verwaltungsspitze mit Führungskräften der Verwaltung zusammenkommen sollte, um die Probleme, die wir haben - hohe Vakanz und andere Dinge -, zu besprechen. Aber wir sind der Meinung - darum haben wir einen Änderungsantrag gestellt -, dass daran nicht nur die Abteilungen teilnehmen sollten, die darunter leiden, sondern gerade auch die Abteilungen, die das besonders gut machen, damit deutlich wird, welche Ideen diese Abteilunge haben. Das hat ja manchmal auch etwas mit Führung und Leitung zu tun, also damit, wie man mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht. Daraus kann man nur lernen. Ein solches Gremium zu schaffen, halten wir für richtig.

Was wir nicht für richtig halten - darum haben wir das auch gestrichen -, ist die alte Kamelle der 35-Stunden-Woche. Das können wir vielleicht woanders mal diskutieren. Aber ich glaube, dass uns das hier nicht weiterhilft.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, ich weiß. Genauso machen wir das. Denn ich glaube, dass uns das jetzt bei der Diskussion nicht weiterhilft. Wir sind ja froh, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung arbeiten. Für jede Stunde sind wir doch dankbar. Da sollten wir jetzt nicht mit einer Reduzierung kommen. Ich glaube, dass wir andere attraktive Sachen brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe SPD, Sie mögen ja diese externen Ausschreibungen nicht. Frau Oberbürgermeisterin, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie damit angefangen haben und so große Fortschritte gemacht haben.

Ich bin nun schon ein bisschen länger dabei, wie Sie wissen, und kann mich noch an bestimmte Runden von CDU und SPD erinnern - darin kamen die Grünen und wir gar nicht vor -, bei denen es in Bezug auf Amtsleiter darum ging, wie das gestrickt wird und wer dann was bekommt.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, bloß keine Externen!)

Aber das habe ich nur so gehört, Frau Oberbürgermeisterin. Das habe ich nur gehört. Ich fantasiere ja vielleicht manchmal auch.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Da hast du aber recht!)

Aber das kann schon so gewesen sein.

Ich merke nur, dass es immer einen Widerstand gibt, wenn Sie mal extern ausschreiben. Und ich sage Ihnen: Wir brauchen natürlich eine Förderung derjenigen, die wir zu Führungskräften ausbilden wollen, auch in der Verwaltung. Aber, liebe Freundinnen und Freunde hier im Rat, es ist doch genau richtig, dass wir Externe hier hineinholen und wirklich frisches Blut mit neuen Ideen hineinholen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Frau Oberbürgermeisterin, bitte machen Sie damit weiter. Wir werden das im AVR weiter besprechen. Aber diesen Punkt möchte ich nicht. Ich sehe wichtige Punkte in dem Antrag. Darum möchte ich das diskutieren. Deshalb haben wir den Änderungsantrag gestellt, liebe SPD. Das waren unsere Änderungen. Denn da sind wir einer anderen Meinung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Unna?

Ulrich Breite (FDP): Ja, selbstverständlich, von Herrn Dr. Unna. Bitte, Ralf.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Uli Breite, wie erklärst du, dass du mehr oder weniger dieselbe Kritik am SPD-Antrag hattest wie ver.di? Das ist für die FDP ja ungewöhnlich.

Ulrich Breite (FDP): Wie Herr Krupp hier schon gesagt hat, gibt es verschiedene Wege, aber das gleiche Ziel. Vielleicht haben wir das gleiche Ziel, die Stadt als Arbeitgeber attraktiv zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier und zu Hause, wenn ihr und Sie noch durchhalten! Wir befürworten das Ansinnen, dass die Stadtverwaltung besser und schneller vielfältiges Personal gewinnen kann. In dem umfangreichen uns vorliegenden Antrag sind einige gute Punkte enthalten. Andere Punkte würden wir gerne streichen. Insofern freuen wir uns auf die Debatte im AVR.

Modernes und mobiles Arbeiten ist ein ganz wichtiger Punkt - Stichwort: Desk Sharing. Wir sprechen später noch über erhöhten Platzbedarf bei der Verwaltung. Dort kann das auch Thema werden.

Ausbildungsplätze halten auch wir für sehr wichtig. Diese müssen ausgebaut und entsprechend ausgeführt werden. Gleichzeitig stimme ich an dieser Stelle meinem Vorredner Uli Breite zu. Trotzdem brauchen wir auch weiterhin Externe in der Stadtverwaltung.

Vielfalt habe ich gerade schon angesprochen.

Die „Mach Köln!“-Kampagne wurde bereits erwähnt. Das ist ein ganz wichtiges Ziel. Auch das können wir unterstützen.

Dass Volt für Digitalisierung der Prozesse ist, um sie dadurch auch zu beschleunigen, brauche ich wohl nicht extra zu erwähnen.

Den Krisenstab halten wir nicht für zielführend, sondern wollen das Ganze in den weiteren Prozessen besprechen. Vieles ist bereits in Arbeit. Wir möchten wissen, was realisierbar ist und was umsetzbar ist, und freuen uns auf die Diskussion im AVR. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Die Stadtverwaltung ächzt unter der immer größeren Last von Aufgaben, die von immer weniger Personal gestemmt werden muss, und der Nachwuchs bleibt aus. Dieses Problem hat die Verwaltung der Stadt Köln aber nicht exklusiv. Wir können vermutlich jeden Bereich der öffentlichen Hand, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen fragen; man würde ähnliche Belastungssituationen schildern.

Liebe Kollegen von der SPD, Sie haben es in Ihrer Begründung hier ganz richtig erkannt: Es wird noch schlimmer werden. Spätestens wenn die Babyboomer-Jahrgänge in den Ruhestand gehen, gehen dem Staat nicht nur gute Steuerzahler verloren, nein, es werden uns vor allem schlagartig gut qualifizierte und erfahrene Arbeitskräfte fehlen, und zwar in allen Sektoren.

Aber jede politische Kraft, die diesen Missstand in den letzten Jahrzehnten hat kommen sehen und deshalb zu einer aktivierenden Bevölkerungspolitik ermahnt hat, wurde insbesondere von Ihnen mit der Nazi-Keule zum Schweigen gebracht. Und jetzt ist er halt da, der demografische Wandel.

Insbesondere Köln hat nicht nur mit dem demografischen Wandel, sondern in den letzten Jahren auch mit der Stadtflucht zu kämpfen. Die Stadt Köln ist nicht nur als Arbeitgeber unattraktiv; die Stadt Köln wird für normal schaffende Menschen immer unattraktiver. Der Wohnraum ist kaum bezahlbar, die Kinderbetreuung ist mangelhaft, die Elternbeiträge sind mit die höchsten im ganzen Land, der Individualverkehr wird zunehmend erschwert, und der öffentliche Nahverkehr ist eine Zumutung.

In dieser Gemengelage will ausgerechnet die SPD, die diese Fehlentwicklungen jahrzehntelang mitverursacht hat, das Problem lösen.

(Zurufe von Jürgen Kircher [SPD] und Lukas Lorenz [SPD] - Gegenruf von der AfD: Hören Sie zu!)

Und womit? Mit einem Arbeitskreis. Einen Krisenstab haben Sie es jetzt genannt. Das ist ein Arbeitskreis.

(Beifall bei der AfD)

Gerade erst ist der Corona-Krisenstab eingestellt worden. Da kann man ja gleich mit dem nächsten Krisenstab weitermachen.

Wie zu erwarten, sind die Ideen wenig vielversprechend.

Vorneweg: Das Landesbeamtenrecht können doch Ihre Kollegen in Düsseldorf angehen. Damit müssen wir uns hier auf kommunaler Ebene überhaupt nicht beschäftigen. Aber es ist schon interessant: Einerseits wollen Sie Überstunden und freiwillige Mehrarbeit ermöglichen, und gleichzeitig möchten Sie die 35-Stunden-Woche bei vollem Gehaltsausgleich etablieren. Was wollen Sie denn nun?

Dass sich etwas verändern muss, steht außer Frage. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben ein Recht darauf, dass die öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben erfüllt. Schließlich wird sie von ihren sauer erarbeiteten Steuergeldern bezahlt.

Deshalb sehen wir als Erstes ganz klar unsere Aufgabe darin, die Verwaltung zu verschlanken. Wir müssen gewährleisten, dass sie ihre wesentlichen Aufgaben erfüllen kann.

Es ist aber auch ein hausgemachtes Problem, dass alles komplexer und vielfältiger wird, weil immer mehr Hürden aufgebaut werden - Stichworte: Gender-Mainstreaming, Klimaneutralität und viele mehr. Das ist ein Riesenverwaltungsaufwand, der auch noch viel größer wird. Da sollten wir dringend überprüfen, ob die Stadt Köln mit ihren knappen Personalressourcen sich diesen ganzen Popanz überhaupt leisten kann.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben in Ihrem Antrag ein interessantes Beispiel genannt: den Rückstand bei der Bearbeitung der Gewerbeanmeldungen. Wir sind überrascht. Es war doch das Leuchtturmprojekt der NRW-FDP, die Gewerbeanmeldung digital möglich zu machen, um die Wirtschaft in NRW zu entfesseln. Liebe FDP, was ist denn daraus geworden?

Wir sollten in der Tat die Prozesse der Verwaltung überprüfen. Es ist schon erstaunlich, wie wenige Dienste bisher digital angeboten werden. Bei jedem privatwirtschaftlichen Unternehmen können Kunden mittlerweile auch hochsensible Dienstleistungen fast gänzlich ohne persönlichen Kontakt in Anspruch nehmen, ihre Daten selbst verwalten usw. Die Bezirksämter wirken im Vergleich dazu eher rückständig. Aber in privatwirtschaftlichen Unternehmen geht es eben um Effizienz und Wettbewerb.

Die Digitalisierung böte auch der Verwaltung als Arbeitgeber neue Chancen - natürlich nicht in allen Bereichen. Aber wir sind davon überzeugt, dass da sehr viel mehr möglich wäre. Das macht auch einen Arbeitgeber attraktiv. Junge Menschen haben andere Vorstellungen von dem Zusammenspiel von Arbeits- und Freizeit. Telearbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten und mobiles Arbeiten sind in der modernen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken.

Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass die Stadt Köln als Arbeitgeber auch jetzt schon die rechtlichen Möglichkeiten nutzt und die Teilzeitausbildung ermöglicht.

Aber für diese Erkenntnis, liebe SPD, braucht es sicher keinen neuen Krisenstab und schon gar nicht einen Arbeitskreis, sondern einfach nur den Willen, es besser zu machen. Sie können es ahnen: Wir lehnen Ihren Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Liebe Verwaltung! Gerne möchte ich für die weitere Ausarbeitung der Maßnahmen mitgeben, dass bei der Einnahme der Bewerber*innenperspektive nicht nur die Betroffenen befragt werden, sondern auch sozialwissenschaftliche Erkenntnisse herangezogen werden, beispielsweise für die jüngere Generation als Zielgruppe, und dass auf Fragen eingegangen wird wie zum Beispiel: Inwiefern wird auf die Verschiebung der Erwartungen an die Arbeit eingegangen? Neben den organisatorischen Sachen wie Arbeitszeitmodellen geht es also auch um eher wertebasierte Fragen wie zum Beispiel: Welche Maßnahmen gegen den strukturellen Ableismus sind angedacht?

Diese unbeantworteten Fragen sind ja unter anderem auch Gründe dafür, dass Ausbildungsberufe generell immer unbeliebter geworden sind. Daher wäre es schön, wenn solche

Fragestellungen im Prozess früh berücksichtigt würden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Gabriel. - Ich sehe noch eine weitere Wortmeldung. Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. Ich mache es auch kurz. - Liebe SPD, Sie fordern in Ihrem Antrag auch viele tarifrechtliche Dinge. Machen Sie doch Folgendes: Sie haben ja ein paar Bundestagsabgeordnete aus Köln. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion kommt auch von hier. Er kann Ihnen bestimmt den Kontakt zur Innenministerin herstellen, die ebenfalls von der SPD ist. Sie führt die aktuellen Tarifverhandlungen. Stellen Sie ihr einmal die ganzen Sachen vor. Machen Sie das da. Das ist wahrscheinlich wesentlich effizienter, als das alles hier zu machen. Ich glaube, dass das der effizienteste Weg ist, wenn Sie wirklich die in Teilen vielleicht auch notwendigen Verbesserungen durchführen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen, und zwar zunächst über den Antrag auf Verweisung in den AVR, wodurch ja alle Änderungsanträge mitgenommen würden; das sage ich der Vollständigkeit halber nur noch einmal. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Verweisung in den AVR sind Die FRAKTION, DIE LINKE und die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Von Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen. Damit wurde der Antrag zusammen mit allen Änderungsanträgen in den AVR verwiesen.

Die Angelegenheit wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und Die FRAKTION bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zur Entscheidung in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verwiesen.

Anmerkung:

Verweisungsantrag von RM Richter.

Vor Beratung und Beschlussfassung informiert Frau Stadtdirektorin Blome über die Maßnahmen der Verwaltung zur Personalgewinnung und Personalbindung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Projektstruktur, Terminplan und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die geplanten Maßnahmen am Neumarkt“ AN/2281/2022

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2023 0064/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Danke für die Antwort, die allerdings nicht befriedigend ist, weil beispielsweise nichts zu dem Lenkungsausschuss gesagt wird. Ich hatte explizit gefragt: Gibt es einen Lenkungsausschuss, wer ist dort vertreten, und was ist dort vorgesehen? - Ich halte das für eine sehr wichtige Funktion, finde es also wichtig, dass es jemanden gibt, der kontrollierend und auch lenkend die gesamten Projekte monitort und entsprechend seinen Input gibt.

Das bleibt die Antwort hier schuldig. Da bitte ich noch einmal nachzuschärfen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch eine weitere Nachfrage, Herr Boyens?

Stephan Boyens (AfD): Das wäre es erst einmal. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das beantworten wir schriftlich.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Nachfragen von RM Boyens werden schriftlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Festkomitee Kölner Karneval“ AN/2282/2022

Antwort der Verwaltung vom 06.02.2023 0219/2023

Gibt es dazu auch eine Nachfrage? - Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank für das Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Beantwortung. Der Dank bezieht sich ausdrücklich auf die Beantwortung und nicht auf den Inhalt der Beantwortung, also nur darauf, dass sie beantwortet wurde. Ich will hier kurz festhalten: Wir hatten diese Anfrage im Dezember 2022 gestellt. Dass die Antwort erst am 6. Februar 2023 gekommen ist, spricht auch Bände.

Ich will kurz durch die einzelnen Fragen durchgehen.

Frage 1: einwandfrei.

Bei Frage 2 wurde ich allerdings schon ein bisschen stutzig. Sie schreiben hier:

> Die Veranstaltungsräume in den Liegenschaften Flora und der Gürzenich werden von der Koelncongress GmbH betrieben. Die zwischen der Koelncongress GmbH und dem Festkomitee abgeschlossenen Verträge liegen der Stadtverwaltung nicht vor.

Heißt das, dass die Stadtverwaltung die Koelncongress GmbH überhaupt nicht kontrolliert und null Einblick hat? Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Sie nicht wissen, was für Verträge dort geschlossen werden. Wir reden ja auch gerne vom Konzernstaat mit seinen angeschlossenen Unternehmen etc. Dazu gehört die Koelncongress GmbH doch auch. Daher bin ich sehr verwundert, dass Sie dort keinerlei Einblick haben und davon auch nichts wissen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Cremer, würden Sie das bitte als Frage formulieren?

Christer Cremer (AfD): Ja, das habe ich gesagt. Also, erstens habe ich zehn Minuten Zeit dafür, und zweitens bin ich jetzt ja schon kurz davor, zu fragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, Sie müssen bitte Nachfragen stellen. Hier sind Nachfragen und keine Statements möglich.

(Vereinzelt Beifall)

Wie lautet bitte die Frage zur Beantwortung?

Christer Cremer (AfD): Aber man muss eine Frage doch auch einleiten dürfen, und ich mache es ja.

(Zurufe: Nein! - Gegenruf von der AfD: Doch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte formulieren Sie doch einfach die Frage. Das ist doch nicht so schwierig.

Christer Cremer (AfD): Wenn wir diese Diskussion nicht geführt hätten, hätte ich es ja vielleicht schon getan. Aber ich mache es ja jetzt auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Christer Cremer (AfD): Welche Einblicke hat die Stadtverwaltung in die Vertragsgestaltung von Koelncongress und seinen Töchtern und

Liegenschaften etc.? Denn ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass Sie das nicht wissen.

Dann kommen wir einmal zur Frage 3. Ich wollte hier ja durch die Fragen durchgehen. Das ist so weit in Ordnung. - Gut. Dann haben wir das so weit gemacht.

Und dann bitte ich doch darum, zu erläutern, wie und in welchem Umfang Sie Einblick in die Vertragsgestaltung von Koelncongress haben. Ich glaube, das können Sie detaillierter darlegen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird das Beteiligungscontrolling dann schriftlich beantworten.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Nachfragen von RM Cremer werden schriftlich beantwortet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Best Practice: Ausschussübersicht wie in Düsseldorf“
AN/0214/2023

Antwort der Verwaltung vom 02.02.2023
0430/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hock, gibt es Nachfragen? - Nein.

Michael Hock (Die FRAKTION): Keine Nachfrage. Das war auch mehr als Anregung gemeint. Wir wollten Ihnen das einmal zur Kenntnis bringen und finden es nach wie vor ganz gut. Aber dann machen wir es selber. Alles klar. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - § 14 Anregungen und Beschwerden
3814/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 31. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Entgeltordnung für das Erheben von Parkentgelten am Fühlinger See
3547/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 4; das ist wie BV 6, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung Chorweiler (Anlage 3) und des

Finanzausschusses (Anlage 4):

Der Rat beschließt die Erhöhung der Parkentgelte am Fühlinger See auf 4,00 € brutto je PKW.

Der Rat beschließt die Änderung der Entgeltordnung für das Erheben von Parkentgelten am Fühlinger See.

Die Verwaltung wird aufgefordert, elektronische Zahlungsarten zu ermöglichen.

Zudem sollen die Stadtteile in der Umgebung intensiver kontrolliert werden, um diese vor Wildparkern zu schützen.

Des Weiteren sollen die Schutzbereiche in der Umgebung wieder aufgebaut werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2023 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 4182/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage mit den Änderungen der BV Porz in Anlage 18, nämlich dem 10.12.2023 als korrigiertem Veranstaltungsdatum der Innenstadtgemeinschaft Porz; statt „03.12.2023“ muss es „10.12.2023“ heißen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über die Vorlage mit den Änderungen der Bezirksvertretung Porz in Anlage 18 (mit dem 10.12.2023 als korrigiertem Antragsdatum der IG Porz):

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen.

In der Beschlussvorlage wird unter Ziffer 18 auf der Seite 21 der 03.12.2023 in den 10.12.2023 geändert. In der Rechtsverordnung (Anlage 1) wird im § 1 Absatz 10 der 03.12.2023 in den 10.12.2023 geändert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Köln (RPO) sowie Neufassung der Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln (DA RPA) 2694/2022

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen! Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses möchte ich Sie bitten, heute die Rechnungsprüfungsordnung mit einer Änderung - nämlich, dass die Prüfberichte auch weiterhin in den jeweiligen Fachausschuss zur Kenntnis gegeben werden - zu beschließen. Diese Änderung ist unstrittig. Der Ausschuss und das Rechnungsprüfungsamt sind sich einig, dass wir die neue Rechnungsprüfungsordnung jetzt aktuell brauchen, um die Antikorruptionsregeln zu verschärfen und besser anwenden zu können.

Weitere Differenzpunkte mit der Stadtspitze stellen wir zurück bzw. arbeiten daran. Bei der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses haben wir sieben Fragen an die Bezirksregierung zur Unabhängigkeit des Rates und des Rechnungsprüfungsamtes gestellt, die die Verwaltung freundlicherweise an die Bezirksregierung mit der Bitte um umfassende Beantwortung weiterreicht. Die Antworten werden wir uns genau ansehen, sie in den Arbeitskreisen und in den Fraktionen beraten und dann den kritischen Dialog mit der Verwaltung fortsetzen, um dann gegebenenfalls

weitere konstruktive Änderungen an der Rechnungsprüfungsordnung zu beschließen.

So weit von mir. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage mit Ziffer 1 aus dem Antrag AN/1979/2022, also Beratung der Prüfberichte im jeweiligen Fachausschuss. Im Übrigen verweise ich hier auf die Stellungnahme der Verwaltung, Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Vorlage mit Ziffer 1 aus dem Änderungsantrag AN/1979/2022 (Rechnungsprüfungsausschuss):

Der Rat beschließt die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Köln (Anlage 1) sowie der Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Köln (Anlage 2).

In § 2 wird nach dem Absatz 2 ein neuer Absatz 3 eingefügt:

„Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses sollen Prüfberichte und Prüffeststellungen in den jeweiligen zuständigen Fachausschüssen beraten werden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4.2 Änderung der Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren - hier: Anlage 4 (Förderungshöhe)
4268/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die Höhe der Förderbeträge in den drei festgelegten Kategorien zur finanziellen Stärkung der Interkulturellen Zentren in Köln ab 01.01.2023 entsprechend beigefügter Anlage anzupassen.

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2023/2024 des Rates vom 10.11.2022 wurde ein höheres Budget zur Förderung der Interkulturellen Zentren ab 2023 festgelegt.

Die Anlage 4 der am 26.09.2019 vom Rat beschlossenen Richtlinie für die Anerkennung und Förderung der Interkulturellen Zentren (Vorlagen-Nr. 1909/2019/1) wird durch die Anlage dieser Vorlage ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022
0187/2023

Wortmeldungen? - Keine. Wünscht jemand, das nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Auch nicht.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
0188/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Darüber abstimmen zu lassen brauche ich nicht. Wir nehmen das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte

hier: Kostenaktualisierung in Verbindung mit der Fördermittelbeantragung
3677/2022

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Auch das ist nur eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Generalsanierung der Sportanlage Humboldtstraße (südlicher Platz) in Köln-Porz
3830/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Auch das ist eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.3 Belastungen des städtischen Haushaltes im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen

hier: Bericht auf Grundlage des Buchungsstandes 31.12.2022
0330/2023

Das ist ebenfalls eine Kenntnisnahme. Ich sehe keine Wortmeldungen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Generalinstandsetzung Kindertagesstätte Berrischstraße 132-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven - Weiterplanungsbeschluss
0563/2022

Wortmeldungen? - Ich habe hier auf der Rednerliste stehen: gegebenenfalls Herr Kircher - nur gegebenenfalls, also nur, wenn Sie möchten, Herr Kircher. - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Dann mache ich es auch ganz schnell, Frau Oberbürgermeisterin. Vielen Dank für das erteilte Wort. - Kurz und knapp: Mit großen Bauchschmerzen entscheiden Herr Büschges und ich uns als Bezirksvertreter in Chorweiler auch nach Rücksprache mit dem Baudezernenten wie die gesamte BV dafür, dass wir für einen Abriss stimmen werden, so wie das jetzt hier von der Verwaltung vorgeschlagen wird.

Jedoch würden wir es gerne sehen, dass zukünftig, wenn die Gebäude nicht so verbrannt sind wie

dieses, alter Bestand erhalten wird, gerade auch in diesem Bezirk. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kann ich darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die FRAKTION stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Jürgen Kircher [SPD]: Danke für den Stadtbezirk!)

- Wunderbar, Herr Kircher.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass der belastete Gebäudeteil (denkmalgeschützter Altbau von 1864) der ehemaligen Grundschule Berrischstraße 134-136 in Köln-Roggendorf/Thenhoven abgerissen und durch einen Neubau an gleicher Stelle ersetzt wird.

Die Kindergartenplätze können weiterhin in der jetzigen Interimsunterbringung sichergestellt werden.

Die Kosten der notwendigen Planungen hierfür werden auf rund 0,6 Mio. Euro brutto geschätzt. Die Kosten der bisherigen Sanierung der Kita und der erforderlichen Schadstoffuntersuchung betragen derzeit 6,8 Mio. Euro brutto.

Die Finanzierung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Die Refinanzierung erfolgt nach Fertigstellung der Maßnahme über den Flächenverrechnungspreis (FVP) im Teilergebnisplan 0603 – Kindertagesbetreuung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Baubeschluss für den Neubau von vier stationären Verschlusseinrichtungen für den Hochwasserschutz von Stadtbahnanlagen in der Kölner Innenstadt 0471/2022

Da habe ich Ihnen mitzuteilen, dass der Gestaltungsbeirat, der am 7. Februar 2023 getagt hat, diese Hochwasserschutzeinrichtungen grundsätzlich positiv aufgenommen hat.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob es Enthaltungen gibt. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1) *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung von stationären Verschlusseinrichtungen an 4 Rampenbauwerken der unterirdischen Stadtbahn zum Schutz vor Grund- und Hochwasser inklusive der gestalteten Einhausungen der technischen Anlagen mit Gesamtkosten in Höhe von 26.590.000 €.*

2) *Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024 im Haushaltsjahr 2024 die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i.H.v. 26.590.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025 bis 2027 (jeweils 8.500.000 € in 2025 und 2026 sowie 9.590.000 € in 2027) im Teilfinanzplan 1302 – Wasser u. Wasserbau, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505 – Hochwasserschutz U-Bahn-Anlagen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert, dass der Gestaltungsbeirat in seiner Sitzung am 07.02.2023 die Hochwasserschotts grundsätzlich positiv aufgenommen hat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Sportentwicklungsplanung

Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung von Sport und Bewegung
2036/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt auf Basis der Allgemeinen Förderrichtlinie der Stadt Köln sowie der Empfehlungen des Gutachtens und der Evaluation zur Sportentwicklungsplanung die „Richtlinie der Stadt Köln zur Förderung von Sport und Bewegung“ in der vorliegenden Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e. V. (VfJ e. V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2023 und 2024
2101/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) den als Anlage zu diesem Beschluss beiliegenden Zuschussvertrag ab 2023 abzuschließen. Die im Zuschussvertrag enthaltenen Beträge für die Jahre 2023 und 2024 sollen zu einer auskömmlichen Finanzierung des Vereins sowie zur Betreibung der Tages- und Abendschule (TAS) und des angebundenen Selbstlernzentrums beitragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Sportentwicklungsplanung - Modellprojekt Sanierung Rendsburger Platz
2359/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der vorgelegten geprüften Kostenberechnung mit der Durchführung der Sanierung des Spielplatzes am Rendsburger Platz.
Die Umsetzung basiert auf den planerischen Erkenntnissen der Sportentwicklungsplanung und den Ergebnissen der im Anschluss durchgeführten Bürgerbeteiligung.

Die Sanierung umfasst die Belagsänderung der Spielfläche von Asphalt- in Kunststoffbelag, den Neubau des Entwässerungssystems, umlaufender Wege und die Sanierung von Ballfangzäunen, einer Überdachung in Holzständerbauweise mit transluzenter Dachfläche sowie der Trainingsbeleuchtungsanlage in Verbindung mit der RheinEnergie.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der Baumaßnahme belaufen sich gemäß der Kostenberechnung auf ca. 2.661.000 €.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 401.000 € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-9-5220 (SEP Modellprojekt Rendsburger Platz).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Aufstellung von 10 weiteren Variotafeln sowie Freigabe einer Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 3609/2022

Wortmeldungen? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ich mache es vom Platz aus; dann geht es ein bisschen schneller. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Verehrtes Publikum auf der Tribüne und am Livestream! Die Variotafeln - das sei vielleicht noch einmal fürs interessierte Publikum gesagt - sind die Informationstafeln, die in der Kölner Peripherie über aktuelle Ereignisse auch verkehrlicher Art, aber meistens mit dem Verweis auf die Internetseite der Stadt Köln, informieren sollen.

Dort werden Dinge kommuniziert, die für die meisten, die ein Auto haben, teilweise selbstverständlich sind: Wo ist die nächste Umweltzone? Wo finden sich freie Parkplätze oder Parkhäuser? Was ist heute in Köln los? Wie kann ich am besten fahren, ohne in einen Stau zu kommen? Zudem fungieren sie als Erinnerung, wenn zum Beispiel der Köln Marathon oder Fastelovend ist und Teile der Innenstadt gesperrt werden.

Alles das kann ein Handy auch. Mein Mobiltelefon kann mich morgens beim Frühstück an die Ereignisse am aktuellen Tag erinnern. Wenn ich es beim Fahren zur Navigation nutze, kann ich sicher sein, dass mir sowohl die Umweltzone als auch sekündliche Aktualisierungen über eventuelle verkehrliche Informationen angezeigt werden. Mir wird die Dauer der Strecke angezeigt, die ich nehmen möchte, und ich kann noch schneller und noch spontaner auf verkehrliche Hindernisse reagieren.

Die bestehenden Tafeln zum Beispiel vor den Parkhäusern sind in unseren Augen schon notwendig, um auch spontan erkennen zu lassen, dass das Zielparkhaus voll ist.

Ansonsten gibt es dafür Apps, die ich jedem dringend ans Herz lege. Ich sage Ihnen ehrlich: Diese Kosten können wir einsparen.

Dementsprechend wird die AfD gegen diese Vorlage stimmen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann hat jetzt Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Herzlichen Dank. - Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten, da uns nicht genügend Informationen zum Nutzen vorliegen. Wenn Ihnen jemand zehn Kartons mit Nadeldruckern vors Büro stellt, können Sie sich zwar freuen, aber im Grunde nichts damit anfangen, außer nostalgische Gefühle zu empfinden. Der Nutzen der Variotafeln ist fraglich. Außer der Info „Schauen Sie auf die Seite der Stadt Köln und hören Sie Radio“ ist da meist nicht viel zu sehen.

Getreu dem Motto „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul“ wird die Stadt die zehn Kartons Nadeldrucker, also Variotafeln, aber wohl annehmen und weitere spannende Informationen darüber abspielen. Schalten Sie ein zu den besten Hits der 80er, 90er und 2000er!

Ich beantrage, diese Vorlage in den Digitalisierungsausschuss zu verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Verweisungsantrag abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Verweisungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Die FRAKTION, die SPD-Fraktion und Herr Zimmermann enthalten sich. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlichen Verweisungsantrag der Fraktion Die FRAKTION:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen

SPD, AfD und Die FRAKTION sowie der Stimme von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat stellt den Bedarf zur Aufstellung von 10 weiteren Verkehrsinformationstafeln (Variotafeln) inklusive der Aufwendungen für Wartung und Pflege mit Gesamtkosten von 2.365.000 € fest (davon entfallen 1.812.000 € auf investive Auszahlungen und 553.000 € auf ergebniswirksame Aufwendungen) und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten.*

2. *Der Finanzausschuss beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/24, die Freigabe einer Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.000.000 € zur Aufstellung von 10 weiteren Verkehrsinformationstafeln (Variotafeln) im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6400-1201-0-0003, Erneuerung Verkehrsleitsystem, Haushaltsjahr 2023.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die FRAKTION sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Verweisungsantrag von RM Syndicus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gebäudes zur Erweiterung des Berufskolleg Ehrenfeld einschließlich 3-fach Sporthalle in Köln Ehrenfeld
3918/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau eines Schulgebäudes des Berufskollegs Ehrenfeld in Form einer Zweigstelle einschließlich Sporthalle im Stadtteil Ehrenfeld oder Braunsfeld, ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Bereich zwischen Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße, Militärring, Dürener Straße und der Bahntrasse zu finden. Das Grundstück muss für die Unterbringung der Zweigstelle sowie einer 3-fach Sporthalle geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zum Bau des Gebäudes einschließlich Sporthalle für das Berufskolleg Ehrenfeld im Bereich zwischen Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße, Militärring, Dürener Straße und der Bahntrasse.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Nach Fertigstellung des Neubaus sollen sowohl das Schulgebäude und -grundstück als auch die Sporthalle von der Stadt Köln langfristig angemietet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Mitgliedschaft der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln beim Deutschen Institut für Interne Revision e. V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main
4079/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln dem Deutschen Institut für Interne Revision e.V. (DIIR), Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main als Mitglied beitritt.

*Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit 600 Euro jährlich für ein Kontingent von 4-9 Revisor*innen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Schulrechtliche Änderung der Schule Thymianweg (FSL) in Köln-Höhenhaus durch Schließung des Teilstandortes Berliner Str. 36, 51149 Köln bei gleichzeitiger Errichtung einer neuen Förderschule Lernen am Standort Berliner Straße in Köln-Westhoven 4216/2022

Wortmeldungen? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Vorlage werden wir uns enthalten. Sie beinhaltet für uns zwei Aspekte.

Zum einen beantragt der Teilstandort jetzt die Gründung einer Schule. Das ist aus seiner Sicht sehr berechtigt. Bei der Hausmeisterstelle, der Verwaltungsstelle und den Büroräumen gibt es eine Verbesserung der Situation, und es gibt keine in Teilstandorte aufgespaltene Schule mehr.

Zum anderen befindet sich die Inklusion in Köln - anderswo möglicherweise auch - im Scheitern, wenn neue Förderschulen gegründet werden. Wir halten es daher für nötig, dass in den zuständigen Fachausschüssen und im Rat diskutiert wird: Wie kann der Rat, wie kann die Stadt es Eltern erleichtern, ihr Kind zur Inklusion auf eine Regelschule zu schicken?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, wir können aber jetzt schon über diese Vorlage abstimmen?

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Ja!)

- Gut. Das war nicht als Verweisungsantrag zu verstehen. Okay.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 10.11, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Keine. Enthaltungen? - Der Fraktion DIE LINKE. Dann ist die Vorlage so beschlossen.

Beschluss:

1) *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Änderung der Schule Thymianweg, Förderschule Lernen, Thymianweg 1a, 51061 Köln-Höhenhaus, gem. § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW durch Auflösung des Teilstandortes Berliner Straße 36, 51149 Köln-Westhoven zum Schuljahr 2023/24.*

2) *Der Rat der Stadt Köln legt die Kapazität der Förderschule Lernen Thymianweg 1a, 51061 Köln-Höhenhaus nach Änderung auf eine 1,5-Zügigkeit fest.*

3) *Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Schuljahr 2023/24 die Errichtung der Förderschule Lernen, Berliner Straße 36, 51149 Köln-Westhoven und legt die Kapazität auf einen Zug fest.*

4) *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Förderschule Lernen, Berliner Str. 36, 51149 Köln-Westhoven in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als erweitert gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

5) *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die erforderliche Genehmigung gemäß § 81 Absatz 3 Schulgesetz bei der Oberen Schulaufsicht zu beantragen.*

6) *Der Rat der Stadt Köln fasst die Beschlüsse zu den Punkten 1 bis 4 vorbehaltlich der*

Genehmigung der Oberen Schulaufsicht.

7) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Erweiterung des Bildungsgangs „Einjährige Berufsfachschule Typ 2“ im Schwerpunkt Metalltechnik des Berufskollegs Porz (BK 10) zum Schuljahr 2023/24
4337/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Erweiterung des Bildungsgangs „Einjährige Berufsfachschule im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften“ im Schwerpunkt Metall um einen Zug von 1 auf 2 Züge zum 01.08.2023 am Berufskolleg Porz, Hauptstraße 426-428, 51143 Köln-Porz (BK 10).

2. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Drogenhilfeangebote am Neumarkt
3439/2022

Wortmeldungen? - Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann das, denke ich, vom Platz aus machen. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist wichtig, als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses darauf hinzuweisen, dass selbiger das jetzt über mehrere Jahre begleitet hat, sich immer einstimmig ohne Enthaltungen dafür ausgesprochen hat und dieses Angebot möglich gemacht hat.

Es ist mir wichtig, zu sagen, dass wir hier wirklich Evidence-based und Step by Step vorgegangen sind. Wir haben erst ein mobiles Angebot an den Markt und zum Laufen gebracht und haben dann eine tolle Auslastung gesehen. Danach hatten wir durchaus einige Schwierigkeiten, eine Immobilie zu finden. Das ist aber mithilfe des Gesundheitsamtes und des Gesundheitsdezernenten dann im Gesundheitsamt selbst gelungen. Dort sind jetzt vorbildliche Räume errichtet worden.

Das Ganze ist aus meiner Sicht wirklich eine Erfolgsgeschichte. Einerseits haben wir damit Menschenleben gerettet. Wir wissen, wie viele Reanimationen wir hatten, und wissen, dass wir definitiv Menschenleben gerettet haben. Andererseits haben wir eine fantastische Auslastung und eine sehr, sehr gute Umsetzung für das, was wir dort an Steuergeldern hineingeben. Zudem haben wir auch eine Entlastung der Umgebung.

Jetzt haben wir den nächsten Step genommen und die Öffnungszeiten deutlich erweitert, um die Klientel noch besser erreichen zu können. Wir alle kennen die Halbwertszeiten dieser stofflichen Drogen und wissen, dass deswegen relativ oft nachgeschossen werden muss. Bei Heroin sind drei bis vier Konsumvorgänge pro 24 Stunden nicht unüblich. Deswegen ist uns diese Ausweitung der Öffnungszeiten wichtig.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen müssen darauf hinweisen, dass das Geld für das, was wir hier gerade tun, aus dem politischen Veränderungsnachweis kommt und dass es sich um eine sechsstellige Summe handelt. Das möchte ich an dieser Stelle als haushaltstragende Fraktion schon einmal zu Protokoll geben.

Ich habe im Vorfeld vernommen, dass es bei einer Fraktion - ich glaube, es war die FDP - möglicherweise ein Missverständnis gegeben hatte, was

das aufsuchende Suchtclearing im Westteil des Neumarkts anbelangt. Ich habe eben mit dem Dezernenten noch einmal Rücksprach gehalten. Im untersten Absatz der Beantwortung der Rückfragen des Finanzausschusses war das vielleicht etwas unklar formuliert. Gemeint ist hier, dass die Bevölkerung auch im Pavillon erreicht werden kann, um das Projekt transparent zu machen und zu erklären.

Es ist ein sehr gutes Projekt, für das ich mich ausdrücklich bedanken möchte. Damit lasse ich es dann auch bewenden. Ich würde meinen Dank an dieser Stelle gerne nicht nur dem Dezernenten und dem Leiter des Gesundheitsamtes aussprechen, sondern ihn auch an Herrn Lehmann als den Zuständigen, der das für uns vor Ort regelt, weiterleiten lassen.

Als Allerletztes hätte ich einen persönlichen Wunsch. In einer Großstadt wie Köln kann man sich auch vorstellen, dass so etwas eines Tages 24/7 am Netz ist. Das wäre mein persönlicher Wunsch. Aber heute möchte ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten dafür bedanken, dass wir es jetzt so toll geschafft haben, die Öffnungszeiten für die Menschen zu erweitern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer und Zuhörer! Meine Fraktion, DIE LINKE, freut sich, dass dieser Beschluss den Weg für die Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraums frei macht. So haben wir es vor einiger Zeit beschlossen.

Das ist auch der richtige Weg, wie wir daran sehen, dass Streetwork, Ordnungsamt und Polizei beobachten, dass die Zahl der Konsumierenden in der Öffentlichkeit insgesamt zunimmt, während der Öffnungszeiten des Konsumraums aber abnimmt. Insofern waren die Öffnungszeiten zu gering.

Gut wäre natürlich auch eine Öffnung am Sonntag. Weil geeignetes Personal aber schwer zu finden ist, ist die Sechstagewoche für uns für eine Übergangszeit in Ordnung. Wenn die Stellen dann besetzt sind, müssen wir weitersehen.

Ich komme jetzt aber auch noch einmal zu einem Punkt, weil wir ja auch von der Interessengemeinschaft Neumarkt angeschrieben worden sind. Die Bürgerinitiative Zukunft Neumarkt hat eine Stellungnahme zu dem Beschluss geschrieben, mit dem sie nicht zufrieden ist. Sie kritisiert besonders die Anlaufstelle für das aufsuchende Streetwork, die direkt auf dem Neumarkt entstehen soll. Zwar ist das nicht Teil des Beschlusses. Aber ich möchte trotzdem auf diese Bedenken eingehen.

Drogenabhängige und Obdachlose sind keine leichten Nachbarn. Das ist uns klar. Aber was ist die Alternative dazu, diese Gruppe auf dem Neumarkt bleiben zu lassen?

Der Neumarkt ist öffentlicher Raum. Wir müssen es aushalten, dass sich hier Menschen aufhalten, die sonst keinen anderen Platz für sich haben, auch wenn - und vielleicht auch gerade weil - sie oft ein Verhalten an den Tag legen, das andere Menschen verängstigt, ärgert, stresst oder nervt.

Diese schwierigen Menschen verschwinden aber nicht einfach. Ihnen das Leben zu erschweren, ist unmenschlich und auch der falsche Weg. Denn Vertreibung führt dazu, dass sich ein solcher Brennpunkt an einer anderen Stelle herausbildet und dann alle Versuche, Konflikte zu entschärfen, von vorne anfangen. Vertreibung verschärft die Probleme an einem anderen Ort.

In der Initiative gibt es anscheinend die Idee, der Neumarkt könne durch Umgestaltung drogenfrei werden. Doch in jeder größeren Stadt sammeln sich Drogengebraucher*innen auf zentralen Plätzen. Wer sagt, sie hätten dort nichts zu suchen, könnte genauso gut die Gläubigen aus unserem Dom verbannen. Man könnte auch sagen: Weil Gläubige beten wollen, muss es im Dom still sein; das stört aber die Touristen, die sich dann nicht unterhalten können. - Wir aber sind überzeugt: Drogenkonsument*innen haben ein Recht auf den Neumarkt, so wie Gläubige auf den Dom.

Nutzungskonflikte auf dem Neumarkt müssen moderiert und mit vielen verschiedenen Maßnahmen entschärft werden. Das geht nicht von heute auf morgen. Geben wir der Verwaltung, den Beschäftigten im Drogenkonsumraum und den Streetworkern die Zeit, die es braucht, um Erfolge zu sehen. Vertreibung gehört zum Polizeistaat des 19. Jahrhunderts, aber nicht zu unserem modernen und

weltoffenen Köln des 21. Jahrhunderts. - Wir danken für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Ralf, nach deiner Rede muss ich jetzt doch nach vorne gehen.

Zunächst möchte ich dir als Vorsitzendem dafür danken, dass du dich so für diesen Drogenkonsumraum am Neumarkt eingesetzt hast. Das darf ich sagen, weil die FDP der Initiator des ersten Drogenkonsumraums am Hauptbahnhof war. Wir haben gesehen, was das bringt. Darum unterstützen wir selbstverständlich den Beschluss, die Öffnungszeiten zu erweitern und die Stellen dafür einzurichten.

Du hast die Irritation schon angesprochen. Wir müssen den Menschen am Neumarkt auch deutlich sagen, was wir wollen - nämlich den Drogenkonsumraum und, dass beim Drogenkonsumraum die Zeit, in der man dort die Drogen konsumieren kann, erweitert wird. Das ist unsere Sache. Dafür müssen wir Dinge einstellen.

Wir müssen auf dem Neumarkt auch Streetworker haben. Die Suchtklinik ist hier angesprochen worden. Dafür setzen wir sie auch ein.

Eines wollen wir aber nicht. Die Oberbürgermeisterin hat deutlich gemacht - das stand auch in der Presse -, wie sie den Neumarkt gestalten will. Das ist bei den Anwohnerinnen und Anwohnern sehr gut angekommen, Frau Oberbürgermeisterin; das wissen Sie. Da haben Ihre Beigeordneten gut beigetragen. Wer dabei war - ich sehe gerade auch meine Kollegin der SPD -, weiß, dass das richtig gut war. Da ist auch deutlich geworden, wie Sie das aufteilen wollen. Es war aber nicht die Rede davon, dass das Gebäude als feste Anlaufstelle für die Drogenberatung genutzt werden soll. Und das halten wir für nicht richtig. Jetzt wurde auch dargestellt, dass dort eine Informationskampagne stattfinden soll.

Ich möchte nicht, dass die Anwohnerinnen und Anwohner - gleich spricht ja noch ein Redner - durch vielleicht nicht gute Formulierungen verführt werden und alle wieder aufgeschreckt werden. Denn ich möchte den Anwohnerinnen und Anwohnern am Neumarkt zeigen: Wir können hier etwas leisten und können die Sache auch beruhigen. - Darum geht es doch. Daher möchte ich den Anwohnerinnen und Anwohnern mit dieser Rede auch schon deutlich machen: Das, was Sie geschrieben haben, wird so nicht kommen.

Das hat der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses gesagt. Das sage ich Ihnen hier auch. Der Beigeordnete, der zuständig ist, kann sicherlich auch noch einmal bestätigen: Das, was Sie geschrieben haben, nämlich, dass da ein Gebäude entsteht, bei dem es sich zwar nicht um einen zweiten Drogenkonsumraum, aber um eine Anlaufstelle handelt, wird es nicht geben.

Damit nehmen wir die Sorgen und Nöte dann ernst und sagen, dass das nicht passiert. Das war unserer Fraktion sehr wichtig, die immer Drogenkonsumräume unterstützt hat. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass insbesondere das Dezernat V bei seinen Verwaltungsvorlagen folgenden Standardsatz für sich entdeckt hat - Zitat -:

> Aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungen konnte die Vorlage nicht fristgerecht in den Beratungsgang eingebracht werden.

So steht es auch in dieser Vorlage. Damit sollen wir heute hier als Rat mal eben auf die Schnelle über 16 Mehrstellen und damit Mehrkosten von 1,2 Millionen Euro pro Jahr entscheiden.

Herr Rau, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe zunehmend ein Problem damit, diese so hingehudelten Vorlagen hier ernsthaft zu diskutieren und darüber abzustimmen, ohne dass sie in der Beratungsfolge vorher diskutiert wurden.

Aber lassen Sie mich für meine Fraktion klarstellen: Wir sind für Hilfsangebote für die Drogenkranken in der Stadt, wir sind dafür, dass es Angebote für saubere Ersatzstoffe gibt, und wir sind dafür,

dass Einrichtungen geschaffen werden und gestärkt werden, die die Süchtigen unterstützen.

Wir sind aber auch dafür, dass man konsequent aus den Erfahrungen der Stadt Zürich lernt. Das Drogenmodell der Stadt Zürich basiert auf den vier Säulen Prävention, Repression, Überlebenshilfe und Therapie. Diese vier Säulen stehen dort nebeneinander.

Hingegen konzentriert sich die Stadt Köln - und das ist das Problem - und insbesondere das Dezernat V einseitig auf die Überlebenshilfe, also Unterkunft, Verpflegung und Versorgung. Das hat sich mittlerweile weit über die Grenzen Kölns herumgesprochen. Schauen Sie einmal genauer hin, Herr Dr. Rau, wer sich alles am Neumarkt und anderswo in Köln tummelt. Es sind Drogensüchtige aus der ganzen Bundesrepublik, ja aus ganz Europa, zum Teil aus der ganzen Welt.

Warum kommen die alle nach Köln? Weil es hier großzügige Hilfen gibt und keine Mitwirkungspflichten; weil es hier Förderung gibt, aber kein Fordern; weil hier Laisser-faire regiert, aber auf jegliche Repression verzichtet wird. Das sind exakt die vergleichbaren Pull-Faktoren, wie wir sie aus dem Migrationsdesaster kennen. Warum wollen die alle nach Deutschland? Aus genau diesen Gründen, weil es hier für sie attraktiv gemacht wird.

Deshalb kann ich es Ihnen nicht ersparen, auch auf eine andere Säule, nämlich Repression, hinzuweisen. Ich weiß, dass „Repression“ ein für Kölner Ohren schwieriges Wort ist. Aber lassen Sie mich klarstellen: Damit ist nicht nur Repression auf die Menschen gemeint. Die Züricher haben auch Repression auf umliegende Kantone und andere Städte ausgeübt, weil sie gesagt haben: Es kann nicht sein, dass sämtliche Drogenabhängigen hier in Zürich sind. - Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen.

Natürlich meint „Repression“ aber auch Platzverweise und Durchgreifen des Ordnungsamtes. Und ich sage Ihnen: Bei Corona hat diese Stadt sich als sehr durchsetzungsstark und geradezu repressiv gezeigt. Da war es auf einmal möglich, Platzverweise auszusprechen und durchzusetzen, da war es auf einmal möglich, Grundrechte einzuschränken, und da war es auf einmal möglich, eine umfassende Kontrolle umzusetzen - und das häufig genug gegenüber friedlichen und unbescholtenen Bürgern.

(Beifall bei der AfD)

Und hier haben wir es mit häufig aggressiven und verhaltensauffälligen Suchtkranken zu tun.

Da sagt dann der Polizeipräsent bei dem Krisengipfel zum Neumarkt - Frau Oberbürgermeisterin, Sie waren ja auch mit dabei - doch allen Ernstes vor Geschäftsleuten und Bürgern: Ja, da kann man nichts machen; Platzverweise bringen nichts.

Ich sage Ihnen: Ich habe noch nie einen so unambitionierten Polizeipräsidenten wie unseren gegenwärtigen, Herrn Schnabel, erlebt.

(Beifall bei der AfD)

So etwas passiert, meine Damen und Herren, wenn man den Grünen das Vorschlagsrecht für die wichtigste Position bei der Kölner Polizei überlässt.

Eine weitere der vier Säulen in Zürich ist Therapie. Therapie bedeutet Fordern und Fördern. Das sind Arbeitsintegrationsprojekte, und das bedeutet, dass Polizei, Gesundheitsamt und Sozialdienste Hand in Hand arbeiten. Genau das muss hier passieren.

Aber, meine Damen und Herren, wir, die Stadtgesellschaft, bestimmen, wo diesen Menschen geholfen wird. Es kann nicht sein, dass sie sich den Neumarkt aussuchen, den belebtesten und zentralsten Platz dieser Stadt, und dort ihrem Drogenkonsum frönen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie deshalb gegen die Verwaltungsvorlage. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja eine wunderbare Gelegenheit, nach einem solchen Beitrag hier zu reden und bei allen Kritiker*innen etwas Aufklärungsarbeit zu leisten, was Suchttherapie eigentlich bedeutet. Als Ärztin in einer Suchtabteilung kann ich das, glaube ich, vielleicht noch etwas besser beurteilen als manche Kollegen hier.

(Beifall bei der SPD)

Denn wenn man mit Suchterkrankten spricht und sich jeden Tag deren Probleme anhört, weiß man, was dabei wichtig ist, nämlich Unterbringung, niedrigschwellige Hilfen und Angebote, die nicht nur nah bei den Menschen sind, sondern auch dort stattfinden, wo diese Leute sich aufhalten, was nun einmal der Neumarkt ist.

Deshalb möchte ich hier noch einmal betonen, wie dankbar wir für diese Vorlage sind und wie sehr wir uns freuen, dass das jetzt geklappt hat. Nach so vielen Jahren der Arbeit der verschiedensten Fraktionen und der Verwaltung haben wir jetzt die Möglichkeit, hier ein solches breites Angebot zu schaffen. Danke!

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Man merkt ja auch, wie gut dieses Angebot angenommen wird. Wir sehen es an den täglich steigenden Zahlen der Konsumvorgänge und an den immer mehr Menschen, die dort zur Beratung kommen und dort in Kontakt mit Therapieangeboten kommen, was vorher so vielleicht niemals möglich gewesen wäre. Und die Therapieangebote für Suchterkrankte sind einfach rar. Deshalb brauchen wir das dringend.

Damit beende ich jetzt einmal meine flammende Rede hier für die Unterstützung von Suchterkrankten in Köln. Der Vorlage stimmen wir natürlich zu.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Es ist schon vieles gesagt worden.

Wir sind ebenfalls der Überzeugung, dass das Thema natürlich mit dieser Vorlage nicht endgültig erledigt ist, sondern dass wir da noch vieles tun müssen. Da sind ja auch einzelne Dinge angesprochen worden, die wir noch als Ergänzung tun müssen.

Aber eines ist doch völlig klar: Was wir heute hier beschließen, ist ein enorm wichtiger Baustein. Denn Sucht beschränkt sich nicht auf drei oder vier Tage die Woche oder auf ein oder zwei Stunden, sondern ist ein permanentes Problem dieser Menschen, dem wir auch permanent begegnen müssen.

Dann wird noch Zusätzliches nötig sein. Wir sind davon überzeugt, dass wir das tun müssen. Ein paar Dinge sind in der Vorlage schon angesprochen. Das werden wir dann auch entsprechend zügig beschließen.

Aber heute müssen wir sehen, dass wir diesen wichtigen Baustein hier auch beschließen, damit wir da weiterkommen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 24.06.2021 (1154/2021), die Ausweitung der Öffnungszeiten im Betrieb des Drogenkonsumraumes am Neumarkt unter der Leitung des Gesundheitsamtes entsprechend der neuen Qualitätsstandards und den Auflagen der Genehmigungsbehörde wie folgt:*

   Ab dem 01.03.2023: Montag bis Samstag von 08:00 Uhr bis 23:00 Uhr

2. *Personalkosten - Teilplanzeile 11:*

   Die Maßnahmen lösen einen Bedarf von 16,4 Mehrstellen und somit Personalkosten i.H.v. (rund 1,14 Mio. €) aus.

   - *2,68 Stelen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen (P9)*
   - *7,45 Stellen Sozialarbeiter*in (S12)*
   - *2,86 Stellen für Hilfskräfte (E3)*

- *1,0 Stele Sozialarbeiter*in Sachgebietsleitung (S17)*
- *2,4 Stellen Sozialarbeiter*in*
- *16,39 Stellen insgesamt*

Die Finanzierung ist durch Dez. V sicherzustellen

3. *Hinsichtlich der Finanzierung der anfallenden Sachaufwendungen in Höhe von 46.549 € im Haushaltsjahr 2023 und in Höhe von 70.000 € im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste, ermächtigt der Rat die Verwaltung, im Haushaltsplan 2023/2024 veranschlagte Mittel aus Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen umzuschichten.*

4. *Der Rat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 946.432,58 € im Haushaltsjahr 2023 und in Höhe von 1.135.705,55 € im Haushaltsjahr 2024 für die Personalaufwendungen der einzurichtenden 16,39 Stellen im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste in Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im gleichen Teilergebnisplan in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, ebenfalls in den Haushaltsjahren 2023 und 2024.*

5. *Das Dezernat V, Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 ‚Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Haushaltsjahren 2023 und 2024
4117/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt für die Jahre 2023 und 2024 die in der Anlage dargestellte Verteilung des „Integrationsbudget" in einer Gesamthöhe von 2.011.521,93 € brutto für das Haushaltsjahr 2023 und in einer Gesamthöhe von 2.025.526,01 € brutto für das Haushaltsjahr2024.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (2023: 200.000 €; 2024: 200.000 €) und in der Teilplanzeile 15 Transferaufwendungen (2023: 1.811.521,93 €; 2024: 1.825.526,01€) im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Delmenhorster Straße 20, Mittel für den Umbau
4121/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Teilfreigabe investiver Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 400.000 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilfinanzplan des Kulturraummanagements in der Produktgruppe 0416-Kulturförderung, Finanzstelle 9075-0416-0-AZ04 aRAP Delmenhorster Straße, für die ersten Maßnahmen des nutzungsspezifischen Ausbaus der angemieteten Flächen in der Delmenhorster Str. 20. Die Gesamtkosten für die Umbaumaßnahme liegen nach aktuellem Kalkulationsstand bei rund 1,46 Mio. € zzgl. eines

finanziellen Puffers von 10 % (insgesamt 1,61 Mio. € brutto).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Vergabe der Konzeptionsförderung in der Sparte Kulturelle Teilhabe, Haushaltsjahre 2023-2026
0054/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.17 haben wir abgesetzt.

Beschluss:

Der Rat beschließt im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen für den Zeitraum vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2026 nachfolgende Zuschüsse zur Konzeptionsförderung (institutionelle Förderung) in Höhe von insgesamt 220.000 Euro im Jahr 2023 sowie 265.000 Euro im Jahr 2024 und jeweils 245.000 Euro in den Jahren 2025 und 2026 für folgende Kulturbetriebe zu gewährleisten:

	2023	*2024*	*2025*	*2026*
Sommerblut Kulturfestival e. V.	*70.000 €*	*70.000 €*	*50.000 €*	*50.000 €*
Raum 13 gGmbH	*75.000 €*	*75.000 €*	*75.000 €*	*75.000 €*
UN-Label	*25.000 €*	*40.000 €*	*40.000 €*	*40.000 €*
Performing Arts e. V.				
mittendrin e.V. Inklusionsdienstleister Kultur	*25.000 €*	*40.000 €*	*40.000 €*	*40.000 €*
Art Asyl e. V.	*25.000 €*	*40.000 €*	*40.000 €*	*40.000 €*
Gesamt	*220.000 €*	*265.000 €*	*245.000 €*	*245.000 €*

Des Weiteren beschließt der Rat

- *die anderweitige Verwendung von Zuschussmitteln in Höhe von 75.000 Euro in 2023 bzw. 70.000 Euro in 2024 aus dem Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, hier aus Position „Förderung Interkulturelle Kunstprojekte“, für die o.g. institutionellen Förderungen*

- *die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 jeweils für 2023 und 2024 auf Basis des Finanzausschussbeschlusses (AN/1728/2022) vom 30. September 2022 im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen zugesetzten Mittel in Höhe von 20.000 Euro zum „Strukturerhalt Institutionen Freie Szene“, hier. „Sommerblut“ als Bestandteil des „Fonds Festivals“.*

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen, da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch keine Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2025 bis 2026 verabschiedet wurden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln (EHZK) 1538/2020/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr. Erst Herr Kienitz und dann Herr Büschges.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz Folgendes anmerken: Das haben wir auch im Stadtentwicklungsausschuss so beraten. Allerdings hat da parallel eine weitere Bezirksvertretung getagt. Wir wollen heute hier natürlich wie Vorlage beschließen, aber die Voten der Bezirksvertretungen gerne im weiteren Prozess, den die Verwaltung jetzt sukzessive vorantreiben wird, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept fortzuschreiben, sozusagen als Annex zum Beschluss mitgeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das würde ich dann gerne in die Niederschrift aufnehmen. Dann halten wir uns natürlich auch daran; das ist ja klar.

Niklas Kienitz (CDU): Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat erst Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Ich mache es auch ganz kurz. - Zitate spielten ja heute schon einmal eine Rolle. Ich würde an dieser Stelle gern den Kollegen Marx von der CDU zitieren. Ja, die SPD war führend darin, dieses Konzept anzustoßen. Deswegen sind wir der Verwaltung umso dankbarer dafür, dass sie dieses Konzept ausgearbeitet hat. Wir sind sicher, dass das eine Menge Arbeit war. Das Ergebnis ist wirklich sehr gut geworden. - Danke.

(Beifall bei der SPD - Ira Sommer [CDU]: Und das Zitat? - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das suchen wir dann in der Niederschrift!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich versuche hier wieder, die Reihenfolge der Redner entsprechend unserer Geschäftsordnung sicherzustellen. - Jetzt kommen wir zu der Wortmeldung von Herrn Büschges. Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Herr Kienitz, auch an dieser Stelle noch einmal alles Gute zum Geburtstag.

Wir hatten zu diesem Zeitpunkt die Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler. Jetzt hatte ich eine flammende Rede aus der Bezirksvertretung vorbereitet. Denn das Thema ist dort natürlich sehr kontrovers diskutiert worden und auch mit einem Änderungsantrag beschieden worden, den wir in der Vorlage so jetzt nicht wiederfinden.

Wir würden Sie dann aber darauf festnageln, Herr Kienitz und auch Herr Hammer als Bündnispartner, dass das Thema auf jeden Fall noch einmal kommt. Wir werden auf jeden Fall unseren Beitrag dazu leisten. Das ist ein spannendes Konzept, das auch die Bezirksvertretung Chorweiler auf jeden Fall verfolgt und an dem sie auch mitarbeiten will. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soviel ich aber weiß, ist in Chorweiler mit Änderungen beschlossen worden,

(Zuruf von der AfD: Genau!)

und die Änderungen sollen - das hatte Herr Kienitz ja schon gesagt - auch einfließen. Das wird so geschehen.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Vorlage mit dieser Aktennotiz und denke auch an die Änderungen, die aus der Bezirksvertretung Chorweiler kommen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlagen 6 und 7) sowie die Beschlussempfehlungen der BV 2 und BV 5 (Anlagen 4 und 5) zur Kenntnis.*

2. *Der Rat beschließt die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Köln (EHZK) als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Steuerung des Einzelhandels. Die Bausteine der Fortschreibung (Zentren- und Standortkonzept, Kölner Sortimentsliste sowie Steuerungs- und Ansiedlungsregeln) sind in Anlage 1 (Fortschreibung EHZK - wesentliche Kernaussagen) sowie der Anlagen 2, 2.1 und 2.2 (Zentrenübersicht) dargestellt. Zur Klarstellung der Regelungsinhalte des EHZK werden die Kapitel 5 und 6 der Langfassung gemäß Anlage 3.2 angepasst.*

3. *Der Rat erneuert seinen Beschluss vom 12.11.2015 (Vorlage 1986/2015), die konsequente Umsetzung des fortgeschriebenen EHZK auch weiterhin vom Konsultationskreis Einzelhandel Köln (KEK) als Beratungsgremium begleiten zu lassen.*

4. *Zur Erfassung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und den dadurch bedingten städtebaulich-funktionalen Folgen beschließt der Rat eine regelmäßige Überprüfung des Einzelhandelsbesatzes im Kölner Stadtgebiet. Hierbei soll der Fokus insbesondere auf der Entwicklung der ausgewiesenen Geschäftszentren liegen. Neben einer Vollerhebung der Handelsbetriebe ist eine systematische Leerstandserhebung erforderlich.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Anmerkung von RM Kienitz. Die Voten der Bezirksvertretungen werden im Rahmen der weiteren Fortschreibung berücksichtigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Baubeschluss für die Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz/Bf. West
1802/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, mit der Durchführung der Brandschutzsanierung der unterirdischen Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz / Bf. West einschließlich der Verbesserung der Barrierefreiheit durch die Erneuerung von taktilen Elementen in der Verteiler- und Fahrebene mit städtischen Gesamtkosten in Höhe von 25.290.878 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Förderprojekt ‚Dasselbe in Grün' - aus grauer wird grüne Infrastruktur

hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
3066/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Die Debatte im Verkehrsausschuss zu diesem Thema hätte kaum harmonischer sein können. Neben den vielen Vorlagen, die beschlossen wurden, herrschte große

Einigkeit auch bei diesem TOP „Dasselbe in Grün“. Ich erspare Ihnen und uns den so einladenden Wortwitz zum Bündnis.

Diese Einigkeit herrschte aber auch bei der CDU, die sowohl im Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün als auch im Verkehrsausschuss dieser Vorlage zustimmte. Einzig die FDP konnte sich gerade noch zu einer Enthaltung durchringen. Die Anfertigung eines Entsiegelungskatasters, auf dessen Grundlage man Entsiegelungen vornehmen kann, begrüßen wir grundsätzlich. Der Verkehrsausschuss, der dieses Thema behandelte, fasste nach einer eher kurzen Diskussion den Ihnen vorliegenden Beschluss. Es ist der identische Beschlussvorschlag, der heute hier vorliegt, dem Sie sowohl im Umweltausschuss, liebe CDU, als auch im Verkehrsausschuss zustimmten.

Nach meiner Erinnerung - korrigieren Sie mich gern, Herrn Wahlen - fiel die Empörung der CDU dort eher dürftig aus. Einzig die, ich nenne es einmal vorsichtig, Kritik, dass diese Vorlage am Verkehrsausschuss vorbei hätte beschlossen werden sollen, trübte leicht die Stimmung. Ich würde es aber nicht als eine, wie es der *Kölner Stadt-Anzeiger* formulierte, „erzürnte Kritik“ bezeichnen. Vielmehr war es eine freundliche Anregung. Die im *Kölner Stadt-Anzeiger* vergossenen Krokodilstränen sind daher unglaubwürdig.

Inhaltlich haben Sie, zumindest im Interview, vollkommen recht. Wir finden auch, dass es der Verwaltung offensichtlich nicht schnell genug gehen kann, Nägel mit Köpfen zu machen. An wichtigen Punkten die sowieso schon stark angespannte Parksituation noch zu verschärfen und alternativlos Parkplätze zu entsiegeln, halten wir für nicht angemessen. Dazu gehören zum Beispiel die Parkplätze am Universitätskindergarten, an der Aachener Straße und an der Venloer Straße; Sie kennen die Vorlage.

Ich sage Ihnen auch: Dort, wo sowieso keine Autos fahren, wie im Bereich an der Universitätsstraße, kann man auch vorher schon prüfen, wie verträglich eine Entsiegelung für diesen Bereich wäre. Und das ist nur ein Beispiel von vielen.

Die alternative Streichung - ich betone es noch einmal - von Parkplätzen bedeutet aber auch nicht, dass die Menschen nicht mehr Auto fahren, sondern, dass sie einfach nur länger einen Parkplatz suchen - und sich hoffentlich an all den Ärger, den sie dabei haben, bei der nächsten Kommunalwahl erinnern.

Alles in allem lehnen wir diese Beschlussvorlage ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Die KLIMA FREUND*INNEN begrüßen das Projekt „Dasselbe in Grün“ sehr und beantragen hiermit, dass die Beschlussvorlage entsprechend dem Beschluss der BV Nippes um folgenden Satz ergänzt wird:

> Bei der Umsetzung sind die gültigen BV-Beschlüsse 0870/2022 und AN/1430/2022 zu berücksichtigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Anregung, was die Beschlussfassung angeht. Wir hatten tatsächlich im Verkehrsausschuss eine ausführliche Debatte darüber und haben dort auch die Anregungen der Bezirke zur Kenntnis genommen.

Ich möchte deshalb beantragen, dass wir bei der Beschlussfassung die Bezirke mit aufnehmen, also in der Fassung wie Vorlage und Anregungen der Bezirke abstimmen.

(Zurufe: Mikrofon!)

- Das Mikrofon war eigentlich an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich wiederhole es gleich bei der Abstimmung.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Vorlage mit den Ergänzungen der Bezirksvertretungen - von der BV 1 in Anlage 5, von der BV 3 in Anlage 6 und von der BV 5 in Anlage 7; dort finden Sie die ergänzenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Beschluss über die Vorlage mit den Ergänzungen der Bezirksvertretungen Innenstadt (Anlage 5), Lindenthal (Anlage 6) und Nippes (Anlage 7):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Förderzusage im Bundesprogramm ‚Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel' - mit der Planung zum Förderprojekt „Dasselbe in Grün – aus grauer wird grüne Infrastruktur". Die Mittel werden konkret für die Anfertigung eines Entsiegelungskonzeptes für die Stadt Köln und für die Objektplanung der vorgesehenen Entsiegelungsmaßnahmen im Inneren Grüngürtel eingesetzt.
Hierbei ist auch der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zur Clever Straße zu berücksichtigen (AN2465/2021).

Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Jahr 2023 in Höhe von 30.000 € sowie in Höhe von 150.000 € für das Jahr 2024 im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6700-1301-0-9510 Klimaanpassung Entsiegelung(FW), Hpl. 2023/2024.

Das Projekt soll in enger Abstimmung zwischen Universität und Stadt Köln durchgeführt werden.

Bei der Umsetzung sind die gültigen BV-Beschlüsse 0870/2022 und AN/1430/2022 zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Bedarfsfeststellungsbeschluss Waidmarkt - Vergabe externer Fachbüros zur Unterstützung der Teilprojekte und Fachdienststellen im Projekt Waidmarkt 4018/2022

Herr Kienitz hat bei der Festlegung der Tagesordnung gesagt, dass der Beratungsbedarf inzwischen erledigt ist und wir heute darüber abstimmen können.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel enthalten sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung am Waidmarkt den Bedarf für die Beauftragung von Fachbüros

1. *für die Projektleitung der Gesamtprojektverantwortung als sog. Project Management Office (PMO) in Höhe von 1.800.308 Euro,*
2. *für Kommunikationsleistungen in Höhe von insgesamt 245.140 Euro und*
3. *für die Projektsteuerung zur Errichtung eines Kulturortes und/ oder einer Gedenkstätte in Höhe von 532.400 €*
4. *Zusätzlich beschließt der Rat zur Finanzierung des Bedarfs unter Ziffer 3 die Verwendung und Freigabe der Mittel aus dem Renovierungsprogramm im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 59.150 Euro und im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 118.300 Euro im Teilergebnisplan des Referats für Museumsangelegenheiten in der Produktgruppe 0401, Museumsreferat, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.*

(jeweils brutto) an und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung der Vergabeverfahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Aufstellung und Einrichtung des für das Gymnasium Rochusstraße 145 bereits

bestellten Modulbaus am Standort Eitorfer Straße zur Nutzung durch das Berufskolleg 10 und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
4155/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt
AN/0261/2023

Frau Hölzing hat das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollen zustimmen, dass Modulbauten für Schulen aufgestellt werden und vom Berufskolleg 10 genutzt werden.

Im Ausschuss für Weiterbildung haben wir der Vorlage, obwohl wir sie nur als Tischvorlage hatten, zugestimmt. Denn wir haben gedacht: Nur her damit; was für ein Glücksfall; toll.

Heute, nach etlichen Gesprächen mit den Betroffenen, sind wir besser informiert und auch ein wenig weniger euphorisch. Heute wissen wir, was das BK 10 braucht. Das ist nämlich ein Neubau. Darauf warten sie schon ewig.

Und die Sorge, dass mit einem Provisorium, mit einem Teilstandort in Deutz, für eine lange Zeit Fakten geschaffen werden, ist nicht unbegründet. Allgemein ist bekannt - das wissen wir in Köln besonders -: Nichts ist haltbarer als ein Provisorium.

Wir im Schulbereich haben uns aus leidvoller Erfahrung gegen weit entfernte Teilstandorte von Schulen ausgesprochen. Das gilt natürlich auch für Berufskollegs. Die Modulbauten stehen in diesem Fall bekanntlich 12 Kilometer vom Hauptgebäude entfernt. Es besteht die Gefahr, dass durch diese Entfernung das jahrelang erfolgreich durchgeführte Schulkonzept des BK 10 nicht mehr greift. Deshalb wollen wir alternative Interimslösungen in der Nähe des BK 10 prüfen lassen.

Die Modulbauten an der Eitorfer Straße sollen allerdings auf jeden Fall aufgebaut werden. Aber das Berufskolleg soll selbst entscheiden, ob es, falls sich kein anderes Interim findet, diesen Teilstandort annehmen will oder gar bis zum Bezug des dringend nötigen und versprochenen Neubaus in seinem alten Gebäude bleibt.

Parallel dazu wollen wir die Verwaltung beauftragen, nun endlich den Neubau voranzutreiben und umgehend einen Investorenwettbewerb zu starten, damit das gelingt.

Außerdem brauchen wir Raumkonzepte für die Berufskollegs. Die Verwaltung ist aufgefordert, dies sofort für das BK 10 zu entwickeln und nachfolgend auch für die weiteren Berufskollegs. Damit wären wir für die BKs auf einem guten Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Henk-Hollstein das Wort.

(Anna-Maria Henk-Hollstein [CDU]: Frau Hölzing hat für die Antragsteller gesprochen!)

- Okay. - Herr Seeck.

(Zuruf von Oliver Seeck [SPD])

- Auch nicht. - Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir könnten den Punkten 1, 2, 4 und 5 zustimmen, dem Punkt 3, der Bauweise in einem Investorenverfahren, allerdings nicht. Deshalb werden wir uns enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Insgesamt enthalten?

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Ja!)

- Okay.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die geänderte Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die Fraktion DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt (AN/0261/2023)

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln genehmigt, dass der ursprünglich für das Gymnasium Rochusstraße 145 bestellte Erweiterungsbau in Modulbauweise stattdessen am Standort Eitorfer Straße (Deutz) errichtet wird. Der Rat beschließt ferner die Einrichtung und Ausstattung des Erweiterungsbaus in Modulbauweise und die Freigabe der dazu benötigten Mittel. Die Nutzung des Modulbaus soll dem BK 10 angeboten werden.*

2. *Es ist zu prüfen, ob das BK 10 interimsweise, wie von der BV Porz vorgeschlagen, auf das der Stadt Köln gehörenden Gelände an der Theodor-Heuss-Straße / Frankfurter Str. (Gelände ehemaliger Praktiker Markt) umgesiedelt werden kann. Ebenso ist zu prüfen, ob für eine Interimszeit von 5 -7 Jahren eine Entspannung der Gebäudesituation mit dem im Besitz der Stadt Köln befindlichen Gelände an der Philip Reis Str. / Friedrichstr. / Glashüttenstr. durch z.B. Aufstellung von Schulcontainern erreicht werden kann.*

3. *Für das BK 10 ist umgehend ein Investorenwettbewerb zu starten, so dass für dieses Berufskolleg ein kompletter Neubau innerhalb der nächsten fünf bis sieben Jahre zur Verfügung gestellt werden kann. Der Standort sollte nach Möglichkeit im Rechtsrheinischen innerhalb der Stadtbezirke Innenstadt, Porz und Kalk liegen.*

4. *In Absprache mit der Schulleitung ist alternativ abzuklären, ob das BK 10 das alte Gebäude so lange nutzen kann, bis der Neubau bezugsfertig ist. Voraussetzung dafür ist, dass die jeweils dringend notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des jetzigen Gebäudes im Übergang erbracht werden.*

5. *Die Verwaltung wird beauftragt zunächst kurzfristig ein Raumprogramm für das BK 10 und danach für alle weiteren Berufskollegs zu entwickeln.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Abstimmung über die Vorlage in der so geänderten Fassung

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln genehmigt, dass der ursprünglich für das Gymnasium Rochusstraße 145 bestellte Erweiterungsbau in Modulbauweise stattdessen am Standort Eitorfer Straße (Deutz) ~~für das Berufskolleg 10, Hauptstraße 426, Porz als Nebenstelle~~ errichtet wird ~~und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahme liegt bei rund 16,5 Mio. Euro brutto.~~*

   Der Rat beschließt ferner die Einrichtung und Ausstattung des Erweiterungsbaus in Modulbauweise und die Freigabe der dazu benötigten Mittel. Die Nutzung des Modulbaus soll dem BK 10 angeboten werden.

   ~~*Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt im städtischen Haushalt über eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis, FVP) ab 2024 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand. Auf der Grundlage der bei der Berechnung des Flächenverrechnungspreises üblichen Annahmen (zum Beispiel Instandhaltungsansatz laut Empfehlung der KGSt) ist bei einer Investitionssumme von rund 16,5 Mio. Euro unter Risikoaspekten von einer zusätzlichen jährlichen Mietbelastung von rund 758.000 Euro auszugehen.*~~

~~*2. Der Rat beschließt ferner die Einrichtung und Ausstattung des Erweiterungsbaus in Modulbauweise und die Freigabe der dazu benötigten Mittel. Die Einrichtungskosten für den neuen Modulbau liegen voraussichtlich bei rund 800.000 Euro brutto (konsumtiver*~~

~~Anteil rund 310.000 Euro und investiver Anteil rund 490.000 Euro).~~

2. *Es ist zu prüfen, ob das BK 10 interimsweise, wie von der BV Porz vorgeschlagen, auf das der Stadt Köln gehörenden Gelände an der Theodor-Heuss-Straße / Frankfurter Str. (Gelände ehemaliger Praktiker Markt) umgesiedelt werden kann. Ebenso ist zu prüfen, ob für eine Interimszeit von 5 -7 Jahren eine Entspannung der Gebäudesituation mit dem im Besitz der Stadt Köln befindlichen Gelände an der Philip Reis Str. / Friedrichstr. / Glashüttenstr. durch z.B. Aufstellung von Schulcontainern erreicht werden kann.*

3. *Für das BK 10 ist umgehend ein Investorenwettbewerb zu starten, so dass für dieses Berufskolleg ein kompletter Neubau innerhalb der nächsten fünf bis sieben Jahre zur Verfügung gestellt werden kann. Der Standort sollte nach Möglichkeit im Rechtsrheinischen innerhalb der Stadtbezirke Innenstadt, Porz und Kalk liegen.*

4. *In Absprache mit der Schulleitung ist alternativ abzuklären, ob das BK 10 das alte Gebäude so lange nutzen kann, bis der Neubau bezugsfertig ist. Voraussetzung dafür ist, dass die jeweils dringend notwendigen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen für den Betrieb des jetzigen Gebäudes im Übergang erbracht werden.*

5. *Die Verwaltung wird beauftragt zunächst kurzfristig ein Raumprogramm für das BK 10 und danach für alle weiteren Berufskollegs zu entwickeln.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Einrichtung eines stadtgesellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung für den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden
4294/2022

*Be*Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

schluss:

Der Rat beschließt:

1. *die Einrichtung eines stadtgesellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung. Es berät den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden unabhängig zu Grundsatzfragen der Beteiligungskultur in Köln sowie der Umsetzung und Weiterentwicklung der Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung.*

2. *die in Anlage 1 beigefügte Geschäftsordnung, die die Besetzung und Regularien des stadtgesellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung festlegt.*

3. *die Übernahme von acht stadtgesellschaftlichen Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des derzeitigen Beirats Öffentlichkeitsbeteiligung in das stadtgesellschaftliche Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung für die laufende Ratsperiode.*

   Die Mitglieder sind: Volker Becker, Brunni Beth, Marc Haine, Anna Klimaszewska-Golan, Hans Kummer, Volker Scherzberg, Ulrich Trapp und Viktoria Willmann.

   Die stellvertretenden Mitglieder sind: Eli Abeke, Thorsten Buff, Frank Feles, Fabian Pausch und Christof Wild.

4. *die Auflösung des Beirats Öffentlichkeitsbeteiligung zum 01.03.2023 sowie die Streichung des Abschnitts 7 „Beirat Öffentlichkeitsbeteiligung“ in den Leitlinien für Öffentlichkeitsbeteiligung.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB Köln), AöR: Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht 2023
4331/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bericht zum Kölner Abwasserbeseitigungskonzept für das Berichtsjahr 2023 (Bericht ABK 2023) nach Kapitel 5.1.2 der „Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten“ vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 GAG Immobilien AG: Satzungsänderung GAG
0303/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit den Änderungen der Satzung der GAG Immobilien AG gemäß der dieser Beschlussvorlage beigefügten Anlage einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen der Satzung als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln damit einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt der Satzung nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Ergänzung von Konzeption und Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln
4353/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Ergänzung der Konzeption des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln laut Anlage 1 und die Ergänzung der Geschäftsordnung der Jury des Holger Czukay Preises für Popmusik der Stadt Köln laut Anlage 2.

Zur Finanzierung der Preiskategorien im Haushalt 2023/2024 beschließt der Rat die Verwendung von Transferaufwendungen in Höhe von 7.500 Euro aus dem Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Position „Sonstige Kunstinitiativen – Eigenveranstaltungen“, sowie die Verwendung von Sachaufwendungen in Höhe von 15.000 Euro aus demselben Teilergebnisplan, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Verteilung der Mittel des Fördertopfes Antirassismus-Antidiskriminierungsarbeit-Filmproduktion, Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln
0307/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat beschließt die Verwendung von je 22.500 € für die „Filmproduktion ‚Zeitzeug*innen der NSU-Anschläge in Köln' inkl. Technikkosten etc." für die Jahre 2023 und 2024 aus dem Fördertopf Antirassismus-/ Antidiskriminierungsarbeit. Die produzierten Filminterviews mit den Überlebenden des Nagelbombenanschlages sollen jeweils am Jahrestag 9. Juni der Öffentlichkeit präsentiert werden.*

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teil-ergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Kostenfortschreibung Neubau eines Brunnens am Neumarkt 0218/2023

Das ist eine Dringlichkeitsentscheidung, die Sie auch erst sehr kurzfristig erreicht hat. Ich bitte vielmals um Nachsicht. Aber hier ist es wichtig, dass wir bei der Gestaltung des Neumarktes auch weiterkommen.

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - In der Tat hat uns diese Vorlage mit der doch enormen Kostensteigerung sehr spontan erreicht. Für uns ergeben sich insofern eigentlich noch Fragen - unter anderem, wie wir damit umgehen, dass es hier 68 Prozent mehr sind als geplant, und wie wir damit umgehen, dass wir immer noch die Gefahr haben, dass ein teilweiser Rückbau des Brunnens erforderlich werden könnte.

Darüber hinaus verschärft sich der Eindruck, dass wir hier den i-Punkt setzen, bevor wir das i gesetzt haben. Wir sprechen die ganze Zeit zu Recht und auch mit zunehmendem Erfolg über eine Gesamtstrategie für den Neumarkt und wollen jetzt diese Einzelfallentscheidung mit der noch einmal enorm gestiegenen Kostenprognose so schnell in ganz kurzer Zeit verabschieden.

Wohlgemerkt ist hier für Unvorhergesehenes nur ein Betrag in Höhe von 5 Prozent veranschlagt worden, während wir sonst Risiken mit mindestens 20 Prozent einkalkulieren. Vor diesem Hintergrund erscheint das schon wie ein Ausblick auf eine mögliche weitere Kostensteigerung.

Die Verwaltung würde ich gerne fragen, inwiefern der in der Vorlage gegebene Hinweis zu verstehen ist, dass im Fall einer weiteren Schiebung bei etwaigen Veranstaltungen kultureller Art, die ja geplant sind, eine Sicherung der Baustelle erfolgen müsse und dass die dadurch entstehenden Kostensteigerungen noch nicht einkalkuliert und noch nicht bemessbar seien.

Das sind offene Fragen. Weiterhin würden wir gerne auch unter anderem wissen, wie die Abstimmung der Ämter untereinander in der Sache funktioniert hat.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir keineswegs gegen einen Brunnen sind. Wir haben seinerzeit ja auch dafürgestimmt. Die Vorteile von Kühlung und Vermeidung von Wärmeinseln erschließen sich uns natürlich.

Aber da wir so viele offene Fragen haben, würden wir hier dafür plädieren, dass wir es um eine Runde schieben. Mir ist die erwähnte Bindefrist bis zum 6. März 2023 bewusst. Daher würden es gerne mit der Maßgabe weiterschieben, dass verhandelt wird, diese Bindefrist zu verlängern. Sollte das nicht möglich sein, bitten wir um eine Verweisung in den Hauptausschuss.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Maximal Hauptausschuss!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte nur noch eine Ergänzung machen, Frau Helmis. Auch der Drogenkonsumraum bzw. die Ausweitung der Öffnungszeiten, die Sie eben ja so gelobt haben, ist nur ein Mosaikstein für den Neumarkt.

Ich würde Sie aber bitten, jetzt noch einmal Herrn Greitemann dazu anzuhören

(Maria Helmis [SPD]: Ja, sehr gerne!)

und dann die Entscheidung zu treffen, wie Sie weiter damit umgehen wollen. - Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine kurze Erläuterung zu der Kostensteigerung: Sie haben es richtig erkannt. Die 68 Prozent resultieren insbesondere aus der gegenüber der Kostenschätzung höheren Angebotslegung. Darüber hinaus steigen die planerischen Kosten bezogen auf diese Steigerung der Baukosten. Sie kennen diese Thematik; die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure ist der Hintergrund.

Die weiteren Risiken sind von uns weiter fortgeschrieben worden. Sie können sicher sein, dass wir die Risiken, die wir jetzt eingepreist haben, inklusive des Generalunternehmerauftrages, den wir nun erteilen können, weitestgehend abschätzen können. Daher sind die 1,5 Millionen Euro, die jetzt für den Brunnen im Raume stehen, unserer Ansicht nach auskömmlich.

Wenn wir heute nicht beschließen, sondern im Hauptausschuss beschließen, können wir die Bindefrist einhalten; das ist korrekt. Jeder Tag, den wir eine Vergabe früher tätigen, hilft uns natürlich, damit wir mit der Baustelle sofort mit Beginn des Frühjahrs - denn wir müssen sie ja vorrüsten - auch durchstarten können.

Die Frage bezüglich des Mosaiksteins für den Neumarkt hat die Oberbürgermeisterin schon beantwortet. Es gibt eine Konzeption. Da ist der Brunnen essenziell.

Daher werbe ich dafür, dass wir heute entscheiden können. Wenn es im Hauptausschuss passiert, ist das auch in Ordnung. Aber dann sind wir zwei Wochen später gestartet. Damit möchte ich nicht präjudizieren, dass wir deswegen nicht fertig werden. Aber das sind ganz einfach die Argumente, die dafürsprechen, es heute entscheiden zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt noch Wortmeldungen von Herrn Zimmermann und Frau Gabriel. Danach würde ich Sie dann noch einmal fragen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich möchte Frau Helmis beipflichten. Wenn es die Möglichkeit gibt, das im Hauptausschuss noch fristgerecht entscheiden zu können, dann plädiere ich doch dafür oder stelle auch den Antrag, es in den Hauptausschuss zu schieben.

Über eine Summe in dieser Größenordnung - 700 000 Euro - kann man jetzt hier nicht einfach mal eben so entscheiden. Das halte ich für keinen verantwortlichen Umgang mit den Haushaltsmitteln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich schließe mich meinen Vorredner*innen an.

Wie meine Kollegin, die Kollegin Gabrysch, bereits bei der damaligen Beschlussfassung kundgetan hat, sehen die KLIMA FREUND*INNEN das Projekt von Anfang an kritisch. Eine Wasseranlage kann hier sehr sinnvoll sein, sofern sie nicht nur zum Angucken ist, sondern multifunktional konzipiert ist und zur Abkühlung des Hitze-Hotspots bestmöglich genutzt wird. Und da gibt es weitaus sinnvollere, effektivere Varianten als den Wiederaufbau eines alten Brunnens, zum Beispiel Photovoltaik, mehr Stadtgrün, Verschattung usw.

Deswegen stelle ich hiermit den Änderungsantrag, dass der Text wie folgt abgeändert wird:

> Der Rat der Stadt Köln nimmt die erwarteten Mehrausgaben für den Neubau der Brunnenanlage auf dem Neumarkt in Höhe von 711 000 Euro brutto gegenüber dem Baubeschluss vom 25.10.2021 zur Kenntnis und stimmt der Fortführung der Baumaßnahme nicht zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Wir würden uns dann anschließen: Verweis in den Hauptausschuss.

Ich wollte nur noch einmal sagen, dass ich schon einen Unterschied zum Drogenkonsumraum sehe, weil dort nicht die Gefahr besteht, das Ganze aufgrund des entstehenden Verkehrskonzepts vielleicht in Teilen oder ganz zurückbauen zu müssen. Diese Gefahr steht hier durchaus noch im Raume.

Ich würde, wenn das jetzt vielleicht nicht beantwortet werden kann, im Hauptausschuss noch um die Beantwortung meiner Frage bitten, was genau es denn vielleicht noch an Kostensteigerungen mit sich bringt, wenn die Baustelle bei Veranstaltungen auf dem Neumarkt, die wir begrüßen, gesichert werden muss. Da besteht möglicherweise noch ein Potenzial weiterer Kostensteigerungen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das haben wir aufgenommen. - Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt aber wirklich nicht mehr.

Dann lasse ich zunächst über Ihren Antrag, dem sich Herr Zimmermann und Frau Gabriel angeschlossen haben, auf Verweisung in den nächsten Hauptausschuss abstimmen. Wer wünscht dagegenzustimmen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Vorlage zusammen mit dem Änderungsantrag von Frau Gabriel in den Hauptausschuss verwiesen.

Die Angelegenheit wurde einstimmig zur Entscheidung in den Hauptausschuss verwiesen.

Anmerkung:

Mündlicher Änderungsantrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE): Änderung im Beschlusstext: Der Rat der Stadt Köln (….) und stimmt einer Fortführung der Baumaßnahme nicht zu).

Verweisungsantrag von RM Helmis sowie von RM Gabriel (und RM Zimmermann).

RM Helmis bittet bis zur Beratung im Hauptausschuss um Beantwortung der Frage, welche Kostensteigerungen zu erwarten wären, wenn die Baustelle bei Veranstaltungen auf dem Neumarkt abgesichert werden müsste.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03

Arbeitstitel: Deutzer Hafen - Teilplan Infrastruktur und Planungsbeschluss über die für die innere und äußere Erschließung notwendigen verkehrlichen Maßnahmen
3195/2022

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0260/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)
AN/0269/2023

Ich frage zunächst nach Wortmeldungen. - Dann beginnen wir mit Frau De Bellis-Olinger.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schönen Gruß auch an die moderne stadt, die hier so lange ausgeharrt hat! Wir haben mit dieser Beschlussvorlage ein Leuchtturmprojekt, mit dem wir uns heute befassen, und wir legen mit dem Satzungsbeschluss den nächsten Meilenstein für den Deutzer Hafen.

Vorweg, damit das Thema nicht ganz mit dem Verkehr überlagert wird: Es soll ein lebendiges Veedel entstehen, mit Wohnungen für über 7 000 Menschen, 6 000 Arbeitsplätzen, Park, Hafenpromenade, also wirklich ein spannendes Projekt.

Solche Projekte funktionieren natürlich nicht ohne die notwendige Infrastruktur und die Verkehre, die ein grundlegender Baustein für diese Bebauung sind.

Wir haben uns schon in der Sondersitzung von Stadtentwicklungsausschuss und Verkehrsausschuss intensiv damit befasst und tun das heute wieder. Es ist auch gut und richtig, sich am Anfang damit auseinanderzusetzen und auch die Bevölkerung, insbesondere die Poller, Bürger abzuholen.

Beim Änderungsantrag der FDP, der uns ja teilweise schon in der Sondersitzung vorgelegen hat,

habe ich mir die Mühe gemacht, auch wenn er schwer zu lesen war, ihn wirklich einmal auseinanderzunehmen.

Ich hätte mich gefreut, lieber Ralph, wenn du die Punkte, die wir in der Sondersitzung bereits beschlossen haben, herausgenommen hättest. Dass du das nicht getan hast, ist aber auch nicht schlimm.

Jetzt möchte ich die einzelnen Spiegelstriche behandeln, die ihr in eurem Antrag als Punkt 12 aufnehmen wollt. Da bitte ich um etwas Geduld. Ich hoffe, dass ich mit meiner Redezeit auskomme, weil der Antrag schon sehr lang ist.

Dem Spiegelstrich eins würden wir so folgen. Es ist immer gut, sich um Lärmschutz zu kümmern. Auch die Prüfung, wie die S-Bahnlinie 16 beschleunigt werden kann, ist überhaupt kein Problem. Da folgt euch das Bündnis. Ich spreche hier auch im Namen des Bündnisses. Das würden wir also gerne übernehmen.

Den Spiegelstrich zwei finden wir allerdings problematisch, da am Poller Kirchweg ja schon ein zentraler Haltepunkt vorhanden ist. Man darf auch nicht vergessen, dass dieses Gebiet zusätzlich mit einem Bus der Linie 150 angeschlossen wird. Wir sind der Auffassung, dass es aktuell viel zu früh dafür ist, diese Forderung aufzustellen. Denn wenn man für das Gebiet und die Umgebung verkehrstechnisch mit dem ÖPNV ein Optimum erreichen möchte, müssen die S-Bahn und die Stadtbahn zusammen gedacht und geplant werden. Deshalb lehnen wir diesen Spiegelstrich heute ab, weil wir den Zeitpunkt für nicht geeignet halten.

Der Spiegelstrich drei betrifft die HGK-Trasse. Um diese Trasse herum - ich weiß nicht, wer ortskundig ist - befindet sich teilweise auch ein Hochwassergebiet. Bei der Straße Am Schnellert und der HGK-Trasse ist die Topografie relativ schwierig. Denn es gibt einen sehr großen Höhenversatz. Insofern ist tatsächlich fraglich, ob die Forderungen, die ihr aufgestellt habt, so umsetzbar sind. Wir lehnen sie an dieser Stelle zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Beim Spiegelstrich vier muss ich darauf hinweisen, dass die Stadtbahn bereits auf einem separaten Gleiskörper fährt. Was eure Forderung angeht, gerade auf diesem kleinen Teilstück die Fahrbahn um zwei Spuren zu erweitern, kann ich nicht sagen, ob das klappt. Es gibt grundsätzlich, wenn man das mit bloßem Auge sieht, keinen Platz dafür. Denn sowohl im südlicheren Teil als auch im nördlicheren Teil sind die Fahrbahnen wieder auf eine Spur gebracht. Es ist auch nicht geprüft, ob überhaupt die Notwendigkeit besteht, für diesen kleinen Teilbereich die Fahrbahnen zu erweitern. Das möchten wir heute so nicht beschließen, weil sehr viele Fragen aufgekommen sind, die sicherlich auch im weiteren Verlauf der Planung behandelt werden.

Was im Spiegelstrich fünf steht, haben wir mit dem Änderungsantrag bereits beschlossen. Deshalb müssen wir das heute nicht noch einmal tun. Ich bin kein Freund davon, Beschlüsse für bereits beschlossene Angelegenheiten zu fassen. Hier brauchen wir, glaube ich, nicht weiterzureden. Da sind wir uns einig.

Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie mir noch zwei Minuten schenken würden, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ich spreche hier auch teilweise für drei Fraktionen. Man muss es ja erläutern.

Der Spiegelstrich sechs ist auch teilweise in unserem damaligen Änderungsantrag enthalten. Wichtig ist, die Durchgangsverkehre aus Poll herauszuhalten und Optimierungen der Fuß- und Radwegeverbindungen vorzunehmen. Das müssen wir nicht beschließen, weil es schon vorgesehen ist. Ralf, du hättest es herausnehmen können. Es macht allerdings auch nichts, wenn es hier steht. Wir wollen aber gerne Quartiersgaragen und Mobilitätsstationen als Prüfauftrag mitnehmen. Da sind wir uns einig. Auch die Verbesserung der Busanbindungen, die im Dialog mit der Bürgerschaft stattfindet, soll weiter vorangebracht werden. Daran machen wir einen Haken. Das können wir auch so beschließen.

Den Spiegelstrich sieben sehen wir kritisch. Die Stelle, an der die FDP die P+R-Anlage wünscht, liegt mitten im Wäldchen. Dieses Wäldchen hat auch eine große Bedeutung für das Stadtklima. Außerdem führt - darüber haben wir ja in der Sondersitzung gesprochen - eine P+R-Anlage an dieser Stelle dazu, dass noch mehr Verkehr an der Anschlussstelle der A 4 erzeugt wird, und die Anschlussstelle ist bereits heute an der Grenze der Belastung angelangt. Wir verfolgen als CDU und im Bündnis auch das Ziel, die Pendler draußen abzuholen. Deshalb unterstützen wir die Erweiterung der P+R-Anlage in Königsforst, um die Pendler dort abzuholen und auf den gut fahrenden ÖPNV zu bringen. Deswegen werden wir den Spiegelstrich sieben des FDP-Antrags ablehnen.

Beim Spiegelstrich acht ist es unheimlich kompliziert. Ich sage es ganz kurz. Wir lehnen das ab. An dieser vierstreifigen Straße gibt es sehr, sehr viele Schwierigkeiten. Der Bahnübergang zum Güterbahnhof ist wirklich relativ schwierig. Man steht da gefühlt über eine halbe Stunde. Aufgrund dessen hat die Straße auch nie an Bedeutung gewonnen. Man weiß auch nicht, ob tatsächlich der Bedarf dafür vorhanden ist. Die Rumpfanlage stammt ja aus den 70er-Jahren. Es gibt Planungen - sie liegen jetzt über 50 Jahre zurück -, die sich für oder gegen einen Tunnel aussprechen. Daher würde ich dem Rat empfehlen, das heute abzulehnen. Man kann vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal darüber nachdenken, die Planungen wieder herausholen und prüfen: Passt es? Ist der Bedarf da?

Jetzt habe ich mir wirklich die Mühe gemacht, den Antrag – ihr FDP, habt euch ja auch viel Arbeit damit gemacht - auseinanderzunehmen. Ich hoffe, dass man das so verstanden hat. Kurz als Wiederholung: Spiegelstrich eins und sechs Zustimmung; der Rest wird abgelehnt.

Und wir würden auch so abstimmen wie die Sondersitzung Stadtentwicklungsausschuss und Verkehrsausschuss nebst der Anlage 20, die auch in Mandatos zu finden ist. Das würden wir als Bündnis dem Rat als Empfehlung mitgeben.

Vielen Dank für Ihre Geduld. Aber ein so wichtiges Thema braucht einfach ein bisschen mehr Zeit, auch zu dieser Stunde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Wir kommen ja gleich, nachdem die Wortmeldungen abgearbeitet sind, zur Abstimmung. Ich finde es auch interessant, wer warum wie abstimmt, und bitte nur darum, sich dann in seinem Abstimmungsverhalten auch danach zu richten; denn sonst geraten wir hier irgendwann einmal durcheinander.

Herr Homann hat jetzt das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es gut, als Erster zu sprechen, und manchmal nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dazu komme ich aber gleich, Teresa.

Wir haben hier heute einen B-Plan-Beschluss zu fassen, der relativ außergewöhnlich ist, weil er eigentlich vom Inhalt her nur Verkehr bedeutet.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur?)

- „Nur“ Verkehr. Entschuldige, Lino.

Wir haben mit dem Plangebiet Deutzer Hafen hier wahrscheinlich eine der wichtigsten und bedeutendsten Entwicklungsflächen dieser Stadt vor der Brust. Natürlich gibt es noch andere wie die Parkstadt Süd. Aber keine hat eine direkte Sichtbeziehung zum Dom. Bei keiner wird vom Rhein aus die Skyline zu sehen sein. Sie ist auch relativ groß mit 40 Hektar Hafengebiet, das wir hier entwickeln wollen. Davon sind 8 Hektar Wasserfläche. Auch das ist sehr außergewöhnlich.

Wir haben uns 2009 mit dem Masterplan Innenstadt auf den Weg gemacht, dieses Potenzial zu heben. Teresa, du hast es richtig gesagt: Wir schaffen hier Wohnraum für 7 000 Menschen und 6 000 Arbeitsplätze plus Kitas, Grundschule, Einzelhandel und viele, viele Dinge mehr.

Das Ganze muss natürlich in einen FNP gegossen werden. Jetzt gibt es schrittweise mehrere B-Pläne. Das hier ist ein Teil-B-Plan davon. Denn ein so großes Gebiet in der Innenstadt muss natürlich verkehrlich bestens entwickelt sein.

Jetzt komme ich dazu, weswegen es manchmal gut ist, als Erster oder als Zweiter zu reden. Wir haben uns natürlich auch Mühe mit dem Antrag der Kollegen der FDP gemacht, insbesondere deswegen, weil wir in der gemeinsamen Sondersitzung nicht so im Detail darauf eingegangen sind. Ich habe aber gerade gemerkt, wie schwierig es ist, die einzelnen Punkte hier wirklich durchzugehen. Auch ich würde mit meiner Redezeit nicht hinkommen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür haben wir ja Ausschüsse!)

Aber Teresa hat schon ganz viel zu den Inhalten dieser Anträge erklärt.

Wir haben alle zusammen in der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Verkehrsausschusses einen gemeinsamen

Änderungsantrag gestellt und beschlossen. Damit haben wir gute Änderungen hineingebracht. Wir haben ein Konzept zur Vermeidung von Schleichverkehren gefordert und beschlossen. Wir haben beschlossen, dass es nicht unnütze Baumfällungen an der Siegburger Straße gibt; man sollte sie da vermeiden. Wir haben beschlossen, dass der Deutzer Hafen bzw. das Neubaugebiet einen direkten Stadtbahnanschluss bekommt. Beschlossen haben wir auch die Radwegeverbindung über die Südbrücke und die Ermöglichung des schnellstmöglichen Vorlaufsbetriebs der Bahnlinie S16. Das sind alles Dinge, die wir gemeinsam beschlossen haben.

Ihr habt im Antrag teilweise ähnliche Dinge stehen. Deswegen werden wir wie folgt abstimmen - ich gehe die Spiegelstriche nur kurz durch -: Dem Spiegelstrich eins werden wir zustimmen. Den Spiegelstrich zwei werden wir ablehnen. Dem Spiegelstrich drei werden wir zustimmen. Den Spiegelstrich vier werden wir ablehnen. Dem Spiegelstrich fünf werden wir zustimmen. Die Spiegelstriche sechs, sieben und acht werden wir ablehnen. Das werdet ihr gleich sehen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Auch den Spiegelstrich sechs mit den Quartiersgaragen?)

- Ach, Entschuldigung. Nein, den Spiegelstrich sechs werden wir nicht ablehnen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Ich passe auf!)

- Du passt nicht nur auf, sondern kennst wohl meine Notizen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Oder du hast meine!)

- Oder ich habe deine. Ich weiß es nicht.

Dann gibt es noch einen zweiten Antrag, nämlich den Antrag der FRAKTION und der KLIMA FREUNDE. Er enthält vier Unterpunkte. Den ersten, den zweiten und den dritten werden wir ablehnen. Der vierte ist denkbar unschädlich. Aber wir haben ihn eigentlich auch schon beschlossen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Teresa, du hast es noch nicht gemacht. Ralph wird den Antrag der FDP ja gleich vorstellen. Wir beantragen hier natürlich punktweise Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch ganz kurz auf die Stadtentwicklung eingehen, aber erst einmal sagen: Dieser Satzungsbeschluss ist wirklich sehr wichtig. Diese Stadtentwicklungsmaßnahme muss zügig vorangebracht werden. Wir haben das Ganze kritisch begleitet, aber finden es sehr wichtig, dass dieses Areal jetzt auch zügig vorangebracht wird.

Es gab eine intensive und lange Debatte über den Deutzer Hafen. Die Debatte war auch notwendig und richtig. Dann hat man mit einem Grundsatzbeschluss zur Umwandlung des Areals eines der letzten innerstädtischen Industrieareale aufgegeben. Dadurch sind Arbeitsplätze für Menschen mit einer geringen Qualifikation weggefallen.

Die Umwandlung wird weiterhin komplex bleiben. Hier seien beispielhaft nur Hochwasserschutz und Verkehr genannt.

Bei der nun anstehenden Entwicklung ist streng darauf zu achten, dass die sozialen und ökologischen Aspekte höchste Priorität haben. Außerdem muss klimagerecht gebaut werden.

Der übergroße Anteil der Fläche ist quasi in städtischer Hand. Das ist Privileg und Verpflichtung zugleich.

Daher sind wir in der Pflicht, einen Stadtteil mit Wohnungen zu bauen, die auch für Normal- und Geringverdiener*innen erschwinglich sind.

Kitas und Schulen müssen entstehen, damit der Deutzer Hafen ein Platz für Familien wird. Denn Familien ziehen derzeit aus Köln weg, weil sie keine weitere Bleibe finden.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass Arbeitsplätze für Nichtakademiker*innen entstehen. Denn ohne Handwerk*innen und Müllwerker*innen oder Straßenbahnfahrer*innen wird die Stadt nicht funktionieren.

Wie es nicht geht, sieht man nämlich gegenüber. Der Rheinauhafen kann bei der Entwicklung des

Deutzer Hafens allenfalls als abschreckendes Beispiel dienen.

Relativ spät haben uns jetzt zwei Änderungsanträge erreicht. Von der FDP kenne ich das eher weniger, dass sie Anträge am selben Tag einreicht. Das ist, muss ich sagen, ein Stück weit eine Überforderung. Der Änderungsantrag von KLIMA FREUNDEN und FRAKTION kam ja auch als Tischvorlage.

Jetzt auf alle Punkte einzugehen, wäre natürlich schwierig und würde die Zeit sprengen. Deswegen werde ich nur sagen, wie wir abstimmen werden. Das ist hier ja kunterbunt.

Vorab: Wir haben bei der gemeinsamen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Verkehrsausschusses einen guten Beschluss gefasst. Da waren wir schon glücklich, dass auch Punkte von uns aufgenommen worden sind. Wir haben den Antrag dann gerne mitgetragen.

Beim Antrag der FDP werden wir dem Spiegelstrich eins wie auch die SPD und das Bündnis zustimmen. Entgegen dem, was Teresa gesagt hat, werden wir dem Spiegelstrich zwei ebenfalls zustimmen, weil wir das für richtig halten. Dem Spiegelstrich drei werden wir zustimmen. Dem Spiegelstrich vier werden wir nicht zustimmen, weil wir die je zwei durchgehenden Fahrspuren für den MIV nicht haben möchten, was wohl niemanden wundert. Dass wir dem Spiegelstrich fünf mit der Drehbrücke nicht zustimmen, ist auch ganz klar, glaube ich. Beim Spiegelstrich sechs werden wir uns enthalten. Dem Spiegelstrich sieben werden wir zustimmen. Den Spiegelstrich acht werden wir ablehnen.

Dann möchte ich noch ganz kurz auf den Antrag von KLIMA FREUNDEN und FRAKTION eingehen. Dem Punkt 12 können wir nicht zustimmen, weil wir eine Umweltbrücke für den ÖPNV für unrealistisch halten. Wann soll sie kommen? Außerdem würde das eine immense Zeitverzögerung mit sich bringen, vermutlich sogar eine neue Offenlage, was wir auf keinen Fall möchten. Bei den Punkten 13, 14 und 15 haben wir keine Probleme, ihnen zuzustimmen, auch wenn der Punkt 14 schon in der BV abgestimmt ist und der Punkt 15 eigentlich auch schon besteht. Wir fassen ja immer Beschlüsse, die doppelt gemoppelt sind. Das kann man auch hier machen. Es verschlägt ja nichts.

Einen Punkt finden wir wichtig. Das hatten wir auch in der gemeinsamen Sitzung gesagt. Deshalb steht in dem jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag unter Punkt 7 auch:

> Das Neubaugebiet erhält einen direkten Stadtbahnanschluss zum Deutzer Bahnhof.

Das halten wir nach wie vor für wichtig. Wenn aber nun die Anlage 20 Bestandteil wird, müssten wir uns entsprechend verhalten. Ich weiß nicht, ob man sich bei diesem Punkt jetzt auch noch enthalten kann; das ist ja eine Anlage. Da würden wir uns aber enthalten, weil wir es nach wie vor wichtig finden - und so haben wir es ja auch hineinverhandelt -, dass das nicht über eine Machbarkeitsstudie erfolgt, sondern darin tatsächlich steht, dass das Neubaugebiet eine direkte Anbindung zum Deutzer Bahnhof bekommt. Damit wird das jetzt leider verwässert. Insofern müssten uns dann enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt begründet Herr Sterck den Änderungsantrag, über den wir schon so viel gehört haben. Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank dafür, dass wir uns hier so intensiv damit beschäftigen.

Lassen Sie mich auch einen Hinweis für diejenigen geben, die jetzt den Eindruck haben, wir seien hier mehr im Fachausschuss als im Rat.

(Sandra Schneeloch [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

Wir werden aber, Freundinnen und Freunde, in dieser Ratsperiode wahrscheinlich kein wichtigeres Stadtentwicklungsprojekt beschließen als den Deutzer Hafen. Daran müssen wir einmal erinnern.

(Beifall von Volker Görzel [FDP])

Deswegen ist heute im Grunde ein historischer Tag. Daher geht auch ein herzlicher Dank an die Verwaltung, insbesondere an das Team von Markus Greitemann, und an Herrn Röhrig von der

modernen stadt - er sitzt auf der Zuschauertribüne und ist auch schon angesprochen worden -, weil das wirklich etwas ganz Besonderes ist.

Ich bin auch froh darüber, dass wir heute mit einer so großen Einigkeit über dieses Thema beraten. Das ist nicht immer so gewesen. Ich habe hier auch schon Reden für die Umwandlung des Deutzer Hafens gehalten, als es noch von grüner Seite und SPD-Seite Ablehnung gegeben hat, weil es damals um den Erhalt von 200 Industriearbeitsplätzen ging.

Wie die Kollegin De Bellis schon gesagt hat, reden wir aber nicht über 200 Industriearbeitsplätze, sondern wollen hier 6 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Außerdem wollen wir 7 000 Menschen in Wohnraum bringen. Daran sieht man doch, welches Potenzial dieses Gelände des Deutzer Hafens hat, das auch noch einmal doppelt so groß wie der Rheinauhafen ist.

Herzlichen Dank, dass sich alle so intensiv mit unserem Änderungsantrag beschäftigt haben. Es hat auch einen Grund, warum wir ihn erst heute stellen und warum er so kurzfristig gekommen ist. Eigentlich hat alles rechtzeitig zum Stadtentwicklungsausschuss und zum Verkehrsausschuss vorgelegen. Das Bündnis war aber nicht so richtig in der Lage, mit zwei Änderungsanträgen gleichzeitig zu jonglieren.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- Alles gut. Ich bin ja dankbar dafür, dass wir jetzt über die einzelnen Spiegelstriche reden.

Uns geht es einfach um Folgendes: Wir schaffen heute die Infrastruktur für ein Projekt, das wahrscheinlich erst in 15 oder 20 Jahren seine richtige Blüte erleben wird. Dann werden wir sehen, ob die Annahmen, die wir heute in Sachen „Entwicklung des Verkehrs“ auf Grundlage des Verkehrsgutachtens getroffen haben, wirklich eingetroffen sind. Vor diesem Hintergrund geht es uns darum, das Ganze möglichst flexibel zu halten und möglichst hohe Kapazitäten zu haben.

Wenn wir nachher aus einer Straße wie der Alfred-Schütte-Allee eine Fahrradstraße machen, ist das wunderbar; dann hat alles so geklappt, wie es sich der Verkehrsgutachter vorgenommen hat. Nur: Wenn in 15 oder 20 Jahren alle nicht mehr mit einem Verbrennungsmotor, aber mit einem autonomen Elektroeinzelfahrzeug fahren und damit wieder viel Verkehr auf der Straße ist, braucht ein solches Gebiet auch eine entsprechende Anbindung. Schließlich wollen wir auch nicht, dass der Verkehr sich dann nach Poll verlagert. Die große Angst ist ja, dass die meisten in Richtung Siegburger Straße nach Süden fahren, weil der Norden nicht alles aufnehmen kann.

Deswegen war es uns wichtig, hier ein paar Pflöcke einzuschlagen. Ich will die ganzen Dinge jetzt gar nicht mehr einzeln aufzählen.

Die von Teresa De Bellis insbesondere angesprochene Verknüpfungshaltestelle mit der S16, die dort irgendwann einmal kommen soll, halte ich für unheimlich wichtig, auch gegenüber unseren Zuschussgebern. Wenn wir als Stadt Köln und als KVB nicht bereit sind, unter der Haltestelle der S-Bahn auch die Linie 7 halten zu lassen, würde ich als Zuschussgeber in Berlin sagen: Freunde, ihr habt in Köln anscheinend in Sachen ÖPNV noch nicht den Knall gehört. - Für diese Verknüpfungshaltestelle muss auch Platz geschaffen werden. Deswegen ist die Erweiterung der Siegburger Straße in diesem südlichen Teil Am Stellert aus unserer Sicht sehr wichtig. Ihr habt jetzt gesagt: Wir machen das heute nicht; wir machen das irgendwann anders. - Hoffentlich ist dann noch der Platz vorhanden, um diese Verknüpfungshaltestelle schaffen, weil ich sie, wie gesagt, unheimlich wichtig finde, damit die S16 irgendwann auch ihren Verkehrswert dort erzeugt.

Zu der Alfred-Schütte-Allee und der Drehbrücke hat Teresa De Bellis gesagt, es sei Beschlusslage, dass das offen bleibt. Das habe ich so nicht in Erinnerung. Ich finde das aber schön und höre es natürlich gerne, weil wir gesagt haben: Wir brauchen die Alfred-Schütte-Allee und die Drehbrücke zunächst als Bypass, um zu sehen, ob die Verkehrsannahmen, die wir getroffen haben, dort eingetreten sind oder ob wir Mehrkapazitäten brauchen.

Ich bedanke mich also herzlich dafür, dass sich alle so intensiv damit beschäftigt haben. Jetzt wollen wir schauen, welche Spiegelstriche hier möglicherweise eine Mehrheit bekommen. Über die anderen Sachen reden wir vielleicht an anderer Stelle noch einmal.

Ich finde es toll, dass wir heute mit einer breiten Mehrheit den Bebauungsplan hier beschließen werden; denn das ist ein Projekt für die nächsten Jahrzehnte, das unsere Stadt enorm weiterbringen wird. Dafür bin ich sehr dankbar, Frau

Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, das Wesentliche wurde bereits von Teresa De Bellis gesagt. Deswegen ziehe ich meinen Redebeitrag zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer, die vielleicht noch da sind! Die Beschlussvorlage in der jetzigen Form mit all den Änderungen ist so weit okay. In der Sondersitzung wurden ja noch wichtige Erkenntnisse aufgenommen.

Trotzdem geht sie uns nicht weit genug, weswegen wir diesen Änderungsantrag stellen. Er kommt scheinbar recht plötzlich. Das liegt aber nicht an uns. Denn wir standen in der Sondersitzung hier in trauter Zusammenkunft und haben gesagt: Wir werden alle Änderungen noch einmal besprechen, aufnehmen und dann versuchen, gemeinsam zu einem Beschluss zu kommen. - Ja, gemeinsam. Wir haben die Vorschläge zu unserem Änderungsantrag frühzeitig, vor zehn Tagen, eingebracht. Die Antwort darauf kam allerdings heute um 12.10 Uhr. Das nenne ich mal eine konstruktive Zusammenarbeit bei einem so großen und wichtigen Projekt wie dem Deutzer Hafen.

Wenn Sie argumentieren, dass die Punkte zwei und drei da eigentlich schon drin seien, dann ist das okay. Das hätten wir aber gerne früher erfahren. Da hätten wir uns alle miteinander unterhalten können. Es ist aber nun einmal auch ein Beschluss hier in der Ratssitzung und nicht nur Aufgabe der BV.

Unsere Punkte, die wir eingebracht haben, halten weder auf, noch machen sie irgendetwas kaputt. Im Gegenteil: Sie stellen die Weichen für ein zukunftsorientiertes Quartier. Daher möchte ich Sie bitten, dem Änderungsantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und von Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich schließe mich natürlich meiner Vorrednerin an. Das Projekt Deutzer Hafen ist ein Leuchtturmprojekt. Daran bestehen keine Zweifel. Aber natürlich kann es noch heller scheinen. Wieso auch nicht?

Daher haben wir die genannten Aspekte in unserem Änderungsantrag aufgegriffen, weil wir ehrlich, schnellstmöglich und konsequent in Köln die sozialverträgliche Klimawende vollziehen wollen.

Im Namen der KLIMA FREUNDE bitte ich um Zustimmung zu unseren Ergänzungen und möchte bei der Gelegenheit daran erinnern, dass es in diesem Gremium keinen Fraktionszwang bei den Abstimmungen gibt.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich beabsichtige, die Abstimmung folgendermaßen vorzunehmen: Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen, den Beschluss um einen Punkt 12 zu ergänzen, der acht Spiegelstriche hat, über die ich einzeln abstimmen lasse. Dann komme ich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FRAKTION und von Frau Gabriel auf Ergänzung um folgende Punkte - wie Anlage 19 -: Nr. 12, Nr. 13, Nr. 14 und Nr. 15. Danach mache ich natürlich jeweils die Gesamtabstimmung über den Antrag. Dann lasse ich - nach den Vorrednern muss ich ja davon ausgehen - über die geänderte Vorlage wie Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 in geänderter Fassung abstimmen.

So beabsichtige ich das jetzt zu machen. Wir müssen ganz genau schauen, wie die Abstimmung läuft. Deswegen bitte ich Sie, mich da auch

zu unterstützen und das sehr diszipliniert umzusetzen, damit sich hinterher auch jeder und jede wiederfindet.

Dann beginne ich mit den Abstimmungen über den Änderungsantrag der FDP auf Ergänzung um einen Punkt 12.

Spiegelstrich eins. Wer wünscht zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist das so beschlossen.

Spiegelstrich zwei. Zustimmung? - DIE LINKE, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Es enthalten sich Frau Gabriel, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Dann ist das abgelehnt.

Spiegelstrich drei. Wer wünscht zuzustimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist das abgelehnt.

Spiegelstrich vier. Wer wünscht zuzustimmen? - Das sind die FDP und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Spiegelstrich fünf. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, die FDP und die AfD. Wer enthält sich? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Spiegelstrich sechs. Zustimmung? - Die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - DIE LINKE, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Beschlossen.

Spiegelstrich sieben. Zustimmung? - Ich fange einmal auf der anderen Seite an. Die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, Herr Zimmermann und DIE LINKE. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Spiegelstrich acht. Zustimmung? - Die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. Abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der FDP gesamtabstimmen, und zwar in der so geänderten Fassung, also mit den Spiegelstrichen eins und sechs. Zustimmung? - Die FDP, die AfD, die CDU-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die SPD-Fraktion, DIE LINKE und Volt. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel. So angenommen.

Jetzt komme ich zum Änderungsantrag der FRAKTION und von Frau Gabriel.

Nr. 12. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabriel. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nr. 13. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann, Frau Gabriel und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Nr. 14. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann, Frau Gabriel und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Nr. 15. Zustimmung? - Die FRAKTION, Herr Zimmermann, Frau Gabriel, die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Abgelehnt.

Dann kann ich auf die Gesamtabstimmung über diesen Antrag verzichten; es wurde ja nichts geändert.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar wie Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss, aber in der geänderten Fassung

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Wie Sondersitzung Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss!)

- ja, die meine ich - mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 und den beiden Punkten aus dem Änderungsantrag, die hier die Mehrheit bekommen haben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So machen wir das! - Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: meldet sich zu Wort)

- Ist das eine Frage? Wir sind in der Abstimmung.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ja. Aber ich habe doch in meiner Rede gesagt, dass wir uns bei dem Punkt 7 in der Fassung der Anlage 20 gern enthalten würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir einmal zu Protokoll. Sonst kriegen wir jetzt die Abstimmung nicht mehr hin. Es wird auch

an der Abstimmung nichts ändern, schätze ich einmal.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich will jetzt wirklich nichts prophezeien. Aber wir nehmen es zu Protokoll.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: Ich nehme es mit Humor!)

- Ich meine es auch wirklich nicht hässlich, sondern ich meine es einfach nur tatsächlich. Es ist nämlich schwierig genug, das jetzt alles ganz regelgerecht und korrekt hinzukriegen.

(Lisa Steinmann [SPD]: Sie hat es mit einem Lächeln aufgenommen!)

Vielen Dank, Frau Tokyürek, für Ihren Humor und dafür, wie Sie damit umgehen, wenn ich so eine dumme Bemerkung mache. Danke.

Wer wünscht jetzt dieser Vorlage wie Sondersitzung Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 19, mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 und mit Beschlusspunkt 12 mit den soeben beschlossenen Spiegelstrichen eins und sechs zuzustimmen? - LINKE, SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Volt und AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION und Frau Gabriel enthalten sich. Damit ist der Vorlage in dieser Form mit großer Mehrheit zugestimmt worden. - Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (AN/0260/2023), Einzelabstimmung zu den acht Spiegelstrichen des Änderungsantrags

Beschluss:

Der Beschluss wird um folgenden Punkt ergänzt.

12. Der Rat beschließt zusätzlich folgende verkehrliche Maßnahmen, die – soweit sie bebauungsplanrelevant sind – nach Rechtskraft des Bebauungsplanes mittels einer ersten Änderung in diesen eingearbeitet werden oder – soweit sie nicht bebauungsplanrelevant sind – parallel zur Entwicklung des Deutzer Hafens vorangetrieben werden:

- *Bei den Verhandlungen der Stadtverwaltung, um den (Vorlauf)Betrieb der S-Bahnlinie 16 zu beschleunigen, ist auch in Richtung Poll auf einen optimalen Lärmschutz zu dringen. In Höhe Vingst ist ein zusätzlicher Halt zur Verknüpfung mit der S12 vorzusehen.*

  Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

- *Es wird eine Verknüpfungshaltestelle zwischen Stadt- und S-Bahn in Höhe Am Schnellert errichtet, um auch schon vor Inbetriebnahme der S-Bahn-Linie das süd-westlichen Hafengebietes besser zu erschließen.*

  Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

- *Die HGK-Trasse ist für eine mögliche spätere ÖPNV-Nutzung freizuhalten.*

  Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

- *Die Siegburger Straße wird zwischen Im Hasental und Am Schnellert mit ausreichend breiten Rad- und Fußwegen, je zwei durchgehenden Fahrspuren für den MIV (die rechte nach Süden führende Spur wird zur Abbiegespur in die Straße Am Schnellert) und einem separaten Gleiskörper für die Stadtbahn neu profiliert und verbreitert, um allen Verkehrsträgern ausreichend Raum zu geben.*

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

- *Die Alfred-Schütte-Allee und die Drehbrücke werden für den MIV bis zur vollständigen Beendigung des Baustellenverkehrs und Bezug des Hafens offen gehalten, um die dann aktuelle Verkehrssituation insbesondere der Siegburger Straße im Deutzer und Poller Bereich bewerten zu können.*

  Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

- *Für Poll sollen zusätzlich zu den Maßnahmen zur Verhinderung des Durchgangsverkehrs Optimierungen der Fuß- und Radwegeverbindungen, die Schaffung von Quartiergaragen und Mobilitätsstationen und die Verbesserung der Busanbindungen im Dialog mit der Bürgerschaft entwickelt werden.*

  Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., Die Fraktion und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

- *Zwischen der Abfahrt Poll der BAB 4 und der Trasse und Wendeschleife der KVB-Stadtbahnlinie 7 ist die Anlage eines P+R-Angebotes zu prüfen, um hier ein Umsteigen in den ÖPNV zu ermöglichen.*

  Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., FDP, AfD und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

- *Die Planung zur leistungsfähigen Verbindung zwischen Vingster und Porzer Ring wird wieder aufgenommen, um im Rechtsrheinischen eine zusätzliche Nord-Süd-Verbindung für den MIV und den Radverkehr zu schaffen, die Stadtteile wie Deutz und Poll, aber auch Ostheim entlastet.*

  Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD bei Stimmenthaltung der der Fraktionen Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

Gesamtabstimmung über die angenommen Punkte (Spiegelstriche) 1 und 6 des Änderungsantrages:

Beschluss:

Der Beschluss wird um folgenden Punkt ergänzt.

12. Der Rat beschließt zusätzlich folgende verkehrliche Maßnahmen, die – soweit sie bebauungsplanrelevant sind – nach Rechtskraft des Bebauungsplanes mittels einer ersten Änderung in diesen eingearbeitet werden oder – soweit sie nicht bebauungsplanrelevant sind – parallel zur Entwicklung des Deutzer Hafens vorangetrieben werden:

- *Bei den Verhandlungen der Stadtverwaltung, um den (Vorlauf)Betrieb der S-Bahnlinie 16 zu beschleunigen, ist auch in Richtung Poll auf einen optimalen Lärmschutz zu dringen. In Höhe Vingst ist ein zusätzlicher Halt zur Verknüpfung mit der S12 vorzusehen.*

- *Für Poll sollen zusätzlich zu den Maßnahmen zur Verhinderung des Durchgangsverkehrs Optimierungen der Fuß- und Radwegeverbindungen, die Schaffung von Quartiergaragen und Mobilitätsstationen und die Verbesserung der Busanbindungen im Dialog mit der Bürgerschaft entwickelt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) (AN/0269/2023)
Einzelabstimmung über die einzelnen Punkte des Änderungsantrags

Beschluss:

Der Beschluss wird um folgende Punkte ergänzt:

wie Anlage 19

(…)

12. Der Rat beschließt die Freihaltung entsprechender Korridore im B-Plan des Deutzer Hafens für eine spätere Umweltbrücke (ÖPNV+Fuß+Fahrrad) von Ubierring nach Deutzer Hafen und gibt eine Machbarkeitsstudie für eine Umweltbrücke (ÖPNV+Fuß+Fahrrad) von Ubierring nach Deutzer Hafen in Auftrag.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 12: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und der RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

13. Der Rat beschließt eine Busschleuse auf der Alfred-Schütte-Allee zw. Müllergasse und Nr. 130 (südlich der Endhaltestelle Bus-Linie 159).

Abstimmungsergebnis zu Punkt 13: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, Die FRAKTION und der RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

14. Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit Baubeginn wirksame Maßnahmen umzusetzen, um das "Wildparken" auf der Alfred-Schütte-Allee ab Einmündung "Am Schnellert" in südliche Richtung bis "Maifischgasse" und im Bereich "Müllergasse" zu unterbinden, damit der Alt-Poller Bereich gegenüber dem zukünftig für MIV gesperrten Bereich auf der Alfred-Schütte-Allee zw. "Am Schnellert" und "Drehbrücke" nicht benachteiligt wird und Lebensqualität verloren geht.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 14: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, Die Fraktion und der RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

15. Der Rat beschließt gegenüber der Bundesbahn als Bauherr des S-Bahn-Ausbaus die beidseitige Lärmschutzeinhausung entlang der Bahnstrecken zu fordern.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 15: Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke, Die Fraktion und der RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Eine Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag entfällt.

III. Abstimmung über die so geänderte Vorlage in der gemeinsamen Fassung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses (Anlage 19) mit Beschlusspunkt 7 in der Fassung der Anlage 20 und den Punkten 1 und 6 aus dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss (Änderungen kursiv, Ergänzungen unterstrichen):

Der Rat

1. beschließt über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet zwischen der Drehbrücke im Norden, der Siegburger Straße im Osten, der auf die Südbrücke führende Güterbahntrasse im Süden und der Alfred-Schütte-Allee im Westen in Köln-Deutz — Arbeitstitel: Deutzer Hafen – Teilplan Infrastruktur - abgegebenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 2.2, 3, 4 und 5;

2. beschließt den Bebauungsplan Nr. 68439/03 nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der

Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

3. nimmt die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens (Anlage 10) Deutzer Hafen inkl. Mobilitätskonzept (Anlage 11) zur Kenntnis und beschließt die dort definierten Maßnahmen zu Planfall 2 plus 8 (Anlage 9) als notwendige Infrastrukturmaßnahmen und als Bestandteil der Erschließung für den B-Plan-Infrastruktur im Umfeld des Deutzer Hafens.

4. beauftragt die Verwaltung mit der Planung folgender Maßnahmen aus Planfall 8 für das überordnete Netz:
- Änderung der Spuraufteilung im Hasental und
- Überplanung des Östlichen Zubringers.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW die für den Östlichen Zubringer notwendige Verwaltungsvereinbarung zu vereinbaren.

5. beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Reduzierung des Durchgangverkehrs auf der Siegburger Straße im Bereich Poll zwischen Am Schnellert und Auf dem Sandberg im Sinne von Planfall 2 des Verkehrsgutachtens (Anlage 10).

Mit geeigneten Maßnahmen sollen Schleichverkehre in den angrenzenden Wohngebieten vermieden werden. Dies gilt insbesondere für die neue Quartiersstraße, Am Schnellert und weiter über die Alfred-Schütte-Allee nach Alt-Poll und von dort zur Autobahn sowie den Poller Kirchweg, die Müllergasse, Alfred-Schütte-Allee nach Alt-Poll und von dort zur Autobahn. Diesbezügliche Änderungen im Konzept sind der Politik vorzustellen.

6. Baumfällungen auf der Siegburger Straße sind zu vermeiden. Alle Maßnahmen, um zusätzlichen Verkehr auf der Siegburger Straße zu verhindern oder vorhandenen Verkehr zu reduzieren, sind ohne Baumfällungen vorzunehmen.

7. Perspektivisch wird das Neubaugebiet durch die Stadtbahn im 5-Minuten-Takt erschlossen. Wie dabei ein direkter Stadtbahnanschluss zum Deutzer Bahnhof erfolgen soll, wird im Rahmen einer separaten Beschlussvorschlage und nach Vorliegen der Ergebnisse der beauftragten Machbarkeitsstudie entschieden.

8. Seitens der Verwaltung sind unverzüglich zielführende Verhandlungen im Go.Rheinland (ehem. NVR) aufzunehmen, um die S-Bahn-Linie S16 im Vorlaufbetrieb schnellstmöglich zu starten.

9. Für eine schnell zu realisierende Radwegeverbindung über die Südbrücke muss auf mindestens einer Brückenseite eine Rampe oder eine Spindel vorgesehen werden. Hierzu sind die Planungen der Stadt Köln wieder aufzunehmen und mit der DB abzustimmen.

10. An der Kreuzung Alter Mühlenweg / Im Hasental ist die Einrichtung einer sicheren Querungsmöglichkeit für den Radverkehr zu prüfen. Diese Querungsmöglichkeit ist von dem Hintergrund der geplanten Radpendlerroute von besonderer Bedeutung.

11. Im Rahmen der Realisierung der S-Bahn ist bei der Neuplanung der Haltestellen zu beachten, dass der Abstand zur Haltestelle Raiffeisenstraße ausreicht, um eine Zurückzahlungspflicht der damaligen Förderung zu vermeiden.

12. Der Rat beschließt zusätzlich folgende verkehrliche Maßnahmen, die – soweit sie bebauungsplanrelevant sind – nach Rechtskraft des Bebauungsplanes mittels einer ersten Änderung in diesen eingearbeitet werden oder – soweit sie nicht bebauungsplanrelevant sind – parallel zur Entwicklung des Deutzer Hafens vorangetrieben werden:

- Bei den Verhandlungen der Stadtverwaltung, um den (Vorlauf)Betrieb der S-Bahnlinie 16 zu beschleunigen, ist auch in Richtung Poll auf einen optimalen Lärmschutz zu dringen. In Höhe Vingst ist ein zusätzlicher Halt zur Verknüpfung mit der S12 vorzusehen.

- Für Poll sollen zusätzlich zu den

Maßnahmen zur Verhinderung des Durchgangsverkehrs Optimierungen der Fuß- und Radwegeverbindungen, die Schaffung von Quartiergaragen und Mobilitätsstationen und die Verbesserung der Busanbindungen im Dialog mit der Bürgerschaft entwickelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Fraktion und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Anmerkung:

Die Fraktion Die Linke. erklärt, sie enthalte sich in Bezug auf Beschlusspunkt 7.

RM Dickas nimmt an Beratung und Abstimmung wegen Befangenheit nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63454/03

Arbeitstitel: Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln-Braunsfeld
3989/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage und wie Stadtentwicklungsausschuss; er hat einstimmig zugestimmt.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 63454/03 für das Gebiet nördlich der Scheidtweilerstraße und südlich des KVB-Betriebsbahnhofs betreffend die Grundstücke Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln-Braunsfeld Arbeitstitel: Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln-Braunsfeld abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 5*

2. *den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 63454/03, Arbeitstitel: Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln Braunsfeld mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 674351/02

Arbeitstitel: „Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)“ in Köln-Altstadt/Süd
4157/2022

Ich begrüße, weil es hier auch um ein wichtiges Projekt der Stadt geht, bei uns sehr herzlich den Vorhabenträger, Herrn Superintendent Dr. Bernhard Seiger, mit einer ganzen Mannschaft, die ich von hier aus nicht erkennen kann, und den Architekten Kaspar Kraemer, die wissen wollen, wie wir jetzt damit umgehen.

(Beifall)

Als Erstes frage ich nach Wortmeldungen aus dem Rat. - Wortmeldungen gibt es nicht.

So eine komplizierte Abstimmung kann ich Ihnen jetzt leider nicht bieten.

(Heiterkeit)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Flurstück 114, Flur 13, Gemarkung Köln, mit einer Größe von 6.017 qm - Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd - abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 bis 4;*

2. *beschließt den Bebauungsplan Nr. 674351/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Josef-Kallscheuer-Straße entlang der Industriestraße und der Wattignystraße von Unter Buschweg bis Rodderweg in Köln-Sürth 2821/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD und der FRAKTION. Enthaltungen? - Es enthält sich Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Josef-Kallscheuer-Straße entlang der Industriestraße und der Wattignystraße von Unter Buschweg bis Rodderweg in Köln-Sürth in der als Anlage 3 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und Die FRAKTION bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 284. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3223/2022

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage und wie Verkehrsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 284. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.3 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Kölnstraße von Am Feldrain bis Haus-Nr. 51 einschließlich in Köln-Sürth 3281/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Kölnstraße von Am Feldrain bis Haus-Nr. 51 einschließlich in Köln-Sürth in der als Anlage 4 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Gestaltungsbeirat der Stadt Köln; Berufung der neuen Mitglieder des Gestaltungsbeirates 2599/2022

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses (Anlage 4):

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die fünf stimmberechtigten Mitglieder des Gestaltungsbeirates zu benennen (namentliche Ergänzung unterstrichen):

Aus dem bisherigen Gestaltungsbeirat benennt der Rat

1 <u>Herrn Minkus</u> als Mitglied des bisherigen Gestaltungsbeirates aus Köln

für weitere drei Jahre.

Der Rat benennt folgende neue Mitglieder für den Gestaltungsbeirat:

2. Herrn Professor Van Broeck, ehem. Landesbaumeister und Architekt aus Brüssel

für drei Jahre und

für sechs Jahre

3 Frau Professorin Klußmann, Architektin aus Köln,

4. Herrn Professor Molestina, Architekt und Stadtplaner aus Köln, und

5. Frau Professorin Aufmkolk, Landschaftsarchitektin aus Essen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Antrag der Volt-Fraktion betreffend „Neubesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“ AN/0206/2023

Gibt es hier Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat beschließt die Neubesetzung der*des sachkundige*n Einwohner*in der Volt Fraktion für den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden.*

Neu: <u>Ralf Tausgraf</u>

Bisher: Pia Waldhof

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Bestellung der Vertretung der Stadt Köln zur Entsendung in die Generalversammlung der Genossenschaft govdigital eG 4345/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet Frau Annette Berger, Leiterin des Amts für Informationsverarbeitung, als Vertreterin der Stadt Köln in die Generalversammlung der Genossenschaft govdigital eG. Als Stellvertreter wird Herr Michael Schoos, stellvertretender Leiter des Amts für Informationsverarbeitung, benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Nachbesetzung Lenkungskreis MiQua“ AN/0235/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet Herrn Lorenz Deutsch als Stellvertreter von Herrn Ralph Sterck in den Lenkungskreis MiQua.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung im Bauauschuss“ AN/0250/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet statt Herrn Stefan Schüller-Breu künftig Herrn Jörg Brack als Sachkundigen Einwohner in den Bauausschuss und in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Volt-Fraktion betreffend „Neubesetzung der Sachkundigen Einwohnerin im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“ AN/0253/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neubesetzung der sachkundigen Einwohnerin der Volt-Fraktion für den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

Neu: Carolin Vogt

Bisher: unbesetzt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Gremienumbesetzung“ AN/0255/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.8 haben wir in den Hauptausschuss verwiesen.

Beschluss:

Herr Christer Cremer wird als Stellvertreter für Herrn Stephan Boyens im Zweckverband Sparkasse KölnBonn benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Umbesetzung im Beirat der Forensischen Klinik Köln-Porz“ AN/0263/2023

Es gibt eine Wortmeldung.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag ziehen wir zurück, weil er noch einen Formfehler enthielt, und regeln die Besetzung über den anderen Weg. Es gibt den Antrag also nicht mehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt den Antrag gar nicht mehr. Gut.

Der Antrag wurde von der antragsstellenden Fraktion zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Sammelbeschluss zur schulrechtlichen Änderung mehrerer Gymnasien gemäß § 81 Schulgesetz NRW 4030/2022

Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit?

Michael Hock (Die FRAKTION): Nicht zur Dringlichkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann sprechen Sie trotzdem zum Thema.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir beantragen, das in den Schulausschuss zu verweisen, weil wir verstanden haben, dass die meisten Schulen mit dieser Zügigkeitserweiterung nicht d’accord sind, sondern mitgeteilt haben: Das schaffen wir nicht. - Daher sind wir der Ansicht, dass das im Schulausschuss noch einmal ausführlicher diskutiert werden sollte. Wir beantragen also Verweisung in den Schulausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung. Dafür ist der Rat zuständig. Deswegen ist die Verweisung in den Schulausschuss hier nicht möglich.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, okay. Verstehe. Gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Von der FRAKTION. Enthaltungen? - Es enthalten sich Herr Zimmermann und Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1) Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums Köln-Pesch, Schulstraße 14-16, 50767 Köln-Pesch von bisher 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufen II (4/6 Züge) auf zukünftig 5/7 Züge zum Schuljahr 2023/24. Die zusätzlichen Klassen werden in der Sekundarstufe I in Anlehnung an die bestehenden Klassen gemäß § 9 Schulgesetz NRW im gebundenen Ganztag geführt.

2) Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Humboldt-Gymnasiums, Kartäuserwall 40,

50676 Köln-Altstadt/Süd von bisher 5/7 Zügen auf zukünftig 6/9 Züge zum Schuljahr 2023/24. Die zusätzlichen Klassen werden in der Sekundarstufe I in Anlehnung an die bestehenden Klassen gemäß § 9 Schulgesetz NRW im gebundenen Ganztag geführt.

3) Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Gymnasiums Neue Sandkaul 29, 50859 Köln-Widdersdorf von bisher 3/5 Zügen auf zukünftig 4/6 Züge zum Schuljahr 2023/24.

4) Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Maximilian-Kolbe-Gymnasiums, Nachtigallenstraße 19-21, 51147 Köln-Wahn von bisher 3/5 Zügen auf zukünftig 4/6 Züge zum Schuljahr 2023/24. Die zusätzlichen Klassen werden in der Sekundarstufe I in Anlehnung an die bestehenden Klassen gemäß § 9 Schulgesetz NRW im gebundenen Ganztag geführt.

5) Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Zügigkeitserweiterung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Severinstraße 241, 50676 Köln-Altstadt/Süd von bisher 3/5 Zügen auf zukünftig 4/6 Züge zum Schuljahr 2024/25.

6) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach positiver Beschlussfassung zu den Beschlusspunkten 1) bis 5) einen Genehmigungsantrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung zu stellen.

7) Die sofortige Vollziehung der Beschlüsse 1) bis 5) wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

8) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die von der Nachverdichtung betroffenen Gymnasien stärker durch eine engere Kommunikation im Prozess mitzunehmen, um eine möglichst einvernehmliche Umsetzung der Maßnahmen zu erreichen. Außerdem soll kontinuierlich die Möglichkeit beobachtet werden, die in den Punkten 1) bis 5) beschlossenen Zügigkeitserweiterungen zukünftig zurückzunehmen, wenn dies aufgrund einer perspektivisch auskömmlichen Schulplatzsituation möglich ist. So soll die nun alternativlos entstehende, teils beengte Grundstückssituation an den jeweiligen Schulstandorten auf die zwingend notwendige Zeit begrenzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

RM Hock beantragt, die Angelegenheit in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu verweisen. Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert, dass es sich um die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung handelt, für die der Rat zuständig ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen, und verabschiede mich auch von unseren Gästen auf der Tribüne.

(Schluss: 19.44 Uhr)

24. Sitzung vom 23. März 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Sicherheitskonzept und Umweltschutz an Karneval"

AN/0277/2023

1.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Anmelde- und Verteilungsverfahren für Kölner Schulen"

AN/0551/2023

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung zweier Elfenbeinreliefs aus süddeutschem Privatbesitz an das Museum Schnütgen

0548/2023

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt für den Rat betreffend "Maßnahmenpaket für die Sanierung und den Neubau von Schulsporthallen"

AN/0406/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

AN/0565/2023

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Umsetzung der Beschlüsse des Rates, seiner Gremien sowie den Bezirksvertretungen"

AN/0468/2023

zurückgestellt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Grün bleibt Grün!"

AN/0480/2023

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Optimiertes Parken für Handwerker und Pflegedienste"

AN/0472/2023

3.1.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) "Für einen funktionierenden öffentlichen Dienst: Beschäftigte auskömmlich bezahlen!"

AN/0482/2023

3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Rücklagenbildung zur Immobilieninstandsetzung"

AN/0469/2023

zurückgestellt

3.1.7 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend '"Sachantrag zu konsequentem Vorgehen gegen Klimaterroristen"

AN/0475/2023

zurückgestellt

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/0555/2023

zurückgestellt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Linie 13 – Stadtbahnring auch rechtsrheinisch vollenden!"

AN/0471/2023

Änderungsantrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)

AN/0567/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "TOP 3.1.8: Linie 13-Stadtbahnring auch rechtsrheinisch vollenden"

AN/0573/2023

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konsequenzen aus der Liste der Großbauprojekte ziehen: Projekte streichen – Projekte priorisieren – Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von Großprojekten"

AN/0470/2023

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Finanzierung Deutschlandticket"

AN/0574/2023

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Dritte Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes

0737/2023

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Bereitstellung von FFP2/OP-Masken und Corona-Test-Kits für alle sozialen Kinder-, Jugend- und Sozialeinrichtungen im Stadtbezirk Kalk

0319/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Wo ist jetzt das Cradle?"

AN/0497/2023

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses"

AN/0512/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim

0350/2023

zurückgestellt

6.1.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim

0376/2023

zurückgestellt

6.1.3 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim

0377/2023

zurückgestellt

6.1.4 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln

0456/2023

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024

0839/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW

0467/2023

7.2.2 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer

2276/2022

7.2.3 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim

4232/2022

7.2.4 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin)

0508/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Masterplan Stadtgrün

2279/2022

10.2 Aufhebung des gebundenen Ganztags an der auslaufend schließenden Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf

0581/2023

10.3 Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“

0607/2023

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Baubeschluss

1622/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/0570/2023

10.5 Baubeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Frankfurter Straße (B 8) über die B 55a

2183/2022

10.6 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln

3238/2022

10.7 AchtBrücken GmbH hier: Betriebskostenzuschüsse für die Jahre 2025-2027

3272/2022

10.8 Eintrittspreise für Veranstaltungen der Bühnen Köln (Oper, Schauspiel, Tanzgastspiele) für die Spielzeit 2023/24

0662/2023

10.9 Beteiligung am Gottfried Böhm Stipendium

0369/2023

10.10 Implementierung eines Cash Pools

0705/2023

10.11 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr.

2079/2022

10.12 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m

2751/2022

zurückgestellt

10.13 StadtBahn Süd - Trassenfestlegung und Entscheidung zur weiteren Planung

3065/2022

10.14 Fortschreibung der Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI ab dem Haushaltsjahr 2023

0222/2023

10.15 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages

0409/2023

zurückgestellt

10.16 Erwerb einer Beteiligung an der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

0748/2023

10.17 Köln Katalog – Typologien für kompakte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere

3068/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion verwiesen aus der gemeinsamen Sondersitzung des Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 21.03.2023

AN/0524/2023

10.18 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung einer Koordinationsstelle "Nachhaltigkeit in der Kultur"

0039/2023

10.19 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Barcamp zur Nachhaltigkeit in der Kultur

0336/2023

10.20 Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte
hier: Beschluss des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung / Vergabe / Recht und Internationales vom 30.01.2023

0836/2023

10.21 Finanzierung von Auffangstationen: Umweltbildungszentrum Heideportal Gut Leidenhausen e.V. und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Köln e.V.

0870/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 241. Änderung des Flächennutzungsplanes, "Alsdorfer Straße“ in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld
hier: Feststellungsbeschluss

0391/2023

zurückgestellt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71356/02, Arbeitstitel "An der Mühle" in Köln-Porz-Langel

0348/2023

zurückgestellt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71504/05 Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus

0398/2023

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

4159/2022

16.2 286. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0407/2023

17 Gremienbesetzungen

17.1 Wahl eines stellvertretenden beratenden JHA-Mitglieds, hier: KIDsmiling e.V.

0471/2023

17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Bund der Deutschen Katholischen Jugend - BDKJ, Stadtverband Köln

0844/2023

17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln

0564/2023

17.4 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Digitalisierungsausschuss"

AN/0481/2023

17.5 AG Zoologischer Garten Köln: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes

0631/2023

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung neue Sachkundige Bürgerin"

AN/0562/2023

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung Jugendhilfeausschuss"

AN/0554/2023

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: AVR Ausschuss / Ausschuss Klima, Umwelt und Grün / Ausschuss RPA – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"

AN/0566/2023

17.9 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für N. Gabriel als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Absatz 1"

AN/0568/2023

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Kommunale Gesundheitskonferenz – Umbesetzung der Mitglieder"

AN/0572/2023

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

18.1 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2023/24

0100/2023/1

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabriel, Ngoc-Anh; Gärtner, Ursula; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; Feicht, Andreas; Haaks, Stefanie; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Escher, Annika;

Stenografen

Herr Klemann;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dickas, Birgit Beate; Glashagen, Jennifer; Spehl, Felix;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin;

(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 21.30 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 24. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Dickas, Frau Glashagen und Herr Spehl entschuldigt. Von der Verwaltung kann Frau

Stadtdirektorin Blome heute nicht teilnehmen und ist entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Frau Henk-Hollstein und Frau Hoyer.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt haben am 23. März 2023[1], also heute, fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Anmelde- und Verteilungsverfahren für Kölner Schulen“ eingereicht, den wir als TOP 1.2 behandeln sollen.

Die Fraktion Die FRAKTION hat ihren Antrag auf aktuelle Stunde unter TOP 1.1 zurückgezogen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anfragen unter TOP 4.1 und 4.2, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.1.1, allgemeine Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.21 sowie TOP 17.6 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.1.6, 6.1.1 bis 6.1.3, 10.12, 10.15, 11.1 und 12.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 inklusive des angehängten Änderungsantrags in den Umweltausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Ich möchte gegen die Verweisung sprechen. Das Thema Klimaschutz hat in einer Stadt des Klimanotstandes eine außerordentliche Relevanz. Es hat es verdient, dass das heute hier im Rat besprochen wird und nicht erst einige Wochen später im Umweltausschuss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich spreche auch gegen die Verweisung. Es gibt einen aktuellen Anlass, aus dem wir diesen Antrag gestellt haben. Der realpolitische Kern unseres Antrages ist etwas, was die Menschen momentan bewegt, denke ich, und zu dem wir sprechen möchten. Eine Verweisung in den Umweltausschuss ist da nicht sonderlich dienlich. Dort sind noch weniger Menschen, die diese Debatte mitbekommen würden, als hier.

Deswegen appelliere ich an die Kollegen und Kolleginnen, dem Verweisungsantrag von Herrn Hammer nicht zuzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag von Herrn Hammer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Fraktion Volt. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem Verweisungsantrag zugestimmt.

Ich komme jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. - Herr Breite. Entschuldigung.

Ulrich Breite (FDP): Nein, ich war zu langsam, Frau Oberbürgermeisterin. Entschuldigung. - Ich habe die Bitte, dass wir den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 in die nächste Sitzung

[1] Anmerkung: Der Antrag auf aktuelle Stunde der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt ist fristgerecht am **22**. März 2023 im Amt der Oberbürgermeisterin eingegangen.

vertagen, weil wir dazu noch Gesprächsbedarf mit anderen Fraktionen im Rat haben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne die Vorlage unter Punkt 23.2 im nichtöffentlichen Teil wegen Beratungsbedarf um eine Runde schieben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine Gegenrede. Dann können wir das so aufnehmen und gleich insgesamt mit der Tagesordnung abstimmen lassen.

Es gibt jetzt eine leichte Unruhe. Wünscht noch jemand einen Antrag zurückzunehmen? - Das ist leider nicht der Fall.

(Heiterkeit)

Dann komme ich wieder zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt sowie die Ratsmitglieder Gabriel und Zimmermann haben heute zum Thema „Finanzierung Deutschlandticket“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.10.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Bitte, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen formal gegen die Dringlichkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer wünscht der Behandlung des Dringlichkeitsantrags heute nicht zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann wird dieser Dringlichkeitsantrag heute behandelt.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung schlage ich Ihnen vor, TOP 3.1.3 zu TOP 10.1 zu ziehen und dort beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen zur Tagesordnung? - Herr Hock. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

*Die Oberbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder.*

<u>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</u>

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt die Oberbürgermeisterin die Ratsmitglieder (RM) Herrn Philippi, Frau Henk-Holstein und Frau Hoyer vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor:

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke. und Volt haben am 22.03.2023 einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema "Anmelde- und Verteilungsverfahren für Kölner Schulen", AN/0551/2023 eingereicht, der unter TOP 1.2 behandelt wird.

Die Fraktion Die FRAKTION hat ihren Antrag auf Aktuelle Stunde unter TOP 1.1 zurückgezogen.

III. Die Oberbürgermeisterin nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Wo ist jetzt das Cradle?"
AN/0497/2023

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses"
AN/0512/2023

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
0839/2023

10.21 Finanzierung von Auffangstationen: Umweltbildungszentrum Heideportal Gut Leidenhausen e.V. und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Köln e.V.
0870/2023

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung neue Sachkundige Bürgerin"
AN/0562/2023

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung Jugendhilfeausschuss"
AN/0554/2023

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: AVR Ausschuss / Ausschuss Klima, Umwelt und Grün / Ausschuss RPA – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"
AN/0566/2023

17.9 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für N. Gabriel als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Absatz 1"
AN/0568/2023

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Kommunale Gesundheitskonferenz – Umbesetzung der Mitglieder"
AN/0572/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

24.6 Verlängerung der Anmietung des Standortes Vorgebirgstraße74 in 50969 Köln-Zollstock als kommunale Erstaufnahme zur Unterbringung von Geflüchteten
0985/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Rücklagenbildung zur Immobilieninstandsetzung"
AN/0469/2023

6.1.1 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim
0350/2023

6.1.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim
0376/2023

6.1.3 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim
0377/2023

10.12 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m
2751/2022

10.15 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages
0409/2023

11.1 241. Änderung des Flächennutzungsplanes, "Alsdorfer Straße“ in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld

hier: Feststellungsbeschluss 0391/2023

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71356/02, Arbeitstitel "An der Mühle" in Köln-Porz-Langel 0348/2023

IV. Ratsmitglied Hammer beantragt,

TOP 3.1.7
Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend '"Sachantrag zu konsequentem Vorgehen gegen Klimaterroristen"
AN/0475/2023

mit dem

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/0555/2023

zur Entscheidung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zu verweisen. RM Zimmermann und RM Hock sprechen sich gegen die Verweisung aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, Volt und AfD zugestimmt.

RM Breite bittet, den Tagesordnungspunkt

TOP 3.1.2
Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Umsetzung der Beschlüsse des Rates, seiner Gremien sowie den Bezirksvertretungen"

AN/0468/2023

wegen Beratungsbedarfs bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückzustellen.

RM Joisten bittet, den Tagesordnungspunkt

TOP 23.2 n.ö.T.

Verkauf des Grundstücks Heinrich-Bützler-Straße / Kapellenstraße / Dillenburger Straße in Köln-Kalk
4290/2022

mit dem

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)
AN/0563/2023

wegen Beratungsbedarfs bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückzustellen.

V. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Finanzierung Deutschlandticket", AN/0574/2023 vor.

RM Büschges spricht sich gegen die Dringlichkeit aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Behandlung des Dringlichkeitsantrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Der Dringlichkeitsantrag wird unter TOP 3.1.10 behandelt.

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor,

TOP 3.1.3
Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Grün bleibt Grün!"

AN/0480/2023

zusammen mit

TOP 10.1
Masterplan Stadtgrün

2279/2022

unter TOP 10.1 zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Hock zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich darf sofort als ersten Tagesordnungspunkt aufrufen:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Anmelde- und Verteilungsverfahren für Kölner Schulen“ AN/0551/2023

Bitte gestatten Sie mir, dass erst die Verwaltung spricht. - Herr Voigtsberger, bitte.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Herzlichen Dank für das Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Ratsmitglieder! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer sowohl am Livestream als auch auf der Tribüne! Zunächst einmal möchte ich betonen, dass ich größtes Verständnis für die Sorgen der Familien mit schulpflichtigen Kindern habe, die in diesen Tagen und Wochen auf ihren Wunschschulplatz in Köln gehofft haben und keine Zusage erhalten haben. Sie dürfen mir glauben: Mir geht das sehr nahe.

Ich arbeite jeden Tag mit wirklich vielen Kolleginnen und Kollegen in dieser Stadtverwaltung daran, dass sich die Situation verbessert. Es liegen anstrengende Wochen hinter uns und insbesondere - das möchte ich ausdrücklich betonen - hinter den Familien. Denn das Warten, ob es mit dem Wunschschulplatz geklappt hat, ist belastend für die Schülerinnen und Schüler und ihre Familien. Es ist belastend für die Schulen, die mit Anmeldungen umgehen und manche schwierige Entscheidung treffen müssen. Es ist auch belastend für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die alles dafür tun, das Anmeldeverfahren bestmöglich zu organisieren und die Schulen zu beraten wie auch neue Schulplätze zu schaffen.

Ich möchte mich - das sollte auch nicht zu kurz kommen - an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung bedanken, die trotz alljährlicher erheblicher und auch teilweise berechtigter Kritik nicht müde werden, sich für die stetige Verbesserung der Situation einzusetzen. Ich danke ihnen allen ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Als Verwaltung sind wir uns sehr bewusst, dass noch immer eine enorme Herausforderung vor uns liegt. Wir können und dürfen vor allen Dingen den Blick nicht vor der Enttäuschung jener verschließen, deren Wünsche eben nicht erfüllt werden konnten.

Auch wenn es für diejenigen, die jetzt noch nicht an ihrer Wunschschule untergekommen sind, kein Trost ist, möchte ich Ihren Blick dennoch kurz auf das lenken, was sich bereits verbessert hat.

Verehrte Damen und Herren, die Zahl der Ablehnungen geht beständig zurück, allein bei den Gesamtschulen in diesem Jahr um rund 300. Wir arbeiten mit unseren Stärkungspaketen stetig daran, die Situation kontinuierlich zu verbessern. Insgesamt bekommen neun von zehn Kindern im aktuell laufenden Verfahren sowohl an den weiterführenden Schulen als auch an den Grundschulen einen Platz an ihrer Wunschschule.

Zum ersten Mal seit 15 Jahren - so viel möchte ich schon vorwegnehmen - werden wir an den Gymnasien ohne eine einzige Mehrklasse auskommen.

Wir haben es geschafft, dass die Landesregierung auf Basis unserer Initiative die Mehrfachanmeldungen abgeschafft hat.

Wir haben das Verfahren insgesamt zeitlich gestrafft. Denn nun wissen die Schülerinnen und Schüler bedeutend schneller, welche Schule sie besuchen werden. Nur einmal für Sie zum Vergleich: Im vergangenen Jahr startete die zweite Runde im Anmeldeverfahren erst am 31. März und lief bis zum 4. April, die Bescheide wurden am 11. April versandt, und die endgültige Verteilung der Schülerinnen und Schüler dauerte bis in den Mai hinein an.

Darüber hinaus haben wir den Schulen ein Online-Tool für die Beratungstermine zur Verfügung gestellt.

Unbestritten wäre - das möchte ich auch hier ganz klar sagen - ein vollständig digitalisiertes

Anmeldeverfahren absolut sinnvoll. Dies liegt allerdings nicht im städtischen Einflussbereich. Denn die aktuelle Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Landes NRW gibt vor, dass Eltern den Originalanmeldeschein persönlich an der Wunschschule abgeben müssen. Diese Vorgabe lässt eine digitale Abbildung des Gesamtverfahrens somit aktuell schlichtweg nicht zu.

Deshalb setze ich mich beim Landesministerium dafür ein, die Prüfungsordnung anzupassen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen würden und Ihren Einfluss im Land geltend machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunikation mit den Nachbarkommunen, mit denen wir uns selbstverständlich zu den Schulplatzangeboten austauschen, läuft nach meiner Einschätzung gut.

Mit Blick auf die aktuell geführte Diskussion um die gymnasiale Situation in der Nachbarkommune Hürth möchte ich klarstellen, dass genau drei Kinder aus Köln an Gymnasien in Hürth zur Schule gehen werden. Die Anzahl an unversorgten Hürther Kindern mit Gymnasialwunsch ist also ganz eindeutig nicht Köln zuzurechnen. Das war in der öffentlichen Debatte teilweise anders dargestellt worden.

Was tun wir aber jetzt für die Eltern und für die Kinder hier in Köln? Vorweg möchte ich hier gerne betonen: Bei all denen, die das Empfinden hatten und haben, von uns im Stich gelassen zu werden, entschuldige ich mich in aller Form.

Selbstverständlich unterstützen wir jetzt diejenigen Familien individuell, deren Kind noch an keiner Schule angenommen wurde. Alle Familien, die ihr Kind an einer weiterführenden Schule angemeldet haben, haben von uns ein Schulplatzangebot in maximal möglicher Nähe zu ihrem Wohnort erhalten.

Alle Kinder in der Grundschule haben mit dem Ablehnungsbescheid ebenfalls ein Schulplatzangebot erhalten.

Dennoch zeichnet sich ab, dass die Situation bei den Grundschulen weiterhin kritisch bleibt. Dies wird nochmals verstärkt - das ist vielleicht auch für Sie wichtig zu wissen - durch eine zunehmende Anzahl von Kindern, die die Klasse wiederholen. Unter anderem die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass es länger dauert, bis Kinder ihre Lernziele erreichen. Dies macht alleine 7,4 Prozent aller Grundschulkinder in diesem Jahr aus.

Hier müssen wir ganz besonders hinschauen. Grundschülerinnen und Grundschüler sind die Kleinsten und bedürfen deshalb auch unserer besonderen Obhut. Es ist zwar für jedes Kölner Kind ein Grundschulplatz vorhanden. Aber in manchen Fällen ist dieser Platz zu unserem und zu meinem Bedauern nicht wohnortnah.

Deshalb werden wir jene Grundschülerinnen und Grundschüler und deren Familien, die leider weitere Wege zu ihren Lernorten zurücklegen müssen, mit aller Kraft in dieser schwierigen Situation unterstützen. Wir helfen ihnen bei der Beförderung, und das auch finanziell. Bei Härtefällen prüfen wir individuelle Lösungen. Dazu werden wir aktiv auf die Eltern zugehen.

Nach Abschluss des diesjährigen Anmeldeverfahrens werden wir mit allen Beteiligten, selbstverständlich auch in intensiver Abstimmung mit der Schulpolitik, sorgfältig reflektieren, wo weiterer Verbesserungsbedarf besteht, und dies für das kommende Jahr dann natürlich auch berücksichtigen.

Wie bereits im vergangenen Jahr werden wir wieder der Schulpolitik die letztliche Entscheidung zu den wichtigen Parametern des Verfahrens zur Beschlussfassung vorlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber auch erneut deutlich machen, dass all diese Bemühungen, die negativen Auswirkungen im laufenden Verfahren bestmöglich für die Eltern zu lösen, nicht darüber hinwegtäuschen können, dass wir einmal mehr lediglich das Symptom bekämpfen. Wirklich nachhaltige Lösungen generieren wir nur mit der Schaffung neuer Schulplätze.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen Schulbaunotstand. Dies wird kein Anmeldeverfahren ändern. Die Bedarfe sind im Rahmen der Schulentwicklungsplanung alle dargestellt. Jede Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wird politisch beschlossen und ist auch öffentlich einsehbar. In dieser Planung wurden bereits seit Jahren dramatisch steigende Schüler*innenzahlen an den Grund- und weiterführenden Schulen prognostiziert. Die Notwendigkeiten zum Ausbau von Schulplätzen, die

Grundschulen eingeschlossen, liegen seit vielen Jahren transparent auf dem Tisch.

Aus der Planung werden standortkonkrete Schulbaumaßnahmen detailliert benannt. Sie finden sich in der sogenannten Schulbaumaßnahmenliste wieder. Wie Sie wissen, umfasst sie aktuell 195 Maßnahmen, von denen aus Personalgründen derzeit 87 umgesetzt werden. Insofern kann es auch niemanden überraschen, dass bekannte Bedarfe noch immer keine bauliche Umsetzung in Schulplätze erfahren haben.

Wir haben hier auch schon oft konstatiert, dass wir letztendlich ja kein Erkenntnisproblem haben, sondern, wenn man so will, ein Umsetzungsproblem.

Ich bin froh darüber - das möchte ich ausdrücklich auch hier in der Runde sagen -, dass ich zur Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe große Unterstützung von Frau Oberbürgermeisterin Reker wie auch meinem geschätzten Kollegen Markus Greitemann bekomme und sie an meiner Seite weiß. Wir gehen gemeinsam konzentriert und mit aller Kraft diese Herausforderungen an. Selbstverständlich sind wir im permanenten Austausch darüber, wie es uns gelingt, die Schulbaumaßnahmenliste noch schneller umsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, ob es nun Grundschulen, Gesamtschulen oder Gymnasien sind - wir müssen schlichtweg noch schneller noch mehr Schulplätze schaffen, und zwar an den richtigen Orten in der Stadt. Jedes neue Gebäude ist ein Steinchen im Mosaik unserer Schullandschaft. Mit den Stärkungspaketen und milliardenschweren Schulbauprogrammen sind wir auf dem nach meiner Einschätzung richtigen Weg. Wir werden ihn gemeinsam Stück für Stück fortsetzen.

Ich werbe an dieser Stelle erneut auch um Ihre konstruktive Unterstützung. Wir brauchen nämlich alleine 54 neue Schulen, davon 30 neue Grundschulen. Insofern darf es keinerlei Denkverbote geben. Wir müssen sämtliche, wirklich sämtliche, Möglichkeiten nutzen, die Lage zu entspannen - Neubauten, Erweiterungen, Nachverdichtungen, Interimslösungen, Anmietungen und, wenn es sein muss, auch Umwandlungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich versichere Ihnen: Wir als Schulträger - damit meine ich uns als Gesamtstadt - machen unsere Hausaufgaben, auch wenn dazu gehört, dass wir die Hausaufgaben früherer Jahrgänge leider nun miterledigen müssen. Aber der Blick zurück bringt uns an dieser Stelle nicht weiter und bringt vor allen Dingen die Eltern und die Schülerinnen und Schüler nicht weiter. Wir müssen gemeinsam nach vorne schauen und weiterhin mit allen Kräften daran arbeiten, diese gigantische Aufgabe zu lösen.

Das ist, meine Damen und Herren in diesem Hohen Haus, unser aller Pflicht. Es geht hier um nicht weniger als um die Zukunft unserer Kinder. - Ich darf mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hölzing das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream und auf der Tribüne! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich war am vergangenen Montag auf der Demo der Grundschuleltern hier vor dem Rathaus. An einer Wäscheleine hingen rote Karten, auf denen die Eltern ihre Verzweiflung, ihre Sorge, ihren Frust niedergeschrieben haben, weil sie keinen fußläufigen Grundschulplatz bekommen haben. Jede Karte steht auch für Ungläubigkeit der Eltern, dass ihnen und ihren Kindern so etwas in Köln passieren kann.

Vor wenigen Wochen hatten wir eine ganz ähnliche Situation - und auch eine Demo hier vor dem Rathaus - bei den Eltern und Kindern, deren Erst- und Zweitwünsche für weiterführende Schulen abgelehnt wurden.

Heute demonstrierten auf dem Theo-Burauen-Platz wieder Eltern, die jetzt in die dritte Runde müssen.

Wir alle hier stehen unter dem Eindruck dieser Protestaktionen. Eltern und Kinder sind besorgt, aufgewühlt, verunsichert und auch sauer. Wir sehen das, und wir verstehen das. Jedes Kind, das in den ersten Anmelderunden keinen Schulplatz bekommt und das weite Wege zur Schule auf sich nehmen muss, ist eines zu viel.

(Beifall)

Das lässt mich - und uns alle hier, hoffe ich jedenfalls - nicht kalt. Ich sage das auch als Mutter, die sehr genau weiß, was es heißt, wenn Kinder durch ein solches Verfahren geschleust werden und womöglich am Ende einen Schulplatz weit entfernt vom Wohnort zugewiesen bekommen. Das darf und das wird kein Normalzustand werden.

Familien mit Kindern bereichern unsere Stadt. Wir müssen ihnen Angebote machen. Denn sie leben gerne hier. Das ist auch unser Anspruch, und danach handeln wir.

Genau vor einem Jahr haben wir hier übrigens schon einmal über die Schulplatzvergabe gesprochen - damals aber noch unter ganz anderen Umständen als heute. Damals hatten wir fast 1.000 Kinder ohne Gesamtschulplatz, und es gab ein riesiges Durcheinander bei der Vergabe von Gymnasialplätzen.

Grund dafür waren die völlig verfehlte Schulbaupolitik der Vorjahre und ein Anmeldeverfahren, das die Lage von Eltern und Kindern unnötig verschlimmert hat.

Wir haben mit dem nun geänderten Anmeldeverfahren für die Schulen das Chaos der Vergangenheit beseitigt.

Aber das Problem, dass es zu wenige Schulplätze gibt, gerade an weiterführenden Schulen, ist leider noch nicht beseitigt. Warum? Zu oft haben die Schulen in der Vergangenheit bei Grundstücken und beim Neubau das Nachsehen gehabt. Köln ist munter weitergewachsen. Die nötigen Schulplätze hat die Stadt nicht mitwachsen lassen.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Und wir haben als Politik nicht genug Druck gemacht. So viel Ehrlichkeit muss sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Doch wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. 2024/25 kommen vier neue Gesamtschulen hinzu. Obendrauf gibt es zwei neue Gymnasien. Damit schaffen wir 675 Schulplätze. 2025/26 folgen vier weitere Gymnasien sowie zwei Gesamtschulen und damit, wenn alles gut klappt, 567 neue Schulplätze.

Die SPD wird nachher natürlich wieder das längst entkräftete Argument vortragen, mit der Umwandlung der Kurt-Tucholsky-Hauptschule in eine Gesamtschule wäre es ja alles viel besser gewesen.

(Christian Joisten [SPD]: Wir hätten mehr Plätze!)

Wir wissen, dass diese Umwandlung nur wenige Gesamtschulplätze gebracht hätte, und das auf Kosten wegfallender anderer Plätze für die Sekundarstufe I - ganz abgesehen davon, dass die räumlichen Bedingungen der Hauptschule für eine Gesamtschule die denkbar schlechtesten Voraussetzungen geboten hätten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir finden, dass man lieber eine gut funktionierende Hauptschule erhalten sollte, als daraus eine schlechte Gesamtschule zurechtzubiegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Kinder brauchen auch keine übers Knie gebrochene Notlösung, sondern gute, zukunftsfähige Schulen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das sind wir den Eltern schuldig, und das bedeutet für uns verantwortungsvolle Schulpolitik.

Bei aller Aussicht auf Besserung in den nächsten Jahren: Das hilft den Kindern heute leider nicht. Sie brauchen jetzt einen Schulplatz.

(Christian Joisten [SPD]: Genau so ist es!)

Um sie besser zu unterstützen, brauchen wir dringend mehr Transparenz aus dem Schuldezernat und mehr Fingerspitzengefühl in der Kommunikation.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Eltern Hilfe anzubieten - heute stand es im *Kölner Stadt-Anzeiger* - und dann zu antworten, man bedaure die Situation, aber Emil könne ja jetzt lernen, mit dem ÖPNV zu fahren, lässt mich sprachlos zurück.

Uns als Politik stellen sich noch viele Fragen: Wie viele Kinder und Eltern sind denn betroffen? 100 oder 500? In welchen Stadtteilen ist das der Fall? Welche Konsequenz hat die Verwaltung daraus gezogen? - Das sollten wir heute alles klären.

Dass es auch Probleme mit den Grundschulen gibt, habe ich erst am 21. Januar 2023 im *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Hört! Hört!)

Dort wird das veröffentlicht, was eigentlich als Mitteilung in den Schulausschuss gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich komme von der Problembeschreibung zur Lösung. Was brauchen wir, damit den Eltern jetzt in akuter Not geholfen wird, vor allen Dingen bei den Grundschulen?

Erstens. Es muss schnell geprüft werden, wo noch zusätzliche Kapazitäten möglich sind - durch Anmietung von Räumen, durch Containeraufstellung.

Zweitens. Es müssen weitere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, zum Beispiel die Bildung von Mehrklassen.

Drittens. Die Eltern müssen umfassend über alle Transportmöglichkeiten informiert werden - ÖPNV, Schulbus und in besonderen, komplizierten Fällen auch Einzeltransportmöglichkeit.

Viertens. Der Planungsvorlauf für die Schaffung neuer Schulplätze muss schon bei den Vierjährigen, die in zwei Jahren auf die Grundschule gehen, beginnen. Daraus kann man dann viele Schlüsse für die nötige Verteilung von Schulplätzen im Kölner Stadtgebiet ziehen.

Wir als Politik tun, was wir können, um die Not der Familien zu lindern und um die Situation in den kommenden Jahren zu verbessern. Sobald die Kölner Schulplatzvergabe kein Thema mehr für eine aktuelle Stunde im Rat ist, wissen wir, dass wir erfolgreich waren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Eltern und insbesondere Familien der betroffenen Kinder, der aktuellen oder zukünftigen Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt! Bärbel Hölzing hat schon zutreffend gesagt, dass es niemanden hier kaltlässt, wenn unsere Kommune nicht in der Lage ist, allen Kindern den gewünschten Schulplatz an der gewünschten Schulform auch im gewünschten Stadtbezirk zuzuteilen. Das lässt wirklich keinen kalt. Unser Ziel muss es sein, dies zu ändern.

Hier sind viele Mütter und Väter, die sich dieses Schicksal genauso vorstellen oder genauso um den Platz gezittert haben. Deshalb können Sie uns abnehmen, dass wir das verstehen und dass sowohl die Verwaltung als auch die Politik es ändern möchten, damit wir, wie Bärbel Hölzing gesagt hat, zum Zeitpunkt X hier nicht mehr die Debatte über das Anmeldeverfahren führen oder über die Fehler in dem Anmeldeverfahren diskutieren müssen.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, und zwar erstens generell auf das aktuelle Anmeldeverfahren, sofern ich als Vorsitzender des Schulausschusses darüber informiert bin, kombiniert mit den Informationen, die ich der Lokalpresse heute oder gestern oder auch letzte Woche entnehmen durfte, und zweitens darauf, wie es denn mit der Schulplatzsituation aktuell und auch perspektivisch für die nächsten Jahre aussieht.

Denn ich darf hier vorwegschicken: Egal, was wir am Anmeldeverfahren ändern - mehr Plätze bekommen wir dadurch nicht. Vielleicht werden sie ein bisschen besser verteilt. Aber wir müssen zusätzliche Schulplätze schaffen.

An dieser Stelle darf ich auch den Schuldezernenten zitieren, der zu Recht im *Kölner Stadt-Anzeiger* gesagt hat: Wir haben in der Vergangenheit die Weichen falsch gestellt. - Ja. Das kann ich nur unterschreiben. Wenn am Ende noch Zeit ist, können wir gerne beleuchten, wer denn alles zu diesem „wir“ gehört und wann die Weichen falsch gestellt wurden. Ich glaube, dass wir heute noch Zeit haben werden, darüber zu sprechen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Schauen wir auf die aktuelle Situation. Bärbel Hölzing hat es zu Recht erwähnt. Angeblich ist es ein Drittel der Grundschulen, die zu viele Anmeldungen hatten und nicht alle Kinder aufnehmen können. Wie viele Kinder jetzt ihren Zweitwunsch erfüllt bekommen haben, wissen wir noch nicht. Wir sind noch mitten im Verfahren. Man sollte es abschließen. Dann kann man darüber sprechen.

Klar ist aber gerade für die Grundschule: „Kurze Beine, kurze Wege“ muss gelten. Da brauchen wir Transparenz und Klarheit. Für die Zukunft - eigentlich schon jetzt, aber auf jeden Fall für die Zukunft - muss klar sein: Jedes Kind in der Grundschule muss einen Platz um die Ecke erhalten.

Wie sieht es denn an den Gesamtschulen aus? 76,7 Prozent, also drei Viertel, derjenigen, die an eine Gesamtschule gehen wollten, haben dort einen Platz bekommen. Umgekehrt heißt das ja, dass 23,3 Prozent keinen Platz bekommen haben. Ich habe einmal nachgeguckt. 2007 haben wir mit 38 Prozent Ablehnungsquote begonnen; das ist schon durchaus respektabel. Nur im Jahr 2021/22 gab es eine ähnliche Ablehnungsquote wie jetzt, nämlich 23,5 Prozent. Das sind immer noch 700 Kinder und ist immer noch zu viel. Aber in der Tendenz wird die Lücke kleiner.

Jetzt ziehe ich das gerne einmal vor. Wenn die 423 Schulplätze an Gesamtschulen nächstes Jahr an den Start gehen, werden wir - zu diesem Versprechen lasse ich mich hier hinreißen - die Gesamtschullücke im nächsten Jahr um mindestens 50 Prozent reduziert haben, also mindestens halbiert haben. Daran müssen sich diese Oberbürgermeisterin, dieser Schuldezernent, dieser Rat und auch diese Ratsmehrheit messen lassen. Da gibt es kein Zurück und kein Wackeln. Das muss nächstes Jahr geschehen sein. Aus 700 müssen 300 oder weniger fehlende Gesamtschulplätze werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das passiert ja nicht von heute auf morgen. Wenn wir es heute beschließen, sind die Schulen nicht morgen da. Aber die Wende im Schulbau ist 2016 eingeleitet worden.

Wer hat denn davor die Verantwortung getragen und die Wende nicht eingeleitet? Dazu werden wir ja gleich noch schlaue Beiträge hören.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Wir haben bis Ende 2025 nachweislich 500 neue Gesamtschulplätze geschaffen. Auch in dem Zeitraum von 2015 bis 2020 haben wir - weniger, aber immerhin - zusätzliche Gesamtschulplätze auf den Weg gebracht.

Eines darf ich hier auch sagen - ich habe das noch einmal nachgelesen -: Frau Reker, Sie und das Bündnis sind 2015 mit elf Gesamtschulen gestartet. Zum Ende dieser Legislaturperiode werden wir 15 respektive 17 Gesamtschulen haben, und auch durch das zweite GU-/TU-Programm stehen weitere 17 bis 20 Züge und 500 Plätze für Gesamtschulen bis 2027 perspektivisch auf dem Schirm.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Nun können Sie alle sagen, dass Sie mir das nicht glauben, weil Sie das ja jedes Jahr hören. Nächstes Jahr wird abgerechnet. Dann sind diese 400 Plätze da und die Lücke halbiert.

Ich habe jetzt sehr lange über die Gesamtschulplätze geredet. Das ist aber auch symptomatisch für die Problematik.

Für die anderen weiterführenden Schulen habe ich mir die Zahlen auch noch einmal angeguckt. 91,2 Prozent der Kinder, die auf die Hauptschule, auf die Realschule oder auf das Gymnasium wollen, haben ihren Erstwunschplatz bekommen. Umgekehrt heißt das: 8,8 Prozent, 493 Kinder, 493 Einzelschicksale haben den Platz an dieser Wunschschule nicht bekommen.

Wir warten jetzt auf die Ergebnisse der Zweitwunschauswertung. Da wird sich diese Zahl natürlich reduziert haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann?

Dr. Helge Schlieben (CDU): Ja, immer. - Bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben, eine Zwischenfrage: Ist Ihnen bekannt, dass die Eltern beim Ausfüllen dieser Bögen ihren Erstwunsch taktisch angeben? Von „Wunschschule“ zu sprechen, wie es auch

unser Beigeordneter getan hat und wie Sie es gerade machen - Sie loben sich ja selber dafür, dass 91 Prozent den Platz an ihrer Wunschschule bekommen -, finde ich daher eine Spur neben der Realität. Eltern müssen Schulen wählen, bei denen sie Chancen haben, einen Platz zu bekommen. Von einer Wunschschule und von einem Erstwunsch kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Helge Schlieben (CDU): Herr Zimmermann, es ist der Erstwunsch, den die Eltern angeben konnten. Sie konnten auch einen Zweitwunsch angeben.

Lassen Sie mich als Letztes etwas zum Verfahren sagen. Über das Digitale haben wir gesprochen. Wir hatten die Debatte schon kurz im Schulausschuss. Je mehr ich darüber nachdenke, desto klarer wird mir: Wir werden vielleicht darüber reden müssen, dass wir nur noch eine Anmelderunde machen, bei der dann ein richtiger Erst-, Zweit- und, wenn es nach mir geht, Drittwunsch angegeben wird.

Ich glaube, dass wir mit diesem Verfahren früher und zielgerichteter sein werden als mit dem, was wir heute sehen. Jetzt ist aber keine Zeit mehr dazu, das auszuführen. Ich lade Sie gerne ein. Dann können wir ja überlegen, ob das ein mögliches Verfahren ist.

Wenn wir mehr Schulplätze haben - und das wird zumindest im Gesamtschulbereich und an zwei Gymnasien nächstes Jahr der Fall sein -, dürfte die Lücke oder die Anzahl der Kinder, die ihren Erstwunsch oder auch ihren Zweitwunsch nicht erfüllt bekommen, auch deutlich kleiner werden.

Ich habe jetzt zu lange geredet. Dafür halte ich mich für den Rest der Sitzung bis halb zehn heute Abend zurück. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Beim Thema Schulplatzvergabe ist man mal wieder versucht, zu sagen: Und jährlich grüßt das Murmeltier.

In dem Film, der für diesen Vergleich herhalten muss, versucht der Wettermann Phil Connors in den Wiederholungsschleifen, sein Leben besser zu machen. Es wäre schön, wenn man dies auch vom Bündnis aus CDU, Grünen und Volt behaupten könnte.

(Beifall bei der SPD)

Die Lage ist seit Jahren allen bekannt. Die Kinder und Eltern können die Plakate und Schilder bei den Demonstrationen ohne Weiteres jährlich wiederverwenden.

Das Anmeldeverfahren kann in der Tat vom Land verändert und muss auf kommunaler Ebene modifiziert werden. Dazu sind auch wir bereit. So ist dringend anzuraten, dass es beispielsweise, wie Herr Dr. Schlieben schon sagte, nur noch einmal den Anmeldewunsch gibt.

Der Grund des kritikwürdigen Anmeldeverfahrens muss Ihnen aber anscheinend immer wieder deutlich vor Augen geführt werden. Solange es nicht genügend Schulplätze gibt, können Sie es wenden, wie Sie wollen - das Anmeldeverfahren wird immer Kinder zurücklassen. Es fehlen einfach Schulplätze. Dies hat etwas mit Prioritätensetzung und politischem Willen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Blicken wir also für die letzten zweieinhalb Jahre - als Halbzeitbilanz der Wahlperiode - darauf zurück, wie die politisch Verantwortlichen mit diesem Thema in unserer Stadt umgegangen sind.

Die Situation an den Kölner Gymnasien, Real- und Gesamtschulen mit Tausenden von abgelehnten Kindern in den letzten Jahren ist gleichbleibend erschütternd.

Nun erreicht das Desaster der Abgelehnten auch die Grundschulkinder. Das eigentlich selbstverständliche Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt hier nicht mehr.

Damit ist Köln im Bereich der Schulplätze das traurige Schlusslicht im ganzen Land. Sie sind im achten Jahr im Bündnis. Ohne große mathematische Kenntnisse ist klar: Die Kinder, die heute

keinen gewünschten Grundschulplatz erhalten werden, sind erst zwei Jahre, nachdem Sie bereits politische Verantwortung trugen, geboren worden.

(Beifall bei der SPD)

Der CDU-Köln-Slogan, der mir immer besser gefällt, „Wir #verantworten Köln“ und Ihre Selbstzufriedenheit, mit der Sie vom Bündnis hier gerade wieder vorgetragen haben, bei dieser Thematik sind zynisch und entlarvend zugleich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

Wir haben als Opposition ab der ersten Schulausschusssitzung auf das Problem hingewiesen und uns damit nicht abfinden wollen. Die Liste unserer Vorschläge umfasst in Schriftgröße 12 Punkt vier volle Seiten. Sie haben alles, wirklich alles ignoriert. Nur ganz wenige Beispiele:

- Bildungscampus in Mülheim am Hölderlin-Gymnasium
- Standort Gesamtschule Lindenthal im direkten Umfeld ausbauen
- Umbau RWE-Gebäude an der Dürener Straße zu einer Schule
- Planung einer weiterführenden Schule auf dem Max-Becker-Gelände
- Konzept für einen Schulbau auf Stelzen auf der Vogelsanger Straße
- Erbanmietung des Geländes zwischen BK Ehrenfeld und Kreuzgasse
- Modulbau an der Bitterstraße für die Grundschule in Worringen, unter anderem zur Vermeidung von jahrelangen Bustransfers für Grundschüler

Wir hören hier von der grünen Vertreterin, dass sie möchte, dass Individualverkehr für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt wird. Diese grüne Widersprüchlichkeit ist wirklich nicht mehr zu überbieten - alles weggewischt.

(Beifall bei der SPD)

Die Krönung haben Sie sich aber vor ein paar Monaten geleistet. Ich verstehe das schlechte Gewissen. Ihre aktive Verhinderung, dass eine Gesamtschule in Neubrück mit 108 Plätzen auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und des Schuldezernenten an den Start gehen konnte, ist weiterhin skandalös.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Sie meinen, das seien nur wenige Plätze. Für uns sind es 108 Kinder. 108 Familien weniger hätten die Sorgen und Ängste beim jetzigen Anmeldeverfahren gehabt. 108 Kinder hätten nämlich einen Schulplatz.

Ihre Politik hat inzwischen dramatische Dimensionen erreicht. Junge Familien verlassen mittlerweile entnervt Köln. Unter anderem auf der Demo ist das deutlich geworden. Frau Hölzing hat ja gesagt, sie sei da gewesen. Dann weiß sie, dass das so artikuliert wurde.

Kita-Plätze, Schwimmkurse, Sporthallen, Grundschulplätze, Plätze an weiterführenden Schulen: Keine dieser elementaren Voraussetzungen ist in Ihrer Verantwortung in dieser Stadt noch sicher.

(Beifall bei der SPD)

Unternehmensvertreter berichten, dass sie ihren neuen Mitarbeiter*innen empfehlen, in Nachbarkommunen zu ziehen, da hier die Versorgung ihrer Kinder nicht garantiert ist.

Wachen Sie endlich auf. Setzen Sie endlich die richtigen Prioritäten - weniger inhaltlose Symbolpolitik, sondern konkretes Handeln. Nachher haben wir eine weitere Chance auf eine Verbesserung der Situation, nämlich in Nippes. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich hier verhalten.

Wissen Sie eigentlich, wie der Wettermann Phil Connors im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ seine Endlosschleife erträglicher machte und später sein Leben fortsetzen konnte? Er suchte unkonventionelle und außergewöhnliche Möglichkeiten, sich aus der Situation zu befreien. Es gab für ihn als geläuterten Menschen ein Happy End. Bei Ihnen ist allerdings, wenn Sie so weitermachen, leider das Gegenteil zu befürchten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ganze Dramatik der diesjährigen Anmeldungen von Kindern an weiterführenden Schulen und an Grundschulen wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern deutlich beschrieben. Wenn Kinder mit fünf Jahren einen Schulweg von sieben Kilometern bewältigen müssen und möglicherweise 50 Minuten mit Bus und Bahn fahren müssen, zeigt sich deutlich ein Versagen der öffentlichen Hand.

Da dies in der Stadt Köln geschieht, fragen sich die Bürgerinnen und Bürger Kölns zu Recht: Was tun eigentlich Rat und Verwaltung?

Zunächst gilt festzuhalten: Die Ursache der Misere ist der Schulbaunotstand und nicht das Anmeldeverfahren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Das Anmeldeverfahren gibt es in dieser Form seit Jahren. Es wird aber vor dem Hintergrund des Schulbaunotstands zunehmend antiquierter und muss dringend verändert werden; das ist richtig.

Schon 2016 hatte die damalige Bildungsdezernentin Agnes Klein den Schulbaunotstand ausgerufen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber erreicht hat sie nichts!)

Mittlerweile - - Ja, es ist seitdem etwas passiert; das kann man einräumen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Ja, seitdem!)

Aber ganz offensichtlich wird das - das sehen wir - der Situation noch nicht gerecht. Im letzten Jahr hatten wir 1.000 fehlende Gesamtschulplätze. Dieses Jahr haben wir 700. Das geht bei den Gesamtschulen immer in Wellenbewegungen. Im Jahr davor waren es auch 695 und davor wiederum 1.000. Das heißt: Das ist dieses Jahr vielleicht nur die Talsohle, und nächstes Jahr melden wieder mehr Eltern ihre Kinder dort an.

Schulbau, Schulbau, Schulbau - diese Pflichtaufgabe für die Jugend müsste eigentlich die gesamte Verwaltung als Ganzes durchdringen. Der Baudezernent und der Schuldezernent haben in den vergangenen Jahren etwas erreicht; das ist richtig.

Aber warum - diese Frage stellt sich zum Beispiel - hat die Stadt Köln so einen immensen Mangel an Flächen für den Schulbau? Sie bedienen im Moment die Interessen großer Investoren und Investorinnen, die eine Fläche mitbringen und so ein gutes Geschäft mit dem Bau einer Schule und ihrem Betrieb machen. Das ist eine Baustrategie, die auf dem Flächenmangel beruht. Da fragt man sich: Warum gehen Sie den Flächenmangel nicht direkt an?

Wir haben es vor zwei oder drei Jahren endlich geschafft, dass ernsthaft über das Erbbaurecht gesprochen wird.

Aber viel zu spät verabschiedet sich die Stadt von dem Gedanken - davon hat sie sich auch noch nicht ganz verabschiedet -, Flächen möglichst schnell wieder loszuschlagen. Wir haben heute ja die Fläche in Köln-Kalk auf der Tagesordnung gehabt, die jetzt erst einmal heruntergenommen wurde.

Seit Jahren gibt es also keine übergreifende Flächenstrategie der Stadt. Die Elterninitiative „Die Abgelehnten“ hat deshalb auch aus guten Gründen recht, Frau Reker. Machen Sie das bitte zur Chefsache. Kümmern Sie sich darum, dass der Schulbaunotstand und die Probleme bei den Anmeldungen beseitigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Schulbaunotstand, der bei den Gesamtschulen im Grunde seit 15 Jahren existiert, hat dann auch die Gymnasien erfasst, und zwar ganz massiv. Jetzt schlägt tragischerweise auch auf die Grundschulen voll durch.

Deshalb müssen schnellstens Maßnahmen ergriffen werden, und zwar von Rat und Verwaltung. Da ist nicht nur die Verwaltung gefragt, die mit Sicherheit gute Vorschläge machen kann. Der Rat muss jetzt auch Gelder bewilligen, damit zum Beispiel Container bzw. Modulbauten aufgestellt werden können und Räume in der Nähe von Schulen angemietet werden können. Außerdem muss die Schulverwaltung in den Stand versetzt werden, mit der Bezirksregierung über die Schaffung von Lehrer- und Lehrerinnenstellen an diesen Schulen zu sprechen.

Bei den Gesamtschulen soll die Lücke im nächsten Jahr halbiert sein. Ich hoffe es. Allerdings wissen wir genau, welche Folgen es in Fällen gab, in denen gut funktionierende Gesamtschulen von

der Stadt geschaffen wurden. Nehmen wir den Stadtbezirk Ehrenfeld. Dort führte die Eröffnung von sehr guten Gesamtschulen dazu, dass die Zahl der Anmeldungen noch weiter in die Höhe ging. Im Stadtbezirk Ehrenfeld verdoppelte sich vor einigen Jahren die Zahl der angemeldeten Kinder nahezu.

Deshalb sollten wir im Schulausschuss und dann vielleicht auch im Rat einmal diskutieren, ob es nicht eine Mindestzahl von Gesamtschulen pro Stadtbezirk geben muss. Das könnten drei Gesamtschulen pro Stadtbezirk sein.

Ich komme zum Schluss. Aus der heutigen aktuellen Stunde heraus müssten wir jetzt Verabredungen über Notmaßnahmen treffen und uns darüber klar werden, wie wir mit der Baustrategie und mit der Bekämpfung des Schulbaunotstandes weitermachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Eltern und Gäste auf der Tribüne! Lieber Emil! Ich bin arg verwundert. Zwar danke ich den Kollegen dafür, dass sie auf Initiative der FDP hier eine aktuelle Stunde mit uns durchführen. Aber warum Sie das Thema, nämlich das Anmeldeverfahren, das hier komplett schiefgelaufen ist, alle ein bisschen aussparen, ist mir wirklich ein Rätsel.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich versuche es einmal mit einer kleinen Geschichte, die sich in diesem Jahr so abgespielt haben könnte und vermutlich bei einigen auch so abgespielt hat.

Der fiktive Held meiner Geschichte heißt Jonas. Jonas wohnt mit seiner Familie in unmittelbarer Nachbarschaft einer Gesamtschule. In Klammern: Ja, auch die FDP hat kein Problem mit Gesamtschulen.

(Oliver Seeck [SPD]: Echt?)

Weil auch viele seiner Freunde dorthin wollen, meldet er sich mit seinem Anmeldeschein direkt am 20. Januar dieses Jahres dort an.

Jetzt heißt es erst einmal zittern; denn die ersehnte Antwort kommt erst am 3. Februar. Leider liegt dieser der Anmeldeschein wieder bei; denn es handelt sich um eine Absage.

Jonas hat glücklicherweise eine gymnasiale Empfehlung, weshalb seine Eltern und er direkt am 6. Februar mit dem dann startenden Verfahren für alle anderen weiterführenden Schulen zum Gymnasium X gehen. Sie melden Jonas an und nennen das Gymnasium Y als Zweitwunsch. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hatte die Berücksichtigung des Zweitwunsches ausdrücklich gewollt.

Durch Karneval, was in Köln immer ganz überraschend kommt, erkrankte Briefzusteller und vor allem dadurch, dass die Schulen die Benachrichtigungen alle unterschiedlich versenden, obwohl es anders geplant war, erfahren Jonas und seine Eltern nach dem 24. Februar, dass es auch mit dem gewünschten Gymnasium nichts geworden ist, während viele Freunde von Jonas schon seit einer Woche wissen, an welche Schule sie nach den Sommerferien wechseln.

Der Absage liegt nicht nur der bekannte Anmeldeschein bei, sondern auch eine Liste mit Schulen, die noch freie Kapazitäten haben. Die Familie von Jonas wundert sich jetzt nicht, dass die Anzahl der freien Plätze nicht angegeben ist. Man könnte sich darüber wundern. Aber sie tut es nicht, ist sie doch erleichtert, dass die Zweitwunschschule darunter ist. Insofern wähnt man sich im siebten Himmel.

Wie groß die Verwunderung ist, dass man am 6. März erneut ins Anmeldeverfahren muss, kann hier sicher jeder nachvollziehen.

Liebe Verwaltung, das war nicht die Idee von einer Zweitwunschanmeldung.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich erinnere daran, dass wir es früher doch schon einmal geschafft hatten, dass die Kinder direkt an die Zweitwunschschule weitergereicht wurden.

Dass Anfragen von Eltern an die Verwaltung diesbezüglich auch noch ins Leere gehen, überrascht da nicht mehr.

Nach der Anmeldung von Jonas an der Zweitwunschschule ist man kurzzeitig etwas abgelenkt, da die Familie gerade erfahren hat, dass Jonas' kleine Schwester Nina den Platz an der nahe gelegenen Grundschule nicht bekommen hat und zukünftig vermutlich mit dem Auto in eine 30 Minuten entfernte Schule gebracht werden muss. Der Vater überlegt, ob er in Teilzeit geht, um die Zeit zu haben, das jüngste Kind zukünftig zu fahren und aktuell weiterhin am Anmeldeverfahren der weiterführenden Schulen teilnehmen zu können.

Inzwischen trudeln die Bescheide für die zweite Anmeldephase an den weiterführenden Schulen auch bei vereinzelten Familien ein. Denn auch hier wurde die Verschickung nicht zentral organisiert, sondern jede Schule macht das ein bisschen so, wie sie will.

Jonas' Zweitwunschschule hält sich leider an die vorgegebenen Fristen und versendet die Bescheide erst am 17. März. Jonas und seine Familie erfahren am 20. März, also vor drei Tagen, dass es schon wieder nicht funktioniert hat.

Wie die Geschichte nun weitergeht, kann ich Ihnen nicht sagen; denn das Verfahren geht ja noch weiter.

Ich will aber noch einmal zusammenfassen: Seit dem 20. Januar haben Jonas' Eltern ihn dreimal angemeldet und dreimal eine Absage erhalten. Nach exakt drei Monaten wissen sie immer noch nicht, an welche Schule Jonas zukünftig gehen wird. Muss er auch gebracht werden, weil der Weg zu weit ist? Ist das mit einem zeitlich reduzierten Job zu schaffen, wenn Jonas vielleicht räumlich genau entgegengesetzt zu seiner Schwester Nina eine Schule besuchen wird?

Sehr geehrte Damen und Herren, trotz Schulplatznot - und an der ist auch mit enormer Bautätigkeit so schnell nichts zu beschönigen - kann ein Anmeldeverfahren auch würdig und zugewandt sein. Vielleicht muss es sogar wegen der Schulplatznot besonders zugewandt sein.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Das aktuelle Verfahren, welches im November 2022 gegen unsere Stimmen, also gegen die Stimmen der FDP, von allen anderen hier beschlossen wurde und dann auch noch mit Fehlern durchgeführt wurde - sei es, dass es auf einmal „First Come, First Served" hieß; sei es, dass der Zweitwunsch nicht berücksichtigt wurde bzw. wird; sei es, dass Eltern salbungsvolle Massen-E-Mails bekommen, aber keine wirkliche Unterstützung -, ist weder zugewandt noch würdig.

Leider kann man das Rennen zu einem solchen späten Zeitpunkt nicht mehr gewinnen. Man kann aber wenigstens versuchen, jetzt so schnell und so gut wie möglich ins Ziel zu kommen.

Dazu gehört, dass die Verwaltung, wie schon im ASW - für die Nichtkenner: im Schulausschuss - gefordert, aktiv auf die erneut abgelehnten Schülerinnen und Schüler zugeht und dafür Sorge trägt, dass für jedes Kind ein angemessener Platz gefunden wird.

Zurzeit bekommen die Kinder eine freundliche Mail, in der steht, dass es nicht an ihnen liegt, sondern nur Pech ist - und die Eltern können anrufen. Leider machen das viele vergebens.

Ein Schulplatz ist keine Holschuld der Familien, sondern eine Bringschuld der Stadt.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Hierfür sind jetzt alle Register zu ziehen - angefangen bei der Frequenzerhöhung in den besonders gefragten Schulen bis hin zu mehr Klassen.

Nein, man kann nicht stolz darauf sein, dass man keine Mehrklassen bildet, solange noch Kinder auf der Straße sitzen und keinen Schulplatz haben. Und eine Zügigkeitserweiterung ist am Anfang erst einmal das Gleiche, Herr Voigtsberger.

Das Ministerium muss auch hier gebeten werden, dass es vielleicht mal wieder ein Auge für Köln zudrückt, weil wir es vorher nicht geschafft haben, richtig zu rechnen.

Weiterhin brauchen wir diese Lösung auch für Grundschulen.

Hier sollten wir vor allem dafür Sorge tragen, dass sauber verteilt wird. Es kann nicht sein, dass Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren quer durch die Stadt pendeln. Aus pädagogischen, gesundheitlichen und ökologischen Gründen versuchen

viele Grundschulen, die berühmten Elterntaxis abzuschaffen, während wir mit der Schulplatzvergabe diese sogar befördern. Das kann nicht unser Ernst sein.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Sehr geehrte Damen und Herren, gerne würde ich sagen: Das muss besser werden. - Aber wenn etwas von so weit unten kommt, reicht „besser werden“ wirklich nicht aus. Wir brauchen neben den Schulplätzen ein Anmeldeverfahren, das den Namen „Verfahren“ verdient und in unsere Zeit passt.

Wir müssen den Prozess hier endlich digitalisieren. Entschuldigen Sie, Herr Voigtsberger. Auch wenn Eltern mit dem Anmeldeschein persönlich zur Schule müssen, gilt für den Prozess des Eintragens, des Verteilens und vor allen Dingen des transparenten Auslosens: Das kann man alles digitalisieren und unglaublich beschleunigen, egal was das Schulgesetz an der Stelle sagt.

Wir sollten alle Anmeldungen an weiterführenden Schulen zusammenfassen. Wir müssen einen Prozess haben, der sicherstellt, dass Kinder zwar vielleicht nicht an die Wunschschule kommen - davon sind wir wirklich noch weit entfernt; dazu ist heute alles gesagt worden -, aber dass das Verfahren zumindest in kürzester Zeit abgeschlossen werden kann. Denn lieber ein Ende mit hoffentlich kleinem Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Ich hatte eine Rede vorbereitet, die ich jetzt nicht halten werde. Denn ich muss sagen: Ich bin baff. Ich bin baff, und ich schäme mich in dieser aktuellen Stunde, ehrlich gesagt, dass ich Teil dieses Rates bin. Was Sie sich eben geleistet haben, ist ein absolutes Unding. Sie tragen hier persönliche Fehden aus und keifen sich an wie Kinder.

Die Eltern sitzen oben auf der Tribüne und wissen, glaube ich, gar nicht, was hier passiert.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das wissen sie wahrscheinlich schon!)

Wir wissen doch alle, wo die Probleme liegen. Insofern müssen wir alle hier gemeinsam an einem Strang ziehen - anstatt sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben und zu sagen, wer in den letzten drei Jahren oder in den letzten drei Jahrzehnten die Schuld hatte.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Letztendlich sind wir alle daran beteiligt - die Verwaltung, die Politik, Volt, die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP. Wir alle sind dafür verantwortlich, wie es in dieser Stadt zu laufen hat. Und wenn es darum geht, wie es mit der Schulplatzvergabe läuft, haben wir am Ende des Tages alle versagt. Dieses Verfahren hat nicht funktioniert.

Wir haben zu wenige Plätze. Zwar geht es voran. Aber letztendlich sollten wir so eine aktuelle Stunde doch nutzen, um hier konstruktive Lösungsvorschläge zu machen, und nicht, um sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben. - Danke schön.

(Beifall bei Volt - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrtes Publikum auf der Tribüne und am Livestream! Das Schulanmeldeverfahren beschäftigt uns heute nicht zum ersten Mal; vermutlich wird es aber auch nicht das letzte Mal sein. Vor ungefähr einem Jahr standen wir schon einmal einer aktuellen Stunde des Ratsbündnisses gegenüber, die damals die Schulplatz-Tombola, also das Schulanmeldeverfahren an Kölner Schulen, zum Thema hatte. Dieses Mal ist es fast identisch. Herr Seeck hat es ja gesagt. Es erinnert ein bisschen an den besagten Film.

Da ist der Begriff „aktuelle Stunde“ eigentlich falsch. Wir hätten damals schon einen wichtigen Beschluss fassen müssen. Das wurde, meine Kollegen und Kolleginnen, von Ihnen versäumt. Deswegen sehen wir uns mit dem Thema heute erneut konfrontiert.

Ich könnte eigentlich auch meinen Redebeitrag aus dem letzten Jahr wiederholen, beginne aber einmal mit etwas Gutem, nämlich einem Zitat aus „Faust“:

> Die Botschaft hör ich wohl,
> allein mir fehlt der Glaube.

Wir haben im vergangenen Jahr schon gefordert, dass wir zeitnah Lösungen brauchen, die dieses Problem lösen, und zwar zum Schuljahr 2022/23. Das wurde von Ihnen ganz mutig abgelehnt. Für Sie war die Situation nicht so schlimm. Sie haben damals die Notwendigkeit nicht formuliert und gedacht, dass vielleicht alles gut wird. Auch Sie, Herr Seeck, haben das gedacht.

Ein Jahr später, also heute, hat sich die Situation natürlich verschärft. Die aktuelle Stunde aus dem letzten Jahr war offensichtlich ergebnislos.

(Beifall bei der AfD)

Was ich schon damals angesprochen habe, sollte spätestens jetzt eine Umsetzung erfolgen. Wir müssen dringend kurzfristige, aber auch langfristige Lösungen erarbeiten und zeitnah umsetzen. Wir müssen dringend Arbeitsaufträge ganz klar formulieren und genau adressieren.

Sie, geschätzte Ratskollegen, sind jetzt aber auch in Erklärungsnot dahin gehend, das Problem offensichtlich erst zu erkennen, wenn es schon viel zu spät ist.

Wir sind der Meinung, dass eine reine Digitalisierung, wie Frau Ruffen sie angesprochen hat, da auch nicht unbedingt helfen wird. An dieser Stelle verweise ich auf das Portal LITTLE BIRD mit, um es freundlich zu sagen, erheblichem Verbesserungsbedarf.

Ich zitiere aus Ihrem - ich bin einmal ganz mutig und nenne es so - Antrag: Wir sollen uns

> über das diesjährige und zukünftig weiter zu verbessernde Anmelde- und Verteilungsverfahren für Grund- und weiterführende Schulen austauschen und diskutieren, welche Konsequenzen zu ziehen sind, aber vor allem, wie man die betroffenen Familien für das kommende Schuljahr noch unterstützen kann.

Das können Sie doch nicht ernst meinen. Dass sich die Eltern, die wieder wie im letzten Jahr zitternd zum Briefkasten gehen müssen und für die es ein riesiger Aufwand werden wird, ihr Kind im schlimmsten Fall quer durch die Stadt zur Schule zu fahren, damit abfinden sollen, dass wir heute darüber nur diskutieren, ist beschämend - beschämend für den Stadtrat und beschämend für jeden, der Kinder hat und im schlimmsten Fall vor genau dieser Situation stehen wird.

Ja, Sie können jetzt auch sagen: Liebe AfD-Fraktion, hätten Sie mal einen Antrag mit einem Arbeitsauftrag gestellt. - Aber wir haben im letzten Jahr, als wir das gemacht haben, festgestellt: Das war für Sie nur ein Tagesordnungspunkt, der, nachdem darüber gesprochen worden war, einfach so abgehakt wurde, als ob nichts gewesen wäre.

Zweifellos muss man aber noch einige Dinge ansprechen. Die Stadtverwaltung hat ihren Kompass verloren. Wir werden hier später zum Beispiel ein ausführliches Gutachten beschließen, das sich auf viele Bereiche der Entwicklung unserer Stadt auswirken wird. Allein diese Verwaltungsleistung hätten wir doch schon in dieses Anmelde- und Verteilungsverfahren stecken sollen.

Wir setzen ganz offensichtlich sowohl als Stadtrat als auch als Verwaltung die falschen Prioritäten.

(Beifall bei der AfD)

Ganz hoch im Kurs stehen Gender und Klima. Alles andere scheint in der Prioritätenliste erst weit dahinter zu kommen.

Die Verwaltung kommt ganz offensichtlich einigen ihrer ureigenen Aufgaben nicht nach - angefangen bei der Beantragung von Ausweisdokumenten. Die Menschen stehen Schlange vor den Bürgerämtern und schütteln den Kopf. Das kann doch nicht sein. Und das ist es noch nicht gewesen.

Das vorliegende Thema ist also ein Paradebeispiel von sowohl falscher Prioritätensetzung als auch - und das ist noch viel wichtiger - politischem Unwillen. Wo ist denn jetzt das Gestaltungsbündnis?

Im letzten Jahr - ich habe es schon gesagt - hätten Sie einen Antrag meiner Fraktion beschließen können. Wir hätten das Thema Schulplatzmangel oder Schulplatz-Tombola viel früher und viel intensiver bearbeiten können. Das haben Sie versäumt, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen aber nach der heutigen Debatte versichern, dass wir mit Nachdruck in der nächsten Sitzung des Schulausschusses Ende April und in der Sitzung des Rates genau dies zum Thema machen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleg*innen! Liebe Frau Reker! Liebe Gäste! In der Tat hatten wir vor etwa einem Jahr, am 5. Mai 2022, schon einmal eine aktuelle Stunde. „Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!“ war der Titel dieser aktuellen Stunde, vor die das Verwaltungsbündnis gestellt worden ist. Mir ist nicht viel von der Debatte damals in Erinnerung. Allerdings kann ich mich an die Worte „Köln hasst Kinder“ meiner Kollegin Dickas, die für uns gesprochen hat, erinnern.

Ich fand das damals ein bisschen heftig. In der Zwischenzeit hat es sich aber bestätigt. Frau Dickas ist selbst mehrfache Mutter und inzwischen auch mehrfache Großmutter. Sie weiß also, wovon sie redet.

Kindheit in Köln bedeutet heute lange Schulwege mit der KVB oder dem elterlichen Auto und eine Schulzeit in Modulbauten, Provisorien oder Interims. Tatsächlich gibt es junge Kölner*innen, die ihre gesamte Schulzeit in solchen Gebäuden verbracht haben.

Dabei hatten sie wahrscheinlich noch das Glück, einen Platz an ihrer Wunschschule zu bekommen. Das ist heute nicht mehr so.

Waren früher das Fächerangebot oder die Zeugnisnoten entscheidend für die Wahl der weiterführenden Schule, so ist es heute die Frage, ob die Stadt Köln rechtzeitig einen leistungsfähigen Investor findet, der auf seinem Grundstück ein Schulgebäude errichtet - manchmal auf einem Grundstück, das er gerade erst von der Stadt gekauft hat.

Oder es hängt davon ab, ob die Gebäudewirtschaft oder die Schulbau-GmbH qualifiziertes Personal akquirieren kann. Denn Fachkräfte sind Mangelware - was vielleicht auch daran liegt, dass eine Stadt wie Köln, die viertgrößte Stadt Deutschlands, es seit Jahren nicht schafft, ein verlässliches und ausreichendes Schulangebot bereitzustellen, in dem ebenjene Fachkräfte hätten zur Schule gehen können. Das ist mehr als peinlich.

Unser Ratsinformationssystem ist voll von klugen Anträgen zum Schulbau und zur Schulentwicklung und von nachdrücklichen Aufforderungen an die Verwaltung, jetzt endlich Performance auf die Strecke zu kriegen und die Umsetzung zu beschleunigen.

Dennoch gerät die Stadt in jedem Winter in Panik, noch mehr Klassenzüge in die überfüllten Schulen zu quetschen und die Schulhöfe mit weiteren Behelfsbauten zuzustellen.

Die Probleme bei der Bereitstellung von Schulplätzen reihen sich in einen Komplex von Versäumnissen, Desinteressen und Unterfinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Während sich die Stadtspitze lieber beim Vergraben von Glasfaserkabeln und Bereitstellen von Millionen für kulturelle Prestigeprojekte fotografieren lässt, werden öffentliche Gebäude, Krankenhäuser und Verkehrsinfrastruktur sowie deren Ausbau vernachlässigt.

So wichtig der Glasfaserbau ist: Die Standortentscheidung für Start-ups, Gaming, Biotech-Unternehmen und Kölsch-Brauereien hängt auch von solchen vermeintlich selbstverständlichen Dingen wie dem Angebot an Schulplätzen ab. Sonst wandern diese Unternehmen alle nach Hürth ab, wo das anscheinend besser klappt.

Wir von der Fraktion Die FRAKTION halten diese Entwicklung für besorgniserregend und fordern Sie auf, Frau Oberbürgermeisterin Reker, endlich aktiv zu werden. Machen Sie Schulanmeldungen und Schulbau zur Chefinnensache, was bei der Oper ja auch einiges gebracht hat. Unsere Schülerinnen und Schüler sollten Ihnen das wert sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort?

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE] schüttelt den Kopf)

Dann spricht jetzt Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Sehr geehrte Besucher*innen und Zuschauer*innen am Livestream! Ich bin 1986 mit meiner Schullaufbahn fertig geworden. Damals hatte ich gehofft, mich nie wieder mit diesem Thema beschäftigen zu müssen. Ich war kein guter Schüler, habe aber immerhin ein Baden-Württemberg-Abitur -

(Zurufe: Oh! - Weitere Zurufe)

und das gilt, glaube ich, bis heute etwas. Dann bin ich hier in den Rat gekommen.

Lieber Manuel Jeschka, das war gerade keine scharfe Debatte. Natürlich ist das Hin-und-her-Schieben von Verantwortung ein bisschen eigenartig. Aber das gehört nun einmal dazu. Man muss den Außenstehenden ja erklären, dass der Beigeordnete, der für Schule zuständig ist, von der SPD vorgeschlagen wurde - und die anderen eben nicht. Das muss man wissen. Damit erklärt sich das alles auch nach außen. Das ist aber ganz normal und nichts besonders Scharfes. Die Debatten, die früher über Gymnasium oder Gesamtschule geführt wurden, waren wesentlich ideologischer belastet als diese Diskussion heute.

Lieber Michael Hock, Köln hasst keine Kinder. Köln ist eine ausgezeichnete Kinderfreundliche Kommune - mit Brief und Siegel.

(Beifall bei der CDU)

Dazu kann man stehen, wie man will.

Zu den mangelnden Plätzen an den Grundschulen und an den Gesamtschulen wie auch an den Gymnasien: Wie ich gerade schon in meiner Zwischenfrage an Herrn Dr. Schlieben angerissen hatte - das ist mir noch einmal wichtig; deswegen wollte ich hier auch sprechen -, ist der Begriff „Wunschschule“ für mich bei dem derzeitigen Anmeldesystem vollkommen irreführend. Er suggeriert ein bisschen, dass die Eltern sich aussuchen könnten oder dürften oder wollten, auf welche Schule ihr Kind kommt.

Nun könnten andere entgegnen: Das ist kein Wunschkonzert. Man muss halt das nehmen, was man kriegt. - Aber genau so ist es auch. Man muss das nehmen, was man kriegt. Es ist eben ganz oft nicht die Wunschschule.

Zur Grundschule: Ich möchte kurz darlegen, dass das Problem eigentlich viel größer ist als nur die quantitative Anzahl von Plätzen, die wir an Grundschulen, an Gymnasien oder an Gesamtschulen haben. Bei der Grundschule haben wir auch heute noch - - Und ich bin inzwischen selbst zweimal Vater geworden - das eine Kind an der Grundschule, das andere am Gymnasium.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich kenne viele Eltern, wie wir alle. Viele Lehrer*innen kenne ich inzwischen auch, mehr als genug. Ich weiß also ebenfalls, wovon ich spreche.

An der Grundschule haben wir bis heute, im Jahr 2023, die meines Erachtens fragwürdige Aufteilung zwischen Bekenntnisschulen bzw. Konfessionsschulen oder katholischen Grundschulen und Gemeinschaftsgrundschulen. Meines Erachtens ist das ein Unding. Ich weiß aber, dass es eine Sache der Verfassung des Landes NRW ist und dass Eltern diese Schulen zwar entweihen können, dass sich aber kaum ein Elternteil traut, dies zu tun, weil das natürlich für viel Aufruhr sorgen würde. Schon da fängt aber die Entscheidung an, die Eltern treffen müssen: Melden sie ihr Kind mit Erstwunsch an der katholischen Grundschule oder an der Gemeinschaftsgrundschule an?

Da geht es natürlich auch um Wohnortnähe und weitere Dinge, die die Entscheidungen alle mit beeinflussen. Aber es kommt am Ende dazu, dass auf einer katholischen Grundschule manchmal die katholisch getauften Kinder in der Minderheit sind, dort aber, ich sage jetzt einmal etwas lapidar, Unterricht erleben oder auch eine Praxis erleben, der oder die auf die Religionszugehörigkeit eher keine Rücksicht nimmt. Da kriegen Kinder ein Aschekreuz auf die Stirn gedrückt, auch wenn sie muslimischen Glaubens sind. Das passiert dann schon mal.

Da fängt das ganze Problem schon an, dass diese Wahlfreiheit, die suggeriert wird, gar nicht besteht.

Ein Appell an die Eltern - das habe ich selbst schon erlebt -: Lassen Sie sich nicht spalten. Es gibt Eltern, die einen Platz an einer tollen Schule haben, und es gibt Eltern, die keinen Platz haben. Da sind wir beim Thema Zügigkeitserweiterung. Ich kenne Grundschulen, an denen sich die Eltern

und sogar das Direktorium gegen eine Zügigkeitserweiterung wehren, weil sie eine kleine, kuschelige Schule bleiben wollen.

Das ist natürlich äußerst unsolidarisch gegenüber den Eltern, die später noch kommen und diese Plätze dann eben nicht kriegen. Da muss man wirklich auch in die Schulen gehen und sagen: Wenn eine Zügigkeitserweiterung machbar ist oder angeboten wird, dann nehmt das um Himmels willen an, auch wenn eure Grundschule vielleicht nicht mehr zweizügig ist, sondern später drei-, vier- oder gar fünfzügig; aber diese Plätze brauchen wir.

Dann kommen die Kinder aus der Grundschule. Viele haben eine Gymnasialempfehlung in der Tasche. Das ist das nächste Problem. Viele Grundschüler bekommen eine Gymnasialempfehlung, weil es keine Plätze auf Gesamtschulen gibt. Das werden Ihnen viele Gymnasiallehrer bestätigen. Sie wundern sich, was für Kinder in die Klassen kommen, die sie nach der Orientierungsstufe wieder herausschicken müssen. Die Kinder empfinden das als Schmach. Die Eltern hatten Hoffnung, dass ihr Kind das Gymnasium bewältigt. Sie müssen dann feststellen, dass es auf dem Gymnasium vollkommen fehlplatziert war und eigentlich auf eine Gesamtschule gehört hätte oder dort eine bessere Chance gehabt hätte. Aber diese Plätze gibt es eben nicht. Es gibt sie auch in zwei oder drei Jahren noch nicht ausreichend, weil eigentlich viel mehr Kinder auf diese Schulform gehören, als Plätze gebaut werden.

Ein anderes Problem: Was geschieht mit den von mir gerade angesprochenen Rückläufern, die die Orientierungsstufe auf dem Gymnasium, wo sie erst einmal einen Platz ergattern konnten, weil sie keinen Gesamtschulplatz bekommen haben, nicht bestehen? Sie werden in der Regel nicht auf die Gesamtschule geschickt - denn da gibt es keine Plätze -, sondern landen dann auf der Realschule. Und auch dort muss man erst einmal einen Platz kriegen und finden, der dem Elternwillen und auch dem Willen der Schülerin oder des Schülers entspricht.

Das waren nur einige Dinge, die ich noch kurz anreißen wollte. Es kann also überhaupt nicht die Rede davon sein, dass wir nur die Zahl der Plätze hochskalieren müssen. Vielmehr müssen wir auch - auf Landesebene übrigens - für ein wesentlich gerechteres Bildungssystem sorgen. Und wir brauchen wirklich deutlich mehr Schulplätze, damit Eltern eine Wahlfreiheit haben. Da geht es nicht um Jux, sondern um Kindeswohl. Das sollte sich eine Kinderfreundliche Kommune in naher Zukunft ans Revers heften. - Danke schön.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können jetzt die aktuelle Stunde abschließen. Ich schlage Ihnen vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ich möchte eine alternative Vorgehensweise vorschlagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie wissen, wie die aktuelle Stunde abzuschließen ist?

Matthias Büschges (AfD): Genau; richtig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie kennen § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung?

Matthias Büschges (AfD): Frau Reker, den kenne ich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann stellen Sie Ihren Antrag. Ich habe ja offen gefragt.

Matthias Büschges (AfD): Genau. - In den zuständigen Fachausschuss für Schule und Weiterbildung Ende April dieses Jahres.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für den Antrag von Herrn Büschges, die Sache entsprechend zu überweisen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

Dann schlage ich noch einmal vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-

Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist sie an die Verwaltung überwiesen.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Behandlung in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung gemäß § 5 Absatz 10 c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Überweisung der Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung gemäß § 5 Absatz 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Änderungsantrag von RM Büschges.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung zweier Elfenbeinreliefs aus süddeutschem Privatbesitz an das Museum Schnütgen
0548/2023

Hier wird uns eine Schenkung angetragen. Es handelt sich um zwei Elfenbeinreliefs aus süddeutschem Privatbesitz, die sicherlich die Sammlung mittelalterlicher Elfenbeinskulpturen im Museum Schnütgen vervollständigen würden.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer der Annahme dieser Schenkung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Die FRAKTION und Herr Zimmermann. Enthält sich jemand? - Frau Gabriel und die AfD enthalten sich. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die großzügige Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung eines Elfenbeinreliefs „Tod Mariens“ und eines Perlmuttreliefs „Anbetung der Heiligen Drei Könige“ aus süddeutschem Privatbesitz an das Museum Schnütgen an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt für den Rat betreffend „Maßnahmenpaket für die Sanierung und den Neubau von Schulsporthallen“
AN/0406/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP
AN/0565/2023

Zunächst hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es war jahrelang in Köln üblich, dass die Schulverwaltung, also das Dezernat IV, die Gebäudewirtschaft beauftragt hat, wenn neue Schulen gebaut werden sollten oder Generalsanierungen anstanden. Dann hat die Gebäudewirtschaft gesagt: Wir sind ausgelastet; wir können keine Aufträge mehr annehmen. - Daraufhin hieß es: Ihr müsst aber; wir brauchen das alles, und zwar sofort. - Dieser Streit ging jahrelang so. Das war sehr unproduktiv.

Wir, die Grünen und die CDU, haben immer gesagt: Die Fachverwaltung muss jetzt einmal Prioritäten festlegen. Ihr müsst sagen, welche Schulen ihr denn wirklich am dringendsten und als erste braucht. Es kann nicht sein, dass die Gebäudewirtschaft sich aussucht, was zuerst gebaut wird.

Zum Ende der Dienstzeit von Frau Dr. Klein ist es endlich gelungen, dass ein Schulbaumaßnahmenpaket mit klaren Prioritäten vorgelegt wurde. Das war die Grundlage dafür, dass heute der Schulbau enorm Fahrt aufnehmen konnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Nach den Kriterien, die damals festgelegt worden sind, hatte erste Priorität, dass neue Schulplätze geschaffen werden müssen. Das war das Hauptkriterium. So ist die Liste entstanden.

Als Kollateralschaden, der dabei entstanden ist, sind Dinge wie Sporthallen, mit denen keine Schulplätze geschaffen werden, hinten heruntergefallen. Wir sehen das in den letzten Jahren an den zunehmenden Klagen darüber, dass die Vereine keine Trainingsmöglichkeiten mehr haben und dass die Schulen keinen Sportunterricht mehr machen können, weil zwar durch die Objektcenter der Gebäudewirtschaft in den einzelnen Bezirken Reparaturarbeiten durchgeführt werden, aber größere Generalsanierungen oder Neubauten, die nicht im Schulmaßnahmenpaket stehen, gar nicht mehr gemacht worden sind.

Als Bündnis haben wir dann vor einem Jahr im Sportausschuss die Anfrage gestellt, wie viele Schulturnhallen eigentlich noch nutzbar sind. Das Ergebnis war sehr erschreckend. Viele Schulturnhallen waren nicht mehr nutzbar oder nur noch eingeschränkt nutzbar.

Die Gebäudewirtschaft hat zum Glück direkt darauf reagiert und ein kleines Team von Spezialisten gebildet. Jetzt sind also nicht mehr die einzelnen Objektcenter in den Bezirken für die Reparatur der Turnhallen zuständig, sondern ein bezirksübergreifendes Team, das sich auf die verschiedenen Maßnahmen, die in den Turnhallen notwendig sind, spezialisieren kann.

Parallel dazu sind alle Turnhallen im Rahmen des Sportanlagen-Managementsystems begangen worden. Von allen Turnhallen sind die Schäden, die Reparaturmaßnahmen, die notwendig sind, usw. aufgenommen worden.

Für uns ist jetzt wichtig, dass nicht das Gleiche passiert wie früher und das Schulamt oder das Sportamt sagt: Wir brauchen das alles, und zwar sofort.

Deswegen beantragen wir heute - das ist der Kern unseres Antrags -, dass das Fachdezernat eine Prioritätenliste erstellt, in der steht, was wir zuerst brauchen und in welcher Reihenfolge die Gebäudewirtschaft das Ganze abarbeiten soll.

Das ist der Kern unseres Antrags. Deswegen können wir auch nicht die von der SPD vorgeschlagene Streichung des Punktes 3 übernehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zu dem Änderungsantrag von SPD und FDP wird Herr Haeming gleich noch etwas sagen. Ansonsten denke ich, dass wir uns weitgehend einig sein dürften, dass wir dringend auch die Sanierung und den Neubau von Sporthallen brauchen. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir hier gleich weitgehend einig abstimmen werden. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Haeming das Wort.

Eric Haeming (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Vielen Dank, Gerd Brust, für die Einführung. Du hast mir schon einige Worte vorweggenommen.

Ich würde jetzt gerne ergänzen. Wie du bereits erwähnt hast, ist durch die Erstellung des Sportkatasters im letzten Jahr und die Erfassung der sanierungsbedürftigen und nicht nutzbaren Schul- und Vereinsturnhallen deutlich geworden, wie dramatisch die Situation auch in unseren Schul- und Vereinssporthallen ist und dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Es darf natürlich nicht passieren, dass wir - du hast es auch schon gesagt, Gerd Brust - in die gleiche Situation wie bei den Schulbauten gelangen. Deswegen haben wir gemeinsam die Initiative ergriffen und diesen Antrag gestellt.

Wir wollen mit diesem Antrag die Verwaltung beauftragen, uns ein Maßnahmenpaket für die Sanierung und den Neubau von Schulsporthallen zeitnah vorzulegen. Die darin vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen sollen in die aktuelle Schulbaumaßnahmenliste unter Angabe der jeweiligen Priorisierung aufgenommen werden.

Für sehr wichtig halte ich - das möchte ich hier noch einmal betonen -, dass der Schulbaumaßnahmenplan einschließlich der Schulbauprioritätenliste ausdrücklich beibehalten werden soll und sorgfältig mit dem Maßnahmenplan für die Sporthallen abgeglichen werden soll.

Wir haben die große Hoffnung, dass durch das Maßnahmenpaket die Verwaltung die notwendigen Sanierungen und Neubauten von Schulsporthallen koordiniert und vor allen Dingen schneller realisieren kann.

Ich würde gerne auf den Änderungsantrag - vielen Dank, liebe Kollegen von SPD und FDP - eingehen.

Zu Punkt 1: Der Aufnahme einer Vergabe an GU und TU steht nichts im Wege - wobei ich davon überzeugt bin, dass die Verwaltung das sowieso schon berücksichtigt. Das würden wir aber gerne mit aufnehmen.

Zu Punkt 3: Wie Gerd Brust bereits gesagt hat, lehnen wir eine komplette Streichung unseres Punktes 3 - was hieße, dass der konkrete Maßnahmenplan uns nicht vorgelegt würde - ab. Sie schlagen vor, ihn durch die Prüfung der Beschaffung mindestens einer mobilen Sporthalle zu ersetzen. Dem können wir nicht zustimmen. Die Prüfung würde außerdem die wertvollen Kapazitäten, die wir für die Sanierung und den Bau von Sporthallen und im Schulbaumaßnahmenbereich brauchen, blockieren. Das sollten wir auf keinen Fall tun.

Zu Punkt 4: Ihr Änderungsantrag lautet, den Antrag um einen zusätzlichen Punkt zu erweitern. Hier geht es um die schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme der nicht funktionierenden Lehrschwimmbecken. Die Umsetzung wie unter Punkt 1 beschrieben halten wir für mittragungswert. Allerdings sollten wir - das möchten wir bitte auch so vornehmen - den letzten Satz streichen, der da heißt:

> Für die Sanierungen der Schulsporthalle und Lehrschwimmbecken liegt die Betriebsverantwortlichkeit bei Dezernat VI/26.

Das ist bekannt, glaube ich. Diesen Satz brauchen wir hier nicht.

Wenn die Kollegen von SPD und FDP dabei mitgehen würden, würden wir dem Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Ich weiß noch gut, wie ich mich in der Schulzeit beim Sportunterricht gefühlt habe. Ich habe mich immer besonders darauf gefreut. Denn ich war, ähnlich wie Herr Zimmermann, nicht der beste Schüler, aber der - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Sportlichste!)

- Auch nicht der sportlichste. Aber der Sportunterricht war immer eine willkommene Abwechslung für mich. Eine meiner Kunstlehrerinnen meinte damals auch zu mir, ich solle den Kunstunterricht lieber durch Sportunterricht ersetzen. Das war natürlich nicht so nett, hatte aber seine Berechtigung.

Auf der anderen Seite hatte ich beim Sportunterricht aber auch nicht immer ein tolles Gefühl, weil die stickigen Hallen mit Matten, auf denen gefühlt schon unsere Eltern Sport getrieben haben, nicht die größte Begeisterung ausgelöst haben.

Die Kölner Schulsporthallen - wir haben es gerade gehört - sind lange vernachlässigt worden. Sei es drum! Wir gehen das jetzt an und freuen uns darüber, dass wir diesen Antrag hier gemeinsam stellen können.

Deswegen geht auch Dank an die SPD und die FDP für den Änderungsantrag, bei dem wir so mitgehen können, wie Herr Haeming das gerade dargestellt hat.

Ich bin froh, dass wir hier gemeinsam eine Lösung gefunden haben und dass die Verwaltung das dann auch schnellstmöglich angeht, sodass wir unseren Kindern in Zukunft neben mehr Schulplätzen auch ausreichend Sporthallen zur Verfügung stellen können, damit die Kinder ähnlich viel Spaß am Sportunterricht haben, wie ich es als Schüler hatte. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Seit der Kommunalwahl und der Konstituierung dieses Rates ist kaum eine Sportausschusssitzung vergangen, bei der wir uns nicht mit dem Thema „Sanierung von Schulsporthallen“ beschäftigt haben. Daher bin ich auch froh, dass wir uns heute einmal hier im Rat mit diesem Thema beschäftigen. Ich freue mich auch über die konstruktiven Redebeiträge, die wir bis jetzt gehört haben.

Ich will ein wenig sortieren und unseren Änderungsantrag erklären.

Auf der einen Seite haben wir die Schulbaumaßnahmenliste. Darin sind, wie wir vorhin vom Dezernenten gehört haben, 195 Maßnahmen aufgelistet. Darunter sind natürlich auch Schulsporthallen, nämlich insgesamt - ich habe mich schlaugemacht - 67. Sie sind schon einmal in der Liste enthalten. Da wollen wir - das ist ja auch von Herrn Haeming richtig gesagt worden - nichts aufmachen. Daran wollen wir nicht herangehen. Auch die Priorisierung bleibt unverändert.

Auf der anderen Seite haben wir die restlichen Hallen, bei denen noch Sanierungsbedarf besteht. Die Sportverwaltung ist mit dem Sportanlagen-Managementsystem auf einem guten Weg, diese zu erfassen. Sie müssen dann tatsächlich priorisiert werden.

Wir von der SPD und der FDP sind der Meinung, dass der Plan, der im Antrag des Mehrheitsbündnisses unter Punkt 3 beschrieben wird, daher nicht erforderlich ist. Denn der Plan soll bis Ende 2023 erstellt sein, und dann soll es irgendwie weitergehen. Nach unserer Überzeugung müssen wir aber jetzt handeln. Wir müssen schnellstmöglich handeln und vielleicht mit den Hallen anfangen, bei denen die Schäden am geringsten sind und bei denen wir auch Synergieeffekte mit der Schulbaumaßnahmenliste haben.

(Beifall bei der SPD)

Da stimmen wir mit dem überein, was im *EXPRESS - Die Woche* in der letzten Woche stand. Zwar wird das dort noch einmal etwas martialisch beschrieben. Aber der Vorsitzende des Stadtsportbundes ist auch genau dieser Meinung und sagt: Wir brauchen keinen Plan und nicht eine zusätzliche Priorisierung; die Schulbaumaßnahmenliste und das Sportanlagen-Managementsystem, das Kataster, reichen aus.

Deshalb sind wir nach wie vor der Meinung, dass der Punkt 3 des Ursprungsantrags redundant ist.

Ich freue mich darüber, dass die Lehrschwimmbecken dann mit dazukommen. Wir erklären uns auch damit einverstanden, den letzten Satz zu streichen.

Was jetzt noch klärungsbedürftig ist, ist der Punkt 3 unseres Änderungsantrages, mit dem wir die Verwaltung bitten möchten, die Anschaffung, ob per Kauf oder per Miete, von mobilen Sporthallen zu prüfen. Schauen Sie da noch einmal hinein. Dazu hat Herr Haeming jetzt, glaube ich, nichts gesagt. Ich halte das für einen Punkt, der auch sehr überlegenswert ist. Es soll ein Prüfauftrag sein. Denken wir nur an die Zustände an der Heinrich-Böll-Gesamtschule in Chorweiler, wo seit Februar 2022 kein Sportunterricht stattfinden konnte und wo die Kinder und natürlich auch die Erwachsenen im Stadtbezirk hin und her gefahren worden sind, um woanders Sport treiben zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist das trotz der baurechtlichen Probleme, die wir bei solchen mobilen

Sporthallen möglicherweise auch haben, eine Prüfung wert.

Deshalb möchte ich die Fraktionen von Grünen, CDU und Volt bitten, zu überlegen, ob wir das nicht auch noch aufnehmen. Dann ist es rund, und wir können hier gemeinsam sehr konstruktiv eine vernünftige Entscheidung für den Kölner Sport und für den Kölner Schulsport treffen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Ich war über den Antrag des Gestaltungsbündnisses oder des Bündnisses sehr irritiert und frage mich, warum Sie das nicht mit den anderen Parteien im Sportausschuss entwickelt haben. Wir haben im Sportausschuss eigentlich ein sehr gutes parteiübergreifendes Agieren. Deswegen war ich sehr irritiert über diesen Weg und darüber, dass man eine solche Diskussion nicht gemeinsam führen konnte.

Daher beantragen wir, dass dieser Antrag und der Änderungsantrag in den Sportausschuss überwiesen werden, damit wir das noch einmal inhaltlich diskutieren können.

Denn ich glaube auch, dass Sie mit Ihren Formulierungen - wie Sie schreiben, wollen Sie neue Priorisierungen einführen - im Prinzip die bestehende Schulplanung über Bord werfen. Zwar haben Sie jetzt in der Diskussion gesagt, das sei nicht so.

Aber schauen wir uns doch einmal die Dokumente an, über die wir reden. Das sind der Bericht über die Priorisierung der Schulbaumaßnahmen vom 24. Februar 2023, also ein Dokument, das erst wenige Wochen alt ist, und der Bericht zu Sachstand und weiterem Vorgehen beim Sportanlagen-Managementsystem vom 21. Oktober 2022, ebenfalls ein neues Dokument.

Beide Antragssteller sind sich in dem Punkt 1 einig. Darin heißt es:

> Dabei sollen die neu definierten Standards, die bei dem Bau von künftigen Schulsporthallen auch die Bedarfe des Vereinssports angemessen berücksichtigen, angewandt werden.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Sie wollen also neue Standards. Das heißt, dass die alten, die in der Schulplanung enthalten sind, nicht mehr gelten sollen.

Das finden wir äußerst gefährlich. In der Debatte haben Sie doch gerade gesagt: Wir brauchen Tempo beim Schulbau. - Das sehen wir genauso. Deswegen halten wir eine Überprüfung dieser alten Planung nicht für sinnvoll.

(Beifall bei der LINKEN)

Es mag sein, dass man das bei neuen Sachen tun kann. Das macht durchaus Sinn. Aber lasst uns das doch in Ruhe im Sportausschuss besprechen.

In dem zweiten Dokument, auf das ich mich beziehe, nämlich dem Bericht zum Sportanlagen-Managementsystem, steht folgender Satz - ich zitiere -:

> Die Reihenfolge der Sanierung der Sporthallen ergibt sich vornehmlich aus der Schulbaumaßnahmenliste, bei denen die Sporthallen als Schulraum mitsaniert oder neugebaut werden.

Auch das möchte ich nicht infrage gestellt wissen. Deswegen finde ich, dass beide Dokumente Grundlagen für diesen Prozess sein sollten.

Sie sagen aber: Wir wollen das alles neu gestalten. - Das halte ich nicht für sinnvoll.

(Zuruf von Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen])

- So steht es aber in eurem Antrag, Gerd. So habe ich es auch verstanden. Die SPD hat es am Anfang auch so verstanden, als dann die FDP dazugekommen ist und gesagt hat: Wir wollen das anders machen.

Wir müssen doch einfach sehen, wie die Sache läuft. Verantwortlich ist nicht der Schuldezernent oder der Sportdezernent, sondern die Gebäudewirtschaft. Deswegen muss man auf diese Seite gucken. Das spielt in der ganzen Diskussion, die

wir führen, ja auch eine Rolle, über die wir diskutieren.

Mein Gedankengang ist daher, dass wir das im Sportausschuss noch einmal in Ruhe diskutieren sollten. Gleich werden wir ja über die Großprojekte reden. 40 Schulen stehen in der Liste der Großprojekte, und zwar seit ungefähr einem halben Jahr. Auch darüber gibt es keine Diskussion. Die 40 Schulprojekte sind unstrittig, finde ich. Warum können wir sie nicht mit den Großprojekten beschließen?

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind doch beschlossen!)

- Ja, aber sie werden ja infrage gestellt.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch!)

- Natürlich werden sie infrage gestellt. In der Liste sind sie infrage gestellt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Falsches Verständnis!)

- Dann lasst uns das doch abarbeiten. Warum wird die Liste seit einem halben Jahr offengehalten?

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Nach unserer Meinung sollten wir das also im Sportausschuss in Ruhe diskutieren und einen Weg finden, wie man am Thema arbeiten kann. Es gibt inzwischen eine Objektsanierung. An dem Thema arbeiten wir.

Mit der Verwaltung können wir das besser klären als in Konfrontation mit der Verwaltung, glaube ich. Denn Ihr Antrag, meine Damen und Herren, ist sowohl in der Gebäudewirtschaft als auch in der restlichen Verwaltung etwas irritierend angekommen. Diese Gefahr sollten wir nicht eingehen. Denn wir brauchen Tempo, und Irritationen führen immer zu Stillstand. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Sie müssen die Rede von Herrn Detjen entschuldigen. Er ist neu im Sportausschuss.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Schauen wir zum Beispiel nach Ehrenfeld. Dort setzt er sich selbst dafür ein. Er kennt die Schule in der Everhardstraße. Er setzt sich auch für die Turnhalle ein, die in erbarmungswürdigem Zustand ist. Die Schule selbst kommt in der Prioritätenliste, an die wir gar nicht herangehen, erst später. Aber wir können schon jetzt die Sportanlage in der Everhardstraße sanieren. Das freut die Kinder und die Lehrer, aber auch die Sportvereine. Und das hat mit der Schulprioritätenliste überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Oberbürgermeisterin, ein Frischling im Sportausschuss kennt auch nicht die Standards. Sie kennen sie noch. Die Standards in unseren Sporthallen kannten sogar schon unsere Großeltern so.

Aber die Sportgeräte, die wir dort haben, nutzen wir heute gar nicht mehr. Wir haben sie vielleicht in Schwarz-Weiß-Filmen gesehen. Damit meine ich zum Beispiel die Ringe oder die Böcke. Herr Jeschka, ich verstehe, dass Ihnen der Sportunterricht nicht gefallen hat. Das machen wir aber heute schon ganz anders. Das macht Spaß. Dabei nutzen wir diese Sportgeräte nicht mehr.

Darum brauchen wir jetzt andere Standards. Wenn wir das nun in Angriff nehmen, müssen wir doch nach den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler, aber auch des Vereinssports gehen. Da brauchen wir Geräte, die auch benutzt werden.

Das steht in dem Antrag. Darum ist er auch richtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Im Hinblick auf die zeitgemäßen Sportgeräte, die wir brauchen, brauchen wir diese anderen Standards.

Darum bin ich meinen Kollegen dankbar - auch wenn jetzt nicht Ralf Klemm gesprochen hat, der Sprecher im Sportausschuss ist, sondern Herr Brust.

(Zuruf von Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen])

Vielen Dank, lieber Eric, dass du das hier eingebracht hast. Ich darf sagen, dass auch Christopher Gudacker, mit dem wir super zusammenarbeiten und der sich sehr gut in dem Thema auskennt, weiß, worum es hier geht.

Deshalb war es wichtig, unsere Änderungen jetzt noch einzubringen.

Wir haben gerade bei dem Schulpaket gesehen - das liest man jetzt in den Pressemeldungen -, wie sehr es geholfen hat, dass wir Schulpakete mit Totalunternehmern oder Generalunternehmern umgesetzt haben. Es geht einfach schneller. Und das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das hilft den Schülerinnen und Schülern und den Jugendlichen.

Diesen Erfolg wollen wir doch alle auch, wenn es um die Sanierung geht. Darum ist es so wichtig, dass das im Antrag steht. Wenn wir auch diese Pakete prioritär entsprechend vergeben, bekommen wir das Ganze schlüsselfertig. Dann freuen wir uns, wenn es zeitlich oder terminlich genau passt. Darum möchten wir das gerne hineinschreiben. Danke, dass ihr es übernehmt.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Das Gleiche gilt bei den Lehrschwimmbädern. Es kann doch nicht sein, dass von unseren acht Lehrschwimmbändern nur noch drei funktionsfähig sind. Da muss eine Großstadt einen anderen Anspruch haben. Deshalb ist es richtig, das mit in die Pakete hineinzunehmen.

Letzter Punkt: Man muss sich einmal vorstellen, dass wir in Mülheim eine Sporthalle mit einem Wasserschaden haben, die seit 15 Jahren nicht repariert wird. Ich bin der Meinung, dass wir da etwas machen müssen. Darum hilft dieser Antrag. Denn das will die Oberbürgermeisterin nicht, und das will die Verwaltung nicht. Deswegen müssen wir Strukturen finden. Auch vor dem Hintergrund, dass wir im vergangenen Jahr gehört haben, dass 24 Sporthallen gesperrt sind und zusätzlich 19 Sporthallen zum Teil nicht funktionsfähig sind, brauchen wir den Antrag.

Mich interessiert jetzt nicht, ob darin die Gebäudewirtschaft oder das Schuldezernat steht. Es muss, glaube ich, unsere gemeinsame Anstrengung sein, dass wir da für den Schulsport und - haben Sie Verständnis, dass ich als ehemaliger Vorsitzender eines Sportvereins das sage - auch für die Sportvereine, also für den Sport, der dort stattfindet, etwas hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zum Schluss: Ich bitte um punkteweise Abstimmung, damit wir einen guten Antrag hinbekommen. - Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Doch. Herr Weisenstein möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Genau. Wir beantragen die Überweisung dieser beiden Anträge in den Sportausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dieser Änderungsantrag der LINKEN ist auch mein erster Abstimmungspunkt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Entschuldigung!)

- Nein, alles gut. Herr Detjen hat es ja schon gesagt.

Ich möchte Ihnen jetzt Folgendes vorschlagen - aber natürlich mache ich es auch anders, wenn Sie das wünschen -: Ich würde zuerst über den Antrag der LINKEN abstimmen lassen. Das ist ein Verweisungsantrag in den Sportausschuss. Falls er erfolglos ist - ich drücke mich hier ganz offen aus -, würde ich zur weiteren Abstimmung kommen. Ich habe jetzt der Diskussion entnommen, dass es Bereitschaft gibt, den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP mit in den Ursprungsantrag hineinzunehmen, wenn der letzte Satz bei Punkt 4 entfällt. Habe ich das richtig aufgenommen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Nein. Gut. Darum frage ich ja. Ich frage ganz offen. Wie soll ich abstimmen lassen? - Bitte sehr, Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war insoweit richtig. Es fehlt aber das Streichen der Ziffer 3. Im Änderungsantrag von SPD und FDP ist ja enthalten, dass der Punkt 3 der Ursprungsfassung gestrichen wird. Dem können wir nicht folgen. Wir folgen auch nicht dem neuen Punkt 3.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soll ich also nur über die Erweiterung des Ursprungsantrags um Punkt 4 ohne den letzten Satz von Punkt 4 des Änderungsantrags abstimmen lassen?

(Zurufe)

- Nein, Ergänzung von Punkt 1 und Ergänzung um Punkt 4, wobei bei Punkt 4 der letzte Satz gestrichen wird.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja! - Christian Joisten [SPD]: Sie könnten dann einfach punktweise abstimmen lassen! - Niklas Kienitz [CDU]: Das können wir machen! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann machen wir punktweise Abstimmung!)

- Das kann ich ja machen. Dann lasse ich erst über den Antrag der LINKEN als Verweisungsantrag abstimmen, danach über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP punktweise und anschließend über den geänderten Ursprungsantrag. - Gut. Jetzt weiß jeder, worüber ich abstimmen lasse.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen es hoffen!)

- Ja, ich hoffe es auch.

Erstens. Wer dem Verweisungsantrag der LINKEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich punktweise über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP abstimmen.

Punkt 1. Wer stimmt zu? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Dann lasse ich darüber abstimmen, ob Punkt 3 der Ursprungsfassung gestrichen wird. Wird Punkt 3 der Ursprungsfassung gestrichen? Zustimmung? - Die SPD stimmt zu, und die FDP stimmt zu. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

Neuer Punkt 3. Wer stimmt diesem Prüfauftrag zu? - Die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion stimmen zu. Enthaltungen? - Es enthält sich Herr Zimmermann. Damit ist das abgelehnt.

Punkt 4. Wer der Ergänzung um Punkt 4 ohne den letzten Satz zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Damit ist dem zugestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Ursprungsantrag mit den entsprechenden Ergänzungen, nämlich bei Punkt 1 und um Punkt 4 ohne den letzten Satz, wie wir es eben beschlossen haben. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 haben wir vertagt; er wird heute nicht behandelt.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 wird später gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10.1 aufgerufen.

I. Abstimmung über den Antrag auf Verweisung in den Sportausschuss

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

II. Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag

1. *Beschluss zu Punkt 1:*

   Punkt 1.) wird wie folgt ergänzt (Ergänzung kursiv):
   Bei der Umsetzung ist wie beim Schulbau eine Vergabe an GU/TU zu präferieren; mögliche Synergieeffekte mit anderen Schulbaumaßnahmen sollen berücksichtigt und genutzt werden.

   Abstimmungsergebnis:

   Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, Volt, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

2. *Beschluss:*

   Punkt 3 der Ursprungsfassung wird gestrichen.

   Abstimmungsergebnis:

   Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP abgelehnt.

3. *Beschluss:*

   Neuer Punkt 3:

   Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Beschaffung mindestens einer mobilen Sporthalle (1fach, 2fach, 3fach) durch Anmietung oder Kauf sinnvoll und praktikabel ist, um Zustände wie beispielhaft an der Heinrich-Böll-Gesamtschule seit Februar 2022 zu vermeiden.

   Abstimmungsergebnis:

   Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., SPD und FDP bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

4. *Beschluss:*

   Punkterweiterung um Punkt 4 (bei Streichung des letztens Satzes):

   Mit Mitteilung Nr. 2696/2022 stellte die städtische Gebäudewirtschaft den aktuellen baulichen Zustand der Lehrschwimmbecken in Köln dar. Im Kontext der Sanierung der Schulsporthallen ist die Wiederinbetriebnahme der nicht-funktionsbereiten Lehrschwimmbecken schnellstmöglich zu realisieren. Die Umsetzung erfolgt wie unter 1 beschrieben.

   Abstimmungsergebnis:

   Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag mit den Ergänzungen aus dem Änderungsantrag

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur zeitnahen Auflegung eines Maßnahmenpaketes für die Sanierung und den Neubau von Schulsporthallen mit Vereinsnutzung durchzuführen. Dabei sollen die neu definierten Standards, die bei dem Bau von künftigen Schulsporthallen auch die Bedarfe des Vereinssports angemessen berücksichtigen, angewandt werden.*
   Bei der Umsetzung ist wie beim Schulbau eine Vergabe an GU/TU zu präferieren; mögliche Synergieeffekte mit anderen Schulbaumaßnahmen sollen berücksichtigt und genutzt werden.

2. *Hierbei sollen berücksichtigt werden:*

   a. *die Anzahl von Schüler*innen und Vereinen, die betroffen sind,*

   b. *die Erkenntnisse aus dem neu erstellten Sportkataster und*

   c. *die Planungen zu Schulsanierungen.*

3. *Dezernat IV, in dem die Bereiche Schule und Sport verortet sind, soll im Jahr 2023*

hierfür einen konkreten Maßnahmenplan vorlegen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind - sofern nicht bereits erfolgt - in die aktuelle Schulbaumaßnahmenliste unter Angabe der jeweiligen Priorisierung aufzunehmen. Die Maßnahmen, die bereits Bauaufträge ausgelöst haben, sollen außen vorgelassen werden.

4. *Mit Mitteilung Nr. 2696/2022 stellte die städtische Gebäudewirtschaft den aktuellen baulichen Zustand der Lehrschwimmbecken in Köln dar. Im Kontext der Sanierung der Schulsporthallen ist die Wiederinbetriebnahme der nicht-funktionsbereiten Lehrschwimmbecken schnellstmöglich zu realisieren. Die Umsetzung erfolgt wie unter 1 beschrieben.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag auf Verweisung von RM Detjen.

Antrag auf Streichung des letzten Satzes in Ziffer 4 des Änderungsantrags von RM Haeming.

Punktweise Abstimmung auf Antrag der FDP-Fraktion.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Optimiertes Parken für Handwerker und Pflegedienste“ AN/0472/2023

Zunächst hat Herr Wahlen das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! An den öffentlichen Raum werden viele Ansprüche gestellt. Es braucht Platz für ÖPNV, Auto-, Rad- und Fußverkehr, mehr Grün in der Stadt ist notwendig, und wir brauchen Platz für Menschen, um sich aufzuhalten, sich zu treffen und miteinander in Gespräche zu kommen, kurz gesagt, um zu leben.

Wir erkennen alle, dass der Platz begrenzt ist und nicht ausreicht, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Deshalb müssen bestimmte Nutzungen des öffentlichen Raums reduziert oder verlagert werden, um Platz für Neues zu schaffen.

Besonders dafür geeignet ist der ruhende Verkehr. Er kann reduziert oder verlagert werden, etwa in Parkhäuser, in Tiefgaragen, auf Garagenhöfe, auf Parkplätze oder auf private Stellplätze.

Aber was für private Pkw sehr gut funktioniert, funktioniert nicht für alle. Ganz besonders das Handwerk und die Pflegedienste sind darauf angewiesen, auch spontan in der Nähe ihres Einsatzortes einen Parkplatz zu finden. Dieses verständliche Bedürfnis nehmen wir ernst und tragen ihm mit unserem Antrag heute Rechnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Durch den engmaschigen Ausbau insbesondere der Ladezonen in Köln erfüllen wir dieses Bedürfnis, damit sich Handwerker*innen und Pflegedienste nicht mit der Parkplatzsuche, sondern mit ihren Kund*innen und Patient*innen beschäftigen können.

Wichtig ist uns dabei aber auch, dass diese neuen Parkplätze nicht nur eingerichtet werden, sondern hinterher auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Das bedeutet vor allem, Falschparker auf diesen Flächen nicht nur konsequent zu ahnden, sondern auch zügig abzuschleppen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Zwar ist die Stadtdirektorin heute nicht anwesend. Aber ich bin davon überzeugt, dass diese Aufgabe bei ihr in guten Händen ist.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um dem Ordnungsamt und der Polizei diese Aufgabe noch einfacher zu machen, sollen Ladezonen auch eine stadtweit einheitliche und verständliche Beschilderung und Gestaltung erhalten.

So schaffen wir Platz im öffentlichen Raum für neue Nutzungen und erleichtern gleichzeitig die Arbeit von Handwerker*innen und Pflegekräften.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis hat jetzt das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Das Handwerk spielt für Köln eine wichtige Rolle. Das hat die CDU immer vertreten.

(Lachen bei der AfD)

Die Arbeitsbedingungen für Handwerker werden aber durch die mangelnde Verkehrskoordination und die Vielzahl der Baustellen immer schwieriger. Ein zentrales Problem für Handwerksbetriebe und auch für Pflegedienste ist der Mangel an Parkplätzen.

Ich freue mich sehr, dass wir unseren Antrag heute im Rat beschließen. Unser Antrag wird dafür sorgen, dass Sonderstellflächen für Pflegedienste und Handwerker geschaffen und auch stadtweit einheitlich geregelt werden sollen. Ich sage Ihnen zu, dass wir das sehr genau beobachten werden.

Handwerker und Pflegedienste kümmern sich um Menschen. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass für sie ausreichend Stellflächen zur Verfügung gestellt werden. Die wertvolle Zeit, die durch den Wegfall des Parksuchverkehrs gewonnen wird, kommt den Menschen zugute, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind. Auch Handwerker müssen ortsnah bei ihren Kunden parken können. Denn ihre Autos sind Werkstätten, und wir können nicht erwarten, dass bei jedem Kundenbesuch die gesamten Utensilien ausgeladen und zum Kunden getragen werden.

Weil wir zukunftsgewandt denken und handeln, erwarten wir, dass die Ladezonen und Stellflächen in einem Online-Angebot veröffentlicht und beworben werden.

Liebe Kolleg*innen, die Neugestaltung des öffentlichen Raumes im Rahmen der Mobilitätswende und die Schaffung von attraktiven Veedeln sind eine Herausforderung. Dabei dürfen wir handwerkliche Verkehre nicht außer Acht lassen. Sie sind unverzichtbar für die Lebensqualität der Städte.

Ich werbe für unseren Antrag und freue mich auf eine breite Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon das Wesentliche gesagt. Dieser Antrag liest sich ja auch sehr klar und deutlich. Er ist einfach zu verstehen. Ich glaube, dass jeder hier versteht, was wir damit erreichen wollen.

Uns ist es wichtig, noch einmal ganz deutlich zu signalisieren, dass die Menschen, die hier auf ihren Pkw angewiesen sind, in dieser Stadt weiterhin darauf vertrauen können, dass wir das beachten werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Schon Dezember 2021, als wir den Masterplan Parken verabschiedet haben, haben wir noch einmal betont, dass Handwerk*innen, Pflegedienste und Menschen mit Behinderung weiterhin ihren Parkplatz finden werden.

Dieser Vorstoß hier macht ein weiteres Mal deutlich, dass wir das ernst nehmen, dass wir diese Sorgen und Befürchtungen aufgreifen und dass wir sie ein Stück weit beruhigen wollen.

Das Wesentliche ist gesagt, glaube ich. Wir freuen uns auf eure Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Steinmann das Wort.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Verkehrsdezernent Egerer, ich glaube, es ist ein Dreivierteljahr her, dass ich erstmals in Vertretung im Verkehrsausschuss sein durfte und Ihnen dort noch im öffentlichen Teil genau diese Frage

gestellt habe: Wie halten Sie es denn innerhalb des Masterplans Parken mit den Handwerkerplätzen? - Damals haben Sie meine Frage damit beantwortet, dass der Kontakt so gut sei und dass es alles mit den Handwerkersonderausweisen ausreichend funktioniert.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen noch in Erinnerung ist. Aber mich hat das in dem Moment sehr irritiert zurückgelassen. So bin ich in dem Moment verstummt. Denn ich muss Ihnen sagen - das zeigt sich ja auch daran, dass diese Thematik heute auf das Tableau kommt und das Bündnis entsprechende Reparaturvorschläge macht -: Die Realität spricht da eine ganz andere Sprache.

Hier gibt es also Verkehrsversuche am lebenden Menschen und die Umsetzung im Klein-Klein. Man hat ja das Gefühl, dass Köln sich so langsam zur Hauptstadt der Realsatire entwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Als Veranstaltungskauffrau kenne ich auch die Vorgehensweise, dass man Konzepte vollständig entwickelt, bevor man sie umsetzt. Wo ist da der rote Faden? Da habe ich durchaus auch Fragen.

Umso mehr freue ich mich darüber, dass das Bündnis die Erkenntnisse hier zum Anlass nimmt und einen gemeinsamen Antrag vorlegt - mit der richtigen Erkenntnis, dass der Masterplan Parken einer konkreten Überarbeitung bedarf.

Wir hätten das gerne im Wirtschaftsausschuss und im Verkehrsausschuss fachlich beleuchtet, können aber gerne auch heute auf Ratsebene mit ein paar Ergänzungen dem Vorhaben und dem Antrag zustimmen, und zwar aus Überzeugung.

Ich möchte drei Punkte hervorheben und für das Protokoll auch mit Konkretisierungen ergänzen.

Wichtig ist für die Ladezonen, und zwar nicht nur in der Innenstadt, auch eine zeitliche Begutachtung. Denn wenn der Klempner nur zwischen 9 und 11 Uhr ins Rathaus kommen kann, schafft er es nicht, die Flurschäden hier zu stopfen.

Eine weitere wichtige Konkretisierung: Ladezonen sind wichtig für Handwerker, für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen - als Rollstuhlfahrerin weiß ich diese Sondererlaubnis oft zu nutzen -, aber natürlich auch für ambulante Pflegedienste, für Hebammen, für Palliativteams, die Hausbesuche machen müssen, und selbstverständlich - zu unser aller Nutzen und nicht zu vergessen - für Krankentransporte. Ich bitte, dieses zu ergänzen, und hoffe, dass das Bündnis diese Formulierung auch mit aufnimmt. Politik darf meines Erachtens alle diese Personengruppen und deren Nöte bei der wichtigen und gewollten Umgestaltung des öffentlichen Raumes nicht im Regen stehen lassen.

Punkt 5: die Online-Kartierung. Wunderbar; das System ist vorhanden und kann so umgesetzt werden. Für Behindertenparkplätze ist das bereits als Kartierung auch digital zu erreichen. Es wäre schön, dieses einmal zu aktualisieren. Denn das ist mindestens drei Jahre veraltet. Aber vielleicht kann man das an dieser Stelle gut verknüpfen und daraus auch im Positiven Lehren ziehen. Denn wenn wir von Mobilitätswende sprechen und auf Nachhaltigkeit abzielen, dann ist bezüglich der Infrastruktur doch die digitale Schlüsseltechnologie ausschlaggebend.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir träumen ja alle davon, eines Tages mit dem Handy in die Stadt zu fahren und uns direkt zum Parkplatz navigieren zu lassen, um Umwege und Durchquerungen von Wohngebieten zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Eine dritte Ergänzung habe ich zu Punkt 6. Wir sind ja eine bunte Stadt und sehen uns auch gerne im internationalen Kontext. Hier können wir uns vom Ausland wirklich einmal etwas abgucken. In Städten in anderen Ländern, zum Beispiel in Brüssel, sind Behindertenparkplätze beispielsweise blau. Der Grund und Boden ist also eingefärbt. Diese Beispiele der Buntheit sollten wir uns zu eigen machen.

Ich danke dem Bündnis ausdrücklich für diesen gemeinsamen Antrag, dem wir beherzt und mit dem Wunsch nach diesen Ergänzungen zustimmen. Sie hätten uns auch im Vorfeld als Partner gewinnen können. Aber so haben Sie uns als Unterstützer. Darauf können Sie gerne auch weiterhin zurückgreifen. Wenn es gilt, Fehler aufzuzeigen, vor allen Dingen aber, wenn diese zu korrigieren sind, stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Seite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Handwerker*innen und Pflegedienste oft nicht nah bei Kund*innen und Patient*innen parken können, ist ein ernst zu nehmendes Problem. Das stellt der vorliegende Antrag richtig und gut heraus, weswegen wir ihn im Grundsatz unterstützen.

Es ist richtig, dass Handwerker*innen nicht zugemutet werden kann, für benötigte Werkzeuge jeweils Wege von mehreren Hundert Metern zurücklegen zu müssen.

Noch eklatanter stellt sich die Situation bei Pflegediensten dar. Parkplätze zu suchen, und das bis zu 20 Mal am Tag, kostet wertvolle Zeit - Zeit, die dann für die Betreuung von Patient*innen leider fehlt.

Pflegedienste gehören zu den systemrelevanten Berufen. Deswegen ist es insbesondere dort wichtig, zu schauen, welche Schwierigkeiten es gibt, die wir lösen können. Die Realität sieht allerdings so aus, dass sie täglich unter einem großen zeitlichen Druck stehen und sich immer wieder die Frage stellen müssen: Werde ich einen Parkplatz finden oder nicht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich ist es richtig, dass das Thema Parken in Köln kritisch angegangen wird. Das Auto muss über kurz oder lang seinen Status als privilegiertes Fortbewegungsmittel für Privatpersonen verlieren. Anders sind Verkehrs- und Klimawende nicht zu schaffen. Diese Tendenz ist richtig und sollte nicht infrage gestellt werden.

Der Vorstoß, Sondernutzungen für bestimmte Berufsgruppen einzurichten, findet dennoch unsere Unterstützung.

Es ist nicht Sinn der Sache, dass beispielsweise Pflegepersonal widerrechtlich in der zweiten Reihe, auf Gehwegen oder auf Behindertenparkplätzen parken muss, weil es eben keine andere Wahl hat.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf das kürzlich gefällte Bremer Urteil, in welchem die Relevanz von ausreichenden freien Mindestbreiten und einem barrierearmen Fußverkehr betont wird. Verbindliche landes- oder bundesweite Regelungen bezüglich Sondernutzungen für bestimmte Berufsgruppen sind nicht in Sicht. Daher muss in Köln schnell und eigenständig gehandelt werden.

Wir unterstützen die Beschlusspunkte des Antrages, welche unter anderem vorsehen, Sondernutzungen stärker zu berücksichtigen sowie nachträglich durch Umwandlung bestehender Parkplätze Ladezonen zu schaffen und diese auch klar und deutlich auszuweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wissen Sie, liebes Ratsbündnis, dass Ihnen ein ganz fataler Fehler bei diesem Antrag passiert ist? Haben Sie einmal in die Überschrift geguckt? Da steht „Optimiertes Parken für Handwerker und Pflegedienste“. Sie haben nicht gegendert!

(Zurufe von der FDP und der AfD: Oh!)

Wir werden Ihrem Antrag trotzdem zustimmen.

Der vorliegende Antrag des Ratsbündnisses ist, wie ich sagen würde, ein schmaler Silberstreif am Horizont. Oder nicht so poetisch ausgedrückt: Offensichtlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass trotz der ohne Frage notwendigen Verkehrswende nicht alles dazu führen darf, dass sämtliche Parkplätze vernichtet werden.

Das klingt nach Pragmatismus. Oder man kann vielleicht sagen: Bezogen auf das Ratsbündnis klingt es nach Teresa De Bellis.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Oh!)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, das ist genau der richtige Weg - Pragmatismus statt Ideologie.

Und machen wir uns nichts vor: Parkplätze sind notwendig.

Sie sind notwendig, damit Handwerker ihre Autos mit ihren oft sehr schweren Gerätschaften abstellen können

(Zuruf von Teresa De Bellis-Olinger [CDU])

- Teresa, ich komme jetzt nicht in eure Partei; lass es sein - und nicht zwei Straßen weit laufen müssen, um dann zum jeweiligen Kunden zu kommen.

Parkplätze sind auch notwendig, damit, wie im Antrag ja angeführt, Pflegekräfte ihre Zeit für ihre Patienten nutzen können und sie nicht mit der Parkplatzsuche vergeuden müssen.

Allerdings stelle ich mir schon eine Frage. Denn das alles war ja auch vorher bekannt. Vielleicht hätte man bei allem, was man vorher gemacht hat, auch schon darauf Rücksicht nehmen können. Dann hätten wir heute diesen Antrag gar nicht beschließen müssen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Last, but not least ist es auch notwendig, dass zum Beispiel ältere Menschen, die zwar nicht einen entsprechenden Ausweis haben, aber trotzdem fußläufig und ohne große Probleme zu einem Arzt kommen müssen, nah an diesem Arzt parken können.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Parkplätze sind auch notwendig, damit Geschäfte und Lokale wirtschaftlich überleben können.

(Beifall bei der FDP)

Mein Kollege Ralph Sterck hat das Beispiel, das ich jetzt vortragen werde, schon einmal erwähnt. Aber es hat uns beide so bewegt, dass ich es an dieser Stelle noch einmal nennen möchte.

Im Zusammenhang mit dem Verkehrsversuch auf der Deutzer Freiheit gab es eine Versammlung, bei der sich ein besorgter Ladeninhaber dazu geäußert hat. Als er sagte, dass er wirklich große existenzielle Probleme hat, bekam er von den Kollegen der Grünen die Antwort, dann möge er sich eben ein anderes Geschäftskonzept aussuchen.

Meine Damen und Herren, ich finde diese Antwort ziemlich traurig und sage ganz offen: Mit solchen Aussagen tragen wir zur Politikverdrossenheit bei.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unzweifelhaft brauchen wir die Verkehrswende. Aber unzweifelhaft brauchen wir auch pragmatische Lösungen, die die Menschen mittragen können. Der vorgelegte Antrag des Bündnisses geht hier in die richtige Richtung. Deshalb werden wir ihm auch zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Sehr schön!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer vor den Bildschirmen und auf der Tribüne! Wir sind überrascht über diesen Antrag und hätten ehrlich nicht gedacht, dass Sie nach all den Verkehrsversuchen, die bisher in die Hose gegangen sind, mit diesem Antrag eine Hundertachtziggradwende versuchen.

Frau De Bellis, die Parkplatznot ist natürlich auch ein Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Es überrascht mich aber auch, dass Sie, geschätzte Kollegen, die Abstimmungen und Anträge in den Bezirksvertretungen offensichtlich bis heute nicht bedenken.

In Mülheim wurde in der Sitzung vom 19. September 2022 ein entsprechender Antrag unseres dortigen Vertreters Hengstenberg zu Handwerkerparkplätzen von allen Bezirksvertretern abgelehnt.

In Porz beantragte unser Vertreter in der Sitzung am 1. Dezember 2022 ebenfalls die Schaffung von Sonderparkplätzen für Handwerksbetriebe, Pflegedienste und Besitzer einer Sonderparkgenehmigung. Auch dort gab es von Ihrer Seite Ablehnung in allen Punkten.

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

- Hören Sie zu. - Für Sie erschwerend kommt dann noch die Kreishandwerkerschaft, die natürlich auch die Dringlichkeit der Handwerkerstellplätze formuliert und damit den AfD-Anträgen recht geben muss.

Nun stand heute in der Ausgabe der *Kölnischen Rundschau* - das sage ich insbesondere für das interessierte Publikum -, dass in der Bezirksvertretung Lindenthal eine Vertreterin der CDU für den AfD-Antrag „Freies Parken für das Handwerk, den Apotheken- und Pflegedienst“ gestimmt hat.

Ihre Reaktion darauf, geschätzte Kollegen von der CDU, ist mit dem Wort „schäbig“ nicht annähernd zu beschreiben. Dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Zum Thema!)

- Komme ich. - Man kann den Eindruck gewinnen, dass vor dem CDU-Parteitag noch einmal alle vermeintlichen Abweichler auf Kurs gezwungen werden sollen.

Was dann folgt, ist eine Hexenjagd. Von Forderungen, das Mandat abzugeben, über den Ausschluss aus der Fraktion bis zum Katzentisch ist alles dabei.

(Zuruf: Zum Thema!)

- Ich komme sofort zum Thema. Ich muss nur noch den Satz zu Ende führen. - Es werden Erinnerungen an die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen wach. Das soll aber nicht Thema sein.

Wir haben in drei Bezirksvertretungen diesen Antrag gestellt. In allen dreien ist er abgelehnt worden. Bis auf die Vertreterin der CDU, der wir für ihr Rückgrat und ihren Mut danken, gab es nur Ablehnungen.

Und heute? Sie kopieren die Idee der AfD, die Sie vorher noch überall abgelehnt haben,

(Beifall bei der AfD)

und kleben einen Bündnis-Sticker daran. Das ist fast schon komisch und bestätigt uns auch in unserem Kurs.

Jetzt der große Retter zu sein, kauft Ihnen doch niemand mehr ab. Menschlich haben Sie jedenfalls schon gezeigt, wohin die Reise mit Ihnen geht.

Wie passen denn auch die Forderungen von Frau Tokyürek in ihrem Redebeitrag, wenn ich einmal ihre Kollegen aus dem Verkehrsausschuss zitieren darf, die Autos, und zwar alle Autos aus der Stadt bekommen wollen?

Für Sie scheint es absolut keinen Widerspruch zu den Bezirksvertretungsabstimmungen zu geben, wo Sie gegen Handwerkerparkplätze votiert haben. Aber dass Sie jetzt im Stadtrat auf einmal das Herz für den motorisierten Individualverkehr entdecken, ist doch wirklich scheinheilig und billig.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur meinen Bezirksvertretern danken, sondern allen, die sich hier nicht widergespiegelt fühlen. Ich kann Ihnen da aus Chorweiler viele Beispiele nennen. Diejenigen fühlen sich hier von Ihnen nicht vertreten.

Gute Anträge von der AfD werden nur aus ideologischer Bockigkeit von Ihnen abgelehnt, und die richtig guten Anträge wie dieser zu den Handwerkerparkplätzen schaffen es aus der BV auch in den Stadtrat.

Meine Damen und Herren, wir gehen mit gutem Beispiel voran und stimmen diesem wichtigen Antrag natürlich zu. Wir machen uns da frei von allen ideologischen Zwängen und müssten trotz besseren Wissens bei Ihnen ehrlicherweise langsam den gleichen Standard ansetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauende! Ich bedanke mich herzlich für diesen tollen Antrag, bei dem es sich um einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende handelt. Denn wenn man sich mit Leuten unterhält und sagt, das Auto solle langsam, aber sicher aus der Innenstadt heraus, kommt ganz oft als Argument: Aber was ist denn mit den Handwerkern und Handwerkerinnen oder mit den Pflegediensten? Sollen sie jetzt auch alle nicht mehr in die Innenstadt fahren können? - Nein, natürlich nicht. Sie sollen das weiterhin tun können.

Zu dem Verständnis trägt in jedem Fall bei, wenn wir diese Lade- und Parkplätze gut markieren. Denn es muss im Stadtbild aktiv zu sehen sein: Hier darf der- oder diejenige parken; dieser Parkplatz ist für die betreffenden Gruppen vorgesehen. - Das hilft uns allen bei der Verkehrswende weiter.

Wichtig wäre mir Folgendes: Wenn das Ganze zur Verfügung gestellt wird und wir direkt auf Online-Karten nachschauen können, wo denn hier etwas frei ist, sollte das im Digitalen möglichst breit gestreut werden. Falls das zum Beispiel über die Stadt-Köln-App funktioniert, sollte diese auch aktualisiert werden. Gestern habe ich versucht, mir diese App herunterzuladen. Das ging mit meinem vor zwei Jahren gebraucht gekauften Handy nicht, da dieses wohl zu neu ist. Die App ist 2017 das letzte Mal aktualisiert worden. Das ist ein bisschen lange her.

Deswegen sollte man das Ganze bitte breit streuen und für alle zur Verfügung stellen, damit es schnell zu finden ist und in der Stadt wirklich gut sichtbar ist - sowohl auf digitalem Wege als auch im Stadtbild farblich deutlich markiert. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo zusammen! Ich würde gerne einen mündlichen Ergänzungsantrag stellen und möchte beantragen, den Punkt 5, in dem es um die Online-Karte geht, um folgenden Satz zu ergänzen:

> Diese Karte soll Open Source sein, beispielsweise als Layer bei OpenStreetMap.

Meine Begründung dafür ist, dass es mehrere Vorteile hat, bestehende Kartendienste, vor allem Open-Source-Produkte, zu nutzen.

Erstens. Digitale Lösungen können schnell teuer werden. Bestehende Dienste zu nutzen und in diesem Fall eine Kartenebene zu erstellen, erfordert deutlich weniger Aufwand.

Zweitens. Die Nutzungsmotivation und die Nutzungswahrscheinlichkeit sind höher, wenn man bestehende Produkte benutzt oder auf diese aufsetzt.

Drittens. Da es mit öffentlichen Geldern finanziert wird, sollten auch der Code und die Inhalte bzw. die Daten öffentlich nutzbar sein - Hashtag „#PublicMoneyPublicCode“. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, ich würde Sie bitten, den Beschlusstext Ihres Ergänzungsantrages noch einmal vorzutragen. Ich habe das irgendwann nicht mehr mitschreiben können. Sie haben es ja begründet. Die Begründung ist uns allen im Ohr. Aber es wäre mir sehr recht, wenn Sie den Beschlusstext noch einmal nennen würden.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ja. Folgender Satz soll dem Punkt 5 angehängt werden:

> Diese Karte soll Open Source sein, beispielsweise als Layer bei OpenStreetMap.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Dann würde, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, Herr Hammer einen Vorschlag machen, wie abgestimmt werden soll - wobei ich natürlich zunächst über diesen Ergänzungsantrag abstimmen lassen würde.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das würde ich gern erläutern!)

- Oder so. Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das ernsthafte Auseinandersetzen mit unserem Antrag und die zahlreichen Änderungsanträge, die jetzt auch noch mündlich hier gestellt worden sind.

Wir haben gerade schon in bilateralen Gesprächen versucht, es etwas aufzudröseln und zu klären.

Wir würden den Aspekt der Überprüfung der zeitlichen Gültigkeit der Regelung gerne mit in unseren Antrag übernehmen, sehen aber nicht die Notwendigkeit, die Sonderregelungen, die für Menschen mit Behinderungen und Parkausweisen etc. ohnehin schon gelten, hier noch einmal

explizit zu nennen, weil die Stadt auf ihrer Homepage auch schon aufführt, was alles entsprechend gilt. Das möchten wir also nicht übernehmen, aber die zeitliche Überprüfung der Regelung sehr gerne.

Zum gerade gestellten mündlichen Änderungsantrag der KLIMA FREUNDE: Meiner Kenntnis nach ist die Stadt sowieso verpflichtet - oder macht das ohnehin schon -, bei allen Kartenwerken, die sie online stellt, das auch in entsprechend lesbaren Formaten zu tun. Daher wäre das obsolet, sodass wir diesen Antrag ablehnen würden.

Sprich: Wir würden die eine Ergänzung von Lisa Steinmann mit übernehmen und den Rest ablehnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier gibt es eine Gegenrede. Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Das bitte ich noch einmal zu prüfen. Denn einen ähnlichen Antrag, das als Open-Source-Verfahren zur Verfügung zu stellen, hatten wir im Verkehrsausschuss zu den Lastenrädern gestellt, und da hieß es, dass die Stadt Köln prüfen muss, ob sie das möglich machen kann, und nicht, dass es so ist.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Vielleicht kann man den Änderungsantrag ja als Prüfantrag mit hineinnehmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] schüttelt den Kopf)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe darüber hinaus herausgehört - noch nicht direkt als Antrag, aber herausgehört -, es gehe auch um eine baldige Aktualisierung des Parkplatzkatasters.

(Lisa Steinmann [SPD]: Der Daten! Nicht des Systems!)

- Der Daten.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das würden wir entsprechend mit aufnehmen!)

Der Daten. Ich habe es verstanden, ja. Wir wissen jetzt, worüber wir abstimmen lassen.

Dann gab es die farbige Markierung.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Zur Markierung haben wir gesagt: Die Verwaltung soll sehen, was sie macht!)

Ich habe mir ganz viel mitgeschrieben - Handwerker, mobilitätseingeschränkte Menschen, Pflegedienste. Das ist alles mit enthalten. Ich möchte nur nicht, dass wir hinterher erleben, dass irgendetwas nicht mit drin ist. Ich glaube es nicht. Ich glaube, dass wir das alles aufnehmen können. - Bitte.

Lisa Steinmann (SPD): Entschuldigen Sie die Verwirrung. Dabei hatte ich heute immerhin schon einmal einen Schmierzettel dabei. - Ich glaube, dass Lino Hammer das jetzt klargestellt hat.

Die zeitlichen Sachen: alles klar.

Die Formulierungen der Menschen, die es alle betrifft, habe ich für das Protokoll genannt. Aber das ist ja Gesetzesgrundlage. Deswegen müssen wir sie im Beschlusstext nicht mehr aufführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich habe ja nur nachgefragt, weil ich das - -

Lisa Steinmann (SPD): Die farbliche Markierung der Bodenflächen war jetzt noch eine Erweiterung. Ihr hattet nur „Gestaltung“ gesagt. Ich hatte gesagt: nicht einfach nur die Beschilderung, sondern gegebenenfalls auch eine farbliche Markierung.

Das digitale System - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können wir das prüfen, ob das mit der farblichen Markierung geht?

Lisa Steinmann (SPD): Ja. Ein Blick nach Brüssel und bitte prüfen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zuerst über den Ergänzungsantrag von Frau Gabriel abstimmen. Danach komme ich zur Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der mündlichen Ergänzung, die wir eben festgelegt haben, und dem mündlichen Prüfantrag, den wir eben festgelegt haben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau so!)

- Okay. - Dann lasse ich zunächst über den Ergänzungsantrag von Frau Gabriel abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Frau Gabriel, Herr Zimmermann, die Fraktion Die FRAKTION und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen, und zwar mit den folgenden Ergänzungen:

- unter Punkt 2: Die Prüfung soll auch berücksichtigen: die zeitliche Geltung der Regelung und eine Aktualisierung der Daten
- unter Punkt 6 - „Ladezonen durch klare und einheitliche Beschilderung zu kennzeichnen und gegebenenfalls auch Markierungen zu prüfen“

(Lisa Steinmann [SPD]: Farbliche Markierungen!)

- „farbliche Markierungen zu prüfen“. - Gut.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den mündlichen Ergänzungsantrag von RM Gabriel

Beschluss:

Ergänzung zu Punkt 5:

Diese Karte soll Open Source sein, beispielsweise als Layer bei OpenStreetMap.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., Volt und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag mit den mündlichen Ergänzungen der SPD-Fraktion:

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. *bei allen künftigen Überplanungen des öffentlichen Raums, unter Beachtung des Masterplans Parken, Sondernutzungen stärker zu berücksichtigen. Bei der Anzahl der Ladezonen und Parkplätze mit Sondergenehmigung (z.B. für Handwerker*innen und Pflegedienste) soll eine engmaschige Abdeckung des Stadtgebiets und die Vorgaben des Master-plans Parken berücksichtigt werden.*
2. *zu prüfen, wie in Bereichen, in denen aktuell Ladezonen fehlen, nachträglich Möglichkeiten für Handwerk und Pflegediensten geschaffen werden können, indem z.B. bestehende Parkplätze zu Ladezonen umgewandelt werden.*

   Die Prüfung soll auch berücksichtigen:

   - zeitliche Geltung der Regelung

   - Aktualisierung der Daten
3. *Regelverstöße in Ladezonen, z.B. durch falsch parkende Autos, konsequent zu ahnden und diese zeitnah abzuschleppen.*
4. *bei Sondernutzungen im Rahmen von Baustelleinrichtungen und öffentlichen Großveranstaltungen ausreichend Stellflächen für Handwerker*innen, insbesondere für Material- und Werkzeugvorhaltung, zu berücksichtigen.*
5. *Eine Onlinekarte des Stadtgebietes zu erstellen, auf dem alle Ladezonen gekennzeichnet sind und diese aktiv zu bewerben.*
6. *Ladezonen durch klare und einheitliche Beschilderung und ggf. auch durch farbliche Markierungen zu kennzeichnen und zu prüfen, ob eine einheitliche Bodenmarkierung von Ladezonen möglich ist, damit diese leichter zu erkennen sind und einer regelwidrigen Nutzung entgegengewirkt wird.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Ergänzungsantrag von RM Steinmann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) „Für einen funktionierenden öffentlichen Dienst: Beschäftigte auskömmlich bezahlen!“ AN/0482/2023

Als Erstem gebe ich Herrn Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir alle beobachten den Tarifstreit im öffentlichen Dienst mit großem Interesse - und wir hier im Rat vielleicht mit noch größerem Interesse als die Bevölkerung ohnehin.

In der letzten Ratssitzung haben wir gemeinsam darüber diskutiert, wie man den öffentlichen Dienst attraktiver machen kann. Anlass war ein Antrag, der hier eingebracht wurde. Wir waren uns, glaube ich, relativ einig - jedenfalls habe ich dazu wenig Widerspruch gehört -, dass der Gap zwischen der Bezahlung im öffentlichen Dienst und der Bezahlung für vergleichbare Tätigkeiten in der freien Wirtschaft nicht zu groß werden darf. Natürlich hat der öffentliche Dienst auch sehr attraktive Seiten; gar keine Frage. Aber das Finanzielle darf auch nicht zu sehr abgehängt werden.

Wir beobachten aber in den letzten Jahren alle zusammen, dass das offensichtlich der Fall ist. Denn den Kommunen oder der öffentlichen Hand allgemein fällt es noch viel schwerer, als es den meisten Playern in der Wirtschaft ohnehin schon fällt, Fachkräfte zu gewinnen.

Deswegen muss es unser gemeinsames Anliegen hier und heute sein, diesen Gap nicht zu groß werden zu lassen und unseren Einfluss, den wir sozusagen als Teil einer Tarifpartei haben, nämlich als Stadt Köln, alle gemeinsam auch geltend zu machen, um einen Tarifabschluss zu erreichen, der erstens den Leistungen, die die Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch in unserer Verwaltung erbringen, gerecht wird und zweitens dafür sorgt, dass dieser öffentliche Dienst auch für Nachwuchskräfte attraktiv bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich ausdrücklich betonen, dass Sie diesen Antrag bitte nicht falsch verstehen sollen, nämlich als Gewerkschaftsantrag. Das ist er nicht. Er ist ein Antrag, den wir als sozusagen Tarifpartei und als ein Player in diesem Gefüge wirklich gemeinsam beschließen sollten,

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Die SPD ist Tarifpartei? Das ist mir aber neu!)

weil wir ein Interesse daran haben, dass die Beschäftigten bei uns in der Verwaltung sich auskömmlich bezahlt fühlen und dass wir auch Nachwuchskräfte gewinnen.

Das ist im wohlverstandenen Interesse der Stadt, die zwar im ersten Schritt auf die Finanzen guckt, aber im zweiten Schritt doch erkennen muss, was passiert, wenn die Verwaltung nicht ausreichend mit Personal besetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Langer Rede kurzer Sinn - ich mache es heute etwas weniger kämpferisch, weil ich das Gefühl habe, dass wir uns an diesem Punkt hier ohnehin alle einig sind -: Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen, indem wir dem KAV NW, in dem wir ja Mitglied sind, das Signal geben, dass wir erwarten, dass das Angebot an die Gewerkschaft erhöht wird, dass also ein neues, gutes Angebot vorgelegt wird, das den Leistungen, die im öffentlichen Dienst erbracht werden, gerecht wird.

Lassen Sie uns gemeinsam gewiss sein, dass wir damit nicht nur den Arbeitnehmenden helfen, sondern vor allen Dingen auch uns selbst, nämlich dieser Verwaltung und dieser Stadt, indem wir dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst, der leistungsfähig ist, auch in Zukunft leistungsfähig bleibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten, ob bei der Müllabfuhr, den Verkehrsbetrieben, der Krankenpflege, den Kitas oder weiteren Bereichen des öffentlichen Dienstes, leisten einen unverzichtbaren Dienst für die Allgemeinheit und in dem Sinne auch für uns. Dafür haben sie nicht nur unser aller Dank verdient, sondern auch die Unterstützung bei den aktuellen Tarifverhandlungen.

Allein 2,5 Millionen von ihnen sind beim Bund und bei den kommunalen Arbeitgebern beschäftigt. Sie alle streiten aktuell um eine bessere Bezahlung und bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

Es ist jedoch jetzt schon für uns alle klar, dass der Personalmangel in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes drastische Konsequenzen mit sich bringen wird. Und es wird noch schlimmer kommen. Bis zum Jahr 2030 wird allein beim Bund jeder bzw. jede dritte Beschäftigte in Rente gehen. Auf kommunaler Ebene wird es auch nicht anders sein.

Steigende Mieten, hohe Preise für Energie und Lebensmittel - so sieht aktuell die Realität für viele Beschäftigte aus. Die hohen Kosten sind insbesondere für die unteren Entgeltgruppen kaum noch zu bewältigen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst in vielen Bereichen deutlich attraktiver werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich das Angebot der öffentlichen Arbeitgeber anschaut, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Sorgen der Beschäftigten nicht wirklich ernst genommen werden. Das Angebot ist eine Mogelpackung und der aktuellen Situation der Beschäftigten in keiner Weise angemessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht das Angebot aus? Eine Lohnerhöhung von mickrigen 5 Prozent in zwei Schritten für 27 Monate - so der Vorschlag. Ein Mindestbetrag als soziale Komponente für die unteren Einkommensgruppen ist nicht vorgesehen - Fehlanzeige. Außerdem sollen über einen Zusatztarifvertrag Gehaltsabsenkungen in den Krankenhäusern ermöglicht werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das kann man nicht glauben. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Und schließlich wollen die Kommunen die Jahressonderzahlung so erhöhen, dass davon in erster Linie Amtsleiter und weitere Führungskräfte profitieren, Beschäftigte in niedrigen Einkommensgruppen hingegen nicht. Auch das ist nicht hinnehmbar.

Da helfen auch keine Einmalzahlungen. Denn man kann sie, wie der Name schon sagt, nur einmal ausgeben. Die Preise werden aber dauerhaft hoch bleiben.

Es ist wichtig, die unteren Beschäftigtengruppen, die das bitter nötig haben, besonders zu entlasten. Die oberen Entgeltgruppen bei den Lohnerhöhungen überproportional versorgen zu wollen, ist der falsche Weg. Das spaltet die Belegschaft, und das sollten wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die Streikbereitschaft so hoch ist, hat genau mit solchen Angeboten zu tun. Wir spüren das ja im Alltag. Am Montag ist wieder Streik angesagt. Daran liegt das. Man hätte gute Angebote vorlegen können.

Die Bezahlung ist dabei eine sehr wichtige Stellschraube. Denn wir laufen Gefahr, für die wichtigen Aufgaben mittelfristig kein Personal mehr zu finden und zentrale Leistungen nicht mehr erbringen zu können.

Wenn es um das Thema Bezahlung geht, kommen wir sehr schnell beim Fachkräftemangel an. Wir haben aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch einen Arbeitskräftemangel. Leider wird das in dieser Diskussion nicht gesehen, oder man will es nicht sehen. Aber beides muss zusammengedacht werden.

Wir alle kennen folgende Situation: Wir ärgern uns über langsame Verwaltungen und über nicht funktionierende Prozesse. Gleichzeitig soll das alles

mit dem vorhandenen Personal verändert werden. Das ist nicht möglich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

In der letzten Ratssitzung - Gerrit Krupp hat es gesagt - haben wir genau über diesen Arbeits- und Fachkräftemangel gesprochen. Die Umsetzung des Antrags steht noch aus. Da heißt es, dass wir hier gemeinsam um die besten Lösungen ringen müssen. Ich hoffe, dass wir es im AVR dann schaffen, eine gute Lösung zu finden.

Als Fraktion DIE LINKE unterstützen wir daher die Forderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaft

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich dachte, das sei kein Gewerkschaftsantrag!)

nach einem Lohnplus von mindestens 500 Euro oder 10,5 Prozent. Wir halten das für absolut gerechtfertigt und angemessen.

Denn eines muss uns ganz klar sein: Ein attraktiver und verlässlicher öffentlicher Dienst ist besser für alle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Es wurde schon viel Wichtiges gesagt. Darum möchte ich nur kurz ergänzen, dass es unheimlich wichtig ist, diese Menschen zu unterstützen und hinter ihnen zu stehen, weil das letztendlich diejenigen sind, die die ökosoziale Wende, die wir alle brauchen und fordern, im Operativen täglich umsetzen. Darum sollten wir aufrichtig mit allen Mitteln, die wir haben, diese Menschen unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch ich freue mich, diesen Antrag unterstützen zu können. Die Vorredner*innen haben darauf hingewiesen, dass es in erster Linie darum geht, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind - also die Stadt Köln und die Unternehmen im Stadtwerke-Konzern. Es geht aber natürlich auch um das Portemonnaie der dort Beschäftigten. Bei höherer Inflation, steigenden Mieten und den ganzen großen Problemen, die die Inflation zurzeit antreiben, sind höhere Löhne durchaus gerechtfertigt und dringend notwendig. Daher sollte ein wirklich akzeptables Angebot schnellstmöglich vorgelegt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Verehrte Zuschauer*innen! Seit Ende Januar 2023 laufen die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes für über 2 Millionen Beschäftigte. Warum? Weil der letzte Tarifabschluss planmäßig zum 31. Dezember 2022 geendet hat.

Bereits im vergangenen Jahr wurden von den Tarifpartnern drei Verhandlungsrunden terminiert - Ende Januar, Ende Februar und Ende März. Warum erzähle ich das hier in aller Breite? Weil ein Tarifabschluss für über 2 Millionen Beschäftigte nicht innerhalb von vier Wochen ausgehandelt werden muss. Vielmehr braucht das seine Zeit. Drei Verhandlungsrunden, wie von den Tarifpartnern geplant, sind absolut notwendig und richtig.

Was wir derzeit erleben, sind nicht unbekannte Tarifverhandlungen. Auch Warnstreiks, auch die großen Warnstreiks, gehören dazu. Sie sind gerechtfertigt, um die Forderungen der Arbeitnehmer*innen deutlich zu machen. Das gehört mit dazu.

Die Forderungen der Beschäftigten nach einer erheblichen Lohnsteigerung sind absolut nachvollziehbar und gerechtfertigt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Viele Argumente haben wir gehört. Genannt wurden die hohe Inflationsrate, aber auch der hohe

Wert eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes in der Pandemiezeit. Davon haben wir alle profitiert. Das war ein wichtiger Baustein, der stark dazu beigetragen hat, dass wir - mit allen Diskussionen - gut durch die Pandemie gekommen sind. Was dort im Gesundheitsamt, in den Krankenhäusern, bei der KVB, in den städtischen Einheiten und, und, und geleistet wurde, kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Wir haben gesehen, was die Leistungsfähigkeit bedeutet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Zukunftsbetrachtung ist die Sicherung dieser Leistungsfähigkeit mit einer adäquaten Bezahlung und Vergütung hoch wertvoll. Darum muss die Arbeitgeberseite das erste Angebot auch nachbessern.

Wir wissen aber auch, dass auf der Arbeitgeberseite Vertreter*innen des Bundes und der Kommunen verhandeln, weil dieser Tarifvertrag für die Beschäftigten von Bund und Kommunen gilt.

Wir wissen auch, dass der zu erwartende Tarifabschluss für die kommunalen Haushalte notwendige, aber erhebliche Belastungen mit sich bringen wird. Für die Stadt Köln bedeutet jeder Prozentpunkt 10 Millionen Euro mehr Personalkosten für die Kernverwaltung.

Wir werden diese Mehrkosten unter großer Anstrengung wahrscheinlich abbilden können. Es gibt aber auch Kommunen, in denen der Haushalt ganz anders aussieht. Insofern müssen wir auch den interkommunalen Blick auf diese Auswirkungen haben. Das heißt: Die Gemengelage ist heterogen und nicht mit leichten Forderungen nach links oder rechts oder nach oben oder unten zu beantworten.

Wir respektieren die Tarifpartner. Wir vertrauen darauf, dass dort vernünftige, verantwortungsvolle Verhandlungen laufen. Die dritte Runde startet am Montag kommender Woche, also an dem Tag, an dem der Generalstreik stattfindet.

(Ulrich Breite [FDP]: Generalstreik?)

- Entschuldigung. Der großflächige Warnstreik, der angekündigt wurde.

(Volker Görzel [FDP]: Ich stelle das gleich noch klar!)

- Alles gut. - Das heißt zusammengefasst: Wir vertrauen den Verhandlungspartnern. Wir respektieren die Tarifautonomie. Wir sehen keinen Bedarf, jetzt mit politischen Forderungen in diese Verhandlungen einzugreifen. Daher werden wir den Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Wir reden hier über ein wichtiges Thema, weil die entsprechende Vergütung im öffentlichen Dienst natürlich eine wichtige Maßgabe ist. Aber wir haben - und das hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewährt - auf der Basis unseres Grundgesetzes die Tarifautonomie.

Die Tarifautonomie bedeutet, dass das Verfahren für die entsprechenden Lohnanpassungen, die alle Jahre passieren, klar geregelt ist. Die Lohnanpassungen werden eben nicht durch die Politik festgelegt, sondern durch die Tarifparteien ausgehandelt.

Dieses Verfahren, um das uns viele andere Länder beneiden, hat dazu geführt, dass wir genau diesen Wohlstand und auch genau dieses Gerechtigkeitsempfinden haben. Es wird eben nicht von oben diktiert, sondern zwischen den Tarifparteien ausgehandelt.

Dann gibt es auch mal Verwerfungen in Branchen. Ich erinnere an den langwierigen Streik der Lokomotivführer, die sich damals von der Zentralgewerkschaft der Eisenbahner nicht vertreten fühlten. Daraufhin haben sie eine eigene Gewerkschaft gegründet und dann andere Bedingungen durchgesetzt. Das ist das Verfahren, das wir in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Deshalb gehört - bei allem Verständnis für berechtigte Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auch in der Kölner Stadtverwaltung einen super Job machen; wir haben an anderer Stelle hier im Hause ja auch schon ausreichend darüber diskutiert - die Debatte heute einfach nicht hierhin. Denn wir haben eine Tarifautonomie. Das heißt, dass wir die Verwaltung nicht

anweisen, was ihre Verhandlungsposition zu sein hat.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Antrag ganz klar ab, auch wenn wir natürlich eine starke Sympathie für berechtigte Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Räder stehen still, wenn dein langer Arm es will.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Starker Arm!)

- Starker Arm. „Langer Arm“ ist die Hebelwirkung. Richtig; sehr gut. Ich wollte nur einmal testen,

(Heiterkeit)

ob die gewerkschaftlich orientierten Kolleginnen und Kollegen noch bei uns sind.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können auch singen!)

Georg Herwegh, 1863, „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ - jeder kennt es.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, klar!)

Wir werden am kommenden Montag in einem flächendeckenden Streik in Deutschland merken, was das bedeutet und welche Kraft hinter den Gewerkschaften steht.

Ein Inflationsausgleich von 5 Prozent bei einer Inflation von 8 oder 9 Prozent bedeutet natürlich einen Nettoverlust. Daher habe ich großes Verständnis.

Großes Verständnis habe ich auch dafür, dass wir als Bürgerinnen und Bürger Streiks aushalten müssen. Das ist nun einmal so. Es ist nicht schön, wenn man morgens nicht zur Arbeit kommt oder, weil die Kinder nicht zur Schule kommen oder gar Kitas geschlossen sind, Homeoffice machen oder sich sogar einen Tag Urlaub nehmen muss. Das ist alles nicht schön.

Ich habe auch großes Verständnis dafür, dass man bei den Gewerkschaften versucht, Mitglieder zu gewinnen oder seine Wiederwahl zu sichern. Bei ver.di stehen bekanntermaßen im September dieses Jahres die alle vier Jahre stattfindenden Vorstandswahlen an, und die EVG will natürlich gegen die GDL punkten, wie gerade schon angeklungen ist. Dafür habe ich großes Verständnis.

Aber es ist schlicht und ergreifend nicht unsere Aufgabe, hier irgendwelche Forderungen zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Petelkau hat zu Recht auf Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz hingewiesen:

> Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.

So steht es in unserer Verfassung. Und das sind nun einmal die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften - und nicht der Rat der Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Wie die eine oder der andere weiß oder vielleicht schon einmal gehört hat, beschäftige ich mich gelegentlich auch außerhalb des Rates mit arbeitsrechtlichen Themen.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Echt?)

Ich kann Ihnen eines sagen: Wenn es dazu kommt, über den TVöD oder den TV-L, Anlage XY, nachzudenken, schiebe ich das ganz weit weg. Warum? Weil es hoch kompliziert ist. Es ist extrem komplex. Es gibt Fallstricke.

(Zuruf von Dr. Gerrit Krupp [SPD])

- Jawohl. Vielen Dank, lieber Kollege. Es ist eine extrem komplizierte Materie.

Wir hier im Raum, so intelligent wir alle sind, können doch nicht ernsthaft glauben, dass wir besser wissen als die Tarifvertragsparteien,

(Beifall bei der FDP)

die sich jeden Tag damit beschäftigen, was gut und richtig und angemessen ist. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Kollegin Tokyürek, bei allem Verständnis für Gewerkschaftsgesänge: Das können wir doch gar nicht. Seien wir doch einmal ehrlich.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Deswegen sage ich - das ist mein letzter Punkt -: Das Ganze ist - Herr Kollege Detjen, Sie haben es ja gerade selber hier unter Beweis gestellt - natürlich auch ein Stück weit Anbiederung. Seien wir doch einmal ehrlich.

(Beifall bei der FDP)

„Und täglich grüßt das Murmeltier“. Herr Kollege Seeck, ich muss Ihnen den Claim klauen; Sie hatten es eben schon einmal zitiert. „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Ralf Unna erinnert sich.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Besser nicht!)

Wir hatten hier vor einem halben Jahr eine ähnliche Situation, als es um die Krankenhäuser ging. Da hatten wir auch gefordert: Ja, erhöht doch die Gehälter; schließlich haben wir einen Pflegenotstand; alles super, alles toll.

Das können wir nicht. Wir sollten das nicht tun, sondern sollten ehrlich bleiben. Wir sollten unsere Aufgaben erledigen und die anderen, die das viel besser können, deren Aufgaben erledigen lassen.

In diesem Sinne: Stimmen Sie diesem Antrag nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Jetzt freue ich mich auf die Nachfrage des Kollegen Joisten - wenn denn eine kommt.

(Christian Joisten [SPD]: Ich habe ja noch gar nicht das Wort!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Volker Görzel, ich muss es ja in eine Frage packen. Können Sie sich vorstellen, dass die hier antragstellenden Fraktionen tatsächlich von ernster Sorge getrieben sind, als Arbeitgeber, der wir als Stadt - und wir sind die Vertreter dieser Stadt - nun einmal sind, irgendwann nicht mehr handlungsfähig zu sein, weil uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter laufen gegangen sind oder die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht gekommen sind, und dass uns diese ehrliche Sorge dazu treibt, auch zu sagen, dass hier einmal ein Signal von diesem Rat ausgehen muss, diesen Menschen ein Angebot zu unterbreiten?

Und um mehr geht es nicht. Wir haben hier keine Zahlen hineingeschrieben. Wir wollen nicht den TVöD verhandeln. Wir wollen nur ein klares Signal an die Beschäftigten senden, dass sich diese Stadt mit dafür einsetzt, dass hier gute Arbeitsbedingungen auch nachhaltig geschaffen werden.

Können Sie sich vorstellen, dass das unsere Sorge ist, und nicht Populismus oder irgendetwas, was Sie uns sonst unterstellen? - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Volker Görzel (FDP): Lieber Kollege Joisten, als Mitglied einer Fraktion, die gemeinsam mit eurer Fraktion am 9. Februar 2023 in diesem Rat den Antrag gestellt hat, zur Bekämpfung des Fachkräftemangels bei der Stadt Köln Maßnahmen zu implementieren - leider ist dieser Antrag an den Worten von Herrn Petelkau gescheitert, dass es gar keinen Handlungsbedarf gebe -, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass euch die ernste Sorge um die Stadt Köln umtreibt.

(Christian Joisten [SPD]: Danke schön! Das wollte ich nur hören!)

Wir teilen diese Sorge auch. Aber wir wählen andere Instrumente. Wir wählen rechtsstaatliche Instrumente. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten [SPD]: Wir auch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen! Trotz Nieselregen wie am vergangenen Dienstag protestieren aktuell Tausende Kölnerinnen und Kölner voller Kampfgeist für gerechtere Löhne.

Ihre Forderungen sind berechtigt. Wir haben gerade schon viel gehört. In den vergangenen Pandemiejahren waren sie mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, und ihre Jobs wurden zu Recht zu großen Teilen als systemrelevant eingeordnet. „Wir halten dieses Land am Laufen!“, titelte der *Kölner Stadt-Anzeiger* in dieser Woche.

Nach der Pandemie kommt die Inflation und stellt uns alle und insbesondere die aktuell Streikenden vor ganz andere, aber ähnlich schwerwiegende Herausforderungen wie zuvor die Pandemie.

Deswegen wollen wir alle - das zeigt sich an den ganzen Reden - eine schnelle Einigung in diesen Tarifverhandlungen - auch, um weiter die Fachkräfte für diese Stadt und die Arbeitskräfte für diese Stadt zu gewinnen -; eine Einigung, die den Forderungen der Streikenden und ihrer Gewerkschaft am Ende gerecht wird. Unsere Solidarität gilt ihnen. Unsere politische Unterstützung für die Verhandlungsrunden ist ihnen dabei auch sicher.

Gleichzeitig ist aber - das haben die Reden heute auch gezeigt - unser Handlungsrahmen im Kölner Rat mal wieder begrenzt. Das wissen auch alle, die hier reden. Dieser Antrag signalisiert zwar Solidarität. Aber die Umsetzung ist trotz besten Willens so am Ende nicht möglich. Die Kölner Verwaltung wird nicht in die Tarifautonomie eingreifen können und das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht steuern können.

Deshalb halten wir es für scheinheilig, mit einem solchen Antrag so zu tun, als könne man die Verwaltung dazu bringen, die Ergebnisse entsprechend zu beeinflussen.

Wir hatten daher einen Änderungsantrag erarbeitet, der unsere Solidarität ausdrückt, aber eben keine leeren Versprechungen macht. Dieser hat leider keine Mehrheit gefunden. Deswegen werden wir uns heute enthalten.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Das ist wieder so ein Antrag aus der Mottenkiste der linken Träumereien.

Die Tarifverhandlungen laufen im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen. Verhandlungsführerin ist meines Wissens Innenministerin Faeser. Sie ist bekanntlich von der SPD. Liebe SPD-Fraktion, nehmen Sie doch einfach den Telefonhöher in die Hand und bringen Ihre Anliegen dort vor. Das wirkt wahrscheinlich besser. Allerdings werden Sie da wahrscheinlich auch ganz schnell hören, wie die wirkliche finanzielle Lage in Deutschland ist.

Wir haben in diesem Tarifstreit - es wurde ja schon angesprochen - die Rolle des Arbeitgebers wahrzunehmen. Und die Arbeitgeber der öffentlichen Hand sind die hart arbeitenden Steuerzahler. Sie haben einen Anspruch darauf, dass man einen guten Abschluss erreicht, der noch bezahlbar ist, aber auch gute öffentliche Dienstleistungen sicherstellt.

Den Ausführungen zur Tarifautonomie, die hier getroffen worden sind, kann ich nur beipflichten.

Liebe SPD, so führt man keine Verhandlungen. Man fällt den eigenen Leuten nicht in den Rücken. Sie meinen: Jetzt haben wir in Köln etwas weniger zu sagen; dann fordern wir einmal Freibier für alle.

Mich würde interessieren, was Ihre leider immer noch vorhandenen SPD-Oberbürgermeister im Lande denn dazu sagen. Wo sind die? Mir ist nicht bekannt, dass die aktuell reihenweise sagen: Wir haben das Geld, und raus damit. - Wo sind die? Mir ist keine Initiative von 20 SPD-Oberbürgermeistern - so viele gibt es ja bestimmt noch in dieser Republik - bekannt, die jetzt sagen würden: Wir müssen allen Forderungen der Gewerkschaft nachgeben. - Das ist mir nicht bekannt.

Darüber hinaus ist der Antrag handwerklich schlecht gemacht.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie etwas fordern, dann tun Sie das doch bitte mit konkreten Zahlen. Diese haben zu umfassen, was Sie genau für die Beschäftigten erreichen wollen und wie viel das die Stadt kostet. Dann nennen Sie bitte auch die

Gegenfinanzierung, zum Beispiel über Einsparungen an anderer Stelle. Schließlich sind wir hier nicht bei „Wünsch Dir was“. Es geht um eine ganze Menge Steuergeld. Da hätten mehr Details hineingehört. Das zeugt von finanzpolitischer Sorglosigkeit. Und so eine Sorglosigkeit führt bekanntermaßen immer in die Pleite.

Dann schreiben Sie von der hohen Inflation. Das stimmt. Sie trifft viele Menschen in diesem Land hart, gerade Menschen in den unteren Tarifgruppen. Sie haben auch meine Solidarität. Aber was sind denn die Ursachen? Keiner redet über die Ursachen. Die Ursachen sind die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und das ganze Geldgedrucke der letzten Jahre. Daran hat die SPD bisher nirgendwo Kritik geübt.

Außerdem trägt - hausgemacht - die dümmste Energiepolitik der Welt massiv dazu bei. Sie, liebe SPD, sind maßgeblich am Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie beteiligt und halten auch schön weiter daran fest.

(Beifall bei der AfD)

Aktuell haben Sie noch die Möglichkeit, das zu stoppen. Ein Angebot ausweiten - in diesem Fall von Energie -, führt bekanntlich zu sinkenden Preisen. Das ist die beste Methode gegen Inflation.

Lassen Sie also endlich die Finger von der planwirtschaftlichen Denkweise Ihres Mitantragstellers, der Linkspartei. Diese Denke hat schon einmal einen deutschen Staat in den finanziellen Ruin getrieben.

Natürlich braucht es einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge. Gute Mitarbeiter gewinnt man durch gute Gehälter. Damit bekommt man gute Dienstleistungen.

Aber dann sollte man sich auch einmal Gedanken darüber machen, wo man im öffentlichen Bereich kürzen kann. Ein bisschen weniger kommunale Außenpolitik und nicht so viel sonstiger Firlefanz wären doch ein Anfang. Dazu kommt von Ihnen nichts.

Oder geschützte Grenzen zur Reduzierung der Zuwanderung, um damit den finanziellen Druck auf die Kommunen zu verringern. Wenn Sie Ihre SPD-Innenministerin dann hoffentlich anrufen, fordern Sie sie doch gleich dazu auf.

Außerdem stellt man sich die Frage, ob der Antrag glaubwürdig ist, wenn man bedenkt, wo die SPD - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Rolle als Sitzungsleiterin sollten Sie jetzt einmal eingreifen. Hier gibt es jede Menge Zwischengespräche, und es hört kein Mensch zu. Ich glaube, wir können erwarten, dass Sie Ihrer Rolle als Sitzungsleiterin nachkommen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihren Ratschlag. - Bitte fahren Sie fort.

Christer Cremer (AfD): Außerdem stellt man sich die Frage, ob der Antrag glaubwürdig ist, wenn man bedenkt, wo die SPD in den letzten Jahrzehnten mitregiert hat. Eines ist sicher: Den Beamten auf Landes- und kommunaler Ebene - und das sind immer andere Tarifabschlüsse - haben Sie in der Vergangenheit einiges zugemutet.

Das ist wirklich schlecht gemachter Populismus von Ihnen, und dann auch noch handwerklich so schlecht. Wissen Sie was? Das mit dem Populismus lassen Sie lieber mal uns machen. Das können Sie nämlich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Wir lehnen diesen Antrag ab, weil er nicht glaubwürdig ist.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion Volt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die Stadt Köln ist sich ihrer Verantwortung als öffentliche Arbeitgeberin bewusst, insbesondere um den besten Bürgerservice und eine leistungsfähige Stadtverwaltung sicherzustellen, dies wird nachhaltig nur durch gute Löhne gelingen. Der Rat der Stadt Köln unterstützt daher das Anliegen der Streikenden im öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaften, den öffentlichen Dienst durch eine auskömmliche Bezahlung attraktiv und funktionsfähig zu halten. Das beinhaltet auch die Berücksichtigung der unteren Lohngruppen, die im Verhältnis am stärksten unter der Inflation und der allgemeinen Teuerung leiden.*

2. *Der Rat der Stadt Köln weist die Stadtverwaltung an, im Kommunalen Arbeitgeberverband darauf hinzuwirken, der Arbeitnehmerseite ein neues, angemessenes Angebot zu machen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Volt-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Linie 13 - Stadtbahnring auch rechtsrheinisch vollenden!“
AN/0471/2023

Änderungsantrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)
AN/0567/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0573/2023

Ich gebe Herrn Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne meine Rede mit einer kurzen Geschichte. Denn ich musste täglich für meine Arbeit von Poll nach Wesseling fahren. Mit meinem Fahrrad brauchte ich für die Strecke etwa 35 Minuten und mit dem Auto 15 Minuten, aber mit der Bahn ganze 57 Minuten - nach meinem Verständnis viel zu lange und auch zu umständlich. Denn mit der Bahn musste ich erst Richtung Norden zum Neumarkt fahren, um dann wieder Richtung Süden zu kommen.

Diese wahnsinnig langen Reisezeiten in Köln liegen an der stark zentralisierten Angebotsstruktur. Sobald der Rhein zwischen zwei Stadtteilen liegt, erhöhen sich die Reisezeiten mit der Bahn erheblich und entscheiden zuungunsten eines attraktiven ÖPNVs. Genau hier muss Verkehrspolitik ansetzen.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, ist also eine weitere Verbindung der Stadtteile außerhalb der Innenstadt bzw. in der Umgehung der Innenstadt. Was wir brauchen, ist eine echte Ringbahn. Die Linie 13 soll endlich vollendet werden.

Dabei muss man sich ja nicht gleich von irgendjemandem sagen lassen, dass meine Fraktion hier etwas vollkommen Utopisches vorschlägt.

(Zuruf: Doch!)

Dass die Idee nicht völlig neu ist, ist auch klar.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hauptsache, wir reden mal darüber!)

Schon allein die Tatsache, dass schon oft darüber diskutiert wurde, zeigt, dass wir dringend eine solche Bahn brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch andere europäische Metropolen wie Berlin, London oder Wien machen vor, dass solche Verbindungen gerade für den innerstädtischen Verkehr hilfreich sind und diesen entlasten können. Unlängst hat die BVG sogar einen zweiten Ring um Berlin in die Diskussion eingebracht.

Jetzt ist also Köln an der Reihe. Köln braucht diese neue Verbindung über den Rhein dringend. Denn sie würde endlich das Vorkriegsniveau von nur drei Straßenbahnbrücken steigern und eine vierte Verbindung schaffen.

Ein Ringschluss der Linie 13 ist aber auch stadtentwicklungspolitisch wichtig. Denn die meisten

Kölner Entwicklungsflächen liegen rechtsrheinisch, und diese Flächen müssen wir besonders gut erschließen, um den Quell- und Zielverkehr der Autos endlich zurückdrängen zu können. Viel zu viele sind in Köln auf das Auto angewiesen, weil es keine guten, schnellen und komfortablen Alternativen gibt.

(Beifall bei der SPD)

Nur mit einem zügigen und ambitionierten Ausbau von Bus und Bahn werden wir die Emissionsziele im Verkehrssektor noch erreichen können.

Nun noch einige Worte zum Änderungsantrag des Mehrheitsbündnisses: Liebe Kolleg*innen, warum bleiben Sie denn in Ihrem Antrag so zaghaft? Selbstverständlich ist uns bewusst, dass noch eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 13 vorgelegt werden muss. Klar ist uns auch, dass hier die Querung des Rheins voruntersucht wird. Aber wenn wir schnell vorankommen wollen, müssen wir auch schon vorher an morgen denken.

Um es deutlich zu sagen: Unsere Fraktion gibt sich nicht der Illusion hin, wenn wir unseren Antrag heute beschließen, morgen schon die Ausschreibung zur Machbarkeitsuntersuchung zu bekommen. Denn zum Beispiel auf die Ausschreibung der Machbarkeitsstudie zum Schnellbusverkehr haben wir satte sieben Jahre warten müssen.

Lassen Sie uns also heute ohne weiteres Warten diese weitere Prüfung beschließen und mutig in die Zukunft schreiten.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich noch einmal unsere Fraktion und die Partei loben, die diesen sehr ausführlichen und sehr durchdachten Antrag in den Rat einbringt und wichtige Prüfziele festlegt, aber auch Risiken klar und transparent benennt.

Liebe Kolleginnen, stimmen Sie also unserem originalen Antrag zu; schon allein, damit ich nur noch 20 Minuten mit der Bahn nach Wesseling brauche. - Ich freue mich auf eine lebhafte Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe SPD-Fraktion, erst einmal vielen Dank für euren Antrag und die Gelegenheit, dass wir uns in diesem Ratssaal wieder einmal zur Zukunft des ÖPNV austauschen und nicht nur in die nahe, sondern auch in die etwas weiter entfernte Zukunft schauen können, wie Herr Lorenz bereits festgestellt hat.

Das Anliegen, die Linie 13 nicht nur im Linksrheinischen bis zum Rhein zu verlängern, sondern gleich auch einen Brückenschlag ins Rechtsrheinische zu wagen, teilen wir uneingeschränkt.

(Beifall von Max Christian Derichsweiler [Bündnis 90/Die Grünen])

Und weil das so ist, hat zum Beispiel die Bezirksvertretung Rodenkirchen letztmalig am 3. Mai 2021 auf Antrag der Grünen-Fraktion die Machbarkeitsstudie zur Gürtelverlängerung bekräftigt. Erlauben Sie mir trotzdem noch einen kleinen Rückblick darauf, was bisher geschehen ist, und dann den Ausblick darauf, was jetzt kommen wird.

Im Nahverkehrsplan von 2017 ist von der Gürtelverlängerung die Rede, damals zwar noch ohne Brückenschlag, aber die Grundlagen wurden damals gelegt. So wurde dann folgerichtig auch im Juni 2021 die entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, erwähnt in der Mitteilung 03/2021. Dort steht:

> In einem ersten Schritt soll eine Machbarkeitsstudie mit Varianten beauftragt werden, die teilweise über den Rhein reichen oder die Parkstadt Süd erschließen.

Sprich: Es wird bereits die Machbarkeit mitberücksichtigt.

In der aktuellen Mitteilung zur ÖPNV-Netzentwicklung heißt es dann auch entsprechend zu den inzwischen - jetzt haben die Projekte auch schon Kürzel: E 1, linksrheinische Gürtelverlängerung, und E 2, rechtsrheinische Gürtelverlängerung - Ringschluss genannten Teilprojekten:

> In der derzeit laufenden Machbarkeitsstudie wurden in einer ersten Bearbeitungsphase geeignete Trassenvarianten ermittelt. In der zweiten

Bearbeitungsphase werden für die drei Vorzugsvarianten die technischen und verkehrlichen Machbarkeiten sowie die verkehrlichen Wirkungen untersucht.

Sprich: Wir haben hier gar kein Beschlussdefizit und noch nicht einmal, wie sonst manchmal beschworen wird, ein Umsetzungsdefizit. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen uns noch vor der Sommerpause präsentiert werden, um dann einen entsprechenden Planungsbeschluss einzuholen.

Genau aus diesem Grund haben wir auch unseren Änderungsantrag entsprechend formuliert. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser bisherigen Machbarkeitsstudie wollen wir dann gemeinsam schauen, wie uns der Ringschluss gelingen kann. Dazu liefern Sie, liebe Kolleg*innen von der SPD, auch schon gute Denkansätze in Ihrem Antrag, machen aber jetzt schon den zweiten Schritt vor dem ersten. Die bisher angedachten Trassen wollen wir natürlich auch freihalten, um nichts zu verunmöglichen. Deshalb auch dieser Änderungsantrag.

Lassen Sie mich aber noch kurz zum zweiten Punkt unseres Änderungsantrags und zu dem, was eigentlich gerade schon im Bereich des Stadtbahnausbaues passiert, kommen. Wir werden später in der Sitzung die Weiterplanung der Linie 5 nach Meschenich beschließen. Die Bahnsteige auf den Linien 4, 13 und 18 werden verlängert, um mit längeren Zügen mehr Kapazitäten zu schaffen. Die Planungen für die Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse laufen; Sie alle können die Zwischenergebnisse auf der städtischen Webseite abrufen, ebenso wie die Anbindung des Mülheimer Südens mit der Fortführung nach Flittard.

Die Planungen zur Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln und die Verlängerung der Linie 7 bis Langel werden ebenfalls angegangen. Darüber hinaus laufen bei der KVB Stadtbahnbeschaffungsprojekte im Wert von gut einer Milliarde Euro, und wir sanieren unsere bestehenden Stadtbahnstrecken und Haltestellen; Sie alle konnten es der Presse in den letzten Tagen entnehmen. Gerade weil so viele Projekte parallel laufen und wir so viel investieren wie schon lange nicht mehr, bedarf es natürlich auch einer Priorisierung.

Wir werden nicht alles, was im Zielnetz 2032+ von KVB und Stadtverwaltung enthalten ist, gleichzeitig abarbeiten können. Was wir also benötigen, ist eine Übersicht über die aktuellen Priorisierungen innerhalb der Verwaltung, die über die aktuellen Sachstandsmitteilungen in der ÖPNV-Netzentwicklung hinausgeht. Wenn wir diese Priorisierungen dann haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam schauen, ob hier Nachsteuerungsbedarf besteht, was wir realistischerweise, aber ambitioniert erreichen können und wo wir unsere Ressourcen am effizientesten und mit dem größten Mehrwert für die Kölnerinnen und Kölner einsetzen können.

Ich möchte Sie also herzlich einladen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, um dem Ringschluss der Linie 13 eine realistische Chance zu geben und gemeinsam den ÖPNV, das Rückgrat unserer städtischen Mobilität, voranzubringen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben hatte ich die Anrede vergessen, deshalb möchte ich sie jetzt besonders betonen. - Lieber Kollege Lukas Lorenz, du bist ja noch nicht so lange dabei.

(Zurufe: Oh!)

- Moment mal, Sie wissen gar nicht, was ich sagen möchte.

Deshalb ist es auch entschuldigt, dass wir heute einen Antrag mit einer Beschlussfassung erhalten, die bereits beschlossen worden ist. Herr Hammer hat bereits einige Punkte aufgezählt, die damals Grundlage des Beschlusses waren, aber ich möchte doch noch erwähnen, dass unsere ehemalige Verkehrsdezernentin Andrea Blome - wir sollten ihr an dieser Stelle eine gute und schnelle Genesung wünschen - schon damals den Weitblick hatte, verwaltungsintern eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung der Linie 13 auf den Weg zu bringen.

Teil des Auftrags war auch die Untersuchung eines südlichen Ringschlusses über den Rhein nach Mülheim, so wie es auch jetzt der SPD-Antrag vorsieht. Auch wenn wir schon zeitnah mit der Vorstellung der Ergebnisse aus dieser Studie

rechnen, halten wir es für richtig, noch einmal zu bekräftigen, dass wir diesen Ringschluss als sinnvolle Ergänzung des Kölner ÖPNV ansehen.

So erwarten wir schnellere Verbindungen zwischen den südlichen Stadtteilen links und rechts des Rheins, da die Fahrt durch die Innenstadt entfällt - eine Entlastung in den Bahnen der Innenstadt -, wodurch weitere Fahrgäste in diesem Bereich erreicht werden können. Auch wenn es hierfür keine kurzfristige Lösung gibt, sind bereits jetzt die Weichen so zu stellen, dass durch weitere Projekte die Chancen für eine spätere Realisierung nicht verbaut werden.

Zu unserem zweiten Punkt des Antrags: Ich möchte nicht alle Maßnahmen, die mein Kollege Lino Hammer richtigerweise aufgezählt hat, nennen, sondern sagen, dass wir diese Priorisierung der ÖPNV-Netzentwicklung für unverzichtbar halten. Denn nur so können wir auch wichtige zukünftige Projekte weiterentwickeln, und sie werden nicht aufgehalten oder sogar verhindert. Eine langfristige Planung der Stadtverwaltung ist notwendig. Dazu gehört die vorausschauende Planung, was zum Beispiel das Freihalten zukünftiger Trassen und bestehender Schieneninfrastruktur betrifft.

Ich werbe um breite Zustimmung zu unserem Antrag und freue mich darauf, die Ergebnisse im Verkehrsausschuss gemeinsam zu diskutieren - für Köln und die Zukunft des ÖPNV.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als LINKE sind selbstverständlich Freunde des ÖPNV und fordern natürlich den massiven Ausbau. In den letzten Jahren ist insbesondere zu wenig im Ausbau der Schiene passiert, darüber beschweren wir uns regelmäßig. Das Unglück am Waidmarkt hat die Entwicklung des ÖPNV stark gehemmt. Die überflüssige Diskussion um eine neue U-Bahn in der Innenstadt verhindert weitere Schritte beim Ausbau in der Fläche.

(Beifall bei der LINKEN)

In der ÖPNV-Roadmap sind die Vorstellungen und Ideen des Ausbaus in Köln und Umgebung dargestellt. Dieses Papier sollte als Grundlage für die Diskussion um die Weiterentwicklung des ÖPNV dienen. Hierbei muss man sich anschauen: Was ist wann überhaupt realistisch?

Neue Ideen müssen auch mit den Planungen von Bahn und NVR abgeglichen werden. Lassen Sie uns alle dafür arbeiten, dass die S-Bahn über die Südbrücke kommt! Es ist höchst fraglich, ob eine Straßenbahnbrücke zwischen der Südbrücke und der Rodenkirchener Brücke in den nächsten Jahrzehnten realistisch ist. Wir glauben nicht daran,

(Ulrich Breite [FDP]: Ich auch nicht!)

zumal es in der längerfristigen Planung eine Stadtbahnbrücke südlich von Köln geben soll. Diese soll die künftige Verlängerung der Linie 7 von Porz in den rechtsrheinischen Teil von Bonn mit der linksrheinischen Nord-Südstadt von Köln verbinden. Wir fragen uns, ob es zielführend ist, immer mehr Machbarkeitsstudien für Einzelprojekte zu erarbeiten. Hierzu wurde von Lino Hammer gesagt: priorisieren. Deshalb meinen wir, wir müssen auch priorisieren: Was ist realistisch, und zu wann ist es realistisch? Deshalb sagen wir: Lassen Sie uns erst einmal die Dinge angehen, die konsensfähig und realistisch sind: die Anbindung von Neubrück, Flittard und Stammheim, eine Stadtbahn auf der Frankfurter Straße, die Anbindung von Widdersdorf.

Sie sehen anhand der Rede, wir werden uns bei den Anträgen enthalten, weil wir sagen: Machbarkeitsstudien haben wir genug, deshalb halten wir diese Anträge nicht für zielführend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt muss ich erst einmal den Kollegen Lorenz gegen den Anwurf von Frau De Bellis in Schutz nehmen. Wenn wir hier - und das war ja unsere Initiative heute - eine vernünftige Beschlusskontrolle hätten, was wir alles schon beschlossen haben und wie die Umsetzung

ist, dann könnten sich auch neue Ratsmitglieder anschauen, was alles schon beschlossen worden ist und wie weit die Verwaltung damit ist.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

An dieses Thema müssen wir dringend herangehen. Wir verhandeln gern auch mit dem Bündnis darüber, wie wir dazu eine breite Mehrheit hinbekommen. Mir ging es nicht - deshalb haben wir es heute zurückgestellt - darum, hier ein Feuerwerk abzubrennen; es geht um die Arbeitsgrundlagen für diesen Rat.

Die Ausgangslage dieser Initiative ist so ähnlich auch bei uns gewesen. Es gab diese Broschüre zur polisMOBILITY, zu der es zwei Abbildungen mit unterschiedlichen Trassen gab, wie die Linie 13 im Rechtsrheinischen verlängert werden kann. Wir haben daraufhin eine Anfrage gestellt, und die Antwort war ungefähr so, dass jetzt diese Machbarkeitsstudie kommt. Und wir haben gesagt: Okay, dann warten wir das mal ab. Diese Geduld hatte die SPD anscheinend nicht. Es ist ja auch okay, wenn man in Sachen ÖPNV-Ausbau etwas ungeduldig ist. Das gibt natürlich dann schöne Fotomontagen, so eine Linie 13 auf der Südbrücke, wobei dann von denjenigen, die sich genauer damit beschäftigen, hier auch schon ein paar kritische Töne zu hören waren, dass man sagt: So dann bitte dann doch nicht, denn wir haben bei der Südbrücke etwas anderes für den ÖPNV vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE] nickt)

- Der Kollege Weisenstein nickt. - Ja, wir wollen die S 16 darüber bringen, und die Fachleute wissen, dass es mit dem Verkehrswert auch nicht so rosig aussieht; und wenn wir jetzt als Stadt Köln der S 16 Konkurrenz machen, macht das wenig Sinn. Außerdem liegt sie noch einmal 1,3 Kilometer nördlich vom Gürtel, das heißt, man müsste einen Riesenumweg machen, um erst einmal die Südbrücke zu erreichen.

Damit sind wir bei dem, was die Kollegin Tokyürek gerade gesagt hat, dass es viele Wünsche gibt, wie man noch über den Rhein kommt: die S 16. Dann gibt es Leute - wir haben auch hier im Rat schon den Antrag gehabt -, die sagen: Wir müssen die U 15, also unsere Linie 15, vom Ubierring in den Deutzer Hafen bringen. Außerdem hat, glaube ich, Frau Martin mal im Wahlkampf eine Linie auf der Inneren Kanalstraße genannt, die Linie 14, die dann vielleicht irgendwo an der Schönhauser Straße herübergeht.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen] nickt)

Die Wünsche sind also vielfältig, und wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht selbst die 16 unmöglich machen, indem wir hier zu viel Konkurrenz machen.

Aber es geht um die Beschleunigung des ÖPNV-Ausbaus, und dabei hilft es nichts, Herr Kollege Hammer, wenn wir hier lange Listen vorlesen, wie die Roadmap aussieht. Das ist alles bekannt, nur: Die Roadmap ist von 2018, der letzte Sachstand, den die Verwaltung gegeben hat, von 2022. Dazwischen liegen vier Jahre, und auch bei den Projekten sind in den meisten Fällen wieder drei, vier Jahre draufgekommen. Wo vorher einmal stand, es solle ab 2030 etwas passieren, heißt es jetzt halt: ab 2032.

Auch das Wort „ab“ ist natürlich sehr verdächtig, denn das kann alles heißen. Es kann auch der Sankt-Nimmerleins-Tag sein, wann wir hier den ÖPNV bekommen, und dazu muss ich sagen: Wir können nicht alles gleichzeitig machen, aber es muss einfach mal vorangehen. Bei der Roadmap sind die meisten Dinge erst in den 2030er-Jahren geplant, und das ist für die Verkehrswende zu spät, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deshalb haben wir dann doch sehr viel Sympathie für diese Initiative, und, liebe Kollegin Tokyürek, es geht gerade dann darum, wenn man langfristige Projekte macht: Der Ringschluss der Linie 13 ist nichts für diese Periode und nichts für dieses Jahrzehnt, wahrscheinlich noch nicht einmal etwas für das nächste Jahrzehnt.

Aber wenn dann spätere Generationen von Kommunalpolitikern diese Linie wollen, brauchen wir die Trassen, und unsere Aufgabe und Verantwortung, die wir für die Zukunft, für die zweite Hälfte des Jahrhunderts haben, ist, die Trassen festzuhalten.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deshalb brauchen wir eine Machbarkeitsstudie, brauchen wir eine Trasse, um Grundstücke zu erwerben. Daher finde ich die Initiative im Grunde richtig und den Änderungsantrag - der Kollege

Lorenz hat gesagt: etwas zaghaft -, auf meinem Redezettel steht: etwas dünn. Man hätte es auch einmal laufen lassen können, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis. Die Initiative ist richtig. Wenn wir irgendwann einmal die Möglichkeit geben wollen, eine Linie 13 als Ring zu bauen, dann brauchen wir jetzt die Machbarkeitsstudie und die Trassen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deshalb stimmen wir dem SPD-Antrag zu.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Vielen Dank. - Unser Änderungsantrag wurde ja bereits recht gut vorgestellt. Herr Lorenz, auch wir sind erst seit Kurzem dabei, und wir möchten trotzdem erst die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abwarten. Ich denke, wir bewegen uns alle in dieselbe Richtung, wir stehen überhaupt nicht gegensätzlich zueinander. Wir wollen einfach nur den ersten Schritt vor dem zweiten machen, und ich meine, das Wichtigste an unserem Änderungsantrag ist der Punkt 2. Wir haben, wie bereits mehrmals gesagt wurde, unfassbar viele Projekte für die Verkehrswende auf dem Schirm. Leider sind unsere Ressourcen dafür aber nicht unendlich, daher müssen wir politisch erst einmal priorisieren. Hierzu müssen wir nochmals intensiv in die Diskussion gehen und uns alle verabreden, worauf wir die Ressourcen der Stadtverwaltung fokussieren wollen. Das ist letztendlich aus unserer Sicht das Wichtigste an dem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Ich mache es auch vom Platz. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, auf meinem Redezettel steht auch „dünn“, und ich denke, damit ist alles gesagt. Wir würden auch dem SPD-Antrag zustimmen und dem Änderungsantrag nicht. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort?

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]: Ist das schon der Punkt zu meinem Änderungsantrag?)

Ich sehe niemanden, der sonst das Wort wünscht. - Bitte.

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]: Dann komme ich nach vorne!)

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Liebe alle! Das übergeordnete Thema ist natürlich wichtig und richtig. Nach Beratung mit der Verkehrswende Köln, die ja als Fachexpert*innen die Bedarfslage der Kölner Mobilität sehr gut kennen, möchte ich fünf Punkte anmerken:

Erstens. Im Antrag wird sich sehr auf die Linie 13 versteift. Warum kann es nicht auch die Linie 15 oder eine neue Linie, Arbeitstitel „Linie 14“, für eine an der Schönhauser Straße den Rhein querende Linie sein?

Zweitens. Des Weiteren wird sich auf einen geschlossenen Ring versteift. Die Ringstruktur Kölns muss aber nicht unbedingt im Rechtsrheinischen fortgesetzt werden. Warum kann es nicht eine Bypasslinie oder eine halbrunde Linie sein?

Drittens. Zudem werden fast nur Varianten vorgeschlagen, die einen Tunnel benötigen oder Absprachen mit Bundesinstitutionen, wie zum Beispiel der Bahn oder der Autobahn GmbH, was erfahrungsgemäß sehr lange dauert oder gar scheitert.

Viertens. Die einfachsten Möglichkeiten, wie etwa eine Umweltbrücke am Ubierring und an der Schönhauser Straße, werden nicht vorgeschlagen.

Fünftens. Bei der Version Südbrücke ist unklar, wie es im Linksrheinischen weitergeht. Wie kommt die Bahn von der Südbrücke zum Gürtel? Wie kommt die Linie 15 mit darauf? Ist das

technisch überhaupt machbar? Es ist bekannt, wie schwierig es ist, die Südbrücke zu erweitern.

Aus diesen Gründen bitte ich um Zustimmung, zum einen, den Suchraum bis zum Ubierring zu erweitern und ausdrücklich auch eine Brücke an der Schönhauser Straße zu untersuchen, und zum anderen die Suche nicht nur auf die Linie 13 zu beschränken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zur Abstimmung und lasse zunächst über den Änderungsantrag von Frau Gabriel abstimmen, dann über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und danach über den Ursprungsantrag, eventuell in geänderter Fassung.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag von Frau Gabriel zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, Die FRAKTION und Volt. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Bei der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP, die AfD, Herr Zimmermann, Frau Gabriel und DIE LINKE. Dann ist der Antrag so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)

Beschluss:

1.) Der Suchraum soll bis zum Ubierring erweitert werden und ausdrücklich auch eine Brücke an der Schönhauser Straße untersuchen.

2.) Die Suche soll sich nicht auf die Linie 13 beschränken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., Die FRAKTION sowie RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung nach Vorstellung der Machbarkeitsstudie „Gürtelbahnverlängerung“ dem Rat das weitere Vorgehen inkl. Zeit-Maßnahmenplan für den Lückenschluss der Linie 13 vorzustellen. Der mitbetrachtete Ringschluss im Kölner Süden mit einer Fortführung der Linie 13 über den Rhein bis nach Mülheim, soll grundsätzlich weiterverfolgt werden. Dazu sollen die notwendigen Trassen, dort wo vorhanden freigehalten und Lösungen für die anderen Bereiche aufgezeigt werden.

2. Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, in Absprache mit der KVB die aktuelle Priorisierung der ÖPNV-Netzentwicklung dem Verkehrsausschuss darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Die FRAKTION bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Abstimmung über den Ursprungsantrag in der so geänderten Fassung

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung nach Vorstellung der Machbarkeitsstudie „Gürtelbahnverlängerung“ dem Rat das weitere Vorgehen inkl. Zeit-Maßnahmenplan für den Lückenschluss der Linie 13 vorzustellen.

Der mitbetrachtete Ringschluss im Kölner Süden mit einer Fortführung der Linie 13

über den Rhein bis nach Mülheim, soll grundsätzlich weiterverfolgt werden. Dazu sollen die notwendigen Trassen, dort wo vorhanden freigehalten und Lösungen für die anderen Bereiche aufgezeigt werden.

2. *Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, in Absprache mit der KVB die aktuelle Priorisierung der ÖPNV-Netzentwicklung dem Verkehrsausschuss darzustellen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., FDP und AfD sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Konsequenzen aus der Liste der Großbauprojekte ziehen: Projekte streichen - Projekte priorisieren - Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von Großprojekten“
AN/0470/2023

Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus gutem Grund hat die Verwaltung dem Rat vor einem halben Jahr die Liste der Großbauprojekte vorgelegt. Seit einem halben Jahr diskutieren die Gremien darüber. Jetzt ist es Zeit, Konsequenzen daraus zu ziehen.

Meine Fraktion geht dabei von folgenden Grundgedanken aus: Bundesweit wird der Investitionsstau in den Kommunen auf 160 Milliarden Euro beziffert. Nicht allein Köln hat also ein Problem mit einem enormen Investitionsstau. Im Übrigen sollten sich angesichts dessen einige Parteien im Rat dringend überlegen, ob ihre Bundesparteien auf der Bundesebene die volkswirtschaftlich unsinnige Schuldenbremse in der Verfassung noch für sinnvoll halten sollten, die DIE LINKE immer kritisiert hat. Sie hat auch zu den aufgeschobenen Instandhaltungen geführt, die jetzt alle auf einmal bei Schulen, Brücken und Museen durchgeführt werden müssen, nachdem sie jahrzehntelang vernachlässigt wurden.

(Zuruf von Christer Cremer [AfD])

Aber ich denke, wir sind uns schon einig - so habe ich die bisherigen Diskussionen verstanden -: Mit der fatalen Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen muss Schluss sein. Es steht eine Reihe wichtiger Sanierungen und Neubauten an. Allerdings müssen wir uns gut überlegen, wie wir dabei vorgehen. Rat und Verwaltung müssen hier und jetzt Handlungsfähigkeit zeigen und Schlussfolgerungen aus der Krise bei den Kölner Großbauten setzen, und diese heißen vor allem: priorisieren.

Meine Fraktion schlägt heute drei Beschlusspunkte vor. Der erste Punkt umfasst Vorschläge an fünf großen Projekten, die eingestellt oder so geändert werden sollen, dass sie stark eingegrenzt werden. Die Kosten dieser Projekte betragen rund 1 Milliarde Euro. Darunter befinden sich die seit Langem im Rat kontrovers diskutierten Projekte Untertunnelung der Ost-West-Achse, die historische Mitte und der östliche Ringschluss im Mülheimer Süden. Eine völlig neue Autotrasse braucht die Welt in Zeiten der Verkehrswende nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Die weiteren in der Liste aufgeführten fast 120 Projekte werden durch die Verwaltung - das ist Punkt 2 - unverzüglich bewertet und priorisiert. Die Verwaltung legt also einen Handlungsleitfaden vor, damit der Rat darüber befinden kann.

Der dritte Punkt unseres Antrags ist: Bei allen zukünftigen Großprojekten sind die Empfehlungen der Reformkommission Bau von Großprojekten beim Bund strikt zu beachten. Hätte die Sanierung der Oper nach diesen Empfehlungen - sie sind im Antrag abgedruckt - stattgefunden, wäre der Stadt das spätere Desaster erspart geblieben.

Der Handlungsleitfaden zur Priorisierung von Bauprojekten sollte einfachen, logischen Grundsätzen folgen, denen alle demokratischen Parteien im Rat zustimmen können. In der bisherigen Diskussion schält sich meines Erachtens schon heraus, dass das wichtigste Kriterium ist: Sind diese Projekte wichtig für die Kölner Bevölkerung? Welche Bauvorhaben dienen der Daseinsvorsorge? - Im Moment müsste hier aktuell im Vordergrund stehen, dass der Schulbaunotstand

beseitigt, die Verkehrs- und die Energiewende beschleunigt und der riesige Mangel an Mietpreis günstigen Wohnraum angegangen werden.

Weiterhin schwebt uns vor, dass pragmatische, an bisherigen Verwaltungsprozessen orientierte Gesichtspunkte Eingang finden sollen: In welchem Planungsstadium ist das Bauvorhaben? Ist es bereits personalisiert? Bestehen gesetzliche Verpflichtungen zur Durchführung, wie zum Beispiel die Unterbringungspflicht für Geflüchtete und Obdachlose, der Brandschutz oder die Barrierefreiheit?

Für 79 Projekte auf der Liste der Großbauprojekte gibt es bislang keinen Baubeschluss, und 28 Projekte sind bei der Gebäudewirtschaft noch nicht personalisiert. Hier müsste also aus pragmatischen Gesichtspunkten hinsichtlich der Priorisierung angesetzt werden. Weiterhin ist ein wichtiger politischer Gesichtspunkt: Wo ist in der Stadt der Bedarf am größten? - Wir denken, dass dies die 15 Sozialraumgebiete sind, wo viele Menschen mit geringem Einkommen leben, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt durch die Stadt organisiert werden muss und oft Familien und Alleinerziehende um ihre Existenz ringen. Hier muss mit Priorität angesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ferner ist für unsere Fraktion auch wichtig, ob das Bauvorhaben ökologischen Gesichtspunkten nachkommt, zum Beispiel Sanierung vor Abriss, Neubau bei Einzelfallprüfung - also einzelner Projekte -, und ob durch das Bauvorhaben langfristig Kosten eingespart werden. Es ist unabdingbar - das haben wir heute bereits und beim letzten Mal diskutiert -, dass die Stadt für all diese Vorhaben, die ganz zentral für die Kölner Bevölkerung sein werden, mehr Personal braucht. Wir sind auch der Auffassung, die der Kollege Krupp eben geäußert hat: Die Kluft zwischen den Einkommen in der privaten Wirtschaft und denen im öffentlichen Dienst ist zu groß. Hier muss angesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Martin hat jetzt das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kockerbeck, liebe LINKE, dass die seit fünf Monaten vorliegende Liste jetzt noch nicht abschließend zur Kenntnis genommen bzw. behandelt wurde, liegt nicht daran, dass sie in Schubladen gelegen hat, sondern sie ist fleißig studiert worden, sie ist sortiert worden und sie ist auch diskutiert worden. Gleichwohl sehen wir heute noch keinen Zeitpunkt für eine abschließende Entscheidung.

Das Studieren hat ergeben, dass die Liste, wie erwartet, sehr lang ist, dass sie eine gute Grundlage ist, um verantwortungsvoll zu entscheiden, wie wir zukünftig mit Vorhabenbeschlüssen umgehen. Das Sortieren hat ergeben, dass diese 128 Projekte - das haben Sie, Herr Kockerbeck, auch gerade gesagt - zum großen Teil einfach notwendig sind. Wenn es um Betriebssicherheit geht, dürfen wir nichts davon streichen; und ich denke, bei Schulbauten wollen wir nichts davon streichen.

Das Diskutieren hat in den Fachausschüssen und in den Fraktionen stattgefunden. Nun fehlen aber für eine abschließende Beschlussfassung noch einige Informationen. Die Verwaltung arbeitet gerade aktuell an einem Leitfaden, und wir - ich spreche für das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt - würden diesen Leitfaden gern abwarten und dann im Hauptausschuss diese Liste weiterdiskutieren und abschließend behandeln. Dies ist bitte als Verweisungsantrag in den Hauptausschuss aus dem Bündnis heraus aufzufassen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wir debattieren das erst, so ist das gedacht?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! - Niklas Kienitz [CDU]: Wer noch möchte!)

- Okay. Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der LINKEN dankbar, dass sie das Thema noch einmal in den Rat

gebracht hat. Es ist schon einige Tage her, dass wir als SPD gefordert haben, dass wir eine solche Aufstellung der großen Bauprojekte brauchen. Wir sind auch der Auffassung - insofern deckt sich das an dieser Stelle auch -, dass die Liste so, wie wir sie im Moment haben, nicht geeignet ist, die entsprechenden Priorisierungen und Entscheidungen seitens des Rates zu treffen, weil uns in der Tat wesentliche Informationen fehlen. Auch das haben wir jetzt in verschiedenen Ausschüssen deutlich gemacht und der Verwaltung mitgegeben.

Leider ist im Moment in der Umsetzung noch nichts passiert. Ich hörte gerade, es kommt noch etwas; das ist ein gutes Signal. Insofern haben wir den Antrag auch für uns als etwas interpretiert, das vielleicht hilft, noch einmal etwas Drive hineinzubringen.

Ich will aber auch inhaltlich auf den Antrag eingehen, da er einige Punkte enthält, bei denen wir sagen: So können wir eigentlich nicht damit umgehen. Das ist der gesamte Abschnitt 1 des Antrags. Ohne weitere Debatte heute diese ganzen Großprojekte, die darin genannt sind und die aus unserer Sicht an vielen Stellen wirklich eine substanzielle Zukunftsbedeutung für die Stadt haben, mal eben abzuräumen, wäre fahrlässig und würde unserer Verantwortung nicht gerecht. Insofern können wir an dieser Stelle unmöglich mitgehen. Das müssen wir sauber auch in den entsprechenden Fachausschüssen beraten, und dazu brauchen wir die Orientierung der Verwaltung. Von daher also Ablehnung des Punktes 1 in jedem Fall.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die Beschlussvorschläge unter Punkt 2 teilen wir im Wesentlichen. Ob man nun jeden davon in der Tiefe bräuchte, kann man mit Sicherheit auch noch einmal diskutieren. Insofern will ich schon vorwegnehmen: Die Verweisung in den Hauptausschuss findet durchaus unsere Zustimmung, um dies vielleicht auch noch einmal etwas anzureichern, zumal einige der geforderten Dinge bereits in der Liste enthalten sind. Richtig ist die Botschaft: Es braucht mehr Informationen. Da könnten wir aber, wenn wir heute abstimmen müssten, mitgehen.

Bei Punkt 3 finde ich, das ist State of the Art; das sind die Aspekte, wie heute Großprojekte angelegt werden müssen. Insofern bin ich der LINKEN dankbar, dass sie das noch einmal aufgeschrieben hat; und ich würde mir sehr wünschen, dass das auch heute schon der Standard ist, wie die Verwaltung arbeitet. Vielleicht kann uns die Verwaltung bis zum Hauptausschuss auch dazu noch einmal etwas zur Kenntnis geben.

Ich fasse zusammen: Heute können wir dem Punkt 1 keinesfalls zustimmen. Wir wären sehr dafür, noch einmal über Punkt 2 zu sprechen und zu Punkt 3 vielleicht auch mehr Informationen zu erhalten. Wir freuen uns daher, dass wir das noch einmal im Hauptausschuss aufrufen. Das war auch der bisher federführende Ausschuss für die Großbauprojekte.

Abschließend danke ich der LINKEN für die Initiative und das Aufrufen des für Köln wirklich wichtigen Themas: Wie händeln wir eigentlich Großbauprojekte? Insofern werden wir uns zu diesem Thema im Hauptausschuss und wahrscheinlich irgendwann auch im Rat wiederhören. - Danke für das Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Ruffen hat das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, ich wollte ganz freundlich anfangen, und dann kommen Sie mit so etwas wie der Schuldenbremse um die Ecke.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Das habe ich doch extra gesagt!)

- Nein, man muss es den LINKEN immer wieder erklären: Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Nein, eigentlich, lieber Heiner, habt ihr recht mit eurem Antrag. Ich erinnere daran, dass Anne Henk-Hollstein in unserem Bauausschuss aufzeigte und fragte: Was erwartet die Verwaltung jetzt eigentlich von uns, was wir mit dieser Vorlage machen sollen? Ich glaube, liebe Kolleg*innen von der LINKEN, sie erwartet genau das, was ihr heute macht. Bei einigen Dingen wären wir als FDP sogar sofort dabei. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Historische Mitte jetzt nicht unsere Zustimmung gefunden hat und auch nie finden wird.

(Beifall bei der FDP)

Aber - dass jetzt ein Aber kommt, habt ihr sicher geahnt - unseres Erachtens - darin stimme ich meinen Vorrednern zu - ist es zu früh, denn die Unterlage „Liste Großbauprojekte“ ist absolut unzureichend, um solche weitreichenden Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der FDP)

Es fehlen Projekte, es fehlt eine Zeitachse, außerdem sind wir auch nicht in der Lage, zu sagen: Was kann jetzt, was kann später kommen? Da werden Sachen vermischt. Wir haben zum Beispiel schon gefordert, dass die Kulturbauten völlig getrennt betrachtet werden sollen; denn es ist ja richtig, es will ja niemand eine Schule streichen. Egal, was sie kosten, wir müssen die Schulen bauen!

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Doch, anstreichen!)

- Anstreichen, Helge, da hast du recht.

Ansonsten brauchen wir über Schulen, denke ich, nicht zu diskutieren. Aber zum Beispiel die Kulturbauten, haben wir gesagt, müssen wir gemeinsam betrachten, denn sie hängen teilweise zusammen.

Ja, und dann gibt es einige Punkte von euch, bei denen sich mir die Nackenhaare sträuben. Ich nehme einmal die Bastei heraus. Wenn es nach uns gegangen wäre, würden wir uns überhaupt nicht mehr darum kümmern müssen, sondern irgendjemand anderes.

(Beifall bei der FDP)

Aber jetzt haben wir das Ding am Bein, und dann schlagt ihr ernsthaft vor, sie baulich nur zu sichern. Ein Gebäude mitten in der Stadt nur baulich zu sichern, das sind jedes Jahr Gelder - für absolut gar nichts -, die uns woanders fehlen. Man darf es dann vermutlich noch nicht einmal betreten. Wir versuchen gerade, die Hallen in Kalk endlich einer Nutzung zuzuführen, weil wir in jedem Jahr Millionen zum Erhalt hineinpumpen. Wie viele Bauruinen, die wir in jedem Jahr pflegen, wollen wir uns denn noch leisten?

(Beifall bei der FDP und von Maria Helmis [SPD])

Also, eine nicht so lange Rede und ein noch kürzerer Sinn: Ich finde das Ansinnen gut, aber zustimmen können wir nicht. So weit sind wir meiner Meinung nach nicht. - Danke.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der LINKEN: So weit geht die Freundschaft dann doch nicht!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir möchten dem Verweisungsantrag natürlich folgen und dem Punkt 2 die Frage hinzufügen, für welche Projekte eine Bedarfsanalyse durchgeführt wurde. - Vielen Dank.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Herr Greitemann, wann kommen denn die Leitlinien?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eines geht nur. Also, dem Verweisungsantrag zustimmen - das werden wir gleich erleben -, dann ist es verwiesen, dann ist es weg. Dann können wir nicht noch einen Änderungsantrag machen.

Christian Achtelik (Volt): Dann machen wir das im Hauptausschuss. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, wünschen Sie noch das Wort? - Nein. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sie wurden mehrfach erwähnt, die Leitlinien, die nun kommen sollen, und Herr Detjen hatte auch gerade lautstark nach ihnen verlangt. Wann kommen Sie denn nun? Können Sie dazu schon etwas sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, sie kommen sehr bald. Mir haben sie im Entwurf schon vorgelegen, aber ich konnte noch etwas daran verbessern. Ich wollte sie Ihnen so

noch nicht vorlegen, wenn ich selbst meine, man könnte noch etwas anders machen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Kommen sie denn noch vor Ostern?)

Herr Greitemann, was meinen Sie?

(Heiterkeit)

Beigeordneter Markus Greitemann: Bis zum nächsten Hauptausschuss.

(Zuruf: Ins Protokoll!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir alles ins Protokoll auf.

Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag in den Hauptausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Frau Gabriel. Dann wird verwiesen.

Abstimmung über den Verweisungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Anmerkung:

Verweisungsantrag von RM Martin

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Finanzierung Deutschlandticket“ AN/0574/2023

Herr Hammer hat zunächst das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube nicht, dass ich die fünf Minuten brauche. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in Anbetracht der Zeit will ich mich kurzfassen. Sie sehen ja auch alle, dass der komplette Rat auf diesem Antrag steht.

Worum geht es? - In gut sechs Wochen wird der Nachfolger des 9-Euro-Tickets, das sogenannte Deutschlandticket, an den Start gehen. Dieses Ticket ist in der Tat eine kleine Revolution: Wir haben keine Tarifgrenzen mehr, unbeschwertes deutschlandweites Reisen im Nahverkehr für einen vergleichsweise geringen Preis. Doch leider sind hier noch etliche offene Fragen zu klären, angefangen von der dauerhaften auskömmlichen Kofinanzierung durch Land und Bund bis hin zur gerechten Einnahmenaufteilung.

Erlauben Sie mir trotz der wirklich ausführlichen Begründung noch ein paar erläuternde Worte, warum auch das heute dringlich ist; denn es liegen zwar Finanzierungszusagen seitens des Bundes und der Länder für die kommenden Jahre vor, es ist aber weiter unsicher, was ab 2025 passieren wird. Wenn es hier keine Folgefinanzierung geben wird, kommen durch die entgangenen Erlöse Kosten im oberen zweistelligen Millionenbereich auf uns als Kommune zu, und zwar jährlich.

Es kann nicht sein, dass hier das Konnexitätsprinzip außer Kraft gesetzt wird und auf einmal die kommunalen Verkehrsbetriebe bzw. die Kommunen das zahlen müssen, was Bund und Länder vereinbart haben. Ich will hier nicht so weit gehen wie der Bundesrechnungshof und die Unvereinbarkeit mit der Verfassung infrage stellen, aber es ist vollkommen klar, dass die Kommunen und die kommunalen Verkehrsunternehmen mit an den Verhandlungstisch gehören.

Nicht nur die offenen Finanzierungszusagen, sondern auch die Einnahmenaufteilung stellt unsere kommunalen Verkehrsunternehmen vor große Herausforderungen. Wenn tatsächlich der SPNV, also S-Bahn und Regionalverkehr, gegenüber den kommunalen Bussen und Bahnen privilegiert werden sollten, wird nicht nur der Kuchen an sich kleiner, sondern wir bekommen auch noch ein deutlich kleineres Stück davon. Die Konsequenzen für unseren kommunalen ÖPNV können wir nur erahnen.

Wir haben gerade schon darüber gesprochen, vor welchen Herausforderungen und

Investitionsprogrammen wir als Stadt und als KVB stehen. Diesen Ausbau werden wir nur mit ausreichender Unterstützung von Land und Bund stemmen können; denn für die Verkehrswende sind wir alle dringend auf einen gut ausgebauten und kostengünstigen ÖPNV angewiesen. Von daher freut es mich, dass wir uns unter diesem gemeinsamen Antrag hier versammeln konnten und die entsprechenden Signale und Botschaften an Bund und Land sowie die Verkehrsverbünde senden können. - Vielen lieben Dank für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

(Zurufe: Ach nein! - Wir sind uns doch alle einig! - Aber die SPD wollte auch reden!)

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ich mache es wirklich ganz kurz. Ich weiß, wir waren uns alle einig, aber lassen Sie mich trotzdem namens der CDU-Fraktion drei Punkte benennen. Auch die CDU begrüßt das Deutschlandticket. Es ist eine gute Sache für den ÖPNV.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Wie bitte, Herr Görzel? - Ach komm, ich weiß, es ist spät für uns alle, aber ich höre dir auch aufmerksam zu.

Es ist eine gute Sache für den ÖPNV. Es macht ihn attraktiv, der Zugang wird vereinfacht, und im Prinzip ist ein einheitlicher Tarif zu begrüßen. Man muss aber auch sehen, dass es nicht unterfinanziert wird.

Deshalb ist unser heutiger Appell, den wir gemeinsam tätigen, immens wichtig: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Bund und Länder die Finanzierung dauerhaft gewährleisten - sprich: auch ab 2025 -, damit die Kommunen nicht das Nachsehen haben. Wir betonen auch, dass wir, wenn Bund und Länder entscheiden, hier nicht zum Nachteil der kommunalen Haushalte entschieden wird, damit die Kommunen nicht die Benachteiligten sind und nachher schauen müssen, wie sie die hohen Summen aufbringen können, um das Deutschlandticket den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin zu gewährleisten.

Darum der Appell, der bitte auch, so wie wir es im Dringlichkeitsantrag aufgeführt haben, an den richtigen Stellen zu platzieren ist - sicherlich auch für den Deutschen Städtetag, der im Mai in Köln stattfindet -, denn das Problem werden auch weitere Kommunen haben. Umso mehr freue ich mich, dass wir einen gemeinsamen Antrag gestellt haben, damit wir mit geballter Kraft aus Köln - auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin - in den Gesprächen unsere Positionen vertreten können und unsere KVB hoffentlich ebenfalls irgendwann an den Tisch zur Diskussion und Verhandlung gebeten wird. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen und alle, die noch zuhören und zuschauen! Ich mache es noch kürzer, weil ich denke, es ist jetzt tatsächlich inhaltlich alles gesagt. Wir sind uns in der Sache völlig einig. Ich finde es extrem wichtig - das will ich an dieser Stelle noch einmal adressieren, auch an uns als SPD -, dass wir alle unsere Möglichkeiten nutzen. Hier sitzen quasi alles Regierungsfraktionen, zumindest die großen bis hin zur FDP, die auf irgendeiner Ebene mitregieren. Sie haben den Verkehrsminister, den Finanzminister - also, eigentlich kann man sagen: An euch liegt es, wenn hier nichts ankommt.

(Beifall)

Aber ich will es so nicht herunterbrechen.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir stellen den Verkehrsminister!)

- Die Vorlage hast du geliefert, deshalb musste ich das jetzt loswerden.

Nein, ich denke, es ist extrem wichtig, dass wir alle auch unsere Möglichkeiten und Kanäle nutzen. Viele von uns haben Bundestags- oder Landtagsabgeordnete, Regierungsmitglieder; ich hatte es gesagt. Wir haben kommunalpolitische

Institutionen. Bei uns ist es die SGK, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Ich denke, dass wir alle hier als Vertreter dieser großen Stadt Lobbyarbeit auch bei unseren eigenen Leuten machen müssen, dass es nicht sein kann, dass uns am Ende die Mittel für die Infrastruktur fehlen, die wir brauchen, um wirklich allen Menschen in Köln einen guten ÖPNV anzubieten, weil das 49-Euro-Ticket alles weggefressen hat. Das ist mir wirklich ein Selbstanspruch, und ich würde mir sehr wünschen, dass es dazu das klare Bekenntnis von allen gäbe: Ja, das tun wir auch, und am Ende sind wir mit Sicherheit erfolgreich. - Vielen Dank fürs Zuhören und auf gute Erfolge beim Deutschlandticket! Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier gab es ein wenig Irritation. Zu mir ist nicht durchgedrungen, dass wir heute nicht reden, deshalb habe ich mich entsprechend vorbereitet. Ich würde einfach gern diese Rede halten, weil ich mir auch Gedanken gemacht habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist erfreulich, dass das Deutschlandticket jetzt eingeführt wird. Es gibt aber etliche Baustellen. Deshalb ist es gut und richtig, dass dieser Antrag heute gemeinsam beschlossen wird. - Dies vorab.

Die dauerhafte Finanzierung für das Deutschlandticket und der Ausbau des Angebots sind die wichtigsten Baustellen. Das Finanzgerangel zwischen Bund und Ländern darf nicht zulasten der Beschäftigten und der Fahrgäste gehen. Damit das Deutschlandticket nachhaltig funktioniert, braucht es umfassende Investitionen in das Personal, um den Ausbau und die steigenden Fahrgastzahlen zu bewältigen; das dürfen wir im Zusammenhang mit der Finanzierung nicht vergessen. Schon heute herrscht Personalmangel mit konkreten Folgen. Fahrtausfälle wegen fehlenden Personals und hoher Krankenstände sind an der Tagesordnung. Wir wissen das aus Köln zur Genüge und haben es auch von der KVB erfahren.

Dem Personalengpass muss mit einer umfassenden Personalstrategie für Planung, Bau und Betrieb entgegengewirkt werden. Durch die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen sowie angemessene Bezahlung wird der Sektor für Beschäftigte und Nachwuchskräfte attraktiver. Die Verkehrsunternehmen bzw. die KVB müssen sich darauf verlassen können, dass die für das Deutschlandticket entstehenden Kosten vollständig ausgeglichen werden. Ein vollständiger Ausgleich der Einnahmenverluste ist zu gewähren, aber auch Einführungskosten, Dynamisierung und Nachschusspflicht müssen geregelt werden, ebenso Werbung, Vertrieb und Evaluation des Tickets.

Nun noch zwei Aspekte, die uns persönlich wichtig sind: Das Ticket soll als Handyticket oder Chipkarte ausgegeben werden. Wir halten das für ein großes und nicht hinnehmbares Manko bei den Plänen für das Deutschlandticket, denn ein Teil der Bevölkerung wird dadurch komplett ausgeschlossen, zum Beispiel Seniorinnen und Senioren. Barrierefreiheit und der einfache Zugang zu Mobilität sind aber für die Akzeptanz des Deutschlandtickets unerlässlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für viele mit kleinem Einkommen bleibt es ebenfalls unerschwinglich. Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende hat sehr früh in der Diskussion ein Sozialticket für 29 Euro gefordert, und das ist auch unsere Forderung. Dafür müssen wir auch weiterhin streiten. Außerdem sind davon Schüler*innen, Studierende und Auszubildende betroffen. Viele Länder haben das bereits im Blick - auch NRW diskutiert darüber - und entsprechende Tickets angeboten. Wir hätten uns gewünscht, dass es bei Bund und Ländern eine Diskussion und ein deutlicheres Bekenntnis zu einem Sozialticket gegeben hätte.

(Beifall bei der LINKEN)

Zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Eine gesicherte Finanzierung ist Voraussetzung für einen zukunftsfähigen ÖPNV. Der Bund und die Länder sind jetzt in der Pflicht, eine dauerhafte, umfassende Finanzierungsstruktur sicherzustellen. Kurzfristige Fördermittel sind nicht ausreichend, um die Kommunen zu unterstützen und die entstehenden Kosten zu decken.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit verbunden sind Regelungen für klare Zuständigkeiten von Bund und Ländern und erweiterte Handlungsspielräume der Kommunen beim Ausbau und der Finanzierung des ÖPNV. Deshalb ist es schön, dass wir heute diesen Antrag gemeinsam beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nachdem Sie ja alle beteuern, alles sei gesagt und Sie seien sich einig: Wird jetzt noch weiter das Wort gewünscht? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Es ist noch nicht alles gesagt worden. Da ich nicht Mitglied des Verkehrsausschusses bin, weiß ich nicht, ob die Diskussion dort geführt wurde - ich hoffe doch.

Ich möchte zunächst einmal die KVB loben. Wir haben bislang eigentlich ein tolles Angebot an Tickets, an Monatstickets, an Jobtickets etc. Wir werden jetzt durch das 49-Euro-Ticket ein weiteres Ticket hinzubekommen, was die Tarifstruktur nicht unbedingt einfacher und übersichtlicher macht, sondern es werden alle anderen Tarife, wenn ich es richtig verstehe, weiterhin parallel bestehen.

Worauf ich hinausmöchte, ist in der öffentlichen Debatte das vollkommene Fehlen bzw. kaum wahrnehmbare Diskussionen - Frau Tokyürek hat es als Einzige gerade ein wenig angesprochen - über Kinder, Jugendliche und Studierende. Für die Studierenden gab es wohl heute eine Lösung, habe ich vorhin in den Nachrichten gelesen, aber für Kinder und Jugendliche nicht. Viele Vorteile, die die KVB beim Monats- und beim Jobticket bietet, wie Fahrradmitnahme, Übertragbarkeit beim Monatsticket im Abo, Kindermitnahme ab 15 Uhr - das sind wirklich große dicke Pluspunkte -, fehlen aber beim Deutschlandticket. Das Deutschlandticket bietet keine Variante für Kinder und Jugendliche an.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Es ist in der Tat ein erstaunliches Manko, dass das nicht diskutiert wird. Es hat mit dem Antrag, gebe ich zu, nur am Rande etwas zu tun, letztendlich aber über die Finanzierbarkeit doch wieder.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, eben!)

Wenn wir das Deutschlandticket beobachten und begleiten - es ist ja nur ein vorläufiges Ticket -, sollten wir bitte auch darauf achten, wie wir damit umgehen. Denn jemand, der jetzt ein Monatsticket im Abo hat, kann es übertragen, er kann seine Kinder damit fahren lassen - zur Schule, wenn es regnet usw. All das fällt mit dem Deutschlandticket weg.

Deshalb: Ich freue mich persönlich auch darüber, aber heute mit einer dicken Träne im Auge.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landes- und Bundesregierung auf, dass die kommunalen Belastungen, die durch die Einführung des Deutschland-Tickets entstehen durch eine auskömmliche Finanzierung des kommunalen ÖPNV-Angebots ausgeglichen werden und die dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets auch über 2025 hinaus sichergestellt wird.

Zudem fordert der Rat der Stadt Köln die Landes- und Bundesregierung auf, dass eine Beteiligung der Kommunen bzw. kommunalen Verkehrsunternehmen an den weiteren Verhandlungen entsprechend ihrer Betroffenheit gewährleistet wird.

Hierzu gehören vor allem die folgenden Fragestellungen:

- *Einnahmeaufteilung*
- *angemessene Berücksichtigung der kommunalen Aufgabenträger bei der Mittelverteilung*
- *Preisfortentwicklung und Fortführung des Deutschlandtickets nach 2025*
- *weitergehender Finanzierungsbedarf*

Der Rat der Stadt Köln bittet gleichermaßen die Stadtverwaltung und die KVB AG, sich in den entsprechenden Gremien (Deutscher Städtetag, VDV etc.) für die Beteiligung der Kommunen bzw. kommunalen Verkehrsunternehmen an den weiteren Verhandlungen einzusetzen.

Der Rat der Stadt Köln schließt sich darüber hinaus den Forderungen der Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr zur nachhaltigen Finanzierung für einen zukunftsfähigen Nahverkehr an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Dritte Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes
0737/2023

Jetzt spricht Herr Seeck.

Oliver Seeck (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Wir hatten eben in der Aktuellen Stunde über die große Schulplatznot gesprochen. Hier geht es jetzt um ein konkretes Handeln, daher herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus der BV Nippes für diesen Aufschlag. Die Bezirksbürgermeisterin ist, glaube ich, nicht mehr hier.

Es ist für uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir in der nächsten Runde schnell Gesamtschulplätze anbieten können. Wie eben auch schon diskutiert, hatten wir die Situation, dass über 700 Kinder an Gesamtschulen in diesem Jahr leer ausgegangen sind.

Es ist nach Rondorf und nach Neubrück der dritte Versuch, den wir unternehmen, um die Not an den Gesamtschulen zu minimieren, und damit im Übrigen auch für die Gymnasien.

Im Kern geht es im ersten Schritt um eine Umwandlung, gegebenenfalls auch um Erweiterungsbauten der bestehenden Hauptschule bzw. der beiden bestehenden Realschulen im Stadtbezirk Nippes in eine Gesamtschule. Sollte allerdings eine Umwandlung aus rechtlichen oder baulichen Gründen nicht möglich sein, soll ein Ausschreibungsverfahren zur Errichtung einer Gesamtschule für Nippes folgen. Jedes Jahr müssen die Schülerinnen und Schüler bekanntlich auf andere Schulformen und Standorte ausweichen. Schulneubauten fehlen in Köln, und aufgrund der langen Planungs- und Genehmigungszeiten für Schulen kann es sinnvoll sein, bestehende Schulen umzuwidmen.

Leider hat das Bündnis, wie bekannt, noch vor wenigen Monaten - auch wenn Sie das nicht mehr gern hören wollen - notwendige Veränderungen für die Familien in Neubrück, Brück, Rath und Ostheim blockiert. Das darf sich jetzt, wie auch in Rondorf, nicht auch noch in Nippes wiederholen. Gesamtschulen ermöglichen den Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Leistungsniveaus, gemeinsam zu lernen und voneinander zu profitieren.

Ich hoffe weiter darauf, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, sich diesmal an ihr Wahlprogramm halten. Da Sie das bei der letzten Abstimmung anscheinend nicht mehr richtig in Erinnerung hatten, hier noch einmal das, was auf Ihrer Homepage steht:

> Deshalb setzen wir Grüne uns für den Ausbau von Gesamtschulen ein, was auch dem Wunsch vieler Eltern entspricht. Mittel- bis langfristig ist das Schulsystem zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gemeinsamer Verantwortung zu einer Schule für alle umzubauen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird doch durch Wiederholung nicht besser!)

- Ich lese hier euer Wahlprogramm vor, dafür kann ich ja nichts.

Da die Grünen in der BV Nippes hier zugestimmt haben - Zitat aus der Niederschrift:

> Herr Thelen

- er sagt Ihnen ja hoffentlich noch etwas -

hält die Umwandlung vorhandener Schulen für den Königsweg, um schnell zusätzliche Gesamtschulplätze zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hoffen wir also auf die Beschlussalternative, der auch Sie zustimmen, damit wir eine positive Richtung im Schulausschuss einschlagen können! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist ja wohl - -)

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht lange reden. Es gibt im ganzen Stadtbezirk Nippes nur eine Gesamtschule. Bei den letzten Anmeldeverfahren hatte diese Schule mit 108 Plätzen 242 Anmeldungen. Das heißt, es wurden dort mehr Kinder abgelehnt, als angemeldet wurden. Eine Gesamtschule für den Stadtbezirk ist 2024 zur Eröffnung vorgesehen - wir hoffen, das klappt - in Weidenpesch. Das sind 108 Plätze. Aber für den Stadtteil Nippes ist dringend eine Gesamtschule nötig. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag. Wir werden auch für die Beschlussalternative stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich gerne abstimmen lassen - ich habe es eben gehört - über die Alternative.

(Christian Joisten [SPD]: Ja!)

Dann lasse ich jetzt zunächst über die Alternative abstimmen. Wer wünscht, dem nicht zuzustimmen? Gibt es also Gegenstimmen gegen die Alternative? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Alternative beschlossen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Beschluss in der Fassung der Alternative:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 02.02.2023, TOP 8.2.1 (Anlage 1) zur Kenntnis, verweist die Angelegenheit zur Beratung in den Schulausschuss und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag der SPD-Fraktion auf Abstimmung der Alternative.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Bereitstellung von FFP2/OP-Masken und Corona-Test-Kits für alle sozialen Kinder-, Jugend- und Sozialeinrichtungen im Stadtbezirk Kalk 0319/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD und der LINKEN. Enthaltungen? - Frau Gabriel enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Kalk vom 20.10.2022 zur Kenntnis und lehnt deren Umsetzung aufgrund einer fehlenden rechtlichen Grundlage ab.

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Ergebnis der verwaltungsinternen Prüfung zur Kenntnis, dass keine zusätzlichen Finanzmittel zur Anschaffung von Hygienematerial oder Schutzmasken zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Wo ist jetzt das Cradle?“ AN/0497/2023

Das eine Anfrage, die zur nächsten Sitzung beantwortet wird.

Die Angelegenheit wurde zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses“ AN/0512/2023

Auch diese Anfrage würden wir gerne zur nächsten Sitzung beantworten.

Die Angelegenheit wurde zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.4 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 0456/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 0839/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW 0467/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann ist Kenntnisnahme erfolgt.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer 2276/2022

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall. Das ist ebenfalls eine Kenntnisnahme.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.3 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim 4232/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Kenntnisnahme ist erfolgt.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.4 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin) 0508/2023

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Dann wird das zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Masterplan Stadtgrün 2279/2022

3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Grün bleibt Grün!“ AN/0480/2023

Ich gebe zunächst der Antragstellerin für TOP 3.1.3 das Wort. - Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende! Unser Antrag - die Verwaltung schafft alle rechtlichen Voraussetzungen, beide Grüngürtel und deren verbindende Radiale unantastbar bebauungsfrei zu halten - ist enorm wichtig, denn wir erleben immer weiter einen Grünfraß. Das wollen wir verhindern. Wir möchten auch nicht mehr die Debatte darüber führen, was wichtiger ist: Grün erhalten? Schulen bauen? Wohnungen bauen? Sondern diese Flächen sollen absolut bebauungsfrei gehalten werden und geschützt werden.

Die Grüngürtel und die verbindenden Radiale sind für uns Denkmal und Mahnmal zugleich, denn nichts ist so bedeutsam an Grünsystemen wie diese Gürtelanlage hier in Köln. Mahnmal auch, weil wir jeden Sommer in den warmen Monaten sehen können, was mit dem Klima in unserer Stadt bereits passiert, wenn wir uns die staubigen, trockenen Steppenwiesen anschauen.

Der Köln-Katalog, den wir hier auch noch sehen werden, zeigt uns auf, wie viel Flächenfraß hier eigentlich in Köln passiert, wie viele Einfamilienhäuser wir haben und wie viele ungenutzte Potenziale noch in dieser Stadt bei der Bebauung liegen.

Wenn ich zum Rathaus fahre, komme ich immer noch an sehr, sehr vielen Lücken zwischen hohen Häusern vorbei, die aus dem Krieg übriggeblieben sind. Wir können nicht weiter darüber diskutieren, dass wir das Kölner Grünsystem weiter bebauen müssen, wenn wir diese Lücken offensichtlich immer noch sehen. Wir möchten auch den Grünen ein bisschen helfen; ihr seid die stärkste Fraktion hier im Kölner Stadtrat. Bitte! Ja, seid Ihr!

Zum Masterplan Stadtgrün war die Verwaltungsvorlage eigentlich okay. Nun wurde wieder so viel geredet und miteinander beschlossen innerhalb des Bündnisses, dass uns das wirklich zu viele Lücken übriglässt. Daher kommt gesondert eben unser Antrag, um hier wirklich, wie gesagt, die

Kölner Grünflächen und Kleingartenanlagen rechtlich ein für alle Mal zu schützen.

Wir reden immer wieder über die Schwammstadt. Auch hier sehen wir wieder: Ein gut erhaltenes Grünsystem ist wichtig. Einmal versiegelter Boden ist versiegelt. Da können wir noch so viele Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen oder Ausgleichsflächen schaffen: Wenn der Boden versiegelt ist, ist der Boden kaputt. Das können wir nicht wieder mit alternativen Grünflächen, die wir an irgendeiner anderen Stelle einfügen, ausgleichen.

Wenn man am Hans-Böckler-Platz am Bahnhof West aussteigt, sieht man aktuell einen kleinen gelben Bagger, der sich munter durch den Grüngürtel frisst und die Bäume abknabbert. Das habe ich heute noch gesehen. Es ist wirklich schrecklich. Auch das ist einfach wieder eine Zerstörung des Kölner Grünsystems.

Alle bereits geplanten Vorhaben - das ist unser Punkt 2 - und Maßnahmen zu dem Beschluss 1, die da widersprechen, sollen eingestellt werden. Wir müssen sehen, dass wir endlich aufhören, diese Grünflächen zu beschädigen. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu! Er macht nichts am Masterplan Stadtgrün kaputt, sondern hilft ihm einfach nur weiter, diese Grünflächen zu erhalten. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es eigentlich? Am besten sagt das eigentlich unser Originalantrag von 2021:

> Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel, der Grünzüge sowie der Komplettierung […] der grünen Strukturen in Köln und einer damit einhergehenden Verbesserung des Stadtklimas sowie der Aufenthalts- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Der Antrag wurde am 23.03.2021 beschlossen. Das ist genau heute vor zwei Jahren. Das ist ein bisschen kurios, aber es zeigt auch, wie wenig Zeit die Verwaltung brauchte, diese wirklich sehr umfangreiche Vorlage zu erarbeiten. Dafür möchte ich mich zunächst einmal bedanken.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Der Antrag wurde übrigens einstimmig beschlossen - also, bis auf die AfD-Fraktion, die da nicht mitgemacht hat.

Alle Punkte der heutigen Beschlussvorlage gehen auf diesen Antrag zurück. Deshalb möchte ich mit einigen Missverständnissen aufräumen.

Eine Forderung von uns war:

> In einem ersten Schritt soll das vorhandene Kölner Grünsystem im Hinblick auf seine planungsrechtliche Absicherung und die bestehenden Planungskonzepte erfasst werden, sowie - so nicht vorhanden - durch notwendige Maßnahmen (Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan …) gesichert und qualifiziert werden.

Die Bestandsaufnahme und Qualifizierung wurden mit der heutigen Vorlage weitgehend gemacht. Check! Daran können wir einfach einen Haken setzen.

Das, was noch aussteht, ist die Sicherung, zum Beispiel durch die Überarbeitung des Flächennutzungsplans. Und genau diese Überarbeitung wollen wir heute beschließen.

Noch einmal aus unserem Antrag von 2021:

> Unter Berücksichtigung der Vorgaben der Kölner Perspektiven 2030 und anderer bestehender Konzepte sollen Flächen, insbesondere solche mit sehr intensiver Nutzung wie im bestehenden Inneren Grüngürtel, aufgezeigt werden. Hierbei sollen die Potenziale für eine ökologische Aufwertung und die stadtklimatische Bedeutung dargestellt und in das zu erstellende Gesamtkonzept eingebunden werden sowie ihre Weiterentwicklung konzipiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das ist mit den Leitbildkategorien dieser Beschlussvorlage

geschehen. Sie finden sie alle auf Seite 27 der Anlage 2. Eine Klassifizierung in die Kategorien „Immergrün“, „Zukunftsgrün“ und „Potenzialgrün“ zeigt genau das auf. Gerade die qualitativen Unterschiede zwischen einzelnen Freiflächen werden damit einmal klar dargestellt. Und damit können wir auch daran einen Haken setzen.

Zur Erinnerung: Bei der Identifizierung von stadträumlich relevanten Flächen sind nicht mehr notwendige Verkehrsflächen auf ihre Entsiegelungsmöglichkeiten hin zu überprüfen und im Masterplan entsprechend zu kennzeichnen. Unterversorgte Stadträume sind bei der Planung von grünen Korridoren in die Region hinein zu berücksichtigen. Diese Schritte fehlen noch. Diese können erst berücksichtigt werden, wenn auf der Ebene der Stadtbezirke genau geschaut wird, was geplant ist und wir ebenfalls heute beschließen werden.

Sie sehen, wir sind noch nicht fertig mit dem Masterplan. Das, was heute vorliegt, ist nur der Anfang. Aber die Ergebnisse gehen nicht über unseren originären Antrag hinaus. Noch bleiben sie dahinter zurück. Die vorliegende Beschlussvorlage redet bewusst von der Infrastruktur des Kölner Grüns, weil sie aus Fachsicht die räumlich strategische Vorgabe für die Entwicklung des Kölner Grün- und Freiflächennetzes für die kommenden Jahre abbildet. Das formulierte Leitbild baut auf der historischen Entwicklung des Kölner Grüns auf und zeigt die künftigen Ansätze für dessen Weiterentwicklung.

Wir beschließen hier ein weiteres Vorgehen im Sinne dieses grünen Infrastrukturplans. Der Änderungsantrag von CDU, Grünen und Volt präzisiert dieses Vorgehen nur. Es ist die Vorlage eines Fachamtes aus fachlicher Sicht - so, wie es auch der Masterplan Innenstadt einmal war.

Dies ist keine Bauleitplanung, mit der andere Satzungen, der Regionalplan oder Bebauungspläne infrage gestellt werden. Es ist auch nicht rechtsverbindlich, aber es werden Konflikte aufgezeigt, die durch verschiedene Ansprüche an eine Fläche entstehen können.

Meine Redezeit ist um, ich bin aber jetzt auch fertig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erlauben Sie mir aber noch einen Abschnitt zum Schluss. Das ist auch ein Zitat aus dieser umfangreichen Vorlage:

> Das Kölner Grünsystem kann in seiner Ausformung und Dimension als einzigartig in Europa bezeichnet werden. Auffallend ist die Kontinuität, mit der nachfolgende Generationen hierauf aufgebaut und weitergearbeitet haben, ohne die Grundform der vernetzten Grün- und Freiflächen in Frage zu stellen.

Ja, und genau das wollen wir heute und hier auch tun. Wir sind jetzt eine dieser Generationen, die am Kölner Grün weiterbauen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank der Kollegin Pakulat an die Verwaltung anschließen. Ich glaube, es war noch so, dass unter der Ägide von Markus Greitemann mit den Planungen begonnen wurde, und unter Herrn Wolfgramm sind sie zu Ende geführt worden.

Wir haben in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses Herrn Dr. Bauer gedankt und ihn in den verdienten Ruhestand verabschiedet. Insofern auch einmal einen herzlichen Dank an die Verwaltung des Grünflächenamts, die aus ihrer eigenen Fachsicht einen Plan vorgelegt hat, der fachlich sehr gut durchgearbeitet wurde und fachlich, glaube ich, über fast jeden Zweifel erhaben ist. Ich habe das in der vorletzten StEA-sitzung gesagt: Das ist sozusagen eine alleinige Planung des Grünflächenamtes ohne Berücksichtigung anderer Belange. Und weil wir das immer in einen Gesamtzusammenhang einordnen müssen, haben wir das auch im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert.

Neben dem Bekenntnis zu grüner Infrastruktur, insbesondere zu der Kategorie „Immergrün“, sind eben die beiden Grüngürtel, die historisch gewachsen sind, angesprochen worden. Wir haben im Norden, im Osten und im Westen große

Grünflächen, über die wir gar nicht diskutieren müssen, also der Königsforst, Dünnwald usw. Darum geht es gar nicht. Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Vorlage bei verschiedenen Akteurinnen und Akteuren einige Irritationen hervorgerufen hat. Gleichzeitig macht die Vorlage Konflikte deutlich - das hatte Frau Pakulat eben bereits gesagt -, die wir letztendlich bei der Bauleitplanung usw. entscheiden müssen.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir im Stadtentwicklungsausschuss geführt haben, möchte ich gleichzeitig noch einmal deutlich machen, dass wir hier mit Mehrheit des Bündnisses am 20. Juni 2022 den Regionalplan beschlossen haben. Und auch noch einmal zur Erinnerung: Auch da ist in der Umweltprüfung bei vielen Flächen auf das Thema Umweltrelevanz hingewiesen worden. Gleichzeitig spiegelt das eben auch diese Vorlage wider, weil wir bei der Durchsicht der Vorlage oder der verschiedenen Karten Konflikte oder Übereinstimmungen mit dem Regionalplan festgestellt haben. Nichts anderes geben diese Planung und der Masterplan wieder.

Und noch einmal zur Erinnerung: Es ist ein Bekenntnis zu einer weiterwachsenden Stadt gewesen, das wir im Regionalplan hinterlegt haben. Die Zahlen sind uns da auch noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Das sind 750 Hektar für allgemeine Siedlungsflächen, die ASB-Flächen. Das sind für den Wohnungsbau 50 000 Wohneinheiten. Zudem wurden GIB-Flächen im Umfang von 370 Hektar beschlossen. Das sind ungefähr 2 500 Betriebe oder 50 000 Arbeitsplätze, für die wir immer noch Potenzial aufweisen können.

Ich nehme an, dass die Debatte gleich von anderer Seite eben diesen Drall bekommen wird. Um diese Befürchtung aufzugreifen nur noch einmal der Hinweis: Der Regionalplan ist auf den Weg gebracht. Und das, was gelungen ist und uns im Bündnis eint, ist eben, dass hier nach wie vor die Balance hergestellt wird, weiter den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden, Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, für Schulen, für Gewerbe, für Industrie, aber auch gleichzeitig Freiräume freizuhalten, die historisch gewachsen sind, die wir vielleicht auch in den nächsten Jahren, was das Thema Vernetzung betrifft, benötigen werden. Wir haben das während der Corona-Pandemie gesehen, aber wir sehen eben auch, dass unsere Freiflächen sehr stark genutzt werden - nicht nur im Sommer; im Frühjahr wird es auch schon bald losgehen. Insofern braucht die Stadt diese Freiflächen als Frischluftschneisen, also nicht nur für Freizeit und Aufenthalt, sondern auch als Frischluftschneisen und als Kaltluftentstehungsgebiet.

Insofern glaube ich, dass der Masterplan Stadtgrün das fortsetzt, was wir im Regionalplan festgelegt haben, und darauf auch in großen Teilen natürlich Rücksicht nimmt, aber es an verschiedenen Stellen Konflikte gibt. Diese sind lösbar. Wir müssen sie diskutieren. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Aber die Balance, die nötig ist, um diese Stadt weiter wachsen zu lassen, ist gewährleistet.

Daher: Herzlichen Dank für die Vorlage und herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt einmal gespannt, ob ich die Erwartung von Kollegen Kienitz erfüllen kann, dass die Debatte diesen Drall annimmt. Wir schauen einmal.

Wir beschließen oder sollen heute den Masterplan Grün beschließen, der tatsächlich vor zwei Jahren einstimmig in diesem Rat beschlossen wurde.

Lassen Sie mich vorweg eines sagen: Was das Zustandekommen Ihres Änderungsantrags angeht, habe ich schon gewisse Bauchschmerzen, weil es so gewesen ist, dass wir uns im Stadtentwicklungsausschuss darüber unterhalten haben. Wir haben uns auch darüber unterhalten, was dieser Masterplan Stadtgrün eigentlich wirklich ist. Und wir als Opposition haben angeboten, gemeinsam einen Änderungsantrag zu stellen, der diesen Masterplan als genau das benennt, was er ist, nämlich eine Analyse von Grünflächen mit einer Handlungsempfehlung. Mehr ist das momentan noch nicht. Es ist noch überhaupt kein Masterplan. Und Fakt ist - das bedauere ich wirklich sehr -, dass die Kollegen von den Grünen es abgelehnt haben, noch einmal mit uns zu sprechen, obwohl wir uns eigentlich alle zusammen schon verabredet und gesagt hatten: Wir setzen uns noch einmal gemeinsam hin. - Liebe Grüne, das ist sehr

schade, dass Sie diesem Angebot nicht nachgekommen sind.

Niklas, du hattest gerade erwähnt, dass wir im Regionalplan tatsächlich 750 Hektar allgemeine Siedlungsfläche und an Gewerbefläche 370 Hektar beschlossen haben. Jetzt muss man aber fairerweise sagen, dass wir eigentlich 2 920 Hektar Siedlungsfläche und 886 Hektar Gewerbefläche benötigen würden. Das ist jedenfalls die Empfehlung, die wir bei der Beschlussfassung dieses Regionalplans hatten. Wir haben also in Köln nur 28 Prozent der Fläche, die wir benötigen, und diese Fläche habt ihr noch mal um 20 Prozent reduziert. Deshalb kommen wir jetzt dazu, dass dieser Masterplan - ich zitiere daraus -:

> […] eine gesamtstädtisch strategische Vorlage sein soll zur Sicherung des Stadtgrüns und zur nachhaltigen Grünstruktur.

Es ist schon so, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo wir uns überlegen müssen: Was soll denn bitte diese strategische Vorlage sein?

Wir haben einen unfassbaren Druck auf die Flächen, die wir in Köln haben. Wir haben heute, glaube ich - ich weiß es nicht -, insgesamt zweieinhalb Stunden über Schulplätze diskutiert. Wir diskutieren über Wohnungsbau und über die Ansiedlung von Gewerbeflächen. Das ist ein unglaublicher Druck, der auf allen Flächen in Köln lastet - natürlich auch auf den Grünzügen.

Niemand - auch wir nicht - will das Vermächtnis von Fritz Schumacher, der vor 100 Jahren das Siedlungskonzept geschrieben und diese doppelten Grünzüge hier ermöglicht hat, in irgendeiner Form nicht ehren. Das wollen wir nicht. Zudem ist uns natürlich auch die Verantwortung, die wir für das Klima haben, bewusst. Aber wir wollen es doch bitte an einer Stelle diskutieren, wo es hingehört, und nicht einen Masterplan Grün, der im Übrigen nur noch mal eine Bestandsanalyse ist, die im Übrigen auch nicht richtig ist. Es gibt Flächen darin, die schon bebaut sind. Es gibt Flächen, die gegen B-Pläne verstoßen. Mit dem Flächennutzungsplan und dem Regionalplan stimmt dieser Masterplan auch nicht überein. Deswegen: Das muss alles erst einmal nachgearbeitet werden, was noch nicht geschehen ist.

Wenn es uns gelungen wäre, gemeinsam - und das Klima in Köln ist eine gemeinsame Aufgabe, liebe Grüne - an dieser Stelle diesen Masterplan als das zu benennen, was er ist, nämlich eine Bedarfsanalyse und ein erster Schritt zu einem Masterplan, dann wären wir bei dieser bedeutenden Aufgabe mitgegangen. Aber so?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Sofort.

Hier wird jetzt gerade der Eindruck erweckt, dass das schon der Masterplan ist. Ich darf nur den *Stadt-Anzeiger* vom 15.03. zitieren, wo Sie als Grüne siebeneinhalb von acht Klimazielen als verpasst gewertet bekommen haben. Ich glaube, das ist eher ein Grund, weswegen das Ding jetzt als Masterplan durchgewunken werden muss. Wenn darüber „Bestandsanalyse“ gestanden hätte und nicht strategische Vorgabe für alles andere, hätten wir mitgehen können. So ist uns das leider nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Homann, eine Frage zu Ihrem Wortbeitrag. Ich hätte sie eigentlich gern während Ihres Vortrages gestellt, aber das haben Sie nicht erlaubt. Daher muss ich sie jetzt im Nachgang stellen.

Sie haben in Ihrem Beitrag die Situation sogar so dargestellt, dass Ihrer Auffassung nach in den Bereichen des Masterplans Grün überhaupt nicht gebaut werden darf, und sprechen von B-Plänen, die angeblich nicht umgesetzt werden können.

(Mike Homann [SPD]: Nein, nein, nein!)

Ihnen ist aber schon bewusst, Herr Homann, wenn Sie mir diese Frage erlauben, dass dieser Masterplan lediglich ein Instrument in den Planverfahren ist, um das Abwägungsverfahren auf die Fragen des Klimaschutzes und des Grünerhalts zu erweitern? Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt? Wenn ja, warum suggerieren Sie in Ihrem Redebeitrag das Gegenteil?

(Vereinzelt Beifall - Niklas Kienitz [CDU]: Gute Frage!)

Mike Homann (SPD): Lieber Herr Weisenstein, es war nicht meine Intention, zu sagen, dass der Masterplan in irgendeiner Form rechtlich B-Pläne aufheben oder behindern kann. Darum geht es überhaupt nicht.

Es geht um Folgendes: Bei den Immergrün-Flächen werden wir uns wahrscheinlich relativ schnell einig sein können, aber bei den Zukunftsgrün- oder Potenzialgrün-Flächen werden wir uns irgendwann damit auseinandersetzen müssen: Dort soll eine Schule hin. Und dann werden Sie mit mir zusammen in der Öffentlichkeitsbeteiligung sitzen, in der auch die Bürger sitzen und sagen: Ey, Masterplan Grün, das sollte eigentlich grün bleiben. - Und dann werden wir sagen: Ja, aber das ist nur Potenzialgrün, die Schule ist jetzt wichtiger. - Das ist das, was wir meinen. Wir können dem Bürger nicht vorgaukeln, dass die Grünflächen, die wir hier benennen, alle grün bleiben. Das kann nicht sein. Es ist unsere Aufgabe, das am Ende abzuwägen. Und das ist etwas, was dem Bürger suggeriert wird, was einfach nicht der Tatsache entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer zu Hause und auch liebe Zuschauer hier noch im Saal! Für die Stadt im Klimawandel zeichnen sich immer komplexere Anforderungen ab. Köln ist keine Insel der Glückseligen, sondern bereits heute eine Hitzeinsel, in deren Zentrum es bis zu zehn Grad heißer wird als in ihren Randlagen. Um mit den auf uns zukommenden Herausforderungen umgehen zu können, müssen Räume und Menschen - auch Sie, meine Damen und Herren - widerstands- und veränderungsfähig sein. Ein „Weiter so!“ darf es daher nicht geben. Der Masterplan Stadtgrün ist in dieser Situation ein guter Ansatz. Da hat die Verwaltung - Sie wissen, dass wir die Verwaltung gern konstruktiv kritisieren - uns einen ziemlich guten Plan vorgelegt. Okay, das war nicht wirklich schwer, aber zeitaufwändig.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schwer deshalb nicht, weil der Masterplan Grün auf dem bereits vor zehn Jahren erstellten grünen Masterplan Köln aufbaut und weite Passagen aus diesem sogar wortgleich übernommen hat. Frau Oberbürgermeisterin wird sich sicherlich erinnern, denn sie war als Umweltdezernentin Mitglied des beteiligten Klimakreis Köln. Die Liste der Teilnehmer*innen ist übrigens recht lang und reicht von der RheinEnergie über die GAG bis zur Handwerkskammer, den Ford-Werken, dem VDI und auch der Industrie- und Handelskammer. Von wegen, dass es keine Beteiligung gab.

Auch im Rahmen der Regionale 2010 wurde ein Masterplan Grün verabschiedet. Dann gab es noch diverse andere Masterpläne für die Grüngürtel, grüne Infrastruktur usw. Kurzum: Hier liegt nicht wirklich etwas Neues auf dem Tisch, sondern eine Sammlung aus vielen bereits beschlossenen und vorgelegten Einzelmaßnahmen.

Und plötzlich ist das Geschrei groß. Wo waren Sie denn die letzten Jahre, als diese Pläne diskutiert, erstellt und beschlossen wurden? Ich war zwar noch nicht im Rat, aber ich habe mich auch früher schon für Klima und Umwelt interessiert. Wissen Sie vom Mehrheitsbündnis eigentlich, was in Ihrem Kooperationsvertrag steht?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben ihn ja geschrieben!)

- Dann nennen Sie mir die Zeilen, Herr Hammer.

(Beifall bei der LINKEN)

Da steht wörtlich in den Zeilen 871 bis 872:

> Durch die Entwicklung eines Masterplan Grün werden wir die Kölner Grünzüge und Grüngürtel planerisch festsetzen.

Dick unterstreichen möchte ich das. Aber so weit geht dieser vorgelegte Plan ja nicht einmal. In der Originalvorlage wird nichts festgelegt und in der geänderten Fassung noch viel weniger. Hier wird nichts planerisch festgelegt. Der Masterplan bleibt eine strategische Vorgabe. Er beauftragt die Verwaltung lediglich zukünftig irgendwann mit der planungsrechtlichen Sicherung.

Der im Stadtentwicklungsausschuss verabschiedete Änderungsantrag war kein Verbesserungsantrag, sondern ein Verwässerungsantrag und wäre aus unserer Sicht absolut nicht nötig gewesen.

Schauen Sie sich lieber den Antrag der Fraktion Die FRAKTION an. Darin wird konkret gefordert, sofort planerisch festzulegen, dass die Grüngürtel, ihre Radiale und die Kölner Kleingärten rechtlich bebauungsfrei zu halten sind. Das entspricht eher dem, was Sie, meine Damen und Herren vom Mehrheitsbündnis, sich selbst in Ihren Vertrag geschrieben haben.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Wir bleiben beim Original-Masterplan bzw. jetzt in der geänderten Fassung, der Bau nicht verhindert, aber die Grünentwicklung bei jedem B-Plan in die Abwägung mit einbezieht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Eigentlich müsste es einen freuen, wenn wir eine solche Diskussion, die wir im Stadtentwicklungsausschuss letzte Woche bereits geführt haben, auch noch einmal in diesem großen Kreis führen. Aber deswegen ist nicht jedes Argument, was ich jetzt gehört habe, entsprechend neu.

Im StEA hat der Kollege Frenzel von der SPD schon auf die Fehler hingewiesen, wie Herr Kollege Homann gerade eben auch noch einmal, dass bereits bebaute Flächen - es gab da Beispiele aus Gremberghoven - als Immergrün markiert sind oder dass ein Gewerbegebiet, das gerade ein Investor erworben hat, um dort ein großes Lager zu bauen, als Immergrün deklariert ist. Daran sieht man, mit welcher Mogelpackung wir hier rausgehen.

Herr Homann hat es richtig gesagt: Wir wecken damit Erwartungen in der Bürgerschaft, die uns nachher als Kommunalpolitik auf die Füße fallen. Es müsste eigentlich jeder Kommunalpolitiker, der sich länger mit Stadtentwicklung beschäftigt, sagen, er ist ein gebranntes Kind. Wir haben das Beispiel des Geländes vom Gartenbetrieb Müller an der Ignystraße in Weiden, wo ein paar Hundert Wohnungen gebaut werden sollen, aber die Bürger kommen und halten uns vor, dass in irgendeinem Plan mal gestanden hat, dass das Grünzug West ist. Damit geraten Sie als jemand, der die Stadt weiterentwickeln und 300 Wohnungen schaffen will, ins Hintertreffen.

Das mag dem einen oder anderen in der Grünen-Fraktion so recht kommen, wenn man sagt: Wir wollen das gar nicht, dass Köln weiterwächst und sich weiterentwickelt. Aber dass die CDU dabei mitmacht, solche Instrumente aus der Hand zu geben und sich in der Form festzulegen, das wundert mich.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der Kollege Kienitz hat den Regionalplan bereits angesprochen, als ob es da eine besondere Leistung wäre, die das Bündnis erbracht hat. Der Kollege Homann hat ja nur die Flächenzahlen genannt. Aber ihr habt aus dem Regionalplan Wohnungen für 50 000 Menschen für die nächsten 25 Jahre gestrichen. Das ist doch das Problem!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Man kann das immer toll finden, dass hier in Köln Grün erhalten bleibt. Aber wenn der Zuzug da ist, wird das ja nur auf das Umland verlagert. Das heißt, der Druck wächst in den Nachbarkommunen. Junge Familien müssen aus der Stadt wegziehen, weil sie hier keine adäquaten Wohnverhältnisse mehr vorfinden und weil der ÖPNV eben nicht nachkommt. Wir haben doch eben darüber diskutiert, wie spärlich wir es schaffen, allein das Kölner Netz auszubauen. Vom Bahnknoten Köln will ich gar nicht reden. Es gibt weite Teile im Umland, die gar nicht erschlossen sind, wo die Leute auf das Auto angewiesen sind. Diese Verkehrsprobleme haben wir nachher auf Kölner Straßen, weil wir die Flächen hier nicht ausweisen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Daher ist es fatal, solche Signale zu senden, wenn ganze Wohngebiete als Potenzialgrün angemalt werden, wenn ich mal an den Porzer Süden denke, an ein Gebiet wie Zündorf-Süd, was eigentlich bisher unbestritten in der politischen Diskussion war, oder wenn eine Fläche wie Wahn-West, die super erschlossen ist mit einem S-Bahn-Halt, hier als Zukunftsgrün bezeichnet wird.

Ich wundere mich, dass in der Verwaltung - ich meine, es gibt doch eine verwaltungseinheitliche Verwaltungsmeinung - nicht irgendwo die Alarmglocken angegangen sind: Was wird uns denn hier vom Umweltdezernat, vom Klimadezernat vorgeführt? Das kann doch nicht wahr sein, dass das die Stadtentwicklung mitmacht, wenn wir hier Stadtteile erweitern wollen, wenn wir Wohnungsbau machen wollen, dass das als Potenzialgrün oder Zukunftsgrün angemalt wird.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Also, ich bin enttäuscht von dem Stand, der uns hier vorgelegt wird. Das ist nicht durchdacht. Deshalb kann es aus meiner Sicht nicht beschlossen werden. Und ich muss sagen, er wird im Grunde durch den Änderungsantrag - das habe ich im Ausschuss auch schon gesagt - des Bündnisses noch verschlimmbessert, wenn es da heißt, es soll eine gerechte Verteilung von Grünflächen zwischen den Stadtbezirken erzielt werden. Ja, Freunde, wie gut kennt ihr Köln eigentlich? Wie wollt ihr denn in Köln zwischen den Stadtbezirken eine gerechte Grünflächenverteilung hinbekommen? Da müsstet ihr schon den Königsforst abholzen, damit dann Kalk so wenig Grünflächen hat wie die Innenstadt, oder was soll das?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Also, das ist doch ein Irrsinn, so etwas den Leuten vorzumachen!

Jetzt sage ich noch eine Sache, Frau Röhrig, weil Sie von der Beteiligung gesprochen haben, wie toll das früher gelaufen ist. Wir haben doch die Schreiben bekommen von der WIG und vom Verband mittelständischer Wohnungswirtschaft, die uns vorwerfen, wie intransparent das Verfahren gelaufen ist, dass die Gremien, die wir hier haben, nicht beteiligt worden sind. Das ist doch zu kurz gekommen. Dann kann man doch nicht sagen: Da hat es früher mal einen anderen Plan gegeben, da war das viel besser, das lassen wir jetzt gelten. Wir wollen doch mit der Wohnungswirtschaft zusammenarbeiten. Die Oberbürgermeisterin hat einen Vertrag mit denen unterschrieben: 6 000 Wohnungen im Jahr. Wenn wir dann hier im Rat solche Beschlüsse fassen, machen wir es der Wohnungswirtschaft unmöglich, Wohnungen in Köln zu bauen. Deswegen ist es das falsche Signal, diesen Beschluss heute hier zu fassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, diese Diskussion haben wir jetzt gefühlt schon dreimal gehabt. Ich bin jetzt ein bisschen müde.

(Niklas Kienitz [CDU]: Jetzt erst? - Weitere Zurufe)

- Ja, eine Runde Mitleid für mich. Danke.

Nein, jetzt einmal ernsthaft. Unser Änderungsantrag fasst, wie ich finde, den Diskussionsstand in diesem Rat recht gut zusammen; denn die Kritik, die es von allen Seiten gibt, ist zum Teil nachvollziehbar. Für die einen geht unser Änderungsantrag nicht weit genug, man müsste viel radikaler sein. Für die anderen ist er schon radikal genug, man verbaut sich hier für die nächsten Jahrzehnte alles Mögliche.

Mit unserem Änderungsantrag wollten wir diesen Diskussionsstand auch ein bisschen wiedergeben. Wir hatten diesen ja auch bei uns im Bündnis. Es ist nicht einfach, sich auf etwas festzulegen, auf ein neues Tool für die räumliche Planung, die ja wirklich Wirkung zeigen wird. Denn für all diejenigen, die sagen, unser Änderungsantrag verwässert alles und greift gar nicht durch, lasst euch gesagt sein: Wir haben jetzt ein Tool, womit wir wirklich die Bedeutung unserer Grünzüge und unserer Grünflächen noch einmal deutlich erhöhen, das gab es vorher noch gar nicht. Also, mit diesem Masterplan wollen wir Grünzüge sichern. Deswegen ist das hier eigentlich schon ein enormer Fortschritt, den wir hier haben.

Zudem steht auch außer Frage, dass der innere oder äußere Grüngürtel irgendwie angetastet werden soll. Das ist klar.

Wiederum andere Fraktionen oder Akteure aus der Bauwirtschaft kritisieren uns, dass uns dieser Masterplan Entwicklungsmöglichkeiten verwehrt. Das tut er eben nicht, denn wir im Bündnis stehen nicht für Stillstand. Das habe ich auch schon im Stadtentwicklungsausschuss gesagt.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Natürlich müssen wir uns hier entwickeln. Natürlich wissen wir, dass wir Wohnraum brauchen. Wir brauchen Schulen, wir brauchen auch Gewerbeflächen. Das ist uns absolut bewusst. Und wir brauchen uns hier nicht vorwerfen zu lassen, dass wir das nicht wissen. Deswegen haben wir uns auch im Bündnis darauf geeinigt, dass es abgesehen von großen Grünzügen und großen Grünflächen vereinzelte Flächen gibt, bei denen es Diskussionsbedarf geben wird und man dann natürlich ganz offen und demokratisch diskutieren muss: Was brauchen wir jetzt? Was ist unser Bedarf? Und wir müssen hier auch, wenn wir dann bauen, natürlich klimaschonend und klimaangepasst bauen. Das ist auch klar. Deswegen versuchen wir hier, mit unserem Änderungsantrag genau das aufzufassen, wo wir gerade stehen.

Wir müssen unsere Grünflächen schützen. Gleichzeitig müssen wir aber als Stadt flexibel sein und auf Veränderungen eingehen. Ich finde, das haben wir eigentlich sehr gut gemacht. Ich kann es verstehen, wenn viele denken, wir verschlimmbessern hier usw. usf. Aber das ist nun mal die Arbeit eines Bündnisses, in dem auch unterschiedliche Meinungen aufeinandertreffen. Hier haben wir einen guten Kompromiss gefunden, indem wir uns, wie gesagt, ganz aktiv für unsere Grünflächen aussprechen und ein Tool haben, womit wir erstmalig wirklich die Bedeutung unserer Grünflächen schützen, uns aber gleichzeitig die Flexibilität bewahren, zu sagen: Wo möchten wir hier noch diskutieren? Wo kann etwas planungsrechtlich gesichert werden? Und wo können wir hier wirklich auf die Bedürfnisse unserer Stadt eingehen? Daher lade ich auch die Fraktionen ein, die das noch sehr, sehr kritisch sehen, hier noch mitzugehen. Denn dieser Kompromiss ist, glaube ich, ein sehr guter. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer vor den Bildschirmen und auch auf der Tribüne! Frau Pakulat, ich glaube, heute können wir Sie sogar ein bisschen überraschen. Denn neben den schon bestehenden Masterplänen Städtebau, Parken und Digitalisierung wird heute das - so nenne ich es - Fachgutachten Stadtgrün zur Abstimmung gestellt. Auf Seite 3 heißt es zur Beschreibung:

> Der Masterplan Grün soll für zukünftige stadtentwicklungspolitische Entscheidungen die Grundlage und Referenz bilden.

Also wird es eine Anleitung, die entsprechend den Kriterien wie - ich zitiere -:

> […] den mittlerweile spürbaren Klimawandel, die erforderliche Mobilitätswende und den demografischen Wandel

auf die Kölner Stadtentwicklung gestülpt werden soll. Sie versprechen sich das Stadtklima zu verbessern und die Aufwertung der Kölner Aufenthalts- und Naturräume. Sie definieren Frischluftschneisen und Wasserschutzgebiete und wollen diese Definition beim Städtebau berücksichtigen.

Das Kölner Stadtgebiet - das muss ich Ihnen, glaube ich, nicht sagen - weist eine Versiegelungsquote - Sie haben es „Versiegelungsgrad“ genannt - von ungefähr 35 Prozent auf. Als guter Vergleich steht hier München mit circa 47 Prozent versiegelten Verkehrsflächen. Köln steht also damit als Millionenstadt sehr gut da und liegt bei einer Studie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft auf Platz 19. Dazu haben wir in der letzten Ratssitzung der Schaffung eines Entsiegelungskatasters zugestimmt, damit Köln noch schneller noch grüner wird.

Erlauben Sie mir, dass ich kurz die drei wichtigen Kategorien „Immergrün“, „Zukunftsgrün“ und „Potenzialgrün“ anspreche. Wir sind nämlich genau der Meinung wie Sie, dass wir eine solche Identifizierung brauchen, denn die Identifizierung von diesen Flächen ist durchaus sinnvoll. Aber dass alle bisherigen Pläne diesem eben angepasst werden sollten, halten wir für unangebracht. Denn Klima - ich habe es heute schon einmal gesagt - ist nicht das einzige Problem, das wir in Köln haben.

Und hier nehmen wir die Verwaltung beim Wort. Wir verstehen den vorliegenden Masterplan als Fachgutachten und verstehen damit keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Darauf werden wir auch weiterhin bestehen. Und um den Dezernenten Wolfgramm zu zitieren: Man darf nicht die Themen Wohnen oder Soziales gegen Klima ausspielen. Hier müssen wir uns aber klar machen, dass

die Dinge selbstverständlich eine Rolle im Miteinander der Kölner Stadtplanung spielen. Denn die neuen Gebiete, wie zum Beispiel Kreuzfeld, werden natürlich keine Lehmhütten, die man einfach auf die Felder stellt. Es wird versiegelt werden müssen, und wir werden dort auch Straßen und eine Infrastruktur brauchen - Infrastruktur und Versiegelung, die in dem Masterplan erst einmal eine untergeordnete Rolle zu spielen scheinen.

Meine Damen und Herren, unserer Meinung nach ist die Vorlage der Drahtseilakt zwischen Stadtgrün erhalten und ausbauen und den wichtigen Punkten Wohnen und Stadtentwicklung. Wir sind nach der Zusage von Herrn Wolfgramm durchaus geneigt, die Wertschätzung für dieses Fachgutachten zu erbringen, und warten gespannt auf das, was uns in den nächsten Schritten erwartet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich würde gern noch einmal darauf eingehen, wieso bei der Flächenknappheit und der wachsenden Stadt gleichzeitig eine weitere Vernichtung unseres Stadtgrüns und eine weitere Zerstörung unserer Belüftungs- und Kühlungssysteme nicht Teil der Lösung sein kann:

Wir haben mehr als genug Wohnflächen in Köln, nur der vorhandene Wohnraum ist nicht gerecht verteilt. Warum wohnen manche Menschen auf Hunderten von Quadratmetern pro Kopf, während andere auf engstem Raum oder gar auf der Straße leben müssen?

Weiterhin sind viele Flächen entweder 24/7 einfach ungenutzt oder werden nur an wenigen Stunden pro Tag genutzt.

Wir haben auch mehr als genug versiegelte Flächen in Köln. Die Flächen sind auch nicht gerecht verteilt. Warum bekommen Autos so dermaßen überproportional viel Fläche in unserer Stadt und die Kinder zum Beispiel zu wenig?

Wie eben schon erwähnt, kollidiert der Masterplan Grün bereits jetzt mit manchen Vorgaben und Flächenbelegungen aus dem Regionalplan, Flächennutzungsplan und Bebauungsplan. Unsere Verantwortung ist es, dafür zu sorgen, dass vergangene Fehlentscheidungen endlich revidiert oder an neue Anforderungen angepasst werden, Bauvorhaben gestoppt und Pläne überarbeitet werden.

Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unser Stadtgrün und die Klima-Resilienz unserer Stadt mit höchster Priorität behandelt werden und dass hierfür Rechtssicherheit hergestellt wird für unsere Kinder und uns selbst. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

(Ulrich Breite [FDP]: Jetzt kommt die Rede! - Gegenruf von Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]: Eine weitere!)

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Breite! Ich hatte eine Rede zu den Klimaklebern geschrieben, aber das ist leider von der Tagesordnung gekegelt und in den Umweltausschuss verwiesen worden. Aber trösten Sie sich: Am meisten verzweifele ich hier bei dieser Frage nicht an der FDP, sondern eigentlich im Grunde genommen an der SPD.

Von der CDU als dem parlamentarischen Arm der Bauindustrie

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

- ich wollte zuerst legaler Arm sagen, aber das klingt so sch…, „parlamentarisch“ ist, glaube ich, treffender - habe ich eigentlich nichts anderes erwartet. Es ist ja nun klar, wenn die Baulöwen in unserer Stadt husten und sagen: „Uns gehen Investitionsflächen flöten, bitte macht da etwas!“, dann kommt eine super Vorlage aus dem Hause der Umwelt- und Klimaschützer: Wir haben da Probleme und bitte tut etwas. Das ist euch gelungen. Herzlichen Glückwunsch! Die Vorlage ist, ja, manche sagen „verschlimmbessert“, manche sagen „verwässert“, aber sie ist zumindest vom Wording her etwas entschärft worden. Wobei, wenn man die Texte nebeneinanderlegt, ist es schon echt schwierig. Dazu hätte ich gerne auch noch so eine tabellarische Synapse gehabt, oder ich weiß nicht, wie das in der Bibel heißt

(Niklas Kienitz [CDU]: Synopse! Deine Synapsen funktionieren noch! - Heiterkeit)

- Synopse, ja, nicht Synapse -, um das zu verstehen, wer mit welchem Wort und welchem Begriff da jetzt was nun eigentlich intendiert. Wie dem auch sei: Herzlichen Dank für die eigentliche Beschlussvorlage.

Das war in dieser Debatte - es ist manchmal ganz schön, wenn man als letzter spricht - schon ganz interessant, wie die Argumente hier ausgetauscht wurden: Einerseits ist diese Vorlage schlecht, weil sie das Bauen verhindert. Andererseits ist die Vorlage schlecht, weil sie nicht konkret und einfach nur ein Strategiepapier ist und was sonst noch alles. Und das kommt von beiden Seiten. Das kommt von der CDU genauso wie von der SPD. Da müssen Sie sich schon entscheiden.

Das, was ich herausgehört habe, ist, dass es ein Strategiepapier ist und dass Sie im Grunde genommen - ich glaube, Herr Sterck war das, der das am stärksten betont hatte - eigentlich nur Schiss haben, später auf einer Bürgerversammlung zu stehen und zu sagen, warum Sie jetzt eine Grünfläche bebauen wollen. Das sollen wir Ihnen jetzt hier abnehmen und sagen: Weiterhin überall bauen möglich, Grün schützen wir auch.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn du Zündorf-Süd als Immergrün ausweist, dann streust du den Bürgern Sand in die Augen! Das fördert Politikverdrossenheit!)

Diese Diskussion hatten wir im StEA auch geführt. Ich erinnere mich sehr gut daran. Natürlich gibt es vielleicht - ich habe es nicht nachgeprüft - Fehler in den Dutzenden einzelnen Anlagen; das mag sein.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

Aber das, was bei mir hängengeblieben ist und was heute auch noch einmal betont wurde, ist Folgendes: Diese Vorlage bricht kein Baurecht, sie bricht keinen Bebauungsplan, nichts dergleichen. Wenn wir irgendwo bauen wollen, dann können wir das auch mit dieser Vorlage. Nur, wir müssen dann dazu stehen, dass wir das an dieser Stelle auch tun wollen, und eben sagen: Okay, das ist jetzt hier Zukunftsgrün, aber wir wollen vielleicht doch etwas bauen. Dann haben wir aber auch das Recht, dass wir in einer Versammlung mit den Bürgern stehen und sagen: Wir machen es trotzdem, auch wenn wir damals beschlossen haben, dass es eigentlich grün bleiben soll. Aber dazu haben offensichtlich nicht alle den Mumm.

(Beifall von Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen])

Aber am allerallermeisten enttäuscht bin ich von der SPD.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

CDU - klar, kennen wir, da wissen wir, was da läuft. Aber bei der SPD frage ich mich, ob es eigentlich überhaupt einen umwelt- und klimapolitischen Flügel in dieser Ratsfraktion gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also wirklich, Sie hängen hier irgendwie 80er-Jahre-Phantasien nach: Wir brauchen die Industrie, wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen Wohnungsbau etc.

(Christian Joisten [SPD]: Ja, genau das brauchen wir! Gucken Sie doch mal in die Stadt! Keine Wohnungen, keine Arbeitsplätze!)

Wir bauen Wohnungen, liebe SPD, aber es werden keine Obdachlosen von der Straße geholt! Es wird kein sozialer Wohnungsbau gemacht! Nichts wird gemacht, was Ihrer Klientel eigentlich nutzen würde! Sie machen sich hier letztendlich - tut mir leid - einfach nur zum Büttel der Bauindustrie, ohne dass Sie irgendetwas erreichen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und dann kommt so eine Vorlage aus dem Umwelt- und Klimaausschuss, wo vollkommen klar ist: Das ist ein grüner Beigeordneter, ein grüner Dezernent, und die Grünen stehen eigentlich auf das Papier. Sie haben das bestellt, das steht so im Kooperationsvertrag.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Beschlossen! Bestellt wird gar nichts!)

- Beschlossen haben wir es auch. Beschlossen und damit bestellt.

Und dann kommt so eine Vorlage, die wirklich aber auch gar nichts verschlägt. Also, wenn ich ein Sozialdemokrat wäre, der einen Umweltflügel hätte, dann würde ich hingehen und sagen: Liebe

Grüne, wenn die CDU bockt, dann machen wir das gemeinsam.

(Christian Joisten [SPD]: Wir denken für die Stadt, Herr Zimmermann! Das können Sie sich gar nicht vorstellen!)

Diese Chance habt ihr verpasst, ein um das andere Mal, und das kapiere ich hinten und vorne nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Redezeit ist abgelaufen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Gut, dass es vorbei ist!)

Zu 3.1.7, was verwiesen wurde, möchte ich nur noch einen Satz sagen: Ich möchte mich an die Aktivist*innen der Letzten Generation richten. Wenn Sie heute diesem Stream zugeschaut haben, wissen Sie, dass Ihre Aktionen weiterhin notwendig sind. Ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass Sie den Klimaschutz immer wieder auf die Tagesordnung bringen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Tagesordnungspunkt 3.1.3, über den Antrag der Fraktion Die FRAKTION „Grün bleibt Grün!“. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen, und zwar wie im StEA, Anlage 14. Gibt es Gegenstimmen? - Von der FDP-Fraktion, von Herrn Zimmermann und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses vom 16.03.2023 (Anlage 14):

Der Rat beschließt den Masterplan Stadtgrün (Fachplanung) als gesamtstädtische strategische Vorgabe zur Sicherung des Stadtgrüns und zur nachhaltigen Entwicklung der grünen Infrastruktur. Der Masterplan Stadtgrün bildet eine wichtige Vorgabe für künftige räumliche Planungen, Entwicklungen und Abwägung mit anderen Belangen, zum Beispiel für Bauleitpläne. Hierdurch wird gewährleistet, dass die grün- und freiraumplanerischen Belange zum Schutz und zur Entwicklung der biologischen Vielfalt, der gerechten Verteilung von Grünflächen und des natürlichen Klimaschutzes ausreichend Berücksichtigung finden und eine nachhaltige Entwicklung der Stadt gewährleistet wird. Bei Bauleitplanverfahren sind die örtlichen Bedingungen, die sich durch den Beschluss zum Masterplan Stadtgrün ergeben, den beschlussfassenden Gremien in den Vorlagen darzulegen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen einer Überarbeitung des Flächennutzungsplans die Flächen der Kategorien Immergrün und Zukunftsgrün entsprechend ihrer Bedeutung für die grüne Infrastruktur im Rahmen der Abwägung darzustellen, zu berücksichtigen und je nach Ergebnis zu sichern. Die Verwaltung wird beauftragt nach dem Inkrafttreten des neuen Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln einen Zeit- Maßnahmenplan für eine Anpassung des Kölner Flächennutzungsplanes (FNP) an den Regionalplan zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen.

Dort, wo Bauflächen im Bereich der grünen Infrastruktur ausgewiesen sind, sollen verbindliche Vorgaben für die Berücksichtigung der Vorgaben des Masterplans Stadtgrün für die verbindliche Bauleitplanung formuliert werden. Dort, wo rechtskräftige Bebauungspläne mit konträren Festsetzungen fortgeschrieben werden, ist der Masterplan Stadtgrün als wichtige Vorgabe in der Abwägung zu berücksichtigen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Prioritätensetzung (Defizitanalyse) weitergehende und detailliertere Grün- und Freiflächenpotenziale auf der Ebene der Stadtbezirke in enger Zusammenarbeit mit den Bezirksvertretungen zu ermitteln und aufzuzeigen. Hierbei ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Ziel soll es sein, in den dicht bebauten und unterversorgten Stadtbezirken eine gerechte Verteilung von Grünflächen herzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitergehende Ermittlung der detaillierten Grün- und Freiflächenpotenziale der Stadtbezirke im Jahr 2023 im Sinne der

„gerechten Verteilung von Grünflächen“ mit Ehrenfeld und Kalk zu beginnen. Die Versorgungsanalyse der neun Stadtbezirke ist bis zum Jahr 2027 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und FDP sowie von RM Zimmerman (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Anmerkung:

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Grün bleibt Grün!", AN/0480/2023 behandelt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung schafft alle rechtlichen Voraussetzungen, um beide Grüngürtel und deren verbindende Radiale unantastbar bebauungsfrei zu halten und auf sämtlichen Kölner Kleingartenflächen Nutzungsänderungen zu unterbinden.

2. Alle bereits geplanten Vorhaben und Maßnahmen, die dem Beschluss zu 1) widersprechen, werden eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Anmerkung:

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 10.1. Masterplan Stadtgrün, 2279/2022 unter TOP 10.1 behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Aufhebung des gebundenen Ganztags an der auslaufend schließenden Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf
0581/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den gemäß § 9 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zum Schuljahr 2014/15 an der Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf eingeführten gebundenen Ganztag gemäß 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zum 01.08.2023 aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“
0607/2023

Hier hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer am Livestream und hier im Saal! Ich fasse mich kurz: Diesen Antrag lehnen wir ab, und zwar nicht, weil wir den Rechtsextremismus oder Antisemitismus nicht auch ablehnen würden. Ganz im Gegenteil! Wir lehnen alle Formen des politischen Extremismus ab. Aber dieser Antrag ist viel zu einseitig. Wir finden nichts zum Linksextremismus.

Liebe Verwaltung, da habe ich etwas völlig vergessen: Die Stadt Köln gewährt linksextremen Organisationen, wie der Interventionistischen Linken, bereitwillig Unterschlupf im Autonomen Zentrum. Es gibt hier Mitglieder, die der linksextremen Antifa zujubeln.

(Lukas Lorenz [SPD]: Ja, ich! - Vereinzelt Beifall)

- Ja, da haben wir es.

Deshalb ist diese Vorlage wenig glaubwürdig. Ihnen geht es doch nur unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Kampfes gegen Rechts darum, den Linksdrall in der Gesellschaft unwiderruflich fortzusetzen. Glauben Sie es mir ganz persönlich: Der Linksextremismus ist ein Problem in Köln. Sie können sich gern von meinem zerstörten Wohnzimmerfenster ein Bild machen. Das waren Linke.

Frau Oberbürgermeisterin, wenn Ihre Stadtdirektorin im AVR auf Fragen zum Thema Linksextremismus im Zusammenhang mit diesem Antrag entgegnet, dass sie diese nicht beantworten möchte, dann weiß man, dass die Verwaltung wenig glaubwürdig in ihrem Unterfangen gegen den politischen Extremismus ist. Außerdem stellt sich hier die Frage, was diese Vorlage überhaupt bringen soll. Ist politischer Extremismus, der mit Gewaltbereitschaft einhergeht, nicht in erster Linie Sache der Strafverfolgungsbehörden? Oder sollen hier in Wahrheit wieder irgendwelche Versorgungsposten langfristig für die linksgrüne Blase geschaffen werden?

Wir lehnen den Antrag ab. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt den Beschluss des Fachkreises Extremismusprävention (11.10.2022) und des Kriminalpräventiven Rates Köln (17.11.2022) und stimmt der geplanten Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Baubeschluss
1622/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0570/2023

Wortmeldungen? - Bitte sehr.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Änderungsantrag ist ja selbsterklärend!)

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Es liegt ein Änderungsantrag vor. Den haben wir inhaltlich aber auch schon im Fachausschuss andiskutiert. Wir als SPD-Fraktion würden dem zustimmen können und werden das auch tun haben, haben aber die Bitte, dass natürlich auch eine Alternative geschaffen werden muss, wenn die Brennwerttherme nicht eingebaut wird. Kalte Flure - da sind wir also d'accord, aber es muss natürlich auch eine Möglichkeit geben, eine Alternative zu schaffen, damit man dann auch - wenn es so passiert - die Wohnungen warm bekommt. Ich glaube schon, dass unsere Fachverwaltung dazu eine Idee hat. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: In der Tat, die Idee gibt es. Ich habe mich heute auch schon damit beschäftigt. Wir würden uns zutrauen, das ohne die Brennwertherme zu machen, und würden uns aber auch verpflichten, wenn sich herausstellen würde - was wir überhaupt gar nicht glauben -, dass es nicht ginge, dass wir Sie in diesem Fall informieren würden. Insofern würden wir verwaltungsseitig mit diesem Änderungsantrag leben können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Jürgen Kircher [SPD]: Wir auch! Danke!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich zunächst den Änderungsantrag abstimmen und dann eventuell die Ursprungsvorlage. Die offenen Fragen aus dem Bauausschuss sind beantwortet, und Ihr Dialog wird auch aufgenommen in der Niederschrift.

(Jürgen Kircher [SPD]: Sehr gut! Danke!)

Wer wünscht, dem Änderungsantrag zuzustimmen? - DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die FRAKTION, Volt und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Die gibt es nicht. Dann ist der Änderungsantrag beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Ursprungsvorlage in soeben geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

"Auf die Beheizung der Treppenhäuser sowie den Einbau einer Brennwerttherme wird verzichtet."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1941 mit Gesamtbaukosten in Höhe von 7,88 Mio. €.

Die Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes. Der Neubau umfasst eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung, Sole-Wärmepumpe und wird im Passivhausstandard ausgeführt.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplanungen auf Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure mit den Leistungsphasen 4 - 9 zu beauftragen sowie die Bauleistungen im Rahmen der vergaberechtlichen Regelungen zu vergeben.

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungen in entsprechender Höhe im Teilplan 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5196 – Neubau Berliner Str. 219a, freigegeben.

Auf die Beheizung der Treppenhäuser sowie den Einbau einer Brennwerttherme wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Baubeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Frankfurter Straße (B 8) über die B 55a
2183/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss. Verkehrsausschuss und BV 8 haben vorher auch so abgestimmt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabriel. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung 8 (Anlage 8), des Verkehrsausschusses (Anlage 10) und des Finanzausschusses (Anlage 11):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023 / 2024 – mit dem Abbruch und Neubau der Brücke Frankfurter Straße (B 8) über die

B 55a in Köln-Kalk. Der Neubau der Brücke umfasst drei Fahrspuren je Fahrtrichtung für den Kfz-Verkehr, beidseitig Rad- und Gehwege sowie Platz für eine Stadtbahntrasse. Östlich des Bauwerks werden für die Dauer der Bauzeit Behelfsbrücken zur Aufrechterhaltung des Verkehrs errichtet. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen 19.340.000 € brutto (inkl. Planungskosten).

Im Rahmen der Ausführungsplanung soll die Rad- und Fußwegbreite angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Gabriel zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln 3238/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Es melden sich Herr Detjen und Frau Syndicus.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Wir werden dem Städtepartnerschaftskonzept zustimmen. Wir hätten auch dem alten Konzept aus dem Jahr 2020 zugestimmt, das noch die Handschrift des damaligen Amtsleiters Internationales Frieder Wolf trug.

Frieder Wolf konnte vor seiner Rente nicht verhindern, dass das erste Konzept auf Eis gelegt wurde. Wenige Monate später verstarb er. Wir haben ihm viel zu verdanken für seine kommunale Außenpolitik mit Grundsätzen und konkreten Handlungsvorschlägen.

(Beifall)

- Danke schön.

Die Überarbeitung des Konzeptes ohne ihn und ohne wichtige Städtepartnerschaftsvereine, die davon betroffen waren, führte zu einer Verwässerung des Konzeptes. Frieder Wolf ging es darum, internationale Konflikte zu benennen und auch Lösungen aufzuzeigen. Im alten Konzept hatte er zehn Grundlagen und Prämissen der kommunalen Nahostarbeit entwickelt, die heute aktueller denn je sind. Schon 2020 gab Frieder Wolf den Verstößen gegen das Völkerrecht eine große Priorität in seinen Grundsätzen. Sein Satz - Zitat - „Nachhaltiger Frieden kann letztlich nur zwischen Menschen geschlossen werden“, umschreibt vielleicht seinen tiefen Wunsch für Frieden.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Ukrainer sind Opfer, Putin ist Täter. Punkt. Wir unterstützen die Opfer und bekämpfen die Täter. Auf dem Treffen des RGRE am letzten Donnerstag in Brüssel wurde uns mitgeteilt, dass es inzwischen 137 Städtepartnerschaften mit ukrainischen Städten gibt. Das ist gut. Köln ist dabei und unterstützt Dnipro.

Es ist auch völkerrechtswidrig und schäbig, wenn die Türkei unmittelbar nach dem Erdbeben die Kurden in Syrien bombardiert. Das klagen wir an. Trotzdem werden wir die Städtepartnerschaft mit Istanbul nicht infrage stellen und die Beziehungen abbrechen. Kommunale Außenpolitik heißt auch, gerade jetzt den Erdbebenopfern in der Türkei und Syrien zu helfen - mit Hilfen, Spenden und der Möglichkeit, sich in Deutschland für eine gewisse Zeit auszuruhen. Meine Kölner Ratsfraktion, aber auch der Integrationsrat sind verärgert und enttäuscht, dass eben keine einfachen bundesweiten Einreiseerlaubnisse für Erdbebenopfer geschaffen worden sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine verpasste Chance, den Menschen in der Türkei zu zeigen: Wir Demokraten stehen zu euch und wissen, dass Erdoğans Armee und seine türkische Verwaltung versagt haben.

Wir hatten in den letzten Wochen mit dem Dachverband der Kölner Partnerschaftsvereine Cologne-Alliance über das Konzept noch einmal gesprochen. Sie und wir würden uns freuen, wenn der Rat heute ohne große Veränderungen dieses Konzept beschließen würde und eine breite Zustimmung bekommt, damit es weitergeht - weiter mit unserer großen, vielfältigen kommunalen Außenpolitik. Ja, Köln wird sich zur Stadt der Menschenrechte erklären.

Ich ende mit einem Zitat:

> Frieden muss gelernt werden. Vertrauen wächst im täglichen Miteinander. Weil deutsche und europäische Kommunen dafür erfahrungsgemäß einen Rahmen geschaffen haben, ist es ein

friedenspolitisches Gebot, die Möglichkeit engagiert zu nutzen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir möchten gerne noch einen Änderungsantrag in die Beschlussvorlage einbringen, und zwar soll der Beschluss um folgenden Punkt ergänzt werden:

> Alle Kölner Partnerstädte sowie die lokalen Städtepartnerschaftsinitiativen werden eingeladen, sich beim am 08.09.2022 beschlossenen Kölner Fest der Demokratie darzustellen.

Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus, haben Sie einen Deckungsvorschlag? - Es tut mir leid, aber ich muss auf Formalien achten.

(Beifall bei der AfD)

Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden - wie alle anderen hoffentlich auch - diesem Beschluss jetzt zustimmen. Er wurde noch einmal überarbeitet. Es gab verschiedene Schreiben bei dem ersten Entwurf - von der Synagogen-Gemeinde, aber auch von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und anderen, die darauf hingewiesen haben, dass hier Formulierungen enthalten sind, die den Staat Israel verletzen. Das haben wir bei anderen Städtepartnerschaften und Ländern nicht hineingeschrieben. Darum haben wir uns damit auseinandergesetzt und das verändert.

Ich bin der Meinung, dass dieser Entwurf, den wir jetzt verabschieden, viel besser geworden ist. Wir sollten so etwas auch berücksichtigen, wenn an uns herangetragen wurde, dass verletzende Formulierungen enthalten waren. Ich bin froh, dass wir gemeinsam diesen Konsens gefunden haben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt zunächst Herr Schwanitz und dann Frau De Bellis-Olinger.

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, jetzt hat die Debatte doch einen eigentlich etwas bedauerlichen Zungenschlag angenommen. Wenn ich mich zuletzt an den Fachausschuss erinnere, dann haben wir dort das Konzept in der Form, in der es jetzt vorliegt, allesamt gelobt und allesamt gesagt, dass das ein sehr, sehr gutes Ergebnis aus einem sehr langen, schwierigen und komplizierten Prozess gewesen ist.

Dieser Prozess war wirklich lange. Wir haben das hier am 10. Mai 2016 in Auftrag gegeben, und wahrscheinlich bin ich der Einzige, der sich wirklich gut an diesen Tag erinnert, weil ich an dem Tag hier von der Oberbürgermeisterin als Nachrücker in den Rat verpflichtet worden bin. Seitdem wartet man darauf.

Wir gehen jetzt durch das Konzept nicht noch einmal inhaltlich durch, glaube ich. Der Fachausschuss hat es großartig gelobt, auch die Vertreter von vielen Fraktionen, die jetzt hier noch einmal inhaltliche Punkte angebracht haben - eigentlich von allen. Deshalb finde ich, es ist wirklich wichtig, festzustellen, dass hier die Verwaltung in diesem langen Prozess etwas richtig Gutes vorgelegt hat. Ich kann sagen: Nach all diesem Ringen und Auseinandersetzen damit haben wir mit diesem Städtepartnerschaftskonzept wirklich etwas, was ein Schmuckstück für die Stadt ist. Ich finde, als solches sollten wir es hier gleich auch verabschieden und nicht als ein kontroverses Element.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich möchte alle noch einmal auffordern, nicht jetzt, aber allgemein noch einmal hineinzuschauen. Es sind über 100 Seiten. Es ist alles enthalten, was wichtig ist: die Menschenrechte, das Völkerrecht und die SDGs. Die kontroversen Punkte sind gut

ausbalanciert. Es ist ein atmendes Konzept. Es hat kurzfristig Dnipro aufgenommen. Zudem hat es, weil wir das so in Auftrag gegeben haben, einen besonderen Fokus auf Menschenrechte. Wir haben das 2016 selbst so beschlossen und einen Satz darin, den zitiere ich jetzt, bevor ich vom Pult gehe:

> Städte sind politische Gemeinwesen, denen die Idee der Freiheit immanent ist.

Das stand 2008 darin. Mittelalterlich: „Stadtluft macht frei“. Das ist der Geist, mit dem wir gleich sozusagen ein Städtepartnerschaftskonzept für uns gemacht haben. Dafür muss man einfach einmal einen Dank der Fachverwaltung aussprechen - die hat großartige Arbeit geleistet - und auch den Vereinen, die das alles tragen. Man gestatte mir auch einen kleinen Dank an den Bürgermeister Wolter, der so viel daran mitverhandelt hat, und auch - das ist ebenfalls im Beschluss enthalten - an die Landes- und Bundesregierung, die die kommunale Außenpolitik in ihrer Bedeutung noch einmal deutlich gestärkt haben.

Ich persönlich habe zwar noch keinen Tag als Ratsmitglied erlebt, an dem ich nicht auf dieses Konzept gewartet habe, trotzdem empfehle ich die Zustimmung und freue mich sehr, wenn es jetzt bald da ist. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich den Worten meiner Kollegen Uli Breite und Hans Schwanitz anschließen. Ich brenne sehr für die Städtepartnerschaften und freue mich wirklich, dass wir gerade in diesem Jahr, in dem wir auch 65 Jahre Ringstädtepartnerschaften feiern, dieses Konzept endlich verabschieden können. Jetzt ist es rund. Ich habe auch sehr viel in Gesprächen mit Frieder Wolf, aber auch Frau Dr. Klemm, die einen sehr tollen Ansatz hat, gelernt. Auch ihrem Team möchte ich einen großen Dank an dieser Stelle aussprechen. Denn sie nimmt in Anlage 2 insbesondere die Punkte auf, die für die Städtepartnerschaftsvereine, wie CologneAlliance - aber nicht nur CologneAlliance allein -, sehr, sehr wichtig sind. Das ist noch einmal ein Signal, zu sagen: Ja, auch die wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Zusammenarbeiten fördern wir weiter. Das ist uns wichtig.

Der heutige Beschluss bedeutet nicht, dass ein Schlussstrich unter das Konzept gezogen wird, sondern - ganz im Gegenteil - ein solches Konzept lebt. Frau Dr. Klemm und ihr Team haben uns das zugesagt, und das glaube ich auch, aber auch Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, da in Ihrem Amt diese gute Zusammenarbeit, die Sie sowohl europaweit als auch in weiten Teilen der Welt pflegen, ein hohes Ansehen genießt: Besuche, Austausch politischer Art, aber auch der Jugendaustausch - all das sind wichtige Botschaften, die wir stützen sollten. Deshalb ist diese breite Mehrheit, die wir heute erhalten, von großer Bedeutung, um auch die Arbeit des Amtes für Internationales weiter zu stützen.

Ich freue mich sehr, dass wir das heute geschafft haben, und danke allen, die sich in Städtepartnerschaftsvereinen engagieren. Ein Appell: Es sollte jeder einmal in sich kehren und überlegen, wo noch Bedarf ist. Denn auch wir sind gute Botschafter und gutes Bindeglied für die Vereine in den Rat, in die Politik, aber auch in die Städtepartnerschaften selbst. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Eigentlich hatte ich gedacht, dass wir das ohne große Reden machen. Wir haben jetzt viel Lob gehört. Es war auch ein sehr langer Prozess - dem kann ich zustimmen -, und die meisten wissen, dass ich in der Städtepartnerschaftsarbeit sehr, sehr involviert bin.

Der Prozess war am Anfang nicht besonders rund. Es gab sehr, sehr viele Verstrickungen. Es gab auch sehr, sehr viele Kontroversen. Ich erinnere mich noch an das Gespräch mit Frieder Wolf - Sie erinnern sich daran -, wo wir geschaut haben, wie wir aus dem Konflikt herauskommen. Es war richtig zugemauert, und wir kamen nicht vorwärts. Diese Zumauerung merkt man auch daran, dass es so lange gedauert hat. Wir sind jetzt in der Phase, dass wir uns über den grünen Klee

loben, was mich natürlich freut. Wir werden das auch einstimmig verabschieden.

Ich darf aber auch noch daran erinnern: Es sind sehr viele daran beteiligt. Da möchte ich auch dem zivilgesellschaftlichen Engagement, das durch die Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt wird, danken. In jeder Städtepartnerschaft sind es die Menschen hier aus Köln und in den Städtepartnerschaftsstädten, die wir haben, die das tun. Es ist die Verwaltung, die das tut. Das Papier gibt einen Rahmen, aber man darf es natürlich auch nicht überbewerten. Denn es bleibt wirklich bei den aktiven Menschen: Der Frieden wird durch die Menschen geschaffen. Wenn wir das jetzt als Prämisse nehmen, ist das etwas Wunderbares. Wir sollten uns natürlich nicht auf Einzelkonflikte beschränken, sondern das Ganze sehen. Jeder, der etwas dafür tut, ist ein Gewinn für unsere Stadt und für die Städtepartnerschaften.

In diesem Sinne freue ich mich, dass wir jetzt in Summation wirklich alle begeistert sind und alle in einem Boot sind, und freue mich, wenn wirklich alle zustimmen werden und wir dies jetzt endlich einmal vom Tisch haben. Wir werden im nächsten Punkt noch die Menschenrechtsstadt thematisieren, also einen weiteren wichtigen Baustein in diesem Bereich. In dem Sinne: Vielen Dank an alle Akteure.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich das jetzt gerne abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Ach so, ich muss erst den Änderungsantrag von Frau Syndicus abstimmen lassen.

Herr Hock, wird der Änderungsantrag der FRAKTION aufrechterhalten?

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Ja!)

- Ja.

Hat sich Frau Syndicus inzwischen - sie hatte Zeit genug - eine Deckung überlegt?

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, wir würden das gern finanzieren aus den Mitteln des Teilplans 0301, Schulträgeraufgaben, aus der Teilplanzeile 13.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe jetzt einmal der Kämmerin das Wort.

(Heiterkeit und Beifall)

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ja viel im Kopf, aber das habe ich nicht im Kopf, das muss ich erst nachschlagen. Aber vielleicht hilft man mir ein bisschen und sagt mir einmal, was denn im Teilplan 0301, Teilplanzeile 13 steht, was das für Schulträgeraufgaben sind.

(Zuruf von der CDU: An wen ging denn die Frage?)

- An den Kollegen, der den Deckungsvorschlag formuliert hat. Und was konkret da jetzt nicht finanziert werden soll - das wäre natürlich unglaublich spannend zu wissen.

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil ich die Geste so nett finde, die auch so viel Zuwendung zu den Partnerstädten zeigt, lasse ich darüber jetzt einmal abstimmen. Wenn sich das nicht ergeben sollte, müssen wir schauen, wie wir damit umgehen.

Wer wünscht, diesem Änderungsantrag zuzustimmen? - Das sind Die FRAKTION, Volt und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt hatte ich auch genug Zeit, mir zu überlegen, dass ich das Städtepartnerschaftskonzept durch Ihr Handzeichen bestätigt haben möchte. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel - Herr Zimmermann würde bestimmt auch zustimmen, aber er ist nicht da -, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das Konzept so beschlossen. Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall)

I. Abstimmung über den mündlichen Ergänzungsantrag:

Beschluss:

Alle Kölner Partnerstädte sowie die lokalen Städtepartnerschaftsinitiativen werden zum Kölner Fest der Demokratie am 08.09.2023 eingeladen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Volt und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das vorliegende „Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln".

2. Die Verwaltung wird beauftragt,

2.1. die im Konzept aufgeführten Einzelmaßnahmen entsprechend der vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen sukzessive umzusetzen; dabei soll die Verwaltung bei der Umsetzung der Maßnahmen die aktuellen lokalen Erfordernisse berücksichtigen sowie sie unter Beachtung der weltpolitischen Lage nötigenfalls anpassen und entsprechend priorisieren;

2.2. unter Einbeziehung der an der Entwicklung des Konzepts zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit bereits beteiligten sowie gegebenenfalls weiterer Vereine und Organisationen zu prüfen, ob sich die Stadt Köln, dem Beispiel anderer europäischer Städte wie Barcelona, Graz, Nürnberg, Utrecht und Wien folgend, ausdrücklich zur `Stadt der Menschenrechte´ erklärt, und nach erfolgter Prüfung dem Rat dazu eine Mitteilung bzw. einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

3. Der Rat begrüßt ausdrücklich das bisherige Engagement der städtischen Unternehmen und Beteiligungen im Bereich der internationalen Kölner Städtepartnerschaften und Städtekooperationen sowie der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Die städtischen Unternehmen und Beteiligungen leisten damit einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Pflege der Städtepartnerschaften sowie zur gesamtstädtischen Umsetzung der urbanen Agenda der EU und der UN-Nachhaltigkeitsziele. Der Rat bittet die städtischen Unternehmen und Beteiligungen, ihr diesbezügliches Engagement im Rahmen der wirtschaftlichen und rechtlichen Möglichkeiten fortzusetzen und zu intensivieren.

In dem Zusammenhang stellt der Rat anerkennend fest, dass zunehmend auch die Bundes- und Landesregierung das große Potential kommunaler Unternehmen im Bereich europäischer und internationaler Städtekooperationen sowie der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erkennen und wertschätzen.

Dem zuständigen Fachausschuss für Europa und Internationales wird über die Umsetzung der Maßnahmen zum Ende des jeweiligen Jahres Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschüsse für die Jahre 2025-2027
3272/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 3. Ebenso hatte der KUK beschlossen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 14.03.2023 (Anlage 2) und des Finanzausschusses vom 20.03.2023 (Anlage 3):

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, der AchtBrücken GmbH zur Durchführung des Musikfestivals „ACHTBRÜCKEN Musik für

Köln“ für die Jahre 2025-2027 einen Betriebskostenzuschuss von jährlich 450.000 € zuzusagen.

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Freigabe der Gelder des Festivals „ACHTBRÜCKEN Musik für Köln“ für die Jahre 2025-2027 von jährlich 450.000 € und verbindet damit den Wunsch nach einer Evaluation des Festivals.*

3. *Der Rat bittet den Aufsichtsrat, das Festival sowie seine Konzeption zu evaluieren. Dazu soll zunächst ein Sachstandsbericht erarbeitet werden, der Auskunft darüber gibt, welchen Stellenwert AchtBrücken in der Neuen Musik hat und welche Wirkung das Festival in der Musikszene und in der Stadt entfaltet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Eintrittspreise für Veranstaltungen der Bühnen Köln (Oper, Schauspiel, Tanzgastspiele) für die Spielzeit 2023/24 0662/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt das neue Preissystem inklusive der angepassten Eintrittspreise für Veranstaltungen der Bühnen Köln (Oper, Schauspiel & Tanzgastspiele) ab der Spielzeit 2023/24 gemäß der zu dieser Vorlage beigefügten Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Beteiligung am Gottfried Böhm Stipendium 0369/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass sich die Stadt Köln an dem Gottfried-Böhm Stipendium des Fördervereins der Technischen Hochschule Köln mit 12.000 Euro je Durchgang (insgesamt 60.000 Euro in zehn Jahren) wie in der Anlage 1 beschrieben beteiligt.

Gleichzeitig hebt der Rat der Stadt Köln seinen Beschluss vom 10. September 2020 (Vorlage-Nummer 2183/2020) auf, ein eigenes Gottfried-Böhm Stipendium auszuloben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Implementierung eines Cash Pools 0705/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einführung des Cash Pools entsprechend den in der Begründung dieser Vorlage beschriebenen Rahmenbedingungen und ermächtigt die Verwaltung, die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Eigenbetriebe sukzessive nach einzelfallbezogener Prüfung an den Cash Pool anzubinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr.
2079/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Erweiterung zu der in der Sitzung des Rates am 12.11.2015 unter der Session-Nr. 2258/2015 beschlossenen dauerhaften Fortführung der Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung für die Stadt Köln).*

2. *Hinsichtlich der Finanzierung der zusätzlich anfallenden Sachaufwendungen in den Jahren 2023 und 2024 in Höhe von jeweils 30.898 € im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste, ermächtigt der Rat die Verwaltung, im Haushaltsplan 2023/2024 veranschlagte Mittel aus Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Teilplanzeile 13 – Sach- und Dienstaufwendungen umzuschichten.*

3. *Das Dezernat V, Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 StadtBahn Süd - Trassenfestlegung und Entscheidung zur weiteren Planung
3065/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - In Anbetracht der Uhrzeit würde ich das zu Protokoll geben, wenn das für die Verwaltung insoweit okay ist und kein anderer redet. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint das Wort nicht gewünscht zu sein. Dann lasse ich abstimmen wie in der Sondersitzung Verkehrsausschuss.

Herr Weisenstein? - Ja, gut, vielleicht kann die Verwaltung kurz Stellung dazu nehmen. Herr Weisenstein erinnert mich daran, dass es vielleicht doch noch Diskussionsbedarf geben könnte. - Herr Egerer.

Beigeordneter Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich nehme gern zu dem Thema Kunstwerk „Standortmitte“ Stellung, welches hier von der Planung tangiert ist. Ich glaube, darum geht es bei der Frage und möglichen Diskussion.

Wir haben im Frühjahr 2020 den Auftrag an ein Ingenieurbüro vergeben, hier die Trassenvarianten zu untersuchen und zu einer Trassenfindung zu kommen. Selbstverständlich war der Verwaltung zu dem Zeitpunkt schon klar, dass sich im Untersuchungsgebiet dieses besondere und wichtige Kunstwerk befindet. Deswegen gab es auch am 25. August 2020 ein erstes Gespräch mit dem Künstler Lutz Fritsch und dem Ingenieurbüro, um das einzuordnen und darüber zu sprechen. Im Nachgang wurden dann acht Varianten insgesamt vertiefend untersucht. Die Vorzugsvarianten, die sich in der Zwischenzeit herauskristallisiert haben, haben zunächst einmal alle dieses Kunstwerk nicht weiter tangiert. Erst nach der abschließenden und vertiefenden Prüfung und gutachterlichen Bewertung der Thematik Trinkwasser und Trinkwasserschutzgebiet rückte dann die Variante, die jetzt zur Abstimmung steht, wieder in den Fokus, sodass das Kunstwerk damit tangiert ist.

Nachdem das feststand, haben wir zu einem Gespräch eingeladen, das am 11. Januar 2023 stattfand, und zwar unter meiner Beteiligung, unter Beteiligung des Beigeordneten für Kunst und Kultur, Stefan Charles, dem Vorsitzenden des Kunstbeirates, Herrn von Keitz, und dem Künstler, um hier zu erörtern, warum wir jetzt zu dieser

Variante gekommen sind. Dazu haben wir eingeladen, nachdem diese Vorzugsvariante feststand und klar war, dass die Brückenvariante eine genehmigungsfähige Lösung darstellt. Die bisher auch vom Künstler bevorzugte Tunnelvariante musste, wie erläutert, in der Vorlage, aufgrund des Trinkwasserschutzes verworfen werden.

Der Künstler wurde somit auch vor der zweiten Akteurskonferenz „StadtBahn Süd“, die am 17. Januar 2023 stattfand, mit den betroffenen Stakeholdern, persönlich informiert, dass das Kunstwerk von den Planungen betroffen ist. Er war zu der Akteurskonferenz eingeladen und hat auch teilgenommen. Hier wurde ebenfalls über den aktuellen Planungsstand berichtet und informiert.

Darüber hinaus gab es noch die von der Verwaltung durchgeführte digitale Bürgerinformationsveranstaltung am 24. Februar. Auch hier haben wir das Thema „Standortmitte“ offen angesprochen und kommuniziert.

Der Kunstbeirat wurde in seiner Sitzung vom 16.03.2023 über den aktuellen Planungsstand und das Ergebnis der Variantenprüfung informiert. Insofern haben wir das Kunstwerk selbstverständlich in den Planungen berücksichtigt.

Die weiteren fachlichen Gründe für die Auswahl der Vorzugsvariante sind meines Erachtens in der Vorlage vertiefend und sehr umfassend skizziert. Insofern belasse ich es dabei als Ergänzung zu dieser aktuellen Fragestellung. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Egerer, für diese Erläuterung. - Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Herr Egerer, vielen Dank für die Ausführungen. - Vielleicht die kurze Frage: Sehen Sie noch Möglichkeiten, dass man mit dem Künstler irgendwie doch zusammenkommt? Wie sind Sie im Gespräch? Ich weiß, dass er jetzt anwaltlich vertreten wird. Man streitet sich über diese Urheberrechte in ellenlangen Schriftsätzen. Wie bewerten Sie das? Droht ein Rechtsstreit? Was will die Verwaltung jetzt noch einmal versuchen, mit dem Künstler hinzubekommen? - Ich weiß nicht, was ihm vorschwebt, aber vielleicht haben Sie Ideen, wie man den Konflikt vielleicht lösen könnte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Egerer.

Beigeordneter Ascan Egerer: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir möchten sehr gerne die Gespräche weiterführen und im direkten Austausch mit dem Künstler auch weitere Lösungswege beziehungsweise weitere Wege zu einer Gestaltung durchführen. Das ist in unserem großen Interesse. Zunächst ist aber jetzt eine klare Positionierung erfolgt, die auch nachvollziehbar ist. Aber unser Wunsch ist tatsächlich, hier auch das Gespräch weiterzuführen. Das haben wir vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Kann ich das jetzt zur Abstimmung stellen, oder gibt es weitere Wortmeldungen? - Nein. Dann werde ich jetzt darüber abstimmen lassen wie in der Sondersitzung Verkehrsausschuss und Klima- und Umweltausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Beschluss in der Fassung der gemeinsamen Sitzung des Verkehrsausschusses und des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün (Anlage 21):

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Ergebnisse der Planung der StadtBahn Süd zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

a. die Planung der StadtBahn Süd nach Rondorf und Meschenich für den 1. Bauabschnitt für die Kombination der Vorzugstrasse „Nord-Alternative 1.1a (Querung Verteilerkreis mit Brücke, ohne Straße Im Wasserwerkswäldchen) mit Süd-Alternative 1 (Linienführung durch Rondorf-Mitte) bis Meschenich-Nord“ weiterzuführen, das Planfeststellungsverfahren durchzuführen und die Vorplanung bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 HOAI) voranzutreiben sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung fortzusetzen. Teil dieser Planung ist eine P+R-Anlage in Meschenich-Nord, deren Potential aktuell untersucht und die bei Bedarf umgesetzt wird. Gemäß Kostenschätzung belaufen sich die restlichen Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 6 HOAI des ersten Bauabschnitts auf rd. 7,7 Mio. € brutto.

b. die Planung der StadtBahn Süd in Meschenich für den 2. Bauabschnitt vom Ende des 1. Bauabschnitte bis zur Endhaltestelle in Meschenich-Süd weiterzuführen, das Planfeststellungsverfahren durchzuführen und die Planung auf Basis der Machbarkeitsstudie bis zur Ausschreibung (Leistungsphase 6 HOAI) voranzutreiben sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung fortzusetzen. Teil dieser Planung ist eine weitere P+R-Anlage in Meschenich-Süd, deren Potential aktuell untersucht und die bei Bedarf umgesetzt wird. Gemäß Kostenschätzung belaufen sich die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 6 HOAI des zweiten Bauabschnitts auf rd. 2,4 Mio. € brutto.

In Anlehnung an den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen soll

c. die Entscheidung über den Zeitpunkt der weiteren Nutzung der Straße „Im Wasserwerkswäldchen“ abhängig vom Verlauf der Bauarbeiten der Stadtbahn Süd und den damit verbundenen Verkehrsoptimierungen (u.a. Ertüchtigung der Friedrich-Ebert Straße/Kreuzung L300) getroffen werden.

d. insbesondere die in der BV Rodenkirchen mit beschlossene Prüfung einer kurzen Unterführung, die durch den Wegfall der dortigen Tankstelle möglich wird, zeitnah erfolgen.

e. bei der Planung der Brücke mindesten 3 Gestaltungsvarianten zur Entscheidung vorgelegt werden. Dabei ist auch der Freiraum unter der Brücke zu berücksichtigen.

f. die Prüfung so durchgeführt werden, dass das Bebauungsplan-Verfahren, sowie das Gesamtprojekt StadtBahn Süd zeitlich nicht verzögert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

RM Busch gibt seinen Wortbeitrag zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Fortschreibung der Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI ab dem Haushaltsjahr 2023
0222/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung bzw. der Fortsetzung dieses ersten Kölner LSBTI-Förderprogramms von 2022.

2. Ferner beschließt der Rat, die Entscheidung über die Bewilligung der einzelnen Zuwendungen an Berechtigte im Sinne der beiliegenden Förderrichtlinie dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu übertragen. Auf Grundlage der fristgerecht eingegangenen, prüffähigen Antragstellungen erarbeitet die Fachverwaltung eine Vorschlagsliste für Zuwendungen an Berechtigte im Sinne der Förderrichtlinie. Diese wird dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren vor Förderzusage und Mittelausschüttung zur Entscheidung und Mittelfreigabe vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Erwerb einer Beteiligung an der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH
0748/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Stadt Köln beschließt vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht, die erforderlichen 25 Mindestgeschäftsanteile zum reduzierten Nominalpreis von 200 EUR je Geschäftsanteil an der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH zu erwerben und beauftragt die Verwaltung, alle im Zusammenhang mit der Beteiligung erforderlichen Verträge abzuschließen.*

2. *Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Köln Katalog - Typologien für kompakte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere
3068/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion verwiesen aus der gemeinsamen Sondersitzung des Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 21.03.2023
AN/0524/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Seiger, bitte.

Christine Seiger (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geehrte Mitbürger*innen im Saal und am Stream! Über dem Köln-Katalog steht ein Leitsatz aus unserer Stadtstrategie: „Köln sorgt für kompakte und lebenswerte Quartiere." Ein schlichter, schlanker Satz, der die Herausforderungen der Flächenkonkurrenz positiv annimmt. Der Köln-Katalog weist Wege zu diesem Ziel, neue Quartiere in guter Qualität und Dichte in die Stadt einzuweben und Köln dadurch für die Zukunft besser zu machen. Er übersetzt Ziele in Ideen für konkrete Stadtgestaltung.

Den Auftrag zu diesem Katalog haben wir hier im Rat Ende 2020 gestellt. Im Frühling 2021 gab es dazu ein sehr gutes Fachsymposium. Das Stadtentwicklungsamt hat gute Arbeit geleistet und legt uns nun das Ergebnis zum Beschluss vor. Vielen Dank an Frau Scholz, an das Team und an alle, die dazu beigetragen haben.

Formal ist dieser Katalog ein städtebauliches Entwicklungskonzept. Mit dem Beschluss heute beauftragen wir die Verwaltung und binden uns auch selbst, ihn bei allen künftigen Bebauungsplanverfahren zu beherzigen. Beherzigen heißt im B-Plan-Verfahren immer, dass man eine Vielzahl von örtlichen Gegebenheiten, Anforderungen, Nutzungswünschen, Interessen und Perspektiven gegeneinander abwägen, miteinander in Einklang bringen und zu einem guten Ergebnis führen muss. Beherzigen heißt eben auch, dass wir diese Stadtstrategie annehmen.

In der Stadtstrategie zeigt schon die Zielkarte Wohnen, dass neue Quartiere und Nachverdichtungen künftig vor allem dort stattfinden sollen, wo es die gute verkehrliche Erschließung mit ÖPNV und Straße schon gibt. Deswegen ist der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Zusatz zum Beschluss überflüssig, und das Bündnis lehnt ihn ab.

Gut, dass wir den Köln-Katalog nun bekommen. Er wird in Bauherrenschaft, Politik und Verwaltung seinen Dienst tun und die Stadt von morgen im Sinne dieser gemeinsam gefundenen Leitlinien mitprägen. Ich freue mich darauf, mit diesem weiteren Tool im Stadtentwicklungsausschuss zu arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als SPD-Fraktion begrüßen den Köln-Katalog grundsätzlich, zeigt er doch zahlreiche Potenziale zur Nachverdichtung von Wohnraum und anderen Gebäuden auf.

An dieser Stelle möchte ich aber unseren Änderungsantrag zur Annahme empfehlen. Denn er greift einen wesentlichen Punkt auch aus Anlage 1 auf: Nicht die Lage nach den benannten drei Kategorien äußere/innere Stadt und Innenstadt können allein von zentraler Bedeutung sein, sondern die Erschließungsmöglichkeiten durch die Bahn und damit der Zugang zu nachhaltiger Mobilität sind zu berücksichtigen und bei weiteren baulichen Verdichtungen besonders im Blick zu behalten.

(Beifall von Maria Helmis [SPD])

Städte wie Freiburg, die der Handlungsmaxime „Erst kommt die Bahn, dann die Bebauung!“ folgen, sind für solche Prozesse beispielgebend. Stimmen Sie also der Erweiterung durch unseren Änderungsantrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und Die FRAKTION. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen zur Vorlage? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

(3) dabei müssen sich höhere Bebauungsdichten in erster Linie an der Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr - und hier insbesondere an der Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr - orientieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

(1) beschließt den Köln-Katalog – Typologien für kompakte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr.11 Baugesetzbuch.

(2) beauftragt die Verwaltung, den Köln-Katalog bei allen zukünftigen bebauungsplanrelevanten Vorhaben als städtebauliches Entwicklungskonzept zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung einer Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit in der Kultur“
0039/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einrichtung einer Koordinationsstelle für „Nachhaltigkeit in der Kultur“ - wer könnte dagegen sein? Das hört sich wunderbar an. Wollen Sie wissen, was hier wirklich passiert? - Hier wird die Stelle eines Klimablockwarts für die Kölner Kunst- und Kulturszene geschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Ein Klimablockwart mit der Entgeltgruppe 13, also zwischen 4 500 und 6 000 Euro pro Monat wohlgemerkt.

Diese Verwaltungsvorlage, meine Damen und Herren, steht beispielhaft für alles, was gegenwärtig in dieser Stadt und in diesem Land schiefläuft. Lassen Sie mich das kurz begründen.

Erstens: falsche Zielgruppe. Es gibt wohl kaum eine zweite Berufsgruppe, die nicht schon heute

ein so ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein hätte wie unsere lieben Kunst- und Kulturschaffenden.

(Beifall bei der AfD)

Das Letzte, was sie brauchen, ist ein Klimablockwarte der Entgeltgruppe 13.

Zweitens: falscher Steuerungsansatz. Die erhöhten Preise für Energie und Dienstleistungen entfalten ganz automatisch auch und gerade im Kunst- und Kulturbereich eine ökologische Lenkungsfunktion. Ich frage Sie: Von welcher pathologisch sozialistischen Geisteshaltung muss man eigentlich durchdrungen sein, um einen funktionierenden Preismechanismus durch einen weiteren Beauftragten ersetzen zu wollen? Das Beauftragtenunwesen hat sich über dieses Land, über diese Stadt, über die Institutionen bereits wie ein Mehltau gelegt. Andere Länder haben Sittenwächter oder Revolutionsgarden. Wir in Köln haben Klimaschutzbeauftragte für Kunst und Kultur.

Drittens: fragwürdiges Menschenbild. Nicht der souveräne Bürger, sondern der Klimauntertan spricht aus jeder Zeile dieser Verwaltungsvorlage. Die Vorlage spricht davon, dass - Zitat - „der Kultursektor […] im Zuge der Transformation auch eine Vorbildfunktion einnehmen“ soll. Die Stelle soll als „Impulsgeber“ bei dieser großen Aufgabe wirken.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, was hier wirklich passieren wird: Da sitzt der Klimablockwart dann zum Beispiel einem Konzertveranstalter gegenüber und weist ihn mit ernster Miene darauf hin, dass alle Künstler für das geplante Konzert aber doch bitte mit der Bahn statt mit dem Flugzeug anzureisen haben. Zwei Tage später fliegt er dann selbst mit seiner Freundin nach Bali. Natürlich nur privat! - Lachen Sie nicht, das ist jüngst alles schon vorgekommen.

(Beifall bei der AfD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Sache!)

Ich muss Ihnen sagen: Das ist genau mein Humor.

Gerade die Kölner Kunst- und Kulturszene braucht keinen solchen Klimabilanzbuchhalter und Wasserprediger. Ich lasse mir ja schließlich auch nicht von Ricarda Lang erklären, wie ich mich gesund und ausgewogen ernähre.

(Beifall bei der AfD)

Viertens: Fehlallokation von Humankapital. In der Vorlage wird stolz erwähnt, dass die IHK Köln seit 2021 fünf sogenannte Transformationsmanager „Nachhaltige Kultur“ ausgebildet hat. Für diese jungen Menschen braucht es dann natürlich auch eine passende Stelle. Ja, Entgeltgruppe 13 im Dezernat VII. Es wird nicht bei dieser einen Stelle bleiben. Ich prophezeie Ihnen: In spätestens fünf Jahren sind dort zwei bis drei Beschäftigte. Das Ganze nennt sich dann „Sekretariat für Klimafolgenabschätzung“ im Dezernat Kunst und Kultur. Das Schlimme ist: Diese jungen Menschen werden in eine unproduktive Laufbahn gelotst und schaffen dort keinen echten Mehrwert für die Gesellschaft. Jeder Heizungstechniker, jede Bauingenieurin, jeder KVB-Fahrer tut mehr für die Nachhaltigkeit in Köln als dieser Klimablockwart.

(Beifall bei der AFD)

Fünftens: ökologische Gleichschaltung. Wenn spätere Generationen einmal fragen sollten, wann ungefähr das damals mit dem Abgleiten in den Klimastaat mit totalitären Zügen begann, müsste die Antwort lauten: Genau hier!

(Beifall bei der AfD)

Die sogenannte Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit in der Kultur“ steht für Bevormundung, für Gängelung, für Planwirtschaft, für Kujonierung. Kurz: die ökologische Gleichschaltung der Kunst- und Kulturszene in Köln.

Kunst- und Kulturszene gleichschalten - das muss man dem Verfasser dieser Vorlage lassen -, damit kennen wir uns in Deutschland bestens aus.

Herr Charles, ich fordere Sie auf: Ziehen Sie diese Vorlage zurück! Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen diese Vorlage!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte auf das eben Gesagte nur ganz kurz ein Zitat vorbringen bzw. ein Inflektiv vortragen, nämlich von Dr. Erika

Fuchs. Vielen von euch dürfte sie bekannt sein. Sie ist nämlich die Übersetzerin der Comics aus Entenhausen. Drei Inflektive möchte ich hier gerne präsentieren: Ächz, kreisch, würg. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss:

*Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung einer Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit in der Kultur“ und erkennt dafür folgenden Mehrstellenbedarf an: 1,0 Verwaltungsbeschäftigte*r EG 13 FG. 1 TVöD, befristet zunächst vom 01.04.2023 bis zum 31.12.2024.*

Die abgebildete Stellenwertigkeit stellt eine Bewertungseinschätzung dar; die Stellenbewertung wird im Nachgang konkret festgelegt.

Der Rat beschließt weiterhin für die Umsetzung der Maßnahme aus dem Kulturentwicklungsplan überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan des Personal- und Verwaltungsmanagements in Produktgruppe 0111 – Sonstige Innere Verwaltung, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 16.500 € im Haushaltsjahr 2023 und 22.000 € im en Haushaltsjahr 2024 und in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen in Höhe von 58.500 € im Haushaltsjahr 2023 und 78.000 € im Haushaltsjahr 2024. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Planungsreferats in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ebenfalls in den Haushaltsjahren 2023 und 2024.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Barcamp zur Nachhaltigkeit in der Kultur
0336/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn es je eines Beweises bedurft hätte, dass diese Stadt kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat - es ist schade, dass die Stadtkämmerin jetzt nicht da ist; das hat nämlich ihre Vorgängerin gesagt, die allseits geschätzte Frau Klug -, dann ist das hier der schlagende Beweis, nämlich „Barcamp zur Nachhaltigkeit in der Kultur“.

Es dürfte Sie nicht verwundern, meine Damen und Herren, dass meine Fraktion der Meinung ist, dass wir diese 40 000 Euro sparen können. Wir alle kennen es ja: Wenn man etwas verkaufen möchte bzw. etwas vorhat, was man niemandem so richtig erklären kann, dann kommt man ganz schnell mal eben mit einem coolen englischen Begriff um die Ecke - in diesem Fall „Barcamp“.

Für all jene, die nicht genau wissen, was so ein Barcamp ist: Barcamp ist laut Wikipedia eine sogenannte Unkonferenz, bei der es vorab keine Tagesordnung und keinen strukturierten Ablauf gibt, sondern auf der man spontan von den Teilnehmern Inhalte und Ablauf selbst entwickelt und festlegt.

> Alle Teilnehmer

- so Wikipedia -

> sind aufgefordert, selbst einen Vortrag zu halten oder zu organisieren.

Sie sehen, das Ganze ist super spontan, super unstrukturiert, super sozial und mit 40 000 Euro super teuer.

(Beifall bei der AfD)

Und weil das Dezernat Kunst und Kultur auch nicht wirklich weiß, was so ein Barcamp ist und wie das funktioniert, muss dafür ein externer Berater engagiert werden. Daher die 40 000 Euro. Was dabei herauskommen wird, meine Damen und Herren, das ist wenig bis nichts. Aber nach dem Motto: Gut, dass wir mal darüber geredet haben.

Aber die Stadt Köln hat es ja. Geld spielt keine Rolle. Meine Damen und Herren, diese 40 000 Euro können und sollten wir einsparen. Stimmen Sie deshalb gegen diesen Vorschlag! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Organisation und Durchführung eines Barcamps zur Nachhaltigkeit in der Kultur".

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte
hier: Beschluss des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung/Vergabe/Recht und Internationales vom 30.01.2023
0836/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Wolter.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja eben die Menschenrechtsarbeit strategisch im Städtepartnerschaftskonzept verankert, und ich finde es gut, dass wir mit diesem Beschluss, den wir jetzt fassen, das auch dokumentieren.

Ich glaube, das, was an dem Beschluss auch gut ist, ist, dass wir die Voraussetzungen schon geschaffen haben, wo man sonst immer Beschlüsse fasst - wir wollen irgendwohin, und dann muss man sehen, wie man über die Jahre dorthin kommt -, und jetzt diesem Bündnis beitreten, weil wir auch die wachsenden Erwartungen an das menschenrechtliche Engagement der Städte aus der Zivilgesellschaft haben.

Wir haben auch schon viel getan. Letztes Jahr waren wir Hauptstadt der Vielfalt. Wir haben einen Aktionsplan für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt sowie eine faire Beschaffung. Wir haben das Thema postkoloniales Erbe. Zudem bieten wir jetzt Schutzaufenthalte für Menschenrechtsverteidiger*innen.

Es ist aber auch, wenn man nach außen schaut, ein klares Statement für die internationale Vernetzung. Wir pflegen Kontakte zur Zivilgesellschaft in den Städten, in denen die Menschenrechte nicht so geachtet werden, wie wir das für richtig halten. Deshalb passt das gut zum Städtepartnerschaftskonzept. Wir werden uns in den Netzwerken, in denen wir Mitglied sind, austauschen. Wir haben eine Stelle für Menschenrechte bei der Stadt Köln geschaffen und auch massiv Geld in den letzten Haushalten zugesetzt. Das Engagement der Stadt finde ich an der Stelle beispielgebend. Es gibt viele Städte, die auf uns schauen und sich das abgucken. Wir sind nach Nürnberg die zweite Stadt in Deutschland, die diesem Bündnis beitritt. In vielen anderen Ländern sind es schon viel mehr Städte.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis, und zwar auch mit Blick auf die letzten beiden Wortmeldungen, die wir hatten: Wir haben heute den 23. März. Am 23. März vor 90 Jahren wurde das sogenannte Ermächtigungsgesetz durchgedrückt und beschlossen. Damit war endgültig der Weg für Menschenrechtsverletzungen der schlimmsten Art frei, die wir hier in Deutschland hatten. Ich glaube, es ist gut, dass wir heute diesem Bündnis beitreten. Damit setzen wir ein Zeichen. Ich danke auch der Initiative Menschenrechtsstadt Köln dafür, dass sie uns mit auf den Weg genommen hat. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? -

Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat folgt der Empfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung / Vergabe / Recht und Internationales zum Antrag AN/2305/2022 aus seiner Sitzung vom 30.01.2023 und beschließt:

Der Rat der Stadt Köln bekennt sich zu dem Ziel, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte auf der lokalen Ebene weiter zu stärken, auch durch noch intensiveren internationalen Austausch.

Die Stadt Köln erklärt ihren Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte des Weltverbandes der Kommunen (UCLG), „10, 100, 1.000 Menschenrechtsstädte bis 2030“, und beauftragt die Oberbürgermeisterin, UCLG den Beitritt Kölns zur Kampagne zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Finanzierung von Auffangstationen: Umweltbildungszentrum Heideportal Gut Leidenhausen e.V. und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Köln e.V. 0870/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Robert Schallehn (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte es eben schon bekanntgegeben: Ich würde mich für befangen erklären und die Kollegin Henk-Hollstein auch.

(Zuruf: Die ist gar nicht da!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da wir nicht beraten, sondern nur abstimmen, werde ich darauf achten, dass Sie sich nicht an der Abstimmung beteiligen, Herr Schallehn.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat beschließt eine Förderung der bestehenden Greifvogelschutzstation und eine zusätzliche Förderung für den Aufbau einer Auffangstation für Igel, Bilche und Kleinvögel (gem. § 41 I S.2 Buchstabe t GO NRW) auf Gut Leidenhausen sowie die dazu notwendige Mittelumschichtung in Höhe von 143.000,- € (brutto) für 2023.

Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2023/2024, im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, –vorsorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Der Rat beschließt die hierzu erforderliche Mittelumschichtung aus der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in die Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen.

Die zur Maßnahmenfinanzierung ab dem Haushalt 2025 ff. entsprechend benötigten Aufwandsermächtigungen in Höhe von rund 55.000 € (brutto), werden vom Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften, im Zuge des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025, innerhalb des dann zugewiesenen Budgets, im Teilergebnisplan des Umwelt und Verbraucherschutzamtes, in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen vorgesehen. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen, in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (zulasten des Umweltbildungskonzepts).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

RM Schallehn und RM Henk-Hollstein nahmen an Beratung und Abstimmung wegen Befangenheit nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71504/05 Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus 0398/2023

Gibt es Wortbeiträge? - Nein. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71504/05 für das Gebiet im rückwärtigen Grundstücksbereich zwischen der Bestandsbebauung an der Von-Ketteler-Straße im Westen, der Posadowskystraße im Norden, der Von-Bodelschwingh-Straße im Osten und Am Flachsrosterweg im Süden, Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus— abgegebenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 2 und 3*

2. *den Bebauungsplan Nr. 71504/05 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4159/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 286. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0407/2023

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die FRAKTION und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 286. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2

KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Wahl eines stellvertretenden beratenden JHA-Mitglieds, hier: KIDsmiling e.V.
0471/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als persönlichen Stellvertreter von Frau Dr. Sandra von Möller Herrn Lukas Rieper gemäß § 5 Abs.3 AG-KJHG NRW und § 4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als stellvertretend beratendes Mitglied für den Träger „KIDsmiling e.V." in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Bund der Deutschen Katholischen Jugend - BDKJ, Stadtverband Köln
0844/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Herrn Dominik Kaven Herrn Benjamin Heidkamp als stimmberechtigtes Mitglied für den BDKJ, Stadtverband Köln in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
0564/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt
a) die Psychotherapeutenkammer NRW und
b) eine Vertretung queerer Menschen
als Institutionen in die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln aufzunehmen

sowie
c) Wolfgang Hüsken für das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
(bisher Achim Woltmann)
d) Evelyn Krieg für die Psychotherapeutenkammer NRW
(erstmalig – Institution war bisher nicht vertreten)
e) Christine Kupferer für den STADTSPORTBUND e. V.
(bisher Prof. Dr. Jürgen Innenmoser)
f) Dagmar Niederlein für das Amt für Kinder, Jugend und Familie
(bisher Renate Schäfer-Sikora)
g) Oliver Schubert für die Vertretung queerer Menschen
(erstmalig – Institution war bisher nicht vertreten)
zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen

und
h) Kathrin Balke für die Vertretung queerer Menschen
(erstmalig – Institution war bisher nicht vertreten)
i) Dr. Sibylle Scharkus für das Gesundheitsamt
(bisher Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller)

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in“ im Digitalisierungsausschuss“ AN/0481/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Digitalisierungsausschusses: Robert Gabriel (Sachkundiger Einwohner) anstelle von Emanuel Florakis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 AG Zoologischer Garten Köln: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes 0631/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln schlägt der Hauptversammlung (HV) der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln vor, an Stelle von Herrn Dr. Joachim Bauer

Herrn William Wolfgramm

……

(gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW die Oberbürgermeisterin bzw. die/den von ihr vorgeschlagene(n) Bedienstete(n) der Stadt)

als Mitglied in den Aufsichtsrat zu wählen. Die Benennung gilt für die Wahlzeit des Rates, verlängert sich jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die HV aufgrund der Vorschläge des Rates neue Aufsichtsratsmitglieder bestellen kann. Sie endet in jedem Fall mit den Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/dem von ihm vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung neue Sachkundige Bürgerin“ AN/0562/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Robert Wande scheidet als Sachkundiger Bürger aus dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolgerin Frau Catherine Schöppen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung Jugendhilfeausschuss“ AN/0554/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Frau Kerstin Preuss, bisherige Sachkundige Einwohnerin, anstelle von Frau Simone-Chantal Büttgenbach als stellvertretende Sachkundige Bürgerin für Herrn Roman Friedrich in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: AVR Ausschuss/Ausschuss Klima, Umwelt und Grün/Ausschuss RPA - Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin“ AN/0566/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Für den AVR Ausschuss benennt der Rat Frau Maike Block als sachkundige Einwohnerin anstelle von Frau Hevi Kutlay.

Für den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün benennt der Rat Herrn Christian Althoff anstelle von Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz als sachkundigen Einwohner.

Für den Rechnungsprüfungsausschuss benennt der Rat Frau Gertraud Mittermaier anstelle von Frau Derya Karadag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend „Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für N. Gabriel als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Absatz 1“ AN/0568/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt das Ratsmitglied Ngoc-Anh Gabriel zum beratenden Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW in folgenden Ausschüssen:

1. *Stadtentwicklungsausschuss*
2. *Ausschuss Klima, Umwelt und Grün*
3. *Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern*
4. *Hauptausschuss*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Kommunale Gesundheitskonferenz - Umbesetzung der Mitglieder“ AN/0572/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Für die Kommunale Gesundheitskonferenz benennt der Rat Frau Mechthild Böll anstelle von Herrn Dr. Ralf Unna als Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

18.1 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2023/24
0100/2023/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Die Eintrittspreise für die Konzerte des Gürzenich-Orchesters Köln in der Kölner Philharmonie ab der Spielzeit 2023/2024 werden in der zu dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung neu festgesetzt.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde damit den öffentlichen Teil der Sitzung schließen und gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 21.30 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.13

zu Protokoll gegebene Rede

Philipp Busch *(AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wiederholt am heutigen Tage eine Verwaltungsvorlage, die so weit gelungen ist. Doch man muss hier auch Respekt der BV 2, ihrem Bezirksbürgermeister und allen Mitgliedern für den von allen Fraktionen und dem anwesenden Einzelmandatsträger gefundenen Kompromiss als Änderung zu dieser Verwaltungsvorlage zollen.*

Es ist durchaus auch noch Korrekturbedarf vorhanden. Vergessen wir nicht, wie die Stadtbahn über oder unter den Bonner Verteiler kommen soll, das Wasserschutzgebiet und die daraus resultierenden Probleme: Was geschieht mit dem Arial, auf dem heute noch die Tankstelle und die Fastfood-Kette stehen? Doch sollte nun zeitnah der Bahnausbau Richtung Rondorf und Meschenich voranschreiten. Das andere wird im Fortgang zu klären sein.

Auch wir sehen den Bedarf an einem besser ausgebauten ÖPNV in dieser Stadt - jedoch nicht nur besser ausgebaut, sondern auch pünktlicher, sauberer und somit angenehmer zu nutzen, eben eine Alternative.

Hier, glauben wir, ist mit der Vertragsverlängerung von Stefanie Haaks der Schritt in die richtige Richtung gegangen worden - in der Hoffnung, dass Frau Haaks in ihrer verbleibenden Zeit bei den KVB noch vieles umsetzt, was sie vorhat.

Nichtsdestotrotz sollte man sich mit dem dann Beschlossenen nicht zufriedengeben. So ist der Kölner Norden immer noch das Stiefkind des ÖPNV in Köln. Dies sieht man schon alleine an der Berücksichtigung des Bezirks Chorweiler bei dem Projekt „Isi“. Als gewählter Vertreter des Bezirks ist es mir natürlich ein Anliegen, die Interessen dieses Bezirks voranzutreiben, und ich bitte auch die anwesenden restlichen Vertreter, sich zukünftig in diesem Gremium mehr für ihren Bezirk einzusetzen.

Ich will aber gar nicht weiter Wasser in den Wein kippen. Wir stimmen der Vorlage und ihren Änderungen zu, weil auch wir sehen, dass in diesem Bereich etwas geschehen muss.

25. Sitzung vom 16. Mai 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Ostgebäude Stadthaus Deutz"

AN/0967/2023

1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Großmarkt in Raderberg/Zukunft des Frischezentrums: die Versorgung der Stadt Köln und die Existenzen vieler Großmarkthändler*innen sichern!“

AN/0966/2023

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis vorbereiten – Jugendschutz mit Maßnahmen sicherstellen"

AN/0800/2023

3.1.2 Antrag AfD-Fraktion betreffend "Die Situation der Kliniken der Stadt Köln duldet keinen weiteren Aufschub – Sanierungsfahrplan unverzüglich umsetzen!"

AN/0798/2023

3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre"

AN/0803/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0989/2023

3.1.4 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Umsetzung der Beschlüsse des Rates, seiner Gremien sowie den Bezirksvertretungen"

AN/0468/2023

zurückgezogen

3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cannabis Cologne"

AN/0775/2023

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verkehrswende mit Augenmaß – KVB Vorstand in die Pflicht nehmen – Verkehrsversuche aussetzen"

AN/0801/2023

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen – passgenaue Wohnraumversorgung für Familien in Wohnungsnot vorhalten"

AN/0797/2023

3.1.8 Antrag FDP-Fraktion betreffend "Bestandsbezogene Rücklagenbildung"

AN/0780/2023

3.1.9 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Anthrazit Konterrevolution - Gestaltungshandbuch mit Akzenten!"

AN/0785/2023
vor Eintritt verwiesen in den Stadtentwicklungsausschuss

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5

der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - hier: Zentralbibliothek erhalten - AN/0442/2023

0968/2023

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur künftigen Nutzung und Bebauung des ehemaligen Areals der Oberfinanzdirektion Köln, Riehler Platz 2 sowie der ehemaligen Generalzolldirektion, Wörthstr. 1-3, 50668 Köln

0988/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Wo ist jetzt das Cradle?"

AN/0497/2023

Antwort der Verwaltung vom 14.04.2023

1062/2023

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses"

AN/0512/2023

Antwort der Verwaltung vom 16.05.2023

1651/2023

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Welcome Desk - Zwischenbilanz nach einem Jahr"

AN/0786/2023

4.4 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Abmietung des Ostgebäudes vom Stadthaus Deutz, Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln"

AN/0779/2023

Antwort der Verwaltung vom 16.05.2023

1504/2023

4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Geheime Geheimverwaltung der Stadt Köln"

AN/0896/2023

Antwort der Verwaltung vom 15.05.2023

1610/2023

4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum“"

AN/0897/2023

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand Großmarkt"

AN/0826/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 zur Unterstützung einer Gemeinde im Erdbebengebiet Türkei/Syrien

1470/2023

5.4.2 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 betreffend "Errichtung einer Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei / Syrien"

1594/2023

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln

0555/2023

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024

1374/2023

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022

1375/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2023

0886/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell

0551/2023

zurückgestellt

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0653/2023

zurückgestellt

10.2 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages

0409/2023

10.3 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten

0922/2023

10.4 Fahrplanwechsel 2023 - Einrichtung einer TaxiBus-Linie in Klettenberg

0811/2023

10.5 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m

2751/2022

10.6 Errichtung des Bildungsgangs "Fachoberschule Klasse 11 und 12 - Fahrzeugtechnik (Elektromobilität)" Fachrichtung Technik im Schwerpunkt Metalltechnik des Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs (BK 18) zum Schuljahr 2023/24

0642/2023

10.7 Beauftragung der Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit dem Bau der Grundschule Friedenstraße, Köln-Porz

0059/2022

10.8 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2024

0392/2023

10.9 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2023/24

0624/2023

10.10 Schulrechtliche Änderung des Bildungsgangs "Fachschule für Fahrzeugtechnik" Schwerpunkt Elektromobilität am Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs (BK 18) zum Schuljahr 2023/24 in die Tagesform

0677/2023

10.11 Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau / Erweiterung / Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer (1356/2022)

1356/2022/1

10.12 Wirtschaftsplan 2023 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

1006/2023

10.13 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen

1056/2023

10.14 Restitution von zwei Leuchtertischen aus dem Bestand des MAKK, Museum für Angewandte Kunst Köln

1155/2023

10.15 Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals

1232/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1011/2023

10.16 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche mindestens einer Investorin oder eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes

0604/2023

10.17 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit"

1354/2023

10.18 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze für Geflüchtete

1050/2023

10.19 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für den Abschluss der Corona-Pandemie

1413/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 241. Änderung des Flächennutzungsplanes, "Alsdorfer Straße“ in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld
hier: Feststellungsbeschluss

0391/2023

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71356/02, Arbeitstitel "An der Mühle" in Köln-Porz-Langel

0348/2023

zurückgestellt

12.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim

0350/2023

12.3 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2

Baugesetzbuch für das Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim

0376/2023

12.4 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim

0377/2023

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 66509/10
Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch

0899/2023

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 287. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

0956/2023

17 Gremienbesetzungen

17.1 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates

0885/2023

17.2 Bestellung eines neuen Mitglieds für den Beirat der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025

1119/2023

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

1217/2023

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines stellvertretenden Sachkundigen Bürgers im Jugendhilfeausschuss"

AN/0787/2023

17.5 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Unterausschuss Wohnen"

AN/0791/2023

17.6 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden"

AN/0793/2023

17.7 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates

1073/2023

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bestellung einer Sachkundigen Bürgerin mit beratender Stimmen im Unterausschuss Wohnen"

AN/0887/2023

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuss"

AN/0903/2023

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Liegenschaftsausschuss"

AN/0926/2023

17.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss"

AN/0924/2023

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Gremienbesetzung"

AN/0922/2023

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin; Wolter, Andreas, Bürgermeister:

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabriel, Ngoc-Anh; Gärtner, Ursula; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Niknamtavin, Sarah; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.;

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; Haaks, Stefanie; von Lepel, Timo; Engel, Petra; Vogel, Alexander; Stroß, Moritz;

Schriftführerin

Escher, Annika;

Stenografen

Herr Dr. Roth und Frau Rutkowski;

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Derichsweiler, Max Christian; Michel, Dirk; Oedingen, Erika; Spehl, Felix; Weber, Florian;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Feicht, Andreas; Mötting, Bettina;

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 20.13 Uhr)

Bürgermeister Andreas Wolter: Sehr geehrte Anwesende! In Vertretung der Oberbürgermeisterin eröffne ich die 25. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode. Ich möchte die letzten Ratskolleginnen und -kollegen bitten, Platz zu nehmen, damit wir anfangen können. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauer*innentribüne.

An especially warm welcome to a former citizen of Cologne of the jewish faith, Sam Oschkowsky from the United States!

(Beifall)

He just layed stumbling blocks in front of his house, which formerly stood in Kämmergasse 4, together with Oberbürgermeisterin Henriette Reker, and also the two descendants present of Cologne citizens of the jewish faith, Mrs. Susan Heyman, with her husband James Brennan and Marius Stahl Sommer with his wife Beatriz Ducker Rodriguez from Mexico. A warm welcome to our international guests!

(Beifall)

Zudem möchte ich den Geschäftsführer des Vereins Jüdisches Leben in Europa, Herrn Kovacs, begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße auch alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen sowie alle Mitglieder des Rates und natürlich der Verwaltung. Frau Reker kommt heute ausnahmsweise etwas später, weil sie an der Verleihung des Staatspreises des Landes Nordrhein-Westfalen an Frau Bundeskanzlerin a. D. Angela Merkel teilnimmt. Daher übernehme ich, bis sie hier eintrifft - vermutlich gegen 16.00 Uhr -, die Sitzungsleitung.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Herr Derichsweiler, Herr Weber, Herr Michel und Herr Spiegel, und von der Verwaltung ist Frau Diemert heute nicht anwesend. Als Stimmzähler*innen benenne ich Herrn Pütz, Herrn Marx und Frau Ruffen.

Zunächst müssen wir die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegt zum einen ein von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, FDP und Volt fristgerecht eingereichter Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema Ostgebäude Stadthaus Deutz vom 15. Mai vor; das ist TOP 1.1. Zum anderen hat die SPD-Fraktion ebenfalls am 15. Mai einen Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Großmarkt in Raderberg - Zukunft des Frischezentrums“ gestellt; das ist TOP 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine Einigung erzielt werden?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Gut, dann lasse ich zunächst gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider Aktuellen Stunden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD, Herr Zimmermann und die FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Grünen, die CDU, Volt und die AfD. Sonst sehe ich niemanden. Aber das Zweite war die Mehrheit, sodass wir nur eine Aktuelle Stunde haben werden.

Die Stimmenthaltungen habe ich vergessen.

(Zuruf: Nein, müssen wir nicht!)

- Sie enthalten sich. Die FRAKTION hat sich enthalten, okay.

Aber jetzt sind wir schon bei der Frage, welches Thema wir heute diskutieren wollen. Deshalb frage ich: Wer ist für das Thema der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Volt etc.? Wer ist für diese Aktuelle Stunde? - Das sind die LINKEN, die Grünen, die CDU, die FDP, das ist Volt und die AfD. - Wer ist für das zweite Thema? - Das ist die SPD. Wer möchte sich enthalten? - Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Dann ist das heutige Thema der Vorschlag zum Thema Staatenhaus Ostgebäude. Warum sage ich eigentlich immer „Staatenhaus“? Das ist etwas ganz anderes. Ich bin ein Tuppes.

(Heiterkeit)

Zu TOP 1.1: Wer spricht für die Fraktion Die Grünen? - Herr Brust, bitte; dann dürfen Sie beginnen. - Moment, wir sind noch nicht fertig. Ich war viel zu schnell. Entschuldigen Sie, ich mache das heute hier zum ersten Mal. Helfen Sie mir ein wenig dabei.

(Beifall)

Wir haben folgende Punkte, die zugesetzt werden müssen. Zu Beginn der Tagesordnung haben wir die Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführung unter Punkt 0. Danach haben wir die nachträglich eingegangenen Anfragen 4.5 bis 4.7. Außerdem haben wir eine Anregung des Integrationsrats unter 5.4.2, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter 7.1.2, Verwaltungsvorlagen unter 10.18 und 10.19, Gremienbesetzung 17.8 bis 17.12. Abgesetzt wurden die Punkte 10.1. - dies wurde vom Finanzausschuss zurückgestellt - und 12.1 auf Bitte von Dezernat 6.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Bitte schön.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das ist eine Wortmeldung zu 10.19. Dort erschließt sich uns die Dringlichkeit nicht. Dementsprechend würden wir gern die Dringlichkeit infrage stellen und darüber abstimmen lassen. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann frage ich jetzt die Verwaltung, denn das wurde jetzt zugesetzt: Ist dieser Antrag dringlich? Vielleicht kann das kurz begründet werden. - Herr Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Sie wissen alle, wir haben Corona-Stellen in erheblichem Umfang aufgebaut. Jetzt ist man dabei, sie in ganz erheblichem Umfang wieder abzubauen. Wir sehen aber weiterhin die Notwendigkeit, die vor der Coronakrise wirklich nicht gut aufgestellte Infektionsabteilung anhaltend zu stärken und damit gegen möglicherweise neue Infektionslagen gewappnet zu sein. Außerdem gibt es Nachbearbeitungsbedarfe, weil wir immer noch in den verschiedenen Analysen zugange sind, mit den eingegangenen und erhobenen Daten richtig umzugehen. Insofern scheint uns das angemessen und auch organisatorisch überprüft und bestätigt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Herr Cremer bitte noch einmal.

Matthias Büschges (AfD): Fast. Herr Büschges. Sehr geehrter Bürgermeister, das war natürlich keine Begründung für die Dringlichkeit. Deshalb bitte ich noch einmal um eine schnelle Daumenprüfung mit der Satzung und der Geschäftsordnung. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das entscheidet jetzt der Rat, deshalb würde ich den Rat fragen.

(Zuruf von Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: ... Arbeitsverträge! - Ulrich Breite [FDP]: Hallo, Herr Oberbürgermeister!)

Bitte? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Ich hatte mich auch dazu gemeldet.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das habe ich nicht gesehen.

Ulrich Breite (FDP): Gut, dann werde ich versuchen, mich größer zu machen.

(Heiterkeit)

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie müssen sich auf den Stuhl stellen.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Ulrich Breite (FDP): Meine Fraktion erkennt die Dringlichkeit an. Sie haben auch die Dringlichkeit in die Vorlage geschrieben. Ohne dass es darinstehen würde, wäre es natürlich etwas schwierig. Aber sie steht darin, dadurch können wir darüber abstimmen, Herr Beigeordneter, und die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, dass Ende des Monats die Verträge auslaufen. Darum bringen Sie das in den Rat. Darum werden wir dem auch zustimmen.

Was wir aber kritisieren, ist, Herr Beigeordneter: Das kommt ja nicht von heute auf morgen, dass diese Anträge hier auslaufen. Darum bitte ich Sie, mit Ihrer Verwaltung zu sprechen, dass solche Vorlagen a) fristgerecht und b) frühzeitig kommen, damit wir richtig darüber beraten können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Ich kann die Kritik sehr gut verstehen. Vielleicht kommuniziert man das zumindest mit den Geschäftsführern im Vorfeld auch noch einmal, wenn so etwas ist.

Dann frage ich Sie: Wer ist gegen die heutige Behandlung des Punktes 10.19? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? - Niemand. Dann bleibt der Punkt auf der Tagesordnung.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.5 und 3.1.1 gemeinsam zu behandeln. Ist damit Einverständnis vorhanden? - Okay. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal zur Reihenfolge der Tagesordnung: Unserer Meinung nach erscheint es sinnvoll, die beiden Anregungen unter 5.4, die beide aus dem Integrationsrat kommen und ein ähnliches Themengebiet behandeln, zusammen zu beraten. Das sind die Punkte 5.4.1 und 5.4.2. Außerdem beantrage ich für unsere Fraktion, dass wir den Tagesordnungspunkt 23.4 aus dem nichtöffentlichen Teil noch einmal zur Beratung zurück in den Liegenschaftsausschuss geben, um in der kommenden Ratssitzung darüber zu befassen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Gibt es sonst noch Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Breite und dann Herr Hock, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Bürgermeister Wolter! Unseren Antrag 3.1.4, den wir zusammen mit SPD und LINKE gestellt haben, ziehen wir hiermit zurück, da wir dann in weiteren Beratungen sind, die noch über die Sommerpause dauern werden, und werden einen neuen Antrag stellen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke, Herr Breite. - Herr Hock, bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Herr Wolter, vielen Dank. - Wir würden gern den Tagesordnungspunkt 3.1.9, das ist unser Antrag zum Gestaltungshandbuch, im StEA verhandeln; also, heute nicht hier, sondern er soll in den StEA geschoben werden.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das wäre ein Verweisungsantrag in den Stadtentwicklungsausschuss. Gibt es dagegen Widerspruch oder Stimmenthaltungen? - Dann hätten wir den Antrag auch in den StEA verwiesen und würden ihn heute nicht behandeln.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen; ich habe zumindest keine gesehen. Das ist also nicht der Fall. Damit lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir die geänderte Tagesordnung beschlossen und können in die Sitzung eintreten. Zu Beginn bestellen wir Frau Gensler zur weiteren - -

Herr Busch, bitte.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Bevor wir in die Sitzung eintreten, hätte ich noch anzumelden, dass ich mich tatsächlich bei Punkt 6.1.1 als befangen melden muss, weil wir über die Friedhofssatzung abstimmen. Da werde ich dann hinausgehen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Das nehmen wir zu Protokoll. Danke schön. - So, aber jetzt fangen wir an und bestellen zu Beginn Frau Gensler zur weiteren Schriftführerin. Vielleicht stehen Sie einmal kurz auf, Frau Gensler, damit wir wissen, mit wem wir es zu tun haben. Herzlich willkommen hier in dieser Runde!

(Allgemeiner Beifall)

Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Damit hätten wir Frau Gensler zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat bestellt.

*Herr Bürgermeister Wolter eröffnet in Vertretung der Oberbürgermeisterin die Sitzung und begrüßt den ehemaligen Kölner jüdischen Glaubens, Herrn Sam Oschkowsky aus den USA und die beide anwesenden Nachfahren von Kölner*innen jüdischen Glaubens, Frau Susan Heymann mit Ehemann James Brennan, ebenfalls aus den USA sowie Mario Stahl Sommer mit seiner Ehefrau Beatriz Ducker Rodriguez aus Mexiko. Sie besuchen Köln als Gäste der Stadt Köln anlässlich einer Stolpersteinlegung. Herr Bürgermeister Wolter begrüßt ebenfalls den Geschäftsführer des Vereins „Jüdisches Leben in Europa", Herrn Kovacs.*

*Weiterhin begrüßt Herr Bürgermeister Wolter die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder.*

Frau Oberbürgermeisterin Reker nimmt an der Verleihung des Staatspreises NRW an Frau Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel teil und wird später zur Sitzung kommen.

<u>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</u>

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt Herr Bürgermeister Wolter die Ratsmitglieder (RM) Herrn Pütz, Herrn Marx und Frau Ruffen vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Es liegen zwei fristgerecht eingegangene Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor:

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt haben am 15.05.2023 fristgerecht einen Antrag zur Durchführung einer aktuelle Stunde zum Thema "Ostgebäude Stadthaus Deutz", AN/0967/2023 eingereicht, der als TOP 1.1 auf der Tagesordnung steht.

*Zum anderen hat die SPD-Fraktion am 15.05.2023 fristgerecht einen Antrag zur Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Großmarkt in Raderberg/Zukunft des Frischezentrums: die Versorgung der Stadt Köln und die Existenzen vieler Großmarkthändler*innen sichern!", AN/0966/2023 eingereicht, der als TOP 1.2 auf der Tagesordnung steht.*

Da es zu keiner Einigung zwischen den Antragstellenden auf nur ein Thema gekommen ist, lässt Herr Bürgermeister Wolter gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob in dieser Sitzung zwei aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und RM Zimmermann (GUT Köln) mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

Herr Bürgermeister Wolter fragt, wer für die Behandlung der Aktuellen Stunde unter TOP 1.1 stimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP, Volt, AfD gegen die Stimmen der Fraktionen SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Zimmermann (GUT Köln.

Anschließend fragt Herr Bürgermeister Wolter, wer für die Behandlung der Aktuellen Stunde unter TOP 1.2 stimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung von der Fraktion Die FRAKTION und RM Zimmermann (GUT Köln)

Damit ist das Thema der heutigen aktuellen Stunde der Vorschlag unter TOP 1.1.

III. Herr Bürgermeister Wolter nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat
1561/2023

I. Öffentlicher Teil

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Ostgebäude Stadthaus Deutz"

AN/0967/2023

4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Geheime Geheimverwaltung der Stadt Köln"

AN/0896/2023

4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum“"

AN/0897/2023

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand Großmarkt"

AN/0826/2023

5.4.2 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 betreffend "Errichtung einer Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei / Syrien"

1594/2023

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022

1375/2023

10.18 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze für Geflüchtete

1050/2023

zugesetzt

10.19 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für den Abschluss der Corona-Pandemie

1413/2023

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bestellung einer Sachkundigen Bürgerin mit beratender Stimmen im Unterausschuss Wohnen"

AN/0887/2023

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuss"

AN/0903/2023

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Liegenschaftsausschuss"

AN/0926/2023

17.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss"

AN/0924/2023

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Gremienbesetzung"

AN/0922/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell

0551/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0653/2023

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 71356/02, Arbeitstitel "An der

Mühle" in Köln-Porz-Langel 0348/2023

IV. RM Büschges spricht sich gegen die Dringlichkeit der Vorlage unter TOP 10.19 „Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für den Abschluss der Corona-Pandemie“, 1413/2023 aus.

Herr Beigeordneter Dr. Rau begründet die Dringlichkeit.

RM Breite verweist auf die in der Vorlage vorhandenen Dringlichkeitsbegründung, bittet aber für die Zukunft, solche Vorlagen fristgerecht vorzulegen.

Herr Bürgermeister Wolter lässt über die Behandlung der Vorlage unter TOP 10.19 in dieser Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Der Tagesordnungspunkt bleibt demnach auf der Tagesordnung.

V. Herr Bürgermeister Wolter schlägt vor,

TOP 3.1.1
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis vorbereiten – Jugendschutz mit Maßnahmen sicherstellen"
AN/0800/2023

zusammen mit

TOP 3.1.5
Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cannabis Cologne"
AN/0775/2023

unter TOP 3.1.1 zu behandeln.

RM Hammer beantragt,

TOP 5.4.1
Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 zur Unterstützung einer Gemeinde im Erdbebengebiet Türkei/Syrien
1470/2023

und

TOP 5.4.2
Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 betreffend „Errichtung einer Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei /Syrien“
1594/2023

zusammen zu behandeln.

Er beantragt weiterhin, dass

TOP 23.4 n.ö.T.
Verkauf des Grundstücks Heinrich-Bützler-Straße / Kapellenstraße / Dillenburger Straße

4290/2022 mit dem dazugehörenden Änderungsantrag AN/0563/2023

noch einmal in den Liegenschaftsausschuss zur Beratung zu verweisen und dann abschließend in der Ratssitzung am 15.06.2023 zu behandeln.

RM Breite zieht Antrag unter

TOP 3.1.4
Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP betreffend "Umsetzung der Beschlüsse des Rates, seiner Gremien sowie den Bezirksvertretungen"
AN/0468/2023

zurück. Es wird zu gegebener Zeit ein neuer Antrag eingebracht.

RM Hock beantragt,

TOP 3.1.9
Antrag der Fraktion Die Fraktion betreffend "Anthrazit Konterrevolution - Gestaltungshandbuch mit Akzenten!"
AN/0785/2023

zur Entscheidung in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Herr Bürgermeister Wolter lässt über den Verweisungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Herr Bürgermeister Wolter lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

RM Busch zeigt seine Befangenheit zu TOP 6.1.1 an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat 1561/2023

Beschluss:

Der Rat bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025 Frau Marisa Gensler zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Jetzt kommen wir zu

Aktuelle Stunde

Das Wort hat Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen müssen, ploppte auf, weil die Verwaltung eine Vorlage für die nächste Ratssitzung eingestellt hat. Darin geht es um die eventuelle Abmietung des Stadthauses Ost. Die älteren Ratsmitglieder unter uns erinnern sich vielleicht noch, dass wir vor 30 Jahren, als wir das Stadthaus angemietet haben, eine Kaufoption dafür beschlossen haben, und wir haben uns jetzt gewundert, wo diese Kaufoption geblieben ist. Deshalb muss man, weil das sehr aktuell und für die Stadt auch sehr teuer ist, dieser Sache einmal dringend auf den Grund gehen, und zwar, bevor die nächste Ratssitzung kommt, da wir dann ja über die eventuelle Abmietung beschließen müssen.

Die ganze Geschichte begann schon im März 1992. Damals beschlossen CDU und SPD hier im Rat gegen die Stimmen der Grünen eine Rahmenvereinbarung mit der Philipp Holzmann AG zur Errichtung einer Mehrzweckhalle, heute Kölnarena genannt, auf einem Gelände, das damals als Grünzug Deutz vorgesehen war. Drei Jahre später beschloss die gleiche Koalition im Hauptausschuss - also nicht im Rat, sondern nur im Hauptausschuss - den Verkauf des städtischen Grundstücks an den in Gründung befindlichen Immobilienfonds Köln-Deutz, Opladener Straße, GbR, vertreten durch Josef Esch, die Esch Fonds-Projekt GmbH, sowie die Oppenheim Immobilien GmbH. In derselben Sitzung - wieder nur im Hauptausschuss - wurde dann auch gleich die Anmietung des heutigen Stadthauses beschlossen. In diesem Beschluss heißt es unter Punkt d) in „Besondere Bedingungen“:

> Die Nutzung des Mietobjektes durch die Stadt wird durch die notarielle Beurkundung der Mietverträge, durch Grundbucheintragung, verbunden mit einem Vorkaufsrecht, gesichert.

In der Begründung wird in der Anlage 2 weiter ausgeführt:

Ein zweiter Vorteil

- gemeint ist der Vorteil bei dieser Anmietung -

> ergibt sich daraus, dass der Investor angeboten hat, der Stadt den Ankauf des Objektes nach Ablauf der Mietzeit zu 65 Prozent der auf 620,6 Millionen DM festgeschriebenen Gestehungskosten, umgerechnet 403,4 Millionen DM, durch eine einseitige, unwiderrufliche, notariell beurkundete und grundbuchlich gesicherte Kaufofferte zu ermöglichen.

Ich kann diese Zahlen, glaube ich, hier nennen, obwohl normalerweise so etwas im nichtöffentlichen Teil behandelt wird. Die Zahlen standen ja alle schon in der Presse bzw. vor 30 Jahren schon in unserem Ratsinfo im Rathaus. Beides, was dem Rat damals versprochen wurde, wurde aber nie eingetragen. Es wäre für den Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung steuerschädlich gewesen, so heißt es heute. Einleger in diesen Fonds waren zahlreiche bekannte Familien aus dem rheinischen Geldadel. Das ging von Oppenheim bis Neven DuMont. Die Grünen

wurden damals durch das Verhalten dieser Leute animiert, ihr Plakat „Wem gehört die Stadt?“ zu entwerfen. Man kann dieses Plakat heute noch in unserem Fraktionsbüro sehen und die Gesichter, die an dem ganzen Geschäft verdient haben, bewundern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Mietvertrag wurde aber erst im September 1997 im Grundbuch eingetragen. Verantwortlich für die ganze Geschichte und auch für die Eintragung war der damalige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier von der SPD. Ein Jahr später, nach der Eintragung ins Grundbuch, wechselte er innerhalb von zwei Tagen aus seinem Amt des Oberstadtdirektors in die Geschäftsführung des Oppenheim-Esch-Fonds. Aber bereits 1997, bei der Eintragung ins Grundbuch, waren ihm anscheinend die Steuerangelegenheiten der Fondsanleger wichtiger als die Interessen der Stadt, und so unterblieb die Eintragung ins Grundbuch. Die Grünen schrieben damals, 1992 schon, in ihrer Ratszeitung:

(Beifall und vereinzelt Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

„Ruschmeiers Superding zu risikoreich“. Wir wussten zwar damals um die Bedingungen des Vertrags, wir wussten allerdings nicht, wie risiko- und verlustreich dieses Geschäft werden würde. Wir kritisierten damals vor allem die viel zu billige Übergabe des Grundstücks an den Esch-Fonds bzw. an Holzmann. Wir haben damals ausgerechnet, dass beim Kaufpreis etwa 30 Millionen DM zu wenig verlangt wurden. Vor allem aber haben wir immer die Mietbedingungen kritisiert. Der Mietpreis selbst schien einigermaßen akzeptabel, aber nicht die anderen Konditionen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Was war mit den Hallen?)

- Bitte? Ich bin jetzt bei einem anderen Thema.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Mietvertrag sieht vor, dass der Investor nur für die Instandhaltung von Dach und Fach, also für das Dach und die Fassaden zuständig ist. Für alles andere - Aufzüge, Heizung, Klima, Lüftung - sollte die Instandhaltung bei der Stadt verbleiben. Wir mussten damals riesige Flächen zum vollen Quadratmeterpreis anmieten - die Magistrale zum Beispiel, die man kaum nutzen kann -, außerdem 1 450 Parkplätze. Die Verluste, die damals dadurch entstanden sind, sind allerdings Peanuts im Vergleich zu dem, was jetzt droht. Wir hätten 2029 die Möglichkeit gehabt, dieses Areal für gut 200 Millionen zu kaufen, wenn es im Grundbuch eingetragen worden wäre. Mittlerweile ist das Ganze aber mehrmals verkauft worden, zuletzt für 500 Millionen. Man kann also sehen, welche Diskrepanz es dort gibt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Können Sie langsam zum Schluss kommen?

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, noch einen Satz. - Rätselhaft ist, warum der Rat dann am 29.01.1998, also, nachdem der Verwaltung bereits bekannt war, dass es keine Eintragung im Grundbuch gab, eine Ansparkonzeption mit dem Titel „Mantelbebauung der Kölnarena“ beschloss. Es sollte ein Fonds gebildet werden, um das Ganze später zurückkaufen zu können. Dieser Fonds ist auch gebildet worden und besteht bis heute.

Ich denke, wir sollten die Aktuelle Stunde mit dem Auftrag an die Verwaltung beenden, das Ganze noch einmal zu bearbeiten und zumindest folgende drei Fragen zu klären:

Erstens muss ermittelt werden, warum der Eintrag ins Grundbuch damals unterblieb und welcher finanzielle Schaden für die Stadt daraus und durch die Geschäfte insgesamt, einschließlich des damaligen Kaufvertrags entstanden sind.

Zweitens müsste geprüft werden, ob noch ein Rechtsanspruch auf Regress bei den damals Handelnden der Stadt bzw. weiteren Dritten geltend gemacht werden kann.

Drittens müssen wir natürlich aus diesen Vorgängen lernen. Man muss überlegen, ob man demnächst nicht Mitteilungen machen muss, ob tatsächlich Ratsaufträge erfüllt sind, zum Beispiel Grundbucheintragungen.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): In diesem Sinne, denke ich, sollten wir nachher die Aktuelle Stunde beenden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Danke schön. - Noch einmal kurz der Hinweis: Die Redezeit beträgt 5 Minuten. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister*in! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Zuschauertribüne -

(Heiterkeit bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie lernen das Gendern so langsam. Danke schön.

(Ralph Sterck [FDP]: So ist es! - Matthias Büschges [AfD]: Genau!)

Bernd Petelkau (CDU): - und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen jetzt in die Genese - dazu hat der Kollege Brust gerade schon reichhaltig ausgeführt - des gesamten Projekts, glaube ich, nicht noch tiefer einzusteigen. Insoweit glaube ich nicht, dass wir die Zeit jetzt komplett ausschöpfen müssen. Wir müssen feststellen - deshalb ist es sinnvoll, heute auch eine Aktuelle Stunde durchzuführen -, dass dieser Vorgang in Gänze in der Verwaltung auch im Nachgang nicht adäquat behandelt wurde. Denn der Vorgang an sich - dazu gibt es auch einschlägige Dokumentationen, Fernsehverfilmungen über den Polier und andere Dinge -, was damals tatsächlich passiert ist, das wollen wir heute überhaupt nicht aufarbeiten.

Aber die Frage, die sich stellt - das sind die entscheidenden Punkte, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen -, ist: Warum ist erstens im Nachgang ein Ratsbeschluss nicht umgesetzt worden? Das ist etwas, das wir in der Vergangenheit und auch in der aktuellen Zeit immer wieder mal erlebt haben. Hier müssen wir uns wirklich die Frage stellen: Ist das Beschlusscontrolling in dieser Form aufseiten der Verwaltung angemessen, dass wir am Ende auch sicherstellen, dass nicht nur hier im Rat, sondern auch in den Bezirken dort getroffene Beschlüsse angemessen umgesetzt werden? Das ist die erste Frage oder Denksportaufgabe, die wir in die Verwaltung geben müssen, dass hier etwas passiert.

Das Zweite - dazu werden wir in den nächsten Tagen Akteneinsicht nehmen - ist die Frage: Warum fehlen offensichtlich bestimmte Teile in der Nachbehandlung? Denn nach uns vorliegenden Informationen ist dieses Thema bereits durch einen externen Wirtschaftsprüfer einmal untersucht worden. Diese Daten bzw. Unterlagen erwarten wir bei einer Akteneinsicht, damit wir hier noch einmal tiefer einsteigen können. Weshalb? - Für uns ist es notwendig, dies lückenlos aufzuklären und in der Nachbetrachtung nochmals die Gründe herauszustellen, - erstens -, warum der Rat oder Teile des Rates in den Ausschüssen nicht informiert worden ist, aber um - zweitens - auch noch einmal klarzustellen: Warum wurde das Ganze nicht vollzogen? Denn in der Tat ist es für uns eine finanzielle Belastung; denn würde uns das Grundstück zu einem festgelegten Preis zufallen, hätten wir natürlich einen finanziellen Vorteil, den wir jetzt realisieren könnten, und damit ist uns eine Handlungsoption für die Zukunft unnötigerweise weggebrochen.

Der dritte Punkt - das hat der Kollege eben schon in Angriff genommen - ist die Frage der Haftung: Wer haftet dafür, dass so etwas passiert ist? War das allgemeines Organisationsversagen? War es zwingend erforderlich? Sind es andere Verhandlungssituationen gewesen? Das muss klar herausgearbeitet werden, und das ist das, was wir im Nachgang erwarten: dass uns die Verwaltung das in den Fachausschüssen entsprechend noch einmal genau darlegt. Ich melde für meine Fraktion hier auch noch einmal Akteneinsicht an, denn wir wollen uns im Detail auch nochmals anschauen, was damals genau passiert ist. Und ich glaube, dass das wichtig ist.

Der letzte Punkt noch einmal in der Wiederholung: Ich denke, wir müssen uns alle Gedanken machen - das ist auch die Aufgabe für die Verwaltung, nicht nur für den Rat und seine Ausschüsse, sondern auch für die Bezirksvertretung -, dass wir hier ein adäquates Beschlussmonitoring haben, dass unsere Beschlüsse, das, was hier vom Souverän gefordert wird, am Ende auch umgesetzt werden. - In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Das Wort hat jetzt Herr Detjen. Bitte schön.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Laufen schon 11 Minuten? Nein, noch nicht. Ich habe noch 9.

Bürgermeister Andreas Wolter: Sie haben Zeit.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Genau. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Anwesende! Erst einmal eine frohe Botschaft: Die festverzinslichen Rücklagen zur Nutzung des Vorkaufsrechts aus dem Jahr 1998/1999 von 69 Millionen DM sind von der Kämmerei gut angelegt worden, und sie haben heute einen Wert von 87,5 Millionen Euro. Die damaligen Ausführungen der Verwaltung - ich zitiere -:

> Bei einem aus heutiger Sicht

- 1995 -

> durchaus realistischen Zinssatz von 7 Prozent per anno reicht eine einmalige Rücklagezuführung von 53 Millionen DM aus, um den Rückkaufpreis vollständig finanziell abzusichern.

Das war natürlich ein leeres Versprechen. 2019 wurde das Technische Rathaus für circa 500 Millionen Euro an die Gothaer Gruppe verkauft. 2028 wäre der Wert deutlich höher, das heißt, wir hätten mit der Rücklage, die wir jetzt haben, etwa 10 bis 20 Prozent für einen weiteren Kauf, Rückkauf - oder was auch immer - für ein Stadthaus.

Vielleicht sollte man noch einmal darauf hinweisen - das ist bisher noch nicht getan worden -: Bereits im Jahr 2014 hat der damalige Ratskollege Martin Börschel die Einlösung des Vorkaufsrechts für das Technische Rathaus vorgeschlagen, aber die Kämmerei sowie das Amt des Oberbürgermeisters haben dies dementiert. Es gäbe kein Vorkaufsrecht. Es ist also kein neues Thema, sondern ein altes. Das nicht existierende Vorkaufsrecht war unseres Erachtens von Anfang an ein gezieltes Blendmanöver des damaligen Stadtdirektors Ruschmeier, um die Profitmöglichkeiten seines späteren Arbeitgebers, des Esch-Oppenheim-Fonds, auf lange Sicht auszuweiten.

Noch spannender ist meines Erachtens aber die Frage - wenn man jetzt schon an solche alten Sachen rührt -, welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Das, finde ich, ist die eigentliche spannende Frage. Lassen Sie mich dazu einige Punkte ausführen.

Erstens: Die Stadt verkaufte dem Immobilienfonds Esch-Oppenheim für die Errichtung des Stadthauses das Grundstück für 37 Millionen DM. Man muss immer aufpassen mit DM und Euro. Das Grundstück hatte laut Liegenschaftsverwaltung damals einen Wert von 83 Millionen DM. Es wurde also unter Wert verkauft - und das noch nicht einmal mit einem Erbpachtvertrag. Haben wir etwas daraus gelernt? - Meines Erachtens nein, denn noch vor wenigen Jahren haben wir ein städtisches Grundstück an einen Kita-Investor verkauft.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört!)

Zweitens: Wie schon bei der Köln-Messe waren die Baukosten des Stadthauses viel niedriger angegeben, das heißt, der Mietpreis war völlig überzogen. Haben wir etwas daraus gelernt? - Nein, dieses Thema hat noch keine Verwaltung angepackt. Wir werden regelrecht von Investoren über den Tisch gezogen.

Drittens: Auch heute wollen wir wieder ein neues Stadthaus anmieten und nicht selbst planen und bauen. Wir werden wieder eine Diskrepanz zwischen dem Wert des Objekts und den Kosten für die notwendige Sanierung, Bereitstellung haben.

2018 hatte der damalige Stadtdirektor Kahlen einen Neubau in die Diskussion gebracht. Danach passierte gar nichts. Warum nutzen wir für den Neubau nicht ein Grundstück, das so gelegen ist, dass wir die Gebäude für städtische Dienststellen bei Bedarf peu à peu erweitern oder sogar reduzieren können? Die Uni Köln, aber auch die Universitätskliniken zeigen doch, wie man das machen kann.

Viertens: Schreibt die Stadt bei der Anmietung von Verwaltungsgebäuden über ein Investorenmodell generell ein Vorkaufsrecht in die Verträge? Frage ich.

Fünftens zeigt der Fall des Stadthauses, auch bei der Überlassung von gewerblichen Grundstücken Erbbaurecht anzustreben wäre gut, weil es ein formaler Weg wäre, wie städtische

Einflussmöglichkeiten genommen werden können, also nicht nur Erbbaurecht bei Wohnungsbau, sondern auch bei gewerblichen Grundstücken.

Ich möchte mit einem interessanten Zitat enden. Vielleicht hören Sie genau zu. Das hat eine innere Ironie. In der Haushaltsrede am 23.11.1995 erklärte der damalige Stadtdirektor Ruschmeier - ich zitiere -:

> Der Gesamtkomplex ist in seiner Komplexität, seiner Aufgabenstellung, seiner Dimension sowohl in baulicher als auch in finanzieller Hinsicht und schließlich in seiner privatwirtschaftlichen Finanzierung und Realisierung absolut einmalig in Europa.

Bitter, aber wahr. Lassen Sie uns gemeinsam aus diesen Vorgängen Konsequenzen ziehen und nicht nur einmal in die Bücher schauen. - Danke schön.

(Beifall bei DIE LINKE und Die FRAKTION)

Bürgermeister Adreas Wolter: Danke, Herr Detjen. - Als Nächster hat Herr Breite das Wort. Bitte schön.

Ulrich Breite (FDP): Verehrter Herr Bürgermeister Wolter! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Amtseinführung des Rates hat uns die Oberbürgermeisterin verpflichtet, unsere Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. Doch wie können wir unsere Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen, wenn wir von der Verwaltung belogen und betrogen werden, wie das 1995 und in den folgenden Jahren der Fall war? Bei dem vorliegenden Fall der Anmietung der Mantelbebauung der Kölnarena als Technisches Rathaus geht es nicht nur um eine geschichtliche Aufklärung, sondern vielmehr um Konsequenzen für heute und morgen. Wir brauchen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine gewisse Rückversicherung, dass auch tatsächlich das umgesetzt wird, was die Verwaltung uns vorlegt und vom Rat beschließen lässt. Diese Rückversicherung könnte ein Teil einer Verwaltungsreform sein. Ich kann das aber leider nicht erkennen, meine Damen und Herren.

Die derzeitige Aufklärung über den Mietvertrag zum Stadthaus Deutz und seine Konditionen erinnert mich an die Geschichte von Hase und Igel. Bekanntlich gewinnt der Igel. Die Verwaltung erinnert mich leider eher an den Hasen. Also müssen wir, der Rat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Igel sein. Apropos Hase: Meine Fraktion beantragt Akteneinsicht zu dem Vorgang Mietvertrag zum Stadthaus Deutz, und eine bedeutsame Unterlage, nämlich die Sonderuntersuchung zur Mantelbebauung Kölnarena, Stadthaus Deutz durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft fehlt. Das hat Kollege Petelkau auch schon angesprochen, und ich bin dankbar, dass Sie darum Akteneinsicht anfordern.

Meine Fraktion musste darum auch nochmals Akteneinsicht beantragen. Gute Aktenführung, gerade bei einem Millionenmietvertrag, sieht anders aus. Ja, kennt die Verwaltung diese Beauftragung der Sonderuntersuchung nicht? - Kann eigentlich nicht sein, da die Verwaltung 1998 sie selbst beauftragt hat. Warum ist diese Sonderuntersuchung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, so interessant? Da es sich um eine renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft handelt, denke ich, dass sie uns sicher nicht vorsätzlich belogen hat. Wir können dank Klaus Heugel, ehemals SPD-Fraktionsvorsitzender und dann Kölner Oberstadtdirektor, offen darüber reden, da die Mitteilung dazu im öffentlichen Teil damals im Hauptausschuss war. War es eine Arroganz der Macht oder Nachlässigkeit?

Der Hauptausschuss fand am 21.09.1998 unter TOP 1.1, Mantelbebauung Kölnarena Köln-Deutz, hier: Presseberichterstattung. Ich darf zitieren:

> Es wurde der Verwaltung vorgeworfen, sie habe schlecht verhandelt. Entscheidungsrelevante Punkte seien nicht in Abstimmung und Einklang mit den beschlossenen Gremien der Stadt beschlossen worden. Dies betrifft insbesondere im Einzelnen die mietvertraglichen Regelungen.

Und weiter:

> Die Verwaltung wird eine externe Überprüfung der Wirtschaftlichkeit durch einen Wirtschaftsprüfer in Auftrag geben.

Und jetzt kommt der Hammer, meine Damen und Herren: Auch wenn ich den Bericht der Wirtschaftsprüfer, wie auch Herr Petelkau, noch nicht

kenne, so kenne ich und hoffentlich auch die Verwaltung - ich sage nur: Hase - die Mitteilung jenes Oberstadtdirektors Heugel, SPD, vom 18. Januar 1989 unter TOP 20.21 zum Bericht der Prüfer, das vertragliche Ankaufsrecht sei geprüft und für gut befunden worden.

Jetzt stellt sich mir die Frage: Wie kann eine seriöse Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Ankaufsrecht prüfen und bewerten, das es nach heutiger Beantwortung unserer Frage gar nicht gibt?

(Beifall von Katja Hoyer und Ralph Sterck [FDP])

Welche Unterlagen stellte die Verwaltung denn da zur Prüfung? Die richtigen Verträge oder gefakte Unterlagen? Denn die richtigen Verträge, das haben wir nun schriftlich mit der Beantwortung, kennen kein Ankaufsrecht, auch wenn der Rat unter anderem gerade unter diesen Bedingungen 1995 das Anmietungsmodell beschlossen hat. Dennoch soll nach Aussage der Verwaltung die Prüfungsgesellschaft genau dieses Ankaufsrecht konkret geprüft und bewertet haben.

Ich denke, hier gibt es noch viel Aufklärung zu betreiben, meine Damen und Herren. Erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung: Wir Freien Demokraten lieben gute Deals mit der Wirtschaft. Wir hassen schlechte Deals,

(Beifall von Katja Hoyer und Ralph Sterck [FDP])

und schon gar nicht ist diese Stadt dazu da, wie eine Weihnachtsgans ausgenommen zu werden, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Darum brauchen wir auch Aufklärung der Sachverhalte; das wurde hier schon gesagt. Denn ich sehe die derzeitigen Bemühungen der Verwaltung in der Sache irgendwie so, dass diese unter einer gewissen verwaltungsinternen Amnesie leidet, meine Damen und Herren. Darum müssen wir das hier in Angriff nehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Breite. - Ich schaue einmal. - Von Volt liegen uns keine Redeanmeldungen vor. Dann hätte jetzt Herr Pütz das Wort.

(Protestrufe von Zuschauerinnen auf der Besuchertribüne)

- Bitte unterlassen Sie den Protest von der Tribüne und verlassen Sie jetzt die Tribüne! - Herr Pütz, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Perspektive um das Stadthaus in Deutz, um den Hauptsitz unserer Stadtverwaltung, besorgt uns als SPD-Fraktion gleichermaßen wie die antragstellenden Fraktionen. Die Berichte in den Kölner Tageszeitungen über den Zustand des Gebäudes, über fehlende Eintragungen in das Grundbuch, über die nicht umgesetzten politischen Beschlüsse und eine daraus resultierende prekäre Perspektive besorgen uns. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, interpretieren Sie unsere Aktuelle Stunde zur fast aussichtslosen Lage des Kölner Großmarktes bitte nicht absichtlich falsch als Desinteresse für das Stadthaus und schon gar nicht als Versuch, Fehler aus der Vergangenheit zu ignorieren oder gar totzuschweigen. Im Gegenteil, wir sagen ganz klar: Die offenkundigen fehlenden Eintragungen im Grundbuch, die der Stadt ein Vorkaufsrecht einräumen sollten, und die Nichtumsetzung unserer politischen Beschlüsse müssen aufgeklärt werden. Darin schließen wir uns Ihnen und Ihren Äußerungen an.

(Beifall bei der SPD)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, spielen Sie bitte nicht die Interessen der Menschen am und um den Großmarkt und die Mietangelegenheiten der Verwaltung hier in einem billigen politischen Schachspiel, welche Aktuelle Stunde denn nun wichtiger sei, gegeneinander aus. Stattdessen ergeben sich doch wirklich tagesaktuell zahlreiche neue Fragen. Wir haben viele Fragen heute schon formuliert, aber warum fällt uns heute erst auf, dass kein Vorkaufsrecht zugunsten der Stadt Köln verankert wurde? Und das, obwohl die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE bereits 2016 in einer schriftlichen Anfrage danach fragten, die aber leider mit einer sehr dünnen Antwort abgespeist worden ist, oder Stadtdirektor Stefan Keller, der bereits 2018 im Verwaltungsausschuss, im AVR, das Thema ausführlich in einem Bericht angesprochen hat. Verfolgt wurde dies aber leider nicht weiter.

Darüber hinaus müssen wir uns doch alle fragen, wie die grundsätzliche Bedarfslage der Verwaltung für Büroflächen in dieser Stadt aussieht. In der Pressemeldung zur Anmietung der

ehemaligen Kaufhofzentrale in der Leonhard-Tietz-Straße vom August 2020 - also noch gar nicht so lange her - ist die Rede von „dringend benötigten Büroflächen für städtische Dienststellen“. Auch darüber hinaus sollten gerade wir als Ratsmitglieder uns der schwierigen Situation mangelnder Büroflächen durchaus bewusst sein und dies auch schon länger im Blick haben.

Meine Damen und Herren, Sie erkennen, dass wir leider nicht von einer frühzeitigen Thematisierung der zukünftigen Gestaltung zur Anmietung sprechen können, so wie Sie es in der Begründung Ihrer Aktuellen Stunde dargestellt haben. Vielmehr müssen wir festhalten, dass die Problematik um das Stadthaus in Deutz in der Verwaltung bereits seit Jahren bekannt sein muss, es allerdings wenig Bemühungen zur Lösung gab.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt dürfen wir also bitte nicht so tun, als ob uns das fehlende Vorkaufsrecht plötzlich vor eine unlösbare Aufgabe stellt. Bei aller Notwendigkeit möchte ich auch noch einmal betonen: Wir brauchen Aufklärung an dieser Stelle. Bei aller Notwendigkeit der Vergangenheitsbewältigung müssen wir jetzt den Blick nach vorn richten. Immerhin geht es um die Arbeitsplätze Tausender städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag engagiert unsere Stadt am Laufen halten. Unsere Verwaltungsmitarbeitenden haben ein Recht darauf, an zeitgemäßen, ergonomisch gestalteten Arbeitsplätzen in adäquater Umgebung ihre anspruchsvolle Arbeit ausüben zu können. Unsere Verwaltungsmitarbeiter brauchen daher jetzt eine klare Perspektive, wie es weitergeht, und zwar ohne jahrzehntelanges Interim, ohne überquellende Büros und ohne einen Flickenteppich von Räumlichkeiten, der über die ganze Stadt verteilt ist.

(Beifall bei der SPD)

Diese Fragen und diese Punkte, meine Damen und Herren, muss die Verwaltung von heute beantworten und entsprechende Maßnahmen dringend in Angriff nehmen. Folglich sind aus unserer Sicht noch viele Punkte ungeklärt, und wir erwarten, dass wir diese zeitnah in den Ausschüssen miteinander diskutieren und miteinander eine Lösung finden, denn die fachliche Diskussion gehört dorthin - in die Ausschüsse. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Pütz. - Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich schaue in Richtung AfD. - Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Harry Blum, der erste christdemokratische Oberbürgermeister dieser Stadt nach über 40 Jahren sozialdemokratischer Regentschaft und Miss- und Vetternwirtschaft in Köln

(Zuruf von der SPD: Mit der CDU!)

würde sich über diese Aktuelle Stunde freuen. Warum? - Nun, weil Sie, liebe Antragsteller, in Ihrem Antrag genau das formulieren und bestätigen, was Harry Blum schon vor über 23 Jahren gesagt hat - er war übrigens vom Fach, er war selbst Immobilienunternehmer -: Er hat sich über den Mietvertrag des Stadthauses folgendermaßen geäußert - oder so wird er zumindest zitiert -:

> Ich habe noch nie einen so vermieterfreundlichen Vertrag gesehen wie diesen.

Die Aufarbeitung des Sachverhalts hat gerade begonnen, und diese Aktuelle Stunde kommt, ehrlich gesagt, ein wenig zu früh. Wir als AfD-Fraktion begrüßen aber ausdrücklich, dass sich die FDP und, wie wir heute hören, auch die CDU, daranmachen, Akteneinsicht zu nehmen, und wir wünschen Ihnen ganz aufrichtig gutes Gelingen beim Aufarbeiten der Hinterlassenschaften von über 40 Jahren sozialdemokratischer Vettern- und Misswirtschaft in dieser Stadt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist mein Wunsch für die Zukunft. Vielleicht tut dieser Sachverhalt - es ist ja ein erneutes Desaster, das sich hier auftut - etwas in die Richtung, dass er bei uns allen den Sinn dafür schärft, wie stark in dieser Stadt Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Wir wollen klimaneutral werden, aber wir scheitern an der Aufstellung öffentlicher Toiletten. Wir wollen die Zentralbibliothek sanieren, obwohl wir gerade erst mit der Sanierung der Bühnen hoffnungslos gescheitert sind. Wir wollen eine neue historische Mitte schultern, laborieren aber seit über 20 Jahren an der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums herum; und wir führen seit Jahren eine Verwaltungsreform durch, und die Schlangen vor den

Bürgerämtern werden immer länger. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Ich weiß nicht, wer den Artikel jüngst gesehen hat. Die *taz* hat über Köln geschrieben - die *taz,* wohlgemerkt - und spricht im Zusammenhang mit Köln von einer „dysfunktionalen Stadt“. Das, meine Damen und Herren, sollte uns zu denken geben. Wir als AfD-Fraktion fordern daher: Für alle politischen Projekte in dieser Stadt muss gelten: erst die Pflicht, dann die Kür. Das Gebot der Stunde lautet: Konzentration auf die Kernaufgaben. Dieser erneute Skandal mahnt uns dazu, meine Damen und Herren vom Reker-Bündnis: Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht! Handeln Sie entsprechend. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte allerdings die Verwaltung, weil sie so oft angesprochen worden ist, bitten, das Ganze vielleicht an dieser Stelle jetzt im Rat abzuschließen. Wir werden das zur weiteren Bearbeitung, davon gehe ich aus, an die Verwaltung verweisen. Aber ich bitte Herrn Greitemann um die Einschätzung der Verwaltung. Bitte schön.

Beigeordneter Markus Greitemann: Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Die meisten Dinge sind gesagt worden. Der Auftrag ist verstanden. Vielleicht nur zur Erhellung: Die Aktuelle Stunde war ja insbesondere auf die Abmietung des Ostgebäudes bezogen. Dazu möchte ich gern ein Statement abgeben, um dies abzurunden, auch in dem Sinne, dass Sie wissen, dass die Verwaltung daran arbeitet, was hier eingefordert wird, in die Zukunft gerichtet.

Der Vertrag zur Anmietung des Stadthauses ist vor allem mit aufwendigen Instandsetzungspflichten zulasten der Stadt Köln verbunden. Faktisch übernimmt die Stadt Köln als Mieter die Betreiberverantwortung, dennoch sind Marktmieten vereinbart. Das deckt sich mit dem, was Sie bisher gesagt haben. Im Rahmen der Verhandlungen liegt ein drittes Verlängerungsangebot des aktuellen Eigentümers vor, das für die Stadt Köln zu dauerhaft hohen finanziellen Verpflichtungen führen würde, sodass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, das heißt, die Verwaltung der Stadt Köln unter meiner Führung, auf der Suche nach alternativen Standorten für die zurzeit im Ostgebäude untergebrachten städtischen Ämter ist. Das ist der Grund für unsere Vorlage im Ostgebäude.

Zu den anderen Themen, zu dem, was Sie bezüglich der Vergangenheit eingelassen haben, kann ich nur Folgendes sagen: Die Oberbürgermeisterin hat das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, den Vorgang zu prüfen, um eine umfassende Klärung und eine unabhängige Bewertung des Sachverhalts sicherzustellen. Persönlich von mir angemerkt: Das ist auch sehr in meinem Interesse, da es schließlich um Bau geht und ich der Baudezernent bin. Fragen zum Vorgehen der Prüfung würden wir gern beantworten, wenn Herr Jülich in Arbeit ist und wir dann auch die Dinge aufgearbeitet haben. - Danke schön.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Greitemann. - Dann würden wir, das hat Herr Brust eben schon angesprochen, diese Aktuelle Stunde zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überweisen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen und kommen jetzt zu den Anträgen. Wir werden die Punkte 3.1.1 und 3.1.5 gemeinsam behandeln.

AN/0967/2023

Beschluss:

Die Angelegenheit wird gemäß § 5 Absatz 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter:

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis vorbereiten -

Jugendschutz mit Maßnahmen sicherstellen"
AN/0800/2023

3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cannabis Cologne"
AN/0775/2023

Ich habe Anmeldungen für folgende Redebeiträge. Es beginnt Herr Dr. Unna, dann folgt Frau Recktenwald, Herr Detjen, Frau Hoyer, Herr Jeschka, Herr Hock, dann Herr Petelkau und Herr Büschges.

Herr Unna, bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Medizin gibt es den Grundsatz, zunächst die Diagnose zu stellen und dann zur Therapie zu kommen. Das empfehle ich uns auch, wenn wir heute über das Thema THC respektive Cannabis sprechen. Es ist ein ernstes Thema. Es ist eine wirksame pharmakologische Droge, das steht außer Zweifel. Medizinischer Cannabis ist inzwischen klarer Bestandteil der Palliativmedizin, und wir müssen feststellen: Cannabis ist in dieser Gesellschaft angekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eine Droge. Ja, es ist, glaube ich, wirklich wichtig, festzustellen, dass wir nicht dabei sind, in Deutschland eine neue Droge einführen zu wollen, legalisieren zu wollen oder Ähnliches, sondern gute Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Und die Wirklichkeit ist eben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Cannabis in dieser Gesellschaft angekommen ist. Wir haben bei den 15- bis 17-Jährigen 9 Prozent, bei den 18- bis 24-Jährigen 22 Prozent User. Wir haben 4,5 Millionen User pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland, und damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Welche Art von Stoff wird da konsumiert? Wir wissen es nicht, weil wir nicht hinsehen, weil wir keine Kontrolle haben. Wir wissen, dass es einen florierenden Schwarzmarkt gibt mit allen Begleiterscheinungen, die das hat. Wir wissen, dass es toxische Inhaltsstoffe gibt, die beigemengt werden. Wir wissen, was das mit den Heranwachsenden und den jungen Erwachsenen macht. In erster Linie, zu etwa drei Viertel, sind Männer betroffen, Stichwort: Schizophrenie und Ähnliches. Wir wissen, dass die Zahlen stark steigen. Der *Kölner Stadtanzeiger* und andere haben darüber berichtet. Im Zehnjahreszeitraum von 2011 bis 2021 haben sich im Regierungsbezirk Köln die Zahlen von 630 nach etwa 1 000 entwickelt und von 2011 bis 2021 in der Stadt Köln von 174 nach 313. In diesem Fall sind manifeste Diagnosen gemeint, das heißt, Hauptursache Verhaltensstörungen durch Cannabisgebrauch, Menschen, die stationär aufgenommen wurden.

Vor diesem Hintergrund empfehle ich, die bisherige Verbotspolitik, die maßgeblich die alten Bundesregierungen und auch die CSU-Gesundheitsminister zu verantworten hatten, einer kritischen Prüfung zu unterziehen, und muss aus meiner bzw. unserer Sicht als Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln feststellen: Diese Verbotspolitik ist aufgrund der Datenlage, die wir haben, krachend gescheitert - krachend gescheitert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Absprungpunkt für das, was wir heute vorhaben: die Betrachtung der Wirklichkeit. Ob uns die passt oder nicht passt, ob mir die passt oder nicht passt, sei einmal dahingestellt. Aber wir müssen sie zur Kenntnis nehmen. Und es ist einfach der falsche Ansatz, wenn man sagt: Das, was wir in den letzten Jahrzehnten falsch gemacht haben, möchten wir bitte auch in Zukunft falsch machen dürfen. Das ist doch keine vernünftige Politik!

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein weiterer Aspekt ist die Kriminalisierung der User. Wir haben in Deutschland etwa 33 t000 Handelsdelikte pro Jahr, das heißt, Menschen, die kriminalisiert werden. Ich gehöre einer Berufsgruppe an, deren Approbation im Fall eines einschlägigen Delikts - da ich ein pharmakologisches Staatsexamen habe - infrage gestellt wird. Das gilt auch für andere Berufsgruppen: Humanmediziner, Zahnmediziner; ich glaube, auch Juristen sind betroffen, wenn ich richtig informiert bin. Das heißt, wir kriminalisieren Leute, wir vermasseln Berufskarrieren durch die Kriminalisierung, von der uns die Polizei selbst sagt, dass sie derer nicht mit ihren Mitteln Herr werden kann.

Wir haben offensichtlich den Jugendschutz vernachlässigt, denn es ist ein offenes Geheimnis, dass auf unseren Schulhöfen gedealt wird. Wir haben offensichtlich den gesundheitlichen Verbraucherschutz nicht in den richtigen Bahnen - wegen der toxischen Inhaltsstoffe -; und wir müssen uns als verantwortliche Gesundheitspolitiker und -politikerinnen fragen lassen: Wollen wir das weiter so machen?

Vor diesem Hintergrund hat die neue Bundesregierung etwas sehr Weises getan: Sie hat den Kommunen die Möglichkeit gegeben, Modellvorhaben zu erproben, evidence based medicine. Wir sehen uns an, was passiert. Ich rate uns, wenn wir das machen, dass wir uns das auch langfristig ansehen, denn ein Zurückdrängen des Schwarzmarktes - was wir wahrscheinlich alle hier im Haus wollen, vermute ich einmal - passiert nicht nach zwölf Monaten. Wenn wir das nach zwölf Monaten evaluieren, wird das Ergebnis negativ sein; das sage ich Ihnen bereits jetzt. Das muss einen etwas längeren Atem haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb - ich komme jetzt zum Ende - denken wir, dass es gut und richtig ist, nicht nur die Social Clubs der neuen Bundesregierung flächendeckend auszurollen, sondern auch Modellregionen zu erproben. Dabei können übrigens auch Fehler auftauchen; es können Fehler gemacht werden. Dafür können wir nichts, sondern es ist das Wesen eines Modellversuchs, dass auch negative Antworten auszuhalten sind. Daraus muss man dann die richtigen Schlüsse ziehen.

In diesem Sinne bitte ich darum, dass wir als Stadt vorangehen und unsere Verwaltung auffordern, die Voraussetzungen dafür zu schaffen und vorbereitend Gespräche zu führen, um dann möglicherweise Modellregion werden zu können. - Ich bitte daher um Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Dr. Unna. - Frau Recktenwald, bitte.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich einmal ein Thema für die Jugend! Das haben meine Freunde so gesagt. Ich habe gedacht: Hm, ist das so? Stimmt ja eigentlich nicht. Wir haben es eben schon gehört: Erst vor wenigen Tagen veröffentlichten dänische Forscher*innen eine Studie, wonach bis zu 30 Prozent der Schizophrenien bei Männern zwischen 21 und 30 Jahren durch problematischen Cannabiskonsum ausgelöst werden. Als angehende Psychiaterin hat mich das eigentlich wenig überrascht. Es gibt viele populäre Meinungen über Cannabis: quasi ein gesundes Kraut, hilfreich bei Stress, bei Schmerzen, bei Nervenerkrankungen, kann ja auch im Prinzip gar nicht abhängig machen. - Das stimmt natürlich nicht. Cannabis macht natürlich kein körperliches Entzugssyndrom, wie man es von Alkohol kennt, aber es kann trotzdem Abhängigkeitserkrankungen auslösen. Jetzt denken sich wahrscheinlich einige: Die SPD ist doch für die Legalisierung. Warum erzähle ich hier, warum das gefährlich ist? - Genau darum geht es hier, denn was es nachgewiesener Weise de facto nicht gibt, ist ein Zusammenhang zwischen der Legalisierung und der Prävalenz von Cannabiskonsum, sprich: Menschen, die konsumieren möchten, die machen das so oder so. Eine Abhängigkeit hat ja prinzipiell nichts damit zu tun, dass ein Stoff einfach nur verfügbar ist, sondern es geht eher um persönliche Risikofaktoren, um sozialen Status und fehlende Prävention.

Es gibt ein weiteres Problem: Illegal verkaufte Substanzen verändern sich. Heute illegal verkaufter Cannabis ist in der Wirkung stärker, er ist mit chemischen halluzinogenen Stoffen versetzt, und so können auch Psychosen wahrscheinlicher werden. Eine Möglichkeit, solche Gefahren im Vorfeld des Konsums auszuschließen, gibt es heute im Prinzip überhaupt nicht. Genau deshalb ist es sinnvoll, die Abgabe kontrolliert durchzuführen und eine größere Sicherheit für Konsument*innen zu schaffen. Gleichzeitig werden die Konsument*innen aus der Illegalität und der Gefahr der Strafverfolgung geholt. Wir können so versuchen, eine Gruppe, die bisher kaum in das Suchthilfesystem eingegliedert ist, mit präventiven Maßnahmen neu zu erreichen oder auch mit einer niederschwelligen Beratung abzuholen.

Köln als Stadt ist prädestiniert dafür, eine solche Modellkommune zu werden. Dies kann eine sehr sinnvolle Erweiterung unseres bis jetzt schon gut aufgestellten Drogenhilfesystems darstellen. Deshalb sind entsprechende Vorbereitungen schon jetzt zu treffen, damit Köln eine Vorreiterin auf

dem Weg in eine Drogenpolitik wird, die eben nicht auf Restriktionen beruht, sondern auf Prävention, auf Hilfe und Beratung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Recktenwald. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Anwesende! Wir LINKE freuen uns, dass es uns gelungen ist, im Kölner Rat ein ethisch-moralisches Bündnis für die kontrollierte Freigabe von Cannabis zu bilden mit der Maßgabe, sich für eine Modellstadt Köln einzusetzen. Nun kann man natürlich einwenden: Das ist aber ein Minischritt. Ich sage dazu nur: Wir nutzen die Möglichkeiten, die uns der Bund gibt, frühzeitig und optimal aus. Es gab in der Politik in den letzten 50 Jahren immer wieder ethisch-moralische Bündnisse und Entscheidungen, die sehr, sehr lange dauern. Ich erinnere an die Abschaffung des § 218, die Abschaffung der Atomkraft oder das Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen. Das sind Themen, die immer wieder auftauchen und bei denen sich Bündnisse bilden, quer zu den Parteien oder mit verschiedenen Konstellationen.

Lassen Sie uns also den Weg für die Freigabe und kontrollierte Abgabe von Cannabis gemeinsam gehen, um den vielen Hürden und Klippen gemeinsam zu begegnen. Das ist ein langer Weg. Ich erinnere mich an meine Zeit als Schöffe Mitte der 1990er-Jahre am Amtsgericht Köln, als der Richter zu uns Schöffen kritisch und etwas genervt bemerkte: Heute müssen wir wieder Cannabiskonsumenten verurteilen. So sei die Gesetzeslage, sagte er und verwies darauf, dass es zwei Kiffer in der Bundesregierung geben würde, die das sozusagen auch anders betreiben könnten. Gemeint waren Joschka Fischer und Gerhard Schröder.

(Vereinzelt Beifall bei der LINKEN - Ralph Sterck [FDP]: Schröder hat doch viel mehr gekifft! - Niklas Kienitz [CDU]: Schröder hat noch größere Dinge gebaut!)

So viel zu dem Kollegen Amtsrichter und was er in den Verhandlungen gesagt hat. Alles Weitere können Sie gern interpretieren. - Danke schön.

In den letzten 30 Jahren hat die Kölner Stadtverwaltung eine aktive und aufsuchende Drogenpolitik betrieben. Mit diesem Antrag wollen wir an diese Politik anknüpfen und sie weitertreiben. Wir stehen also nicht im Gegensatz zur Verwaltung, sondern wir gehen diesen Weg und wollen sie dafür gewinnen, ihn mit uns gemeinsam zu gehen.

Bezüglich der Finanzierung möchte ich für die Antragsteller darauf hinweisen, dass eventuell erhöhte Personalkosten und Kapazitäten bei der Bewerbung zur Modellstadt notwendig sind, die über das Mehrstellenbudget finanziert werden können. Wir müssen von einem Kurs der Repression wegkommen - hin zu einem legalen und kontrollierten Verkauf von Cannabis. Das trocknet auch den Dealer-Sumpf aus und Polizei und Gerichte können sich besser um die Wirtschaftskriminalität in diesem Land kümmern. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. - Frau Hoyer, bitte; danach Herr Jeschka.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Als der Kollege Detjen eben von dem ethisch-moralischen Bündnis sprach, habe ich sofort an die ethisch-moralische Wende von Helmut Kohl gedacht.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Geistig-moralische!)

- Geistig-moralische Wende, gut. Ich freue mich, dass uns die Fortschritt-Koalition auf Bundesebene heute die Möglichkeit gibt, über diesen Antrag zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Debatte um die Freigabe von Cannabis ist wirklich eine hochemotionale und auch eine sehr ernste. Auch bei uns in der FDP ist diese Debatte sehr leidenschaftlich geführt worden. Das ist auch verständlich. Immerhin, das wurde auch gesagt, handelt es sich bei Cannabis um eine Droge, genau wie bei Alkohol. Deshalb ist es auch so wichtig, dass mit der Legalisierung Vorkehrungen im Bereich des Jugendschutzes und der Prävention einhergehen müssen. Außerdem, das wurde auch schon

gesagt, muss das Vorhaben regelmäßig und langfristig evaluiert werden.

Meine Damen und Herren, obwohl von Cannabis im Vergleich zu anderen Drogen bei Erwachsenen deutlich weniger Gefahren ausgehen, kann es in jüngeren Jahren schwere gesundheitliche Folgen haben. Das gilt insbesondere im Hinblick auf Psychosen. Deshalb bleibt die Abgabe an Jugendliche auch weiterhin strafbar. Hier müssen wir ehrlich bleiben. Allerdings wünsche ich mir auch Ehrlichkeit, wenn es um die Gefahren von Alkohol geht. Ein Besuch im Sanitätszelt an Weiberfastnacht zeigt anschaulich, welche Konsequenzen übermäßiger Alkoholgenuss auch für Jugendliche hat, und zwar häufig über den Tag hinaus.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ganz ehrlich: Ich kann persönlich kaum nachvollziehen, dass Flatrates für Trinken offensichtlich gesellschaftlich akzeptiert werden, ein Joint aber sofort sanktioniert werden muss. Das fällt mir schwer.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bei Abwägung aller Risiken ist die FDP der Überzeugung, dass die teilweise Cannabisfreigabe der richtige Weg ist, denn auch die Kritiker der Freigabe müssen doch zugeben, dass die Verbotspolitik, wie es Herr Unna eben schon gesagt hat, krachend gescheitert ist.

Die Konsumvorgänge sind trotzdem gestiegen. Die strafrechtliche Verbotspolitik hat nichts bewirkt. Ganz im Gegenteil, sie ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Konjunkturprogramm für den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität. Das ist besonders bedenklich, weil der Schwarzmarkt Jugendlichen Zugang zu harten Drogen verschafft. Außerdem ist Cannabis auf dem Schwarzmarkt meist verunreinigt und minderwertig, denn auch das ist klar: Cannabis ist nicht gleich Cannabis. Seit Jahren ist bei Cannabis der THC-Gehalt enorm angestiegen, und Studien belegen, dass eben dieses THC für den Anstieg von Psychosen verantwortlich ist. Eine Kontrolle bei der Abgabe könnte dies verhindern.

Meine Damen und Herren, all diese Beispiele zeigen eindrücklich, dass man Drogenkonsum am besten mit Aufklärung, Prävention und Unterstützung und Beratung begegnet, aber nicht mit dem Strafrecht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Außerdem bindet die strafrechtliche Verfolgung unnötige Ressourcen von Polizei und Justiz. Der Großteil der erfassten Fälle sind Kleinkonsumenten, und diese Fälle werden meist von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einmal deutlich klarstellen: Die Bundesregierung will mit der geplanten Teillegalisierung nicht den Konsum von Cannabis fördern, wie es gern von interessierten Kreisen dargestellt wird. Nein, die Bundesregierung will - erstens -, dass Kiffen besser kontrolliert wird, - zweitens - den hochdosierten und gepantschten Stoff eindämmen, - drittens - Jugendliche besser schützen und last but not least die Kriminalität zurückdrängen. Wer es mit diesen Zielen ernst meint, der muss auch dafür sorgen, dass wir hier vor Ort - sprich: in Köln - einen verantwortungsvollen Umgang mit Cannabis möglich machen. Deshalb unterstützt meine Fraktion den vorgelegten Antrag, dass sich Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis bewirbt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, beim 90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Herr Jeschka, bitte, danach Herr Hock.

Manuel Jeschka (Volt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe alle anderen! Ich möchte mich natürlich meinen Vorrednern anschließen. Es ist mitnichten so, dass wir alle - und auch ich im Speziellen - Cannabis in irgendeiner Art und Weise verharmlosen würden. Das tue ich mit Drogen generell nicht; es ist völlig egal, welche Droge. Ich habe viel zu viele Menschen an Drogenkonsum, an falschem Konsum zugrunde gehen sehen. Ehrlicherweise macht mich dieses Scheinargument auch ein wenig traurig, weil man damit über Menschen urteilt, die man eventuell gar nicht kennt, was mir das Gefühl gibt, dass man sich mit dem Thema des Konsums von Drogen nicht wirklich auseinandersetzt.

Aber bei all den Emotionen, Meinungen und vor allem auch politischen Überzeugungen ist es natürlich total spannend, auch einfach einmal auf die Wissenschaft zu schauen, was diese eigentlich sagt. Das ist bei Cannabis gar nicht so einfach, und insbesondere in Deutschland liegt das auch an einer nicht besonders guten Datenlage. Deshalb war es so wichtig, den dritten Punkt in den Antrag aufzunehmen, dass wir zumindest hier in Köln regelmäßig evaluieren, um weiterhin faktenbasiert entscheiden zu können, wie es weitergehen soll.

Trotzdem lassen sich aus den bisherigen Daten durchaus Tendenzen erkennen. Was aber viel wichtiger ist: Die bisherigen Erkenntnisse, zum Beispiel aus den Niederlanden, wo es nicht so gut gelaufen ist, können uns in Deutschland helfen, es besser zu machen. Falls Interesse daran besteht, einige Dinge zu lesen, so gibt es eine gute Übersicht: das *Policy Paper: Effekte einer Cannabislegalisierung* von Manthey et al. aus dem April 2023, also sehr aktuell.

Jetzt kommen einige Fakten. Erstens: Einweisungen und psychische Folgen nehmen tatsächlich teilweise zu. Gleichzeitig steigt aber auch der Konsum in Ländern, in denen Cannabis nach wie vor nicht legalisiert ist. Er steigt aber auch in Ländern, in denen er legalisiert ist. Der Zusammenhang, es wurde eben schon gesagt, ist wenig erforscht. Es gibt sogar Studien, die belegen, dass der Konsum bei Jugendlichen nach der Legalisierung zurückgeht.

Weiterhin sieht auch der Wissenschaftliche Dienst keinen Hinweis und vor allem keinen Einfluss darauf, dass insbesondere strenge Drogenpolitik Konsumverhalten verändert. Studien aus England - es wurde auch schon kurz gesagt - legen nahe, dass gerade die erhöhten Einweisungen und Krankheitsfälle auf stärkeren Cannabis und insbesondere auf synthetische Cannabinoide, die häufig zugesetzt werden, zurückzuführen sind. Deshalb ist es wichtig, durch die Legalisierung insbesondere den Käufer vor unerwünschten Nebenwirkungen zu schützen.

Zweitens: Es gibt wenig Hinweise darauf, dass die Kriminalitätsraten generell sinken. Was aber wenig überraschend passiert, sind die Straftaten im Bereich der Cannabisdelikte. Diese sinken massiv. In Washington ist die Zahl der Inhaftierungen aufgrund von Cannabisdelikten um 98 Prozent zurückgegangen, in Kanada in über drei Jahren um über 90 Prozent. Das führt dazu, dass Polizei, Gerichte und natürlich auch die Gefängnisse massiv entlastet werden.

Drittens: Der Schwarzmarkt wird natürlich nicht ausgetrocknet, erst recht nicht von heute auf morgen. Das kann er auch nicht, weil man auf dem Schwarzmarkt auch viele andere Dinge kaufen kann, die der Süchtige begehrt. Was aber nachweislich passieren wird: Er wird verkleinert. In Kanada wird Cannabis heutzutage zu über 90 Prozent in legalen Shops gekauft oder im Garten angebaut. Das heißt, diese 90 Prozent werden nicht mehr auf dem Schwarzmarkt gekauft, was ein ziemlicher Schlag für den Schwarzmarkt vor Ort gewesen sein muss. Außerdem legen Studien aus den USA und aus Uruguay Ähnliches nahe.

Vierter und letzter Punkt - es gibt noch viele Punkte, aber das ist der letzte für mich -: Kinder- und Jugendschutz ist mit Abstand der wichtigste Punkt, das haben wir heute auch schon gehört. Island - ein super Beispiel - ist natürlich am Start, und wir können sehr viel davon lernen, weil gerade in der Prävention sehr viel richtig gemacht wird und dies teilweise auch nicht so schwer wird. Island hat zum Beispiel Ausgangssperren für Minderjährige in der Nacht und Werbeverbote eingeführt. Es ist einfach verboten, für Cannabis und Alkohol zu werben. Gleichzeitig gab es mehr Kultur- und Sportangebote und viel mehr Zeit mit der Familie. All das hat dazu geführt, dass der Konsum illegaler und auch legaler Drogen in Island heutzutage zu den geringsten in Europa zählt. Das war vor 20 Jahren noch ganz anders. Da war man nämlich Spitzenreiter.

Zum Schluss noch einige Zahlen. Die wichtige Botschaft aus unserer Sicht zu diesem Antrag: Viereinhalb Millionen Konsumenten - wir haben es gehört -, das sind, heruntergerechnet auf Köln, 60 000 Menschen. Man kann jetzt verschiedene Schlüsse aus dem ziehen, was ich gesagt habe. Uns aber vorzuwerfen, man habe die Probleme dieser Stadt nicht begriffen und würde all das für kurzfristigen Applaus tun, verkennt leider die Probleme dieser 60 000 Menschen und ist zusätzlich auch nicht sehr sachlich, weil diese 60 000 Menschen kriminalisiert werden, weil sie hin und wieder mal einen Joint rauchen, 60 000 Menschen, die nichts Böses tun und vor allem auch niemandem schaden, höchstens sich selbst. Viele dieser Menschen möchten nicht kriminalisiert werden und haben - vor allem auch aus Angst vor

Kriminalisierung - Angst, über ihre Sucht zu berichten oder Hilfe zu suchen.

- Ich mache den letzten Punkt. - Genau darum geht es hier: Es geht um diese Menschen, insbesondere um diese 60 000 Menschen in Köln, die nichts Böses tun und deshalb auch nicht wie Kriminelle behandelt werden sollen. Diesen Menschen soll mit gescheiten Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen geholfen werden; sie dürfen nicht in eine dunkle Ecke gedrängt werden. Um diese 60 000 Schicksale geht es. Das wird mit diesem Antrag und der neuen Politik besser gelingen als mit der Prohibitionspolitik der letzten 50 Jahre. - Danke schön.

(Beifall von Volt und Ralph Sterck [FDP])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Jeschka. - Herr Hock, bitte, danach Herr Petelkau.

Michael Hock (Die FRAKTION): Herr Wolters! Meine Damen und Herren! Liebe alle! Zunächst einmal freuen wir uns natürlich, dass unsere Anfrage vom März 2022 zur THC-Modellstadt heute in dem von einer breiten Ratsmehrheit getragenen Antrag ihre praktische Beantwortung findet. Ich gehe davon aus, dass das so weit erledigt ist. Gern geschehen.

Ich spreche heute nur zu unserem Antrag „Cannabis Cologne“, denn wir wollten uns unser Thema natürlich nicht einfach so von den anderen Parteien wegnehmen lassen, allein aus Populismusgründen. Das haben wir übrigens von der FDP gelernt. In Schleswig-Holstein hatten im Jahr 2000 die JuLis die Website bekifft-ficken.de gekauft und betreut. Der gesamte Slogan der JuLis hieß damals: „Lieber bekifft ficken als besoffen Auto fahren“. Er ist heute nicht mehr online. Ich nehme an, wegen der Autofeindlichkeit.

(Heiterkeit)

Wir von der FRAKTION gehen deshalb heute schon einen Schritt weiter. Mit unserem Antrag „Cannabis Cologne“ verfolgen wir das Ziel einer möglichst weitflächigen Begrünung Kölner Dächer mit Cannabis. Die Idee dazu kam uns, als wir zuletzt bei einem entspannten Haschischpfeifchen in unserem steuermittelfinanzierten Büro saßen und über den Klimawandel nachdachten und darüber, warum Köln eigentlich beim Behördenranking und in der Außenwahrnehmung so miserabel abschneidet, sowie über die äußerst angespannte Haushaltssituation.

Als rein populistischer Antrag formuliert, fiel uns dann am nächsten Morgen, als wir die Cannabisspritzen aufgeräumt hatten, auf, dass das auch nüchtern betrachtet vielleicht eine ganz gute Idee ist. Also haben wir angefangen, uns ein wenig anzuschauen: Wieso macht das mit dieser Dachbegrünung eigentlich Sinn? Ich könnte Ihnen jetzt etwas über die Vorteile unserer Idee für die Klimaresilienz der Stadt erzählen, für die Wahrnehmung Kölns, insbesondere bei der jungen Generation, und nicht zuletzt über die Vorteile für den städtischen Haushalt.

Solange aber die in diesem Rat gefundenen Antworten auf den Klimawandel in halbherzigen und teuer besungenen Verkehrsversuchen, die Antwort auf Kölns Imageproblem im hochpreisigen Austausch des Stadtlogos und die Antworten auf die Haushaltssituation in eher nicht preisgünstigen Prestige- und Großprojekten bestehen, kurz: Solange die Kölner Politik mutlos und von keinem neuen Einfall belästigt weiter unseren Wahlkampf übernimmt - danke übrigens an dieser Stelle -, erscheinen mir diese Ausführungen wenig zielführend.

Ich möchte Sie deshalb nicht weiter mit diesen Argumenten langweilen und Sie stattdessen anders überzeugen. Charlie Chaplin soll einmal gesagt haben: „Life is a tragedy when seen in close-up, but a comedy in long-shot.“ Oder op Kölsch: Da lachste dich kaputt. Diese Einstellung hilft ungemein, um mit den Problemen, die Sie nicht lösen werden, umzugehen. Und nun stellen Sie sich vor: Eine Pflanze, die Ihnen zu dieser Einstellung verhilft, wächst direkt auf Ihrem Bürogebäude, hier auf dem Spanischen Bau des Rathauses. Wäre das nicht wunderbar? - Meine Damen und Herren, liebe Freunde, stimmen Sie heute für unseren Antrag. Purple Haze, und danke für Ihre Zustimmung.

(Beifall von Walter Wortmann [Die FRAKTION])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hock. - Dann haben wir jetzt Herrn Petelkau und danach Herrn Büschges.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Zuschauertribüne und am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde an dieser Stelle gern etwas Wasser in den Wein gießen. Es war eine große Euphorie, dass es jetzt endlich losgeht. Ich möchte noch einmal den Wiener Arzt Dr. Albert Syen zitieren, der in seiner Pro- und Contra-Liste als wesentlichen ersten Punkt bei „Pro“ stehen hat: Das gewichtigste Argument für den Konsum von Cannabis als Freizeitdroge ist, dass eben manche Menschen gern Cannabis konsumieren wollen. - Manche Menschen wollen Cannabis konsumieren. Das ist doch das, was Sie heute auch mit Ihrem Antrag umsetzen wollen, denn es kann ja nicht sein, dass hier fabuliert wird, dass die bisherige Drogenpolitik gescheitert und dies der Grund ist, dass wir Cannabis freigeben. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir das Motiv nehmen würden, müssten wir alle anderen Drogen ebenso freigeben, und das kann es doch letztlich nicht sein!

(Beifall bei der CDU - Volker Görzel [FDP]: Sollte aber!)

Es kann nicht sein, weil die Auswirkungen gerade auf Kinder und Jugendliche dramatisch sind. Als ich mir die ganzen Schilderungen heute Nachmittag angehört habe, kam gerade beim Thema Jugendschutz immer wieder heraus, dass gerade psychische Erkrankungen nach dem Konsum von Cannabis - das haben alle Studien bisher gezeigt - ein Thema sind, aber es wird immer so getan: Ja, bei den Jugendlichen passiert ja gar nichts. - Aber Cannabis wird ja gerade für Jugendliche und Kinder gar nicht freigegeben, das muss man auch betonen. Das heißt, es wird gerade für die Gruppe weiterhin einen Schwarzmarkt geben.

Setzen Sie sich doch einmal mit der Polizei auseinander. Ich habe gestern Abend am Rande einer anderen Veranstaltung noch mit unserem Kölner Polizeipräsidenten gesprochen. Er sagte, er habe überhaupt nicht die Kapazität an Personal, um das Thema vernünftig zu händeln. Wenn ich mir das Thema Jugendschutz anschaue: Wir sind doch bereits beim Thema Alkoholkontrollen gescheitert, auch das wurde heute hier schon gesagt, und jetzt packen wir dort eine neue Variante drauf und glauben, dass das dann alles easy going ist.

Schauen Sie doch einmal nach Amsterdam. Amsterdam fährt gerade zurück und verbietet Kiffen im öffentlichen Raum. In Köln haben wir das Wegebier. Haben wir demnächst dann auch unseren Wegejoint und all die Konsequenzen daraus? Das muss man doch am Ende genauer analysieren und hinschauen. Ich kann nur sagen: Das, was gerade in Berlin gemacht wird, ist die glorreiche Fortsetzung einer Ampelpolitik, die in vielen anderen Bereichen ebenfalls gescheitert ist; und auch dieser Teil wird scheitern. Das Problem ist, dass auch wir hier in Köln für die Folgen bezahlen. Unsere Kinder und Jugendlichen werden an dieser Stelle nicht besser geschützt, sondern einem breiteren Problem ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur davor warnen, und ich möchte auch weiterhin betonen: Wir sollten diesen Schritt nicht gehen. Wir sollten, im Gegenteil, unsere Schutzkampagnen - das ist vielleicht der einzige Teil im finalen Gesetz, der dann in Berlin realisiert wird -, das Thema Jugendschutz auf alle Drogenkonsumenten ausweiten. Ob das dann so weitgehend sein muss, wie es in Island praktiziert wird, müsste noch überlegt werden. Aber ich denke, hier besteht wirklich Grund zur Sorge, sodass man diesen Teil deutlich ausbauen muss. Das sollte erst einmal im Vordergrund stehen, bevor man über Ausweitung spricht.

Dazu würde mich auch die Stellungnahme unserer eigenen Stadtverwaltung, unseres Gesundheitsdezernenten interessieren, wie das die Verwaltung sieht. Die Polizei sagt ganz klar: Wir haben nicht die Kapazität, diese Experimente zu begleiten. Sie glauben, dass die Verwaltung das Personal dazu hat. Dazu würde mich interessieren, ob das Grundproblem ebenso gehändelt wird, wie es die Antragsteller sehen, und ob auch das Handling im Gesundheitsamt für eine Modellstadt einfach so aus der Personalreserve abgebildet werden kann. Die CDU-Fraktion und ich halten es für einen extrem bedenklichen Beschluss, der heute hier getroffen werden soll. Deshalb lehnen wir den Antrag klar ab.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, den Jugendschutz in dieser Stadt zu verbessern, egal, gegen welche Droge. Das ist eine gute Aufgabe, und dahinter sollten wir uns versammeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Petelkau. - Die Verwaltung, Herr Dr. Rau, hatte mir schon signalisiert, dass er, nachdem alle Fraktionen und Gruppen gesprochen haben, auch zu dem Antrag Stellung bezieht. - Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Livestream! Fast alle hier - bis auf die CDU, und auch bei den Grünen und der SPD hatten wir leichte Zweifel - wollen ja unbedingt Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis sein. 25 Gramm dürfen sie straffrei besitzen, drei Pflanzen dürfen sie privat anbauen und einige weitere Dinge. Es scheint so, als wolle man in Berlin und hier unbedingt die Legalisierung einer Droge auf Kosten des Gesundheits- und des Jugendschutzes erzwingen.

(Beifall bei der AfD)

Es wirkt so, als wenn Minister Lauterbach, der ja auch einen Kölner Wahlkreis hatte, nur der „Corona-Minister“ war und sonst nichts anderes hervorgebracht hat außer Verboten und Einschränkungen. Deshalb scheint es, als wenn man ihm jetzt einen Gefallen tun wollte. Interessant ist auch, dass alle bisherigen Städte, die sich für diese Modellregion angemeldet haben, rot und/oder grün regiert sind.

Die Risiken von Cannabis haben wir heute zur Genüge gehört. Sie werden meines bzw. unseres Erachtens heruntergespielt. Man kann mitnichten davon ausgehen, dass eine Legalisierung wirklich dazu führen wird, Drogenkriminalität einzudämmen. Im Gegenteil, und mit dieser Meinung bin ich bzw. sind wir nicht allein, wird es natürlich Unterscheidungen bei Cannabis geben, dies sagte auch der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reichert. Legales und - in Anführungsstrichen - hochwertiges Cannabis wird dementsprechend vermutlich teurer sein, und folgelogisch ist der Schwarzmarkt nicht trockengelegt, sondern eher durch minderwertiges und/oder synthetischer Cannabis erheblich angekurbelt.

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte ist ebenfalls ein entschiedener Gegner der Legalisierung, besonders für die unter 25-Jährigen; denn erst mit 25 Jahren ist das menschliche Gehirn ausgereift, und der Kinder- und Jugendschutz ist eben nicht abschließend geklärt. Sie schreiben zwar lapidar, dass Maßnahmen erarbeitet werden sollen - wahrscheinlich einen Arbeitskreis gründen, oder was? -, aber ich gehe davon aus, dass Sie bestens darüber informiert sind, welche Folgen erhöhter Cannabiskonsum mit sich bringt. Ein Stoff wie THC, der eine therapeutische Verwendung findet, kann kein Genussmittel sein. Man kann zur CSU stehen, wie man will: Söder hat klargestellt, dass es keine Frankfurter Bahnhofsviertel in Bayern geben wird - und das wollen wir auch in Köln nicht.

(Beifall bei der AfD)

Weiterhin gibt es, das haben wir heute auch schon gehört, Wesensveränderungen, die auf Cannabiskonsum zurückzuführen sind. Dazu zählen gesteigerte Impulsivität, Angststörungen, Schizophrenie, Gleichgültigkeit und Psychosen. Dabei sprechen wir nur über das normale THC. Wie ist denn die Regelung mit synthetischem THC, dessen Wirkung nach Einnahme schier unkontrollierbar sein kann, bis hin zu psychotischen Episoden? Zu den Streitfragen zum THC im Straßenverkehr kommen wir sicher auch noch irgendwann. Ab wann wollen Sie den Führerschein entziehen? Wollen Sie irgendwelche Sanktionen oder Maßnahmen einführen? Sie wollen Suchtberichte - sogar jährlich. Eigentlich ist es ja ein Treppenwitz, denn - das wissen Sie selbst - das ist utopisch.

Abschließend - das ist für uns eigentlich das Wichtigste - ist die Frage, ob neben den vielen Risiken und Einschränkungen eine Modellstadt für Cannabis genau das ist, was wir in Köln brauchen. Meine Damen und Herren, die Schulplatzvergabe ist ein Desaster. Wir schaffen es ja noch nicht einmal, Grundschulkindern den Besuch einer für sie fußläufigen Schule zu ermöglichen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Thema!)

- Hören Sie zu, das ist Thema. - Die Stadt Köln treibt jetzt ausstehende Corona-Bußgelder ein. Unabhängig, wie man dazu steht, muss einem das doch zu denken geben. Wir haben - ich benutze einen Ausschnitt aus meinem letzten Beitrag - lange Schlangen vor den Bürgerämtern gesehen und spüren natürlich alle auch die Unzufriedenheit der Kölnerinnen und Kölner in fast allen Situationen des Alltags. So attestieren wir Ihnen ein um das andere Mal: Wir schaffen es nicht einmal, unseren ureigenen Aufgaben nachzukommen, und müssen uns schon wieder mit einem

Antrag beschäftigen, der offensichtlich nur zwei Dinge im Sinn hat: Beschäftigungstherapie für die Verwaltung und den Gefallen für den Herrn Lauterbach.

(Beifall von Christer Cremer [AfD])

Ich sage Ihnen: Dieses Thema gehört weder zur Pflicht noch zur Kür einer Stadtverwaltung. Köln ist einfach nicht bereit, THC-Modellstadt zu werden - nicht, wenn unsere Jüngsten im schlimmsten Fall quer durch die Stadt zu einer Kita gefahren werden müssen. Wir haben definitiv andere Baustellen. Auch deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. - Danke.

(Beifall von Christer Cremer [AfD])

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen für Redebeiträge mehr, aber Herr Rau wird abschließend aus Sicht der Verwaltung etwas zu den Anträgen sagen. - Danke schön.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung schließt sich dem an, was ich in fast allen Beiträgen gehört habe, nämlich: Cannabiskonsum ist - wie übrigens auch Alkohol- oder Nikotinkonsum - potenziell gefährlich, sogar sehr gefährlich. Ich will Ihnen sagen: Ich selbst habe Kliniken geleitet und etliche Hundert Menschen persönlich kennengelernt, therapiert, Schicksale von mehrheitlich jungen Menschen erlebt, die über Cannabiskonsum in eine Psychose getrieben wurden. Psychose, das sagt sich nicht einfach so leicht und ist unter den psychischen Erkrankungen mit das Schlimmste, was es gibt.

Also, die Gefahr ist ganz erheblich, und ich habe bei nahezu keiner Meldung hier und keiner Kölner Argumentation gehört, dass eine mögliche Legalisierung mit dem Ziel erfolgen soll, zu mehr Konsum zu führen. Das habe ich so nicht gehört. Ich habe niemanden gehört, der sagte, wir sollen mehr konsumieren, sondern ich höre durchgängig das, wie ich finde, richtige Argument: Wir brauchen Wege, den Konsum eher einzuschränken, vor allem den gefährlichen Konsum. Dazu ist die Datenlage derzeit weltweit noch einigermaßen ungeklärt, welcher der richtige Weg ist, gefährlichen Konsum zu reduzieren.

Klar ist, dass ein Konsum, der am Rande der Legalität erfolgt, bei dem insbesondere der Handel, das Kaufen, das Verkaufen, das Anbauen etc., im Bereich der Illegalität erfolgt, schwieriger kontrollierbar ist. Schwieriger kontrollierbar heißt, dass Merkmale der Substanz weniger gut steuerbar sind wie möglicherweise auch des Konsums. Insofern ist sicherlich die Notwendigkeit gegeben, mehr Evaluation zu betreiben, um sicherer zu sein, welcher der richtige Weg ist.

Damit sind wir beim Stichwort Evaluation. Sowohl das, was uns als Gesetzesideen aus Berlin vorliegt - wohlgemerkt: das Gesetz liegt noch gar nicht vor -, beinhaltet eine wissenschaftliche Evaluation als auch der hier vorliegende Antrag. Jetzt möchte ich Ihnen aber auch als ehemaliger sehr aktiver Wissenschaftler sagen: Wissenschaftliche Evaluation sagt sich leicht. Man braucht dazu aber auch Hirnschmalz und Kapazitäten. Das, was wir als Auftrag von Ihnen schon vor zwei oder drei Jahren bekommen haben, einen Suchtbericht zu schreiben, an dem wir arbeiten, wird definitiv bei Weitem nicht ausreichen, Merkmale und Kriterien einer wissenschaftlichen Evaluation zu erfüllen, die uns hinterher in die Lage versetzen, zu sagen: Das war ein richtiger oder ein falscher Weg.

Von daher möchte ich Ihnen sagen: Ganz entscheidend ist, dass wir, wenn wir diesen Weg beschreiten, auch die Voraussetzungen schaffen, dass wir diese Evaluation durchführen können. Ich sage Ihnen zu diesen Voraussetzungen kurz Folgendes: Wir mussten Sie schon mehrfach darüber informieren, dass wir die Öffnungszeiten unseres Drogenkonsumraumes am Neumarkt nicht so, wie von Ihnen beschlossen, realisieren können, weil uns das Personal fehlt.

Ich habe gerade gestern eine Brandmeldung aus dem Gesundheitsamt erhalten, dass wir unsere Substitutionsambulanz im Betrieb gefährdet sehen, weil uns das Personal fehlt. Das heißt, die Fachleute bei uns im Gesundheitsamt, die genau dieses Aufgabenfeld bearbeiten, fehlen uns. Deshalb ist es so, dass der Antrag, über den Sie hier gleich abstimmen werden, richtigerweise sagt: Die Verwaltung muss im Gesundheitsamt die Ressourcen schaffen. - Jawohl, wir müssen die Ressourcen schaffen, aber ich habe gerade aktuell noch keine Idee, wie wir diese Ressourcen schaffen, und ich habe auch nicht wirklich eine Idee, wie Sie das vorgedacht haben, woher wir diese Ressourcen bekommen. Von daher ist das

dringende Plädoyer der Verwaltung: Wenn Sie uns eine solche Aufgabe mitgeben, dann müssen wir auch die Bedingungen dafür bekommen, dass wir das so realisieren.

Nächster Punkt - das hängt auch mit den Ressourcen zusammen -: Sowohl die Berliner Idee eines Gesetzes als auch Ihr Antrag sieht die Situation: Wir müssen parallel zu einer möglichen Legalisierung ganz erheblich in den Jugendschutz und in die Suchtprävention investieren. Wir haben bisher überhaupt noch keine Idee, wie sich Berlin das vorstellt: ob wir das quasi als Modellregion aus eigener Kraft tun müssen oder ob wir hierfür irgendwelche Unterstützung von Berlin erhalten. Dies ist aus unserer Sicht zwingend erforderlich, um hier erfolgreiche Modellregion sein zu können.

Insofern, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ist der Verwaltungsappell an Sie, den Bedarf, den wir an Ressourcenaufbau zwingend sehen, bei Ihrem Beschluss zu berücksichtigen und uns, wenn Sie uns entsprechend beauftragen, auch die Möglichkeit zu geben, genau das, was Sie uns aufgeben, auch abzuarbeiten. Mit dem derzeitigen Personal lässt sich das definitiv so nicht machen. Ich nenne einige Beispiele: Wir brauchen Personal für den Jugend- und Gesundheitsschutz. Wir brauchen aber wahrscheinlich auch so etwas wie eine Begleitung und Überwachung von Abgabe- und Lizensierungsmodalitäten. - Das sind nur Stichworte. Wir werden sehr wahrscheinlich auch in der Suchtbehandlung Personal brauchen. Aber auch so etwas wie die Medizinalaufsicht muss gestärkt werden, und wahrscheinlich sogar Personal zur Bearbeitung entstehender Ordnungswidrigkeiten.

All das sind Merkmale, die zeigen: Es ist nicht einfach mal so ein Modellprojekt, das man kurz beschließt und dann einen Bericht schreibt, sondern die Ressourcen, die wir dafür brauchen, sind erheblich, und diese bitte ich Sie, im Blick zu haben. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Rau, für Ihre Worte, die auch den Ball wieder ein Stück in Richtung Politik zurückgespielt haben. - Trotzdem möchte ich Ihnen von meiner Seite, bevor wir zur Abstimmung kommen, ein Kompliment machen. Ich fand die Debatte wirklich sehr sachlich. Man kann sie auch ganz anders führen. Ich denke, sie wurde dem Thema auch mit den Einlassungen von Herrn Dr. Rau am Schluss gerecht und zeigt, dass wir mit dem Beschluss noch lange nicht am Ziel sind. - Keine weiteren Wortmeldungen.

Deshalb würde ich jetzt zur Abstimmung kommen. Zunächst den Punkt 3.1.1, also den Antrag der Fraktionen Grüne, SPD, LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION und Ratsmitglied Gabriel abstimmen lassen.

Ich frage einmal positiv: Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die LINKEN, die SPD, die Grünen, die FDP, Volt, Die FRAKTION, Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Ich glaube, ich habe jetzt niemand übersehen. Wer enthält sich? - Wer stimmt dagegen? - Das sind die CDU und die AfD. Dann ist der Antrag so angenommen, denn Enthaltungen kann es jetzt keine mehr geben.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 3.1.5 auf, Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend Cannabis Cologne. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bewerbung als Modellstadt für die kontrollierte Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene vorzubereiten. Sobald die rechtlichen Rahmenbedingungen feststehen und Köln die Bedingungen erfüllt, wird eine entsprechende Beschlussvorlage dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.*

2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Sondierungsgespräche mit geeigneten Partner*innen zu führen und Kapazitäten beim Gesundheitsamt zu schaffen. Gleichzeitig sollen Maßnahmen zum Jugendschutz und zur Prävention erarbeitet werden.*

3. *Um als Modellregion erfolgreich zu sein, ist eine regelmäßige Evaluation wichtig. Der neue Suchtbericht soll deshalb jährlich erscheinen und als Grundlage für das weitere Vorgehen dienen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und AfD zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit dem Tagesordnungspunkt 3.1.5. Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Cannabis Cologne", AN/0775/2023 (siehe Ziffer V – Seite 5f).

Herr Beigeordneter Dr. Rau weist daraufhin, dass es zur Umsetzung des Beschlusses auch der personellen und finanziellen Ressourcen bedarf.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

- *Die Verwaltung prüft Möglichkeiten einer eigenen wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Köln i.S.d. § 107 Abs. 1 GO NRW im Bereich der Produktion, des Vertriebs und der Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene.*
- *Bei der Prüfung werden die auf städtischen Gebäuden und auf Gebäuden städtischer Beteiligungsbetriebe vorhandenen Dachflächen berücksichtigt.*
- *Bei der Prüfung wird das bereits bestehende Programm „GRÜN hoch 3“ berücksichtigt.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Bewerbung der Stadt Köln als Modellstadt für die Legalisierung von Cannabis vorbereiten – Jugendschutz mit Maßnahmen sicherstellen", AN/0800/2023 (siehe Ziffer V – Seite 5f).

Bürgermeister Andreas Wolter: Wir kommen zu

3.1.2 Antrag AfD-Fraktion betreffend "Die Situation der Kliniken der Stadt Köln duldet keinen weiteren Aufschub – Sanierungsfahrplan unverzüglich umsetzen!"
AN/0798/2023

Das Wort hat Herr Boyens. - Kleinen Moment noch, eine kleine Korrektur: Frau Gabriel hat auch für den Antrag 3.1.5 gestimmt. - Eigentlich sitzen Sie dahinten, Sie haben sich jetzt dahin gesetzt. Trotzdem noch einmal die kleine Korrektur zu Punkt 3.1.5. - Bitte, Herr Boyens.

Stefan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Kliniken der Stadt Köln sprechen, denken die meisten von uns automatisch an hohe zweistellige Millionenverluste. Das war aber nicht immer so. Im Jahr 2011 haben die Kliniken der Stadt Köln einen Gewinn von immerhin 19 Millionen Euro gemacht. Heute, keine zwölf Jahre später, steht, wie gesagt, ein Verlust von 90 Millionen Euro zu Buche. Typisch kölsche Zahlen, könnte man sagen. 111 Millionen Ergebnisverschlechterung in elf Jahren. Ich wiederhole, was ich in meiner letzten Haushaltsrede gesagt habe. Es ist schade, dass die Oberbürgermeisterin jetzt nicht da ist. Sie hat es nämlich zugelassen, dass sich in ihrer Amtszeit eine klaffende Wunde aufgetan hat, aus der Jahr für Jahr Millionenbeträge aus unserem Haushalt abfließen. Und wir reden hier nicht über Peanuts. In der Amtszeit von Frau Reker werden das in Summe 500 Millionen Euro sein, also mehr als eine halbe Milliarde Euro städtischer Mittel, die uns damit an anderer Stelle schmerzlich fehlen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir reden hier sogar über einen Gesamtschaden für die Stadt Köln von 1 Milliarde Euro. Warum? Wir brauchen in den nächsten fünf Jahren noch weitere 500 Millionen Euro - das sieht die Planung der Kämmerin vor -, um die Verluste abzudecken. Also eine wirklich dramatische Lage! Frau Reker ist ja in dieser Stadt so etwas wie die Vorstandsvorsitzende des Konzerns Stadt, und ja, man kann die Stadt Köln nicht ohne Weiteres mit

einem börsennotierten Unternehmen vergleichen, in dem nach dem Grundsatz „Fix it, sell it or close it“ verfahren wird; aber ein klein wenig mehr von dieser Mentalität „Fix it, sell it or close it“, ein klein wenig mehr Ambition, Biss und Führung in Bezug auf die Städtischen Kliniken, das hätten die Wähler, das hätten die Menschen in dieser Stadt von ihrer Oberbürgermeisterin seit 2014, wie ich finde, schon erwarten dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Denn jeder weitere Tag des Zuwartens kostet uns, kostet den Steuerzahler 250 000 Euro. Aber neben dem rein finanziellen Aspekt, meine Damen und Herren, ist meiner Fraktion noch ein weiterer Gesichtspunkt sehr wichtig. Sehen Sie mal: Es handelt sich um das fatale Signal, das wir heute aussenden, das die verantwortliche Politik dieser Stadt an die Menschen, insbesondere an die Beschäftigten der Stadt Köln aussendet. Denn die Kliniken, das ist ja nicht irgendein abstraktes Gebilde. Das sind Pfleger, das sind Fachkräfte, das sind Ärzte, und die machen den Unterschied. Sie stehen für die medizinischen und therapeutischen Leuchtturmprojekte, und sie benötigen dringend eine Perspektive. Von denen sind jetzt vielleicht einige schon auf dem Absprung, weil sie innerlich gekündigt haben und es leid sind, ein weiteres Mal und immer und immer wieder vertröstet zu werden. Dieses Spiel, das wir hier spielen, meine Damen und Herren, ist unverantwortlich.

Herr Petelkau, es war Ihnen gestern im Finanzausschuss nicht nur inhaltlich, sondern geradezu auch körperlich anzusehen, dass Sie sich hier offenbar von sachfremden Überlegungen haben leiten lassen, und ich muss Ihnen sagen: Das war - gestatten Sie den Ausdruck - ein ziemliches Herumgeeiere von Ihnen und der CDU. Noch einmal: Die Menschen in dieser Stadt haben uns gewählt, haben Sie gewählt, damit Sie handeln und gestalten.

(Beifall bei der AfD)

Werden Sie diesem Anspruch gerecht und packen Sie die längst überfällige Sanierung endlich an! Wir als AfD-Fraktion haben schon vor über vier Jahren den Weg gewiesen und ein Konzept vorgelegt, das jetzt im Großen und Ganzen so umgesetzt werden soll. Meine Damen und Herren, die Kliniken der Stadt Köln dulden keinen weiteren Aufschub! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Antrag vor. Damit können wir darüber abstimmen. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt den vorgelegten Sanierungsfahrplan für die Kliniken der Stadt Köln zustimmend zur Kenntnis*
- *beauftragt die Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln den vorgelegten Sanierungsfahrplan unverzüglich umzusetzen und*
- *weist die vom Rat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates an, im Aufsichtsrat entsprechend zu votieren.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre"
AN/0803/2023

Wortmeldungen habe ich von Herrn Dr. Lutz, Frau De Bellis-Olinger, Herrn Jeschka, Herrn Lorenz, Frau Tokyürek, Herrn Stark, Herrn Büschges und Frau Gabriel. - Bitte, Herr Lutz.

Dr. David Lutz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch Hallo an die Zuschauer*innen und Zuhörer*innen im Livestream! Die zugegeben etwas platte Überleitung schreibt sich ja von selbst. Nachdem wir eben beschlossen haben, dass in Köln gegebenenfalls THC konsumiert werden

könnte, unterbreitet der Rat in seiner Weisheit ein zusätzliches Angebot, wie die Kiffer wieder sicher nach Hause kommen können: nämlich mit autonomem Fahren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ich lasse das ernste Thema Drogenmissbrauch im Straßenverkehr einmal außen vor. Autonomes Fahren begegnet uns in den Medien häufig in Form von Hype- oder Horrornachrichten. Einmal als Hype: Das goldene Zeitalter der Digitalisierung ist endlich angekommen, wenn irgendwo in einer Kleinstadt ein Kleinbus mit maximal 15 km/h über eine vordefinierte Strecke fährt, eigenes Sicherheitspersonal braucht und generell den Verkehr eher aufhält als beschleunigt. Horrornachrichten gibt es häufig aus den USA, wenn ein selbstfahrendes Auto seine Insassen oder unbeteiligte Personen getötet hat. Zur Wahrheit gehört natürlich beides. Aber die eigentlichen Schwerpunkte beim autonomen Fahren und auch hier in sogenannten Pilot- oder Teststrecken liegen irgendwo dazwischen, irgendwo zwischen Hype und Horror.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass das autonome Fahren eben nicht die Probleme im Verkehrssektor bewältigen kann. Es ist nicht nachhaltig genug, und es wird auch nicht zur Vision Zero führen, also zu keinen Verkehrstoten. Gleichzeitig sagen die Studien aber, dass, obwohl autonomes Fahren vermutlich erst einmal zu mehr Verkehr führt, dieser Verkehr zumindest nachhaltiger ist, denn man braucht weniger Ressourcen, Autos werden häufiger genutzt. Die KI fährt üblicherweise deutlich verbrauchsärmer, weil sie an der Ampel eben nicht mit durchgedrücktem Gaspedal beschleunigt; und auch, was die Zahl der Verkehrstoten betrifft, sollte man im Hinterkopf behalten, dass aktuell je nach Jahr etwa 2 500 bis 4 000 Menschen im Straßenverkehr in Deutschland getötet werden. Dennoch fördern wir den motorisierten Individualverkehr, als gäbe es kein Morgen mehr.

Worüber wir relativ wenig in der Presse erfahren, das sind die Erfolge der ganzen Tests, Teststrecken und Testfelder für autonomes Fahren. Hier gibt es nämlich schon eine ganze Menge, beispielsweise im Raum Stuttgart - Karlsruhe etwas Großes, bei Nürnberg, im Raum Hannover - Wolfsburg - Braunschweig. Auch Regionen, in denen man es nicht unbedingt erwarten würde, wie das Saarland, Düsseldorf oder Wuppertal, planen Teststrecken für autonomes Fahren.

Hier in dieser Stadt, die ja nicht ohne Grund als „Verkehrsdrehkreuz des Westens“ bezeichnet wird, gibt es aktuell keine Planung für Teststrecken für autonomes Fahren. Das finden wir relativ schade, denn eigentlich bietet diese Stadt alles an, was irgendwie getestet werden könnte. Wir haben alte, verwinkelte Altstadtgassen, wir haben breite Straßen, zum Teil noch aus der Römerzeit. Wir haben Straßenringe, Autobahnringe und riesige Firmengelände, wo autonomes Fahren vielleicht Sinn ergeben würde, wie die Messe oder der Flughafen. Wir haben die ganzen Shuttleverkehre, beispielsweise in der Weihnachtszeit, in die Stadt hinein und um die Stadt herum. Wir können uns auch einmal von dem Blick auf die Straßen lösen: Wir haben Straßenbahnstrecken, oberirdisch, unterirdisch, mal auf eigenem Gleiskörper, mal im Straßenraum geführt. Wir haben Eisenbahnstrecken für Personen- und Güterverkehr, und wir haben auch noch einen riesigen Fluss quer durch die Stadt.

Neben der Infrastruktur haben wir auch alle Firmen, die man dafür benötigt, allen voran natürlich Ford in der Automobilindustrie. Wir haben die NetCologne als Telekommunikationsanbieter. Wir haben die HGK, einen riesigen Logistikkonzern, und natürlich auch die KVB als ÖPNV-Anbieter, weil autonomes Fahren eben nicht nur in Richtung autonome Autos gedacht werden soll, sondern wir hier vielleicht auch einen Ansatz finden, wie wir die Probleme der KVB, wie Personalmangel oder Gebietserweiterung, angehen können.

Weil wir so viele Möglichkeiten haben, innerhalb und außerhalb des Stadtwerkekonzerns - es gäbe noch viele andere Firmen; es gibt auch die großartige IT-Szene in Köln, die mitmachen könnte -, schlagen wir eben nicht den einen Pilot Use Case, den eigenen Testfall vor, sondern wir geben der Verwaltung den Auftrag, sich mit allen Beteiligten zusammenzusetzen und zu überlegen: Was wäre denn sinnig in dieser Stadt, was würde Sinn ergeben? Wo könnten wir den Gedankenansatz von autonomem Fahren in die Stadt hineintragen und für die Stadt gestalten? Denn eines sollte auch klar sein: Wenn am Ende dieser Diskussion herauskommt, na ja, das bruche mer nit, dann werden wir irgendwann nur noch an der Seitenlinie zuschauen können, wie die Teslas, Googles und Apples dieser Welt in dieser Stadt das autonome Fahren gestalten werden.

Noch ganz kurz einige Sätze zum Änderungsantrag der SPD: Es gibt einige Spezialisierungen darin, einige Detaillierungen, die können wir mitgehen. Das heißt, bei den Punkten 1 und 2 würden wir mitgehen. Die Punkte 3, 4 und 5 sind aus unserer Sicht zu sehr en detail. Wir wollen der Verwaltung nicht vorschlagen, wann sie mit welchem Unternehmen zu reden hat. Dementsprechend würden wir hierüber punktweise Abstimmung beantragen, wobei über die Punkte 1 und 2 sowie 3 bis 5 gemeinsam abgestimmt werden könnte.

Auch wenn ich jetzt bei dem Änderungsantrag nicht ganz mitgehe, würde ich noch einmal für eine breite Zustimmung unter allen demokratischen Fraktionen werben, denn wir haben hier die Chance, gemeinsam das autonome Fahren in der Stadt mitzugestalten, es durch Test- bzw. Pilotstrecken in die Stadt zu bringen und es so zu gestalten, wie wir es wollen, bevor es dann andere machen. Es müsste eigentlich unser Anspruch sein, dass wir hier mit erhobenem Kopf nach vorn gehen und das gestalten, was wir wollen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Dr. Lutz. - Frau De Bellis, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolters! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream! Autonomes Fahren ist das Schlagwort schlechthin. Es braucht eine klare Vision, und vor allem braucht es Mut. Selbstfahrende Automobile und Lkw haben das Potenzial, die gesamte Mobilität neu zu gestalten. Neben der Logistik zeigen insbesondere Mobilitätskonzepte für den städtisch-urbanen Raum vielversprechende Potenziale. In den letzten Jahren hat sich das automatisierte Fahren stark weiterentwickelt, auch wenn von autonomem Fahren noch nicht die Rede sein kann. Der technische Fortschritt bei Fahrassistenzsystemen und die Computerleistung lassen Pkw bereits heute allein einparken. Deutsche Autohersteller schicken selbstfahrende Lkw und Pkw auf Teststrecken, und auch manche U-Bahn oder Seilbahn wird automatisch gesteuert.

Wie autonomes Fahren die Mobilität der Zukunft beeinflusst, lässt sich sehr gut abschätzen. Zu den wichtigsten Bereichen gehört unter anderem der ÖPNV. Dort fahren bereits einige U-Bahnen autonom, zum Beispiel in Nürnberg. Dieses Konzept lässt sich auf Busse und Straßenbahnen erweitern. Im Güterverkehr könnten Züge sowie Lkw selbstständig fahren.

Schon heute fehlt es an Personal - eine Situation, die sich durch absehbares Wachstum und den demografischen Wandel verschärfen wird. Autonom fahrende Verkehre können beim Klimaschutz und bei der Verkehrssicherheit nützen. Sie können zum Beispiel, als ÖPNV gedacht, mehr Mobilität bei weniger Verkehr erreichen. Weniger Parkplätze und weniger Straßenfläche werden benötigt - also mehr Platz für den öffentlichen Raum und für die Bürgerinnen und Bürger.

Für Köln als Mobilitätsdrehkreuz der Region und als Stadt mit sehr hohem Mobilitätsbedarf ergibt sich durch die Einrichtung einer Pilotstrecke die besondere Chance, Kompetenzen und Geschäftsfelder in einem der zukunftsweisendsten Bereiche der Mobilität zu entwickeln und aufzubauen, eine Vision, die wir weiterverfolgen sollten. Köln hat das Potenzial. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn alle unserem Antrag zustimmen würden und mutig wären.

Den Änderungsantrag der SPD haben wir uns natürlich auch angeschaut und können, wie mein Kollege Herr Dr. Lutz mitgeteilt hat, Punkt 1 gern übernehmen. Punkt 2 möchten wir nicht ersetzen, wir wären bereit die IHK und Handwerkskammer, die Sie aufgeführt haben, in unserem Antrag zu übernehmen. Punkt 3 ist bereits in unserem Antrag vorhanden, Punkt 4 ebenfalls. Bei Punkt 6 sehen wir das SUMP nicht als das richtige Gremium, die Teststrecke hier zu diskutieren. Später könnte überlegt werden, wenn die Ergebnisse vorliegen und falls wir den SUMP noch als Begleitgremium haben, die Ergebnisse dort einzubringen. Aber letztendlich ist es, so wie das SUMP als Begleitgremium aufgebaut ist, nicht der richtige Ort. - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau De Bellis. Die Details besprechen wir gleich bei der Abstimmung, was wo noch mit abgestimmt wird und was nicht. Aber so allmählich lichten sich die Nebel. - Herr Jeschka, bitte.

Manuel Jeschka (Volt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe alle! Ich stehe heute vor Ihnen, um einen bahnbrechenden Antrag vorzulegen: die Schaffung einer Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre. Autonom fahrende Fahrzeuge sind zweifellos eine der bedeutendsten technologischen Entwicklungen unserer Zeit. Sie haben das Potenzial, unsere Verkehre sicherer, effizienter und umweltfreundlicher zu machen. Als Stadt Köln sollten wir stolz auf unsere Technologieoffenheit sein und die Chance nutzen, Vorreiter auf diesem Gebiet zu werden. Allerdings sollten wir den Blick nicht nur auf autonom fahrende Fahrzeuge richten, sondern auch auf Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Eine Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre bietet die Möglichkeit, nicht nur die Technologie selbst zu testen, sondern auch die Integration autonom fahrender Fahrzeuge in ein ganzheitliches Mobilitätskonzept.

Insbesondere der ÖPNV spielt eine zentrale Rolle bei der Reduzierung des Verkehrsaufkommens und der Verbesserung der Luftqualität in unserer Stadt. Die Pilotstrecke könnte als Plattform dienen, um innovative Lösungen für den Ausbau des ÖPNV zu erforschen und zu implementieren. Autonome Busse oder Straßenbahnen könnten beispielsweise eine effiziente und umweltfreundliche Ergänzung zu den bestehenden Verkehrsmitteln sein. Die Schaffung einer Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre wäre somit nicht nur ein Sprungbrett für neue Möglichkeiten, sondern auch ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur.

Wir sollten die Gelegenheit nutzen, um die Weichen für eine integrierte Mobilitätslösung zu stellen, bei der der ÖPNV eine zentrale Rolle spielt. Natürlich müssen wir hierbei auch die Sicherheit an oberste Stelle setzen und eng mit Regierung, Technologieunternehmen und Verkehrsexperten zusammenarbeiten. Strenge Standards und Vorschriften sollten für autonomen Verkehr gelten, um den reibungslosen und sicheren Betrieb zu gewährleisten.

Eine Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehre ist ein mutiger Schritt in die Zukunft. Es ist an der Zeit, dass wir uns den Chancen stellen, die diese Technologie bietet, und gleichzeitig den Fokus auf alternative Verkehrsmittel wie den ÖPNV legen, um eine nachhaltige und effiziente Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Unterstützen Sie diesen Antrag und lassen Sie uns gemeinsam den Weg in eine neue Ära des Verkehrs ebnen, in der autonom fahrende Fahrzeuge und ein starker öffentlicher ÖPNV Hand in Hand gehen. Transparenzhinweis: Diese Rede wurde mit Unterstützung von ChatGPT gehalten. - Danke schön.

(Beifall von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen] und vereinzelt von Volt - Heiterkeit bei Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Jeschka. - Herr Lorenz, bitte.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Autonom fahrende Verkehre hören sich aus heutiger Perspektive revolutionär, ganz neu an. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass schon 1984 in Berlin die automatisch fahrende M-Bahn eingeführt worden ist. Spätestens seit 2008 wissen wir, dass automatische U-Bahnen auch im Mischbetrieb mit von Menschen bedienten U-Bahnen funktionieren, und zwar in Nürnberg. Das bedeutet, im Grunde bedarf es nicht wirklich Pilotphasen, sondern wir wissen schon einiges darüber, wie es funktioniert; wir müssen jetzt nur in die Umsetzung kommen.

Für die SPD-Fraktion kann ich deshalb sagen, dass wir eigentlich die Pilotphase überspringen können und endlich in die Umsetzung gehen und beginnen müssen, in dieser Frage voranzugehen. Richtig ist aber auch, dass es einer Prüfung bedarf und wichtig ist, zu schauen, was für Köln überhaupt Sinn macht und welche Verkehrsmittel zielführend sind. Autonom fahrende Busse, wie zum Beispiel in Monheim, führen in Köln nicht zu den erwünschten Ergebnissen. Wir werden zu wenige Fahrgäste transportieren können, um einen wirklich einen effektiven ÖPNV gewährleisten zu können. Das werden wir auch feststellen, wenn wir die verschiedenen Studien im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen studieren und sehen, dass es schon zahlreiche Studien zum autonomen Fahren gibt.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle explizit Werbung für unseren Änderungsantrag machen. Im Detail: Unter Punkt 3 stellen wir fest, welche Verkehrsunternehmen speziell gefragt werden müssen. Das sind stadteigene Verkehrsunternehmen. Wir sollten auch - das haben wir unter Punkt 2

geschrieben - nicht nur den Stadtwerkekonzern, sondern auch die städtischen Beteiligungsgesellschaften befragen, zum Beispiel die Messe, die extrem viel Logistikbedarf hat. Stimmen Sie uns deshalb - hoffentlich - in Punkt 1 und 2 zu; nicht, dass zum Schluss der Fehler bei den Stadtwerken liegt.

Punkt 3 habe ich gerade erwähnt. Punkt 4 ist uns besonders wichtig. In städtischen Entwicklungsgebieten ist es richtig, das zu prüfen. Aber wir wissen, dass wir zum Beispiel mit *Future Cologne* ein weiteres stadteigenes Unternehmen mit einem Entwicklungsprojekt haben, bei dem autonomes Fahren genutzt werden kann.

Zum Abschluss haben private Unternehmen, Rewe und Vodafone, die auf dem Carlswerk-Gelände schon eine entsprechende Prüfung vorgenommen und eine Pilotstrecke eingerichtet haben. Diese sollten wir in der Prüfung nutzen und sie in die weitere Prüfung einbeziehen - deshalb unser Antrag. Wir hoffen auf Zustimmung.

Zu Punkt 6: Frau De Bellis, Sie haben recht damit, dass das Ganze nichts im Beirat zu suchen hat. Aber das Ganze soll ja in den SUMP, also in das nachhaltige Mobilitätskonzept. Deshalb ergibt es durchaus Sinn, noch einmal zu betrachten, was autonomes Fahren für die Mobilität bedeutet. Deshalb sollte ergänzt werden, dass man das Ganze in den SUMP aufnimmt. Daher haben wir diesen Antrag gestellt und hoffen auf Ihre Zustimmung zu diesem Punkt, weil das Ganze dadurch abgerundet wird und im Grunde schon die von Ihnen genannten Tests und Piloten mit aufnimmt. Wir hoffen auf breite Zustimmung.

Übrigens: Meine Rede ist nicht auf ChatGPT, sondern auf schnöden Zetteln erstellt worden. Deshalb war sie auch so verwirrt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Das ist aber nicht aufgefallen. - Frau Tokyürek, bitte, danach Herr Sterck.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe alle! Die Digitalisierung verändert den Verkehrssektor mit hoher Geschwindigkeit. Deshalb ist es notwendig, auch über automatisierte Fahrzeuge zu sprechen. Die möglichen Auswirkungen des digitalen Wandels im Verkehr zeigen allerdings, dass dieser Prozess als Gestaltungsaufgabe zu verstehen ist. Es geht nicht nur um die technische Entwicklung, sondern auch um Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung und Mobilität.

In der Debatte um das autonome Fahren kommen Aspekte des Klimaschutzes und der nachhaltigen Stadtentwicklung leider etwas zu kurz. Es ist zu befürchten, dass ohne eine gezielte politische Steuerung eine zunehmende Motorisierung mit weiter steigendem Energie- und Flächenverbrauch droht. Es geht nicht nur um rechtliche, technische und sicherheitsrelevante Fragen. Bei der Digitalisierung im Verkehr geht es auch um den Klimaschutz und um Lebensqualität, also: Welche Chancen und Risiken des automatisierten Fahrens gibt es für die nachhaltige Mobilität? Das Hauptrisiko besteht darin, dass der motorisierte Individualverkehr attraktiver wird und die Fahrleistung steigt; denn die Digitalisierung erleichtert das Autofahren und macht es sogar für Zielgruppen zugänglich, die bisher nicht dazu in der Lage waren.

Im schlimmsten Fall könnte auch eine separate Infrastruktur für automatisierte Fahrzeuge entstehen, die andere Verkehrsarten wie Rad- und Fußverkehr einschränkt und den öffentlichen Raum weiter verknappt. Allerdings zeigen die Analysen aber auch, dass die Automatisierung genutzt werden kann, um die Fahrleistung zu reduzieren und den Verkehr sicherer und effizienter zu machen. Schätzungen gehen davon aus, dass ein öffentlich genutztes, automatisiertes Fahrzeug an einem Tag die Fahrten von bis zu elf Privatfahrzeugen übernehmen könnte. Ich finde, das ist sehr beachtlich.

Es gibt auch Simulationen, beruhend auf Städten wie Lissabon, Pittsburgh und Singapur, die sagen, mit der Automatisierung des ÖPNV und MIV könnte man lediglich noch 10 bis 30 Prozent des Fahrzeugbestandes notwendig machen. Das würde ausreichen, um die Verkehrsnachfrage ohne Einschränkungen abzudecken. Das würde eine Senkung des Energieverbrauchs bedeuten, und was positiv dazukommt: Es könnte den kommunalen Gestaltungsspielraum hinsichtlich Flächennutzung und Stadtentwicklung erweitern. Voraussetzung dafür, dass es zur Verkehrswende beiträgt, ist aber die Bereitschaft, auf das eigene

Fahrzeug zu verzichten. Effizienzvorteile wie das Fahren mit gleichmäßiger Geschwindigkeit und geringen Abständen könnten erst bei einem hohen Anteil automatisierter Fahrzeuge realisiert werden.

Leitlinie für die Politik sollte daher sein, das automatisierte und vernetzte Fahren gezielt als Beitrag zur Verkehrswende zu gestalten. In erster Linie geht es dennoch darum - darüber streiten wir auch im Verkehrsausschuss im Rat -: Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf nachhaltige Verkehrsträger ist das Credo, und das ist eigentlich das Wichtigste bei diesem Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Grundprinzip der Daseinsvorsorge durch den öffentlichen Verkehr muss erhalten bleiben. Automatisierte Mobilitätsangebote sollten nicht in Konkurrenz zum klassischen ÖPNV stehen, sondern als Ergänzung dienen, insbesondere dort, wo die Effizienz Vorteile bietet. Dabei gilt es, automatisierte Fahrzeuge möglichst effizient zu betreiben, gemeinschaftlich zu nutzen und in den ÖPNV zu integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Autonomes Fahren kann die Mobilität für alle grundlegend verändern. Deshalb ist es notwendig, die gesellschaftliche Debatte über die Automatisierung im Verkehr zu stärken und sie unbedingt mit den Fragen des Klimaschutzes und der nachhaltigen Entwicklung zu verknüpfen. Was hier vorliegt, ist auch ein Prüfantrag. Wir können uns auf den Weg machen. Wir würden dem zustimmen, um auch zu schauen, wie sich das entwickelt, aber auch, um in der Debatte darum zu streiten, dass wir das Klima und die Verkehrswende im Blick haben.

Nun möchte ich noch ganz kurz auf den SPD-Antrag eingehen. Am Anfang, als ich ihn gelesen habe, kam er mir ein wenig überladen vor. Aber letztendlich, wenn wir schon heute im Rat anstatt im Fachausschuss darüber diskutieren, können wir hier gemeinsam etwas mehr beschließen, als es der Bündnisantrag vorsieht. Insofern werden wir dem SPD-Antrag zustimmen. Ich denke, da verschließt sich überhaupt nichts.

Nur eine Sache hätte ich gut gefunden: Im Beschlusspunkt 2 des SPD-Antrags nennt man IHK und Handwerkskammer. Ich meine, dass die Gewerkschaften auch hier gefragt sind, und es wäre gut gewesen, sie hineinzuschreiben.

(Heiterkeit bei Ulrich Breite [FDP])

- Ja, Sie lachen, Herr Breite, aber ich denke, wenn man über automatisierte Fahrzeuge spricht, muss man die Debatte komplett in der Stadtgesellschaft führen, und dazu gehören auch die Gewerkschaften. Also werden wir diesem Antrag und auch dem SPD-Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Tokyürek. - Bitte, Herr Sterck und dann Herr Büschges.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich mal wieder ein verkehrspolitisches Wohlfühlthema nach den ganzen Pleiten, Pech und Pannen, die uns in den letzten Wochen und Monaten in Köln verkehrspolitisch begleitet haben. Geschäftsleute auf der Deutzer Freiheit bangen um ihre Existenz,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Aaach!)

Fußgänger und Radfahrer auf der Venloer Straße teilweise sogar um Leib und Leben. Vertriebene Touristenbusse und Autos hinterlassen auf der Komödienstraße eine Asphaltwüste. Wenn man es sich anschaut: Die KVB fährt nur nach Notfahrplan, der Schienenausbau verzögert sich, E-Ladepunkte fehlen; bei den Quartiergaragen hat die Stadtverwaltung längst ihren Offenbarungseid geleistet. Dann kommen Aufgaben, wie eben vom Kollegen Lorenz beschrieben: der SUMP, das MIV-Vorzugsnetz oder der Masterplan Parken - also alles Dinge, die die Stadtverwaltung noch „vor der Brust“ hat. Und dann kommt der Kollege Lutz und sagt: Lassen wir das doch von der Stadt machen; wir wollen doch verhindern, dass ein Unternehmen wie Google oder Tesla aus der Wirtschaft das mit seiner Kraft macht. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem, was uns hier derzeit verkehrspolitisch an Performance geboten wird, und bei dem, was die Stadt sonst zu leisten hat, habe ich meine Zweifel, ob das der richtige Weg ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Jeschka hat eben die künstliche Intelligenz angesprochen, aber die natürliche Intelligenz eines Liberalen sagt: Wir sind eine

innovative, technologiefreundliche und fortschrittliche Partei,

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der SPD: Thema!)

und wir wollen ja wohl nicht als Einzige im Rat dagegensprechen. Vielleicht ist es ja wirklich so, wie es der Kollege Lorenz eben gesagt hat: Vielleicht ist es die neue Ost-West-U-Bahn, die erste, die hier autonom fährt,

(Heiterkeit bei der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Für vier Haltestellen, oder?)

und dem wollen wir uns als FDP natürlich nicht verschließen. Deshalb stimmen wir diesem Antrag gern zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Sterck. - Herr Büschges, bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter! Ich spreche vom Platz aus. - Ich habe auch einige Dinge auf meinem Zettel, aber als Erstes möchte ich eine Frage an Herrn Sterck stellen: Warum haben Sie dem AfD-Antrag zur Deutzer Freiheit nicht zugestimmt, wenn Sie das jetzt auf einmal so für sich entdeckt haben? Das ist ziemlich heuchlerisch.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja!)

Aber zum Ursprungsantrag. Natürlich wollen wir uns der Technik auch nicht verwehren. Wir sind ein großer Freund davon, den ÖPNV effizient auszubauen, so, wie es hier beschrieben wird. Wir sind noch etwas skeptisch, weil wir sowohl Frau Tokyürek nicht folgen wollen, den motorisierten Individualverkehr komplett zu verbieten oder aus der Stadt zu bringen oder wie auch immer Sie es formuliert haben. Wir sind final der Meinung, dass Köln sich eigentlich nicht an diese Projekte herantrauen sollte. Trotzdem - da schlagen zwei Herzen in unserer Brust - werden wir vermutlich dem Antrag des Bündnisses doch zustimmen. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Frau Gabriel, danach habe ich eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo an alle! Für die Bewertung des Mehrwertes von autonomen Fahrzeugen wurden zwei wichtige Kriterien noch nicht genannt, die aus unserer Sicht eine sehr bedeutsame Wirkung auf die Stadt und die Gesamtgesellschaft haben.

Zum Ersten ist es der Ressourcenverbrauch im gesamten Lebenszyklus. Berücksichtigt man die Fahrzeugproduktion und den Aufbau der digitalen Infrastruktur - die es natürlich braucht, damit die Fahrzeuge fahren können -, so belegen Studien, dass es hier zu Rebound-Effekten kommt. Das heißt, zwar gibt es Vorteile, wie zum Beispiel die Fahrgastkapazität oder die Reduktion des Fahrzeugbestands, aber unterm Strich wird der Ressourcenverbrauch höher sein als die Ressourceneinsparung. Demnach ist es leider nicht ökologisch nachhaltig. Das belegt die Wissenschaft, die ganzheitlich auf das Thema blickt und nicht nur einzelne Aspekte untersucht.

Zum einen spielen dabei die Rohstoffe eine Rolle, zum Beispiel die seltenen Erden, die sehr aufwendig abgebaut werden und ohnehin knapp sind, zum anderen ist es der Energieverbrauch beim Betrieb. Es ist prognostiziert, dass ein Fahrzeug etwa 4 Terabyte Daten am Tag produziert, und der Energiebedarf, um diese Datenmenge zu erfassen, zu übertragen, zu verarbeiten und zu speichern ist höher, als wir es uns leisten können.

Ein Funfact zwischendurch: Eine ChatGPT-Anfrage verbraucht tausendmal so viel Energie wie eine Google-Anfrage, wobei eine Google-Anfrage eine Glühbirne etwa 6 Minuten zum Leuchten bringen kann.

(Beifall von Dr. Nils Helge Schlieben [CDU])

Die Rohstoffe und die Energie, die wir bräuchten, stehen in der exponentiellen Digitalisierung, in der wir uns befinden, in Konkurrenz mit vielen anderen digitalen Lösungen, die wir an dieser Stelle brauchen, um andere Grundbedürfnisse sicherzustellen.

Zum Zweiten: Neben dem Ressourcenverbrauch ist zur Bewertung des Mehrwertes auch der Faktor der Privatsphäre zu berücksichtigen. Denn nicht nur die Daten der Fahrgäste werden erfasst,

sondern die von allen Menschen, die auch nur den Weg kreuzen. Derzeitig fehlen an sämtlichen Stellen rechtliche Rahmenbedingungen und technische Lösungen, die für ausreichenden Schutz sorgen - ob vor KIs, die jegliche Datenströme verspeisen, die sie finden, oder Kriminellen, die Identitäten stehlen, oder vor Firmen, die auf Knopfdruck den Alltag und das Verhalten einzelner Personen rekonstruieren und prognostizieren können, oder auch vor politischen Akteur*innen, die ebenso digitale Profile von uns erstellen und sie derzeit auch frei für antidemokratische Manipulation nutzen dürfen. All das ist gerade aufgrund fehlender politischer Rahmenbedingungen und fehlender Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung gängige Praxis und der Preis für die kostenlose Nutzung.

Mit diesen beiden Faktoren zeigt die Kosten-Nutzen-Rechnung für den Einsatz autonomer Fahrzeuge eindeutig, dass der Ressourcenverbrauch und die Einbußen der Privatsphäre derzeit nicht vertretbar sind, auch im Sinne des Jugendschutzes, denn Zukunft schützen heißt auch Jugend schützen. Autonomes Fahren ist Stand heute keine zukunftsfähige Lösung für eine flächendeckende Versorgung von Mobilitätsgrundbedürfnissen. Daher plädieren wir KLIMA FREUND*INNEN dafür, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den KLIMA FREUNDEN und vereinzelt bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Gabriel. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche ebenfalls vom Platz aus. Vielen Dank an Frau Gabriel und an Frau Tokyürek vorhin, die zwar zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, aber zumindest die beiden Einzigen waren, die auch einige kritische Anmerkungen zu der Idee des autonomen Fahrens nach all der Technikbegeisterung hier im Saal gemacht haben.

Frau Gabriel hat es angesprochen: Mich macht auch der Energieverbrauch stutzig, Datenschutzbedenken, ethische Fragen etc. Natürlich ist es ein Prüfauftrag, und natürlich soll man das alles versuchen und schauen, ob es vielleicht Sinn ergibt. Höchstwahrscheinlich kommt man zu Ergebnissen, die dann vielleicht nicht erfreulich sind. Als Liberaler, Herr Sterck, und als einziger ökologischer Liberaler hier im Saal möchte ich aber auch noch einige Anmerkungen zu einer Verkehrswende machen, wie ich sie mir vorstelle, und dazu gehört das autonome Fahren nicht. Vielleicht bin ich privilegiert, aber meine ökologischen Verkehre beschränken sich auf zu Fuß gehen, auf Fahrradfahren und ab und zu mal die KVB nutzen.

(Zuruf von der SPD: Die sind ja auch autonom!)

Autonomes Fahren gehört mit Sicherheit nicht dazu. Ich möchte auch, was den Aufwand dieses Prüfantrags und späterer Versuche betrifft, nur ganz kurz daran erinnern - Stichwort: ökologische Verkehrswende -: Vor über einem Jahrzehnt hat unsere schöne Stadt im schönen Land NRW einen ganz, ganz tollen Preis gewonnen, und zwar dafür, dass sie einen Fahrradschnellweg von Frechen nach Köln bauen kann. Wir haben über ein Jahrzehnt gebraucht, um dort nichts, aber auch wirklich überhaupt nichts realisiert zu haben. Aber das sind die Aufgaben, die wir eigentlich haben. Lassen Sie uns die eigentliche ökologische Verkehrswende - damit meine ich den Fuß- und Radverkehr und den ÖPNV - mit aller Kraft voranbringen! Den Antrag zum autonomen Fahren lehne ich ab. - Danke.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank. - Nun haben wir ein breites Spektrum von Meinungen zu den Anträgen gehört und können jetzt zur Abstimmung kommen, denn es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen - dabei schaue ich jetzt einmal in Richtung CDU und Grüne -, dass wir über die Punkte 1 und 2, so hat es Herr Lutz eben gesagt, gemeinsam abstimmen können. Ist das so in Ordnung? - Dann würden wir auch über die Änderungen, also die Punkte 3, 4 und 6, die dann kommen, gemeinsam abstimmen. Oder will jemand Einzelabstimmung für diese Punkte beantragen? - Nicht. Okay, dann würde ich jetzt über den Änderungsantrag abstimmen lassen, und zwar den der SPD zu den Punkten 1 und 2. Wer würde dem zustimmen wollen? - Das ist DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt und die AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion Die FRAKTION.

Dann zu den Punkten 3, 4 und 6, also den drei letzten Punkten des SPD-Antrags. Wer will zustimmen? - Das ist DIE LINKE. Sehe ich das richtig, DIE LINKE? - Ja. Und die SPD. Wer enthält sich? - Die Fraktion Die FRAKTION. Damit wäre dieser Antrag abgelehnt.

Somit könnten wir jetzt über den Antrag von Bündnis90/Die Grünen, CDU und Volt mit den jetzt hinzugefügten zwei Punkten aus diesem SPD-Änderungsantrag in Gänze abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu? - Das sind DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt und die AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind Frau Gabriel und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Die Fraktion Die FRAKTION. Damit hätten wir diesen Punkt abgeschlossen.

Punkt 3.1.4 ist von der Tagesordnung abgesetzt worden, Punkt 3.1.5 hatten wir eben schon.

I. Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Beschluss:

zu Ziffer 1 und 2

Der vorliegende Antrag wird wie folgt geändert:

Zu 1.) Nach Satz zwei wird wie folgt ergänzt:

> *„Nach Möglichkeit sind Strecken für den öffentlichen Personennah-, den Wirtschafts- und den Paketverkehr zu prüfen.“*

Zu 2.) Der Beschlusspunkt wird wie folgt ersetzt:

> *„Die Unternehmen mit städtischer Beteiligung, die IHK Köln und die Handwerkskammer in die Prüfung einzubeziehen.“*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und AfD gegen die Stimmen von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenhaltung der Fraktion DIE FRAKTION zugestimmt.

Zu Ziffer 3, 4 und 6:

Zu 3.) Der Beschlusspunkt wird wie folgt ergänzt:

> *„Für den ÖPNV ist zunächst die KVB anzufragen bzw. zu beauftragen; in diesem Kontext soll geprüft werden, ob eine Änderung des ÖDLA notwendig ist. Für den Logistikbereich ist zunächst die Häfen und Güterverkehr Köln AG anzufragen, ob Projekte im Haus möglich sind. In der Folge sind private Verkehrs- und Logistikunternehmen zu befragen."*

Zu 4.) Der Beschlusspunkt wird wie folgt ergänzt:

> *„Dabei sind nicht nur städtische Entwicklungsgebiete einzubeziehen, sondern auch solche Privater oder unter städtischer Beteiligung. Die Verwaltung ist außerdem aufgefordert, die Ergebnisse aus dem bereits seit 2021 durchgeführten Projekt der Firmen Rewe und Vodafone auf dem Carlswerkgelände inklusive autonomem Testgelände aufzugreifen und in die eigene Prüfung einzubeziehen.“*

Zu 6.) Der Beschlusspunkt wird wie folgt ergänzt:

> *(…) „und im SUMP-Verfahren einzubeziehen.“*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über den so geänderten Antrag

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. *Die Einrichtung einer Pilotstrecke für autonom fahrende Verkehrsträger in Köln zu prüfen. Die Strecke soll weitgehend in den täglichen städtischen Verkehr eingebettet sein. Nach Möglichkeit sind Strecken für den öffentlichen Personennah-, den Wirtschafts- und den Paketverkehr zu prüfen.*
2. *Die Unternehmen mit städtischer Beteiligung, die IHK Köln und die Handwerkskammer in die Prüfung einzubeziehen.“*

3. *Das Interesse der in Köln ansässigen Verkehrsunternehmen an einer Pilotstrecke abzufragen.*

4. *Die aktuellen Quartiersentwicklungen und Verkehrsprojekte in die Überlegungen miteinzubeziehen.*

5. *Die Eignung von Veranstaltungen als temporären Erprobungsraum zu prüfen.*

6. *Die Ergebnisse den Ausschüssen für Verkehr, Digitalisierung und Wirtschaft vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und AfD gegen die Stimmen von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) sowie bei Stimmenthaltung von der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Anmerkung:

Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Dr. Lutz.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt:

3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verkehrswende mit Augenmaß - KVB-Vorstand in die Pflicht nehmen - Verkehrsversuche aussetzen" AN/0801/2023

Das Wort hat Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! In keiner anderen Großstadt in Deutschland klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie hier in Köln. Jüngstes Beispiel: die sogenannte Verkehrswende. Unter der Überschrift „Verkehrswende in vollem Gange“ erklärt unsere Oberbürgermeisterin im Internetauftritt der Stadt Köln - Zitat -:

> Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir den Radverkehr und den öffentlichen Nahverkehr auch für längere Strecken, die über fünf Kilometer hinausgehen, attraktiver gestalten, und zwar in allen Kölner Bezirken. Deswegen arbeiten wir mit Hochdruck an Radschnellwegen und am Ausbau des Stadtbahnnetzes.

So weit der Anspruch. Und wie sieht die Wirklichkeit bei der KVB aus? Entfall ganzer Buslinien, auf etlichen Linien 20-Minuten- statt 10-Minuten-Takt, Entfall von Verstärkerfahrten gerade zu Stoßzeiten. Meine Damen und Herren, genau so werden wir in Köln klimaneutral, nicht wahr? „Nicht immer pünktlich, aber rechtzeitig zur Verkehrswende“ - so wirbt die KVB auf ihren Bussen und Bahnen. Wissen Sie, ich habe ja nichts gegen einen Schuss Selbstironie, und die Werbeagentur, der Aufsichtsrat und der Vorstand der KVB mögen diesen Spruch ja auch witzig finden; aber für die alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen quengelnden Kindern an der Hand, die sich morgens an der Bushaltestelle die Beine in den Bauch steht, ist dieser Spruch blanker Hohn.

(Beifall bei der AfD)

Dass die KVB notorisch unpünktlich ist, das wissen wir. Aber ich sage Ihnen: Wer Buslinien streicht, Verstärkerfahrten entfallen lässt und die Takte ausdünnt, der kommt auch zur sogenannten Verkehrswende deutlich zu spät. Frau Haaks ist jetzt leider nicht hier, aber ich fordere Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass dieser Spruch von Ihren Bussen und Bahnen entfernt wird. Veräppeln können sich Ihre Kunden auch allein.

(Beifall bei der AfD)

Doch wer trägt die politische Verantwortung? Hier muss sich Lino Hammer als Vorsitzender des KVB-Aufsichtsrats etliche Fragen gefallen lassen. Wie kann es sein, Herr Hammer, dass die KVB in den letzten drei Jahren ihre Mitarbeiterzahl um nahezu 500 erhöht hat, das Streckennetz gleichzeitig um null Kilometer gewachsen ist, und jetzt fehlen Dutzende Bus- und Bahnfahrer? Was machen diese 500 zusätzlichen Mitarbeiter eigentlich den ganzen Tag bei der KVB, Herr Hammer? - Busse und Bahnen lenken offensichtlich nicht.

(Beifall bei der AfD)

So viele Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte kann ja selbst die KVB nicht einstellen und beschäftigen.

(Beifall bei der AfD)

Wie kann es sein, dass der KVB-Vorstand in diesem Jahr pro Kopf eine sogenannte leistungsabhängige Tantieme von 70 000 Euro bekommen soll? Für welche Leistungen wird hier, bitte schön, gezahlt? Und wie kann es sein, dass der für dieses Desaster fachlich zuständige Personalvorstand und Arbeitsdirektor Herr Densborn ebenfalls diese Tantieme bekommt? Herr Densborn ist auch der Einzige, der 200 000 Euro pro Jahr mehr verdient als die Vorstandsvorsitzende. Darüber, Teresa, solltest Du Dich mal aufregen und diskutieren, als Dich im *Kölner Stadtanzeiger* über die Dienstwagennutzung von Dr. Schaffer zu echauffieren.

(Beifall bei der AfD)

Das Ganze ist eine Petitesse dagegen, und ich frage: Wie und wo nimmt der Aufsichtsrat hier seine Verantwortung wahr, und welche Verantwortung tragen Sie, Herr Hammer, als Vorsitzender dieses Gremiums? Fragen über Fragen. Dass Frau Haaks als Vorstandsvorsitzende ihren Laden offensichtlich nicht im Griff hat, ist bedauerlich, aber dass Sie, Herr Hammer, nach über zwei Jahren Aufsichtsratsvorsitz offensichtlich überfordert sind, den Laden wieder auf Kurs zu bringen, macht die Sache nicht besser. Statt über die Dienstwagennutzung eines einzelnen Vorstands öffentlich zu diskutieren - wie gesagt, eine Petitesse Finanziell gesehen, wäre es vielleicht eher angezeigt, dem gesamten KVB-Vorstand im nächsten Winter mal für drei Monate die Dienstwagen wegzunehmen. Dann würden die Herrschaften mit der KVB fahren, und dann müssten sie sich ihre eigene Schlechtleistung einmal selbst zumuten.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre eine erzieherische Maßnahme, meine Damen und Herren.

Wir als AfD fordern:

Erstens: KVB-Vorstand in die Pflicht nehmen. Es kann nicht sein, dass dort Tantiemen fließen, insbesondere nicht für den fachlich zuständigen Vorstand Herrn Densborn.

Zweitens: Verkehrswende mit Augenmaß - das wurde heute auch schon von Herrn Sterck angesprochen -, Aussetzung aller Verkehrsversuche so lange, bis die KVB wieder den früheren Takt hergestellt und das Angebot in vollem Umfang erreicht hat. Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Antrag vor. Dann können wir abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer möchte sich enthalten? - Das ist niemand. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln weist die städtischen Mitglieder im Aufsichtsrat der KVB an, darauf hinzuwirken, dass die KVB - so rasch wie möglich und soweit wirtschaftlich vertretbar - wieder zu den alten Taktzeiten zurückkehrt und diese wo immer möglich weiter verdichtet. Eine Prämienzahlung an den Vorstand der KVB erfolgt erst dann wieder, wenn dieses Ziel für den Zeitraum von über einem Jahr durchgängig erreicht wurde. Die vom Rat in den Aufsichtsrat der KVB entsandten Mitglieder werden vom Rat angewiesen entsprechend Einfluss zu nehmen.

Des Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung von der Einleitung von weiteren Maßnahmen zur Umsetzung der sogenannten Verkehrswende und Verkehrsversuchen so lange abzusehen, bis die KVB die Taktzeiten auf den bestehenden Strecken deutlich verdichtet hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt:

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen - passgenaue Wohnraumversorgung für Familien in Wohnungsnot vorhalten“
AN/0797/2023

Ich habe folgende Wortmeldungen: Frau Scho-Antwerpes, Herr Rudolph, Herr Erkelenz, Herr

Detjen, Frau Hoyer, Frau Glashagen und dann Herr Cremer. - Frau Scho-Antwerpes, bitte schön.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Andreas! Liebe alle! Wir reden heute über ein Thema, das viele Menschen in Köln bewegt und von dem immer mehr Menschen direkt betroffen sind. Pro Jahr steigt die Zahl der gemeldeten - der gemeldeten! - Wohnungsnotfälle um circa 1 000 Menschen pro Jahr an. Laut Sozialberichterstattung Nordrhein-Westfalen waren im Juni 2021 in Köln 8 170 Menschen wohnungslos und mussten ordnungsbehördlich untergebracht werden. Wie das aussieht, kann man sich vorstellen - egal ob Frauen, Frauen mit Kindern.

Leider können wir davon ausgehen, liebe Kollegen und Kolleginnen, dass sich das Problem weiter verschärfen wird. Von der großen Dunkelziffer, die zum Beispiel die Sofaschläfer*innen ausmachen, ganz zu schweigen.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren mehrfach nachgefragt, wer diese Notfälle sind, und wo und wie diese untergebracht wurden, wie sie versorgt wurden. Ein großer Teil der Wohnungsnotfälle in 2022 waren circa 1 500 Menschen - darunter 500 Frauen -, die in Beherbergungsbetrieben wie Hotels landen. Bemerkenswert ist, dass zur Zahl der Familien keine Angaben gemacht wurden. In einer Antwort aus dem Juni 2022 war von 198 alleinstehenden Frauen und 100 Haushalten alleinerziehender Frauen die Rede. Die Verwaltung gab an, dass ihr die Anzahl der Kinder unbekannt sei. Zu den alleinstehenden Frauen kämen noch 240 Paare mit und ohne Kinder hinzu. Auch hier keine genauen Angaben zur Anzahl der Kinder. Zudem kam heraus, dass es für wohnungslose Frauen in den Hotelunterkünften überhaupt keine fest installierte sozialarbeiterische Betreuung gab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Verwaltung nicht weiß, wie viele Kinder ordnungsbehördlich untergebracht sind, ist meiner Meinung nach ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD)

Und ich hoffe, niemand wagt es, in den heutigen Reden Einzelfälle anzusprechen; denn wir haben es schwarz auf weiß: Kinder werden im Kölner Wohnungslosen-Hilfesystem leider übersehen. Familien in Wohnungsnot werden in Köln nicht ausreichend betreut und ihnen wird kein adäquater und familiengerechter Wohnraum zur Verfügung gestellt. Allen ist die Familie mit den fünf Kindern bekannt, die ja jetzt immer noch eine neue Bleibe sucht und die immer noch nicht adäquat, so wie es sein sollte, nämlich menschenwürdig, untergebracht ist.

Was in Familien an Wohnungsnot in Köln angeboten wird, ist in den meisten Fällen eine Unterbringung in Hotels oder viel zu kleinen Wohnungen. Von den Familien wird dann auch noch erwartet, dass sie umziehen. Es wird nicht daran gedacht, wie wichtig es für die Kinder wäre, in ihrem Wohnumfeld zu bleiben.

(Beifall bei Teilen der SPD und von Karina Margareta Syndicus [GUT Köln])

Auf diese systematischen Probleme macht auch heute wieder das Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot und Stadtzerstörung vor dem Rathaus aufmerksam: lautstark - mit Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schwarz-grüne Landesregierung hat eine Handlungsempfehlung für die Kommunen herausgegeben, wie sie Wohnungsnotfallhilfen vorausschauend planen und präventiv handeln können. Hier heißt es zur Unterbringung von Familien, dass das Kindeswohl besonders beachtet werden müsse. Da können wir doch nur drei Ausrufezeichen hinter machen. Familien sollten in abgeschlossenen Einheiten untergebracht werden und die Kinder weiterhin in dieselbe Kita und in dieselbe Schule gehen können. Oft sind auch Kinder betroffen, die ohnehin schon traumatisiert sind. Für die ist es besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns bewusst sein, dass die Zahl der Wohnungsnotfälle in Familien im ordnungsrechtlichen Sektor steigt. Die Hintergründe sind uns allen ausreichend bekannt. Köln hat einen enormen Wohnungsnotstand. Der Wohnungsmarkt ist sozusagen nicht zugänglich. Es gibt kaum noch Angebote von bezahlbarem Wohnraum; von großen Wohnungen für Familien ganz abgesehen. Die Stadt muss auf eine alarmierende Entwicklung mit eigenen Angeboten reagieren und zum Beispiel familiengerechten Wohnraum anmieten oder kaufen oder notfalls sogar beschlagnahmen.

Es kann doch nicht sein, dass wir das Siegel der kinderfreundlichen Kommune wie eine Monstranz

vor uns hertragen und dabei Kinder von wohnungslosen Eltern jahrelang in nicht adäquaten Notlösungen wie Hotels leben müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss doch - hören Sie zu, Sie brauchen keinen Kommentar abzugeben -, den kann ich mir schon vorstellen. Es muss doch selbstverständlich sein, dass bei drohendem Wohnungsverlust von Familien ein besonderer Fokus auf die Kinder gelegt wird. Das Kindeswohl muss doch vorrangig berücksichtigt werden.

Heute beraten wir unter 10.17 über zusätzliche Hilfen für wohnungslose Menschen. Es ist gut, dass wir mit der Beschlussvorlage dafür sorgen, dass die Situation auf der Straße und für Wohnungsnotfälle erträglicher wird. Aber wir packen das Problem der Wohnungsnot mit diesen Hilfen nicht bei der Wurzel an, sondern bekämpfen und mildern die Symptome nur ab. Unterhalten Sie sich einmal mit Franco Clemens oder mit der „Kölschen Linda“.

Bürgermeister Andreas Wolter: Langsam zum Schluss kommen.

Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Das tue ich. Was wir aber dringend brauchen, ist eine passgenaue Wohnraumversorgung. Die Stadt muss mehr leisten, als nur für ein einfaches Dach über dem Kopf zu sorgen. Wir wollen, dass Familien ein Zuhause bekommen und nicht weiter sechs Jahre im Hotel verbringen müssen und dort geparkt werden. Unser Vorschlag war dies. Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, vielen Dank, Frau Scho-Antwerpes. - Herr Rudolph, bitte.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleg*innen! Liebe Gäste! Die bessere Unterstützung für wohnungslose und obdachlose Menschen hier in der Stadt Köln beschäftigt uns ja fast in jeder Sitzung im Sozialausschuss, aber auch hier im Rat. Sie hatten es schon angesprochen, Frau Scho-Antwerpes, dass wir heute im späteren Teil der Sitzung auch noch einmal das Förderprogramm von 1 Million Euro für die zusätzliche Hilfe für obdachlose Menschen auf der Tagesordnung haben, die wir als Bündnis explizit auch in diesem Haushalt zugesetzt haben, um obdachlose Menschen zu unterstützen.

Sie sprachen vor allem von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen, was ja wiederum auch ein anderer Punkt ist. Deswegen nun konkret zu Ihrem Antrag, liebe SPD: Es steht immer außer Frage, dass Familien besonders vor Wohnungslosigkeit geschützt werden müssen. Der Schutz von Kindern und des Kindeswohls müssen immer die oberste Priorität sein. So weit, so einig - und so passiert das in dieser Stadt auch.

Sie zählen einige Maßnahmen in Ihrem Antrag auf, wie dies nach Ihrer Meinung erreicht werden kann: ämterübergreifende Fachkonferenzen, Beschlagnahmungen, Wiedereinweisungen, Belegswohnungen und Unterstützung von Familien. Vieles, was Sie dort erwähnen, findet bereits in dieser Stadt statt. Nur zwei Beispiele dazu: Die ämterübergreifenden Fallkonferenzen sind bereits gelebte Praxis hier in Köln. Die Fachstelle Wohnen und die Präventionsstelle versuchen immer, eine Wohnung zu sichern und den Wohnungsverlust zu vermeiden und notfalls auch eine lückenlose Anschlussversorgung bereitzustellen.

Ein anderer Punkt, den Sie hier erwähnen, ist die Beschlagnahmung. Die ist aber keine schnelle Hilfe für akute Problemlagen. In Ihrem heutigen Antrag beziehen Sie sich auf das Schicksal einer konkreten Familie. Die ist leider ein Sonderfall. Aber auch Einzelfälle soll es nicht geben. Aber auch in diesem Fall wäre die Beschlagnahmung auch keine schnelle Hilfe gewesen.

Es ist ein komplexes Thema; wie Sie es in Ihrem Antrag darstellen, werden Sie diesem Thema meines Erachtens nicht gerecht. Vor allem auch mit den Behauptungen, die Sie gerade in Ihrer Rede aufgestellt haben, die zum Teil auch einfach der Wahrheit nicht entsprechen. Ich würde das gerne in Ruhe diskutieren und uns auch die Zeit dafür nehmen, zu beratschlagen, wie wir tatsächlich die Hilfe in der Stadt für wohnungslose Menschen und besonders für Familien noch weiter verbessern können. Deswegen beantrage ich die Verweisung an den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie an den Unterausschuss

Wohnen. Gerade im Hinblick darauf, dass gerade hier in der Stadt Köln vor allem von der Verwaltung das Kölner Konzept gegen Wohnungslosigkeit erstellt wird und das Konzept auch allumfassend gegen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit helfen soll, wäre es gut, wenn man da auch Ideen und Vorschläge weiter einbringen kann. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, vielen Dank, Herr Rudolph. - Das Wort hat Herr Erkelenz. - Herr Erkelenz, bitte schön.

Martin Erkelenz (CDU): Herr Bürgermeister Wolter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnungslosigkeit ist eine der gravierendsten Folgen von Armut überhaupt. Und Sie, Frau Scho-Antwerpes, haben ja auch sehr engagiert - dankenswerterweise - über diese Thematik gesprochen.

Die SPD als Antragstellerin möchte mit ihrem Antrag, ich zitiere:

> Die besondere Situation der Familien in Wohnungsnot stärker in den Fokus des Kölner Wohnungslosen-Hilfesystems rücken.

Damit gehen wir auch einher. Bei Wohnungslosen gibt es insbesondere zum Beispiel Folgendes zu beachten: Mit Schufa-Anfragen haben sie zu kämpfen, Einstufung als potenzielle Risikomieter, einem zu geringen Angebot - das wissen wir - an erschwinglichem Wohnraum insgesamt. Damit werden Wohnungslose häufig mit ganz besonderen Barrieren konfrontiert, wenn es um den Zugang zu normalem Wohnungsraum geht.

Schauen wir einmal, was es in der Stadt Köln schon alles gibt: Übergangswohnungen, Sozialhäuser, Notunterkünfte. Das von CDU und Bündnis 90/Die Grünen im letzten Jahr initiierte oder in der letzten Periode initiierte Projekt „Housing First“; zielgruppenorientierte Projekte, wie zum Beispiel Familienunterkünfte. Auch das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster weist auf, dass die Stadt Köln mehr tut als unbedingt erforderlich. Das ist auch ein Lob an die Verwaltung. Ich denke, das muss man auch einmal sagen.

Schauen wir einmal - und die SPD hat auch davon gesprochen - auf das Förderprogramm des Landes: Hier ist besonders das Landesprogramm „Hilfen in Wohnungsnotfällen“ zu nennen, wo es um Prävention geht, wo es um Zielgruppenorientiertheit geht, wo die Unterstützung des Landes - und das ist Minister Laumann ein sehr wichtiges Anliegen -, an die Gemeinden auch wirklich ankommt.

(Zuruf von Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Das habe ich doch auch zitiert!)

Ja, das haben Sie. Darum danke ich Ihnen ja auch. Aber das Förderprogramm des Landes - das wollte ich nur sagen - ist ein wichtiges Anliegen der CDU-geführten Landesregierung.

Andererseits hat die SPD etwas in ihrem Antrag nicht so sehr beachtet: Artikel 14 in unserem Grundgesetz. Dort steht: Eigentum verpflichtet. Das ist eine der Aussagen in diesem Artikel unseres Grundgesetzes, der zugleich das Privateigentum unter einen ganz besonderen Schutz stellt. Und genau deshalb kann es ja wohl nicht sein, dass man ausgerechnet in einem freien Land mit einem solchen Grundgesetz immer wieder einmal - so auch heute - zu alten, untauglichen, miefigen, aus sozialistischen Schubladen stammenden linkspopulistischen Maßnahmen greift

(Empörung bei der SPD)

und das Mittel der Beschlagnahme

(Beifall bei der AfD)

und das Mittel der Beschlagnahme als das Maß aller Dinge ansieht. In Berlin hatte man Ähnliches vor, aber nicht bedacht, dass dabei die Zahlungen von Entschädigungen in Milliardenhöhe fällig werden könnten.

Damit fällt der SPD-Antrag hier und heute im Prinzip fachlich in sich zusammen, weshalb ich die dringende Empfehlung - auch was der Kollege Rudolph eben sagte - gebe, den Antrag zunächst einmal dorthin zu verweisen, wo er sachlich und fachlich diskutiert werden kann - und das wäre dann der Sozialausschuss, der Ausschuss für Soziales und Senioren -, einfach um einmal zu eruieren, wo es vielleicht tatsächlich Verbesserungen in der Kölner Stadtverwaltung gibt, wenn es um die Beseitigung von Wohnungslosigkeit geht. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Erkelenz. - Herr Detjen und danach Frau Hoyer.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich vor einer Woche sehr gefreut, als ich gehört habe, dass Linda Rennings zusammen mit Gerhart Baum eine der Alternativen Ehrenbürger wird. Das hat mich wirklich gefreut.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss einfach auch einmal anerkennen, dass solche Personen unterstützt werden, dass ihnen Mut gemacht wird, und dass man sie auch würdigt. Am 4. Juni ist die Veranstaltung. Es würde mich freuen, wenn die eine oder andere von euch auch kommen würde.

Ich habe im Vorfeld mit der SPD sehr intensiv über diesen Antrag gesprochen und habe gesagt, wir müssen einen Antrag entwickeln, wo die FDP, die DIE LINKE und die SPD gemeinsam an den Gedanken anknüpfen, den wir ja entwickelt hatten, dass nämlich die Stadtverwaltung ein Gesamtkonzept entwickeln muss. Und wir waren erfolgreich: Die Verwaltung arbeitet inzwischen an einem Gesamtkonzept. Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes ist auch der Gedanke des Fallmanagement-Dezernats übergreifend enthalten.

(Zuruf von Maria Helmis [SPD]: Richtig!)

Wir wollen ja auch die Kollegin, die die Wohnungsbetriebe leitet, unterstützen und gemeinsam mit der Verwaltung an diesen Problemen arbeiten. Deswegen habe ich gesagt: Lasst uns das doch auf Grundlage dieses Gesamtkonzepts der Verwaltung tun - woran ich übrigens viel Kritik habe; aber das ist eine andere Frage - und trotzdem an diesem Konzept arbeiten. Deswegen habe ich gesagt: Lasst uns gemeinsam den Weg gehen. Das war nicht möglich.

Zweiter Gedanke: Liebe Frau Scho-Antwerpes, Sie haben richtig aufs Blech gehauen. Es ist ja auch ein wichtiges Thema. Ich nehme Ihnen das ja auch ab. Nur wenn man in dem Antrag von Ihnen unterscheidet zwischen Obdachlosen, die mietfähig sind, und Obdachlosen, die nicht mietfähig sind, muss ich sagen, kann ich da gar nicht mitgehen. Für mich ist die Frage der Wohnfähigkeit eine nicht würdige Diskussion.

(Vereinzelter Beifall)

Für mich sind alle Wohnungslosen wohnfähig. Das habe ich aus Berlin von meiner Sozialdezernentin, Frau Breitenbach, gelernt, die in unserer Diskussion sagte: Wenn ihr euch auf diese Debatte einlasst, habt ihr verloren. Das steht jedoch wortwörtlich in diesem Antrag. Deswegen kann ich auch inhaltlich - auch so gerne ich wollte - da nicht mitgehen, weil die Unterscheidung in wohnfähig und nicht wohnfähig einfach unterirdisch ist, um es einmal auf eine freundliche Art noch zu benennen. Und deswegen werden wir der Sache nicht zustimmen. Wir werden auf jeden Fall gemeinsam mit euch das in den Sozialausschuss überweisen und sagen: Jawoll, wir werden das im Sozialausschuss diskutieren. Dann werde ich die Frage mit der Wohnfähigkeit auf jeden Fall noch einmal zur Sprache bringen; denn das kann auf jeden Fall nicht der Weg sein, den wir gehen, sondern wir müssen alle Wohnungslosen und Obdachlosen gleichbehandeln und ihnen allen die gleichen Chancen geben. Das ist ja auch der Gedanke von „Housing First“. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Detjen. - Frau Hoyer und danach Frau Glashagen, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Meine Damen und Herren! Lieber Martin Erkelenz, ein Punkt ist mir ganz wichtig. Du hast eben gesagt, dass das Thema „Housing First“ ein Thema war oder ist von den Grünen und der CDU. Wir waren einmal mit euch im Haushaltsbündnis, und ich weiß, dass es zumindest eine Sozialpolitik in der FDP gab, die ganz kräftig dafür gekämpft hat, dass Housing First da hereinkommt.

(Vereinzelter Beifall)

Ja, das ist mir wichtig; denn es ist ein wichtiges Projekt und ein wichtiges Anliegen. Sonst bin ich nicht immer so, aber da muss ich doch einmal sagen, dass wir auch dabei gewesen sind.

Das Thema Wohnungslosigkeit ist natürlich - da hat die SPD ja recht - ein Thema in dieser Stadt,

das uns bewegt und das wirklich nach Lösungen schreit. Wir haben - das hat der Kollege Detjen eben angesprochen; ich habe das noch einmal recherchiert - im Dezember 2021 ein ämterübergreifendes Gesamtkonzept gemeinsam mit SPD und DIE LINKE gefordert. Uns wurde dann versprochen, dass es zeitnah kommen wird. Na ja, zeitnah: Es wird jetzt nach der Sommerpause kommen, aber es wird kommen. Wie immer man es bewerten mag, auch ich glaube, dass wir da die eine oder andere Kritik haben werden oder auch nicht das, was wir damals im Antrag geschrieben haben, dort eins zu eins umgesetzt wird. Aber das kann man diskutieren, und ich glaube, diese Grundlage sollte man auch abwarten, um auf Grundlage dieses Konzeptes der Verwaltung einen neuen Ausschlag zu geben und eine neue Diskussion zu führen.

Und ein Punkt - das muss ich wirklich sagen, das hat mich jetzt eben doch noch einmal ein bisschen irritiert. Liebe Frau Scho-Antwerpes, Sie haben ja noch einmal in Ihrer Rede gesagt: Wir wollen keine Einzelfälle besprechen. Sie haben aber dann einen Einzelfall gebracht. Diesen Einzelfall haben Sie auch in Ihrem Antrag gebracht. Und diesen Einzelfall haben wir im letzten Sozialausschuss besprochen. Dazu hat uns die Verwaltung auch eine Stellungnahme abgegeben und auch im nichtöffentlichen Teil. Sie mögen damit nicht zufrieden gewesen sein - das ist in Ordnung -, aber mein Eindruck war, dass das umfassend gewesen ist, sodass ich in diesem Einzelfall das Handeln der Verwaltung auch nachvollziehen konnte. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Frau Glashagen und dann Herr Cremer, bitte.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrter Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Diese Stadt - das kann ich aus eigener Erfahrung berichten - wird leider immer unattraktiver für Familien. Junge Menschen kommen in die Stadt, um hier ihre Ausbildung und Studien zu machen und gründen Familien. Doch was dann? Sie stehen vor vielen Problemen: Hebammensuche, Geburtsklinik mit freien Betten finden, U3-Betreuung, Kitaplatz, Schulplatz finden. Doch auch wenn das alles irgendwie geklappt hat, ist es, wie wir heute wissen - an der Demo auch übrigens unten noch einmal am Alter Markt zu sehen - leider immer noch nicht so rosig hier; denn aus verschiedenen Angeboten gibt es viele Notstände. Von Schwimmangeboten will ich erst gar nicht sprechen. Aber hier und jetzt und heute geht es um eines der schwerwiegendsten Probleme, um eine die Existenz bedrohende Thematik: Wohnraum - ein Dach über dem Kopf haben und vier Wände, die ein Zuhause sein sollen. Ein Zuhause!

Liebe SPD, euer Antrag erschließt sich mir nicht ganz. Deswegen ist es nur folgerichtig, dass dieser Antrag in die Fachausschüsse geht - in den Sozial- und Senior*innen-Ausschuss und auch in den Unterausschuss Wohnen; denn dieser Antrag bringt noch offene Fragen mit sich. Wir sind jetzt gerade eben schon so ein bisschen in die Fachdebatte gegangen. Das will ich nicht machen, weil wir ja hier im Rat sind. Und ich glaube, das muss aus Sicht der Fachpolitiker*innen und Sachkundigen geklärt werden.

Ich kann aber auch teilen, dass ihr dieses Thema so hoch priorisiert, dass wir diesen Antrag hier und heute auf der Tagessitzung der Ratssitzung wiederfinden. Ich unterstelle diesem Antrag, dass dahinter eine wirklich gute Idee steht und nicht, dass hier einfach nur die Verwaltung gebasht werden soll, um dann bei positivem Beschluss zu sagen: Alles, was die Verwaltung eh schon macht, ist jetzt nur wegen des Antrags der SPD so. Oder bei negativem Beschluss zu maulen

(Zuruf von Maria Helmis [SPD]: Zur Sache bitte!)

und zu sagen, der ablehnenden Fraktion ist es egal, was mit den Familien passiert, die drohen in Wohnungslosigkeit zu kommen. Die eigentliche Herausforderung - und das ist hier eben auch schon angesprochen worden - werden wir leider mit diesem Antrag nicht angehen: Das ist der zu geringe Wohnraum für Menschen, die in dieser Stadt wohnen möchten. Dies ist aus unserer Sicht auch das Problem der Verwaltung beim Thema Wohnungslosigkeit. Es ist eine Mangelverwaltung von Wohnraum.

Hier komme ich zum Anfang meiner Rede. Eine Notunterkunft bzw. Unterkunft der Fachstelle Wohnen, auch wenn sie über viele, viele Jahre genutzt werden muss, ist kein Zuhause! - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Glashagen. - Herr Cremer, bitte.

Christer Cremer (AfD): Herr Bürgermeister, vielen Dank für das Wort. - Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und im Livestream! Ich war doch sehr überrascht, diesen Antrag von der SPD lesen zu dürfen angesichts ihres Umgangs mit ihrem geschassten Fraktionsgeschäftsführer.

Aber zum Antrag: Dieser scheint aus der SPD-Mottenkiste zu sein: „Wünsch dir was, ich will jetzt einfach einmal zeigen, wie sozial ich bin.“ Aber kein Wort zu den eigentlichen Ursachen für die drohende Obdachlosigkeit von Familien und wie man damit umgehen sollte.

Vorweg: Es ist sicherlich richtig, dass gerade bei drohender bzw. erfolgter Obdachlosigkeit von Familien das Wohl der Kinder im besonderen Fokus stehen muss. Ich glaube, das ist Konsens in der Gesellschaft.

Die Antwort der SPD ist allerdings erbärmlich: Wir richten einen neuen Arbeitskreis ein. Der heißt zwar „ämterübergreifende Fallkonferenz“, um es wahrscheinlich netter und formeller auszudrücken. In unseren Augen ist das allerdings nur ein Ausdruck von Hilflosigkeit und Wichtigtuerei.

(Beifall bei der AfD)

Es wirkt alles, liebe SPD, ein bisschen aktionistisch, plump, links und neunmalklug. Ihr Antrag krankt nämlich daran, dass nicht nach den Ursachen gefragt wird, warum Familien überhaupt in Köln in Obdachlosigkeitsgefahr geraten. Wir haben eine immer stärker werdende Nachfrage nach Wohnraum. Und das hat auch viel mit der von Ihnen gewollten Massenmigration nach Deutschland und Köln zu tun.

(Zurufe des Protests bei der SPD und Beifall bei der AfD)

Steigende Nachfrage heißt steigende Preise. Das ist ganz einfach. Die SPD-Bundesinnenministerin könnte das jederzeit stoppen. Sagen Sie das der Frau Faeser. Die kann dann auch gleich die notwendige Abschieds- und Rückführungskultur in diesem Land etablieren. Das wird die Nachfrage und damit die Preise senken. Das ist ganz einfach. So funktioniert nun einmal Marktwirtschaft.

Dann haben Sie und Ihre Altparteienfreunde ein Klima geschaffen, in dem es einfach unattraktiv und zu teuer ist, Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Sie, liebe SPD, tragen seit Jahrzehnten in diesem Land hier in Köln, im Bundesland und auf Bundesebene Verantwortung. Wo sind die vielen versprochenen Wohnungen? Die SPD stellt doch die aktuelle Bauministerin im Bund. Ja, das sind schlechte Ergebnisse. Wo sind die Wohnungen? Ja, und dann fordern Sie obendrein in Ihrem Antrag einen massiven Eingriff in Eigentumsrechte: die Beschlagnahmung von Wohnungen. Die CDU hat sich auch schon sehr kritisch darüber geäußert. Allein schon die Diskussion darüber ist Gift für das Investitionsklima in dieser Stadt. Das schafft keinen Wohnraum, sondern es stoppt das Schaffen neuen Wohnraums. Da wäre ja jeder Investor bescheuert, wenn er das mitmachen würde.

(Beifall bei der AfD)

Sie, liebe SPD, schaffen die Ursachen für den Mangel und wollen ihn dann mit staatlichen Zwangsmaßnahmen bekämpfen. Dann wundern Sie sich, wie alle Sozialisten, dass der Mangel noch schlimmer wird. Es gibt leider dafür viele Beispiele auf diesem Planeten, dass das immer wieder im Desaster enden wird. Man kann auch sagen, der Sozialismus macht obdachlos.

Dann müssen wir aber auch offen darüber reden, warum gewisse Familien nicht in der Lage sind, den Pflichten aus ihrem Mietvertrag nachzukommen. Es gibt eine Vielzahl von Gründen. Hier darf es auch keine politische Korrektheit geben. Das heißt, auch über die Inobhutnahme von Kindern muss dann geredet werden; denn das ist dann vielleicht auch besser für die.

Ich will hier aber auch noch einmal einige allgemeine Gründe ausführen, für die auch Sie wiederum die Verantwortung tragen, warum es den Familien in dieser Stadt schlechter geht: Die Inflation ist einer der Hauptgründe dafür - der Europäischen Zentralbank und ihrer Geldpolitik sei Dank. Sie steht halt nicht in der Stabilitätstradition der Bundesbank. Dafür trägt auch die SPD die Verantwortung. Laut einer jüngsten YouGov-Umfrage kann sich fast ein Drittel der Menschen die laufenden Lebenshaltungskosten nicht leisten. Haben wir etwa eine Situation in diesem Land, wo sich Menschen zwischen Wohnen und Essen

entscheiden müssen? Und dafür tragen Sie die Verantwortung. Seit 1998 regieren Sie in diesem Land auf Bundesebene und in vielen anderen Bereichen mit - auf Bundesebene mit einer kurzen Unterbrechung. Das ist Ihr Ergebnis.

(Beifall bei der AfD)

Darüber hinaus muss auch über die Folgen des kulturellen Feldzugs mit immer mehr sogenannter Progressivität gegen die traditionelle Familie geredet werden. Die Familie - die klassische Familie - ist nämlich eine der besten Sozialversicherungen und Bollwerke gegen den allgemeinen Werteverfall. Sie, liebe SPD, sind immer wieder ganz vorne beim Gesellschaftsumbau dabei gewesen. Sie prägen diese Republik - leider - auf Landes- und Bundesebene seit Jahrzehnten. Die Folgen sind evident. Und dann der Standard-Ruf nach mehr Sozialarbeitern. Das ist so wie mit der mutwillig herbeigeführten Verknappung von Wohnraum: Problem schaffen und dann mit staatlichen Maßnahmen lösen - das funktioniert nicht! Es ist sicherlich richtig, diesen Antrag en détail im Ausschuss zu besprechen. Er ist in unseren Augen allerdings scheinheilig und nur fürs Schaufenster gedacht. Vielen Dank: Für die soziale Schieflage in diesem Land und in dieser Stadt sind Sie maßgeblich mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

Bürgermeister Andreas Wolter: Das Wort hat Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe alle! Wir unterstützen den Antrag der SPD und begrüßen aber auch, dass er in den Fachausschuss geschoben wird, damit dort detailliert darüber diskutiert werden kann. Danke schön, Herr Detjen, für den Beitrag; denn ich finde das auch sehr, sehr wichtig, was Sie sagten, dass es da keine Unterscheidung geben sollte. Was die Wohnungspolitik in Köln angeht, da haben wir viele, viele Baustellen, und ich habe mir das eben lange überlegt.

Aber ich möchte jetzt doch einmal kurz etwas aus meiner persönlichen Perspektive erzählen: Vor ungefähr zwei Jahren habe ich eine Kündigung meiner Wohnung wegen Eigenbedarfs erhalten. Was das hier in Köln mit drei Kindern als freischaffende Künstlerin bedeutet, kann man sich in etwa vorstellen. Man ist der Trumpf im Anti-Mieterquartett. Es gab Corona. Dementsprechend befand ich mich in Grundsicherung und versuchte dann eben einen Wohnberechtigungsschein zu erhalten. Als ich es geschafft hatte, diesen Antrag auszufüllen und alle erforderlichen Unterlagen miteinzureichen, dauerte es genau ein Jahr und sechs Tage, bis ich Antwort von der Wohngeldstelle bekommen habe, nämlich dass man sich nicht vorstellen kann, wie ich von so wenig Geld leben könnte und ich das doch bitte noch einmal detaillierter nachweisen soll.

(Heiterkeit)

Ja, das war sehr spannend. Irgendwann hatte ich dann diesen Wohnberechtigungsschein - es ging um Wohngeld, Verzeihung. Irgendwann hatte ich diesen Wohnberechtigungsschein dann, der mich als Mutter von drei Kindern dazu berechtigte, eine 5-Zimmer-Wohnung mit etwa 120 Quadratmetern anzumieten.

Wie oft finden Sie auf einschlägigen Wohnungsportalen 5-Zimmer-Wohnungen? Genau, nämlich so gut wie gar nicht. Das ist erst einmal kein Problem für mich gewesen, da ich auch gerne auf kleinerem Raum lebe. Also habe ich einige Wohnungen besichtigen dürfen - 3-Zimmer-Wohnungen, 4-Zimmer-Wohnungen - eben mit Wohnberechtigungsschein. Geworden ist es nie etwas; denn das Problem ist: Wenn ich mit drei Kindern in eine Wohnung einziehe, die drei Zimmer oder vier Zimmer hat - ich habe aber einen Schein für fünf Zimmer -, dann gilt diese Wohnung, würde ich da einziehen, als überbelegt. Also wird diese Wohnung eben nicht abgegeben.

Das ist, glaube ich, ein großes Problem, dass wir uns auch anschauen müssen. Ist es nicht besser, eine Familie mit einem Wohnberechtigungsschein in einer 4-Zimmer-Wohnung unterzubringen, als dass sie nachher in einer Notunterkunft landet, die dann gar nicht mehr den guten Ansprüchen entspricht?

Auch das Thema soziales Umfeld sollte wirklich dringend berücksichtigt werden; denn es ist eben nicht einfach mal so gemacht, in einen komplett anderen Stadtteil zu ziehen.

Wenn Sie es geschafft haben, einen Kitaplatz in Ihrer Nähe zu bekommen, dann wird es nicht leichter, wenn Sie nachher mit einem 5-jährigen Kind ans andere Ende der Stadt ziehen und hier wieder versuchen, einen Kitaplatz zu bekommen;

denn die Kitas nehmen eigentlich Kinder hauptsächlich mit einem Jahr, mit zwei und vielleicht noch mit drei Jahren, aber solche Nachrückerkinder sind eher schwierig unterzubringen.

Deswegen freue ich mich auf die Diskussion im Fachausschuss und eine anständige Wohnungspolitik in Köln und darauf, dass wir dieses Problem hier wirklich ernsthaft angehen und lösen werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ja, vielen Dank. - Die Meinungen und Ansichten zu diesem Thema gingen ja doch sehr weit auseinander, aber einig sind wir uns, glaube ich, dass wir diesen Antrag dann in den Ausschuss für Soziales verweisen. Dazu kommen wir aber gleich noch einmal. Da wird ja dann noch einmal die Debatte geführt. Aber Herr Dr. Rau wollte an der Stelle jetzt auch ein paar Dinge sagen. - Bitte schön, Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. - Meine Damen und Herren! Ich finde gut, wenn wir fachlich noch einmal im Sozialausschuss intensiver diskutieren. Da wir aber in diesem Gremium hier jetzt uns so tief damit beschäftigen, lassen Sie mich ein paar wenige Dinge dann doch aus Verwaltungssicht sagen:

Erstens: Wir sind, glaube ich, mit allen hier komplett einer Meinung. Es herrscht für viele Menschen, die betroffen sind, richtig große existenzielle Not. Wer keine Wohnung hat, kann quasi nicht richtig leben. Wir sind uns, glaube ich, total einig, dass es da möglichst viele Wohnungen und eine möglichst hohe Qualität geben muss. Das ist überhaupt keine Frage.

Kurz: Was ist unser gesetzlicher Auftrag? Der gesetzliche Auftrag ist: Wir als Kommune haben die Gefahr der Obdachlosigkeit abzuwehren. Die Gesetzgebung wie auch die Rechtsprechung sagen sehr klar: Dafür gibt es bestimmte Standards - Mindeststandards -, die erfüllt werden müssen. Die sind aber nicht sehr üppig.

Und weil der im Antrag genannte Einzelfall erwähnt wurde, will ich einfach noch kurz zu diesem Einzelfall sagen: In diesem Einzelfall wurde eine Eilentscheidung des Verwaltungsgerichtes Köln herbeigeführt, das zunächst der Stadt Unrecht und dem Antragsteller Recht gegeben hat. Da ich selbst wusste, dass diese Eilentscheidung quasi Präzedenzcharakter hat, war es mir wichtig, das rechtlich wirklich überprüfen zu lassen. Wir sind dann in das Beschwerdeverfahren gegangen. Wie hier gerade schon geschildert wurde, haben wir Recht erhalten mit dem Ergebnis, dass das Oberverwaltungsgericht festgestellt hat, wir sind über das, was wir gesetzlich tun müssen, hinausgegangen, haben auch in diesem Einzelfall eine höhere Qualität, einen höheren Standard geschaffen, als es rechtlich notwendig wäre.

Ich will Ihnen auch kurz sagen: Wir haben ein, wie wir immer wieder bestätigt bekommen, wirksames und gutes Präventionssystem. Wir haben über 20 Mitarbeitende in der Präventionsstelle, die gerade zu verhindern versuchen, dass es zu Wohnungsverlust kommt und können beispielsweise auch so etwas wie Übernahme von Mietschulden realisieren, Verhandlungen mit den Wohnungsgebenden. Das heißt, da sind wir wirksam in nachgewiesen über 300 Fällen pro Jahr, Tendenz durchaus steigend.

Wir haben insbesondere für Familien, die in Wohnungsnotfälle geraten, über 100 Plätze - zugegebenermaßen vielleicht zu wenig -, aber es gibt diese 100 Plätze, die für Familien und auch Alleinerziehende abgeschlossene Wohnungen haben.

Jetzt kurz etwas zur Beschlagnahmung: Beschlagnahmung hört sich nach einer Lösung an. Eine Beschlagnahmung, die wir erreichen, die mit dem Einverständnis der Vermietenden funktioniert, ist eine gute Lösung. Wenn es aber - ich sage jetzt einmal - zu einer feindlichen Beschlagnahmung kommt, wir also als Amt sagen: Du Wohnungsgeber musst diese Wohnung weiterhin zur Verfügung stellen, auch wenn du es gar nicht möchtest, dann kommt es in aller Regel zu rechtlichen, gerichtlichen Auseinandersetzungen, die wir in aller Regel verlieren. Diese Beschlagnahmungen haben eine ganz hohe Schwelle, und die können auch überhaupt gar nicht über sechs Monate hinaus erfolgen. Das heißt, dieses Instrument ist nur ein kurzfristiges, häufig nicht erfolgreiches und langfristig überhaupt gar nicht funktionierendes Instrument. Das muss man sich vergegenwärtigen.

Dann: Reguläre Mietverhältnisse wollen wir alle erreichen. Das ist überhaupt gar keine Frage. Ich

sage Ihnen aber auch, es gibt halt doch die Fälle derer, die sich nicht helfen lassen wollen und die - Herr Detjen, man kann es nennen, wie man es möchte - schwierige Verhältnisse schaffen. Ich nenne Ihnen einfach einmal kurz ein Beispiel: Eine Familie, die in Mietnot geriet; es wendet sich die vermietende Institution an uns. Wir wollen Kontakt aufnehmen, werden gar nicht in die Wohnung hereingelassen. Über ein halbes Jahr hinweg ist es uns nicht möglich, Kontakt zu den Wohnungsnehmenden, zu der Familie, aufzunehmen, die aber die Wohnung zerstört, die ihre Mietschulden nicht begleicht etc. Was können wir da tun? Da ist ein reguläres Mietverhältnis aus irgendwelchen Gründen schwierig, und wir können unsere Hilfe da nicht aufdrängen. Das funktioniert halt irgendwie nicht. Das heißt, es gibt einfach Grenzen, die man da sehen muss.

Und jetzt zum Schluss: Jawoll, wir werden - wahrscheinlich in diesem Jahr - mit unserem Konzept gegen die Wohnungslosigkeit herauskommen. Ich freue mich darauf. Ich sage Ihnen aber auch jetzt schon: Das zeigt mögliche Lösungswege auf. Die brauchen aber dann weiterführende Beschlüsse; denn eine Sache, die natürlich in diesem Konzept essenziell ist: Wir müssen an mehr Wohnraum kommen. Es ist nicht so, dass der Sozialdezernent sagt oder auch Sie mehr Wohnraum beschließen, und dann gibt es den, sondern der muss irgendwie entstehen. Von daher haben wir noch eine große Aufgabe vor uns. Der Sozialausschuss, der Unterausschuss Wohnen, sind genau die Richtigen. Deshalb freue ich mich, wenn wir die Diskussion dort vertiefen können. - Vielen Dank.

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Dr. Rau. Wir sind jetzt am Ende der Wortbeiträge angekommen. Ich schaue jetzt einmal Richtung SPD-Fraktion. Wollen Sie den Antrag jetzt abstimmen lassen oder schließen Sie sich dem Verweisungsantrag an? - Okay, dann liegt der Verweisungsantrag vor, den Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen. Wer würde dem seine Zustimmung geben?

(Zurufe: Und den Unterausschuss!)

Unterausschuss Wohnen mit dazu, ja. So, dann schaue ich einmal in die Runde: Das sind Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, CDU, FDP, Volt, AfD, DIE FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

(Zurufe: DIE LINKE war auch für Verweisung!)

DIE LINKE war auch für Verweisung. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit in den Sozialausschuss und den Unterausschuss Wohnen verwiesen.

Ich habe jetzt eben schon die Oberbürgermeisterin gesehen. Ich mache mal noch ein bisschen weiter.

(Heiterkeit)

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Vorberatung in den Unterausschuss Wohnen und zur Entscheidung in den Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke., FDP, Volt, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Verweisungsantrag von RM Rudolph.

Bürgermeister Andreas Wolter: Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag FDP-Fraktion betreffend „Bestandsbezogene Rücklagenbildung“ AN/0780/2023

Ich habe folgende Wortmeldungen vorliegend: von Frau Ruffen, Frau Roß-Belkner, Herr Joisten, Herr Kockerbeck und Herr Achtelik. - Frau Ruffen, bitte schön.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolter. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich bin froh, dass Sie nicht gewechselt haben, sonst hätte ich meine Rede hier umschreiben müssen; den Beginn zumindest. Sehr

geehrte Damen und Herren! Wir werden gleich hören, dass die Gebäudewirtschaft Rücklagen bildet - das macht Sie schon -, dass die Verwaltung das ansonsten so gar nicht darf, dass man den Antrag in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweisen will und dass jetzt sowieso alles besser wird, denn das war früher nur schlechter. Also, ich kenne die alle, die Bedenken - und die „Das geht doch gar nicht!“

Das ist uns an dieser Stelle einmal ein bisschen egal; denn die Gebäude im Eigentum der Stadt Köln sind in keinem guten Zustand und werden fast immer erst angefasst, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Nahezu jeder Immobilienbesitzer weiß, dass Eigentum verpflichtet. Er weiß, dass Vorsorge besser ist, als hinterher den Scherbenhaufen zusammenzukehren. Er weiß, dass Instandhaltung und Pflege Werterhaltung ist. Wenn wir uns den Immobilienmarkt anschauen - und wir haben gerade im Bereich Wohnen darüber geredet -, sehen wir, dass es sogar Wertsteigerung bedeutet. Und da wagen wir es als Stadt, das uns von den Bürgern anvertraute Vermögen so schlecht zu behandeln? Das kann und darf eigentlich nicht sein.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und Ralph Sterck [FDP])

Es ist jetzt ziemlich einfach, das Negativbeispiel „Römisch-Germanisches Museum“ herauszugreifen. Da muss erst die Betriebserlaubnis erlöschen, bevor man anfängt. In einer Wohnimmobilie wäre das gleichzusetzen mit der sofortigen Räumung des Hauses und damit der Wohnungslosigkeit der Mieter. Die nun explodierenden Kosten der Sanierung, den nun jahrelang trostlosen Anblick einer weiteren Großbaustelle am Dom, hätte man alle mit rechtzeitigen Instandsetzungsmaßnahmen ersparen können.

Wir warten im Zeughaus bis zu einem Rohrbruch, der so gravierend ist, dass das Stadtmuseum seitdem heimatlos ist. Über das Interim sprechen wir jetzt nicht. Da kann man vielleicht von Altlasten reden und dass wir jetzt alles besser machen. Aber nein! Was ist denn mit unseren Schulen zum Beispiel? Gerade heute haben in Chorweiler eine ganze Menge Schüler protestiert, weil ihre Schule so heruntergekommen ist. Und ich habe bei mir um die Ecke eine Schule. Da bin ich gestern noch vorbeigekommen. Ich hätte gern ein Foto mitgebracht. Es ist einmal nicht das Humboldt-Gymnasium, sondern eine andere denkmalgeschützte Schule. Da gibt es Betonfertigteilstürze in dieser wunderschönen Klinkerfassade. In einigen Fenstern sind diese schon mit Holz abgestützt, um in Position gehalten zu werden. Den restlichen Stürzen sieht man an, dass denen das gleiche Schicksal bald droht oder dass sie sonst herausbrechen. Vor fünf Jahren - vielleicht vor zehn, wenn man großzügig rechnet - hätte man mit einer kleinen Betonsanierung, nicht viel mehr als einem Anstrich, das alles verhindern können. Jetzt wird man sie in der aufwendigen Fassadensanierung vermutlich in Abstimmung mit der Denkmalpflege austauschen müssen. Das ist teuer und bindet viel mehr Energie - auch menschliche Energie in der Verwaltung.

Gerade im Schulbereich kennt sicher jeder und jede Einzelne von Ihnen mindestens ein Beispiel. Warum verbrennen wir hier also Geld, was uns nicht gehört, welches man sinnvoller woanders einsetzen könnte? Wir fordern hier heute eigentlich etwas ganz Einfaches: ein Investitions- und Maßnahmenplan für den Erhalt unserer städtischen Immobilien, und dass das notwendige Budget dafür jährlich zur Verfügung steht. Also eigentlich das, was jeder Einzelne von uns mit seiner Privatimmobilie macht oder machen würde, wenn er eine hätte.

Wenn es jetzt wieder heißt, dafür haben wir kein Personal, dann komme ich zu einem beliebten Thema zurück: Dann lasst uns diese Stellen attraktiv genug machen. Die Schulbaugesellschaft wurde genau aus diesem Grund gegründet; denn sie kann attraktivere Stellen bieten. Leider ist ja - das hatte ich auch schon mehrfach erwähnt - meiner Meinung nach etwas zu kurz gesprungen, aber die Grundidee ist natürlich richtig und vor allem: Lasst uns die Prioritäten endlich richtig setzen - nicht mit neuen Projekten kommen, wenn wir die alten nicht im Griff haben.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und Ralph Sterck [FDP])

Wir haben eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern dieser Stadt und gegenüber unseren Gebäuden. Diese Verpflichtung, verdammt noch mal, müssen wir wahrnehmen. Da reicht es auch nicht, in die Gebäudewirtschaft zu verweisen; denn wir haben noch eine Menge Kölner Immobilien mehr. - Herzlichen Dank!

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und Ralph Sterck [FDP])

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Ruffen. - Frau Roß-Belkner, bitte.

(Zuruf: Herr Hammer hat sich gemeldet.)

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Ruffen! Es sind gerade viele richtige Fragen aufgeworfen worden, was die Rücklagenbildung angeht, etc. Wir haben in diversen Vorgesprächen, die wir auch geführt haben, über Kameralistik und NKF gesprochen etc. Es ist aus unserer Sicht am sinnvollsten, diese Diskussion auch in dem Ausschuss fortzusetzen - letztendlich dort, wo sie hingehört, nämlich im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, damit da über die entsprechenden Details etc. noch einmal beraten werden kann. Deswegen beantrage ich, dass wir diesen Antrag dorthin verweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hammer. - Frau Roß-Belkner. Oder ist - - Dann haben wir jetzt über den Verweisungsantrag abzustimmen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So machen wir es!)

So machen wir es.

Wer möchte denn diesen Antrag in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verweisen? Das ist die Fraktion DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die Volt-Fraktion.

Wer möchte denn das nicht tun? - Das ist Herr Zimmermann, die FDP, die AfD, die Fraktion DIE FRAKTION und Frau Gabriel. Habe ich jemanden vergessen? Ich glaube, da brauchen wir die Enthaltungen gar nicht mehr abzufragen, aber der Antrag ist auch dann mit großer Mehrheit in den Fachausschuss verwiesen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Entscheidung in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke. und Volt gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Bürgermeister Andreas Wolter: TOP 3.1.9 hatten wir ja ohnehin schon verwiesen, sodass wir dann zu folgendem Tagesordnungspunkt kommen:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen -

hier: Zentralbibliothek erhalten - AN/0442/2023
0968/2023

Wird dazu das Wort gewünscht? - Ich habe hier Bürgermeisterin Frau von Bülow, Herr Tybussek, Frau Helmis, Frau Glashagen, Frau Gabriel und am Ende der Liste Frau Ruffen und dann auch noch Herrn Bezirksbürgermeister Hupke. Vielleicht noch einen Hinweis darauf, dass es hier nur um die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt geht und nicht um das Thema generell. Wir haben das Thema ja auch noch einmal im nichtöffentlichen Teil auf der Tagesordnung. - Frau von Bülow, bitte schön.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Herr Bürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute dem Antrag der BV 1 zur Stadtbibliothek folgen werden und können. Auch wenn, wie schon gesagt worden ist, die eigentliche Vorlage zur Stadtbibliothek im nichtöffentlichen Teil behandelt wird, können wir dennoch schon jetzt darüber sprechen. Das ist wichtig, denn im Vorfeld wurde ohne Not viel

Unruhe zur Frage der Zukunft der Stadtbibliothek in diese Stadt getragen. Aus Spekulationen hin wurde die Diskussion zu Abriss und Neubau oder Neubau an anderen Orten ausgelöst, gefolgt von tagelangen Presseberichten, Spekulationen über Statik usw. Wir haben eine neue Vorlage. Wir kennen die Zahlen. Wir haben sie geprüft und werden dieser Vorlage später am Tag zustimmen, auch im Sinne der Genese der Beschlüsse.

Lassen Sie mich dazu kurz fünf kleine Punkte anmerken:

Erstens: Wir stehen nicht bei null. Die Planungen zur Sanierung der Stadtbibliothek gehen zurück ins Jahr 2012. Der erste Baubeschluss zur Sanierung wurde im März 2015 gefasst. Weitere Beschlüsse folgten, der letzte 2021. Somit steht der Sanierungsbeschluss des Rates, und es gibt keinen anderen Beschluss darüber. Für uns gibt es weder Anlass noch neue Erkenntnisse, von diesem Beschluss abzuweichen, auch wenn die Kostensteigerungen und das Sprengen des ursprünglichen Zeitrahmens misslich sind. Die Planungen sind weit fortgeschritten; eine Abkehr davon wäre wenig nachhaltig und zöge weitere Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen nach sich.

Zweitens: Zur Erstellung eines bezugsfähigen Neubaus wird deutlich mehr graue Energie benötigt als bei einer Sanierung. 2019 hat die Stadt Köln den Klimanotstand ausgerufen. Infolgedessen wäre ein Abriss eines sanierungsfähigen Gebäudes und Neubau nicht zu rechtfertigen. Auch das spricht für die Sanierung.

Drittens: Köln bekennt sich zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN, den SDGs, und nimmt seit 2021 als Modellkommune am bundesweiten Verbundprojekt „Bildung - Nachhaltigkeit - Kommune“ teil. Vor ungefähr zwei Monaten wurde in den Räumen der Stadtbibliothek das neue Konzept für die Bibliothek am Neumarkt vorgestellt. Nicht nur dieses, sondern auch die Jahresberichte und das Strategiekonzept der Stadtbibliothek machen deutlich, wie stark sich die Bibliothek am Neumarkt und in ihren Stadtteilbibliotheken bereits als Dritte Orte etablieren konnten und weiterentwickelt werden. Im Einklang mit der Umsetzung des SDG 4 „Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“. Das wird bereits jetzt, an sieben Tagen in der Woche in der Stadtbibliothek erprobt und mit einem niederschwelligen und vielseitigen Angebot umgesetzt.

Viertens: Die Bibliothek bildet als Anlaufstelle für sehr unterschiedliche Menschen einen wichtigen Bestandteil des gesamten Kulturquartiers am Neumarkt. Der Neumarkt wird uns später noch beschäftigen. Das führt zu Synergien und wertet das Viertel auf. Zur Belebung des Platzes passt die Stärkung der Bibliothek vor Ort; denn sie bringt Menschen ins Viertel und schafft kulturelle und soziale Infrastruktur an einem schwierigen Platz.

Fünftens: - Sie müssen also nicht befürchten, es dauert lange bei fünf Punkten -: Als Grüne seien mir noch einige Worte zu Heinrich Böll erlaubt: Im September `79 wurde die Zentralbibliothek unter anderem von Heinrich Böll eröffnet. Heinrich Böll war von der Notwendigkeit einer solchen öffentlichen Bibliothek überzeugt. Er hielt eine flammende Rede mit dem Titel „Lesende Staatsbürger sind nicht die gehorsamsten“ und forderte, dass Bibliotheken Freiheitsräume sein müssen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Eine Forderung, die heute durchaus umgesetzt wird. Ferner gab er die Übergabe seines Archivs in Form einer Dauerleihgabe an die Stadtbibliothek bekannt. Die überlassenen Archivalien übernahm die Stadtbibliothek auf Bölls Wunsch hin in das gleichzeitig mit der Eröffnung der Zentralbibliothek als eigene Abteilung gegründete Heinrich-Böll-Archiv, das sich zur wichtigsten nationalen und internationalen Forschungseinrichtung über Böll entwickelte. In der zweiten Etage der Stadtbibliothek findet sich die dauerhafte Präsentation des Arbeitszimmers Heinrich Bölls mit originalen Einrichtungsgegenständen. Auch das lässt sich nicht einfach verpflanzen.

Ich finde, die Stadt kann sich glücklich schätzen, einen solchen Nachlass in ihrer Bibliothek zu beherbergen und zeigen zu können; ebenso wie die Bibliothek „Germania Judaica“, die die Geschichte des Judentums aufarbeitet. Sie ist die zweitgrößte ihrer Art weltweit und aktuell im Haus der Zentralbibliothek untergebracht und hätte in allen angedachten Alternativen nicht genügend Raum.

Aus all diesen Gründen und weil uns eine Vorlage mit belastbaren Zahlen vorliegt, werden wir gern dem Antrag der BV und später der Vorlage zustimmen. Vielen Dank allen, die sich entsprechend dem Motto von Heinrich Böll - „Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu

bleiben“ - für ihre Bibliothek nachhaltig eingesetzt haben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin von Bülow. - Herr Tybussek, bitte, und danach Frau Helmis.

Artur Tybussek (CDU): Lieber Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Im März dieses Jahres hat es in der Bezirksvertretung Innenstadt offensichtlich die Sorge gegeben, dass es nicht zur Generalsanierung der Zentralbibliothek kommt. Und deswegen ist der Rat - sind wir - aufgefordert worden, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Nur darüber ist im Moment zu reden. Über den Beschluss über die zentrale Sanierung werden wir im nichtöffentlichen Teil beschließen. Aber ich habe für alle Vertreter der Bezirksvertretung Innenstadt eine gute Nachricht: Wir gehen davon aus, dass es zur Generalsanierung kommt. Das ist auch ein guter Weg. Die Zentralbibliothek ist gemeinsam mit den Stadtbibliotheken ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Stadtgesellschaft.

Gerade heute haben wir gelernt, dass viele Grundschüler Defizite beim Lesen haben. Diese werden in der Stadtbibliothek hervorragend betreut. Wir tun gut daran, dieser wichtigen Institution ein neues, saniertes Zuhause zu geben.

Anfang des Jahres hat es eine entsprechende Vorlage gegeben, nachdem wir bereits im Jahr 2018 den Baubeschluss gefasst haben. Die Verwaltung hat eine gute Arbeit geleistet - insbesondere die Bauverwaltung. Ich möchte das an dieser Stelle explizit unterstreichen.

Wir haben in der Vorlage gelesen, dass es zu großen Preissteigerungen kommt. Ich finde es daher nur natürlich, dass sich in diesem Zusammenhang Fragen ergeben haben, wo wir als CDU gesagt haben: Diese Fragen müssen beantwortet werden.

Eine wichtige Frage war für uns: Was ist eigentlich mit Auswirkungen für Stadtteilbibliotheken? Sie wissen, dass der CDU-Fraktion die Stadtteilbibliotheken eine ganz wichtige Angelegenheit sind. Wir wollen verhindern, dass es mit der Generalsanierung zu Auswirkungen auf den Ausbau der Stadtteilbibliotheken kommt. Die Verwaltung hat uns dargelegt, dass das so nicht ist. Weiterhin hat die Verwaltung uns nachvollziehbar dargelegt, dass ein Neubau unverhältnismäßig teuer wäre, und deswegen freuen wir von der CDU-Fraktion uns heute darüber, dass wir im Interesse der Nutzerinnen und Nutzer, im Interesse der Kölnerinnen und Kölner, heute im nichtöffentlichen Teil einen guten Beschluss fassen, nämlich: Die Zentralbibliothek als Dritter Ort wird generalsaniert. Und das ist ein guter Tag. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Tybussek. - Frau Helmis und danach Herr Kockerbeck.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Stadtgesellschaft! Ich darf hier heute für meine Fraktion nicht nur als bibliophile Kulturpolitikerin sprechen, die Bibliotheken, mit Verlaub gesagt, als in Beton gegossene Gefühlsspeicher unserer Stadt begreift.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich stehe hier auch mit der festen Überzeugung, die Aat Vos, der Architekt, uns bei der wirklich eindrucksvollen Veranstaltung im Literaturhaus nähergebracht hat, nämlich: dass Bibliotheken der soziale Zement unserer Stadt sind.

In der Fortschreibung der Sanierung am jetzigen Standort besteht eine einmalige Chance, das Kulturquartier am Haubrich-Hof als konsumfreien Raum, die Bibliothek an sich als Dritten Ort mit direkter Anbindung an die VHS und das Kulturzentrum am Neumarkt, mit der Nähe zum Haus der Architektur, zum Literaturhaus und weiteren wichtigen Orten zu entwickeln und damit ein wichtiges Zeichen zu setzen.

Über den tatsächlichen Stellenwert, den eine Gesellschaft einer Einrichtung zumisst, gibt meist leider vor allem die Höhe der aufgewendeten Geldmittel und die Häufigkeit der Berichterstattung in den Medien Auskunft. Dass bei solchen zentralen Stadtbauprojekten sowohl die mediale als auch die politische Öffentlichkeit eine Verantwortung

hat, zeigte sich an dem Beispiel der Debatte um die Zentralbibliothek ganz deutlich.

Als ich diesen Samstag dort vor Ort mit meinem Ortsverein Flyer verteilte, waren wir einmal wieder Zeuge, was für ein sozialer Ort wirklich diese Bibliothek am Haubrich-Hof ist; wer dort alles hinkommt - sonntags alleine um die 1 000 Besucherinnen und Besucher, das sind Menschen, die oft im Stadtbild nicht gesehen werden. Menschen, die dort am Eingang ihr Hab und Gut abgeben dürfen, weil sie obdachlos sind, dann aber einen ganz normalen Tag als Gäste der Bibliothek verbringen und gesehen werden.

Da sind auch Flaneurinnen und Flaneure, die eher zufällig dort landen. Dort haben wir es mit Studierenden fleißiger oder weniger fleißiger Art zu tun. Es ist ein Ort des Miteinanders; ein Ort, der Konsumzwang in einem Ort, der von Konsumräumen umringt ist, nicht herstellt.

Bei dieser Aktion, wo wir diese Flyer verteilten, teilte ich auch das Los, was auch bestimmt viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kennen: Nicht jeder reißt einem erst einmal jubelnd einen Flyer aus der Hand und möchte mit einem ins Gespräch kommen. Als die Leute vor Ort aber merkten, dass es mir und meinem Ortsverein darum ging, die Zentralbibliothek am jetzigen Standort erhalten zu wollen, kamen nicht wenige sogar zurückgelaufen und haben den Flyer noch einmal genommen. Wir wurden natürlich von dem wunderbaren Förderverein der Stadtbibliothek flankiert, der heute in Vertretung auch zu Gast ist - ich möchte ihn noch einmal herzlich begrüßen -,

(Beifall bei der SPD)

der sich vor Ort für die Petition eingesetzt hat.

Die Menschen wollten informiert werden, die Menschen waren irritiert und sie verwiesen immer wieder auf die Aushänge an den Fenstern. Was sind da für Aushänge? Dort musste die Stadtbibliothek Plakate anbringen: Liebe Besucherinnen, liebe Besucher, bitte kommen Sie ins Haus. Dieses Haus ist nicht von Statikproblemen bedroht. Meine Damen und Herren, so weit darf es doch nicht kommen, dass eine Stadtbibliothek in unserer Stadt so einen Aushang machen muss!

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Was das bedeutet, ist Vertrauensverlust. Wir schütten Sand ins Getriebe der wichtigen Arbeit der Stadtbibliothek vor Ort.

Welche Verantwortung wir angesichts von Kostenexplosionen im Bereich Oper und anderen Kulturbauten hier haben, liegt doch wohl auf der Hand. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen, anstatt Desinformationen zu streuen. Hier lese ich Blogeinträge von stadtbekannten Politikern größerer Parteien - Vogelkundler werden die Namen kennen -, die überschrieben sind mit: „Diskussionen um die Kölner Stadtbibliothek sind noch immer nicht sachlich geworden“. Im selben Artikel, im selben Blogeintrag steht der so genannte „altbackene Haubrich-Hof.“ Meine Damen und Herren, das dient nicht der Versachlichung. Hier ist offensichtlich das Interesse an einem Filetgrundstück mitten in der Stadt viel größer als eine sachliche Debatte um ein Kulturbauprojekt unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Was die uns wichtigen Zukunftsprojekte und unser Umgang mit ihnen leisten müssen, ist zweierlei.

Erstens: Wir müssen uns klar zu den Projekten bekennen, die wir für das Gemeinwohl unserer Stadt priorisieren und dann kritisch und konstruktiv begleiten.

Zweitens: Wir müssen Vertrauen schaffen. Wir müssen Transparenz garantieren. Und wir müssen Risikopuffer einbauen und klar erklären, was bei einem solchen Kulturprojekt geht und was nicht geht.

Dies hat die Verwaltung bei dieser Vorlage vorbildlich getan. Die Eindeutigkeit dieser Vorlage hat sicherlich auch dazu geführt, dass die Fraktionen, die bisher noch eher gewackelt und sich nicht eindeutig positioniert haben, sich nun auch klar zur Stadtbibliothek am jetzigen Standort zur Sanierung bekennen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir das leider im nichtöffentlichen Teil beschließen werden - hoffentlich *werden* -, bitte ich ganz herzlich darum, Sachlichkeit und Vertrauen in solchen sozialen Kulturbauprojekte unserer Stadt walten zu lassen und gemeinsam ein wichtiges Zeichen zu setzen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Helmis. Das Wort hat jetzt Herr Kockerbeck und danach Frau Ruffen.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Maria hat gerade deutlich dargestellt, was wir auch wahrgenommen haben: Die Ende Januar losgetretene Diskussion um die Stadtbibliothek, ihre Sanierungsfähigkeit und auch um den Standort hat dieser zentralen Institution unserer Stadt geschadet. So können wir mit unseren Bildungs- und Kultureinrichtungen nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens: Für uns und für andere auch stand nie in Zweifel, dass der seit Jahrzehnten bestehende Platz der Stadtbibliothek mitten in der Stadt und dann am Josef-Haubrich-Hof nicht vorschnell aufgegeben werden kann - nein, überhaupt nicht aufzugeben ist. Das ist so etwas wie eine Wegmarke in den Köpfen vieler Kölnerinnen und Kölner. Auch das kann man einer solchen Kultur- und Bildungsinstitution nicht antun, dass man einfach über ihre Versetzung diskutiert. Das geht nicht.

Es wurde dargelegt bereits von meinen Vorrednerinnen, aus welchen Gründen der Standort am Neumarkt, am Josef-Haubrich-Hof genau der Richtige ist. Auch wir haben die Vorlage geprüft, folgen der Verwaltung und sind dankbar dafür, dass sie eindeutig dargelegt hat, dass dieses Gebäude im Bestand zu sanieren ist. Uns ist auch wichtig, dass ökologische Gründe dafür sprechen, dass eine Sanierung im Bestand stattfinden kann und auch in dieser Hinsicht der bessere Weg ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Kockerbeck. Frau Ruffen und danach Frau Glashagen.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich bin jetzt ein kleines bisschen verwirrt, weil eigentlich keiner auf das eingeht, was die BV in ihrem Antrag noch so mitbeschlossen hat.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Ich hatte noch darauf hingewiesen, aber es haben sich alle nicht daran gehalten.

Stefanie Ruffen (FDP): Ja, ich hätte sonst auch noch eine flammende Rede für den Dritten Ort und die Stadtbibliothek. Wir lieben sie alle. Ich bin auch schon als Kind da gewesen. Wir haben uns alle ein bisschen aufs Glatteis führen lassen, als es hieß, es gäbe bauliche Probleme. In dieser Stadt sind wir ja daran gewöhnt, dass es bauliche Probleme gibt und dass sich alles verzögert. Aber wir haben doch jetzt, glaube ich, gelernt, dass die Stadtbibliothek relativ geschmeidig saniert werden kann, und dass es eigentlich alternativlos ist - auch wenn ich dieses Wort nicht mag.

Ich möchte damit diese Debatte abschließen und ganz kurz auf das eingehen, was die BV Innenstadt noch möchte, nämlich, dass die Stadtbibliothek unmittelbar nach der Sanierung unter Denkmalschutz gestellt wird. Ich hätte dann doch meine Bedenken, dem so einfach zu folgen, weil a) ist das, glaube ich, nicht unsere Fachkompetenz. Wir haben mit Herrn Dr. Werner in dieser Stadt jemanden, der das wirklich sehr, sehr gut beurteilen kann, der sehr sorgsam mit diesem Urteil umgeht und vor allen Dingen auch auf gesetzlichen Grundlagen arbeitet. Dann b) möchte ich zu bedenken geben, liebe Leute: Wäre Herrn Dr. Werner das bereits vor zehn Jahren eingefallen, dann hätten wir heute eine ganz andere Diskussion um die Sanierung der Stadtbibliothek. Das wäre nämlich um einiges komplizierter geworden. Deswegen: Seien wir dankbar, dass Sie noch nicht auf die Idee gekommen sind und überlassen wir das in dem Fall einmal denen, die sich damit auskennen.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte fast „Experten“ gesagt!

Also: Auch die FDP wird die Stadtbibliothek weiter unterstützen. Die Sanierung ist auch von der Geschwindigkeit das Einzige, was Sinn ergibt. Aber ich bitte Sie, das Thema Denkmalschutz dann doch anders anzugehen, als in dem Antrag formuliert. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Ruffen. Frau Glashagen, bitte.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und die, die noch im Stream sind! Ich möchte doch noch etwas anderes sagen und ein Loblied singen, denn man kann die Frage stellen: Haben Bibliotheken sich abgeschafft? Und: Wer braucht denn überhaupt noch Bücher? Bibliotheken sind so viel mehr als Bücher. Wir haben dank vieler verschiedener Akteure einen wunderbaren Plan vorliegen, der unsere zentrale Stadtbibliothek zu einem Dritten Ort nach Lehrbuch werden lässt und diese nicht zu einer Bibliothek wird, wie wir es teilweise in Provinzen erleben, die sich abschafft.

Wir brauchen gerade in der heutigen Zeit mehr Raum zu persönlichen Begegnungen im realen Leben ohne Konsum und Zwang, ohne Grund und Begrenzung. Orte der Begegnung. Hier, an einer so zentralen Stelle, ist deshalb die Transformation der richtige Weg. Was ist eigentlich so besonders an der Stadtbibliothek Köln? Was macht es besser als woanders? Es ist jetzt schon ein erfolgreich etabliertes Angebot für alle: Alle Altersklassen, alle Einkommensklassen, alle Bildungshintergründe und alle Nationalitäten. Eben ein Angebot für alle.

Ich möchte euch ein herausragendes Merkmal nennen: inklusiv. Denn alle anderen Einrichtungen - Jugendclubs, Seniorentreffs, Sport und, und, und - bieten separate Orte für separate Zielgruppen. Ergo: Man begegnet sich nicht. In der „Bib“ hingegen schon. Das bringt eine enorme Chance; regelrecht ein sozialer Kitt für die diversen Interessensgruppen in unserer Gesellschaft. Sie bildet das Sozialgefüge an einem öffentlichen Ort. Die Stadtbibliothek ist deswegen *das* niederschwellige Angebot für alle. Hier ist die Schwelle, Neues auszuprobieren, gering, denn der Ort Bibliothek ist schon bekannt. Man fühlt sich wohl. Die Bereitschaft, im bekannten Umfeld etwas Neues zu probieren, sich anregen zu lassen, ist da.

Ein Beispiel: Man ist vor Ort und erfährt von einer Veranstaltung zu etwas anderem. Man kann Entdeckungen machen. Man findet etwas, was man nicht gesucht hat. Genauso kommen wir alle aus unseren Bubbles, unseren Filterblasen, heraus. Das ist das Thema unserer Zeit. Deshalb möchte ich euch gerne ermutigen, öfter in die Stadtbibliothek zu gehen. Vielleicht stattdessen: Hier traut sich die über 70-jährige Seniorin, eine Infoveranstaltung zu 3D-Druckern zu besuchen, ebenso wie das 7-jährige Mädchen, weil der Ort vertraut und die Gesichter bekannt sind.

Wir von Volt wollen, dass Köln seinen guten Ruf in der Bibliothekslandschaft behält, denn den haben wir. Wir wollen eine schnellstmögliche Umsetzung der Planungen. Deshalb ist die Sanierung der richtige Weg. Ich freue mich über den superhohen Zuspruch heute und bedanke mich.

(Beifall bei Volt)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Frau Glashagen. Ich habe noch eine Wortmeldung von Frau Gabriel. Sie ziehen zurück. Dann hat sich Herr Hupke gemeldet. Es geht um die Sanierung der Stadtbibliothek und weniger um pädagogische Konzepte. Ich glaube, das wird dann an anderer Stelle noch einmal diskutiert. Aber die Bezirksvertretung Innenstadt hat ja diese Anregungen gemacht. Mittlerweile hat sich das Ganze ja weiterentwickelt. Herr Hupke, bitte, Sie haben das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Vielen Dank! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Herr Bürgermeister, lieber Andreas Wolter! Eben kam der Ralf Klemm zu mir und sagte: Du brauchst ja jetzt nur hochzugehen und ein Wort zu sagen: Danke.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP]: Das schaffen sie nicht! - Heiterkeit)

Okay. Und da habe ich gesagt: Das habe ich hier auch stehen.

Ich glaube, das wird die kürzeste Rede, die ich in meiner ehrenamtlichen Funktion gehalten habe. Danken will ich dem Unterstützerverein um Frau Imhoff und Anton Bausinger. Danken will ich natürlich auch dem Literaturhaus, das eine gute Veranstaltung gemacht hat, dem Bund Deutscher Architekten, wo Frau Ruffen auch war, wo ich enorm viel gelernt habe, was dann auch die Zukunft des Bauens in der Stadt anbelangt.

Sehen Sie es mir nach, wenn ich in meiner Aufzählung etwas vergesse. Wenn die Stadtbibliothek stehen bleibt, was wird das in Zukunft für eine einmalige Kulturmeile sein. Das ist eine

Wucht. Ich fange einfach an: Schokoladenmuseum, Malakoffturm, St. Maria Lyskirchen, Trinitatiskirche, Overstolzenhaus, Peter und Paul, Karl-Rahner-Akademie, Literaturhaus, Stadtbibliothek, VHS, Rautenstrauch-Joest-Museum, Schnüttgen-Museum, Kunstverein, Thyssen-Stiftung, Hahnentor, EhrenGarde.

Wenn Sie das im nichtöffentlichen Teil so beschließen, danke ich Ihnen dafür, wenn es so bestehen bleibt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Bürgermeister Andreas Wolter: Vielen Dank, Herr Hupke. Dann können wir auch zu dem Punkt 3.2.1 abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen zu dieser Anregung der Bezirksvertretung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Sonst nicht. Ansonsten ist das mit großer Mehrheit oder einstimmig - ich weiß nicht, ob da Enthaltungen waren - mit übernommen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt aus ihrer Sitzung am 09.03.2023, TOP 5.2.5 (Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Bezirksbürgermeister Hupke spricht zu diesem Thema.

Bürgermeister Andreas Wolter: Tagesordnungspunkt:

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur künftigen Nutzung und Bebauung des ehemaligen Areals der Oberfinanzdirektion Köln, Riehler Platz 2 sowie der ehemaligen Generalzolldirektion, Wörthstr. 1-3, 50668 Köln

0988/2023

Da gibt es auch noch mal eine Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur zukünftigen Nutzung und Bebauung des ehemaligen Areals der OfD in Köln.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diese Anregung?

Wir stimmen ab wie Alternative 2 mit Verweisung in den Ausschuss.

Gibt es da Gegenstimmen?

(Zuruf: Alternative zu 2?)

Ja, Alternative zu 2.

Gibt es Enthaltungen dazu? - Dann waren wir da einstimmig.

Beschluss in der Fassung der Alternative zu Ziffer 2:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zum Erwerb der Gebäude der Oberfinanzdirektion am Riehler Platz 2 und der Generalzolldirektion in der Wörthstraße 1-3 zur Kenntnis, verweist die Angelegenheit zur Beratung in den Liegenschaftsausschuss und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker übernimmt um 19:22 Uhr den Vorsitz. Sie übermittelt dem Rat einen Gruß von Frau Bundeskanzlerin Merkel a.D. und den Dank für den Einsatz im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung in den Jahren 2014 bis 2016.

Bürgermeister Andreas Wolter: Dann hätten wir die 3er-Punkte alle abgeschlossen.

Frau Oberbürgermeisterin hat mich eben wissen lassen, dass wir jetzt hier einen Wechsel vornehmen.

Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Man hat einen besseren Platz für mich gefunden, den werde ich jetzt einnehmen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich begrüße Sie alle recht herzlich! Jetzt sitze ich auf dem heißen Stuhl hier von Herrn Bürgermeister Wolter.

(Heiterkeit)

(Zuruf von Bürgermeister Wolter: Ich habe Ihnen den Platz warmgehalten!)

- Ja!

Ich soll Sie herzlich von Frau Dr. Merkel grüßen. Das hat sie wirklich gesagt. Sie hat sich auch bedankt dafür, dass Köln so eine gute Leistung erbracht hat bei der Unterbringung der Geflüchteten in 2014, 2015, 2016 und jetzt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 4.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Wo ist jetzt das Cradle?" AN/0497/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Gibt es Nachfragen? - Nein.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses" AN/0512/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Gibt es Nachfragen? - Herr Weisenstein

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Ich hatte jetzt nur die Gelegenheit, das während der Sitzung querzulesen. Uns oder mir erscheint es auch nicht ganz vollständig. Ich kann jetzt aber noch nicht abschließend nachfragen und würde darum bitten, dass wir einen Weg finden, wie dazu noch einmal nachgefragt werden kann, ob man das in der nächsten Sitzung noch einmal aufruft. - Herzlichen Dank!

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Angelegenheit wird auf Bitten von RM Weisenstein zurückgestellt, da er in der nächsten Sitzung noch Nachfragen dazu stellen möchte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt:

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Welcome Desk - Zwischenbilanz nach einem Jahr" AN/0786/2023

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet. Bitte sehr, Herr Büschges.

Philipp Busch (AfD): Herr Busch. - Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Ich grüße Sie! Aber Sie wissen ja, § 4 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung sagt, dass das in Ausnahmefällen zu begründen sei. Ich bitte einmal um die Begründung, weil das nun die dritte Anfrage binnen einer Woche ist, die nicht beantwortet wurde, stattdessen wird immer wieder gesagt, in der nächsten Sitzung, und dann wird sogar noch einmal geschoben. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Die Begründung ist, dass Sie umfangreiche Zahlen erbeten haben und wir die von der Ausländerbehörde noch abfragen. Das dauert einfach seine Zeit. Die Zahlen, die Sie dort erfragt haben, liegen leider nicht per Knopfdruck vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte sehr, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ja, Herr Haack, die Anfrage ist nicht so spät eingegangen. Sie liegt Ihnen seit mindestens 14 Tagen vor. Ich hätte schon erwartet, dass man einmal Kontakt zu uns aufnimmt und das auch irgendwie begründet, warum das so lange dauert.

(Zuruf vom Beigeordneten Andree Haack: Mannomann!)

Nix Mannomann! Es funktioniert ja bei allen anderen anscheinend auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Sie bitten, die Antwort jetzt zur Kenntnis zu nehmen. Dass die Ihnen nicht gefällt, kann ich mir vorstellen, aber die Frage ist damit beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zum nächsten Tagesordnungspunkt.

4.4 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Abmietung des Ostgebäudes vom Stadthaus Deutz, Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln"
AN/0779/2023

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen?

(Zuruf von der AfD: Überraschung!)

Gibt es Nachfragen zu 4.4., zur Antwort der Verwaltung? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Geheime Geheimverwaltung der Stadt Köln"
AN/0896/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Nein.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

4.6 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum“"
AN/0897/2023

Hier wird die Anfrage zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

4.7 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand Großmarkt"
AN/0826/2023

Auch diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4.1 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 zur

Unterstützung einer Gemeinde im Erdbebengebiet Türkei/Syrien
1470/2023

5.4.2 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 betreffend "Errichtung einer Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei / Syrien"
1594/2023

Ich beginne die Rednerliste mit Herrn Edis, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates. Herr Edis wird zu beiden Tagesordnungspunkten, 5.4.1 und 5.4.2, sprechen, weil Sie, wie ich eben erfahren habe, beschlossen haben, das zusammen zu behandeln.

Ahmet Edis (Grün Offene Liste): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken, dass ich im Namen des Integrationsrates zu diesen wichtigen Themen, über die wir diskutieren werden, auch selbst das Wort ergreifen darf.

Das furchtbare Erdbeben in Syrien und in der Türkei hat über 57 000 Todesopfer und unzählige Verletzte gefordert. Viele Städte und Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Mehr als zwei Millionen Menschen alleine in der Türkei wurden obdachlos. Zahlen, wie sich die Situation in Syrien darstellt, liegen nicht vor. Aber ich denke, dass Sie sich in etwa vorstellen können, wie sich das Szenario da darstellen wird.

Drei Monate ist nun dieses schwere Erdbeben in Syrien und in der Türkei mittlerweile her. Noch immer löse jedes kleine Nachbeben enorme Ängste und Anspannung aus, berichten die Ärzte ohne Grenzen. Wie man unschwer erkennt, hat diese Katastrophe tiefe Narben hinterlassen. Auch wenn das schreckliche Erdbeben nicht mehr die Schlagzeilen bestimmt, beschäftigt es weiterhin in ganz besonderer Weise die vielen, vielen Kölner*innen, die türkeistämmig und syrischstämmig sind. Sie verfolgen die aktuellsten Entwicklungen über Social Media und weitere Medienkanäle sehr, sehr intensiv. Viele direkt Betroffene haben weiterhin fast täglich telefonischen Kontakt zu ihren Familienangehörigen, die sich noch im Erdbebengebiet aufhalten. In Köln haben sich viele Migranten-Selbstorganisationen, aber auch Kölner*innen mit einer Flucht- und Migrationserfahrung auf den Weg gemacht und sehr, sehr schnell und spontan Hilfsgütertransporte organisiert und Spenden gesammelt. Dieses grandiose und vielfältige Engagement verdient unsere Anerkennung.

(Beifall)

Trotz dieser Hilfen sollten wir uns allerdings im Klaren sein, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis im Erdbebengebiet alles wieder aufgebaut ist. Das bedeutet, dieses Thema wird uns noch sehr, sehr lange beschäftigen. Die über 100 000 bereits genannten Kölner*innen, türkeistämmig, aus Syrien stammend, zahlen in Köln Steuern, leisten ihren Beitrag und fragen sich natürlich, ob sich unsere Stadt in diesem Fall ausreichend engagiert. Aus diesem Grund haben wir im Integrationsrat auch die vorliegenden Anträge gestellt. Eine Unterstützungsleistung der Stadt Köln mit einer türkischen und syrischen Stadt aus dem Erdbebengebiet wäre ein sehr, sehr wichtiger Beitrag zur Stärkung des Identifikationsgefühls der über 100 000 türkei- und syrischstämmigen Kölner*innen in unserer Stadt und auch ein deutliches Zeichen des Rates für einen solidarischen Zusammenhalt in Köln in einer außergewöhnlichen Notlage.

Der Änderungsantrag des Bündnisses wurde sehr breit, lange, aber auch konstruktiv im Integrationsrat diskutiert. Und im Integrationsrat gab es dafür eine breite Mehrheit.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die vorliegenden Beschlüsse unterstützen. - Vielen Dank für Ihre und eure Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So, jetzt habe ich Herrn Dr. Akude auf der Rednerliste. Das macht jetzt Herr Erkelenz. Danke schön!

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin dem Integrationsrat und meinen anderen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass wir diesen Antrag heute hier stellen können. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen auch für die Menschen, die am Erdbeben in der Türkei und in Syrien so sehr leiden oder gelitten haben. Wir tun, was wir können. Ich denke, es ist auch wichtig für unsere Stadt Köln, dass wir

hier offen zeigen, dass wir auch ein Herz für die Menschen haben, die hier durch ein solches Erdbeben gelitten haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Reker: Frau Brock-Storms.

Claudia Brock-Storms (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Danke für die Hilfe hier. Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Mitbürgerinnen und Mitbürger! - Es sind noch welche da.

Nachdem Herr Edis gesprochen hat, habe ich natürlich ein bisschen Probleme, all die Zahlen, Daten, Fakten, die ich mir hier so aufgeschrieben habe, noch einmal zu sagen. Ich denke, er hat das schon ausführlich getan.

Ich glaube aber, dass für die Menschen in den betroffenen Regionen, die überlebt haben - und ich glaube, das kann man wirklich so sagen -, das Erdbeben eine apokalyptische Erfahrung war. Die ganzen Zahlen, wie viele Tote, wie viele Verletzte, wie viele zerstörte Häuser, das sind die nackten Zahlen, die gut drei Monate nach dem Erdbeben geblieben sind. Ich werde jetzt die ganzen Namen der Städte nicht mehr vorlesen und auch nicht die unzähligen Dörfer. Allein der Fakt, dass die Weltgesundheitsorganisation sagt, 23 Millionen Menschen seien von dem Erdbeben mittelbar und unmittelbar betroffen, reicht schon aus. Das sind fünf Millionen mehr als alle Einwohner in NRW. Nur um einmal eine Relation zu setzen.

Die Schäden wurden zudem auf 119 Milliarden US Dollar geschätzt, davon 104 Milliarden in der Türkei und 14,8 Millionen US-Dollar in Syrien. Ich denke, das sind Summen, über die wir uns mal so ein, zwei Gedanken machen können.

Das sind nackte Zahlen.

Das Ausmaß der Schäden ist immer noch kaum zu fassen. Aber während der Fokus der Weltöffentlichkeit und auch der bundesdeutschen Medien weitergezogen ist, kämpfen die Menschen vor Ort immer noch mit den Folgen der Katastrophe. Viele Kölnerinnen, insbesondere die türkei- und syrischstämmigen Menschen, sind betroffen. Betroffen vom Ausmaß der Naturgewalt, aber auch persönlich betroffen. Denn, egal, wie lange man in Deutschland lebt: Es geht doch um die Heimat. Viele haben Familie, Freunde und Bekannte verloren. Ich - und ich denke, der gesamte Rat - möchte Ihnen heute unser Mitgefühl ausdrücken.

(Beifall)

Aber Mitgefühl ist das eine, Hilfe und Solidarität ist etwas anderes. Daher möchte ich mich für die Initiative der Arbeitskreisvorsitzenden des Integrationsrats ausdrücklich bedanken, die mit ihrem Antrag zur Einrichtung einer Projektpartnerschaft mit einer Stadt im türkisch/syrischen Erdbebengebiet einen Anfang gemacht haben.

Der nun vorliegende Ergänzungsantrag geht leider nicht so weit wie der Ursprungsantrag, wurde aber im Integrationsrat einstimmig verabschiedet. Er ist aber immerhin ein Anfang und ein Zeichen der Stadt Köln an ihre Mitbürgerinnen mit internationaler Familiengeschichte aus Syrien und der Türkei.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle bleibt mir aber auch nur noch eines: Ich wünsche der Verwaltung, dass sie bei ihrer Prüfung der Voraussetzungen der unter Punkt 1 bis 3 genannten Vorhaben Erfolg hat und aus einem Signal ein echtes Unterstützungsangebot und damit ein echter Akt menschlicher Solidarität werden kann. Die SPD-Fraktion wird dem Ergänzungsantrag selbstverständlich zustimmen.

Wir haben ja gleich noch den zweiten Punkt zu der Stelle, sage ich mal, in Anführungszeichen. Wir haben im Vorfeld ein wenig hin und her diskutiert. Ich hätte lieber persönlich Beratungsbedarf angemeldet, weil ich glaube, dass man das besser an den Integrationsrat zurückspielen sollte, um ihm die Möglichkeit zu geben, zu bewerten, ob die Einrichtung der Homepage das abdeckt, was eigentlich gemeint war. Im Sinne einer kooperativen Verabredung werden wir uns in dem Fall enthalten. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin hat das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Kolleg*innen! Liebe Gäste! Sehr geehrte Frau

Oberbürgermeisterin! Wie mein Vorredner, Herr Edis, bereits richtig und ausführlich erwähnt hat, ist die Lage in den Erdbebengebieten in Syrien und der Türkei weiterhin katastrophal. Egal mit wem man spricht, der oder die Verwandtschaft in der Türkei hat, jeder kennt jemanden, der oder die direkt vom Erdbeben betroffen ist.

Es ist ein Armutszeugnis, dass Deutschland die Einreise von Erdbebenopfern ohne Visa nicht erleichtert hat und nur wenige Tausend Menschen ein Visum erhalten haben. Der Integrationsrat hat das schon im Februar deutlich kritisiert und einstimmig eine Visumserleichterung gefordert. Die Hilfsbereitschaft der Kölner*innen ist sehr groß. Viele haben Geld gespendet und es haben beispielsweise zwei Kölner*innen beim Aufbau einer Kita in Hatay geholfen. Allerdings gibt es Medienberichte, nach denen die türkische Regierung bewusst Gebiete, die Erdogan politisch nicht gewogen sind, nicht versorgt. Das ist ein Skandal und muss deutlich verurteilt werden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Hilfsbereitschaft kann nicht von Glaubenszugehörigkeit oder Herkunft abhängen. Deswegen bitte ich Sie, die vorliegenden Anträge des Integrationsrats, insbesondere zur Koordinationsstelle für Erdbebenopfer, zu unterstützen. Die Verwaltung soll prüfen, wie die Stadt Köln kurzfristig über humanitäre und Katastrophenhilfe Menschen in besonders betroffenen Gebieten, insbesondere solchen Gebiete, die bisher unterversorgt sind, unterstützen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Die Kollegin Brock-Storms, ebenso wie Herr Edis, hat die Situation ziemlich eindrücklich beschrieben. Ich glaube, dem kann man sich allgemein nur anschließen. Das ist im Integrationsrat auch so gewesen.

Ich bin sehr dankbar, dass Herr Edis den Wunsch des Integrationsrates deutlich gemacht hat, nämlich dass wir beide Anträge, so, wie sie hier vorgelegt worden sind, unterstützen. Das macht meine Fraktion auch so. Um noch einmal das Thema Koordinationsstelle aufzugreifen: Ich glaube, die Diskussion im Integrationsrat hat sehr deutlich gemacht, dass wir Informationen sehr schnell weitergeben müssen. Das muss nicht unbedingt durch eine physische Person erfolgen; es geht im Grunde genommen auch, indem man dafür die Medien oder die Website nutzt - so, wie das die Stadt bereits anbietet. Ich finde es schön, dass wir heute sehr wahrscheinlich zu einem breiten Votum kommen, wie vom Integrationsrat gewünscht. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Ich kann mich meinen Vorredner*innen auch nur anschließen: Es ist unglaublich wichtig, dass wir hier aktiv werden, solidarisch sind und allen Menschen, die unsere Hilfe benötigen, diese zukommen lassen.

Ich möchte nur ganz kurz auf den zweiten Antrag aus dem Integrationsrat eingehen, und zwar bezüglich der Koordinierungsstelle. Erst einmal herzlichen Dank; die Stadtverwaltung hat bereits eine Webseite erstellt - sehr, sehr zügig. Wir haben das im April beschlossen, und seit kurzer Zeit ist diese Webseite online mit allen Informationen, die benötigt werden. Also, an dieser Stelle herzlichen Dank für die Schnelligkeit. Applaus, Applaus!

(Beifall)

Hier würde ich meiner Kollegin Frau Hoyer zustimmen, dass wir hier, so, wie der Integrationsrat beschlossen hat, zustimmen. Wie Herr Edis schon erwähnt hat: Wir hatten eine intensive Diskussion, denn uns allen war es ein Anliegen, dass die geforderten Punkte des Integrationsrates tatsächlich umgesetzt werden. Wir haben gemeinsam versucht, einen Weg zu finden, wie wir das mit knappen Ressourcen tatsächlich angehen können. Daher die große Bitte, den beiden Anträgen zuzustimmen und noch mal einen großen Dank an alle Unterstützende aus der

Stadtgesellschaft, der Verwaltung und der Politik. - Vielen Dank!

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 5.4.1 abstimmen. Wer wünscht, dem nicht zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Tagesordnungspunkt 5.4.2 abstimmen. Wer dem nicht zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist wieder die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. Dann ist auch so beschlossen.

Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat fasst auf Anregung des Integrationsrats folgenden Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen über die Partnerstadt Istanbul einem Ort im Erdbebengebiet Türkei/Syrien eine Unterstützungsleistung seitens der Stadt Köln zukommen kann.*

    a. *Die Unterstützungsleistung sollte sich - wenn möglich - primär im Rahmen einer humanitären Hilfe/Katastrophenhilfe oder einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit bewegen und dem entsprechenden Ort möglichst kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.*

    b. *Im Zuge dessen möge auch geprüft werden, ob eine Zusammenarbeit mit einer Servicestelle für Entwicklungsinitiativen stattfinden kann.*

2. *Die Verwaltung möge damit einhergehend prüfen, inwiefern bei der Auswahl Orte im Erdbebengebiet berücksichtigt werden können, die bisher kaum oder keine Hilfeleistung erhalten haben. Dabei soll auch geprüft werden, inwiefern eine Hilfeleistung für eine Stadt/Gemeinde im syrischen Teil des Erdbebengebietes möglich ist.*

3. *Die Verwaltung möge außerdem prüfen, welche zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen für die Umsetzung etwaiger Projekte erforderlich sind.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 5.4.2 Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 betreffend "Errichtung einer Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei / Syrien", 1594/2023 (siehe Ziffer V – Seite 6).

Beschluss:

Der Rat dankt dem Integrationsrat für seine Anregung und nimmt diese sowie die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Rat bittet die Verwaltung alle Informationen zum Thema Erdbeben Türkei/Syrien zu sammeln und gebündelt an prominenter Stelle auf der städtischen Webseite zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung zu Tagesordnungspunkt 5.4.1. „Anregung des Integrationsrates aus seiner Sitzung vom 18.04.2023 zur Unterstützung einer Gemeinde im Erdbebengebiet Türkei/Syrien“, 1470/2023 (siehe Ziffer V – Seite 6).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln 0555/2023

Ich sehe nicht, dass das Wort gewünscht wird. Dann lasse ich darüber abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderungssatzung für die Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln in der zu dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Keine Teilnahme von RM Büschges an Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt wegen Befangenheit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024 1374/2023

Meine Damen und Herren. Das ist eine Kenntnisnahme. Wünscht da jemand das Wort oder nicht Kenntnis zu nehmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen sehe ich auch nicht.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

7.1.2 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 1375/2023

Auch hier frage ich, ob es dazu Diskussionsbedarf gibt. - Das ist nicht der Fall. Auch das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Wenn das jemand nicht wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

7.2.1 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2023 0886/2023

Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ganz herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Anlage 1 richten, hier die Ziffer 1501, Rubrik Wirtschaft und Tourismus. Hier werden 50 000 Euro aus der Maßnahme Prozessbegleitung, Frischezentrum übertragen. Wir hatten heute den Tagesordnungspunkt Großmarkt - Diskussion nicht. Und auch nicht ganz überraschend wurde unsere Anfrage zum Thema Großmarkt nicht behandelt. Deswegen möchte meine Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt ihrer Hoffnung Ausdruck verleihen, dass die 50 000 Euro, die für die Prozessbegleitung Großmarkt übertragen werden, im

Sinne der Händlerinnen und Händler am Großmarkt eingesetzt werden.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Auch wenn wir der lokalen und der überregionalen Presse entnehmen mussten, dass das eingeleitete Interessenbekundungsverfahren für die Errichtung eines großen Marktgeländes in Marsdorf im Wahlkreis von Herrn Petelkau, der derzeit leider verhindert ist, wohl nicht zum Erfolg geführt hat, ist uns daran gelegen, dass die Gelder und die Ressourcen, die wir jetzt zur Verfügung haben, zur Umsetzung der Beschlüsse dieses Hauses, dieses Rates eingesetzt werden, nämlich der Ertüchtigung des Großmarktgeländes in Radderthal. Deshalb, lieber Herr Beigeordneter Wolfgramm, hat meine Fraktion größtes Vertrauen in Sie, in die Verwaltung, Frau Oberbürgermeisterin. Wie ich gehört habe, waren Sie mit den Händlern zu Tisch. Also: Wir vertrauen Ihnen, dass Sie dieses Geld, das wir beschlossen haben, das wir heute hier beschließen, einsetzen werden, um die Beschlüsse dieses Hauses umzusetzen. Wir werden das alles selbstverständlich beobachten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir nehmen das gerne zur Kenntnis. Ich hoffe natürlich, dass das für alle Ermächtigungsübertragungen gilt, dass sie dann, wenn sie übertragen werden, zweckgemäß ausgegeben werden im laufenden Haushaltsjahr, in das sie übertragen werden.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir auch das zur Kenntnis.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10 Allgemeine Vorlagen

10.2 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages
0409/2023

Ich frage einmal nach Wortmeldungen. - Die gibt es nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erklärt sich mit der in dieser Vorlage beschriebenen Neufassung des § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH einverstanden.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen dieses Beschlusses als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.3 Verlängerung der Anmietung des Standortes Ringstr. 38-44 in 50996 Köln-Rodenkirchen zur Unterbringung von Geflüchteten
0922/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Verlängerung der Anmietung des Objektes Ringstr 38 - 44 über den derzeit bis zum 30.11.2023 vereinbarten Festmietzeitraum hinaus. Die Anmietung des Standortes mit 491 Unterbringungsplätzen wird verlängert vom 01.12.2023 bis 31.03.2025.

Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden Mietvertrag entsprechend anzupassen.

Durch die weitere und längerfristige Nutzung des Objektes ist das Objekt mit einer Internetversorgung auszustatten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.4 Fahrplanwechsel 2023 - Einrichtung einer TaxiBus-Linie in Klettenberg 0811/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen.

(Zuruf von Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen: Wie Verkehrsausschuss!

Ja, ja. So weit bin ich noch nicht. Ich warte noch auf Wortmeldungen. Diese gibt es aber nicht.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 2, bzw. Finanzausschuss, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 25.04.2023 (Anlage 2) und des Finanzausschusses vom 15.05.2023 (Anlage 3):

1. *Der Rat spricht sich auf Basis des Beschlusses der Bezirksvertretung Lindenthal vom 30.01.2023 (vgl. Vorlagen-Nr. 3192/2022) für die Umsetzung der in der Begründung beschriebenen TaxiBus-Linie in Klettenberg zum Fahrplanwechsel im Dezember 2023 aus.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit der Angebotserweiterung im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu betrauen.*

   Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. 2.000 Euro für 2023 und 40.000 Euro ab 2024 ff. wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2024 prognostiziert.

3. *Der Taxibus wird nach zwei Jahren Nutzung evaluiert. Die Evaluation ist dem Verkehrsausschuss vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.5 Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18 Baubeschluss für den Ausbau der Bahnsteige der Haltestellen der Bauphase 2 auf eine Nutzlänge von 60 m 2751/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 7 und Finanzausschuss, Anlage 8. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 24.03.2023 (Anlage 7) und des Finanzausschusses vom 15.05.2023 (Anlage 8):

Der Rat der Stadt Köln beschließt - vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts - den Ausbau der Bahnsteige der 6 Haltestellen Schlebusch, Odenthaler Str., Leuchterstr., Am Emberg, Von-Sparr-Str. und Stegerwaldsiedlung (2. Bauphase) auf eine Nutzlänge von 60 m im Rahmen der Kapazitätserweiterungen auf den Linien 4, 13 und 18.

Die Gesamtkosten dieser zweiten Bauphase (Planungs- und Baukosten) vor Förderung betragen voraussichtlich ca. 11,2 Mio. € netto. Durch die Übertragung der Durchführung der Maßnahme an die KVB AG umfasst der Beschluss die Erstattung des städtischen Eigenanteils (nach Abzug von Fördermitteln) an den Investitionskosten von rd. 2,5 Mio. € netto an die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB AG).

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2023 die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung i. H. v. 636.600 € für die v.g. Maßnahme im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, bei der Finanzstelle 6903-1202-0-9003, L

4, 13 u. 18 - Bst.-Verlängerung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Kommt es im Rahmen der Bautätigkeiten zu temporären Einschränkungen der barrierefreien Erreichbarkeit von Haltestellen, so sind barrierearme Mobilitätsalternativen anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.6 Errichtung des Bildungsgangs "Fachoberschule Klasse 11 und 12 - Fahrzeugtechnik (Elektromobilität)" Fachrichtung Technik im Schwerpunkt Metalltechnik des Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs (BK 18) zum Schuljahr 2023/24
0642/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung des zweijährigen Bildungsgangs „Fachoberschule Klasse 11 und 12 Fachrichtung Technik – Fahrzeugtechnik (Elektromobilität)“ im Schwerpunkt Metall zum 01.08.2023 am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18) in der Eitofer Str. 16, 50679 Köln (Deutz).*

2. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.7 Beauftragung der Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit dem Bau der Grundschule Friedenstraße, Köln-Porz
0059/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen?

(Zurufe: Stopp!)

Ja. Ach so: Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 3 und BV 7, Anlage 2.

Also: Gegenstimmen gibt es keine, aber DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung Porz vom 11.05.2023 (Anlage 2) und des Finanzausschusses vom 15.05.2023 (Anlage 3):

Der Rat beschließt, als erste Schulbaumaßnahme die Kölner Schulbaugesellschaft mbH mit der Planung und dem Neubau einer 2-zügigen Grundschule in der Friedenstraße, Köln-Porz (Gemarkung Elsdorf, Flurstücke 789,790 und 508) zu beauftragen.

Darüber hinaus fordert der Rat die Verwaltung auf, die Kölner Schulbaugesellschaft unverzüglich mit dem notwendigen Personal, nicht nur einer hauptamtlichen Geschäftsführung, zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.8 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2024
0392/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Europawahl 2024 in Höhe von 4.826.423 EUR brutto an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.9 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2023/24 0624/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Betriebssatzung i.V. m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Eig. VO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gürzenich-Orchester für das Wirtschaftsjahr 2023/2024 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung mit einem Jahresfehlbetrag von 2.169 TEUR fest. Die mittelfristige Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen. Daraus ergeben sich keine Ansprüche für die Gesellschaft.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 0,5 Mio. EUR in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.10 Schulrechtliche Änderung des Bildungsgangs "Fachschule für Fahrzeugtechnik" Schwerpunkt Elektromobilität am Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs (BK 18) zum Schuljahr 2023/24 in die Tagesform 0677/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die schulrechtliche Änderung des bestehenden Bildungsgangs Fachschule Technik – Fachrichtung Fahrzeugtechnik als Abendform (4-jährig in Teilzeit) in die Tagesform (2-jährig in Vollzeit) zum 01.08.2023 am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18) in der Eitorfer Str. 16, 50679 Köln (Deutz).*
2. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die schulrechtliche Änderung des bestehenden Bildungsgangs Fachschule Technik – Fachrichtung Fahrzeugtechnik durch die Ergänzung des Schwerpunkts Elektromobilität zum 01.08.2023 am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg (BK 18) in der Eitorfer Str. 16, 50679 Köln (Deutz).*
3. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.11 Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau / Erweiterung / Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer (1356/2022) 1356/2022/1

Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? - Keine.

(Zurufe von der LINKEN: Doch!)

Sie enthalten sich. DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Korrekturen zur Fortschreibung des 2. Maßnahmenpaketes Schulbau - Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmen ("GU/TU-Maßnahmenpaket II") wie im korrigierten Reintext der Maßnahmen (Anlage 9a) beschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.12 Wirtschaftsplan 2023 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 1006/2023

Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 4 Abs. 1 Buchstabe b der Betriebssatzung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln i.V.m. § 4 Buchstabe b der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Wirtschaftsplan der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2023 in der beigefügten Fassung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.13 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz, Erweiterung der Verpflichtungs- und Kreditermächtigungen 1056/2023

Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Entschuldigen Sie, aber wir sind gerade vor Torschluss noch zu einer kurzen Besprechung zusammengekommen, und ich bitte um Ergänzung des Beschlusstextes. Ich lese einmal vor, wie wir ihn skizziert haben.

> Der ausgewiesene Darlehensbetrag verringert sich um den Erlösbetrag der bei den Forderungsabtretungsverhandlungen aus dem Greensill-Verlust erzielten Betrag.

Denn der Greensill-Verlust ist eingepreist in den Gesamtwert. So hat uns Herr Wasserbauer informiert. Und wenn wir jetzt noch einmal 35, 40 Prozent von irgendeinem Unternehmen zurückerstattet bekommen, dann müssen wir das ihnen wieder gegenrechnen. - Danke.

(Zuruf von Jörn Detjen [DIE LINKE]: Bis das Geld da ist!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich erst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? - Das ist DIE FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. - Dann ist er abgelehnt.

Ich stimme jetzt über die Vorlage ab. Wer wünscht, gegen die Vorlage zu stimmen? - Das ist DIE FRAKTION. Und Frau Gabriel, ja. Entschuldigung. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE und die SPD-Fraktion enthalten sich. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION

Beschluss:

Der Beschlusstest wird ergänzt:

Der ausgewiesene Darlehensbetrag verringert sich um den Erlösbetrag der bei den Forderungsabtretungsverhandlungen aus dem Greensill-Verlust erzielten Betrag.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über die Ursprungsvorlage

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt, dass die Bühnen zur Fortführung des Bauvorhabens Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz Verpflichtungen eingehen dürfen, die das bisher genehmigte Budget von 642,7 Mio. € überschreiten. Um dieses zu ermöglichen, wird*

das Budget um 29,5 Mio. € auf 672,2 Mio. € angehoben.

2. *Der Rat verzichtet auf eine Bedarfsfeststellung, ein Vergabevorbehalt wird nicht ausgesprochen.*

3. *Der Rat ermächtigt die Bühnen, Kredite bis zu einer Höhe von 672,2 Mio. € für die Planungs- und Baukosten aufzunehmen. Der Rat ermächtigt die Bühnen darüber hinaus, Kredite für Bauzeitzinsen in Anspruch zu nehmen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.14 Restitution von zwei Leuchtertischen aus dem Bestand des MAKK, Museum für Angewandte Kunst Köln
1155/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit den Nachfahren von Emma Rosenthal eine Vereinbarung zu schließen, mit der die Restitution von zwei Leuchtertischen aus dem Bestand des Museums für Angewandte Kunst gegen Zahlung von 5.000,00 € abgegolten wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.15 Finanzierung der Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals
1232/2023

Wortmeldungen sehe ich von Frau von Bülow. Gibt es weitere Wortmeldungen? Sonst spricht jetzt erst Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Die Debatte dazu haben wir bereits im KUK geführt. Ich denke aber, angesichts der Verwirrungen über die Beschlussfassung im KUK möchten wir unseren Änderungsantrag, den wir da gestellt haben, jetzt einfach noch einmal auch im Rat stellen. Eine kleine Änderung gibt es diesmal. Wir haben noch einmal vorgeschlagen, dass die Mittel, die dafür benötigt werden, dass wir die Ziffer 1 ersetzen, dass wir sagen: Keine Mittel, die für den Ebertplatz vorgesehen sind bzw. vorgesehen werden, dürfen herüberwandern zum Neumarkt. Wir möchten jetzt gerne, dass hierbei noch einmal vermerkt wird: Die Mittel für den Neumarkt sollen aus den Mitteln für den Kulturentwicklungsplan kommen. Da gab es einiges an Geldern, was noch zu verteilen ist. Wir halten es für eine gute Idee, das so zu machen und nicht die Gelder des politischen VN anzugreifen und umzuschichten. Insofern bitten wir darum, diesem Änderungsantrag jetzt zuzustimmen und dann der gesamten Vorlage, wie sie da ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag, den gerade Frau von Bülow noch einmal begründet hat, abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen, und ist in dem Fall auch ein Ersetzungsantrag.

Ich stimme noch einmal die Vorlage in geänderter Fassung ab. Wünscht jemand, dagegen zu stimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Ziff 1 wird wie folgt ersetzt:

Der Rat beschließt für die Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals.

Die Verwaltung stellt hierfür 40.000€ aus der Haushaltsstelle 0416 Kulturförderung, Teilplanzeile 13 (Kulturentwicklungsplanung) zur Verfügung, die vorgeschlagenen 40.000€ aus der Position „Zwischennutzung Ebertplatz“ sind weiterhin für die Zwischennutzung Ebertplatz zu verwenden. Der Ausschuss für Kunst und Kultur entscheidet über die Mittelfreigabe.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

Der Rat beschließt für die Umsetzung eines Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt als Teilprojekt der gesamtstädtischen Initiative zur Aufwertung des Neumarkt-Areals

1. *Die Verwaltung stellt hierfür 40.000€ aus der Haushaltsstelle 0416 Kulturförderung, Teilplanzeile 13 (Kulturentwicklungsplanung) zur Verfügung, die vorgeschlagenen 40.000€ aus der Position „Zwischennutzung Ebertplatz“ sind weiterhin für die Zwischennutzung Ebertplatz zu verwenden. Der Ausschuss für Kunst und Kultur entscheidet über die Mittelfreigabe.*

2. *Die überplanmäßige Mittelbereitstellung von 40.000 Euro im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 - Kulturförderung. Die Deckung erfolgt aus entsprechenden Minderaufwendungen in 2023 aus dem Teilergebnisplan des Museumsreferates aus der Produktgruppe 0401 - Museumsreferat, Teilplanzeile 13 („Umzugsmittel Richartzstr. 2-4“).*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.16 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche mindestens einer Investorin oder eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes
0604/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich werde gleich abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 4 und Sportausschuss, Anlage 4. Ich möchte Ihnen noch zur Kenntnis geben, dass zu Variante 2 im so geänderten Beschlusstext die Größe der Turnhalle mindestens der Größe der Schule entsprechen muss. Herr Fuchsberger hat mir das auch erklärt. Sollte also eine achtzügige Gesamtschule realisiert werden, ist auch eine Sechsfach-Sporthalle notwendig. Die ist sozusagen in dem Paket.

So. Können wir jetzt darüber abstimmen? Also: wie Finanzausschuss, Anlage 4 und Sportausschuss, Anlage 4.

(Zuruf: Anlage 2!)

Nein, Anlage 2, höre ich gerade.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

(Zuruf von der LINKEN: Doch!)

DIE LINKE enthält sich. - Okay, dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Sportausschusses (Anlage 2) und des Finanzausschusses (Anlage 4):

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Es besteht ein

Bedarf von 7 Zügen in der Sekundarstufe I sowie 6 Zügen in der Sekundarstufe II.

Es sind zwei Varianten der Realisierung möglich.

Variante 1: Zwei Gesamtschulen mit jeweils 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 4 Zügen in der Sekundarstufe II mit jeweils einer Dreifachsporthalle

Zur Deckung des regionalen Bedarfes an zusätzlichen Gesamtschulplätzen in Nippes sollten die beiden Gesamtschulen in unterschiedlichen Regionen verortet sein. Die Pläne zu den Suchgebieten befinden sich in der Anlage.

Gesamtschule Nippes 1:

Stadtteile Bilderstöckchen, Mauenheim, Nippes und Riehl

Gesamtschule Nippes 2:

Bereich nördlich der Hochbahntrasse und südlich der Bremerhavener Straße; das Gebiet befindet sich westlich der Neusser Straße und wird östlich vom Niehler Hafen begrenzt.

Variante 2: Eine Gesamtschule mit mindestens 7 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II, maximal 8 Zügen in der Sekundarstufe I und 7 Zügen in der Sekundarstufe II, sowie einer Fünffachsporthalle, maximal einer Sechsfachsporthalle

Alternativ zu zwei kleinen Gesamtschulen wird ein Standort für eine Gesamtschule mit mindestens 7 Zügen in der Sekundarstufe I und 6 Zügen in der Sekundarstufe II, sowie einer Fünffachsporthalle gesucht. Maximal kann auch eine Gesamtschule mit 8 Zügen in der Sekundarstufe 1 und 7 Zügen in der Sekundarstufe 2 realisiert werden. Im Falle der Realisierung einer 8/7-zügigen Gesamtschule wird eine Sechsfachsporthalle benötigt.

Das Suchgebiet ergibt sich aus den beiden Suchgebieten zur Variante 1.

Ziel ist es, ein oder zwei geeignete Grundstücke im Stadtbezirk Nippes zu finden, auf die sich das Suchgebiet beschränkt. Das oder die Grundstücke müssen für die Unterbringung einer 7/6 bis zu 8/7-zügigen Gesamtschule mit Fünffach- beziehungsweise Sechsfachsporthalle oder jeweils einer 4/4 zügigen Gesamtschule mit Dreifachsporthalle geeignet sein.

*Die Variante der zwei 4/4-zügigen Gesamtschulen kann nur dann realisiert werden, wenn sich mindestens 1 geeignete*r Bewerber*in mit 2 Grundstücken oder alternativ mindestens 2 geeignete Bewerber*innen mit Grundstücken, die den Anforderungen der Ausschreibung entsprechen, finden.*

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.17 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm "Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit" 1354/2023

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die weitergehende Durchführung des Förderprogramms „Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit“ befristet für die Dauer vom 01.04.2023 bis 31.03.2024.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Wirksamkeit der aus dem Förderprogramm resultierenden Maßnahmen zum Stichtag 31.12.2023, spätestens jedoch nach Ablauf von 12 Monaten Projektlaufzeit zu evaluieren. Auf Grundlage der erfolgten Evaluierung wird die Verwaltung dem Rat eine erneute Beschlussfassung über eine mögliche Fortschreibung und Anpassung des Förderprogramms vorlegen.

Für die Laufzeit des Förderprogramms werden insgesamt erneut 1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsplan 2023 ff. stehen für das

Jahr 2023 und 2024 Mittel in Höhe von je 1 Mio. Euro im Teilergebnisplan 1005 - Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen als „Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen“ zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.18 Aktualisierte Bedarfsfeststellung Unterbringungsplätze für Geflüchtete 1050/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Herr Erkelenz, Entschuldigung.

Martin Erkelenz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann sagen, hier handelt Köln auch im Sinne von Angela Merkel, die uns ja eben deshalb auch gelobt hat. Köln handelt und unternimmt alle Anstrengungen, um geflüchtete Menschen in unserer Stadt aufzunehmen. Das tun wir auch, um Unterbringung in Turnhallen zu verhindern. Derweil lässt uns aber der Bund gleich doppelt im Stich. Die Regierungskoalition verweigert uns trotz ansteigender Asylbewerberzahlen entsprechende finanzielle Unterstützung. Wir hatten in der letzten Ratssitzung etwas beschlossen, wo wir mehr Mittel brauchen. Ich denke, es sollten angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen, der steigenden Flüchtlingszahlen wieder mehr Mittel an die Kommunen weitergeleitet werden. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu 10.18? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Im Anschluss an den zum 30.06.2023 auslaufenden Bedarfsfeststellungsbeschluss (Session-Nr. 3537/2022) stellt der Rat auf der Grundlage nachfolgender Ausführungen den Bedarf von weiterhin bis zu 15.200 Plätzen zur Unterbringung und Betreuung geflüchteter und unerlaubt eingereister Menschen in Köln bis zum 31.03.2024 fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung aller zur Schaffung dieser Aufnahmekapazität und deren Betrieb erforderlichen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.19 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für den Abschluss der Corona-Pandemie 1413/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, herzlich willkommen! Sie können sich denken: Wir kommen nicht umhin, uns zum Thema „Abschluss der Coronapandemie“ zu melden.

Wir sind froh, dass Sie den Titel - nämlich Abschluss - gewählt haben. Wir sollten dringend einen Punkt machen. Wir sind der Meinung - wir haben es schon eingangs gesagt -, dass es hier eine fragwürdige Dringlichkeit ist. Wir fragen uns auch, wieso man nicht früher auf die Idee gekommen ist, die auslaufenden Verträge in der Ratssitzung - also knapp 15 Tage vorher - noch einmal auf die Tagesordnung zu bringen, um diese zu verlängern. Wir sollten das Geld lieber und viel dringender locker machen, um die völlig überzogenen Maßnahmen, die wir auch in Köln hatten und die wir schon zum Thema hatten, aufzuarbeiten.

Herr Spahn, der frühere Gesundheitsminister, hat gesagt, dass wir einander viel verzeihen müssen. Der Meinung bin ich und sind wir nicht. Vielmehr sollten wir, also die Politik, gerade auch die Kölner Politik, Demut zeigen und die Bevölkerung, die wir mit diesen überzogenen Maßnahmen drangsaliert haben, um Verzeihung bitten. Es muss sich aufrichtig entschuldigt werden, auch hier im Kölner Stadtrat. Die Vorlage ist auch deswegen eine absolute Frechheit. Ich bin der festen Überzeugung, dass die in der Vorlage aufgeführten Tätigkeiten

von dem bestehenden Personal des Gesundheitsamtes durchaus mindestens genauso gut ausgeführt werden können. Wenn das nicht der Fall sein sollte, Herr Dr. Rau, können Sie dazu vielleicht noch einmal Stellung beziehen. Ansonsten lehnen wir diesen Antrag natürlich ab. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne darüber abstimmen lassen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Finanzierung der Weiterbefristung von 24,5 VZÄ überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 1.100.026 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste in Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen. Die Deckung erfolgt zum einen durch Wenigeraufwendungen im selben Teilergebnisplan in Teilplanzeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen - in Höhe von 500.000 € und zum anderen durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, in der Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 600.026 €.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 241. Änderung des Flächennutzungsplanes, "Alsdorfer Straße“ in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld
hier: Feststellungsbeschluss
0391/2023

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie BV 4, Anlage 7.

Wünscht jemand dagegen zu stimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 241. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel " Alsdorfer Straße“ in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld eingegangenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 5.1 bis 6.2.*
2. *stellt die 241. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel "Alsdorfer Straße“ in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage 4 beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Fraktion Die Linke. gibt im Nachgang zur Sitzung zu Protokoll, dass sie sich bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten wollte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.2 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim
0350/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet

'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

12.3 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim
0376/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

12.4 Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim
0377/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist auch hier so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für das Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim die als Anlage 1 beigefügte Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 66509/10
Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch
0899/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 66509/10 für das Gebiet im Bereich Simonskaul - Neusser Straße – Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 3 bis 8;

2. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 66509/10 Arbeitstitel: Simonskaul in Köln-Weidenpesch mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) — jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung — als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;

3. den in der Anlage 1 dargestellten, geänderten Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Simonskaul in Köln-Weidenpesch“. Das Plangebiet umfasst somit die Flurstücke 3995, 1241/178, 2273/177, 2272/178, 4216, 4217, 4485, 256 und Teile der Flurstücke 3566, 3995

sowie des Flurstücks 4373 (Straße Simonskaul, jeweils Flur 96, Gemarkung Longerich 4966), Teile des Flurstücks 387 (Flur 97, Gemarkung Longerich 4966), Teile des Flurstücks 1636 (jeweils Flur 05, Gemarkung Longerich 4966) und Teile des Flurstücks 4526 (jeweils Flur 96, Gemarkung Longerich 4966).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 287. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0956/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 287. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17 Gremienbesetzungen

17.1 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates 0885/2023

Gibt es Gegenstimmen? Frau Gabriel hat irgendwas gestimmt. Bei 16.1 dagegen gestimmt? - Danke. Und DIE FRAKTION auch. Okay. Gut. Können wir, bitte sehr, konzentriert die Sitzung weiterführen? Das wäre schön.

17.1: Wünscht jemand dagegen zu stimmen oder sich zu enthalten? Dagegen zu stimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt gemäß § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundigen Einwohner gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW in den folgenden Fachausschuss:

Ausschuss	*Sachkundiger Einwohner*
Stadtentwicklungsausschuss	*Hans A. Meurers*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.2 Bestellung eines neuen Mitglieds für den Beirat der Forensischen Klinik Köln-Porz für die Ratsperiode 2020 bis 2025 1119/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Bezirksvertretung Porz schlägt dem Rat der Stadt Köln vor, Frau Bettina Jureck anstelle von Herrn Christoph Weitzel als Mitglied des Beirats der Forensischen Klinik Köln-Porz zu benennen.*
2. *Der Rat der Stadt Köln schlägt dem Landschaftsverband Rheinland vor, auf Vorschlag der Bezirksvertretung Porz, Frau Bettina Jureck anstelle von Herrn Christoph Weitzel als Mitglied des Beirats der Forensischen Klinik Köln-Porz zu benennen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Evangelischer Kirchenverband Köln und Region 1217/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Herr Christian Gröger gemäß §5 I Nr.7 AG-KJHG NRW als stellvertretend beratendes Pflichtmitglied für den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region bestellt wird.

Das bisherige stellvertretende Mitglied Herr Marcel Thelen gibt seine Funktion im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines stellvertretenden Sachkundigen Bürgers im Jugendhilfeausschuss" AN/0787/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Frau Catherine Schöppen scheidet als stellvertretende Sachkundige Bürgerin aus dem Jugendhilfeausschuss aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Joachim Krämer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.5 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Unterausschuss Wohnen" AN/0791/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Unterausschuss Wohnen. Julia Siedle (Sachkundige Einwohnerin) anstelle von Verena Holzer-Henke.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.6 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden" AN/0793/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Unterausschuss Wohnen. Nicolin Gabrysch (Sachkundige Bürgerin) anstelle von Eva Porsch.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.7 Bestellung von sachkundigen Einwohner*innen für die Ausschüsse des Rates
1073/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat bestellt gemäß § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundige Einwohner*innen bzw. deren Vertretung gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW in die folgenden Fachausschüsse:*

Ausschuss	*Sachkundige Einwohner*in*	*Vertretung*
Bauausschuss zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft	*Achim Schmitz*	
Ausschuss Schule und Weiterbildung	*Ulrike Müller-Harth*	
Stadtentwicklungsausschuss		*Paul Intveen*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Bestellung einer Sachkundigen Bürgerin mit beratender Stimme im Unterausschuss Wohnen"
AN/0887/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Für den Unterausschuss Wohnen benennt der Rat Christiane Lawrenz als sachkundige Bürgerin mit beratender Stimme anstelle von Alexander Brommer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung Stadtentwicklungsausschuss"
AN/0903/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet Pascal Pütz anstelle von Viola Recktenwald in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.10 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Liegenschaftsausschuss"
AN/0926/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Andreas Michalak scheidet als Sachkundiger Einwohner aus dem Liegenschaftsausschuss aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Marc Mauracher.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Bauausschuss" AN/0924/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Sebastian Overhage scheidet als Sachkundiger Einwohner aus dem Bauausschuss aus. Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolger Herrn Ralf Eichelbaum-Röhl.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Gremienbesetzung" AN/0922/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Herr Christian Hess wird anstelle von Frau Prof. Dr. Anja Karlshausen als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Gleichstellung von Frauen und Männern gewählt.*
2. *Herr Rainer Stuhlweißenburg wird anstelle von Herrn Taner Erdener als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren gewählt.*
3. *Herr Michael Olligschläger wird anstelle von Herrn Michael Hoffmann als sachkundiger Einwohner in den Finanzausschuss gewählt.*
4. *Herr Yannik Breuer wird anstelle von Herrn Alexander Yohannes als sachkundiger Bürger in den Gesundheitsausschuss gewählt.*
5. *Herr Axel Zimmermann wird anstelle von Frau Kerstin Preuss als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Jugendhilfeausschuss gewählt.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier haben wir keine Eil- oder Dringlichkeitsentscheidungen zu genehmigen, deswegen würde ich gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 20.13 Uhr)

26. Sitzung vom 15. Juni 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung einer Skulpturengruppe Hl. Anna Selbdritt, Köln um 1500, aus rheinischem Privatbesitz an das Museum Schnütgen

1558/2023

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Anpassung der Fraktionszuwendungen"

AN/1193/2023

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verkehrsversuche einstellen – freie Fahrt für freie Bürger"

AN/1189/2023

3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Existenz und Betriebssicherheit des Kölner Großmarktes sichern"

AN/1191/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/1261/2023

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln in der Coronakrise (2020-2023) I: Aufarbeitung – Rehabilitation – Wiedergutmachung"

AN/1192/2023

3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Genozid Mahnmal - Hohenzollernbrücke"

AN/1190/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)

AN/1259/2023

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts"

AN/1187/2023

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Transparenz schaffen: Keine Geschäfte mit Firmen aus Steueroasen"

AN/1188/2023

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Zimmermann "Deutschlandticket für Schüler*innen"

AN/1250/2023

zurückgezogen

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, hier: Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen - AN/0768/2023

1671/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1234/2023

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen

1709/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1235/2023

3.2.3 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Umzug des Großmarkts beschleunigen und das Frischezentrum in Betrieb nehmen

1784/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses"

AN/0512/2023

Antwort der Verwaltung vom 16.05.2023

1651/2023

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nachfragen der Fraktion DIE LINKE zu Beantwortung der Anfrage AN 0512/2023 „Mehr Öffentlichkeit wagen: Begleitgremien des Stadtentwicklungsausschusses“"!

AN/1177/2023

Antwort der Verwaltung vom 15.06.2023

1967/2023

4.3 Anfrage der FDP-Fraktion "Umsetzungsstand Großmarkt"

AN/0826/2023

Antwort der Verwaltung vom 15.06.2023

1621/2023

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Welcome Desk - Zwischenbilanz nach einem Jahr"

AN/0786/2023

Antwort der Verwaltung vom 14.06.2023

1778/2023

4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum“"

AN/0897/2023

Antwort der Verwaltung vom 14.06.2023

1811/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 01. August 2011, hier: Neufassung der Satzung

1758/2022

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Ergänzung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen hinsichtlich der Benennung nach Frauen

1203/2023

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21

1851/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. 24, 50765 Köln-Blumenberg

0946/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilpan 1715 - Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim hier: Sanierung Kita Kalkarer Straße

0757/2023

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell

0551/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/0653/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt

AN/1258/2023

10.2 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Konrad-Adenauer-Schule, Martinusstraße 28, 50765 Köln-Esch/Auweiler, Schulnr. 114108, zum Schuljahr 2024/25

0340/2023

10.3 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Nußbaumerstraße, Nußbaumerstraße 254-256, 50825 Köln-Neuehrenfeld, Schulnr. 112471, zum Schuljahr 2024/25

0344/2023

10.4 Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Nippes mit Start im Interimsgebäude Toni-Steingass-Park, 50733 Köln-Niehl zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

0698/2023

10.5 Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen mit Start im Interimsgebäude Sürther Straße 191 / Eygelshovener Straße, 50996 Köln-Rodenkirchen gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zum Schuljahr 2024/25.

0767/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1240/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1254/2023

10.6 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Interimsgebäude Bürgerpark Nord, Escher Straße 279, 50739 Köln-Bilderstöckchen zum Schuljahr

2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

0769/2023

10.7 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im „Snake“-Gebäude, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

0772/2023

10.8 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Fitzmauricestraße in Ossendorf mit Start im Interimsgebäude „Snake“, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen

0773/2023

10.9 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Annastraße 63, 50968 Köln-Raderberg, Schulnummer 112100, zum Schuljahr 2024/25

0827/2023

10.10 Zügigkeitserweiterung der Katholischen Grundschule Osterather Straße, Osterather Straße 13, 50739 Köln-Bilderstöckchen, Schulnr. 111740, zum Schuljahr 2024/25

0935/2023

10.11 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Soldiner Straße, Soldiner Str. 68, 50767 Köln-Lindweiler, Schulnr. 185425, zum Schuljahr 2024/25

0942/2023

10.12 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Geilenkircher Straße, Geilenkircher Straße 52, 50933 Köln-Braunsfeld, Schulnr. 112422, zum Schuljahr 2024/25

0975/2023

10.13 Schulrechtliche Errichtung des Ausbildungsgangs "Gestalterin/Gestalter für immersive Medien" Fachbereich Gestaltung an der Georg-Simon-Ohm-Schule (BK 13) zum Schuljahr 2023/24

1100/2023

10.14 Schulrechtliche Erweiterung des Bildungsganges "FOS Polizei" Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Berufskolleg an der Lindenstraße (BK 3) zum Schuljahr 2023/24

1441/2023

10.15 Einrichtung des neuen Bildungsganges "Fachpraktiker/in Küche" am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20) rückwirkend zum Schuljahr 2022/2023

1442/2023

10.16 Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifach- und einer Einfachturnhalle und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Gesamtschule Lindenthal/Ehrenfeld, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2024, Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss

0887/2023

10.17 Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen

1479/2023

10.18 Erweiterter Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen

2558/2022

10.19 Umwandlung der Rechtsform des NRW KULTURsekretariats in einen Zweckverband

0695/2023

10.20 Wirtschaftsplan der Bühnen Köln für die Spielzeit 2023/24

1005/2023

10.21 Grundsatzbeschluss für den Neustart

der Bühnen Köln am Offenbachplatz ab der Spielzeit 2024/25 auf Basis der actori-Gutachten // Langfristige Anmietung des Depots in Köln-Mülheim // Aufbau einer Tanzsparte an den Bühnen Köln

1126/2023

10.22 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: Barcamp Good Practices

1566/2023

10.23 Anpassung der Satzung Private Spielflächen für Kleinkinder an die Landesbauordnung NRW 2018

3400/2020

zurückgestellt

10.24 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2021 für die Bühnen der Stadt Köln

0611/2023

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln), Jahresabschluss 2022

1536/2023

10.26 Literaturnacht Köln – Flexibilisierung in der Verwendung der Förderung für die Literaturszene Köln e.V.

1759/2023

10.27 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld -
Hier: Grundsatzbeschluss Umsetzungsmodell / Vorzugsvariante

0574/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1248/2023

10.28 Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e.V.

0055/2023

10.29 Beitritt der Stadt Köln zur Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW)

0318/2023

10.30 Projektauswahlgremium "un:box cologne"

0382/2023

10.31 Korrektur Ratsbeschluss 1141/2016 - Rücknahme der Zügigkeitserweiterung für die Königin-Luisen-Schule, Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln

0775/2023

10.32 Neubewertung des Projektes am Waidmarkt - Einstellung der Planungen für einen unterirdischen Kulturort (K3) und Perspektiven der weiteren städtebaulichen und kulturellen Entwicklung

1357/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

AN/1252/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grüne, CDU, FDP, Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1239/2023

10.33 Verlängerung des Förderprogramms "GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe" und Erhöhung des Fördervolumens

1424/2022

10.34 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für die medizinische Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine

1462/2023

10.35 Integrationsbudget 2023 - Mittelverteilung zur Realisierung einer mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch

die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln

1533/2023

10.36 Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung

2352/2022

10.37 Institutionelle Förderung des Vereins EIT Culture & Creativity e. V. für die Haushaltsjahre 2023-2030

1093/2023

10.38 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“
Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentliche Platzflächen).

1011/2023

10.39 Mitgliedschaft der Stadt Köln als außerordentliches Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)

1729/2023

10.40 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2022

1841/2023

10.41 Streetwork für die Umgebung Neumarkt / Drogenkonsumraum

1611/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/1236/2023

10.42 Wirtschaftsplan 2023 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln

1424/2023

10.43 Zuschuss zum Deutschlandticket als JobTicket

1409/2023

10.44 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2021

3454/2022

zurückgestellt

10.45 Errichtung eines Erweiterungsbaus in modularer Bauweise mit Naturwissenschaftsräumen und Rückbau der Naturwissenschaftsräume im Bestand für das Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven - Erweiterter Planungs- und Baubeschluss

3739/2022

10.46 SBK Sozial-Betriebe Köln gemeinnützige GmbH: Erneute Betrauung

1650/2023

10.47 Einführung eines Anonymen Krankenscheins in Köln

1195/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord

0502/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1247/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1255/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1257/2023

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

1225/2023

17 Gremienbesetzungen

17.1 Neubenennung eines stellv. beratenden Mitglieds des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren

1620/2023

17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Vertretung der Schulen

1678/2023

17.3 Entsendung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Verkehrsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln

1550/2023

17.4 Entsendung von Sachkundigen Einwohner*innen des Integrationsrates in die Ratsausschüsse - Umbesetzungen

1843/2023

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung UA Regionale Zusammenarbeit"

AN/1237/2023

17.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Kliniken der Stadt Köln gGmbH"

AN/1242/2023

17.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)"

AN/1241/2023

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH"

AN/1244/2023

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in das Kuratorium der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung"

AN/1243/2023

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke "Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss"

AN/1246/2023

17.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "zu TOP 17 - Gremienbesetzung Aufsichtsrat KölnBäder GmbH"

AN/0560/2023

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Verkehrsausschuss – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"

AN/1249/2023

17.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH“

AN/1260/2023

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

18.1 Finanzierung des Projektmanagements zur Durchführung des Wallraf-Jahres 2024

1619/2023

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Gabriel, Ngoc-Anh; Gärtner, Ursula; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Jeschka, Manuel; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin;

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; Feicht, Andreas; Haaks, Stefanie; Mötting, Bettina; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Escher, Annika;

Stenografen

Frau Rutkowski

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dickas, Birgit Beate; Glashagen, Jennifer; Pakulat, Sabine; Spehl, Felix; Syndicus, Karina;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 21.51 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 26. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße zunächst unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, natürlich die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates!

Ein ereignisreiches politisches Jahr geht in die Sommerpause, und bevor wir in die Sitzung eintreten, möchte ich Ihnen noch ankündigen, dass ich, wie es Tradition bei der letzten Ratssitzung ist - das ist während Corona vielleicht etwas in Vergessenheit geraten -, Sie alle, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, aber auch unsere Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse, sehr herzlich einlade, nach der Sitzung in der Piazzetta im Historischen Rathaus gemeinsam auf das Erreichte anzustoßen.

(Beifall)

- Danke schön. Ich betrachte Ihren Beifall als Zusage.

(Heiterkeit - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Sie müssen die Uhrzeit bedenken!)

- Auf die Uhrzeit haben Sie mehr Einfluss als ich.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, Ihnen wirklich meinen großen Dank auszusprechen. Ich glaube, jede und jeder von Ihnen weiß, wie auch ich weiß, was von Ihnen im Ehrenamt geleistet wird. Sie alle setzen sich in Ihrer sogenannten Freizeit, also zusätzlich zu Beruf und Familienarbeit, für die Kölnerinnen und Kölner ein. Das kann man nicht hoch genug einschätzen und genug wertschätzen.

Meine Damen und Herren! Allein heute fassen wir die Beschlüsse für drei neue Gesamtschulen und für zwei neue Gymnasien.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, das hat es so noch nicht gegeben, und es dokumentiert, wie ernst Sie und wie ernst wir auch als Verwaltung diesen Auftrag nehmen. Es können dadurch bei einer Klassengröße von 28 Schülerinnen und Schülern 567 zusätzliche Schulplätze entstehen. Das zeigt eben, mit welcher Vehemenz wir die Themen unserer Stadt angehen.

Ich danke Ihnen allen für die konstruktive Zusammenarbeit und würde mich natürlich freuen, Ihnen auch bei dem Empfang noch zu begegnen und mit Ihnen ein paar Worte zu wechseln.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Zu den Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Pakulat, Herr Spehl, Frau Glashagen, Frau Syndicus und Frau Dickas.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Scho-Antwerpes, Herrn Michel und Frau Venturini.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist eine hervorragende Idee!)

Zunächst müssen wir wie immer die Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den heutigen nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 3.2.3, TOP 7.1.1, TOP 8.1, TOP 10.46 und 10.47, Gremienbesetzung unter TOP 17.4 bis 17.13. Unter TOP 18.1 haben wir eine Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen. Im nichtöffentlichen Teil: TOP 23.6, TOP 24.7 und 24.8 und TOP 25.2.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.23, 10.44 und 24.6.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Ja, bitte sehr. Herr Wortmann, bitte.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich vermisse im nichtöffentlichen Bereich die Vorlage der Beschlussvorlage 0010/2023 zur Abmietung des Ostgebäudes. Ich habe mir einmal die Beschlussprotokolle der vorherigen Sitzungen Liegenschaft und Betriebsausschuss angeguckt. Da wird nur in die nächste Instanz verwiesen. Ich hätte gerne gewusst, wann die Unterlage wieder bei welchem Ausschuss auf dem Tisch liegt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Wortmann, aus Respekt zum Liegenschaftsausschuss haben wir das zurückgestellt, weil der Liegenschaftsausschuss es nicht behandeln konnte und nicht behandelt hat.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war gestern Abend auch schon bekannt!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir würden gerne bei TOP 10.47 Beratungsbedarf anmelden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bei welchem Punkt? Ich habe es akustisch nicht verstanden.

Matthias Büschges (AfD): Bei 10.47. Entschuldigung.

Außerdem sehen wir den TOP 10.1 gemäß unserer Geschäftsordnung § 14 als schon behandelt an und wollen dann über die veränderte Sachlage, die zu begründen ist, doch auch noch informiert werden.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: 10.1, ja!)

- Genau, 10.1. Das haben wir in der letzten Ratssitzung schon beantragt. Unsere Geschäftsordnung lässt das entsprechend nicht zu, bzw. es muss dann eine veränderte Sachlage vorliegen. Ich denke, das ist nicht der Fall. Ich lasse mich aber gerne belehren. - Was war noch?

(Zuruf: Das ist eine zurückgestellte Vorlage! - Ja!)

- Genau, das ist eine Verwaltungsvorlage. Vielen Dank!

(Zuruf: Aber die ist zurückgestellt worden vom Rat! Die ist nicht erneut eingebracht!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage wurde vom Rat zurückgestellt. Sie ist nicht neu eingebracht, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Richtig. Wir hatten einen Antrag dazu gestellt, wir als Fraktion, entsprechend. Außer bei einer veränderten Sachlage gemäß § 14 müsste es dann nicht noch einmal behandelt werden können; es hätte ja diese Drei-Monats-Sperre, außer die Sachlage hat sich geändert.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Genau, Sie sind Teil der Verwaltung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, Sie unterliegen da einem Missverständnis, -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau, so sieht es aus!)

- aber der Rat wird gleich darüber beschließen.

Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich nutze jetzt diesen Tagesordnungspunkt oder diese Nachfragemöglichkeit, um noch einmal darauf hinzuweisen: Wir haben unter den zugesetzten Vorlagen fünf Vorlagen, die durchaus eigentlich eine gewisse Fachlichkeit beinhalten. Diese sind aber nicht vorberaten in den jeweiligen Fachausschüssen. Wir erkennen an, dass einige dieser Vorlagen auch jetzt dringlich sind, aber bei manchen - ich verweise vor allen Dingen auf die SBK-Betrauung, die ein festes Datum hat, was lange bekannt ist. Das Verständnis dafür, ohne Vorberatung in den Fachgremien mit solchen Vorlagen umzugehen, ist bei uns nicht nur begrenzt, sondern sozusagen sehr limitiert. Es ist die große Bitte an die Verwaltung, doch solche Vorlagen, die nicht einer objektiven Dringlichkeit unterliegen, rechtzeitig in die Gremien zu geben, dort zu beraten und dann hier in den Rat zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann das gut nachvollziehen, Herr Joisten. Die Frage ist natürlich: Wenn die Verwaltung hier die Dringlichkeit feststellt, wie objektiv das in Ihren Augen ist. Ich kann das sehr gut nachvollziehen, worum es Ihnen geht, und ich finde das auch hoch ehrenhaft, wirklich, dass alle Ausschüsse darüber informiert sein wollen und Dinge vorbereiten wollen, genauso wie die Bezirksvertretung. Das ist selbstverständlich. - Okay. Aber vielen Dank, dass Sie es als Bitte artikuliert haben.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Dann lasse ich zunächst abstimmen über die Vertagung des Tagesordnungspunktes 10.47, der auch sehr kurzfristig auf die Tagesordnung gekommen ist.

Wer wünscht, dass der Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt wird, den bitte ich um das

Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann bleibt das auf der Tagesordnung.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob 10.1 von der Tagesordnung abgesetzt wird. Wer wünscht die Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.1?

(Zuruf von der AfD: Muss?)

- Was heißt „muss“? Wir sind hier in einer Demokratie. Sie lesen die Geschäftsordnung anders als fünf Personen, die stets und ständig damit beschäftigt sind, und anders als der Rat, der in seiner Weisheit auch die Geschäftsordnung, die er sich selbst gegeben hat, kennt.

(Allgemeiner Beifall)

Also noch einmal: Für die Absetzung ist? - Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bleibt 10.1 auf der Tagesordnung.

Ich lasse jetzt über die Dringlichkeitsanträge abstimmen. Die Fraktion DIE LINKE und Ratsmitglied Zimmermann haben heute zum Thema „Deutschlandticket für Schüler*innen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.8. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich ist dieser Antrag wichtig, aber nicht dringlich im Sinne unserer Geschäftsordnung, und ich denke, das lesen Sie genauso wie wir. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen und Besucher*innen auf der Tribüne! Ich möchte kurz die Dringlichkeit begründen. Das Land NRW hat jüngst erst die Möglichkeit geschaffen, dass das Deutschlandticket zu einem günstigeren Preis - im Gespräch sind 29 Euro - auch für Schüler und Schülerinnen angeboten werden kann. Allerdings liegt da die Verantwortung letztlich bei der Kommune, bei der Schulträgerin, also in unserem Fall bei der Stadt Köln. Daher wollen wir mit unserem Antrag eben jetzt das Verfahren in Gang bringen, damit das sozusagen schnellstmöglich eingeführt wird. Daher ist die Dringlichkeit ganz klar gegeben, weil das Ticket erst eingeführt werden kann, wenn Beschlüsse vorliegen. Das Schuljahr beginnt ja nach den Sommerferien.

Dem Vernehmen nach erarbeitet die Verwaltung allerdings schon eine Beschlussvorlage. Wenn die Verwaltung dazu etwas sagen oder eine Stellungnahme abgeben kann, würden wir unseren Antrag gegebenenfalls zurückziehen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Voigtsberger, bitte.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, ich kann Ihnen versichern, dass wir als Schulträgerin Stadt Köln ein großes Interesse daran haben, ein Schülerticket auf Basis des Deutschlandtickets schnellstmöglich zu entwickeln und auch anzubieten. Meine Kolleginnen des Amtes für Schulentwicklung arbeiten bereits - das haben Sie auch schon formuliert - an einer entsprechenden Konzeption. In dem Zusammenhang loten wir die Möglichkeiten aus, die uns das Deutschlandticket bieten kann.

Natürlich sind hierzu dann auch noch umfassende Abstimmungsprozesse innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung erforderlich. Aber wir planen aktuell, die politischen Gremien nach der Sommerpause mit dem Thema zu befassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Gut. Also ich verstehe das so, dass Sie eine Beschlussvorlage nach der Sommerpause einbringen werden, und würde dann in dem Fall den Antrag zurückziehen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann brauchen wir auch über die Dringlichkeit nicht mehr abstimmen zu lassen, wenn Sie den Antrag zurückziehen. - Vielen Dank dafür.

Ich komme jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den TOP 3.2.3 zu TOP 3.1.3 zu ziehen - es handelt es sich beide Male um den Großmarkt - und beide Tagesordnungspunkte dort gemeinsam zu behandeln - „dort“ ist 3.1.3, also vorne. Ich schlage auch vor, die Tagesordnungspunkte 3.2.1 und 3.2.2 gemeinsam zu behandeln. Zudem schlage ich vor, dass wir die Tagesordnungspunkte 10.2 bis 10.17 in einer gemeinsamen Rederunde behandeln. Es handelt sich nämlich hier immer um die Errichtung bzw. Zuständigkeitserweiterung der Schulen. Da würde ich dann die Änderungsantragsteller bitten, auch ihre Änderungsanträge im Rahmen dieser Rederunde zu begründen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung und zur gemeinsamen Behandlung der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Auch das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

*Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder.*

*Sie spricht den Mandatsträger*innen ihren Dank für deren ehrenamtlichen Tätigkeit und die konstruktive Zusammenarbeit aus.*

<u>Vor Eintritt in die Tagesordnung</u>

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt Frau Oberbürgermeisterin die Ratsmitglieder (RM) Frau Scho-Antwerpes, Herrn Michel und Frau Venturini vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Frau Oberbürgermeisterin Reker nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

3.2.3 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Umzug des Großmarkts beschleunigen und das Frischezentrum in Betrieb nehmen
1784/2023

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
1851/2023

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilpan 1715 - Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim
hier: Sanierung Kita Kalkarer Straße
0757/2023

10.46 SBK Sozial-Betriebe Köln gemeinnützige GmbH: Erneute Betrauung
1650/2023

10.47 Einführung eines Anonymen Krankenscheins in Köln
1195/2023

*17.4 Entsendung von Sachkundigen Einwohner*innen des Integrationsrates in die Ratsausschüsse – Umbesetzungen*
1843/2023

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung UA Regionale Zusammenarbeit"
AN/1237/2023

17.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Kliniken der Stadt Köln gGmbH"

AN/1242/2023

17.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)"

AN/1241/2023

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH"

AN/1244/2023

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in das Kuratorium der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung"

AN/1243/2023

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke "Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss"

AN/1246/2023

17.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "zu TOP 17 - Gremienbesetzung Aufsichtsrat KölnBäder GmbH"

AN/0560/2023

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen: Verkehrsausschuss – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"

AN/1249/2023

17.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH“ AN/1260/2023

18.1 Finanzierung des Projektmanagements zur Durchführung des Wallraf-Jahres 2024

1619/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

23.6 Abschluss eines langfristigen Mietvertrages, Regentenstrasse, 51063 Köln 0494/2023

24.7 Krankenhaus Porz - Verbesserung der Corporate Governance

1938/2023

24.8 RheinEnergie AG

1664/2023

25.2 Bestellung einer Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

1756/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.23 Anpassung der Satzung Private Spielflächen für Kleinkinder an die Landesbauordnung NRW 2018 3400/2020

10.44 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2021 3454/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

24.6 Abmietung des Ostgebäudes vom Stadthaus Deutz, Willy-Brandt-Platz 3, 50679 Köln 0010/2023

III. RM Wortmann fragt, warum die Vorlage unter TOP 24.6 n.ö.T. nicht behandelt wird. Herr Beigeordneter Greitemann erläutert, dass die Vorlage in der letzten Sitzung des Liegenschaftsausschusses nicht vorberaten wurde und deshalb zurückgestellt wird.

RM Büschges meldet Beratungsbedarf an zu

TOP 10.47

Einführung eines Anonymen Krankenscheins in Köln 1195/2023

Er weist außerdem darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt

TOP 10.1
Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell
0551/2023
mit den dazugehörenden Änderungsanträgen

gemäß § 14 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen nur dann heute behandelt werden dürfe, wenn eine Änderung der Sachlage begründet würde.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert, dass es sich um eine Angelegenheit handele, die in der letzten Ratssitzung zurückgestellt worden sei.

RM Joisten weist daraufhin, dass 5 Vorlagen, die direkt in die heutige Sitzung eingebracht wurden, wegen ihrer Fachlichkeit in den Ausschüssen hätten vorberaten werden müssen. Er bittet zukünftig, solche Vorlage rechtzeitig in die Beratungsfolge einzubringen, damit auch die Ausschüsse gehört werden können.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Vertagung von TOP 10.47 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Danach lässt sie über die Absetzung von TOP 10.1 von der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte TOP 10.1 und TOP 10.47 bleiben demnach auf der Tagesordnung.

*V. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke. und von RM Zimmermann zu dem Thema "Deutschlandticket für Schüler*innen", AN/1250/2023, vor.*

RM Busch spricht sich gegen die Dringlichkeit aus.

Auf Nachfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) erläutert Herrn Beigeordneten Voigtsberger, dass die Verwaltung umfassende interne und externe Abstimmungsprozesse einleiten werde, um ein Schülerticket auf Basis des Deutschlandtickets vorzubereiten. Dies werde nach der Sommerpause in die Gremien eingebracht.

Die Fraktion Die Linke. und RM Zimmermann (GUT Köln) ziehen daraufhin ihren Dringlichkeitsantrag zurück.

VI. Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 3.2.3

Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Umzug des Großmarkts beschleunigen und das Frischezentrum in Betrieb nehmen
1784/2023

und

TOP 3.1.3
Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Existenz und Betriebssicherheit des Kölner Großmarktes sichern"
AN/1191/2023 mit dem Änderungsantrag AN/1261/2023

zusammen unter TOP 3.1.3 zu behandeln.

Sie schlägt ebenfalls vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 3.2.1
Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, hier: Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen - AN/0768/2023

1671/2023
mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion, AN/1234/2023,

und

TOP 3.2.2
Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen

zu Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen

1709/2023
mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion, AN/1235/2023,

zusammen zu behandeln.

Des Weiteren schlägt Frau Oberbürgermeisterin Reker zu den Vorlagen bezüglich der schulrechtlichen Einrichtungen bzw. Zügigkeitserweiterungen unter TOP 10.2 bis 10.17 eine gemeinsame Rederunde mit getrennter Abstimmung vor.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Schenkung einer Skulpturengruppe Hl. Anna selbdritt, Köln um 1500, aus rheinischem Privatbesitz an das Museum Schnütgen

1558/2023

Uns soll eine Skulpturengruppe geschenkt werden, und zwar Die Heilige Anna selbdritt, Köln um 1500, aus rheinischem Privatbesitz. Das Geschenk soll an das Museum Schnütgen gehen.

Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, Herr Zimmermann, die FDP-Fraktion, Volt, Herr Wortmann, Die FRAKTION, die AfD-Fraktion und Frau Gabriel. Habe ich jetzt alle? - Ja. Also alle. Dann gibt es keine Gegenstimmen und Enthaltungen.

Ich bedanke mich sehr bei dem Schenker und freue mich über die Vervollständigung unserer Sammlung im Museum Schnütgen.

(Allgemeiner Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Skulpturengruppe Hl. Anna Selbdritt, Köln um 1500, aus rheinischem Privatbesitz an das Museum Schnütgen mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend "Anpassung der Fraktionszuwendungen" AN/1193/2023

Ich gebe Herrn Kienitz als Erstem das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu Beginn der Wahlperiode die Fraktionsfinanzen neu strukturiert und neu aufgestellt, auch im Sinne größerer Transparenz. Diese Transparenz beinhaltete auch, dass wir uns damals auf keinen Automatismus geeinigt haben, was die Personalkosten betrifft, und Sie alle konnten verfolgen, dass sich in den letzten Monaten die Inflation und die allgemeinen Preissteigerungen auch in den Tarifverhandlungen für die Angestellten, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst auf die Tarifabschlüsse übertragen haben.

Insofern vollziehen wir jetzt in der Tat - auch als Gesichtspunkt der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit - für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen diesen Tarifabschluss und haben insofern diesen Antrag hier fraktionsübergreifend eingebracht und bitten daher um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker! Meine Damen und Herren! Liebe alle! Auch wir von der Fraktion Die FRAKTION begrüßen natürlich mehr Geld. Wir haben es bisher noch nicht geschafft, alles auszugeben. Wir könnten also auch die Tarifvertragserhöhungen ohne eine Erhöhung der Fraktionszuwendungen mitmachen.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Sie sind doch auch Linker!)

- Na ja, ich weiß nicht. Ich glaube, das Problem ist, wenn ich hier gerade aus der linken Ecke SPD höre, dass wir unseren Geschäftsführer zum Beispiel nicht netto mit irgendwas - fünf oder so - entlohnen, sondern deutlich weniger zahlen.

Vielleicht ist das auch eine Möglichkeit, dass Sie einmal darüber nachdenken, Spitzenpersonal ungefähr in die Region zu holen, wo der normale Bürger arbeitet. Dann müssten wir jetzt auch nicht erhöhen. Aber wir machen es, wie gesagt, gerne mit. Wir finden schon etwas, wie wir das Geld ausgeben. Jetzt, wo wir im Selbstbedienungsladen drin sind, wollen wir den natürlich nicht zumachen.

Zwei, drei Wörter noch zu den zu erwartenden Äußerungen von der „NAFDP“. Ich bin sicher, dass ähnlich populistische Phrasen, wie jetzt von mir geäußert, auch da erfolgen. Aber ich erinnere daran, dass Sie es relativ schnell geschafft haben, bei der ganzen Sache mitzumachen.

An dieser Stelle auch noch einmal: Entschuldigung, dass wir einen mehrstelligen Millionenbetrag durch die durch uns veranlasste Änderung des Parteifinanzierungsgesetzes Ihnen haben leider nicht mehr zufließen lassen können. Passiert. Aber ich denke, dass Sie sicherlich auch mit dem Geld, das Sie jetzt bekommen, arbeiten können, um Ihre Peergroup oder „Kameradschaft“, wie man vielleicht in Ihren Kreisen sagt, zu unterstützen.

Letztlich noch eine kleine Anmerkung zur Finanzierung: Wir begrüßen es, dass das aus dem Teilplan 0301 finanziert wird - Schulträgeraufgaben. Wir denken, dass die Schule sowieso vor dem Hintergrund des Klimawandels überbewertet wird. Und ja: In der Politik braucht man auch keine Schulbildung. Insofern: Die Politik ist die Schule der Nation. Wir werden diesem Antrag, den wir mit gestellt hatten, natürlich 100 Prozent zustimmen. - Danke.

(Bernd Petelkau [CDU]: Wirklich?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum auf der Tribüne und im Livestream! Also, Herr Hock, wir haben sicher einiges an Verwendung dafür. Zum Beispiel haben wir ein Symposium geplant. „Sozialismus hat bisher noch keinen Tisch gedeckt“. Dazu werden wir Sie auch gerne einladen, dann können Sie auch noch etwas lernen.

(Beifall bei der AfD - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das ist eine kommunale Veranstaltung, das dürfen Sie doch gar nicht!)

Aber kommen wir zum Antrag - bzw. Herr Kienitz, das war auch ziemlich dünn, muss ich ehrlich sagen. Ich habe mir ein bisschen mehr erhofft von Ihnen, wie Sie das noch einmal rechtfertigen wollen.

Kommen wir zum Antrag - durchaus interessant: Sie wollen Einmalzahlungen von 3 000 Euro pro Beschäftigten. Sie wollen den Sockelbetrag der Fraktionen um 16 500 Euro pro Jahr erhöhen und im nächsten Jahr dann die Pauschalbeiträge pro Ratsmitglied nach oben korrigieren. Ganz so wie in normalen Betrieben, könnte man meinen, wenn der Betrieb laufen und die derzeitige Politik ihm das Leben nicht unnötig schwer machen würde.

Zugegeben, dass die meisten Faktoren nicht von uns hier reguliert werden können. Trotzdem

haben Sie bei den Dingen, die wir regulieren könnten, eine kunterbunte Diversity-Brille auf, setzen falsche Prioritäten und belohnten im letzten Jahr erst Ihre sachkundigen Bürger und Einwohner und dieses Jahr dann sich selbst.

Ich sage Ihnen: Das Geld ist definitiv sinnvoller eingesetzt, zum Beispiel in der Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe aufmerksam die Debatte - also, es war eigentlich keine Debatte; es war mehr eine Stellungnahme - in den Medien verfolgt und muss Sie ernsthaft fragen, ob Sie das alles so ernst meinen. Ich finde, der Beitrag von Herrn Kienitz gerade, aber auch Herr Joisten und Herr Hammer wollten die Erhöhungen mit gestiegenen Personalkosten durch die Anpassung des TVöD rechtfertigen. Und der *Kölner Stadt-Anzeiger*, den ich hier kurz inhaltlich zitiere, schilderte zusätzlich Probleme der Fraktionen und deren Mitarbeiter, die - jetzt halten Sie sich bitte fest - die Menschen da draußen schon seit Jahren kennen. Gestiegene Lebenshaltungskosten, Inflation, Energie- und Wirtschaftskrise treffen nämlich komischerweise erst die normalen Bürger und dann die Politik.

Im letzten Jahr habe ich Sie gefragt, was denn ein Liter Milch kostet, und der Zwischenruf, den ich aus dem Plenum bekam, erinnerte mich an eine Melange aus Abgehobenheit, Dekadenz und Unbedarftheit: Da sollen sie doch Hafermilch trinken!

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Tun wir ja!)

- Ja, offensichtlich. Das ist nur ein bisschen teurer.

Wenn Minister uns erklären, dass wir zum Waschen einen Waschlappen verwenden sollen oder dass das Duschen nicht einmal täglich sein muss, lässt das jemanden wie uns - und ich hoffe doch, auch den einen oder anderen von Ihnen - kopfschüttelnd und ehrlich ratlos zurück.

Meine Damen und Herren! Wie wollen Sie denn den hart arbeitenden Menschen, die Ihre Erhöhung mit viel Schweiß bitter erwirtschaften müssen, noch begegnen? Erwarten Sie denn wirklich Verständnis von denjenigen, die Ihre Kollegen in Düsseldorf, Berlin und Brüssel arm machen?

In meiner Familie wurde über Generationen das folgende Sprichwort weitergegeben: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“ Ich denke, es sind die Qualitäten einer Fraktionsgeschäftsstelle, genau so zu leben. Das Geld brennt nicht. Es tut einem auch nicht weh, wenn man es zur Seite packt und sparsam haushaltet. Sie sollten also, statt hier so einen Antrag zu stellen und so peinlich zu begründen, Ihre Fraktionsgeschäftsstellen nicht aufblähen, sondern sich mit Sparsamkeit in Demut gegenüber denjenigen üben, die für diese Erhöhung hart arbeiten müssen.

Wir stellen deswegen fest: Es gibt keine Notwendigkeit, die Fraktionszuwendung anzupassen, und lehnen Ihren Vorschlag selbstverständlich ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse dann darüber abstimmen. Ich rufe noch einmal 3.1.1 auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Herr Zimmermann hat sich auch enthalten!)

- Das habe ich nicht gesehen. Herr Zimmermann hat sich auch enthalten und Frau Gabriel auch. Trotzdem bei drei Enthaltungen[2] so beschlossen.

Beschluss:

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses 1257/2020 vom 05.11.2020 werden die Zuwendungen an die Rats-Fraktionen für die sachlichen und personellen Aufwendungen der Fraktionsgeschäftsstellen folgendermaßen angepasst und geändert:

1. *Für die Zahlung des „Inflationsausgleichgeldes“ gemäß dem Tarifabschluss vom 22.04.2023 erhalten die Fraktionen Einmalzahlungen von insgesamt 3.000,- € pro*

[2] Frau Oberbürgermeisterin Reker hat sich ebenfalls enthalten.

Angestelltenvollzeitstelle. Dabei wird die Anzahl der Vollzeitstellen pro Fraktion zum 01.03.2023 zugrunde gelegt. Die Zahlung wird gemäß der Regelung des Tarifabschlusses als einkommensteuerfreies "Inflationsausgleichsgeld" ausgezahlt. Auch Teilzeitbeschäftigte erhalten das Inflationsausgleichgleich anteilig ihres Beschäftigungsumfanges. Sollte für Beamte auch eine Regelung vom Gesetzgeber zum Investitionsausgleich beschlossen werden, ist bei ihnen analog zu verfahren.

2. *Für ihre Geschäftsführung erhält jede Fraktion einen Sockelbetrag von 186.500 € pro Jahr.*

3. *Darüber hinaus werden der Pauschalbetrag je zusätzlichem Ratsmitglied (ab dem 4. Ratsmitglied) ab dem 01.03.2024 wie folgt angepasst:*

+ 1 RM:	*60.350 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 4 Ratsmitgliedern)*
+ 2 – 5 RM:	*54.850 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 5 – 8 Ratsmitgliedern)*
+ 6 – 9 RM:	*52.100 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 9 – 12 Ratsmitgliedern)*
+ 10 – 13 RM:	*49.370 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 13 – 16 Ratsmitgliedern)*
+ 14 – 17 RM:	*46.620 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 17 - 20 Ratsmitgliedern)*
+ 18 – 21 RM:	*45.250 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 21 – 24 Ratsmitgliedern)*
+ 22 – 24 RM:	*43.900 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 25 – 27 Ratsmitgliedern)*
+ 25 – 27 RM:	*42.500 €/je Ratsmitglied im Jahr (Fraktion aus 28 – 30 Ratsmitgliedern)*

4. *Die Deckung erfolgt aus dem Teilplan 0301 – Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) sowie der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Verkehrsversuche einstellen - freie Fahrt für freie Bürger" AN/1189/2023

Das Wort hat Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream und auf der Tribüne! Wir blicken mit unserem Antrag auf die vielen fehlgeleiteten und unsinnigen Verkehrsversuche zurück und wollen am liebsten gemeinsam mit Ihnen darüber resümieren. Die Deutzer Freiheit, die, so dachten wir, wie kein anderes Projekt

(Lukas Lorenz [SPD] verlässt kopfschüttelnd den Raum)

für die Autofeindlichkeit des Bündnisses steht, entfachte schnell einen Streit über die wahre Motivation. Auf der einen Seite waren die guten Menschen, die eben nicht gerne mit einem Auto fahren und ihre Einkäufe mit einem Lastenfahrrad erledigen können - hören Sie ruhig einmal zu, auch hier vorne! - und auf der anderen Seite Unternehmer wie Friseure oder Handwerker, die auf den Durchgangsverkehr angewiesen sind. Wir sind nämlich darauf angewiesen, dass Menschen vor den Laden fahren und dort dann einkaufen.

Diese unterschiedlichen Meinungen wurden aber schnell weggewischt. Es sei doch nur ein Versuch, und man könne danach diesen Versuch qualifiziert auswerten - als ob. Jetzt ist das Problem, dass die Menschen, die auf die Autos

angewiesen sind, immer noch nebenbei ihr tägliches Geschäft haben - Herr Joisten, hören Sie auch ruhig zu! - und sich nicht darauf konzentrieren können, sich auf Fahrradwege zu kleben oder sonst Zeit haben, ihren Protest zu verkünden. Diese Menschen finanzieren im Übrigen auch Ihre gerade beschlossene, großzügige Erhöhung.

(Starker Beifall bei der AfD)

Beigeordneter Egerer betonte stets, dass die Verkehrsversuche nicht die Idee der Verwaltung gewesen seien, sondern sie würden in der Politik geboren, und da kommt vor allem das Bündnis in die Verantwortung. Da kann man bei der CDU auch große Krokodilstränen im *Kölner Stadt-Anzeiger* weinen; Sie sind mit dafür verantwortlich, Sie tragen die Konsequenzen, und das merken immer mehr Menschen.

Der Vorschlag der SPD auch im Verkehrsausschuss war mindestens genauso aberwitzig. Sie wollen noch mehr Kommunikation mit den Bürgern, als wenn irgendwelche Stuhlkreise oder Arbeitskreise, oder wie auch immer, den Menschen vor Ort helfen würden, wenn die Lauf- und Fahrkundschaft einfach wegbricht. Was erwarten Sie denn? Dass Ihre ständige Leier von „mehr Verantwortung für das Klima“ den Menschen irgendwann einleuchtet, wenn kein Geld mehr verdient wird?

Und ich habe es im Verkehrsausschuss schon gesagt, dass Sie, geschätzte Kollegen der SPD, lieber einmal den Gedanken - -

(Jürgen Kircher [SPD]: Ich habe Ihnen schon zugehört! Sagen Sie doch einmal etwas Richtiges!)

- Das habe ich mir gedacht! Ich merke, dass Sie mir nicht zuhören, Herr Kircher. Es täte Ihnen aber ganz gut.

(Jürgen Kircher [SPD]: Sie schreien dazwischen!)

Deswegen noch einmal für Sie, Herr Kircher - ich habe es im Verkehrsausschuss schon gesagt - -

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges hat jetzt das Wort!

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie lieber einmal den Gedanken zu, dass die Menschen die Verkehrsversuche nicht ablehnen, weil es keine ausreichende Kommunikation gibt, sondern weil Verkehrsversuche in ihren Augen einfach himmelschreiender Blödsinn sind.

(Beifall bei der AfD)

Man rettet das Klima nicht, um einmal bei Ihren Vokabeln zu bleiben, wenn man Verkehrsversuche einrichtet. Man rettet das Klima, wenn man den ÖPNV ausbaut, wenn man eine attraktive Alternative zum Auto schafft - nicht aber, wenn man die Leute nur sauer macht und man ewig Straßen, wie zum Beispiel die Trankgasse, autofrei machen möchte. Ein Treppenwitz ist das; denn man steht trotzdem stundenlang im Stau, um die wichtige Straße am Dom nicht befahren zu dürfen. Also fahren die Menschen eher am Konrad-Adenauer-Ufer entlang oder die Nord-Süd-Fahrt herunter. Und fahren Sie das einmal morgens! Das ist wirklich nicht schön. Beides ist nicht sinnvoll. Zudem tun wir weder dem Klima noch den Autofahrern einen Gefallen, und die Leute sind zu Recht frustriert über diesen Irrsinn.

Meine Damen und Herren! Halten wir fest: Die Verkehrsversuche sind gescheitert. Rufen Sie sich ins Gedächtnis, dass die meisten Bürger, die unseren Wohlstand erarbeiten, meistens auch dafür ein Auto brauchen. Dazu kommt, dass diese Schikanen - und anders kann man es wirklich nicht nennen - alle Kölner und Gäste Zeit und Kraft kosten. Sie werden keinesfalls jemanden finden, der im Auto sitzt und sagt: Gott sei Dank stehe ich jetzt im Stau und kann einmal etwas fürs Klima machen! - Vielmehr sitzen die Menschen in den Autos und ärgern sich - ja, ich hätte jetzt etwas anderes gesagt -,

(Jürgen Kircher [SPD] lacht abschätzig)

aber sie werden sich bei der nächsten Kommunalwahl genau daran erinnern.

Falls es Ihnen nicht so weh tut - jetzt hören Sie genau zu; ich baue eine goldene Brücke - -

(Zuruf bei der LINKEN: Boah!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist abgelaufen.

Matthias Büschges (AfD): Einen Satz noch.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja eine goldene Brücke!)

Der verkehrspolitische Sprecher der FDP vertritt im Verkehrsausschuss auch diese Position. Daher bitten wir um Zustimmung für unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. *stellt fest, dass die bisherigen Verkehrsversuche z.B. auf der Deutzer Freiheit, der Venloer Straße und der Trankgasse in Köln gescheitert sind.*
2. *beauftragt die Verwaltung einen sofortigen Stopp für die vorgenannten drei Verkehrsversuche.*
3. *Des Weiteren werden dem Stadtrat die ein Kosten- und Zeitplan zur Wiederherstellung von öffentlichen Parkraum in der Innenstadt und Temporeduktionen auf der Inneren Kanalstraße vorgelegt*
4. *Darüber hinaus wird dem Stadtrat eine Liste der Straßen vorgelegt, wo die Geschwindigkeit in den letzten 5 Jahren reduziert wurde.*
5. *Die Vorlage der Liste und Pläne hat bis 3. Quartal zu erfolgen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkte

3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Existenz und Betriebssicherheit des Kölner Großmarktes sichern"
AN/1191/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1235/2023

3.2.3 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Umzug des Großmarkts beschleunigen und das Frischezentrum in Betrieb nehmen
1784/2023

Hierzu hat zunächst Frau Steinmann das Wort.

(Lisa Steinmann [SPD]: Jetzt kommt frischer Wind! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt!)

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Gäste! Und allen voran: Liebe Händlerinnen und Händler des Kölner Großmarktes, hier zum Teil auf der Tribüne und unten am Alter Markt! Wir freuen uns sehr und ich danke Ihnen persönlich sehr, dass Sie heute zu für Sie nachtschlafender Zeit den Weg vors Rathaus gewagt haben und für Ihre Stimme und für Ihre Interessen nicht nur die Trillerpfeifen, sondern auch die Worte erhoben haben. Und danke für die Geschenke und dafür, dass Sie deutlich gemacht haben, wofür Sie uns wichtig sein müssen.

(Beifall bei der SPD und Ralph Sterck [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Ratsmitglieder wissen das, aber ich sage es noch einmal für die Tribüne: Beifallsbekundungen gibt es im Rat nicht.

(Christian Joisten [SPD]: Hier unten schon!)

Lisa Steinmann (SPD): Hier unten schon. - Sehr geehrte Damen und Herren! Seit fast 30 Jahren versuchen Politik und Verwaltung mittlerweile erfolglos, einen neuen Standort für den Kölner Großmarkt zu finden. Inzwischen muss auch die Suche nach einem Investor für den Bau eines zukunftsfähigen Frischezentrums in Marsdorf - nicht zuletzt durch den Beschluss des Bündnisses der Flächenverkleinerung auf zehn Hektar zugunsten der Umsiedlung des FC - als gescheitert betrachtet werden.

Ich zitiere an dieser Stelle, mit Gestattung der Sitzungsleitung, die Seiten der Stadt Köln, die das 1940 entstandene, mittlerweile denkmalgeschützte Gebäude weiterhin zu Recht wohlfeil auf ihren Seiten anführt:

> Mit kommunalen Großmärkten werden Erzeugerinnen und Erzeuger, Großhandel und mittelständischer Lebensmitteleinzelhandel sowie die Gastronomie und die Wochenmarktbeschicker zum Vorteil der Verbraucherinnen und Verbraucher regional zusammengeführt.
>
> […] Der Kölner Großmarkt ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt Köln zur Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse und sonstigen Lebensmitteln.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen hier von Tagesaufkommen von 5 000 Kunden. Von ehemals 220 Unternehmen sind aktuell noch 160 vor Ort mit weit über 2 000 Arbeitsplätzen. Wir sprechen hier von einer Wirtschaftskraft in Höhe von 450 Millionen Euro. Allein das ist für diese Stadt unverzichtbar.

Ich gehe noch einmal in das Zitat. Ein weiterer Punkt auf der Seite der Stadt Köln - besser kann man es nicht formulieren:

> Zur klassischen Kundschaft des Großmarktes gehören der Lebensmitteleinzelhandel, Wochenmarktbeschicker, Kantinen, Restaurants, Hotels und sonstige Großverbraucher wie Krankenhäuser und Altenheime.

Besser kann man es nicht zusammenführen. Der Großmarkt, meine Damen und Herren, geht uns alle an: Ein leckeres Essen im Restaurant, frisches Obst und Gemüse aus dem Lebensmittelhandel und auf dem Wochenmarkt oder ein erfrischender Cocktail mit Früchten, die bei uns so nicht wachsen. Diese Zutaten kommen allesamt über die Zwischenstation Großmarkt zu uns auf den Teller.

Der Großmarkt ist also nicht nur Absatzmarkt für regionale Erzeuger, sondern zentraler Umschlagplatz mit weltweitem Warenumschlag für frisches Obst und Gemüse und ist gemeinsam mit den Kölner Wochenmärkten unseres Erachtens ein Teil der Daseinsvorsorge.

(Beifall bei der SPD)

Um die Existenz des Großmarktes und den Betrieb am jetzigen Standort zu sichern, haben wir gemeinsam mit FDP und LINKEN und Thor Zimmermann einen Antrag auf die Tagesordnung gebracht, den ich Ihnen inbrünstiger nicht ans Herz legen kann. Wenn wir jetzt nicht handeln, ist 2025 Schluss mit der zuverlässigen Versorgung der Bevölkerung. Die Verlängerung des Großmarktbetriebes in Raderthal um weitere drei Jahre ist zwingend bis 2028, gleichwohl bis zu einem fließenden Übergang in ein zukünftiges Frischezentrum.

Die Stadtverwaltung muss jetzt endlich die Chance nutzen, ein Konzept zu entwickeln und einen sicheren Standort für ein modernes Frischezentrum zu finden, das den Bedarfen in einer Großstadt und der Region gerecht wird. Die Händler stehen vor einer ungelösten Zukunft, und das bedroht sie nicht nur existenziell. Ich zitiere die Stadt Köln auf ihrer Website:

> Internationale Geschäftsbeziehungen des überwiegend zertifizierten Großhandels sorgen für eine Vielfalt und hohe Qualität der angebotenen Waren.

Wenn Sie diese wertschätzenden Worte ernst nehmen, dann müssen wir jetzt gemeinsam den Händlerinnen, den Kunden und dieser Wirtschaftskraft Gehör verschaffen und die Anliegen vor Ort ernst nehmen.

Es herrschen teils katastrophale Arbeitsbedingungen, es gibt keine Kommunikation konkret mit der Verwaltung, um Sorgen, Nöte und Anliegen konkret bei der Verwaltung zu reklamieren und Verbesserungen einzufordern. Wenn die Schrankenanlagen kaputt sind, ist keiner zuständig.

> (Pia Gies zeigt der Rednerin einen Zettel auf dem steht: „Redezeit ist abgelaufen“)

- Wir haben zwei Tagesordnungspunkte; ich meine, 3.2.3 gehört dazu. Ich bin noch nicht ganz fertig, aber die drei Sätze zum Antrag gestatten Sie mir zu vollführen.

Es ist ein Zustand mit den Toilettenanlagen, mit den AWB und mit Fremdmüllveranlagung, der ist nicht nur unwürdig für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und für die Händler, sondern auch für die Kunden.

Zum Interessensausgleich hat über ein Jahr ein Gremium getagt - im Mai 2022 letztmalig. Deswegen sind wir der Meinung: Hier braucht es eine direkte, und zwar in der Sommerpause schon angeführte zentrale Anlaufstelle, eine Art Runden Tisch, der die Interessen der Händler*innen mit einem offenen Ohr bedient und zu Lösungen führt.

Wer es mit der Versorgung der Menschen und der Existenz und der Wirtschaftskraft der Leistungsträger ernst meint, muss jetzt handeln.

Meine Anmerkung zu der Verwaltungsvorlage zu dem Hinweis aus der BV Nippes zu Punkt 3.2.3 betrifft nicht so ganz den Antrag heute, weil wir uns lediglich auf den Standort Raderberg beziehen, aber natürlich begrüßen wir das Ansinnen aus der Bezirksvertretung Nippes, dass die Stadt jetzt schnell in die Planungshoheit kommt, ein Konzept und einen schnellen Umzug für ein zukünftiges, zukunftsfähiges Frischezentrum zu ermöglichen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Normalerweise sagen Mann und Frau: Wenn eine Planung älter ist als zehn Jahre, ist sie eigentlich überholt. Seit 30 Jahren steht fest: Der Großmarkt braucht einen neuen Standort, und es muss ein modernes Frischezentrum werden. Das sind sozusagen die zwei Ankerpunkte für dieses Projekt.

Ich glaube aber inzwischen, meine Damen und Herren, dass sich in den letzten fünf Jahren viel geändert hat. Das Thema gesunde und bezahlbare Ernährung mit regionalen Produkten als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge steht hier im Raum, ohne dass wir es ergreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kann und muss das nicht eine Perspektive für eine neuen Frischemarkt sein? Das frage ich Sie alle. Sollten wir uns nicht dieser Frage stellen und dieses Projekt unter einem neuen Vorzeichen neu anschieben?

Der Ernährungsrat der Stadt Köln und Umgebung schreibt in seiner Broschüre *Impulse* für kommunale Ernährungswende - ich zitiere -:

> Der Großmarkt soll erhalten und modernisiert werden, zum Beispiel durch einen stärkeren Fokus auf regionale und nachhaltige Produkte oder klimaneutrale Logistik. Er sollte ergänzt werden durch neue, dezentrale Orte […], die Logistik, Verarbeitung und Bildung im Ernährungsbereich bündeln.

Das ist der Ernährungsrat, mit dem wir eigentlich alle sehr gut zusammenarbeiten. Wir reden inzwischen viel von Transformationen, Wende etc. pp., und ich kann mich gut daran erinnern, wie ich im Jahre 2002 hier im Rat im Zuge der Auseinandersetzung um die GAG-Privatisierung gesagt habe: Wohnungspolitik ist Daseinsvorsorge. Die CDU ist hochgesprungen und hat widersprochen.

Und ich frage mich jetzt heute: Ist nicht das, worüber wir diskutieren - gesunde Ernährung mit regionalen Produkten - auch in der heutigen Zeit Daseinsvorsorge?

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich frage Sie, Herr Petelkau: Wie sehen Sie das denn heute? Wie würden Sie das denn sehen? Weil in der GAG-Auseinandersetzung damals waren Sie zurück, und ich habe so den Eindruck, dass Sie in Sachen gesunde Ernährung gar nicht in der Poleposition sind, wo man eigentlich als moderne Großstadtpartei sein sollte. Haben Sie Lehren aus der ganzen Diskussion damals über die Frage der Daseinsvorsorge gezogen?

Daseinsvorsorge bei bezahlbarer Ernährung verändert sich. Ich sage ja auch gar nicht, meine Damen und Herren, wir wollen die Schlachterei oder die Molkerei wieder städtisch haben. Das würde kein Mensch sagen.

(Lino Hammer [DIE LINKE]: Nein! - Niklas Kienitz [CDU]: Könnte man mit angeben!)

- Ja, aber das war einmal Daseinsvorsorge, und diese Zeiten sind vorbei. Es ändert sich, und wir müssen diese Frage der Daseinsvorsorge mit gesunder Ernährung, mit einem Frischemarkt, mit unseren Großhändlern neu aufwärmen.

Eine Landwirtin - Frau Dorle Gothe, Mitglied der Regionalwert AG Rheinland - hat in der *StadtRevue* auf Folgendes hingewiesen - ich zitiere -:

> Ernährungssouveränität ist kein nice-to-have. Es geht darum, die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln zu sichern. Wir sollten mehr Gemüse essen, stellen aber nur 20 Prozent unseres Gemüses selbst her.

Diese Fragestellung von Herstellung, Logistik, Verbreitung - das ist der Punkt, an dem wir arbeiten und ansetzen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Danke, Herr Michel, dass Sie als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses diese Diskussion auch mit befeuern. Der Rat und die Stadtgesellschaft brauchen in dieser Situation, in der wir etwas verkantet sind, neue Perspektiven. Aber auch die örtlichen Markthändler dürfen unter diesem Chaos, in dem wir uns befinden, nicht leiden. Sie brauchen eine Perspektive bis 2028. Deshalb dieser Antrag.

Auf der einen Seite müssen wir Sicherheit und Planungssicherheit schaffen, wir müssen Perspektiven schaffen, und wir müssen auf die Markthändler zugehen, um mit ihnen gemeinsam dieses Problem zu wuppen und zu versuchen, das gemeinsam zu entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist unsere Position, und ich glaube, diesen Weg sollten wir gemeinsam gehen. Der neue Gedanke „Was ist Daseinsvorsorge in der Frage der Ernährung, der regionalen Vermarktung?“ ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, und wir müssen diese Sache auch weiter diskutieren. Wenn wir einen Frischemarkt machen, müssen wir das erweitern mit einem Bildungstool, Ernährungswissenschaften etc. pp. Das muss die Perspektive sein.

Und ich würde mir wünschen, Herr Wolfgramm, dass wir an diesem Punkt gemeinsam mit Ihnen ansetzen könnten und einen Diskussionsprozess entwickeln. Wir brauchen aber - und das ist immer wieder die Frage: wir stehen zeitlich unter Druck - , um mehr Vertrauen zu schaffen, Planungssicherheit. Meine Damen und Herren, die müssen wir schaffen. Wir müssen im Prinzip diesen Weg gehen; einen anderen Weg gibt es nicht.

Zu den aktuellen Missständen am Großmarkt: Die müssen wir abstellen. Deswegen unser Antrag, dass wir gesagt haben: Wir brauchen diesen Runden Tisch, damit wir es gemeinsam mit den Markthändlern entwickeln können, also konkrete Politik und Perspektiven entwickeln und ein neues Format schaffen, damit wir auf die aktuelle Situation vorbereitet sind.

Insofern kann ich nur sagen: Die Bezirksvertretung Nippes ist auf dem richtigen Weg. Das hier hat sie nämlich auch anerkannt und gesagt: Lasst uns diesen Weg mit dem Großmarkt gehen.

Liebe Kolleginnen von den Grünen, ich würde nur hoffen, dass von Ihnen da ein bisschen mehr Initiative entsteht. Sogar die Kölner CDU oder zumindest Teile davon sind auf dem richtigen Weg. - Danke schön.

(Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt! - Zuruf: Das ist aber ein schwacher Änderungsantrag! - Zuruf: Meine Güte! - Zuruf: Ohne Planungssicherheit für 28! Den Problemen gehen Sie aus dem Weg! - Bernd Petelkau [CDU]: Das ist gar kein Problem!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Ratssaal! Liebe Zuschauerinnen an den Endgeräten und vor allem liebe Gäste hier im Ratssaal! Worum geht es bei dem Thema Großmarkt? Bei dem Thema Großmarkt geht es selbstverständlich um Daseinsvorsorge und gesunde Ernährung. Ein Thema - insbesondere das letzte -, was wir hier in vielen Anträgen auf Initiative der Grünen immer wieder beschlossen haben.

Es geht hier heute aber auch um 2 000 Arbeitsplätze, und es geht um eine Vielzahl von Unternehmen. Last but not least - und das ist eigentlich der entscheidende Knackpunkt -: Es geht hier heute auch um Vertrauen, Vertrauen in den Rat der Stadt Köln, Vertrauen in das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Bühne und auch zu Hause! Diejenigen, die regelmäßig einschalten oder hier sind, werden sich erinnern: Es sind gerade einmal 25 Monate ins Land gezogen, als hier der Rat der Stadt Köln auf Antrag der Grünen, der CDU und Volt einen Acht-Punkte-Antrag verabschiedet hat. In diesem Antrag stand drin: Es wird ein Interessensausgleich geschaffen, um die Interessen der Markthändlerinnen und Markthändler in den Blick zu nehmen. Es wurde eine Planungssicherheit bis Ende 2025 beschlossen. Es wurde beschlossen, sofort geeignete Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen. Es wurde beschlossen, ein Verkehrskonzept zu entwickeln. Es wurde beschlossen, im Marktamt Personal zuzusetzen. Das alles ist Beschlusslage. - Darauf komme ich nachher noch. Allerdings merken wir, dass bis auf die Veranstaltung des Interessenausgleichs kein einziger Beschluss auch umgesetzt wurde.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Der Interessenausgleich, der mit viel Geld, mit viel Engagement der IHK und auch der KölnBusiness aufgesetzt wurde, hätte so toll sein können. Ich erinnere mich an viele gemeinsame Sitzungen, erst online, dann in Präsenz, in denen wir die Interessen der Markthändlerinnen und Markthändler, der Gemeinschaft, der Rechtsanwälte alle einfügen wollten in ein großes Konzept. Und was ist herausgekommen? - Nichts. Marsdorf ist tot. Marsdorf wurde dem FC zugeschlagen, und ich glaube, es gehört zur Wahrheit dazu, den Händlerinnen und Händlern zu sagen: Es wird kein Frischemarkt, Großmarkt oder wie auch immer in Marsdorf entstehen, auch weil das Ratsbündnis dem 1. FC Köln eine große Fläche zugeschlagen hat, auch weil man wahrscheinlich bewusst ein Verfahren gewählt hat, das am Ende nicht zu einem Ergebnis führen konnte.

Lieber Dirk, ich muss es hier sagen: Ich weiß, du hast dir im Interessenausgleich als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses unwahrscheinlich viele Verdienste verdient. Du hast dich heute noch einmal schriftlich an die entsprechenden Händlerinnen und Händler bzw. an die Frau Oberbürgermeisterin gewandt. Aber es gehört zur Wahrheit dazu, lieber Dirk, dass es hier trotz deiner Bemühungen auch deine Fraktion ist, die eben das Gegenteil tut, und das muss ich benennen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Zum Änderungsantrag von CDU und Grünen. Mir ist aufgefallen: Volt ist nicht auf dem Rubrum. Das weiß ich sehr wohl zu werten, das ist mir aufgefallen - prima. Zum Änderungsantrag von Grünen und CDU: Da wird allen Ernstes ein Konzept verlangt. Das haben wir doch schon. Da wird allen Ernstes verlangt, was wir längst schon umgesetzt haben. Wir haben diese Maßnahmen doch alle - ich habe es doch eben aufgezählt - beschlossen mit Ihren Mehrheitsstimmen vor zwei Jahren,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

und heute verlangen Sie allen Ernstes dasselbe. Das ist ein Griff in die Trickkiste aus Täuschen, Tarnen und Tricksen. Das kann ich nicht durchgehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das, was die Herrschaften auf der Bühne, was die Markthändler, was 2 000 Arbeitsplätze brauchen, ist jetzt Planungssicherheit. Planungssicherheit heißt Laufzeitverlängerung und heißt Instandsetzung. Das Thema Laufzeit wurde immer wieder diskutiert im Zusammenhang mit der Parkstadt Süd. Das sind alles keine neuen Erkenntnisse. Und deswegen, liebe Kolleginnen von den Grünen und der CDU: Das, was Sie hier mit diesem Änderungsantrag veranstalten - und ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen machen sich die Mühe und lesen diesen Änderungsantrag durch -, das ist, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit und dem Ansinnen von 2 000 Arbeitnehmern nicht würdig. Sie lassen 2 000 Arbeitnehmer und die Händlerinnen vor die Pumpe fahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte

Damen und Herren! Als ich gefragt wurde, ob ich den Antrag mit stellen möchte, habe ich gern zugesagt. Ich verfolge die Geschichte des Großmarktes zwar nicht seit 30 Jahren, aber doch seit etlichen Jahren hier im Rat, und es ist ein Trauerspiel letztendlich. Um Helmut Kohl zu zitieren:

> Entscheidend ist, was hinten rauskommt.

Und es ist nichts herausgekommen bei den ganzen Bemühungen, die in den vergangenen 30 Jahren unternommen wurden. Nun laufen die Fristen langsam ab für die Großhändlerinnen und Großhändler, und es droht, dass das ganze Projekt - der Großmarkt oder Frischemarkt; wie auch immer - vor die Wand gefahren wird.

Immer wieder muss man auch kurz noch einmal erklären - das wurde schon gelegentlich gemacht -: Warum eigentlich ein Großmarkt? Die Logistik und das Einkaufsverhalten mögen sich geändert haben. Den Tante-Emma-Laden gibt es so nicht mehr, und auch die Gemüsehändler werden weniger etc. Aber es wurde hier auch schon erwähnt: Wenn man für regionale Produkte ist und wenn man auch für eine Vielfalt an Nahrungsangebot ist und nicht nur die Salatgurke im Supermarkt oder im Discounter kaufen möchte, dann brauchen wir selbstverständlich einen Großmarkt oder ein Frischezentrum. Das muss unbedingt für Köln sichergestellt werden.

Und auch wenn man vielleicht sagt, es sei nicht nötig, weil die Lebensmittelversorgung sich dann eben auf anderen, auf neuen Wegen organisieren wird - auch dem möchte ich widersprechen. Warum sollen wir nicht an diesem bewährten Modell des Großmarktes im Sinne von unseren ganzen Restaurantbesitzern und Einzelhändlern und den ganzen Läden, die es noch gibt außerhalb der Supermarktketten und Discounter, festhalten? Warum sollen wir um Himmels willen das Risiko eingehen, diesen Großmarkt vor die Wand zu fahren?

(Beifall bei Teilen der SPD)

Jetzt werden natürlich auch die Änderungsantragsteller, in diesem Fall CDU und Grüne, ihr Bekenntnis zu einem Großmarkt und einem Frischezentrum abgeben. Es wird am Ende nach dieser Debatte im Rat so sein, dass eigentlich alle einen Großmarkt wollen, und es aber irgendwie nicht passiert. Wo liegt die Verantwortung eigentlich für dieses Desaster?

Ich würde mir wünschen, dass die Verwaltung am Ende dieser Debatte mitnimmt, dass hier wirklich alle einen Erhalt des Großmarkts wünschen, und dass die Verwaltung eine Lösung findet, die nicht nur den aktuellen Händlerinnen und Händlern auf dem Großmarkt gerecht wird, sondern eben auch der - das wurde auch erwähnt - Daseinsfürsorge, dem Interesse der Kölner Einwohnerinnen und Einwohner gerecht wird, dass wir weiterhin mit frischen Lebensmitteln, mit frischen Produkten von einem Großmarkt, über einen Großmarkt versorgt werden. Das sollte das Ziel sein.

Daher bitte ich um Zustimmung zum Antrag - und ich bin fest davon überzeugt, dass er im Wesentlichen von SPD und LINKEN und der FDP formuliert wurde -, weil ich glaube, dass dies der bessere Weg ist und vor allem der Weg ist, der auch kurzfristig Sicherheit bieten kann für die Händlerinnen und Händler, zumindest für einige weitere Jahre. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Verwaltung! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich fange einmal historisch an. Köln ist eine Handelsstadt, und das soll sie auch bleiben. Der Großmarkt hat sich ursprünglich am Rhein entwickelt. Am Standort des heutigen Maritim hat sich früher der Großmarkt angesiedelt. Damals war der Rhein als Wasserweg wichtig. Dann wurde in den dreißiger Jahren ein Entschluss gefasst, dass man die Verlegung nach Raderberg in den Süden Kölns vorantreibt, ans Bonner Tor, weil damals die Schiene wichtig war. Aktuell haben wir schon länger die Überführung in ein Frischezentrum nach Marsdorf beschlossen. Hier ist uns die verkehrliche Anbindung wichtig.

Die Anforderungen an eine zeitgemäße Lebensmittellogistik sind dynamisch. Alles verändert sich heutzutage. Dem müssen sich die Unternehmerinnen und Unternehmer stellen. Dem müssen wir uns als Bürgerinnen und Bürger stellen. Dem

müssen wir uns aber auch hier als Politik stellen, und wir müssen diese Dynamik aufnehmen.

Wir ändern nicht nur den Ort, wir ändern auch die Benennung. Ich konnte es historisch nicht zurückverfolgen, wann wir angefangen haben, den Großmarkt Frischezentrum zu nennen - ist aber auch egal. Aus „groß“ wurde „frisch“. Das ist eine andere Betonung. Und heute in unserem Änderungsantrag haben wir uns noch ein bisschen modernisiert und nennen es vielleicht sogar demnächst Food Hub, um das Ganze perspektivisch für die nächsten zehn Jahre weiter zu planen und modern und zeitgemäß auszugestalten.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die letzten Beschlüsse dazu haben wir 2021 gefasst. Wir haben bis Ende 2025 verlängert, und daran halten wir uns auch gebunden. Ob eine darüberhinausgehende Verlängerung möglich ist, hängt von ganz vielen Faktoren ab. Faktoren, die jetzt ungewiss sind, die wir nicht geprüft haben, und die Ursprungs-Antragsteller suggerieren, dass eine schlichte Verlängerung bis 28 möglich wäre. Das ist eine Aussage ins Blaue hinein, und das ist das, was die Händlerinnen und Händler hier nicht verdient haben, hier Planungsunsicherheit vorserviert zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da können wir nicht mitgehen. Planungssicherheit bedeutet, auf geprüften Grundlagen Entscheidungen zu treffen. Zur Ehrlichkeit gehört auch dazu, dass wir über 100 Betriebe sprechen mit internationalen Handelsbeziehungen, 2 000 Arbeitsplätze, die uns hier in Köln sehr am Herzen liegen, und 2 000 Arbeitsplätze, wo wir die Chance haben - ganz anders als bei Ford oder bei Galeria Kaufhof -, uns noch zu kümmern und zu sagen, dass wir sie in die Entscheidung mit einbinden, uns um eine Rettungsmaßnahme zu kümmern, die diese Arbeitsplätze in Köln behält.

Es wird auch ganz viel gearbeitet zum Thema - nicht nur am Großmarkt aktuell, sondern auch in der Verwaltung und in den politischen Betrieben. Wir haben noch die Beantwortung einer FDP-Anfrage, wo die Verwaltung heute noch zum 15.06. eingegeben hat, dass aktuell Gespräche geführt werden, Lösungsmöglichkeiten, konkrete Verbesserungsansätze erarbeitet werden. Die Verwaltung prüft zudem, ob Wirtschaftlichkeitserwägungen angepasst werden müssen, wie wir mit einem zeitlichen Ablauf eines Notifizierungsverfahrens umgehen können. Die Oberbürgermeisterin hat Gespräche mit Nachbarkommunen, deren Namen ich jetzt nicht nenne, geführt und ist auch engagiert, sich der Thematik zu stellen, Synergien zu nutzen und auch in Gespräche zu gehen, um Lösungen zu finden. Und die ehrenamtliche Politik - wir haben auch einen Beschluss der Bezirksvertretung hier - beschäftigt sich ständig und ausgiebig mit dem Thema. Konsequent und ständig wird in Ausschüssen, in Fachgesprächen, in Bezirksvertretungen und auch hier im Rat über den Großmarkt geredet. Ich möchte mir hier nicht unterstellen lassen, dass das Thema hier unter den Tisch gekehrt wird oder nicht wichtig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Es passiert aber nichts!)

Und es sollte hier Konsens sein, dass ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Stadt heißt, dass wir Fahrt aufnehmen müssen bei der Realisierung dieses Projekts und dass unsere Vision für eine moderne Lebensmittelversorgung auf dem Frischezentrum bedeutet, dass wir ein Update brauchen. Eine Eins-zu-eins-Verlagerung des Großmarkts, so wie wir ihn kennen, wie er sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelt hat, ist nicht möglich. Der Anspruch muss sein, ein modernes, flächeneffizientes und multifunktionales Frischezentrum, einen Food Hub zu entwickeln. Wir wollen viel mehr als nur einen Handelsplatz mit frischen Lebensmitteln, der ab 14.00 Uhr ungenutzt ist. Das können wir uns in dieser Stadt nicht leisten!

Man muss ein klassisches Handelszentrum mitdenken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss einen Ort für Ausbildungsbetriebe mitdenken, wo die Lebensmittelindustrie ihre Leute ausbilden kann, wo Kinder, wo Schulen Ernährungsbildung erfahren können, wo attraktive gastronomische Angebote angesiedelt werden, wo Kölnerinnen und Kölner einen Ausflugsort haben. Warum nicht den Großmarkt, ein Frischezentrum, ein Food Hub für diese Stadtgesellschaft öffnen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Joisten zu, Frau Karadag?

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, am Ende. - Ratsanträge sind natürlich etwas Schönes. Am Ende beantworte ich gerne Fragen.

Wir debattieren hier Dinge, wir stellen Dinge in Aussicht, wir vereinigen uns hinter Absichten. Aber die tatsächliche Arbeit, die erfolgt in unseren Gremien - das habe ich gerade dargestellt -, und die erfolgt über mehrere Ebenen, über mehrere Ausschüsse und über mehrere Dezernate. Und da knüpft unser Änderungsantrag an, und wir möchten eine dezernatsübergreifende Projektgruppe zur Steuerung des Frischezentrums einsetzen. Wir möchten den Austausch mit den Händlerinnen und Händlern verstetigen. Und wir möchten auch, falls die Nahtlosigkeit in zweieinhalb Jahren infrage stehen sollte, Unterstützungsleistungen und Ausweichquartiere prüfen.

Meine Damen und Herren! Frischezentrum neu denken! Mit diesem FDP-Spruch bitte ich um Zustimmung für unseren Änderungsantrag. - Herzlichen Dank. - Jetzt gerne Zwischenfragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christian Joisten (SPD): Frau Karadag! Herzlichen Dank für Ihre sehr engagierte Rede, die zeigt, dass Sie diesem Thema sehr zugewandt sind. Darüber freuen wir uns natürlich ausdrücklich. Meine Frage ist aber: Es ist Ihnen schon bewusst, dass das, was Sie jetzt hier alles aufgezählt haben, ein völlig neues Aufsetzen eines Prozesses ist, der garantiert nicht bis zum Ende 2025 abgeschlossen ist, und dass dementsprechend unser Antrag besondere Relevanz hat, nämlich den Händlerinnen und Händlern eine Perspektive jetzt zu bieten? Denn da ist von Ihnen nichts gekommen!

(Beifall bei der FDP)

Einfach die Frage: Ist Ihnen das bewusst, und wie gehen Sie damit um?

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Herr Joisten. - Danke für das Lob am Anfang, und auch bezogen auf mein Engagement: Ich habe gesagt, dass auf vielen Gremien dazu gearbeitet wird, und ich habe auf die Unstimmigkeiten und auch auf die Fragezeichen, die wir hinsichtlich der Verlängerung haben, hingewiesen. Und ich würde sagen: Diese Unstimmigkeiten werden in den Gremien geklärt. Wenn Sie jetzt hier heute Versprechungen an die Händlerinnen und Händler machen möchten, die nicht zu realisieren sind: Bitte schön, aber wir entscheiden uns dagegen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Wo sollen die denn herkommen?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Wir haben begonnen, die Parkstadt Süd, eines der größten Stadtentwicklungsprojekte der nächsten Jahre, zu entwickeln. Wir haben es geschafft, dem 1. FC Köln die Fläche für seinen Masterplan Marsdorf erst als Plan B freizuhalten und jetzt auch anzubieten. Das war sehr vorausschauend, und das können Sie uns zuschreiben.

(Zurufe)

Auch wenn uns das viel Zeit und Fläche gekostet hat: Wir wollen einen Großmarkt der Zukunft aufbauen. Großmarkt in Köln heißt aktuell - das haben die Kollegen schon ausgeführt - eine Wirtschaftskraft von 450 Millionen, 160 Händlern, 5 000 Kunden, 2 000 Arbeitsplätzen. Es lohnt sich also, diese Potenziale auf Kölner Stadtgebiet als Arbeitgeber und Steuerzahler zu halten und nicht Märkte wie Venlo oder Essen zu stärken und nicht die Struktur der KMU im Lebensmittelbereich zu schwächen. Eine Zersiedelung von Großhandel im Frischebereich ist auch mit vielen Risiken verbunden.

Im Fachgespräch der wirtschaftspolitischen Sprecher am 2. Juni wurde uns vom Vertreter des Bundesverbands GFI Deutsche Frischemärkte e.V. an internationalen und nationalen Beispielen aufgezeigt, dass sich Umschlagplätze zu Food Hubs entwickeln. Das Nutzungskonzept des Food Hub als regionaler Handelsplatz für Erzeuger von Obst und Gemüse wäre von regional strategischer

Bedeutung, da im Bergischen Kreis Ähnliches für Fleisch und Molkerei auf den Weg gebracht wird.

Handel, Logistik und Kompetenz für ein gesundes Leben in der Stadt - als Grundlage dafür kann die Ernährungsstrategie der Stadt Köln stehen. Die Versorgung von Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern. Wenn die Grundstücksverhältnisse es zulassen, müssen wir die Workshops wieder aufnehmen, das Raumprogramm angleichen, ein Business Case aufzeigen, und fertig ist die Perspektive für ein Betreibermodell.

Das wäre auch die richtige Herangehensweise vor der Ausschreibung gewesen. Aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre wissen wir, dass das Marktamt sehr schlecht aufgestellt ist und im Liegenschaftsbereich keine Zukunft haben dürfte. Die aktuellen Probleme auf dem Gelände sind ein Spiegel der Arbeit - also hausgemacht. Der Dezernent hat sich der Sache angenommen. Die jeweiligen Punkte 3 der Anträge gehen darauf ein - die sind eigentlich gleich -, und es gibt mittlerweile auch eine Stellungnahme der Verwaltung dazu.

Die Stimmung bei Wochenmarkt- und Großmarkthändlern ist am Tiefpunkt. Neue Großmärkte und neue Wochenmarktformate entstehen aus dialogorientierten Prozessen. Wir haben Zeit verloren. Jetzt, wo der Druck steigt, müssen wir unsere Wirtschaftsförderungs-GmbH einschalten, um unsere Händler zu begleiten und mit jedem einzelnen Unternehmer Anspruch und Wirklichkeit abzugleichen. Es ist ein Spagat zwischen Daseinsvorsorge und Markt. Zukünftige Bestandsmittel liegen bei aktuell 8 Euro im Bestand und 20 Euro im Neubau.

Eine Planungssicherheit kann nur noch individuell dargestellt werden. Im Einzelfall brauchen wir Zwischennutzungen. Eine pauschale Verlängerung kann fatale Auswirkungen haben; die Kollegin Karadag hat darauf hingewiesen. Ich bitte Sie, sich damit auseinanderzusetzen. Wir haben alle Chancen für einen Großmarkt der Zukunft mit regionaler Bedeutung und eine Verantwortung für die Nahversorgung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen! Es ist eine unschöne Situation für die Menschen, die auf dem Großmarkt arbeiten. Auch wir waren 2021 mit dem Beschluss nicht zufrieden. Zur Erinnerung: Wir, die Volt-Fraktion, haben bei dem Änderungsantrag von Grünen und CDU nicht mitgemacht. Wir haben uns damals enthalten. Wieso? - Wir fanden den Prozess, der im Vorfeld gestaltet worden ist, wo viele beteiligte Akteurinnen und Akteure involviert waren, um deren Expertise und Erfahrungen in die Entscheidung mit aufzunehmen, um dann doch anders zu entscheiden, nicht fair.

Zudem galt es damals schon für recht wahrscheinlich, dass die Verkleinerung der Flächen nicht zielführend für die Umsetzung eines neuen Frischezentrums war.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wie gesagt: Die Situation ist gerade verfahren. Aus diesem Grund haben wir Verständnis für den Antrag der SPD und der anderen. Ebenfalls verstehen wir auch den Änderungsantrag, den die Grünen und CDU stellen. Wir wollen alle ein Frischezentrum. Jedoch erachten wir beide Anträge hier als nicht sinnvoll. Die Verlängerung des Betriebs bis 2028 wird nicht möglich sein. Das Großbauvorhaben Parkstadt Süd - es wurde schon einmal erwähnt - ist der Grund, warum der Großmarkt weichen muss. Darauf sollen ganz viele Wohnungen entstehen, Schulen, Infrastruktur, die wir brauchen, und die Vollendung des Grüngürtels.

Wir wollen nicht, dass das verzögert wird. Ein Großbauprojekt in dieser Dimension ist wahnsinnig komplex und birgt sowieso unfassbar viele unerwartete Probleme, die es zu lösen gilt. Es verantworten zu wollen, dass der Großmarkt der Parkstadt im Wege steht, können wir hier nicht nachvollziehen. Vielleicht denken einige hier im Raum, dass man um den Großmarkt herum bauen könnte und man das dann nahtlos verlagern könnte. So denken wir nicht.

Wir wollen an dieser Stelle aber auch keine falschen Hoffnungen oder Erwartungen wecken. Das tut aber aus unserer Sicht der Änderungsantrag von Grünen und CDU. Wir sind nicht überzeugt, auch wenn wir es wirklich sehr gerne wären, dass bis Ende 2023 mit allen Beteiligten ein

Konzept für einen Food Hub - Fragezeichen? - erarbeitet werden kann. Dass die KölnBusiness die Händler*innen unterstützen soll in dem Prozess, das ist natürlich supergut und, ehrlich gesagt, gehen wir davon aus, dass das passiert. Ob sich jedoch so einfach Ausweichmöglichkeiten finden lassen, die für die Händler*innen wirklich funktionieren und leistbar sind, wagen wir auch zu bezweifeln.

Wir teilen absolut die Meinung, dass eine Perspektive hergestellt werden muss, aber die vorliegenden Anträge bieten diese nicht. Daher werden wir die vorliegenden Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Lisa Steinmann [SPD]: Nicht Verantwortung übernehmen - kann man machen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Es geht hier um Existenzen. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Und deswegen werden wir diesem Antrag von SPD, FDP und Linkspartei auch zustimmen. So kann man nicht mit den Händlern auf dem Großmarkt umgehen.

Es war jetzt hier schon ein bisschen grotesk. Da wird dann gesagt: Dann soll dann die KölnBusiness die betreuen, also staatliche Betreuung. Also: Der Staat zerstört dir jetzt dein Geschäft, und dann soll er dich auch noch betreuen. Das ist irgendwie DDR-like. Und das von einem CDU-Vertreter. Also sorry - das geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube, man muss auch in der Historie noch auf eine Sache hinweisen. Wir hätten das ganze Problem nicht, wenn wir auch mit dem FC anders umgehen würden. Ja, da gibt es dieses Gerichtsurteil, dass das mit der Planung alles nicht in Ordnung ist. Das könnte man alles hier heilen; die Mehrheiten sind da. Dann müsste sich nur die liebe CDU einfach einmal von ihrem Koalitionspartner emanzipieren. Dann gibt es hier eine Mehrheit für den FC am aktuellen Standort mit den Plätzen, und den Großmarkt könnte man in Marsdorf wesentlich größer gestalten. Das ist gerade auch schon angesprochen worden.

Nichtsdestotrotz: Die Markthändler brauchen dort Sicherheit, Rechtssicherheit, Planungssicherheit. Es geht um mehrere Tausend Arbeitsplätze. Und wir dürfen diese Leute hier nicht als Stadtrat in den Ruin treiben. Deswegen unterstützen wir den Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage auch an die Markthändler: Sie sind bei uns in der Fraktion auch herzlich willkommen. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Das hilft manchmal, mit der AfD zu reden. Das macht der Verwaltung und auch dem Ratsbündnis Beine, weil wenn Sie dann vielleicht zu lange mit uns reden, würden Sie realisieren, dass wir ganz normale Menschen sind. Deswegen: Ich kann Ihnen nur empfehlen, wenden Sie sich ruhig auch an uns. Das macht dem Rest hier immer wieder gerne Beine. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Ich habe eigentlich nur eine kurze Information dazu. Also, wir werden natürlich den Antrag von SPD, LINKE, FDP und Thor Zimmermann unterstützen.

(Beifall von Lisa Steinmann [SPD])

Wir können aber Ihren Änderungsantrag leider nicht unterstützen, weil Sie sich hier einfach aus der Fristenregelung 2028 rausschleichen. Und das wollen wir nicht. Wir wollen die Planungssicherheit bis 2028 mit sicherstellen. Dann haben wir genug Zeit, mehrere Runden für ein mögliches Konzept eines Großmarktes mit Ihnen gemeinsam zu drehen. Ich weise darauf hin, dass sicherlich der Großmarkt eine gewisse Bedeutung hat. Die Frage ist, wie er sich finanziert. Aber wenn wir auch im Wirtschaftsausschuss konzentriert über Abend- und Nachtmärkte nachdenken, dann ist es höchste Zeit, dass die Versorgung sichergestellt wird. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt: Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort? - Nein. Dann spricht zum Schluss der Debatte Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert.

Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert (Nippes): Ich bin die ehrenamtliche Bezirksbürgermeisterin von Nippes. Die Bezirksvertretung Nippes hat einen Beschluss gefällt, und ich bitte darum, diesen nicht einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern jetzt gleich bei den Beratungen auch zu berücksichtigen. Warum haben die Bezirksvertretungen hier überhaupt etwas zu kamellen? Das liegt daran, dass wir für Wochenmärkte zuständig sind, und die Wochenmärkte sind sehr stark von diesem Großmarkt abhängig. Deswegen berücksichtigen Sie bei ihrem oder berücksichtigt ihr bei eurem Votum jetzt gleich, dass die Bezirksvertretungen, wenn sie Wochenmärkte errichten wollen, immer auf Schwierigkeiten stoßen: Wenn wir neue Wochenmärkte errichten wollen, zum Beispiel in Bilderstöckchen. In Mauenheim gibt es auch eine Initiative. Es ist immer die Frage, ob es genug Marktbeschicker gibt, die da überhaupt hingehen wollen. Es gibt umgekehrt Tendenzen, dass die Marktbeschicker zu wenige sind, dass Märkte geschlossen werden oder drohen, geschlossen zu werden. Es gibt da natürlich auch heftige Auseinandersetzungen. Wir möchten, dass Sie das berücksichtigen, dass die Wochenmärkte den Großmarkt brauchen, und deswegen möchten wir, dass der Großmarkt da umzieht.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt würde ich abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Grünen und CDU. Gibt es dazu noch irgendwas? - Nein. Dann über den Ursprungsantrag? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist nicht klar erkennbar aus dem Änderungsantrag, ob der etwas ersetzen soll oder ob der etwas ergänzt, weil obendrüber „Zusatzantrag“ steht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ersetzt! - Zuruf: Das steht da nicht!)

- Danke. - Ja, das steht da nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube jetzt, ehrlich gesagt, es steht immer Änderungs- bzw. Zusatzantrag drüber.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt formal keinen Ersetzungsantrag!)

Gut, aber es ist jetzt klargestellt.

Ich lasse jetzt also zunächst über diesen Antrag abstimmen und bitte um Handzeichen, wer dem wünscht, zuzustimmen. - Das sind die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, AfD, Volt, FDP, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Ich habe, glaube ich, alle genannt. Enthaltungen dürfte es nicht mehr geben. Dann zählen wir sehr genau. 86 Personen sind anwesend, 44 sind die Mehrheit. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Sodann lasse ich abstimmen über den Antrag der BV Nippes unter 3.2.3.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir nehmen das zur Kenntnis!)

- Kenntnisnahme. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist hier die Kenntnisnahme erfolgt. Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, eine dezernatsübergreifende Projektgruppe zu bilden, die unter Beteiligung relevanter Markt Akteur*innen bis Ende 2023 ein Konzept für ein modernes Frischezentrum bzw. Food Hub*

entwickelt.

2. *Die aktuellen Großmarkthändler*innen werden durch die KölnBusiness Wirtschaftsförderung GmbH bei der Suche nach Interims-Ausweichmöglichkeiten oder Alternativen unterstützt, sollte ein (nahtloser) Übergang in ein Frischezentrum nicht möglich sein.*

3. *Die Verbesserung der jetzigen Situation zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes des derzeitigen Großmarkts wird schnellstmöglich umgesetzt und engmaschig mit den ansässigen Mieterinnen kommuniziert.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der Oberbürgermeisterin gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, Volt, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag erübrigt sich aufgrund des Beschlusses über den Ersetzungsantrag.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit dem Tagesordnungspunkt TOP 3.2.3, Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Umzug des Großmarkts beschleunigen und das Frischezentrum in Betrieb nehmen, 1784/2023 (siehe Ziffer VI – Seite 5f).

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 04.05.2023, TOP 8.2.1 (Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung mit dem Tagesordnungspunkt TOP 3.1.3 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Existenz und Betriebssicherheit des Kölner Großmarktes sichern", AN/1191/2023.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Die Stadt Köln in der Coronakrise (2020-2023) I: Aufarbeitung - Rehabilitation - Wiedergutmachung" AN/1192/2023

Ich gebe Herrn Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn meinte in seiner Rede im April 2020:

> Wir werden einander viel verzeihen müssen.

Meine Damen und Herren! Der Banker als Gesundheitsminister ist Geschichte, obwohl sein Nachfolger keine wirkliche Verbesserung darstellt; eher eine Verschlimmbesserung. Umso wichtiger ist der vorliegende Antrag. Zum Ersten sollten wir ein Gremium schaffen, welches die kommunalen Maßnahmen aufarbeitet und sich insbesondere mit der Verhältnismäßigkeit derer beschäftigt. Des Weiteren sollte umgehend die Vollstreckung aller offenen Ordnungs- und Zwangsgelder, die im Rahmen von übereilten und überzogenen Verordnungen erlassen wurden, suspendiert werden. Die bereits vollstreckten Gelder sind umgehend zurückzuerstatten. Es kann nicht sein, dass sich die Kommune noch an der Corona-Situation bereichert.

So schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 12.06. diesen Jahres - eine Quelle, die ich sonst nicht empfehlen kann -,

> Dass es natürlich für Kommunen um zusätzliche Einlagen und Einnahmen gehe. Allein bei der Stadt Köln lägen noch nicht

verschickte Bescheide im mittleren vierstelligen Bereich.

- was bei einem Verstoß gegen Ihre Maskenpflicht 150 Euro und bei einem Mittel von 5 000 Bescheiden 750 000 Euro ausmacht. Also will man noch eine dreiviertel Million einsacken, und das sind nur die noch nicht verschickten Bescheide. Aber irgendwie muss das Geld für die Fraktionserhöhung aus 3.1.1 reinkommen. Der Wähler wird es nicht vergessen.

(Beifall bei der AfD)

Darüber hinaus sollte seitens der Stadt Köln eine Stelle analog zu den Beratungsstellen für Post-Covid-Syndrom, in dem Fall für das Post-Vac-Syndrom geschaffen werden. Mir ist bewusst, dass das für Herrn Dr. Nießen eine große Aufgabe darstellen würde. Aber gerade in der letzten Sitzung haben wir noch einmal die Stellen für Corona verlängert, zur Abarbeitung der noch offenen, nicht abgeschlossenen Fälle. Vielleicht kann man hier Kapazitäten abziehen und die Verträge der Mitarbeiter dann nicht erst zwei Wochen vor deren Auslaufen verlängern. Der Dezernent ist da. Laut *Tagesschau* waren am 11.04.23 bereits 185 Klagen gegen Impfschäden anhängig. Wir sollten also vorbereitet sein.

Zum Schluss kommen wir zu denen, die während Corona wohl die am meisten benachteiligte Gruppe waren: die Kinder. Sachlich und fachlich unbegründete Kita- und Schulschließungen - dies wird heute alles zugegeben; man muss einander bekanntlich viel verzeihen -, die sich, wie wir jetzt bei Evaluationen überraschenderweise feststellen mussten, auf die Rechen- und Lesekompetenz niedergeschlagen haben, sind dann für das einzelne Kind wahrscheinlich Lebensrisiko. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

Deshalb schlagen wir in Punkt 4 unseres Antrags vor, niedrigschwellige Nachhilfeangebote anzubieten. Nicht zu vergessen sei die psychische Gesundheit. Auch hier ist, wie in unserem Antrag beantragt, zu verfahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Weisenstein. Während er hier ans Rednerpult kommt, weise ich nur darauf hin, dass Sie keinen Deckungsvorschlag gemacht haben.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Pandemie ist zu Ende. Das Virus hat viele Opfer gefordert. Wir haben viele Tote zu beklagen. Am härtesten hat es die Menschen getroffen, denen es materiell nicht so gut geht. Viele von den Menschen leben in benachteiligten Stadtteilen, oft mit Migrationshintergrund, in kleinen Wohnungen. Sie haben keinen Garten. Sie sitzen den ganzen Tag während der Pandemie eng zusammen.

Für Kinder und Jugendliche ist das besonders schlimm, zumal Kitas, Schulen und Jugendzentren häufig geschlossen waren. Kinder aus armen Familien konnten dem digitalen Unterricht häufig nur schlechter folgen, weil sie eben nicht diese gute digitale Ausstattung haben.

Aus heutiger Sicht, meine Damen und Herren, kann man natürlich leicht die Schließungen von Schulen, Kindergärten und Jugendzentren kritisieren. Wir wissen heute Details über das Virus, die damals niemand kannte. Die Virologen mussten zum Lockdown und zu Schließungen raten, als es noch keine oder kaum geimpfte Menschen gab. Alles andere wäre zu diesem Zeitpunkt purer Leichtsinn gewesen. Es war richtig, dass Kneipen und Clubs schließen mussten, und es war auch richtig, Bußgelder zu verhängen, wenn dagegen verstoßen wurde oder wenn auf illegalen Partys gefeiert wurde.

Dass die AfD jetzt die Rückzahlung dieser Bußgelder fordert, ist plumper Populismus.

(Beifall - Zurufe von der AfD: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Populismus hat während der Pandemie zur Verschärfung der Krise beigetragen.

(Matthias Büschges [AfD]: Das erklären Sie mal!)

In Brasilien mit Bolsonaro und auch während der Trump-Zeit in den USA. Bei uns wurde in Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, pädagogischen Einrichtungen und Laboren sehr viel geleistet. Auch die Politik hat in den meisten Fällen umsichtig und richtig entschieden. In Köln wurde gut

gearbeitet. Wir können ein bisschen stolz darauf sein, dass die Impfaktionen in den Altenheimen und in den benachteiligten Stadtteilen so gut angenommen wurden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die LINKE hat im Mai 2021 niedrigschwellige Impfaktionen in den benachteiligten Stadtteilen gefordert. Freiwillige und das Kölner Gesundheitsamt haben hier Großartiges geleistet. Hier nochmal ganz besonderen Dank an unser Gesundheitsamt!

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die massenhaften Impfungen, meine Damen und Herren, haben die Pandemie besiegt. Das wissen fast alle - bis auf wenige Verschwörungstheoretiker und augenscheinlich die AfD.

(Einzelbeifall - Matthias Büschges [AfD]: Oh!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es findet zurzeit eine breite gesellschaftliche Diskussion um die Folgen der Pandemie statt. Kinder und Jugendliche haben mit der Folge von Einsamkeit während der Pandemie zu kämpfen. Selbstverständlich muss das pädagogische Personal in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen gut ausgestattet sein, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Die Einrichtungen der Jugendhilfe und des Gesundheitssystems entwickeln sich weiter. Sie werden qualifiziert und ausgebaut, um die körperlichen, geistigen, psychischen und sozialen Folgen der Pandemie bei den Jugendlichen aufzuarbeiten. Dafür müssen weiterhin ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aber dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir keinen populistischen Antrag der AfD. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Soll der Antrag aufrechterhalten bleiben?

(Zuruf von der AfD: Wir nehmen ihn zurück!)

- Gut.

Die Angelegenheit wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Genozid Mahnmal - Hohenzollernbrücke"
AN/1190/2023

Hier hat als Erster der Antragsteller das Wort. - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Liebe alle! Vorab teilte ich mit, dass wir den Antragspunkt zu 2 zurückziehen werden. Wir werden also nur noch eine Abstimmung zum Antragspunkt 1 durchführen lassen. Wir hätten sowieso gegen den zweiten Punkt gestimmt.

Ich denke, wir haben hinreichend zum Ausdruck gebracht, was wir über den Irren vom Bosporus denken, und lokalpatriotisch und populistisch haben wir im zweiten Punkt gefordert, dass ein hässlicher Platz in Köln gefunden werden soll für die Statue. Natürlich gibt es in Köln keinen hässlichen Platz, insofern hätte das wohl nicht funktioniert. Erwarten Sie heute zu diesem Antrag von uns keine Satire! Ich bin sicher, Sie machen die später selbst. Ich weiß, Sie warten immer, dass von uns so etwas kommt wie die Comicbeilage in der Zeitung, aber ich muss Sie enttäuschen.

Heute sprechen wir über einen Tagesordnungspunkt, der uns am Herzen liegt und den wir für wichtig erachten. Worum geht es? Um den Rahmen noch einmal zu ziehen für alle, die nicht orientiert sein sollten - denkbar: Es geht um ein Denkmal, das den Genozid an den Armeniern thematisiert und das momentan immer noch an der Hohenzollernbrücke steht. Ein Mahnmal. Dieses Mahnmal thematisiert an dieser Stelle - deswegen ist es dort auch genau richtig - die Verstrickungen auch des Deutschen Kaiserreiches damals in diese Vorkommnisse, die zur Zeit des Ersten Weltkrieges schwerpunktmäßig stattgefunden haben. Historisch belegt ist auch zumindest das Unterlassen zumindest, wenn nicht sogar eine aktive

Teilnahme des preußischen Militärs des Deutschen Kaiserreiches an diesen Vorkommnissen. Dort ist der richtige Platz.

Es gibt einen Grund, warum es dort steht, warum es dort stehen soll. Es gibt einen Bezug zu Deutschland, zu Köln, und natürlich ist auch ein weiterer Grund, warum es dort stehen soll, dass wir hier in Köln eine armenische Gemeinde haben, die größte in ganz Deutschland mit über 5 000 Leuten. Und wenn wir Integration ernst meinen, sollten wir auch die Anliegen dieser Personen berücksichtigen und Stellung beziehen.

Es geht hier nicht um wenig. Es geht am Ende um die freiheitlich demokratische Grundordnung, um Artikel 5, also einen Artikel, der die freiheitlich demokratische Grundordnung konstituiert: das Freiheitsrecht. Also, ich weiß nicht, warum die Diskussion hier geführt werden muss. Zur sachlichen Begründung vielleicht noch einmal kurz ein Zitat von dem Mahnmal:

> Nur eine entschiedene Ächtung der Entwürdigung von Minderheiten und die Einsicht, dass es weder religiöse, nationale noch ethnische Überlegenheit zwischen Menschen gibt, kann solche Verbrechen verhindern.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen, außer vielleicht den Hinweis darauf, dass dieses History Repeating, was vermieden werden soll, im Hinblick auf die Kurden - Karabach - gerade stattfindet, auch wenn man das natürlich nicht eins zu eins darauf beziehen kann. Aber gerade dieses Problem der Genozidleugnung führt dazu, dass es keine historischen Beispiele gibt, wo gesagt wird: Das müssen wir vermeiden.

Jetzt kurz noch zur Satire, die ich angekündigt hatte. Ich habe schon einige Arbeitsverhältnisse in meinem Leben erlebt. Unter anderem habe ich einmal in der Verwaltung gearbeitet. Ich hatte eine Chefin, die ich sehr bewundert habe und bis heute verehre. Sie hat das ganz gut hinbekommen. Am Telefon habe ich gelegentlich mitbekommen, wie sie signalisiert: Ich mache das nicht. Natürlich hat sie nicht gesagt: Ich mache das nicht, weil ich keine Lust darauf habe, sondern sie hat gesagt: Da sind mir leider die Hände gebunden. Und so kommt mir das Ganze hier heute auch vor.

Natürlich können wir das, wie wir es beantragen, abstimmen. Natürlich müssen wir keine Klage abwarten. Wir müssen nicht abwarten, wenn wir als Rat der Verwaltung sagen können, wie etwas im Rahmen des Rechts geschehen soll, und das ist das, was wir beantragen. Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund in zweifacher Hinsicht: zum einen, wie ich es beschrieben habe, und zum anderen: Liebe Grünen, wenn ihr an einem Kreisparteitag genau das, was wir heute beantragen, beschließt, wundere ich mich, ob ihr in der Zwischenzeit alle 26, die ihr hier sitzt, ausgetreten seid aus eurer Partei oder einfach unterschiedlich abstimmt.

Also, noch ganz kurz, vielleicht ein Punkt noch: Wenn Sie sagen, das ist gar nicht machbar, das ist nicht möglich, das so abzustimmen, dann verweise ich darauf, dass Sie vor Kurzem etwas anderes, was auch offensichtlich unmöglich war, öffentlich propagiert haben. Da ging es um das Roger-Waters-Konzert. Natürlich: Wir sind gegen Antisemitismus. Roger Waters liegt mir jetzt nicht als Person am Herzen; seine Musik ist eine andere Geschichte. Dennoch sind Sie alle vor die Presse getreten, haben gesagt: Das muss abgesagt werden. Es war von Anfang an klar, dass das nicht abgesagt werden kann, dass dieser Vertrag stehen wird, und so ist es auch gekommen.

Hier ist es andersherum. Hier haben Sie eine Chance, dass das, was wir beantragen, durchgeht und dass es Erfolg hat. Das Risiko, dass Sie dadurch Wählerstimmen verlieren, ist relativ hoch.

Dem Änderungsantrag stimmen wir übrigens auch zu. Insofern hoffe ich auf Ihre Zustimmung für unseren Antrag. - Vielen Dank. Ciao!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt der Antrag der Fraktion Die FRAKTION. Ehrlich gesagt: Als ich ihn las - und nicht nur ich -, war ich empört über die Art und Weise, wie ein so ernstes Thema wie der Völkermord an den Armeniern zynisch missbraucht und abgehandelt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Art des Umgangs mit dem Genozid ist des Rates der Stadt Köln nicht würdig und schadet uns allen. Ich bin froh, dass dies die große

Mehrheit des Rates genauso sieht und den gemeinsamen Änderungsantrag gestellt hat. Mit diesem bekennt sich der Rat zur Wichtigkeit und Dringlichkeit des von der Initiative „Völkermord erinnern“ vorgebrachten Anliegens und darüber hinaus zu der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands.

An dieser Stelle möchte ich auch sehr herzlich Vertreter*innen der Initiative und der armenischen Gemeinde und Kirche hier im Rathaus begrüßen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP)

Um den Stein ins Rollen bzw. den Prozess weiterzubringen, braucht es im Übrigen nicht den Antrag der Fraktion Die FRAKTION. Schon 2016 bekannte sich der Deutsche Bundestag dazu, den Genozid an den Armeniern als solchen und auch die Mitverantwortung des Deutschen Reiches anzuerkennen. Seit 2018 stellte die Initiative „Völkermord erinnern“ immer wieder zum 24. April, dem Jahrestag des Gedenkens an den Genozid an den Armenier*innen, sein Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ auf. Trotz vieler Rückschläge blieb die Initiative immer weiter aktiv, unterstützt von zahlreichen Akteur*innen der Stadtgesellschaft. Zustimmung und Unterstützung bekam sie vor Kurzem auch durch die BV Innenstadt. In ihrer Sondersitzung zum Mahnmal beschloss sie, dass sie das Mahnmal befürwortet und eine dauerhafte Lösung anstrebt, und sie forderte den Rat auf, sich entsprechend in seinen Gremien mit dem Thema zu befassen. Dem hätte der Rat ohnehin entsprochen, unabhängig von der Fraktion Die FRAKTION, und ich bin der BV Innenstadt sehr dankbar dafür, dass sie sich so intensiv mit diesem Thema befasst hat und diese Sondersitzung abgehalten hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Die weiteren Ereignisse hier darzustellen, erspare ich mir, nicht aber den Hinweis darauf, dass der weitere Verlauf in vielen Medien Anlass geboten hat für unterschiedliche Spekulationen. Lassen Sie mich dazu sagen: Weder die demokratischen Mitglieder des Stadtrates noch die Oberbürgermeisterin lassen sich von politischem Gegenwind und Ideologien in ihren politischen Entscheidungen beeinflussen. Unsere Handlungen sind stets geleitet von demokratischen Prinzipien, dem Schutz der Menschenwürde und Menschenrechte und dem Wohl unserer Stadt und ihrer Bürger und Bürgerinnen. Das allein zählt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist das Mahnmal wichtig in Köln? - Jedes Mahnmal erinnert über Generationen hinweg an begangenes Unrecht oder Katastrophen. Es trägt dazu bei, den Opfern ihre Würde zurückzugeben und uns selbst die eigene historische Verstrickung vor Augen zu führen und die daraus erwachsende Verantwortung in der Gegenwart. Folgerichtig soll das Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ des Vereins „Völkermord erinnern“ nicht nur an den Genozid an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1918 erinnern, es soll auch die deutsche Beteiligung daran in den Blick nehmen und grundsätzlich dazu auffordern, Rassismus und Nationalismus als Ursache von Völkermord zu ächten. Entsprechend wurde das Mahnmal gegenüber dem Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm II. errichtet, als dem Verantwortlichen für den Völkermord an den Herero und Nama 1904 und auch als Unterstützer des Genozids an den Armeniern.

Köln hat zahlreiche Mahnmale und Denkmäler. Jedes steht für eine wichtige Botschaft. Heute wollen wir mit unserem Antrag den Weg für ein dauerhaftes weiteres Mahnmal öffnen. Das Mahnmal „Dieser Schmerz trifft uns alle“ symbolisiert nicht nur das Leid derjenigen, die unter Unterdrückung, Gewalt und Unrecht leiden mussten, sondern auch die universelle Betroffenheit, die uns alle verbindet. Es erinnert uns daran, dass wir als Gemeinschaft zusammenstehen müssen, um gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung einzutreten. Es ist ein Mahnmal, das uns aufruft, wachsam zu sein und für unsere gemeinsamen Werte einzustehen.

Deshalb unterstützen wir zunächst, wie in Punkt 2 des Änderungsantrages enthalten, seine temporäre Aufstellung bzw. dass es temporär steht. Dem soll dann vor allem schnellstmöglich im nächsten Schritt der Weg hin zu einem dauerhaften Mahnmal in der Kölner Innenstadt folgen, das unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen und Gremien in einem Dialog- und Findungsprozess konzipiert wird, begleitet von regelmäßiger Berichterstattung in den Fachausschüssen.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich kurz auf Punkt 2 des FRAKTIONS-Antrags eingehen - auch wenn er zurückgezogen ist, aber er ist ja in der Welt -, der die Aufstellung einer Statue von

Erdoğan an einem als „hässlich“ bezeichneten Ort in Köln fordert.

Ich möchte darüber meine Besorgnis ausdrücken, denn eine solche Forderung untergräbt nicht nur die demokratischen Prinzipien, auf denen unsere Gesellschaft basiert, sondern auch grundlegende Werte wie Toleranz und Meinungsfreiheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Und zum soeben einmal leicht daher gesagten „hässlichen Ort“: Wenn es einen solchen gibt, ist sowieso unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, ihn zu einem besseren Ort zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und bei Teilen der SPD)

Wir möchten auch von dieser Stelle den Initiator*innen und Unterstützer*innen dieses Mahnmals unseren aufrichtigen Dank aussprechen. Ihr unermüdlicher und unerschrockener Einsatz hat maßgeblich dazu geführt, das Bewusstsein für den Genozid an den Armeniern zu schärfen und zur Auseinandersetzung mit der eigenen historischen Verstrickung und Verantwortung beizutragen. Sie haben den Weg bereitet für ein dauerhaftes Mahnmal. In dieser Zeit der gesellschaftlichen Herausforderung müssen wir als politische Vertreterinnen und Vertreter unserer Stadt zusammenhalten. Auch mit unserem gemeinsamen Antrag setzen wir so ein starkes Zeichen im Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit und für die Erinnerungskultur in dieser Stadt. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Köln! Meine Damen und Herren von Die FRAKTION! Wie kann man nur auf die Idee kommen, den Genozid an den Armeniern von 1915, diesen ersten völkisch motivierten Vernichtungsfeldzug im Dunstkreis Europas gegen Armenier, gegen Aramäer und viele andere Nicht-Türken; wie kann man nur dieses Verbrechen, bei dem Millionen Menschen ums Leben gekommen sind, auf diese plumpe Art und Weise mit Stammtisch-Dönekes verweben, die sich - satirisch ist das ja nicht; das ist höchstens blöd - gegen Erdoğan richten sollen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist wirklich einer der Tiefpunkte in der Geschichte dieses Rates, das Schicksal, das Leid von Millionen unschuldiger Menschen auf diese Art zu verballhornen. Eigentlich ist jedes Wort, das über diesen Antrag verloren wird, zu viel, und normalerweise müsste man so einen Unsinn ohne weitere Aussprache ablehnen. Der Geschäftsführer der stärksten Fraktion würde normalerweise dann ein paar Sätze im Sinne dessen verlieren, was ich gerade gesagt habe, und erläutert so den Beteiligten knapp das Abstimmverhalten.

Wir werden das heute, wie Frau von Bülow schon dargestellt hat, angesichts der Brisanz allerdings nicht tun. Wir haben einen Ersetzungsantrag auf die Tagesordnung gebracht, der der Angelegenheit würdig ist. Nicht zuletzt, weil sehr viele Menschen bei uns in Köln leben, die armenische oder auch türkische Wurzeln haben. Vor allem diese Mitbürgerinnen und Mitbürger haben es verdient, dass wir uns hier im Rat mit diesem Thema in angemessener Weise auseinandersetzen. Wir werden deshalb die Verwaltung gleich beauftragen, einen angemessenen Ort des Gedenkens zu ermitteln und in einem Prozess des Dialogs mit allen relevanten Gruppen eine angemessene Form des Erinnerns in der Kölner Innenstadt zu identifizieren.

Gedenkorte, wie einer für den Genozid an den Armeniern heute schon auf dem armenischen Gräberfeld auf dem Friedhof Lehmbacher Weg eingerichtet ist: Solche Mahnmale und Gedenkstätten sind besondere Orte. Orte, die Kraft haben, zur Aufarbeitung der Geschichte beizutragen. Orte, die am Ende Versöhnung ermöglichen, die uns heute Grundlagen schaffen für eine gemeinsame und friedliche Zukunft. Wir kennen das in Köln in einem anderen Kontext, zum Beispiel vom Lern- und Gedenkort Jawne, vom NS-Dokumentationszentrum, von den Gedenktafeln an der Messe Deutz am Deutzer Rheinufer. Alles Orte, an denen wir der Vernichtung von Millionen von Juden, von Sinti und Roma und vielen anderen Opfern des Dritten Reiches gedenken.

Das sind oft Orte, an denen die Verbrechen selbst stattgefunden haben, die aber heute eine

besondere Bedeutung bei der Aufarbeitung dieser Taten bekommen. Sie entfalten ihre Wirkung selbstverständlich deswegen, weil ihnen ein gemeinsames Verständnis zugrunde liegt und es einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, was damals alles geschehen ist, wer Täter war, wer Opfer war, und vor allem auch darüber, dass so etwas nie wieder passieren darf.

In der Frage des Genozids an den Armeniern rächt sich heute leider die Tatsache, dass der Westen und insbesondere auch Deutschland seit 1915 von den Deportationen und dem anschließenden Genozid, der damals vom jungen türkischen Staat verübt worden ist, weiß, aber heute wie damals, eingebunden in geopolitische Strategien und daraus resultierende Bündnisse, hat man der Türkei immer noch keine angemessene Auseinandersetzung mit diesem Thema abverlangt. Das ist besonders tragisch, gerade heute.

Und weil das auch so ist, dass nach über 100 Jahren immer noch die Gräueltaten nicht richtig diskutiert und aufgearbeitet worden sind, gibt es auch keine echte Versöhnung zwischen Armeniern und Türken. Das macht mit Blick in das letzte noch existierende Vielvölkergebiet in der Türkei rund um Antakya/Antiochia ganz klar, was da passiert. Dort leben gerade die Menschen in Angst. Die letzten jüdischen oder aramäischen oder antiochenisch-christlichen Gemeinden fürchten sich vor dem, was der türkische Staat nun in der Folge des Erdbebens plant.

(Allgemeiner Beifall)

- Ja, das ist so. - Kern dieser Furcht ist genau, dass es keine Versöhnung gibt. Die fehlende Versöhnung, die ihrerseits natürlich zunächst einmal mit einer sorgfältigen Aufbereitung und Auseinandersetzung mit Schuld zusammenhängt. Die Furcht ist also sehr konkret. Was passiert nun mit den Minderheiten vor Ort im Erdbebengebiet? Können sie wieder zurückkehren? Behalten sie ihre bisherigen Rechte? Wir werden genau hinschauen müssen, und dieses Mal werden wir nicht schweigen, wenn wir von Unrecht erfahren. Ich bin gerade deswegen, wegen dieses Aspekts, dem Integrationsrat auch sehr, sehr dankbar für die Initiative der vom Rat beschlossenen Projektpartnerschaft. Denn das ist auch ein Instrument, das wir dafür nutzen können.

Abschließend darf ich für die CDU-Fraktion sagen, dass wir hoffen, mit dem weiteren Mahnmal, das wir hier in Köln errichten werden, auch mehr Wirkung zu entfalten, und zwar im Sinne der Herstellung eines gemeinsamen Verständnisses über das, was 1915 in der Türkei geschehen ist.

(Beifall bei Teilen der CDU, bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein wichtiger, bedeutender Tagesordnungspunkt. Aber gerade, weil das so ist, kann ich es kurz machen. Die entscheidenden Gesichtspunkte, die entscheidenden Fakten und die entscheidenden Schlüsse daraus liegen nämlich auf dem Tisch.

Erst einmal zum Antrag von der Fraktion Die FRAKTION: Ihr habt euch da vergriffen. Ich will euch da nicht Vorwürfe in dem Sinne machen, wie sie gerade zu hören waren. Ich verstehe schon, was ihr wolltet; es wird deutlich. Aber es ist einfach nicht angemessen, in so einer Frage mit Ironie zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD, FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und das sage ausgerechnet ich, der ich eigentlich auch durchaus ironisch unterwegs bin. Aber das geht bei dem Thema nicht. Das funktioniert nicht. Das wirkt nicht, und das ist einfach der Sache nicht angemessen. Das muss ich ganz klar festhalten. Also, ihr habt euch da vergriffen. Lasst das demnächst, wenn es um solche Themen geht!

Dann will ich ganz klar sagen zu dem geplanten Mahnmal: Es ist sicherlich nicht an Deutschland und an den Deutschen, beim Thema Völkermord mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das ist auch klar. Aber gerade, weil wir eine Geschichte haben, wie wir sie haben, und gerade, weil auch in diesem speziellen Fall wiederum Deutsche auch an den Geschehnissen beteiligt waren, ist es trotzdem richtig, dass auch für Völkermorde, bei denen nicht nur Deutschland beteiligt war, auch hier ein würdiges Erinnern stattfindet. Das hat nichts damit zu tun, dass wir dann auf andere zeigen und von eigenen Verfehlungen in der Geschichte ablenken wollen. Gerade weil unsere Geschichte so

ist, wie sie ist, ist es uns ein Anliegen, und die deutsche Schuld und die deutsche Verantwortung kommen da keinesfalls zu kurz.

Wir sind uns einig, glaube ich, jedenfalls in der großen Mehrheit dieses Rates, darüber, so wie es gewesen ist - temporäre Denkmäler, temporäre Mahnmale, die dann abgeräumt werden -: Das ist der Sache einfach nicht würdig. Das sind Bilder, die wollen wir nicht mehr sehen. Das tut gerade zu sehr weh bei einem solchen Thema. Deswegen ist es richtig, dass wir uns jetzt auf den Weg machen, und „auf dem Weg“ soll hier nicht wirklich eine lange Strecke bezeichnen, sondern es soll gerade heißen, dass wir das jetzt kurzfristig auch umsetzen, wirklich einen angemessenen Ort zu finden.

Bis dahin soll der temporäre Standort erhalten bleiben, damit eben solche unwürdigen Bilder auch nicht mehr entstehen. Und wenn es dann so weit ist, bin ich zuversichtlich, dass wir einen angemessenen Ort und eine angemessene Form des Erinnerns an diesen schrecklichen Völkermord in der Kölner Innenstadt finden. Das wird der Sache gerecht, und das ist der Sache würdig. Und ich glaube, das ist ein Anliegen, was auch in dem Änderungsantrag deutlich wird. Deswegen freue ich mich, wenn sich möglichst alle demokratischen Kräfte hier im Rat hinter diesem Änderungsantrag versammeln können.

In diesem Sinne - ohne jede Ironie - ein bedeutender, ein wichtiger Tagesordnungspunkt. Ich finde es gut, wenn wir uns hier gemeinsam wirklich - und das ist auch ein gutes Zeichen nach außen - als Kölner Rat und demokratische Kräfte hinter diesem Antrag versammeln können. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD, bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon eine Menge von dem gesagt, was ich auch nur noch bekräftigen kann. Es ist richtig gesagt worden: Es geht um einen der ersten systematisch geplanten und organisierten Genozide des 20. Jahrhunderts. Nach wissenschaftlichen Schätzungen fanden bis zu 1,5 Millionen Menschen dadurch den Tod. Die damalige Regierung des Osmanischen Reiches plante und organisierte dies. Aber - auch das ist richtig betont worden - wir gedenken hier natürlich eines Genozids, auch und in erster Linie für die Nachkommen jener Menschen armenischer Herkunft, die bei uns leben und natürlich weltweit leben.

(Allgemeiner Beifall)

Zum Zweiten aber geht es um ein Verbrechen, das mit deutscher Beihilfe, mit Deckung der damaligen deutschen Regierung unter Kaiser Wilhelm II. stattfand und dessen Offiziere in der Türkei dazu Beihilfe geleistet haben.

Köln ist die Stadt mit der größten armenischen Gemeinde in Deutschland. „Dieser Schmerz betrifft uns alle“, ist natürlich deshalb für Köln besonders wichtig als Aussage. Es ist sehr gut, dass die Bezirksvertretung Innenstadt im Grunde diesen heutigen Ratsbeschluss vorbereitet hat. Am 29.03. und am 27.04. hat sie zwei Beschlüsse gefällt, auf denen im Grunde unser heutiger Ratsantrag aufbaut. Trotzdem ist das ein sehr wichtiger Schritt vorwärts, dass wir heute diesen Antrag so beschließen.

Er hat zwei Teile. Wir als LINKE finden es sehr wichtig, dass es jetzt einen Prozess der Verwaltung - von der Verwaltung organisiert - gibt, einen Dialog- und Findungsprozess mit Anhörung von Expert*innen unter Beteiligung der Öffentlichkeit und natürlich der Initiative „Völkermord erinnern“ und der armenischen Gemeinde, die Mitglied dieser Initiative ist, und wir dann dazu kommen, in einigen Jahren in Köln ein angemessenes, würdiges Mahnmal für diesen Völkermord zu haben.

Zugleich sollten wir aber auch sehen: Dieser Prozess dauert einige Jahre. Deshalb hat die Bezirksvertretung Innenstadt völlig zu Recht beschlossen, dass die Erinnerungsstele der Initiative und der armenischen Gemeinde mit dem Titel „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ aufgestellt werden soll; so lange in der Nähe der Kaiser-Wilhelm-Statue an der Hohenzollernbrücke. Unser Beschluss heute sagt, sie soll temporär aufgestellt werden. Das tragen wir mit. Wir als LINKE finden aber den Vorschlag der Bezirksvertretung Innenstadt präziser, zu sagen: für mindestens ein Jahr vom 24.04., dem Gedenktag an den Völkermord, bis zum 24.04.2024, und - wir könnten uns auch

vorstellen und wir bitten alle, das genau zu überlegen und sich dazu eine Meinung zu bilden - so lange, bis endgültig in Köln ein Mahnmal beschlossen und aufgestellt worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Also, in diesem Sinne: Ich finde, es ist heute wichtig, dass wir das alle gemeinsam beschließen. Denn was zum Antrag von Die FRAKTION gesagt wurde: Es ist auch überhaupt nicht gut, solch ein Anliegen als Partei allein zur eigenen Profilierung zu nutzen. Deshalb ist es wichtig, dass alle demokratischen Fraktionen das hier beschließen.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich habe meine Rede zur Seite gelegt, weil - und das erfüllt mich wirklich mit großer Freude - ich jetzt erlebt habe, dass offensichtlich Kolleg*innenen anderer Fraktionen beim Lesen des Antrages von der FRAKTION genauso empfunden haben wie ich. Ich finde es wunderbar, dass Frau von Bülow und Herr Dr. Elster dieses genauso ausgedrückt haben, wie ich es empfunden habe. Dafür vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, das muss man sagen, auch gerade bei so einem Punkt. Das wurde auch noch einmal von Herrn Kockerbeck deutlich gemacht: So ein Thema darf nicht einer plumpen Profilierung dienen. Und genau diesen Eindruck hatte ich, als ich es gelesen habe, und wenn Herr Hock sagt, das sei die Comicbeilage zur heutigen Ratssitzung, dann muss ich sagen: Für mich ist es ein Ärgernis, das mit Empfindungen von Menschen, von Armeniern und Türken spielt.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deswegen will ich alles das, was so richtig gesagt worden ist, nicht wiederholen. Ich kann verstehen, dass viele Menschen der armenischen Gemeinde, die heute hier sind, diese Debatte mit großen Empfindungen verfolgen und sagen: Wie lange hat es eigentlich gedauert? Das müssen wir uns auch noch einmal sehr deutlich machen: Wie lange hat es gedauert? Wie lange hat es gedauert, dass der Deutsche Bundestag 100 Jahre später erst seine Verantwortung deutlich gemacht hat?

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Und wenn man auf diese Dauer des Prozesses schaut, dann habe ich wirklich die inständige Bitte: Das Mahnmal, was wir alle wollen - es muss schnell errichtet werden. Und wir haben leider Gottes auch in dieser Stadt schon Erfahrungen gemacht - ich erinnere nur an das Thema Keupstraße -, wo Menschen, die lange auf dieses Mahnmal warten, immer noch warten. Das darf nicht passieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik hat das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und auch im Stream. Dieser Schmerz betrifft uns alle.

Das Mahnmal am hier diskutierten Ort hat eine besondere Stellung. Das wurde von vielen Vorredner*innen mehrfach angesprochen. Die Rolle des Deutschen Kaiserreichs am Genozid am armenischen Volk zu beleuchten ist ein wichtiger Schritt. Daher können wir die Notwendigkeit der Nähe zur Statue Wilhelms II. bei uns an der Hohenzollernbrücke sehr gut nachvollziehen. Uns ist die Aufarbeitung der historischen und kolonialen Vergangenheit Deutschlands und Kölns wichtig. Aber ein Ende dieses Prozesses ist noch nicht absehbar.

Im Kontext hier heißt das: Auch Kaiser Wilhelm wird hier mitsamt Denkmal zur Debatte stehen können. Ob es vor Ort bleibt und im direkten Kontext, oder ob man sich im Bürgerbeteiligungsprozess für eine Verlegung in ein Museum starkmacht, können wir noch nicht absehen. Wir wollen eine langfristige Lösung für das Erinnern an den

schrecklichen Genozid an den Armeniern in der Kölner Innenstadt. Daher freuen wir uns über die breite Unterstützung des Änderungsantrages. Ganz viel ist hier schon gesagt worden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zum Tagesordnungspunkt 3.1.5 weiter das Wort gewünscht? - Herr Hock, Sie sind noch nicht dran. Ich habe jetzt erst Sie, Herr Cremer. Bitte sehr.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Liebe FRAKTION, mit diesem Thema macht man keinen Zynismus und zieht das Ganze nicht ins Lächerliche.

Das ist ein Völkermord und da macht man das nicht. Punkt. Wir werden diesen Antrag natürlich ablehnen. Dem Änderungsantrag werden wir zustimmen. Wir werden es auch eng begleiten. Wir sind gespannt, welche Berichte es in den Ausschüssen geben wird. Das sind wir den Opfern schuldig. Es ist ein Massenmord gewesen. Darüber gibt es nichts zu diskutieren. Ich glaube, damit ist alles gesagt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock, ich wollte eigentlich keine zweite Rederunde aufmachen. Aber wenn Sie sich kurzfassen, dann bitte schön.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich glaube, darüber, ob es eine zweite Rederunde gibt oder nicht, entscheiden immer noch die Redner, Frau Reker. Vielen Dank.

(Zuruf von der AfD: Das haben Sie vorhin nachgelesen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist nicht so. Darüber entscheidet die Sitzungsleitung. - Aber bitte sehr, Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich muss doch noch einmal zwei, drei Sachen sagen. Hier wurden bewusst Sachen falsch verstanden, und ich möchte es in den richtigen Rahmen rücken.

Zunächst einmal, wenn hier Herr Elster sagt, es wäre zynisch, und dann aufzählt, wie - übrigens von seiner Partei mitverantwortlich auf Bundesebene - die Politik der Bundesrepublik im Bewusstsein dieses Umstandes keine Erklärung eingefordert hat, dann erscheint mir das sehr viel zynischer als der Antrag, den wir gestellt haben.

Wenn Frau Hoyer sagt, ich hätte gesagt, es sei eine Comicbeilage, dann hat sie mir nicht zugehört. Frau Hoyer, hören Sie mir einfach zu.

(Zuruf Katja Hoyer [FDP]: Ich höre Ihnen ja zu!)

Ich habe gesagt, dass Sie unsere Beiträge ansonsten wie die Comicbeilage in einer Zeitung wahrnehmen; und dass Sie das heute aber nicht von uns erwarten können.

Ich habe ganz klar gesagt, dass wir heute hier einen Antrag stellen, den wir ernst meinen. Das war der Antrag 1. Wenn Sie uns Profilierung unterstellen, dann muss ich Ihnen sagen: Sie glauben gar nicht, wie wenig Außenwirkung ich den Reden, die wir hier halten, zukommen lasse. Ich glaube nicht, dass es irgendjemand wahrnimmt. Wir haben diesen Antrag gestellt, weil wir etwas bewirken wollten, und das haben wir am Ende auch gemacht. Ich frage mich: Warum haben Sie es die letzten Jahre nicht hinbekommen, das zu machen, was Sie jetzt machen, nämlich eine klare Stellung zu beziehen und sich so auszusprechen, wie Sie es heute gemacht haben?

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt haben Sie Ihre eigene Fraktion! So weit haben Sie es gebracht!)

Insofern muss ich sagen, auch wenn es mir peinlich ist, hier realpolitisch gearbeitet zu haben: Das haben wir sehr gut gemacht. Und es ist gut, dass Sie Stellung bezogen haben. Am Ende kann ich nur sagen: Geben Sie uns ruhig die Schuld. Wir sind froh. Immer her damit, wenn das Ergebnis stimmt. Und das tut es ja heute. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann werde ich

zunächst abstimmen lassen über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der-SPD Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Volt-Fraktion und von Frau Gabriel. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

I. Abstimmung über den Ersetzungsantrag

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ersetzt:

1. *Der Rat erkennt die Wichtigkeit und Dringlichkeit des von der Initiative „Völkermord Erinnern" vorgebrachten Anliegens und die besondere historische Verantwortung Deutschlands an.*
2. *Der Rat akzeptiert eine temporäre Aufstellung des Mahnmals „Dieser Schmerz betrifft uns alle".*
3. *Die Verwaltung wird beauftragt unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen und Gremien schnellstmöglich einen Dialog- und Findungsprozess zu konzeptionieren mit dem Ziel, eine dauerhaft zeitgemäße, angemessene Form des Erinnerns im Bereich der Kölner Innenstadt zu finden.*
4. *Dem Ausschuss Kunst und Kultur und dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Rechtsfragen und Internationales ist regelmäßig zu berichten.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag erübrigt sich durch den Beschluss über den Ersetzungsantrag.

Anmerkung:

Die Fraktion Die FRAKTION hatte in der Sitzung Ziffer 2 ihres Antrages zurückgezogen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts"
AN/1187/2023

Das Wort hat Frau Brock-Storms.

Claudia Brock-Storms (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass jetzt so viele gehen, bei diesem wichtigen Tagesordnungspunkt. Sehr geehrte Frau Reker! Als Mitglied des Integrationsrats, aber auch im Namen der SPD-Fraktion - und ich denke, im Namen der meisten Anwesenden - möchte ich Ihnen sehr dafür danken, dass Sie sowohl bei der gemeinsamen Gedenkfeier des Landes und des Integrationsrats Köln zum 30. Jahrestag der Ermordung der Familienmitglieder der Solinger Familie Genç, als auch am vergangenen Freitag zum 19. Jahrestag des Nagelbombenattentats in der Keupstraße waren. Dafür ein herzliches Danke.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Veranstaltung des Integrationsrats am vergangenen Freitag wurden die ersten Interviews mit den Opfern des Attentats, die später am Gedenkort an der Keupstraße laufen sollen, gezeigt. Ein Opfer, ein älterer Herr, hat seine Empfindungen über den Anschlag so zum Ausdruck gebracht - ich zitiere aus dem Gedächtnis:

> Das konnte doch nicht sein. Es ist doch mein Deutschland.

Warum zitiere ich diese Worte? - Weil es genau darum geht: Heimat und zweite Heimat. Und deshalb ist der Entwurf eines Gesetzes des Bundesinnenministeriums zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts so wichtig.

(Beifall bei Teilen der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mhm, genau das!)

Es ist ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das der gelebten Vielfalt in Deutschland und in Köln gerecht wird. Um es hier auch noch einmal deutlich zu sagen: Einbürgerungen erfolgen schon lange überwiegend unter Hinnahme der

Mehrstaatigkeit - nur, dass auf diskriminierende Weise nach dem Herkunftsland unterschieden wird, die langjährig hier lebende Menschen aus Drittstaaten schlechter stellt als hier lebende Bürger und Bürgerinnen aus EU-Staaten.

Ich kann mir Ihre Reaktion - und ich glaube, Frau Reker wird auch noch etwas dazu sagen - vorstellen: Was bringt jetzt die SPD-Fraktion auf die Idee, diesen Antrag in den Rat zu bringen? Wollen wir jetzt die bessere Bundesinnenpolitik machen?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

Nein, natürlich nicht. Ja, es ist richtig, die politische Entscheidung wird im Bundestag getroffen werden. Aber leider wird die öffentliche Debatte darüber einmal wieder mit rassistischen Argumenten geführt. Von der Entwertung der deutschen Staatsangehörigkeit und dem Verramschen des Wahlrechts wird geredet. Auch wird von einer Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme geredet.

(Zuruf von der AfD: Ist ja auch richtig so!)

Fakt ist aber: Wer eingebürgert werden möchte, muss, bis auf wenige Ausnahmen, seinen Unterhalt selbst finanzieren können.

Zurück aber zur Anfangsfrage: Warum dieser Antrag? Weil die Angehörigen der Generation der sogenannten Gastarbeiter*innen und der Vertragsarbeiter*innen einen vereinfachten Weg zur Staatsbürgerschaft erhalten sollen. In Köln leben 29 000 Menschen mit türkischer Familiengeschichte ohne deutschen Pass. Sie machen mit 22 Prozent des sich auf gut 20 Prozent belaufenden nichtdeutschen Bevölkerungsanteils die größte Untergruppe aus.

Viele Menschen warten seit Jahren auf die geplanten Erleichterungen bei der Einbürgerung und die Zulassung der Mehrstaatigkeit. Sie befreit die Menschen mit internationaler Familiengeschichte von der Last, sich zwischen zwei Nationalitäten entscheiden zu müssen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die rechtliche Situation würde dann die Lebensrealität der Menschen widerspiegeln, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, aber natürlich auch eine Heimat in den Ländern, in denen ihre Großeltern, Eltern und vielleicht auch sie selbst noch geboren wurden und wohin sie weiterhin familiäre Beziehungen haben.

Die erste Generation der so genannten Gastarbeiter wurde nach Deutschland geholt, wobei das Inländerprimat - so hieß es damals - weiter bestand. Sie arbeiteten hier meist in körperlich anstrengen Bereichen wie dem Bergbau, der Stahlindustrie oder dem Bau und unter zumeist sehr schwierigen Bedingungen. Schwierige Bedingungen meint dabei nicht nur harte körperliche Arbeit, sondern auch: kein Arbeitsschutz, keine Sprach- und Integrationskurse und schwierige Wohnsituationen. Und obwohl sie wesentlich zum frühen wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands beigetragen haben, wird ihr Anteil daran marginalisiert. Auch in Köln wurde für unseren Wohlstand malocht. Ob bei Ford am Band, bei KHD, F&G oder der Chemischen Kalk. Die Würdigung ihrer Lebensleistung ist uns wichtig und daher ein wichtiges Zeichen von Dankbarkeit und Respekt.

Wir sind überzeugt, dass insbesondere mehr türkischstämmige Menschen in Köln nach Verabschiedung des Gesetzes einen Antrag auf Einbürgerung stellen werden, da man seine Herkunft nicht mehr wie einen Mantel an der Garderobe abgeben muss. Dann muss aber auch gewährleistet sein, dass die Einbürgerungsverfahren in einem zeitlich akzeptablen Rahmen durchgeführt werden. Daher richten sich unsere Forderungen an Land und Bund, um die Kommunen dabei zu unterstützen, die kommunalen Ausländerbehörden sowohl technisch als auch personell so auszustatten, dass sie die erwartete Mehrarbeit zeitnah leisten können.

Ich sehe, meine Redezeit ist leider zu Ende. Daher kann ich nur alle Leute noch einmal dazu auffordern, sich das Lied des Liedermachers Ozan Ata Canani einmal anzuhören. Das spiegelt nämlich genau das wider, was ich sagen wollte. Es ist jetzt leider zu spät. Also sagen wir endlich: Willkommen - hoş geldiniz - zu den Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Sorgen wir dafür, dass es ihr Deutschland wird. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Begründung Ihres Antrags, Frau Brock-Storms. Ich bin mir sicher, dass die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts eine sinnvolle Sache ist. Ich

glaube, dass sie auch größere Klarheit in vielen Fragen rund um das Thema Staatsangehörigkeit geben wird.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir die unsere Arbeit betreffenden Argumente als Stadt Köln bereits in den Gremien des Städtetages eingebracht haben. Ich erkenne die Position des Städtetages im neuen Staatsangehörigkeitsrecht in Teilen zumindest durchaus auch wieder.

Allerdings habe ich Ihnen auch noch einmal zu sagen, dass die Stadt Köln in dieser Frage nicht zuständig ist. Aber das haben Sie selbst eben gesagt. Ich fände auch, wir wären gut beraten, wenn wir uns der Arbeit widmen, für die wir einen gesetzlichen Auftrag haben.

(Allgemeiner Beifall)

Sie dürfen wirklich davon ausgehen, dass ich unsere Argumente einbringe.

Wird jetzt weiter das Wort gewünscht? - Herr Hammer. Und dann Herr Cremer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Redebeitrag der SPD-Fraktion, der viel Richtiges enthielt, aber leider in der Quintessenz dann doch nicht dem Antrag der SPD-Fraktion entsprach. Worum es eigentlich geht: Sollten wir als Rat uns zu etwas bekennen, das die Ampel auf Bundesebene gerade richtigerweise entsprechend verhandelt und modernisiert und das auch heiß diskutiert wird?

Ich gehe davon aus, dass die entsprechenden Fraktionen in den dazugehörigen Gremien sich dort positionieren und zustimmen werden. Ich möchte mich den Worten der Oberbürgermeisterin anschließen, dass wir uns auf das konzentrieren sollten, wofür wir hier vor Ort konkret zuständig sind. Ich bin Ihnen auch für Ihr Statement sehr dankbar, dass Sie über den Städtetag, nämlich dort, wo wir als Kommunen auch tatsächlich den Einfluss, den wir haben, geltend machen können, bereits auch in diesem Sinne tätig sind. Von daher kann ich auch begründen, warum wir für unsere Fraktion diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, Sie haben eine Frage an Herrn Hammer? - Bitte schön.

(Bernd Petelkau [CDU]: Was kommt denn jetzt Wichtiges? Das ist doch lächerlich!)

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Lino Hammer! Dir und Ihnen allen ist schon bewusst, dass wir hier regelmäßig letztendlich Postulate, politische Postulate, miteinander fassen, die aber richtig sind, in der Sache, Land, Bund und andere Strukturen zu unterstützen. Sollen wir das in Zukunft nicht mehr tun? Ist das sozusagen das Signal, das von hier ausgeht, dass wir für eine richtige Sache hier in diesem Rat keine Resolution mehr fassen? Das ist meine ernst gemeinte Frage. Wir tun heute nichts anderes, als wir beim Deutschlandticket und bei vielen anderen Dingen in den letzten Ratssitzungen getan haben. Ich bin etwas verwundert, dass hier heute eine Zuständigkeitsdebatte aufgemacht wird, in einer für viele Menschen existenziellen und wichtigen Frage. Von daher frage ich noch einmal: Wollen wir unsere Vorgehensweise, unsere Politik in Anführungsstrichen, dieses Rates damit ändern? - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer beantwortet.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Christian Joisten, weil du mich direkt angesprochen und das Deutschlandticket als ein konkretes Beispiel genannt hast: Ja, auch dort waren Appelle darin. Aber auch dort gab es tatsächlich Auswirkungen unmittelbar auf uns als Kommune durch ein schon beschlossenes Gesetz seitens der Bundesregierung, mit dem wir uns vor Ort direkt auseinandersetzen müssen.

Ich glaube, dass uns allgemeine Appelle, wie sich der Rat dieser Stadt Köln positioniert, in der einen oder anderen Debatte, wenn wir als Kommune konkret betroffen sind, durchaus guttun können.

(Christian Joisten [SPD]: Menschen in Köln!)

In diesem Fall geht es um eine Bundesgesetzgebung, von der auch natürlich Kölnerinnen und Kölner betroffen sind. Aber wenn die SPD-Fraktion in diesen Rat Anträge einbringt, die von der Landtagsfraktion in ganz vielen anderen Kommunen entsprechend auch eingebracht werden, dann sollte sich die SPD-Fraktion am Ende vielleicht auch Fragen, ob es der richtige Ort ist, hier mit diesem Thema angemessen umzugehen? - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort. - Herr Weisenstein, Herr Cremer hat das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Aber unsere Kollegin ist gemeldet. Ich denke, es geht nach Fraktionsgröße. Aufgrund der Tatsache dieses Scharmützels zwischen den beiden Redner*innen sehe ich die eigentliche Verabredung, dass wir zu diesem Punkt nach der Einbringung des Antrages nicht reden, nicht mehr gegeben. Somit würde ich darum bitten, dass die Fraktionen nach Fraktionsgröße aufgerufen werden. - Danke schön!

Christer Cremer (AfD): Wissen Sie was? Ich bin ein Gentleman, ich überlasse es den LINKEN.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

Christer Cremer (AfD): Ich bin mal nicht so, ich kann auch warten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da ich natürlich Ihre Verabredung nicht kennen kann, rufe ich jetzt auf, wen Sie gemeldet haben: Frau Niknamtavin. Danach möchte die CDU aber auch sprechen, nämlich Herr Petelkau.

(Zuruf von der AfD: Dann wollen wir aber auch! - Heiterkeit bei der AfD)

- Gut, dann sprechen alle zu dem Thema, ganz wunderbar. Sie wissen, was ich von den Resolutionen halte, aber wenn Sie so viel Zeit haben: Ich habe mir heute Abend nichts vorgenommen, außer Sie zu empfangen. - Bitte sehr.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist ganz gut, wenn man einmal noch ein Statement zu diesem Thema abgibt. Ich hätte jetzt meine Rede zurückgezogen, wenn ich nicht gesehen hätte, dass ein Mensch der AfD auch gleich noch reden will.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der AfD: Oooh!)

Ich glaube, es ist gut, dass man noch einmal aus Perspektive der LINKEN etwas dazu sagt.

Ich werde jetzt aber nicht konkret auf den Antrag eingehen und sagen, was ich gut oder schlecht finde. Ich werde es relativ kurz halten. Und zwar: Die Ampel hat, wie bereits gesagt, einen Entwurf für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vorgelegt. DIE LINKE begrüßt die Zielrichtung des Gesetzes uneingeschränkt und hält es für längst überfällig.

Kurz zum Wahlrecht: Artikel 20 des Grundgesetzes heißt „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Etwa 10 Millionen Menschen haben in unserer Demokratie kein Stimmrecht. Das ist eine riesige Lücke der politischen Teilhabe und Mitbestimmung. 10 Millionen Menschen ohne Stimmrecht in unserer Bevölkerung leben mindestens 20 Jahre und länger in Deutschland. In vielen Köpfen scheint immer noch die feste Überzeugung verankert zu sein: Gelungene Integration gehöre in die Hände der Dazugekommenen.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Wer deutsch sein will, muss hart dafür arbeiten, gut Deutsch sprechen und sich anpassen; anpassen einem System, in dem immer wieder der Schutz jener Gruppen versagt, Rassist*innen Morde verüben und teilweise gedeckt werden und Migrant*innen als Opfer eines immer rechter werdenden Deutschlands sogar selbst kriminalisiert werden.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Integration ist keine Einbahnstraße und Demokratie kein willkürlich zu vergebendes Geschenk. Was Migrant*innen der ersten und zweiten

Generation seit den Siebzigern passiert - nämlich kollektives Gaslighting, kollektive Ausgrenzung und Ausbeutung, viel zu wenig Integration, sowie dass man trotz eines Hauptwohnsitzes in Deutschland, des Lebens in diesem Land, trotz des Arbeitens und Steuerzahlens am größten politischen Ereignis dieses Landes, nämlich der Bundestagswahl, nicht teilhaben und wählen darf -, ist keine Bewusstseinsfrage, sondern politisch gewollt. Ich nenne das strukturelle Diskriminierung. Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt eröffne ich die Rednerliste wieder nach Größe der Fraktionen - so, wie Herr Weisenstein es eben vorgeschlagen hat. - Bitte sehr, Herr Petelkau. - Man darf seine Meinung ändern, natürlich.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir eine Debatte, die in den Deutschen Bundestag gehört, wo das Thema intensiv diskutiert wird, hier führen; und dann noch in einer Form, in der wir noch nicht einmal eine richtige Resolution haben, um eine Position zu haben, sondern in der Begründung teilweise Einschränkungen sind. Es wird zum Beispiel nur eine Nationalität genannt. Ich glaube, in Köln leben über 200 Nationen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das muss man an der Stelle auch einmal würdigen.

Es wird auch so getan, als ob wir gar kein Integrationsrecht hätten. Die verschiedenen Parteien haben in verschiedenen Wahlperioden bereits entsprechende gesetzliche Veränderungen in Berlin beschlossen. Dort stand immer auch das Thema Integration im Vordergrund. Diesen Teil muss man, wenn man über das Staatsangehörigkeitsrecht diskutiert, ebenfalls mitdenken. Dazu sehe ich hier an der Stelle gar nichts.

Ich habe eine große Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie jetzt anfangen, im Vorfeld zu sagen, dass dann hier die Voraussetzungen der Kommune geschaffen werden müssen: Das ist richtig, aber kümmern Sie sich doch bitte erst einmal darum, dass Herr Scholz das Versprechen, das wir beim Wohngeld bekommen haben, dass wir eine anständig durchfinanzierte Personalausstattung für die Auszahlung des Wohngeldes bekommen, endlich umgesetzt wird und die Kommunen das Geld bekommen, das sie benötigen, um ihren Job zu machen.

(Christian Joisten [SPD]: Hier geht es um das Staatsbürgerschaftsrecht!)

Wir haben hier wieder einmal die übliche Doppelfunktion. Einerseits ist es das Thema vorgelagerter Wahlkampf, für welche Ebene auch immer. Es ist, ich sage einmal, relativ billig, wenn aus der SPD-Zentrale der Aufruf kommt: Bitte stellt Anträge in möglichst vielen Kommunen. Das ist das eine. Andererseits ist es das Thema Populismus. Wir sind eben nicht zuständig, sondern es ist eine Debatte, die in den Deutschen Bundestag im Detail gehört. Vor dem Hintergrund kann ich nur sagen: Wir sind gut beraten, wenn wir es heute ablehnen und derartige Diskussionen hier auch zukünftig nicht führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP)**:** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache es vom Platz aus, denn ich möchte gern zu Ihrem Empfang, und möglichst zeitnah.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Wir werden uns enthalten, weil wir natürlich für das Staatsangehörigkeitsrecht, für die Modernisierung, sind. Aber in der Tat ist das, was Herr Hammer und auch jetzt Herr Petelkau gesagt haben, ganz richtig. Wir sind hier nicht im Bundestag. Wir sind auch nicht im Wahlkampf. Wahrscheinlich hat der Antrag diesen Hintergrund, nach dem Motto: Wir werden hier versuchen, CDU und Grüne gegeneinander auszuspielen. Das ist vielleicht auch ganz nett, aber trotzdem finde ich das mit diesem Antrag nicht so ganz gelungen.

Wir könnten auch - das fände ich auch ganz toll - zum neuen Chancen-Aufenthaltsrecht eine kleine Resolution machen. Aber ich glaube, es ist der Sache nicht dienlich, auch nicht der Sache hier vor Ort. Deswegen werden wir uns enthalten. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat das Wort.

Isabella Venturini (Volt)**:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Man kann jetzt viel über Resolutionen streiten. Als wir in den Rat gestartet sind, haben wir eigentlich von Anfang an gesagt: Resolutionen gehören nicht hier an diese Stelle; es bringt meistens nichts. Aber wenn wir schon einmal die Chance haben, über gewisse Dinge zu diskutieren, möchten wir uns natürlich auch dazu positionieren.

Was im Antrag der SPD letztendlich aus unserer Sicht der einzige wichtige Punkt ist, ist tatsächlich Punkt 3, demzufolge der Bund wirklich zusehen muss, dass die Kommunen entsprechend ausgestattet werden.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Wir begrüßen absolut diese Modernisierung, bzw. aus meiner Perspektive ist es eine Anpassung an die Realität. Ein Beispiel: Als ich geboren wurde, hatte ich die Staatsangehörigkeit meiner Mutter. Danach hatte ich die von meinem Vater. 2017 wurde ich dann eingebürgert, weil man die doppelte Staatsangehörigkeit haben durfte. Deswegen ist es aus meiner Sicht einfach nur eine Anpassung an die Realität. Wie gesagt, begrüßen wir ausdrücklich das Vorhaben, aber wir wissen alle, wie unsere Ausländerbehörden gerade arbeiten, nämlich am Anschlag. Wir haben unfassbar viel zu tun und gerne setzen wir Sachen um, die die Bundesregierung hier setzt. Aber wir brauchen die finanziellen und die weiteren Kapazitäten auf kommunaler Ebene. Ich bin überzeugt, dass die Oberbürgermeisterin sich dafür natürlich auch einsetzt. Das hat man, glaube ich, auf dem Städtetag auch gut sehen können, wo sie des Öfteren gesagt hat, dass wir grundsätzlich auf der kommunalen Ebene gerne sehr viele Dinge umsetzen, die zukunftsweisend sind, wir aber die Ressourcen dafür brauchen.

Von daher: Wir begrüßen sehr diesen Punkt 3. Aber, wie gesagt: Es ist nicht in unserer Macht. Ich sehe, dass die Oberbürgermeisterin das tut. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU] und Dr. Helge Schlieben [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Liebe SPD, das ist ja ein offensichtlich ganz koordiniertes Vorgehen in mehreren Kommunen. Ich weiß, dass es heute auch in Dortmund stattfindet. Dort wird das gleiche Thema behandelt.

(Beifall bei der AfD - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ugh!)

Es muss wohl irgendwie in Ihrer Parteizentrale in Berlin die Angst umgehen, wenn Ihre Obergenossen Ihnen jetzt sozusagen vorschreiben: Das habt ihr jetzt zu machen, ein bisschen Vorfeldarbeit. Ich weiß nicht, ob es einer Fraktion im Kölner Stadtrat würdig ist, so zu agieren.

An die FDP: Es sind ja jetzt Landtagswahlen in Hessen und in Bayern, also in Bundesländern, in denen Sie nicht unbedingt am stärksten sind. Sie haben vielleicht noch Angst, dass die FDP jetzt auch wieder Opposition in der Koalition macht. Wir hatten es ja beim Gebäudeenergiegesetz. Und die AfD hat auch aktuell recht gute Umfragewerte.

Dann stelle ich Ihnen allerdings auch die Frage: Warum bringen Sie so einen Antrag hier ein? Wir können dann nämlich zu dem Thema hier reden, und das an vielen Orten in der Republik, und unsere Punkte werden wahrgenommen. Also das ist wirklich mehr als kontraproduktiv.

(Beifall bei der AfD)

Aber jetzt zum Antrag, meine Damen und Herren. Sie sprechen sich für die in Berlin angedachten

Reformen im Staatsangehörigkeitsrechts aus, um der Vielfalt dieser Gesellschaft gerecht zu werden. Die Ampelkoalition will unter anderem die Anforderungen zum Erwerb an die deutsche Staatsangehörigkeit mit Blick auf die Sprachkenntnisse absenken. Die Möglichkeit zur sogenannten doppelten Staatsangehörigkeit soll ausgeweitet werden. Auch die Fristen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit sollen abgesenkt werden. Jede Gesellschaft ist irgendwie vielfältig, denn jeder Bürger hat nun einmal unterschiedliche Begabungen und Interessen.

Aber Vielfalt braucht auch eine gewisse Einigkeit als Grundlage. Diese hat man nicht, wenn die Menschen auch noch eine Loyalität gegenüber einem anderen Staat haben. Jetzt stellen wir uns doch einmal vor, dass das alles so beschlossen wird. Dann bekommen die Erdoğan-Fans in Deutschland auch alle einen deutschen Pass. Damit geht dann auch das Wahlrecht einher. Die werden dann wunderbar den Auftrag ihres Präsidenten bei den Wahlen immer wieder umsetzen. Aber die SPD hat bekanntlich eine gewisse Nähe zum Herrn Erdoğan. Ihr Parteifreund und früherer Bundeskanzler, Gerhard Schröder, hat ganz begeistert an der Amtseinführung von Herrn Erdoğan teilgenommen.

(Zuruf von der SPD: Buh!)

Die Loyalität der Eingebürgerten muss Deutschland gelten.

(Beifall bei der AfD)

Wenn daran auch nur im Ansatz Zweifel bestehen, darf es keinen Pass geben. Deshalb muss die Zeit bis zu einer Einbürgerung auch länger als fünf oder drei Jahre sein, wie im Gesetzentwurf skizziert. Auch das aktuelle Gesetz ist dort viel zu liberal. Wir sind der Meinung, dass das Staatsangehörigkeitsrecht von Helmut Kohl wieder Anwendung finden sollte. Es wurden übrigens in den Neunzigerjahren auch sehr viele Menschen eingebürgert.

Außerdem soll es jetzt auch für Aufstocker von Sozialleistungen die Möglichkeit geben, den deutschen Pass zu bekommen. Das wäre dann der ultimative Anreiz für noch mehr Einwanderung in die Sozialsysteme, denn mit deutschem Pass kann man auch nicht mehr abgeschoben werden. Von den Menschen in Deutschland unter 18 Jahren - nur um ein paar Zahlen zu dem Themenbereich zu nennen - haben 40 Prozent derer, die von den staatlichen Unterstützungsleistungen leben, keinen deutschen Pass. In NRW ist jeder zweite Bezieher von Bürgergeld Ausländer. Deutschland zieht also in erster Linie Zuwanderer in die Sozialsysteme an. Und Sie wollen noch mehr davon - wahrscheinlich wegen ihrer Freunde in der Sozial- und Betreuungsindustrie.

Meine Damen und Herren von der SPD: Oder wollen Sie mit der Staatsangehörigkeitsreform noch etwas anderes erreichen, nämlich die eingängigen Statistiken im Sozialbereich und bei der Kriminalität manipulieren? Wenn alle in Deutschland einen deutschen Pass haben, taucht auch niemand mehr als Ausländer dort auf. Soll etwa das Scheitern der Politik der offenen Grenzen vertuscht werden? 32 Prozent aller Tatverdächtigen sind laut BKA-Statistik Ausländer. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt allerdings nur bei 16 Prozent. Dabei werden die ganzen Doppelstaater, die jetzt schon einen deutschen Pass und noch einen anderen Pass haben, schon einmal nicht mitgerechnet.

Und wenn man dann - wie übrigens auch die CDU in Berlin - bei Tatverdächtigen nach den Vornamen fragt, ergibt das ein interessantes Bild. Deutschland - und das will ich auch hier an dieser Stelle sagen -, ist mit seiner Steuer- und Abgabenlast sowieso nicht für ausländische Fachkräfte interessant. Diese Last möchte die SPD bekanntermaßen auch immer wieder erhöhen, um dann die Sozialsysteme weiter auszubauen, um dann wiederum einen zusätzlichen Faktor für Einwanderung in eben diese Sozialsysteme zu schaffen. Da dreht sich das Ganze irgendwie im Kreis.

Es zeigt auch, dass wir als AfD nicht per se etwas gegen Zuwanderung haben, sondern es geht uns darum, dass die richtige Form der Zuwanderung nach Deutschland kommt.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen aktuell in Deutschland eine Abschiebe- und Rückführungskultur für abgelehnte Asylbewerber und für hier von Sozialhilfe und Sozialleistungen lebende Ausländer und eine effektive Grenzsicherung. Offene Grenzen und der Sozialstaat vertragen sich einfach nicht. Deshalb darf es auch nicht das Verramschen der deutschen Staatsangehörigkeit geben. Das ist

nämlich ein Ausdruck staatlicher Armseligkeit. Und glauben Sie mir, Sie werden keinen ausländischen Leistungsträger hier ermuntern können, in einen armseligen Staat einzuwandern. Deshalb: Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht einfach verschenkt werden. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat sich Herr Zimmermann gemeldet.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Endlich!)

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Jetzt noch einmal kurz durchatmen, dann sind wir auch mit diesem Tagesordnungspunkt durch. Das fängt man sich ein, fängt man sich aber mit jedem Tagesordnungspunkt ein: Es wird leider sehr oft Mist erzählt aus der rechten Ecke.

(Allgemeiner Beifall - Zuruf von der AfD: Wie jetzt gerade, nicht?)

Man darf sich deswegen aber nicht abbringen lassen, solche guten Anträge und Resolutionen zu stellen. Das gehört halt leider dazu. Das muss man aushalten.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Reker, bin ich ein großer Fan von Resolutionen. Ich könnte gar nicht genug davon haben, wenn sie denn möglichst progressiv sind und einen möglichst guten Inhalt haben. Das sehe ich hier bei diesem SPD-Antrag. Allen, die immer über unsere ganzen Resolutionen schimpfen - ich habe mir noch nicht die Mühe gemacht, aber es wird immer wieder erwähnt und man sollte es einmal aufschreiben - sei, auch gerade an die CDU gerichtet, gesagt: Auch ihr habt eine Resolution zu TTIP mitgetragen, wobei der Bezug zu Köln natürlich konstruierbar, es aber nicht unbedingt unsere ureigenste Sache ist, sich in die Verhandlungen von TTIP einzumischen. Also: Resolutionen sehr gerne.

Ein Argument von Frau Brock-Storms hat mich in der Sache wirklich auch überzeugt. Und das ist ihr Hinweis, dass in der nun aufkeimenden Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft bzw. den Gesetzesentwurf und die ganzen Beschlüsse, die kommen sollen, es natürlich scharfen Gegenwind geben wird und es ein tolles Signal wäre, wenn aus Köln jetzt eben mit der Mehrheit des Rates ein Votum in der Presse erscheinen würde: Die Stadt Köln steht dahinter.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre in der Tat einfach. Das hätten wir nach fünf Minuten hier erledigen und uns die Debatte sparen können, wenn sich CDU und Grüne nicht dagegen gewehrt hätten.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn einem an der Sache gelegen ist, dann stellt man nicht einfach Anträge, wenn man an der Meinung des Rates interessiert ist!)

- Nein, aber da hat Herr Hammer natürlich recht. Wir hatten das vorhin auch schon einmal. Solche wichtigen Anträge sollte man natürlich in der Tat immer gemeinsam stellen.

Ich möchte nur trotzdem noch einmal sagen: Was für ein Gegenwind uns bei dem Thema entgegenkommt, merken wir zum Beispiel gerade an der weiter geplanten Zerstörung des Asylrechts; an den ganzen Debatten, die wir dabei gerade erleben müssen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Und es wäre natürlich ein tolles Signal gewesen, wenn wir es jetzt gleich mit Mehrheit beschließen würden. Aber dem ist leider nicht so.

Einen kleinen Funfact am Rande kann ich mir auch nicht verkneifen. Meine Mutter ist 1955 von Norwegen nach Köln gezogen. Sie lebt seit 68 Jahren in Deutschland und wollte ihren Pass nie abgeben. Sie kann daher seit 68 Jahren in Deutschland nicht wählen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Herr

Zimmermann, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Der Antrag ist abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht zu schaffen, das der gelebten Vielfalt in Deutschland und in Köln gerecht wird.*

2. *Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln wird gebeten, im Namen der Stadt Köln diese Haltung des Stadtrats gegenüber dem Land, dem Bund und interkommunalen Zusammenschlüssen zum Ausdruck zu bringen sowie öffentlich bekanntzugeben und zu vertreten.*

3. *Der Rat der Stadt Köln fordert Bund und Länder auf, die Kommunen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dabei zu unterstützen, die Ausländerbehörden sowohl technisch als auch personell so auszustatten, dass diese alle Mehranträge zeitnah und schnell bearbeiten können.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD; Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann Zimmern (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Transparenz schaffen: Keine Geschäfte mit Firmen aus Steueroasen"
AN/1188/2023

Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Jetzt kommt etwas ganz Konkretes, Örtliches, Kommunales.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Juhu! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch etwas Tolles!)

Am 7. September 2022 brachte der WDR im Format „Die Story“ einen spannenden Film über das Sanierungsdesaster der Bühnen. Frau Oberbürgermeisterin, Herr Streitberger, Herr Breite und ich äußerten uns in diesem Film. Mir wurde unter anderem die Frage gestellt, ob mir bekannt sei, dass die Eigentümer des Staatenhauses und vom Depot ihren Firmensitz in einer Steueroase haben. Das war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt.

Ich habe mich gefragt: Ein Desaster im Desaster? Ich habe mich danach mit dem Thema beschäftigt. Die in dem Film gemachten Aussagen treffen zu. Die Frage ist nur: Wie bewerten Politik und Verwaltung die Geschäfte mit Steueroasen? Rechtlich möglich, moralisch verwerflich - würde ich dazu sagen. Entscheidend ist aber, dass man über diese Probleme reden und eine Haltung entwickeln muss.

Die Verwaltung dagegen taucht ab und sagt: Wir haben von nichts gewusst. Wenn man sich aber nicht mit den Problemen und Geschäften mit den Steueroasen auseinandersetzt, wird die Verwaltung immer wieder hereingelegt. Das wollen wir als Politik verhindern, und das sollte auch die Verwaltung nicht wollen. Deshalb gibt es diesen Antrag von uns.

Ich verstehe bis heute nicht, wie der Geschäftsführer der Bühnen mit der BBau - einer der damaligen Firmen - einen Vertrag schließen konnte, in dem sogar im Briefkopf der ersten Vertragsvereinbarung Delaware als Firmensitz groß und breit angegeben war. Diese Blauäugigkeit ist schon beängstigend. Dass in der heutigen Vorlage zu den Bühnen das Thema noch nicht einmal mit einem Satz erwähnt wird - vom Problematisieren ganz zu schweigen - finde ich im Prinzip unterirdisch.

(Beifall bei der LINKEN)

In Sachen Transparenz liegen wir weit hinter der Auseinandersetzung um den damaligen Oppenheim-Esch-Fonds. Damals kannten wir die Besitzer der Fondsanteile, bekannte deutsche Kapitalistenfamilien. Sie wurden auch hier im Rat genannt, vorgelesen usw. Bei der jetzigen Fondsgesellschaft vom Depot kennen wir nur den nichtssagenden Namen BEOS Corporate Real Estate

Fund Germany II. Mir ist zumindest bekannt, dass diese Gesellschaft vier Fonds hat, aber mehr weiß man nicht. Wer die Fondseigner, die Eigentümer, sind - Autokraten, Herr Erdoğan oder wer auch immer - ist nicht bekannt. Es gibt auch keine Bestrebungen, dies aufzuklären.

Mit Weggucken lösen wir nicht die Probleme, sondern nur, wenn wir sie bei den Hörnern fassen. Beim Staatenhaus könnte man zum Beispiel sagen: 2024 ziehen wir um, dann ist das Staatenhaus frei; und dann können wir es auch an jemand anderen vermieten.

Meine Damen und Herren, wenn das so einfach wäre, wäre es schön. Leider haben wir einen Erbbaurechtfolgevertrag. Das heißt, dieser Vertrag läuft weiter. Das heißt, wir müssen sogar mit diesem Unternehmen in der Steueroase darüber verhandeln, wie dieser Vertrag eventuell fortgesetzt werden kann und soll. Ich bin meinem Ratskollegen und Vizevorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Hans Schwanitz, dankbar, dass er sich auch in einem einseitigen Artikel in der *StadtRevue* zu diesem Thema geäußert hatte und die Diskussion begrüßte - ich zitiere -:

> Dass es Verträge der Bühnen mit Firmen gibt, die Steuervermeidungsmodelle praktizieren, ist - vorsichtig gesagt - nicht ideal.

Und dann sagte er weiter:

> Dazu zählen auch moralische Aspekte bei der Bewertung von Geschäftspartnern […] Dass die Verwaltung ausreichend über Vertragspartner informiert ist, ist für mich Voraussetzung.

Er hat dann noch gesagt, es müssten klare Richtlinien entstehen.

Den Gedanken von Herrn Schwanitz mit den Richtlinien haben wir in Punkt 1 unseres Antrages aufgegriffen. Dass bei der Vertragsverhandlung Transparenz hergestellt werden muss, das heißt, dem entsprechenden Ausschuss oder Rat berichtet werden muss, steht in unserem Punkt 2. Und wenn die Verwaltung in die missliche Lage kommt, was theoretisch passieren kann, dass sie uns empfehlen sollte, einen Vertrag mit einem Unternehmen in der Steueroase zu schließen - das ist heute der Fall -, dann sollte die Verwaltung uns zumindest eine Alternative aufzeigen. Das sind unsere drei Anträge zur Situation, wie man es machen könnte.

Es ist keine Ideallösung. Ich habe versucht, darzustellen, dass man in gewissen Situationen steckt und nicht einfach herauskommt, wenn man nicht frühzeitig guckt: Mit wem mache ich Verträge? Das ist noch ein anderes Thema, über das wir mit Ihnen auch sehr diskutieren würden.

Sie sehen, wir sind am Anfang der Diskussion. Es muss darum gehen, mit der Verwaltung und auch in der Verwaltung ein Problembewusstsein dafür zu entwickeln, dass wir nicht hereingelegt werden. Dafür brauchen wir eine Haltung und Entwicklung, sodass die Verwaltung und auch die Politik sagen: Wir wollen nicht hereingelegt werden und müssen einen Weg finden, wie wir mit solchen Unternehmen in Steueroasen keine Geschäfte machen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nur noch einmal zur Klarstellung: Das Staatenhaus ist im Eigentum der Stadt Köln. Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen. Ich finde es auch richtig, dass wir uns nicht hereinlegen lassen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ich habe in meiner Rede von einem Erbbaurechtsfolgevertrag gesprochen. Wir haben einen Erbbaufolgevertrag mit einem Unternehmen in der Steueroase. Und dieses bekloppte Unternehmen hat das Recht, dass dieser Vertrag erfüllt wird. Wenn wir sagen würden - das habe ich zu polemisieren versucht - „nee, nee, das machen wir jetzt nicht mehr, darauf haben wir keinen Bock mehr“, werden wir schön viele Millionen Euro zahlen. Und das ist nicht das, was ich Ihnen unbedingt empfehlen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann es jetzt nur noch einmal wiederholen, denn Sie haben auch gesagt, das Staatenhaus gehöre irgendeinem anderen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Doch, zweimal sogar. Ich habe es mitgeschrieben. Ja, was Sie sagen und was da steht, ist vielleicht etwas anderes.

Jetzt hat das Wort, wer das Wort wünscht. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Jörg Detjen, du hast es selbst gesagt: Wir sind ganz am Anfang der Debatte zu diesem Thema. Von daher beantrage ich, dass wir diesen Antrag dorthin verweisen, wo er hingehört, nämlich in den Rechnungsprüfungsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist dem Antrag so stattgegeben.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Verweisungsantrag von RM Hammer.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antrag unter TOP 3.1.8 ist zurückgezogen.

Der nächste Tagesordnungspunkt 3.2.1 wird zusammen mit 3.2.2 behandelt.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld nach § 38 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, hier: Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen - AN/0768/2023 AN/1671/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1234/2023

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu Sondernutzungen von Bänken vor Ladenlokalen AN/1709/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1235/2023

Hierzu hat zunächst Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt geht es um zwei Anregungen, die aus den Bezirksvertretungen an uns kommen.

Ich möchte es thematisch ein bisschen trennen. Einmal ist die Frage: Wie ist eigentlich das Verfahren? Wie gehen wir als Ratsebene, als Stadtverwaltung mit solchen Anregungen um? Und andererseits gibt es natürlich die inhaltliche Frage: Was wird dort gefordert?

Es gibt eine Kommission zur Stärkung der Bezirke, die seit Jahren tagt. Ulrich Breite berichtet bei uns in der Fraktion immer wieder über den aktuellen Sachstand. Es geht um das Ansinnen der Bezirke, mehr Kompetenzen zu bekommen, mehr wertgeschätzt und mehr wahrgenommen zu werden.

Nun muss man sich natürlich fragen: Wie passt es zusammen, dass wir uns Gedanken machen, wie wir die Bezirke mehr wertschätzen können, wenn dann hier die Verwaltung Initiativen, die von dort kommen, im Grunde einfach in den Ausschuss verweist und sagt: Dann würden wir uns auch bequemen, dazu eine Stellungnahme abzugeben. Das ist der Beschlussvorschlag. Und die Alternative ist: Der Rat nimmt es zur Kenntnis und es passiert gar nichts. Ich muss Ihnen sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu wenig. Das ist zu wenig Wertschätzung. Das ist das, was unsere Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter sicherlich über alle Parteigrenzen hinweg beklagen. So kann man mit solchen Dingen aus meiner Sicht nicht umgehen.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP] und Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Und das ist jetzt der Punkt, wo wir gesagt haben, nachdem wir es uns inhaltlich angeguckt haben: Wenn der Bezirk doch einen guten Vorschlag macht - in diesem Fall die Bezirke Ehrenfeld und Rodenkirchen -, machen wir es doch so; dann geben wir der Verwaltung den Auftrag. Wir brauchen keinen Ausschuss dafür. Wenn die Verwaltung auf ihr Stellungnahmerecht verzichtet - sie kann sich auch heute hier gerne noch dazu melden und etwas dazu sagen -, geben wir doch den Bezirken das, was sie haben wollen und ändern die entsprechende Verordnung hier.

Dann kommen wir zu dem Inhalt. Was wird hier gefordert? Hier geht es darum, dass Einzelhändler vor ihre Geschäfte eine Bank stellen, natürlich als Einladung für die, die dort vorbeigehen - wir hören, dass es zu wenig Möglichkeiten gerade für Leute gibt, die nicht so gut zu Fuß sind -, sich einfach einmal niederzulassen. Hier gibt es also bürgerschaftliches Engagement, das den öffentlichen Raum aufwertet und Flair schafft. Es werden in der Initiative, die in der Bezirksvertretung Ehrenfeld von der Grünen Fraktion ausgegangen ist, die Geisselstraße und Landmannstraße genannt. Wer schon einmal in der Geisselstraße, in der Landmannstraße war, wird wissen: Es ist das Flair, das man dort schätzt. Und es ist doch toll, wenn dort Einzelhändler vor ihre Tür eine Bank und auch vielleicht noch einen Pflanztopf stellen und damit den öffentlichen Raum entsprechend bereichern. Deswegen ist das Ansinnen richtig.

(Beifall von Katja Hoyer [FDP])

In Rodenkirchen hat es noch ein viel breiteres Bündnis gegeben. Dort ist die gleiche Formulierung von Grünen, CDU, SPD und FDP eingebracht worden. Es ist also ein ganz breites Bündnis, wenn wir das heute hier beschließen würden. Ich möchte dafür werben, liebe Kolleginnen und Kollegen: Seien wir froh, wenn sich Einzelhändler und Anlieger um den öffentlichen Raum kümmern; das können wir als Stadt Köln gar nicht alles leisten. Lassen wir dieses bürgerschaftliche Engagement zu; ändern wir die entsprechende Verordnung. Stimmen Sie dem Änderungsantrag der FDP zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird jetzt weiter das Wort gewünscht? - Herr Petelkau und dann Herr Dr. Krupp.

Bernd Petelkau (CDU): Ich würde einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen, das Ganze in den AVR zu verweisen. Die Initiative der Bezirksvertretung ist hier zu würdigen. Der Sachverhalt - ich erinnere an die Diskussion, die wir vor ein paar Jahren über die Aufsteller vor Geschäften hatten - ist es wert, das noch einmal intensiver mit der Verwaltung zu diskutieren, um dann hinterher zu einem guten Ergebnis zu kommen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In aller Kürze: Wir werden abstimmen wie der Hauptvorschlag der Verwaltung, der die Verweisung in den AVR vorsieht.

Ich will aber den Kolleginnen und Kollegen von der FDP ausdrücklich sagen: In der Sache sind wir nicht weit weg von euch. Wir glauben nur, es ist tatsächlich gut, wenn es vorberaten wird, denn so einfach - wenn man sich die entsprechenden Paragrafen der Sondernutzungssatzung anguckt -, dass da einfach nur „Bank“ zusätzlich aufgenommen wird, ist es nicht. Es müssen bestimmte Abstände hergestellt werden. Es kann sich auf einer Bank anders darstellen, wenn jemand darauf sitzt und die Beine ausstreckt, oder was weiß ich. Ich will nicht zu technisch werden. Das alles sollten wir vorberaten. In der Sache halten wir es auch für richtig. Das wollen wir ausdrücklich an der Stelle festhalten.

Was die Sondernutzung in Köln angeht, haben wir viele Themen, auch was die Gastronomie betrifft - ich gucke Frau Steinmann an -, und darum sollten wir uns in den Ausschüssen kümmern und dann hier auch im Rat den entsprechenden Beschluss hinterher fassen, denn es ist eine Satzung. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da ich jetzt keine weitere Wortmeldung sehe, lasse ich

nun über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. - Das ist auch der Beschlussvorschlag. Aber jetzt ist es der Geschäftsordnungsantrag.

Jetzt möchte ich einmal etwas zu dem Verfahren sagen, lieber Herr Sterck. Werter Herr Sterck, wir haben genau dieses Verfahren in der Sitzung zur Kommission der Stärkung der Bezirke miteinander verabredet. Deswegen führe ich das durch. Wenn das nicht so sein soll, dann müssen wir es wieder verändern. Aber genau das ist verabredet, weil es den Bezirken immer zu langsam ging, dass die Verwaltung irgendeine Stellung dazu bezieht, und es direkt in den Rat gehen sollte, damit der Rat sich sofort eine Meinung dazu bilden kann.

(Ralph Sterck [FDP]: Wir sind in der Lage, uns eine eigene Meinung zu bilden!)

- Ich verstehe das gut. Ich habe schon die Satzungsänderung vorbereitet, aber wenn es nicht sein soll, ist es eben nicht so.

Es geht jetzt um den Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung in den AVR. Wünscht jemand dagegen zu stimmen? - Die FDP und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und Frau Gabriel. Dann ist so verwiesen.

Meine Damen und Herren, gleich komme ich zu den Anfragen. Aber zunächst müssen noch über TOP 3.2.2 abstimmen.

Wird noch das Wort zu TOP 3.2.2 gewünscht? - Nein. Es ist der gleiche Geschäftsordnungsantrag.

Wer wünscht, diesem Geschäftsantrag nicht zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und Frau Gabriel. Dann ist auch dieser Geschäftsordnungsantrag abgestimmt und beschlossen.

Beschluss über den Verweisungsantrag:

Die Angelegenheit wird in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2.

Verweisungsantrag von RM Petelkau.

Beschluss über den Verweisungsantrag:

Die Angelegenheit wird in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen /Vergaben / Internationales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Anmerkung:

Gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2.

Verweisungsantrag von RM Petelkau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-vertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses" AN/0512/2023

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Nachfragen der Fraktion DIE LINKE zu Beantwortung der Anfrage AN 0512/2023 „Mehr Öffentlichkeit wagen: Begleitgremien des Stadtentwicklungsausschusses“"!

AN/1177/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Es wurden Nachfragen gestellt, die ich aber als neuen Antrag verstanden und deswegen auch so behandelt habe, Herr Weisenstein. Gibt es Nachfragen? - Nein. Okay. Dann hätte ich die TOPs 4.1 und 4.2 erledigt.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der FDP-Fraktion "Umsetzungsstand Großmarkt"
AN/0826/2023

Auch hier liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Die Antwort ist just-in-time heute eingestellt worden. Wir konnten sie noch nicht bewerten und würden bitten, das in die nächste Sitzung nach der Sommerpause noch einmal aufzunehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, würden Sie, wenn Sie Nachfragen haben, die vorher stellen? Dann können wir sie gleich mit bearbeiten - nur, weil es einfacher ist.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Angelegenheit wird auf Wunsch von RM Görzel in der nächsten Sitzung erneut behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Welcome Desk - Zwischenbilanz nach einem Jahr"
AN/0786/2023

Auch hier liegt die Antwort vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir konnten die Nachfragen schon inter pares mit der Verwaltung klären, denn die Antwort kam auch relativ kurzfristig, gestern am späten Nachmittag. Es hat sich aber alles geklärt. - Vielen Dank.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Nachfrage Sachstand „Kommunikation im öffentlichen Raum“"
AN/0897/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Satzung zum Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung) vom 01. August 2011, hier: Neufassung der Satzung
1758/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Ich habe Frau Frebel auf der Liste. - Bitte sehr, Frau Frebel, Sie haben das Wort.

Polina Frebel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Wir wissen, dass die Baumschutzsatzung seit

2011 bis heute nicht wesentlich verändert worden ist. Wir wissen aber auch, dass die Bäume beim Klimaschutz eine zentrale Rolle spielen - und dies nicht nur beim Klimaschutz. Sie spielen auch eine ganz große Rolle für die Lebensqualität im Wohnumfeld und prägen das Stadtbild.

Um den Baumbestand zu erhalten und zu vergrößern, brauchen wir eine neue, wirklich verschärfte Baumschutzsatzung. An dieser Stelle möchte ich mich bei der Verwaltung für die Erarbeitung einer sehr guten und umfangreichen Baumschutzsatzung bedanken. Wir bedanken uns aber auch bei den Kollegen von Umwelt und Grünen, die unserem Antrag die Entlastung für sozial benachteiligte Personen bei Baumfällungen betreffend zugestimmt haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen, und zwar wie der geänderte Beschlussvorschlag in Anlage 17 lautet. Gibt es Gegenstimmen? - Die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des geänderten Beschlussvorschlags (Anlage 17):

I. Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestands innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereichs der Bebauungspläne im Gebiet der Stadt Köln (Baumschutzsatzung – BSchS) mit den unter III. aufgeführten Änderungen. Die am 14.07.2011 beschlossene Baumschutzsatzung wird aufgehoben.

II. Der Rat stimmt der Neufestsetzung der Gebühren gemäß § 14 der als Anlage 1 beigefügten Neufassung der Baumschutzsatzung auf Basis der als Anlage 6 beigefügten Gebührenberechnung zu.

III. Aus dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün werden folgende Änderungen in den Satzungstext bzw. in die Anlagen zur Satzung übernommen:

1. § 1 Zweck der Satzung

f) Erhaltung und Entwicklung eines artenreichen Baum- und Obstbaumbestandes aus heimischen und europäischen Arten, insbesondere unter Berücksichtigung der Eigenart und Schönheit der Bäume.

2. § 4 Verbotene Maßnahmen

(3) Unter die Verbote des Absatzes 1 fallen insbesondere

- Versiegelungen des offenen oder gewachsenen Bodens auf einer Fläche von 2 m vom Stamm entfernt (Baumscheibe) mit einer wasser- und/oder luftundurchlässigen Decke (z. B. Asphalt, Beton oder Pflasterflächen)

3. § 10 Ersatzpflanzungen/Ausgleichszahlungen

(1) Die Erlaubnis wird im Falle des § 7 Abs. 2 lit. b unter der Auflage einer Ersatzpflanzung erteilt. In allen übrigen Fällen kann die Erlaubnis unter der Auflage einer Ersatzpflanzung erteilt werden.

Die Ersatzpflanzung ist auf dem Grundstück der Entnahme vorzunehmen. Im Fall des § 8 Abs. 2 ist die Ersatzpflanzung auf Kosten der antragstellenden Person auf deren Grundstück vorzunehmen. Auf Antrag kann der antragstellenden Person im Einzelfall zugestanden werden, die Ersatzpflanzung auf einem anderen Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung vorzunehmen. Das Einverständnis der Eigentümerin oder des Eigentümers, der nutzungsberechtigten Person oder der sonst dinglich berechtigten Person des Grundstücks, auf dem die Ersatzpflanzung durchgeführt werden soll, ist bereits bei der Antragstellung nachzuweisen.

Sofern die Ersatzpflanzung auf dem Grundstück der Entnahme oder im Falle des § 8 Abs. 2 auf dem Grundstück der antragstellenden Person nicht möglich ist, soll die Ersatzpflanzung möglichst ortsnah erfolgen.

Die Ersatzpflanzung für private Bäume kann nicht auf öffentlichen Flächen erfolgen. Ebenso ist die Ersatzpflanzung für städtische Bäume nicht auf privaten Grundstücken zulässig.

Die Verpflichtung zur Vornahme der Ersatzpflanzung gilt als erfüllt, wenn die Gehölze angewachsen sind.

4. § 10 Ersatzpflanzungen, Ausgleichszahlungen

(2) Als Ersatzpflanzungen sind Gehölze gemäß der „Liste möglicher Ersatzpflanzungen“ zu verwenden.

Die Liste ist als Anlage 1 Bestandteil dieser Satzung.

Abweichungen von der Liste sind zulässig bei Standorten mit extremen Bedingungen, zum Beispiel bei Straßenbegleitgrün.

Abweichungen von der „Liste möglicher Ersatzpflanzungen“ können ebenfalls in begründeten Einzelfällen auf Antrag zugelassen werden, insbesondere aus standortbezogenen, historischen, kulturellen oder gestalterischen Gründen.

Die Pflanzung von nicht heimischen Baumarten ist nur dann zulässig, wenn von ihnen keine Gefährdung für die heimische Artenvielfalt ausgeht. Eine solche Gefährdung wird angenommen bei ihrer Benennung in der EU-Unionsliste der invasiven Arten, bei ihrer Nennung in der Schwarzen Liste invasiver Arten des Bundesamts für Naturschutz (Warn-, Aktions- und Managementliste) oder bei ihrer Nennung in der Grauen Liste potenziell invasiver Arten des Bundesamts für Naturschutz (Handlungs- und Beobachtungsliste).

5. § 14 Gebühren

(2) Von der Erhebung der Gebühren kann im Einzelfall auf Antrag insoweit abgesehen werden, als dies aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten geboten erscheint.

6. In der „Anlage 2: Liste möglicher Ersatzpflanzungen“ werden folgende Bäume gestrichen:

1. Schwarznussbaum (Juglans nigra)

2. Tulpenbaum (Liriodendron tulipifera)

3. Trompetenbaum (Catalpa bignonioides)

4. Amberbaum (Liquidambar styraciflua)

5. Blauglockenbaum (Paulownia tomentosa)

6. Japanischer Schnurbaum (Styphnolobium japonicum)

7. Robinie (Robinia pseudoacacia)

IV. Die Verwaltung plant eine Evaluierung nach Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten der Satzung. Sie legt diese dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zur nächsten darauffolgenden Sitzung vor.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Ergänzung der Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen hinsichtlich der Benennung nach Frauen
1203/2022

Herr Richter hat das Wort.

(Jubel und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe

Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Wir haben heute und jetzt eine sehr, sehr schöne Vorlage, weil wir endlich - endlich - unsere Richtlinie zur Benennung von Straßen und Plätzen um einen weiteren wichtigen Punkt erweitern und weiterentwickeln, und zwar mit der Bevorzugung zukünftiger Benennungen mit Frauennamen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Endlich können wir dies hier beschließen. Ich möchte mich herzlich bedanken für den interfraktionellen, breit getragenen Antrag, den wir im AVR hatten, wo wir schon vieles besprochen haben.

Zu der Frage, warum es so wichtig ist: Ich denke, wir sind uns einig, dass die Benennung von Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum sehr definierend ist. Wir schätzen damit wert, indem wir uns erinnern, welche Ereignisse wichtig sind und wichtig waren, in unserer langjährigen, alten, schönen Stadt. Wenn nur 10 Prozent davon Frauennamen sind, wird der Handlungsbedarf wohl klar und evident deutlich. Deswegen hier: Vielen Dank für die Umsetzung unseres interfraktionellen Beschlusses. Wir schaffen die Voraussetzungen. Natürlich bleibt die konkrete Benennung in der Hoheit unserer schönen Bezirksvertretungen, die es dann in den nächsten Monaten und Jahren umsetzen können.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Das war der erste Teil unseres Beschlusses. Wir haben auch Sehnsucht und Freude auf den zweiten Teil unseres damaligen Beschlusses „Die Möglichkeiten der Umbenennung der kolonialen Namen“. Dazu wird auch eine Vorlage kommen. Darauf warten wir auch, und dann freuen wir uns auch sehr. - Vielen Dank. Tschüss!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort gewünscht? - Ich habe Frau Gabriel auf der Rednerliste. - Wer spricht? - Herr Lorenz.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Beschlussvorlage der Verwaltung ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung. Vielen Dank dafür!

Auch Straßen sind Abbild der Gesellschaft, und diese wurden - wie unsere ganze patriarchale Gesellschaft - hauptsächlich nach Männern benannt. Dadurch werden Männer gegenüber ihrem realen Verhältnis in der Gesellschaft im Straßenbild überproportional oft benannt. Diese überproportionale Nennung bedeutet auch, dass der Gesellschaft weiterhin suggeriert wird, dass Männer scheinbar mehr leisten würden. Um es hier klar zu sagen: Das stimmt nicht.

Zu jeder Zeit haben Frauen genauso viel geleistet wie Männer. Das müssen wir noch einmal betonen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn wir als SPD schon 2017 die Änderung der Richtlinie zur Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen für nötig erachtet haben und einen Antrag im AVR gestellt haben, weil der Appell von 2016 aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden scheinbar verpufft war, freuen wir uns über diese Vorlage umso mehr.

Auf zwei Dinge will ich an dieser Stelle noch verweisen. Frauen sind und waren immer eine starke Säule unserer städtischen Kultur. Spätestens mit der Umbenennung in Seidmacherinnengäßchen sollte dies allen klar sein. Ich hoffe, dass die Bezirksvertretungen auch in Zukunft besonders Frauen der Kölner Alltagsgeschichte hervorheben. Besonders würde ich mich darüber freuen, wenn in Zukunft noch mehr Forschung in diesem Bereich ermöglicht wird.

Und zweitens, wir werden diese Richtlinie genau weiter beobachten und noch einmal prüfen, wie auch Frauen der internationalen Frauenbewegung - wie Flora Tristan - in Straßen benannt werden könnten.

Um es abschließend noch einmal zu sagen: Vielen Dank, liebe Verwaltung, für diese Vorlage. Wir als SPD werden selbstverständlich zustimmen, wie übrigens auch in Porz.

Jetzt ein Wort zu Porz.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Liebe Porzer Bezirksvertretung, liebe Porzer CDU, Porzer Grüne, Porzer FDP! Sie können auch mit dieser Richtlinie leider weiterhin Männer für Straßen vorschlagen. Ihre Begründung ist also

Quatsch und bodenlos peinlich! Sie richtet sich nur gegen die Gleichstellung von Frauen!

(Beifall bei der SPD)

Schade, Porzer CDU, schade, Porzer Grüne, schade, Porzer FDP. Es ist wieder eine Chance vertan. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

(Beifall und Jubel bei der LINKEN)

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe alle! Ich glaube, es ist Zeit, dass endlich eine Frau hier spricht. Hier bin ich!

(Beifall bei der LINKEN, beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Vielleicht kurz zur Genese des Antrages: Am 04.04.2022 haben wir einen breiten Antrag in den AVR gebracht - Bündnis 90/Die Grünen, SPD und wir. Und nach einem Jahr haben wir es endlich geschafft. Das ist natürlich sehr erfreulich.

Die Förderung von Frauennamen hat eine große Bedeutung, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn letztendlich zeigt dies unsere Haltung dazu, wie wir mit Geschlechtergerechtigkeit umgehen und dazu stehen.

(Beifall bei der SPD)

Rund 10 Prozent der Straßennamen sind Frauennamen. Manfred Richter hatte es schon gesagt. Das muss uns aufschrecken. So kann es nicht weitergehen. Das muss sich tatsächlich ändern.

In den 100 Jahren wurden überwiegend Männer mit einer Straßenbenennung geehrt. Ich möchte kurz darauf eingehen, warum Straßennamen denn so wichtig sind. Sie haben eine große Wirkung, denn Straßenschilder markieren öffentliches Gedenken, und da müssen Frauen zwingend mitgedacht werden. Straßennamen sind Teil unserer persönlichen Adresse. Wir haben tagtäglich damit zu tun. Deshalb kann über Straßennamen bewusstseinsbildend gewirkt werden.

Die Missachtung der Tatsache, dass auch Frauen eine Stadt formen und entwickeln, und dass dies zu würdigen ist, bedeutet die Fortschreibung der Diskriminierung von Frauen. Dies führt selbstverständlich zu Fehlinterpretationen gesellschafts- und kulturpolitischer Entwicklungen. Über Straßenbenennungen nach Frauen können wir in Köln dazu beitragen, dass die Leistungen von Frauen höher wertgeschätzt werden. Es ist schön, dass wir es heute beschließen - uns auf den Weg machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Verhältnis von Männer- und Frauenamen soll - und muss sogar - angeglichen werden. Ich möchte gerne Bettina Bab vom Frauengeschichtsverein zitieren, die gegenüber dem WDR folgende richtige Formulierung genutzt hat - ich denke, das tragen wir alle hier mit -:

> Es sollen möglichst Frauen aus allen Lebenslagen mit einem Straßennamen geehrt werden.

Dazu gehört: Es muss auch divers sein.

Dazu gehören:

> Prominente, weniger prominente; Vorbilder, aber auch Frauen, bei denen nicht immer alles glatt lief. Wir wollen einfach zeigen, dass Frauen das Leben genauso prägten wie Männer!

Es mangelt nicht an sehr guten Vorschlägen. Damit müssen wir uns auf den Weg machen. Ich möchte gern noch abschließend kurz auf den BV Porz zum Ersetzungsantrag eingehen. Es wurde am 13.06. so beschlossen. Ich muss gestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich über diese Formulierung doch etwas entsetzt bin.

(Beifall bei der LINKEN, bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Deswegen möchte ich gerne hier zitieren, was dort steht, nämlich dass bei Förderung von Frauennamen

> […] in den nächsten 31 Jahren kein verdienter Mann mehr mit einem Straßennamen geehrt werden kann.

Es ist unfassbar, dass man so etwas tatsächlich formuliert. Das kann es nicht sein! Es ging doch in diesem Antrag, diesem Beschluss, um etwas ganz anderes. Wir möchten Geschlechtergerechtigkeit herstellen; und in Porz diskutiert man darüber, dass 31 Jahre lang kein verdienter Mann geehrt wird. Und das soll

> […] über 6 Ratsperioden ungezielt gegen die männliche Bevölkerung […]

gehen. Also das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es ist unglaublich, dass man das heute, 2023, tatsächlich diskutiert. Die Überzahl der männlichen Namen entstand aus demokratischen Abstimmungen. Man sollte sich fragen, warum das so war; warum Frauennamen nicht den Vorrang haben; warum sie nicht bevorzugt wurden; warum man keine Parität hergestellt hat.

Alles in allem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es doch bedenklich, dass man nicht über die Gründe nachdenkt, warum es so ein krasses Missverhältnis zwischen Frauen- und Männernamen gibt, sondern darüber, dass die Diskriminierung der Männer im Blick steht. Es kann doch wirklich nicht sein, dass wir so diskutieren. Umso wichtiger ist es, dass wir heute diesen Beschluss zusammen schaffen, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen und wirklich den Frauen die Wertschätzung geben, die sie verdienen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt als Vorsitzende des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern etwas sagen. Wir begrüßen diese Vorlage. Sie ist bei uns im Ausschuss nicht so emotional diskutiert worden. Wir brauchen diese Vorlage. Das zeigen ja nicht nur die Ergebnisse.

Die Bezirksvertretungen sind zuständig für die Benennung von Straßen. Es gibt immer noch Stadtteile, die einfach gar keine Frauennamen in ihren Straßenbezeichnungen haben. Das geht einfach nicht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wenn wir Parität erreicht haben, werden wir uns auch nicht mit diesen Vorlagen hier im Stadtrat beschäftigen müssen.

Erlauben Sie mir auch bitte eine persönliche Meinung dazu. Ich finde es sehr schade, wenn es um Frauenthemen geht - unabhängig davon, ob es jetzt die aktuelle Vorlage ist oder eine andere -: Kann man solche Vorlagen nicht einfach so stehen lassen? Muss man sie immer mit anderen Themen vermischen? Darüber sollte jeder einmal nachdenken. Das finde ich sehr schade. Wir brauchen Gendergerechtigkeit, heute bei dieser Vorlage. Und ich gehe einmal davon aus, dass wir die Vorlage einstimmig - auch mit den Porzern, die hier im Stadtrat sitzen -

(Heiterkeit bei Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

verabschieden, die sicherlich auch ihre Bezirksvertreter abholt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich erst Herrn Büschges und dann Frau Gabriel.

Matthias Büschges (AfD): Ich würde aber Frau Gabriel den Vortritt lassen.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo, liebe alle! Ich mache es ganz kurz. Natürlich sind die Klimafreund*innen sehr für Geschlechtergerechtigkeit, und genau deswegen möchten wir einen mündlichen Änderungsantrag stellen und die Worte „und non-binäre Personen“ ergänzen. - Danke schön.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE)

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

In unseren Augen ist es so, dass eine echte Gleichberechtigung auch ohne eine solche Richtlinie stattfinden kann. Wir sind der Meinung, dass Sie alle ruhig Ihre Bezirksvertreter dafür sensibilisieren können, Frauen oder auch Menschen sonstigen Geschlechts wirklich auch in den Straßennamen darstellen zu können.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist ein Paradebeispiel für das, was ich die ganze Zeit gesagt habe: Der Kompass ist verloren. Wir schaffen unsere ureigenen Aufgaben nicht. Gott sei Dank haben wir gleich noch viele erfreuliche TOPs mit den 10-er TOPs. Trotzdem möchte ich sagen, dies ist ein Paradebeispiel dafür, dass die Stadt Köln den Kompass verloren hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich wollte Frau Gabriel nur für den Vorschlag und den Änderungsantrag danken, den sie gerade eingebracht hat. Es sind ja nur drei Worte. Ich bitte, doch noch einmal kurz darüber nachzudenken, ob wir dem zustimmen oder nicht. Meine Unterstützung hat der Antrag auf alle Fälle.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe es auch als Änderungsantrag verstanden.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann lassen Sie darüber abstimmen!)

Ich lasse darüber abstimmen. Ich will auch die Debatte wirklich nicht verkomplizieren, aber vielleicht sollten Sie auch einmal über Frauen auf dem Rathausturm nachdenken. Das sind nämlich auch nur 18 Figuren im Gegensatz zu den Männern. Ich sage das nur einmal so. Das muss auch nicht heute Abend sein, klar, sondern insgesamt.

Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von Frau Gabriel abstimmen. Dadurch wird dem Beschluss wirklich nur hinzugefügt „und non-binäre Personen“, Frau Gabriel, das habe ich richtig verstanden?

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE] nickt)

Wer dem wünscht, zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind Frau Gabriel, Die FRAKTION, die FDP-Fraktion, Volt, Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Oberbürgermeisterin, wir brauchen einen Moment!)

- Was brauchen wir? Eine Beratungspause?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Ja, dann machen wir jetzt fünf Minuten Beratungspause.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, und danach mache ich fünf Minuten Pause, weil ich einmal zur Toilette gehen möchte. Sie können da beraten, und wir machen jetzt die Abstimmung weiter.

Sie haben bereits abgestimmt.

Gibt es noch Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Dann müssen wir jetzt zählen.

Um Wollen geht es ja hier nicht. Ich habe nach Enthaltungen gefragt. - Alle, die weder dafür noch dagegen gestimmt haben, haben sich enthalten. So mache ich es ja eigentlich immer. Die Grünen haben sich enthalten, genau.

Also, ich trete jetzt noch einmal in die Abstimmung ein,

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

damit wir es ganz normal und ganz genau haben. Wer wünscht, dem Änderungsantrag von Frau Gabriel zuzustimmen? - Das sind Frau Gabriel, Die FRAKTION, FDP, Volt, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE. - Bitte zählen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD. Und wer enthält sich? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist der Änderungsantrag angenommen.

Herr Dr. Heinen, würden Sie mich bitte vertreten? Dann brauchen wir keine Pause.

(17.24 Uhr - Übergabe der Sitzungsleitung an Bürgermeister Dr. Ralf Heinen)

Bürgermeister Dr. Ralf Heinen: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen zügig durch die Sitzung weiter.

Beschluss über die Vorlage in der mündlich geänderten Fassung:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Richtlinien des Rates für die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen vom 26.08.1999 um den Punkt 3.4., Zur Förderung der Gendergerechtigkeit sind Straßen bevorzugt nach Frauen und nonbinären Personen zu benennen, bis Geschlechterparität erreicht ist, zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Änderungsantrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) „Der Beschlussvorschlag wird um die Worte „…. und non-binäre Personen“ ergänzt.

Übernahme der Sitzungsleitung durch Herrn Bürgermeister Dr. Heinen ab TOP 7.

Bürgermeister Dr. Ralf Heinen: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21 1851/2023

Gibt es dazu Nachfragen? Es ist ja nur eine Kenntnisnahme. - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Dr. Ralf Heinen: Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. 24, 50765 Köln-Blumenberg 0946/2023

Gibt es dazu Anmerkungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bürgermeister Dr. Ralf Heinen: Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 1715 - Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim hier: Sanierung Kita Kalkarer Straße 0757/2023

Das ist eine Beschlussvorlage. Der Finanzausschuss hat einstimmig zugestimmt. Ich frage hier:

Gibt es zu TOP 8.1 Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch hier einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen gemäß § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2023 für den Teilplan 1715 - Guilleaume-Stiftung St. Antoniusheim, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von insgesamt 800.000 € zur Sanierung der Kita Kalkarer Straße.

Die Deckung dieser Mehraufwendungen erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 800.000 € im Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Dr. Ralf Heinen: Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell
0551/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0653/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, Volt
AN/1258/2023

Wir haben eine Rednerliste. Wir beginnen mit der Kollegin Frau Martin. - Bitte schön.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Bürgermeister Heinen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und an den Bildschirmen!

> Die Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.

Das sagte vor 150 Jahren Arthur Schopenhauer.

Und weiter:

> Neun Zehntel unseres Glücks beruhen allein auf der Gesundheit; mit ihr wird alles eine Quelle des Genusses.

Welch' eine Verheißung. Doch wie wird sie wahr? Wie bleiben wir gesund? Wie werden wir gesund? Die Antwort ist ganz klar: mit einer guten Gesundheitsvorsorge und mit einer entsprechenden Infrastruktur. In Köln gehören dazu unsere städtischen Kliniken, deren Ursprung übrigens 200 Jahre zurückliegt, und die nun schon seit vielen, vielen Jahren in Merheim, Holweide und Riehl ein differenziertes Leistungsportfolio anbieten und maßgeblich mit ihren Mitarbeitenden zur Gesundheitsversorgung der Kölnerinnen und Kölner beitragen.

Doch seit einigen Jahren sind diese wertvollen Häuser in eine strukturelle Schieflage geraten. Sinkende Einnahmen um mehr als 20 Prozent drücken die Erlöse bei steigenden Kosten. Gleichzeitig stehen wir vor einem immensen Investitionsstau bei den Gebäuden. Dies alles hat dazu geführt, dass die Kliniken jedes Jahr bis zu 100 Millionen Euro Verluste machen. Bereits in der Vergangenheit haben wir darauf reagiert, immer wieder, indem wir Gesellschafterdarlehen gegeben und auch personelle Veränderungen in der Geschäftsführung vorgenommen haben.

Jetzt allerdings ist der Zeitpunkt gekommen, einen scharfen Schnitt zu machen. Jetzt müssen wir verantwortungsvoll eine große Entscheidung treffen. Es geht heute um viel - auch um viel Geld. Wir haben den Entwurf eines Zukunftsmodells für die Kliniken der Stadt Köln vorliegen, der nicht mehr und nicht weniger als 590 Millionen Euro für Investitionen vorsieht.

Was soll mit dem Geld gemacht werden? Es soll ein hochmoderner Gesundheitscampus am Standort Merheim entstehen, der die bisherigen drei Standorte zu einem zusammenführt.

Die Vorteile sind dabei nicht nur finanzieller Natur, sondern wir gewinnen natürlich auch medizinisch viel. Wir bekommen optimierte Prozesse. Wir verzichten auf weite Wege. Wir setzen unser knappes Personal bestens ein. Wir fördern interdisziplinäre Zusammenarbeit, und wir bauen teure und ineffiziente Doppelstrukturen ab.

Ein Beispiel verdeutlicht das. Wenn heute auf der Geburtsstation in Holweide ein Kind zur Welt

kommt, das medizinisch notversorgt werden muss, wird es mit dem Krankenwagen nach Riehl gebracht. Wenn die Mutter nach einer eventuell schweren Geburt ebenfalls medizinisch versorgt werden muss, bleibt sie jedoch in Holweide. Wir nehmen damit nicht nur den gefährlichen Transport für einen lebensgefährlich erkranktes Kind, sondern auch die Trennung von Mutter und Kind in Kauf. Das wäre zukünftig nicht mehr nötig. In Merheim würden beide bestens versorgt, ohne Transport des Neugeborenen und ohne Trennung von der Mutter.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Außerdem birgt die Zusammenlegung auch bauliche Chancen. Der Investitionsstau würde aufgelöst. Wir hätten die Chance, auch gebäudetechnisch auf den modernsten Standard aufzurüsten. Nicht zuletzt berücksichtigen wir mit diesem Zukunftsmodell jetzt schon Vorgaben, die mit großer Wahrscheinlichkeit von Land und Bund im Zuge von Laumanns Krankenhausplan und Lauterbachs Krankenhausreform auf uns zukommen werden.

So dürfen Kliniken zukünftig die OP von Oberschenkelhalsbrüchen bei älteren Menschen nur noch durchführen, wenn sie davon eine Mindestanzahl auf der Agenda stehen haben. Merheim und Holweide einzeln erfüllen diese Mindestzahl bisher nicht und dürften dann diese OP gar nicht mehr vornehmen.

Alles in allem heißt Zustimmung zu dieser Vorlage, zu diesem Zukunftsmodell, und auch zu diesem Investitionsvolumen in dreistelliger Millionenhöhe, Verantwortung zu übernehmen und Schaden von der Gesundheitsversorgung der Kölnerinnen und Kölner abzuwenden.

Ich freue mich wirklich sehr, dass wir dies heute mit breiter Mehrheit tun. An alle, die es ablehnen: Was wäre denn die Alternative? Weiter diese hohen Verluste in Kauf nehmen, bis zur Insolvenz? Eine Privatisierung? Nein, beides wird es mit uns Grünen und all denen, die heute zustimmen, nicht geben; und übrigens auch nicht mit dem Aufsichtsrat und dem Betriebsrat der Kliniken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir geben heute den Startschuss für zukunftsfeste Kliniken. Dabei werden in dem bis mindestens 2031 dauernden Prozess noch jede Menge Weichenstellungen, Anpassungen, Nachschärfungen und neue Entscheidungen getroffen werden. Die Frage, ob die freiwerdenden Grundstücke in Riehl und Holweide verkauft werden oder nicht und wie sie zukünftig genutzt werden, müssen wir nicht heute entscheiden. Aber wir können heute deutlich machen, dass wir an beiden Standorten - in Riehl und Holweide - eine Fortführung medizinischer Versorgung begrüßen. Das steht unter anderem in dem breit getragenen, vorliegenden Änderungsantrag.

Ein letztes Wort zu dem ergänzten Beschlusspunkt 4: Wir haben sehr lange auf ein Gesprächsangebot aus Düsseldorf gewartet. Jetzt ist es da. Selbstverständlich sollte unsere Oberbürgermeisterin es annehmen. Ob das Land NRW ernsthaft an einem Verbund der Uniklinik mit unseren städtischen Kliniken interessiert ist und zu welchen Bedingungen, bleibt dabei abzuwarten. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(17.28 Uhr - Christiane Jäger [Bündnis 90/Die Grünen] verlässt die Sitzung)

(Übergabe der Sitzungsleitung an Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte starten mit einem Dank - zunächst an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, denn Sie haben den Prozess in doppelter Form angestoßen.

Sie haben damals die Gespräche mit dem Land aufgenommen, und ich bin sehr froh, dass das Land jetzt dieses Gesprächsangebot, was lange Zeit nicht nachhaltig betrieben wurde, endlich angenommen hat, sodass wir hier unverändert noch einmal eine neue Perspektive haben. Sie haben aber gleichzeitig auch angestoßen, dass wir hier auf Kölner Ebene einen Plan B haben, wenn es nicht zu einer engen Kooperation zwischen Stadt und Land in dieser wichtigen Frage kommt.

Der Dank richtet sich dann auch an all diejenigen, die im Rahmen der Verwaltung - genauso wie bei den städtischen Kliniken - daran mitgearbeitet haben, Zahlen zu erarbeiten und damit auch Transparenz zu schaffen. Das war insbesondere unsere Beteiligungsverwaltung, aber eben auch die Geschäftsleitung der Kliniken, die hier aufgezeigt hat: Was bedeutet denn das Ganze?

Es bedeutet, wenn man sich die Zahlen anschaut - und das wir haben in der letzten Sitzung des Finanzausschusses auch sehr intensiv im öffentlichen und nichtöffentlichen Teil mit den Informationen diskutiert -, vor allen Dingen, dass es eine der größten Herausforderungen, eine der größten Entscheidungen, die wir in dieser Wahlperiode und vielleicht auch über mehrere Wahlperioden treffen; wenn man sich einmal nur die schiere Größenordnung anschaut, was das bedeutet für die nächsten Jahre, und was es für ein Invest dies nicht nur in eine Verlustabdeckung, sondern auch in die Zukunft gerichtet ist.

Dafür eben noch einmal Dank an alle Beteiligten, dass diese Transparenz geschaffen wurde. Das hat es uns als CDU-Fraktion auch möglich gemacht, heute hier zuzustimmen, um an der Stelle auch klar zu sagen: Wir wollen diesen Weg gehen, den Gesundheitsstandort Köln noch leistungsfähiger zu machen und eine tragfähige Zukunftslösung zu bekommen.

Unsere Erwartungshaltung, wenn jetzt ein gemeinsamer Plan für die Zusammenlegung und damit auch ein tragfähiger Wirtschaftsplan geschaffen wird, ist aber schon, dass wir mit der Konsolidierung nicht warten, bis 2031 oder 2032 die zusammengelegte neue Betriebsstätte in Betrieb geht, sondern, dass auch auf dem Weg dahin das Defizit deutlich reduziert wird und man Synergien nutzt, damit wir ohne Verlust an Versorgungsqualität die Grenzen der Belastbarkeit nicht austesten. Das ist uns wichtig.

Ich möchte den Dank noch einmal erweitern an alle Kolleginnen und Kollegen hier aus dem Rat, die gemeinsam den Änderungsantrag auf den Weg gebracht haben, weil es nämlich dadurch gelungen ist, auch noch einmal ein klares Signal zu setzen, dass uns die lokalen Standorte der Versorgung wichtig sind. Das gilt für Mülheim genauso wie für die Kinderklinik in Riehl. Sie sind wichtige Zentren der Versorgung für unsere Kölnerinnen und Kölner. Deshalb ist es schön, dass wir heute hier ein gemeinsames Signal setzen, dass wir diese Standorte erhalten.

Wir haben natürlich auch Richtung Bundesebene noch die Hoffnung, dass die Modernisierung im Krankenhausreformgesetz dazu beiträgt, die Last, die wir als Stadt Köln tragen müssen, noch einmal abzumildern und damit auch zukunftsfähige Lösungen an mehr als einem Standort zu sichern.

Grundsätzlich noch einmal zusammengefasst: Wir können heute hier zustimmen, haben eine gewisse Erwartungshaltung in Richtung Geschäftsführung, und freuen uns auf die weiteren Pläne und darauf, dass wir am Ende eine gute Lösung für die Patientinnen und Patienten und den Gesundheitsstandort Köln, und am Ende aber auch für diesen städtischen Haushalt hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, draußen an den Bildschirmen und auf der Tribüne! Für die SPD-Fraktion kann ich vorweg festhalten: Wir wollen die beste medizinische Versorgung der Kölnerinnen und Kölner.

(Beifall bei der SPD)

Ja, das kann man unterstützen. Wir wollen die städtischen Kliniken als Teil unserer kommunalen Daseinsvorsorge dauerhaft erhalten. Wir wollen, dass die Kliniken der Stadt Köln eine attraktive Arbeitgeberin sind und bleiben, damit die heute bereits dort Beschäftigten diesen Kliniken weiterhin die Treue halten und möglichst viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden können.

Wir wissen - und es ist mir wichtig, bei all den Debatten, die auch öffentlich in den letzten Wochen und Monaten immer wieder geführt wurden, noch einmal zu betonen -, dass trotz aller widrigen Umstände auch derzeit in diesen Kölner Kliniken

hervorragende Medizin geleistet wird. Aber wir wollen, dass es auch in Zukunft der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn wir das alles wollen, was ich gerade postuliert habe und dabei auf die aktuelle organisatorische und wirtschaftliche Aufstellung der Kölner Kliniken schauen, wissen wir aber auch alle, dass hier dringend etwas passieren muss. Umso dramatischer, das muss ich leider an dieser Stelle auch noch einmal sagen - und dabei haben wir einen anderen Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre -, mutet es an, dass wir jetzt wertvolle Jahre mit aus unserer Sicht abstrakten Diskussionen über Verbundlösungen mit dem Land einfach vertan haben, in denen die Kliniken immer weiter in immer schwierigeres Fahrwasser gerutscht sind und wir heute eben bei einem Schuldenstand von 100 Millionen pro Jahr sind. Das kann nicht so bleiben, deswegen machen wir uns hier gemeinsam auf den Weg.

Ein Klinikverbund mit dem Land - so sind wir und bin ich überzeugt - war noch nie die Lösung unserer aktuellen Probleme bei den städtischen Kliniken. Wir müssen unsere Hausaufgaben hier in Köln alleine machen. Und das ist jetzt der Weg, den wir einschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Das von der Geschäftsführung entwickelte Zukunftsmodell scheint uns durchaus ein geeigneter Weg zu sein, die Kliniken in jeder Hinsicht zukunftsfest zu machen und gleichzeitig die medizinische Versorgung von Köln und der ganzen Region zu verbessern. Ich will daran erinnern, dass wir immerhin mit dem Neubau eines Kinderkrankenhauses am Standort Merheim bundesweit ein echter Leuchtturm sind. Es werden überall Kinderkliniken geschlossen. Wir wollen uns heute aufmachen, ein neues zu bauen. Auch das, glaube ich, darf gewürdigt werden.

Wenn alle medizinischen Fachdisziplinen an einem Ort gebündelt sind, so wie es jetzt dieses Zukunftsmodell vorsieht, kann am besten auf die vielfältigen Herausforderungen, die ein Krankheits- oder Verletzungsbild mit sich bringt, reagiert werden.

Wir stehen aber auch für die örtliche Versorgung einer immer älter werdenden Stadtgesellschaft, damit die alte Dame in Wohnortnähe ihren Zucker oder Blutdruck eingestellt bekommt und der ältere Herr ein paar Tage nach seiner OP in der Nähe seiner Familie verbringen kann. Genau deshalb setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass ein Stadtbezirk wie Mülheim mit seinen knapp 150 000 Einwohnern auch in Zukunft ein Krankenhaus Holweide hat, welches diesen großen Stadtbezirk mit stationären medizinischen Basisleistungen versorgt.

Wir sind daher sehr froh, dass wir mit diesem Änderungsantrag, den wir ja heute gemeinsam und breit getragen einbringen, als Rat uns auch nach Abschluss der Krankenhausreform auf Bundesebene und auf Landesebene noch einmal erneut der Frage widmen: Wie sind die Rahmenbedingungen? Ist ein solches Haus medizinisch und wirtschaftlich an der Stelle tragbar und realisierbar? Damit wird der Rat noch einmal befasst. Das ist genau das, was im Änderungsantrag feststeht.

Aber auch die örtliche Perspektive in Riehl und die Frage der Kinderversorgung dort, im linksrheinischen Kölner Norden, ist uns nicht egal. Auch das ist eben schon betont worden; dass wir nämlich alles dafür tun wollen, dass es dort auch weiter eine Anlaufstelle für akut erkrankte Kinder gibt.

Und damit wir im weiteren Verfahren insbesondere für die bedarfsbezogene Krankenhausversorgung für unsere Entscheidungen vernünftige Bedarfe zugrunde legen können, haben wir uns auch die Bedarfsermittlung auf die Fahnen geschrieben. Das, glaube ich, ist ein wichtiger Schritt zur Transparenz.

Abschließend will ich nur darauf hinweisen, dass auch die Anbindung eines solchen größer werdenden Standorts in Merheim eine wichtige Frage ist. Das sind alles Dinge, die wir heute gemeinsam auf den Weg bringen. Dafür sei an dieser Stelle schon sehr gedankt.

Meine Damen und Herren, mit diesen Ergänzungen können wir nun heute endlich den Planungsauftrag an Verwaltung und Klinikleitung erteilen - wir hätten es auch schon früher machen können, aber nun ist es heute so -, damit so schnell wie möglich die Zukunft der städtischen Kliniken beginnen kann. Das sind wir insbesondere den Patient*innen, aber ganz besonders auch den Mitarbeitenden der Kliniken schuldig.

Noch ein Wort zur Ziffer 4 - es ist eben schon gesagt worden, eine neue Entwicklung auf Landesebene -: Wenn diese Entwicklungen dazu führen,

dass das Land uns auf diesem Weg begleitet und das Zukunftsmodell finanziell unterstützt, wollen und werden wir dem nicht im Wege stehen. Aber wir haben noch sehr das zuletzt verhandelte Stiftungsmodell vor Augen, welches jeden kommunalen Einfluss und jede Gestaltungsmöglichkeit eliminiert hätte. Einen solchen Verbund lehnen wir weiterhin entschieden ab.

Deshalb ist meine Frage auch an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Sie nach meiner Rede auch gerne noch beantworten können: Wird dieses Stiftungsmodell in den Gesprächen mit dem Land weiterhin eine Rolle spielen? Davon hängt am Ende ab, wie wir uns zur Gesamtbeschlussfassung heute stellen, denn dies ist ein für uns ganz entscheidender Punkt.

Abschließend: So sehr wir uns freuen, dass wir heute den Kliniken eine klare Perspektive geben können, so sehr hoffen wir jetzt auf eine schnelle und vor allem solide Umsetzung. Wir erwarten daher nach Abschluss der Planung eine erneute Beschlussvorlage mit klaren Finanz- und Planungskennzahlen, mit denen wir dann den endgültigen Baubeschluss fassen können. Mit welchen Bauten und an welchen Standorten auch immer - das haben wir ja eben gerade gesagt -, werden wir dann noch weiter beraten.

Ich danke aber noch einmal ganz herzlich auch den Fraktionen, insbesondere den Grünen und der CDU, für sehr konstruktive, kollegiale Gespräche auf diesem für uns alle schwierigen Weg.

Jetzt wünschen wir insbesondere der Klinikleitung und den Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Kliniken viel Erfolg und eine glückliche Hand, weil auch wir weiterhin die beste medizinische Versorgung für alle Kölnerinnen und Kölner wollen.

In diesem Sinne kann man der so geänderten - und vielleicht nach einer Aussage der Oberbürgermeisterin dann auch klargestellten - Entwicklung auch heute hier gut und gerne zustimmen, auch als Sozialdemokrat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, wenn Sie wünschen, beantworte ich das jetzt.

Es handelt sich ja wirklich um erste Sondierungsverhandlungen. Ich weiß natürlich nicht, welche Argumente vom Land eingebracht werden oder nicht. Für mich ist die Grundlage für eine Sondierung natürlich der heutige Ratsbeschluss. Das heißt, wenn Sie heute das Zukunftsmodell beschließen, dann wird dies die Grundlage der Gespräche sein.

Ich habe - und ich betreibe das ja schon seit zehn Jahren, auch wenn es sich jetzt vielleicht ein bisschen komisch für Sie anhört und ich auch dachte, es wären erst acht,

(Heiterkeit)

aber ich habe im Fahrtenbuch nachgeguckt - einfach noch nicht aufgegeben, auch den Gesundheitsstandort zu entwickeln. Und eins steht fest: Ebenso wie die medizinische Versorgung der Kölnerinnen und Kölner, für die es zwei Maximalversorger braucht, ist es natürlich eine Riesenchance, ein solches Klinikum zu haben, weil es ganz andere Möglichkeiten auch für Unternehmen eröffnet, sich hier niederzulassen.

Wir haben ja gerade in Mainz erlebt, was Professor Şahin mit dem Impfstoff geschafft hat: 1 Milliarde Euro Gewerbesteuer pro Jahr war ja auch nicht so ganz schlecht.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ohne Pandemie bitte! - Zuruf von der AfD: Wenn die Impfstoffe denn wirken! - Zuruf aus dem Bündnis 90/Die Grünen: Da rastet die AfD wieder aus!)

Ja, es gibt auch anderes. Man muss nicht unbedingt Impfstoffe entwickeln. Aber es kann nicht schaden, wenn man sie hat.

Grundlage meiner Verhandlungen wird natürlich das sein, was Sie heute hier beschließen.

(Zuruf)

- Bitte? Ich weiß nicht. Ich werde das Stiftungsmodell nicht einbringen. Ich habe hier heute, wenn Sie es beschließen, ein Zukunftsmodell der Kliniken, und das bringe ich ein. Man muss einfach gucken, was daraus wird. Es ist eine erste Sondierung. Es ist noch keine Verhandlung.

(Christian Joisten [SPD]: Darf ich dazu noch eine Ergänzungsfrage stellen?)

- Ja, bitte!

Christian Joisten (SPD): Dann danke ich Ihnen an der Stelle für die Klarstellung. Ich gehe davon aus - und das ist ja auch Teil der Beschlussfassung -, dass wir, bevor es sozusagen zu endgültigen Verhandlungen kommt, als Rat auch beschlussfassend beteiligt werden. - Danke.

(Zurufe: Das ist doch klar! - Selbstverständlich!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig hat jetzt das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuhörer zu diesem brisanten Thema! Viele wissen ja, wie wir LINKE dazu stehen, und das möchte ich jetzt auch noch einmal kurz ausführen.

Für uns geht es nicht in erster Linie um Kosteneinsparungen. Für uns geht es um die Gesundheitsversorgung. Sie haben viele Argumente aufgezählt, wonach die Konzentration auf einen einzigen Standort sogar noch eine bessere Gesundheitsversorgung bedeuten soll als drei bewährte Standorte. Diese Argumente halten wir für falsch.

Da ist zunächst einmal das falsche Argument: Nach der Krankenhausreform würde Merheim seinen Status als Vollversorger verlieren. Anders als heute dürften dann bestimmte Behandlungen gar nicht mehr von den städtischen Kliniken durchgeführt werden. Doch in den Plänen der Lauterbach-Kommission auf Seite 14 zählen fünf Kilometer entfernte Standorte künftig als Standort. Das trifft auf Holweide und Merheim zu. Zusammen übertreffen sie weit die nötigen Voraussetzungen, um ein Vollversorger zu sein.

Dem geplanten Neubau der Kinderklinik in Merheim stellt die Vorlage das Schockbild einer völlig maroden Kinderklinik in Niehl entgegen. Doch am alten Standort wurde diese angeblich so marode Klinik gerade für 20 Millionen Euro erweitert. Da kann man sich doch nur noch wundern. Mit der Verlegung wird auch die kinderärztliche Notdienstpraxis von Niehl nach Merheim umziehen, was ihr zweiter rechtsrheinischer Standort nach Porz wäre.

Der Nordwesten dagegen wird unterversorgt, auch bei allen Prüfungen, die eventuell gemacht werden sollen. Das spendenfinanzierte Elternhaus der Kinderklinik entfällt. Die durch viel zivilgesellschaftliches Engagement zustande gekommenen Spenden für das Kinderkrankenhaus werden vernichtet. Die mit der Standortschließung verbundenen Kosteneinsparungen werden die medizinische Qualität verschlechtern. Planbetten sollen abgebaut werden. Am Ende bleiben 1 030 Betten; über 370 gehen der öffentlichen Gesundheitsversorgung verloren.

Das mag in normalen Zeiten noch abzufedern sein. In der nächsten Pandemie werden wir es spüren. Zurzeit sind aufgrund von Personalmangel Betten geschlossen. Statt sie abzubauen, sollten neue Wege gesucht werden, Personal zu rekrutieren. So können die Betten erhalten werden, sonst sind sie im Krankenhausplan verloren.

Auch gehen wir davon aus, dass zukünftig mehr ambulante Leistungen nachgefragt werden. Dazu möchten wir die bestehenden Medizinischen Versorgungszentren, kurz MVZ, bei den städtischen Kliniken in kommunaler und gemeinnütziger Trägerschaft ausbauen - auch mit Geldern aus dem EU-Strukturfonds, wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert. So würden die Kliniken gestärkt. Personalwohnungen an den geschlossenen Standorten Niehl und Holweide sollen mehr Personal zu den Kliniken locken. Doch wenn die durch die Kämmerin fest einkalkulierten Grundstückserlöse erzielt werden, wird kein Investor dort günstiges Wohnen realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die angestrebten Kosteneinsparungen durch weniger Personal finden wir unglaubwürdig. Sie sollen unter anderem durch Reduzierung auf ein Labor, eine Radiologie und einen Schreibdienst erreicht werden. Doch der Personaleinsatz bemisst sich nicht an der Zahl der Standorte, sondern an den zu behandelnden Patienten. Auch bei der Zusammenlegung der Ambulanzen ist die Anzahl der Fälle maßgeblich. Sie kalkulieren eine Prämie für das Schließen von Standorten ein - über ein Strukturreformgesetz, das noch gar nicht beschlossen ist.

Nachdem das Land in den letzten zwei Jahren die Uniklinik mit viel Geld aufgestellt hat, hat es gleichzeitig die städtischen Kliniken über viel zu geringe Investitionsmittel am ausgestreckten Arm

verhungern lassen. Mit der Schließung von zwei Standorten erfüllen Sie wahrscheinlich noch die letzten Wünsche des Landes vor einer Fusion mit der Uniklinik. Diese Verschleuderung öffentlichen Eigentums machen wir nicht mit.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

An dieser grundsätzlich falschen Weichenstellung ändert auch der SPD-Antrag oder, wie jetzt ganz neu, der Bündnisantrag mit SPD usw. nichts.

Sie haben eben gesagt - das hatte ich mir jetzt noch einmal extra aufgeschrieben -, dass die Bedarfsermittlung kommen und alles noch einmal geprüft werden soll. Die Ermittlung des Bedarfs dessen, was für die Kölner Bürger und Bürgerinnen wichtig ist, sollte erfolgen, bevor man solche weitreichenden Beschlüsse fasst, und nicht erst, wenn schon hier der Beschluss gefasst worden ist.

Wir glauben, dass man dem Land Nordrhein-Westfalen anders gegenübertreten und vorauseilenden Gehorsam vermeiden sollte. Wir glauben, dass sich andere Lösungen für den Hubschrauberlandeplatz in Riehl und die Rekrutierung von Personal und andere Probleme finden lassen. Und ja, wir glauben, dass es eine gute Gesundheitsversorgung nicht zum Nulltarif gibt und die drei Standorte für die Stadtbevölkerung gebraucht werden. Wir lehnen die Änderungsanträge ab. Wir wünschen uns, dass man alles noch einmal neu überdenkt, bevor man die öffentliche Daseinsvorsorge in den Stadtbezirken schmälert. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Sie wissen, dass ich zu dem Thema schon häufiger geredet habe - im Finanzausschuss und in verschiedenen anderen Ausschüssen - und dadurch auch die Geschichte ein bisschen kenne. Es ist auch manchmal gut so, wenn welche, die schon länger dabei sind, das kennen.

Gerne würde ich einmal ein Buch darüber verfassen - auch aus den Reden -, welche Positionen hier im Rat waren und was man heute hier alles gehört hat. Frau Röhrig, bei Ihnen geht das ganz einfach. Sie hatten schon immer diese Position bei den LINKEN, und die hatten Sie auch im Aufsichtsrat. Dadurch sind auch viele der Probleme entstanden, was Sie hier nämlich gesagt haben!

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der AfD)

Eigentlich wollte ich mit Christiane anfangen, ich mache jetzt erst einmal die SPD, denn das war so nett.

(Heiterkeit - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Einmal rundherum!)

Darum sind wir so gerne auf diesen Antrag gegangen. Es ist nämlich so schön, dass die SPD auch da drauf ist.

(Heiterkeit)

Wenn man sich nämlich die Position, die Sie im Finanzausschuss und im Rat hier heute haben anguckt, stellt man fest: Natürlich geht das nicht mit der Charité des Westens. Aber Sie machen mit. Und da freuen wir uns. Wenn Sie Ihre früheren Reden betrachten, sieht man nämlich: Sie haben eine Erkenntnisgewinn.

(Beifall bei der FDP)

Herr Joisten und die SPD haben einen Erkenntnisgewinn. Und das finde ich ganz hervorragend, denn so kommen wir weiter.

Aber eines aus Ihrer Rede möchte ich kommentieren, nämlich, dass Sie sagen, wir hätten schon weiter sein können, wir hätten Zeit verplempert. Meine liebe SPD, was ihr teilweise für Anträge hier gestellt habt, im Finanzausschuss: Wir haben auch dadurch Zeit verplempert, dass wir euch hierhin bringen mussten, zu diesem Antrag, zu dieser Position.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das musste ich einmal gesagt haben.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, du musst es nachweisen, was du gerade gesagt hast! Es stimmt nicht!)

- Oh, sei vorsichtig! Sei vorsichtig, mein Lieber!

Auch ich wünsche der Oberbürgermeisterin bei den Beratungen mit der Landesregierung viel Glück. Wir unterstützen es. Das haben wir schon immer unterstützt. Und ich glaube - was Sie auch gesagt haben -, dass es eine Riesenchance ist; dass es viele andere Regionen auch schon machen. Die SPD sieht es übrigens ein bisschen anders, aber das ist eine ganz andere Sache. Wir halten weiterhin die Charité des Westens für eine riesige Riesenchance für uns. Darum: Toi, toi, toi, Frau Oberbürgermeisterin, dass es auch für uns klappt.

(Beifall bei der FDP)

Ob die SPD - das kann ich jetzt nicht so leicht beweisen, aber ich weiß es eigentlich - schon immer so gegen die Charité des Westens war: Es gab einmal einen Beigeordneten, Herrn Walter-Borjans, der nachher Finanzminister in der rot-grünen Landesregierung war - fragen Sie dort einmal nach, ob es wirklich alles immer so wahr ist oder sich gewandelt hat.

(Christian Joisten [SPD]: Habe ich! Es hat sich nichts gewandelt!)

Ich freue mich aber auch - jetzt komme ich zu dir, Christiane - über die Grünen, denn wenn man dazu bestimmte Reden aus der vorigen Ratsperiode gehört hat, waren die auch immer ein bisschen kritischer, so möchte es einmal ausdrücken. Darum freue ich mich, dass wir es hier gemeinsam hinbekommen. Es ist nämlich eine Riesenchance.

Und das Charmanteste finde ich, dass wir hier etwas zu den Standorten sagen. Herr Petelkau fragte ja schon, ob alles gesichert ist. Wir haben gesagt: Wir versuchen es, wir versuchen es. Ich möchte endlich einmal diesen Lauterbach beim Wort nehmen - endlich einmal -, denn er geht in unsere Diskussion hinein und sagt „Holweide ist sicher“. Jetzt soll er seine Bundesgesetzplanung machen und uns beweisen, dass Holweide sicher ist. Dann können wir gerne mit ihm reden - auch die Verwaltung. Aber er muss jetzt liefern, meine Damen und Herren. Und darauf freue ich mich jetzt schon. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Ich fürchte, ganz so unterhaltsam wird es jetzt nicht, wie eben beim Kollegen Breite, sondern ich möchte ein bisschen zurück zu den Positionen kommen.

Die scheinbar aussichtslose Situation der vergangenen Monate war absehbar und hätte verhindert werden können.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Es ist aber nicht unser Stil, nach hinten zu schauen und uns zu beschweren, sondern wir möchten diese Vorlage, die ja Zukunftsmodell, Zukunftskonzept heißt, zum Anlass nehmen, um nach vorne zu schauen und unseren politischen Willen für die Zukunft auszudrücken.

Volt befürwortet das Konzept der Zentrenbildung in der Gesundheitsvorsorge. Das vorgelegte Zukunftskonzept schreitet in diese Richtung. Davon erwarten wir alle - das wurde in den letzten Reden sehr betont - bestmögliche Gesundheitsversorgung.

Neben der bestmöglichen Gesundheitsversorgung aller Kölner*innen ist uns aber - und das ist auch schon vielfach angeklungen - der Umgang mit den Beschäftigten der städtischen Kliniken ganz besonders wichtig. Dieser Beschluss kann der Grundstein für eine transparente und wertschätzende Kommunikation in Richtung dieser Beschäftigten sein.

Die Unsicherheit der Beschäftigten hinsichtlich der Frage, ob sie in wenigen Monaten noch einen Arbeitsplatz an diesem Ort haben, muss endlich beendet werden. Dieser Beschluss bietet der Klinikleitung die Chance und Verantwortung, das Personal mitzunehmen, im übertragenen wie auch im wortwörtlichen Sinne. Wir müssen den Beschäftigten jetzt ihre Möglichkeiten in Merheim am neuen, großen Standort aufzeigen und sie in die neuen Strukturen dort einbinden. Aktuell laufen wir nämlich Gefahr, unsere dringend benötigten Pflegekräfte an die Konkurrenz zu verlieren. Beschäftigte an den beiden Standorten sollten zumindest teilweise auch dort weiterhin tätig sein können. Damit verbinden wir die Sorge um die Mitarbeitenden mit der besten Gesundheitsvorsorge. Denn auch wir wünschen uns in Holweide weiterhin einen Gesundheitsstandort - mit einem

Schwerpunkt auf Menschen im Alter - insbesondere für die rechtsrheinischen Kölner*innen.

Riehl könnte beispielsweise dazu genutzt werden, um dem potenziellen Defizit in der kinderärztlichen Versorgung im linksrheinischen Kölner Norden entgegenzuwirken. Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich bei Frau Reker für die Initiative als Gesellschafterin bei der zukunftsorientierten Entwicklung dieser Standorte. Uns ist aber genauso bewusst, dass weitere Gesundheitsfürsorge an diesen Standorten auch maßgeblich von Entscheidungen der Kassenärztlichen Vereinigung abhängt und nicht nur hier getroffen werden kann.

Als Politik können wir aber unsere Verantwortung dahingehend wahrnehmen, wie wir zum Beispiel mit den Liegenschaften umgehen. Für uns - für Volt - sollen sie den Kölnerinnen und Kölnern zugutekommen. In welcher Form das geschieht, wird die nächste Zeit ausführlich diskutiert. Dazu liegen die verschiedensten Vorschläge auf dem Tisch. Eines ist dabei für uns klar: Gesundheitsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Wir unterstützen daher auch die Gespräche mit dem Land über eine Zusammenarbeit, denn auch das Land ist ja die öffentliche Hand.

Die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner ist uns zu wichtig, als dass sie zum Spielball politischer Machtkämpfe werden darf. Ich freue mich daher umso mehr über die gemeinsame Linie, die wir hier mit dem gemeinsamen Änderungsantrag gefunden haben. Ich bitte um aller Zustimmung und bedanke mich für die Zusammenarbeit auf dem Weg dorthin.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wer von Ihnen auf das Freigabedatum der Vorlage geschaut hat, die wir heute beschließen wollen; es ist der 24. Februar 2023. Und all das, was wir heute hier beschließen wollen, hätten wir deutlich früher haben können.

(Beifall bei der AfD)

Das war schon seit Jahren klar und hat uns seitdem jeden einzelnen Tag 250 000 Euro gekostet, in Summe - je nachdem, wie man rechnet - also zwischen 30 und 300 Millionen Euro.

Dass es in den letzten Wochen ausgerechnet die CDU war - früher ja einmal Hort letzter Reste bürgerlicher Vernunft-, die erneut auf Zeit gespielt und unnötig gebremst hat: Das ist umso schlimmer. Und deshalb frage ich Sie, die CDU hier vorne, die Reichshilfsbremser von der CDU: Herr Petelkau, was hat die erneute Verzögerung eigentlich gebracht? Welcher Erkenntnisgewinn ist denn in den letzten Wochen entstanden? Sind wir in der Sache auch nur einen Millimeter weitergekommen? - Nein, sind wir nicht.

Der letzte Satz der Ergänzung zur Beschlussvorlage spricht das ja auch klar aus. Dort steht ganz unten - lesen Sie es bitte; Zitat -:

> Dessen ungeachtet sind die in der Vorlage Zukunftsmodell vorgeschlagenen Strukturentscheidungen notwendig und wichtig, um die Kliniken der Stadt Köln zukunftsfähig zu machen. Die Entscheidung über das Zukunftsmodell ist sowohl mit als auch ohne Klinikverbund erforderlich.

Kurzum: Da haben Sie es schwarz auf weiß, Herr Petelkau.

Liebe Bremser von der CDU, Ihr Herumgeeiere und das verdruckste Hinweisen auf den Klinikverbund: Das war absurd, das war irreführend, das war schädlich für diese Stadt, und das hat uns nullkommanull nach vorne gebracht. Denn egal ob der Klinikverbund kommt oder nicht: Es war immer klar - und wir als AfD-Fraktion haben es von Anfang an gesagt -: Die Stadt Köln muss in Bezug auf die Kliniken ihre Hausaufgaben machen. - Sonst bringen auch Verhandlungen mit dem Land nichts.

(Beifall bei der AfD)

Sie müssen doch die Position der Oberbürgermeisterin stärken! Und das tue ich nur, wenn ich meine Hausaufgaben gemacht habe. Dann gehe ich da auch mit Schmackes in die Verhandlungen rein.

Zu Beginn dieser Sitzung haben Sie von der CDU sich gemeinsam mit den anderen Altparteien hier im Saal gegen die Stimmen der AfD-Fraktion

einen kräftigen Schluck aus der steuerfinanzierten Pulle für Ihre Fraktionsbudget gegönnt, und die Mehrkosten, die durch das Zuwarten der CDU in den letzten vier Wochen entstanden sind, sind 7,5 Millionen Euro. Die sollte man als erzieherische Maßnahme mal dem CDU-Fraktionsbudget anlasten. Das wäre hier mal eine angemessene Reaktion für die Hilfsbremser der CDU.

(Heiterkeit bei der AfD)

Ich will Ihnen aber noch eines sagen - wie gesagt, wir sind hier ja the New Kids on the Block -: Wir haben von Anfang an gesagt, was mit den Kliniken passieren muss, und genau das soll jetzt nach Jahren des Zuwartens im Großen und Ganzen beschlossen werden. - Vor vier Jahren hätten wir das schon haben können.

(Beifall bei der AfD)

Aber noch mal: Diese jetzt endlich vorgelegte Beschlussfassung ist ein Dokument des politischen und kaufmännischen Versagens der Verwaltung dieser Stadt und des sie tragenden verantwortlichen Ratsbündnisses.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD Fraktion - lassen Sie mich das sehr deutlich machen - haben angesichts dieser Vorgeschichte der letzten Jahre wirklich ganz erhebliche Zweifel, ob diese Stadt und diese Laienspieltruppe, die hier die Kliniken managt oder meint, managen zu können, als Trägerin eines Maximalversorgers - wir reden hier über Milliardeninvestitionen; da hat Frau Martin vollkommen recht; wir reden hier über erhebliche wirtschaftliche Risiken in der Zukunft - dieser Aufgabe gewachsen ist. Wir haben da ganz erhebliche Zweifel, und deshalb sollte aus unserer Sicht die Option eines Teilverkaufs der Kliniken oder einer PPP - einer Public Private Partnership - immer mitgedacht werden. - Ganz ehrlich: Wir glauben nicht, dass diese Stadt mit dieser Verwaltung ein solches Business wuppen kann. Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Auch das Gesundheitswesen in diesem Lande steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Es wurde zum Teil kaputtgespart, es ist überreguliert, in Teilen ist es überdimensioniert.

Meine Fraktion wird die Vorlage gleichwohl mittragen, um hier größeren Schaden von der Stadt abzuwenden.

Ich will aber ausdrücklich darauf hinweisen: Den Änderungsantrag tragen wir nicht mit. Hier findet nämlich schon wieder genau das Aufbohren einer klaren Linie, einer klaren Beschlussfassung hinten herum statt. Da spricht wieder der Bedenkenträger von der SPD; da sind die ganzen Reichsbedenkenträger, die sich hier wieder zu Wort melden.

Also, wir stimmen dem Grundsatzbeschluss zu; den Zusatzantrag lehnen wir ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe jetzt nicht, dass weiter das Wort gewünscht wird. - Dann würde ich noch mal ganz offiziell, Herr Joisten, fragen, ob es richtig ist, dass die SPD ihren Änderungsantrag zurückzieht. Dann brauche ich über den nicht abstimmen zu lassen.

(Christian Joisten [SPD] nickt)

Okay, dann lasse ich jetzt zunächst abstimmen über den Änderungsantrag von Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt und dann über die Vorlage mit den Ergänzungen aus dem Beschlussvorschlag, Anlage 7. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ich würde Sie bitten, punktweise abstimmen zu lassen. - Danke.

(Niklas Kienitz [CDU]: Den SPD-Antrag punktweise! - Man weiß ja nicht bei euch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Was soll ich punktweise abstimmen lassen? Alles?

Christian Joisten (SPD): Entschuldigung! - Zur Präzisierung: über den Änderungsantrag selbstverständlich pauschal, für die Schlussabstimmung: punktweise Abstimmung. - Das ist die Bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So, dann lasse ich erst über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag? - DIE LINKE und die AfD. Das war eben ja auch schon angekündigt. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist er so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen, und zwar punkteweise.

Die Ziffer 1 ist ergänzt um den Inhalt des Änderungsantrages. Gegenstimmen? - Von AfD und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 2: Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ziffer 3: Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ziffer 4: Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

(Bernd Petelkau [CDU]: Müssen wir nicht noch eine Gesamtabstimmung machen?)

- Jetzt haben Sie mich einigermaßen verwirrt, wie ich in die Sondierungsgespräche gehen soll. Soll ich jetzt das Zukunftsmodell nicht machen? Es wurde hier beschlossen. Aber wir sprechen vielleicht später noch mal darüber, was Sie sich jetzt davon versprochen haben. - Okay.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gesamtabstimmung! - Bernd Petelkau [CDU]: Gesamtabstimmung!)

Gesamtabstimmung: Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Ich bedanke mich sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, bei der Tagesordnung hatte ich den Vorschlag gemacht, für die Tagesordnungspunkte 10.2 bis 10.17 eine gemeinsame Rederunde zu machen, und das war von Ihnen auch so angenommen worden.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt

Beschluss:

Punkt 1 der Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

Für den Standort Holweide wird der Rat nach Abschluss der Krankenhausreform des Bundes beraten, ob er seinen Beschluss an die geänderten bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen („Krankenhausplan“) anpassen wird – dies insbesondere im Hinblick auf den Erhalt einer stationären medizinischen Infrastruktur im Sinne eines Krankenhauses.

Der Rat der Stadt Köln setzt sich darüber hinaus für eine pädiatrische Notfall-Versorgung am Standort Riehl ein.

Die Verwaltung legt in einer weiteren Vorlage eine umfassende Bedarfsermittlung für die Krankenhausversorgung (Erwachsenen- und Kindermedizin) für die gesamte Stadt Köln vor.

In enger Abstimmung mit der KVB AG erarbeitet die Verwaltung Lösungsansätze zur Verbesserung der ÖPNV-Verkehrsanbindung an das Krankenhaus Merheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

II. Punktweise Abstimmung über Vorlage mit der Ergänzung des Beschlussvorschlages (Anlage 7) und des beschlossenen Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt

Zu Ziffer 1 mit der Ergänzung Änderungsantrages

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) vorgelegte Zukunftsmodell zur Kenntnis und befürwortet die geplanten Investitionen in Höhe von 590 Mio. € zur Modernisierung und zum Ausbau des Standorts Merheim zu einem modernen Gesundheitscampus und als alleinigem Standort der Kliniken Köln, um die

Gesundheitsversorgung in Köln und der Region sowie das Unternehmen Kliniken Köln zukunftsfähig aufzustellen.

Die bisher an den Standorten Merheim, Holweide und Riehl angebotenen Leistungen der Kliniken der Stadt Köln gGmbH werden – mit Ausnahme der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) – mittel- bis langfristig am Standort Merheim zentralisiert.

Für den Standort Holweide wird der Rat nach Abschluss der Krankenhausreform des Bundes beraten, ob er seinen Beschluss an die geänderten bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen („Krankenhausplan") anpassen wird – dies insbesondere im Hinblick auf den Erhalt einer stationären medizinischen Infrastruktur im Sinne eines Krankenhauses.

Der Rat der Stadt Köln setzt sich darüber hinaus für eine pädiatrische Notfall-Versorgung am Standort Riehl ein.

Die Verwaltung legt in einer weiteren Vorlage eine umfassende Bedarfsermittlung für die Krankenhausversorgung (Erwachsenen- und Kindermedizin) für die gesamte Stadt Köln vor.

In enger Abstimmung mit der KVB AG erarbeitet die Verwaltung Lösungsansätze zur Verbesserung der ÖPNV-Verkehrsanbindung an das Krankenhaus Merheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und AfD zugestimmt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. *Der Rat ermächtigt die Gesellschaftervertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kliniken Köln, die Geschäftsführung mit der Umsetzung dieses Zukunftsmodells unter folgenden Maßgaben zu beauftragen:*

   a) *Die Geschäftsführung wird aufgefordert, für die Umsetzung des Vorhabens in größtmöglichem Umfang Förder- und sonstige Drittmittel einzuwerben.*

   b) *Die Geschäftsführung wird aufgefordert, in einem jährlichen Sanierungsbericht über den Fortschritt der Sanierung der Kliniken Köln anhand eines Soll/Ist-Vergleichs zu berichten. Der Sanierungsbericht soll dem Wirtschaftsplan für das darauffolgende Jahr beigefügt werden und etwaige Nachsteuerungsbedarfe beinhalten. Der Sanierungsbericht ist dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.*

   c) *Die Geschäftsführung wird gebeten, Räumlichkeiten für eine ergänzende kinderärztliche Versorgung im Linksrheinischen zu prüfen und in Abstimmung mit der Verwaltung ein Konzept zu erstellen, das die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Personalwohnungen im Rechtsrheinischen umfasst.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Zu Ziffer 3

Beschluss:

3. *Ferner beauftragt der Rat die Verwaltung, die notwendigen haushaltstechnischen Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsmodells der Kliniken Köln im Doppelhaushalt 2023/2024 und in der Planung für die Haushaltsjahr 2025ff. in die Wege zu leiten.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Zu Ziffer 4 - Ergänzung des Beschlussvorschlags aus Anlage 7

Beschluss:

4. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt zugleich die Initiative des Landes NRW, mit der Stadt Köln einen Verbund der Kliniken der Stadt Köln gGmbH und des Universitätsklinikums Köln*

(AöR) zu sondieren und beauftragt die Oberbürgermeisterin, diese Gespräche mit der Landesregierung unter Berücksichtigung des Zukunftsmodells zu führen. Der Hauptausschuss ist über das Ergebnis der Sondierung zu informieren."

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) vorgelegte Zukunftsmodell zur Kenntnis und befürwortet die geplanten Investitionen in Höhe von 590 Mio. € zur Modernisierung und zum Ausbau des Standorts Merheim zu einem modernen Gesundheitscampus und als alleinigem Standort der Kliniken Köln, um die Gesundheitsversorgung in Köln und der Region sowie das Unternehmen Kliniken Köln zukunftsfähig aufzustellen.*

   Die bisher an den Standorten Merheim, Holweide und Riehl angebotenen Leistungen der Kliniken der Stadt Köln gGmbH werden – mit Ausnahme der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) – mittel- bis langfristig am Standort Merheim zentralisiert.

   Für den Standort Holweide wird der Rat nach Abschluss der Krankenhausreform des Bundes beraten, ob er seinen Beschluss an die geänderten bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen („Krankenhausplan") anpassen wird – dies insbesondere im Hinblick auf den Erhalt einer stationären medizinischen Infrastruktur im Sinne eines Krankenhauses.

   Der Rat der Stadt Köln setzt sich darüber hinaus für eine pädiatrische Notfall-Versorgung am Standort Riehl ein.

   Die Verwaltung legt in einer weiteren Vorlage eine umfassende Bedarfsermittlung für die Krankenhausversorgung (Erwachsenen- und Kindermedizin) für die gesamte Stadt Köln vor.

   In enger Abstimmung mit der KVB AG erarbeitet die Verwaltung Lösungsansätze zur Verbesserung der ÖPNV-Verkehrsanbindung an das Krankenhaus Merheim.

2. *Der Rat ermächtigt die Gesellschaftervertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kliniken Köln, die Geschäftsführung mit der Umsetzung dieses Zukunftsmodells unter folgenden Maßgaben zu beauftragen:*

   d) Die Geschäftsführung wird aufgefordert, für die Umsetzung des Vorhabens in größtmöglichem Umfang Förder- und sonstige Drittmittel einzuwerben.

   e) Die Geschäftsführung wird aufgefordert, in einem jährlichen Sanierungsbericht über den Fortschritt der Sanierung der Kliniken Köln anhand eines Soll/Ist-Vergleichs zu berichten. Der Sanierungsbericht soll dem Wirtschaftsplan für das darauffolgende Jahr beigefügt werden und etwaige Nachsteuerungsbedarfe beinhalten. Der Sanierungsbericht ist dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.

   f) Die Geschäftsführung wird gebeten, Räumlichkeiten für eine ergänzende kinderärztliche Versorgung im Linksrheinischen zu prüfen und in Abstimmung mit der Verwaltung ein Konzept zu erstellen, das die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Personalwohnungen im Rechtsrheinischen umfasst.

3. *Ferner beauftragt der Rat die Verwaltung, die notwendigen haushaltstechnischen Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsmodells der Kliniken Köln im Doppelhaushalt 2023/2024 und in der Planung für die Haushaltsjahr 2025ff. in die Wege zu leiten.*

4. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt zugleich die Initiative des Landes NRW, mit der Stadt Köln einen Verbund der Kliniken der Stadt Köln gGmbH und des Universitätsklinikums Köln (AöR) zu sondieren und beauftragt die Oberbürgermeisterin, diese Gespräche mit der Landesregierung unter Berücksichtigung des Zukunftsmodells zu führen. Der Hauptausschuss ist über das Ergebnis der Sondierung zu informieren."*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

III. Die SPD-Fraktion zieht ihren Änderungsantrag AN/0653/2023 zurück.

Anmerkung:

Die antragstellende Fraktion zieht ihren Antrag zurück, nachdem Frau Oberbürgermeisterin Reker auf Nachfrage von RM Joisten erklärt, dass dieser Ratsbeschluss die Grundlage für die zukünftigen Sondierungen sein wird.

Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Joisten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkte

10.2 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Konrad-Adenauer-Schule, Martinusstraße 28, 50765 Köln-Esch/Auweiler, Schulnr. 114108, zum Schuljahr 2024/25
0340/2023

10.3 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Nußbaumerstraße, Nußbaumerstraße 254-256, 50825 Köln-Neuehrenfeld, Schulnr. 112471, zum Schuljahr 2024/25
0344/2023

10.4 Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Nippes mit Start im Interimsgebäude Toni-Steingass-Park, 50733 Köln-Niehl zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0698/2023

10.5 Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen mit Start im Interimsgebäude Sürther Straße 191 / Eygelshovener Straße, 50996 Köln-Rodenkirchen gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zum Schuljahr 2024/25.
0767/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1240/2023

10.6 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Interimsgebäude Bürgerpark Nord, Escher Straße 279, 50739 Köln-Bilderstöckchen zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0769/2023

10.7 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im „Snake“-Gebäude, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0772/2023

10.8 Schulrechtliche Errichtung der Gesamtschule Fitzmauricestraße in Ossendorf mit Start im Interimsgebäude „Snake“, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0773/2023

10.9 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Annastraße 63, 50968 Köln-Raderberg, Schulnummer 112100, zum Schuljahr 2024/25
0827/2023

10.10 Zügigkeitserweiterung der Katholischen Grundschule Osterather Straße, Osterather Straße 13, 50739 Köln-Bilderstöckchen, Schulnr. 111740, zum Schuljahr 2024/25
0935/2023

10.11 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Soldiner Straße, Soldiner Str. 68, 50767 Köln-Lindweiler, Schulnr. 185425, zum Schuljahr 2024/25
0942/2023

10.12 Zügigkeitserweiterung der Gemeinschaftsgrundschule Geilenkircher Straße, Geilenkircher Straße 52, 50933 Köln-Braunsfeld, Schulnr. 112422, zum Schuljahr 2024/25
0975/2023

10.13 Schulrechtliche Errichtung des Ausbildungsgangs "Gestalterin/Gestalter für immersive Medien" Fachbereich

Gestaltung an der Georg-Simon-Ohm-Schule (BK 13) zum Schuljahr 2023/24
1100/2023

10.14 Schulrechtliche Erweiterung des Bildungsganges "FOS Polizei" Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung am Berufskolleg an der Lindenstraße (BK 3) zum Schuljahr 2023/24
1441/2023

10.15 Einrichtung des neuen Bildungsganges "Fachpraktiker/in Küche" am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20) rückwirkend zum Schuljahr 2022/2023
1442/2023

10.16 Einrichtung des Neubaus mit einer Dreifach- und einer Einfachturnhalle und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Gesamtschule Lindenthal/Ehrenfeld, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2024, Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
0887/2023

10.17 Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen
1479/2023

Deswegen würde ich jetzt, wenn es sich um die Errichtungsbeschlüsse und um die Zügigkeitserweiterung handelt, aufrufen, und zwar als Erste - wer von den Grünen wünscht das Wort? - Frau Hölzing.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren - auch am Livestream! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hätte das zu Anfang der Wahlperiode gedacht? Mit einer gewaltigen Kraftanstrengung ist uns das gelungen, was wir hier gleich beschließen werden: 378 zusätzliche Gesamtschulplätze im nächsten Schuljahr - mit der privaten Gesamtschule in Kalk werden es sogar 486 sein -,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

189 zusätzliche, neue Plätze an Gymnasien, davon 63 Inklusivplätze, womit wir das gemeinsame Lernen auch an dieser Schulform stärken.

Das alles bringt für uns im nächsten Anmeldeverfahren eine deutliche Entspannung. Die berechtigten Proteste der Eltern haben wir aufgegriffen, und wir haben Lösungen auf den Weg gebracht. Wir im Bündnis haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir werden zustimmen, dass viele Schulen im Interim starten können, auch, indem sie Container weiter nutzen. Das Dreikönigsgymnasium zum Beispiel geht 2024 in ein top renoviertes Gebäude mit einem neuen Anbau zurück. Im Bürgerpark steht dann das von dieser Schule genutzte Interim leer. Es hat 1,5 Millionen Euro gekostet, und die Bauzeit betrug fast zwei Jahre.

Es ist doch nur sinnvoll, diese Container für andere Schulen weiter als Interims zu nutzen. Denn damit können wir es schaffen, dem Mangel an Schulplätzen zu begegnen - mit allen organisatorischen Herausforderungen, die Interims nun einmal mit sich bringen.

Das wird auch beim Gymnasium Rondorf so sein. Das Gymnasium soll ja im Interim der Gesamtschule Rodenkirchen starten. Die SPD fordert nun in ihrem Änderungsantrag, das Interim an der Eygelshovener Straße als Gymnasium überhaupt nicht weiter zu verfolgen. Das finden wir unverantwortlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] Das gibt’s ja gar nicht! - Skandalös! - So nämlich!)

Haben wir nicht drei Runden drehen müssen, um alle Kinder in den Gymnasien unterzubringen? Hat es keine Proteste gegeben, weil Schulplätze an Gymnasien gefehlt haben? Haben wir dazu nicht eine Aktuelle Stunde hier im Rat abgehalten? Und hat die Verwaltung nicht gehandelt?

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Richtig!)

Das, was Sie beantragen, ist eine Ohrfeige für die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern, die jetzt schon bangen, ob sie im nächsten Jahr einen Gymnasialplatz bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

In Ihrem Antrag watschen Sie den Dezernenten Voigtsberger gleich mit ab.

(Zurufe: Frechheit! - Unmöglich!)

Können wir es woanders erfolgreich machen? - Nein. Das hat die SPD-Fraktion nicht verstanden. Es geht nicht, weil die Container nicht versetzt werden sollten. Denn eine Baugenehmigung für einen neuen Standort kriegen wir für die Dinger nicht. Und zweitens: Jede weitere Prüfung kostet uns Zeit. Und das haben wir überhaupt nicht. Wir haben keine Zeit; denn das nächste Anmeldeverfahren steht ja quasi schon vor der Tür.

Wir fordern, die Interimsstationen vor Ort so kurz wie möglich zu halten, und wir werden den Prozess auch begleiten und optimieren.

Auch haben wir die Beschlüsse im ASW hinsichtlich der Verkehrssituation noch einmal geschärft und der Verwaltung Hausaufgaben mitgegeben: Kümmert euch um die Schulwege für die Kinder und Jugendlichen, insbesondere für das Gymnasium Rondorf sowie für die Gesamtschule am Wasseramselweg! Wir wollen nämlich sichere Radfahrstrecken, einen angebundenen ÖPNV und, wo es erforderlich ist, Schulbusse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir haben die Verwaltung aufgefordert, uns bis zur nächsten Schulausschusssitzung Konzepte dazu vorzulegen.

Den Bau der Doppelturnhalle des Gymnasiums in Rodenkirchen hätten wir auch lieber als die Errichtung einer Interimssporthalle.

Weiter fordern wir die Verwaltung auf: Bleibt mit den Schulen, den Schulkonferenzen und den Elternpflegschaften bitte in Kontakt, und bindet diese endlich eng ein in die Planungen! Die Beschlüsse der Schulkonferenzen sollten Beachtung finden und nach Möglichkeit auch umgesetzt werden.

Drei neue Gesamtschulen - Weidenpesch, Ossendorf, Vogelsang -, zwei neue Gymnasien - Niehl und Rondorf -, Zügigkeitserweiterungen an fünf Grundschulen - Bilderstöckchen, Braunsfeld, Ehrenfeld, Lindweiler und Raderberg! Und wir haben noch mehr in der Pipeline: 2025 gehen vier weitere Gymnasien und zwei neue Gesamtschulen an den Start. Das sind 600 Plätze mehr. - Sie sehen, wir packen die Probleme an und lösen sie. Das Reden über Probleme überlassen wir gerne anderen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war eine Punktlandung bei fünf Minuten, meine Damen und Herren. So kann man über diese Vielzahl an Tagesordnungspunkten sprechen, Herr Dr. Schlieben.

(Heiterkeit)

Sind Sie der Nächste?

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine liebe Frau Oberbürgermeisterin! Wie soll ich das denn verstehen? Das wird ein Kinderspiel sein. - Ich darf auch die Verwaltung begrüßen und die Kolleginnen und Kollegen hier im Rat sowie insbesondere: Liebe Schülerinnen und Schüler und liebe Kinder!

Aber erst mal: Liebe Bärbel, die Rede hätte ich auch gerne gehalten.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das hätte ich gar nicht besser machen können. Ich stimme dir in allem zu, was du gesagt und pointiert zum Ausdruck gebracht hast. So habe ich jetzt die Chance, den einen oder anderen Aspekt noch mal etwas pointierter zu beleuchten, und es ist vielleicht auch Zeit, mal Bilanz zu ziehen und zu vergleichen; vielleicht bleibt mir dafür ja auch noch eine Minute Zeit.

Also, damit es auch der Letzte mitbekommt: 567 neue Schulplätze in Klasse 5 ab August 2024, drei neue Gesamtschulen, zwei neue Gymnasien, 378 neue Plätze an Gesamtschulen, 189 neue Plätze an Gymnasien, 14 zusätzliche Züge an der Gesamtschule, sieben zusätzliche Züge an den Gymnasien. - Ich hoffe, dass das verstanden wurde und dass man erkennen kann, dass hier die Wende im Schulbau vor geraumer Zeit eingeleitet wurde und auch die Ergebnisse zeigt.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich spare es mir, aufzulisten, dass wir diese neuen Schulen im Stadtbezirk Rodenkirchen, im Stadtbezirk Ehrenfeld, im Stadtbezirk Nippes - Kollegin Bärbel hat ja schon auch die Veedel genannt - schaffen werden. Bärbel Hölzing hat gestreift, dass neben den 378 städtischen Gesamtschulplätzen, die wir schaffen, nachdem wir ja auch eine Lücke von 700 Gesamtschulplätzen in diesem Jahr und von über 1 000 in den vergangenen Jahren - auch zum Beispiel 2005, 2004, 2006 - hatten, auch noch eine private Gesamtschule im Bildungscampus Kalk an den Start geht.

Das ist jetzt zwar nicht unser Verdienst, aber wir haben es auch nicht verhindert,

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

sondern - wenn ich die Dezernenten angucke - begleitet. Es ist aber keine städtische; über die befinden wir heute nicht. Das sind noch mal 108 Plätze. Jeder kann rechnen: 378 plus 108 macht 486 Gesamtschulplätze im Januar und Februar nächsten Jahres im Anmeldeverfahren.

Und ich lehne mich nicht zu weit aus dem Fenster, wenn ich wiederhole: Die Gesamtschullücke wird im nächsten Schuljahr, ab August 2024, um mindestens die Hälfte reduziert sein. Wenn ich noch die Gymnasialplätze dazurechne, sind im Januar, Februar nächsten Jahres 675 zusätzliche Plätze an weiterführenden Schulen zur Verfügung. - So; das ist doch schon mal was.

Ach so - hat Bärbel gesagt; dafür habe ich nicht viel Zeit in meiner Rede -: Den Antrag der SPD lehnen wir natürlich ab. - Die Diskussion ist ja schon ausreichend überall erfolgt. Daher kann ich jetzt mit wichtigeren Punkten weitermachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mal betonen, weil das in der Diskussion ja immer ein bisschen untergeht - ich habe jetzt noch zwei Minuten; dafür nehme ich mir eine -: Bärbel hat gesagt - und ich betone und wiederhole es -, wir schaffen auch 138 neue Plätze an den Grundschulen. - Wir gucken immer viel auf die Gesamtschulen - das ist auch richtig - und auf die Gymnasien - G8, G9 usw. -, aber uns fehlen auch Grundschulplätze, und wir hatten auch durchaus harte Fälle - ich meine jetzt nicht die Härtefälle, sondern harte Fälle - bei der Vergabe der Grundschulplätze. Daher ist es richtig, 138 neue Grundschulplätze zu schaffen. Sie werden durch Erweiterungen in bestehenden Schulen geschaffen, und wir hörten ja schon, wo sie sind: in Esch, in Neuehrenfeld, in Bilderstöckchen, in Lindweiler, in Raderberg, in Braunsfeld.

Ich will nicht sagen, das kann ein Anfang sein - es ist ja auch vorher schon was passiert -, aber das wird unsere Motivation sein, auch im Jahr danach weiterzuschauen, wie wir auch die Kapazitäten quer durch die Stadt in den Grundschulen schaffen.

So. Bärbel sprach auch schon an - das ist meine letzte Minute -,

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass wir damit natürlich nicht aufhören werden, sondern wir machen 2025 weiter, und im Frühjahr nächsten Jahres beschließen wir das, was ich Ihnen jetzt sage: Wir beschließen sechs neue Schulen im Stadtbezirk Porz, in Stadtbezirk Innenstadt und im Stadtbezirk Kalk. Das sind dann nämlich vier neue Gymnasien und zwei neue Gesamtschulen. Ich darf noch mal zusammenrechnen, damit es auch jeder verstanden hat: In diesem Doppeljahrgang - den haben wir ja auch in der Schule - schaffen wir sechs neue Gymnasien und sechs neue Gesamtschulen. - Und genauso kritisch sage ich auch: Ja, die sind noch nicht alle in einem perfekten Gebäude, aber es sind die Plätze, die die Leute von uns haben wollten.

So, und 30 Sekunden lang Bilanz zu ziehen, ist ja auch nicht schlecht - ich habe mir einfach mal die Zeit von 2005 bis heute genommen -: Von 2005 bis 2015 gab es einen Rat, der eben - ich kann ja nichts dafür - SPD-dominiert und -geleitet war. Zu Beginn hatten wir acht Gesamtschulen. Nach diesen tollen zehn Jahren hatten wir elf. Oh, drei neue Gesamtschulen, kein neues Gebäude.

Frau Reker, Sie sind 2015 zur Oberbürgermeisterin gewählt worden. Es hat sich danach, im Jahre 2016, ein Ratsbündnis zusammengefunden. Sie sind mit elf Gesamtschulen gestartet. Bis 2020 ist die Zahl um vier gestiegen; da waren es 15. Die sind also schon da. Durch die Beschlüsse heute kommen noch mal vier dazu. Das heißt, wir haben im August nächsten Jahres 19, und durch die angekündigten Beschlüsse im Frühjahr nächsten Jahres, die wir fassen werden - ich gucke jetzt nur

mal auf die Gesamtschulen, weil das so schön exemplarisch ist; und es ist ja toll, dass die CDU neben dem Rest des Bündnisses, was auch schön ist, dabei ist - kommen noch mal zwei Gesamtschulen dazu.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, im Bündnis mit unserer Oberbürgermeisterin haben wir, Grüne, CDU und Volt, zehn Gesamtschulen in zehn Jahren geschafft. Noch mal: 2005 bis 2015 waren es drei; na ja. Wir haben nachweislich elf geschaffen.

Damit die Bürger nicht glauben, ich erzähle irgendeinen Quatsch: Es finden ja Kommunalwahlen statt, und zum Glück ist die Schuleinführung im August 2025, bevor wir wählen. Da werden sie dann sehen, ob das, was wir gesagt haben, so eingetroffen ist oder nicht. Also, zehn zusätzliche Gesamtschulen bis 2025: Das sind die zusätzlichen Züge, die erreicht werden. - Und um Gymnasien habe ich mich in dieser Rede gar nicht gekümmert. Sie werden sehen, was wir da noch drauflegen werden.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diesem Bündnis und dieser Oberbürgermeisterin weiterhin das Vertrauen zu schenken, dass wir diesen Weg zu Ende führen können - wenn es nach mir geht, auch über 2025 hinaus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn ich jetzt auf 10.5 gucke, dann sehe ich, dass Herr Seeck das Wort hat.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer-/innen! Ich bin zunächst ja froh, dass Grüne und CDU jetzt zumindest rhetorisch mal aus dem Schlafwagen ausgestiegen sind und ein bisschen für Stimmung gesorgt haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Zurzeit finden, wie Sie vielleicht wissen, überall in den Schulen Zeugniskonferenzen statt, und wenn Sie als Bündnis eine Schülerin, divers oder ein Schüler wären, würden die Spalten für die sogenannten Zeugnisbemerkungen wahrscheinlich nicht ganz ausreichen. Aber der Reihe nach!

Die Errichtung der neuen Schulen ist richtig und absolut notwendig, und daher werden wir bei den Gesamtschulen und dem Gymnasium in Nippes auch selbstverständlich zustimmen. Dafür danken wir der Verwaltung ausdrücklich, die diesen Kraftakt jetzt unternimmt.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie sich als Bündnis hier allerdings so dermaßen für Verwaltungsvorlagen, die einstimmig von allen Fraktionen beschlossen wurden, selbst abfeiern, ist in Anbetracht der Situation, in der sich viele Kinder und deren Eltern in dieser Stadt befinden, mal wieder völlig deplatziert.

(Beifall bei der SPD)

Für die über 700 abgelehnten Kinder an Gesamtschulen und circa 500 Kinder an weiterführenden Schulen ist das hier der reine Zynismus.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten daher den Ball etwas flacher halten, da Sie selbst überhaupt keine Initiativen entwickelt haben, die den Schulbaunotstand beheben würden. Im Gegenteil - erste Zeugnisbemerkung -: Das Bündnis muss alle Hausaufgaben regelmäßig anfertigen.

Das Vorhaben zu 10.5 in Rodenkirchen zeigt dies eindeutig: Schulplätze sind in dieser Stadt dringend erforderlich. Man muss allerdings genau hinschauen, wo das der Fall ist.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Ganz genau!)

Hier gab es nämlich so gut wie keine Ablehnung am Gymnasium. Die Bebauung in Rondorf-West ist überhaupt noch nicht absehbar, und man plant hier mit dem Interim, also komplett am Bedarf vorbei.

Ihr Änderungsantrag repariert diese Fehlentscheidung auch überhaupt nicht. Verkehrschaos ist vorprogrammiert. Der Fußweg vom Interim zur Sporthalle beträgt zwei Mal 20 Minuten. Was bleibt da noch an reiner Bewegungszeit? Es werden sogar neue Probleme im Stadtteil geschaffen. Man erfasst nicht die Kinder, die in Köln wirklich einen Gymnasialplatz suchen.

Die Zahlen, die allen vorliegen, zeigen: Der Bedarf an Gymnasialplätzen besteht insbesondere rechtsrheinisch und im Westen. Durch diese Entscheidung fördern Sie also weite Schulwege mit immensen Zumutungen und im Übrigen einen dauerhaft erhöhten CO_2-Ausstoß.

(Beifall bei der SPD)

Für die Schülerinnen vor Ort in den drei Schulen wird sich die schulische Fachversorgung allerdings verschlechtern. Der Hinweis der Schulleitung aus dem Kölner Süden spricht für sich und wird von Ihnen komplett ignoriert.

Wir müssen doch die Container, die heiß gehandelt werden, viel besser dort einsetzen, wo sie jetzt gebraucht werden:

(Beifall bei der SPD)

an bestehenden Schulen mit hoher Nachfrage vor Ort, vor allem, jetzt aktuell, an Grundschulen.

Zeugnisbemerkung: Das Bündnis muss sich mehr auf den Unterricht konzentrieren, im Unterricht mehr Einsatz zeigen und regelmäßig mitarbeiten.

(Beifall bei der SPD - Gähnen bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Statt sich also für das Mindeste, nämlich die Zustimmung von Verwaltungsvorlagen, abzufeiern,

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wer hat denn das im Rat eingereicht?!)

geht es doch darum, wie man unkonventionelle und sofort greifende Maßnahmen angeht, die den Kindern nach den Sommerferien sofort geholfen hätten. Hier verantworten Sie bekanntlich mindestens 108 fehlende Plätze im Stadtbezirk Kalk und weitere im ganzen Stadtbezirk

(Beifall bei der SPD)

durch Ihre zahlreichen Ablehnungen von klugen und sinnvollen Vorschlägen in den letzten Jahren.

Ein Blick in die Mitteilung 15.06, Anmeldungen an weiterführenden Schulen, zeigt, wie weit sich politische Ideologien auf die Lebenswirklichkeit von Menschen auswirken kann.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Hier finden Sie auf der letzten Seite in der vorletzten Zeile eine Zahl, die wirklich sprachlos macht: Sie lassen politisch ganz bewusst 516 Schulplätze an Hauptschulen - Tendenz steigend - in dieser Stadt frei, während gleichzeitig Hunderte abgelehnte Kinder vergeblich um einen Schulplatz bangen. Warum? Weil Sie an einer bildungspolitischen Idee festhalten, die in dieser Stadt ganz offensichtlich nicht mehr gewünscht wird.

Zeugnisbemerkung: Das Bündnis muss lernen, auch Meinungen anderer zu akzeptieren und sich mit Kritik sachlich auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn das noch nicht ausreicht, legen Sie noch einen drauf: In einer Anfrage Nummer 09/88 - auch im letzten Schulausschuss - konstatieren Grüne, CDU und Volt zunächst folgendes - Zitat - :

> Es hat sich herausgestellt, dass der Mangel an Schulplätzen nun auch bei den jüngsten Schülerinnen und Schülern angekommen ist.

Zunächst Kompliment für diesen Erkenntnisgewinn! - Und dann stellen Sie eine Zeile weiter der Verwaltung unter anderem folgende Frage: Wie ist diese hohe Anzahl an Schülerinnen und Schülern zu erklären? - Jetzt ernsthaft: Sie fragen im Jahr 2023 die Verwaltung, wo die Kinder, die im Jahr 2017 geboren wurden, herkommen?

Auch wenn ich Ihnen die Häme ersparen möchte, Ihnen näher zu erklären, wie Kinder entstehen, und mir Kommentare verkneife, wie man Menschen in der Verwaltung mit sinnfreien Anfragen von der eigentlichen Arbeit abhalten kann: eines lasse ich Ihnen nicht aber durchgehen: Sie zeigen mit solchen hilflosen Anfragen, wie überfordert und ungeeignet Sie sind, die Schul- und Bildungspolitik in dieser Stadt zu gestalten.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Frechheit! - Das sagt der Richtige! - Ist das alles, was du zu bieten hast? - Lächerlich und armselig!)

Zeugnisbemerkung Das Bündnis muss das Arbeitsmaterial vollständig zum Unterricht mitbringen.

Ich helfe Ihnen ein wenig bei der Recherche: Sie - Grüne und CDU -, die diese Fragen stellen,

waren bereits zwei Jahre in der Verantwortung dieser Stadt, als die Kinder, die heute keinen Grundschulplatz bekommen, erst geboren wurden.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum: Am Ende Ihrer Zeugniskonferenz würde mal wieder die Nichtversetzung festgestellt. Aber das dürfte Sie nach Ihren zahlreichen Blauen Briefen in der Vergangenheit nicht wundern. - Sie wissen möglicherweise: Im mehrgliedrigen Schulsystem gilt: Mehr als zweimal Sitzenbleiben geht nicht. Dann ist nämlich Schluss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stelle fest: Wenn im Frühjahr der Mangel an Schulplätzen wächst, die Eltern vor dem Rathaus oder in Veranstaltungen sind, dann ist es die Verwaltung, die da versagt hat. Wenn dann jetzt, im Sommer, wie ich sage, gut Schulen gebaut und angekündigt werden und die Anstrengungen der Bauverwaltung und der Schulverwaltung der letzten fünf, sechs oder mehr Jahre Früchte zeigen, dann sind es auf einmal die Parteien, die die Grundlagen für diesen Erfolg gelegt haben. - Das ist ein Spiel. Es geht hier also um Inszenierung von Politik, und es geht nicht wirklich um Diskussion.

Ich muss sagen: Schulverwaltung und Bauverwaltung haben ordentliche Fortschritte erreicht.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, und wer hat die Rahmenbedingungen geschaffen?)

380 städtische Gesamtschulplätze sind schon was. Trotzdem schmerzt es mich, dass in einem sozial sehr vielfältigen Stadtteil wie Kalk - einem Stadtteil mit hohem Migrationsanteil - eine Gesamtschule vom Erzbistum gebaut wird und es keine öffentliche, städtische Gesamtschule ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Des Weiteren muss man tatsächlich sehen - ich sehe das auch wie Oliver -: Wir haben im Rechtsrheinischen weiterhin ein großes Problem mit Gesamtschulplätzen. - Es gab in den drei rechtsrheinischen Stadtbezirken in diesem Jahr 360 Ablehnungen, und keine der angekündigten Schulen wird im Rechtsrheinischen eröffnet, außer die recht kleine Gesamtschule im Herzen von Kalk. Wir werden noch sehen, welche Schülerschichten, welche Milieus sie sich erschließen kann, ob das wirklich eine sozial vielfältige Schülerschaft ist. Das ist bei privaten Schulen eben oft nicht der Fall; das ist das Merkmal dieser Schulform.

Des Weiteren zeigt sich, dass es nicht einfach ist, die vielen Jahre versäumten Schulbaus aufzuholen. Das zeigt sich jetzt auch bei diesen Projekten.

Der Mangel an Grundstücken ist ein riesiges Problem, und die Stadt Köln muss hier noch zulegen. Sie muss ihr Flächenmanagement verbessern, sie muss Flächen für die öffentliche Infrastruktur - da geht es nicht nur um Bildung, sondern auch um andere Bereiche - erwerben und bereitstellen. Wir merken das daran, dass allein am Wasseramselweg in Vogelsang, im Stadtbezirk Ehrenfeld, drei Gesamtschulen stehen werden. Die Gesamtschule Wasseramselweg zieht endlich - Gott sei Dank - in ihr Zielgebäude, und im „Snake“-Gebäude werden sich zeitweise zwei Gesamtschulen befinden. Das ist eine ungünstige Konzentration. - Wir haben dem zugestimmt. Ich hoffe, es geht nicht auf Kosten dieser Schulen; denn wir wissen, dass ein gutes Gebäude und eine gute Lage für Eltern auch entscheidende Kriterien sind, ihr Kind dort anzumelden.

Das Nächste ist der Schulbau. Der Schulbau wird immer stärker privatisiert. Immer mehr Schulen werden auf Grundstücken gebaut, die Investorenfirmen gehören und die von solchen auch errichtet werden; es sind also Gebäude im Investorenmodell.

Wir haben seit zehn Jahren das Investorenmodell bei den Kitas, weil die öffentliche Hand es nicht mehr geschafft hat, den Kitaausbau zu bewältigen - oder nicht schaffen wollte. Und jetzt haben wir das auch bei den Schulen. Das führt, wie gesagt, dazu, dass das öffentliche Schulgebäude nicht mehr so einfach die Regel sein wird.

Letztlich aber, wie gesagt: Wir haben allen diesen Vorlagen zugestimmt, und das ist ein guter Schritt vorwärts. Wir werden uns aber - auch wenn wir nicht mehr nur den Schulplatzmangel als

dominierendes Problem im Schulbereich haben - vielleicht auch mal Gedanken machen können, was wir denn qualitativ eigentlich für ein Schulsystem wollen. Gibt es da einen Konsens?

Ich nehme schon wahr, es gibt einen Konsens hin zu mehr sozialintegrativen Schulen, zu Gesamtschulen. Aber dieser Konsens wurde im Frühjahr an der Frage aufgebrochen, ob die Kurt-Tucholsky-Schule umgewandelt werden soll. Diese Hauptschule hatte jetzt 30 Anmeldungen bei 72 Plätzen. Die Gesamtschule in Neubrück, die fertig ausgearbeitet war, hätte 108 Plätze gehabt. Insgesamt sind 500 Plätze an Hauptschulen freigeblieben. - Eben wurde bei der Klinikdebatte über ineffiziente Doppelstrukturen gesprochen. Bei den Kliniken sehe ich die nicht, aber hier sehe ich die.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren - damit meine ich alle: im Saal, auf den Tribünen, an den Bildschirmen! In Unkenntnis dessen, was meine Kollegen vor mir gesagt haben, habe ich diese Rede geschrieben. Ich musste das nämlich gar nicht hören, denn es ist so ein bisschen vorhersehbar: Ich habe die Hauptschule vergessen zu erwähnen. - Wir haben so oft im Schulausschuss darüber gesprochen; ich kann es nicht mehr hören.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Kurzfassung ist: Das Bündnis lobt sich für die Teilerfüllung pflichtiger Aufgaben, die SPD und DIE LINKE jammern, dass wir irgendwas anderes bauen als Gesamtschulen und ihre oft mehr als schrägen Ideen nicht mitgemacht haben, die meist gegen den gemeinsam beschlossenen Schulentwicklungsplan des SPD-geführten Dezernats gehen.

Angesichts dessen, was sich seit Beginn der Anmeldeverfahren für das kommende Schuljahr in dieser Stadt abgespielt hat, würde ich mich nicht trauen, irgendwelche Etappenziele - und mehr haben wir nicht - hier öffentlich abzufeiern.

(Beifall bei der FDP)

Über sehr viele Jahre wurden pragmatische Lösungen, wie zum Beispiel ÖPP-Verfahren, aus rein ideologischen Gründen - und nicht nur von ganz links - abgelehnt und jede mögliche Freifläche hier im Rat zerredet. Sie alle, die hier vor mir geredet haben, waren dabei. Erst als es lichterloh brannte, war auf einmal alles denkbar.

Ich wiederhole: Wir sprechen hier von einer relativ schlichten pflichtigen Aufgabe, nämlich die Bereitstellung von Schulplätzen für die Kinder unserer Stadt. - Und diese erfüllen wir immer noch nicht annähernd befriedigend. Im Gegenteil! Das, was uns bei weiterführenden Schulen schlaflose Nächte bereitet hat und noch immer bereitet, passiert jetzt auch bei Grundschulen: totale Überfüllung, schnellgezimmerte Notlösungen in Form von Containern, mehr Klassen und teilweise viel zu weite Wege.

Also wofür feiern Sie sich heute - oder feiert ihr euch, liebes Bündnis? Hier wird gefeiert, dass man endlich gelernt hat, die pflichtigen Aufgaben auszulagern, weil wir es aus eigener Kraft nicht schaffen. Hätten Sie diesbezüglich auf die FDP gehört, könnten wir jetzt schon 30 Schulen weiter sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass man aus der Erfahrung nichts lernt. Hätte man daraus gelernt, hätte man zwei Wege gehen können:

Variante 1. Wir lassen jetzt alles von anderen bauen. - Das bewährt sich ja gerade; das arbeitet ja.

Variante 2. Wir überlegen, was wir besser machen können, damit wir es selbst hinbekommen. - Nur zur Erinnerung: Uns fehlen immer noch irgendwas zwischen 30 und 40 - oder waren es noch mehr? - Schulen.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Ja, es fehlen noch ein paar Schulen, das ist richtig!)

- Der Schulausschussvorsitzende kann da nicht widersprechen.

Das sind zwei klare Varianten. Aber was passiert hier? - Man beschließt eine Schulbaugesellschaft mit circa zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dazu braucht man nichts zu sagen; das steht für

sich selbst. Für alle, die nicht mitgerechnet haben: 30 bis 40 Schulen stehen zehn Mitarbeitenden entgegen. - Wenn man eine Schulbaugesellschaft als Lösung für unsere noch immer bestehenden Probleme sieht, sollte man diese auch so aufstellen.

(Beifall bei der FDP)

Worüber ich noch nicht gesprochen habe und was deutlich zeigt, dass es keinen Grund gibt, zu loben, sind die unsäglichen Anmeldeverfahren inzwischen nicht nur für weiterführende Schulen, sondern auch für Grundschulen. Das ist unsäglich, weil hier eine Totalverweigerung vorliegt, die Verfahren so schnell und transparent wie möglich zu machen. Man hört immer nur von ministeriellen Vorgaben, von der Benachteiligung von Gesamtschulen, von Klagen, Einsprüchen der Eltern, die man abwarten müsse.

Mit all diesen Argumenten werden Verfahren am Leben gehalten, die Kinder und ihre Familien zum Teil monatelang darüber im Dunkeln lassen, wohin es nach den Sommerferien geht. Erst vergangene Woche wurden die letzten Mehrklassen an Grundschulen angemeldet. Da hängen Eltern und Kinder seit Monaten in der Luft. Und wir rühmen uns hier für unsere Erfolge? - Das ist schon fast zynisch.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Es wissen noch immer nicht alle, wo sie hingehen. Sie haben im November angemeldet und wissen heute noch immer nicht alle, wo sie Ihr Kind an der Grundschule haben.

Schauen wir auf das Anmeldeverfahren der weiterführenden Schulen: Wer für sein Kind das aus unerfindlichen Gründen noch immer vorgezogene Anmeldeverfahren an den Gesamtschulen genutzt hat, dort erfolglos war, es dann an einem Gymnasium versucht hat, hat aufgrund von Phantasielosigkeit in Bezug auf das Anmeldeverfahren in Teilen bis zu vier Monate auf einen Platz gewartet. Und zur besonderen Unterhaltung durfte man dann sogar mehrfach zur Anmeldung gehen. Man musste nicht nur warten, sondern immer wieder neu losrennen.

Ja, die Vorgabe, mit einem Papierzettel von Schule zu Schule zu touren, kommt aus dem Ministerium. Aber die Auswertung der Verfahren, also auch die Losverfahren, hätte man digitalisieren und damit schnell und vor allem transparent erledigen können.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt kann man sagen: „So weit, so schlecht“, wäre da nicht noch das linke Gesamtschullager, welches uns und vor allem die Verwaltung immer wieder mit Vorschlägen zu neuen Gesamtschulen überschüttet, die entweder völlig sinnfrei, technisch nicht möglich oder schulrechtlich nicht zulässig sind. Die Prüfung - Stellungnahmen prüfen und aufstellen und sonst was - kostet Zeit und Kraft. Wir haben einen Schulentwicklungsplan. Wir haben eine Prioritätenliste, die wir alle gemeinsam beschlossen haben. Lasst uns doch versuchen, wenigstens die ohne Querschläger abzuarbeiten!

Diese ganzen Themen hätte ich nicht ansprechen müssen, wenn wir - und da beziehe ich alle hier ein - unsere pflichtigen Aufgaben im Griff hätten. Deshalb sehe ich auch keinen Grund für Lobhudelei. Wir haben noch viel zu viele Probleme.

Leider sind die auch nicht beschränkt auf neue Schulplätze. Die Zahl der demonstrierenden, weil baufälligen Bestandschulen nimmt zu. Meines Erachtens sollten wir demütig unser Haupt senken und noch mehr Kraft da hineinlegen, wenigstens unsere Pflicht zu erfüllen. Wenn wir Zeit für die Kür haben, dann können wir uns gerne zusammen loben. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von Volt das Wort gewünscht? - Bitte.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ganz kurz - ich habe nämlich nur einen Zeugnisvermerk mitgebracht -: Bei all den Problemen, die natürlich immer noch bestehen, ist das heute natürlich nur ein Etappenziel. Trotzdem kann man, wenn man das denn möchte, bei so einem Etappenziel, bei dieser Kraftanstrengung, die Verwaltung und Politik dieses Jahr hingelegt haben und nächstes Jahr hinlegen werden, einfach mal kurz durchatmen, diesen Erfolg mitnehmen und sich durchaus auf die Schulter klopfen. Nächste Woche geht es weiter,

und dann arbeiten wir an den weiteren Schulplätzen. - Danke schön.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen der des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort gewünscht? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir sehen es auch so, dass man sich nicht zu schnell loben sollte, gerade vor allem das Ratsbündnis nicht. Wir sehen vielmehr das Lob beim Herrn Greitemann und beim Herrn Voigtsberger, dass der Erfolg bei den pflichtigen Aufgaben - und das hat Frau Ruffen passend gesagt - jetzt doch in eine annähernd richtige Richtung geht. Wir sind sehr gespannt, wie das weitere Verfahren stattfindet.

Ich habe mir noch ein paar Notizen zu Herrn Seeck gemacht; aber das schenke ich mir jetzt.

Ein letzter Punkt. Frau Ruffen, ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Das digitale Anmeldeverfahren funktioniert bei LITTLE BIRD schon nicht, also das Anmeldeverfahren für die Kitaplätze. Es wird auch bei den Schulen nicht funktionieren. Ich glaube, da haben wir noch erheblichen Verbesserungsbedarf.

Wir sind auch noch nicht in Feierlaune, freuen uns aber auf die nächsten Etappen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der FRAKTION das Wort gewünscht? - Nein. Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort? - Nein. Dann spricht Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir verhandeln verschiedene Tagesordnungspunkte zusammen, und ich wollte gegen Ende nur noch mal den Blick auf TOP 10.17 lenken. Dort geht es darum, dass auf Elternwunsch zwei katholische Grundschulen - ich glaube, der Fachbegriff ist - entweiht werden. Dort sind Abstimmungen gelaufen, und ich wollte den Eltern der KG Forststraße in Rath-Heumar und den Eltern der KG Langemaß in Mülheim zu ihrem Erfolg gratulieren, diese katholischen Grundschulen, trotz eines sehr hohen Quorums, das dafür notwendig war, zu entweihen, um sie zu Gemeinschaftsgrundschulen umwandeln zu lassen. Es bedarf natürlich immer auch einer gewissen Initiative - nicht eines gewissen Mutes, aber doch einer gewissen Initiative -, diese Prozedur in Gang zu setzen.

Ich finde es sehr eigenartig, dass wir uns im Jahr 2023 - das muss ich einfach mal an dieser Stelle zu diesem Tagesordnungspunkt loswerden - in einem immer noch säkularen Staat oder zumindest nahezu säkularen Staat den eigenartigen Luxus erlauben, dass wir Grundschulen zwar komplett finanzieren, in diesem Fall aber der katholischen Kirche, die darauf besteht, dass die Schulleitung auch den entsprechenden Glauben haben muss, das Recht überlassen, die Schulleitung auszuwählen, was - das ist ja ein Nordrhein-Westfalen-Problem; andere Bundesländer haben das ja nicht so - auch dazu führt, dass Schulleiterstellen nicht besetzt werden können, weil die Bewerberinnen und Bewerber eben nicht katholisch sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen sowie der LINKEN)

Von daher wollte ich mit meinem Redebeitrag Eltern in ähnlichen Situationen, deren Kinder auf ähnliche Grundschulen gehen, sozusagen Mut machen, diesen Weg doch auf sich zu nehmen, da nur so diese Schulen in Gemeinschaftsgrundschulen umgewandelt werden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen, der LINKEN sowie bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine weitere Wortmeldung sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar über 10.2 bis 10.17 - natürlich einzeln; das ist ja klar. Ich bitte Sie, sich jetzt auf die Abstimmungen 10.2 bis 10.17 zu konzentrieren.

10.2: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Gemeinschaftsgrundschule Konrad-Adenauer-Schule, GGS, Schulnr. 114108, Martinusstr. 28, 50765 Köln-Esch/Auweiler, um 1 Zug auf zukünftig 4 Züge zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.

3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.3: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Gemeinschaftsgrundschule Nußbaumerstraße, GGS, Schulnr. 112471, Nußbaumerstraße 254-256, 50825 Köln-Neuehrenfeld, um 0,5 Züge auf zukünftig 4 Züge zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.

3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.4: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Nippes mit drei Zügen in der Sekundarstufe I und fünf Zügen in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule nimmt ihren Betrieb interimistisch zunächst am Standort Toni-Steingass-Park, 50733 Köln-Niehl auf. Die Schule startet am 01.08.2024 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Das Gymnasium wird nach Zurverfügungstellung eines geeigneten Schulgebäudes im Stadtbezirk Nippes, für das die Ausschreibung eines Investorenverfahrens erfolgt ist, dorthin umziehen.

2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das neue Gymnasium im Stadtbezirk Nippes in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.

3. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Schulaufsicht an diesem Gymnasium gemäß § 20 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 2 Schulgesetz NRW unmittelbar das Gemeinsamen Lernen einrichten kann.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.

5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb des Gymnasiums am Interimsstandort Toni-Steingass-Park, 50733 Köln-Niehl und in Folge am zukünftigen, endgültigen Standort im Stadtbezirk Nippes ab dem Schuljahr 2024/25 bereitzustellen.

6. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4

Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.5: Ich lasse zuerst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und dann über die Vorlage. - Herr Weisenstein möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen. - Ich kann Sie leider nicht verstehen, Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Mir fällt noch ein kleiner Geschäftsordnungsantrag ein: Ich würde bitten, über die Punkte des Änderungsantrags der SPD zu 10.5 einzeln abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD.

Punkt 1: Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen vom Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der FRAKTION, der FDP, Volt, der AfD und von Herrn Zimmermann. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Punkt 2 des Änderungsantrages der SPD: Wer wünscht, dafür zu stimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich das gesamt abstimmen. Ist das so gemeint? - Muss nicht sein in dem Fall; glaube ich auch nicht. Das bringt uns keinen Erkenntnisgewinn.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD stimmt dagegen. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION, Frau Gabriel und DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Vorlage - wie Schulausschuss; Anlage 2 -

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: In der geänderten Fassung!)

in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Die LINKEN sind dagegen. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist so beschlossen. - Das war 10.5.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Zu Ziffer 1

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt, die Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen im Interimsgebäude Sürther Straße 191 / Eygelshovener Straße nicht weiter zu verfolgen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, AfD und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. *Alternativ sollen andere geeignetere Standorte für Gymnasialplätze geprüft werden.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die FRAKTION sowie der Stimme von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) abgelehnt.

Anmerkung:

Punktweise Abstimmung auf Antrag von RM Weisenstein.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Der Punkt 9 wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung legt dem Schulausschuss in der ersten Sitzung nach der Sommerpause detailliert dar, wie

- *Kinder aus Rondorf / Meschenich / Immendorf und Godorf mit dem ÖPNV zum Standort Eygelshovener Straße gelangen und erarbeitet gemeinsam mit der KVB Fahrplanverbesserungen und prüft die Einrichtung eines Schulbusses von Rondorf zum Interimsstandort.*

  Zu den Prüfungen gehören auch die Taktungen der Buslinien 135, 131 und 130 an Schultagen zu Schulbeginn und Schulschluss. Insbesondere die Buslinie 135 muss dichter getaktet werden, da bereits heute schon Haltestellen in Immendorf nicht mehr angefahren werden, wenn der Bus zu voll ist.

- *Kinder aus Rondorf / Meschenich / Immendorf und Godorf mit dem Fahrrad zum Standort Eygelshovener Straße gelangen. Die Strecke wird von der Verwaltung auf*

  Gefahrenstellen geprüft und es wird dargelegt, welche Verbesserungen für einen sicheren Schulweg bis zum Schuljahr 2024/25 erfolgen werden.

Zu den Prüfungen soll insbesondere die „Engstelle“ entlang Finkens Garten an der Friedrich-Ebert-Straße gehören.

Der Punkt 10 wird hinzugefügt:

Vor der Errichtung einer Interimssporthalle an der Eygelshovener Straße soll die schon lange zugesagte und wiederholt geforderte Doppel-Turnhalle des Gymnasiums Rodenkirchen errichtet werden. Diese wäre auch von den Schüler:innen des Interim-Gymnasiums mitzubenutzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., Die FRAKTION und RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

III. Abstimmung über die Beschlussvorlage in der Fassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 22.05.2023 (Anlage 2) mit der eben beschlossenen Änderung

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums im Stadtbezirk Rodenkirchen mit vier Zügen in der Sekundarstufe I und sechs Zügen in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule nimmt ihren Betrieb interimistisch zunächst am Standort Sürther Straße 191 / Eygelshovener Straße, 50999 Köln-Rodenkirchen auf. Die Schule startet am 01.08.2024 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Das Gymnasium wird nach Fertigstellung eines geeigneten Schulgebäudes im Siedlungsgebiet Rondorf-Nordwest dorthin umziehen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das Gymnasium in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Schulaufsicht an diesem Gymnasium gemäß § 20 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 2 Schulgesetz NRW unmittelbar das Gemeinsame Lernen einrichten kann.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb des „Gymnasiums Rondorf“ am Interimsstandort Sürther Straße 191 / Eygelshovener Straße,*

50999 Köln-Rodenkirchen und in Folge am zukünftigen Standort ab dem Schuljahr 2024/25 bereitzustellen.

6. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

7. *Das Gymnasium Rondorf / Meschenich / Immendorf und Godorf zieht schnellstmöglich aus dem Interim in der Eygelshovener Straße nach Rondorf um.*

8. *Der Rat der Stadt Köln verzichtet auf die Prüfung, ob anstelle eines 4/6zügigen Gymnasiums auch ein 5/7zügiges Gymnasium errichtet werden kann, wenn dies zu Verzögerungen des Ausschreibungsverfahren führt.*

9. *Die Verwaltung legt dem Schulausschuss in der ersten Sitzung nach der Sommerpause detailliert dar, wie*

   - *Kinder aus Rondorf mit dem ÖPNV zum Standort Eygelshovener Straße gelangen und erarbeitet gemeinsam mit der KVB Fahrplanverbesserungen und prüft die Einrichtung eines Schulbusses von Rondorf zum Interimsstandort. Zu den Prüfungen gehören auch die Taktungen der Buslinien 135, 131 und 130 an Schultagen zu Schulbeginn und Schulschluss. Insbesondere die Buslinie 135 muss dichter getaktet werden, da bereits heute schon Haltestellen in Immendorf nicht mehr angefahren werden, wenn der Bus zu voll ist.*

   - *Kinder aus Rondorf / Meschenich / Immendorf und Godorf mit dem Fahrrad zum Standort Eygelshovener Straße gelangen. Die Strecke wird von der Verwaltung auf Gefahrenstellen geprüft und es wird dargelegt, welche Verbesserungen für einen sicheren Schulweg bis zum Schuljahr 2024/25 erfolgen werden.“*

   Zu den Prüfungen soll insbesondere die „Engstelle“ entlang Finkens Garten an der Friedrich-Ebert-Straße gehören.

10. *Vor der Errichtung einer Interimssporthalle an der Eygelshovener Straße soll die schon lange zugesagte und wiederholt geforderte Doppel-Turnhalle des Gymnasiums Rodenkirchen errichtet werden. Diese wäre auch von den Schüler:innen des Interim-Gymnasiums mitzubenutzen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich komme zu 10.6. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung einer neuen Gesamtschule in einem Interim am Standort Bürgerpark Nord, Escher Straße 279, 50739 Köln-Bilderstöckchen mit vier Zügen in der Sekundarstufe I und 4 Zügen in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2024 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Die Gesamtschule wird nach Zurverfügungstellung eines geeigneten Schulgebäudes im Stadtteil Köln-Weidenpesch dorthin umziehen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gesamtschule in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Schulaufsicht an dieser Gesamtschule gemäß § 20 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 2 Schulgesetz NRW unmittelbar das Gemeinsamen Lernen einrichten kann.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81*

Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb der Gesamtschule am Interimsstandort Bürgerpark Nord, Escher Straße 279, 50739 Köln-Bilderstöckchen und in Folge am zukünftigen Standort in Köln-Weidenpesch ab dem Schuljahr 2024/25 bereitzustellen.*

6. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.7: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung einer neuen Gesamtschule am Standort „Snake"-Gebäude, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2024 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gesamtschule in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Schulaufsicht an dieser Gesamtschule gemäß § 20 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 2 Schulgesetz NRW unmittelbar das Gemeinsame Lernen einrichten kann.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb der Gesamtschule am Standort „Snake"-Gebäude, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang ab dem Schuljahr 2024/25 bereitzustellen.*

6. *Die sofortige Vollziehung des Beschluss unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.8: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung einer neuen Gesamtschule in einem Interim am Standort „Snake-Gebäude", Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang zum Schuljahr 2024/25 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2024 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf. Die Gesamtschule wird nach Zurverfügungstellung eines geeigneten Schulneubaus im Stadtteil Ossendorf, Fitzmauricestraße, dorthin umziehen.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gesamtschule in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagsschule geführt wird.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Schulaufsicht an dieser Gesamtschule gemäß § 20 Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 2 Schulgesetz NRW unmittelbar das Gemeinsame Lernen einrichten kann.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

5. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb der Gesamtschule am Interimsstandort „Snake-Gebäude“, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang und in Folge am zukünftigen Standort Fitzmauricestraße in Köln-Ossendorf ab dem Schuljahr 2024/25 bereitzustellen.*

6. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.9: Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Gemeinschaftsgrundschule Annastraße 63, 50968 Köln-Raderberg (Schulnummer 112100) um einen Zug auf zukünftig vier Züge zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.10: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Katholische Grundschule Osterather Straße, KGS, Schulnr. 111740, Osterather Straße 13, 50739 Köln-Bilderstöckchen, um 0,5 Züge auf zukünftig 3 Züge zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.11 lasse ich abstimmen, wie die Vorlage ist: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Gemeinschaftsgrundschule Soldiner Straße, GGS, Schulnr. 185425, Soldiner Straße 68, 50767 Köln-Lindweiler, um 0,5 Züge auf zukünftig 2 Züge zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.12 lasse ich ebenfalls abstimmen, wie die Vorlage ist: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), die Gemeinschaftsgrundschule Braunsfeld, Geilenkircher Straße, Schulnummer 112422, Geilenkircher Straße 52, 50933 Köln-Braunsfeld, um einen Zug von derzeit vier auf zukünftig fünf Züge zu erweitern. Der Beschluss soll ab dem Schuljahr 2024/25 umgesetzt werden.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*
3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.13: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die schulrechtliche Errichtung des einzügigen Ausbildungsgangs Gestalterin/Gestalter für immersive Medien (Fachklasse im dualen System) zum 01.08.2023 an der Georg-Simon-Ohm-Schule (BK 13), Westerwaldstraße 92, 51105 Köln-Humboldt-Gremberg.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*
3. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.14: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die schulrechtliche Erweiterung des einzügigen Bildungsgangs Fachoberschule für Wirtschaft und Verwaltung, Schwerpunkt: Polizeivollzugsdienst („FOS Polizei“) auf insgesamt 2 Züge am Berufskolleg an der Lindenstraße, Lindenstraße 78, 50674 Köln zum 01.08.2023.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*
3. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.15: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung des Bildungsganges „Fachpraktiker/in Küche“(Beikoch) rückwirkend zum 01.08.2022 am Berufskolleg Ehrenfeld, Weinsbergstraße*

72, 50823 Köln (BK 20).

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.16: Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Einrichtung des Neubaus der Gesamtschule Lindenthal/ Ehrenfeld, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang mit Gesamtkosten in Höhe von rund 7.370.000 € (investiver Anteil: 2.211.000 €, konsumtiver Anteil: 5.159.000 €).*

   Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 5.159.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2024 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

   Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von 756.690 € erfolgt im Haushaltsjahr 2024 aus veranschlagten Mitteln im Teilfinanzplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-3-1106 – GE Am Wassermann 40 – Neubau.

   Die erforderliche investive Auszahlungsermächtigung für die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von 1.454.310 € steht im Haushaltsjahr 2024 im Teilfinanzplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung. Die Mittel in Höhe von 1.454.310 € werden im Haushaltsjahr 2024 per Sollumbuchung auf der Finanzstelle 4014-0301-3-1106 – GE Am Wassermann 40 – Neubau bereitgestellt.

2. *Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2024 eine Mittelfreigabe in Höhe von 2.211.000 € im Teilfinanzplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrichtung des Neubaus der Gesamtschule Lindenthal/Ehrenfeld, Am Wassermann 40, 50829 Köln-Vogelsang bei Finanzstelle 4014-0301-3-1106 – GE Am Wassermann 40 – Neubau.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.17: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 81 Nr. 2 Schulgesetz NRW die Umwandlung der beiden städtischen katholischen Grundschulen

1. *Katholische Grundschule Forststraße, Forststraße 20, 51107 Köln (Rath/Heumar)*

2. *Katholische Grundschule Langemaß, Langemaß 21, 51063 Köln (Mülheim)*

in Gemeinschaftsgrundschulen ab dem Schuljahr 2023/2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Tagesordnungspunkt

10.18 Erweiterter Planungsbeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof, Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven in Köln-Rodenkirchen 2558/2022

Wortmeldungen? - Keine.

Dann kündige ich an, abzustimmen wie Verkehrsausschuss - Anlage 10 -, Finanzausschuss - Anlage 11 -: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 22.05.2023 (Anlage 10) und des Finanzausschusses vom 12.06.2023 (Anlage 11):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der Tunnelvariante gestalterisch und geometrisch zu optimieren und bis einschließlich der Leistungsphasen 3 (Entwurfsplanung) und 4 (Genehmigungsplanung) der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) fortzuführen. Die erforderlichen Grunderwerbsverhandlungen mit der Diakonie Michaelshoven und weiteren betroffenen Anliegern sollen aufgenommen werden.

Parallel wird die HGK beauftragt, die seitens der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossene ebenerdige Variante (beschrankter Bahnübergang) zu planen.

Die Planung der HGK umfasst die Grundlagenermittlung (LP 1) bis einschließlich Genehmigungsplanung (LP 4) der HOAI.

Vor Einleitung eines Baugenehmigungsverfahrens / Planfeststellungsverfahrens werden die Ergebnisse aller Planungen erneut in den politischen Beschlusslauf geben um die Entscheidung herbeizuführen, für welche Variante die Baugenehmigung bei der Genehmigungsbehörde eingeholt werden soll. Nach erteilter Baugenehmigung wird den politischen Gremien der Baubeschluss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Umwandlung der Rechtsform des NRW KULTURsekretariats in einen Zweckverband 0695/2023

Wortmeldungen? - Keine. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Umwandlung der Rechtsform des NRW KULTURsekretariats in einen Zweckverband zu und beschließt den Beitritt nach dessen Gründung mit Wirkung zum 01.01.2024.

Vorbehaltlich der zu fassenden Ratsbeschlüsse hat die Vollversammlung des NRW KULTURsekretariats am 26.10.2022 einstimmig die Umwandlung in einen Zweckverband zum 01.01.2024 beschlossen. Der Zweckverband wird den Namen „NRW KULTURsekretariat“ führen und seinen Sitz in Wuppertal haben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Wirtschaftsplan der Bühnen Köln für die Spielzeit 2023/24 1005/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE, Frau Gabriel und Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2023/24 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung*

mit einem Fehlbetrag in Höhe von 436,9 T € fest.

2. *Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Zusammenhang mit dem Spielbetrieb der Bühnen Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7 Mio. € in Anspruch zu nehmen.*

3. *Die mittelfristige Erfolgsplanung ist in diesem Wirtschaftsplan nicht enthalten, da der Grundsatzbeschluss zur finanziellen und organisatorischen Aufstellung der Bühnen zum „Neustart Offenbachplatz" („actori"), von dem die Planung ab der Spielzeit 2024/25 ff abhängt, noch aussteht. Sie wird schnellstmöglich nach entsprechender Beschlussfassung nachgereicht.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Grundsatzbeschluss für den Neustart der Bühnen Köln am Offenbachplatz ab der Spielzeit 2024/25 auf Basis der actori-Gutachten // Langfristige Anmietung des Depots in Köln-Mülheim // Aufbau einer Tanzsparte an den Bühnen Köln
1126/2023

Da beginnt jetzt wieder meine Rednerliste. - Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Es ist spät geworden, aber endlich ist es so weit: Wir fassen Beschlüsse zum Neustart der Bühnen am Offenbachplatz und zur Zukunft des Depots. - Endlich hat die Ungewissheit, wie und ob es mit dem Depot weitergeht, ein Ende. Wenn alles, was wir gleich beschließen werden, gut umgesetzt wird, dann ist es ein guter Tag für die Kölner Kultur, für die Bühnen, für die freie Szene und für den Stadtbezirk Mülheim mit dem Depot.

Bei allem Unmut über die Kostenexplosion und die enorme Zeitverzögerung bei der Bühnensanierung, bei allen nachvollziehbaren Vorbehalten wollen wir heute hoffnungsfroh den Grundsatzbeschluss zur Eröffnung der Bühnen fassen, wie gerade heute Morgen auch schon im Betriebsausschuss Bühnen.

Zur Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich in meinem Archiv unserer Beschlüsse und Debatten zu den Bühnenbeschlüssen und zur Bühnensanierung geschaut. Wir hatten es uns ursprünglich anders vorgestellt: Eröffnung 2015, fester Kostenrahmen. - Das Ende ist bekannt.

Und lassen Sie mich kurz einschieben: Ich bin den Intendantinnen und Intendanten der Bühnen dankbar dafür, dass sie Oper und Schauspiel und auch den Tanz über die langen Jahre in den Interimsstädten so intensiv am Leben erhalten und weiterentwickelt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Schon bei den ersten Bühnenbeschlüssen war klar: Die Sanierung ist wichtig, um die Inhalte, um die künstlerische Arbeit der Bühnen zu ermöglichen. Diese sollte nicht darunter leiden, dass die Sanierung finanzielle Mittel beansprucht. Den Zielen von damals fühlen wir uns nach wie vor verpflichtet. Wir wollen die zukunftsfähigste und optimale Lösung für die künstlerische Arbeit der Bühnen und sie nachhaltig aufstellen. Dabei ist bei allen Entscheidungen Besonnenheit gefragt. Die Kunst besteht darin, Ressourcen so einzusetzen, dass das Maximum an Qualität, Vielfalt und Ermöglichungsräumen geschaffen wird.

Wenn die Sanierung abgeschlossen sein wird, haben wir sehr viel Geld in die Gebäude gesteckt. Die Zahlungen werden uns lange Zeit begleiten. Das stellt uns vor die Verpflichtung, dass es am Offenbachplatz und im Depot nun optimal weitergeht, dass wir den Offenbachplatz und das Depot mit Leben und Inhalt füllen. - So verstehe ich die Vorlage: als eine Vorlage, die das ermöglichen soll und kann und Spielräume lässt.

Lassen Sie mich zu einzelnen Punkten kommen:

Zunächst zum Depot. Wir begrüßen es sehr, dass nun endlich eine Entscheidung zur rechtsrheinischen Spielstätte gefasst wurde und die Voraussetzungen für weitere Planungen geschaffen werden. Uns liegt es am Herzen, alles dafür zu tun und alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass

diese Weiterbespielung des Depots auch wirklich gelingen kann.

Daher haben wir in unserem Änderungsantrag einen Punkt, der das Zielbild skizziert: Neben seinen Funktionen als dritte Spielstätte und Ort für den Tanz möchten wir das Depot langfristig zu einem Produktions- und Abspielhaus der freien Szene entwickeln, in dem zum Beispiel Tanztheater, Musiktheater, Film, aber auch Clubevents, Festivals, Zirkus und Ähnliches stattfinden werden. Zudem soll dort weiterhin Kulturvermittlung stattfinden, vor allem auch im Austausch mit dem Stadtbezirk Mülheim.

Um dies alles wirklich zu erreichen, bedarf es der angemessenen Beteiligung der Akteure und Akteurinnen auf Augenhöhe, und es bedarf guter Konzepte, die die offenen Fragen zur Kuratierung, zur langfristigen Rechtsform, zu technischen Ressourcen und zur Finanzierung klären.

Zur Frage des Tanzes: Schon 2000 lesen wir in der Eigenbetriebssatzung der Bühnen, dass die Bühnen ein Dreispartenhaus sind. Wie das mit Leben gefüllt wurde, sah unterschiedlich aus. Derzeit gibt es die Tanzgastspiele und durch die Kooperation des Schauspiels mit dem Ballet of Difference eine befristete Tanzresidenz vor Ort. Die nachhaltige Stärkung des Tanzes an den Bühnen ist Teil der Vorlage. Dies ist übrigens nur denkbar durch die Möglichkeiten, die das Depot bietet. Am Offenbachplatz gibt das Raumprogramm das gar nicht erst her.

Was eine Sparte beinhaltet, ist nicht statisch festgeschrieben, sondern es gibt Raum für verschiedene neu zu denkende Modelle. Daher begrüßen wir die in der Vorlage genannte sehr offene internationale Konzeptausschreibung und möchten bekräftigen, dass es uns dabei um die Berücksichtigung eines möglichst breiten Spektrums an Organisationsformen und Konzepten geht und keine Vorabfestschreibung stattfindet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir verstehen es so, wie es in der Beantwortung unserer Fragen zur Vorlage formuliert wurde:

> Ein sich Bewerbender oder ein sich bewerbendes Kollektiv können sich als Kooperation von verschiedenen Ensembles oder beispielsweise auch in Kooperation mit einer anderen Kommune auf die Ausschreibung bewerben.

Und:

> Das Modell einer klassischen künstlerischen Intendanz mit einer herausragenden künstlerischen Persönlichkeit mit internationalem Renommee, die einer möglichen Kompanie als Choreograf/-in vorsteht, ist vorstellbar, aber kein Muss.

So weit aus der Beantwortung unserer Anfragen! Alles Weitere liest sich ja auch und ist in Session angehängt.

Für uns heißt das, dass am Ende das beste Konzept das Entscheidende ist, und ich gehe davon aus, dass wir das im Betriebsausschuss Bühnen ausführlich beraten werden.

Ein letzter Punkt zur Finanzierung: Insgesamt ist es für uns selbstverständlich, dass zur Finanzierung auch die Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende dazugehört und unabdingbar ist und Teile davon dann in die Gegenfinanzierung fließen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Finanzierung bleibt die Finanzierung aus Drittmitteln in der Vorlage ebenfalls etwas im Ungewissen. Für uns ist sakrosankt, dass keine Gegenfinanzierung aus dem Budget des Dezernats VII zulasten der freien Szene erfolgen darf, wenn die Drittmittel nicht wie erhofft fließen. Stattdessen sind sie im Bühnenetat umzuschichten, gegebenenfalls auch aus den Gürzenich-Mitteln, die ja auch für die Bühnen zur Verfügung stehen.

Mit diesen Änderungen hoffen wir auf einen guten Neustart am Offenbachplatz und in Mülheim. Wir alle haben viel Verantwortung und alles dafür zu tun, dass dies gelingt. Wir sind es Köln schuldig. - Vielen Dank so weit.

Ich habe aber noch zwei Sätze im Nachgang anzumerken:

Zum einen: Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung den geänderten Beschluss aus dem Betriebsausschuss Bühnen tatsächlich ernst nimmt und zeitnah umsetzt.

Zum anderen: Ich habe noch eine Bitte. Ich möchte die Verwaltung bitten, kurz Stellung zu beziehen zur RPA-Stellungnahme und zu berichten, wie sie damit umgehen wird. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schlage vor, dass wir das direkt machen, damit wir dann vielleicht die Fragen der anderen zur RPA-Stellungnahme schon aufgreifen können.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ja, sehr gut!)

Aus sitzungsökonomischer Sicht wäre das vielleicht das Richtige. Wenn man darüber hinaus noch Fragen hat, sind diese natürlich zugelassen, das ist klar. Aber vielleicht ergibt sich daraus schon ein Umgang der Verwaltung. - Herr Charles.

Beigeordneter Stefan Charles: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Jülich ist jetzt nicht hier, aber ich werde dies jetzt trotzdem beantworten können, da wir in der Zwischenzeit zu den Fragen, die heute im Betriebsausschuss der Bühnen schon gestellt wurden, mittlerweile schon eine schriftliche Rückantwort haben, und ich kann vielleicht die wesentlichsten Punkte kurz nennen.

Das Entscheidende ist, dass der Bericht hinsichtlich der für das RPA relevanten Bedarfsfeststellungen ergeben hat, dass die Bedürfnisse für die Beschaffung grundsätzlich nachvollzogen werden können. Ich denke, das ist der zentrale Satz. Außerdem geht es darum, dass noch Fragen vom RPA aufgetaucht sind. Die Antworten auf die Fragen zur Vorlage sind in der Zwischenzeit - sie sind alle an die Beschlussvorlage angehängt - sämtlich erfolgt.

Was vielleicht noch wichtig ist: dass nach dem Grundsatzbeschluss die Bühnen, wenn die Beschaffungen beginnen, selbstverständlich alle internen Vorgaben zu den notwendigen Beteiligungen einhalten werden. Das wurde mir so zugesagt, und wir können davon ausgehen, dass das funktioniert. Sie haben auch in der Vergangenheit bewiesen, dass sie das können. Insofern kann man sagen, dass alles zeitgerecht beim RPA eingegangen ist, dass der Grundsatzbescheid positiv ist, dass es noch einige Fragen gibt und diese beantwortet wurden. Alles Weitere werden wir in enger Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt ausführen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Charles. - Herr Dr. Elster hat als Nächster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Das war ja ein positiver Bericht des Rechnungsprüfungsamts, des Stellvertreters - oder wie auch immer. Vielen Dank! - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Hohoho!)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates der Stadt Köln! Folgt man dem Musterspielplan der actori-Studie, der ja in der Verwaltungsvorlage ausgewiesen ist, können wir ab der Spielzeit 2024/2025 in unserer Stadt an zwei Standorten auf sechs Bühnen mehr als 50 Produktionen in dann wieder drei Sparten erleben. Wir können uns auf 30 Premieren freuen, insgesamt auf weit mehr als 700 Vorstellungen im Jahr. Es wird demnach wirklich etwas los sein an den wiedereröffneten Bühnen - ein guter Beschluss für die Kölner Kultur, ein guter Beschluss für die Stadt Köln. Der Neustart unserer Bühnen am Offenbachplatz und in Mülheim kann demnach kommen.

Wenn der fertiggestellte Bau im kommenden Jahr an die Bühnen übergeben wird, können Schauspiel und Oper mit den in der Vorlage ausgewiesenen Betriebskostenzuschüssen auch einen großartigen Spielbetrieb in den neuen Räumen sicherstellen. Wir bekommen folglich ab dem kommenden Jahr sechs wunderbare Tanz- und Theaterräume: vier neu ausgestattete am Offenbachplatz und zwei im ebenfalls renovierten Depot, das wir mit unserem heutigen Beschluss langfristig als erfolgreichen, etablierten rechtsrheinischen Kulturstandort sicherstellen. Nach fast 20 Jahren Pause werden unsere Bühnen ab heute wieder zum Dreispartenhaus.

Der Tanz kommt also zurück nach Köln. Die wunderbaren Tanzgastspiele von Hanna Koller werden künftig um die Aktivitäten einer eigenen Kölner Tanzcompagnie ergänzt in einer Tanzstadt wie Köln, in der es mit der wunderbaren Hochschule für Musik und Tanz und der deutschlandweit einzigen Sporthochschule gleich zwei Universitäten gibt, an denen zeitgenössischer Tanz studiert werden kann. Eine Stadt, die über zahlreiche weitere Ausbildungsstätten verfügt und in der eine der aktivsten freien Tanzszenen Deutschlands lebt, braucht genau das. Es ist großartig, dass freie Kapazitäten nicht nur am Offenbachplatz von den freien darstellenden Künsten genutzt werden können. Wir positionieren die Freie Szene in Mülheim

sogar als einen zentralen Player am künftigen Depotstandort.

Wie auch immer der Betrieb der Depotbühnen nach der Anlaufphase organisiert sein wird - wir bekommen mit diesem wichtigen Mülheimer Kulturort einen wirklich bedeutenden neuen Kulturbaustein. Wir schaffen nämlich geeignete Produktionsflächen auch für größere Produktionen unserer heimischen Tanzcompagnien. Wir werden der freien Szene damit ganz neue Möglichkeiten in unserer Stadt eröffnen können, weil sie bislang im Prinzip in Köln nicht produzieren konnte, sondern darauf angewiesen war, die Produktionen außerhalb, in anderen Städten, durchzuführen.

Mit dem Änderungsantrag, den wir einbringen, wollen wir die Verwaltung bitten, insbesondere die Ausschreibung der Tanzcompagnie so offen wie möglich zu gestalten, damit am Ende wirklich das am besten zu Köln passende Konzept für unsere Bühnen gewonnen werden kann. Eine andere Klarstellung bezieht sich auf die Finanzierung, die ja grundsätzlich, was das Einwerben von Drittmitteln betrifft, schon sehr ambitioniert ist. Wir wünschen uns allerdings, dass dieses Zuschussniveau, das wir ausgewiesen bekommen haben, trotz aller Ambitionen dennoch in jedem Fall ernsthaft angestrebt wird. Eine Umschichtung im Kulturhaushalt zulasten anderer Bereiche, insbesondere zulasten der freien Szene, wird es nicht geben können.

(Beifall bei Teilen der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insgesamt ist heute ein großer Tag für die Kultur in Köln. Seit 2013 sind die Bühnen im Interim, seit 2015 dann die Schlagzeilen rund um den Bauskandal. Mit den neuen Nachrichten, den wiedereröffneten Bühnen im kommenden Jahr und der heute Abend beschlossenen angemessenen Ausstattung für ein Dreispartenhaus wird es unseren Bühnen gelingen, wieder zu den am besten besuchten Bühnen im deutschsprachigen Raum zu werden.

Zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Der sich auf die mögliche Ausgestaltung und Konzeption der Tanzcompagnie beziehende FDP-Antrag ist nach unserem Verständnis in unserem Änderungsantrag inkludiert. Den brauchen wir also nicht. Wir werden ihn ablehnen, wenn er nicht zurückgezogen wird.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Den haben wir doch schon beschlossen! Der ist schon beschlossen!)

Der Änderungsantrag der LINKEN, die Halle Kalk als zweiten rechtsrheinischen Standort zu erhalten, wird ebenfalls abgelehnt. Die Halle Kalk kann ohne erheblichen Investitionsaufwand nicht mehr als Theater- oder Tanzort belebt werden. Außerdem benötigen wir diese Halle zur Gegenfinanzierung der Kosten, die am Depot entstehen. Der Antrag der SPD, das Depot zu einem Standort der freien Tanzszene umzuwandeln - das ist eine ganz spannende, lustige Idee - und auf den Aufbau einer eigenen Compagnie zu verzichten, ist derzeit überhaupt nicht umsetzbar. Es gäbe nämlich zum Beispiel gar keine Deckung der entstehenden Kosten, deshalb wird auch dieser Antrag von uns abgelehnt. Wir sollten mit unserem Änderungsantrag die Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin heute Abend beschließen und der Oberbürgermeisterin sowie der Verwaltung danken, dass wir mit den Bühnen endlich wieder auf Spur kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es ja sehr schön, dass Herr Elster noch eine gewisse Offenheit suggeriert, nachdem all unsere großartigen Änderungsanträge im Betriebsausschuss Bühnen schon plattgemacht wurden. Aber ich bin gern bereit, die Sache noch einmal zu öffnen und vielleicht neu zu denken, insofern stelle ich unseren Änderungsantrag hier auch gern noch detaillierter vor.

(Beifall bei der SPD)

In Zeiten knapper Kassen ist das Gewinnen für sogenannte freiwillige Leistungen unserer Kommunen ja nicht leicht. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger lesen tagtäglich in den Zeitungen von maroden Schwimmbädern, die aufgrund zu niedriger Finanzierung seitens der Kommune nicht instandgesetzt werden können. Einen Absatz weiter die Hiobsbotschaft, dass die Kosten eines Kulturbauprojektes mal wieder um eine zweistellige

Millionensumme steigen. Klar macht sich da nicht selten Zynismus breit. Beispielsweise erscheint es zynisch, wenn ein Chefsanierer der Bühnen mal eben von „nur 2 Millionen Euro unerwarteter Kostensteigerung im letzten Quartal“ spricht, Ausgang offen. Wie kann sich so gemeinwohlorientierte Kulturpolitik durchsetzen, wenn anscheinend nichts mehr für die freie Szene übrigbleibt?

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Spielstätte am Offenbachplatz dann endlich - hoffentlich - einmal eröffnet wird, ist natürlich klar, dass wir den Betriebskostenzuschuss anpassen müssen, denn das inzwischen als Millionengrab verschriene Örtchen am Offenbachplatz soll endlich wieder zu einem öffentlichen, erfahrbaren und angenommenen Kulturraum unserer Stadt werden. Das kann nur durch innovative Konzepte und die Öffnung des Hauses hin zur Stadtgesellschaft geschehen. Die Frage, die entsteht, ist die, was wir mit unserer Kulturstadt auch neben den Städtischen Bühnen machen wollen. Wie holen wir das subversive Potenzial? Wo ist das junge Publikum? Wo bestehen Kooperationen, die unser Gemeinwohl stärken? Wie können wir bestehende Ressourcen nutzen, teilbar machen und möglichst vielen zur Verfügung stellen?

Und da haben wir sie nun, diese einmalige Chance: das Depot in Köln-Mülheim, ein rechtsrheinischer Ort der darstellenden Künste und der Veedelskultur mit einmaliger Anbindung an das Quartier, an die Menschen vor Ort in der Keupstraße. Für uns ist klar: Wir stehen für den Erhalt des Depots als rechtsrheinischer Kulturort.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten unserer Meinung nach - und hätten das auch gern ausführlicher getan - überlegen: Was kann man neu mit diesen Räumen anfangen? Dabei müssen wir uns die Frage stellen: Wie können wir diese Räume, die Ressourcen teilbar machen und möglichst vielen zur Verfügung stellen? Ist das, was uns die Kulturverwaltung hier vorlegt, die innovative Idee, die neues Publikum gewinnen und sich beweglichen Strukturen anpassen kann: eine feste Sparte mit einer weiteren Intendanz zu entwickeln, von der womöglich wieder vor jedem Findungsprozess von der Verwaltung oder Verantwortlichen behauptet wird, man würde ohnehin keine geeigneten Frauen für diese Position finden?

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss und wird unserer Meinung nach der Tanz eine federführende Rolle im Depot bekommen. Sein Publikum ist so jung, migrantisch und divers wie sonst kaum ein anderes. Daher beziehen wir - und haben das in unserem Änderungsantrag auch getan - ausdrücklich den Tanz in ein Haus der freien darstellenden Künste ein. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Compagnie mit Intendanz noch lange nicht die bestehenden Strukturen des freien Tanzes stärken würde und sich dadurch vielleicht sogar kompletiv entwickeln könnte.

Viele finanzielle Aspekte bleiben unklar. Der RPA hat es gestern Abend vorgelegt. Heute im Betriebsausschuss Bühnen konnte dazu leider nicht geantwortet werden, und auch jetzt erhalten wir keine klare Antwort. Ich möchte nochmals die Frage stellen. Es ist das Vorhaben der Ratsmehrheit, dass wir eine Vorlage beschließen, über die das RPA noch nicht abschließend befinden konnte und dies ausdrücklich in seiner Mitteilung an uns so darlegt.

(Beifall bei der SPD und bei der AfD)

Das halte ich für schwierig. Es wird auf die Kurzfristigkeit verwiesen, aufgrund derer eine solide Prüfung nicht möglich gewesen sei. Ich als neues Ratsmitglied bekomme ja immer von Ihnen gesagt, wie viel ich noch zu lernen habe. Ich habe gelernt: Ein Bedarfsfeststellungsbeschluss erfolgt immer auf der Grundlage einer Bedarfsprüfung der Dienststelle. - Diese Vorlage tut das nicht, denn der Rat soll Millionenbeträge freigeben, obwohl eine Bedarfsprüfung überhaupt noch nicht stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Zitat RPA:

> In Zukunft bitte ich, den Beschlusstext so zu konkretisieren, dass der jeweils erforderliche Bedarf von den zuständigen politischen Gremien festgestellt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Am Ende stellt sich immer die Frage: Wie genau will man das benannte Verhältnis der Szene mit

den Bühnen auf Augenhöhe herstellen? Sehr geehrte Damen und Herren, dieses „Auf Augenhöhe“ wird uns nicht solide dargelegt. Es reicht uns nicht: „auf Augenhöhe“. Wir wollen, dass die freie darstellende Kunstszene Hausherrin des Depots wird.

(Beifall bei der SPD)

Daher fordern wir weiterhin und hätten es gern mit Ihnen gemeinsam beschlossen, die Bühnen des Depots als rechtsrheinischen Kulturstandort zu erhalten, ihnen dort die freie darstellende Kunstszene als Spielstätte zur Verfügung zu stellen und auch für Festivals nutzbar zu machen. Die Bühnen haben das Depot rechtsrheinisch bereits zu einem großartigen Ort gemacht, als Fundament ist dort einiges gelegt. Zusammen mit den freien darstellenden Künsten kann es Köln gelingen, hier einen der spannendsten Kulturorte in ganz Deutschland zu entwickeln.

Wir hätten unseren Vorschlag dazu heute gern auch hier diskutiert. Wir haben ihn eingebracht. Ich bitte aber nochmals ausdrücklich darum, meine RPA-Frage zu beantworten und dabei auch eine gewisse Sensibilität für die Sache zu bewahren, indem wir die Sache ernst nehmen, die Hinweise des RPA an dieser Stelle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! DIE LINKE begrüßt, dass mit der jetzigen Vorlage der rechtsrheinische Spielort der Bühnen im Mülheimer Depot erhalten bleibt. Diese hat das Schauspielhaus seit 2013 auf der Schäl Sick sehr gut etabliert, gerade auch wegen der kreativen Öffnung des Depots zur Gesellschaft zum Veedel in Mülheim hin. Das eigens dafür entwickelte Stück *Die Lücke* leistete zum Beispiel über Jahre einen großen Beitrag zur Aufarbeitung des Nagelbombenattentats des nationalsozialistischen Untergrunds in der Keupstraße. Bürgerinnen und Bürger der Keupstraße wurden dabei zu Schauspielern auf der Bühne.

Ferner befürworten wir, dass die Stadt Köln eine eigene Tanzsparte erhält. Diese sollte offen sein für die Vermittlung künstlerischer Ausdrucksformen in den Stadtteilen, sodass zum Beispiel Kinder und Jugendliche an Schulen in benachteiligten Stadtteilen Tanzprojekte durchführen können. Solche Aufführungen und Workshops kommen an Schulen ungeheuer gut an. Das städtische Angebot würde dazu führen, sie zu verstetigen und auszuweiten.

Wir haben aber auch eine Kritik an dieser Vorlage; Herr Elster hat es schon erwähnt: Wir sind nicht damit einverstanden, dass sich vermutlich dann Ratsmehrheit und Verwaltung von der Halle 75 der Hallen Kalk als Spielort verabschieden möchten. Die Vorlage legt sich auf das Depot im Carlswerk in Mülheim als einzige rechtsrheinische Spielstätte fest. Die denkmalgeschützten Hallen Kalk, im Gegensatz zum Depot noch dazu städtisches Eigentum, sollten wieder ein kulturell wichtiges Zentrum im Stadtteil Kalk werden. Der Bühnenbetrieb, der vormals für lange Jahre dort etabliert war, hatte dem Stadtteil Impulse und Selbstbewusstsein gegeben.

Bei der Anmietung des Depots soll die Verwaltung einen Mietvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren abschließen. Die Eigentümerstruktur, darauf verweist auch das Rechnungsprüfungsamt des Depots, ist jedoch nicht geklärt. Es handelt sich um Anlegerinnen und Anleger eines Immobilienfonds. Wir sollten schon wissen, ob wir einen 15-jährigen Mietvertrag abschließen und der Gewinn unversteuert am Gemeinwesen vorbei in eine Steueroase abgeführt wird.

Zum Schluss möchte ich etwas zu den Finanzierungsabschnitten der Vorlage sagen. Wir begrüßen, dass die Verwaltung zur Finanzierung steigender Kosten die Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende ausweiten möchte und zusagt, Fördermittel zu akquirieren. Zur Kulturförderabgabe sollte aber bald eine Beschlussvorlage erscheinen, sodass der Rat dies beschließen kann. Wir werden uns aber heftig dagegen wehren, dass, wenn dies irgendwann drohen würde, steigende Ausgaben für die Bühnen durch Umschichtungen im Kulturetat zu Kürzungen entweder für die freie Szene oder andere Kulturschaffende führen oder wenn im allgemeinen Haushalt auf Kosten anderer Bereiche gekürzt werden müsste.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bitten die Verwaltung, zu erklären, ob dies mit den Bemerkungen zur Finanzierung in der

Vorlage gemeint sein kann oder ob dies auszuschließen ist. Vielleicht ist ja Letzteres der Fall; herauslesen kann man es nicht exakt aus dem Vorlagentext. In jedem Fall wünschen wir uns, dass die Verwaltung auch bei anderen sozialen und kulturellen Projekten, die vielen Menschen in der Stadt zuteilwerden - ich spreche vom kulturellen und vom sozialen Bereich -, eine solche Energie und Kreativität entwickelt, die dafür erforderlichen Gelder zu beschaffen. Denn die von der Stadt Köln finanzierten und geförderten kulturellen Produktionen sollten Kultur für alle sein, sei es, dass sie mehr der Hochkultur zuzuordnen sind, sei es, dass sie mehr populäre Kultur und Stadtteilkultur sind, also breite Kreise der Bevölkerung ansprechen.

Wir legen großen Wert darauf, dass das Schauspielhaus die Öffnung, die es mit dem Depot betrieben hat, fortführt. Es hat mit seinen Produktionen um Bevölkerungsschichten geworben, die nicht klassischerweise zu den Städtischen Bühnen gehen. Dieser Weg sollte weiter beschritten werden, DIE LINKE wünscht sich mehr davon. Dafür brauchen wir aber auch zwei rechtsrheinische Spielstätten in Mülheim und Kalk.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nein, ich bin nicht zum Kulturpolitiker mutiert, ich bin weiterhin Finanzpolitiker und Sportpolitiker - natürlich, Ralph.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh, es wäre schön mit dir im Ausschuss!)

Aber Christian Joisten hat in einer Frage im Finanzausschuss - darum stehe ich jetzt hier - meine Fraktion gebeten, hier die Rede dafür zu halten.

Ich mache zuerst natürlich den Werbeblock für die Kultur. Wir sind selbstverständlich auch für Depot 1 und Depot 2, die rechtsrheinischen Angebote, gar kein Thema. Wir wollen Tanz. Wir haben aber, denke ich, deutlich gemacht, dass wir das mit der eigenständigen Compagnie, die wir jetzt haben, sehr gut finden und es weiterführen wollen. Im Antrag steht eine eigene Compagnie der Städtischen Bühnen, die bei allem, was zur Finanzierung darinsteht, mitbedacht wird, auch die Intendanz. Bei allem, was ich hier gehört habe, weiß ich: Die Verwaltung, die Städtischen Bühnen marschieren dorthin. Das wollen wir nicht. Wir wollen die Standorte, darum enthalten wir uns zum Antrag. - Das ist der Kulturblock, den ich hier erwähnen wollte.

(Beifall bei der FDP)

Aber mir hat doch zu bedenken gegeben - Christian Joisten hatte nachgefragt -: Es ging um die Kosten der Tanzcompagnie von 2,6 Millionen Euro, und ich dachte auch: Das ist aber sparsam gerechnet. Dann kam plötzlich ganz zum Schluss ein Halbsatz von Herrn Wasserbauer, dem kaufmännischen Geschäftsführer der Städtischen Bühnen: Ja, da sind ja die Erlöse schon eingerechnet. - Ich konnte gar nicht so schnell reagieren. Ich glaubte, ich hätte mich verhört, denn in der Vorlage heißt es: „die Kosten“ dafür, und auch auf Seite 8 der Vorlage können Sie noch einmal die Kostenblöcke sehen, und dort steht auch genau dieser Betrag. Das bedeutet, da dies genau die gleiche Summe ist wie der Betriebskostenzuschuss, dass Herr Wasserbauer hier die Wahrheit auf die Frage vor Christian Joisten gesagt hat. Nur damit wir es alle wissen: Wir können das jetzt beschließen, dass es 30 Millionen Euro sind. Ihr kennt nicht die Ticketerlöse, die dort eingerechnet worden sind. Ihr kennt nicht -

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- ja, aber Ihr beschließt trotzdem - den Deckungsbeitrag davon. Sind das 80 Prozent pro Vorstellung oder 90 Prozent? Und was ist, wenn es nur 50 Prozent sind? Das heißt, dann werden die 30 Millionen Euro hier nicht ausreichen, und eigentlich weiß man nach HGB bzw. wissen alle, die irgendetwas mit Buchhaltung zu tun haben, aber auch in der Verwaltung, dass man das nicht darf. Nach HGB darf man Erlöse und Kosten nicht zusammenrechnen, denn das verwässert bzw. verschleiert natürlich nachher die Kostenstruktur, sondern muss sie getrennt darstellen. Man darf dabei überhaupt nicht von Kostenblöcken in der Form reden, ich will Ihnen das nur sagen, denn Sie wissen nicht bei allem, welcher Deckungsgrad verwendet wurde. Ich wollte das hier nur mahnend sagen, wenn Sie das beschließen, damit es nachher nicht heißt: Das haben wir nicht gewusst.

Deshalb wollte ich das hier nur zur Information geben.

Wir wünschen uns alles Gute für den Standort für Mülheim, auch für en Tanz hier in Köln, weil wir das für wichtig halten. Aber wir müssen auch die Zahlen haben. Was kostet das? Ich bin der Meinung, wir sollten hier auch ein ehrlicher Kaufmann sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Joisten. - Bitte schön.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Uli Breite, auch noch einmal für das Aufgreifen dieses Punktes. Ich will deshalb die Frage stellen, ob Dir auch in der sogenannten Stellungnahme des RPA aufgefallen ist, dass in einem anderen Punkt ein ganz ähnlicher Sachverhalt steht. Ich zitiere das RPA:

> Festzustellen ist auch, dass nicht eindeutig und transparent nachvollzogen werden kann, welche finanziellen Mittel insgesamt für die Spielstätten Depot 1 und 2 sowie für den Carlsgarten aufzuwenden sind. Wie hoch beläuft sich [...]

Dann kommt eine ganze Fragenreihe und die Antwort - und das ist bezeichnend in dem Sinne, wie Du es vorgetragen hast, deshalb noch einmal die Frage, ob Du es auch gelesen hast - von Herrn Wasserbauer:

> [...] Die aufzuwendenden Mittel für die Spielstätten Depot 1 und 2 sowie für den Carlsgarten werden nach Grundsatzbeschluss transparent in den sodann aufzustellenden Wirtschaftsplänen dargestellt werden.

Das heißt, nachdem wir beschlossen haben, wissen wir, wie sich die Kosten verteilen. - Hast Du das gelesen? Das ist meine Frage.

(Heiterkeit)

Ulrich Breite (FDP): Ja, ich habe das gelesen, und ich habe auch eine Bewertung. Das nennt man in der Wirtschaft einen Blankoscheck auszustellen.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kulturliebhaber*innen! Auch wir sind froh, dass wir endlich diesen Beschluss fassen können - nach dem vielen Hin und Her der letzten Wochen und den ohnehin schon großen Herausforderungen, vor denen die Bühnen stehen. Dass das Depot nun für den Tanz genutzt werden soll, begrüßen auch wir ausdrücklich.

Trotzdem muss völlig klar sein, dass an diesem Standort nicht nur die sogenannte Hochkultur gefördert werden kann, sondern ebenso die freie Szene, deshalb auch der Hinweis in Punkt 4 des Änderungsantrages. Gleichzeitig halten wir es aber für keine gute Idee, noch viel mehr Akteur*innen zu diesem Zeitpunkt einzubinden.

Zündstoff bei der Aufteilung birgt bereits die Einbindung der bisherigen Akteure. Hier braucht es deshalb eine klare und faire Verteilung der Flächen. Wenn dann in Zukunft die Strukturen gefestigt sind, die Herausforderungen gemeistert werden und der Betrieb läuft, kann man sicher auch darüber nachdenken, das bisherige Konzept anzupassen und weitere Akteur*innen einzubeziehen. - Vielen Dank. - Ganz kurz und knapp heute.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat jetzt das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die bisherige Debatte und die Redebeiträge hierzu verfolgt hat, dem dürfte klar geworden sein: Was hier auf sanften Pfoten als sogenannter Grundsatzbeschluss daherkommt, ist in Wirklichkeit ein ausgebuffter kulturpolitischer Winkelzug und ein geschickt getarnter weiterer Anschlag auf unsere ohnehin schon überstrapazierten Stadtfinanzen.

Worum geht es? Jetzt, wo es Köln nach über elf Jahren - kölsche Zahlen - endlich geschafft hat, Deutschlands bisher teuersten Kulturbau, die Elbphilharmonie, noch um zig Millionen zu übertreffen, haben die lieben Werktätigen in Kunst und Kultur in dieser Stadt plötzlich ihre Liebe für das Depot in Mülheim entdeckt und wollen dieses als ständige Spielstätte etabliert wissen. Und das kostet natürlich - 130 Millionen Euro oder so über die nächsten Jahre, Genaues erfährt man aus der Vorlage ja nicht. Aber man weiß schon ganz genau, wer das Ganze finanzieren soll: die Geschäftsleute nämlich, die in dieser Stadt übernachten. Diese sind ja bislang von dieser unsäglichen Bettensteuer

(Beifall bei der AfD)

- im Schönsprech der Verwaltung nennt sich das euphemistisch „Kulturabgabe“ - ausgenommen und sollen jetzt zur Kasse gebeten werden. Kurz: Es ist das fatale, altbekannte Muster in dieser Stadt, in dieser Republik: Wir wünschen uns etwas, dafür zahlen sollen andere.

(Beifall bei der AfD)

Frau Helmis und auch eben Herr Joisten von der SPD haben es ganz richtig ausgeführt: Die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses, die uns hier von Herrn Charles als vollkommen problemlos dargestellt wurde, ist alles andere als das. Es gibt jede Menge offene Fragen. Wir wissen nicht, über welche Kostenordnung wir hier beschließen.

Wir als AfD-Fraktion lehnen allein schon aus diesem Grund die Vorlage ab, aber nicht nur aus finanziellen Gründen, auch inhaltlich. Grund: Die Theater- und Konzertbesuche in dieser Stadt, in diesem Land gehen seit Jahren zurück. Das liegt daran, dass die Hauptbesucherklientel - schauen Sie einmal in die Statistiken - überwiegend Rentner sind. Deren Nachfrage sinkt, und diese Klientel stirbt demnächst weg.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Hohoho!)

Kurz: Das Kulturbürgertum in Deutschland ist auf dem Rückzug. Dieses Land verändert sich, nicht zuletzt dank Ihrer Migrationspolitik und der Politik der offenen Grenzen.

(Zurufe: Aaah! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zynischer geht’s nicht mehr!)

Ja, ich bin gelegentlich im Konzert oder im Museum. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich sehe im Kölner Stadtbild überall die Frauen mit Kopftuch. Im Museum und im Konzert sehe ich die praktisch nie.

(Beifall bei der AfD)

Kurz: Die Nachfrage nach weiteren Spielstätten ist heute schon nicht mehr vorhanden, und sie wird in Zukunft weiter abnehmen. Dass die Stadt Köln dem Halleneigentümer mit einem langfristigen Mietvertrag unter die Arme greifen und dann auch noch die energetische Sanierung seiner Immobilie finanzieren soll, meine Damen und Herren, setzt dem Ganzen die Krone auf. Nein, dem Halleneigentümer sollten wir empfehlen, nicht weiter auf eine Spielstätte zu setzen. Er ist besser beraten, diese Halle demnächst für türkische Hochzeiten und muslimische Beschneidungsfeiern zu vermieten. Das ist ein Geschäftsmodell mit Zukunft in Köln.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist abzulehnen. Wir haben das Geld nicht, wir haben die Besucher nicht, wir haben den Bedarf nicht. Lehnen Sie diese Vorlage ab! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Vollständigkeit halber frage ich, ob von Die FRAKTION das Wort gewünscht wird. - Nein. Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort? - Nein. Dann spricht jetzt Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, im Stream und die Einzelnen auf der Besuchertribüne! Vorweg: Ich würde mich freuen, wenn Herr Wasserbauer oder auch Frau Prof. Diemert vielleicht gleich die Gelegenheit haben, zu den Äußerungen von Herrn Breite und Herrn Joisten Stellung zu nehmen, falls das möglich wäre, vielleicht gleich im Anschluss an meinen Redebeitrag. Auch wenn die Stimmung zwischendurch vielleicht etwas getrübt ist, ist es ein großer Tag für die darstellenden Künste in Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Es wurde erwähnt: Nach 20 Jahren bekommen wir nun endlich wieder eine dritte Sparte in Köln. Der Tanz, ein jahrtausendealtes - ja, wie sagt man? - Ritual oder eine Kunst oder wie auch immer, findet endgültig wieder ein neues Zuhause bei den Bühnen der Stadt Köln. Oper, Schauspiel und jetzt auch Tanz sind kein elitärer Klub, und mich ärgert auch immer ein wenig, dass natürlich auf das Millionengrab Oper hingewiesen wird. Mit so einem Millionengrab stehen wir weiß Gott nicht allein. Es ist ja nicht nur die Elbphilharmonie. Das ist Stuttgart21, das ist das S-Bahn-Desaster in München, das ist der Berliner Flughafen etc.

Oper und Schauspiel haben sich seit Jahren, seit Jahrzehnten immer weiter und erfolgreich gegenüber allen Schichten unserer Kölner Stadtgesellschaft geöffnet. Es ist wirklich eine inklusive Veranstaltung, die dort stattfindet, für jeden Geldbeutel und jede Altersgruppe, jede Herkunft etc. Gerade Mülheim hat das in den letzten Jahren noch einmal besonders eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oft fällt, auch jetzt in dem Antrag des Bündnisses, das Wort „freie Szene“. Ich habe ein etwas anderes Verständnis von freier Szene. Ich bin ein großer Freund davon, und wir haben sechs Jahre lang auch eine Produzentengalerie in Ehrenfeld betrieben, mit Proberaum, Ausstellungsraum, Atelier etc. Für mich ist die freie Szene in erster Linie frei und kann sich entwickeln, wie sie das möchte, ohne wirklich unter politischem Einfluss zu sein und auch nicht unbedingt zwangsläufig am Tropf des Steuergeldes hängen zu müssen.

Die Bühnen der Stadt Köln sind etwas ganz anderes. Sie sind nicht unsere freie Szene, und ich finde, sie müssen auch nicht deren Aufgaben erfüllen. Natürlich braucht die freie Szene Räume, das ist ganz klar; und die Bühnen öffnen sich auch seit Jahren erfolgreich der freien Szene gegenüber. Da gibt es nicht nur Kooperationen, da werden auch Räume überlassen. Aber es ist nicht die ureigene Aufgabe der Bühnen, dafür zu sorgen, dass die freie Szene genügend Raum, genügend finanzielle Mittel etc. bekommt. Es ist Aufgabe der Politik, durch die entsprechenden Beschlüsse dafür zu sorgen. Die Mittel sind in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, auch zugunsten der freien Szene.

Ich finde das von der Verwaltung vorgelegte Konzept sehr gut. Ich sehe darin eine für eine Millionenstadt, eine Metropole deutlich sichtbare Fokussierung auf die Sparten. Das Theater findet im Schauspiel am Offenbachplatz Raum, die Oper in der Oper, wo sie hingehört, ebenfalls am Offenbachplatz, und die dritte Sparte, der Tanz, kommt nun nach Mülheim, und Mülheim gewinnt dadurch natürlich enorm. Es ist jetzt schon klar in dem Konzept, aber auch im Änderungsantrag vom Bündnis, dass in Mülheim natürlich nicht nur Tanz stattfinden wird - auch wenn das schon großartig ist -, sondern dort gibt es auch Offenheit für andere Konzepte, andere Ideen. Frau Helmis, Ihre Idee bzw. Ihre Vision von Mülheim und dem Depot ist natürlich auch großartig, selbstverständlich, aber es ist etwas vollkommen anderes, was Sie wollen.

(Maria Helmis [SPD]: Danke! - Lukas Lorenz [SPD]: Etwas Besseres!)

Vielleicht mag man sich darüber streiten. Sie wollen einen zweiten, wie auch immer, moderneren Offenbachplatz mit drei Sparten und allem Drum und Dran, auch noch Literatur, Film, Kunst und Kino etc. in Mülheim etablieren - auch hervorragend für das Rechtsrheinische. Das ist aber etwas grundsätzlich anderes, und ich weiß nicht, wann, wie und wo Sie Ihre Idee platziert haben oder hätten platzieren müssen. Ich finde: Das als Änderungsantrag jetzt einfach so einzubringen, kann man machen, es ist aber eine vertane Chance. Es hätte entweder früher passieren müssen oder irgendwie anders, energischer hervorgebracht werden als jetzt kurz vor Schluss.

Daher gilt mein Dank der Verwaltung, dass diese dritte Sparte nun wieder dauerhaft nach Köln kommt. Ich vertraue vorläufig den Zahlen von Herrn Wasserbauer, bis ich eines anderen belehrt werde, das ist ganz klar, und freue mich auf den Weg dahin. Noch ist es ja nicht so weit, dass wir den Tanz endgültig wieder in Köln im Depot haben werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Henriette Reker: Herr Charles.

Beigeordneter Stefan Charles: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht noch zur Frage nach der Finanzierung, der Berechnung, die ja ganz elementar ist. Weil wir das natürlich von Anfang an wussten, haben wir Gutachten und Analysen gemacht und Betriebskonzepte entwickelt auf über 1 200 Seiten und haben das im letzten Jahr in vier aufwendigen Arbeitskreisen alles durchgesprochen, gemeinsam hergeleitet und weiterentwickelt. Sie waren nicht dabei, Herr Breite, aber es hat trotzdem stattgefunden. Wir können aber Ihre Fragen selbstverständlich beantworten, denn es steht alles in entsprechender Kürze in der Beschlussvorlage, und wir würden jetzt vielleicht die wichtigsten Elemente kurz darlegen. Wenn ich darf, würde ich dazu gern Herrn Wasserbauer das Wort erteilen. - Danke.

Patrick Wasserbauer (Bühnen Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir hier seit 2014 gemacht haben mit der actori-Studie: Wir haben den Betriebskostenzuschuss ermittelt. Es war also immer klar, dass wir über Zuschüsse sprechen. Wir haben auf Seite 8 dargelegt bzw. berechnet, was die Vorlage jetzt kostet - das sind die rund 135 Millionen Euro -, und wir haben auch errechnet, was es kostet, nur in den vier Spielstätten am Offenbachplatz Kunst zu machen, das wären 125,6 Millionen Euro.

Wenn Sie weiter schauen: Wir haben eine Treppe erstellt, an der wir den Unterschied dargestellt haben, wenn wir nur am Offenbachplatz oder im Depot Tanz spielen - das sind die Varianten. 2,6 Millionen Euro für die Tanzcompagnie. überhaupt das Haus, einen Hauswart, einen Bühnentechniker vorzuhalten. 2,5 Millionen Euro haben wir ermittelt. Es wäre dann so gewesen: Wenn wir nur am Offenbachplatz spielen würden, hätte das Schauspiel keine dritte Spielstätte. Wir wünschen uns, dass das Depot angemietet wird, dann wären es noch einmal 2,5 Millionen Euro. Das heißt, wir haben transparent dargestellt, was es für den Zuschuss des Haushalts bedeutet. Wir haben einen eigenen Wirtschaftsplan, das bedeutet, wir gehen nicht mit dem Haushalt, sondern der Haushalt geht vom 01.01. bis zum 31.12. Unser Wirtschaftsjahr beginnt am 01.09. Deshalb gibt es auch immer wieder Abweichungen zwischen Haushaltsjahr und Wirtschaftsplan der Bühnen.

Auf Seite 13 sehen Sie die hehren Ziele, die wir erwirtschaften müssen, weil actori uns nicht nur angemessene Budgets für die Produktionsmittel in unseren Sparten zugeführt hat, sondern wir haben uns auch darauf verständigt, dass wir hohe Einnahmen erzielen müssen und sollen. Das sehen Sie auf Seite 13. Das sind dann in der Oper 11,1 Millionen Euro, im Schauspiel 2,1 Millionen, und auch im Tanz sind Einnahmen vorgesehen, die wir in den Arbeitskreisen 1 bis 4 vorgestellt haben.

(Zuruf: Wie hoch?)

- Es sind um die 800 000 Euro. Es sind eigene Einnahmen, das heißt, das Tanz-Budget wäre - ich muss etwas runden - rund 3,3 Millionen Euro. Wenn wir Mehreinnahmen generieren, vielleicht auch noch Kooperationspartner finden Festivals etc. - das würde auch die Konzeptausschreibung zeigen. Wenn da noch höhere Möglichkeiten sind, werden wir auch dies dem Tanz-Budget zuordnen. So war immer auch die Überlegung, dass wir gesagt haben: Wenn wir mehr generieren, geht auch mehr in den Tanz. Ganz wichtig ist, denke ich, auch die Aussage: Wenn die Einnahmen nicht kommen sollten, müssen wir selbst schauen, wie wir damit zurechtkommen; das steht auch auf Seite 13. Das heißt, wenn wir die Einnahmen nicht bringen, müssen wir auch bei den Aufwänden schauen, wie wir damit umgehen.

Das ist das Paket, das wir Ihnen vorstellen. Wir haben schon angefangen, die Eintrittspreise zu erhöhen. Das haben wir wegen des Interims und wegen Corona lange Zeit nicht getan. Wir haben es bereits für die nächste Spielzeit vorgesehen und werden es auch für die Eröffnung des Offenbachplatzes, für den Neustart weiter tun. Das haben wir auch in unserem Ausschuss kundgetan. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch Ergänzungen, Frau Dr. Diemert?

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Aus meiner Sicht ist das Wesentliche an dieser Stelle ausgeführt worden. Vielleicht noch einmal ganz kurz - das mag vielleicht der Auslöser auch für die Irritation sein -: Wir sprechen natürlich von Betriebskosten, und die Kosten und damit der Zuschussbedarf vonseiten der Stadt setzen sich

aus den Aufwendungen zusammen, die bei den Bühnen existieren, und den Erlösen, die einkalkuliert sind. Insofern ist es natürlich zutreffend, dass beide Seiten zu betrachten sind und der Begriff der Kosten an dieser Stelle vielleicht irritiert, da dies normalerweise nur die Aufwandseite betrifft. Es handelt sich also um eine Betriebskostenbetrachtung, wie Herr Wasserbauer zutreffend ausgeführt hat, die auf den Zuschuss der Stadt abstellt. Und ja, bei der Ermittlung dieses notwendigen Betriebskostenzuschusses sind nicht nur die zusätzlichen Aufwendungen, die von actori ermittelt worden sind, eingeflossen, sondern auch die Erträge, die durch mehr Aufführungen und Verbesserungen im künstlerischen Bereich zu erzielen sind. Insoweit ist das am Ende eine Differenzbetrachtung.

(Ulrich Breite [FDP] zu Dr. Ralph Elster [CDU]: Es steht nicht drin!)

Uns war wichtig, dass sich das Ganze nicht als zusätzliches Finanzierungsloch für den städtischen Haushalt erweist. Deshalb steht in der Vorlage sehr klar - auch darauf hat Herr Wasserbauer gerade hingewiesen -, dass Mindererträge an dieser Stelle auch vonseiten der Bühnen zu kompensieren sind. Es ist sehr transparent und sehr deutlich auch auf Seite 13 der Vorlage dargestellt: dass die Erlöserwartungen, die von actori einkalkuliert worden sind, durchaus ambitioniert sind und dies mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die an vielen Stellen zu Zuschauerrückgängen geführt hat, sehr ehrgeizige Ziele sind und hierbei Erlösrisiken bestehen. Diese sind auch in der Vorlage transparent ausgewiesen worden mit der ganz klaren Botschaft: dass sie, sollten sie sich realisieren, nicht zu einer Erhöhung des Betriebskostenzuschusses und damit zu einer Belastung des allgemeinen Haushalts führen werden, sondern in diesem Fall von den Bühnen zu kompensieren sind. - Das vielleicht noch als Ergänzung. Insofern volle Bestätigung dessen, was hier gerade von den Bühnen ausgeführt worden ist. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hierzu gibt es eine Rückfrage von Herrn Joisten. - Bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vorhin hatte ich ein Beispiel aufgeführt - dazu habe ich jetzt noch nichts gehört -, das ich bemerkenswert finde, deshalb hatte ich mir erlaubt, das an Herrn Breite zu richten. Wenn das RPA feststellt, dass eben nicht eindeutig und transparent nachvollzogen werden kann, welche finanziellen Mittel insgesamt für die Spielstätte Depot aufzuwenden sind, und die Antwort bisher nur ist: Das wird nach dem Grundsatzbeschluss heute dann einmal in den Wirtschaftsplänen dargestellt. - Wie muss ich das denn verstehen? Das ist jetzt sozusagen eine Kombifrage an Herrn Wasserbauer, aber auch an die Kämmerei, eigentlich auch an das RPA, das heute leider hier nicht vertreten ist und dementsprechend auch abschließend dazu überhaupt nicht Stellung genommen hat.

Hier stehen jetzt einfach eine Frage und eine Antwort im Raum, ohne dass das RPA uns als Rat hier irgendeine Form von Empfehlung oder Bewertung gegeben hat, wie ich es eigentlich von derartigen Vorlagen gewohnt bin. Es irritiert schon ein wenig, wenn Sie das verstehen, wenn sozusagen jetzt eine unaufgelöste Frage nach Transparenz im Raum steht und der Rat hier insgesamt eine so weitgehende Entscheidung treffen muss. Vielleicht können Sie dazu noch einmal etwas ausführen. - Danke.

Patrick Wasserbauer (Bühnen Köln): Ich kann jetzt wirklich nicht für das RPA sprechen. Das wäre, glaube ich, vermessen an dieser Stelle.

(Zuruf: Wo ist das RPA heute?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es hat sich abgemeldet. Heute Mittag hatte ich noch die Nachricht, es würde jemand kommen, und er hat sich jetzt abgemeldet. Das ist Ihr Amt, nicht meines!

(Heiterkeit - Christian Joisten [SPD]: Darauf kommen wir zurück!)

Ich kann wirklich nur sagen: Wir haben sogar noch hinterhertelefoniert.

Patrick Wasserbauer (Bühnen Köln): Ich kann vielleicht noch einmal ganz grundsätzlich etwas sagen, wenn das gewünscht ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das finde ich ja doch sehr erstaunlich, muss ich jetzt einmal ehrlich sagen, dass so eine kurzfristige Stellungnahme auf wenigen Seiten daherkommt. Ich meine, ich kenne sie ja nun, ich habe sie jetzt eben noch einmal durch genau durchgesehen, weil ich sie mit der Beantwortung der Bühnen verglichen habe, die ja auch erst dieser Tage erfolgt ist.

(Christian Joisten [SPD]: Das RPA hat das erst am 01.05. bekommen, letzte Woche Montag; das muss man auch berücksichtigen!)

Ja, das RPA heißt auch „Rechnungsprüfungsamt“. Eine Rechnung gibt es hier noch nicht. Also, ich sage einmal so: Sie haben alle viele Jahre an dieser actori-Studie gearbeitet. Es ist hier auch nicht irgendeiner genommen worden, sondern man hat sich wahrscheinlich sehr genau überlegt, warum man diese Studie actori übergeben hat: weil es nämlich ein Beratungsunternehmen genau in dieser Sparte ist. So viel verstehe ich ja sogar davon, und ich habe nicht wie die kulturpolitischen Sprecher an diesen Sitzungen teilgenommen.

(Heiterkeit)

Es ist hier jedem unbenommen, Fragen zu stellen, und wir versuchen, sie zu beantworten; das ist völlig klar. - Jetzt gibt es noch eine Frage, und die versuchen wir jetzt zu beantworten.

Patrick Wasserbauer (Bühnen Köln): Was ich noch einmal grundsätzlich zu beantworten versuche, ist: Actori hat eine eigene Berechnungsarithmetik und Methode, und wir haben dann die Aufgabe, nach dem Grundsatzbeschluss diese Zahlen in unseren Wirtschaftsplan umzuwandeln, weil wir nach HGB natürlich ganz anders wirtschaften, als es in der Studie getan wurde. Deshalb ist dann unsere Aufgabe, diese Transformation vorzunehmen, und es wird Ihnen ja dann wieder vorgelegt werden.

Der Grundsatzbeschluss ist das eine, um überhaupt Planungssicherheit für die Zukunft zu bekommen. Das heißt, wir wissen, welchen Weg wir gehen, wohin wir gehen. Das andere ist die Aufgabe der Bühnen, den Grundsatzbeschluss dann in die Wirtschaftsplan-Sprache zu transformieren.

(Christian Joisten [SPD]: Das beantwortet nicht die Frage des RPA, aber gut!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert hat sich noch einmal gemeldet.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Damen und Herren! An dieser Stelle vielleicht noch ein Hinweis, der es vielleicht erleichtert: Es ist tatsächlich ein Grundsatzbeschluss, es ist noch keine Wirtschaftsplanung. Trotzdem ist im Rahmen dessen, was bei der Ermittlung und Berechnung im Vorfeld möglich ist, größtmögliche Transparenz zugrunde gelegt worden. Ich weise an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass auch der Beschlussvorschlag der Verwaltung dem Rechnung trägt, indem nämlich sehr klar dargestellt wird - ich darf zitieren -:

> [...] dass die in der Matrixberechnung zugrunde gelegten und für zehn Spielzeiten fortgeschriebenen Annahmen bezüglich Tarifsteigerungen, Inflations- und Energiepreisentwicklungen im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung hinsichtlich der Aktualität zu überprüfen sind, und sie stellen grundsätzlich Obergrenzen der Finanzierung dar.

Das heißt, es ist in dieser Beschlussvorlage sehr wohl schon berücksichtigt worden, dass es natürlich auch noch Anpassungen in den Wirtschaftsplänen geben muss, da es sich um eine Grundsatzermittlung handelt. Die Beschlussfassung, die Ihnen vorliegt und über die heute hier beraten werden soll, sieht allerdings eine Deckelung des Finanzierungsbedarfs vor. Insofern hat das Rechnungsprüfungsamt schon recht, wenn es sagt: Die genaue Höhe und die Zusammensetzung sind noch nicht bekannt, denn dazu bedarf es einer Konkretisierung durch die Wirtschaftspläne, wie Herr Wasserbauer ausgeführt hat.

Gestatten Sie der Kämmerin den Einwurf: Von mir aus darf es auch gern noch etwas günstiger werden, aber die heutige Beschlussfassung stellt tatsächlich die Obergrenze dar. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe: Wir können jetzt auch abstimmen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht hat ja jetzt diese Erklärung geholfen. Ich muss sagen: Ich habe es so gelesen, dass man einfach noch nicht jede Einzelheit benennen kann

(Bernd Petelkau [CDU]: Wie bei den Kliniken!)

und die Wirtschaftspläne ja jeweils beschlossen werden und man, da man eine Obergrenze hat, solange man sich in dieser bewegt, auf Zustimmung zur Beschlussfassung hoffen kann. Ja, ich muss sagen: Es ist natürlich wirklich so. Wenn man einen Plan hat, beschreibt man im Grunde, wo man hinwill. Man beschreibt das Ziel, und man macht sich auf den Weg, das Ziel mit den möglichen Rahmenbedingungen zu erreichen. Ich glaube, man wird noch nicht jeden einzelnen Schritt des Weges kennen können. Also, die Frage ist, ob ich Ihnen das jetzt einmal zur Beschlussfassung vorlege. Ich würde sagen, das tue ich. Wir haben die Beschlüsse aus dem Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln vorliegen, und ich würde darüber gern in der gleichen Reihenfolge abstimmen lassen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch nur eine Beschlussfassung zu den Bühnen!)

- Nein, wir haben mehrere, aber wir haben letztlich einen beschlossenen Änderungsantrag. Also, wir haben genau den.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben den Beschluss aus dem Ausschuss! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau, deswegen müssen wir nur über das Ergebnis aus dem Betriebsausschuss abstimmen! - Bernd Petelkau [CDU]: Wir stimmen ab in der durch den Betriebsausschuss geänderten Fassung!)

- Genau, der andere Änderungsantrag, der ist beschlossen worden, alle anderen Anträge sind nicht beschlossen worden.

(Zuruf: Der Änderungsantrag der LINKEN!)

- Der ist beschlossen worden. Ich habe hier nur den beschlossenen Änderungsantrag,

(Maria Helmis [SPD]: Anlage 5!)

über den ich zunächst abstimmen lassen würde, und dann die Vorlage.

(Maria Helmis [SPD]: Die Vorlage in der Fassung Anlage 5?)

- Genau, ja, Anlage 5 Jetzt liegt es in der Natur der Sache, dass diejenigen, die im Betriebsausschuss waren, damit sicher besser zurechtkommen. - Okay. Dann versuchen wir das einmal.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der durch Beschluss des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln heute geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Es stimmen dagegen die SPD-Fraktion und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP, Die FRAKTION, Frau Gabriel, DIE LINKE und eine Stimme bei den Grünen. Jetzt müssen wir einmal rechnen. Ich stimme zu. - Dann ist das beschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Beschluss:

1. *SPIELBETRIEB DER BÜHNEN*

   Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Musterspielplans „actori 2020 Tanz“ und entsprechend den organisatorischen Vorgaben des Gutachtens „actori 2020 & actori 2020 Tanz“ den Spielbetrieb der Bühnen Köln (Oper / Schauspiel / Tanz) am Offenbachplatz und am Depot in Köln-Mülheim inhaltlich und hinsichtlich der erforderlichen Finanzierung über die jeweiligen Wirtschaftspläne der Bühnen ab 2024/25 samt Mittelfristplanung umzusetzen.

2. *DEPOT IN KÖLN-MÜLHEIM*

   a. *Das Depot in Köln-Mülheim auf dem Carlswerkgelände wird mit seinen Spielstätten Depot 1 und Depot 2 sowie dem „Carlsgarten“ erhalten.*

   b. *Der Rat nimmt auf Basis der Ergebnisse der „Machbarkeitsstudie Depot“ zur Kenntnis, dass der Betrieb des Depots nur mit beiden Spielstätten Depot 1 und Depot 2 sinnvoll ist. Der Umbau des Depot 1 in ein Lager ist zwar technisch*

möglich, aber unwirtschaftlich.

c. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorliegenden Eigentümerangebotes (Option 1: „7.630 qm // 6,50 € pro qm zzgl. Nebenkosten“) und im Rahmen der vorliegend kalkulierten Kosten einen Mietvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren (zzgl. Verlängerungsoption um 5 Jahre) final zu verhandeln und sodann abzuschließen. Die Bühnen des Depots sollen als rechtsrheinische dritte Spielstätte der Bühnen Köln, als Spielstätte des Tanzes und auch als Spielstätte für die freie darstellende Kunstszene gemäß dem Konzept „Freie Szene Tanz“ in „TanzKöln“ sowie für Fremdvermietungen und Festivals genutzt werden.

d. Die Betriebsleitung der Bühnen hat den Eigentümer aufzufordern, im Vorfeld eines Vertragsabschlusses seine Absichtserklärung zur energetischen Ertüchtigung des Depots zu konkretisieren und die Umsetzung zuzusichern. Hierzu bildet das Mietangebot des Eigentümers die Grundlage. Durch die Umsetzung dürfen keine Mehrbedarfe für die Bühnen entstehen.

e. Investitionen ins Depot erfolgen auf Basis der vorgelegten Kalkulationen der „Machbarkeitsstudie Depot“ für die Variante 2 „Depot 1 und Depot 2 bleiben als Veranstaltungsorte erhalten“ in Höhe von 2,3 Mio. EUR (gemäß Machbarkeitsstudie Kostenaufstellung 2.0), welche in den Matrixberechnungen enthalten sind.

f. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten für die Anmietung und den Betrieb des Depots mit der vorgesehenen Bespielung (rechtsrheinische Spielstätte des Schauspiels, Mitnutzung Freie Szene, ohne eigene Tanzkompanie) rund 6,7 Mio. EUR betragen.

g. Die Verwaltung legt ein Konzept zur Weiterentwicklung des Depots als Produktions- und Abspielhaus vor, mit den Funktionen als 3. Spielstätte des Schauspiel Kölns als Ort für den Tanz, für die Freie Szene sowie zur Kulturvermittlung.

3. TANZ

a. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Konzeptes „TanzKöln“ und der in „actori 2020 Tanz“ hierfür ermittelten Kosten und Rahmenbedingungen für den Betrieb einer eigenen Tanzsparte unter Berücksichtigung eines breiten Spektrums an Konzepten eine internationale Konzeptausschreibung zum Tanz an den Bühnen als eigene erkennbare Sparte der Bühnen ab der Spielzeit 2025/26 zu erstellen, umzusetzen und den Tanz als dritte produzierende Sparte der Bühnen zu etablieren:

i. Ausschreibung, Konzeptions- und Aufbauphase: ab Mitte 2023

ii. Produktions-, Spielbetrieb: spätestens ab 2025/26.

b. Auf Grundlage des ausgewählten Konzeptes sind schnellstmöglich Fördermittel zu beantragen, insbesondere beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW.

c. Die internationalen Tanzgastspiele in den Spielstätten der Bühnen am Offenbachplatz und im Depot werden fortgesetzt. Die Betriebsleitung der Bühnen hat eine angemessene Repräsentation der Tanzgastspiele auf allen Bühnen zu gewährleisten.

d. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die eigene Tanzsparte der Bühnen als ein Baustein der Bespielung des Depots rund 2,6 Mio. EUR zu den Kosten des Depots gemäß Gliederungspunkt 2 f) zusätzlich anfallen. Darüber hinaus wird zur Kenntnis genommen, dass der Betrieb einer eigenen Tanzsparte an den Bühnen ohne das Depot als Aufführungs- und Produktionsort in der dargestellten Form nicht möglich ist.

4. FREIE DARSTELLENDE KÜNSTE

a. Die Betriebsleitung der Bühnen hat eine angemessene Repräsentation der Kölner freien darstellenden Künste im Depot in Köln-Mülheim und in den sanierten Bühnen am Offenbachplatz zu gewährleisten.

b. Kulturamt und Betriebsleitung der Bühnen haben ein transparentes Verfahren zur Nutzung durch verschiedene Gruppierungen jenseits der Bühnensparten zu

erarbeiten und zu veröffentlichen. Das Verfahren hat alle Interessen angemessen zu berücksichtigen.

c. Über sämtliche Nutzungsanfragen aus der vielfältigen Kölner Freien Szene, die Umsetzung sowie möglicherweise die Nichtnutzungen ist ein jährlicher Bericht an den Betriebsausschuss Bühnen und den Ausschuss Kunst und Kultur zu erstellen.

d. Bei der Weiterentwicklung des Depots ist die Freie Szene der darstellenden und performativen Künste angemessen zu beteiligen.

5. ORGANISATION DER NUTZUNGEN DES DEPOTS

*a. Um den kontinuierlichen Betrieb des Depots zu gewährleisten, wird das Depot in einer Pilotphase zunächst durch die Bühnen betrieben. Die Bühnen werden die Termindisposition für alle zu beteiligenden Nutzer*innen transparent organisieren. Ein kooperatives Miteinander auf Augenhöhe von (1) TanzKöln mit eigener Kompanie der Bühnen Köln, (2) Tanzgastspielen, (3) Freier Szene der darstellenden Künste und (4) rechtsrheinischer Spielstätte des Schauspiel Köln (auf Basis des Musterspielplanes) steht dabei im Fokus.*

b. Das Betreibermodell wird nach einem Jahr des regulären Spielbetriebs und sodann regelmäßig evaluiert. Ziel ist es, ein Modell zu installieren, das die künstlerischen Interessen der vier Nutzer und einen wirtschaftlichen Betrieb des Depots in einen angemessenen Ausgleich bringt. Eine Ausgliederung des Depots aus dem Betrieb der Bühnen ist möglich und wird auf Basis der Evaluierungen geprüft werden.

c. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kosten für die Organisation der Nutzung des Depots (Betreibergesellschaft) als ein Baustein der Bespielung des Depots rund 2,5 Mio. EUR betragen. Dieser Betrag ist bereits in den oben genannten Kosten (2. f.) der Bespielung des Depots in Höhe von 6,7 Mio. EUR enthalten.

d. Die gemeinsame Bespielung des Depots durch die Bühnen Köln einerseits sowie Produktionen/Ensembles und Festivals der Freien Tanzszene andererseits folgt grundsätzlich dem vorliegenden Konzept „TanzKöln“. Die erforderlichen Mittel zur Bereitstellung des Depots für die Freie Szene sind in den unter Buchstabe c. genannten Kosten enthalten (rd. 989 TEUR anteilige Betreiberkosten).

e. Für die künstlerische und organisatorische Umsetzung von „Freie Szene Tanz“ von „TanzKöln“ im Depot 1 sind Mittel in Höhe von rund 0,5 Mio. EUR erforderlich. Hierzu wird auf Basis eines noch zu erarbeitenden Konzeptes eine gesonderte Vorlage zum Beschluss vorgelegt. Die Deckung des Mehrbedarfs erfolgt über einzuwerbende Drittmittel und/oder durch Mittelumschichtung im Kulturetat.

6. ERFORDERLICHER BETRIEBSKOSTENZUSCHUSS AN DIE BÜHNEN / FINANZIERUNG

a. Die im Kontext des „Arbeitskreis actori“ erstellte Matrixberechnung ergibt einen erforderlichen Betriebskostenzuschuss (BKZ) der Stadt Köln an die Bühnen in der Variante „actori 2020 Tanz“ in Höhe von 134,9 Mio. EUR in der Spielzeit 2024/25. Die in der Matrixberechnung zugrunde gelegten und für zehn Spielzeiten fortgeschriebenen Annahmen bezüglich Tarifsteigerungen, Inflations- und Energiepreisentwicklung sind im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung hinsichtlich der Aktualität zu überprüfen und stellen grundsätzlich Obergrenzen der Finanzierung dar. Ebenso führen Veränderungen an den im actori-Gutachten zugrunde gelegten Ressourcen-, Output-, Aufwands- und Ertragsplanungen grundsätzlich zur Überprüfung des BKZ für den Spielbetrieb. Es gilt der Grundsatz: Mindererträge führen zu Minderaufwendungen.

Die Detailplanung für die jeweiligen Spielzeiten erfolgt durch die jährlich zu beschließenden Wirtschaftspläne und deren Mittelfristplanung, welche auf Basis vorliegenden Grundsatzbeschlusses aufgestellt werden.

b. Die Mehrbedarfe zur bisherigen

Haushaltsplanung des Doppelhaushaltes 2023/2024 und der darin enthaltenen mittelfristigen Finanzplanung stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	**HH-Jahr 2024**	**HH-Jahr 2025**	**HH-Jahr 2026**	**HH-Jahr 2027**	**HH-Jahr 2034**
derzeitiger Haushaltsansatz	101,48	104,37	105,46	105,46	105,46
Gesamtbedarf Basisvariante	107,90	123,41	122,38	123,74	138,32
Grundmehrbedarf für Basisvariante	**6,42**	**19,04**	**16,92**	**18,28**	
Gesamtbedarf actori 2020 & actori 2020 Tanz	110,98	132,77	132,02	133,62	150,49
Mehrbedarf actori 2020 & actori 2020 Tanz	**9,50**	**28,4**	**26,56**	**28,16**	
Heißt: Mehrbedarf für Beschlusspunkte 2 bis 5 der Beschlussvorlage (Differenz zwischen den Mehrbedarfen)	**3,08**	**9,36**	**9,64**	**9,88**	

c. *Die Auswirkungen der dargestellten erheblichen Mehrbedarfe auf den allgemeinen Haushalt und die sonstigen städtischen Aufgabenbereiche sollen möglichst geringgehalten und zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen werden. Die Verwaltung wird daher beauftragt, die notwendigen haushaltstechnischen Maßnahmen zur Finanzierung der entstehenden Mehrbedarfe wie folgt umzusetzen bzw. zur Beschlussfassung vorzulegen:*

Haushaltsjahr 2024

Die Deckung der im Haushaltsjahr 2024 entstehenden Mehrbedarfe in Höhe von insgesamt 9,50 Mio. EUR erfolgt vollständig im Rahmen des Budgets der Bühnen bzw. über auf neue Rechnung vorgetragene Bilanzgewinne und einen Rückgriff auf vorhandene Gewinnrücklagen der Bühnen.

Haushaltsjahre 2025 ff.

Die Deckung der finanziellen Mehrbedarfe, welche sich durch Umsetzung der Variante „actori 2020 Tanz“ im Vergleich zur Basisvariante ergeben, wird ab 2025 innerhalb des Kulturbudgets durch Umschichtung erfolgen, soweit keine anderweitige Deckung (durch zu akquirierende Fördermittel, durch die vorgesehene Zweckbindung von Mehrerträgen aus der Kulturförderabgabe sowie z.B. die Einbeziehung der Geschäftsreisenden in deren Anwendungsbereich) besteht bzw. erschlossen werden kann. Die restlichen Bedarfe aus diesem Beschluss werden hälftig durch das Kulturbudget und den Gesamthaushalt – ggf. durch Umschichtungen – getragen. Für den Tanz akquirierte Fördermittel und Aufwendungen, die sich aus dem Vergleich der in der Matrixberechnung berücksichtigten Betriebskostenerstattung zwischen den Bühnen und dem Gürzenich-Orchester zur tatsächlichen aktuellen Betriebskostenerstattung als Differenz ergeben (rund 4 Mio. EUR) werden als Deckungsbeitrag des Kulturbudgets gewertet werden.

Um die Belastungen für das Kulturbudget und den Gesamthaushalt möglichst gering zu halten, wird die Verwaltung beauftragt, Fördermittel für die Umsetzung des Tanzes zu akquirieren und weitere zusätzliche Deckungsmöglichkeiten aufzuzeigen (das kann z.B. die Einbeziehung der Geschäftsreisen in den Anwendungsbereich der Kulturförderabgabe sein) und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sollten (Dritt-)Mittel nicht wie erhofft fließen, möge die Kulturverwaltung Lösungen für eine alternative Finanzierung sicherstellen. Ggf. erforderliche Umschichtungen innerhalb des Dezernates VII dürfen nur aus dem Etat der Bühnen erfolgen.

7. SONSTIGES

a. Die Halle Kalk (Halle 75) wird aus dem Sondervermögen der Bühnen zurück ins allgemeine Liegenschaftsvermögen der Stadt Köln überführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Formalien im Rahmen der laufenden Verwaltung umzusetzen.

b. Rund 60% aller Orchesterdienste leistet das Gürzenich-Orchester für die Bühnen Köln (Oper). Die sog. Betriebskostenerstattung der Bühnen an das Orchester erfolgt künftig grundsätzlich auf dieser Basis und wird künftig alle drei Jahre evaluiert. Eine solche Veränderung der Betriebskostenerstattung würde zum Teil durch eine haushaltsneutrale Umschichtung von in der mittelfristigen Finanzplanung des Gürzenich-Orchesters bereits eingeplanten Aufwendungen erfolgen.

c. Als Verstärkungsmittel „Neustart Offenbachplatz“ werden einmalig insgesamt 3,5 Mio. EUR bereitgestellt (2,1 Mio. EUR für bundesweite Mobilisierungskampagne (Marketing) und 1,4 Mio. EUR als künstlerisches Gesamtbudget für mehrtägige Eröffnungsfestivals für den Offenbachplatz-Campus mit vier Bühnen).

d. Insgesamt fallen rund 9,5 Mio. EUR für die Wiederbeschaffung von Theatertechnik am Offenbachplatz an.

e. Die Betriebsleitung der Bühnen wird ermächtigt, im Rahmen vorgelegter Konzepte und Matrixkalkulationen einen Mietvertrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren plus Optionen für die Anmietung „Industriehof“ (Krebsgasse / Glockengasse) zur Unterbringung der im Gebäudeensemble am Offenbachplatz rund 40 fehlenden Arbeitsplätze abzuschließen.

f. Die Betriebsleitung der Bühnen wird beauftragt, im Rahmen vorgelegter Konzepte und Kalkulationen in Höhe von rund 1,4 Mio. EUR ein Hochregallager in die Logistikhalle der Bühnen in Köln-Kalk einbauen zu lassen.

g. Soweit für die in den Matrixberechnungen kalkulierten Beschaffungen oder Dienstleistungen Bedarfsfeststellungsbeschlüsse erforderlich sind, wird der Bedarf hiermit anerkannt. Ein Vergabevorbehalt wird jeweils nicht ausgesprochen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass sämtliche vorgenannten Aufwendungen (ggf. als Zinsen und Abschreibungen) in der Matrixberechnung berücksichtigt sind.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke., FDP, Die FRAKTION und einer Stimme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Umsetzung von Maßnahmen aus der Kulturentwicklungsplanung: Barcamp Good Practices
AN/1566/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Herr Weisenstein, war das eine Wortmeldung?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein!)

- Okay. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD ist dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme „Organisation und Durchführung eines Barcamp Good Practices“ aus der Kulturentwicklungsplanung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 10.23 ist zurückgestellt.

Tagesordnungspunkt

10.24 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2021 für die Bühnen der Stadt Köln
AN/0611/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4c der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) den Jahresabschluss zum 31.08.2021 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2020 bis 31.08.2021 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 15.06.2022 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SWS Schüllermann AG für die Bühnen der Stadt Köln fest.*

2. *Im Wirtschaftsjahr 2020/21 haben die Bühnen einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.724.513,61 € erwirtschaftet. Nach Verrechnung mit dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 2.633.508,78 € sowie den vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Einstellungen in zweckgebundene Gewinnrücklagen in Höhe von 1.654.584,22 € (Ratsbeschluss 3429/2021 vom 03.02.2022) wird zum 31.08.2021 ein Bilanzgewinn in Höhe von 3.703.438,17 € ausgewiesen. Von diesem sollen zweckgebundene Gewinnrücklagen in Höhe von 2.127.600,00 € wie folgt dotiert werden:*

   a. *Tanzprojekt Ballet of Difference: 972.400,00 €*

   b. *Aktualisierungen actori-Untersuchung: 150.000,00 €*

   c. *Ausgleich kalkulierter künftiger Fehlbeträge Oper: 798.600,00 €*

   d. *Ausgleich kalkulierter künftiger Fehlbeträge Schauspiel: 140.600,00 €*

   e. *Ausgleich kalkulierter künftiger Fehlbeträge Tanz: 66.000,00 €*

   Bühnenintern soll der laufende Verlust 2020/21 im Bereich der Sanierung (9.926.358,84 €) mit dem zugleich im Spielbetrieb erzielten Überschuss 2020/21 verrechnet und damit ausgeglichen werden.

   Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 1.575.838,17 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

3. *Damit stellt sich das Eigenkapital der Bühnen nach Ergebnisverwendung wie folgt dar:*

Gezeichnetes Kapital	*50.000,00 €*
Gewinnrücklagen (zweckgebunden)	
Service (Aktualisierungen actori-Untersuchung)	*150.000,00 €*
Spielbetrieb (Tanzprojekt BoD)	*1.222.400,00 €*
Spielbetrieb (Oper, Schauspiel, Tanz)	*1.005.200,00 €*
Interim	*622.081,35 €*
Sanierung	*8.586.091,49 €*
	11.585.772,84 €
Bilanzgewinn	*1.575.838,17 €*
Eigenkapital 31.08.2021	*13.211.611,01 €*

4. *Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

5. *Dem Betriebsausschuss wird (gem. § 4 EigVO NRW) Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln), Jahresabschluss 2022
AN/1536/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem in der Begründung dargestellten Beschlussvorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, für das Wirtschaftsjahr 2022 zu.

Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Köln dem Beschlussvorschlag zur Ergebnisverwendung zu:

Gewinnausschüttung für das Wirtschaftsjahr 2022:

Jahresüberschuss 2022	*25.617.596,24 €*
Entnahme aus der Kapitalrücklage im Geschäftsjahr 2022	*+ 2.636.149,87 €*
Vorabgewinnausschüttung an die Stadt Köln	*- 0,00 €*
Entnahme aus der Gewinnrücklage im Geschäftsjahr 2023	*+ 2.854.889,00 €*
davon ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag 2022	*2.854.889,00 €*
Zwischensumme	*31.108.635,11 €*
Thesaurierung Ergebnis der Betriebe gewerblicher Art	*- 133.639,81 €*
Gewinnausschüttung in 2023 für 2022	*30.974.995,30 €*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 Literaturnacht Köln – Flexibilisierung in der Verwendung der Förderung für die Literaturszene Köln e. V.
AN/1759/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die anderweitige Mittelverwendung der im Haushalt 2023/2024 zur Verfügung stehenden Transferaufwendungen „Literaturnacht“ für das jährliche Gemeinschaftsprojekt des Literaturszene e.V..

Die im Haushalt 2023/2024 zur Verfügung stehenden Transferaufwendungen in Höhe von jeweils 30.000 Euro im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, hier Einzelposition „Literaturnacht“, sollen zukünftig für das „Gemeinschaftsprojekt der Literaturszene Köln e.V.“, eingesetzt werden. Die Finanzmittel sollen weiterhin dazu dienen, dass die Literaturszene von Köln mit einer gemeinsam abgestimmten, jährlichen Veranstaltung mehr Sichtbarkeit erhält und ein neues Publikum ansprechen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld - Hier: Grundsatzbeschluss Umsetzungsmodell / Vorzugsvariante
AN/0574/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1248/2023

Meine Damen und Herren, ich frage nach Wortmeldungen. - SPD, Herr Homann.

(Niklas Kienitz [CDU]: Och, Mann!)

Mike Homann (SPD): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Umsetzungsmodell Kreuzfeld auf der Tagesordnung, und ich muss ganz ehrlich gestehen: Das, was ich ursprünglich dazu sagen wollte, werde ich heute nicht ausführen, sondern eine kleine - wie soll ich das sagen? - Lernkurve, die ich heute habe, mitteilen.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Genau, Lino. - Ich habe erstens gelernt, dass man sich, wenn die Verwaltung gute Vorlagen vorlegt, dafür abfeiert, sie gemacht zu haben, also sie zu unterstützen. Das haben wir gerade in der Schuldebatte sehr deutlich, denke ich, beigebracht bekommen. Ich finde das insoweit etwas merkwürdig, dass man, wenn Kritik am Schulbau laut wird, den Dezernenten angreift, und wenn dann Vorlagen vorgelegt werden, die Schulplätze schaffen, war es die Politik. Ich finde das sehr bemerkenswert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zur Sache sprechen, Herr Homann?

Mike Homann (SPD): Ja, natürlich, natürlich. Aber ich wollte an dieser Stelle die Verwaltung, für die Vorlage Kreuzfeld loben, Frau Oberbürgermeisterin. Es ist nur ein Umsetzungsmodell. Das heißt, wir werden Kreuzfeld noch ein paar Mal bekommen, Herr Greitemann; aber es ist natürlich auch ein sehr, sehr wichtiges Projekt. Wir haben bei Kreuzfeld über 80 Hektar, die wir entwickeln, 3 000 Wohneinheiten, die dort für über 8 000 Menschen Lebensraum geben müssen. Aber ich habe natürlich auch gelernt,

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Das ist schön, dass du lernst!)

es ist heute ein wenig, wie soll ich sagen, schullastig, und ich habe das Gefühl, hier gibt es den einen oder anderen Lehrer. Deshalb werde ich es einmal mit Latein probieren: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Versteht er überhaupt, was er da sagt?)

Das ist von Cato, der bei jeder Rede gesagt hat: „Im Übrigen bin ich dafür, dass Karthago zerstört werden muss.“ Am Ende, wisst Ihr alle, ist Karthago zerstört worden. An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass wir, so gut und wichtig Kreuzfeld ist, nichtsdestotrotz viel zu wenig tun, um den Wohnungsbau in dieser Stadt nach vorn zu bringen.

Ich darf noch einmal erwähnen, dass wir etwa 6 000 Wohnungen im Jahr benötigen. Wir sind in diesem Jahr bei 2 596 genehmigten Wohnungen, das ist nicht einmal die Hälfte, und ich kann versichern: Bei den steigenden Zinsen und Baukosten wird es im nächsten und übernächsten Jahr noch deutlich schlimmer. Dazu muss man sagen, nachdem ich mir gerade die Schuldebatte angehört habe, dass man natürlich immer gern aus der Vergangenheit zitiert: Wir hatten in den letzten sieben Jahren eine historische Niedrigzinsphase.

Wir hätten in dieser Phase extrem viel Wohnraum schaffen können, den wir in dieser Stadt auch brauchen. Sie wissen alle: Die Prognosen, so unterschiedlich sie auch an der einen oder anderen Stelle sein mögen, legen nahe, dass wir im Jahr 2050 etwa 100 000 neue Bürger haben werden. Das ist eine Chance, die wir verpasst haben, und, liebes Bündnis, ich muss sagen: Die Chance habt Ihr leider verpasst.

Nichtsdestotrotz haben wir hier jetzt die Umsetzung einer GmbH, die wir auf den Weg bringen. Es ist die GmbH gewählt worden, weil sie inhouse-fähig ist. Ich persönlich finde es sehr gut, dass wir das Forum Kreuzfeld dort einbeziehen und die GAG dabei eine ganz entscheidende Rolle spielen wird. Wir haben mit Kreuzfeld eine Riesenchance, zu zeigen, wie innovativ und klimafreundlich wir in Köln bauen können. Der Entwurf *The Woodhood Kreuzfeld Gartenstadt 2.0* ist sehr gut. Ich freue mich auf die weitere Detailplanung, auf die vielen B-Pläne, die da kommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Am Thema vorbei! Peinlich!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Heute werden wir einen Beschluss fassen, der die Realisierung von Kreuzfeld voranbringen wird. Der neue Stadtteil im Kölner Norden wird einen wichtigen Beitrag zum Wohnungsbau in Köln leisten. Kreuzfeld muss nicht nur bezahlbaren Wohnraum bieten, es gibt noch viele weitere Erwartungen, die an den neuen Stadtteil geknüpft sind: Er soll Blumenberg ergänzen, damit endlich für die beiden Stadtteile eine rentierliche Nahversorgung möglich ist. Es sollen gute Bestandshalter bauen, die preiswerten Wohnraum anbieten und Erfahrung in der Quartiersentwicklung haben. Wir sehen dabei die GAG als Speerspitze. Grund und Boden soll städtisch bleiben. Es wird nichts verkauft. Wir wissen, 80 Prozent gehören uns schon. Davon soll nichts verkauft werden, sondern nur in Erbpacht vergeben werden.

Kreuzfeld soll grün und klimafreundlich werden, gerade weil es ein Stadtteil ist, der heute dort entsteht, wo Acker und Wiesen sind. Klimafreundlich bedeutet auch, dass die Anwendung des Köln-Kataloges bei der Entwicklung von Kreuzfeld eine große Rolle spielt. Das bedeutet: Der Köln-Katalog sagt: Wir müssen auch außerhalb des Stadtzentrums, also jenseits des Militärrings, mit, wie es heute angezeigt ist, relativ großen Dichten bauen. Das heißt im Umkehrschluss: Es dürfen nur ganz wenige Einfamilienhäuser in Kreuzfeld gebaut werden. Die Priorität muss auf dem Geschosswohnungsbau liegen, weil nur so ein klimafreundlicher Stadtteil möglich ist.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist fachlich Quatsch!)

- Nein, das ist kein Quatsch. Wir alle wissen, dass wir sehr sorgsam - Herr Kienitz, Sie kennen das 30-Hektar-Ziel auch - vorgehen müssen und nicht mehr als 30 Hektar pro Tag in der Republik versiegeln wollen. Und es ist doch selbstredend: Wenn ich viele Einfamilienhäuser baue, in denen auf einer großen Fläche wenige Menschen wohnen, kann ich dieses Ziel nicht erreichen. Deshalb ist es richtig, dort möglichst wenige Einfamilienhäuser zu bauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es gab ja, wie ich finde, einen guten Leitbildprozess zum Thema.

Bürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kienitz.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Eine Zwischenfrage? - Ja, klar.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Kollege Weisenstein, Sie waren ja auch bei dem Wettbewerb dabei, -

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ja.

Niklas Kienitz (CDU): - und der Kniff in der Frage ist nicht, wie viele Einfamilien-Reihenhäuser entstehen könnten, sondern der Kniff derjenigen, die den Wettbewerb gewonnen haben, in der Reduzierung der Pro-Kopf-Wohnfläche, weil das ein moderner Ansatz ist, da wir nach wie vor alle Wohnformen in unserer Stadt haben wollen, insbesondere auch in Kreuzfeld als Angebot. Ist Ihnen das noch bekannt oder nicht? Denn das, was Sie gerade ausgeführt haben, teile ich nicht.

Ist Ihnen bekannt, dass der Trick der Wettbewerbsgewinner war, die Wohnfläche pro Kopf zu reduzieren, und nicht, die Anzahl der Einfamilien-Reihenhäuser zu reduzieren, denn der Entwurf enthält Einfamilien-Reihenhäuser.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nein. Ich kann zwar die Frage, ob ich den Kniff verstanden habe, mit Ja beantworten, aber ich würde darum bitten, dass das zu meiner Zeit dazugerechnet wird, denn die Frage muss man natürlich ausführlich diskutieren.

Wir haben, wie Sie richtig gesagt haben, die Lösung mit den Hoods, und diese Hoods werden unterschiedliche Charakter haben. Trotzdem, und das ist der ausschlaggebende Punkt, haben wir etwas über 80 Hektar. Gleichzeitig ist unser Ziel, einen möglichst grünen Stadtteil zu erreichen mit einem sehr großen grünen Innenbereich, der die fünf Hoods umgibt. Dabei ist es doch völlig selbstredend, dass ich, wenn ich innerhalb der 80 Hektar möglichst viele Wohnungen bauen möchte, nämlich mindestens 3 400, und gleichzeitig möglichst viel Grün erhalten, möglichst wenige Einfamilienhäuser baue, sondern die Wohnungen so

unterbringe, dass möglichst viele Menschen dort wohnen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Ich sehe zwar, Sie sind mit meiner Antwort nicht zufrieden, Herr Kienitz; das kann ich jetzt aber leider nicht ändern. Vielleicht nutzen Sie ja doch noch die Gelegenheit, nachher Ihre Sicht auf die Dinge darzulegen. Ich bin aber eigentlich mit meiner Rede

(Niklas Kienitz [CDU]: Schon fertig?)

erst in der Hälfte. - Ja, klar, Sie haben mich natürlich lange unterbrochen, aber es ist kein Problem. - Aber ich möchte noch kurz auf zwei, drei Aspekte eingehen. Wir hatten uns in dem Leitbildprozess darauf verständigt: Das war ein sehr guter Leitbildprozess, und das Ziel war, dass es ein Stadtteil werden soll, in dem Leute gesund leben können. Das war eine ganz wichtige Sache.

Ein weiterer Punkt, den wir herausgearbeitet haben, ist: Es soll ein Stadtteil werden, der unter dem Stern der Bildung steht. Dazu habe ich in diesem Moment schon einen Kritikpunkt. Dieser steht zwar heute nicht zur Beschlussfassung, aber wir haben, wenn wir uns das anschauen, in Kreuzfeld nun die Situation, dass wir eine Regelschule, baulich getrennt von einer Förderschule, in diesem großen öffentlichen Raum in der Mitte des neuen Stadtteils haben. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist, denke ich, nicht mehr zeitgemäß,

(Beifall bei der LINKEN)

dementsprechend müssen wir zum gegebenen Zeitpunkt noch einmal kritisch an die Vorlage herangehen.

Aber es geht ja heute um die Entwicklung von Kreuzfeld, um die Gesellschaft, die dazu gegründet werden muss. Die Verwaltung hat sich dazu entschieden, eine rein städtische Dienstleistungs-GmbH zu gründen. Wir haben das zunächst etwas kritisch hinterfragt, weil wir sagen: Mensch, warum kann das nicht die GAG selbst machen? Warum macht es nicht die moderne Stadt? Das konnte die Verwaltung für uns gut nachvollziehbar erläutern. Damit will ich Sie jetzt nicht langweilen. Es ist für uns am Ende des Tages nachvollziehbar, dass wir heute diese rein städtische Dienstleistungs-GmbH als Entwickler beschließen. Das finden wir gut.

Für uns offen ist die Frage: Wie wird gewährleistet, dass die Politik in diese Dienstleistungs-GmbH tatsächlich involviert ist? Bei der modernen Stadt, bei der GAG, das ist ja klar, haben wir unsere Aufsichtsräte, darüber kann die Politik auf das Unternehmen Einfluss nehmen. Die Durchgreifbarkeit der Politik auf die Dienstleistungs-GmbH muss gewährleistet sein, deshalb auch unser kleiner Ergänzungsantrag. Es ist kein Änderungsantrag, wir sind mit der Vorlage an und für sich zufrieden, aber wir bitten in unserem Änderungsantrag darum, dass die Verwaltung nach Möglichkeit bis zum nächsten Stadtentwicklungsausschuss darlegen möge, wie sie diese Gesellschaft so gestaltet, dass politische Kontrolle möglich ist. Ich denke, das ist im Sinne von uns allen, deshalb bitte ich um Zustimmung zu dieser kleinen Ergänzung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sie erlauben, dass ich etwas zitiere, das ich gerade aus dem Internet gezogen habe:

> Der Rat möge beschließen: Als Beitrag zur Reduzierung der Wohnraumknappheit und zur Unterbringung neuer Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Köln bekennt sich der Rat der Stadt Köln zur Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld.

Das war aus der Ratssitzung vom 18.07.2013, also jetzt fast zehn Jahre her, ein Antrag der FDP-Fraktion - leider abgelehnt. Damit kommen wir dann, lieber Kollege Homann, zur Lernkurve der SPD-Fraktion.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieso wiederholen wir eigentlich jede Debatte?!)

Der Kollege Frenzel hat nämlich im Städteentwicklungsausschuss auch schon versucht, die SPD als die großen Retter oder Forcierer von Kreuzfeld herauszustellen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben das damals in der Sprecherrunde des StEA besprochen und es gab

einen StEA-Sprecher der SPD, der massives Interesse daran hat, dass der Stadtteil Kreuzfeld nicht realisiert wird, und das hintertrieben hat. Das sind auch die Gründe, warum wir damals, 2013, im ersten Anlauf noch keine Mehrheit dazu bekommen haben. Deshalb ist es auch nicht fair, jetzt zu versuchen, beim Bündnis abzuladen, dass es so spät ist. Also, wenn einer schuld ist, dass wir die Wohnungen nicht schon viel früher hätten bauen können, dann ist das die SPD.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie sehen, wie sehr ich für diese Idee brenne und mich freue, dass wir heute so weit gekommen sind. Ein Grund dafür, dass die Ratsmitglieder der FDP-Fraktion ein Interesse daran haben, dass diese Sitzung zügig zu Ende geht, liegt darin, dass morgen um 04.49 Uhr unser Zug in Richtung Kopenhagen startet

(Zurufe von der SPD: Oooh!)

und wir dort das Büro ADEPT, das den Wettbewerb mit gewonnen hat, in Kopenhagen besuchen wollen. Wir werden am Freitagnachmittag bei Cobe sein und uns die Planung für den Deutzer Hafen anschauen. Sie sehen: wichtige Themen, die merkwürdigerweise von Kopenhagen aus dann unsere Stadt gestalten. Wir werden gern berichten, was wir dort erfahren haben. Also, ein wichtiger Tag heute, dass wir die Entscheidung treffen können, in welcher Art und Weise es weitergeht.

Ich halte auch das Modell, das von der Verwaltung von Markus Greitemann und seinem Team entwickelt worden ist, für das Richtige. Wir wissen, dass Strukturen außerhalb der Verwaltung dabei erfolgreicher sind. Wir haben mit der Modernen Stadt schon mal ein erfolgreiches Unternehmen am Start und ich hoffe, dass die Unternehmungen, die sich jetzt um Kreuzfeld kümmern, dies aufgreifen, Tempo machen und schneller zum Ziel kommen, hier Wohnraum zu schaffen. Auch der „Stern der Bildung“, wie es Michael Weisenstein genannt hat: Dass da viel Bildung stattfindet, finden wir natürlich gut. Ich bin nur etwas skeptisch, was morgens um 8.00 Uhr abgehen soll, wenn Schulanfang ist oder so etwas. Denn selbst der ÖPNV, der dort heute mit der S-Bahn ist, hat nicht die Leistungsfähigkeit, die wir uns für so einen großen Schulstandort wünschen.

Den Änderungsantrag, Michael Weisenstein, tragen wir gern mit, denn das ist eine offene Frage, die geblieben ist. Zig Gremien, die gebildet werden sollen, die den Prozess begleiten, aber wie die Politik eingebunden wird, ist nicht dargestellt. Deshalb finden wir es richtig, dass das nachgeliefert wird. Von daher hat es etwas länger gedauert mit Kreuzfeld. Jetzt, nach zehn Jahren, sind wir hier mit einer breiten Mehrheit dabei. Ein schöner Tag, dass wir jetzt so weit gekommen sind. Ich freue mich auf die weitere Entwicklung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Da eigentlich alles schon gesagt worden ist, ziehe ich meinen Redebeitrag zurück. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Mit Ihrer Zustimmung würde ich wegen der fortgeschrittenen Stunde vom Platz aus sprechen. - Vielen Dank. Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt habe ich das große Vergnügen, heute einmal ein Lob an die Verwaltung von meiner Fraktion auszusprechen. Herr Greitemann, erschrecken Sie sich bitte nicht. Es liegt ja unter anderem an Ihnen, dass -

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

- ja, hören Sie gut zu, Herr Lorenz! - wir so gut in die Entscheidung eingebunden wurden. Wir begrüßen auch - alle reden ja davon -, dass gebaut werden muss, deshalb: Gar nicht lange schnacken, direkt zustimmen und der Sache einen gangbaren Weg geben. Das sehen wir genauso.

(Unruhe)

Wir haben unsere Kritik an einer GmbH geäußert. Das haben Sie ja auch mehrfach entkräften können. Wir hoffen, es bleibt auch so. Mir bleibt es

leider nicht erspart, nachdem hier schon wieder so viel Zwischengelaber ist, zu fragen, weil ja DIE LINKE den Antrag stellen wird. Wir hoffen natürlich, dass nicht wieder ein Schwager oder ein Trauzeuge mit irgendwelchen Aufgaben betreut werden muss, und Geld braucht in dem Fall.

(Zurufe von den LINKEN: Oooh! - Beifall bei der AfD)

- Ja, nicht „Oh!"; es ist ja so ärgerlicherweise. Wir würden uns das auch anders wünschen. Aber nachdem Sie ja schon angekündigt haben, dass es bei der Schulbaugesellschaft einen guten Fortgang gibt, gehen wir davon aus, dass es dann in dieser GmbH vernünftig wird. Wir kennen natürlich die Probleme, gute Leute aus der Wirtschaft zu gewinnen. Uns ist auch bewusst, dass das Ganze mehr kostet. Wir stehen aber dahinter, dafür, dass es dann auch endlich funktioniert. Wir bedanken uns bei Ihnen für das Einbinden, und meine Fraktion wird dieser Vorlage vollumfänglich zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Ich habe Ihnen aber mitzuteilen für diejenigen, die nicht wissen, dass die Vorlage in der Bezirksvertretung Chorweiler zurückgestellt wurde und wir deshalb nicht abschließend entscheiden können, sondern den Beschluss ausdrücklich unter Vorbehalt fassen: Herr Beigeordneter Greitemann wird in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung - das wird Ende August sein - teilnehmen, und sollte die Bezirksvertretung bei ihrer erneuten Befassung mit der ungeänderten Vorlage nicht einverstanden sein, wird die Vorlage im Rat nach der Sommerpause noch einmal behandelt werden. Das heißt, wir stimmen jetzt ab, aber ausdrücklich unter Vorbehalt, zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN und dann über die Vorlage, eventuell in geänderter Fassung; das werden wir sehen.

Änderungsantrag der LINKEN: Wer wünscht, diesem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die FDP, Die FRAKTION, Frau Gabriel und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die CDU-Fraktion. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der FDP)

Ich lasse jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist die Vorlage in der geänderten Fassung beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt das Umsetzungsmodell für Kreuzfeld nach Maßgabe des dieser Vorlage beigefügten Konzeptpapiers (Stand 22.05.2023 – Anlage 1).*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte zur Umsetzung der Vorzugsvariante des Umsetzungsmodells Kreuzfeld zu ergreifen, insbesondere*

   a) *vorbereitende Maßnahmen zur Gründung einer städtischen Eigengesellschaft (GmbH) zur Umsetzung des Projekts Kreuzfeld zu ergreifen;*

   b) *die kooperative Entwicklung des Projekts Kreuzfeld mit dem Forum Kreuzfeld sowie einem hohen Anteil an Konzeptvergaben unter Berücksichtigung der Grundsatzbeschlüsse der Stadt Köln zur Vergabe städtischer Grundstücke und zur vorrangigen Nutzung des Erbbaurechts (Vorlagen-Nr. 1775/2016, ergänzt durch Beschluss zu Vorlagen-Nr. 1304/2020 in der Fassung des Liegenschaftsausschusses vom 16.03.2022) zu betreiben.*

wird ergänzt um:

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses darzulegen, wie eine Beteiligung der Politik an den Aufsichtsgremien der zu gründenden städtischen Eigengesellschaft (GmbH) zur Umsetzung*

des Projekts Kreuzfeld ausgestaltet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die Vorlage in der so ergänzten Fassung unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksvertretung 6 (Chorweiler) am 31.08.2023

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Umsetzungsmodell für Kreuzfeld nach Maßgabe des dieser Vorlage beigefügten Konzeptpapiers (Stand 22.05.2023 – Anlage 1).

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte zur Umsetzung der Vorzugsvariante des Umsetzungsmodells Kreuzfeld zu ergreifen, insbesondere

a) vorbereitende Maßnahmen zur Gründung einer städtischen Eigengesellschaft (GmbH) zur Umsetzung des Projekts Kreuzfeld zu ergreifen;

b) die kooperative Entwicklung des Projekts Kreuzfeld mit dem Forum Kreuzfeld sowie einem hohen Anteil an Konzeptvergaben unter Berücksichtigung der Grundsatzbeschlüsse der Stadt Köln zur Vergabe städtischer Grundstücke und zur vorrangigen Nutzung des Erbbaurechts (Vorlagen-Nr. 1775/2016, ergänzt durch Beschluss zu Vorlagen-Nr. 1304/2020 in der Fassung des Liegenschaftsausschusses vom 16.03.2022) zu betreiben.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses darzulegen, wie eine Beteiligung der Politik an den Aufsichtsgremien der zu gründenden städtischen Eigengesellschaft (GmbH) zur Umsetzung des Projekts Kreuzfeld ausgestaltet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e. V.
AN/0055/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aufstockung der Förderung des Kölner Flüchtlingsrates e.V. in 2023 mit 100.000 € und in 2024 mit 101.600 €, um die zur Stärkung der Kölner Geflüchtetenberatung durch Fortbildungen, Fachtagungen, Bereitstellung von Informationsmaterialien bedarfsgerecht anzupassen und deren Weiterentwicklung langfristig zu sichern.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (2023: 100.000 €; 2024: 101.600 €) im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Beitritt der Stadt Köln zur Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW)
AN/0318/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

1. *Die Stadt Köln tritt der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen (LAG GK NRW) zum nächstmöglichen Zeitpunkt bei.*

2. *In die Mitgliederversammlung der LAG GK NRW wird für die Dauer seiner Wahlperiode zur Vertretung der Stadt Köln*

   - *der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Harald Rau*

   - *und als dessen Stellvertretung der Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Johannes Nießen*

   entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.30 Projektauswahlgremium "un:box cologne"
AN/0382/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Einrichtung eines Lenkungsausschusses für das Projekt un:box cologne und die als Anlage 1 beiliegende Geschäftsordnung für den Lenkungsausschuss un:box cologne.*

   Der Lenkungsausschuss entscheidet über die Förderung der eingegangenen Projekte und legt das Rankingraster sowie das Budget für Schnellspurprojekte (Projektideen mit einem hohen Mehrwert und Aktualität, die vorgezogen werden können) fest.

   Dem Lenkungsausschuss gehören an:

   Für die Stadtgesellschaft:

   *Sechs aus der Spurgruppe gewählten Expert*innen für das Jahresthema*

   Für die Politik:

   *jeweils eine/ein Vertreter*in der im Digitalisierungsausschuss stimmberechtigten vertretenen Fraktionen*

   Verwaltung:

   *Stadtdirektor*in; Fachdezernent*in für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales und Fachdezernent*in für das jeweilige Jahresthema, sowie bis zu drei Dienststellenleitungen mit Bezug zum Jahresthema.*

2. *Weiterhin beschließt der Rat das als Anlage 2 beigefügte Förderprogramm „un:box cologne - Deine Stadt, Deine Ideen“.*

3. *Für den weiteren Projektverlauf beschließt der Rat ferner die Weitergabe des mit Beschluss vom 08.12.2022 anerkannten und unveränderten Eigenanteils (35% über den gesamten Projektzeitraum) zusammen mit den mit Ratsbeschluss vom 18.06.2020 akquirierten Fördermitteln des Bundes an Dritte zur Umsetzung der förderfähigen Projekte. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die im Haushaltsplan 2023/2024 für diesen Zweck veranschlagten Finanzmittel in Höhe von jährlich 500.000 € von Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen umzuschichten.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Keine Teilnahme von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) an der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt wegen Befangenheit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Korrektur Ratsbeschluss 1141/2016 - Rücknahme der Zügigkeitserweiterung für die Königin-Luisen-Schule, Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln AN/0775/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Nachdem die Bezirksregierung Köln die Genehmigung der beantragten Zügigkeitserweiterung der Königin-Luise-Schule bis zum Schuljahr 2022/23 zurückgestellt hatte, und aktuell trotz zwischenzeitlich fertig gestellten Erweiterungsbaus die nunmehr für G9 erforderlichen Raumkapazitäten und Sportmöglichkeiten nicht für eine Vierzügigkeit ausreichen, nimmt der Rat der Stadt Köln seinen Beschluss vom 20.12.2016 gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Änderung der Zügigkeit der Königin-Luise-Schule (Schulnummer 166492), Gymnasium Alte Wallgasse 10, 50672 Köln zum Schuljahr 2023/24 zurück. Die Schule bleibt damit festgelegt auf drei Züge in der Sekundarstufe I und fünf Züge in der Sekundarstufe II.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Neubewertung des Projektes am Waidmarkt - Einstellung der Planungen für einen unterirdischen Kulturort (K3) und Perspektiven der weiteren städtebaulichen und kulturellen Entwicklung. AN/1357/2023

Meine Damen und Herren, ich habe eine Rednerliste. Sie beginnt mit Herrn Hammer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns, wenn nicht sogar alle, glaube ich, wissen noch, wo sie am 03.03.2009 waren, als die Nachricht hereinkam, dass in der Südstadt das Stadtarchiv eingestürzt ist. Das ist für diese Stadt eine Zäsur gewesen. Es hätte, denke ich, keinen symbolischeren Ort geben können, an dem ein solches Unglück passiert. Neben den zwei direkt verunglückten Menschen wissen wir auch, dass eine weitere Person sich später das Leben genommen hat. Das bedeutet auch: Wir müssen hier einen würdigen Ort des Gedenkens und des Erinnerns schaffen. Ich bin der Frau Oberbürgermeisterin sehr dankbar, dass sie in den letzten Jahren am Jahrestag des Archiveinsturzes die Feierlichkeiten für die Stadt Köln ausrichtet und so an die Verantwortung, die auch die Stadt getragen hat, erinnert und sich zu dieser Verantwortung bekennt.

Auf die Frage des Erinnerns und Gedenkens gibt es keine einfache Antwort: Was ist ein würdiger Ort? Was ist ein angemessener Ort? Gedenk- und Erinnerungskultur wird ganz unterschiedlich gelebt und gehandhabt. Wir hatten es heute Morgen in der Sitzung bereits, als es um andere Gedenkorte in dieser Stadt ging. Von daher war es eine gute Idee, ein gutes Ansinnen, dass aus bürgerschaftlichem Engagement die Idee entstanden ist, die sogenannte Halle mit dem Knick „K³“ mitzuentwickeln, zu schauen: Wenn wir ohnehin schon ein Bauwerk komplett neu errichten und neu denken müssen, dann lasst uns doch auch schauen: Wie gehen andere Städte mit solchen Bauwerken um? In diesem Fall war es, meine ich, Düsseldorf, das auch Pate stand mit einer unterirdischen Halle, in der man Kulturveranstaltungen durchführen, aber auch gedenken kann.

Doch nicht alle guten Ideen, die breite Unterstützung in diesem Rat gefunden haben, lassen sich immer eins zu eins umsetzen. Ich bin allen Beteiligten der Stadtverwaltung, der KVB, aber gerade auch den Initiativen vor Ort sehr dankbar, dass man am Ende einen gemeinschaftlichen Weg gefunden hat, dieses Projekt nicht weiter fortzuführen - in dem Wissen, dass es auf jeden Monat ankommt, den wir schneller werden wollen, um die Stadtbahn endlich in Betrieb nehmen zu können, die wir brauchen, um die Verkehrswende in dieser Stadt vorantreiben zu können.

Dass die Verwaltungsvorlage am Ende nur zwei Punkte enthielt und vieles, das mit den entsprechenden Initiativen vereinbart wurde, in der Begründung steht, hat uns dazu veranlasst - ich bin

auch sehr dankbar, dass sich dem fast alle Fraktionen zu dem gemeinsamen Änderungsantrag angeschlossen haben -, zu sagen: Hier müssen wir noch ein wenig nachschärfen und schauen: Wie können wir das bürgerschaftliche Engagement voranbringen, das diesen Ort vorangetrieben und uns dazu bewegt hat, neu nachzudenken und zu sagen: Der Ort, den wir im ursprünglichen Wettbewerb entwickelt haben, ist vielleicht doch nicht der richtige Ort, um zu erinnern und zu gedenken; es ist vielleicht doch nicht der würdige Ort, den wir hier haben wollen. Das haben wir in den Änderungsantrag aufgenommen. Dass auch die Gelder, die damals in der Vereinbarung mit der ARGE für diesen Ort vereinbart wurden, für die Umgestaltung verwendet werden können, war uns sehr wichtig.

Letztendlich - das ist aus unserer Sicht auch noch wichtig - müssen wir schauen: Wie können wir diesen Ort, ich sage einmal, vergrößern, sodass es eben am Ende nicht nur eine Plakette ist oder nicht nur das eine Mahnmal, sondern ein Ort, der zum Verweilen und Gedenken einlädt und daran erinnert, welches schreckliche Unglück im März 2009 hier passiert ist, und uns das immer wieder vor Augen hält, damit wir aus den Fehlern lernen können, dass das in dieser Stadt so nie wieder passieren darf.

Von daher danke ich allen, die an dem Antrag mitgewirkt haben, und allen, die an dem Vergleich mitgewirkt haben. Ich danke allen, die sich hier gemeinsam auf den Weg machen wollen, diesen Ort zu realisieren, und freue mich über eine breite Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und zu der Beschlussvorlage. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen hier über einen Punkt, über ein Ereignis, das, wenn man so will, die Urkatastrophe des neuen Jahrtausends in unserer Stadt war. Es sind nicht nur drei Menschenleben verloren gegangen, sondern es ist auch Vertrauen in die Institution der Stadt Köln und in weitere Institutionen in unserer Stadt verloren gegangen, und wir müssen als Politik, als Verwaltung dazu beitragen, dass wir Stück für Stück über die Jahre dieses Vertrauen zurückgewinnen. Ich möchte mich daher ausdrücklich an den von meinem Kollegen Lino Hammer ausgesprochenen Dank an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, was das Thema Übernahme von Verantwortung betrifft, anschließen. Dies kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass Sie regelmäßig in jedem Jahr bei den Gedenkveranstaltungen vor Ort waren.

Ich möchte mich aber auch, was den Umgang damit und das weitere Gedenken an die Katastrophe betrifft, bei den Initiativen, insbesondere bei der Initiative, die den Gedanken des Gedenkens und der - das ist vielleicht das falsche Wort, aber - Bespielung dieses Raumes mit der Initiative k3, mit der Halle mit dem Knick, vorangetrieben hat, bedanken und darf mich - was zu der Vorlage geführt hat - auch sehr herzlich bei der Verwaltung bedanken, dass dort ein so großes Vertrauen geschaffen wurde, Herr Charles, durch verschiedene Planungsworkshops bzw. Planungswerkstätten, dass die Vorlage im Grunde genommen in der Breite der Initiativen mitgetragen wird.

Wir alle kennen die Themen, die an uns herangetragen wurden, die sich auch in der Begründung in der Vorlage wiederfinden. Wir haben einige dieser Themen aufgegriffen, denn das Ziel, das wir alle verfolgen, ist, einen angemessenen Stadtraum zu schaffen, der das aktive Erinnern in den Mittelpunkt stellt. Es geht darum, nicht nur einen Ort des Gedenkens zu schaffen, sondern - das muss man etwas davon abtrennen - über einen städtebaulichen Wettbewerb auch einen Stadtraum. Wir müssen noch einmal überlegen, ob es richtig ist, die Ergebnisse eins zu eins zu übernehmen, die wir 2012 erarbeitet haben, und dabei künstlerische Aspekte zu integrieren, um das aktive Erinnern an das Unglück zu ermöglichen, aber auch im Georgsquartier in der Südstadt einen attraktiven Stadtraum zu schaffen.

Insofern herzlichen Dank, Herr Charles, herzlichen Dank, Herr Greitemann, für die Vorlage und das sensible Umgehen mit den Initiativen. Kollege Hammer hat den Änderungsantrag im Einzelnen erläutert. Das werde ich jetzt nicht tun. Es ist ein gutes Signal, dass der Änderungsantrag breit getragen wird. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Herr Kockerbeck würde zu unserem Änderungsantrag beginnen, das hatten wir so verabredet. Ich hoffe, das ist okay für Sie.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, ja, klar.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Maria und ich teilen uns quasi die Vorstellung unseres Änderungsantrags, den wir an die anderen Fraktionen verschickt hatten. Es wird jetzt angesichts der Mehrheitsverhältnisse ein Antrag herauskommen, der uns trotzdem zufriedenstellt. Wir sind froh darüber, dass es hier im Rat so einen großen Konsens gibt. Zunächst bedanken wir uns aber auch bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit; denn die Vorlage, die heute vorliegt, ist wirklich sehr gut gelungen und zeigt, dass in den Workshops und Planungsforen sehr gut gearbeitet wurde.

Unser Änderungsantrag wie auch der des Bündnisses zielt auch darauf ab, Aussagen aus der Begründung in den Beschlusstext aufzunehmen. Wir finden es sehr gut, dass es in der Begründung skizziert wurde; wir möchten es aber gern auch in den Beschlusstext aufgenommen haben. Es geht darum, dass südlich des Waidmarktes am Archiveinsturz ein großer Bereich des, wie schon gesagt, würdigen Gedenkens und für kulturelle Veranstaltungen entstehen kann, ein lebenswerter Stadtraum - davon spricht die Vorlage -, der Platzcharakter hat. Wir denken: Wenn man das ernst nimmt, muss dieser auch weitgehend verkehrsberuhigt sein. Das ist städtebaulich aber eine sehr große Möglichkeit, die jetzt entstanden ist in der Abkehr von der unterirdischen Halle k3. Wie auch der andere Antrag, muss das natürlich alles unter Federführung des Dezernats für Planen und Bauen und unter Beteiligung der beim Kulturdezernat angesiedelten Planungswerkstatt genau ausgearbeitet werden. Es muss ein neues Qualifizierungs- und Planungsverfahren geben.

Wir sind froh, dass es einen Konsens gibt, dass das Grundstück des früheren Historischen Archivs dauerhaft in städtischem Eigentum bleibt. Dem schließen wir uns natürlich an. Jetzt steht im anderen Antrag die Formulierung:

> Es wird geprüft, ob die zwei benachbarten Grundstücke an der Ecke Severinstraße/Georgsplatz angekauft werden können.

Damit können wir uns auch anfreunden, denn sinngemäß wird damit schon übernommen, was wir anstreben.

Zu dem anderen Punkt übergebe ich jetzt an Maria.

(Beifall bei der LINKEN)

Maria Helmis (SPD): Perfekt orchestriert! Ich würde kurz vom Platz aus sprechen. Herzlichen Dank, Heiner. - Wir sind alle froh, dass es konsensual hier der Fall zu sein scheint, dass die Anregungen zum ArchivKomplex ernst genommen und aufgenommen werden. Ich war mit Elfi Scho-Antwerpes, Florian Weber war auch dabei, bei der Veranstaltung im Literaturhaus. Dort war sehr eindrucksvoll zu merken, dass es eine jahrelange Arbeit ist, die in die Erarbeitung dieses unterirdischen Ortes geflossen ist, dass es nicht leicht ist, dies aufzugeben und dort kluge Ideen entstanden sind. Deshalb stellt sich für uns die Frage, warum der fast einzige Unterschied - außer dem eben benannten - zwischen den beiden Änderungsanträgen ist, dass nicht aufgenommen wurde, dass die Mittel, die nun weiterverwendet werden sollen, auch ausdrücklich für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und Veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernats und der Projektwerkstatt verwendet werden sollen.

Deshalb würde ich gern noch einmal ausdrücklich die Frage stellen: Was spricht aus Eurer Sicht dagegen, die Mittel nach Vorliegen eines entsprechenden Konzepts nicht auch in temporäre Aktionen des Gedenkens und Erinnerns vor Ort fließen zu lassen? Wir haben im Umkreis Schulen und eine lebendige Stadtkultur, und ich denke, wir sollten nicht zu lange warten, dem Erinnern hier wirklich Raum zu geben. Das Geld dafür ist in eurem Änderungsantrag zurückgestellt, insofern das Angebot, dies noch aufzunehmen, und wir könnten es in einen gemeinsamen Änderungsantrag konsensual übergehen lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen wir noch beraten!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sage jetzt einmal aus meiner Sicht und natürlich nicht mit der Kulturverwaltung abgesprochen, Herr Charles: Wir haben wirklich jede Einzelheit - das war uns auch wichtig - mit „Köln kann auch anders“ und ArchivKomplex besprochen, und ich habe auch großes Verständnis dafür, dass wir die Mittel, die wir im Grunde nicht ausgeben, weil wir das k3 nicht brauchen für diesen Gedenk- und Erinnerungsort - - Wobei ich jedenfalls in meiner Wahrnehmung nie die Vorstellung hatte, dass das nur in, ich sage jetzt einmal, Backsteine fließen kann, sondern ich bin immer davon ausgegangen, dass das auch in irgendwelche Veranstaltungen fließen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aber das ist nur meine Wahrnehmung. Ich weiß nicht, welche Wahrnehmung ArchivKomplex hat. Deshalb würde ich das gern mitnehmen und mit denen besprechen, wie wir alles andere auch besprochen haben. Ich würde jetzt wirklich ungern meine Wahrnehmung zur Grundlage einer Entscheidung machen. - Herr Charles, wie sehen Sie das?

(Beigeordneter Stefan Charles nickt - Maria Helmis [SPD]: Wir haben die Anregung von ArchivKomplex!)

- Ja, das kann ja möglich sein. Ich hätte es nur gern selbst von denen. Wie gesagt, ich habe nichts dagegen. Wir werden gleich überlegen, wie wir das machen können. - Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Um diese Frage, die jetzt gerade diskutiert worden ist, aufzugreifen: Ich hatte genau die gegenteilige Vorstellung. Ich habe mir gedacht: Das sind investive Ausgaben, die wir machen, dafür wollen wir einen handfesten Gedenkort haben und nicht sozusagen über Jahre konsumtive Ausgaben für irgendwelche Aktionen dort. Das war meine Vorstellung und auch die unserer Fraktion, deshalb waren wir bei der Formulierung, die wir im Änderungsantrag gemeinsam gefunden haben. Das ist etwas anderes. Aber wie gesagt, wenn wir jetzt jedes Jahr von dem Geld etwas abknapsen, dann ist am Ende für den Gedenkort und die Kultur, die wir uns dort vorstellen, vielleicht nichts mehr übrig.

Ich kann mich ansonsten den Worten der Vorredner vollumfänglich anschließen, was die Situation dort am Waidmarkt betrifft. Ich möchte ein Stichwort des Kollegen Kienitz aufgreifen, der von „verlorenem Vertrauen“ im Zusammenhang mit dem Einsturz von 2009 gesprochen hat. Ich muss für mich sagen: Bei dem Beschluss der damaligen Vorlage für den Kulturraum, für den k3, ist bei mir noch einmal zusätzliches Vertrauen in die Verwaltung verloren gegangen. Nämlich die Transparenz, was den Zeitplan betrifft, hat aus meiner Sicht damals nicht in dieser Form nicht stattgefunden. Wenn dem Rat gesagt worden wäre, die Inbetriebnahme der U-Bahn dauere 18 Monate länger, wenn wir den k3 realisieren, dann, könnten Sie sicher sein, hätte ich bis zuletzt dafür gekämpft, den k3 zu verhindern, weil das Allerwichtigste am Waidmarkt ist, dass wir die U-Bahn in Betrieb nehmen, und da können wir uns keine 18 Monate leisten.

(Beifall bei der FDP und bei Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt haben wir immerhin von den 18 Monaten zehn Monate zurückbekommen. Hoffentlich lässt sich das dann so realisieren. Acht Monate sind verloren gegangen. Insgesamt harren wir alle, dass wir das Ding möglichst schnell in Betrieb nehmen. Von daher finde ich insbesondere die zehn Monate, die wir damit bekommen haben, noch viel wertvoller als die 4,8 Millionen. Der Gegensatz zu dem verlorenen Vertrauen ist aber ein Lob, das ich heute der Verwaltung aussprechen möchte über den Prozess, der hier gefahren worden ist, in der Diskussion mit den Initiativen.

Wir haben ja alle in unserer politischen Erfahrung eine Ahnung davon, welchen Shitstorm wir ernten, wenn wir als Stadt Köln auf die Idee kämen, so eine Idee zu begraben. Wie hier die Verwaltung in den Dialog getreten ist, langfristig Gespräche geführt hat, Lösungen gesucht und für Verständnis geworben hat, liebe Verwaltung, das muss der Standard sein, wenn ich mir überlege, was wir alle, Verwaltung und Politik, für Probleme haben, mit Vorlagen, die irgendwo vom Himmel fallen, wo du denkst: Hör mal, warum hat denn keiner mal mit den Leuten gesprochen? Wo kommt denn so

etwas her? Warum redet man denn nicht? Warum kommt man nicht zusammen? Warum macht man keine Bürgerbeteiligung?

Wir haben dafür geworben, dass bei den Verkehrsversuchen mit den Betroffenen gesprochen wird. Wir haben uns gewundert, dass bei der Werbesatzung niemand mit IHK, Einzelhandelsverband und DEHOGA vorher mal besprochen hat, welche Vorstellungen sie von der Werbesatzung haben, obwohl sie doch die Betroffenen sind. Also bitte, liebe Verwaltung, nehmt euch diesen Standard, den wir hier gefunden haben, am Waidmarkt zum Maßstab für Bürgerbeteiligung, wie man mit Initiativen, mit Interessenvertretern umgeht, dann bekommt man das ganz geräuschlos hin. Da bekommt man viel Verständnis und eine breite Mehrheit hier im Rat. Das muss der Standard werden.

Daher herzlichen Dank, dass das so gut geklappt hat, und die Hoffnung, dass wir die U-Bahn möglichst schnell realisieren. Sie ist ganz wichtig für unseren ÖPNV, für unsere Verkehrswende und für alles Weitere, was wir als Stadt planen. Von daher hoffe ich, dass alle Aktivitäten der Stadt in dieser Richtung gebündelt werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen und Zuschauer*innen, die noch da sind! Ich möchte mich dem Dank an die Verwaltung ganz ausdrücklich anschließen, will es aber nicht unnötig in die Länge ziehen. Die Rede hätte eigentlich Frau Glashagen gehalten, die heute leider verhindert ist. Deshalb danke schön an die Verwaltung für diesen Prozess, dass Sie diesen so eng begleitet haben. Die Rede geben wir zu Protokoll. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Jetzt gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Mein Antrag wäre, dass die Vorlage heute beschlossen werden könnte. Wir haben uns geeinigt: Die Frage zu den Kulturaktionen kann die Verwaltung als Prüfauftrag mitnehmen und dann im Kulturausschuss über das Ergebnis der Prüfung berichten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde das sehr gern aufnehmen und gern von Ihnen erfahren, wie dann der Punkt 4 Ihres Antrags lauten soll. Er müsste ja etwas umformuliert werden.

(Maria Helmis [SPD]: Ergänzt!)

- Oder wir machen es als Ergänzung, wie Sie mögen.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Der Prüfantrag - das ist jetzt natürlich auch eine Frage an die SPD, ob sie das so mitträgt - würde dann lauten:

> Die Verwaltung prüft, ob für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und Veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates und der Werkstatt Mittel aus diesem Betrag entnommen werden.

Von den 4,8 Millionen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sage nur noch einmal, um das zu ergänzen und Sie darüber zu informieren: Die Projektwerkstatt ist für ein Jahr beabsichtigt, und dann sollen die erarbeiteten Ziele und Ideen für Projekte umgesetzt werden. Das können wir auch gar nicht machen, wir können keine dauerhafte Begleitung durch die Projektwerkstatt sicherstellen. Es hat präjudizierende Wirkung. Wir haben das hier gemacht, weil es eine absolute Besonderheit ist: Diese Projektwerkstatt arbeitet nicht rein ehrenamtlich. Deshalb bin ich jetzt noch etwas vorsichtig, wie wir das diskutieren, also müssen wir das noch ein wenig verändern.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das wird geprüft, ja!)

- Prüfen kann man, alles klar.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir können die Projektwerkstatt

vielleicht auch weglassen, sondern: „Aktionen unter Regie des Kulturdezernates“.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird geprüft. Dann würde ich das aufnehmen wollen, wenn ich erhoffen kann, dafür eine Mehrheit zu bekommen - was schön wäre, wenn wir es heute beschließen würden.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, genau!)

Herr Kienitz, das wäre dann eine Ergänzung? Sie sagen jetzt einmal, was Sie meinen.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! In der Tat, das wäre eine Ergänzung unseres Antrages, so wie Sie es gerade formuliert haben. Wir würden das in unseren Antrag übernehmen, weil er mit hoher Wahrscheinlichkeit die Mehrheit hat. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würden Sie Ihren Antrag zurückziehen und ich würde über den Änderungsantrag mit der Ergänzung unter Punkt 5 abstimmen lassen, dass die Verwaltung das prüft, was bei Ihnen in Absatz 4 steht, außer Projektwerkstatt. - Gut. Ob Mittel auch für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und Veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates verwendet werden können.

Maria Helmis (SPD): Richtig. Dann würde das so übernommen werden, und es wäre ein gemeinsamer Antrag. Das wäre uns noch wichtig. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Gut.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Genau so hatte ich den Kollegen Kienitz auch verstanden, und ich hoffe, dass dies auch im Sinne der anderen Antragsteller*innen ist. Wir würden diese Änderung in unseren Änderungsantrag aufnehmen, sodass wir jetzt über den geänderten Änderungsantrag abstimmen könnten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, damit würden wir heute aus dieser schwierigsten Situation wirklich gut herauskommen. Gut. Dann darf ich jetzt also über den Änderungsantrag auch „SPD und LINKE“ schreiben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, oben drauf!)

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Soll ich es noch einmal vortragen, oder weiß jeder, worüber wir abstimmen? - Gut. Dann frage ich jetzt, ob es Gegenstimmen zu diesem Änderungsantrag gibt. - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und bei der LINKEN)

Wirklich vielen Dank.

Noch einmal die Vorlage in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist auch diese Vorlage in der soeben geänderten Fassung beschlossen. Danke sehr.

I. Abstimmung den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD; Die Linke. FDP, Volt und von RM Zimmermann (GUT Köln) mit der mündlichen Änderung der Fraktion Die Linke.

Beschluss:

Die Beschlusspunkte der Vorlage (1357/2023) werden um die bereits in der Begründung dieser Vorlage enthaltenen Aussagen sowie um einen neuen Punkt wie folgt ergänzt (in fett)

Der Rat

1. *beschließt, die Planungen zur Errichtung eines unterirdischen Kulturraums K3 nicht weiterzuverfolgen und stattdessen einen oberirdischen Kultur- und Gedenkraum zu planen und zu errichten, und*

2. *stimmt der zwischen der Verwaltung, der KVB und der ARGE Los-Süd ausgehandelten Vereinbarung zum Entfall des Rohbaus K3 (Anlage 3) und damit der Änderung der Vergleichsvereinbarung vom 29.06.2020*

(Vorlagen-Nr. 1887/2020) zu. Dabei soll der in der Vereinbarung zugesagte Betrag in Höhe von netto 4,8 Mio. € für die weiteren Planungen und Errichtung des Kultur- und Gedenkraums zur Verfügung stehen.

3. *Bei der Umsetzung des im ersten Punkt formulierten Ziels einen Kultur- und Gedenkort am Waidmarkt zu etablieren gilt es, in den weiteren Planungen und Verfahren („Qualifizierungs- und Wettbewerbsverfahren zur städtebaulichen Entwicklung des Freiraums und der Architektur") zur Entwicklung des Waidmarktes bzw. des Georgquartiers die Denkanstöße der Bürgerinitiativen, die Ergebnisse der Planungswerkstatt, die Interessen der Bürgerschaft und Anlieger über Beteiligungsformate einzubinden.*

4. *Das Grundstück des früheren Historischen Archivs bleibt dauerhaft im städtischen Eigentum. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die zwei benachbarten Grundstücke an der Ecke Severinstraße / Georgsplatz zur Entwicklung des genannten Planungsraumes angekauft werden können.*

5. *Es soll geprüft werden, ob diese Mittel ausdrücklich auch für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und -veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates verwendet werden können.*

   Der in der Vergleichsvereinbarung vereinbarte Erstattungsbeitrag wird zweckgebunden für den Raum Waidmarkt verwendet. Diese Mittel sollen ausdrücklich auch für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und -veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates und der Projektwerkstatt verwendet werden. Dazu erstellen ARGE und KVB bis Ende 2023 ein Konzept zur möglichen Bereitstellung von Baustellenflächen und stellen dieses dem Kulturausschuss in einem Fachgespräch vor. Einschränkungen und Verlängerungen im Bauablauf sind dabei unbedingt zu minimieren und im Konzept entsprechend vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte und ergänzte Vorlage mit den bereits in der Begründung dieser Vorlage enthaltenen Aussagen

Beschluss:

Der Rat beschließt,

1. *die Planungen zur Errichtung des unterirdischen Kulturraumes K3 nicht weiterzuverfolgen und stattdessen einen oberirdischen Kultur- und Gedenkraum zu planen und zu errichten, und*

2. *stimmt der zwischen der Verwaltung, der KVB und der ARGE Los-Süd ausgehandelten Vereinbarung zum Entfall des Rohbaus K3 (Anlage 3) und damit der Änderung der Vergleichsvereinbarung vom 29.06.2020 (Vorlagen-Nr. 1887/2020) zu. Dabei soll der in der Vereinbarung zugesagte Betrag in Höhe von netto 4,8 Mio. € für die weiteren Planungen und Errichtung des Kultur- und Gedenkraums zur Verfügung stehen.*

3. *Bei der Umsetzung des im ersten Punkt formulierten Ziels einen Kultur- und Gedenkort am Waidmarkt zu etablieren gilt es, in den weiteren Planungen und Verfahren („Qualifizierungs- und Wettbewerbsverfahren zur städtebaulichen Entwicklung des Freiraums und der Architektur") zur Entwicklung des Waidmarktes bzw. des Georgquartiers die Denkanstöße der Bürgerinitiativen, die Ergebnisse der Planungswerkstatt, die Interessen der Bürgerschaft und Anlieger über Beteiligungsformate einzubinden.*

4. *Das Grundstück des früheren Historischen Archivs bleibt dauerhaft im städtischen Eigentum. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die zwei benachbarten Grundstücke an der Ecke Severinstraße / Georgsplatz zur Entwicklung des genannten Planungsraumes angekauft werden können.*

5. *Es soll geprüft werden, ob diese Mittel ausdrücklich auch für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und -veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates verwendet werden können.*

   Der in der Vergleichsvereinbarung vereinbarte Erstattungsbeitrag wird

zweckgebunden für den Raum Waidmarkt verwendet. Diese Mittel sollen ausdrücklich auch für temporäre ortsbezogene Kulturaktionen und -veranstaltungen unter Regie des Kulturdezernates und der Projektwerkstatt verwendet werden. Dazu erstellen ARGE und KVB bis Ende 2023 ein Konzept zur möglichen Bereitstellung von Baustellenflächen und stellen dieses dem Kulturausschuss in einem Fachgespräch vor. Einschränkungen und Verlängerungen im Bauablauf sind dabei unbedingt zu minimieren und im Konzept entsprechend vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Die Fraktionen SPD und Die Linke. ziehen ihren Änderungsantrag AN/1252/2023 zurück.

Mündlicher Änderungsantrag von RM Kockerbeck:
„Ziffer 4 dieses Änderungsantrages wird im Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und RM Zimmermann (GUT Köln), AN/1239/2023, übernommen und die Faktionen SPD und Die Linke. treten diesem Antrag bei.“

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 Verlängerung des Förderprogramms "GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe" und Erhöhung des Fördervolumens
AN/1424/2022

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Wir stimmen ab über Klima- und Umweltausschuss, Anlage 5, und Finanzausschuss, Anlage 6. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 25.05.2023 (Anlage 5) und des Finanzausschusses vom 12.06.2023 (Anlage 6):

1. *Der Rat beschließt im Rahmen der städtischen Anpassung an den Klimawandel die Verlängerung der Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen sowie für Entsiegelung von Höfen und Vorgärten (Förderprogramm „GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe“) für weitere 5 Jahre für den Zeitraum 01.08.2023 bis 31.07.2028 (gem. § 41 I S.2 Buchstabe t GO NRW).*

2. *Der Rat beschließt die überarbeitete Förderrichtlinie. Eine Übersicht der einzelnen Änderungen ist aus der beigefügten Synopse in Anlage 3 beigefügt.*

   Mit Ergänzung des Satzes unter Punkt 5.1 der Förderrichtlinie (Anlage 1):
   Die gewerbliche Förderung ist auf kleine und mittlere Betriebe beschränkt (KMU= weniger als 250 Mitarbeiter und Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro.

3. *Zudem beschließt der Rat das Fördervolumen von jährlich 600.000 € auf 1 Mio. € (brutto) ab 2023 zu erhöhen.*

   Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilfinanzplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, bei der Finanzstelle 5704-1401-0-AZ01, ARAP „GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe“, in Höhe von 600.000 € p.a. zur Verfügung und wurden auch in der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2027 fortlaufend berücksichtigt.

   Die Finanzierung der Aufstockung um 400.000 € (brutto) p.a. für die Jahre 2023 und 2024 erfolgt aus den zusätzlich bereitgestellten Mitteln aus dem politischen Veränderungsnachweis 2023/2024 im Teilfinanzplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung,-vorsorge, Teilplanzeile 11 Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, bei der Finanzstelle 5704-1401-0-AZ01, ARAP „GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe“.

Die Fördermittel sind mit einer Gegenleistungsverpflichtung von 10 Jahren verbunden. Im

Haushaltsplan 2023/2024 wurden im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, Produktgruppe 1401 Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen für die Jahre 2023 bis 2027 für das Förderprogramm GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe rund 235.000 € p.a. zur „Auflösung der Gegenleistungsverpflichtung" berücksichtigt. In 2024 wird der Mehrbedarf im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung durch Mittelumschichtungen im Teilplan 1401, Teilplanzeile 13, „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen" von Dezernat für Umwelt, Klima und Liegenschaften sichergestellt.

Ab dem Haushaltsjahr 2025 wird das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, gegebenenfalls durch Umschichtungen, vorsehen.

Die Verwaltung führt eine Evaluation des Förderprogramms für die Jahre 2018 bis 2023 durch.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.34 Verlängerung (und Reduzierung) des Personals für die medizinische Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine AN/1462/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 474.092 € im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste im Haushaltsjahr 2023. Die Aufwandsermächtigung wird für die Finanzierung der Weiterbefristung von 6,27 VZÄ in Höhe von 242.418 € in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen sowie für den Einsatz von externen Medizinischen Fachkräften in Höhe von 231.674 € in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen benötigt.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 474.092 € im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, in der Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen im Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Integrationsbudget 2023 - Mittelverteilung zur Realisierung einer mehrsprachigen Veranstaltungsreihe zu Gesundheitsthemen für Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte durch die Interkulturellen Zentren der Stadt Köln AN/1533/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht in dieser Vorlage, finanziell gesehen, um einen lächerlich geringen Betrag: 8 403 Euro. Es geht uns daher auch nicht um diese Summe, sondern vielmehr um das Prinzip und die damit einhergehende Anspruchshaltung gewisser migrantischer Kreise in unserer Stadtgesellschaft.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: Buh! - Zuruf von der AfD: Hört doch mal zu!)

Wir fragen: Wie kann es sein, dass jemand seit Jahrzehnten hier lebt und dann als Rentner immer noch so wenig Deutsch spricht, dass er oder sie eine Information in der Muttersprache benötigt, um seine Ansprüche gegenüber dem deutschen Gesundheits- und Sozialsystem erklärt zu bekommen? Wie kann das sein?

(Unruhe)

Grotesk ist das Ganze doch ausgerechnet in Zeiten wie heute, wo es beste, kostenlos verfügbare

Übersetzungsprogramme von Google & Co. gibt. Ob der deutsch-türkische Verein als verwaltende Stelle eine geeignete Organisation für dieses Programm ist, sei dahingestellt. Diese Vorlage, meine Damen und Herren, fördert wie unter einem Brennglas ein Grundproblem dieser Stadt zutage, nämlich die vielen Parallelgesellschaften, die wir in dieser Stadt, in diesem Land seit Jahrzehnten zulassen. Ich sage Ihnen: Wer nach Jahrzehnten in Deutschland immer noch kein Wort Deutsch spricht, ist in dieser Stadt, ist in diesem Lande nie angekommen.

(Zurufe von der LINKEN)

Wer nach Jahrzehnten in Deutschland zu 80 Prozent Erdoğan wählt, ist in dieser Stadt, ist in unserer Gesellschaft nie angekommen. Und wer nach Jahrzehnten in Deutschland zu 80 Prozent ausschließlich die eigenen Landsleute heiratet, der ist in dieser Stadt, in dieser Gesellschaft nicht angekommen.

(Uschi Röhrig [DIE LINKE]: Buh! - Das ist zum Fremdschämen!)

Diese Menschen sind nie angekommen, und zwar nicht, weil wir sie nicht lassen, sondern weil sie es nicht wollen. Und das, nebenbei bemerkt, ist ja auch ihr gutes Recht. Aber dann müssen sie das alte arabische Sprichwort gegen sich gelten lassen; dann sollten sie die folgenden Worte dieses Sprichwortes beherzigen:

> Und weilst du bei einem Volke 40 Tage, so sei einer von ihnen oder wandere weiter.

Viele Menschen, über die wir hier reden, sind nicht seit 40 Tagen, nein, sie sind seit 40 Jahren bei uns. Es müsste also heute heißen: „Und weilst du bei einem Volke 40 Jahre, so sei einer von ihnen oder wandere weiter."

(Sarah Niknamtavin [DIE LINKE]: Wandern Sie doch weiter!)

Meine Damen und Herren, genau das ist der Grund, warum wir ganz ernsthaft und unaufgeregt über breit angelegte Remigrationsprojekte nachdenken und diskutieren müssen. Die Integration der letzten 40 Jahre ist in vielen Fällen krachend gescheitert - krachend gescheitert -, und diese Vorlage ist ein weiterer Beweis dafür. Wir sagen als AfD: keine staatlichen Hilfsangebote für Integrationsverweigerer.

Meine Damen und Herren, lassen Sie die klare und schnörkellose Sprache des arabischen Sprichwortes einfach mal auf sich wirken: „Und weilst du bei einem Volke 40 Tage, so sei einer von ihnen oder wandere weiter." In diesem Sinne: Salam aleikum! - Shukran.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der LINKEN: Buh!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat der Stadt Köln beschließt die Verwendung eines Betrages in Höhe von 8.403,00 € aus dem Integrationsbudget 2023 für eine mehrsprachige Informationskampagne zu unterschiedlichen Gesundheitsthemen für die Zielgruppe der Senior*innen mit internationaler Familiengeschichte.*

Die Veranstaltungen finden im dritten und vierten Quartal 2023 in verschiedenen Interkulturellen Zentren im Kölner Stadtgebiet statt. Die Auszahlung erfolgt an den Deutsch-Türkischen-Verein e.V. als verwaltende Stelle.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.36 Bestandsaufnahme und Strategie zur Integrierten Klimafolgenanpassung AN/2352/2022

Ich gebe Frau Abé das Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Wir leben in einer Zeit der Krisen, und eine der zentralen Krisen jetzt und in den nächsten Jahrzehnten ist die Klimakrise. Starkregen und Hitze gehören zu unserem Alltag. Darunter leiden nicht nur wir, sondern vor allem die Natur und die Schwächsten unter uns: Kranke, alte Menschen, kleine Kinder usw. Daher haben wir uns auf den Weg gemacht, die Klimakrise zu stoppen, und kämpfen auf allen Ebenen für Klimaneutralität. Nichtsdestotrotz müssen wir aber schon heute den nicht aufzuhaltenden Folgen entgegentreten. Wir brauchen Klimafolgenanpassung.

Im Dezember 2021 haben wir auf unsere Initiative hin beschlossen, eine dezernatsübergreifende Strategie für eine integrierte Klimafolgenanpassung und ein Sofortprogramm zu entwickeln. Die Umsetzung hat etwas länger gedauert als geplant, dafür ist das Ergebnis umso besser. Qualität geht vor Schnelligkeit. Mit dem Klimawandelanpassungsmanagement, kurz: KAM, sind wir Vorbild für andere Kommunen. Mit der Vorlage wird Klimafolgenanpassung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung implementiert und zentral koordiniert. Das ist ein wichtiger Schritt. Klimafolgenanpassung ist in aller Munde und auch auf der Landesebene angekommen. Das verbessert die Förderlandschaft.

Aber auch in Köln fangen wir nicht bei null an. Als Grundlage haben wir die Studie „Klimawandelgerechte Metropole Köln“, und die Bestandsaufnahme in der Anlage 2 zeigt: Wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen, zum Beispiel eine klimawandelangepasste Stadtentwicklung, einen Hitzeaktionsplan GRÜN hoch 3, das mir dem heutigen Beschluss ausgeweitet und fortgeschrieben wird, Maßnahmen zur Entsiegelung, Baumschutz, Überflutungsvorsorge und, und, und. So wie wir es uns gewünscht haben, werden diese nun gebündelt und fortgeschrieben und in einem weiteren Schritt zu einer Strategie entwickelt. Durch eine zentrale Koordination werden Fördermittel besser akquiriert, die Bevölkerung sensibilisiert, aber vor allem kann schnell und zielgerichtet gehandelt werden. Das ist wichtig und dringend notwendig.

Wenn wir die Vorlage und damit auch die Sofortmaßnahmen heute beschließen, können wir bereits in diesem Jahr die Klimafolgen verstärkt abmildern. Ich habe gerade online eine Schlagzeile gelesen, dass der Sommer noch heißer wird als in den vergangenen Jahren.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich bitte noch auf einen Punkt im Speziellen eingehen. Ich halte es für richtig, dass wir mit diesem Beschluss auch Gelder für die Umsetzung des Masterplans „Stadtgrün“ zur Verfügung stellen. Die Stadt steht vor großen Herausforderungen, wir haben es heute schon aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, Schulen und Gewerbesteuereinnahmen. Dafür brauchen wir Flächen. Diese sind knapp. Aber die Menschen, die hier wohnen, lernen und arbeiten, brauchen Lebensqualität. Was nützen uns Wohnungen, Schulen und Gewerbe, wenn sich die Stadt aufgrund von Hitze und Überschwemmungen nicht mehr leben lässt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher müssen wir abwägen und schauen, wo wir Grünflächen erhalten, Flächen entsiegeln oder durch Begrünung eine Netto-Null-Neuversiegelung erzielen können. Ich appelliere an Sie alle: Lassen Sie uns Soziales, Wirtschaft und Klima nicht gegeneinander ausspielen. Lassen Sie uns die Herausforderungen für die Zukunft von Köln zusammendenken und nach Lösungen suchen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie uns heute die integrierte Klimafolgenanpassung auf den Weg bringen. Ich bitte um Zustimmung zur Vorlage wie AKUG.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute die Beschlussvorlage zur Klimafolgenanpassung beschließen können, weil sie zeigt, dass wir in der Arbeit für Klima und Umwelt in dieser Stadt vorankommen. Ähnlich wie beim Schulbau liefern wir heute auch Ergebnisse ab. Ende 2022 haben wir die Klimaneutralitätsstrategie beschlossen, jetzt folgt mit den Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung sozusagen die zweite Säule, mit der wir dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft in Köln gut leben können. Das eine ist der Schutz des Klimas, das andere ist aber auch das Akzeptieren des Klimawandels und die Anpassung unserer Infrastruktur. Der Vorteil bei der Klimafolgenanpassung ist meiner Meinung nach, dass wir in Köln ganz konkret Maßnahmen ergreifen können, die hier in Köln wirken und den Bürgerinnen und Bürgern und uns allen zugutekommen.

Bei der weiteren Ausarbeitung der Maßnahmen ist es uns wichtig, dass wir auch Pilotprojekte zum Thema Verschattung umsetzen, deshalb haben wir einen Änderungsantrag gestellt. Wir brauchen Ansätze, wie wir zukünftig Spielplätze und öffentliche Plätze in heißen Sommerphasen weiter nutzen können. Die Datenbasis für die integrierte Klimafolgenanpassungsstrategie muss noch aktualisiert werden - daran wird gearbeitet -, damit wir die Veränderungen in Köln besser abschätzen können; denn die bisherige Studie ist über zehn Jahre alt und natürlich hat sich das weiterentwickelt. Wir müssen es jetzt nochmals neu anschauen und eine Basis haben, auf der wir zukünftig Entscheidungen treffen können, auch bezogen auf einzelne Stadtbezirke und Stadtteile. Daher unterstützen wir auch die Schaffung der Stellen im Klimafolgenanpassungsmanagement, hoffen, dass sie schnell besetzt werden und wir mit Tempo weiterarbeiten können. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich eine Wortmeldung von Herrn Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Das wissen Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, das wissen auch die allermeisten hier im Saal und auf der Tribüne und zu Hause. Das klingt wie eine Binse, aber es ist erst in den letzten Jahren und insbesondere über die Stärkung der Koordinationsstelle hier in Köln auch in den Verwaltungsstrukturen so angekommen. Es hat sich also gezeigt, dass auch eine Querschnittsaufgabe Führung und vor allem Koordination und Beratung braucht. Mit diesem guten Beispiel im Hinterkopf begrüßen wir die Schaffung einer ähnlichen Koordinationsstelle für Klimawandelanpassungsmanagement. Denn das ist nicht das gleiche wie Klimaschutz, was man immer wieder betonen muss, und bedeutet andere Aufgaben und andere Herausforderungen. Für diejenigen, die bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags waren, können sich vielleicht an eine Zahl von Herrn Lewe erinnern: 16 000 Stellen werden in diesem Bereich in Deutschland gebraucht, damit wir die Herausforderungen, die auf uns zukommen, schaffen. Wir machen also auch im deutschen Städtevergleich wichtige Schritte in die richtige Richtung, um diesen Bereich weiter zu stärken. Des Weiteren, wie die Vorrednerinnen schon gesagt haben, erteilen wir eine Mittelfreigabe für Sofortmaßnahmen, die hoffentlich sehr schnell Wirkung zeigen werden. Auch die Brücke zum Masterplan „Stadtgrün“ wird mit dieser Vorlage geschlagen, was wir sehr begrüßen. Wir danken daher der Verwaltung für die Darstellung des bisherigen Standes mit Blick zu unserem Klimadezernenten und freuen uns dann auf die ausgearbeitete Strategie. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Ich mache es von hier aus, denn ich wollte eigentlich nicht so lange reden zu der Bestandsaufnahme und Strategie zur integrierten Klimafolgenanpassung. Wir begrüßen die Vorlage und haben ihr im Umweltausschuss auch zugestimmt. Ursprünglich wollten wir einen Änderungsantrag bzw. Ergänzungsantrag stellen, weil uns die zeitliche Abfolge etwas zu lange dauert, bis da überhaupt etwas passiert, denn der Antrag wurde ja auch schon Ende 2021 gestellt und auch da schon in Arbeit war. Nach einem erfolgten Informationsgespräch und Austausch mit der Verwaltung haben wir dann davon Abstand genommen und das auch zurückgezogen im Umweltausschuss. Weil: Es sind aktuell viele Maßnahmen in Arbeit, da sind ja auch einige schon genannt worden, und zwar unter anderem das

Tagen des Runden Tisches zum Hitzeplan, Einsatz von mehr Personal, Angehen von Entsiegelungen, was ja sehr wichtig ist auch für die Abkühlung für die große Stadt Köln, dann Einsatz eines Monitorings, der hoffentlich auch bald anfängt regelmäßig zu tagen. Und bis Ende des Jahres sollen neue Zahlen des Wetterdienstes vorliegen, die dann auch noch mit in diese Strategie Einfluss nehmen.

Uns fehlt aktuell nach wie vor ein erarbeitetes Klimaanpassungskonzept. Wir sehen aber erst einmal den guten Ansatz vonseiten der Verwaltung, und deswegen werden wir hier auch zustimmen, uns aber vorbehalten, später erneut einen Antrag zu stellen, damit mehr Bewegung gegebenenfalls in die Umsetzung kommt.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne abstimmen lassen, und zwar wie Klima- und Umweltausschuss, Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 13.06.2023 (Anlage 3):

Entsprechend dem Ratsauftrag AN/2624/2021 legt die Verwaltung eine Bestandsaufnahme von Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung vor und entwickelt eine Strategie, um die Querschnittsaufgabe Klimawandelanpassung in der Verwaltung für die Folgejahre zu verorten.

1. *Der Rat genehmigt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung für die in der Anlage 1 dargestellten Sofortmaßnahmen mit Gesamtaufwendungen i.H.v. 287.450 € (brutto) p.a..*

2. *Zudem beauftragt der Rat die Verwaltung alle erforderlichen Maßnahmen zur Einrichtung einer Koordinationsstelle „KlimawandelAnpassungsManagement (KAM)“ mit Gesamtaufwendungen i.H.v. 300.900 € (brutto) p.a. umzusetzen und die hierfür erforderlichen Mehrstellen im Rahmen des regulären Stellenplanverfahrens zu realisieren.*

   Die Gesamtaufwendungen der Maßnahmen unter Punkt 1 und 2 betragen auf Basis der vorliegenden Kostenberechnung 588.350 € brutto p.a. Diese sind in Anlage 1 dargestellt.

3. *Zur Finanzierung der vorgenannten Gesamtaufwendungen i.H.v. 588.350 € brutto stehen u.a. im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Finanzmittel i.H.v. 413.350 € (brutto) zur Verfügung. Die restliche Finanzierung von 175.000 € brutto stellt das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Stellenplanverfahrens sicher.*

   Ab dem Haushaltsjahr 2025 wird das Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, gegebenenfalls durch Umschichtungen, vorsehen.

4. *Der Rat beschließt zur Umsetzung des „Masterplans Stadtgrün“ in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen gemäß § 83 GO NRW in Höhe von jeweils 93.400 € brutto im Teilergebnisplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in der Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen (80.600 € brutto) und der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (12.800 € brutto), zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt in entsprechender Höhe durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Deckungsmittel sind in den ausgewiesenen Gesamtaufwendungen enthalten.*

5. *Zudem beschließt der Rat, dass über die Umsetzung der Maßnahmen aus dem als Anlage 2 beigefügten Bestandskatalog jährlich zu berichten ist.*

6. *Im Bestandskatalog - Maßnahmen zur integrierten Klimafolgenanpassung – sind*

folgende Maßnahmen zur Verschattung mit aufzunehmen:

Handlungsfeld: Gesundheit

Titel der Handlung: Verschattung von öffentlichen Flächen

Beschreibung: Im Rahmen eines Versuchs sind kurzfristig ein Kinderspielplatz und eine öffentliche Platzfläche durch geeignete Verschattung zu kühlen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.37 Institutionelle Förderung des Vereins EIT Culture & Creativity e. V. für die Haushaltsjahre 2023-2030
1093/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *für den Zeitraum vom 06.04.2023 bis 31.12.2030 die Gewährung eines Betriebskostenzuschusses an den EIT Culture & Creativity e.V. in Höhe von 50.000 € pro Jahr (Gesamtsumme 400.000,- €). Der Rat stimmt der vollständigen oder teilweisen Weiterleitung des Zuschusses durch den Verein an eine noch zu gründende GmbH zur Abwicklung des operativen Geschäfts zu.*

2. *die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 im Rahmen des Finanzausschussbeschlusses (AN/1728/2022) vom 30.09.2022 zugesetzten Mittel für das Projekt „Einzelhandelsförderung“ in Höhe von jeweils 50.000 € in 2023 und 2024 im Teilergebnisplan der Stabstelle Wirtschaftsförderung in der Produktgruppe 1501 – Wirtschaft und Tourismus, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.*

3. *die anderweitige Verwendung der oben genannten Mittel zugunsten der Gewährung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von 50.000 € p.a. an den EIT Culture & Creativity e.V. in den Jahren 2023 und 2024.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.38 Aufwertung Neumarkt - Arbeitspaket 1 „Mobilität“
Baubeschluss für die attraktivere Verbindung der Platzinnenfläche sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentliche Platzflächen).
1011/2023

Ich habe laut meiner Rednerliste Frau De Bellis als erste Rednerin.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Vielen Dank, liebe Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen im Livestream! Ich habe den Wunsch, zu der Vorlage etwas beizutragen. Zunächst mal freut es mich. Ich kann mich nicht erinnern, seitdem ich verkehrspolitische Sprecherin für meine Fraktion bin, dass wir eine Vorlage hatten, die sich tatsächlich nur auf die Fußgänger konzentriert. Das ist toll! Auch möchte ich an der Stelle Lob aussprechen. Und wir, die CDU, werden selbstverständlich der Vorlage zustimmen, wie mit der Anlage 7. Aber nichtsdestotrotz möchte ich mir erlauben, zwei Punkte aufzunehmen, die wir bereits beim Ortstermin besprochen haben. Auch das war ein sehr gut durchgeführter Termin, und auch das schnelle Protokoll. Da gibt es nichts zu mäkeln.

Nichtsdestotrotz, wenn ich mir die Anlage 7 anschaue, möchte ich mir heute den Punkt 4 und 5 anschauen. Was mich da ein bisschen stört ist - aber sicherlich kann man da doch das ein oder andere noch optimieren, um tatsächlich den

Fußgänger hier auch in den Fokus zu bringen -, dass doch die Konzentration des Fußgängers ein wenig zu weich dargestellt wird. Ich vermisse an der Stelle besonders die Meinung des Fußgängerbeauftragten. Das letzte Mal, als ich etwas von ihm gelesen habe, war kurz nach seinem Beginn, da wollte er Köln zu Fuß erkunden. Ich weiß gar nicht, ob er schon zurück im Rathaus erschienen ist.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir lachen da vielleicht drüber, aber ich werde ihnen auch erläutern, wieso. Ja, ich meine, Köln ist groß, man braucht ein bisschen Zeit. Und nichtsdestotrotz, Herr Egerer, vielleicht richten Sie ihm meine Grüße an dieser Stelle aus. Wenn ich mir den Plan vom Neumarkt anschaue, sehe ich zwei Punkte, und zwar zum einen die Radstellanlagen im Bereich der Zeppelinstraße/Schildergasse. Ich hoffe sehr, dass die so aufgestellt werden, dass genügend Platz ist, damit die Fußgänger, die vielleicht nicht ganz so schnell unterwegs sind oder auch Einschränkungen haben, diese Strecke ohne Gefahren passieren können Bei Punkt 4 der Anlage 7 schreiben Sie, Sie möchten eine Entschärfung der möglichen Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrenden. Wenn man sich aber die Vorlage anschaut, gerade in der Begründung, wir rechnen ja mit der Aufwertung des Neumarkts mit viel mehr Fußgängern; das wollen wir auch. Wir wollen den Platz beleben. Ich hoffe, dass diese Entschärfung nicht nur auf dem § 1 der Straßenverkehrsordnung beruht, sondern auch tatsächlich ein sicheres Überqueren über den Fahrradweg ermöglicht. Ich bin da auch ganz guter Hoffnung, dass man die Signalanlage dann nicht ganz unten rausfallen lässt, zumal Herr Siggelkow, der Amtsleiter, diese Thematik verstanden hat und diesen Konflikt nicht nur mit gegenseitiger Rücksichtnahme lösen möchte, sondern tatsächlich dort eine Möglichkeit schafft, dass die Fußgänger und auch gerade Menschen mit Behinderungen an dieser Stelle diesen Radweg wirklich gesund und sicher auch überqueren können.

Eine Sache hat mich sehr enttäuscht. Das betrifft nicht die Kollegen im Rat, aber auch nicht die Verwaltung: Ich habe mich letzte Woche mit einem Vertreter eines Radverbandes unterhalten und das spiegelt so ein bisschen die Vorlage der BV 1 wider, auf den Inhalt möchte ich gar nicht eingehen. Man hat versucht, an der einzigen Vorlage, die sich wirklich auf die Fußgänger konzentriert, alles noch reinzupacken, um das Fahrrad nicht auszubremsen. Mit diesen Worten wurde es mir ebenfalls gesagt. Wenn wir diese Kommunikation wirklich weiter so vornehmen und so miteinander sprechen, schafft das kein gutes Klima für die verschiedenen Mobilitätsbewegungen. Und der zweite Satz, der mich auch ein bisschen fast auf die Palme gebracht hat -

(Ralph Sterck [FDP]: Das schafft man doch bei dir gar nicht!)

- Wie bitte? Charmant wie immer, lieber Ralph. -, war, dass man gesagt hat, die Lichtsignalanlage ist viel zu teuer, deswegen darf sie da nicht hinkommen. Ganz ehrlich, die Unversehrtheit eines jeden Menschen ist für mich an der Stelle nicht verhandelbar

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und die darf auch nicht scheitern, das sicheres Überqueren ist erforderlich. Also bitte, liebe Verwaltung, Herr Egerer, lassen Sie sich nicht einschüchtern. Sorgen Sie dafür, dass es tatsächlich eine Vorlage für Fußgänger bleibt. Der Fußgänger soll hier im Fokus stehen. Wir schaffen die Aufwertung des Neumarkts. Das schaffen wir auch zusammen. Ich bin mir sicher, dass Sie diese Thematik nicht aus dem Blick verlieren, auch wenn unser Fußgängerbeauftragter noch den Weg zurück ins Rathaus findet. Haben Sie das im Blick! Und sehen Sie es mir nach, dass ich dazu gerne sprechen wollte. Aber mir ist es ein wichtiges Anliegen und meinen Kolleginnen und Kollegen sicherlich auch. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo noch einmal! Entschuldigt die Spontaneität, aber ich bringe hiermit noch einen mündlichen Änderungsantrag ein. Der Antragstext liegt Ihnen allerdings schon vor, das ist in Anlage 4 die Bürgereingabe. Wir möchten beantragen, dass die Vorlage in Anlage 4 den abgedruckten Antragstext, den Ursprungsantrag ergänzt - oder dieser dadurch ergänzt wird. Auch so ein bisschen als Reaktion und Antwort auf meine Vorrednerin: Für

besonders relevant halten wir, dass der Radverkehr fortan auf einer eigenen Spur auf der Fahrbahn geführt wird und die zulässige Höchstgeschwindigkeit rund um den Neumarkt auf 30 km/h festgelegt wird.

(Bernd Petelkau [CDU]: Haben wir schon!)

- Okay.

Die vorliegende Planung zur Umbaumaßnahme ist unausgewogen und nicht zeitgemäß. Keine andere Großstadt in Europa käme vermutlich auf die Idee, eine moderne, fuß- und radfreundliche Umgestaltung eines solchen Platzes ausgerechnet mit Ampeln zu planen. Unter anderem, weil dies deutlich teurer und aufwändiger ist als andere Varianten. Vor allem ist aber diese Umgestaltung nicht dazu geeignet, die Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Radfahrende herzustellen. Erst vor wenigen Wochen hat der tödliche Unfall einer älteren Dame in der Innenstadt gezeigt, welche dramatischen Folgen es haben kann, wenn Rad- und Fußverkehr ohne Trennung nebeneinander geführt werden. In der aktuellen Planung bleibt diese gefährliche Situation nicht nur an vielen Stellen erhalten, zum Beispiel vor dem Gesundheitsamt, sie wird auch durch den Umbau aktiv neu geschaffen, zum Beispiel entlang des Taxistandes.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich würde gern aussprechen. Danke.

Für die Radfahrenden verbessert sich auch nichts. Sie müssen entlang des Taxistandes extrem langsam fahren und zudem sich bei der Umrundung ständig neu orientieren, wo sie fahren dürfen. Die Sicherheit der Menschen, die durch die konsequente Radspur so einfach hergestellt werden könnte, wird hier aufs Spiel gesetzt, aus einem einzigen Grund: Um zu verschleiern, dass die oberirdische Variante der Ost-West-Achse die sachlich eindeutig die überlegene Lösung ist. Die Förderung der unterirdischen Variante ist ja nur deshalb durch die Maßnahme gefährdet, weil diese Variante ohnehin so einen schlechten Kosten-Nutzen-Faktor aufweist. Die deutlich effizientere oberirdische Maßnahme hingegen ist in ihrer Förderung nicht gefährdet. Diese Verschleierungstaktik zugunsten des vermeintlichen -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zur Sache sprechen?

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): - ich bin gleich fertig - Prestigeprojektes auf Kosten der Sicherheit der Menschen lehnen wir vehement ab. RingFrei ist ein Vorbild für unsere Städte geworden. Der Mut, endlich mal etwas echte Verbesserungen zu schaffen, wird belohnt. Es wäre wichtig, dass die Stadtverwaltung und Politik hier auch am Neumarkt, wo die Situation für alle, die nicht mit dem Auto unterwegs sind, unerträglich ist, Mut beweisen und eine echte Verbesserung herbeiführen würde. Wir werben deshalb um Zustimmung zu diesem ursprünglichen, als Bürgereingabe eingebrachten Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich zwei Fragen, zwei Hände gingen hoch.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich würde dazu etwas sagen wollen, ich habe keine Frage! - Lukas Lorenz [SPD]: Ich möchte auch nur etwas sagen!)

- Gut, dann.

Lukas Lorenz (SPD): Wenn ich die Frage stellen kann: Ist Ihnen bewusst, dass Sie mit diesem Änderungsantrag die Förderfähigkeit der anschließenden Umgestaltung, die ja in Planung ist, gefährden würden und damit praktisch gar nichts erreichen würden? Das ist praktisch der niedrigste Kompromiss, den man finden konnte, um die Förderfähigkeit anschließend nicht zu gefährden.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich dachte, ich hatte vorhin dazu schon was gesagt.

Ich würde mich ungern wiederholen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht dann Herr Hammer.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist tatsächlich nur eine Klarstellung, ein neuer Redebeitrag!)

- Also gut. Okay, dann vielen Dank. Dann bitte, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die Worterteilung. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist auch in der Frage von Herrn Lorenz schon angeklungen: Wir hatten einen sehr ausführlichen Ortstermin, der sich genau mit dieser Frage auseinandergesetzt hat. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat sich ja auch genau mit dieser Bürger*inneneingabe beschäftigt, was die Umwidmung einer einzelnen Spur letztendlich auch angeht, weswegen der Verkehrsausschuss diese Vorlage damals nicht beraten konnte oder nicht final mit einem Votum versehen konnte, weil die Ergebnisse im Ortstermin zwar schon vorlagen. Vielen Dank an dieser Stelle auch noch mal an die Verwaltung für die Durchführung dieses Ortstermins, für die Herstellung der Klarheit, was Förderfähigkeiten angeht; wenn ein Ortstermin an einem Brückentag ist und Dienstag ist Ausschuss, dann ist das auch, glaube ich, eine gute Leistung, dass wir die Ergebnisse dort auch entsprechend dahatten. Vielen Dank auch an die Verwaltung für die Darstellung, was es mit dem Beschluss der betroffenen Innenstadt auf sich hat, nämlich dass vieles von dem auch bereits im Ortstermin vorhanden ist. Von daher, glaube ich, können wir alle der Beschlussvorlage, so wie sie ist, inklusive der entsprechenden Anlagen, hier auch zustimmen. In dem Wissen, dass wir dort auch, wenn wir unter anderen Förderbedingungen wären, wenn wir unter anderen Förderkulissen hier wären, durchaus noch andere Maßnahmen ergreifen könnten.

Uns allen ist daran gelegen, die Förderfähigkeit des Gesamtprojektes der Ost-West-Achse sicherzustellen, unabhängig davon, ob es am Ende ein Tunnel wird oder eine oberirdische Lösung. Da gibt es verschiedene Präferenzen in diesem Saal, die sind auch allen bekannt. Nichtsdestotrotz, glaube ich, sollten wir nichts gefährden, was Förderfähigkeiten von diesem Projekt generell angeht. Und da sind sehr klare Aussagen sowohl in der Anlage enthalten als auch bei dem Ortstermin noch mal deutlich gemacht worden. Von daher werden wir so abstimmen, wie es letztendlich die Vorlage ist, inklusive der entsprechenden Anlagen. Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU sowie Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Bevor ich abstimmen lasse, würde ich gerne noch mal Frau Gabriel fragen, ob sie ihren Änderungsantrag aufrechterhalten möchte und wie sie ihn formulieren möchte. Frau Gabriel.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich würde ihn gern erhalten mit dem Wortlaut, dass der Antragstext durch den Antragstext wie in Anlage 4 ergänzt wird.

(Zurufe: Ergänzt? - Ersetzt ist gemeint!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich erst über den Änderungsantrag abstimmen. Die Anlage 4 liegt Ihnen allen vor. Der Beschlusstext ist der Text bis zur Begründung. Ja? Das brauche ich jetzt nicht vorzulesen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Herr Zimmermann. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen, unter Berücksichtigung des Ergebnisprotokolls des Ortstermins vom 19.05.23., Anlage 7.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau! So!)

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag

Beschluss:

Der Beschlusstext der Vorlage soll um den Antragstext der Anlage 4 (Bürgerantrag - Online-Petition) ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Ortstermins vom 19.05.2023 (Anlage 7)

Beschluss:

1. *Der Rat macht von seinem Rückholrecht gemäß § 6 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln Gebrauch.*
2. *Der Rat nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Errichtung von Fußgängerüberquerungen mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 855.613,52 € (davon 754.902,91 € investiv, 100.710,61 € konsumtiv inklusive rd. 5.500 € Beleuchtungskosten).*
3. *Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 20.000 € für die Umgestaltung des Platzes Neumarkt Ostseite im Teilfinanzplan des Amtes für Straßen und Radwegebau in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze in der Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen -, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1002, Platzgestaltung (Öffentliche Platzflächen), Haushaltsjahr 2023.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.39 Mitgliedschaft der Stadt Köln als außerordentliches Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) 1729/2023

Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Lorenz. - Herr Lorenz, bitte.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich gehört so eine Vorlage erst mal in den Verkehrsausschuss, um eine Vorberatung stattfinden zu lassen, damit man sich damit mal intensiv befassen kann. Deswegen habe ich hier jetzt einige Fragen. Warum reicht die Mitgliedschaft der KVB, der HGK und des VRS hier nicht aus? Und welche faktischen Vorteile sind durch den Beitritt möglich? Fühlt sich die Verwaltung zu schlecht im VDV durch die städtischen Gesellschaften und die städtischen Vertreterinnen im Zweckverband VRS vertreten? Frau Haaks, als Vertreterin des VDV frage ich Sie: Gibt es weitere Großstädte, die trotz der VDV-Mitgliedschaft der eigenen Verkehrsunternehmen als Gastmitglieder beim VDV vertreten sind? Ist es nicht gute Sitte, dass Unternehmen in Unternehmensverbänden sitzen und Kommunen in Kommunalverbänden? Wofür wurde eine Gastmitgliedschaft für Kommunen seitens des VDV geschaffen? Welche Kommunen sind Gastmitglieder und zu welchem Zweck? Ist die damalige Begründung zur Gastmitgliedschaft bei der Stadt Köln erfüllt worden? Und: plant die Stadt - davon gehe ich aus, wenn man im VDV, also dem Unternehmensverband der Verkehrsunternehmen Mitglied werden möchte - die Gründung einer neuen Verkehrsgesellschaft?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich erst Herrn Eger und dann Frau Haaks bitten, Ihre Frage zu beantworten. Einverstanden? - Herr Egerer.

Beigeordneter Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das war jetzt eine ganze Reihe von Fragen. Die Möglichkeit, als Kommune, als außerordentliches Mitglied dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen beizutreten, ist ganz neu geschaffen worden vom Verband. Und deswegen haben wir jetzt überhaupt erst diese Möglichkeit. Es gibt schon eine Kommune, die Stadt Regensburg, die davon schon Gebrauch gemacht hat. Ob es noch ein Verkehrsunternehmen dort gibt, das müsste ich prüfen, das weiß ich auswendig nicht. Uns als Stadt bietet das Vorteile, weil wir selbst auch Stadtbahnanlagen planen und betreiben im Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau und wie Sie wissen, eben auch die Projekte des Stadtbahnausbaus hier dann auch immer verabreden, wer sie federführend betreut, die KVB oder die

Stadt. Wir haben ein großes Programm an Ausbauprojekten vor uns, das heißt, der Umfang der Maßnahmen wird deutlich steigen. Wir sind auch Aufgabenträger im ÖPNV für den städtischen ÖPNV, und haben also auch hier einen klaren Bezug. Denn auch die Aufgabenträgerorganisationen sind Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen. Wir reihen uns da also auch ein, um hier am Erfahrungsaustausch, an den aktuellen Entwicklungen teilzuhaben. Wir werden nicht in die Tiefen der technischen Richtlinienerarbeitung einsteigen. Das ist nicht unser Ziel. Deswegen bleiben wir eben auch auf diesem Niveau außerordentliches Mitglied. Diese Facharbeiten, die sehen auch wir bei der KVB weiterhin. Aber es geht hier darum, auch das Gesamtsystem ÖPNV plus Bahn und SPNV - SPNV-Ausbau steht ja auch in Köln auf der Agenda - intensiv zu begleiten und deswegen hier, ich sage mal ganz salopp, die „Kräfte zu bündeln“, um gemeinsam schneller zu Lösungen zu kommen. Das ist das letzte Stichwort: „Planungsbeschleunigung“. Hier auch die Ansätze zu nutzen, die es in der Branche gibt und damit auch unmittelbar daran partizipieren zu können. - Danke schön.

Stefanie Haaks (Vorstandsvorsitzende KVB): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, das steckt schon im Namen drin, ist gegründet worden für die Verkehrsunternehmen. Verkehrsverbünde und auch Häfen und Güterverkehre sind ebenfalls Mitglied. Wir haben - das hat Herr Egerer korrekt gesagt - in der letzten Mitgliederversammlung die Option eröffnet, dass auch kommunale Einheiten eine außerordentliche Mitgliedschaft erwerben können. Hintergrund war, dass es eine Stadt gab, Herr Egerer hat sie genannt, die tatsächlich ein Verkehrssystem selbst aufbauen möchte und bisher so etwas nicht hat - weder eine Verkehrsgesellschaft noch sonst irgendwelche Erfahrungswerte. Genau deshalb wurde darum gebeten, eine Mitgliedschaft zu prüfen. Das ist der Hintergrund, dass diese Stadt tatsächlich dann auch außerordentliches Mitglied wurde. Ansonsten gibt es noch keine Kommunen oder Landkreise, die davon Gebrauch gemacht haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen?

(Zurufe)

Ja, klar ist das überhaupt nicht. Warum soll das klar sein?

(Jürgen Kircher [SPD]: Für uns ist das schon klar! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss nicht jede Gefühlsregung aufnehmen, Frau Oberbürgermeisterin!)

- Mir aber nicht! Aber Sie haben das so gesagt, als wäre das jetzt gar nicht anders möglich. Aber es ist ja möglich, wie wir eben gehört haben. Okay.

Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Köln zu dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) im Anschluss an die Beschlussfassung zum 1. des Folgemonats.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.40 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2022 1841/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass aus dem Jahresüberschuss, den die Stadtwerke Köln GmbH im Geschäftsjahr 2022 erwirtschaftet hat, ein Betrag in Höhe von 40.000 T€ an die Stadt

Köln ausgeschüttet wird.

*Der*die Vertreter*in der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH wird ermächtigt, die hierzu notwendigen Erklärungen abzugeben.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.41 Streetwork für die Umgebung Neumarkt / Drogenkonsumraum 1611/2023

Dazu meldet sich Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Mit dem vorgelegten Beschluss soll die Zahl der Streetworker in der Umgebung des Neumarktes und auch von anderen Drogenkonsumräumen aufgestockt werden. Um das klar zu sagen: Die FDP unterstützt dieses Ziel ausdrücklich, und wir erkennen auch an, dass das Bündnis mit seinem politischen Veränderungsnachweis hierfür sowie auch für die Verlängerung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraumes das nötige Geld zur Verfügung gestellt haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der FDP)

Nun hoffen wir natürlich alle, dass wir auch diese Aufgaben durch die nötigen Fachkräfte erfüllen können. Wir wissen ja, wie schwierig es ist, diese Fachkräfte in den jetzigen Zeiten zu finden.

In der Vorlage wird auch gesagt, dass mit dem Beschluss am Neumarkt zwei Ziele verfolgt werden sollen. Erstens: Durch die personelle Aufstockung des Streetwork sollen die Drogenkonsumierenden noch gezielter in den Drogenkonsumraum und zu den Hilfsangeboten geleitet werden. Auch dieses Ziel unterstützt die FDP, denn genau wie in der Vorlage beschrieben, sehen auch wir, dass hier noch Handlungsbedarf besteht.

Zweitens: Die Aufenthaltsqualität auf und um den Neumarkt soll für Anwohner, Geschäftsleute sowie Passanten und Passantinnen erhöht werden. Auch dieses Ziel unterstützen wir aus vollem Herzen und wir freuen uns auch, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, immer wieder betonen, wie wichtig Ihnen dieses Anliegen ist. Ja, und erste Schritte sind ja auch schon gemacht. Der geplante Brunnen, die Fußgängerverbindung, die wir besprochen haben, geplante Kulturveranstaltungen, der Abriss des hässlichen Kiosks, sowie die Errichtung eines Cafés bzw. Gastropavillons an der Westseite.

Meine Damen und Herren, da irritiert es uns umso mehr, in der Vorlage zu lesen, dass in eben jenem Gastropavillon - das steht zwar nicht im Antragstext, aber sehr deutlich in der Begründung, und aus Gesprächen aus der Vergangenheit wissen wir ja auch, dass unsere Bitte, diese Idee doch bitte einmal fallen zu lassen, zwar gehört wurde, aber immer wieder auftauchte - dieses Streetwork angeboten wird. Wir möchten das nicht.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb wollen wir mit unserem heutigen Änderungsantrag hier auch verbindlich Klarheit schaffen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Gastronomiepavillon soll ein Ort werden, den vor allem Passanten und Passantinnen, natürlich auch Familien mit ihren Kindern besuchen und dort einen kleinen Imbiss nehmen, oder sich einfach ein bisschen ausruhen, oder auf Neudeutsch einfach ein bisschen „chillen“. Also, in eben diesen Pavillon sollen Streetworkerinnen und Streetworker als Ansprechpersonen für die Drogenkonsumierenden zur Verfügung stehen. Wir halten das für eine schlechte Idee und bitten, für diese Gespräche zum Beispiel auf das Gesundheitsamt auszuweichen, oder, es gab ja auch diese Stelle der KVB dort, den Raum. Vielleicht wäre auch das eine Möglichkeit.

Wir wissen schon, dass es wichtig ist, in unmittelbarer Nähe des Neumarkts solche Gespräche zu führen, so ein Angebot zu haben, aber doch nicht vielleicht direkt Wand an Wand mit einem Café.

Wir wissen auch oder wir sind davon überzeugt, dass Anwohner und Geschäftsleute bei der Vorstellung der Pläne zur Umgestaltung des Neumarktes durch die Verwaltung bestimmt nicht davon ausgegangen sind, dass das Streetwork und Café unmittelbar Wand an Wand stattfinden.

Nochmals: Die FDP ist für eine Aufstockung des Streetwork und wir wissen, dass diese Beratungsangebote wichtig sind. Es geht nicht um Abschottung, sondern um das nötige Fingerspitzengefühl, um alle - und ich betone wirklich alle - bei den Plänen für die Umgestaltung des Neumarkts mitzunehmen.

Also bitte: das Streetwork nicht Wand an Wand mit einem öffentlichen Café.

Ich weiß, der Beigeordnete Rau ist hier anderer Meinung, aber ich sage Ihnen voraus, wenn Sie weiterhin darauf bestehen, sind die Proteste vorprogrammiert. Wir wissen, wie die BI am Neumarkt sich da auch sehr öffentlichkeitswirksam aufstellen kann. Nicht, weil wir Angst haben vor Protesten, wir halten es einfach in der Sache für eine falsche Entscheidung. Vor allem würde es den oben genannten Zielen - Unterstützung der Drogenkonsumierenden und Erhöhung des Aufenthaltsqualität auf dem Neumarkt - schaden.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie bitte unserem Antrag, das Streetwork im geplanten Gastropavillon nicht unterzubringen. Wenn Sie mit unserem Änderungsantrag scheitern sollten, würden wir uns bei der Endabstimmung enthalten. Es fiele uns schwer, weil wir den grundsätzlichen Zielen in dieser Vorlage ja zustimmen. Ich habe allerdings schon gehört, dass es auch Bereitschaft gibt, doch noch mal über diesen Standort zu reden. Dem würden wir uns natürlich überhaupt nicht verschließen. Ich glaube, Sie merken, wir sind mit den Zielen mit Ihnen d'accord. Wir wollen nur einfach über diesen Standort sprechen. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Unserer Wahrnehmung nach gibt es hier ein Missverständnis, in dem, wie tatsächlich dieser Pavillon benutzt werden darf. Ich würde Sie bitten, vielleicht noch mal ganz kurz da zwei, drei Sätze dazu zu sagen, was es genau mit dem Streetwork auf sich hat und ob tatsächlich dieses Szenario, was hier heraufbeschworen wurde, dass dort Streetwork innerhalb dieses Pavillons stattfinden kann, ob dem tatsächlich so ist oder nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich fordere nicht einfach Beigeordnete auf!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Hammer, dass Sie anerkennen, dass die Verwaltung gefragt wird und die Sitzungsleitung darüber entscheidet, wer antwortet.

(Heiterkeit)

Also, ich erinnere mich sehr gut, dass wir dieses Konzept zum Neumarkt im vorigen Jahr den Stakeholdern vorgestellt haben und damit zumindest eine gewisse Beruhigung und Zustimmung zu diesem Verfahren erreicht haben.

Wir haben von Anfang an gesagt, es soll auch eine Beratungsmöglichkeit sein. Die Frage ist: Wer wird da beraten? Und das müsste man dann, nachdem die Vorlage jetzt so gelesen wird - man kann sie tatsächlich so lesen; ich habe es mir noch mal angeguckt, erster Absatz, auf der Seite 3 - klären, was gewollt ist. Es ist sicherlich so, dass wir immer gesagt haben, es findet da auch Beratung statt. Aber beraten kann man auch Menschen, die da nicht als Suchterkrankte hinkommen, sondern die sich da treffen, weil sie eben Gäste auf dem Neumarkt sind. Das wäre jetzt wirklich mit dem zuständigen Dezernenten zu besprechen. Ich würde dann vielleicht, um das aufnehmen zu können, was, was Sie sagen, nach Ihrer Wortmeldung.

Viola Recktenwald (SPD): Ich hätte einfach einen Verfahrensvorschlag, um das vielleicht ein bisschen zu vereinfachen, weil ich glaube, wir sind uns ja alle einig, dass die Vorlage im Prinzip sinnvoll ist: dass wir mehr Streetwork am Neumarkt brauchen. Wir freuen uns ja auch, dass das jetzt kommt. Jetzt gibt es gleichzeitig noch das Problem, dass diese Vorlage nicht durch die Fachausschüsse gegangen ist, sodass wir jetzt hier eine relativ detaillierte Diskussion führen über die Details der Begründung der Vorlage, obwohl das aus unserer Sicht eigentlich in den Fachausschuss gehört.

Jetzt wäre vielleicht mein Vorschlag, ob wir einfach im nächsten Gesundheitsausschuss und SoSe noch mal etwas darüber hören können und diese Frage vielleicht einzeln noch mal diskutieren können, und dort auch gefragt werden und

beschließen können über diese einzelne Frage, wo das Streetwork jetzt genau hinkommt; auch im Hinblick auf alternative Standorte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Dringlichkeitsbegründung würde das nicht hergeben.

(Viola Recktenwald [SPD]: Wir können ja die Gelder freigeben!)

Ich glaube, es entzündet sich an dem kleinen Wörtchen „auch“, oder?

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist eine Streetworkvorlage! Das ist ja keine Touristeninformation! - Niklas Kienitz [CDU]: Genau, das ist ein Café!)

Also vielleicht können wir das dann, wenn heute das Geld freigegeben wird, dass es weitergeht, können wir das dann noch mal genau besprechen, wenn über den Pavillon entschieden wird?

(Zurufe)

Nein, da haben wir es nicht drin. Wir können das auch streichen beispielsweise.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, rausstreichen!)

Also, das wäre jetzt mal das Allereinfachste. Ich glaube, wir wollen das Gleiche, es ist nur missverständlich.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir beschließen ja heute nicht, was das Streetwork macht, sondern wir geben nur die Gelder frei für das Streetwork. Das, worauf sich die FDP bezieht, ist ein Teil der Begründung. Wir beschließen aber nicht die Begründung hier heute mit.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, nein!)

Ich unterstütze auch das den Verfahrensvorschlag, dass wir im Gesundheitsausschuss, im Sozialausschuss uns noch mal zusammensetzen und überlegen, wie wir tatsächlich den Platz am Neumarkt nutzen wollen, wie wir ihn aufteilen wollen und welche Maßnahmen wir wo ansiedeln wollen. Aber das beschließen wir ja heute nicht in dieser Vorlage. Wir geben nur die Gelder frei, damit wirklich das aufsuchende Sucht-Clearing jetzt aufgestockt werden kann, um den Leuten vor Ort tatsächlich zu helfen. Und ich glaube, wir haben große Einigkeit zwischen allen aus dem Gesundheits- und Sozialausschuss hier, dass wir wirklich mal in Ruhe drüber reden sollten. Aber das ist ja nicht der Ort hier und das ist auch nicht Teil unserer Beschlussvorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer!

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Herr Rudolph, ich verstehe schon, dass das in der Begründung steht, aber wir haben ja nicht das erste Mal diese Diskussion, und wir haben das nicht das erste Mal in einer Begründung zur Situation am Neumarkt stehen. Wir haben uns aufgrund dieser letzten Diskussion ja sehr intensiv auch unterhalten und ich muss sagen, wenn ich das das nächste Mal dann wieder in der Begründung lese, habe ich da ein Störgefühl, um das mal so auszudrücken. Wenn wir es so machen würden, wie die Frau Oberbürgermeisterin vorschlägt, dass wir in der Begründung den Satz streichen könnten, wären wir damit einverstanden und würden es dann gerne in den Ausschüssen noch mal diskutieren. Und dann würden wir auch unseren Antrag zurückziehen. Aber wie gesagt, wir wollten ja auch nicht in der Begründung streichen, weil das nicht üblich ist. Aber wenn wir so verfahren: wenn wir das streichen in der Begründung und diskutieren es noch mal in den Ausschüssen, so, wie jetzt eben vorgeschlagen, dann ziehen wir auch unseren Antrag zurück.

(Zurufe: Ja!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also: die Begründung auf Seite 3, erster Absatz, letzter Satz - diesen Satz zu streichen, das kann die Verwaltung mitgehen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Dann ziehen Sie Ihren Antrag zurück?

(Ulrich Breite [FDP]: Okay, ziehen wir zurück!)

Dann ziehen Sie Ihren Antrag zurück und ich lasse jetzt beschließen über den Tagesordnungspunkt 10.41, und zwar über die Vorlage mit in der Begründung um diesen Satz veränderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - AfD ist dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Vielen Dank.

Dann kann es da nämlich weitergehen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 gemäß dem Finanzausschussbeschluss (AN/1726/2022) vom 30. September 2022 im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 1005 – Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit zugesetzten Mittel in Höhe von jeweils 300.000 € für die Jahre 2023 und 2024.*

2. *die überplanmäßige Mittelbereitstellung vom Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, Produktgruppe 1005-Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen zum Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes, Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen in den Jahren 2023 und 2024 in Höhe von jeweils 300.000 €.*

3. *klarstellend die teilweise anderweitige Mittelverwendung der je 300.000 € in den Haushaltsjahren 2023 und 2024. Die Mittel sind lt. Veranschlagung im Haushaltsplan 2023/2024 für Streetwork am Neumarkt vorgesehen. Die Mittel sollen entsprechend der ursprünglichen Intention der Empfehlung des Finanzausschusses auch für Streetwork in der Umgebung von Drogenkonsumräumen genutzt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Die FDP-Fraktion zieht ihren Änderungsantrag zurück, nachdem Frau Oberbürgermeisterin Reker erklärt, dass der letzte Satz im 2. Absatz der Begründung der Vorlage gestrichen wird:

„Sobald ein provisorisches Gebäude („Gastronomie-Pavillon“) erstellt sein wird, sollen sie ferner an oder in diesem Gebäude zu bestimmten Tageszeiten ansprechbar sein, insbesondere auch für die Bevölkerung, die Hinweise gibt oder Fragen hat.“

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.42 Wirtschaftsplan 2023 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1424/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2023 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung fest (Anlage 1).

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan 2023 erforderlich ist, wird auf 402,8 Mio. Euro festgesetzt. Die Kreditermächtigung gilt bis zum Ende des auf das Wirtschaftsplanjahr folgenden Jahres. Die Betriebsleitung wird ferner ermächtigt, vor einem Planungsbeschluss Voruntersuchungen zur Bestimmung eines projektspezifischen Bausoll durchzuführen und bis zur Höhe der je investiven Maßnahme genehmigten Gesamtkosten (Baubeschluss beziehungsweise Kostenfortschreibungsbeschluss einschließlich Risikobudget) Verpflichtungen einzugehen, die erst in künftigen Jahren zu Ausgaben führen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch

genommen werden darf, wird für das Wirtschaftsjahr 2023 auf 75 Mio. Euro festgelegt.

Vorübergehend nicht benötigte Geldmittel des Eigenbetriebs werden in Abstimmung mit der Liquiditätslage der Gemeinde (vergleiche § 11 EigVO NRW) bei der Kernverwaltung angelegt. Die Betriebsleitung ist nach Maßgabe einer in Vorbereitung befindlichen internen Richtlinie im Bedarfsfall berechtigt, Tages-, Fest- und/oder Termingelder mit einer Laufzeit bis zu 12 Monaten auch bei Kreditinstituten anzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.43 Zuschuss zum Deutschlandticket als JobTicket
1409/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

10.44 ist zurückgestellt vom Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, allen städtischen Tarifbeschäftigten, die sich in einem aktiven Beschäftigungsverhältnis befinden und ein Deutschlandticket über die Stadt Köln als JobTicket beziehen, einen Zuschuss in Höhe von 12,25 €/Monat zu zahlen und beauftragt die Verwaltung, alle notwendigen Schritte dafür einzuleiten. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales wird per Mitteilung über den Umsetzungszeitpunkt informiert.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, nach Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen auch allen Beamt*innen, die sich in einem aktiven Dienstverhältnis befinden und ein Deutschlandticket über die Stadt Köln als JobTicket beziehen, einen Zuschuss in Höhe von 12,25 €/Monat zu zahlen. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales wird per Mitteilung darüber informiert.*

3. *Der Rat erkennt den Bedarf für einen Zuschuss zu dem über die Stadt Köln bezogenen Deutschlandticket als JobTicket in Höhe von voraussichtlich 918.750 € im Haushaltsjahr 2023 und voraussichtlich 2.205.000 € im Haushaltsjahr 2024 an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.*

   Gleichzeitig beschließt der Rat zahlungswirksame überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 918.750 € im Haushaltsjahr 2023 und 2.205.000 € im Haushaltsjahr 2024 für den Zuschuss zu dem über die Stadt Köln bezogenen Deutschlandticket als JobTicket im Teilergebnisplan des Amtes für Personal- und Verwaltungsmanagement in der Produktgruppe 0103, Personal- und Organisationsmanagement, in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe ebenfalls in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan der Kämmerei in der Produktgruppe 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.45 Errichtung eines Erweiterungsbaus in modularer Bauweise mit Naturwissenschaftsräumen und Rückbau der Naturwissenschaftsräume im Bestand für das Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven - Erweiterter Planungs- und Baubeschluss
3739/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für den Erweiterungsbau eines Schulgebäudes in modularer Bauweise für Naturwissenschaftsräume für das Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven fest und beauftragt die Verwaltung, die Planung und Errichtung des Neubaus durch ein Totalunternehmen in einem europaweiten Verfahren ausschreiben zu lassen.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung nach Fertigstellung des Neubaus zur anschließenden Umwandlung der Naturwissenschaftsräume im Bestand zu Räumen für die allgemeine Unterrichtsnutzung. Die Durchführung soll ebenfalls durch das im Wettbewerbsverfahren unter Punkt 1 beauftragte Totalunternehmen erfolgen.

3. Der Rat der Stadt Köln erkennt den oberen Kostenorientierungswert für die Realisierung der gesamten Maßnahme in Höhe von rund 13,8 Millionen Euro brutto an.

4. Der Rat der Stadt Köln genehmigt die Kosten für Ausstattung und Einrichtung der Naturwissenschaftsräume in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro brutto.

5. Der Rat der Stadt Köln genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenorientierungswert. Dies entspricht einem Betrag von rund 3,5 Millionen Euro brutto.

Eine erneute Gremienvorlage ist nicht erforderlich, solange der genannte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 25 % überschritten wird.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 938.000 Euro werden im Haushaltsjahr 2025 im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 402.000 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2025 im Teilfinanzplans des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in der Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-6-3041 – GYM Fühlinger Weg – Einricht. Erw.-Modulb.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.46 SBK Sozial-Betriebe Köln gemeinnützige GmbH: Erneute Betrauung 1650/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln betraut die Sozial-Betriebe-Köln gemeinnützige GmbH (SBK) für weitere zehn Jahre mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Maßgabe des anliegenden Betrauungsaktes. Die Verwaltung wird ermächtigt, gemäß dem Betrauungsakt Zuwendungen an die SBK zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.47 Einführung eines anonymen Krankenscheins in Köln 1195/2023

Das war der noch zugesetzte Punkt. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist spät, und ich mache es auch ganz kurz. Wir haben heute viel über die Wichtigkeit von medizinischer Versorgung gesprochen. Genauso wichtig ist es aber auch, dass alle Menschen in Köln, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, Zugang zur medizinischen Versorgung kam. Mit unserem Antrag bzw. mit der Beschlussvorlage zum anonymen Krankenschein ermöglichen wir genau das, nämlich dass alle Kölnerinnen und Kölner den Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Die Mittel dafür haben wir bereits im Haushalt eingeplant. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die vor allem auch an dem Konzept gearbeitet haben. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt abstimmen über 10.47. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Freigabe der im Haushaltsplan 2023/2024 gemäß dem Finanzausschussbeschluss (AN/1726/2022) vom 30. September 2022 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste zugesetzten Mittel in Höhe von 308.273 € für das Jahr 2023 und 400.000 € für das Jahr 2024. Er beauftragt die Verwaltung befristet bis zum 31.12.2024 mit der Umsetzung des Anonymen Krankenscheins für Köln.*

2. *Der Rat beschließt die Umschichtung der Mittel für den Anonymen Krankenschein in Höhe von 308.273 € im Haushaltsjahr 2023 und 416.545 € für das Haushaltsjahr 2024 innerhalb des Teilergebnisplans des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701-Gesundheitsdienste aus Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord 0502/2023

Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist dankenswerterweise von der Verwaltung noch eine weitere Anlage - ich glaube, Anlage 13 sind wir inzwischen zu dieser Vorlage - eingegangen, die noch einmal versucht, verschiedene Anlagen miteinander ins Gewicht zu setzen. Wir hatten gerade schon in diversen Gesprächen versucht, die Sachlage etwas aufzudröseln, halten aber den Zeitpunkt, jetzt um zehn vor zehn eine Fachdebatte zu führen, wie welche Anlage zu lesen ist und was welche Anlage letztendlich bedeutet, für den nicht geeigneten Zeitpunkt. Deswegen meine Frage an den zuständigen Beigeordneten bzw. an die Oberbürgermeisterin - vielleicht kann der Beigeordnete diese dann beantworten.

(Ralph Sterck [FDP]: Ich wollte gerade sagen!)

Entschuldigung!

Können wir diese Vorlage in den Hauptausschuss geben, um sie dort final zu beschließen? Verreißen wir da irgendwelche Fristen oder nicht? Weil wenn wir es schieben könnten, würde ich auch direkt beantragen, sie entsprechend zu schieben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben das geprüft, weil wir schon auf den heutigen

Zeitverzug gekommen waren. Ja, der Hauptausschuss kann eine Eilentscheidung nach § 60 Absatz 1 Gemeindeordnung auch für Satzungen treffen. Das gilt, wenn eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist, zum Beispiel in den Sommerferien. Herr Greitemann, einverstanden.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 17.07. läuft diese Veränderungssperre aus, das heißt also, wir hätten dann noch zwar wenig Zeit, aber das ist abgestimmt mit den Kollegen und Kolleginnen in der Verwaltung, dass wir das auf den Weg ins Amtsblatt bringen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, vielen Dank. Dann würde ich jetzt auch beantragen, dass wir das entsprechend in den Hauptausschuss schieben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vertagen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vertagen. In den Hauptausschuss vertagen. Ich glaube, wir vertagen es jetzt einfach nur - wunderbar. Und dann wissen alle, was damit passiert!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will da nur noch einmal jetzt ganz präzise sein, weil das auch fürs Protokoll ganz wichtig ist. Sie haben jetzt gesagt, der 17. ist Fristablauf, am 10. würden wir dann beschließen und die Veröffentlichung - das haben wir ja gelernt im Amtsblatt, ist ja ein ganz wichtiger Schritt dabei - ist in diesem Zeitraum problemlos möglich? Da möchte ich nochmal eine Bestätigung haben. - Danke.

Beigeordneter Markus Greitemann: Es ist abgestimmt mit den Kolleginnen und Kollegen, dass es möglich ist.

(Christian Joisten [SPD]: Das wollte ich hören, danke!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das geht übrigens immer so schnell.

Okay, gut, dann: Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Vertagungsantrag? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich.

Die Angelegenheit wurde vertagt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1225/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 288. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Neubenennung eines stellv. beratenden Mitglieds des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren 1620/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Frau Marita Bosbach nach 58 Abs. IV GO NRW zum stellvertretenden beratenden Mitglied für das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Köln e.V.in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Vertretung der Schulen 1678/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Ulrike Biermann gemäß §5 I Nr.5 AG-KJHG NRW als stellvertretend beratendes Pflichtmitglied für die Vertretung der Schulen in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - bestellt wird.

Das bisherige stellvertretende Mitglied Klaus Edwards gibt seine Funktion im Jugendhilfeausschuss auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Entsendung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin in den Verkehrsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 1550/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung Frau Monika Maurer (Mitglied der Seniorenvertretung Köln) als stellvertretende sachkundige Einwohnerin in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Entsendung von Sachkundigen Einwohner*innen des Integrationsrates in die Ratsausschüsse - Umbesetzungen 1843/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet auf Vorschlag des Integrationsrates

- *in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen /Vergabe/ Internationales künftig Frau Klimaszewska-Golan statt Herrn Stefan Mitu als Sachkundige Einwohnerin und Herrn Özkücük statt Frau Klimaszewska-Golan als stellvertretenden Sachkundigen Einwohner,*
- *in den Ausschuss Gleichstellung von Frauen und Männern künftig Frau Gelbach statt Frau Billstein als Sachkundige Einwohnerin,*
- *in den Ausschuss Soziales und Senior*innen künftig Frau Weber statt Frau Yildirim als Sachkundige Einwohnerin und Frau Gelbach statt Frau Weber als stellvertretende Sachkundige Einwohnerin,*

- *in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün künftig Herrn Gonzales Tejon statt Herrn Hooghoughi als sachkundigen Einwohner und Herrn Hooghoughi statt Herrn Gonzales Tejon als stellvertretenden sachkundigen Einwohner,*
- *in den Stadtentwicklungsausschuss künftig Frau Billstein statt Herrn Alparslan-Marx als Sachkundige Einwohnerin und Herrn Alparslan-Marx statt Frau Billstein als stellvertretenden Sachkundigen Einwohner,*
- *in den Wirtschaftsausschuss künftig Frau Berhane statt Herrn Twagiramungu Mugabowindekwe als Sachkundige Einwohnerin und Herrn Twagiramungu Mugabowindekwe statt Frau Berhane als stellvertretenden sachkundigen Einwohner.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung UA Regionale Zusammenarbeit" AN/1237/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet in den UA Regionale Zusammenarbeit:

1. *Lukas Lorenz anstelle von Christiane Jäger als stimmberechtigtes Mitglied*
2. *Elisabeth Rohata anstelle von Christian Joisten als beratendes Mitglied.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Kliniken der Stadt Köln gGmbH" AN/1242/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Michael Paetzold künftig Viola Recktenwald in den Aufsichtsrat der Kliniken der Stadt Köln gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK)" AN/1241/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet ab dem 01.08.2023 anstelle von Michael Paetzold künftig Lena Teschlade in den Aufsichtsrat der Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH" AN/1244/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Michael Paetzold künftig Viola Recktenwald in den Aufsichtsrat der RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in das Kuratorium der Gerda- und Manfred-Ulbrich-Stiftung" AN/1243/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Michael Paetzold künftig Viola Recktenwald in das Kuratorium der Gerda und Manfred Ulbrich-Stiftung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke "Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss" AN/1246/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat entsendet künftig Heiner Kockerbeck als Sachkundigen Einwohner mit beratender Stimme in den Jugendhilfeausschuss anstelle von Franco Clemens.*
2. *Die Stellvertreterin von Heiner Kockerbeck als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme wird Frau Dr. Carolin Butterwegge.*
3. *Heiner Kockerbeck wird gleichzeitig entsandt als Stellvertreter des Sachkundigen Bürgers mit Stimmrecht Attila Gümüs.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "zu TOP 17 - Gremienbesetzung Aufsichtsrat KölnBäder GmbH" AN/0560/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Dr. Helge Schlieben in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH. Herr Manuel Jeschka ist aus dem Aufsichtsrat freiwillig ausgeschieden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 Wahlen: Verkehrsausschuss – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin" AN/1249/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss.

Für den Verkehrsausschuss benennt der Rat Frau Ulla Weinberg als sachkundige Einwohnerin für Frau Dilan Yazicioglu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH“ AN/1260/202317

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Iris Frerich künftig Sercan Karaagac in den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

18.1 Finanzierung des Projektmanagements zur Durchführung des Wallraf-Jahres 2024 1619/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Finanzierung für das übergreifende Projektmanagement im Projekt „Wallraf 200 – Wallraf-Jahr 2024“ überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 24.526 € im Haushaltsjahr 2023 und 49.052 € im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Museumsreferates in der Produktgruppe 0401 - Museumsreferat, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Mittel werden der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (USB) als Kompensation für dortige Personalaufwendungen im Rahmen des Projektmanagements für das Wallraf-Jahr 2024 erstattet. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Historischen Archivs in der Produktgruppe 0412 – Historisches Archiv, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Ende: 21.51 Uhr)

27. Sitzung vom 7. September 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) und RM Syndicus (GUT Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zu kulturellen, sozialen und soziokulturellen Projekten"

AN/1600/2023

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Schenkung einer Collage der Künstlerin Deborah Roberts von Karim Tabet Jalbout an das Museum Ludwig

2342/2023

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "ÖPNV gerecht erweitern und stärken: Sozialticket für 19 Euro in Köln auf den Weg bringen"

AN/1527/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1617/2023

3.1.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Dä malade Melode"

AN/1516/2023

zurückgezogen

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Menschen mit Behinderung, Einschränkung oder Lernbeeinträchtigung besonders in den Fokus nehmen"

AN/1530/2023

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "11er-Ring reloaded"

AN/1517/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

AN/1610/2023

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024

1958/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1572/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Umsetzungsstand Großmarkt"

AN/0826/2023

Antwort der Verwaltung vom 15.06.2023

1621/2023

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Was ist aus dem Maßnahmenpaket und dem Arbeitskreis „Domumgebung“ von 2007 geworden?"

AN/1376/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2908/2023

4.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die Rhein-Energie AG?"

AN/1549/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2842/2023

4.4 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Kölner Fest der Demokratie – Prüfergebnis?"

AN/1561/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2873/2023

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "B-Plan Erweiterung "Rhein-EnergieSportpark"/ Modernisierung des Leistungszentrums 1.FC Köln am Geißbockheim Zulassung der Revision durch das Bundesverwaltungsgericht"

AN/1562/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2871/2023

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kontrolle Schlagbaumsweg"

AN/1565/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2886/2023

4.7 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Klimafolgendarstellung in Beschlussvorlagen"

AN/1563/2023

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Teilnahme an Fraktionssitzung gem. der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen u.a. vom 01.04.2021"

AN/1568/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2907/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Benennung des Platzes vor dem Schauspielhaus ("kleiner Offenbachplatz")

2379/2022

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Anpassung der Satzung Private Spielflächen für Kleinkinder an die Landesbauordnung NRW 2018

3400/2020

6.1.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Kaiser-Wilhelm Ring

Arbeitstitel: Werbesatzung D der Kölner Ringstraßen - Kaiser-Wilhelm Ring

1086/2023

6.1.3 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Hohenzollernring
Arbeitstitel: Werbesatzung E der Kölner Ringstraßen - Hohenzollernring

1087/2023

6.1.4 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Friesenplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung F der Kölner Ringstraßen - Friesenplatz

1088/2023

6.1.5 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen:
hier Rudolfplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung G der Kölner Ringstraßen - Rudolfplatz

1089/2023

6.1.6 Sammelbeschluss zu den Satzungen über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln bezüglich der Kölner Ringstraßen mit Ihren Plätzen und Seitenstraßen

hier:
Teil A Theodor-Heuss Ring,
Teil B1 Ebertplatz,
Teil B2 Eigelstein,
Teil C Hansaring

1540/2023

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024

1850/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Beschaffung von Fahrzeugen des Brandschutzes

1628/2023

7.2.2 Umbau der Kreuzung Luxemburger Straße/Eifelwall
hier: Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO NRW i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2023

1823/2023

7.2.3 Römisch-Germanisches Museum - vorgezogene notwendige Sanierung der Abdichtung über der Dombauhütte und über der Trafostation der RheinEnergie sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen der Decke

1876/2023

7.2.4 Sanierung des Rheinparkcafés

2260/2023

7.2.5 Sanierung der Bewässerungsleitungen inkl. der Nebenleitungen und Bau eines Grundwasserbrunnens in der Flora/Botanischer Garten

2304/2023

7.2.6 Baumaßnahme Alte Schule Widdersdorf

2056/2023

7.3 Entwurf des Jahresabschlusses 2021

2387/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2021/2022 des Gürzenich-Orchesters Köln

1145/2023

10.2 Kulturraumzentrum Niehl (Delmenhorster Str. 20), Freigabe der restlichen investiven Auszahlungsermächtigungen für den Umbau

1932/2023

10.3 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln
hier: Auflösung der Kapitalrücklage

2076/2023

10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2022

2267/2023

10.5 Sanierung des Funkturms Colonius

2303/2023

zurückgestellt

10.6 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Bau der zusätzlichen Stadtbahnhaltestellen Niehler Straße/Gürtel und Boltensternstraße/Gürtel der Linie 13

0152/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1602/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1609/2023

10.7 Bauliche Ertüchtigung zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung statt Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüZe, Berliner Str. 77 in Köln-Mülheim

1107/2023

10.8 Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility

Plan - SUMP) hier: Beschluss Leitbild

2060/2023

10.9 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung bis Dezember 2025

2090/2023

10.10 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der Franziskusschule, Katholische Grundschule, Cäsarstraße21, 50968 Köln-Bayenthal (Schulnummer 111430) von 1,5 auf 2 Züge zum Schuljahr 2024/25

2123/2023

10.11 Zusammenführung der beiden Weiterbildungskollegs Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße zur Sicherung des bestehenden Angebotes an den aktuellen Schulstandorten

1838/2023

10.12 Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024

1860/2023

10.13 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 2 Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West

1384/2023

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2021

3454/2022

10.15 Erneuerung einer Raumlufttechnischen Anlage (RLT-Anlage 5.1 Restaurierung) im Gebäudekomplex Museum Ludwig – Philharmonie und damit einhergehende Sanierungsmaßnahmen
Erweiterter Planungsbeschluss und Weiterplanungsbeschluss

1740/2023

10.16 Erneuerung der Raumlufttechnischen Anlagen (ausgenommen RLT-Anlage 5.1 Restaurierung) im Museum Ludwig und in der Philharmonie
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen der Technischen Ausrüstung und weiterer Planungsleistungen

4227/2022

10.17 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
hier: Einrichtung von unbewachten Badestellen am See 1 und See 7

2407/2023

10.18 Weiterentwicklung der Richtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“: Fortführung als drei eigenständige Förderprogramme

0944/2023

10.19 Klimaschutzpreis der Stadt Köln

2691/2023

zurückgestellt

10.20 Beschleunigungspaket weiterführende Schulen - Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 125, der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3 und der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15 durch General- oder Totalunternehmen - Planungs- und Baubeschluss

1196/2023

10.21 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des

Lageberichtes der Stadt Köln zum 31.12.2020

2636/2023

10.22 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Knotenpunkten

0515/2023

10.23 Verwendung des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2020

2421/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 230. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 6, Köln- Chorweiler; Arbeitstitel: "Volkhovener Straße" in Köln-Esch/ Auweiler. Hier: Feststellungsbeschluss

1668/2023

11.2 228. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen Arbeitstitel: "Integrative Quartiersentwicklung am Kalscheurer Weg" in Köln-Zollstock hier: Feststellungsbeschluss

1622/2023

11.3 227. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Deutz; Arbeitstitel: "Deutzer Hafen" in Köln-Deutz

1389/2023

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 59569/05 - Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven

2096/2023

zurückgestellt

13 Erlass von Veränderungssperren

14 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 22. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages

2169/2023

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hahnenstraße im Abschnitt von Haus Nr. 32 einschließlich bis Uhuweg (östliche Einmündung) in Köln-Rondorf

2211/2023

17 Gremienbesetzungen

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier ev. Kirchenverband Köln und Region sowie Computerprojekt Köln e.V.

2310/2023

17.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Umbesetzung Ausschüsse / Sachkundige Einwohner:innen"

AN/1585/2023

17.3 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Liegenschaftsausschuss"

AN/1595/2023

17.4 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales"

AN/1601/2023

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gebrüder Coblenz Stift e.V.: Entsendung in den Beirat"

AN/1603/2023

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Änderung von Mitgliedern im Umlegungsausschuss"

AN/1353/2023

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK)"

AN/1613/2023

17.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss"

AN/1612/2023

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH"

AN/1614/2023

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung von Ausschüssen"

AN/1611/2023

17.11 Antrag von RM Syndicus (GUT Köln) betreffend "Benennungen und Umbesetzungen von sachkundigen Einwohner:innen und beratenden Mitglieder"

AN/1604/2023

17.12 Antrag von RM Syndicus (GUT Köln) betreffend "Benennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme"

AN/1605/2023

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

18.1 Offene Ganztagsschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2023/2024

4225/2022

18.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: "Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)" in Köln-Altstadt/Nord

0502/2023

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Aengenvoort, Constanze; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Frebel, Polina; Froh, Manuel; Gabriel, Ngoc-Anh; Gärtner, Ursula; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Pütz, Pascal;

Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Werner, Thomas, 2. stellv. Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; Feicht, Andreas; Haaks, Stefanie; Vogel, Alexander;

Schriftführerin

Escher, Annika

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Achtelik, Christian; Akude, John, Dr.; Busch, Philipp; Haeming, Eric; Kircher, Jürgen; Philippi, Franz; Scho-Antwerpes, Elfi;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

*Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder.*

(Beginn: 15.35 Uhr - Ende: 21.09 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag! Meine sehr verehrten, lieben Damen und Herren! Sehr geehrte Anwesende! Ich eröffne die 27. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße ganz herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und alle Mitglieder des Rates.

Besonders beglückwünschen möchte ich heute Herrn Froh - bislang Herr Jeschka. Ich gratuliere Ihnen herzlich zur Eheschließung.

(Beifall)

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass Frau Syndicus nicht mehr der Fraktion Die FRAKTION angehört und ihr Ratsmandat nun als Einzelmandatsträgerin ausübt.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Achtelik, Herr Dr. Akude, Herr Busch, Herr Haeming, Herr Kircher, Herr Philippi und Frau Scho-Antwerpes entschuldigt. Unsere Stadtkämmerin, Frau Dr. Diemert, kommt heute etwas später; aber sie kommt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Frau Roß-Belkner und Herrn Cremer.

Zunächst haben wir die heutige Tagesordnung festzulegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und FDP sowie Ratsmitglied Zimmermann und Ratsmitglied Syndicus haben am 6. September 2023 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Kulturelle und soziale sowie soziokulturelle Projekte als

Impulsgeber und Baustein nachhaltiger Stadtentwicklung und die Voraussetzung ihrer Realisierung“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt darüber hinaus die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil Anfragen unter TOP 4.3 bis 4.8, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.1.1, Allgemeine Vorlagen unter TOP 10.22 und 10.23 sowie Gremienbesetzungen unter TOP 17.2 bis 17.12. Abgesetzt werden sollen im öffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 10.5, 10.19 und 12.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Bitte sehr, Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wir möchten unseren als TOP 3.1.2 in der Tagesordnung zu findenden Antrag „Dä malade Melode“ zurückziehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Reker, warum wurde die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.5 „Sanierung des Funkturms Colonius“ zurückgezogen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß nicht, ob es üblich ist, jetzt darüber zu sprechen. Normalerweise wird es akzeptiert, wenn die Verwaltung Dinge zurückzieht. Aber ich darf Ihnen sagen, dass sich hier das Verfahren geändert hat und dass ich Ihnen auch eine konforme Vorlage präsentieren möchte und keine, die vielleicht dem jetzigen Verfahren nicht mehr gerecht wird.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das sehe ich nicht.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Nicht zur Reihenfolge. - Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kollegen! Ich melde für den Tagesordnungspunkt 23.9 im nichtöffentlichen Teil für meine Fraktion Beratungsbedarf an.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Meldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

<u>Vor Eintritt in die Tagesordnung</u>

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt Frau Oberbürgermeisterin die Ratsmitglieder (RM) Herrn Karaman, Frau Roß-Belkner und Herrn Cremer vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Frau Oberbürgermeisterin Reker informiert, dass Frau Syndicus nicht mehr der Fraktion Die FRAKTION angehört, sondern ihr Ratsmandat nun als Einzelmandatsträgerin wahrnimmt.

III. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuelle Stunde vor.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt, FDP sowie RM Zimmermann (GUT Köln) und RM Syndicus (GUT Köln) haben am 06.09.2023 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema "Aktuelle Stunde zu kulturellen, sozialen und soziokulturellen Projekten", AN/1600/2023, eingereicht, der unter TOP 1.1 behandelt wird.

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die Rhein-Energie AG?" AN/1549/2023

4.4 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Kölner Fest der Demokratie – Prüfergebnis?"
AN/1561/2023

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "B-Plan Erweiterung "RheinEnergieSportpark"/ Modernisierung des Leistungszentrums 1.FC Köln am Geißbockheim Zulassung der Revision durch das Bundesverwaltungsgericht"
AN/1562/2023

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kontrolle Schlagbaumsweg"
AN/1565/2023

4.7 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Klimafolgendarstellung in Beschlussvorlagen"
AN/1563/2023

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Teilnahme an Fraktionssitzung gemäß der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen u.a. vom 01.04.2021"
AN/1568/2023

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
1850/2023

10.22 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Knotenpunkten
0515/2023

10.23 Verwendung des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2020
2421/2023

17.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Umbesetzung Ausschüsse / Sachkundige Einwohner:innen"
AN/1585/2023

*17.3 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Liegenschaftsausschuss"*
AN/1595/2023

17.4 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales"
AN/1601/2023

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gebrüder Coblenz Stift e.V.: Entsendung in den Beirat"
AN/1603/2023

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Änderung von Mitgliedern im Umlegungsausschuss"
AN/1353/2023

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK)"

AN/1613/2023

17.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss"

AN/1612/2023

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Entsendung in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH"

AN/1614/2023

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Umbesetzung von Ausschüssen"

AN/1611/2023

17.11 Antrag von RM Syndicus (GUT Köln) betreffend "Benennungen und Umbesetzungen von sachkundigen Einwohner:innen und beratenden Mitglieder"

AN/1604/2023

17.12 Antrag von RM Syndicus (GUT Köln) betreffend "Benennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme"

AN/1605/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.5 Sanierung des Funkturms Colonius
2303/2023

10.19 Klimaschutzpreis der Stadt Köln
2691/2023

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 59569/05
Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven
2096/2023

V. Auf die Frage von RM Cremer zu TOP 10.5 informiert Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass sich hier das Verfahren geändert habe und die Verwaltung eine konforme Vorlage präsentieren möchte.

RM Hock zieht den Antrag

TOP 3.1.2
Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Dä malade Melode"

AN/1516/2023

zurück.

RM Kienitz meldet Beratungsbedarf an zu

TOP 23.9 n.ö.T.
Grundstückstausch Köln-Meschenich, Kerkrader Str., Brühl-Vochem, In der Hell, Hürth-Kendenich/Fischenich, Im Feldrain
2307/2023

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) und RM Syndicus (GUT Köln) betreffend „Aktuelle Stunde zu kulturellen, sozialen und soziokulturellen Projekten“
AN/1600/2023

Ich gebe Frau Martin das Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen! Wohnen, arbeiten, sich versorgen, sich bilden, sich erholen, am Verkehr teilnehmen, in Gemeinschaft leben - so definiert die Sozialgeografin die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse. Sieben Stück sind es.

Sie zu befriedigen, ist Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese zu organisieren und gerecht zu gestalten, ist wiederum unsere Aufgabe, die Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Ganz wesentlich gestützt wird das vom bürgerschaftlichen Engagement, also von den Menschen, die sich in Vereinen oder auch einzeln für das Gemeinwohl, für unser aller Wohl, engagieren. Sie sind der Kitt, der uns zusammenhält.

Ihnen verdanken wir kulturelle, soziale und soziokulturelle Orte, die unsere Stadt bunt machen und die oft Lücken füllen, wenn die öffentliche Daseinsvorsorge nicht ausreichend greift. Es sind Orte, die niederschwellig Kunst und Kultur vermitteln. Es sind Dritte Orte, an denen nichts konsumiert werden muss. Es sind offen zugängliche Orte zum Vernetzen. Es sind soziale Orte mit entsprechenden Angeboten. Und es sind demokratische Orte, weil sie direkt von den Menschen ausgehen, die sie auch nutzen.

Umso schmerzlicher ist es, wenn Projekte, die mit viel Engagement und Herzblut über eine lange Zeit geplant wurden, plötzlich auf der Kippe stehen - so wie der Osthof in den Hallen Kalk, ein Zusammenschluss verschiedener Initiativen, die gemeinsam mit der Montag Stiftung und der Stadt Köln ein altes Industrieareal sanieren wollten, um es dann für Soziales und Kultur zu nutzen. Und dann erreichte uns die Nachricht, dass die Montag Stiftung, die Geldgeberin, aussteigt.

Das ist ein Alarmsignal, das wir natürlich nicht überhören dürfen - vorausgesetzt, wir betrachten gemeinwohlorientierte Projekte als unverzichtbaren Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Ich kann Ihnen versichern, liebe Zuhörer*innen: Für uns Grüne ist das unverrückbar so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gehe fest davon aus, dass das genauso für meine Ratskolleg*innen und die Verwaltung gilt; denn in unserer Stadtstrategie 2030+ sind der „Schutz und Erhalt von bestehenden soziokulturellen Standorten“ als Ziel festgeschrieben. Wer es nachlesen möchte: Es steht auf Seite 216.

Ich zitiere weiter:

> Es sollen Rahmenbedingungen zur Entwicklung dieser für die Stadt bedeutsamen Funktionen geschaffen werden.

Das verstehe ich als klaren Auftrag.

Was also brauchen Projekte wie der Osthof zu ihrer Realisierung? Was müssen wir ändern? Wo müssen wir besser werden?

Es gibt viele große Stellschrauben, die für alle Projekte gelten, und es gibt viele kleine, die spezifisch sind. Ich möchte mich heute hier auf die ersteren konzentrieren.

Selbstverständlich sollten immer die folgenden Dinge sein: Verlässlichkeit, Kommunikation auf Augenhöhe, Realitätssinn, Lösungsorientierung. Das gilt selbstverständlich für alle Beteiligten.

Darüber hinaus gibt es ganz grundlegende Anforderungen, die erfüllt werden müssen, egal ob es soziale, kulturelle oder soziokulturelle Projekte sind. Sie alle brauchen Geld, wenn sie gemeinwohlorientiert sind, weil sie dann eben gerade kein Geld selber erwirtschaften. Dieses Geld müssen wir über den städtischen Haushalt zur Verfügung stellen. Das tun wir auch. In Klammern: Ich weiß natürlich, dass es niemals genug sein wird.

Geld ist nur das eine. Raum ist das andere. Er ist mindestens ebenso rar.

Liebe Kolleg*innen, erlauben Sie mir, an dieser Stelle die berühmte Frage zu stellen: Wem gehört die Stadt? - Die Antwort ist genauso rhetorisch: den Menschen, die in ihr leben.

Umgekehrt bedeutet das: Sie gehört nicht den finanzstarken Investoren, die Grund und Boden aufkaufen, brach liegen lassen und teuer weiterverkaufen, um dann irgendwann Mikroappartements oder Eigentumswohnungen darauf zu bauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb müssen wir Flächen reservieren und Instrumente schaffen, mit denen wir sie denjenigen zur Verfügung stellen können, die sie gemeinwohlorientiert entwickeln. Ich spreche zum Beispiel von einem passenden Erbpachtzins für soziokulturelle Nutzungen, den zu erarbeiten wir beauftragt haben und den wir noch dieses Jahr erwarten.

Bis dahin die Hände in den Schoß legen und die Montag Stiftung ziehen lassen? Nein, natürlich nicht! Bis dahin machen wir - und damit meine ich alle: Politik, Verwaltung und die zivilgesellschaftlichen Akteure - bitte das, was schon lange gut läuft, weiter; auch mit der Montag Stiftung, die ja noch zwei andere Projekte in dieser Stadt hat. Dabei muss natürlich nun ganz besonders genau geprüft werden, welche der spezifischeren Stellschrauben vielleicht gedreht werden müssen, um Prozesse zu verbessern.

Wir unterstützen natürlich die Initiativen des Osthofes dabei, ihre Projekte trotz allem realisieren

zu können, wie auch alle anderen Projekte in dieser Stadt. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es geht heute um die Frage, wie wir Stadtentwicklung sehen und wie wir sie definieren. Aus unserer Sicht geht es bei der Stadtentwicklung im Ganzen um die Steuerung einer Gesamtentwicklung unserer Stadt Köln.

Diese Gesamtentwicklung hat insbesondere gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Stadtentwicklung verlangt daher eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise. Die Stadtentwicklung steht durch die gesellschaftlichen Tendenzen, durch verschiedene Veränderungsprozesse - den demografischen Wandel, den Klimawandel, die Globalisierung und die Verankerung der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene - sowie durch neue Beteiligungskultur vor sehr großen Herausforderungen.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben im Vorwort zur Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ Folgendes gesagt - ich würde gerne daraus zitieren -:

> Für die Kölner Stadtentwicklung heißt das, dass viele Themen parallel und zeitgleich zusammen bearbeitet werden müssen. Und genau das haben wir bei der Erstellung der Stadtstrategie getan.

Jetzt kommt der Kern, auf den ich hinauswill:

> Wichtig ist mir vor allem eine Erkenntnis: Eine einseitige Fachsicht ist langfristig zu kurz gedacht. Viel zielführender sind thematische Vernetzungen und der Austausch unter allen Beteiligten, also eine integrierte Arbeitsweise. Und genau diese praktizieren wir auf allen Ebenen.

Meine Damen und Herren, diese Projekte - viele der Kolleginnen und Kollegen sitzen ja hier oben auf der Zuschauertribüne - machen für uns das Gesamtbild der Stadt aus. Es geht um die „Kölner Mischung“. Auch dieser Begriff fällt in den Kölner Stadtperspektiven. Wir sind der festen Überzeugung, dass es so ist. In den letzten Jahren haben wir auch danach gehandelt und uns immer hier unterstützend eingesetzt. Ich nenne einmal „Jack in the Box“ als Beispiel für etwas, was am Ende gut gelaufen ist. Wir setzen diese Projekte neben die klassische Projektentwicklung und die klassische Stadtentwicklungsplanung; denn auch auf sie sind wir angewiesen.

Aber wir sind auch der festen Überzeugung, dass es diese Initiativen und die Protagonisten braucht. Warum braucht es sie? Weil wir als Stadt, als Verwaltung, das nicht können. Wir können keine Projektentwicklung machen, zum Beispiel im Osthof Kalk. Wir können gar nicht die ganzen Ideen und die ganze Vielfalt entwickeln, die die Protagonisten vor Ort entwickeln - aus dem Viertel und aus ihren Initiativen heraus. Wir können nicht als Politik und als Verwaltung einen Prozess in Gang setzen und vorantreiben, in dem wir ein Gelände entwickeln und es danach auch bewirtschaften, zum Beispiel den Osthof.

Wir müssen aber als Stadt und auch als Politik diese Bestrebungen und diese Ideen unterstützen. Es geht darum, die Kompetenzen, die sich in allen Initiativen wiederfinden, zu unterstützen und wertzuschätzen. Im Übrigen geht es nicht nur immer um Geld, dass die Stadt zur Verfügung stellen muss. Es geht auch darum, andere Gelder einzuwerben. Das kann die Stadt auch nicht. Wir brauchen also diese Initiativen, um Fördergelder einzuwerben, um Ideen zu vernetzen und um unsere Stadt vielfältig zu halten.

Ich muss für meine Fraktion allerdings auch feststellen, dass die Strukturen, die wir bislang dafür haben, offensichtlich nicht funktionieren. Das zeigt sich unter anderem an dem Beispiel Osthof. Dies zeigen auch die vielen - und auch belegbaren - Rückmeldungen Betroffener, deren Einzelfälle wir nicht als Bagatellen abtun dürfen. Beim projektierten Arbeiten müssen sich unterschiedliche Dezernate abstimmen; unterschiedliche Ämter müssen besser miteinander kommunizieren und koordiniert werden.

Wir bewegen uns zum Beispiel bei der Frage der Erbpachtvergabe für gemeinnützige Organisationen auf Neuland. Dabei können Fehler passieren. Das Schlechteste wäre, Frau Oberbürgermeisterin, liebe Verwaltung und übrigens auch liebe

Politik, sich in Schuldzuweisungen zu verlieren, anstatt sofort an Lösungen zu arbeiten. Das ist unsere Erwartungshaltung.

Nicht ohne eine Fehlerkultur und eine transparente und reflektierte Kommunikation den Engagierten gegenüber können wir weiter diesen Weg gehen. Die CDU fühlt sich dem Engagement der vielen Initiativen sehr verpflichtet. Wir unterstützen weiterhin die Initiativen in ihrem Engagement. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

(Beifall von Maria Helmis [SPD])

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren hier im Saal und draußen am Bildschirm! Nachhaltige Stadtentwicklung - oder besser: gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung - könnte die Entwicklung lebens- und liebenswerter Quartiere in Köln deutlich vorantreiben. Sie böte die Chance, unterschiedliche Aspekte großstädtischen Lebens miteinander zu verknüpfen: Wohnen, Gewerbe, Mehrgenerationenprojekte, Kultur, Gemeinschaftsprojekte wie Jugend- und Seniorentreffs, Begegnungsstätten, Cafés, Kneipen - alles unter einem Dach oder jedenfalls in einem Quartier eng beieinander und miteinander.

Menschen könnten viele ihrer Bedürfnisse in ihrer unmittelbaren Umgebung erledigen - Wohnen in der Nähe der Arbeit, Freizeitaktivitäten, Kulturangebote, Einkaufen. Ganz nebenbei und ohne große Ideologie würden Wege, die sonst oft mit dem eigenen Auto zurückgelegt werden, wegfallen - Umweltschutz leicht gemacht.

Das alles würde gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern konzipiert, geplant und umgesetzt. Mehr gemeinschaftliche und auch identitätsstiftende Bewegung kann es in einer Stadt kaum geben.

Insofern befürworten wir als SPD gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung sehr und halten diese für einen ganz wesentlichen Baustein für die Stadt von morgen. Ich glaube, da sind wir uns grundsätzlich alle einig. Das habe ich eben schon gehört.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Realität in Köln sieht leider völlig anders aus. Seit Jahren kommen wir im Wohnungsbau nicht voran. Wir bräuchten - Sie kennen das - mindestens 6 000 Wohnungen pro Jahr. Es sind mindestens 4 000; 6 000 wären noch besser. Aber wir schaffen noch nicht einmal 2 000.

Seit Jahren beschweren sich alle Vorhabenträger völlig unabhängig vom Vorhaben und auch von ihrem Hintergrund über die unfassbar langen Prozesse in dieser Verwaltung und auch in der Politik. Bauanträge dauern mindestens anderthalb oder zwei Jahre; B-Pläne dauern Ewigkeiten. Bis ein neues Wohnquartier steht, kann schon einmal ein Jahrzehnt oder auch mehr vergehen.

Dies ist schon der Fall, wenn professionelle große Immobiliengesellschaften solche Projekte durchführen. Wenn aber bürgerschaftlich organisierte Initiativen Quartiersentwicklung betreiben sollen - und das wollen wir ja zukünftig mehr -, benötigen diese natürlich noch einmal ganz andere Unterstützung durch die Verwaltung. Hier sind eben nicht immer nur Profis am Werk, sondern Menschen aus der Bürgerschaft, die tolle Ideen haben, sich einbringen wollen und gerne diese Ideen im Sinne der Allgemeinheit umsetzen möchten.

Und genau dann fängt der Fisch am Kopf zu stinken an. Denn - das kann ich Ihnen jetzt nicht ersparen, liebes Ratsbündnis aus Grünen, CDU und Volt - in den letzten Jahren haben Sie ganz konkret dazu beigetragen, mit mehr Dezernatsposten, Vervielfältigungen und Zuständigkeitsänderungen hin und her zu schieben, bis eigentlich niemand mehr so richtig weiß, wer eigentlich wofür zuständig ist. Vorsichtshalber scheint man auch nicht miteinander zu reden, damit auch wirklich nichts gelingen kann.

So verging - nehmen wir einmal ein ganz aktuelles Beispiel - fast eine ganze Woche, bis Kulturdezernent Charles - zumindest ist das der Presse so zu entnehmen - nach dem Ausstieg der Montag Stiftung aus dem Projekt „Osthof - Hallen Kalk“ seinen Kollegen Haack als zuständig und damit als verantwortlichen Dezernenten benennen konnte. Das zeigt doch, dass selbst in der Stadtverwaltung nicht klar ist, wer eigentlich wo den Hut aufhat.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Offensichtlich sprechen aber dann weder die Dezernenten noch die jeweiligen nachgeordneten Amtsleitungen zumindest ausreichend miteinander - von intensivem Miteinander-Arbeiten einmal ganz zu schweigen.

Gleiches gilt auch für die Kommunikation mit den Vorhabenträgern, weil man ja nicht weiß, wer eigentlich wann etwas zu wem sagen oder kommunizieren darf. Also lässt man es besser und lässt Rückfragen oder Termininitiativen im Nirwana der Stadtverwaltung verschwinden.

Die Chronik aus der Perspektive des Kulturhofes Kalk e. V. zu den Hallen Kalk - ich weiß nicht, wer sie vorliegen hat - ist ein eindrucksvolles und schier unfassbares Dokument. Wer diese Chronik des Verweigerns, der nicht eingehaltenen Versprechen und Vereinbarungen sowie der monate- bis jahrelangen Nichtkommunikation mit den Vorhabenträgern liest, der weiß sofort, warum die Montag Stiftung aus dem Projekt Hallen Kalk eigentlich nur aussteigen konnte - oder besser gesagt: musste.

So, wie dieser Prozess seit 2015 - also immerhin seit acht Jahren - gelaufen ist, musste er scheitern; einmal abgesehen davon, dass man so nicht mit dem Engagement der eigenen Bürgerinnen und Bürger umgehen kann und darf.

(Beifall bei der SPD)

Eines sei im Zusammenhang mit dem hier in Rede stehenden Areal noch deutlich angemerkt: Der Wegfall der Montag Stiftung löst natürlich sehr grundlegende Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung des Osthofes aus. Das betrifft insbesondere auch das dort geplante Migrationsmuseum von DOMiD. Wenn sich in diesem Fall nicht zügig und nachhaltig etwas bewegt, könnte auch dieses Projekt scheitern. Das wäre der nächste Super-GAU für den Standort Köln.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, angesichts dieser Situation mache ich mir wirklich große Sorgen um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wenn wir weiterhin in diesem Stil mit großen Vorhaben unserer Stadt umgehen, Menschen, Institutionen und Unternehmen, die guten Willens sind, systematisch vertreiben oder demoralisieren und Investitionen in Menschen und Steine systematisch verhindern, dann wird Köln in 20 oder 30 Jahren nicht mehr die Stadt sein, in der die Menschen gerne wohnen und arbeiten können, weil sie sich dies nicht mehr leisten können, hier keine Arbeitsplätze finden und das soziokulturelle Angebot völlig verkümmert ist.

Das können wir doch alle, die wir hier sitzen, nicht wollen. Deshalb müssen wir das Ruder gemeinsam dringend herumreißen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zu unserem neuen Redepult kann ich leider keinen Zettel mehr herüberschieben. Die Redezeit ist abgelaufen, und zwar schon ziemlich lange.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Christian Joisten (SPD): Ich komme dann auch zum Schluss. - Wir müssen alle gemeinsam - Politik und Verwaltung gemeinschaftlich mit der Bürgerschaft - ein neues Miteinander und eine Gelingenskultur entwickeln, damit wir endlich die Schätze unserer Stadt heben können und diese damit zukunftsfähig machen können.

Dafür brauchen wir im ersten Schritt klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, sodass jeder weiß, wer wann was entscheidet, wer wann was zu sagen hat und wen man ansprechen kann.

Die Verwaltung muss als Dienstleisterin verstanden werden und sich auch selbst so verstehen - als Dienstleisterin, die erklärt, was gehen kann, und nicht erklärt, was nicht geht. Sie muss verlässlicher Partner sein. Und von all dem sind wir meilenweit entfernt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das Mikrofon kann ich allerdings immer noch ausschalten.

Christian Joisten (SPD): Wir fordern die Oberbürgermeisterin, den Rat und das Ratsbündnis auf, endlich die entsprechenden Strukturen zu schaffen, damit gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in Köln nicht nur ein hehres Ziel, sondern gute Realität wird. Dabei unterstützen wir seitens der SPD gerne. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuhörer*innen! Stadtentwicklung braucht die Beteiligung von Einwohner*innen: Menschen, die sich Gedanken machen und sich einbringen wollen - nicht nur mit Worten; viele wollen etwas Konkretes gestalten. Wir brauchen Räume für Kunst, für Begegnung, für das Wohnen und für das Zusammenleben zwischen unterschiedlicher Herkunft und Kultur.

In Köln haben wir das Glück, dass es viele Initiativen gibt, die alternative Stadtentwicklung von unten betreiben. Diese Initiativen dienen nicht dem Selbstzweck. Sie setzten sich für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung ein. Wir brauchen diese alternativen Konzepte als Gegenpol zu der von Investoren getriebenen Stadtentwicklung.

Tatsächlich hatten wir in den letzten Jahren viele gute Diskussionen und Beschlüsse im Stadtentwicklungsausschuss, im Kulturausschuss, im Liegenschaftsausschuss und im Rat. Hier hat sich die Politik zu alternativen Projekten und zur Stadtentwicklung von unten bekannt.

Das eine oder andere ist auch auf gutem Weg: die Siedlung am Kalscheurer Weg zum Beispiel, das Allerweltshaus an seiner neuen Heimat in der Geisselstraße, die Soziokulturellen Zentren - diese Auseinandersetzung ist jetzt schon eine Zeit lang her; sie sind aber immer noch ein ganz wichtiger Indikator für Stadtentwicklung von unten - wie beispielsweise die MüZe, die Alte Feuerwache oder auch das Bürgerhaus in Kalk.

Diese Einrichtungen, meine Damen und Herren, mischen sich in die Entwicklung der Kultur und der Quartiere ein. Leider müssen sie das mit einer viel zu geringen finanziellen Ausstattung wuppen.

Auch wenn es gute Beispiele gibt - einige habe ich gerade genannt -, stellt sich die Frage: Warum werden konventionelle Projekte wie zum Beispiel das DEVK-Hochhaus oder die Entwicklung in der Weststadt sehr schnell vorangebracht, während alternative Projekte von unten augenscheinlich gebremst werden?

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört! - Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Das war zwar keine Frage, aber ein Zwischenruf, der beantwortet werden muss. Herr Kienitz, Sie können doch nicht ernsthaft infrage stellen, dass in dieser Stadt eine andere Dynamik an den Tag gelegt wird, wenn ein Großinvestor irgendetwas bringen will, als dann, wenn eine Initiative ankommt. Das ist eben genau der Punkt. Da muss sich etwas ändern. Und das wissen Sie, Herr Kienitz. Ich bin auch guter Dinge, dass das noch viele andere hier wissen und auch versuchen, es entsprechend umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, raum13 wartet nun seit fast anderthalb Jahren darauf, bewahrende und alternative Stadtentwicklung im Mülheimer Süden endlich forcieren zu können. Die Frage ist, warum da aufseiten der Verwaltung nichts weitergeht.

Jetzt das Desaster in Kalk! Viele Initiativen hatten eng zusammengearbeitet, auch mit der Montag Stiftung. Warum ist es der Verwaltung nicht gelungen, das Projekt in Kalk mit Initiativen und Montag Stiftung auf einen erfolgreichen Weg zu bringen? Andere Städte arbeiten erfolgreich mit der Montag Stiftung zusammen.

Wäre es nicht klug gewesen, meine Damen und Herren, wenn der Stadtentwicklungsdezernent hier die Steuerung offensiv übernommen hätte, auch als Ansprechpartner nach außen, dessen Wort bei den Initiativen dann auch zählt und umgesetzt wird?

Lassen Sie mich deswegen meine kurze Rede mit einer Frage an Herrn Haack beenden. Ich weiß, Frau Oberbürgermeisterin; Sie erteilen das Wort. Es ist nur ein bescheidener Wunsch eines einfachen Ratsmitgliedes.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Trotzdem hätte ich ganz gerne von Herrn Haack gewusst, was er in den nächsten Wochen und Monaten zu unternehmen gedenkt, wie er auf die Initiativen zugehen will und welche Ideen er hat, um zum Beispiel das Projekt in Kalk noch einmal

auf einen guten Weg zu bringen. Ich würde mich sehr freuen, wenn im Rahmen dieser aktuellen Stunde dazu etwas von der Verwaltungsspitze gesagt werden könnte. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, sind Sie einverstanden, dass wir die Fragen am Schluss beantworten?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, natürlich! Danke schön!)

Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute vor 14 Tagen, am 24. August 2023, war der *Kölner Stadt-Anzeiger* voll mit Hiobsbotschaften. Auf der Titelseite war die Hiobsbotschaft „Debakel in Kalk“. Etwas weiter hinten im Wirtschaftsteil stand die Hiobsbotschaft, dass der Deutzer Hafen als Großprojekt wahrscheinlich einen dreistelligen Millionenverlust einfahren wird. Einige Seiten weiter, lieber Niklas Kienitz, war zu lesen, dass hier vorne am Laurenzplatz der Entwickler Insolvenz beantragt hat.

Alles keine guten Nachrichten für Köln; alles keine guten Nachrichten für die Stadtentwicklung; alles keine guten Nachrichten für die Wirtschaft und für die Kultur. Auch wenn wir natürlich keinen Einfluss darauf haben, dass die Zinssätze sich erhöhen und Stadtentwicklung bzw. Projektentwicklung schwieriger wird, offenbart es doch eines: Köln kann keine Großprojekte.

Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Wir alle haben sicherlich in den letzten Tagen eine Reihe von E-Mails bekommen. Ich wohne an der Grenze der Innenstadt zu Nippes. Fort X sei genannt - seit zehn Jahren eine Hängepartie. Der Kollege hier vorne von der Bürgerwehr in Nippes kann ein Lied davon singen. Er denkt sich wahrscheinlich die ganze Zeit ohnehin seinen Teil. Das Otto-Langen-Quartier wurde angesprochen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Armutszeugnis.

Frau Martin, Sie haben hier eben ein leidenschaftliches Plädoyer für soziokulturelle Räume gehalten. Ich kann für meine Fraktion jeden Satz unterschreiben. Wer wäre nicht für Vielfalt? Wer wäre nicht für ein Miteinander wie im Allerweltshaus? Wer wäre nicht für Wohnen, Bildung oder Kultur? Aber die Schwierigkeit besteht nun einmal häufig darin, diese verschiedenen Interessen zusammenzufügen. Wir haben Flächenkonkurrenz, und wir haben Konkurrenz um die entsprechenden Finanzmittel.

Wir haben in Köln - Stichwort „Köln kann keine Großprojekte“ - natürlich auch hausgemachte Probleme. Der Kollege Kienitz hat es eben angesprochen: Es gibt unklare Zuständigkeiten zwischen Kulturpartie und Wirtschaftspartie sowie Stadtentwicklungspartie. Der eine schiebt es zum anderen. Ich sage - lieber Niklas Kienitz, danke für den Hinweis; dann sagt es die FDP-Fraktion in aller Klarheit und Deutlichkeit -: Die Zuständigkeiten und das anschließende Geschacher, wer denn zuständig ist, ist kein Weg der Lösung; es ist ein Teil des Problems.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ob hier E-Mails beantwortet wurden, ob hier Termine kurzfristig abgesagt wurden, ob hier kurzfristig Projekte aufgehoben wurden, weil sich Förderbedingungen geändert haben, kann ich nicht beurteilen. Ich war nicht dabei. Das ist mir auch zu kleinteilig. Denn eines offenbaren diese ganzen Probleme, die ich eben aneinandergereiht habe: Es fehlt der Mindset. Es fehlt der Mindset an der Stadtspitze und im Ratsbündnis, Köln bei diesen Projekten nach vorne zu bringen.

Da oben sitzen Händlerinnen und Händler vom Großmarkt. Wir waren eben draußen bei der Demonstration. Das ist genau das gleiche Thema. Hier wird seit Jahren und Jahrzehnten vertröstet, verhangen und getarnt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Lieber Kollege Weisenstein, zwischen DIE LINKE und die FDP passt ja normalerweise kein Blatt Papier.

(Heiterkeit - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: DIE LINKE und die FDP?)

- Ja, DIE LINKE und die FDP, Teresa De Bellis. Aber an einem Punkt muss ich dir widersprechen. Ich bin nicht zufrieden mit dem Prozess, wie hier mit der DEVK umgegangen wird. Auch das ist ein Prozess, der viel zu lang ist und der unserer Stadt schadet.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Last, but not least - nachdem Sie da hinten eben das Laurenz-Carré gesehen haben -: Wenn Sie nachher aus dem Ratsgebäude gehen, dann gehen Sie in die andere Richtung zum Museum Ludwig. Die Fondation Corboud ist auch noch da. Die Betonung liegt auf „noch“. Und hier liegt die nächste Baustelle. Frau Oberbürgermeisterin, handeln Sie! Lassen Sie dieses Projekt nicht zum zweiten Kalk-Debakel werden. Endlich voran! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Stadtverwaltung! Liebe Zuschauer*innen hier und im Stream! Wem gehört die Stadt? Wer kann mitmachen? Wer kann Ideen mit einbringen? Und vor allem: Wem dient die Stadtentwicklung? Ganz klar: den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Die Gründe, warum es gut ist, dass Bürgerinnen und Bürger sich an der Stadtentwicklung beteiligen und mitwirken, sind vielfältig. Wir haben sie schon gehört; sie wurden bereits erwähnt.

Wir von Volt sind der Meinung, dass diese Art der Stadtentwicklung nicht nur wichtig ist, um diverse kreative und gemeinwohlorientierte Vorhaben zu realisieren. Wir brauchen sie vor allem, um unsere Demokratie zu stärken und zu leben.

(Beifall bei Volt)

Wenn wir beispielsweise über die Hallen Kalk oder über das Otto-Langen-Quartier reden, sprechen wir über Menschen, die sich ehrenamtlich dafür einsetzen, Dinge in dieser Stadt positiv zu verändern. Engagierte Bürger*innen haben Lust, sich neben all ihren Verpflichtungen um ihr Veedel und ihre Stadt zu kümmern, und zwar zum Wohle vieler.

Es ist ihr demokratisches Recht, Veränderungen und Projekte mit anzustoßen und umzusetzen. Wir sollten uns einmal vor Augen halten, dass das in den meisten Ländern und Städten dieser Welt nicht möglich ist und sogar lebensgefährlich wäre. Bürgerschaftliches Engagement ist somit ein Grundpfeiler unserer Demokratie.

Was passiert, wenn viele - wie jetzt viele Engagierte - nicht mehr weitermachen wollen oder können? Sie verlieren ihr Vertrauen in die Politik und in die Verwaltung. Frust breitet sich aus. Das können wir politisch nicht verantworten.

Jedes Projekt ist einzigartig und hat seine ganz individuellen Herausforderungen und Tücken. Das macht es für die Verwaltung umso schwieriger, gut und effizient zu arbeiten.

Trotzdem ist das kein Grund, Projekte wie die Hallen Kalk gegen die Wand fahren zu lassen. Wir verstehen, dass es etliche Probleme gibt. Aber mit dem richtigen Mindset, mit der richtigen Mentalität wird vieles möglich. Immerhin haben wir jetzt durch den Beigeordneten Andree Haack auch eine klare Zuständigkeit - jetzt.

Es gibt auch die Kritik, die sich gegen die Politik bzw. gegen das Gestaltungsbündnis wendet.

(Zuruf: Zu Recht!)

Es heißt zum Beispiel, wir hätten keine Ideen, wie wir mit Denkmälern oder industriellen Gebäuden umgehen sollen oder was wir daraus machen sollen. Ja, das stimmt.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Dafür gibt es aber genügend Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die ebendiese Ideen haben. Und die wollen wir empowern. Das ist unsere Leitidee.

(Beifall bei Volt - Zuruf von Ulrich Breite [FDP]: Seit Jahren warten wir! Jahre warten wir!)

Eine weitere Kritik, die sich an uns richtet, lautet, es mangele an politischem Willen. Ich kann nicht für die Vergangenheit sprechen. Aber jetzt sehe ich deutlich den Willen. Es gibt sehr viele Anträge, die das bezeugen. Aber für alle, die noch zweifeln - sei es in der Stadtverwaltung, hier oder in der Bürgerschaft -, sage ich: Wir, das Bündnis, wollen und brauchen gemeinwohlorientierte Projekte, die von der Bürgerschaft getragen werden.

Die Voltfraktion erwartet hier natürlich auch von der Oberbürgermeisterin und von der Stadtspitze, dass entsprechend agiert wird. Das bedeutet für

uns, für die Voltfraktion, ganz klar: Nicht mehr blockieren, sondern möglich machen! - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen hier vor Ort und an den Empfangsgeräten! Wir führen diese aktuelle Stunde durch, um Lösungen aufgezeigt zu bekommen. Ursprünglich hatten mein Referent - danke, Tom - und ich einen weitaus schärferen Antrag auf diese aktuelle Stunde eingebracht. Ich bin aber froh, dass wir hier gemeinsam eine aktuelle Stunde beantragt haben, die von einem breiten Bündnis getragen wird und damit auch zeigt, wie wichtig der Politik dieses Thema in der Stadt ist.

Hier stellten wir die konkrete Frage an die Stadt, ob die Verwaltung der Herausforderung und Unterstützung von gemeinwohlorientierten Initiativen und Unternehmungen gewachsen ist oder ob es strukturelle Veränderungen braucht.

Ehrlich gesagt, bin ich es satt, zu hören, was nicht möglich ist - anstatt dass gezeigt wird, wie es möglich ist. Die Menschen in den Initiativen wollen die Stadt bereichern und eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung anstreben, und sie wollen sehen, dass es möglich gemacht wird. Und das wollen viele, wie bereits Demonstrationen und Versammlungen für diese Projekte deutlich gezeigt haben.

Doch statt ihnen einen Teppich auszurollen, werden Steine in den Weg geworfen. Das ist mehr als verwunderlich; denn hier macht man sich anscheinend mehr Sorgen, wenn sich die Leute zusammentun und etwas Sinnstiftendes für ihre Stadt erreichen wollen, als dann, wenn der nächste Immobilienhai um die Ecke schwimmt, teure Eigentumswohnungen baut, die sich nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung leisten kann, und keinerlei echten Mehrwert für die Stadtgesellschaft bietet.

(Beifall bei der SPD)

Man hat augenscheinlich mehr Angst vor Kunst, einem Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie, der Belebung und Öffnung eines Fonds, dem Wandelwerk oder soziokulturellen Entwicklungen in den Osthof-Hallen Kalk.

Die Stadt verschreibt sich dem Klimaschutz und sorgt dafür, dass Gebäude durch unglaubliche Bürokratie und nicht lösungsorientierte Ansätze so lange verfallen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis es heißt: Ach Mensch, jetzt ist Gebäude XY leider so verfallen, dass nur noch der Abriss möglich ist.

Diese Menschen, zum Teil hier oben auf der Tribüne vertreten, reißen sich im wahrsten Sinne den Allerwertesten auf, weil ihnen die Stadt wichtig ist, weil sie ihre Stadt mitgestalten wollen, weil sie an das glauben, was sie tun. Statt ihnen zu sagen: „Hey, danke, dass ihr das macht. Wie können wir euch unterstützen?“, gibt man ihnen fehlerhafte Ausschreibungsunterlagen und nur widerwillig Termine oder ignoriert Letters of Intent.

Ist man die Skandale um gescheiterte Projekte bereits so gewohnt, dass sie in den Büros hier höchstens das leise Umfallen eines Aktenordners verursachen? Schockt das nicht? Schämen wir uns da nicht? - Mich schockt es.

Es wird ständig nach Räumen gesucht. Diese Räume sind zum Teil da. Sie sind nur sehr, sehr rar, also nicht in unendlicher Zahl vorhanden, und werden auch nicht jeder Funktion gerecht. Nehmen wir als Beispiel den zeitgenössischen Zirkus. Es wird Sie vielleicht überraschen; aber ein Trapez oder ein Vertikaltuch lässt sich schlecht in einer Garage mit 2 Meter Deckenhöhe anbringen.

Es zieht sich wie ein Schwelbrand durch diese Stadt, und ab und an lodert die Flamme auf. Das Thema ist ja nicht neu. Wenn Ämter neu verteilt werden, dann soll man sie nicht in die Ecke setzen wie ein ungeliebtes Stofftier. Man soll sich ihrer annehmen und Verantwortung übernehmen. Man soll ganz klar sagen: Ja, genau das wollen wir - klimagerechte, gemeinwohlorientierte und soziokulturelle Liegenschaftspolitik, dezernatsübergreifend und zielstrebig. Sich im Erfolg suhlen wollen, nicht in der Frage nach Schuldigen - das muss doch der gemeinsame Nenner sein. Es gibt sie doch, die guten Beispiele, bei denen am Ende irgendwie alles gut geworden ist oder hoffentlich noch gut werden wird. Nehmen wir raum13 oder die WESTSPITZE.

Hieraus gilt es zu lernen: Was ist gut gelaufen? Was nicht? Wo hakt es noch? - Wenn man die

Bergspitze einmal erreicht hat, ist der Ausblick in der Regel ganz gut; erst recht vom Kalkberg aus. Man muss halt oben stehen und nicht nur davor.

Diese ewigen Prozesse führen aber dazu, dass die sich engagierenden Menschen sich irgendwann nicht mehr von ihrer Stadt wertgeschätzt fühlen. Es hat schlichtweg nicht jeder die finanziellen Möglichkeiten, so lange durchzuhalten, bis der Passierschein A 48 per Schneckenpost zugestellt wurde. Und vergessen wir nicht die fünf rosa Formulare in unterschiedlichen Farbtonabstufungen, bevor die Schnecke überhaupt loskriechen durfte.

Wir vergraulen die Montag Stiftung. Zwar wird jetzt gesagt: Na ja; wir arbeiten ja daran, dass sie wieder zurückkommt. - Aber so weit darf es überhaupt nicht kommen.

Ich appelliere an die Stadt, lösungsorientiert und mit Wertschätzung und Begeisterung zu handeln. Sonst verpassen wir als Stadt den Anschluss und lassen diejenigen, die unsere Stadt so spannend und lebenswert machen, am Bahnsteig der Langeweile stehen. So viel Pathos musste noch sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Werte Zuschauer*innen auf der Tribüne und im Saal! Im Kern - das wurde heute von mehreren Redner*innen schon mehrfach erwähnt - geht es um Gemeinwohl versus Rendite. Das ist der Konflikt, der vermutlich dahintersteckt. Die Aasgeier der Investoren kreisen vermutlich schon über dem Osthof in Kalk. Wenn es schiefläuft, was ich nicht hoffe, werden sie vermutlich irgendwann einen attraktiven Wohnungsbau vorschlagen. Und wohnen wollen wir ja alle. Auf der Strecke bleibt aber das Gemeinwohl.

„Gemeinwohl“ und „gemeinwohlorientiertes Wirtschaften“ klingen an manchen Stellen, wenn man es unter Renditegesichtspunkten betrachtet, eigenartig. Natürlich geht es auch in diesem Fall darum, dass die Stadt Grundstücke - meines Wissens auch auf Dauer - umsonst überlassen soll. Sie verzichtet auf Erbpacht. Sie verzichtet - auch in anderen Fällen - auf Einnahmen. Sie verzichtet in diesem Sinne auf eine gewisse Rendite ihres Eigentums.

Andere Redner*innen haben aber auch schon klargestellt, dass das, was zunächst wie ein Verlustgeschäft aussehen mag - und ich glaube ernsthaft, dass manche in der Verwaltung das heute auch immer noch so sehen -, in Wirklichkeit ein sehr, sehr gutes Geschäft für uns als Gesellschaft ist. Denn jeden Euro, den wir da hineinstecken, ob als Zuschüsse oder durch Verzicht auf Einnahmen, kriegen wir zigfach zurück, nämlich durch unglaubliches ehrenamtliches Engagement, das zum Teil seit Jahren oder Jahrzehnten in dieser Stadt geleistet wird und das unsere Stadt immens bereichert. Und das ist das, was für uns zählen sollte.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich möchte aber auch ein paar positive Beispiele nennen. Es wurde schon erwähnt, dass wir hier eine Art Common Sense haben, dass wir durchaus auch schon in diese Richtung arbeiten. Das ist in der Tat der Fall. Ich kann nicht alle erwähnen, und es tut mir leid, wenn ich vielleicht einige wichtige Projekte außen vor lasse.

Aber als Erstes möchte ich einmal das Autonome Zentrum nennen. Ich persönlich finde es toll, dass unsere Oberbürgermeisterin schon da war, um es zu besuchen, und dass wir uns alle gemeinsam parteiübergreifend darum kümmern, dass das Autonome Zentrum hoffentlich bald dauerhaft ein neues Zuhause bekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der LINKEN)

Ein kleines Beispiel aus Ehrenfeld ist die Kolbhalle. Auch sie stand vor dem Aus, und auch dort konnten wir parteiübergreifend zumindest einen Teil des Projektes retten.

Wir haben immer noch Bauwagenplätze.

Niklas Kienitz hat „Jack in the Box“ erwähnt. In einem jahrelangen Kampf - da sei dir auch persönlich gedankt - hat man es dann geschafft, dass „Jack in the Box“ doch einen anderen Standort auf dem Gelände finden konnte.

Leider gibt es aber auch negative Beispiele. Ich hoffe nicht, dass das schlecht ausgeht. Aber bei raum13 - es wurde auch schon erwähnt - sieht es natürlich nicht so aus, als stehe die Stadt wirklich wehrhaft mit dahinter.

Fort X wurde bereits erwähnt. Da ist es übrigens nicht nur ein Karnevalsverein, der sich darum bewirbt, sondern auch das Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie. Auch es wartet seit Monaten - oder sind es schon Jahre? - auf eine sogenannte Anhandgabe.

Ein ganz aktuelles Beispiel ist heute natürlich der Osthof.

Lassen Sie mich ein Beispiel aus Ehrenfeld ansprechen, um einmal zu zeigen, wie der Konflikt aussieht und wie er ausgehen kann - auch in Bezug auf die Vermutungen, die hier in der wirklich tollen Rede von Frau Martin schon geäußert wurden -, nämlich das Heliosgelände in Ehrenfeld. Auch hier haben wir einen Konflikt, der sich darstellt. Wir haben einerseits die Stadt. Die Stadt baut eine Schule. Ich halte das für durchaus gemeinwohlorientiert, zumal es auch eine inklusive Schule ist. Diese Schule wird fertig, weil wir und die Verwaltung das wollen. Der private Investor hingegen hat sich ein Grundstück gekauft und lässt es einfach weiter als Brache daliegen, obwohl er in dem Moment, als er damals das Grundstück gekauft hat, genau das Gegenteil versprochen hat.

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

So sieht es aus. Die Rendite liefert die Kommune, die Stadt oder das private Ehrenamt. Die Investoren - so traurig es klingt: es liegt auch in der Natur der Sache - denken in der Tat an ihr eigenes Wohl.

Ich frage mich tatsächlich, ob in der Verwaltung alle an einem Strang ziehen. Es wurde mehrfach angedeutet. Als eine Idee, wie wir diese aktuelle Stunde beenden - es wird ja höchstwahrscheinlich zurück in die Verwaltung gehen -, würde ich gerne drei Stichworte mitgeben. Die Verwaltung möge doch bitte prüfen, wie solche Projekte besser gefördert werden könnten. Als Stichworte möchte ich dabei nennen:

Wir haben ja eine Projektentwicklungsgesellschaft „moderne stadt“. Was hält die Verwaltung von einer Projektentwicklungsgesellschaft „alternative stadt“?

Alle rufen und wünschen sich eine Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin. Ich weiß; diesen Wunsch gibt es aus vielen Bereichen. Aber auch das ist in der Diskussion. Wie steht die Verwaltung dazu?

Außerdem gibt es die projektorientierten Teams. Was kann die Verwaltung dazu sagen?

Wir brauchen bessere Vorschläge, wie solche Projekte zu einem guten Ende geführt werden können. So soll und darf es bitte nicht weitergehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den genannten Projekten ein gutes Gelingen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, ich wollte Sie natürlich nicht ausgerechnet bei Ihren guten Vorschlägen an die Verwaltung unterbrechen und an die Redezeit erinnern. Aber ich bitte alle zukünftigen Rednerinnen und Redner, selbst auf die Redezeit zu achten. Ich kann keinen Zettel mehr herüberschieben, um sie darauf hinzuweisen, dass sie abgelaufen ist. - Herr Büschges, bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum auf der Tribüne und im Livestream! Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir sind ein bisschen verwundert. Wir haben nicht damit gerechnet, dass Sie dieses Thema für eine aktuelle Stunde wählen.

Trotzdem ergibt es eigentlich auch Sinn, da jedes Thema, von dem wir eigentlich dachten, dass Sie es bringen würden, zum gleichen Ergebnis kommt - und da bin ich bei Herrn Joisten, der es etwas zu diplomatisch ausgedrückt hat; Herr Görzel hat schon die richtigeren Worte dafür gefunden -: Köln bzw. Teile der Verwaltung arbeiten dysfunktional und schaffen es eben nicht, den wachsenden Ansprüchen einer Millionenstadt gerecht zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Aber auch die Politik als Teil der Verwaltung schafft es nicht, die vielen Probleme der Stadt

aufzugreifen, und verliert damit immer mehr Menschen, die Ihnen eigentlich zuhören sollten.

Die Problematik des Kölner Großmarktes hätte heute hier locker Thema sein können. Wo sollen sich die Jecken am 11.11. treffen? Wie sehen die Verkehrsversuche der Zukunft aus? Wie sollen wir zukünftig von Ost nach West kommen? Sollen wir dazu den Tunnel oder die Brücke nehmen? - Oder sind das Fragen, die das fragile Bündnis endgültig sprengen würden?

Aber auch die Stadtverwaltung hat - und das bescheinigen wir Ihnen heute nicht zum ersten Mal - die falschen Prioritätensetzungen. Sie schreiben zur kommissarischen Neubesetzung des Liegenschaftsamtes als Reaktion auf die aufgekommene Kritik, dass der neue Leiter, Herr Dr. Becker - Zitat -, „dem Amt in der aktuellen Situation die dringend notwendige Unterstützung bieten und Strukturen schaffen soll“.

Gab es die Strukturen nicht schon vorher? Und an Frau Martin und Frau Venturini: Das muss doch der erste Schritt sein, bevor man anfängt, sich um diese Dinge zu kümmern.

Wir nehmen aber zur Kenntnis, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, dieses Thema zur Chefinnensache machen. Herr Dr. Becker ist ja uns allen und vor allem unserer Fraktion durch seine Einschätzung bezüglich Ihres Kommentars zu Herrn Boyens’ Haushaltsrede bekannt. Er hat bescheinigt, dass die Rede von Herrn Boyens nicht justiziabel war.

Wie sollen wir oder, besser gesagt, wie wollen Sie dem Bürger denn seriös erklären, dass Sie nur das Beste für ihn wollen? Was nützt es denn, mit einer rosaroten oder nicht mit einer rosaroten, sondern mit einer kunterbunten Brille die Probleme der Stadt zu betrachten und dann ernsthaft Lösungen vorzuschlagen? Damit scheinen sogar die Kulturinitiativen ein Problem zu haben, wenn nicht einmal deren Anliegen bearbeitet werden können, da ja offensichtlich die Strukturen im Amt fehlen.

Wir haben diese Liste schon sehr oft hier angeführt - ich möchte Sie trotzdem nicht davon verschonen -: Die Schlangen an den Bürgerämtern werden immer länger, und wir sprechen darüber, welche Preise wir als Nächstes ausloben. Wir schaffen es nicht, unsere ureigenen Aufgaben zu erledigen, und rufen den Klimanotstand aus. Da muss man sich doch ehrlich fragen: Wie weit wollen Sie es noch treiben?

Wichtige Themen wie der Ausbau von Kitas und Schulen sind immer wieder Thema bei Eltern und Lehrern und bleiben trotzdem auf der Strecke. Und es wird Sie wundern: Auch diese kulturellen, sozialen und soziokulturellen Projekte bleiben dann entsprechend auf der Strecke.

Sie rufen nach mehr Digitalisierung und schaffen es nicht einmal, die Kitaplatzvergabe vernünftig und für alle Eltern zufriedenstellend zu lösen. Stattdessen wollen Sie - das war ein Vorschlag in den letzten Ratssitzungen - die Schulplatzvergabe noch digitalisieren.

Geschätzte Kollegen, Sie haben sich vor der Sommerpause mit einem goldenen Handschlag in diese verabschiedet. Die, ich nenne es einmal ganz vorsichtig, Qualität Ihrer Prioritätensetzung würde Ihnen im Leben außerhalb der Politik gehörig um die Ohren fliegen -

(Beifall bei der AfD)

und das zu Recht. Deswegen sind wir erleichtert, dass wir es nicht noch einmal sein müssen, die Ihnen bescheinigen, dass Sie die wichtigen Themen konsequent vernachlässigen. Und wenn es für die Pflicht nicht reicht, darf man sich nicht an der Kür versuchen.

Wir verstehen im Übrigen die aktuelle Stunde so, dass Sie erstens sich selber und zweitens die Verwaltung wachrütteln wollen. Daher betrachten wir sie gemäß § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen als erledigt und möchten dies auch entsprechend beantragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Liebe Ratsmitglieder, bitte erlauben Sie mir, dass ich mich nach so detaillierter Debatte, die ja von einigen von Ihnen auch als Generalabrechnung mit der Verwaltung genutzt wurde, was mich gar nicht überrascht, äußere, bevor ich dann, lieber Herr Weisenstein, das Wort an Herrn Haack weitergebe.

Ich möchte im Zusammenhang der heutigen aktuellen Stunde eine Bitte an Sie äußern, nämlich, dass Sie gemeinsam mit mir einen realistischen

Blick auf die Gesamtheit der Herausforderungen unserer Metropole behalten. Insbesondere Wünsche und Debatten müssen sich aus meiner Sicht daran messen lassen, was eine Verwaltung leisten kann. Wir müssen eine Balance halten zwischen einerseits, welche Mittel unsere Stadt erwirtschaften kann, und andererseits, wofür sie die erwirtschafteten Mittel ausgibt.

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass es hier angesprochen wurde: Auch Schulen - ich könnte jetzt noch Sportvereine oder vieles andere hinzufügen - sind gemeinwohlorientierte Projekte, die wir sehr wohl mit aller Kraft nach vorne bringen. Aber man muss natürlich einen Unterschied zu soziokulturellen Projekten machen, die ohne Frage sehr, sehr wichtig sind, mir als früherer Sozialdezernentin sogar besonders wichtig.

Aber alles geht nicht. Und es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Prioritäten zunehmend nach den Regeln der Aufmerksamkeit, die bestimmte Gruppen zu erzeugen in der Lage sind, festgelegt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben am Sonntag den Ehrenamtstag gehabt, meine Damen und Herren, mit 160 Vorschlägen für Ehrenamtspreise. Alle 160 Nominierten hätten ihn verdient. Einige hatten die Nase vorn. Aber die allermeisten dieser Ehrenamtlichen arbeiten hier im Verborgenen und werden mit Kleinstbeträgen in ihrer Arbeit unterstützt.

(Zuruf: Wenn überhaupt!)

Nehmen Sie also bitte zur Kenntnis: Wir alle begrüßen jede Form bürgerschaftlichen Engagements. Die Knappheit der finanziellen Mittel und der Personalressourcen ermöglicht aber nicht, dass jede gute Idee, jede Kreativität, jeder gute Wille allein Grund für eine Zuwendung ist, sei sie direkt als finanzielle Unterstützung, oder sei sie indirekt. Unsere Ressourcen reichen einfach nicht aus, um der absoluten Vielfalt der soziokulturellen Initiativen und dem großen Ideenreichtum in Köln auch mit städtischen Mitteln entgegenzukommen und alles umzusetzen. Denn auch in Bereichen, die als Pflichtbereiche geführt werden, haben wir eine Menge Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn jetzt die Kämmerin hier wäre, hätte ich sicherlich eine Kollegin an meiner Seite, die mich sehr darin bestärken würde. Sie hat nämlich in einer Haushaltssicherungskommune gearbeitet, so wie ich. Deswegen müssen wir einfach auch die Mittel im Blick behalten und können hier trotz aller sicherlich nachvollziehbaren ideologischen Wünsche nicht alles erfüllen.

Meines Erachtens gebietet es der Respekt vor allen engagierten Kölnerinnen und Kölnern, auch vor denen, die im Verborgenen im Ehrenamt arbeiten, dass wir ihnen diese Schwierigkeiten, die wir nun einmal haben, nicht vorenthalten. Je ehrlicher wir mit dieser Erkenntnis umgehen, desto mehr Raum hat auch die Verwirklichung von Ideen jenseits der Beteiligung der Verwaltung, und desto weniger Raum bekommt die Enttäuschung, die mit vollkommen unrealistischen Erwartungen einhergeht.

Ich möchte Sie darum bitten, dies bei allen Ihren Unterstützungshandlungen zu bedenken.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt würde ich gerne Herrn Haack das Wort geben.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Weisenstein, Sie haben ganz konkret gefragt: Wie geht es jetzt weiter? - Weil ich mich ja dem Dialog auch in der Bezirksvertretung Kalk gestellt und dort das Gesamtverfahren oder den Gesamtprozess noch einmal sehr ausführlich gespiegelt hatte, will ich jetzt weniger darauf eingehen, sondern den Blick nach vorne richten.

Der Blick nach vorne sieht so aus, dass wir immer noch das Gespräch mit der Montag Stiftung suchen. Wir haben einen ausgehandelten LoI auf dem Tisch, einen Letter of Intent, der zwischen der Montag Stiftung, der VGO und uns ausgehandelt war. Er bietet aus meiner Sicht eine hervorragende Grundlage, dort auch weiterzuarbeiten. Und wir haben eine Einladung an die VGO ausgesprochen, an die Verantwortungsgemeinschaft Osthof der Hallen Kalk, gemeinsam das Projekt fortzuführen. Denn es ist auch für uns ein ganz besonderes und wichtiges Projekt. Deshalb werden wir alles daransetzen, dieses Projekt weiter nach vorne zu bringen.

Noch ein Hinweis, weil das Thema der vielen Schnittstellen angesprochen wurde: Wir haben mittlerweile eine Projektstruktur aufgelegt, die

klare Verantwortlichkeiten und auch eine klare Federführung vorgibt. Man kann uns gerne vorwerfen, dass wir das vielleicht zu spät gemacht haben. Aber wir haben es mittlerweile gemacht, um das Gesamtprojekt Hallen Kalk - es besteht aus fünf Einzelprojekten: die Kulturhallen, das Neubaufeld, die Halle 71, das DOMiD und der Osthof - nach vorne zu bringen. Wir werden mit Sicherheit demnächst auf den Rat zukommen, um das Gesamtprojekt noch einmal vorzustellen und darzustellen, wie wir alle fünf Bausteine dann realisiert bekommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin etwas verwundert und irritiert. Deswegen will ich eine Frage stellen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben jetzt in Ihrem Beitrag sehr auf die Finanzressourcen abgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nicht nur. Auch auf die Personalressourcen.

Christian Joisten (SPD): Und auch auf die Personalressourcen. Aber ist es nicht so, dass - wirklich als Frage formuliert; ich glaube, das aus fast allen Reden heute auch ein Stück weit herausgehört zu haben - die Frage der Koordination und Zusammenarbeit zumindest in dem jetzt in Rede stehenden Projekt Hallen Kalk mit der dominanteste Faktor war? Ich meine nicht, dass da irgendetwas am Geld gescheitert ist - zumindest bisher nicht. Wenn die Montag Stiftung jetzt herausgeht, sieht das mit Sicherheit anders aus. Aber bisher hat die Ressource Geld aus meiner Wahrnehmung da so gut wie keine Rolle gespielt.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

In der Tat lag jetzt lange ein LoI auf dem Tisch, der aber eben nicht unterzeichnet wurde, weil sich anscheinend niemand in der Verantwortung sah, das zu tun - warum auch immer. Ich kann das im Moment nicht beurteilen.

Deswegen noch einmal die Frage: Haben wir es nicht tatsächlich mit Herausforderungen zu tun, die in erster Linie im Organisations- und Managementbereich liegen und weniger in den Ressourcenfragen? - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, ich habe meinen Redebeitrag genauso wie Sie genutzt, um die Gesamtsituation darzustellen. Und ich meine, dass Herr Haack eben sehr ausführlich beantwortet hat, wie er sich die Zukunft vorstellt. Ich würde Sie sonst bitten, noch einmal sehr genau die Frage zu stellen. Geht es um die Zusammenarbeit? Vielleicht können Sie es noch einmal ganz genau formulieren. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Kollegen nicht zusammenarbeiten.

Christian Joisten (SPD): Ich meine, die Frage gestellt zu haben. Die Frage an Herrn Haack und die Verwaltungsspitze ist ja: Wie wird in Zukunft sichergestellt, dass die Zusammenarbeit, die Verzahnung, funktioniert? Ich habe es ja eben zitiert. Nach unserer Wahrnehmung hat Herr Charles eine Woche für die Antwort gebraucht, dass Herr Haack zuständig ist. Das war zumindest das, was medial herübergekommen ist. Und das muss doch anders werden.

Daher noch einmal die Frage: Wie konkret soll und wird zukünftig die Verwaltungsspitze, aber dann auch der Unterbau, miteinander arbeiten, damit genau das nicht mehr passiert? Das ist doch die Herausforderung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, Herr Haack hat ganz deutlich gesagt, dass er Projektverantwortlicher ist. Gut; ich möchte Pressemitteilungen nicht kommentieren. Das tue ich genauso wenig wie bei Äußerungen aus dem Rat. - Herr Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, ich habe das ja deutlich gemacht. Wir haben im Verwaltungsvorstand eine Projektstruktur für das Gesamtprojekt Hallen Kalk aufgesetzt und verabschiedet.

(Christian Joisten [SPD]: Jetzt, oder was? Das ist neu!)

- Diese Projektstruktur haben wir vor den Ferien schon im Verwaltungsvorstand beschlossen, und die konstituierende Sitzung des Lenkungsausschusses war letzte Woche.

(Christian Joisten [SPD]: Okay! Und 2015 haben wir das begonnen! - Maria Helmis [SPD]: Acht Jahre!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Debatte ist deutlich geworden, dass es einerseits um Strukturen geht und andererseits nur zweitrangig um Geld. Warum? Das habe ich ausgeführt. Ich möchte das noch einmal unterstreichen. Vielleicht ist das ja auch nicht deutlich geworden. Warum sind wir denn auf die Initiativen angewiesen? Weil diese Initiativen uns Grundstücke oder Liegenschaften auch in der Wahrnehmung noch einmal näher in den Fokus gebracht haben. Bei „Jack in the Box“ am Ehrenfelder Güterbahnhof war das so, sage ich einmal. - Erstens.

Zweitens sind wir - ich sage jetzt ausdrücklich „wir“ - und auch die Stadtverwaltung nicht in der Lage, externe Gelder einzuwerben, um diese Projekte voranzubringen. Das können aber die Projekte tun. Die Protagonistinnen und Protagonisten, die in den Projekten engagiert sind, können Fördergelder und Stiftungen einwerben und generieren. Deswegen brauchen wir diese Projekte und auch diejenigen, die sich vor Ort engagieren. Daher ist es aus unserer Sicht, aus meiner persönlichen Sicht, nicht immer nur eine Frage des Geldes, sondern eine Frage der Haltung und der Organisation.

Ich bin froh, dass der Stadtentwicklungsdezernent deutlich gemacht hat, dass die Verwaltung die Strukturen geschaffen hat. Nach meiner festen Überzeugung können wir nur mit bürgerschaftlichem Engagement zusätzliche Gelder generieren, um diese Liegenschaften auch zugänglich zu machen, zu bespielen, zu bewirtschaften und da auch Leben, Kultur, soziokulturelles Leben stattfinden zu lassen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das ganze Thema geht noch etwas weiter. Es hat nicht nur mit Geld zu tun, sondern auch mit der Verantwortung für städtische Liegenschaften. Es handelt sich oft um Liegenschaften, die wir uns nicht selber ausgesucht haben, sondern von der Industrie oder von anderen übernommen haben, um sie für die öffentliche Hand zu sichern. Denen ist aber nicht geholfen, wenn sie brach liegen gelassen werden und sich niemand darum kümmert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb müssen wir uns einfach eine Struktur und eine Herangehensweise überlegen, die auch dazu beiträgt, dieses städtische Tafelsilber - denn darum handelt es sich bei Grund und Boden sowie Gebäuden - zu erhalten und auch für die Zukunft zu sichern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich würde jetzt gerne die aktuelle Stunde abschließen. Die Antragsteller haben erkennen lassen, dass die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen werden soll. Außerdem liegt der Vorschlag vor, dass sie erledigt ist.

Deswegen lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen werden soll. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das so entschieden.

Die Angelegenheit wird nach § 5 Absatz 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung einer Collage der Künstlerin Deborah Roberts von Karim Tabet Jalbout an das Museum Ludwig 2342/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich um das Handzeichen: Wer wünscht, diese Schenkung anzunehmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, Frau Syndicus, Frau Gabriel, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist diese Schenkung mit großer Mehrheit angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Schenkung.

(Beifall)

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Collage von Karim Tabet Jalbout an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend „ÖPNV gerecht erweitern und stärken: Sozialticket für 19 Euro in Köln auf den Weg bringen“ AN/1527/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln) AN/1617/2023

Hierzu hat als Erstes, wenn ich das richtig sehe, die SPD das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Darf ich zu diesem Tagesordnungspunkt noch etwas zur Geschäftsordnung vortragen? Wir würden gerne mündlich noch einen Änderungsantrag einbringen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie das bitte bei Ihrem Wortbeitrag machen, Herr Hock?

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich kann das auch gleich machen, wenn alle gesprochen haben, damit wir es dann abstimmen können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir arbeiten jetzt erst einmal die Rednerliste ab.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, dann machen wir es so. Alles klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mobilitätswende muss sozial ausgestaltet werden. Im heute zu beschließenden Leitbild zur nachhaltigen Mobilitätsplanung legen wir fest, dass der Nahverkehr der Zukunft bezahlbar sein soll. Mit unserem Antrag kann schon heute die Zukunft beginnen; denn das Köln-Pass-Ticket ist mit

42,50 Euro im Monat oder 39,90 Euro als Abo gerade im Vergleich zum 49-Euro-Ticket zu teuer.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit unserem Antrag samt konkreter Finanzierung könnten wir etwa 25 000 Menschen mit Köln-Pass deutlich entlasten. Wir ermöglichen damit vielen Betroffenen ein klein wenig mehr Spielraum in der Weihnachtszeit - ein Zeichen, welches viele Bundesländer wie zum Beispiel Hessen schon umgesetzt haben, genauso wie Bonn mit 19 Euro oder Oer-Erkenschwick mit dem gesamten benachbarten Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Nur mit unserem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion DIE LINKE leisten wir wirklich einen Beitrag zur Mobilitätswende - sozial gerecht und klimawirksam.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jetzt noch ein paar Worte zum erbärmlichen Änderungsantrag des Mehrheitsbündnisses: Sie versuchen mit Ihrem Änderungsantrag, Sand in die Augen aller Bürger*innen zu streuen, und zwar Bremssand. Statt ein preiswertes Ticket für 19 Euro konkret anzubieten, lassen Sie lediglich prüfen, ob 90 Cent Preisnachlass ermöglicht werden könnten. Das ist erbärmlich und respektlos gegenüber allen Menschen, die dringend eine Entlastung brauchen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mit Ihrer sozialen Kälte lassen Sie 2,5 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt nicht dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Ihre soziale Kälte widert mich hier an.

Ich betone noch einmal: Auch falls das Land zum Jahreswechsel endlich ein Sozialticket einführen sollte, können wir mit unserem Antrag heute schon für Entlastung sorgen.

Insbesondere appelliere ich an dieser Stelle an Volt. Lösen Sie sich von diesem Änderungsantrag, statt das Anliegen zu einer Werbeveranstaltung der Landesregierung verkommen zu lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Lorenz, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann.

(Manuel Uwe Froh [Volt]: Und von Herrn Froh auch!)

- Das habe ich nicht gesehen.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. - Können Sie mir ganz kurz erläutern, für wie lange Ihr 19-Euro-Ticket finanziert ist? - Vielen Dank.

Lukas Lorenz (SPD): Das steht im Antrag.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Stimmt es, dass es um drei Monate geht?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Zwei!)

Lukas Lorenz (SPD): Um zwei Monate geht es.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Um zwei Monate, ja.

Lukas Lorenz (SPD): Aber wir haben eine Ausfinanzierung für zwei Monate. Und das ist erst einmal eine Entlastung für 25 000 Menschen in Köln.

(Beifall bei der SPD)

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Das nenne ich auch Sand in die Augen streuen.

Lukas Lorenz (SPD): Deshalb bitte ich alle: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und lehnen Sie den Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Warum setzt sich DIE LINKE seit Jahren für bezahlbare Sozialtickets ein?

Erstens. Seit Jahren sind die Sozialticketpreise deutlich höher als der Kostenanteil im Hartz-IV-Satz oder jetzt im Bürgergeld.

Zweitens. Das Deutschlandticket ist eine große Chance, dass auch Menschen mit wenig Geld bundesweit mobil sein können. Das bedeutet ein Mehr an Teilhabe in unserem Land. Das wollen wir nutzen.

Drittens. Wir müssen Druck auf das Land ausüben, damit ein 29-Euro-Ticket auf Landesebene kommt und die finanzielle Förderung von bisher 40 Millionen Euro aufgestockt wird.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Viertens. Ich finde es ungerecht, dass in NRW ein Sozialticket 39 Euro kostet, dagegen in vielen Fällen ein Jobticket als Deutschlandticket nur 34,30 Euro.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Fünftens. Andere Bundesländer und Kommunen haben in den letzten Monaten ihre Angebote von Sozialtickets ausgebaut. Soll Köln hintenanstehen?

Sechstens. Mit dem Stärkungspakt NRW eröffnet sich eine Chance, bis Ende 2023 für Köln-Pass-Ticket-Nutzer ein deutschlandweites 19-Euro-Ticket für zwei oder drei Monate kostenlos aus den Landesmitteln zu finanzieren.

Siebtens. Ich möchte am Jahresende die gesamten 11,5 Millionen Euro aus dem NRW-Stärkungspaket ausgegeben haben. Kein Euro zurück an das Land Nordrhein-Westfalen!

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

SPD und DIE LINKE haben bei der KVB angefragt, ob ein solches Deutschlandticket für 19 Euro für Köln-Pass-Nutzer kurzfristig umgesetzt werden kann. Die Auskunft war, für November und Dezember würden sie das technisch schaffen, wenn der Rat einen Beschluss fasst. An dieser Stelle: Danke an die KVB und danke an Frau Haaks.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Es ist ein wenig schade, dass wir mit unserem Vorschlag nicht mehr den Oktober erreichen können. Aber für die Weihnachtszeit könnten wir dieses Ticket testen und die Bedarfe der Menschen erfassen, wie es weitergehen soll.

Das Bündnis dagegen will kein Sozialticket, das die Menschen deutschlandweit in der Weihnachtszeit nutzen können. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, weil das Geld doch da ist, meine Damen und Herren. Das Geld liegt auf dem Konto der Stadt Köln, und Sie wollen dieses Geld nicht ausgeben. Das ist ja der Sachstand.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Das Gestaltungsbündnis ist meines Erachtens unsozial und destruktiv. Es ist nicht bereit, etwas für die Menschen zu tun, damit sie unterwegs sein können.

Ende des Jahres, meine Damen und Herren - das werden wir Ihnen dann noch aufs Brot schmieren -, werden Sie diese 2,5 Millionen Euro - oder vielleicht ist es auch weniger - zurück an das Land NRW überweisen. Toll haben Sie das gemacht! Sie lassen das Geld liegen und geben für Menschen, die wenig Einkommen haben, kein Geld aus. Das finde ich wirklich schäbig.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Sie wollen ein Sozialticket prüfen. So steht es in Ihrem Antrag. Ich kann Ihnen auch schon sagen, was bei dieser Prüfung herauskommen wird. Ein einfaches Sozialticket, das nur in Köln auf 19 Euro abgesenkt wird, kostet 4,5 Millionen Euro. Dann werden Sie sagen: Um Gottes Willen! So viel Geld werden wir doch nicht ausgeben. Wir haben das ja gar nicht. - Das wird das Ergebnis Ihrer Prüfung sein.

Deswegen ist doch dieser Antrag, den Sie hier vorlegen, nur eine elegante Nummer, mit der Sie unseren Antrag zerschießen wollen. Aber das Geld ist da, meine Damen und Herren, und Sie geben es nicht aus.

Liebe Kolleg*innen von den Grünen, in Bonn - Herr Rudolph, Sie haben sich ja gerade gemeldet; Sie sind ja beruflich dort tätig - hat man das gemacht. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Volt haben diese 1 Million Euro für ein Sozialticket ausgegeben.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben gerade als Schlussbemerkung darauf hingewiesen, was die Verwaltung leisten kann. Wenn man sich dieses konkrete Problem anschaut, sieht man: Die KVB wäre technisch bereit, das umzusetzen. Also würde es klappen.

Außerdem sagen Sie, dass wir nicht so viel Geld haben und man nicht alles ausgeben kann. Dazu kann ich nur sagen: Das Geld ist da. Es liegt auf dem Konto der Stadt Köln und muss nur ausgegeben werden - und nicht zurück an das Land Nordrhein-Westfalen überwiesen werden.

(Floris Rudolph [Bündnis 90/Die Grünen]: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?)

- Da gibt es eine Wortmeldung. Ich bin gerne bereit - ich habe noch vier Sekunden Redezeit -, die Zwischenfrage zu beantworten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Lieber Jörg Detjen, Sie werfen uns vor, dass wir einen Prüfauftrag erteilen, wie das Ticket ab nächstem Jahr finanziert werden kann. Was sagt denn Ihr Antrag dazu, wie Sie ab Dezember oder nach Dezember ein solches Sozialticket in Köln einführen wollen?

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Unsere Sache ist: Wir wollen diese Zeit nutzen, um zu testen.

(Lachen von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Was gibt es da zu lachen? Wir wollen das Geld ausgeben und schauen, wie groß der Bedarf ist. Das wollen wir prüfen. Und Ende Dezember haben wir einen Eindruck, wie viele Leute das beantragt haben usw. usf. Dann werden wir über die Bedeutung der Fortsetzung eine Diskussion führen.

Wir können das ja tun. Ich habe gar nichts dagegen, wenn das der Streitpunkt ist, auch noch zu prüfen, wie es dann fortgesetzt wird.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch das Entscheidende!)

- Das können wir ja gerne beschließen.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Wir können unseren Beschluss fassen und können Ihre Sache noch dazutun. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Aber Sie wollen ja das Geld, das da ist, jetzt nicht ausgeben. Und das ist schäbig. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt versuche ich einmal, ohne Wörter wie „erbärmlich“ oder „schäbig“ in dieser Debatte auszukommen.

(Beifall)

Denn das ist, glaube ich, für uns alle nicht hilfreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns eint doch der Wille, dass wir sozialverträgliche Mobilität in dieser Stadt sicherstellen wollen. Dazu gehört auch, dass wir uns dann aber auch ehrlich machen. Die Frage ist am Ende tatsächlich: Wer bezahlt eigentlich den Nahverkehr?

Wir erleben es immer wieder in der Diskussion um den Nachfolger des 9-Euro-Tickets, das Deutschlandticket, - wo wir den Bund haben, der uns Preise vorgibt: Wir als Kommune müssen am Ende schauen, wie wir dann noch den Rest, den wir nicht selbst erwirtschaften können, hinzuschießen.

Deswegen ist es uns auch so wichtig, den entsprechenden Beschluss in Punkt 1 zu ändern und vor allen Dingen noch einmal an den Bund zu appellieren, hier die entsprechenden Mittel auch nach 2024 bereitzustellen. Denn das, was wir mit dem Deutschlandticket erleben oder was wir mit dem 9-Euro-Ticket erlebt haben, ist doch, dass wir ein Preisgefüge haben, einen gefühlten Preis dafür, was uns Mobilität eigentlich generell wert ist.

Dieses Preisniveau können wir auf Dauer gar nicht so halten, wenn wir nicht massiv von Bund und Land unterstützt werden - oder aus unseren kommunalen Betrieben. Die RheinEnergie kann dann noch ein bisschen mehr erwirtschaften, und die KVB kann dann noch ein bisschen weiter bezuschussen. Oder die Kämmerin findet auch noch ein paar Millionen, mit denen wir das weiter subventionieren können.

Das heißt, dass wir uns auch die Frage stellen müssen, wie wir generell den ÖPNV finanzieren. Es kann nicht alleine kommunale Aufgabe sein, hier am Ende diese Preise, die uns der Bund vorgibt, mit zu subventionieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

Ich begrüße es auch sehr, dass sich der Deutsche Städtetag mit dieser ganzen Sache jetzt auch befasst und dort noch einmal deutliche Worte finden wird, um die Kommunen in dieser Frage nicht alleine zu lassen.

Kommen wir nun auf ein paar der von Ihnen erhobenen Vorwürfe zurück. Sie sagen, Bonn habe bereits ein solches Ticket für 19 Euro eingeführt. Ja, dann gilt dieses Ticket halt im Stadtgebiet von Bonn. Das, was Sie hier beantragen, ist aber etwas anderes. Sie wollen ja, dass das Deutschlandticket, das, wie der Name sagt, in ganz Deutschland gilt, auch mit subventioniert werden soll.

Sie verschweigen dann auch etwas. Gerade haben Sie ja schon relativ entlarvend gesagt: Ja, und was dann nach den zwei Monaten ist, das schauen wir dann einmal. - Damit streuen Sie, wie Herr Zimmermann gerade richtig sagte, Sand in die Augen, indem Sie zu sagen: Wir machen das jetzt für zwei Monate, und dann schauen wir einmal weiter, wie das Ganze geht. Irgendwo werden wir das Geld - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die Ampel macht ein 9-Euro-Ticket!)

- Irgendwo werden wir das Geld - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das hat doch die Ampel gemacht! 9-Euro-Ticket! Drei Monate!)

- Nur weil es die Ampel in Berlin in dem Moment nicht ordentlich gemacht hat, muss man doch nicht in Köln den gleichen Fehler wiederholen

(Zurufe von der LINKEN)

und hier den Leuten Sand in die Augen streuen mit irgendwelchen Preismaßnahmen, die am Ende niemandem etwas nützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Weitere Zurufe von der LINKEN)

- Jetzt reg dich doch nicht so auf.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Daher gehört doch zu der ganzen Debatte auch Ehrlichkeit. Denn wir wollen hier einen dauerhaft günstigen ÖPNV.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen dauerhaft eine Mobilität in dieser Stadt, die sich am Ende alle leisten können, und eben nicht nur irgendwelche Schnellschüsse, die am Ende wieder verpuffen, sodass wir uns dann Gedanken machen müssen, wie wir die Leute, die wir da auf die Schiene gesetzt haben, da überhaupt halten können, weil uns hier in den Kommunen bei all den anderen Aufgaben, die wir auch zu finanzieren haben, das Geld dafür fehlt.

Daher bitte ich um einen konstruktiven Umgang mit dem ganzen Thema, um zu schauen, wie wir hier gemeinsam - Land, Bund, Kommune, Verkehrsbetriebe - eine Lösung finden können, die uns auch dauerhaft eine günstige Mobilität für alle gewährleistet. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der FDP und bei Volt sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Bevor ich starte: Herr Detjen, lieber Kollege, wir kennen uns ja jetzt auch schon seit 1999. Ich fand Ihre

Aussagen an manchen Stellen sehr schäbig. - Das sei vorweg nur einmal gesagt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Zuschauertribüne und im Livestream! Wir haben den Antrag der Fraktionen der LINKEN und der SPD zu deren Wünschen rund um Sozialtickets für die Kölner Bürgerinnen und Bürger genau gelesen und auch intensiv in der Fraktion und im Bündnis diskutiert. Dennoch müssen wir ihn ablehnen, da einige Punkte des Antrags schwerwiegende Folgen für die kommunalen Finanzen nach sich ziehen, die beachtet werden müssen.

Ihr Antrag geht überhaupt nicht darauf ein, wie die Finanzierung auch nach 2023 gesichert ist.

Ich möchte aus Ihrem Antrag zitieren, und zwar den letzten Satz Ihrer Begründung:

> Für das Jahr 2024

- das startet für mich am 1. Januar -

> muss im Dezember 2023 eine Anschlussfinanzierung gefunden werden.

Das ist, wenn man von heute an rechnet, in genau drei Monaten. Wo sollen wir suchen? Das sagen Sie nicht, liebe SPD und liebe LINKE.

> (Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sollten Sie eigentlich wissen, wo man suchen kann!)

- Warum wir? - Thor Zimmermann hat das noch deutlicher gesagt: Sand in die Augen streuen.

Ich vermisse an dieser Stelle Ihre soziale Verantwortung beim Thema „solide Finanzierung“. Das Thema auszusitzen, in der Hoffnung, es werde von anderen gelöst - nach dem Motto: „Et hätt noch immer jot jejange“ -, ist besorgniserregend.

(Beifall bei der CDU)

Die Planungen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, sich dem Vorbild anderer Bundesländer anzuschließen und ein ermäßigtes Sozialticket für 39 Euro anzubieten, begrüßen wir. Aber ebenso selbstverständlich muss die Bundesregierung die Finanzierung des Deutschlandtickets über das Jahr 2024 hinaus sicherstellen.

Denn neben dem positiven Aspekt, dass die Tarifgestaltung bundesweit vereinfacht werden kann, greift die Bundesregierung natürlich auch massiv in die Tarifgestaltung auf kommunaler Ebene ein. Aber die Last der Finanzierung darf nicht alleine den Kommunen angelastet werden. Auch eine einmalige finanzielle Hilfe für einen begrenzten Zeitraum ist da nicht zielführend und auch nicht nachhaltig.

Deshalb muss der Anteil aus den 11,5 Millionen Euro zur Bekämpfung der Armut, der für die Rabattierung der Tickets zur Verfügung gestellt wird, erstens höher sein als die bislang bereitgestellten 1 Million bis 1,5 Millionen Euro und zweitens auch im Folgejahr abgerufen werden können. Das heißt, dass die Zuschüsse aus dem Stärkungspakt NRW kurzfristig und langfristig für die bisherigen kommunalen Zuschüsse für den Mobilpass genutzt werden können, um das Deutschlandticket weiter zu subventionieren.

Was ich noch gar nicht erwähnt habe, sind die Kosten, die für die Kundeninformation, die Umstellung der Systeme und den Vertrieb der Tickets benötigt werden. Oder glauben Sie allen Ernstes, dass das alles kostenfrei möglich ist?

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

Unser Änderungsantrag hingegen sieht die von mir aufgezählten Themenbereiche vor und verlangt zunächst eine saubere Prüfung der unbeantworteten Fragen. Das ist soziale Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, und lassen Sie uns gemeinsam und mit starker Stimme die Bundesregierung überzeugen, dass sie sich nicht aus der Finanzierung des Deutschlandtickets verabschiedet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Eigentlich wollte ich diesen Redebeitrag ganz versöhnlich beginnen, auch in Richtung SPD und DIE LINKE. Nach den

Anwürfen von Herrn Lorenz und von Herrn Detjen ist das gar nicht so einfach. Aber ich sage meinen Kindern immer: Mögen die Vorwürfe auch noch so unterirdisch sein, bleib' bei einem anständigen Niveau.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich halte mich jetzt daran und werde auch die netten Worte verwenden, die ich mir vorgenommen habe.

Die FDP begrüßt die von SPD und LINKEN angestoßene Debatte, auch einkommensschwachen Kölnerinnen und Kölnern Mobilität zu ermöglichen. Auch die Idee, die Gelder aus dem Stärkungspakt in Gänze vor Ort in Köln zu nutzen, findet unsere Zustimmung. Ich glaube, dass ich das auch im Sozialausschuss oft genug gesagt habe.

Kritisch sei aber angemerkt, dass der von SPD und LINKEN vorgelegte Antrag einige aktuelle Entwicklungen bei der Nutzung der Gelder aus dem Stärkungspakt sowie mögliche finanzielle Spielräume der Kommune einfach außer Acht lässt.

Der Änderungsantrag hingegen berücksichtigt diese Fakten.

Meine Damen und Herren, als wir im Frühjahr erfuhren, dass wir in Köln mit 11,5 Millionen Euro aus dem Stärkungspakt rechnen dürfen, war nicht sicher, ob das Geld am Ende auch komplett für soziale Projekte verausgabt werden könnte. Die Gründe waren vielfältig: kurze Antragsfristen, unklare Auszahlungsbedingungen und jede Menge Bürokratie.

Erfreulicherweise sieht es heute viel besser aus als im Frühjahr befürchtet. Dass dem so ist, ist auch der Verwaltung zu verdanken, die hier in Zusammenarbeit mit den Trägern gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich gehe davon aus, dass die Arbeit so gut war, dass die im Antrag von SPD und LINKEN genannten 2,5 Millionen Euro zur Finanzierung aus dem Stärkungspakt überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach meinen Informationen sind bereits sehr viel mehr Mittel verplant. Wenn Sie gestatten, Frau Oberbürgermeisterin, wäre ich froh, wenn der Dezernent etwas dazu sagen könnte. Das ist also die erste Fehlannahme im Antrag von SPD und LINKEN.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, dass weniger Geld aus dem Stärkungspakt zur Verfügung steht, heißt aber auch, dass Köln mit diesen Mitteln das Sozialticket nur über einen kurzen Zeitraum finanzieren könnte. Und da stellt sich die Frage: Macht es Sinn, für vielleicht zwei Monate ein Sozialticket zu zahlen und es dann wieder einzustellen? Sind da Enttäuschungen der Nutzer und Nutzerinnen nicht vorprogrammiert?

(Beifall bei der FDP und Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es kann doch nicht sein, dass der Nutzen nur ist, dass sich Herr Lorenz und Herr Detjen als sozialpolitische Weihnachtsengel aufspielen dürfen.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Nein, wir müssen an dieser Stelle ehrlich sein und dürfen keine falschen Erwartungen wecken. Unsere Forderungen müssen realistisch sein. Deshalb begrüßen wir das von Bundesverkehrsminister Wissing initiierte Deutschlandticket und wünschen uns eine Fortsetzung über 2024 hinaus.

Meine Damen und Herren, Realismus ist auch beim Sozialticket des Landes gefragt. Ein günstigeres Angebot als ein 39-Euro-Ticket wird es nicht geben. Ich könnte es mir als Opposition im Land ja leicht machen und sagen, das sei möglich. Aber ich sehe diese Möglichkeit nicht.

Und ganz ehrlich: Angesichts der Herausforderungen, vor denen wir in Köln im Hinblick auf Unterbringung und Integration von Geflüchteten stehen, habe ich als Sozialpolitikerin vor allen Dingen folgende finanzielle Bitte an die schwarz-grüne Landesregierung: Übernehmen Sie Verantwortung, und lassen Sie die Kommunen bei der Aufnahme der Geflüchteten nicht im Regen stehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dazu gehört auch finanzielle Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Sozialpolitische Forderungen, so gut sie auch gemeint sein mögen, müssen finanziert werden.

Außerdem gebe ich zu bedenken, dass soziale Projekte bei der Finanzierung auch im

Wettbewerb zueinander stehen. Das heißt konkret: Bekommt Projekt A den Zuschlag, fällt Projekt B unter Umständen hinten herunter. Oder: Gibt es ein Sozialticket, wird vielleicht eine andere sehr sinnvolle Initiative im sozialen Bereich kein Geld bekommen.

Deshalb ist es gut, dass die Verwaltung gemeinsam mit der KVB die Chancen für ein subventioniertes Deutschlandticket erst einmal auslotet. Denn wer realistisch an die Sache herangeht, muss auch damit rechnen, dass es - in Anlehnung an ein berühmtes Zitat - nach der Prüfung von der Kämmerin heißen kann: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt das Geld. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Glashagen hat jetzt das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und im Stream! Ich möchte auch nicht mehr dazu Stellung nehmen, was SPD und LINKE uns gerade allen an den Kopf geworfen haben. Da, finde ich, hat Herr Hammer eine wunderschöne Rede gehalten, die ich sehr gefeiert habe. Deshalb tue ich es Frau Hoyer gleich und halte mich an das, was ich sagen wollte.

Mobilität ist ein Grundrecht und nicht verhandelbar; sie ist zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben notwendig. Diese Aussage ist uns von Volt wichtig.

Ich erzähle euch jetzt ein kurzes Erlebnis von mir persönlich: An einem heißen Sommertag im Juni 2022, als es das 9-Euro-Ticket gab, habe ich im Hauptbahnhof eine junge Mutter mit drei kleinen Kindern getroffen, die mich gefragt hat, wie man zum Brunnen am Rhein kommt; denn ihre Kinder wollten dort planschen. Sie erzählte mir, dass sie aus Chorweiler kommt und nur deshalb, weil es das 9-Euro-Ticket gab, in die Innenstadt fahren konnte; sonst kann sie sich das nicht leisten.

Das zeigt: Obwohl Mobilität ein Grundrecht ist, sind finanziell schwächer gestellte Menschen davon ausgeschlossen. Wenn der öffentliche Nahverkehr für sie nicht bezahlbar ist, wird für Kölner*innen aus Chorweiler oder anderen am Rand liegenden Veedeln unsere Kölner Innenstadt zu einem unbekannten Ort. Das darf doch nicht sein! Zum Glück gibt es den Köln-Pass, der es Singles sowie Familien mit Kindern ermöglicht, alltägliche Angebote zu deutlich vergünstigten Preisen zu nutzen.

Deshalb ist es eine coole Idee, die wir heute hier auf der Tagesordnung haben, ein über die bisherigen Planungen hinausgehend vergünstigtes Ticket zu schaffen. Wir sind uns auch sicher, dass das klappen würde. Weil wir aber wollen, dass es auch langfristig klappt und nicht nur maximal zwei Monate, haben wir diesen Änderungsantrag eingebracht. Gleichzeitig wollen wir natürlich auch andere Sachen - denn ich bin sicher, dass das Jugend- und Sportdezernat auch noch coole Ideen hat, wie man das Geld ausgeben könnte - nicht verwehren.

Gemäß dem Änderungsantrag prüfen wir erst einmal, wie das finanziert werden soll. Dem wollen wir auch gar nicht vorweggreifen. Nach meinen Berechnungen sollte aber ein solches Ticket maximal 19 Euro kosten, und die Stadt könnte dadurch sogar noch Geld sparen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer im Saal und im Livestream! Wir haben hier gerade wieder einmal sozialistische Realsatire gesehen. Der eine will ausgeben. Der andere sagt: Findet mal ein paar Millionen. - Und woher kommt das Geld? Das weiß keiner. Der Steuerzahler ist wie immer der Dumme; aber der kann ja nicht mehr. „Linke Sozialromantik, die Nächste" habe ich mir gedacht, als ich diesen Antrag gelesen habe.

Hier wird die nächste Sozialleistung ohne Rücksicht auf die Finanzierbarkeit eingefordert, obwohl die Haushalte sowohl hier als auch auf Landes- und Bundesebene am Anschlag sind. Zur Finanzierung wird einfach auf andere Staatsebenen verwiesen; die werden es dann schon irgendwie

machen. Typisch SPD und Linkspartei! Letztere heißt ja bekanntermaßen eigentlich SED.

(Beifall bei der AfD)

Hier diese Leistung, da eine andere Leistung, dort noch eine Leistung - und der Steuerzahler soll es irgendwie richten. Ich glaube, Sie haben den Schuss alle miteinander noch nicht gehört.

(Beifall bei der AfD)

Die Einführung des Bürgergeldes führt jetzt schon dazu, dass es sich für viele Menschen nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen. Die Kosten steigen für den Steuerzahler. In diesem Jahr sind es schon 2,4 Milliarden Euro mehr.

Außerdem machen wir mit Ihren diversen Sozialleistungswünschen auch immer noch den Migrationsmagneten volle Pulle an. Die Hälfte der Bezieher der Leistungen sind nicht mehr Deutsche. Und bei den Deutschen will ich nicht wissen, wie viele Doppelstaatler darunter sind - aber das nur am Rande.

Und jetzt die nächste Leistung aus dem sozialen Füllhorn von Sozialdemokraten und Kommunisten! Das 49-Euro-Ticket wird sowieso teurer werden. Es wurde schon darüber diskutiert, ob der Bund sich das überhaupt leisten kann. Ich glaube, auf Dauer nicht.

(Beifall bei der AfD)

Und lernen Sie einmal: Es gibt keinen kostenlosen Nahverkehr. Es gibt vielleicht einen fahrscheinlosen. Aber irgendeiner muss es bezahlen. Dann ist es der Steuerzahler. Ich sage Ihnen: Sie werden das nicht 2025, 2026 finanzieren können; denn Sie sind ja alle fleißig dabei, die deutsche Industrie abzuwickeln, und dann werden Sie irgendwann keine Steuergelder mehr haben, um das bezahlen zu können. Das muss man hier einmal grundlegend feststellen.

(Beifall bei der AfD)

Das Bürgergeld steigt im kommenden Jahr um 12 Prozent. Das sollte reichen.

Deutschland ist in Gänze hoch verschuldet. Das Land Nordrhein-Westfalen wird im kommenden Jahr - Sie schreien ja alle hier nach dem Land - seinen Pensionsfonds erstmals anzapfen müssen, um überhaupt seinen Haushalt ohne Schulden zu finanzieren. Der Bundeshaushalt mit seinen diversen schuldenfinanzierten Sondervermögen ist auf Kante genäht. Jetzt ist die Kämmerin nicht da. Aber ob sie einfach mal so ein paar Millionen findet? Da habe ich doch auch meine großen Zweifel.

Aber man ruft, wie es gute Sozialisten machen, einfach nach einem anderen, und der wird schon zahlen. Man delegiert es einfach zwischen den Staatsebenen hin und her. Dabei kapieren Sie eines nicht: Der Steuerzahler ist immer derselbe - derselbe Zwangsgeknechtete.

(Beifall bei der AfD)

Diese Republik kann nicht mehr zahlen. Die Freibierkultur für alle funktioniert nicht und muss aufhören. Die Linkspartei, bekanntermaßen die SED, hat ihre Erfahrung damit, einen deutschen Staat in den ökonomischen und finanziellen Abgrund zu führen. Und Sozialdemokraten sind halt auch nur rot und können nicht mit Geld umgehen.

Was Sie, liebe LINKE, vergessen: Ein bankrotter Staat schadet am meisten den kleinen Leuten und den Schwachen; denn dann kommt irgendwann gar kein Bürgergeld mehr, und es wird keine Wohnung mehr bezahlt; die öffentliche Ordnung zerfällt. In erster Linie wird das die schwachen Menschen treffen.

Deshalb sollten wir lieber alle auf allen Staatsebenen Maß halten und nicht hier eine Leistung und da eine Leistung verabschieden. Das heizt übrigens auch die grassierende Inflation immer weiter an. Hier gilt: Weniger ist einfach mehr.

(Beifall bei der AfD)

Darüber hinaus habe ich hier im Kölner Stadtrat manchmal den Eindruck, dass wir uns nicht so sehr mit der Erschaffung von Wohlstand beschäftigen. Denn bevor wir hier irgendetwas groß verteilen wollen, muss es erst einmal da sein. Aktuell wird der Kuchen kleiner. Wie gesagt, laufen Industrie und Wirtschaft nicht gut. Aber irgendwie kapieren Linke das ja nicht. Ich habe noch nie gehört, wie Kommunisten und Sozialisten einen Plan verfolgen, der nicht nur darauf ausgerichtet ist, zu verteilen, sondern sich auch erst einmal damit beschäftigt, wie man es schafft, dass überhaupt etwas zum Verteilen da ist. Das fehlt mir auch hier bei der ganzen Sache.

Deshalb lehnen wir den Antrag ab. Das ist Sozialismus in Reinform. Wir sollten alle auf den

Staatsebenen ein bisschen mehr Maß halten, weil wir nämlich irgendwann alle pleite sind.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker, vielen Dank. - Ich hatte eigentlich gar nicht vor, zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke. - Aber wir sind bei der Rhetorik dann doch aufgewacht: schäbig, erbärmlich, soziale Kälte, sozialpolitische Weihnachtsengel. Wir begrüßen, dass hier ein ehrlicher Diskurs geführt wird und auch die Wortwahl an die vielleicht vorhandene Verve in dieser Sache angepasst wird, können allerdings selber nachvollziehen, dass man hier ein bisschen frustriert ist. Es ist absehbar, dass der Antrag, dem wir übrigens zustimmen, abgelehnt werden wird und der Ersetzungsantrag, der so etwas wie „finden wir gut, aber da können wir jetzt auch nichts machen“ bedeutet, dann angenommen wird.

Das ist eine Farce. Tatsächlich zahlt es auf das Konto derer ein, die mit den Stimmen der politisch frustrierten Menschen rechnen.

Kurze Stellungnahme von der Partei Die PARTEI: Wir haben uns tatsächlich selber schon vor zwei Jahren im Wahlkampf mit dem Thema beschäftigt. Wir sind der Meinung, dass Schwarzfahren bezahlbar bleiben muss, und haben dafür auch den 9-Euro-Fonds übernommen, den Sie unter „9eurofonds.de“ finden. Er funktioniert so, dass alle Menschen, die dort mitmachen, einen bestimmten Betrag einzahlen und dann schwarzfahren. Das erhöhte Beförderungsentgelt wird dann aus diesem Fonds bezahlt. Während heute viel geredet wird, hat Die PARTEI also etwas getan. Danken Sie es nicht uns. Wir machen es für die Sache.

Zum Ende noch ein Änderungsantrag - wenn es darum geht, Sand in die Augen zu streuen, sind wir natürlich dabei -: Wir möchten gerne zu Protokoll geben, dass wir Nr. 2 und 3 des Ursprungsantrags im Wortlaut abändern möchten. Dort, wo ein „19-Euro-Deutschlandticket“ steht, soll bitte ein „11-Euro-Deutschlandticket“ stehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo zusammen! Ich mache es kurz vom Platz aus. Erst habe ich überlegt, meinen Redebeitrag zurückzuziehen, weil ich mich schnell verunsichern lasse. Aber dann dachte ich, dass es bestimmt vielen Menschen, die zuschauen, so geht. Daher möchte ich die Fragen, die mir durch den Kopf gehen, einfach mal widerspiegeln.

Zum Beispiel: Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass die Menschen, die es betrifft, sich nicht auch über eine Vergünstigung für nur zwei Monate freuen würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand sagt: Nur zwei Monate? Dann lieber gar nicht.

Das gilt erst recht, wenn es mit den Umsetzenden abgesprochen ist und diese sagen: Können wir machen.

Weiterhin: Ist es nicht ein Best Practice, so eine Art Piloten zu machen? Ist es nicht die agile Methodik, die wir alle irgendwie verlangen, so einen Prototypen aufzusetzen, daraus zu lernen und dann weiterzuschauen?

Aus der Gegenargumentation höre ich eher dieses Wasserfall-Vorgehen heraus. Aus dem Projektmanagement ist ja bekannt, dass es eher nicht so erfolgreich ist und viele Risiken in sich birgt.

Daher würde ich eher dazu tendieren, den Änderungsantrag abzulehnen oder mich da zu enthalten. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß, dass Herr Zimmermann das Wort wünscht. Frau Syndicus, wünschen Sie auch das Wort? - Nein. Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, nur eine kurze Meldung vom Platz aus: Die Gedanken meiner Vorrednerinnen kann ich natürlich sehr gut nachvollziehen. Aber ich komme persönlich zu einem

anderen Schluss, wie das auch andere Vorredner*innen gerade gesagt haben: Ich finde es ein bisschen eigenartig, für zwei Monate die Erwartungen zu wecken, als könnten wir das als Kommune irgendwie fortsetzen. Nein, das können wir nicht. Die Leute werden dann enttäuscht sein und vielleicht denken, dass es nur an mangelndem Willen liegen würde, das fortzusetzen. Und das ist es natürlich nicht.

Ich finde es auch ein bisschen eigenartig von SPD und LINKEN. Ihr habt irgendwie die Debatten der letzten Wochen nicht verfolgt. Gerade wurde Herr Wissing noch gelobt. Ich sehe es ein bisschen kritischer. Wissing und Lindner geben ganz andere Signale heraus. Das 49-Euro-Ticket als Ganzes ist gefährdet. Es ist vielleicht jetzt noch ein oder zwei Jahre so zu finanzieren. Wie der Preis sich entwickeln wird, wissen wir gar nicht. Jetzt so zu tun, als könnte man den Preis für einen bestimmten Teil der Kölner Bevölkerung auf 19 Euro absenken, halte ich in der Tat für doch populistisch im negativen Sinne, weil es am Ende auf uns zurückfällt: Warum habt ihr das nicht fortgeführt?

Was mich aber in der Tat stutzig gemacht hat, ist die Aussage, die von SPD und DIE LINKE vorgetragen wurde. Meine Frage dazu würde ich gerne - ähnlich, wie Frau De Bellis nach der Finanzierung gefragt hat - Frau Haaks stellen. Ich habe die Debatten zum Schülerticket und die Äußerungen der KVB noch ganz gut in Erinnerung. Da hieß es: Wir kriegen das so schnell nicht hin. Andere Kommunen haben es zwar geschafft. Wir kriegen das aber erst vielleicht zum Halbjahreswechsel oder wann auch immer tatsächlich hin. - Und jetzt soll es auf einmal auf Zuruf von LINKEN und SPD schon für November funktionieren? Das ist für mich ein bisschen ein Widerspruch. Vielleicht kann er aufgelöst werden. Möglicherweise geht es um andere Größenordnungen von Tickets etc. Aber das hätte ich doch gerne einmal nicht nur vom Hörensagen gehört, sondern aus berufenem Munde, also von Frau Haaks. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte jetzt zunächst einmal Herrn Dr. Rau bitten, dazu Stellung zu nehmen. Vielleicht hat das ja für Sie auch erhellende Wirkung.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier war ja die Frage im Raum, ob es uns gelingt und wie es uns gelingt, dieses Stärkungspaktgeld des Landes zu verausgaben. Ich glaube, wir wissen alle, dass es uns deshalb schwerfiel, weil, nachdem das Geld da war und das Land uns damit quasi etwas Gutes tun wollte, recht lange unklar war, wofür es denn Verwendung finden dürfte. Ideen gab es recht schnell und recht viele - und natürlich auch viel Not. Insofern waren wir wahnsinnig froh. Aber es gab eben diese Unklarheit.

Wir haben im Lauf der Zeit tatsächlich teilweise wöchentlich stattfindende Treffen zwischen dem Ministerium und uns in den Kommunen gehabt und sind jetzt so weit, dass wir das so gut schärfen konnten, dass uns inzwischen die Verausgabung dieses Geldes nicht mehr schwerfällt.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir von den circa 11,5 Millionen Euro bis auf 1,4 Millionen inzwischen alles verplant haben und dass es auch für diese 1,4 Millionen bereits Pläne gibt,

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört!)

sodass wir ganz guter Dinge sind, dass wir bis zum Ende des Jahres die gesamte Summe verausgabt haben. Wir hatten zwar keine Schwierigkeiten, dafür eine gute Verwendung zu finden, aber haben erst jetzt endlich die Wege bekommen, die Mittel auch für gute und wichtige Dinge zu verwenden.

Daher werden diese 11,5 Millionen Euro Gutes tun können. Sie werden hier in Köln ihre Wirkung entfalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat eine direkte Rückfrage.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Dr. Rau, ist es zutreffend, dass die Verwaltung auf der Sitzung des Sozialausschusses am 17. August 2023 gesagt hat, dass es im Moment nur Förderanträge in Höhe von 4,5 Millionen Euro gibt? In Klammern: 7 Millionen Euro sind damit vakant. - Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage lautet: Ist es richtig, dass es vonseiten der Sozialverwaltung auf eine Anfrage der Oberbürgermeisterin zu unserem Antrag eine Antwort gibt, die besagt: „Jawohl, das wäre zu finanzieren“?

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Herr Detjen, die exakte Summe kann ich jetzt aus dem Kopf nicht bestätigen; wahrscheinlich stimmt sie. Es ist richtig, dass wir dieses Geld noch nicht beschieden haben. Dass wir Planungen haben und hatten, wie wir dieses Geld ausgeben würden, ist aber der Fall. Auf jeden Fall hat sich das bis heute so weit konkretisiert, dass wir sie jetzt haben; eben mit Ausnahme von circa 1,4 Millionen Euro.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es wäre ja schrecklich, wenn wir diese Planungen noch nicht hätten, Herr Detjen. Worauf sollen wir denn warten? Wenn wir 11 Millionen Euro haben, worauf sollen wir warten, wenn wir sie dieses Jahr ausgeben wollen? Es ist Anfang September.

(Vereinzelt Beifall)

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe noch eine Frage. Ich habe das natürlich heruntergerechnet. In unserem Antrag stehen 2,5 Millionen Euro. Wenn man das aber auf die zwei Monate reduziert, für die die KVB das für machbar hält, sind es 1,5 Millionen Euro. Also wären wir bei Ihren 1,4 Millionen Euro, und man könnte das finanzieren.

Meine Damen und Herren, wir werden ja Ende des Jahres sehen, was Sie dann zurückzahlen müssen. Es werden einige Millionen sein. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das Letztere war jetzt keine Frage. - Frau Haaks, bitte.

Stefanie Haaks (Kölner Verkehrs-Betriebe): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, das erscheint im ersten Moment so. Aber im Schülerbereich haben wir erst einmal fast 60 000 Schüler - es sind etwas über 58 000, glaube ich -, um die es geht. Und jede Schule hat ein eigenes Recht, zu entscheiden, womit man denn tatsächlich ins Rennen geht, ob das dann das 49-Euro-Ticket, also das Deutschlandticket, ist oder aber die bisherige Schülerticketvariante.

Das müssen Sie mit jeder Schule bearbeiten, und zwar mit unterschiedlichen Systematiken. Am Ende spielt auch noch die Entfernung vom Schüler zur Schule eine Rolle; je nach Schulart und Alter gelten da zudem unterschiedliche Grenzen. Es ist also viel kleinteiliger, viel filigraner und damit viel aufwendiger im Vertrieb zu bearbeiten als dann, wenn Sie eine Anzahl von Berechtigten haben, die Sie einmalig umstellen können. Das ist der große vertriebliche Unterschied. Deswegen dauert das, wenn es um Schüler in der Vielzahl und Verschiedenheit, wie wir sie hier in Köln haben, geht, länger als dann, wenn Sie eine definierte Gruppe haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION abstimmen, bei Punkt 2 und 3 des Antrags von SPD und LINKEN 19 Euro durch 11 Euro zu ersetzen. Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und Herrn Zimmermann abstimmen und danach gegebenenfalls über den Ursprungsantrag.

Wer der Verminderung des Preises für das Köln-Pass-Ticket auf 11 Euro im Beschlusstext des Antrags von SPD und LINKEN zuzustimmen wünscht, also dem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Christian Joisten [SPD]: Dem Änderungsantrag zuzustimmen?)

- Herr Hock hat ja Ihren Antrag noch einmal verändert: statt 19 Euro 11 Euro. - Wer wünscht dem zuzustimmen? - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und Herrn Zimmermann abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die

AfD stimmen dagegen. Enthaltungen? - Frau Gabriel enthält sich. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Da das ein Ersetzungsantrag war, entfällt der Antrag der SPD und der LINKEN.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 ist zurückgezogen worden.

I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION

Beschluss:

In Ziffer 2 und 3 des Ursprungsantrages soll „19 Euro-Ticket“ durch „11 Euro-Ticket“ ersetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, FDP und von RM Zimmermann (GUT Köln)

Beschluss:

1. *Der Kölner Stadtrat begrüßt die Planungen der ~~die~~ Landesregierung NRW, sich dem Vorbild anderer Bundesländer anzuschließen und ein ermäßigtes Sozial-Ticket für monatlich ~~2~~39 Euro anzubieten. Darüber hinaus fordert er die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Deutschland-Tickets auch über 2024 dauerhaft sicherzustellen.*
2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Stadtverwaltung, in Kooperation mit der KVB ein darüber hinaus subventioniertes Deutschlandticket für Köln-Pass-Inhaber*innen zu prüfen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke., AfD und bei Stimmenthaltung von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) zugestimmt.

III. Die Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD und Die Linke. hat sich erledigt.

Anmerkung:

Mündlicher Änderungsantrag von RM Hock.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Menschen mit Behinderung, Einschränkung oder Lernbeeinträchtigung besonders in den Fokus nehmen“
AN/1530/2023

Das Wort hat Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier vorliegen haben, ist ein wichtiger Antrag, den die SPD stellt

(Beifall von Lukas Lorenz [SPD])

- danke -; denn es geht um die Einstellung von Menschen mit Behinderung. Es geht aber vor allen Dingen auch um einen Perspektivwechsel. Zwar kommt in der gesetzlichen Regelung in § 165 SGB IX zum Ausdruck, dass Menschen mit Behinderung eine Chance bekommen sollen. Der Perspektivwechsel, den wir hier in der Stadt - und nicht nur in dieser Stadt - jedoch wirklich brauchen, ist: Wir müssen ihnen nicht nur eine Chance geben, sondern sie geben uns eine Chance. Wir haben nämlich einen enormen Fachkräftemangel zu beklagen und müssen und sollten auch auf Menschen mit Behinderung zurückgreifen, die fachlich hoch qualifiziert sein können - sie haben vielleicht nur körperlich oder in anderer Hinsicht ein Handicap - und in dieser Stadt wertvolle Arbeit und einen wertvollen Beitrag zum Gelingen des Zusammenlebens und der Arbeit der Stadtverwaltung leisten können. Das ist der Perspektivwechsel, den wir brauchen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Diesen Perspektivwechsel wollen wir mithilfe von drei Punkten in diesem Antrag auf den Weg bringen.

Das ist erstens, die Hürden im Bewerbungsverfahren - die es offensichtlich gibt, wie man sieht, wenn man sich die Zahlen anguckt - zusammen mit Stakeholdern zu identifizieren, zu beseitigen und dem Rat bis Dezember dieses Jahres ein Konzept vorzulegen, wie das besser werden kann.

Das ist zweitens, dem Rat aufzuzeigen, welche Einsatzbereiche für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung besonders geeignet sind. Es gibt natürlich nicht *den* einen Einsatzbereich. Aber es mag Einsatzbereiche geben, wo es häufiger passt als in anderen.

Das ist drittens - und das ist uns ganz wichtig -, am Ende des Tages eine Quote von 5 Prozent der Neueinstellungen zu haben. Es geht um die Neueinstellungen. Wir haben das in dem Antragstext extra unterstrichen. Das haben wir nicht umsonst getan. Wir wollten Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken. Es geht um 5 Prozent Neueinstellungen und darum, eine feste Quote zu vereinbaren, damit wir sie dann auch einhalten können.

Die gesetzliche Quote verzerrt nämlich etwas den Blick. Es bezweifelt niemand, dass auch in der Stadtverwaltung Köln die gesetzliche Quote für die Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung eingehalten wird. Aber da fließen natürlich auch die Zahlen von Menschen hinein, die während ihres Arbeitsverhältnisses mit der Stadt erkranken und vielleicht in eine Behinderung rutschen. Es ist völlig richtig, dass sie in die gesetzliche Quote einberechnet werden können und sollen. Denn selbstverständlich sollen diese Menschen bei der Stadt weiterhin beschäftigt werden - gar keine Frage. Aber uns geht es um den Perspektivwechsel. Wir wollen 5 Prozent bei den Neueinstellungen. Diese Quote ist hier in Köln bei Weitem noch nicht erreicht. Das ist uns wichtig: 5 Prozent der Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung.

Um Ihnen das alles etwas leichter zu machen - auch bei Schwarz-Grün -, empfehle ich Ihnen ganz ausnahmsweise, sich ein Beispiel an der schwarz-grünen Mehrheit im Land zu nehmen. Sie hat nämlich mit der Drucksache 18/4128 im Mai dieses Jahres genau einen solchen Antrag beschlossen. Sie hat ausgeführt, bei der Landesverwaltung seien 6 Prozent Menschen mit Behinderung beschäftigt. Das ist aber nicht die Quote der Neueinstellungen. Sie hat beschlossen: Wir wollen bei den Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung eine Quote von 5 Prozent. - Sie hat das sehr schön formuliert, richtig vorsichtig. Das wollen wir sicherlich so nicht formulieren. Ich finde es zum Abschluss trotzdem ganz gut. Sie hat nämlich geschrieben, diese Quote wenigstens „ernsthaft anzustreben“.

Wenn wir uns darauf einigen können, diese Quote ernsthaft anzustreben, dann sind wir auch bereit, den Antrag noch zu ändern, damit wir Sie da ins Boot kriegen. Wir bieten Ihnen also nichts anderes an, als das zu beschließen, was Schwarz-Grün im Land wegweisend beschlossen hat. Und glauben Sie mir: Es war das letzte Mal, dass ich hier Schwarz-Grün im Land gelobt habe. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Bauer-Dahm hat das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Lieber Herr Krupp, lieber Gerrit! Ich möchte mich zunächst bei der SPD bedanken. Danke, dass ihr gemeinsam mit uns und den anderen Demokrat*innen immer wieder den Finger in die Wunde legt. Das ist wichtig. Danke für eure Ausdauer und für eure Zuverlässigkeit, wenn es darum geht, Menschen mit Behinderung Perspektiven in dieser Stadt zu eröffnen. Aber heute schießt ihr leider übers Ziel hinaus, liebe SPD.

Punkt 1 des Antrags ist von der Intention her lobenswert - keine Frage. Die Einbindung der Stadtarbeitsgemeinschaften, der Gesamtschwerbehindertenvertretung, der Behindertenbeauftragten - alles sinnvolle Überlegungen bei der Ausgestaltung eines Bewerbungsprozesses für Menschen mit Behinderungen. Leider ist es aber schlicht nicht unser Bier, sondern die Hoheit der Oberbürgermeisterin. Das ist nun einmal gesetzliches Faktum.

Über Punkt 2 habe ich mich dann aber richtiggehend geärgert, muss ich sagen. Dem Rat soll aufgezeigt werden - ich zitiere -,

> welche Einsatzbereiche in der Stadtverwaltung für Menschen mit Behinderung besonders geeignet sind.

Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort: grundsätzlich erst einmal alle.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, bei der FDP und bei Volt)

In den allermeisten Fällen lassen sich nämlich durch geeignete Hilfsmittel und Assistenzen die gröbsten Hürden bereits überwinden. Die Frage kann daher nicht sein, welche Einsatzbereiche geeignet sind. Die Fragen müssten lauten: Was können wir als Stadt tun, um möglichst viele Einsatzbereiche in der Verwaltung für Menschen mit Behinderung tauglich zu machen? Wie organisieren wir die richtigen Passungen für Menschen mit speziellen Bedarfen? Wie ändern wir die bisher ausschließende Arbeitsumgebung? Und nicht: Welche Nische können wir denn schmerzfrei gerade noch so anbieten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Maria Helmis [SPD]: Ja, genau so habt ihr es formuliert!)

Das ist der falsche Ansatz und die falsche Intention. Menschen mit Behinderung leisten selbstverständlich wertvolle Beiträge - auch im Arbeitsleben. Menschen mit Behinderung sind aber nicht dafür da, unser Personalproblem zu lösen. Das ist eine gefährliche Gratwanderung.

Sätze wie

> Auch im Bereich der Grünflächenpflege können mehr Menschen mit Lernbeeinträchtigungen oder Behinderungen eingesetzt werden.

sind wirklich nur schwer zu ertragen.

Dann noch mein Liebling unter Punkt 3 - Gerrit hat es gerade lange erklärt -:

> Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie und bis wann erreicht werden kann, dass mindestens fünf Prozent der Neueinstellungen in der Stadtverwaltung Menschen mit Behinderung sind.

Das finde ich super. Herzlichen Glückwunsch! Es kommt leider zu spät. Das Ziel ist bereits überschritten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Die Quote bei den Nachwuchskräften lag nämlich 2022 bereits bei 5,7 Prozent. Ich gebe zu: 2021 waren es 3 Prozent. Das sind die alten Zahlen. Aber wir haben die 5 Prozent mittlerweile geknackt, soweit mir die Zahlen gezeigt wurden. Im Laufe des Erwerbslebens - das wissen wir alle aus Erfahrung - steigt diese Quote stetig. Die Beschäftigtenquote insgesamt liegt derzeit bei 9,3 Prozent. Damit müssen wir uns nicht schämen, denke ich; denn das ist fast das Doppelte der gesetzlichen Pflichtquote.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Das ist ein Resultat, ich sage bewusst, *unserer* stetigen Bemühungen - da nehme ich euch mit hinein -:

- angefangen bei unserem Bündnisantrag im AVR im Juni 2021 zur Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung. Wir sehen jetzt das Resultat in den 2022er Zahlen. Da haben wir inhaltlich überwiegend das beschlossen, was wir nun heute wieder beschließen sollen, aber in der Ausformulierung weniger diskriminierend und auch umfassender.

- weiterhin unser Prüfantrag zur gleichwertigen Bezahlung der Fachkräfte für Bürokommunikation. Auch das war die letzten Monate immer Thema im AVR.

- schlussendlich im letzten AVR unser gemeinsamer Beschluss zur zukünftigen Personalwirtschaft der Stadt Köln. Auch hier haben wir beschlossen - ich zitiere -,

> dass die Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderungen und anderen Einschränkungen nicht nur als gesetzliche Verpflichtung verstanden wird, sondern als Chance für die Stadt, eine neue Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu gewinnen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Antrag ist nicht in Gänze falsch. Er ist in seiner Intention wichtig. Die wichtigen Teile des Antrags sind aber schon Beschlusslage. Daher lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte erlauben Sie mir, zu fragen, ob es jetzt noch bei den angezeigten Wortmeldungen bleiben soll.

Ich hätte sonst Frau Blome gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Aber Herr Bauer-Dahm ist aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik so gut informiert, dass ich diese Zahlen hier nur bestätigen kann.

Werden noch weitere Wortmeldungen gewünscht? - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meinem Vorredner nur zustimmen: In der Sache ist es wichtig, dass wir uns unverändert dem Thema widmen und auch dranbleiben.

Aber ich frage mich: Ist das hier der richtige Ort? Wir haben gerade in der letzten AVR-Sitzung das Thema Personal noch einmal sehr intensiv diskutiert. Ich hätte mir gewünscht, dass wir die Anregungen unmittelbar dort eingebracht hätten und nicht an dieser Stelle, weil wir im Ausschuss sicherlich auch noch etwas tiefer gehen können als in der Debatte, die wir hier im Rat insgesamt führen.

Die zweite Anmerkung, die Sie mir bitte gestatten, ist die Frage - ich habe das schon einmal in einer anderen Debatte vor ein paar Monaten gesagt -: Haben Sie eigentlich zwischenzeitlich die entsprechenden Berichte, die die Stadtverwaltung erstellt, gelesen? Wir haben einen Inklusionsbericht, der klar aufzeigt, dass die Inklusionsvereinbarung, die die Stadtverwaltung hier zur Anwendung bringt, im Prinzip genau darlegt, was in Köln gut läuft.

Und es läuft insgesamt sehr gut. Der Kollege sagte es schon: Wir sind mit dem Anteil der Schwerbehinderten bei über 9 Prozent. Was noch wichtiger ist: Wir haben auch bei den Führungskräften - und das passt auch nicht zu Ihrem Antrag - einen Anteil von über 6 Prozent. Das zeigt, dass in allen Teilen der Verwaltung das Thema angekommen ist und dass wir hier keinen grundsätzlichen Nachholbedarf haben.

Dass man bestimmte Dinge immer wieder noch mal nachschärfen kann, ist gar keine Frage. Aber das hätte man auch an anderer Stelle einbringen können. Denn ich habe nicht den Eindruck, dass unsere Verwaltung an der Stelle irgendetwas nicht unternimmt, um Arbeitskräfte zu mobilisieren und Menschen mit Behinderung in Beschäftigung bei der Stadt Köln zu bringen.

Insoweit kann ich nur sagen: Wir brauchen diesen Antrag nicht. Wir sind hier sehr gut unterwegs. Wir haben die gesetzlichen Ziele deutlich überschritten. Anregungen kann man immer mitgeben. Aber dieses Antrags bedarf nicht. Deshalb werden wir ihm hier auch nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich doch meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass die SPD hier erneut so einen Antrag stellt. Denn wir haben ja - das hat Herr Bauer-Dahm schon gesagt - just in der letzten AVR-Sitzung einen umfangreichen Beschluss gefasst. Dieser Beschluss beinhaltete auch Menschen mit Schwerbehinderungen. - Das erst einmal vorab.

Wir waren nicht in die Diskussion eingebunden - es war nur die SPD mit dem Bündnis im Bunde, um diesen Antrag rundzumachen -, die FDP übrigens auch nicht. Es wundert mich natürlich, warum diese Forderungen, die heute gestellt werden, nicht in diesen Antrag mit eingebunden worden sind. Aber das werden Sie besser wissen als ich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch ist das Thema Fach- und Arbeitskräftemangel ein bedeutendes. Insoweit ist es grundsätzlich nachvollziehbar, jede erdenkliche Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Ich möchte aber zu bedenken geben, dass der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel nicht die Hauptmotivation für die Gleichstellung von Menschen mit Schwerbehinderung sein sollte.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Dies kann allenfalls ein weiterer Schlüssel für mehr Einstellung von Menschen in der Verwaltung sein. So verstehe ich diesen Antrag auch.

Wir werden - das wird Sie wundern - diesem Antrag zustimmen. Ich werde auch erklären, warum wir ihm zustimmen werden.

Ich verstehe den Antrag der SPD viel mehr als Konkretisierung des Beschlusses im AVR. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn wir es beschlossen hätten. Das haben wir aber nicht getan. Insofern besprechen wir es heute. Entsprechend sollte die Motivation doch sein, dass wir uns über die Notwendigkeit eines solchen Antrages den Kopf zerbrechen oder uns sogar sehr darüber ärgern könnten oder dass wir heute ein gemeinsames politisches Signal setzen und den Antrag gemeinsam beschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte nur ganz kurz ausführen, dass die SPD natürlich auch viel Richtiges in der Begründung geschrieben hat. Dass trotz der Fortschritte die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Köln immer noch vor bedeutenden Herausforderungen steht, haben alle hier schon gesagt. Insbesondere im Bereich der Beschäftigungsmöglichkeiten ist das der Fall. Tatsächlich gibt es viele Barrieren gerade im Bewerbungsverfahren. Das zeigen die Zahlen im Inklusionsbericht. Die Bewerbungszahlen sind nicht hoch. Das heißt, dass man schauen müsste, was man im Bewerbungsverfahren verbessern könnte, um Menschen zu motivieren, sich bei der Verwaltung zu bewerben.

Da gibt es auch Ansätze der Stadt-AG Behindertenpolitik. Man muss in die Förderschulen gehen. Man muss das bewerben. Man muss Projekte aufsetzen, damit Schülerinnen und Schüler in Förderschulen wissen, was für ein guter Arbeitgeber die Stadt Köln sein kann. Es ist auch eine Möglichkeit, dort anzuwerben, um Menschen für jegliche Berufe zu bekommen.

Diese Barrieren zu überwinden, sollte unser aller Ziel sein. Da höre ich aber auch nichts anderes. Ich glaube, dass wir da gar keinen Dissens haben.

Hier sehe ich sowohl die Verwaltung als auch uns in der Verantwortung. Aktuell liegt die Schwerbehindertenquote bei 9 Prozent. Das ist sehr gut und positiv. Bei den Neueinstellungen - Herr Bauer-Dahm hat die aktuellen Zahlen genannt - hatten wir tatsächlich 2021 knapp 3 Prozent und haben jetzt ein bisschen mehr.

Aber ich verstehe diesen Antrag ein bisschen anders, als Sie ihn verstanden haben, Herr Bauer-Dahm. Es ist ein Beschluss, dass man auch die nächsten Jahre immer bei mindestens 5 Prozent ist. Man kann doch eine Quote feststellen. Auch wenn die Quote 2022 bei etwas mehr als 5 Prozent liegt, ist es doch ein politisches Signal, zu sagen: Wir möchten zukünftig 5 Prozent Neueinstellungen haben. - Wie die Zahlen tatsächlich aussehen, ist doch sehr interessant.

Noch einmal zum Inklusionsbericht: Wir hatten im AVR vorher noch einen Beschluss zu den Fachpraktikerinnen im Büromanagement gefasst. Das war auch etwas, was wir gemeinsam im AVR beschlossen haben. Das ist ein Projekt, in dem es eine Bewerbungsquote von 35,7 Prozent gibt und die Einstellungsquote bei 75 Prozent liegt. Ich halte das für erstaunlich. Das ist ein sehr erfolgreiches Projekt, das man fortführen sollte. Insofern ist es sehr gut, dass wir diesen Beschluss im AVR gefasst haben, damit die Menschen, die einen Abschluss als Fachpraktikerinnen im Büromanagement erworben haben, Möglichkeiten haben, in der Verwaltung eine Beschäftigung zu bekommen.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es ein politisches Statement. Sehen Sie das als Konkretisierung unseres gemeinsamen Antrages im AVR. Wir könnten gemeinsam etwas beschließen. Ich sage es immer wieder: Wir beschließen alles doppelt und dreifach. Und das ist doch mal etwas, was wirklich sehr gut und positiv ist. Warum sollten wir gerade so etwas Gutes, Positives nicht noch mal beschließen, konkretisieren und der Verwaltung auf den Weg geben?

Das ist keineswegs ein Verwaltungs-Bashing. Wir wissen, was die Verwaltung in diesem Bereich macht. Wir möchten ihr aber einmal dieses Statement mitgeben, in diesem Bereich tatsächlich mehr zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich kann mich an die Ausführungen von Herrn Bauer-Dahm anschließen. Wir sitzen alle zusammen im Sozialausschuss. Dort erleben wir die Kollegin von der SPD immer als engagierte Streiterin für die Rechte von Menschen mit Behinderung. Trotzdem muss ich sagen, dass ich irritiert war, als ich diesen Antrag gelesen habe, und dass ich damit auch meine Probleme habe. Dafür gibt es drei Gründe.

Der erste Grund ist die Tonalität des Antrages. Ich glaube, das haben Sie gar nicht so beabsichtigt, weil ich ja weiß, wie Sie sich engagieren. Das hat Frau Tokyürek schon angesprochen und auch Herr Bauer-Dahm angedeutet. Sie stellen die Einstellung von Menschen mit Behinderung eigentlich in direkten Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel. Das ist etwas, was ich nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir dürfen Menschen mit Behinderung nicht als Arbeitskräftereserve titulieren. Nein! Im Sinne der Inklusion sind sie für uns wertvoll und wichtig im Zusammensein von uns allen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir verstehen uns in Köln als Stadt der Vielfalt. Wir sind dafür ausgezeichnet worden. Deswegen müssen wir aufpassen, dass wir den richtigen Ton finden.

Ich weiß, dass Sie das eigentlich ganz anders sehen. Aber ein Zitat in Ihrer Begründung lautet:

> Die Verwaltung sollte die Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung als veritable Möglichkeit zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels begreifen.

Ja, aber das ist viel zu wenig. - Das ist das Erste: falsche Tonalität.

Zweitens: falscher Ort. Das ist schon gesagt worden. Die Debatte ist im AVR geführt worden. Wir führen sie auch immer wieder im Sozialausschuss. Es ist natürlich bei allem, was gut läuft, so, dass es auch immer besser werden kann. Ich hätte gesagt, dass wir diesen Antrag in den Sozialausschuss verweisen könnten, um da noch einmal zu einer Debatte zu kommen - vielleicht auch noch einmal zum Thema junge Auszubildende; denn da besteht trotz der guten Zahlen immer noch Handlungsbedarf, glaube ich.

Drittens - das ist auch schon gesagt worden; ich will es nicht noch länger ausführen -: Es sind einfach falsche Aussagen in diesem Antrag enthalten. Das sind die berühmten 5 Prozent bei den Neueinstellungen, die wir erreicht haben.

Liebe Kollegin Tokyürek, da kann ich auch Ihr Ansinnen überhaupt nicht teilen, zu sagen: Lassen Sie uns das doch jetzt noch einmal beschließen. - Denn wenn wir das beschließen, denkt doch jeder, der es dann liest, wir hätten es noch nicht geschafft. Und das ist ja nicht so. Wir haben es geschafft. Da brauchen wir unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, muss ich ganz ehrlich sagen. Deswegen ist das in diesem Fall auch nicht weiterführend. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und am Stream! Ich habe mich sehr aufgeregt, als ich diesen Antrag gelesen habe. Deshalb möchte ich das jetzt hier nicht noch einmal tun, weil ich nicht weiß, was ich dann sagen würde.

Aufgrund des breit getragenen, beschlossenen Änderungsantrags aus dem AVR - Nummer AN/1534/2023 - möchte ich hiermit beantragen, diesen Tagesordnungspunkt für erledigt zu erklären. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Frau Gabriel auf der Rednerliste stehen.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich wollte bei dieser Gelegenheit gerne nur noch eine kleine Anregung mitgeben. Im Titel des Antrags

steht „Menschen mit Behinderung, Einschränkung oder Lernbeeinträchtigung“. Damit können auch neurodiverse Menschen allgemein mitgemeint sein. Aber in dem Diskurs und in der Ausformulierung des Antrags ist hauptsächlich nur von Menschen mit Behinderung die Rede.

Da wollte ich nur noch mal einen Reminder in die Runde werfen, die neurodiversen Menschen nicht zu vergessen, die auch Diskriminierung erfahren und für die häufig die Arbeitswelt auch nicht gut eingerichtet ist. Diese Menschen haben es besonders schwer, weil sie zum Beispiel keine Behindertenvertretung haben, weil ihre Diskriminierung oder Benachteiligung nicht an einen Behinderungsgrad gekoppelt ist; sie haben eben keinen.

Das war es auch schon. - Danke.

(Beifall bei GUT Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich muss leider zugeben, dass ich einen Fehler gemacht habe. Ich habe nämlich § 18 der Geschäftsordnung nicht beachtet, indem ich Frau Gabriel das Wort gegeben habe. Normalerweise beendet der Antrag, die Sache für erledigt zu erklären, auch die Debatte. Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

(Dr. Gerrit Krupp [SPD]: Dann möchte ich gegen den Geschäftsordnungsantrag reden!)

Aber es gibt noch eine Gegenrede der Antragsteller.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Liebe Genossinnen und Genossen!

(Heiterkeit bei der SPD)

- Das war ein Scherz. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war ein Scherz. Manche mögen sich angesprochen fühlen.

Ganz ehrlich: Für den Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag für erledigt zu erklären, habe ich aber wirklich gar kein Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja alles okay, was hier gesagt wurde - mal abgesehen davon, dass es nicht zutrifft, dass es 5 Prozent der Neueinstellungen von Menschen mit Schwerbehinderung sind. Es sind 5 Prozent der Leute, die für Ausbildung und Studium gewonnen werden. Aber es sind bei Weitem - bei Weitem - nicht 5 Prozent der Neueinstellungen. Die Stadt hat über 2 000 Neueinstellungen. Da müssten jedes Jahr weit über 100 Leute mit Schwerbehinderung gewonnen werden. Das ist einfach nicht der Fall. Das ist falsch, was hier gesagt wird.

(Beifall bei der SPD)

Auf dieser Grundlage sich - ich sage das in aller Deutlichkeit - zu erdreisten, einen solchen Antrag mit diesem Thema für erledigt zu erklären: Das, liebe Frau Glashagen, können Sie den Betroffenen gerne selbst erklären. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen?

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Welchen Antrag denn?)

- Auf Erledigung. Das muss ich ja machen, egal, wie man das findet. - Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja auch einen Verweisungsantrag aus der Rede von Frau Hoyer!)

- Nein, nein. Frau Glashagen wollte den Antrag für erledigt erklären.

(Christian Joisten [SPD]: Es gibt ja noch einen zweiten!)

- Ich habe jetzt einen Verweisungsantrag noch nicht wahrgenommen.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Okay. - Erst einmal lasse ich über den Antrag von Frau Glashagen abstimmen, und dann wiederholen Sie bitte noch einmal Ihren Antrag auf Verweisung. Ich habe es nicht als Antrag verstanden. Aber ich lasse mich gerne davon überzeugen.

Wer wünscht, gegen den Antrag von Frau Glashagen auf Erledigung zu stimmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabriel und Herr

Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthalten sich die AfD und die FDP.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist schon ein bisschen erschreckend!)

Dann ist der Antrag für erledigt erklärt. Dann ist es so beschlossen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Es ist schon peinlich, dass die Grünen das nicht selber beantragen, sondern eine kleine Fraktion vorschicken! - Weitere Zurufe von der LINKEN - Gegenrufe)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf, meine Damen und Herren.

Beschluss:

Mit Verweis auf den im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales geändert beschlossenen Antrag AN/1534/2023 wird der Antrag als erledigt angesehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen Fraktionen SPD, Die Linke. und von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Anmerkung:

Geschäftsordnungsantrag von RM Glashagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „11er-Ring reloaded“ AN/1517/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP AN/1610/2023

(Zuruf von der LINKEN: Das macht man sonst nur mit Nazis! - Isabella Venturini [Volt]: Was hat der zu uns gesagt? Nazis? - Gegenruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! - Weitere Zurufe und Gegenrufe)

- Ich bitte, jetzt diese gegenseitigen Beschimpfungen einzustellen.

(Vereinzelt Beifall. - Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Manuel Uwe Froh (Volt): Können wir das Wort kurz ergreifen? Frau Oberbürgermeisterin, könnte der Wortbeitrag bitte noch einmal wiederholt werden, damit wir dann entscheiden können, wie wir damit umzugehen haben? Wiederholen Sie das bitte noch einmal mit den Nazis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben ein Wortprotokoll, und aus dem Wortprotokoll geht das hervor. Ich kann leider nicht mehr, wenn Sie sich alle gegenseitig anschreien, unterscheiden, wer hier was sagt. - Herr Hock hat das Wort zu 3.1.4.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Ich habe - -)

- Herr Detjen, Herr Hock hat das Wort zu Tagesordnungspunkt 3.1.4.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist ja eine Bombenstimmung hier heute. 5 Euro auf Volt, wenn ihr das draußen austragt. Wird spannend. Sagt mir Bescheid. Ich bin dabei.

Vor ungefähr zweieinhalb Jahren hatten wir eine sehr gute Idee. Wir wollten im Kölner Grün Zonen ausweisen lassen, in denen sich Menschen bei Kölsch-Bier und Sunnesching am Büdchen hätten treffen können. Uns schwebte ein Ring vor von elf Plätzen - Arbeitstitel „(S)Aufenthaltszonen“ -, ausgestattet mit Kiosk, Mülleimern und Toiletten; ein ebenso einfaches wie überzeugendes Konzept.

Damals wie heute gab und gibt es in Köln nur wenige Stellen im Kölner Grüngürtel, an denen nicht nur eine Versorgung mit leckerem Kölsch-Kiosk-Bier gewährleistet ist, sondern an denen auch die Möglichkeit besteht, das Kölsch-Bier, nachdem es in seine Bestandteile - Kölsch-Bier-Flasche und Kölsch-Bier - aufgelöst ist, einigermaßen zivilisiert zu entsorgen.

Beispielhaft für unseren heutigen Antrag möchte ich hierfür den Aachener Weiher benennen. Dort kommen überwiegend junge Leute zum Saufenthalt zusammen. Junge Leute sind in der Politik eine harte Währung. Sie sind die Zukunft unserer Stadt, das Adrenochrom unserer Wirtschaft, die künftigen Content Manager unserer Kommune. Wir sollten ihre Bedürfnisse ernst nehmen.

Doch unser damaliger Antrag, auf den unser heutiger aufbaut - wie ein sehr schwaches Sequel einer erfolgreichen Serie -, wurde abgelehnt. Stattdessen wurden die jungen Leute am Aachener Weiher von Reiterstaffeln weggeknüppelt. Ein überteuertes Sicherheitskonzept für das Belgische Veedel wurde beauftragt, dessen suboptimale Umsetzung Thema der dieswöchigen Kölner Presse war, und ein Parkcafé im Kölner Hinterland wird mit überteuerten Preisen und VIP-Klubmitgliedschaften subventioniert. Zu Letzterem werden Sie später die zwischenzeitlich, ich weiß nicht, achte Million oder so freigeben.

Lassen Sie uns den damaligen Fehler nicht wiederholen. Mit unserem heutigen Antrag bieten wir Ihnen die Möglichkeit, zumindest einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Wir glauben weiterhin daran, dass eine Entzerrung und Verteilung der Ansammlung junger Menschen durch die Schaffung von Zonen, in denen sie feiern können, sinnvoll ist.

Wir haben damals gelernt, dass ein von der CDU dominierter Rat nicht mit solchen Ideen überfordert werden darf. Deswegen versuchen wir es heute etwas niederschwelliger. Lassen Sie uns doch zunächst einmal mit Zonen anfangen, in denen Menschen Musik machen können, und zwar nicht nur unpluggte Blockflötenorchester, sondern elektronisch verstärkte wie Lemmy Kilmister. Die am besten hierfür geeigneten Plätze im Kölner Grün sollen von unserer sehr guten Verwaltung geprüft und gefunden werden. Das ist der Inhalt unseres heutigen Prüfauftrages, dem Sie sicher zustimmen werden.

Wir haben den Arbeitstitel von „(S)Aufenthaltszonen“ zu „11er Ring“ geändert. Unsere PR-Agentur meinte, dass das Brauchtum und Motorsport suggeriert und uns vielleicht die eine oder andere Stimme aus den magenta-schwarzen Reihen einbringen würde.

Unserethalben können wir die Zonen aber auch anders nennen, und es müssen auch nicht elf sein. Dem Änderungsantrag der Kollegen da links stimmen wir also zu. Hauptsache ist doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir heute einen sehr kleinen Schritt weiterkommen. - Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Nach der etwas dynamischen Diskussion beim letzten Antrag und der etwas humoristischen Einführung durch den Kollegen Hock von der FRAKTION und vor dem Hintergrund des sicherlich ernst gemeinten Änderungsantrags von SPD und FDP sollten wir uns noch einmal gemeinsam auf das Thema fokussieren, das wir in den letzten Wochen hatten, und gemeinschaftlich gucken, was die beste Lösung ist.

Das Ganze rührt ja daher, dass es ein Konzert in einem Park in Bickendorf gab. Wer beim letzten dabei war, hat gemerkt, dass da 150 Leute waren - mit Decken, mit Liegestühlen, mit zwei wirklich sehr guten Jazzmusikern, die mit Verstärkern eine Stunde lang dort ein Konzert gegeben haben. Alles war sehr weit weg von Straßenmusik, sondern ein kulturelles Highlight. Dafür muss es auch Orte und Plätze geben.

Dem Ermöglichen dieser Konzerte und kulturellen Orten kann man nicht mit einer Änderung der Stadtordnung nachkommen. Dazu werde ich gleich etwas sagen.

Ich möchte zuerst betonen, dass das Finden von kulturellen Orten, von Open-Air Flächen, groß und klein, schon beauftragt ist und im Kulturamt mit dem Kulturausschuss bearbeitet wird. Das ist der Stand der Dinge. Da kommen wir einen Schritt weiter. Da müssen wir auch einen Schritt weiterkommen, weil alle, die im Rochuspark dabei waren, das natürlich auch sehr genossen haben.

Die Stadtordnung, die ihr ansprecht und um die wir vor sechs oder sieben Jahren ja lange gerungen haben, ist nicht nur für Musiker, nicht nur für die Zuhörer*innen, nicht nur für die Bewohner*innen, nicht nur für die Nutzer*innen des öffentlichen Raums und nicht nur für die Geschäftsleute da, sondern für alle. Die Kölner Stadtordnung

versucht das Zusammenleben von über 1 Million Menschen zu regeln. Hinzu kommen - an der Stelle schaue ich auch auf den Tourismus - mehrere Millionen Gästen, die uns jedes Jahr besuchen. Für alle diese Menschen regelt die Kölner Stadtordnung das Zusammenleben.

Wir haben lange darum gerungen - mit Lärmpegel; mit Lautsprechern: ja oder nein? -, wie wir das alles so regeln können, dass sich möglichst viele Interessen in einem Kompromiss widerspiegeln. Das sollte auch so bleiben; denn das hilft dann auch dem Zusammenleben.

Auch die Bereitstellung von weiteren Flächen in Grünflächen oder Parks für Events und Veranstaltungen ist der falsche Weg, weil dort bewusst andere Nutzungen vorgesehen sind.

Lasst uns also gemeinsam schauen, dass die zu findenden Orte, die auch dabei sind, für kulturelle Veranstaltungen, für kleine Konzerte, für kleine Straßenmusik mit Verstärkern dann dort vorgelegt werden. Aber die Kölner Stadtordnung wollen wir nicht anfassen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht?

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein!)

Dann spricht jetzt Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In diesem Fall kann ich es tatsächlich kurz machen. Manfred Richter hat es angesprochen: Wir haben vor einigen Jahren die Änderung der Stadtordnung beschlossen und ein Verstärkerverbot aufgenommen. Dass das damals gegen die Stimmen der SPD beschlossen worden ist, hatte den Hintergrund, dass wir gesagt haben: Wir haben großes Verständnis dafür, wenn es eine Lautstärkenbeschränkung geben soll; aber ein Verstärker an sich sagt nichts über die Lautstärke. - Um es plastisch zu machen: Komme ich mit einem Dudelsack, habe ich keinen Verstärker dabei, bin aber im Zweifel wesentlich lauter als jedes Keyboard, das ohne Verstärker als elektronisches Instrument gar nicht funktioniert. - Also haben wir gesagt: Das Verstärkerverbot kann nicht der Ansatz sein; es muss die Lautstärke sein.

Damals wurde uns vonseiten der Stadtverwaltung vorgehalten, das könne man ja gar nicht messen, und man habe auch nicht das Personal, um es zu messen; deswegen müsse man pragmatisch vorgehen und einfach sagen: elektronisch verstärkte Musik nein, alles andere ja.

Wie gesagt, zeigt das Dudelsack-Beispiel - genauso wie die berühmten Panflöten-Bands, die es früher gab -: Es kann auch ohne Verstärker ordentlich Krach gemacht werden.

Jetzt geht es aber darum, doch zu versuchen, einen pragmatischen Mittelweg zu finden.

Der Ansatz der Fraktion Die FRAKTION ist ja - wenn man sich die humoristische 11 einmal wegdenkt - gar nicht verkehrt, also zu sagen: Wir nehmen bestimmte Bereiche, wo wir uns sicher sind, dass Anwohner und Betroffene weit genug entfernt sind, um auch verstärkte Musik zu erlauben, selbst wenn sie dann lauter wird.

Unser Änderungsantrag bezieht sich letztlich nur darauf, die humoristisch gemeinte 11 zu streichen, also zu sagen: Wir sind da pragmatisch; macht mindestens einen Ort pro Stadtbezirk - ihr könnt auch gerne mehr machen -, wo das möglich sein muss.

Dann haben wir das Problem umgangen, dass uns vorgehalten wird: Es ist technisch so schwer überprüfbar; wir haben nicht das Personal, um die Lautstärke zu überprüfen. - Denn dann haben wir in jedem Stadtbezirk einen Ort, an dem auch verstärkte Musik stattfinden kann. Dann ist das Problem im Prinzip aus der Welt.

Ob Parks dafür der richtige Ort sind, überlasse ich gerne kulturell beflissenen Menschen oder auch unserer grünen Partie. Das ist gar nicht der Punkt. Der Punkt ist: Vernünftig gemachte Musik muss möglich sein, auch wenn es einen Verstärker gibt. Lautstärke stört nicht. Elektronische Musik stört. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat die LINKE das Wort. Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Wir halten beide Anträge nicht für zielführend und lehnen sie deswegen ab.

In den Stadtteilen gibt es - wie auch jetzt schon in der Innenstadt - Möglichkeiten, laute Musik zu spielen. Im Moment ist es vielleicht auf Stadtteilfeste beschränkt.

Aber es geht hier natürlich auch um Nutzer*innenkonflikte. Das haben Gerrit Krupp und Manfred Richter ja gerade auch gesagt. Es gilt, die Balance zu halten zwischen dem Ruhebedürfnis der Anwohner*innen und dem berechtigten Interesse nach Kultur und Feiern. Das möchten wir auch genauso beibehalten.

Straßenmusik ist natürlich etwas anderes. Viele Leute freuen sich daran. Aber sie ist in erster Linie Begleitung eines Spaziergangs in der Stadt und kein Ereignis, zu dem man bewusst hingeht. Deswegen sollte sie nicht zu laut sein, um die einen zu erfreuen und die anderen nicht zu stören.

Wenn wir die Verwaltung, die ohnehin schon so viel zu tun hat, tatsächlich Orte sondieren lassen würden: Welche Orte sollten dabei herauskommen? Sie könnten in Wohngebieten liegen, was sich von vornherein verbietet; das möchten wir nicht. Sie könnten in belebten Stadtteilzentren liegen, was für die Straßenmusiker*innen am wünschenswertesten wäre; aber in den Veedeln, anders als in den Geschäftsstraßen der Innenstadt, wohnen in der Regel auch Menschen.

Wir wollen ja auch keine Plätze schaffen, die noch größere Anziehungspunkte sind. Das möchten wir sicher nicht.

Letztendlich muss man schauen, wenn man solche Orte schafft, wo berechtigterweise Menschen auch teilhaben und ihre Musik darbieten möchten: Was ist mit den Anwohner*innen? Wie kann man diese Interessenabwägung gestalten?

Da bin ich ganz bei Manfred Richter. Das sollte man nicht über die Stadtordnung klären. Es gibt mit Sicherheit andere Möglichkeiten, Wege zu finden, wie man das gut gestalten kann, ohne dass es zu Streitigkeiten kommt.

Letztendlich kann man sagen, dass wahrscheinlich am Ende des Tages Orte in Veedeln bleiben, wo es weit und breit keine Anwohner*innen gibt, die sich gestört fühlen. Das wäre natürlich für Straßenmusiker*innen auch nicht optimal.

Ob in den grünen Oasen der Stadt, die von vielen Tieren als Rückzugsort genutzt werden, laute Beschallung sein muss, bezweifeln wir auch und wünschen das nicht.

Entsprechend sind diese beiden Anträge meines Erachtens tatsächlich nicht zielführend. Wir werden sie ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Martin - sie ist gerade nicht da - würde wahrscheinlich die Worte, die sie vor zwei Stunden hier hehr in den Raum gerufen hat, ebenso ansetzen.

In der aktuellen Stunde vor zwei Stunden sprachen wir über kulturelle und soziale sowie soziokulturelle Projekte als Impulsgeber und Baustein nachhaltiger Stadtentwicklung. In der Begründung der aktuellen Stunde heißt es - Zitat -:

> Köln lebt von seiner Vielfalt, auch der Vielfalt an Initiativen, die sich kulturell und sozial wie soziokulturell engagieren.

Es geht um die Parkkonzerte von Herrn Delbrügge und seinem Kompagnon im Sommerloch. Genau um das, was hier steht, was wir vor zwei Stunden alle mit Verve, Leidenschaft und Engagement gefordert haben, nämlich dass es in Köln Rückzugsgebiete geben muss, in denen sich kulturell und sozial engagiert werden kann, geht es vorliegend. Es geht um geschützte Räume, wo diese Dinge stattfinden können.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist meine Fraktion der FRAKTION sehr dankbar, dass sie das hier auf die Tagesordnung gesetzt hat. Nicht ganz so glücklich sind wir mit dem klamaukigen Unterton. Wenn ich euer Ratgeber wäre, würde ich sagen: Stellt das ab; dann habt ihr vielleicht auch ein bisschen mehr Gewicht.

Aber zurück zum Thema: Genau das, was hier eben verlangt wurde, steht zur Diskussion. Lieber

Manfred, du hast hier auf dein Engagement hingewiesen, das du in dem Prozess gebracht hast. Du hast es nicht explizit erwähnt, aber du hast gesagt: Wir haben hier eine gute Lösung gefunden. - Du hast uns aber nicht erklärt, wie diese gute Lösung gefunden wurde. Du hast allerdings auf einer deiner Webseiten irgendwo geschrieben: Wir brauchen keine Anträge im Rat oder im Hauptausschuss, sondern wir müssen das in klugen, vertraulichen Gesprächen tun.

Das ist ein Punkt, den ich so nicht hinnehmen kann.

(Beifall bei der FDP und von Christian Joisten [SPD])

Denn das, was du vertrauliche Gespräche nennst, ist genau das, was die Leute da draußen als Klüngelei und Hinterzimmerabsprachen titulieren.

Weil wir solche Hinterzimmergeschichten nicht wollen, sind wir der FRAKTION sehr dankbar, weil wir meinen, dass es unser aller Aufgabe ist, die Verwaltung zu beauftragen, verlässliche, justiziable und praxisrelevante Lösungen zu finden. Wir wollen hier keine Einzelfallmauschelei. Wir wollen gleiches Recht für alle - für alle, die sich sozial und kulturell engagieren wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist mir eine Herzensangelegenheit, Manfred.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau von Bülow?

Volker Görzel (FDP): Ich gestatte gleich eine Zwischenfrage. - Das ist mir eine Herzensangelegenheit, lieber Manfred, die ich hier loswerden wollte. Das ist nicht böse gemeint. Ich bin ja froh, dass das im Rochuspark geklappt hat. Aber es kann nicht sein, dass hier irgendwelche Individualabsprachen an den Gremien vorbei getroffen werden. Darum geht es uns.

Im Übrigen - das ist mein letzter Punkt, bevor die Frage gestellt werden kann -: Der Antrag befindet sich in einer guten und gelebten Tradition. Wir haben seit einigen Jahren über die Coronakrise hinweg immer wieder diese Rückzugsgebiete für verschiedene Interessen in Köln gefordert - ob das Partyzonen sind, ob das kulturelle Theaterzonen sind, ob das musikalische Themen sind. Genau das ist doch das, was wir hier ständig fordern.

Deswegen kann ich beim besten Willen nicht verstehen, dass gerade ihr als Grüne, die hier eben das hehre Lied von soziokulturellem Engagement gesungen habt, an dieser Stelle allen Ernstes auf Hinterzimmergespräche setzen wollt. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Bitte, Frau Bürgermeisterin von Bülow. Ich kann es kaum erwarten.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Meine Zwischenfrage lautet: Lieber Herr Görzel, ist Ihnen bekannt, dass bereits im Ausschuss Kunst und Kultur ein Konzept vorgelegt worden ist, wie Open Air in dieser Stadt gestaltet werden soll? Denn wir gehen davon aus - angestoßen durch alle demokratischen Fraktionen, die dort sitzen -, dass es darum geht, die Dinge zu regeln und lange und nachhaltig für alle zur Verfügung zu stellen, damit man ein Konzept hat, auf das man sich verlassen kann, gerade weil der Handlungsbedarf so groß ist und weil wir in den Corona-Jahren gute Erfahrungen damit gemacht haben. Ist Ihnen das bekannt?

Und wenn Ihnen das bekannt ist: Warum argumentieren Sie dann so, als sei das nicht der Fall, sondern als gäbe es an der Stelle tatsächlich einen tiefen Spalt zwischen der Politik?

(Beifall von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, vielleicht können Sie mir auf die Sprünge helfen und sagen, welche der Ausschusssitzungen Sie meinen, in der das vorgestellt wurde. Das ist schon länger her, oder?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein! Im Juni!)

- Im Juni. Also vor dem hiesigen Vorfall. Und wenn es denn vor dem hiesigen Vorfall schon vorgestellt wurde, stellen wir uns umso mehr die Frage, warum es denn hier ordnungsbehördliche Verbotsmaßnahmen geben musste, um das Thema zu lösen.

(Beifall bei der FDP)

Genau deswegen, Frau Kollegin, weil es hier möglicherweise schon Parallelansätze gibt, die wir begrüßen und die wir gut finden, und weil es ein iterativer Prozess ist, meinen wir, dass es gerade Ihrer Fraktion gut zu Gesichte gestanden hätte, in diesen Prozess einzusteigen und die Dinge einspeisen zu lassen, die es andernorts schon gibt. - Vielen lieben Dank.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind wir ja!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch Frau Syndicus auf der Liste stehen. Wird sonst noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe zuschauende Menschen hier und vor den Empfangsgeräten! Ich warne Sie direkt vor: Es wird sich nicht bei jedem Konzert und jeder Straßenkunstdarbietung um ein kulturelles Highlight handeln. Denn bei Straßenkunst passieren Sachen, die einem vielleicht auch mal nicht gefallen, oder die Musik trifft eben nicht den Geschmack.

Man kann nicht alles regeln. Aber ich finde diesen Antrag mit dem Ansatz, solche Zonen auszumachen, sehr gut.

Mir gefällt auch der Änderungsantrag seitens der SPD und der FDP wirklich gut, die Zahl 11 herauszunehmen und es einfach prüfen zu lassen.

Ich würde mir allerdings wünschen, dass wir es nicht unbedingt in den Parks machen. Denn es bieten sich weitaus bessere Flächen an als Parkanlagen, in denen man sich vielleicht auch ein bisschen erholen möchte und nicht von allen Seiten beschallt werden will.

(Vereinzelt Beifall)

Das passiert auch alles schon. Seien wir einmal ehrlich: Wir regeln gerade, dass Verstärker für Menschen verboten werden sollen, die musizieren. Aber jede Boombox, die angeschlossen wird, ist erlaubt. Irgendwie muss man schon eine Waage finden und eine Regelung finden - genauso wie in der Innenstadt. In der Innenstadt darf ich nicht meinen Verstärker anschließen und eine Tanzperformance machen, die dann auch entsprechende Lautstärke verursacht. Aber H&M, Pimkie und alle, die da sind, dürfen ihre Türen öffnen und billige Technomusik rausballern. Das ist alles möglich. Da stellt sich natürlich die Frage: Wie kriegen wir das geregelt?

Ich freue mich über diesen Änderungsantrag und hoffe, dass er angenommen wird und die Verwaltung da entsprechend Gutes ausarbeitet und vorschlägt. - Vielen Dank.

(Beifall bei GUT Köln)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sehe ich nicht. Dann möchte ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP und danach über den Ursprungsantrag abstimmen lassen.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Frau Gabriel, Herr Zimmermann, Frau Syndicus, die FDP-Fraktion und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann hat der Antrag keine Mehrheit erhalten.

Jetzt stimmen wir über den Ursprungsantrag ab. Wer dem Ursprungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt geändert:

Die Zahl 11 wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, FDP und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE), RM Syndicus (GUT Köln) und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die FRAKTION

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung von 11 geeigneten Orten innerhalb des inneren Kölner Grüngürtels und weiter Kölner Parkanlagen, an denen der Einsatz von Lautsprechern und elektronischen Verstärkern bei der Darbietung von Straßenmusik und -schauspiel ermöglicht werden kann.*
2. *Die Verwaltung legt die Ergebnisse der gemäß Antrag zu 1) erfolgten Prüfung bis spätestens zum 07.12.2023 dem Rat zur weiteren Beratung vor.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt zur Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024 1958/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln) AN/1572/2023

Ich bitte um Wortmeldungen. Wer spricht für die Grünen? - Herr Klemm, bitte.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Fußballfan, als Fan von Thor Zimmermann und als Fan der BV Innenstadt hier reden zu dürfen, ist mir eine ganz besondere Freude.

Die zweite Freude besteht darin, dass ich mich sehr auf die EURO 2024 freue und mich sehr freue, dass sie in Köln stattfindet, und zwar nicht nur als leidenschaftlicher Fußballfan, sondern auch, weil es die Chance bietet, dass sich Köln international so präsentiert, wie wir es wollen: weltoffen, tolerant und gastfreundlich. Hier ist kein Platz für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit setzen wir auch einen Kontrapunkt zu den vergangenen sportlichen Großereignissen in Katar, in Russland und in China. Deswegen finden wir es auch wichtig, dass solche Ereignisse in demokratischen Rechtsstaaten stattfinden, weil die Werte, für die diese sportlichen Großereignisse stehen, die ja nicht nur den Sport betreffen, sondern auch die Völkerverständigung, konsequenterweise nur in demokratischen Rechtsstaaten einzulösen sind.

Insofern ist meine Freude groß. Ich kann aber auch verstehen, dass sich nicht alle Menschen gleichermaßen auf die EURO 2024 freuen und auch Bedenken zu dem vierwöchigen Großereignis geäußert werden. Denn mit solchen Veranstaltungen sind auch Belastungen verbunden.

Das betrifft nicht nur die Organisation, die UEFA - wir hatten es gerade, Thor Zimmermann -, die ja eine, freundlich formuliert, durchaus nicht unproblematische Organisation ist; da kann man Kritik üben.

Auch die Gäste, die wir ganz herzlich willkommen heißen und die sich bei uns wohlfühlen sollen, verursachen Lärm und Müll. Das betrifft insbesondere die Bewohner*innen der Innenstadt. Dass es da Fragen und Kritik gibt, ist nachvollziehbar.

Es kommt auch zu Umweltbelastungen, nicht nur durch die An- und Abreise der Gäste und den Aufenthalt hier, sondern auch durch die Beanspruchung von Grünflächen.

Deshalb finde ich die Kritik an der konkreten Durchführung solcher Ereignisse unter diesen Aspekten richtig und wichtig. Damit müssen wir uns ernsthaft, konstruktiv und argumentativ auseinandersetzen und versuchen, möglichst viele Menschen in unsere Freude mit einzubeziehen - was großenteils gelungen ist, wie man in den Umfragen sieht. Aber es gibt Kritik. Dass wir Kritik einbeziehen und ernst nehmen, unterscheidet uns von Katar, Russland und China.

Insofern begrüße ich den einstimmigen Beschluss der BV Innenstadt und den heutigen Antrag von Thor Zimmermann. Sie fordern zu Recht, dass wir stärker darüber nachdenken, wie wir die Veranstaltungen in Köln noch umwelt- und grünflächenschonender machen können. Gleichzeitig bin ich froh darüber, dass sich die Zuständigen in unserer Verwaltung und insbesondere im Sportamt mit dieser Kritik intensiv auseinandersetzen. Ich weiß, dass der einstimmige, über alle Parteigrenzen hinweg getroffene Beschluss der BV Innenstadt sehr ernst genommen wird.

Es wurde uns dargelegt, dass momentan noch Überlegungen für eine Alternative zum Rheinpark angestellt werden. Da müssen ernsthaft alle Pros und Kontras abgewogen werden. Der Rheinpark steht unter Landschafts- und Denkmalschutz. Wir müssen sehr sorgfältig, wenn nicht noch sorgsamer, mit den Grünflächen, die wir haben, umgehen -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

übrigens nicht nur nicht nur bei der EM, sondern beispielsweise auch an Karneval. Aber das ist ja heute kein Thema.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen die innerstädtischen Grünflächen nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch zur Erholung für die Menschen, die hier leben. Andererseits muss man aber auch bedenken, dass eine kontrollierte und überwachte Bespielung unter bestimmten Bedingungen sogar schonender sein kann als eine unkontrollierte Nutzung.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Wir kennen auch die Ströme, in denen die Menschen, die zu uns kommen und sich in der Innenstadt aufhalten, links- und rechtsrheinisch gehen werden.

Insofern gilt es, den Beschluss der BV Innenstadt und die Position des Sportamtes sorgfältig abzuwägen. Wir müssen einmal gucken, was dabei herauskommt. Es soll zu einer Lösung kommen, die möglichst vielen Interessen gerecht wird und maximal umwelt- und flächenschonend ist. - Oliver Seeck, da sind wir ja in gutem Austausch.

(Oliver Seeck [SPD]: Was denn jetzt?)

Deshalb sollten die Anregungen der BV Innenstadt und von Thor Zimmermann auch nicht einfach nur zur Kenntnis genommen werden, sondern wir sollten uns weiter ernsthaft und intensiv damit auseinandersetzen. Dafür ist eine Verweisung in den Sport- und den Umweltausschuss der richtige Weg. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Bitte sehr.

Florian Weber (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir wollen erst einmal der Verwaltung und speziell dem Sportamt für das große Engagement bei den Vorbereitungen für die Fußball-EM 2024 danken. Diese laufen schon seit Monaten und Jahren. Ich glaube, es ist angebracht, dass wir auch Dankbarkeit für all dieses Engagement zeigen.

(Beifall)

Denn wir freuen uns auf dieses Sportgroßereignis für unsere Stadt.

Selbstverständlich, lieber hier auch anwesender Bezirksbürgermeister Hupke, nehmen wir die Bedenken aller Beteiligten in der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz ernst. Auch wir wollen den Fortbestand des Rheinparks nicht für dieses Event riskieren.

Wir finden allerdings, dass die bisherigen Planungen des Sportamtes darauf bereits weitgehend Rücksicht nehmen. Es entsteht ein Sportangebot zum Mitmachen, unter anderem für Jugendliche, Senioren und Familien. Und genau darum geht es bei Großsportveranstaltungen: dass wir Lust auf Mitmachen machen; dass da vielleicht das Interesse für Fußball geweckt wird und dann 10 bis 18 Jahre später vielleicht diese Menschen zu Amateuren oder Profis werden. Das gehört auch zu so einer Großveranstaltung dazu.

Ich fand interessant, wie der Ratskollege Klemm ein bisschen darum herumgetänzelt ist.

Wir können uns als CDU-Ratsfraktion dem Votum der BV 1 auf sofortigen Stopp der Planung - darum geht es ja - nicht anschließen.

(Beifall bei Teilen der CDU und der SPD)

Gleiches gilt für den Änderungsantrag des Kollegen Zimmermann. Er fordert ja auch einen sofortigen Stopp der Planung.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]: Für den Rheinpark!)

- Für den Rheinpark. Genau. Darum geht es. - Wir wollen das Thema in den Fachausschüssen weiter beraten und, wo nötig, nachschärfen. Auch wir sagen: Wenn es Probleme geben sollte und wir den Park besser schützen können, dann sind wir dafür offen.

Das sollte im Umweltausschuss und im Sportausschuss passieren. Deswegen stimmen wir als CDU für die Alternative in der Beschlussvorlage, nämlich den Verweis in die Fachausschüsse. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um Sport, und die Partei schickt mich - Sie wundern sich.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Spaß beiseite! Meine Damen und Herren, ich stehe hier als AVR-Sprecher - das nur zur Erklärung. Wenn die Partien sich nicht einigen, ist das die vermittelnde Instanz. Nein, Scherz beiseite!

Die Anteilnahme - das ist mir am Anfang ganz wichtig - ist für Köln wirklich ein wichtiger Punkt. Ich teile nicht die Kritik - die nicht heute, aber an anderer Stelle angeklungen ist - dahin gehend, sich überhaupt an so einer EM zu beteiligen. Das hat geradezu etwas von Hybris. Es gibt genug Kritik am organisierten Fußball. Davon ist auch vieles berechtigt. Aber am Ende des Tages ist das ein riesiges Großereignis, und am Ende des Tages ist es auch ein riesiger Wirtschaftsfaktor für Köln. Es steht Köln gut an, auch bei solchen Ereignissen dabei zu sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir brauchen solche Ereignisse - bei aller Kritik, die man am organisierten Fußball haben kann. Ein solches Ereignis hat man auch nur alle zehn Jahre in einer Stadt wie Köln. Das sollte man durchaus wertschätzen.

Deswegen ist es auch völlig richtig, dass die Stadt Köln versucht, sich bei einem solchen Turnier den Fans von ihrer besten Seite zu zeigen. Dazu gehört auch, eine entsprechende Zone einzurichten. Und darum geht es im Rheinpark letztlich. Es geht ja gar nicht darum, eine Fan Zone einzurichten, wie das hier in der Innenstadt der Fall ist, wo vielleicht auch ein bisschen Partyatmosphäre herrscht, sondern es geht im Rheinpark in erster Linie darum, dass Kleinspielfelder angelegt werden, auf denen Leute auch wirklich vor Ort Fußball spielen können. Die eigentliche Fan Zone, wo dann vielleicht Fußball geguckt werden kann und eher ein bisschen Partystimmung ist, soll ja ohnehin am Tanzbrunnen sein.

Deswegen wäre meine ganz persönliche Sympathie für den Rheinpark durchaus gegeben. Aber das ist ja überhaupt nicht entscheidend. Entscheidend ist, was die Fachpartien dazu sagen. Das sind bei uns der Sportausschuss sowie der Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün. Entscheidend ist für uns selbstverständlich auch, was die BV Innenstadt sagt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass auch unsere Fraktion dort für diesen Antrag gestimmt hat. Die werden auch ihre Gründe haben.

Um das alles in Ruhe abwägen zu können und dann zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen, bei der wir das alles betrachten, stimmen wir auch für den Alternativvorschlag der Verwaltung. Lasst es in die Fachausschüsse gehen. Lasst es in den Sportausschuss gehen, und lasst es in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün gehen. Die sollen sich das angucken. Wenn es dann Möglichkeiten gibt, die Situation im Rheinpark noch besser zu machen, müssen wir damit umgehen. Wenn es zu dem Ergebnis kommt, dass es da wirklich gar nicht geht, müssen wir damit auch umgehen. Aber lasst das die Fachleute beraten. Da ist es richtig aufgehoben. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleg*innen, Zuschauer*innen und Frau Oberbürgermeisterin! Die Stadt Köln hat sich stets als Vorreiterin bei der Ausrichtung sportlicher Großereignisse präsentiert - sei es die Fußball-Europameisterschaft der Männer oder die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele. Dies dient sicherlich auch der Außenrepräsentation der Stadt.

Da in den bisherigen Reden einige Male auf organisierten Fußball eingegangen worden ist: Mit der Außenvertretung der Stadt Köln verbinde ich natürlich auch Dinge wie, gegen Homophobie zu sein, gegen Rassismus zu sein usw. usf. Und mit der UEFA und der FIFA verbinde ich leider Menschenrechtsverletzungen, Bestechungsvorwürfe und mangelnde Transparenz. Daher finde ich, um das als Randbemerkung zu sagen, es natürlich besser, wenn so eine Veranstaltung nicht in unserer Stadt stattfindet.

Allerdings sollten wir nicht vergessen, worum es geht: dass Flächen wie die Uniwiese während des Karnevals oder hier der Rheinpark nicht ohne Grund unter Schutz gestellt wurden.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Flächen dienen nicht als Reserven, sondern haben eine wichtige Bedeutung für den Umwelt- und Denkmalschutz. Die Verwaltung steht zweifellos vor einer Herausforderung, eine Lösung zu finden. Aber dabei sollten wir den Umwelt- und Denkmalschutzfaktor nicht außer Acht lassen.

Daher würden wir uns als LINKE wünschen, dass bei der Suche nach einer Lösung mit mehr Kreativität gearbeitet wird. Es wurden bereits Alternativflächen wie die Deutzer Werft oder die Poller Wiesen vorgeschlagen. Zudem gibt es dezentrale Sportanlagen, die genutzt werden könnten.

Es ist wichtig, dass wir eine Lösung finden, die sowohl den sportlichen Veranstaltungen gerecht werden kann als auch unseren Verpflichtungen zum Schutz unserer Umwelt und unseres kulturellen Erbes nachkommt.

Als LINKE werden wir selbstverständlich unsere Bezirksfraktion in der BV Innenstadt unterstützen, die diese Anregungen mitgetragen hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Problematik in der Bezirksvertretung Innenstadt war der Antrag mit der Formulierung „Ablehnung der Nutzung des Rheinparks als Fan Zone zur EM 2024“. Da stellte man sich sofort die Fan Zone - wer es 2006 gesehen hat - mit Public Viewing, Feiern, Partys oder sonst irgendetwas vor.

Das stimmt nicht. Wer nämlich die Präsentation - wie die Oberbürgermeisterin oder unser Sportdezernent - kennt, weiß, dass wir dort etwas anderes vorhaben.

Wir haben bei der Basketball-EM gesehen, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Sportdezernent Voigtsberger: Nachhaltigkeit heißt auch, mit Kindern und Jugendlichen zusammenzuarbeiten. - Diese Projekte haben wir bei der Basketball-EM gemacht. Ich erinnere daran, wer dort in der LANXESS Arena war, wie viele Kinder und Jugendliche sich diese Spiele angeschaut haben, wie wir von dem Weltverband gelobt worden sind und was wir dort geleistet haben.

Diese Anerkennung wollten wir zu der Fußball-EM mitnehmen und haben gesagt, dass wir Nachhaltigkeit wollen. Wir haben gesagt: Wir wollen mit dem Fußballverband Mittelrhein Kinder und Jugendliche an den Fußball heranführen -

(Beifall bei der FDP und der SPD)

und nicht irgendwo abseits, sondern mitten in Köln. Mitten in Köln! Darum haben wir Schulklassen eingeladen, Frau Oberbürgermeisterin, Jugendgruppen eingeladen, aber auch Fans eingeladen, wenn sie Lust haben, dort zu spielen.

Jetzt frage ich Sie - wenn ich das höre, Herr Zimmermann: wir müssen den Rheinpark schützen -: Müssen wir wirklich den Rheinpark vor unseren Kindern und Jugendlichen schützen?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dürfen sie nicht mehr auf Rasen spielen? Ist es das nicht das Edelste, was wir haben, Kinder und Jugendliche da heranzuführen?

Meine lieben Grünen, erstens waren wir alle gemeinsam einmal

(Oliver Seeck [SPD]: Klein!)

jung. Zweitens haben wir uns aufgeregt, wenn auf Rasenflächen „Betreten verboten - Kinder dürfen hier nicht spielen“ stand. Soll es wirklich unsere Botschaft in die Welt sein, dass in unseren Parks Kinder und Jugendliche nicht mehr spielen dürfen?

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir hatten uns bei der Basketball-EM etwas dabei gedacht, und wir haben uns bei der Fußball-EM etwas dabei gedacht, Kindern und Jugendlichen etwas zu bringen.

Wenn dann - das wurde leider, Andreas Hupke, bei euch nicht gehört; wir haben es angebracht - meine Minderheit, die queere Minderheit, dort spielen soll und ich hier einen Antrag habe, den Rheinpark zu schützen, muss ich sagen: Da fühle ich mich verletzt. Wir haben auch das Recht, dort zu spielen. Es sollen alle die Möglichkeit haben, dies zu machen.

Hier geht es nicht um Fan Zone. Es geht hier nicht um Feiern oder Abfeiern. Vielmehr geht es darum, Sport zu treiben. Ich bin der Meinung: Da ist der Rheinpark mit den Wiesen genau das Richtige. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Mensch, Uli, das hat mich persönlich irgendwie total überzeugt.

Aber wir möchten dieses Thema auch in den Fachausschüssen weiter besprechen. Es gibt valide Argumente dafür und dagegen. Die möchten wir jetzt weiter vertiefen. Das ist auch richtig so. Wir möchten hier nichts vorwegnehmen. Wir stehen der Sache an sich offen gegenüber. Wie gesagt, gibt es aber definitiv Punkte, die wir dann in Ruhe und tiefer gehend in den Fachausschüssen besprechen möchten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt werden Sie es auch von mir hören: Köln soll gastfreundlich sein, und deswegen brauchen wir die Sache im Rheinpark.

Ich kann nur sagen: Wir dürfen hier nicht irgendeinem Ökofanatismus hinterherlaufen. Wahrscheinlich sind das Leute, die das in erster Linie fordern, die in irgendwelchen Fonds investiert sind, wo sie die Windrädchen über das Land verteilen und dann tonnenweise in Beton reingehen, aber ein Problem damit haben, dass Kinder und Jugendliche Fußball spielen wollen.

Der Rede von Herrn Breite ist nicht viel hinzuzufügen, denke ich. Nur: Wenn es nach uns gehen würde, würden wir das überhaupt nicht in die Fachausschüsse schicken. Denn damit soll doch nur für irgendwelche Grünen eine Verzögerungstaktik stattfinden. Das Bündnis muss ja irgendwie zusammengehalten werden. Es war gerade sehr interessant, wer aus der CDU für Herrn Breite geklatscht hat.

Wir können das sicherlich gerne in den Fachausschüssen beraten. Meine Fraktion ist klar pro Fußballfans. Wir sind ja auch pro FC. Es gäbe hier eigentlich auch eine Mehrheit für den FC. Da müssten sich nur alle mal ein bisschen bewegen. Deswegen können wir das gerne in den Fachausschüssen bestimmen.

Andernfalls würden wir den Antrag aus der Bezirksvertretung Innenstadt ablehnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Frau Syndicus auf der Rednerliste stehen. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und im Livestream! Vorab: Ich möchte mich nicht mit falschen Federn schmücken, sondern ich habe die Beschlussvorlage gelesen, die Kenntnisnahme, und ich habe dort gelesen, dass es entweder in die Fachausschüsse verwiesen werden soll oder

die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt abgelehnt werden soll. Ich habe aber keine Alternative gefunden, dass wir der Bezirksvertretung Innenstadt folgen könnten. Daher habe ich diesen Antrag gestellt.

Der Antrag ist auch in der Tat, Herr Breite, in der BV Innenstadt nicht von grünen Ökospinnern beschlossen worden, die kleinen Kindern das letzte bisschen Freude in dieser Stadt, die aus Beton besteht und von Autoverkehr geprägt ist, nehmen wollen, sondern er ist einstimmig - bei Enthaltung der FDP - von der BV Innenstadt beschlossen worden.

Diesem einstimmigen Beschluss ging auch ein Abwägungsprozess voraus. Das Sportamt war auch dort und hat alles vorgestellt etc. Dieser Abwägungsprozess hat also bereits stattgefunden, und die BV Innenstadt kam zu dem Schluss: Den Rheinpark wollen wir nicht zur Verfügung stellen - eine gute Idee, finde ich.

Die EM 2024 ist ein Großereignis. Die UEFA kann man kritisch sehen. Darauf will ich gar nicht eingehen. Ich habe gerade nachgeguckt. In der Schweiz gilt sie tatsächlich - hört, hört! - als gemeinnütziger Verein. Dieser gemeinnützige Verein möchte in Köln fünf Spiele einer EM durchführen - unter dem knalligen Motto „United by Football. Vereint im Herzen Europas“. Da wird einem doch schon wieder warm ums Herz, oder? Das Maskottchen Albärt - es heißt tatsächlich so: Albärt - wird dann fünfmal eine Polonaise durch unsere schöne Heimatstadt führen.

Ich freue mich auch auf die EM. Ich erkenne solche Großereignisse als wichtig an. Natürlich ist das eine gute Gelegenheit, Köln als sympathische und weltoffene Stadt zu präsentieren. Wer Gefallen an dieser Sportart hat, soll das auch in Köln genießen können.

Doch die Gäste, die zu uns kommen, können sich nicht alle benehmen. Das ist nun einmal leider so. Wir merken das zum Beispiel auch an Karneval.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Einheimische auch nicht immer!)

Wir bemerken das auch bei vielen Heimspielen oder Auswärtsspielen etc. Fußball ist durchaus eine problematische Sache.

Nun soll es Fanzonen geben. Mir ist vollkommen klar, dass es sich dort nicht um eine Saufzone, wie Herr Hock sagen würde, handeln soll.

(Maria Helmis [SPD]: Saufenthaltszone! Wenn, dann richtig zitieren!)

Die ist ja nebenan am Tanzbrunnen. Aber der Rheinpark steht eben - ich kann da nur der Argumentation der Bezirksvertretung Innenstadt folgen - unter Landschafts- und Denkmalschutz. Wenn ich gerade dieser Tage in der Zeitung lese, was die von unserem Ordnungsamt beauftragten Sicherheitsfirmen an Leistungen erbringen, wird mir, ehrlich gesagt, schon ganz schlecht bei dem Gedanken, dass diese Truppe dort dafür sorgen soll, dass unser Park geschützt wird. Das gelingt an Karneval nicht, und bei der EM möchte ich das gar nicht riskieren.

Ich bin auch ein bisschen verwundert über die Grünen. Ihr kämpft zu Recht um jeden Grashalm auf der Uniwiese zu Karneval. Eigentlich kann man mal ganz nüchtern sagen: Im Grunde ist das wirklich nur eine plattgetrampelte Wiese.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Die Uniwiese vor dem Hauptgebäude der Universität ist natürlich auch schützenswert - aber kein Vergleich zum Rheinpark. Der Rheinpark ist so viel schützenswerter als die Uniwiese, dass es mich ein bisschen wundert, dass die Grünen sich nicht durchringen können, dieses Thema hier heute mit abzuräumen.

Wie gesagt, hat der Abwägungsprozess schon in der Bezirksvertretung Innenstadt stattgefunden. Ich persönlich werde der Bezirksvertretung Innenstadt folgen. Das empfehle ich Ihnen auch. Aber Sie können es natürlich gerne auch noch mal im Sportausschuss diskutieren.

Herr Breite, ich wollte Sie nicht verletzen. Das tut mir leid. Aber ich habe halt einfach eine andere Position. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Erst einmal vielen Dank den Vorrednern. Aber ich will auch auf den markanten Beitrag meines sehr geschätzten Uli Breite eingehen. Gegen dich hätte ich nicht gerne Fußball gespielt, und wenn ich das hätte machen müssen, hätte ich mich darauf vorbereitet. Na ja; und da gibt es ja auch noch einen Schiedsrichter. Kollege Breite, lieber Uli, also Ball flach halten. So sagt man das im Fußball. Ball flach halten, auch sprachlich. Uns als Kinderfeinde darzustellen, wenn wir uns hier für ein Kulturgut und ein Landschaftsschutzgebiet einsetzen, geht am Tor vorbei. Das ist ganz klar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber Ratsdebatten sind Ratsdebatten, und ein Spiel ist ein Spiel. Danach geht man dann auch immer wieder zusammen ein Kölsch trinken, wenn man Durst hat. Das ist das, was sportlich ist.

In der Sache selbst finde ich es schon wichtig, dass auch der Kulturausschuss mit eingebunden werden müsste. Es ist ein Landschaftsschutzgebiet, aber auch ein Kulturgut. Übrigens ist es beim Inneren Grüngürtel genauso. Dass er immer außen vor bleibt, wundert mich.

Ich will aber hier daran erinnern, was für eine hervorragende, sachliche, konstruktive und lehrreiche Diskussion wir mit dem Sportamt hatten. Hier möchte ich mich auch noch einmal ganz ausdrücklich bei Herrn Timmer, dem Leiter des Sportamtes, bedanken. Als er zusammen mit seinem Kollegen mit uns diskutiert hat, konnte man merken, wie ernsthaft er zugehört hat. Er hat dann auch gesagt: Na ja; wir nehmen das jetzt mal so mit.

Des Weiteren will ich zur Kenntnis geben, dass dieser Park einen Förderverein hat. Dessen Vorsitzender ist der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Köln, Jürgen Roters. Stellvertretender Vorsitzender ist der ehemalige Bezirksamtsleiter und Leiter des Grünflächenamtes, Michael Eppenich. Die beiden unterstützen auch nicht das, was da aufgezeigt ist.

Es geht um Erwachsene. Wir wissen: Wenn man so ein Angebot holt, ist das nichts anderes, Uli, als bei Goethes Zauberlehrling, den man ruft und der dann kommt. Ob man ihn dann so gebändigt bekommt? Erwachsene können zehn Minuten flussaufwärts auf den Poller Wiesen bolzen, grillen und auch gerne auch ihr Bier trinken. Aber so ein Park, der zweimal für die Bundesgartenschau da war und der auch - jetzt komme ich wieder darauf - von Konrad Adenauer sehr stark gefördert worden ist und mit ins Leben gerufen worden ist - -

Ich gebe Ihnen allen, die hier sitzen, einen gut gemeinten Rat zu solchen Events. Hier wird immer nur über ein Event gesprochen und diskutiert. In der Altstadt findet eine andere Diskussion von ganz, ich sage mal, hoher Bürgerschaft statt. Darunter sind viele Juristinnen und Juristen. Sie zählen die Veranstaltungen, die da sind. Und das ist eine von vielen. Das wird auch noch eine Diskussion geben.

In dem Sinne: Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Breite. Zweite Runde.

Ulrich Breite (FDP): Ich wollte nur ganz kurz, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie erlauben - lieber Andreas, wenn du auch zuhörst -, aus dem Auszug aus der Niederschrift der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt zitieren. Da ging es um das Thema, und Herr Timmer hat zum Rheinpark ausgeführt - denn du hast gerade nur von Erwachsenen gesprochen und gesagt, dass sie dann schnell umkippen oder trinken -:

> Es sollen Turniere, Trainingseinheiten und Workshops für Kinder, Jugendliche Senior*innen, Schiedsrichter*innen, Freizeit- und Breitensportler*innen, Fans, Menschen mit Behinderung, Queere Community u. v. m. angeboten werden.

Um dieses Angebot geht es, um nicht mehr und um nicht weniger. Das wollte ich hier nur klarstellen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich beabsichtige, abstimmen zu lassen wie die Vorlage in der Alternative; der Änderungsantrag

von Ratsmitglied Herrn Zimmermann würde dann mitgenommen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Alternative?)

- Ja, wie Vorlage in der Fassung der Alternative, verbunden mit dem Änderungsantrag. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss über die ergänzte Alternative:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Innenstadt aus ihrer Sitzung am 25.05.2023, TOP 5.2.3 (Anlage 1) zur Kenntnis, verweist die Angelegenheit mit dem Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln), AN/1572/2023 aus der Sitzung des Rates vom 07.09.2023 zur Beratung in den Sportausschuss sowie den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Umsetzungsstand Großmarkt“ AN/0826/2023

Antwort der Verwaltung vom 15.06.2023 1621/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Was ist aus dem Maßnahmenpaket und dem Arbeitskreis ‚Domumgebung‘ von 2007 geworden?“ AN/1376/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2908/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, die Beantwortung ist sehr spät gekommen, erst heute. Können wir das bitte auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung nehmen, damit wir uns das anschauen können?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Natürlich. Gerne. Tut mir leid.

Ulrich Breite (FDP): Danke schön.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die RheinEnergie AG?“ AN/1549/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2842/2023

Ulrich Breite (FDP): Darf ich stehen bleiben und das auch für die nächste Anfrage beantragen? Diese Antwort ist noch später gekommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Ulrich Breite (FDP): Danke.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Kölner Fest der Demokratie - Prüfergebnis?“ AN/1561/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2873/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die schnelle Beantwortung der recht kurzfristig gestellten Anfrage. - Ich persönlich begrüße Ihre Antwort, dass Sie für das Jahr 2024 mit dem Land NRW in Verbindung stehen, um den ausgefallenen NRW-Tag nachzuholen. Wir haben dazu ja einen Beschluss gefasst, dass wir diesen Tag eigentlich gerne in Köln haben wollen. Es wäre auch das erste Mal. Wir haben ein nachhaltiges Konzept mit auf den Weg gegeben. Das ist alles super.

Meine Idee wäre dann nur - wir feiern da letztendlich auch unseren Verfassungstag -, ob man mit dem Land nicht ins Gespräch darüber kommen kann, dass wir die ganze Demokratie als solche an diesem NRW-Tag dann in Köln feiern. Wie das ausgestaltet wird, ist natürlich noch einmal etwas anderes. Aber das bitte ich Sie, an das Land mitzugeben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Frage war ja: Kann man mit dem Land dazu ins Gespräch kommen? - Die Antwort lautet: Ja.

Eine weitere Nachfrage gibt es nicht.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Anmerkung:

Frau Oberbürgermeisterin Reker bejaht die mündliche Nachfrage von RM Zimmermann, ob man mit dem Land ins Gespräch kommen und somit anregen könne, dass am NRW-Tag die Demokratie als solche in Köln gefeiert werden könnte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „B-Plan Erweiterung „RheinEnergie-Sportpark/Modernisierung des Leistungszentrums 1.FC Köln am Geißbockheim“ - Zulassung der Revision durch das Bundesverwaltungsgericht“ AN/1562/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2871/2023

Gibt es Nachfragen?

(Christian Joisten [SPD]: Die schriftliche Antwort folgt aber noch?)

- Nein, die Antwort der Verwaltung liegt vor.

(Christian Joisten [SPD]: Dann nehmen wir sie erst mal mit!)

- Also keine Nachfragen. Okay.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontrolle Schlagbaumsweg“ AN/1565/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2886/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Nachfragen?

(Zuruf von der AfD)

- In die nächste Sitzung.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Klimafolgendarstellung in Beschlussvorlagen“ AN/1563/2023

Herr Zimmermann, die Antwort der Verwaltung kann erst zur nächsten Sitzung vorgelegt werden. - Okay. Danke.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Teilnahme an Fraktionssitzung gem. der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen u. a. vom 01.04.2023“ AN/1568/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2907/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Nachfragen? - Nachfragen gibt es nicht.

(Zuruf von der AfD)

- In die nächste Sitzung.

Der Rat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Angelegenheit wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann rufe ich auf:

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Benennung des Platzes vor dem Schauspielhaus („kleiner Offenbachplatz“) 2379/2022

Zunächst hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Umbenennung des „kleinen Offenbachplatzes“ ist wahrlich kein einfaches. Allein schon der lange Zeitraum, in dem wir uns hier bereits mit der Frage auseinandersetzen, zeigt ja, wie komplex die Gemengelage ist. Man kann sich auch schon ein bisschen fragen, wieso es denn so lange dauert. Platz- und Straßenbenennungen sind doch in dieser Stadt eigentlich ein geübter Vorgang, und die Bezirksvertretungen haben Erfahrung und Kompetenz in dieser Angelegenheit.

Doch bei diesem Platz ist es anders. Es geht hier nicht um die Frage: Finden wir als Rat, dass der Platz vor dem Schauspielhaus in Dirk-Bach-Platz umbenannt werden soll? Es geht für uns um die Frage: Sind wir hier als Rat überhaupt zuständig?

Wir setzen uns im Hauptausschuss des Öfteren mit der Frage auseinander, ob der Bezirk oder der Rat zuständig ist. Auch auf den Ratstagesordnungen haben wir, wie gerade eben, unter dem TOP „Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen“ Beschlussvorlagen, falls Bezirke ihre Beschlusskompetenzen überschritten haben und der Rat das eigentliche Entscheidungsgremium ist. Es sollte also alles klar geregelt sein, sollte man meinen.

In der letzten Wahlperiode wurde in der Kommission zur Stärkung der Bezirke lange darum gerungen, für welche Straßen und Plätze denn die Bezirksvertretungen zuständig sind und für welche der Rat zuständig ist. Aus dem Abgrenzungskatalog wurden Straßen herausgenommen und wieder hinzugefügt, und am Ende gab es ein Ergebnis. Doch über die Verbindlichkeit dieses Katalogs

und darüber, ob er abschließend gilt oder nicht, wird immer wieder gestritten - nicht nur am Offenbachplatz und nicht nur in der Innenstadt.

Wir als Grüne sind bei diesem Platz hier der Meinung, dass dieser in die Kompetenz der Bezirksvertretung gehört und wir als Rat nicht zuständig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Da aber unser Antrag auf Verweisung zur Entscheidung in die Bezirksvertretung wahrscheinlich keine Mehrheit in diesem Gremium finden wird, haben wir uns als Fraktion natürlich auch mit der Frage auseinandergesetzt: Können wir dieser Verwaltungsvorlage denn folgen oder nicht?

Nach einer langen und intensiven Debatte hat sich unsere Fraktion mehrheitlich für den Hauptvorschlag der Verwaltung ausgesprochen, die bisher unbenannte Fläche dem Offenbachplatz zuzuschlagen - wobei es aus unserer Sicht schon immer der Offenbachplatz war und es überhaupt nicht den „kleinen Offenbachplatz“ und den „großen Offenbachplatz“ gibt, sodass es eigentlich gar keiner Neu- oder Umbenennung bedürfte.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Debatte um die Neu- und Umbenennung von Plätzen kann ein emotionales Thema sein. Es ist gut, dass hier leidenschaftlich diskutiert wird. Denn Plätze sind mehr als nur eine Adresse, eine Anschrift. Sie sind identitätsstiftend und stadtprägend. Genau deswegen sollte eine solche Debatte auch immer sachlich geführt werden. Gegenseitige Vorwürfe von Homofeindlichkeit oder Antisemitismus sind in dieser Sache vollkommen unangebracht

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

und stärken am Ende nur die falschen Kräfte im Rat und in dieser Gesellschaft. Denn was uns doch eint, ist, dass Dirk Bach es mehr als verdient hat, dass ein Platz nach ihm benannt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der FDP)

Ich kann daher nur an alle Beteiligten appellieren, dass dies dann ein würdiger Platz wird, der den Namen „Platz“ auch verdient. Und wenn dieser Platz erst geschaffen werden muss, dann soll er eben geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Der in Rede stehende Platz vor der Filmdose muss doch umgestaltet werden. Noch ist es nur eine Kreuzung. Aber vielleicht ist es ja auch eine Lösung, bei der Umgestaltung die Erinnerung an Dirk Bach mit einzubeziehen und hieraus einen besonderen Platz zu machen, der mehr ist als der typisch kölsche Platz mit viel Beton und einem kleinen Baum.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein glückliches Händchen beim weiteren Vorgehen und bei allen Neu- und Umbenennungen, die uns noch bevorstehen. Lassen Sie uns dabei gemeinsam an einem Strang ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! In aller Kürze: Unsere Fraktion sieht die Rechtslage etwas anders. Wir folgen der Einschätzung der Verwaltung. Wir glauben, dass in dieser Frage der Rat der Stadt Köln zuständig ist - also wir.

Wir sind auch bereit, heute eine Entscheidung zu treffen - eine Entscheidung, die in der Tat so, wie die Verwaltung das vorschlägt, auch sehr respektvoll mit dem Andenken an Dirk Bach umgeht und die Verwaltung beauftragt, hier eine geeignete und respektvolle Lösung zu finden.

(Zuruf von Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen])

- Immer ruhig bleiben, Herr Klemm; alles gut.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen]: Es war nur anders vereinbart!)

- Ja, ja.

In der Folge - das ergibt sich ja aus meinen Ausführungen - sind wir in der Tat der Meinung, dass dies auch ein Platz in Gänze ist. Der Platz sollte auch in Gänze bestehen bleiben und dem

Andenken an Jacques Offenbach dienen. Es soll gar keinen Wettlauf geben zwischen Personen, derer wir gedenken wollen.

Insofern schlagen wir vor, dem Verweisungsantrag nicht zu folgen. Wir folgen dem Hauptvorschlag der Verwaltung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 26. September 1957 wurde der Offenbachplatz mit Ratsbeschluss für den Vorplatz des Neuen Theaters als dieser benannt. Damals hat man sich noch gegen eine Benennung der bis heute unbenannten kleinen Platzfläche entschieden. Damals lautete die Begründung: fehlende Bedeutsamkeit des Platzes.

Städte verändern sich, und so hat sich auch die Bedeutung dieses kleinen Platzes verändert, nicht zuletzt auch durch architektonische und städtebauliche Entwicklungen, vor allem aber durch den Alltag der Kölnerinnen und Kölner. So wurden sowohl der „kleine Offenbachplatz“ als auch der „große Offenbachplatz“ städtebaulich wie architektonisch als zusammenhängender Ort definiert und so auch von unseren Bürgerinnen und Bürgern angenommen. Im Volksmund entstand schnell die Bezeichnung „kleiner Offenbachplatz“.

Nicht zuletzt die in dieser Ratsperiode installierten Möblierungen auf dem „kleinen Offenbachplatz“ haben den Platz so aufgewertet, dass hier heute beschlossen werden soll, dass dieser ausdrücklich auch formal in die Benennung mit eingeschlossen werden soll. Das begrüßen wir sehr.

Doch nicht nur die städtebauliche Gesamtbetrachtung des Platzes führt uns zu dem Entschluss, dass wir ihn als Offenbachplatz begreifen sollten. Wir finden auch, dass es aufgrund der Vorgaben, die der Städtetag macht - denn auch er hat sich in einem Leitfaden dazu geäußert, wie Städte und Plätze benannt werden sollten -, ganz klar Orientierung bietet. Denn hier wird ganz konkret gesagt: Platzbenennungen dienen in erster Linie der Orientierung und der Auffindbarkeit aller Liegenschaften.

Besucherinnen und Besucher, die in Zukunft das Schauspielhaus besuchen wollen, wollen zum Offenbachplatz. Wir hoffen natürlich, dass es bald auch den Besuch wert sein wird und eröffnen wird.

Die Kommunen sollten darüber hinaus noch einen zweiten Hinweis besonders beachten, der mir sehr zentral zu sein scheint: Die Namensgebung sollte gegenüber dem kommunikativen Alltagsgedächtnis der Bürgerinnen und Bürger bestehen. Das bedeutet: In der Mundart der Bürgerinnen und Bürger ist es der Offenbachplatz, der „kleine Offenbachplatz“. Insofern folgen wir auch hier den Vorschlägen der Verwaltung, das als ganzen Offenbachplatz zu begreifen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über Zuständigkeiten will ich nicht diskutieren. Das hat die Verwaltung sehr überzeugend dargelegt.

In ihrem zweiten Vorschlag schlägt sie uns vor, dass die Stadtverwaltung einen geeigneten Platz für die Benennung nach Dirk Bach vorschlagen möge. Dirk Bach war jemand, der stets Wert darauf legte, nicht elitär zu erscheinen und auch durchaus kontrastierend zum oft bildungsbürgertümlich auftretenden Kulturbetrieb wirken wollte.

Auch das *Rolling Stone*-Magazin macht darauf aufmerksam, dass Dirk Bach zwei zentrale Orte in Köln prägte. Das war erstens die Filmdose; also wäre der Platz vor der Filmdose zentral. Zweitens war das - weiß es jemand? - sorry, Lehrerin - die Studiobühne, die Studiobühne in der alten Mensa. Bekanntermaßen ist sie da ja nicht mehr.

Welchen Platz nehmen wir also? Wir nehmen den Platz vor der Filmdose -

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

eben nicht vor dem vermeintlich neuen Altar der Kölner Kulturschaffenden, sondern direkt vor Ort bei uns im Veedel. Das darf ich sagen; ich wohne um die Ecke. Dort bei uns, wo Dirk Bach an der Theke gestanden hat, wo er sich auch zu Hause fühlen würde und wofür er mit beachtlichem sozialen Engagement eingetreten ist -

(Beifall bei der SPD)

in unmittelbarer Nachbarschaft zur Schaafenstraße und zum ehemaligen Quartier der Aidshilfe Köln.

Ja, es gibt insgesamt wenige Plätze in der Mitte Kölns, die jetzt noch benannt werden können. Aber jener am Treffpunkt von Zülpicher Straße und Dasselstraße ist ein zentraler davon.

Wir wollen gleichzeitig mit der Benennung, die wir der Verwaltung hier vorschlagen, die damit einhergehende Öffentlichkeit für diesen Platz - gerade weil er erst noch erschlossen werden muss - öffnen und dahin auch eine klare Markierung setzen: Dieser Ort sollte im Sinne Dirk Bachs erschlossen und aufgewertet werden.

Eine persönliche Bemerkung sei mir noch erlaubt. Die Debatte um Namen ist wichtig. Sprache schafft Realität. Ich würde mir aber in Zukunft wünschen, dass wir mit der gleichen Verve auch über die Gestaltung, die Öffnung, die Barrierefreiheit, die Sauberkeit und die kulturellen Potenziale unserer Plätze sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen also dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Stellen Sie denn einen Ergänzungsantrag, den Platz an der Filmdose zu benennen?

Maria Helmis (SPD): Ach so. Verzeihung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Oder wie darf ich das Interpretieren?

Maria Helmis (SPD): Vielen Dank, dass Sie fragen. - Das ist der Vorschlag, den mein Ortsverein vor vielen Jahren auf den Tisch gebracht hat, der in unserer BV mit ganz viel Engagement vertreten wurde und der weiterhin der inhaltliche Vorschlag bleibt. Wir sind aber natürlich trotzdem offen, wenn die Verwaltung weitere Plätze identifizieren möge. Ich stelle hier heute keinen Änderungsantrag, sondern verweise auf die Beschlusslage meiner Gremien und meiner Bezirksvertretung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das soll also mit geprüft werden?

Maria Helmis (SPD): Ja. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Verweisungsantrag in die Bezirksvertretung Innenstadt können wir zustimmen. Allerdings gehen wir auch davon aus, dass er möglicherweise keine Mehrheit findet. Oder sagen wir mal: Wir haben natürlich diskutiert, was wir machen, wenn er keine Mehrheit findet. Wir vertreten die Beschlussalternative.

Ich möchte zunächst anhand der Person und der Arbeit von Dirk Bach begründen, warum ich den Platz vor dem Schauspielhaus für den richtigen Ort für einen nach ihm benannten Platz halte, und zweitens natürlich zu der Frage „kleiner/großer Offenbachplatz“ etwas sagen.

Wer sich mit der Person und dem Lebenswerk von Dirk Bach beschäftigt, findet viele Gründe, warum der Platz zentral in der Stadt vor dem städtischen Theater nach ihm benannt werden sollte. Der gebürtige Kölner war festes Mitglied des Ensembles des Kölner Schauspielhauses und nach den herkömmlichen Grenzziehungen sowohl im ernsten als auch im komischen Theaterfach zu Hause. In Köln hatte er - das ist bereits erwähnt worden - natürlich seinen Durchbruch im Theater in der Filmdose. Er stand aber auch auf weiteren Bühnen, unter anderem auf der des Millowitsch-Theaters.

Er ist also eine sehr unkonventionelle Künstlerpersönlichkeit und steht für ein Crossover, eine Mischung und Verbindung von sogenannter Hochkultur und sogenannter leichter Muse. Damit führte er Gruppen und kulturelle Milieus zusammen, die bis dahin in den 70er-/80er-Jahren streng getrennt waren. Mit der Dirk-Bach-Show sowie weiteren Produktionen im Fernsehen wurde er in ganz Deutschland bekannt und populär.

Hervorzuheben ist weiterhin sein gesellschaftspolitisches Engagement für die Rechte von Lesben und Schwulen. Er war Mitglied des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland und beteiligte sich an dessen Aktionen. Dirk Bach war Ehren- und Beiratsmitglied der Aidshilfe Köln. Das Begegnungscafé der Aidshilfe für HIV-Infizierte und Nichtinfizierte wurde deshalb nach ihm „Café Bach“ benannt. Das 1996 von Dirk Bach und Rita Süssmuth eingeweihte „Lebenshaus“, ein Hospiz für Aidskranke, trägt seit 2013 seinen Namen.

Durch diese und weitere schauspielerische und gesellschaftspolitische Aktivitäten steht es für unsere Fraktion außer Frage, dass es höchst angemessen ist, einen Platz in der Kölner Innenstadt und gerade auch vor dem Schauspielhaus nach ihm zu benennen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Diese Platzfläche - das wurde hier bereits diskutiert; wir deuten das aber anders - führte über Jahrzehnte insofern gegenüber dem „großen Offenbachplatz“ ein gewisses Eigenleben, als dass sie einige Jahre ein Parkplatz war und erst 1962 ein Platz für die Fußgängerinnen und Fußgänger wurde. In Ermangelung eines eigenen Namens wurde sie - das wurde erwähnt - über Jahre der „kleine Offenbachplatz“ genannt, in Abgrenzung zum großen Platz vor der Oper. Diese Alltagsbezeichnung vollzog nach, dass der Platz vor dem Schauspielhaus tatsächlich von drei Seiten von Gebäuden begrenzt ist und die Öffnung zum Offenbachplatz oder „großen Offenbachplatz“ hin den Charakter eines Durchganges hat.

Auch die Verwaltung stellt daher in der heutigen Beschlussvorlage auf Seite 4 fest, formal sei die Platzfläche vor dem Schauspielhaus bisher kein Teil des Offenbachplatzes; eine Benennung wäre möglich.

Aufgrund der Verdienste von Dirk Bach und bei Berücksichtigung der Geschichte der Platzfläche halten wir es also für überfällig, diesem Platz im Zentrum der Stadt vor dem Theater den Namen „Dirk-Bach-Platz“ zu verleihen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben an der Debatte schon gesehen, über welche verschiedenen Themenfelder wir anlässlich dieser Vorlage reden.

Die erste Frage ist die Frage der Zuständigkeit. Da bin ich anderer Meinung als der Kollege Hammer. Ich bin schon der Meinung, dass der Rat für solche Benennungen zuständig ist. Wir haben uns auch schon einmal, lieber Herr Hupke, in dem Gespräch, das es da bereits gegeben hat, auseinandergesetzt. Wenn überbezirkliche Einrichtungen an einer Straße oder einem Platz liegen - wie der Bahnhofsvorplatz, der Rathausplatz, das Opernhaus oder das Schauspielhaus -, müsste nach meiner Meinung eigentlich der Rat zuständig sein. Herr Hupke, Sie haben in dem Gespräch ja gesagt, dass die Bezirksvertretungen bisher sehr verantwortungsvoll mit den Platzbenennungen umgegangen sind. Wenn das auseinanderfallen sollte, müssten wir hier noch einmal über die Zuständigkeitsordnung reden und das aus meiner Sicht entsprechend klarstellen.

Das Zweite ist die Frage: Über wie viele Plätze reden wir da eigentlich? Über wie viele Namen reden wir jetzt eigentlich? Frau Helmis hat das hier sehr schön auch geschichtlich aufgerollt. Jetzt wird in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen, das zu klären, indem man es dem Offenbachplatz zuschlägt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich hätte es lieber getrennt gelassen. Ich hätte ihn lieber als „Platz am Schauspielhaus“ benannt, um das einmal deutlich zu machen. Auch der Vorwurf, den es gegeben hat, ist aus meiner Sicht - das ist von Lino Hammer schon richtig gesagt worden - vollkommen abwegig, da irgendetwas gegen Offenbach, irgendetwas Antisemitisches hineinzuinterpretieren. Das sollte man einfach deutlich machen. Wir haben natürlich das Problem, dass wir in dieser Stadt zu wenige Plätze haben für zu viele Persönlichkeiten, die wir gerne ehren würden.

Damit sind wir im Grunde bei der letzten Frage, nämlich: Wo ist der richtige Platz für Dirk Bach? Da bin ich nun als schwuler Mann sicherlich unverdächtig, ihn in irgendeiner Form in dieser Frage diskriminieren zu wollen. Ganz im Gegenteil: Ich habe seine Cover-Me-Partys besucht und sein Engagement für das Lebenshaus-Projekt verfolgt. Es ist gerade schon sehr ausführlich dargestellt worden. Aber es geht natürlich auch darum, zu gucken: Wo ist der richtige Ort, um das zu machen? Wie ist die Wertigkeit?

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mit Blick auf die Wertigkeit tut mir unser Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger etwas leid, der auf der zugigen Rampe der Hohenzollernbrücke mit einem Platz gewürdigt wurde,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

weil wir einfach nichts anderes gefunden haben. Und jetzt wird der Platz vor dem Schauspielhaus nach einem durchaus verdienten Bürger dieser Stadt benannt. Da passt irgendetwas nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen spielt diese Wertigkeit eine Rolle. Daher finde ich es auch schade, wenn man den Platz vor der Filmdose hier so schlecht macht. Vielmehr es ist folgendermaßen: Da gibt es eine neue Verkehrssituation. Das ist doch mitten im Veedel drin, wie Frau Helmis richtig gesagt hat. Diesen Platz müssen wir doch so gestalten und so aufwerten, dass er ein würdiger Platz auch für Dirk Bach wird.

(Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen]: Autofreier Platz!)

Das sind doch Dinge, die man dann entsprechend gestalten kann.

Insofern werden wir uns heute gegen eine Verweisung in die Bezirksvertretung und für die Verwaltungsvorlage entscheiden und dann hoffentlich damit diesen Konflikt einigermaßen friedlich lösen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Zuschauer im Saal - da ist keiner mehr - und im Stream! Dirk Bach hat sich mit seinem sozialen Engagement, seiner außergewöhnlichen Persönlichkeit und seinem Einsatz für die homosexuelle Community und gegen Aids seinen Platz im Kölner Stadtbild für die Ewigkeit mehr als verdient.

In Köln gibt es hingegen einige Straßen und Plätze, die nach Personen benannt wurden, deren Würdigungen aus heutiger Sicht als fraglich bis unakzeptabel angesehen werden. Glücklicherweise hat die Verwaltung zu solchen Straßen bereits einen Prozess angestoßen, der zur Aufklärung der Bevölkerung führt oder in eine Umbenennung münden wird. Hierfür geht noch einmal herzlicher Dank an die Verwaltung.

Nun gibt es in Köln aber auch Plätze, die nach Menschen benannt werden, deren Leben in der Vergangenheit wie heute gewürdigt werden sollten. Dazu gehört die Ehrung von Jacques Offenbach, dessen Werke als historisches Zeugnis für das jüdische Leben in Köln gelten und dazugehören. Die Würdigung von Dirk Bach sollte nicht in Konkurrenz zur Würdigung von Jacques Offenbach stehen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

- Danke. - Solch eine Debatte wird beiden Persönlichkeiten nicht gerecht.

Daher begrüßen wir als Voltfraktion es, dass der „kleine Offenbachplatz“ ganz offiziell Teil des „großen Offenbachplatzes“ wird und dass dieser Vorschlag hier von der Verwaltung gekommen ist.

Für Dirk Bach muss und wird ein geeigneter Ort gefunden werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Verwaltung einen Platz finden wird. Bei der charakterlichen Größe Dirk Bachs muss dieser Platz auch ein Platz sein, der dem gerecht wird.

Vielleicht - egal, wie der Platz vor der Filmdose später aussehen wird - sollten wir uns bei der Suche nicht nur auf versiegelte Fläche beschränken, sondern auch Parks mit einbeziehen. Ich persönlich kannte Dirk Bach leider nicht. Aber ich bin überzeugt, dass eine grüne Begegnungsstätte, zum Beispiel als Dirk-Bach-Park, Herrn Bach sicherlich gefallen hätte. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es jetzt nicht leicht. Aber ich begrenze mich auf den Beschluss der Bezirksvertretung und

sage nichts zu meiner persönlichen Meinung zu der ganzen Diskussion. Da gibt es in der Zukunft noch genügend Möglichkeiten, sie auch kundzutun, dann aber auch mit der entsprechenden Empathie.

Vorweg will ich als jemand, der erst mit 21 wählen durfte, sagen: Es gab am 28. Oktober 1969 den Spruch „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandt. Das war der Einfluss der 68er. Daraus ging aber auch einiges hervor - unter anderem die Grünen, aber auch die ganzen Initiativenbewegungen sowie die Wertschätzung gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement. Dieser Ausspruch von Willy Brandt ist zeitlos.

Was ist in diesem Zusammenhang noch entstanden? Eine kommunale Neugliederung. Sie resultiert nicht aus dem Ausspruch, aber ist 1975 gewesen. Seitdem gibt es die BVen. Damals war die politische Überlegung - die sehr klug war -, dass wir diesen ganzen Protest kanalisieren, aber auch näher an die Menschen herangehen, weil der Rat damals sehr erratisch entfernt vom Volke war.

Jetzt kann ich nur sagen, um auch mal Fahrt aufzunehmen: In der ganzen Geschichte der BVen, seitdem es sie in Köln gibt - jetzt hätte ich bald gesagt: in der Bundesrepublik Deutschland -, ist das der erste Fall und das erste Mal, wo der Rat der Stadt Köln hingeht und sagt: BV, dafür bist du nicht zuständig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das erste Mal. Ich bin übrigens auch Sprecher aller Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und kenne mich auch in der Sache aus.

Wenn man einen Platz nicht will, dann sollte man sich nicht auf formale Argumente, Schienen usw. beziehen, sondern es einfach glasklar sagen. Das ist ganz wichtig.

Dann kommt man auch noch mit solchen Argumenten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wohne da fast 50 Jahre - Zülpicher Straße, Kyffhäuserstraße, Dasselstraße, Moselstraße, Meister-Gerhard-Straße. Da soll ein Platz entstehen, in Köln? Sorry! Ich erinnere an die Diskussion, die wir gehabt haben. Dann legen Sie da mal den ganzen Autoverkehr lahm bzw. holen Sie ihn raus! Wenn der Rat das macht, dann bin ich der Erste, der hier steht und sagt: Das wäre ein Dirk-Bach-Platz.

Allerdings wird man seiner Charakterdarstellung in seinem ernsten Fach und dem, was er im Schauspiel in der Ära Krämer geleistet hat, damit gar nicht gerecht. Er wird ja immer mit der Filmdose in Verbindung gebracht und darauf reduziert. Das ist einfach unehrlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen, die sich für eine solche Stern-Kreuzung einsetzen und dafür eintreten, dass da ein Platz hinkommt: Das ist nicht fair.

Jetzt gebe ich noch kurz vor Schluss Ihnen allen mit: Es ist ja nicht so, dass wir uns das haben einfallen lassen und das möchten oder den Rat ärgern und uns etwas anmaßen.

Dieser Platz ist ja vom Schauspiel vergessen worden. Wenn die Feuerwehr zum Offenbachplatz alarmiert wird, fährt sie übrigens immer zur Oper und nicht zum Schauspiel.

Das war eine Bürgerinnen- und Bürgereingabe der Aidshilfe und des Centrums Schwule Geschichte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dem haben wir entsprochen.

In diesem Zusammenhang kann ich nur daran erinnern, dass hier in der aktuellen Stunde - das hat mir unglaublich gut gefallen - das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement gelobt wurden. Das ist ein Pfeiler unserer Demokratie. Und hier wird das so abgebügelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Fairness halber sage ich hier dazu - das gehört sich so, auch wenn man unterschiedliche Meinungen hat -: Wir haben einen Rechtsstaat, und wir haben einen Anwalt. Wir haben den Beschluss: Rechtsberatung mit Option auf Klage. Die Klage wird jetzt rausgehen. Dann streiten wir uns. Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand. Hoffentlich meint es Gott mit den Antragstellern der Aidshilfe, mit dem Centrum Schwule Geschichte und mit der Bezirksvertretung gut, sodass wir gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Sie wissen ja, dass ich mich immer auf formale Gesichtspunkte zurückziehen muss. Ich möchte mich auch an dieser Stelle nicht in die inhaltliche Diskussion einbringen. Sonst geht es ja ganz durcheinander. Das ist bei dem Souverän natürlich etwas anderes. Sie können Dinge politisch bewerten. Ich muss sie formal bewerten.

Deswegen möchte ich nur, bevor ich gleich die Abstimmung durchführe, Folgendes mitteilen: Wenn der Antrag auf Verweisung in die BV Innenstadt hier eine Mehrheit bekommt, hätte ich diesen Beschluss zu beanstanden. - Sonst würde ich mir ja selber nicht treu bleiben. Ich wollte Ihnen das nur sagen. Davon müssen Sie dann ausgehen. Das müssen Sie einfach wissen. Das meine ich auch nicht persönlich oder so. Aber ich widerspreche mir ungern selbst. Wenn ich Dinge einsehe, dann ist es so. Hier kann mich aber, glaube ich, auch der angekündigte Anwalt, den ich seit mehr als 20 Jahren kenne und duze, nicht überzeugen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung und lasse zunächst darüber abstimmen, ob in die Bezirksvertretung 1 verwiesen werden soll zum Beschluss darüber, wie die Namensgebung erfolgt. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel, Herr Zimmermann, Frau Syndicus und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann hat dieser Verweisungsantrag keine Mehrheit bekommen.

Deswegen lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Verweisungsantrag

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in die Bezirksvertretung Innenstadt verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE), RM Zimmermann (GUT Köln) und RM Syndicus (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln bedankt sich bei den Petenten für den Vorschlag, Dirk Bach mit einer Straßen- oder Platzbenennung zu ehren. Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Platz für die Benennung nach Dirk Bach vorzuschlagen.*
2. *Der Rat beschließt, den umgangssprachlich „kleinen Offenbachplatz“ genannten Platz vor dem Schauspielhaus an der Brüderstraße in den Offenbachplatz einzubeziehen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Herr Bezirksbürgermeister Hupke spricht zu diesem Thema.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Anpassung der Satzung Private Spielflächen für Kleinkinder an die Landesbauordnung NRW 2018
3400/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, die in der Anlage beigefügte Änderung der Satzung Private Spielflächen für Kleinkinder zur Anpassung an die Änderungen in der Landesbauordnung NRW vom 21.07.2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Kaiser-Wilhelm Ring
Arbeitstitel: Werbesatzung D der Kölner Ringstraßen - Kaiser-Wilhelm Ring
1086/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Kaiser-Wilhelm Ring als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Hohenzollernring
Arbeitstitel: Werbesatzung E der Kölner Ringstraßen - Hohenzollernring
1087/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Hohenzollernring als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.4 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Friesenplatz

Arbeitstitel: Werbesatzung F der Kölner Ringstraßen - Friesenplatz
1088/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Friesenplatz als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.5 Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln Altstadt/Nord bezüglich der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Rudolfplatz
Arbeitstitel: Werbesatzung G der Kölner Ringstraßen - Rudolfplatz
1089/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Rudolfplatz als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weiteren Teilabschnitte als Teilsatzungen der Kölner Ringstraßen zu erarbeiten.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.6 Sammelbeschluss zu den Satzungen über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln bezüglich der Kölner Ringstraßen mit Ihren Plätzen und Seitenstraßen - hier: Teil A Theodor-Heuss Ring, Teil B1 Ebertplatz, Teil B2 Eigelstein, Teil C Hansaring
1540/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere*

Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Theodor-Heuss Ring als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).

2. *Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Ebertplatz als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).*

3. *Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Eigelstein als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).*

4. *Der Rat beschließt die Satzung über Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen, über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen für einen Teil der Ortslage in Köln – Altstadt /Nord bezüglich des Hansaring als Teil der Kölner Ringstraßen mit ihren Plätzen und Seitenstraßen, auf Grundlage der §§ 7 und 41 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1353), in Verbindung mit § 89 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 86 Absatz 1 Nummer 22 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) - Landesbauordnung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 2021 (GV. NRW, S. 1086).*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Das sind Kenntnisnahmen. Wir beginnen mit:

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
1850/2023

Wünscht jemand, keine Kenntnis zu nehmen oder sich dazu zu Wort zu melden? - Niemand. Dann ist Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weiter geht es mit:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Beschaffung von Fahrzeugen des Brandschutzes
1628/2023

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wünscht jemand, das nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Niemand. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Umbau der Kreuzung Luxemburger Straße/Eifelwall
hier: Mitteilung über die Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO NRW i. V. m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2023
1823/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen gegen die Kenntnisnahme? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.3 Römisch-Germanisches Museum - vorgezogene notwendige Sanierung der Abdichtung über der Dombauhütte und über der Trafostation der RheinEnergie sowie notwendige Sanierungsmaßnahmen der Decke
1876/2023

Auch hier frage ich: Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen gegen die Kenntnisnahme? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.4 Sanierung des Rheinparkcafés
2260/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch das nehmen wir zur Kenntnis. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.5 Sanierung der Bewässerungsleitungen inkl. der Nebenleitungen und Bau eines Grundwasserbrunnens in der Flora/Botanischer Garten
2304/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Wünscht jemand, das nicht Kenntnis zu nehmen? - Auch das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.6 Baumaßnahme Alte Schule Widdersdorf
2056/2023

Hier nehmen wir es in der Fassung der Anlage 1 zur Kenntnis.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung in der Fassung der Anlage 1 zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.3 Entwurf des Jahresabschlusses 2021
2387/2023

Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Jahresabschluss Wirtschaftsjahr 2021/2022 des Gürzenich-Orchesters Köln
1145/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 15.03.2023 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner AG versehene Jahresabschluss zum 31.08.2022 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2021 bis 31.08.2022 festgestellt.*
2. *Der Bilanzgewinn für das Wirtschaftsjahr vom 01.09.2021 bis zum 31.08.2022 in Höhe von EUR 5.914.312,72, der sich aus dem Jahresfehlbetrag 2021/2022 in Höhe von EUR 260.338,77 nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag von EUR 6.170.651,49 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 4.000,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.*
3. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Kulturraumzentrum Niehl (Delmenhorster Str. 20), Freigabe der restlichen investiven Auszahlungsermächtigungen für den Umbau
1932/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 1.100.000 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilfinanzplan des Kulturraummanagements in der Produktgruppe 0416-Kulturförderung, Finanzstelle 9075-0416-0-AZ04 aRAP Delmenhorster Straße. Die Mittel werden für die fortschreitenden nutzungsspezifischen Um- und Ausbaumaßnahmen der angemieteten Flächen für das Kulturraumzentrum Niehl in der Delmenhorster Str. 20 benötigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 2076/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich gemäß § 10 Absatz 6 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit der Abdeckung des aus dem Geschäftsjahr 2017 stammenden Verlustes von 4.558.795,23 Euro durch eine entsprechende Auflösung der Kapitalrücklage einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2022 2267/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 der Betriebssatzung i.V.m. § 4 der Eigenbetriebsverordnung*
2. *Nordrhein-Westfalen den Jahresabschluss 2022 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln mit einer Bilanzsumme von 414.776.394,17 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 394.158,36 Euro fest.*
3. *Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass der Jahresfehlbetrag 2022 von 394.158,36 Euro auf das Geschäftsjahr 2023 vorgetragen wird.*
4. *Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.*
5. *Dem Betriebsausschuss wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker:

10.6 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Bau der zusätzlichen Stadtbahnhaltestellen Niehler Straße/Gürtel und Boltensternstraße/Gürtel der Linie 13 0152/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1602/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1609/2023

Wortmeldungen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen wir es nach den Änderungsanträgen, oder machen wir es nach Größe der Fraktionen?)

- Wir machen es nie nach den Änderungsanträgen. - Bitte sehr.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der zügige Ausbau des ÖPNV ist eine wichtige Säule der Verkehrswende. Der Bau der beiden neuen Haltestellen ist deshalb nur zu begrüßen. So ermöglichen wir Bürger*innen einen schnellen Zugang zum ÖPNV.

Besonders freut mich, dass die Verwaltung an der Haltestelle Boltensternstraße sowohl Aufzüge als auch Rampen plant, obwohl nur eine dieser Maßnahmen gefördert werden kann. So stellen wir sicher, dass diese wichtige Haltestelle auch bei Aufzugstörungen jederzeit barrierefrei erreichbar ist.

Auch freut mich, dass die Verwaltung die Anregungen aus der Bürgerbeteiligung in die Planungen aufgenommen hat, zum Beispiel, indem der Radschnellweg durch eine Unterführung vom Fußweg getrennt wird. - So viel zu schönen Teil.

Nun komme ich zum Änderungsantrag der SPD. Was Sie hier vorlegen, ist die Quadratur des Kreises. Einerseits fordern Sie, dass es keine Verzögerung geben darf; andererseits überfrachten Sie ein laufendes Projekt zum ÖPNV-Ausbau mit dem Bau von Parkplätzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie schreiben zwar, dass die Planungen nicht verzögert werden sollen. Aber wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie natürlich, dass eine ernsthafte Prüfung von Quartiersgaragen unter der Hochbahn ein komplexes und zeitintensives Unterfangen ist. Solange nicht klar ist, wie die Quartiersgaragen in die Haltestellen integriert werden, können die Haltestellen auch nicht weiter geplant werden.

Nicht nur verzögern Ihre Vorschläge den ÖPNV-Ausbau; Sie schlagen auch Flächen vor, die denkbar ungünstig für den Bau von Quartiersgaragen sind. Es sind schon einige Projekte unter Brücken an den Brandschutzauflagen gescheitert. Beim Wohnmobilbrand unter der Hochbahn 2017 haben wir erfahren, welche Gefahren von parkenden Autos für die Hochbahn ausgehen. Außerdem schreiben Sie selbst, dass die Hochbahn saniert werden muss. Das heißt: Wir binden den Bau der Quartiersgaragen an eine Sanierung, obwohl noch nicht einmal klar ist, wie umfangreich diese Sanierung sein wird.

Der Platz an der Niehler Straße ist auch bereits verplant. Hier sollen im Rahmen des Grünzugs Nippes dringend notwendige Erholungs- und Sportanlagen gebaut werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch schon bei dieser Vorlage wollten Sie lieber Blech als Breitensport. Mit dieser Forderung sind Sie in der Bezirksvertretung unterlegen und versuchen es nun hier durch die Hintertür.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die Haltestelle Boltensternstraße liegt auf einem Damm. Das heißt: Wenn wir dort ein Parkhaus bauen wollen, müssen wir den Damm aushöhlen, während obendrüber die Straßenbahnen fahren.

Die einzige Möglichkeit, die nötigen Betonkonstruktionen in den Damm zu bekommen, ist, die Garage neben dem Damm zu bauen und dann in den Damm zu verschieben - eine absolute Wahnsinnsaufgabe, die nicht nur unfassbar viel Geld kosten wird, sondern auch beim Bau den Verkehr auf der Boltensternstraße für lange Zeit zum Erliegen bringen wird.

Aber auch wir wollen Quartiersgaragen bauen. Die Bezirksvertretung Nippes hat bereits Flächen identifiziert, die sich dafür eignen. Statt unter einer sanierungsbedürftigen Hochbahn oder in einem Bahndamm sollen Quartiersgaragen am Nippeser Tälchen und auf dem Parkplatz direkt neben der Haltestelle Boltensternstraße gebaut werden. Statt Fantasiebauten hat die BV Nippes Möglichkeiten aufgezeigt, wo Quartiersgaragen realistisch sind.

Genau darauf setzen wir mit unserem Änderungsantrag. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu - für eine realistische Perspektive. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer im Livestream! Wir begrüßen den Bau der zusätzlichen Stadtbahnhaltestellen. Das ist dringend erforderlich. Die Fachdebatte dazu haben wir im Verkehrsausschuss geführt. Ich kann die Worte meines Vorredners Lars Wahlen nur unterstreichen und es nicht schöner formulieren. Deswegen gehe ich nicht weiter darauf ein.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Da passt kein Blatt dazwischen!)

- Nein, zwischen uns passt kein Blatt; genau.

Gleichzeitig freue ich mich aber auch darüber, lieber Lukas Lorenz, dass die SPD mit ihrem Änderungsantrag auch ein wichtiges Thema eingebracht hat, nämlich den Bau von Quartiersgaragen. Meine Fraktion ist der Auffassung - es freut

mich auch, dass wir im Bündnis da gleicher Meinung sind -, dass es genau jetzt erforderlich ist, den Bau einer Quartiersgarage konsequent voranzutreiben.

Die Tatsache, dass im Bezirk Nippes viele Parkplätze wegfallen - es sind mehr als 250 -, ist offensichtlich. Das bedeutet aber auch, dass wir uns darum kümmern müssen. Denn nur durch den Wegfall von Parkplätzen lösen sich die Autos nicht in Luft auf. Unser Ziel ist, dass der ruhende Verkehr aus dem öffentlichen Raum in die Quartiersgaragen verlagert wird oder andere intelligente Lösungen gefunden werden.

Genau jetzt ist der Zeitpunkt, dass sich die Verwaltung ernsthaft und zeitnah mit dem politischen Willen befassen muss, die Quartiersgarage zu realisieren, und zwar dort, wo besonders viele Parkplätze wegfallen.

Das ist auch der Unterschied zwischen uns. Wir wollen nicht den Standort einschränken. Aus technischen Gründen ist eine Errichtung unter der Hochbahn nicht möglich; Lars Wahlen hat dazu schon ausgeführt.

Deshalb sagen wir: Liebe Verwaltung, schau doch, wo tatsächlich der Bedarf da ist. Dort, wo die meisten Parkplätze wegfallen, muss man schauen, ob man eine Quartiersgarage, oberirdisch oder unterirdisch, realisiert. Da warten wir einfach einmal auf adäquate Vorschläge.

Ich bin der Auffassung, dass der Bau der Quartiersgarage weder die Planung zum Grünzug Nippes gefährden darf noch die dringend erforderliche Ertüchtigung des Busparkplatzes am Kuhweg. Den hatten wir im Juni dieses Jahres vorangebracht. Auch dort ist die Infrastruktur für unsere Touristen, die mit dem Reisebus in unsere schöne Stadt kommen, dringend erforderlich.

Da wir seriös unterwegs sind, haben wir auch gleich die Finanzierung genannt.

Ich betone, lieber Herr Egerer: Betrachten Sie bitte unseren Änderungsantrag als Auftrag. Mit diesem Projekt können Sie Willen und Motivation zeigen, endlich die Quartiersgarage zu realisieren, und zwar dort, wo sie dringend notwendig ist.

Ich freue mich auf eine breite Zustimmung und hoffe, dass die SPD auch diesem Änderungsantrag folgen kann.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es vorweg gesagt zu haben: Auch wir freuen uns selbstverständlich darüber, dass die Boltensternstraße und die Niehler Straße endlich an das Stadtbahnnetz angeschlossen werden. Endlich wird diese klaffende eklatante Lücke auf der Linie 13 geschlossen.

Wir danken der Verwaltung hier für die zügige und wirklich gute Arbeit an dieser Stelle.

Allerdings fallen aufgrund von Beschlüssen auch dieses Hauses bald 250 Parkplätze direkt am Bezirksrathaus Nippes weg.

An dieser Stelle möchte ich natürlich kein Hehl daraus machen, dass wir ursprünglich für den Weiterbau des Gürtels waren und damit die Anwohnerinnen und Anwohner an der Friedrich-Karl-Straße entlasten wollten.

Aber zurück zum Thema: Dieses Bündnis vernichtet ohne Maß und Mitte, ohne wirklichen Ersatz, ohne einen Plan immer weiter Parkplätze für den Autoverkehr.

(Zurufe)

Um uns nicht falsch zu verstehen: Ja, der öffentliche Raum gehört uns allen. Aber zahlreiche Menschen brauchen leider immer noch das Auto oder denken, es brauchen zu müssen. Wir fordern einen Plan, Ersatzflächen für Parkplätze, die im öffentlichen Raum wegfallen, echte Veedelsgaragen für alle Mobilitätsformen, wie die Mehrheit in diesem Hause.

Geschehen ist aber nichts. Es gibt noch nicht einmal eine Stelle, die sich planerisch oder organisatorisch um die Erstellung von Veedelsgaragen kümmert.

Das ist ausgesprochen peinlich - vor allem deswegen, weil das Geld aus Stellplatzablösemitteln im Grunde vorhanden ist. Dieses Geld wird aber nicht für Stellplätze genutzt, sondern für völlig blödsinnige Fahrradtürme irgendwo in Weiden-

West, deren Ersteller anschließend nicht mehr auffindbar sind. Das finde ich peinlich.

Auch wenn unser Änderungsantrag nicht wirklich zum Thema der Stadtbahnhaltestellen auf der Linie 13 passt, ist er eine Chance, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier endlich einmal Pflöcke für richtige Veedelsgaragen einzuschlagen.

Nun einige Worte zu CDU und Grünen: Sie haben eben behauptet - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Warum so laut? Wir tragen das mit!)

- Das weiß ich. Alles in Ordnung. Ich mache gleich noch ein bisschen Liebe und Sonnenschein.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ich bin heute ein bisschen auf Krawall gebürstet, Niklas. - Gut.

Das Problem ist: Sie sagen, wir würden es örtlich festlegen. Das stimmt aber nicht. Nirgends im Antrag steht, dass wir die Brücken nehmen wollen. Darin steht nicht, dass es irgendwo umgesetzt werden muss. Wir schreiben nur, dass wir Veedelsgaragen haben wollen, dass man sie endlich prüfen soll und dass man erklären soll, wo man sie ermöglichen kann - im Gegensatz zu Ihnen, liebes Bündnis.

Sie schreiben nämlich, dass Sie gerne eine Quartiersgarage am Kuhweg haben wollen. Dann sollten Sie vielleicht auch Quartiersgaragen für Nippes in Chorweiler fordern oder Quartiersgaragen für Nippes in Finkenberg fordern. Dann könnten wir sie auch direkt umsetzen. Die Leute haben ausreichend weite Anreisewege, und die Quartiersgaragen werden auch entsprechend angenommen werden.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Jetzt übertreibst du!)

Nichtsdestotrotz werden wir unseren Antrag aufrechterhalten - wohl wissend, dass eine Mehrheit für diesen Antrag ist. Dann werden wir nicht Nein sagen und zum Schluss der kompletten geänderten Beschlussfassung wieder zustimmen, weil wir auch gerne die beiden Stadtbahnhaltestellen haben wollen, die absolut sinnvoll sind.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache das vom Platz aus, weil ich glaube, dass man es sehr kompakt begründen kann.

Wir haben hier eine Vorlage, in der es um den Ausbau des ÖPNV mit zwei neuen Haltestellen geht. Ich finde es ein bisschen schade, dass wir jetzt, wo wir über den Ausbau des ÖPNV einen neuen Schritt in die richtige Richtung gehen, dann hier anfangen, über Parkplätze zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das geht eigentlich am Thema vorbei, meine Damen und Herren. Und das gilt für beide Anträge - wobei man natürlich schon noch einmal unterscheiden muss.

Lukas Lorenz war ja so freundlich und hat direkt die wahre Begründung für diesen Antrag mitgeliefert. Sie wollen nämlich den Grünzug, der von Nippes zur Mülheimer Brücke gehen soll, eigentlich nicht. Deswegen bringen Sie diesen Antrag hier noch ein. Das finde ich eigentlich auch nicht gut.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Sache ist ausdiskutiert. Der Auto-Gürtel ist tot. Jetzt muss es darum gehen, diese Fläche so zu gestalten, dass sie für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen sowie für Menschen da ist, die sich in dieser Grünanlage aufhalten wollen.

Meine Damen und Herren, da brauchen wir - das muss ich jetzt auch dem Bündnis sagen - auch keine Diskussion um Quartiersgaragen, sondern einfach den Beschluss. Wir brauchen jetzt den Beschluss. Es geht hier um den Ausbau des ÖPNV. Die Verwaltung hat eine gute Vorlage vorgelegt. Da kann man zustimmen - und aus die Maus.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal herleiten, woher diese Idee kommt. Die Verwaltung und die KVB haben vor, ich sage jetzt einmal, 15 Jahren eine Untersuchung gemacht, wo im Liniennetz der KVB man Haltestellen nachrüsten kann, wo sich die Stadt einfach anders entwickelt hat, wo die Abstände zu groß sind.

Dabei sind drei Standorte herausgekommen, und zwar die hier genannten Haltestellen Boltensternstraße/Gürtel und Niehler Straße/Gürtel sowie eine U-Bahn-Haltestelle am Neusser Platz. Letztere haben wir Gott sei Dank nicht weiterverfolgt. Wir können uns vorstellen, was für eine Sauerei es geben würde, wenn wir dort versuchen würden, nachträglich so etwas zu implementieren.

Das zeigt aber auch, dass die damalige Planung, so viel Abstand zwischen den Haltestellen zu lassen und dann eine Haltestelle Lohsestraße mitten in den Grüngürtel zu setzen, nicht so schlau gewesen ist.

Wir haben diese Idee ins Haushaltsbündnis 2020 eingebracht - aha: die FDP ist für den Ausbau des ÖPNV - und haben Geld bereitgestellt, um die beiden Haltestellen Boltensternstraße/Gürtel und Niehler Straße/Gürtel zu untersuchen.

In diesem Zusammenhang geht auch ein Lob an die Verwaltung. Wie gesagt, geht das Ganze auf den Haushalt 2020 zurück. Dass Sie in drei Jahren schon so weit sind, ist durchaus neues Deutschland-Tempo oder hier Köln-Tempo. Das würden wir uns bei anderen ÖPNV-Maßnahmen auch wünschen.

Ja, es hat in Niehl, in Riehl und in Nippes seit den 70er-Jahren, als die Hochbahn dort errichtet wurde, Nachverdichtungen gegeben. Die Haltestellenabstände sind viel zu groß. Gerade vor dem Hintergrund, dass das Bundesverwaltungsamt von der Barbarastraße auf das DuMont-Gelände an der Boltensternstraße ziehen wird, wird sich dort eine ganze Menge tun. Daher sind diese Haltestellen entsprechend wichtig.

Wir haben noch eine andere Initiative laufen, nämlich die Errichtung einer zusätzlichen Haltestelle für die Linien 3 und 4 auf der Severinsbrücke in Höhe des Rheinauhafens. Daran arbeitet die Verwaltung noch.

Sie sehen also: Wir von der FDP sind Feuer und Flamme für diese Verwaltungsvorlage und freuen uns, dass wir das heute so beschließen können.

Ich bin der SPD dankbar dafür, dass sie die Parkplätze hier auch zum Thema macht. Da bin ich nicht bei dir, Michael Weisenstein, weil es den Leuten in diesen Gebieten wirklich auf den Nägeln brennt. Ich habe selbst 20 Jahre am Neusser Platz gewohnt und weiß, welcher Verlust an Lebensqualität es ist, wenn man abends versuchen muss, sein Auto irgendwo unterzubringen. Und hier wird ja noch einmal massiv eingegriffen. Daher ist es schon richtig, dass wir uns auch über diese Kölnerinnen und Kölner, die vielleicht noch auf das Auto angewiesen sind, Gedanken machen.

Lars Wahlen bin ich sehr dankbar dafür, dass er das auch positiv aufgegriffen hat und hier auch auf die Vorschläge bzw. Beschlüsse der Bezirksvertretung verwiesen hat. Gerade das Nippeser Tälchen ist ja ein wichtiger Standort, für den sich unser Bezirksvertreter, Marc Urmetzer, auch eingesetzt hat.

Ich hoffe schon, dass von diesem Rat, wenn wir diesen Beschluss fassen, dann auch ein Signal an die Verwaltung ausgeht, dass wir in dieser Stadt Quartiersgaragen brauchen. Herr Egerer, wir haben vor gefühlt zwei Jahren eine Mitteilung Ihrer Verwaltung bekommen, in der es hieß: Quartiersgaragen kenne mer nit, bruche mer nit, fott domet. - Die Aussage war damals also, dass da gar nichts läuft. Und das ist zu wenig. Sie sehen hoffentlich heute an einem breit getragenen Beschluss,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

dass wir für Nippes - zum Beispiel, exemplarisch - eine Quartiersgarage brauchen. Das nehmen Sie bitte mit.

Deswegen unterstützen wir auch die vonseiten des Bündnisses hier beantragte Änderung, damit wir diesen Drive für die Quartiersgarage in Nippes hinbekommen und die Verwaltung sich um dieses Thema kümmert, weil es Kölnerinnen und Kölner gibt, die sich nicht nur auf die beiden neuen Haltestellen freuen, sondern auch für ihr Fahrzeug noch einen Parkplatz brauchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (GUT Köln): Vielen Dank. Ich mache es auch vom Platz aus. - Über den Änderungsantrag mit den Quartiersgaragen war ich sehr verwundert. Zwar sind Quartiersgaragen an sich eine Superidee. Aber in der Bezirksvertretung gab es auch schon den Beschluss zu zwei Quartiersgaragen an anderer Stelle.

Bei der Idee der Quartiersgarage am Nippeser Tälchen hatten wir damals gedacht, wir hätten eine Quartiersgarage an dieser Stelle neu erfunden. Aber so war es gar nicht. Das war nämlich eine ganz alte FDP-Idee. Vielen Dank dafür, dass sie genau an dieser Stelle gebaut werden sollte.

Der Grünzug Nippes ist ein tolles Projekt. Wir werden uns leider Gottes daran gewöhnen müssen, dass wir dem MIV in dieser Stadt nicht mehr so viel Raum geben können. Das muss weniger werden, wenn wir es mit einer Verkehrswende hier ernst meinen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GUT sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert.

Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert (Nippes): Zum Glück haben einige Vorrednerinnen und Vorredner schon das gesagt, was ich jetzt auch sagen werde. Trotzdem werde ich es noch einmal sagen, damit auch klar wird, dass das, was ich gleich sagen werde, der Wille der Bezirksvertretung Nippes ist.

Erstens. Die SPD-Fraktion ist ehrlich. Ihr geht es mit dem Änderungsantrag nicht um die Verwaltungsvorlage im engeren Sinne zu dem völlig unstrittigen Thema Hochbahnhaltestelle, sondern darum, etwas gegen den Weiterplanungsbeschluss für den Grünzug Nippes zu unternehmen, den die BV Nippes und der Finanzausschuss beschlossen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Denn nur so lässt sich die Begründung des Antrags interpretieren.

Zweitens. Die Stadtratsfraktion der SPD wäre gut beraten gewesen, sich auch andere Beschlüsse der BV Nippes anzuschauen. Es gibt nämlich bereits zwei Beschlüsse zu Quartiersgaragen - das haben wir eben gehört -, darunter eine direkt neben der zukünftigen Hochbahnhaltestelle an der Boltensternstraße an einer schon versiegelten Stelle.

Drittens. In den sozialen Medien hat die SPD die vorliegende Verwaltungsvorlage, die einstimmig in der BV Nippes beschlossen wurde bzw. gevotet wurde, in solch hohen Tönen gelobt, dass man den Eindruck haben musste, dass sie nicht von der Verwaltung, sondern von der SPD eingebracht worden ist. Ich erinnere aber daran, dass, wie Herr Sterck schon gesagt hat, die FDP das hier eingebracht hatte.

Kurzum: Die BV 5 hat diese Vorlage der Verwaltung einstimmig beschlossen. Wir alle sind dafür, dass es so wird. Deswegen fordere ich die SPD-Fraktion auf: Ziehen Sie den Änderungsantrag zurück.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt abstimmen und danach über den Änderungsantrag der SPD, sofern er sich dann nicht erledigt hat.

Gibt es Gegenstimmen gegen den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt? - Gegenstimmen der SPD-Fraktion, von Frau Gabriel und von Frau Syndicus. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion Die FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Der Änderungsantrag der SPD AN 1602/2023 wird wie folgt ergänzt/ (kursiv und fett):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie im Bereich der geplanten Haltestellen Quartiersgaragen realisiert werden können, insbesondere in den Bereichen, wo besonders viele Parkplätze wegfallen. Dabei ist auch die Realisierung einer Quartiergarage in Anbindung an den geplanten Busparkplatz im Bereich Kuhweg zu prüfen, ohne das die Planungen zum Grünzug Nippes berührt werden. Besonders zu berücksichtigen ist die anstehende Sanierung der Brückenkonstruktionen. Eine Verzögerung der Planungen der beiden Haltestellen ist auszuschließen, ggf. sind nach Fertigstellung der Haltestellen die oben genannten Maßnahmen zu realisieren.

Das Ergebnis der Prüfung ist zusammen mit einem Umsetzungsvorschlag den Ratsgremien

vorzulegen. Die Finanzierung erfolgt aus den Stellplatzablösemitteln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Syndicus (GUT Köln) bei Stimmenhaltung der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION zugestimmt.

II. Abstimmung über die so ergänzte Vorlage

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und der durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligung für die zusätzlichen Stadtbahnhaltestellen Niehler Straße/Gürtel und Boltensternstraße/Gürtel zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Planung für die Leistungsphasen 1 bis 4 der HOAI inklusive der dazugehörigen Gutachterleistungen auf Grundlage der Vorzugsvarianten extern zu vergeben und die erforderlichen Genehmigungen zu beantragen sowie die Finanzierung sicher zu stellen.

Der Rat beschließt außerdem die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 420.000 € sowie die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i.H.v 1.880.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025, 2026 und 2027(540.000 € in 2025, 810.000 € in 2026, 530.000 € in 2027) im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6903-1202-5-6006, L 13 Hst. Niehler Str. und Boltensternstr., im Haushaltsjahr 2024.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie im Bereich der geplanten Haltestellen Quartiersgaragen realisiert werden können, insbesondere in den Bereichen, wo besonders viele Parkplätze wegfallen. Dabei ist auch die Realisierung einer Quartiergarage in Anbindung an den geplanten Busparkplatz im Bereich Kuhweg zu prüfen, ohne das die Planungen zum Grünzug Nippes berührt werden. Besonders zu berücksichtigen ist die anstehende Sanierung der Brückenkonstruktionen. Eine Verzögerung der Planungen der beiden Haltestellen ist auszuschließen, ggf. sind nach Fertigstellung der Haltestellen die oben genannten Maßnahmen zu realisieren.

Das Ergebnis der Prüfung ist zusammen mit einem Umsetzungsvorschlag den Ratsgremien vorzulegen. Die Finanzierung erfolgt aus den Stellplatzablösemitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

III. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion hat sich erledigt.

Anmerkung:

Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert spricht zu diesem Thema.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Bauliche Ertüchtigung zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung statt Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüZe, Berliner Str. 77 in Köln-Mülheim
1107/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte, Frau Brock-Storms.

Claudia Brock-Storms (SPD): Ich gehe davon aus, dass wir in der verabredeten Form abstimmen: 1 und 2 nicht, aber 3 und 4 plus die Ergänzung Mülheim.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja.

Claudia Brock-Storms (SPD): Deswegen werde ich jetzt auch nicht die Rede, die ich natürlich - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darum hatte ich ja um Wortmeldungen gebeten und noch nichts zu meinem Abstimmungsvorgehen gesagt.

Claudia Brock-Storms (SPD): Ja, alles gut. Ich wollte es nur platzieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber Sie liegen da richtig. - Wünscht sonst jemand das Abstimmungsvorgehen noch mal zu wiederholen? - Das ist nicht der Fall.

Wird noch von jemandem das Wort gewünscht? - Aber Sie sind noch gar nicht fertig. Entschuldigung.

Claudia Brock-Storms (SPD): Ja, das wäre nett.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Oder wollten Sie es nicht inhaltlich begründen?

Claudia Brock-Storms (SPD): Nein, ich wollte nur kurz noch etwas zu Punkt 3 sagen.

Wir hatten ja in der aktuellen Stunde schon die Diskussion, wie man mit Initiativen und Vereinen sowie Bestandsimmobilien umgeht. Es ist schade, dass die Nichtsanierung der MüZe nicht heute Nachmittag schon thematisiert worden ist.

Ich möchte nur kurz auf den Träger eingehen, weil der Interkultur e. V., der die MüZe jetzt interimsmäßig bewirtschaftet, durch diese Nichtsanierung natürlich auch ins Schwimmen geraten wird.

Dieser Verein sichert dort wichtige Angebote in Mülheim wie die postalische Erreichbarkeit für Wohnungslose, Sozialberatung, Migrationsberatung, interkulturelle Frauenarbeit sowie die Lebensmittelausgabe in Kooperation mit der Kölner Tafel. Interkultur macht niedrigschwellige intergenerative, sozio- und interkulturelle Projekte und ist aus dem Veedel nicht mehr wegzudenken.

Damit das auch so bleibt, ist es für uns zielführend, dass die Stadtverwaltung sich nicht bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, nämlich Ende 2025, Zeit damit lässt, die Entscheidung über die langfristige Betreiberverantwortung zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist uns zudem, dass während der Sanierungsmaßnahmen der Betrieb in enger Absprache mit dem Verein so gut wie möglich aufrechterhalten werden kann.

Der nun gefundenen Lösung, den Beschluss der BV Mülheim in die Vorlage zu integrieren, stimmen wir gerne zu. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Brock-Storms, ich bitte noch einmal um Entschuldigung dafür, dass ich Sie unterbrochen habe. Das habe ich unabsichtlich getan.

(Claudia Brock-Storms [SPD]: Alles gut!)

Wünscht jemand, jetzt noch mal zu beantragen, wie abgestimmt wird? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage vor, dass wir die Punkte 1 und 2 sowie das Votum der Bezirksvertretung Mülheim noch mal zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren geben, heute aber über die Punkte 3 und 4 abstimmen, damit es mit den dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen zügig weitergehen kann - damit alle wissen, worüber wir abstimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann - -

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Herr Joisten, Gegenrede? Wir können ja abstimmen, wie wir abstimmen.

Christian Joisten (SPD): Nein, das brauchen wir nicht. Ich bin jetzt nur verwirrt. Denn bei uns war angekommen, dass wir die Punkte 1 und 2 verweisen - das ist so richtig - und die Punkte 3 und 4 beschließen, aber mit dem Votum der BV 9.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das war genau so wie von mir dargestellt beschlossen!)

- Okay. Aber das war bei uns anders adressiert.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Gut. - Dann jetzt noch mal zur Klarstellung: Wir beschließen heute nur die Punkte 3 und 4, und alles andere geht in den Ausschuss?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es geht wieder in den Sozialausschuss und kommt dann noch einmal in den Rat.

Christian Joisten (SPD): Verstanden und akzeptiert. Ja, alles klar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wissen Sie jetzt, wie ich abstimmen lassen werde? - Okay.

Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gegen das jetzt verabredete Abstimmungsprozedere gibt. - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zuerst über Ziffer 3 und Ziffer 4 der Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich darüber abstimmen, ob Ziffer 1 und Ziffer 2 in den Sozialausschuss verwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

(Christian Joisten [SPD]: Mit BV 9?)

- Ja, das wird mit überwiesen. - Okay. Vielen Dank. Dann ist so beschlossen bzw. verwiesen.

I. Abstimmung über Ziffer 3 und 4 der Vorlage

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

3. die Weiterführung der sozialen Angebote im Bürgerhaus MüZe durch den Interimsträger Interkultur e. V. wird bis zum 31.12.2025 zu verlängern. Über den langfristigen Träger des Bürgerhauses MüZe wird nach Abschluss der Instandhaltungsarbeiten im Rahmen der Betreiberverantwortung im Laufe des Jahres 2025 entschieden.

4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Objekt Berliner Straße 77 in Köln-Mülheim soweit baulich zu ertüchtigen, dass die Betreiberverantwortung sichergestellt ist. Die ausschließlich konsumtiven Mittel werden auf etwa 2,00 Mio. Euro geschätzt, die zu gleichen Anteilen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 anfallen.

Für 2023 und 2024 stehen jeweils 1,00 Mio. Euro im Teilergebnisplan 0507 – Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäuser/-zentren, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

II. Abstimmung über die Verweisung von Ziffer 1 und 2 der Vorlage mit dem Votum der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren mit erneuter Vorlage im Rat

Beschluss:

Der Rat verweist die Ziffern 1 und 2:

Der Rat beschließt

1. dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“, Berliner Straße 77 in Köln-

Mülheim aus der Städtebaufördermaßnahme Starke Veedel – Starkes Köln (Sozialraum 5 + 9) Buchheim, Buchforst, Mülheim-Nord und Keupstraße (Zuwendungsbescheid-Nr. 05/06/19) aufgrund der Kostensteigerung von ursprünglich rund 5,00 Mio. Euro auf rund 16,3 Mio. Euro zum jetzigen Zeitpunkt wegen der fehlenden Finanzierung nicht realisiert werden kann.

2. *auf die bereits bewilligten Städtebaufördermittel in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro für die Generalsanierung des Bürgerhauses MüZe aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Buchheim, Buchforst und Mülheim Nord, Keupstraße“ im Rahmen des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ zu verzichten. Die bereits abgerufenen und ausgezahlten Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro werden an den Fördermittelgeber erstattet. Die Finanzierung der Erstattung der investiven Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro zuzüglich gegebenenfalls anfallender Zinsen erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung.*

mit dem Votum der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) vom 14.08.2023 (Anlage 3) zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren mit erneuter Vorlage im Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag von RM Hammer auf getrennte Abstimmung und Verweisung von Ziffer 1 und 2.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung (Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP)
hier: Beschluss Leitbild
2060/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Zwischenbericht „Besser durch Köln – ein Leitbild für den nachhaltigen Mobilitätsplan“ (siehe Anlage 2) zur Kenntnis und beschließt das darin enthaltene Leitbild inklusive der fünf Zielbilder als Grundlage für den weiteren Erarbeitungsprozess.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Ombudsstelle für Geflüchtete - Verlängerung der Befristung bis Dezember 2025
2090/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Rau, ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar dafür, dass Sie und Ihr Team sich die Mühe gemacht haben, dass wir den hier vorliegenden Beschlussvorschlag auch in einfacher Sprache lesen dürfen. Zitat:

> Bei der Ombudsstelle können sich geflüchtete Menschen über die Unterbringung durch die Stadt Köln beschweren. Die Stadt Köln bezahlt die Ombudsstelle für ihre Arbeit. Das ist bis zum 31.12.2023 befristet. Damit sie ihre Arbeit fortsetzen kann, muss der Rat über die Verlängerung der Befristung entscheiden.

Erlauben Sie mir, dass ich hier in einfacher Sprache fortfahre.

Das Land Bundesrepublik Deutschland lässt immer mehr Menschen ohne Kontrolle einreisen. Die Parteien Grüne, LINKE, SPD, CDU, FDP und Volt wollen, dass kein Mensch zurückgeschickt wird. Dadurch gibt es in den Flüchtlingsheimen in

Köln immer weniger Platz. Es wird immer enger, und es gibt immer mehr Stress.

Die Partei AfD sagt: Das ist keine schlaue Politik. Sie sagt: Wenn wir nicht alle Menschen ins Land ließen, sondern auch welche zurückschicken würden, bräuchten wir keine Ombudsstelle. Dann gäbe es auch weniger Stress, und die Stadt Köln könnte sehr viel Geld sparen.

(Beifall bei der AfD)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Gute Politik kann so einfach sein. Einfache Sprache macht's möglich.

Aber wenn ich hier in einige Ihrer Gesichter schaue, gewinne ich den Eindruck, ich sollte viel häufiger in einfacher Sprache zu Ihnen sprechen - Hashtag „#zielgruppenadäquate Kommunikation".

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Land und in dieser Stadt eine rationale und interessengeleitete Migrationspolitik hätten, wäre diese Ombudsstelle überflüssig, und der Kölner Flüchtlingsrat hätte nicht 30 hauptamtliche Mitarbeiter.

Haben Sie sich den Jahresbericht 2022 einmal näher angeschaut? Er ist nicht das Papier wert, auf dem er steht.

Beleg: Seite 25. Die Steigerung der Anzahl der Fälle, in denen eine grundsätzliche Abhilfe nach Beschwerden nicht möglich war, beträgt laut Bericht 1 350 Prozent. Ich habe mir das näher angeguckt. Es sind wirklich nur 38 Prozent.

Kleiner Hinweis an Herrn Zitzmann: Wenn ich eine befristete Stelle hätte und dann einmal im Jahr so einen 25-seitigen Jahresbericht herausgeben würde, würde ich dafür sorgen, dass jede Zeile stimmt.

Die Ombudsstelle hat im letzten Jahr 186 Fälle betreut. Das sind also 3,5 pro Woche.

Erschreckend ist, dass sich die Zahl der anonymen Hinweise um über 460 Prozent erhöht hat. Interessanterweise ist die Zahl der Fälle mit Flüchtlingen als Hinweisgeber stabil geblieben oder leicht zurückgegangen. Aber von den Freiwilligen, die dort arbeiten, sind 200 Prozent mehr Hinweise erfolgt. Da fragt man sich natürlich, ob sie jetzt das Wort für die Flüchtlinge ergreifen.

Gründe sind zu 14 Prozent Gewalt, zu 11 Prozent Diskriminierung, zu 5 Prozent sexuelle Übergriffe und zu 4 Prozent Verstöße gegen die Menschenwürde. Jedes Prozent ist eines zu viel; vollkommen klar. Aber zu 96 Prozent - dass es mehr als 100 Prozent sind, liegt an Doppelzählungen - sind es sonstige Gründe, also das Typische: Geruchsbelästigung, zu laut, zu kalt, es zieht, Zimmernachbarn, die man sich nicht ausgesucht hat; das Übliche eben. Wer gedient hat, weiß, was ich meine.

Im Ergebnis waren 5 Prozent der Beschwerden gerechtfertigt und 11 Prozent teilweise gerechtfertigt.

Was lernen wir aus diesem Jahresbericht noch? Einige der Erkenntnisse sind - halten Sie sich fest -:

- Eine Belegungsverdichtung ist konfliktträchtig. - Na, wer hätte das denn gedacht?

(Beifall bei der AfD)

- Es gibt ethnische Konflikte und Rassismus gegen Roma. Das Z-Wort soll gefallen sein.

- Es gibt einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Köln. - Das ist ja vollkommen neu, meine Damen und Herren.

Diese Punkte sprechen ganz klar für die Nichtverlängerung dieser Ombudsstelle. Nur 5 Prozent der Beschwerden sind berechtigt; 96 Prozent sind, wie gesagt, Lappalien, wie wir sie jedem kasernierten Bundeswehrsoldaten Tag für Tag zumuten.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie endlich die Realität in dieser Stadt und in diesem Land wahr. Die Menschen da draußen wollen mehrheitlich - mehr als zwei Drittel - keine weitere Migration. Die Menschen wollen nicht, dass jeder bleiben kann, und sie wollen kein Weiter-so.

Deshalb sage ich in Anlehnung an den alten Cato: Ceterum censeo migrationem illegalem esse sistendam.

(Beifall bei der AfD)

Ja, liebe Grün*innen, das war jetzt mal nicht einfache Sprache, sondern die Sprache derjenigen

Menschen, die diese Stadt hier vor über 2 000 Jahren gegründet haben. Für diejenigen von Ihnen ohne humanistischen Bildungshintergrund übersetze ich das auch gerne mal in die kölsche Verlaufsform.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Brauchen wir nicht! Danke! Wir können das so!)

- Brauchen Sie nicht. Gut. - Meine Damen und Herren, lassen Sie die Eleganz und Klarheit des lateinischen AcI -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): - auf sich wirken: Ceterum censeo migrationem illegalem esse sistendam. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde das wirklich ungern inhaltlich kommentieren. Aber der Dank geht dann an mich. Das kommt nämlich aus dem mir zugeordneten Amt für Integration und Vielfalt. - Herr Dr. Rau, es tut mir leid, dass ich das jetzt richtigzustellen habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Vorlagen sollte man bitte demnächst von Anfang an lesen. Das hilft - jedenfalls bei der Zuordnung.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage seiner Beschlüsse vom 10.05.2016 (Einrichtung einer Ombudsstelle: 1252/2016), 28.06.2016 (Feinkonzept: 1826/2016), 14.11.2017 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2019: 2735/2017), 07.11.2019 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2021: 3188/2019) und 16.09.2021 (Verlängerung der Befristung bis 31.12.2023: 1625/2021)

a) die Weiterführung der Ombudsstelle für Geflüchtete in Köln über die Befristung 31.12.2023 hinaus für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2025,

b) die Gewährung eines Zuschusses an den Kölner Flüchtlingsrat e.V. als Träger der Ombudsstelle in Höhe von jeweils 112.350 € für die Jahre 2024 und 2025.

Die erforderlichen finanziellen Mittel werden im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan 1004 Bereitstellung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der Franziskusschule, Katholische Grundschule, Cäsarstraße 21, 50968 Köln-Bayenthal (Schulnummer 111430) von 1,5 auf 2 Züge zum Schuljahr 2024/25
2123/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) die Änderung der Franziskusschule, Katholische Grundschule Cäsarstraße 21, 50968 Köln-Bayenthal (Schulnummer*

111430) von 1,5 auf 2 Züge zum Schuljahr 2024/25.

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Zusammenführung der beiden Weiterbildungskollegs Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße zur Sicherung des bestehenden Angebotes an den aktuellen Schulstandorten
1838/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Schließung des Weiterbildungskollegs der Stadt Köln, Abendrealschule Dagobertstraße 79, 50668 Köln-Altstadt/Nord (Schulnummer 163934) zum 31.07.2024.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Bildung eines Teilstandortes des Weiterbildungskollegs – Sek. I und II mit den Bildungsgängen Abendgymnasium und Abendrealschule,*

3. *Gereonsmühlengasse 4, 50670 Köln-Altstadt/Nord (Schulnummer 170586) am Standort Dagobertstraße) zum 01.08.2024 für den Bildungsgang Abendrealschule. Hierzu wird gleichzeitig die Erhöhung der Kapazität des bisherigen Bildungsganges Abendrealschule beschlossen.*

4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.*

5. *Er beauftragt die Verwaltung, die Studierenden der zu schließenden Abendrealschule Dagobertstraße an das Weiterbildungskolleg Gereonsmühlengasse, Teilstandort*

6. *Dagobertstaße, umzumelden.*

7. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses unter 1. wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024
1860/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Änderung der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, Blumenthalstraße 10-12, 50670 Köln-Neustadt/Nord (Schulnummer 154179) zum 01.08.2024 in Form der auslaufenden Auflösung der Primarstufe.*

2. *Ab dem Schuljahr 2024/25 erfolgen keine Neuaufnahmen im ersten Schuljahr bzw. den nicht mehr belegten Jahrgängen. Zukünftig wird die Förderschule Blumenthalstraße 10-12, 502670 Köln nur noch als Schule der Sekundarstufe I weitergeführt. Insgesamt sind 1,5 Züge (9 Klassen) als Kapazität vorgesehen.*

3. *Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines 2-zügigen Grundschulgebäudes mit 2 Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West 1384/2023

Wortmeldungen? - Keine.

Ich beabsichtige, abstimmen zu lassen wie Schulausschuss, Anlage 2.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 21.08.2023, des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 28.08.2023, des Sportausschusses vom 31.08.2023 und des Finanzausschusses vom 04.09.2023:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau eines Grundschulgebäudes im Stadtbezirk Rodenkirchen ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Rondorf Nord-West zu finden. Das Grundstück muss für die Unterbringung einer 2-zügigen Grundschule inklusive einer Sporthalle mit zwei Sportübungseinheiten geeignet sein. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob auf dem Gelände auch ein Lehrschwimmbecken errichtet werden kann, was auch für die Vereinsnutzung geeignet ist.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zum Bau eines 2-zügigen Grundschulgebäudes für den Stadtbezirk Rodenkirchen.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2021 3454/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat stellt gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) in Verbindung mit § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2021 fest. Das Jahresergebnis 2021 beläuft sich nach Ergebnisausgleich zu Lasten der Kernverwaltung (13.611.033,09 Euro) auf 0,00 Euro.*

   Zur Refinanzierung der überplanmäßigen Instandhaltungsaufwendungen 2021 und des hieraus resultierenden Ergebnisausgleiches wird die aus dem Jahresergebnis 2019 dotierte Bauerneuerungsrücklage (2.572.622,38 Euro) vollständig aufgelöst und an die Kernverwaltung ausgeschüttet.

2. *Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Erneuerung einer Raumlufttechnischen Anlage (RLT-Anlage 5.1 Restaurierung)

im Gebäudekomplex Museum Ludwig - Philharmonie und damit einhergehende Sanierungsmaßnahmen
Erweiterter Planungsbeschluss und Weiterplanungsbeschluss
1740/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat erkennt den gegenüber der Vorlagen-Nummer 1003/2020 erhöhten Bedarf für die Erneuerung der Raumlufttechnischen Anlage (RLT-Anlage Nummer 5.1, Restaurierung) im Gebäudekomplex Museum Ludwig und Philharmonie in Höhe von 400.000 € an. Davon sind anteilig Kosten von 266.667 € von der Stadt Köln zu übernehmen. Zudem stellt der Rat den Bedarf der in der Begründung dargelegten erweiterten Planungsleistungen im Restaurierungstrakt des Museum Ludwig fest. Die Restkosten werden vom Veranstaltungszentrum Köln (Philharmonie) übernommen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Aufnahme der zusätzlichen Planungen bzw. der Weiterplanung der RLT-Anlage bis einschließlich Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) auf der Basis der vorliegenden Kostenermittlungen. Die Planungskosten betragen 400.000 €. Das Ergebnis der Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung ist dem Rat zur Fassung eines Baubeschlusses vorzulegen.*

3. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 266.667 € im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 4511-0402-0-0060 – Erneuerung RLT-Anlage für das Haushaltsjahr 2023.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Erneuerung der Raumlufttechnischen Anlagen (ausgenommen RLT-Anlage 5.1 Restaurierung) im Museum Ludwig und in der Philharmonie
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen der Technischen Ausrüstung und weiterer Planungsleistungen
4227/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat erkennt den weiteren Bedarf für Planungsleistungen zur Erneuerung der Raumlufttechnischen Anlagen im Museum Ludwig und der Philharmonie in Höhe von 2.600.000 € an. Davon sind anteilig Kosten von 1.733.000 € von der Stadt Köln zu tragen. Die Restkosten werden von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln (Philharmonie) übernommen.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung zunächst mit der Durchführung des Vergabeverfahrens für die Ingenieurleistungen für Technische Ausrüstung sowie notwendiger weiterer Planungsleistungen einschließlich Leistungsphase 2 (Vorplanung). Das Ergebnis der Vorplanung einschließlich Kostenschätzung ist dem Rat zur Fassung eines Weiterplanungsbeschlusses vorzulegen.*

3. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.733.000 € im Teilfinanzplan des Museum Ludwig in der Produktgruppe 0402 – Museum Ludwig in Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 4511-0402-0-0060 – Erneuerung RLT-Anlage in den Haushaltsjahren 2023/2024.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See

hier: Einrichtung von unbewachten Badestellen am See 1 und See 7
2407/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um diese Zeit bei dem aktuellen Wetter hier zum Fühlinger See reden zu dürfen, hat eine ganz besondere Note. Allerdings bin ich tatsächlich froh darüber, dass ich - angesichts der Debatten, die heute zum Teil liefen - zu zwei erfreulichen Punkten, nämlich zur EURO und zum Baden im Fühlinger See, reden darf.

Ich habe vorhin schon das Sportamt dafür gelobt, dass es die Kritik und die Anregungen ernsthaft bearbeitet. Jetzt kann ich das Sportamt wieder loben. Es hat uns eine sehr gute Vorlage vorgelegt, der wir gerne zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zunächst einmal sollte man allerdings auch dem Petenten, der diesen ganzen Prozess mit initiiert hat, danken. Er hat insgesamt 6 000 Unterschriften gesammelt und dazu beigetragen, dass uns noch einmal deutlich gemacht wurde, wie groß der Wunsch der Menschen in Chorweiler und auch darüber hinaus ist, im Fühlinger See weiterhin schwimmen zu können - oder nein, nicht weiterhin. Das Schwimmen war dort ja verboten. Entschuldigung.

(Zurufe)

- Ja, das mit dem Ordnungsrecht ist natürlich immer so eine Sache. Nein, das war verboten. Die Menschen haben aber den Wunsch, dass es eine Möglichkeit gibt, dort auch baden zu können.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Gleichzeitig haben wir erfahren, dass es durchaus rechtliche Anforderungen und Risiken gibt, die man bei so etwas auch beachten muss. Ich war dankbar, bei dem Prozess dabei sein zu können. Früher hätte ich gedacht, es reicht, ein Schild „Schwimmen auf eigene Gefahr“ aufzustellen, und damit ist die Sache erledigt. Leider ist das nicht der Fall. Der Fühlinger See ist ja auch nicht ohne.

Insofern haben wir uns im letzten September anderthalb Stunden mit dem Thema „Schwimmen im Fühlinger See“ beschäftigt und uns erklären lassen, was für Komplikationen und Schwierigkeiten es gibt.

Wir haben dann angeregt - die Oberbürgermeisterin hat sich auch sehr früh dafür eingesetzt; auch dafür noch einmal herzlichen Dank -, dass nach Lösungen gesucht wird, um einen vernünftigen Kompromiss zwischen der Verkehrssicherungspflicht und den Schwimmbedürfnissen der Menschen dort zu schaffen.

Das ist durch die Beauftragung des Gutachtens und durch die sehr gut lesbare Vorlage auch gut gelungen, finde ich. Insofern werden wir der Vorlage, wie schon gesagt, sehr gerne zustimmen.

Noch eine kurze Bemerkung: Vor dem Schwimmen oder Baden kommt allerdings das Schwimmenlernen. Das verpflichtet uns auch. Über die Ausweisung neuer Bademöglichkeiten - vielleicht kann man hier ja auch etwas für andere Seen im Kölner Stadtgebiet lernen - hinaus müssen wir uns sowohl bei den KölnBädern als auch im Schul- und Sportausschuss dafür einsetzen, dass die Schwimmflächen in der Stadt möglichst ausgebaut werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Damit werden wir uns bei den KölnBädern befassen.

In diesem Zusammenhang gibt es natürlich auch - kaum ein Mensch durchblickt ja, wer jetzt für was alles zuständig ist - das Thema Lehrschwimmbecken. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn in Bälde auch alle Lehrschwimmbäder wieder nutzbar wären. Ich habe mitbekommen, dass sich da im Moment eine gute Zusammenarbeit zwischen der Gebäudewirtschaft und den KölnBädern anbahnt. Das lässt uns auch hoffnungsvoll sein.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Bezirke und der Rat ebenfalls Gedanken um weitere Lehrschwimmbecken gemacht haben. So hat die BV Ehrenfeld die Prüfung eines Schwimmbades auf dem Max-Becker-Gelände beschlossen, und wir haben heute den Beschluss gefasst, dass bei der Schule in Rondorf auch ein zusätzliches Lehrschwimmbecken geprüft wird.

Es liegt noch einiges vor uns. Wir müssen uns nicht zuletzt auch Gedanken um die Eintrittspreise machen. Aus meiner Sicht muss sich nämlich jeder und jede hier in Köln Schwimmen leisten können. Denn sicher schwimmen zu können, rettet Leben, und Schwimmbäder sind elementare Daseinsvorsorge. - Ich danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weber das Wort.

Florian Weber (CDU): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste im Stream! Wir brauchen in Köln dringend mehr Platz zum Schwimmen. Das hat der Kollege Klemm auch schon betont. Es fehlt an Wasserfläche in einer Größenordnung von geschätzt zwei ganzen Schwimmbädern.

Hunderte Kinder stehen auf den Wartelisten von Kölner Schwimmvereinen, um überhaupt erst einmal einen Schwimmkurs machen zu können. Die Schwimmfähigkeit - das bestätigt die DLRG - in der Bevölkerung ist rückläufig. Das sind Alarmsignale, die uns ermuntern müssen, dass wir für das Schwimmen in Köln noch einmal mehr tun.

Da ist die heutige Entscheidung ein kleiner und doch bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Seit mehr als 30 Jahren herrscht im öffentlichen Teil des Fühlinger Sees offiziell Badeverbot. Das hängt mit den Verkehrssicherungspflichten zusammen. Es hängt aber auch damit zusammen, dass so ein Baggerloch auch natürliche Gefahren mit sich bringt. Gebadet wird trotzdem. Leider kommt es zu Badeunfällen und sogar zu Todesfällen.

Diesen Spagat zwischen mehr als 30 Jahren Verbot und der gleichzeitig natürlich bestehenden Schwierigkeit, dessen Einhaltung überhaupt kontrollieren zu können - wir sprechen da ja von einem Areal von sieben Seen -, versuchen wir jetzt mit der heutigen Entscheidungsvorlage ein bisschen aufzulösen.

Wir danken zum einen dem Petenten. Die bereits erwähnten 6 000 Unterschriften haben das Thema erst ins Rollen gebracht. Daraus wurde die Bürgereingabe, und daraus wurde jetzt die Entscheidungsvorlage.

Die politischen Vertreter aller Fraktionen vor Ort haben das Thema auch schon viel länger bearbeitet. Dank geht da an die lieben Kollegen Ira Sommer und Thomas Welter von unserer Fraktion.

Wir danken natürlich auch der Verwaltung und speziell dem Sportamt, lieber Herr Voigtsberger, das innerhalb eines Jahres ein Gutachten gemacht hat und jetzt auch diese positive Entscheidungsvorlage erarbeitet hat.

Mit unserer heutigen Entscheidung machen wir ab April 2024 in zwei von sieben Seen an unbewachten Badestellen das Schwimmen offiziell möglich. Mit dem Strandbad Blackfoot Beach gibt es dann drei unterschiedliche Orte, an denen man im Bereich des Fühlinger Sees schwimmen kann. Sie sind auch so angeordnet, dass es eigentlich an jedem Zipfel Zugang für gesichertes Schwimmen oder für das offiziell geduldete Schwimmen gibt.

Für das Schwimmen in Köln ist das - ich wiederhole mich - ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Einen weiteren Schritt haben wir mit dem Beschluss zu TOP 10.13 gerade schon gemacht, indem wir das Lehrschwimmbecken in Rondorf noch mit zu der Vorlage dazugepackt haben. Heute ist also insgesamt ein guter Tag fürs Schwimmen.

Es wird auch noch einmal deutlich, dass wir weitere so gute Tage brauchen, um dann wirklich allen Kindern und allen Kölnerinnen und Kölnern die Möglichkeit zu geben, sicher zu schwimmen. Dafür werden wir als CDU weiterarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Bei und nach dem sogenannten Schwimmgipfel, zu dem ich im Sportausschuss vor ziemlich genau einem Jahr eingeladen habe, hat Ihre Verwaltung, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wirklich tolle und ganze Arbeit geleistet.

(Bernd Petelkau [CDU]: Hört! Hört!)

Jedes Amt, das etwas mit der Thematik zu tun hatte, war dabei. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren in einer konstruktiven Sitzung total kooperativ. Man hat gespürt, dass alle am Gelingen „Fühlinger See“ interessiert waren. Zusammen mit dem Dezernat und dem Sportamt ist es in den letzten Monaten gelungen, die Situation am Fühlinger See so herzurichten, dass dort in der nächsten Badesaison die gelebte Praxis in ordentliche Bahnen gelenkt wird. Hier geht mein ganz großer Dank auch speziell an den Dezernenten Voigtsberger sowie die Herren Timmer und Stommel mit ihrem Team im Sportamt.

So weit, so gut? Leider nein. Die Möglichkeit, dass Menschen in einem See schwimmen dürfen, bedeutet nämlich noch lange nicht, dass sie es auch können oder lernen dürfen.

Hier muss ich mich, auch wenn es Ihnen nicht gefallen wird, an diejenigen wenden, die seit über acht Jahren diese Stadt verantworten. Was haben Sie bloß auch im Sport mit dieser Stadt gemacht? Sie stellen ernsthaft Fragen zur Biodiversität auf Sportplätzen und ernten nur noch Hohn und Spott in der Vereinslandschaft.

(Beifall bei der SPD und der AfD)

Der FC wird verraten und hingehalten, der Sportentwicklungsplan ausgebremst. Sie blamieren als Ratsbündnis die Sportstadt Köln bis auf die Knochen. Aber dazu gleich mehr.

Zurück zum Schwimmen: Seitdem Sie 2015 die Verantwortung in dieser Stadt übernommen haben, sind ein paar einfache Fakten zu konstatieren. Die Mitgliederzahlen in Kölner Schwimmvereinen sind um 27 Prozent gestiegen. Die Bevölkerung ist insgesamt um gut 5 Prozent gewachsen. Hingegen hat sich die Wasserfläche pro Kopf in Ihrer Zeit um 30 Prozent reduziert.

Die Schulschwimmbäder sind seit Jahren in einem unverändert katastrophalen Zustand. Wie kann es sein, dass unter Ihrer Verantwortung immer noch vier von zehn Schulschwimmbädern dauerhaft geschlossen sind?

Über 3 000 Kinder müssen bei den Kölner Schwimmvereinen draußen bleiben und können bzw. dürfen nicht schwimmen lernen. Bei der DLRG warten zusätzlich noch einmal 1 000 Kinder auf diese Möglichkeit. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Die Dunkelziffer ist sicher noch schlimmer. Ohne private Anbieter, die sich aber nicht alle Eltern für ihre Kinder leisten können, sähe die Situation noch dramatischer aus.

Lieber Ralf Klemm und lieber Florian Weber, wenn ich die Äußerungen höre, man müsste mal, es wäre gut, wenn wir jetzt mal anfangen würden, oder das sei - Zitat - „ein kleiner Schritt“, muss ich, mit Verlaub, sagen: Das ist viel zu wenig. Auf was wollt ihr denn noch warten?

(Beifall bei der SPD)

Das, was hier vorgetragen wurde, ist ein echter Offenbarungseid. Die Tatsache, dass sich seit Jahren alles eher verschlimmert als verbessert, ist Ihre Verantwortung und wirklich skandalös. Es geht hier nämlich um mehr als nur um Sport. Ein Kind, das nicht schwimmen lernen kann, ist sein ganzes Leben lang hoch gefährdet, da später im Jugendalter oder gar als Erwachsener die Schwelle noch höher ist. Gerade in den Stadtteilen rund um den Fühlinger See steht es noch einmal dramatischer als im Rest von Köln ohnehin schon.

Hinzu kommen jetzt auch noch die Sportkürzungen auf Landesebene von CDU und Grünen. Der Stadtsportbund hat in seinem Brandbrief auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen.

Dieser Brief ist zugleich auch eine Abrechnung mit dem Bündnis auf Stadtebene. So schreibt der Stadtsportbund an den Ministerpräsidenten - Zitat -:

> Allerdings gibt es in Köln auch seit der letzten Kommunalwahl und der neuen Gestaltungsmehrheit durchaus unnötige Hürden für den Sport, die sich teilweise aus

- jetzt bitte gut zuhören -

> mangelnden Know-how, aus strukturell anderen Strategien und aus für uns unverständlichen programmatischen Ansätzen speisen. Die völlig überraschenden und kurzfristigen Budgetkürzungen in Köln werden dazu führen, dass wir Personal einsparen und Handlungsfelder aufgeben und reduzieren müssen.
>
> Nun kommt erschreckenderweise die Nachricht, dass das Land NRW, das sich

> gern Sportland nennt, eine 8-Prozent-Kürzung im Sport beabsichtigt. Das würde auch in Köln massive Auswirkungen haben und negative Entwicklungen in Köln beschleunigen und erweitern.

Anmerkung von mir: Ist es nicht bezeichnend, dass keinerlei Aufschrei oder Widerstand aus Ihren Reihen hier aus dem Rathaus nach Düsseldorf gedrungen ist?

Ich setze das Zitat des Stadtsportbundes fort:

> Die Kraft und die ökonomische Wirkung des Ehrenamtes im Sport zu unterschätzen, scheint mir systemisch zu sein bei den herrschenden Gestaltungsmehrheiten im Land und in der Millionenstadt Köln. Das ist auf keinen Fall hinnehmbar und schadet massiv.

Klarer kann eine Bewertung nicht ausfallen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen, CDU und Volt.

(Beifall bei der SPD)

Der Stadtsportbund dieser Stadt schreibt dem Ministerpräsidenten, dass Sie hier in Köln keine Ahnung haben und sogar systematisch und absichtlich gegen den Sport in Köln vorgehen.

(Bärbel Hölzing-Clasen [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema!)

Ich kenne ja mittlerweile Ihre Überempfindlichkeit, wenn wir als Opposition die bittere Wahrheit in unterschiedlichen Politikfeldern aussprechen. Aber dieses verheerende Zeugnis stellt Ihnen der Vertreter von 645 Kölner Sportvereinen mit ihren weit mehr als 300 000 Mitgliedern aus - Ehrenamtler, die jeden Tag mit Sport und den Menschen im Sport zu tun haben.

Im Sport nennt man das eine Klatsche. Da würde man, abgeschlagen auf einem Abstiegsplatz, neben dem Trainer und dem Management wahrscheinlich auch die komplette Mannschaft auswechseln. Oder für die wenigen Sport-Insider unter Ihnen: Das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt ist das Tasmania Berlin der Sportpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die armen Tasmanen. Das ist nicht gewürdigt worden, finde ich. - Meine Damen und Herren! Liebe Oberbürgermeisterin! Ich werde mich in meinem kurzen Statement auf den Fühlinger See konzentrieren

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und hier keine Schwimmdebatte führen.

Kleiner historischer Rückblick: In einem Buch der KölnBäder, das zum zehnten Jahrestag erschienen ist, gibt es ein Kapitel mit der Überschrift „Die Wohltat des Badens - auf dem Weg zu einer neuen Badekultur“. Dort wird die Geschichte des Badens in Köln dargestellt. Da werden einige historische Parallelen deutlich.

Die Badekultur in Köln hat sich nämlich in Badeschiffen am Rhein oder im Rhein, muss man ja sagen, entwickelt. Darüber ist die Badekultur für normale, einfache Menschen entstanden. Ich rede jetzt nicht über die reichen Römer und andere reiche Menschen, sondern über diese Badekultur.

Dann kam bei der Badekultur ein zweiter Schritt. Nachdem im Jahre 1911 im Rhein 100 Menschen ertrunken waren - das war quasi der Höhepunkt - , hat man umgesteuert und Schwimmbäder gebaut etc. pp.

Das Fatale an der Situation, die wir jetzt haben, ist Folgendes: Im Fühlinger See schwimmt man dann im Rheinwasser. Das ist ja das Interessante. Insofern gibt es da eine gewisse Parallele. Natürlich muss man davon ausgehen, dass auch das Schwimmen in See 1 und See 7, das wir jetzt ermöglichen, eine gewisse Gefährlichkeit hat. Das darf man bei dieser Debatte nicht vergessen.

Natürlich sagt man jetzt, dass das super ist. Ich freue mich auch darüber, dass wir das hingekriegt haben. Denn früher sind die Menschen ja auch dafür zum Rhein gekommen. Das war das wilde Baden. Mit dieser neuen Kultur, die sich da entwickelt, ist das jetzt das freie Baden.

Trotzdem ist unserer Fraktion wichtig, dass wir uns dann, wenn wir die Badekultur am Fühlinger See im Jahr 2024 hinter uns haben, in ungefähr einem Jahr noch einmal besinnen und schauen:

Wie war es denn jetzt? Ist das alles glatt gelaufen? - Das ist schon angemessen, glaube ich, wenn man diesen Versuch unternimmt, den wir unterstützen und auch super finden. Dann muss man aber schon bedächtig sein und genau gucken, was da stattgefunden hat.

Unser Dank geht also an alle Akteure, und wir hoffen, dass es super klappt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht?

(Ulrich Breite [FDP]: Wenn ich darf!)

- Ja, natürlich.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das waren für mich wirklich interessante Debattenbeiträge - wer das Thema schon ein bisschen länger bearbeitet, wer sich dafür und dagegen engagiert. Auch der ganze Dank freut mich.

Mich freut insbesondere das Know-how, das ich heute von den Sportpolitikern gehört habe. Da kann ich mich nur anschließen und muss hier auch nichts mehr hinzufügen. Das hat mir sehr gut gefallen. Weiter so! Wir werden noch viele Kämpfe gemeinsam führen.

Mir gefielen auch die Argumente von Ralf Klemm und Florian Weber, die ich auch sehr gut kenne, wie ihr wisst.

Sehr schön fand ich auch, dass von der SPD hier mal ein kämpferischer Ritt gemacht wurde. Oliver Seeck, denk aber immer an die Schließung des Rodenkirchener Bades. Damals hat die SPD nämlich den entsprechenden Antrag gestellt, und ich musste hier für das Bad kämpfen. Wie ich sehe, wird aber auch die SPD klüger. Die Situationsbeschreibung war schon richtig.

Trotzdem glaube ich, dass wir hier *eine* Sportfraktion bleiben müssen; denn nur gemeinsam werden wir es schaffen, hier etwas für das Schwimmen zu tun. Ich freue mich darüber, dass das jetzt beim Fühlinger See geklappt hat.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das Nippeser Bad hat es in dieser Auseinandersetzung aber gekostet! Das darfst du auch nicht vergessen!)

- Bitte? - Herr Weisenstein hat gesagt - ich wiederhole das für die Zuschauer im Stream noch einmal -, dass wir damals das Nippeser Bad geschlossen haben. Er hat nur vergessen, etwas zu erwähnen. Wir haben dafür nämlich ein neues Bad gebaut, das es vorher nicht gab, und zwar das Agrippabad - das hätte Herr Weisenstein auch sagen sollen -, das hervorragend angenommen wird.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Lentpark!)

- Entschuldigung, das Lentpark-Bad. Er hat mich jetzt so verwirrt. Das Lentpark-Bad haben wir nämlich auch noch. Ich war bei der Eröffnung des Agrippabades nach der Renovierung dabei. Aber das Lentpark-Bad haben wir auch. Da gehen die Schulen und die Kinder jetzt sehr gerne hin. Auch DIE LINKE findet das Lentpark-Bad sicherlich ganz hervorragend. - Ich sehe gerade, dass DIE LINKE nickt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ach!)

Also können wir doch zufrieden sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von Volt das Wort gewünscht? - Nein. Dann spricht jetzt Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Viel Wichtiges ist gesagt worden. Ich war ja selbst bei der Debatte in Chorweiler dabei. Wir waren uns auch ziemlich einig, dass wir mehr, ich nenne es einmal, Wasserraum brauchen, um dann auch den Kindern und Jugendlichen das Schwimmen näherzubringen.

Da gebe ich Herrn Seeck eingeschränkt recht - wie gesagt, eingeschränkt. Natürlich hat das Bündnis versagt und hätte noch viel mehr machen können. Aber Sie haben, Herr Seeck, in den von Ihnen angesprochenen acht Jahren Opposition auch nichts anderes hervorgebracht. Als

potenzieller Einwechselspieler sind Sie also wohl auch nicht zu gebrauchen, wenn Sie es nicht geschafft haben, Akzente zu setzen und eine Trendwende herbeizuführen. Das wollte ich noch einmal betonen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, und zwar so, wie die Vorlage lautet. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einrichtung von zwei unbewachten Badestellen (See 1 und See 7) am Fühlinger See ab der Badesaison 2024 (01.05. – 30.09.) und beauftragt die Verwaltung, eine geänderte Satzung der Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen für die herzustellende Infrastruktur in 2023 27.550,00 € und ab 2024 für den Betrieb 28.000,00 € p.a..

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Weiterentwicklung der Richtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“: Fortführung als drei eigenständige Förderprogramme
0944/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt im Rahmen der Weiterentwicklung der Strategie „Klimaneutrales Köln“, die Teilprogramme des Förderprogramms „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – klimafreundliches Wohnen“ als eigenständige Förderprogramme fortzuführen:*

   a. *Gebäudesanierung – klimafreundliches Wohnen*

   b. *Photovoltaik – klimafreundliches Wohnen*

   c. *Photovoltaik – klimafreundliches Arbeiten*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit einer kontinuierlichen Fortschreibung und Weiterentwicklung der Förderrichtlinien, bei der auch weitere Fördermaßnahmen aufgenommen werden, um zum Ausbau des klimaneutralen Gebäudebestands sowie der klimaneutralen Energieerzeugung im Kölner Stadtgebiet beizutragen.*

3. *Der Rat beauftragt die Verwaltung Änderungen rechtlicher Aspekte oder technischer Anforderungen ohne weiteren Ratsbeschluss in die Förderrichtlinien zu übernehmen. Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün und der Rat werden im Rahmen einer Mitteilung entsprechend informiert.*

4. *Die Mittel stehen im Haushaltsplan 2023/2024, im Teilfinanzplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen, bei der Finanzstelle 5704-1401-0-AZ03, „ARAP-Investitionsprogramm Klimaschutz“, in Höhe von 20.000.000 € p.a. zur Verfügung. Das Programm ist bis Ende 2025 befristet. Es bleibt dann abzuwarten, wie sich die Förderkulisse in den kommenden Jahren durch weitere Fördermittel der EU, des Bundes oder des Landes entwickeln wird. Darüber hinaus ist derzeit offen, wann das Gebäudeenergiegesetzes beschlossen wird. Die zur Maßnahmenfinanzierung ab dem Haushalt 2025 ff. gegebenenfalls benötigten zusätzlichen Aufwandsermächtigungen, werden vom Dezernat für Klima, Umwelt, Grün und Liegenschaften, im Zuge des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025, innerhalb des dann zugewiesenen Budgets, vorgesehen.*

   Die Fördermittel sind mit einer Gegenleistungsverpflichtung von 25 Jahren verbunden.

Im Haushaltsplan 2023/2024 wurden im Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, Produktgruppe 1401 Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen für die Jahre 2023, 2024 und 2025, für das Förderprogramm Investitionsprogramm Klimaschutz 2.000.000 € p.a. zur „Auflösung der Gegenleistungsverpflichtung" berücksichtigt. Zum Stand 8. Mai 2023 wurden Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 1.775.705 € (2022 und 2023) ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Beschleunigungspaket weiterführende Schulen - Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 125, der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3 und der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15 durch General- oder Totalunternehmen - Planungs- und Baubeschluss
1196/2023

Hier geht es um drei verschiedene Schulbauprojekte, die dem Beschleunigungspaket weiterführende Schulen zuzuordnen sind.

In der Bezirksvertretung Kalk wurde diese Vorlage zurückgestellt. Daher können wir heute nicht abschließend über alle drei Schulen entscheiden. Im Hinblick auf die Kaiserin-Theophanu-Schule, das Gymnasium Kantstraße, können wir nur unter Vorbehalt beschließen, weil das noch einmal in die Bezirksvertretung gehen muss und ich auch großen Wert darauf lege, dass wir die Bezirksvertretung ernst nehmen und ihr nicht das Anhörungsrecht abschneiden.

Sollte die Bezirksvertretung bei ihrer erneuten Befassung der Vorlage in diesem Punkt nicht ungeändert zustimmen, wird die Vorlage nur mit Blick auf diese Schule im Oktober 2023 noch einmal im Rat behandelt.

Deswegen schlage ich vor - wenn es keine Wortmeldungen gibt -, dass wir getrennt über die Maßnahmen abstimmen, und zwar in der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Zunächst lasse ich über die Maßnahmen Gesamtschule Holweide und Heinrich-Böll-Gesamtschule abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Jetzt stimmen wir - unter Vorbehalt, wie ich das eben gesagt habe - über die Maßnahme Kaiserin-Theophanu-Schule ab, ebenfalls in der Fassung Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Gibt es bei dieser Abstimmung unter Vorbehalt Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über die Maßnahmen Gesamtschule Holweide und Heinrich-Böll-Gesamtschule

Beschluss in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 28.08.2023:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die Generalsanierung beziehungsweise den Neubau der Gebäude der

- Gesamtschule Holweide Burgwiesenstraße 125, 51067 Köln und

- Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15, 50765 Köln

durch Totalunternehmen planen und errichten beziehungsweise durch Generalunternehmen errichten zu lassen.

Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahmen liegt bei rund 691 Mio. Euro brutto.

Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 10 % auf den Kostenorientierungswert.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung aus dem städtischen Haushalt erfolgt nach der Inbetriebnahme der Objekte über Mietzahlungen an die

Gebäudewirtschaft nach Maßgabe des für die jeweilige Schulform dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

1. *Die Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Vergleich Abriss/Neubau versus Sanierung wird ergänzt um eine ökologische Betrachtung (z.B. graue Energie). Bevor es zu größeren Abrissarbeiten kommt, werden die Ergebnisse der Vergleiche dem Werksausschuss Gebäudewirtschaft vorgelegt.*

2. *Es soll zu keinen zeitlichen Verzögerungen kommen.*

3. *Beim Gymnasium Kantstr. wird der bisher angedachte Grünzug im Süden des Schulgeländes nicht dauerhaft bebaut. Für Interimsschulbaulösungen sind bereits versiegelte Flächen, wie z.B. an der Wiersbergstraße oder Lehrer-Parkplatzflächen vorrangig in Betracht zu ziehen.*

4. *Es darf bei keiner der zuvor genannten Maßnahmen zu zeitlichen Verzögerungen kommen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Abstimmung über die Maßnahme Kaiserin-Theophanu-Schule

Beschluss unter Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksvertretung 8 (Kalk) in der Fassung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft vom 28.08.2023:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die Generalsanierung beziehungsweise den Neubau der Gebäude der

- - Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3, 51103 Köln und

durch Totalunternehmen planen und errichten beziehungsweise durch Generalunternehmen errichten zu lassen.

Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahmen liegt bei rund 691 Mio. Euro brutto.

Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 10 % auf den Kostenorientierungswert.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung aus dem städtischen Haushalt erfolgt nach der Inbetriebnahme der Objekte über Mietzahlungen an die Gebäudewirtschaft nach Maßgabe des für die jeweilige Schulform dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

1. *Die Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Vergleich Abriss/Neubau versus Sanierung wird ergänzt um eine ökologische Betrachtung (z.B. graue Energie). Bevor es zu größeren Abrissarbeiten kommt, werden die Ergebnisse der Vergleiche dem Werksausschuss Gebäudewirtschaft vorgelegt.*

2. *Es soll zu keinen zeitlichen Verzögerungen kommen.*

3. *Beim Gymnasium Kantstr. wird der bisher angedachte Grünzug im Süden des Schulgeländes nicht dauerhaft bebaut. Für Interimsschulbaulösungen sind bereits versiegelte Flächen, wie z.B. an der Wiersbergstraße oder Lehrer-Parkplatzflächen vorrangig in Betracht zu ziehen.*

4. *Es darf bei keiner der zuvor genannten Maßnahmen zu zeitlichen Verzögerungen kommen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Vorbehaltsbeschluss zur Maßnahme Kaiserin-Theophanu-Schule wegen der Zurückstellung der Vorlage in der Bezirksvertretung 8 (Kalk) am 24.08.2023.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Stadt Köln zum 31.12.2020

2636/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Ich bin mir nicht sicher, ob jedem hier im Saal die inhaltliche Brisanz dieser Vorlage bewusst ist. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass die Stadtkämmerin jetzt nicht da ist.

Gelegentlich scheint es in Verbindung mit dieser Stadt ja auch gute Nachrichten zu geben. Der Jahresabschluss 2020 ist vordergründig - ich sage bewusst: vordergründig - so eine. Seit dem Jahr 2009 gab es nur ein einziges Jahr, nämlich das Jahr 2016, in dem diese Stadt ein positives Jahresergebnis erreicht hat. Mit dem Jahre 2020 ist das nun zum zweiten Mal passiert.

Meine Damen und Herren, ist dies ein Grund zur Zufriedenheit, gar für Jubel? Leider nein. Die Wahrheit ist nämlich: Dieses positive Ergebnis verdanken wir einer Reihe von Sondereffekten, als da wären:

- erhebliche finanzielle Hilfen von Land und Bund in Zusammenhang mit Corona,
- deutlich höhere Schadenersatzzahlungen aus dem Archiveinsturz, als das seinerzeit kalkuliert war,
- Absage von städtischen und kulturellen Veranstaltungen aufgrund von Corona und schließlich
- verzögerte Personalrekrutierung und Verschiebung von Instandhaltungsmaßnahmen; gerade diese beiden Punkte sind ja auch kein Ruhmesblatt.

Kurzum: Das positive Ergebnis 2020 ist nicht Ausdruck längst überfälliger Konsolidierungs- und Sanierungsanstrengungen hier in dieser Stadt, sondern es ist das, ja, lassen Sie mich sagen, Zahlen gewordene „Et hätt noch immer jot jejange“.

(Beifall bei der AfD)

Anders formuliert: Der Jahresabschluss 2020 wurde nicht erreicht, sondern er ist passiert, einfach so.

Darüber hinaus stellt das Rechnungsprüfungsamt - ich kann wirklich nur die Lektüre seines Berichtes empfehlen - unserer Verwaltung, zurückhaltend formuliert, kein gutes Zeugnis aus. Belege:

- Verletzung des Vieraugenprinzips. Bei einer Stichprobe von 89 Belegen wurde in 40 Belegen das Vieraugenprinzip durchbrochen. Das sind 45 Prozent der Fälle.
- Fehlbuchungen: In weiteren sechs Fällen wurden Aufwands- und Ertragskonten gegeneinander gebucht. Allein diese sechs Fälle aus der Stichprobe machen ein Volumen von 2,3 Millionen Euro aus.
- jede Menge fehlende Belege: 25 Prozent der Buchungen ohne Beleg
- keine Aktualisierung seit 2015
- Die von der Kämmerei festgelegten Wertgrenzen zur Ermittlung von Abschreibungsgrenzen wurden nicht geprüft.
- fehlende Rückmeldungen: Es gelang nicht, Positionen in Höhe von 100 Millionen Euro in unserer Bilanz auf Werthaltigkeit zu prüfen.

Das Rechnungsprüfungsamt schreibt uns dazu - ich zitiere mit freundlicher Genehmigung von Herrn Jülich -:

> In mehreren Teilbereichen der Prüfung war es der Verwaltung, trotz intensiver Bemühungen der Kämmerei, nicht möglich, dem Rechnungsprüfungsamt im Prüfungszeitraum notwendige Nachweise und Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Die Buchführung der Stadt Köln ist in Teilen und das System der Belegablage in Gänze nicht geeignet, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage der Stadt Köln vermitteln kann.

Das hat unser Rechnungsprüfungsamt wirklich schön formuliert.

Wenn wir das jetzt einmal in Schulnoten übersetzen würden, meine Damen und Herren, sind wir uns, glaube ich, einig: Diese Zustandsbeschreibung ist weder befriedigend, noch ist sie ausreichend.

Noch ein Letztes: Wir verabschieden im September 2023 den Jahresabschluss von vor drei

Jahren, von 2020. Das heißt: Unser Rechnungswesen und unsere Buchführung in dieser Stadt sind 15 Jahre nach Einführung des NKF nicht nur schlecht, wie das Rechnungsprüfungsamt uns hier bescheinigt, sondern auch sehr, sehr langsam.

Weltweit operierende Großkonzerne, die deutlich komplexere Strukturen haben, als es die Stadt Köln hat, legen einen Fast Close hin, also einen Jahresabschluss binnen weniger Wochen.

Meine Damen und Herren, wir müssen hier in Köln gar nicht auf irgendwelche weit entfernten Weltkonzerne blicken. Es reicht komplett der Blick 35 Kilometer nach Norden auf die Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort hat die Verwaltung der Stadt Düsseldorf im Mai dieses Jahres den Abschluss für das letzte Jahr, also für 2022, dem Rat vorgelegt. Sie sehen: Es geht.

Die vorliegende Beschlussvorlage bestätigt meine Fraktion in ihrer mehrfach geäußerten Einschätzung: Diese Stadt ist ein Sanierungsfall, ihre Verwaltung in etlichen Bereichen dysfunktional. Jüngstes Beispiel sind ja die Vorgänge hier im Ordnungsamt rund um Security und Karneval.

Die Vorlage fordert ganz richtigerweise die Abstellung dieser eklatanten Mängel. Deshalb werden wir als AfD-Fraktion die Beschlussvorlage mittragen. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, normalerweise diskutieren wir hier nicht über den Jahresabschluss. Das ist normales Geschäft des Rechnungsprüfungsausschusses.

Ich finde es ausgesprochen schade, dass sich die Fraktion der AfD an der Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss nicht beteiligt hat. Es war niemand von Ihren Kollegen da.

(Vereinzelt Beifall)

Das sind sachliche Diskussionen, die wir dort haben.

Bei den Prüfungen, die jedes Jahr stattfinden, wird man immer etwas finden. Sie hätten auch aus dem Jahre 2019 zitieren können. Es gibt immer Sachen.

Sie von der AfD haben aber das Ganze nicht verstanden. Denn wir haben noch ein viel größeres Problem. Wir haben nämlich das Problem, dass wir keinen vollständig testierten Jahresabschluss haben. Das hängt damit zusammen, dass wir keine Eröffnungsbilanz haben. Das ist unser eigentliches Problem.

Insofern bringt uns flache Kritik da auch nicht weiter. Es wäre vernünftig, dass Ihr Vertreter auch zu den Sitzungen kommt. Dann kann man das sachlich im Ausschuss diskutieren. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher würde ich jetzt gerne über die Vorlage abstimmen lassen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

- *Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte und durch den Rechnungsprüfungsausschuss bestätigte Jahresabschluss der Stadt Köln zum 31.12.2020 wird festgestellt.*
- *Der Oberbürgermeisterin wird die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 GO erteilt.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen, um die im Prüfbericht beschriebenen Mängel abzustellen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr sowie Freigabe von investiven

Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Knotenpunkten
0515/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung für den Knoten Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße die Ausführungsplanung zu erstellen und den Ausbau mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 2.200.000 € (davon rd. 43.000 € konsumtive Beleuchtungskosten) durchzuführen.*

   Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Nippes uneingeschränkt zustimmt.

2. *Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 50.000 € für die Umgestaltung der Kreuzung Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße zu einem Kreisverkehr im Teilfinanzplan des Amtes für Straßen und Radwegebau in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze in der Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6600, Umbau von signalisierten Knotenpunkten.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Verwendung des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2020
2421/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Vorbehaltlich des zuvor festgestellten Jahresabschlusses 2020 beschließt der Rat gemäß § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW den bereinigten Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 232.930.737,55 EUR anteilig in Höhe von 160.114.026,77 EUR der Allgemeinen Rücklage und 72.816.710,78 EUR der Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Tagesordnungspunkt

11.1 230. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 6, Köln-Chorweiler; Arbeitstitel: „Volkhovener Straße“ in Köln-Esch/Auweiler
hier: Feststellungsbeschluss
1668/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 230. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) mit dem Arbeitstitel "Volkhovener Straße“ in Köln-Esch/ Auweiler eingegangenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 5 und 6.*

2. *stellt die 230. Änderung des FNPs mit dem Arbeitstitel "Volkhovener Straße“ in Köln-Esch/ Auweiler mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

11.2 228. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen; Arbeitstitel: „Integrative Quartiersentwicklung am Kalscheurer Weg“ in Köln-Zollstock
hier: Feststellungsbeschluss
1622/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 228. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel „Integrative Quartiersentwicklung am Kalscheurer Weg" in Köln-Zollstock eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5.1, 5.2, 6.1 und 6.2;*

2. *stellt die 228. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel „Integrative Quartiersentwicklung am Kalscheurer Weg" in Köln-Zollstock mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage 4 beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

11.3 227. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Deutz; Arbeitstitel: „Deutzer Hafen“ in Köln-Deutz
1389/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt über die während der frühzeitigen Beteiligung und der Offenlage zur 227. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel "Deutzer Hafen“ in Köln-Deutz“ eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 5.1, 5.2, 6.1 und 6.2;*

2. *stellt die 227. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Arbeitstitel "Deutzer Hafen in Köln-Deutz mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch beigefügten Begründung fest.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 22. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
2169/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 22. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der beigefügten Fassung (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hahnenstraße im Abschnitt von Haus Nr. 32 einschließlich bis Uhuweg (östliche Einmündung) in Köln-Rondorf
2211/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Hahnenstraße im Abschnitt von Haus Nr. 32 einschließlich bis Uhuweg (östliche Einmündung) in Köln-Rondorf in der als Anlage 5 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier ev. Kirchenverband Köln und Region sowie Computerprojekt Köln e. V.
2310/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat wählt als Nachfolgerin von Malou Weiße Frau Laura Eichler gemäß § 5 Abs.3 AG-KJHG NRW und § 4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied für den Träger „Computerprojekt Köln e.V." in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.*

2. *Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Herr Daniel Drewes gemäß §5 I Nr.7 AG-KJHG NRW als beratendes Pflichtmitglied für den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region bestellt wird.*

3. *Das bisherige Mitglied Frau Ulrike van Lengerich gibt ihre Funktion im Jugendhilfeausschuss auf.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Umbesetzung Ausschüsse/Sachkundige Einwohner:innen"
AN/1585/2023

*B*Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

eschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt folgende Personen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner der jeweils benannten Ausschüsse:

Name des Ausschusses	*ALT*	*NEU*
Ausschuss Klima, Umwelt und Grün	*Caroline Michel*	*Christiane Lawrenz*
Bauausschuss	*Steffen Böning*	*RM Michael Hock*
Digitalisierungsausschuss	*Christian Schwarz*	*Patrick Pielsticker*
Rechnungsprüfungsausschuss	*Tom Geffe*	*RM Michael Hock*
Verkehrsausschuss	*Karina Syndicus*	*RM Birgit Beate Dickas*

UA Regionale Zusammenarbeit	*Marcel Hövelmann*	*Janja Mihaljevic*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in im Liegenschaftsausschuss“ AN/1595/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Liegenschaftsausschusses:

Isabell Ullrich (Sachkundige Einwohnerin) anstelle von Petra Wersch.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Nachbesetzung Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales“ AN/1601/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales:

Aline Raab-Damaske (Sachkundige Einwohnerin) anstelle von Karin Preugschat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Gebrüder Coblenz Stift e. V.: Entsendung in den Beirat“ AN/1603/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet Elfi Scho-Antwerpes anstelle von Michael Paetzold als Mitglied in den Beirat des Gebrüder Coblenz Stift e.V.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Änderung von Mitgliedern im Umlegungsausschuss“ AN/1353/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Pascal Pütz anstelle von Frau Teresa De Bellis-Olinger als Mitglied in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln.

Der Rat wählt Frau Monika Ross-Belkner anstelle von Herrn Pascal Pütz als stellvertretendes Mitglied in den Umlegungsausschuss der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Entsendung in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK)“ AN/1613/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln empfiehlt dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Köln GmbH, künftig Alexander Recht statt bisher Marcela Cano in den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss“ AN/1612/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss:

Im Jugendhilfeausschuss ersetzt zukünftig Michael Hartmann als Sachkundiger Einwohner das bisherige Mitglied mit beratender Stimme Heiner Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck als bisheriger Stellvertreter des Sachkundigen Bürgers Attila Gümüs wird ersetzt durch Michael Hartmann als neuen Stellvertreter des Sachkundigen Bürgers Attila Gümüs.

Dr. Carolin Butterwegge als bisherige Stellvertreterin des Mitglieds mit beratender Stimme Heiner Kockerbeck wird Stellvertreterin des neuen Sachkundigen Einwohners Michael Hartmann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Entsendung in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH“ AN/1614/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln entsendet in den Aufsichtsrat der moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH künftig Dr. Günter Bell statt bisher Alexander Recht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Umbesetzung von Ausschüssen“ AN/1611/2023

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Umbesetzung folgender Gremien:

1. *Im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe und Internationales ersetzt zukünftig Dirk Hansen als Sachkundiger Einwohner die bisherige Sachkundige Einwohnerin Efsun Kisilay.*
2. *Im Unterausschuss Wohnen ersetzt zukünftig Hannelore Hildebrandt als Sachkundige*

Einwohnerin die bisherige Sachkundige Einwohnerin Angelika Link-Wilden.

3. *Im Verkehrsausschuss ersetzt zukünftig Albert Meinhardt als Sachkundiger Bürger das bisherige Ratsmitglied Güldane Tokyürek.*

4. *Im Stadtentwicklungsausschuss ersetzt zukünftig Lothar Müller als Sachkundiger Einwohner die bisherige Sachkundige Einwohnerin Marcela Cano.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag von RM Syndicus (GUT Köln) betreffend „Benennungen und Umbesetzungen von sachkundigen Einwohner:innen und beratenden Mitglieder“ AN/1604/2023

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1.Der Rat entsendet folgende Personen als sachkundige Einwohner:innen

Ausschuss für Klima und Umwelt: Caroline Michel

Unterausschuss regionale Zusammenarbeit: Christian Schwarz

2. der Rat beschließt eine Umbesetzung in folgenden Ausschüssen

Rechnungsprüfungsausschuss

Steffen Böning anstelle von Peter Jüde

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag von RM Syndicus betreffend „Benennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme“ AN/1605/2023

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss

Der Rat entsendet RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme in folgende Ausschüsse

Digitalisierungsausschuss

Ausschuss für Klima und Umwelt

Verkehrsausschuss

Stadtentwicklungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun komme ich zu:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

18.1 Offene Ganztagsschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2023/2024 4225/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

1. *Der Hauptausschuss nimmt den ermittelten Bedarf von 34.600 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2023/2024 zur Kenntnis.*

3. *Er beauftragt die Verwaltung, bis zum Schuljahr 2025/2026 einen weiteren Ausbau der OGS-Platzzahlen bis zu einer Gesamtzahl von 37.000 OGS-Plätzen entsprechend der jeweiligen Bedarfslage und vorbehaltlich der*

Gewährung der Landeszuschüsse vorzunehmen.

4. *Der Hauptausschuss beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Einführung des Offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der Katholischen Grundschule am Standort Freiligrathstr. 35, 50935 Köln, zum Schuljahr 2023/2024. Die Schulkonferenz hat sich für die Einführung des offenen Ganztages ausgesprochen.*

5. *Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, weiterhin jährlich eine Bedarfsanalyse durchzuführen und den Fachausschüssen das Ergebnis bekanntzugeben.*

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW vorstehende Eilentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord 0502/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen einer Eilentscheidung gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW,

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf 67453/23 für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marspfortengasse und Sporergasse in Köln-Altstadt/Nord. —Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 2 bis 6;*

2. *den Bebauungsplan Nr. 67453/23 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung in Anlage 12.*

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW vorstehende Eilentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 20.44 Uhr)

28. Sitzung vom 26. Oktober 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, Die FRAKTION, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Schließung der Druckerei des Verlages M. DuMont Schauberg"

AN/1888/2023

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Nachtrag zur Schenkung aus der Sammlung von Kasper König an das Museum Ludwig

3105/2023

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend "Gaskugelbehälter Maarweg langfristig erhalten"

AN/1829/2023

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klima-Bonus-App – Klimafreundliches Verhalten verstärken und ausbauen"

AN/1827/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

AN/1894/2023

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Mängel auf der Zoobrücke schleunigst beheben"

AN/1819/2023

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Dä malade Melode, oder es lebe die Kultur"

AN/1817/2023

3.1.5 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Stadt Köln kündigt X-(Twitter)-Konten"

AN/1828/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1877/2023

3.1.6 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Verlängerung der Möglichkeit für erweiterte Außengastronomieflächen"

AN/1732/2023

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sofortprogramm: Jetzt bezahlbaren Wohnraum schaffen - Sozialpolitische Katastrophe abwenden!"

AN/1832/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1891/2023

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Stadtweite Einbürgerungsfeiern"

AN/1690/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT

AN/1901/2023

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Solidarität mit Israel und Tel Aviv-Yafo"

AN/1822/2023

3.1.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Neugestaltung Sicherheitskonzept 11.11.2023 - Stadt absperren (außer Hahnwald)!"

AN/1818/2023

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Keine weiteren Flüchtlingscontainer am Fühlinger See"

AN/1824/2023

3.1.12 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralität der Oberbürgermeisterin Reker"

AN/1825/2023

3.1.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen!"

AN/1893/2023

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Was ist aus dem Maßnahmenpaket und dem Arbeitskreis „Domumgebung“ von 2007 geworden?"

AN/1376/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2908/2023

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die Rhein-Energie AG?"

AN/1549/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2842/2023

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kontrolle Schlagbaumsweg"

AN/1565/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2886/2023

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Teilnahme an Fraktionssitzung gem. der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen"

AN/1568/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023

2907/2023

4.5 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Klimafolgendarstellung in Beschlussvorlagen"

AN/1563/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023

2883/2023

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Wirtschaftsfaktor Großmarkt"

AN/1863/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023

3428/2023

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kontakte der Oberbürgermeisterin zu Kölner Bundestags- Landtagsabgeordneten"

AN/1864/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023

3425/2023

4.8 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Aberkennung von Ehrenbürgerwürde DuMont"

AN/1867/2023

Antwort der Verwaltung vom 25.10.2023

3399/2023

4.9 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Parkgebühren Carsharinganbieter "Miles""

AN/1868/2023

4.10 Anfrage der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Lastenradförderung 2023"

AN/1872/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Abwassergebührensatzung 2024

2662/2023

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024

3223/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. 72, 72a, 51143 Köln-Zündorf

1635/2023

7.3 Überplanmäßiger Aufwand für Leistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, TP 0606 im Jahr 2023

3387/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste für das Haushaltsjahr 2023

2752/2023

8.2 Genehmigung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Teilplan des Wohnungsamtes in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Haushaltsjahr 2023

2717/2023

8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Verkehrsmanagement in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2022

2340/2023

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neubau für die Grundschule Antwerpener Straße19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord - Baubeschluss

0981/2023

10.2 Konzept "Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse"

1060/2023

10.3 Neugestaltung und Erweiterung des Spielplatzes Xantener Straße/Johannes-Giesberts-Park in Köln-Nippes

1215/2023

10.4 Beschleunigungspaket weiterführende Schulen - Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 125, der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3 und der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15 durch General- oder Totalunternehmen - Planungs- und Baubeschluss (Beschlussfassung nur zur Kaiserin-Theophanu-Schule)

1196/2023

10.5 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inkl. Brandschutzsanierung, Bahnsteiganhebung und erforderlicher technischer Aufrüstung

1337/2023

10.6 Bedarfsfeststellung für drei Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe/Grundschule Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang, Fortuinweg (für Grundschule Gutnickstr.) in Köln-Roggendorf und Bolligstr. (für KGS und GGS An den Kaulen) in Köln-Worringen

1978/2023

10.7 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung von Einsatzbekleidung für die Technische Hilfeleistung und Vegetationsbrandbekämpfung für die Feuerwehr Köln sowie Abschluss eines vierjährigen Rahmenvertrages

2001/2023

10.8 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Verfahren zur Weiterentwicklung

2214/2023

10.9 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke - hier: Schienenersatzkonzept für den Zeitraum der Stadtbahnsperrung in 2024 (Bauphase IIb)

2350/2023

10.10 Förderung von Familiengrundschulzentren durch das Ministerium für Schule und Bildung

2467/2023

10.11 Zuschuss Förderverein Römische Stadtmauer Köln e. V. und Freigabe Maßnahmen für die Sanierung und Erhaltung von Denkmälern inklusive geerbte Denkmäler

2566/2023

10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Internationalen Verband für öffentliches Verkehrswesen (UITP)

2594/2023

10.13 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier Erlass eines Monatsbetrags zum Ausgleich energiekrisenbedingter Kostensteigerungen

2832/2023

10.14 Deutschlandticket Schule für Schülerinnen und Schüler an Weiterführenden Schulen der Stadt Köln

2860/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1873/2023

Änderungsantrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT

AN/1899/2023

10.15 Modernes Köln GmbH; Liquidation

2806/2023

zurückgestellt

10.16 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2024

2664/2023

10.17 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung hier: Wirtschaftsplan 2024

3148/2023

10.18 Sachstand Cash Pool und Einbindung des Treuhandkontos des Treuhandvermögens der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen in den Cash Pool

3017/2023

10.19 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln

3135/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)

AN/1878/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion

AN/1889/2023

10.20 Sanierung des Funkturms Colonius

2303/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

AN/1902/2023

10.21 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Neubaus oder des Umbaus und ggfls. der Erweiterung eines Bestandsgebäudes für ein 4/6 zügiges Gymnasium (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Neustadt-Nord

1382/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02, Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" in Köln Deutz

1872/2023

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 59569/05 - Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven

2096/2023

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

2195/2023

17 Gremienbesetzungen

17.1 Benennungen von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln

2671/2023

17.2 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte hier: Ernennung von Mitgliedern des Beirates Porz Mitte

2778/2023

17.3 Wechsel eines stellvertretenden beratenden JHA-Mitglieds, hier: Kölner Spielewerkstatt e.V.

2863/2023

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung Stadtentwicklungsausschuss"

AN/1849/2023

17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung"

AN/1887/2023

17.6 Antrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Umbenennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme und Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für RM Feuser als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Absatz 1"

AN/1890/2023

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wirtschaftsausschuss – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"

AN/1896/2023

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Umbesetzung Gremien / Sachkundige Einwohner"

AN/1898/2023

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

18.1 Gesamtschulgebäude Lindenthal/Ehrenfeld Wasseramselweg - Erweiterung der Photovoltaikanlage

2512/2023/1

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Erkelenz, Martin; Feuser, Inga; Frebel, Polina; Froh, Manuel; Gärtner, Ursula; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis-Arend, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Karaman, Malik; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Niknamtavin, Sarah; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Roß-Belkner, Monika; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Unna, Ralf, Dr.; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister; Werner, Thomas, 2. stellv. Bezirksbürgermeister

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; Haaks, Stefanie; von Lepel, Timo; Vogel, Alexander;

Schriftführung

Eurich, Annika;

Stenografen

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Glashagen, Jennifer; Steinmann, Lisa; Welter, Thomas;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia, Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Feicht, Andreas

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 23.45 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich würde gerne die heutige Ratssitzung eröffnen.

Liebe Anwesende! Ich eröffne die 28. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße alle unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders die anwesenden Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften. Sie werden im November am Tag der Jugend hier im Rathaus selbst eine Ratssitzung durchführen und werden heute schon einmal sehen, wie das in der Realität abläuft. Ich wiederum werde sehen, was sie daraus machen, wenn sie hier im Rathaus sind.

Auch ein ganz besonders herzliches Willkommen an die Bürgermeisterin aus unserer Klimapartnerstadt Yarinacocha in Peru, Frau Diaz und Herrn Escobar. Welcome to our international guests!

(Beifall)

Ich habe auch bekannte Gesichter gesehen und ich glaube, es sind darüber hinaus weitere Betriebsratsmitglieder des DuMont Druckzentrums hier - herzlich willkommen auch Ihnen.

(Beifall)

Ich begrüße zudem alle, die im Livestream zuschauen und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister; natürlich auch Sie alle, liebe Mitglieder des Rates.

Bevor wir heute in die eigentliche Sitzung des Rates einsteigen, bitte ich Sie, zunächst einmal innezuhalten. Der Angriff der Hamas und ihrer Verbündeten auf Israel hat viele Kölnerinnen und Kölner bis ins Mark getroffen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie Ratsmitglied Zimmermann haben mir heute eine gemeinsame Resolution übergeben.

Diese Resolution macht deutlich: Wir Kölnerinnen und Kölner stehen ganz fest an der Seite Israels. Die Zeit ist gekommen, zu der die Grundfeste der Bundesrepublik, das „Nie wieder!“ auf die Probe gestellt ist. Ich schließe mich der Resolution vollumfänglich an. Sie hat folgenden Wortlaut:

> Köln erklärt sich solidarisch mit Israel. Seit dem 7. Oktober greifen die Terroristen der Hamas den Staat Israel an. Viele Menschen, darunter Kinder und Familien, wurden ermordet, verletzt oder als Geiseln genommen.
>
> Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit Israel und verurteilen den menschenverachtenden Terrorangriff

der Hamas auf die israelische Bevölkerung. Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind bei den Angehörigen der Opfer und der Entführten - auch und besonders in unserer Partnerstadt Tel Aviv - sowie bei allen Menschen, die unschuldig unter diesem Krieg leiden.

Die israelischen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben - Israels Recht auf Selbstverteidigung gilt unangefochten, so wie auch das Existenzrecht des Staates Israel.

Wir sind uns unserer historisch begründeten, besonderen Verantwortung bewusst und verurteilen jede Gewalt gegen Israel. Dazu gehört auch, dass wir nicht akzeptieren, wenn Hass, Terror und Gewalt auf unseren Straßen verherrlicht und gefeiert werden. Israelfeindliche Demonstrationen und jede Form von Antisemitismus sind für uns unerträglich. Gegen antisemitische und israelfeindliche Straftaten müssen unsere Ermittlungsbehörden konsequent vorgehen. Wir werden alles dafür tun, jüdisches Leben in Europa, insbesondere in Deutschland und in Köln, zu schützen und zu fördern.

Ich bin sicher, dass diese Botschaft auch meinem Amtskollegen aus Tel Aviv, Oberbürgermeister Ron Huldai, mit dem ich in engem Austausch stehe, ein wertvolles Zeichen sein wird.

Für die Opfer des Terrors bitte ich Sie nun, sich für eine Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Vielen Dank.

Auch wenn es uns allen schwerfällt, jetzt zum Tagesgeschäft überzugehen, bitte ich Sie, mit mir in die Tagesordnung einzusteigen. Bevor wir fortfahren, möchte ich unser neues Ratsmitglied, Frau Inga Feuser, sehr herzlich bei uns im Rat begrüßen. Wir haben uns in der Bezirksvertretung Nippes in der vorigen Woche schon kennengelernt. Frau Gabriel hat ihr Mandat niedergelegt, und Frau Feuser wurde für die KLIMA FREUNDE als Nachfolgerin festgestellt.

Frau Feuser, ich möchte Sie direkt zu Beginn verpflichten und bitte Sie, dazu nach vorne zu mir zum Rednerpult zu kommen und die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Auch die Gäste und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Bezirksbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister.

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Liebe Frau Feuser, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlich willkommen!

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE]: Danke!)

(Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Meine Damen und Herren, ich habe Sie zudem darüber zu informieren, dass Frau Feuser und Frau Syndicus sich zur Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT zusammengeschlossen haben.

Jetzt kommen wir zu den weiteren Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Welter und Frau Glashagen. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Abé, Frau Sommer und Herrn Busch.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt und Die FRAKTION sowie die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Ratsmitglied Zimmermann haben am 25.10.2023 fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema „Schließung der Druckerei des Verlages M. DuMont Schauberg“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte darüber hinaus vor: Im öffentlichen Teil TOP 4.6 bis 4.10., TOP 7.3, TOP 8.3, TOP 10.19 bis 10.21, TOP 17.4 bis 17.8 und im nichtöffentlichen Teil eine allgemeine Vorlage unter TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte TOP 10.15.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Bitte sehr.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort, Frau Oberbürgermeisterin. Meine Damen und Herren, wir bitten die Verwaltung, den Dezernenten zu Punkt 10.20 noch einmal die Dringlichkeit zu erläutern. Er hat es in der Schnelle versucht. Bis auf die Streichung eines Teiles eines Satzes, was den Satz zu unschönem Deutsch macht, hätten wir uns gewünscht, dass die Vorlage seit der letzten Sitzung neu geschrieben worden wäre. Wir bitten darum, dass zumindest die Dringlichkeit begründet wird, damit wir verstehen, warum es so ist. - Vielen Dank!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So viel ich jetzt höre - ich kann das in der Schnelle der Zeit nicht nachlesen -, ist die Dringlichkeit in der Vorlage begründet.

(Philipp Busch [AfD]: Nein!)

In der Anlage zur Vorlage ist die Dringlichkeit begründet. Schauen Sie bitte noch mal nach.

Ich komme dann zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unserer Ansicht nach erübrigt sich der TOP 3.1.5. - „Stadt Köln kündigt die X- (Twitter)-Konten"; das muss natürlich vom Antragsteller kommen -, da sich das doch offensichtlich schon erledigt hat, oder? Herr Zimmermann?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antragsteller beabsichtigt, seinen Antrag aufrechtzuerhalten.

Ich komme jetzt zu dem Dringlichkeitsantrag. Die SPD-Fraktion hat heute zum Thema „Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen" einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.13. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? Gegenstimmen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir im öffentlichen Teil natürlich auch nur diese Dinge diskutieren, die in den öffentlichen Teil gehören.

Dann zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann können wir in die Tagesordnung einsteigen.

*Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder.*

Weiter begrüßt sie die Bürgermeisterin aus der Klimapartnerstadt Yarinacocha in Peru, Frau Katherin Rodriguez Diaz, und Herrn Rolando Escobar, den Vizepräsidenten des indigenen Verbandes FECONAU.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest die Oberbürgermeisterin die gemeinsame Resolution der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von Ratsmitglied Zimmermann zur Solidarität mit Israel.

Der Rat gedenkt in einer Schweigeminute der Opfer des Terrors.

<u>Vor Eintritt in die Tagesordnung</u>

I. Frau Oberbürgermeisterin Reker begrüßt und verpflichtet im Sinne des § 5 Absatz 1 der Hauptsatzung der Stadt Köln das neue Ratsmitglied Frau Inga Feuser

(Nachfolgerin von Frau Ngoc-Anh Gabriel, KLIMA FREUNDE). Sie teilt zudem mit, dass die Ratsmitglieder Frau Feuser und Frau Syndicus sich zur Gruppe „KLIMA FREUNDE & GUT“ zusammengeschlossen haben.

*II. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder (RM) Frau Abé, Frau Sommer und Herrn Busch vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

III. Es liegt ein fristgerecht eingegangener Antrag auf Durchführung einer Aktuelle Stunde vor.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION sowie die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Ratsmitglied Zimmermann (GUT Köln) haben am 25.10.2023 einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Schließung der Druckerei des Verlages M. DuMont Schauberg“ eingereicht, welcher unter TOP 1.1 behandelt wird.

IV. Frau Oberbürgermeisterin Reker nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Wirtschaftsfaktor Großmarkt"

AN/1863/2023

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kontakte der Oberbürgermeisterin zu Kölner Bundestags-Landtagsabgeordneten"

AN/1864/2023

4.8 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Aberkennung von Ehrenbürgerwürde DuMont"

AN/1867/2023

4.9 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Parkgebühren Carsharinganbieter "Miles""

AN/1868/2023

4.10 Anfrage der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Lastenradförderung 2023"

AN/1872/2023

7.3 Überplanmäßiger Aufwand für Leistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, TP 0606 im Jahr 2023
3387/2023

8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Verkehrsmanagement in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2022

2340/2023

10.19 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln

3135/2023

10.20 Sanierung des Funkturms Colonius
2303/2023

*10.21 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Neubaus oder des Umbaus und ggfls. der Erweiterung eines Bestandsgebäudes für ein 4/6 zügiges Gymnasium (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Neustadt-Nord*
1382/2023

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung Stadtentwicklungsausschuss"

AN/1849/2023

17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung"

AN/1887/2023

17.6 Antrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Umbenennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme und Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für RM Feuser als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Absatz 1"

AN/1890/2023

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wirtschaftsausschuss – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"

AN/1896/2023

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Umbesetzung Gremien / Sachkundige Einwohner"

AN/1898/2023

II. Nicht öffentlicher Teil

24.7 GEW Köln AG
3127/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.15 Modernes Köln GmbH; Liquidation
2806/2023

V. RM Busch bittet um Erläuterung der Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes

TOP 10.20
Sanierung des Funkturms Colonius
2303/2023

Die Dringlichkeit ist in der Anlage zur Vorlage erläutert.

VI. RM Büschges teilt mit, dass sich der Tagesordnungspunkt

TOP 3.1.5
Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Stadt Köln kündigt X-(Twitter)-Konten"
AN/1828/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1877/2023

aus Sicht der AfD erledigt habe.

Der Antragsteller beabsichtigt, den Antrag aufrechtzuerhalten.

VII. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema „Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen!“ vor (TOP 3.1.13).

Die Oberbürgermeisterin lässt über die Behandlung des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag auf die Tagesordnung aufgenommen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt, Die FRAKTION, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Schließung der Druckerei des Verlages M. DuMont Schauberg"
AN/1888/2023

Wir beginnen mit der Aktuellen Stunde, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von Herrn Ratsmitglied Zimmermann. Ich rufe zunächst auf: Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und ganz besonders liebe DuMont-Mitarbeiterinnen, die heute hier auf der Tribüne sind! Es ist erst ein Dreivierteljahr her, da hatten wir eine Aktuelle Stunde zu Entlassungen bei Ford.

Auch, wenn wir als Rat der Stadt Köln auf unternehmerische Entscheidungen in einer sich wandelnden Wirtschaft keinen Einfluss haben, ist es für uns selbstverständlich, Solidarität zu zeigen und dafür einzustehen, dass mit den Betroffenen fair umgegangen wird.

(Beifall)

Wir erklären uns heute solidarisch mit über 200 Menschen, die in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von einem der ältesten deutschen Medienhäuser vom Hof gejagt wurden. Als die Mitarbeiterinnen der DuMont-Druckerei am 4. Oktober wie gewohnt ihren Dienst antreten wollten, fanden sie ihre Arbeitsplätze leergeräumt. Druckerplatten, Beilagen, Papierrollen - alles war bereits nach Koblenz geschafft, wo zukünftig *Kölner Stadt-Anzeiger*, *Kölnische Rundschau* und *Express* produziert werden. Ohne jede Vorwarnung und auch ohne die vorgeschriebene Beteiligung des Betriebsrats erfuhren die zum großen Teil älteren Mitarbeiterinnen dann kurz darauf in einer Betriebsversammlung, dass sie gefeuert sind und das Gelände sofort verlassen müssen. Geht es noch schlimmer? Dieses Vorgehen, meine Damen und Herren, erinnert an tiefsten Manchesterkapitalismus. So geht man nicht mit Menschen um.

(Beifall)

Dumont - und ich bitte Sie, jetzt gut zuzuhören - schreibt auf seiner eigenen Webseite Folgendes:

> Wir achten auf die individuellen und kollektiven Rechte unserer Mitarbeiterinnen und fördern unternehmerische, betriebliche, soziale und gesellschaftliche Werte, die wir stetig weiterentwickeln und verteidigen. Unsere Unternehmenskultur basiert auf gegenseitiger Wertschätzung, Vertrauen, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit, Einhaltung von Regeln, Ehrlichkeit und Integrität, die wir als selbstverständlich ansehen und aktiv leben.

Nein! Das, was im Hause DuMont in den letzten Wochen gelebt wurde, war das Gegenteil davon. Das war eben gerade nicht Wertschätzung, Vertrauen und Zuverlässigkeit.

(Beifall)

Ich kann und will unternehmerische Entscheidungen nicht grundsätzlich infrage stellen. Wenn DuMont in einem nachvollziehbaren Umstrukturierungsprozess hin zu einem digitalen Unternehmen ist, ist es logisch, dass die Zukunft einer hauseigenen Druckerei nicht sicher ist. Noch aber gibt es ja die Printausgaben. Jetzt werden die also von Koblenz nach Köln gekarrt. Nachhaltig geht anders. Dass es in Koblenz preiswerter ist, liegt daran, dass die Druckerei dort nicht nach Tarif bezahlt. Auch sozial geht anders.

(Beifall)

Auch in diesem Zusammenhang wundert es doch sehr, was auf der DuMont-Webseite steht - ich zitiere noch einmal -:

> Wir sind fest davon überzeugt, dass unternehmerisches Handeln und ethische Grundsätze untrennbar miteinander verbunden sind.
>
> (Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört! Hört! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Sehr gut!)

Was geschehen ist, wird nicht rückgängig zu machen sein. Deshalb ist es jetzt das Mindeste, dass DuMont die sozialen Folgen und finanziellen Einbußen der betroffenen Beschäftigten im Rahmen eines fairen Sozialplans ausgleicht.

(Beifall)

Gleichzeitig möchte ich an unsere Verwaltung die Bitte richten, Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt Köln und auch bei unseren Stadtwerke-Gesellschaften auszuloten sowie Beratungsprozesse zu begleiten. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von DuMont auf der Zuschauertribüne! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem bewegenden Beginn unserer Ratssitzung fällt es erst einmal schwer, wieder zur normalen Tagesordnung überzugehen. Dennoch müssen wir alle gemeinsam uns den wichtigen Kölner Themen widmen.

Zu den wichtigen Kölner Themen gehört auch die Sorge um die Arbeitsplätze von Unternehmen hier in Köln.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft einen fairen Umgang miteinander gefunden, wo diese unternehmerischen Prozesse - Veränderungsprozesse, die heute mehr denn je zu unternehmerischen Entscheidungen dazugehören - auch sozial begleitet und abgefedert werden. Dazu gehört der frühzeitige Einbezug der entsprechenden Betriebsratsgremien und die frühzeitige Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Genau das ist es, was in diesem konkreten Fall unterlassen worden ist.

Viele haben gesagt - und man kann das absolut nachvollziehen -, es ist ein absolutes Kommunikationsdesaster in das Unternehmen hinein für die Betroffenen, aber auch in die Öffentlichkeit. Es wird hier ein Bild von einer Managementkultur gezeichnet, die wir alle - egal ob in öffentlichen oder privaten Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland - lange geglaubt haben überwunden zu haben: ein menschenfeindliches Managementsystem. Dazu muss man auch noch einmal sagen: Viele von den Beschäftigten arbeiten hier in der zweiten oder dritten Generation für den Konzern und haben in dieser Zeit dazu beigetragen, dass Wert geschaffen wird. Wenn man jetzt an einen Endpunkt kommt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern quasi mit Füßen zu treten, dann ist das kein fairer Umgang. Das sollten wir heute hier auch noch einmal klar verurteilen!

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal den Kreis erweitern, denn das war ja nicht der erste Schritt im Konzern. Ich erinnere an die Eingliederung des *Kölner Wochenspiegel* und daran, was mit den Redaktionen passiert ist. Wir können uns auch noch einmal alle ausmalen, was in den letzten Jahren mit der Besetzung der Redaktionen, die zum Konzern gehören, passiert ist. Auch hier haben wir immer mehr Formen der Selbstständigkeit - der Festangestellte gehört irgendwann bald zur Minderheit. Das ist etwas, da müssen wir als Politik den Finger in die Wunde legen. Wir wollen sozialverträgliche Unternehmen in allen Branchen haben.

(Beifall)

Neben dem Appell an den DuMont-Konzern, in den begonnenen Verhandlungen über den Sozialplan die jahrzehntelangen Leistungen der Kolleginnen und Kollegen zu würdigen und auch zu berücksichtigen, dass viele schon in fortgeschrittenem Alter sind und einen vernünftigen Ausgleich brauchen, ist das die erste wichtige Forderung, die wir heute hier aus dem Rat an den Konzern senden: Nehmt den Sozialplan ernst! Nehmt die Leistungen der Beschäftigten entsprechend wahr und packt ausreichende Finanzmittel in den Sozialplan, damit hier ein entsprechend fairer Ausgleich gefunden wird.

(Beifall)

Das Zweite, das wir hier in der Stadt Köln tun können - wir haben das bei Karstadt/Kaufhof und dem Ford-Fall entsprechend schon einmal durchexerziert; ich glaube, auch ganz erfolgreich - ist, dass wir mit unserem Jobcenter, mit der Personalabteilung schauen, wo wir helfen können,

Fortbildungsangebote, Umschulungsangebote schaffen und vielleicht für den einen oder anderen aus der Druckerei auch eine neue Jobperspektive im Konzern Köln, das heißt in der Stadtverwaltung oder bei den stadtbeteiligten Unternehmen, schaffen. Wir haben regelmäßig Bedarf. Vielleicht ergibt sich hier auch für den einen oder anderen eine Chance, damit wir am Ende alle sagen können: Wir haben aus der wirklich tiefen Not für alle Beteiligten doch noch das Beste herausgeholt. Jedem Einzelnen drücke ich die Daumen, dass er eine gute Zukunft hat. - Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aber insbesondere liebe Gäste aus dem Verlagshaus DuMont oder insbesondere aus der Druckerei des Verlagshauses DuMont: Herzlich willkommen auch an dieser Stelle! Wir freuen uns, dass Sie und Ihr heute hier bei uns seid.

Derzeit weht ein eisiger Wind durch das Kölner Verlagshaus DuMont. Das berührt uns alle, wie wir gerade aus den Vorreden sehr stark bemerkt haben. Nicht nur wir Politikerinnen und Politiker hier im Ratssaal sind entsetzt über das Vorgehen der Geschäftsführung, viele Menschen der Kölner Stadtgesellschaft sind empört und fühlen mit den Druckerinnen und Druckern, was wir eindrucksvoll in dieser Woche wieder bei einer Demo erleben durften, mit. Wir sehen aber auch in den sozialen Netzwerken, wie viele Karnevalisten, Bands, Kulturschaffende in dieser Stadt sich dem Protest angeschlossen haben. Ich habe riesigen Respekt davor, dass einige ihre Teilnahme bzw. ihren Auftrag bei DuMont an der Karnevalsfeier, an der Weiberfastnacht abgesagt haben - die Paveier allen voran. Das sind wichtige und starke Signale aus der Stadtgesellschaft. Auch das sei hier einmal erwähnt: Wir sind gemeinsam stark, wenn wir da zusammenstehen. Insofern auch von der Stelle hier: Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Vielem von dem, was meine Vorrednerinnen und Vorredner heute hier gesagt haben, kann ich nur zustimmen. Ich bin froh, dass wir uns in vielen Punkten sehr einig sind, ein klares Ziel und eine klare Vorstellung vom gemeinsamen Leben, aber auch vom gemeinsamen Wirtschaften in dieser Stadt miteinander vor Augen haben.

Als Vertreter der Arbeitnehmerpartei SPD möchte ich vielleicht noch einmal einige Punkte besonders herausstellen, die mir und meiner Fraktion besonders am Herzen liegen, denn, Sie können sich vorstellen, dass die Missachtung von Regeln der Betriebsverfassung, der Mitbestimmung uns als einer Partei, die diese Punkte in ihrer DNA seit über 150 Jahren aufgenommen hat, besonders treffen.

Hier ist ein klarer Rechtsbruch begangen worden, indem nicht so wie das Betriebsverfassungsgesetz es vorschreibt, rechtzeitig mit den Betroffenen, mit dem Betriebsrat, mit dem Wirtschaftsausschuss über die anstehenden Veränderungen gesprochen wurde. Richtigerweise steht das nämlich in diesem Betriebsverfassungsgesetz drin. Das haben die Vorstände, das hat die Geschäftsführung von DuMont ignoriert. Das ist klar zu verurteilen. Auch das ist Rechtsbruch. Wir regen uns an so vielen Stellen darüber auf, dass Recht gebrochen wird. Das gehört dazu und gehört klar benannt.

(Beifall)

Aber selbst, wenn es nicht im Gesetz stehen würde, ist der Umgang mit einem gewählten Betriebsrat, dem demokratisch gewählten Vertreter der Belegschaft in unserer Republik und im rheinischen Kapitalismus ja noch einmal in besonderer Weise auf Begegnung auf Augenhöhe ausgelegt, darauf, dass wir miteinander fair sprechen, verhandeln und am Ende zu guten und tragfähigen Lösungen kommen - wie es in vielen, vielen Unternehmen hier im Rheinland, aber auch darüber hinaus schon möglich war. Auch dieser gelebte rheinische Kapitalismus ist hier mit Füßen getreten worden. Auch das will ich noch mal in aller Deutlichkeit verurteilen. So geht man tatsächlich - das kann ich nur wiederholen - nicht miteinander um.

(Beifall)

Du hast vieles schon gesagt. Ich will mich deswegen kurzhalten in den Forderungen. Ich glaube, es ist sehr klar: Wir alle wollen - das ist auch eben noch einmal gesagt worden - jetzt eine faire Lösung für alle. Ich glaube, ich habe bei den Gesprächen mit dem Betriebsrat verstanden: Keiner ist

so naiv zu glauben, dass jetzt alles zurückgedreht werden kann - auch, wenn man über den ökologischen und Klimaaspekt von „Druckerei in Koblenz und Kunden in Köln“ noch einmal sehr ernsthaft reden muss, auch mit dem Verlagshaus. Jetzt geht es erst einmal darum, den Menschen zu helfen, Ihnen eine Perspektive zu geben, darum, dass die Familien für die letzten Jahre auskömmlich finanziert werden und um den Übergang in die Rente. Es darf nicht sein, dass diese Menschen am Ende auf der Straße stehen, vom Bürgergeld leben müssen und damit Altersarmut programmiert ist. Hier muss das Verlagshaus richtig Geld in die Hand nehmen und dazu stehen wir an der Seite der Beschäftigten. Da stimmen wir heute, glaube ich, alle gemeinsam überein, dass das ein starkes Signal auch für Köln sein muss: dass Menschen, denen es an den Kragen geht - zumindest, was die Berufstätigkeit betrifft - geholfen wird und ihnen eine gute Lösung aufgezeigt wird. Da ist jetzt das Unternehmen klar in der Pflicht.

Wir unterstützen selbstverständlich auch, wie die Vorredner, alle Maßnahmen in der Verwaltung, in den Stadtwerken, in den stadtnahen Unternehmen; dort, wo wir Einfluss haben, neue Jobs zu schaffen, da, wo es noch geht, wo Interessenlagen sind. Aber für die Übergänge, die gerade skizziert wurden, muss es gute Verabredungen geben. Dafür drücken wir jetzt die Daumen und stehen weiter an der Seite. Ich hoffe, bei der nächsten Demo ist der ganze Rat dabei und solidarisiert sich dann auch auf der Straße mit diesen wichtigen Anliegen. In diesem Sinne: Vielen Dank fürs Zuhören und vielen Dank fürs Kämpfen. Wir sind dabei!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Anwesende! Wir freuen uns, dass unser Vorschlag für diese Aktuelle Stunde aufgegriffen wurde. Den Blick der Öffentlichkeit auf das Schicksal der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DuMont-Druckbetriebes zu lenken, ist nicht nur für die Arbeitnehmer*innen wichtig, die jetzt mit durchschnittlich 57 Jahren vor den Trümmern ihrer beruflichen Existenz stehen. Einige von ihnen sitzen jetzt auf der Tribüne und verfolgen die Aktuelle Stunde. Sie möchte ich besonders begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann auch jeder Demokratin und jedem Demokraten in Köln nicht egal sein, wie das Verlagshaus DuMont mit innerbetrieblicher Demokratie und Mitbestimmung umgeht. Schließlich hat DuMont auf dem Kölner Zeitungsmarkt zwar keine Monopolstellung, aber bundesweit verglichen eine außergewöhnlich sehr starke Stellung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Art und Weise des Umgangs zersetzt Vertrauen. Wir sprechen im Rat sehr oft darüber, was Vertrauenskrise bedeutet. Das ist ein Beispiel dafür, wie man Vertrauenskrisen schaffen kann, wie man es schaffen kann, dass Menschen wirklich damit hadern, wie teilweise mit innerbetrieblicher Demokratie und Mitbestimmung umgegangen wird.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Letzte Woche war der Betriebsrat des Druckhauses DuMont bei uns in der Fraktion DIE LINKE zu Gast. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage: Wir alle waren von den Schilderungen der Vorgänge tief betroffen, sind es nach wie vor und sind sprachlos zurückgeblieben. Was den Kolleginnen und Kollegen dort passiert ist, ist ein riesengroßes Unrecht. Inzwischen ist die ganze Stadtgesellschaft wütend darüber, dass die Lebensleistung der Beschäftigten der Druckerei, ihre Zukunftspläne, das Schicksal ihrer Familien keine Rolle bei den Überlegungen der Konzernspitze, wie es im Verlag weitergeht, gespielt haben.

Wir, der Kölner Rat, dürfen es den DuMonts nicht durchgehen lassen, dass sie über viele Monate die Zerschlagung der Druckerei geplant und durchgesetzt haben. Das Betriebsverfassungsgesetz wurde systematisch umgangen und Mitarbeiter wurden dazu zwangsverpflichtet, an der Produktionsumstellung mitzuwirken. Das muss Konsequenzen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das geht nicht nur über Bußgelder!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Unternehmer und Unternehmerinnen haben eine Verantwortung für ihre Beschäftigten. Die Belegschaft zusammen - nicht nur die Führung - trägt

zum Erfolg des Unternehmens bei. Als es dem Unternehmen nicht gut ging, hat die Belegschaft durch Verzicht auf Sozialleistungen und Arbeitszeit einen sehr großen Beitrag geleistet, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Familie DuMont als Besitzer dagegen will eine Belegschaft, die in ihrem Alter wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat, perspektivisch vielleicht sogar in Hartz 4 schicken. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das kann uns menschlich nicht egal sein. Es kann uns aber auch politisch nicht egal sein, wenn Zeitungs- und Meinungsmacher in Köln einen solchen Umgang mit Menschen an den Tag legen - Menschen, auf deren Arbeit ihre gesellschaftliche Stellung und auch ihr Vermögen beruht.

2001 haben Grüne und LINKE gegen die Ehrenbürgerschaft von Alfred Neven DuMont gestimmt, aber 2020 die Ehrenbürgerschaft von Frau Hedwig DuMont mitgetragen. Von einer Familie, die zwei Ehrenbürger in ihren Reihen hat, erwarten wir viel mehr. Gerade jetzt: eine Ehrenbürgerschaft verpflichtet.

(Beifall)

In den letzten Wochen haben sich viele Menschen und Institutionen über die Schließung der Druckerei empört. Das war wunderbar. Auch auf der Demonstration, der Kundgebung - Christian Joisten hat es erklärt - war eine wunderbare Stimmung, da war so viel Solidarität zu spüren. Es ist toll, dass das wirklich in der Stadtgesellschaft gehört wird und die Empörung und die Wut groß sind.

Der DGB veröffentlichte einen eindrucksvollen Aufruf, hinter den sich zahlreiche bekannte Persönlichkeiten Kölns gestellt haben. Ich empfehle jedem hier im Rat, das entsprechend zu unterzeichnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch hat die Familie DuMont die Gelegenheit, den richtigen Pfad einzuschlagen. Was die Arbeitnehmer fordern, ist gerechtfertigt, das haben wir hier mehrmals gehört: Die Auszahlung des Lohnes, der ihnen zusteht, die Suche nach einer anderen Beschäftigung im Gesamtkonzern für alle Druckereimitarbeiter und - ganz wichtig - einen fairen Sozialplan für diejenigen, für die keine Anschlussbeschäftigung gefunden wird. Dafür müssen wir als Kommunalpolitiker uns stark machen, wirklich auch in die Stadtgesellschaft hinein. Denn einem fairen Umgang mit diesen Forderungen müssen wir als Rat Gewicht geben.

Und zuletzt: Die Verhandlungen laufen gerade. Sie sind stockend. Es gibt ein erstes Angebot, das kann aber nur der erste Schritt sein. Ich glaube, wir als Kommunalpolitiker*innen, als Stadtgesellschaft haben die Verpflichtung, diese Sozialplanberatungen lautstark mitzugestalten, Druck aufzubauen, damit die Menschen, die auch hier auf der Tribüne sitzen, eine Zukunft haben und gut leben können. Ich bin froh, dass wir heute gemeinsam zumindest etwas mitgeben konnten, und zwar dass wir uns solidarisieren und hinter den Forderungen stehen. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Insbesondere den Betriebsratsvorsitzenden und den Verhandlungsführern des Betriebsrats in den aktuell anstehenden Verhandlungen ein herzliches Willkommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um vier Dinge. Es geht erstens um eine Frage der Ehre. Es geht zweitens um eine Frage des Rechts - des Betriebsverfassungsrechts und des Tarifrechts. Es geht drittens um Wertschätzung. Und es geht viertens um unsere Stadt Köln. Der Reihe nach.

Wenn Sie gleich durch diese Tür herausgehen und den Blick nach rechts oben richten, werden Sie zweimal den Namen DuMont lesen: Alfred Neven DuMont und Hedwig Neven DuMont. Deswegen hat das Thema, über das wir jetzt reden, etwas mit Köln und mit diesem Rat zu tun - anders als bei vielen anderen Betriebsschließungen und Stilllegungen, so schrecklich sie sind -, denn dieser Rat der Stadt Köln hat Herrn Alfred Neven DuMont die Ehrenbürgerschaft verliehen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Rat, wir, haben Frau Hedwig Neven DuMont die Ehrenbürgerschaft verliehen. Und Ehrenbürgerschaft verleihen bedeutet Verantwortung. Deswegen appelliert dieser Rat der Stadt Köln an diejenigen, die in dem Haus arbeiten, das den Namen unseres Ehrenbürgers Alfred Neven DuMont trägt. Nehmen Sie diese Verantwortung, die Ihnen dieser Rat auferlegt hat, ernst!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im echten Leben bin ich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Betriebsverfassungsrecht im Verband Deutscher Arbeitsrechtsanwälte. Das bedeutet, dass ich mit Fragestellungen, die hier angeklungen sind - Sozialplan, Interessenausgleich - tagtäglich vertraut bin. Im Übrigen war es Otto Graf Lambsdorff, der 1972 das Betriebsverfassungsgesetz mit der SPD durchgesetzt hat.

(Christian Joisten [SPD]: Das waren noch Zeiten! Da war die FDP noch auf einem guten Pfad!)

1972 lebten viele von uns noch nicht, aber dennoch ist es gültig. Aber als jemand, der tagtäglich mit den Vorschriften dieses Gesetzes arbeitet, der viele Umstrukturierungen - harte Umstrukturierungen, laute Umstrukturierungen -, Betriebsänderungen durchgeführt hat, muss ich ehrlich gestehen: Das, was ich letzten Donnerstag von dem Verhandlungsführer Hartung eins zu eins geschildert bekommen habe, dass fleißigen Mitarbeiterinnen und fleißigen Mitarbeitern ohne Ankündigung der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde, das habe ich beruflich noch nicht erlebt. Das geht auch unter die Haut, wenn man so etwas hört.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der Interessenausgleich wurde gecancelt. Ihr wisst das. Jetzt geht es um einen Sozialplan. Die entscheidende Frage beim Sozialplan ist immer die Dotierung, sprich: Wie groß ist der Topf? Wir alle wissen, dass in den letzten Monaten und Jahren durch gezielte Umstrukturierungen, also das Ausgliedern bestimmter Teile des Unternehmens in eigenständige Gesellschaften, der Wert, das Vermögen heruntergedimmt wurde, sodass die wahrscheinlich jetzt sagen: Na ja, es ist ja nichts mehr in der Kasse der GmbH. Aber da sind wir wieder bei der Frage der Ehre, denn: Wenn die Konzernmutter Geld hat, wenn die Konzernschwestergesellschaften Geld haben, dann bitte, liebe Leute, die Sie im Alfred-Neven-DuMont-Haus das Sagen haben, fassen Sie sich ein Herz, nehmen Sie die Ehre ernst und füllen Sie den Topf der Druckerei.

(Beifall)

Er ist Ehrenbürger unserer Stadt, und mit der Ehrenbürgerwürde geht eine Wertschätzung einher. Überlegen Sie sich bitte, ob Sie weiterhin den bislang guten Ruf Ihres Hauses dadurch beschmutzen wollen, dass Sie unmenschlich, nicht wertschätzend mit Mitarbeitern - und im Übrigen auch mit der Stadtgesellschaft - umgehen. Überlegen Sie es sich gut.

Last but not least - der Kollege Joisten hat es schon anklingen lassen -: Die Solidarisierung aus Teilen der Kultur, des Musikwesens, des Karnevals und anderen Teilen ist extrem mutig und zollt mir enorm viel Respekt ab. Ich kann alle nur ermutigen, weiterhin gemeinsam zu kämpfen, damit die Menschen von DuMont einen verträglichen Sozialplan bekommen und der Ruf ihres Unternehmens und der Ruf unserer Stadt als soziale Stadt geschützt werden. - Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Die Nachricht über die beispiellose Entlassung der Mitarbeitenden der Druckerei des DuMont-Verlags macht fassungslos. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und insbesondere DuMont-Mitarbeitenden! Wie können Gesellschafter, deren Betrieb seit Jahrhunderten eng mit der Geschichte Kölns verwoben ist, so mit ihren Mitarbeitenden umgehen - den Druck ohne Ankündigung und fairen Umgang an einen nicht tarifgebundenen Standort verlegen, ohne dabei auch nur an eine soziale Absicherung der eigenen langjährigen Beschäftigten zu denken? Ich kann mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern absolut anschließen: Das ist ein beispielloser Skandal. Bundesweit müssen Verlagshäuser erkennen, dass ein solches Verhalten ihre Krise verschärft, anstatt sie zu lindern. Denn die Solidarität der Stadtgesellschaft mit den Beschäftigten und auch die Reden, die wir hier

alle in der letzten halben Stunde gehört haben, zeigen: Ein solches unternehmerisches Verhalten wird in Köln nicht einfach hingenommen.

(Beifall)

Der erste Vorschlag eines Sozialplans von DuMont zeigt, dass die Proteste ihre Wirkung entfalten. Auch wir als Volt-Fraktion fordern: Die Gesellschafterfamilien müssen ihrer Verantwortung als Arbeitgeberinnen und ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Heimatstadt gerecht werden - die Ehrenbürgerwürde wurde schon mehrfach angesprochen -, wenn sie das Vertrauen der Kölnerinnen und Kölner überhaupt zurückgewinnen können und wollen. - Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Das bedruckte Papier aus dem Hause DuMont ist ein Stück aus meiner Lebensgeschichte, denn als Schüler habe ich den *Kölner Stadtanzeiger* in Klettenberg ausgetragen und sogar die Abos noch bar kassiert. Deshalb bin ich zutiefst betroffen, dass dieser Teil mit Spitzenleistungen und hoher Technik in Köln einfach verschwindet. Dass der deutsche Markt für Druckereierzeugnisse allgemein auf fast ein Drittel seines ursprünglichen Anteils schrumpft, ist landläufig bekannt. Das allein kann aber kein Grund sein, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Herstellung der Zeitungen in fremde Hände zu geben. Eher beschreibt das skandalöse Vorgehen einmal mehr dieses schleichende - für Familienunternehmen fast typische - Versagen.

Der frühere Redakteur des Hauses DuMont und Buchautor Dieter Balkhausen hat das trefflich in seinem Buch mit dem Titel „Raubtierkapitalismus“ beschrieben. Deshalb wage ich zu behaupten, dass wir es hier genau damit zu tun haben, wenn wir das skandalöse Vorgehen den markigen Worten des amtierenden Aufsichtsrats, über den hier noch niemand gesprochen hat, gegenüberstellen:

> Wir möchten DuMont sicher und erfolgreich in die nächste Generation führen. Deshalb ist für uns die Innovationskraft unseres Familienunternehmens und damit die Kunst, sich immer wieder neu zu erfinden, von entscheidender Bedeutung.

Das ist ja schon Sarkasmus. Der Satz ist übrigens von der Webseite verschwunden, die seit gestern auch blockiert ist.

Oder:

> Gemeinsam Zukunft gestalten - mit Mut, Kreativität und innovativen Ideen. Dafür stehen wir als führendes Medien- und Technologieunternehmen seit mehr als 400 Jahren.

Das sagt ein Aufsichtsrat, zusammengesetzt aus einem Chromosomenunternehmer-Duo - einem Immobilienspekulanten und einem Venture Capital Manager mit Beisheim-Abschluss. Die Schule sitzt übrigens in Vallendar, ganz in der Nähe von Koblenz. Diese Leute und das Par-ordre-du-mufti-Management entscheiden und realisieren in Landjunker-Manier und im Schutz eines verlängerten Wochenendes, den Laden zu schließen, über 400 Leute einfach vor die Tür zu setzen und sie samt Arbeitnehmervertretung in eine ungewisse Zukunft zu entlassen.

Warum wurde hier nicht frühzeitig kommuniziert, beteiligt, gemeinsam Maßnahmen entwickelt und fair verhandelt, wie sie es in den markigen Sprüchen versprechen? Warum denn auch, wenn man in Köln als Eigentümerfamilie das Meinungs- und Klüngelmonopol mit den drei Tagestiteln total beherrscht? Auf Kölsch gesagt: De dicke DuMont-Fott hätt alles zujedrisse. Und die Bild-Zeitung hat realistisch überhaupt keine Chance.

Andernorts erwarb man Verlage und Printbeteiligungen, stieß sie nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder ab und investierte das Geld mehr oder weniger in rumdümpelnde TV-, Rundfunk-, New-Media-Business-Beteiligungen. Man sägte also bewusst an dem Ast, auf dem Sie und Ihre Kollegen saßen.

Das Drama der Mitarbeitenden in der Kölner Druckerei war, dass sie Spielmasse eines inzüchtigen Systems waren und das unter dem Diktat eines familiären Miteinanders auch ertrugen.

Übrigens: Der in solchen Unternehmensstrukturen üblichen familiären Auseinandersetzungen

wurde man nur gewahr, wenn man Köln-ferne Titel las. Das System ist ein Mix aus ausgewogener Journaille zu abgestimmten Themen, positioniert auf eine abgegrenzte Region, eingebettet in eine toxische Abhängigkeit zwischen Verlag, Politik und Verwaltung. Das alles gestaltet vom Patriarchen Alfred, der seine Vielseitigkeit und Leadership-Funktion mit der Rolle des Prinzen Karneval, einer zeitweisen IHK-Präsidentschaft und einer Ehrenbürgerwürde der Stadt unterstrich, die er später noch seiner Liesel Hedwig zuteilwerden ließ. Leider ist vergangenen Freitag unsere Aktion, die Bilder am Portal abzuhängen, an der Höhe der Hängung und mangels Leiter gescheitert. In unserer Sonderausgabe des „Drecks-press“ haben wir darüber berichtet. Aber jetzt ist die Druckerei dicht, Sie haben keinen Job mehr, und 400 Leute suchen einen neuen Job. Weitestgehend hochspezialisierte Jobs, die sich nur bedingt im Jobportal „Fachkräftemangel“ tummeln können und deren Durchschnittsalter 57 Jahre beträgt.

Ich mache es kurz. Was jetzt hier angesagt ist, ist harte Währung eines üppigen Sozialplans, qualifiziertes Umschulen und hohe unternehmerische Verantwortung. Ihnen, Frau Reker, lege ich nahe, den Aufsichtsrat täglich daran zu erinnern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, insbesondere Ihnen und den Redakteuren. - Danke.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zu den Antragstellern gehört auch die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Frau Syndicus hat das Wort.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, Frau Reker! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende hier im Ratssaal und an den Endgeräten! Ich freue mich auch, Sie hier vom Betriebsrat zu begrüßen. Das ist, glaube ich, häufig genug schon gesagt worden; trotzdem mache ich es auch noch mal: Schön, dass Sie sich da einsetzen und dass Sie hier sind und bei uns sind.

Es ist eigentlich alles Wichtige schon gesagt worden und ich glaube, es sollte uneingeschränkt feststehen, dass wir hinter den Mitarbeitenden und Mitarbeiterinnen stehen. Ich möchte kurz ein Zitat verlesen, denn ich habe heute Morgen noch mit einem ehemaligen Mitarbeiter der Druckerei gesprochen. Er schrieb mir eine Nachricht - diese möchte ich kurz vorlesen -, weil ich ihn fragte, ob es schon Neuigkeiten gibt oder wie es weitergeht und wie es ihm überhaupt geht. Er schreibt:

> Ich war 34 Jahre dort angestellt und hätte niemals gedacht, von jetzt auf gleich meinen Spind räumen zu müssen und unter Security-Beobachtung das Firmengelände verlassen zu müssen. Ich dachte nicht, dass so etwas in dieser Form und in diesem Land, zudem von einer Firma dieser Größe und Tradition überhaupt möglich ist. Viele Kollegen und Kolleginnen, so auch ich, haben zunehmend gesundheitliche Probleme, weil sie mit dieser unwürdigen Behandlung nur schwer klarkommen. Es ist für hunderte Menschen ein Desaster und nur schwer zu verarbeiten.

Das ist unfassbar und ganz, ganz schwierig nachzuvollziehen, wie sich so eine Situation gestaltet, wenn man morgens an seinen Arbeitsplatz kommt, der plötzlich von jetzt auf gleich nicht existiert. Deswegen appelliere ich hier an alle, möglichst schnell eine sozialverträgliche Lösung zu finden und das so nicht hinzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird aus dem Rat weiter das Wort gewünscht? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich für die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln feststellen: Die Entscheidung von Neven DuMont zur Stilllegung des Druckereibetriebes am Standort Köln ist zunächst einmal als unternehmerische Entscheidung zu respektieren. Über die Art und Weise der Entscheidungsfindung, der Kommunikation und der Einbindung des Betriebsrats und der übrigen Stakeholder kann es aber keine zwei Meinungen geben.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD halten diese für inakzeptabel, aber zugleich auch wenig überraschend. Sie steht

nämlich beispielhaft für die herrschende Unternehmens-Unkultur im Hause Neven DuMont.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben aus der Stadtgesellschaft etliche Beispiele für Solidarisierungsbekundungen und auch konkrete Handlungen erfahren. Ich meine, dass eine Karnevalsband - die Paveier waren es, glaube ich - ihren Auftritt im Neven-DuMont-Zelt abgesagt haben. Ich darf davon ausgehen, dass Sie, Herr Petelkau, Frau Martin und Herr Joisten - um einmal die drei wichtigsten Fraktionen zu nennen - selbstverständlich auch aus Solidarität Ihren Besuch im Karnevalszelt bei der nächsten Weiberfastnacht absagen werden.

(Beifall bei der AfD)

Frau Oberbürgermeisterin und die Stadtspitze, die dort auch immer gerne ist, von Ihnen erwarte ich das Gleiche. Wir werden in der Presse lesen können, ob die Herrschaften dort waren. Meine Damen und Herren, merken Sie sich das, legen Sie sich das auf Wiedervorlage, wer nächstes Jahr am Tag nach Weiberfastnacht von den Nasen im Neven-DuMont-Zelt war und wer nicht.

Zum Thema der Ehrenbürgerwürde wurde schon viel Richtiges gesagt. Ich zitiere noch einmal, Frau Oberbürgermeisterin sagt:

> Hedwig Neven DuMont hat sich um unsere Stadt eindrucksvoll verdient gemacht. Ihr jahrzehntelanges großes soziales Engagement ist bewundernswert und für unsere Stadtgesellschaft nicht hoch genug zu schätzen.

Ich darf Ihnen sagen: Die einzige Fraktion im Rat der Stadt Köln, meine Damen und Herren vom Betriebsrat, war unsere Fraktion, die der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Frau Hedwig Neven DuMont nicht zugestimmt hat. Das sei nur hier fürs Protokoll vermerkt.

(Beifall bei der AfD)

Das Haus Neven DuMont ist ein Unternehmen im Niedergang. Dieser Niedergang ist zu einem großen Teil selbst verschuldet. Ein Medienhaus, das seine mehr als zweifelhafte Rolle im Nationalsozialismus später durch einen strammen Linkskurs zu kompensieren suchte und sich bis heute durch einen Haltungs- statt Qualitätsjournalismus hervortut, muss sich nicht wundern, wenn ihm die Leser davonlaufen und als Folge davon die Druckerei schließen muss.

(Beifall bei der AfD)

Die wenigsten wissen heute noch, dass DuMont einer der publizistischen Wegbereiter des Nationalsozialismus war; wissen, dass Kurt Neven DuMont - also der Vater von Alfred - am 1. Mai 1937 in die NSDAP eintrat und dass die *Kölnische Illustrierte Zeitung* ziemlich genau vor 80 Jahren Adolf Hitler auf der Titelseite anlässlich des 10-jährigen Tages der Machtergreifung als Schöpfer des Großdeutschen Reiches abgefeiert hat. Die *Kölnische Zeitung* war eine der wenigen Zeitungen, die bis zum Kriegsende an die vordersten Frontgräben geliefert wurde, weil die Propagandaabteilung der Wehrmacht sie für linientreu hielt. So viel nur zur Geschichte und zu den daraus resultierenden Komplexen im Hause Neven DuMont.

Neven DuMont hatte zuletzt eine Monopolstellung auf dem Kölner Zeitungsmarkt und ist entsprechend schwerfällig und träge geworden. Die betroffenen Mitarbeiter der Druckerei müssen, wie so oft, nun die Fehler und das Missmanagement der Geschäftsführung ausbaden.

(Beifall bei der AfD)

Der weitere Niedergang des Hauses Neven DuMont ist vorprogrammiert und wird sich, meine Damen und Herren, weiter fortsetzen. In der ganzen Sache gibt es lediglich einen Trost: Publizistisch gesehen ist der Niedergang der Neven-DuMont-Blätter kein wirklicher Verlust. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat die Bezirksbürgermeisterin von Nippes, Frau Dr. Siebert, das Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN)

Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert (Nippes): Ich wollte ja eigentlich nichts sagen, was nicht die gesamte Bezirksvertretung Nippes beschlossen hat. Aber nach dieser Rede? Sie haben so gut wie gar nicht über diesen Konflikt gesprochen. Sie haben nicht darüber gesprochen, wie man die Belegschaft unterstützen kann, wie man

den Betriebsrat unterstützen kann. Sie haben praktisch diese Aktuelle Stunde zweckentfremdet, um Ihr Gift zu versprühen.

(Beifall)

So wird die Belegschaft bestimmt nicht zu einem vernünftigen Sozialplan kommen. Ich möchte sagen, die Bezirksvertretung Nippes hat nicht nur in einzelnen Wortbeiträgen, sondern gemeinsam einstimmig eine Resolution verfasst. Und weil diese noch nicht in der Niederschrift vorkommt - da die Niederschrift noch nicht im Ratsinformationssystem ist -, möchte ich sie gerne stellvertretend für alle Nippeser Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter - die AfD war nicht da - hier heute verlesen.

> Solidarität mit den Beschäftigten des DuMont-Druckzentrums.
>
> In einer beispiellosen Aktion wurde am 3. Oktober 2023 der Druck der Kölner Zeitungen *Stadtanzeiger*, *Rundschau* und *Express* in eine nicht tarifgebundene Druckerei nach Koblenz verlagert. Am nächsten Tag wurden die 200 Beschäftigten von der Geschäftsleitung mit dieser Entscheidung konfrontiert, von der Arbeit freigestellt und erhielten Hausverbot. Sämtliche Informations-, Beratungs- und Beteiligungsrechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz wurden missachtet. Dieses Vorgehen ist eine ungeheure Demütigung aller Beschäftigten des traditionsreichen Kölner Druckunternehmens.
>
> (Beifall)
>
> Es bedroht die Existenz der meist langjährig beschäftigten Mitarbeitenden und ihrer Familien. Dieses skandalöse Vorgehen des Verlagshauses M. DuMont Schauberg untergräbt das Vertrauen der Kölner Stadtgesellschaft in das seit 400 Jahren in unserer Stadt ansässige Unternehmen, das mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Alfred und Hedwig Neven DuMont gewürdigt wurde. Das DuMont-Haus, in dem sich die Druckerei befindet, liegt im zum Stadtbezirk Nippes gehörenden Stadtteil Nil. Wir, die Bezirksvertretung Nippes, wissen, dass die Menschen hier ganz besonders von den sogenannten Freistellungen betroffen sind - direkt und indirekt. Wir fordern das Unternehmen und die Gesellschafter auf, ihrer Verbundenheit mit der Stadtgesellschaft und ihrer sozialen Verantwortung für ihre Beschäftigten gerecht zu werden:
>
> - Einhaltung aller Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes
>
> - Fairer und transparenter Umgang mit den Mitarbeitenden und ihren Betriebsräten.
>
> - Das Verlagshaus wird aufgefordert, die sozialen Folgen und finanziellen Einbußen der betroffenen Beschäftigten im Rahmen eines fairen Interessenausgleichs und Sozialplans vollständig auszugleichen und zu tragen.

Einstimmig beschlossen. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, dass zum Umgang mit dieser uns alle sehr bedrückenden Situation jetzt der Beigeordnete Haack noch einmal Stellung nimmt. - Herr Haack, bitte.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Mitglieder des Betriebsrats vom Druckzentrum Neven DuMont! Aus Sicht der Verwaltung will ich auch noch einmal kurz Stellung nehmen - das aber sicherlich mit etwas weniger Wortgewalt, als die Politik das gerade gemacht hat, aber mit der gleichen 100-prozentigen Solidarität, wie die Politik sie gerade zum Ausdruck gebracht hat.

Die Nachricht zur Schließung des Druckzentrums haben wir auch mit tiefer Betroffenheit und mit größtem Bedauern zur Kenntnis genommen. Uns erreichte die Nachricht auf der EXPO REAL in München, und Frau Oberbürgermeisterin Reker traf sich sofort nach der Rückkehr mit dem Betriebsrat, um nicht nur ihre Solidarität auszudrücken, sondern auch gleichzeitig Unterstützung anzubieten.

Köln ist eine Medienstadt und das umfasst nicht nur Funk und Fernsehen, sondern auch Verlags-

und Printmedien. Das Druckzentrum ist schon seit vielen, vielen Jahren fester Bestandteil unserer Medienstadt, und es zeichnet sich durch ein besonders motiviertes Team mit langjähriger Betriebszugehörigkeit aus, zum Teil über Generationen hinweg. Das wurde gerade schon angesprochen.

Es ist ein herber Schlag, nicht nur für die Mitarbeiter, sondern für die Stadt. Wir erwarten daher, dass in den nächsten Wochen ein Sozialplan erarbeitet wird, der den Mitarbeiterinnen nicht nur soziale Sicherheit, sondern auch Zukunftsperspektiven aufzeigt. Wir stehen dazu - so, wie das von der Politik in der Debatte angeregt wurde - bereits im Kontakt mit der Geschäftsleitung und probieren, bei der Vermittlung von wohnortnahen Alternativen für die Mitarbeitenden zu unterstützen.

So sehr wir die anstehende Schließung auch bedauern, so sehr hoffen und probieren wir, dabei zu helfen, dass die Mitarbeitenden in dieser Stadt auch weiterhin eine Perspektive finden können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich schlage vor, die Aktuelle Stunde nach Abschluss zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Wir werden Sie natürlich über die Ergebnisse der diskutierten Möglichkeiten informieren. Ich bedanke mich bei allen, die jetzt ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben.

Ich stelle das zur Abstimmung. Kann die Aktuelle Stunde, die Sache, an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung überwiesen werden? Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Aktuelle Stunde hiermit abgeschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Die Angelegenheit wird nach § 5 Absatz 10 b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Siebert spricht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Nachtrag zur Schenkung aus der Sammlung von Kasper König an das Museum Ludwig
3105/2023

Hier werden in Ergänzung zur Schenkung mit Ratsbeschluss vom 8. Dezember weitere Werke aus der Werksauswahl von Kasper König angeboten. Wer wünscht, dem Schenkungsangebot zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Die FRAKTION sowie die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Ratsmitglied Zimmermann und die AfD. Vielen Dank! Gegenstimmen kann es keine mehr geben, Enthaltungen auch nicht. Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Schenker Kasper König.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der weiteren Werke aus der Werkauswahl von Kasper König an das Museum Ludwig an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend "Gaskugelbehälter Maarweg langfristig erhalten"
AN/1829/2023

Meine Rednerliste beginnt mit Herrn Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für das Ratsbündnis CDU, Grüne und Volt diesen Antrag begründen. Ich möchte das einmal ein bisschen einsortieren, lokal und vielleicht auch ein bisschen historisch betrachtet. Der Antrag heißt ja „Gaskugelbehälter Maarweg langfristig erhalten“ - oder auch Kugelgasbehälter, wie er in historischen Zeitschriften benannt wird.

Wir befinden uns formal im Stadtteil Ehrenfeld. Der Stadtteil Ehrenfeld hat in den letzten Jahren, ausgehend von seiner historischen Bedeutung als Industriestandort, eine rasante Entwicklung genommen, unterliegt einem großen Änderungsdruck. Wir hatten Zwischennutzung, das kennen alle, das ganze Thema Clubszene usw. diskutieren wir ja immer noch.

Also: Ehrenfeld steht für einen Wandel dieser alten Industrieflächen, und Ehrenfeld hat natürlich eigentlich schon ein Wahrzeichen - das ist der Heliosturm in der Heliosstraße, sehr weit sichtbar, im Wappen auch verewigt. Wir haben in diesem eigentlichen Teil von Ehrenfeld eine tolle Landmarke, mit der sich Ehrenfeld auch gut identifizieren kann und verknüpft wird.

Jetzt haben wir aber über die trennende Bahnlinie hinaus einen weiteren Entwicklungssprung in der Stadtentwicklung, in der Stadtplanung in Ehrenfeld, den wir auf dem Max Becker-Areal nachvollziehen, was wiederum in der sogenannten Weststadt liegt. Die Weststadt allein betrachtet hat eine Größe von 500 Hektar, das Max Becker-Gelände 17 Hektar - 1 700 Wohnungen sollen dort entstehen. Das war so von außen betrachtet. Das Niemandsland - städteplanerisch zwischen Ehrenfeld und Braunsfeld - war städtebaulich ungeordnet und befindet sich jetzt in einem weiteren Stadtentwicklungssprung, in einer Weiterentwicklung unter anderem auf dem Max Becker-Areal. Wir haben ein Zielbild, ein Leitbild für die Weststadt entwickelt.

Ich glaube, wir tun gut daran, auf historische Zusammenhänge, auf historische Bausubstanz Rücksicht zu nehmen und diesem Gebiet, dieser Weststadt, dem Max Becker-Gelände ein Gesicht zu geben, einen Charakter zu verleihen und dies mit dem Kugelgasbehälter zu tun, der sich auf dem Max Becker-Gelände befindet. Es war damals ein technisches Pionierbauwerk, das dort errichtet wurde, ein Symbol des Wiederaufbaus und der Industrialisierung von Köln. Deswegen ist es essenziell wichtig - auch für Entwickler vielleicht nicht ganz so schlecht -, so eine Landmarke zu entwickeln; einen Punkt, an dem man sich auch weit sichtbar orientieren kann, was sich dort entwickelt. Es ist ein Pionierbauwerk, und es wird dort ein Pionierquartier entstehen, ein modernes Quartier mit einem tollen Symbol, dieser Gaskugel, die letztendlich für das industrielle Erbe Ehrenfelds und für die Weiterentwicklung Ehrenfelds an dieser Stelle steht. Insofern, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich gehe davon aus - oder ich wünsche mir -, dass hier viele Kolleginnen und Kollegen zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den Worten meines Vorredners kann ich mich natürlich vollumfänglich anschließen. Ich möchte trotzdem noch einmal ein, zwei Schlaglichter auf dieses Projekt werfen: ein ehemaliger Schrottplatz, Ecke Maarweg/Widdersdorfer Straße, der 2017 von der Firma Pandion erworben und dann in der Kooperation mit dem Nachbargrundstück der RheinEnergie, entsprechend entwickelt wurde.

Ich glaube, so vom Ablauf her - wir haben im Stadtentwicklungsausschuss ja auch schon einmal Sachen, die ein bisschen schwerfälliger laufen - ist das ein sehr vorbildliches Verfahren gewesen. 2020 hat es den Nutzungsänderungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses gegeben, 2021 das Zielbild, was der Kollege Kienitz eben schon angesprochen hat. 2022 gab es einen Wettbewerb, der in der Auslobung noch beide Möglichkeiten vorsah, nämlich den Erhalt des Gaskugelbehälters oder die Überplanung mit

anderen Nutzungen. Gewonnen haben dieses Verfahren CITYFÖRSTER und urbanegestalt. Auch die haben beide Vorschläge noch gemacht. Aber an der Stelle des Gaskugelbehälters sollte eine Kugelbühne errichtet werden, das heißt, der Platz wäre freigehalten worden und nur diese runde Bühne hätte an den Gaskugelbehälter erinnert.

2023 dann der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan durch den Stadtentwicklungsausschuss mit den entsprechenden Auflagen, die auch das Preisgericht gemacht hat, die auch die Bezirksvertretungen Ehrenfeld beschlossen haben, und da ist der Gaskugelbehälter enthalten.

Von daher, Herr Dezernent Greitemann, herzlichen Dank an die Verwaltung, dass das so schnell umgesetzt worden ist.

4 000 Arbeitsplätze sollen hier entstehen, 1 700 Wohnungen. Das Vorbildliche an diesem Verfahren war auch, dass die Öffentlichkeit immer mitgenommen wurde. Es hat schon fünf Öffentlichkeitsveranstaltungen zu diesem Projekt gegeben.

An dem Verfahren kann man schon sehen, dass der Gaskugelbehälter im Grunde im Zuge der Weiterentwicklung dieses Grundstückes in der Bedeutung gewachsen ist. Es ging gerade darum - und das hat Niklas Kienitz auch gesagt -, hier einen identitätsstiftenden Punkt aus der alten Nutzung zu erhalten, wie wir es beim CfK-Gelände leider nur durch den Wasserturm haben oder auf dem Clouth-Gelände durch die Halle 17, wo man nachher, wenn die neue Bebauung drumherum steht, sieht, wie wichtig es ist, diese Erinnerung an die industrielle Nutzung noch festzuhalten.

Es gab so ein bisschen Streit zwischen dem Landschaftsverband und unserer Denkmalpflege darüber, ob das denkmalwert ist. Ich glaube, wir müssen heute auf jeden Fall einen Dank an Dr. Dieter Brühl von der Bürgervereinigung Ehrenfeld aussprechen, der sich für den Erhalt sehr eingesetzt hat, uns immer wieder gebrieft hat und damit das Verständnis für diese Gaskugel geschärft hat.

Es gibt Zitate, zum Beispiel aus der *Kölnischen Rundschau* vom 10. März 1954, wo geschrieben wurde:

> Köln erhält den größten Kugelgasbehälter der Welt mit einem Durchmesser von 34 Metern. Er wird auf dem Gelände der städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke in Ehrenfeld errichtet.
>
> Sowohl der Bau der Kugel als auch die Errichtung an sich sind völlig neuartig und einige Erkenntnisse, die bei der Konstruktion des Behälters gewonnen wurden, sind, genau wie das Bauverfahren, patentfähig.

Wir sehen also: Schon damals in der Wiederaufbauphase - wie Kollege Kienitz auch gesagt hat - wurde das wertgeschätzt. Das sollten wir heute auch tun. Wir haben den Aufstellungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses, aber das reicht den Antragstellern nicht. Wir wollen ein klares Bekenntnis des Rates. Auch wir als Miteigentümer der RheinEnergie wollen klar sagen, dass wir diesen Behälter erhalten haben wollen.

Wir hätten uns als FDP noch ein bisschen mehr vorstellen können, dass man sich auch über die künftige Nutzung Gedanken macht: Wird das ein Planetarium? Wird das eine Ausstellungsfläche, ein Veranstaltungsraum, irgendeine Freizeitkugel? Dafür konnten wir in dem Antragsbündnis noch keine Mehrheit finden, aber wir hoffen natürlich, dass der Behälter dann in eine vernünftige Nutzung übergeht. Deshalb freue ich mich, dass wir heute erst einmal feststellen, dass der Gaskugelbehälter auf dem Max-Becker-Areal erhalten wird. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste, sowohl hier als auch im Netz! Ich glaube, ich kann mich relativ kurzhalten, weil Kollege Sterck und Kollege Kienitz das Verfahren an sich schon beschrieben haben. Ich möchte auch nicht auf die Bedeutung des Max Becker-Areals eingehen, weil das ja nicht das ist, was wir heute am Ende entscheiden werden.

Wir waren etwas überrascht, weil es etwas außergewöhnlich ist, dass der Stadtentwicklungsausschuss, der natürlich primär dafür zuständig ist, an den Rat noch einmal heranträgt, dass dieser Beschluss noch einmal bekräftigt wird. Wir haben es am 2. Februar dieses Jahres im

Stadtentwicklungsausschuss beschlossen, und wir haben auch an dieser Stelle die Fachdiskussion im Stadtentwicklungsausschuss gehabt. Wir hatten auch den Stadtkonservator da. Lieber Kollege Ralph Sterck, die Diskussion, ob es nun ein Baudenkmal, ein Industriedenkmal ist oder nicht, das kann völlig offen sein, weil am Ende die Politik entscheiden muss, ob sie diese Landmarke haben möchte oder nicht.

Wir haben uns damit etwas schwergetan, weil wir in Köln natürlich viel zu wenig Flächen für den Wohnungsbau haben. Aber auf der gleichen Fläche kann der Investor genauso viel Wohnungsbau und auch Gewerbebau realisieren, insoweit kommt es auf die Fläche nicht entscheidend an. Deswegen können wir diesem Antrag auch zustimmen und werden ebenfalls für den Erhalt dieses Gaskugelbehälters stimmen. Nichtsdestotrotz, lieber Kollege Sterck, nach unseren Informationen wird es keine Nutzung dafür geben können. Wir würden es natürlich wünschen, dass es die gibt. Wir glauben aber nicht daran. Wie gesagt, die Konstruktion dieser Kugel ist auch in sich etwas komplexer. Also, dass die begehbar gemacht wird usw., ist an dieser Stelle etwas schwierig.

Lassen Sie mich nur zum Abschluss etwas zur Nummer 2 Ihres Antrages sagen, das ist ganz wichtig: Der Eigentümer soll dafür Sorge tragen. Wir würden uns freuen und halten es für erforderlich, dass - auch, wenn es eine Landmarke ist - es letztendlich nicht so ist, dass der Investor dieses Grundstück hat und am Ende die Erhaltungskosten an der Stadt Köln hängen bleiben. Sondern das müsste natürlich klar sein, dass im städtebaulichen Vertrag diese Pflicht dann auf den Investor übergeht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende an den Endgeräten! Wir haben uns sehr über den Antrag gefreut, ehrlich gesagt, weil wir finden, dass solche identitätsstiftenden Landmarken für ein Viertel enorm wichtig sind. Wir sehen es in anderen Städten, aber auch hier in Köln: Wenn ein Viertel entwickelt wird, auf dem nur Wohnraum da ist, aber keine Identität - wie ein Platz oder eben etwas Wichtiges, wie ein Denkmal oder einfach eine Landmarke, die zu sehen ist -, dann ist das Viertel einfach auch wesentlich langweiliger. Natürlich ist jetzt mit der 1954 betitelten „größten Kugel der Welt“ eine Landmarke da, die wirklich ein Viertel ausmachen kann, neben unserem Leuchtturm durchaus ein zweites großes Denkmal sein und dem Viertel eine Identität stiften kann.

Jetzt haben wir hier eben schon gehört: „Freizeitkugel“, „Gaskugelbehälter erhalten“; es lassen sich ganz, ganz viele Sachen machen. Ich glaube, die Identität des Veedels wird sich an dieser Kugel festhalten. Ich freue mich schon auf tolle neue Postkartenmotive und Poster, die uns dann aus diesem Veedel entgegenströmen werden. - Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Stream und hier im Saal! Als Ehrenfelder werde ich Ihrem gemeinsamen Antrag natürlich sehr, sehr gerne zustimmen. Ich möchte nur ein, zwei Anmerkungen machen. Die eine zu dem Konflikt „Denkmalschutz: ja oder nein?“ Der LVR hat die Kugel für denkmalwürdig erachtet, unser Stadtkonservator nicht. Ich habe im Nachgang gelernt, dass das eigentlich ganz gut für uns ist, denn alles, was wir vielleicht mit dieser Kugel vorhaben könnten, würde nicht funktionieren, wenn es tatsächlich ein Denkmal geworden wäre. So ist der Gaskugelbehälter in Ehrenfeld, dessen Erhalt wir uns wünschen, auch für andere Nutzungen potenziell möglich, wenn sich denn jemand findet, dem dort eine Lösung einfällt.

Ich bin aber auch ein bisschen - nicht enttäuscht, das ist übertrieben; ein anderes Wort für enttäuscht? -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Irritiert!)

irritiert?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Verwundert!)

Verwundert? Erschreckt? - Nein. Herr Sterck hat es schon angedeutet: Ich hätte mir auch mehr gewünscht. Dieser Antrag ist hier im Rat gelandet, weil wir diese Debatte auch im Stadtentwicklungsausschuss geführt haben. Ich glaube, ich habe noch richtig im Ohr, was Herr Greitemann dort gesagt hat: Na ja, der Rat kann in seiner Weisheit auch beschließen, dass dieser Kugelbehälter dauerhaft erhalten bleibt. Das liest sich jetzt so in Ihrem Antrag, ehrlich gesagt, nicht. Es ist ein Appell, eine Aufforderung.

Daher möchte ich jetzt, um das einmal festzuhalten, die Verwaltung - die Oberbürgermeisterin bzw. den Dezernenten - fragen: Ist das denn nun formal in eine größere Geschichte eingebettet, die Wirksamkeit entfaltet? Oder kann der Investor das Ding trotzdem einfach noch abreißen?

Zweite Frage: Wäre es zu einem späteren Zeitpunkt möglich, tatsächlich auch einen etwas schärferen Beschluss zu fassen, der wirklich einen dauerhaften Erhalt der Gaskugel sichert? Diese beiden Fragen würde ich gerne noch loswerden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann, vielleicht einmal zu den Eigentumsverhältnissen, dann zu der Übertragungsmöglichkeit, zu dem Unterhaltungsaufwand und zu der Federführung für die Instandsetzung, die dann notwendig sein wird.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist eine echte Herausforderung, so aus dem Stand. Aber ich möchte das gerne tun.

Zum einen ist der Gaskugelbehälter aktuell, soweit ich vom aktuellsten Stand Kenntnis habe, im Besitz der RheinEnergie. Es gibt einen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses, der den Gaskugelbehälter erhalten wissen möchte. Von daher denke ich, dass die RheinEnergie - die auch im Saal ist - etwas dazu sagen kann, wie sie gedenkt, mit dem Gaskugelbehälter umzugehen.

Zu Übertragungen sollte vielleicht der Eigentümer am besten selbst etwas sagen, wenn er das möchte.

Und zur Instandhaltung. Sie müssen sich dessen bewusst sein: Egal, wer den Gaskugelbehälter hinterher betreibt, das wird ordentlich Geld kosten, was der Eigentümer dann aufbringen muss. Wer es auch immer ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Können die Stadtwerke auch etwas dazu sagen? Herr von Lepel?

Timo von Lepel (Stadtwerke Köln): Ja, wenn wir in Vertretung für die Stadtwerke und für die RheinEnergie angesprochen werden. Herr Greitemann hat es angesprochen: Es ist in der Tat so, dass wir, also die RheinEnergie, mit dem anderen Eigentümer Pandion - die andere Hälfte gehört ja dem Entwicklungsträger Pandion - in Gesprächen sind, um ein gemeinsames Konzept davon zu entwickeln, wie das unter Einbeziehung des Gaskugelbehälters genutzt werden kann. Insofern laufen die Planungen, sie sind noch nicht abgeschlossen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. Aber Stadtentwicklungsausschuss und Rat haben ja genau akzentuiert, wie sie sich den Gaskugelbehälter in Zukunft vorstellen. Ich glaube, dass der ein Identifikationsobjekt für unser schönes Ehrenfeld sein wird, ist ja unbestritten.

Ich lasse das jetzt abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD, Die FRAKTION und natürlich Herr Zimmermann und die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 02. Februar 2023 (Beschlussvorlage 3635/2022) und der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30. Januar 2023 zum Erhalt des Gaskugelbehälters am Maarweg.

Der Rat der Stadt Köln fordert den Eigentümer auf, den Gaskugelbehälter am Maarweg langfristig zu erhalten und in die Neugestaltung des Max-Becker-Areals zu integrieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klima-Bonus-App – Klimafreundliches Verhalten verstärken und ausbauen" AN/1827/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1894/2023

Als Erster hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um die Treibhausgasemissionen in Köln bis 2035 auf null zu reduzieren und klimaneutral zu werden, brauchen wir alle Kölnerinnen und Kölner. Unser heute eingebrachter Antrag zielt dabei darauf ab, positive Anreize für individuelle Verhaltensänderungen zu belohnen und damit zu verstärken. Wir brauchen dafür alle Menschen, die gemeinsam an der Klimaneutralität arbeiten. Umso mehr freue ich mich natürlich über den Änderungsantrag, dem wir auch gleich zustimmen werden. Wir finden es aber so ein bisschen schade, dass darin die regionale Zusammenarbeit herausfällt. Diese fänden wir sinnvoll, weil wir eigentlich wissen, dass ganz viele Pendlerinnen und Pendler aus dem Kölner Umland mit dem Auto nach Köln fahren. Vielleicht überlegen die Änderungsantragsteller, dann noch mal einen Satz beizufügen.

Eine App, wie wir sie jetzt vorschlagen, wird übrigens auch schon in Wien und Offenbach und in der beliebten Stadt Bergheim eingesetzt. Ich hätte auch noch Bottrop und zehn andere Städte gesagt. Sie merken, eine digitale Lösung zur positiven Verstärkung von klimafreundlichem Handeln ist nicht neu und macht viel Sinn. Unser Antrag soll der Einstieg sein, um Menschen positive Anreize zu bieten, ihr Verhalten nachhaltig zu verändern.

Wir wollen deshalb auch mit einer einfachen Lösung starten. Im ersten Schritt schlagen wir vor, zurückgelegte Fahrten mit Bus und Bahn sowie Rad- und Fußwege zu berücksichtigen. Später können dann Aspekte wie Müllreduktion, Energie- oder Wassersparen Berücksichtigung finden und dazu beitragen, unserem wichtigen Ziel näher zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade seit der Einführung des Deutschlandtickets bietet sich die Mobilität noch einmal mehr an, um jetzt die Nutzung von Bus und Bahn zu bewerben und noch attraktiver zu machen. Denn schon bald werden immer mehr Menschen das Ticket in der Tasche haben und damit die Möglichkeit, sich klimaneutral fortzubewegen.

Eine kurze Geschichte von meiner Arbeit: Fast alle Kolleginnen und Kollegen besitzen zwar ein Deutschlandticket, leider nutzen sie es aber sehr selten, um zum Arbeitsplatz zu kommen. Ähnlich wie die BahnBonus-Punkte wollen wir genau hier ansetzen und für meine Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Anreize schaffen, sich mit Bus und Bahn fortzubewegen. Das finde ich clever.

Ganz nebenbei fördern wir mit dem Bonusprogramm den Bereich und den Besuch von Kultur- und Sporteinrichtungen und finden so vielleicht neue Zielgruppen für die Oper, weil ich denke, dass dann vielleicht Leute motiviert werden, in die Oper zu gehen, die sonst nicht in die Oper gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

- Ich freue mich, wenn die Kulturpartie sich darüber freut, wenn die Oper gefördert wird.

Eine klassische Win-Win-Situation. Uns ist dabei aber auch vollkommen klar, dass diese digitale Lösung nur ein Mosaiksteinchen bis 2035 sein kann und viele weitere Schritte nötig sind. Wir übernehmen sodann auch den Änderungsantrag - oder wir werden ihm dann zustimmen. Deswegen lassen Sie mich so abschließen: Lassen Sie uns mutig in die Zukunft gehen, denn nur so gewinnen wir sie. Bitte stimmen Sie den Anträgen zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Lutz das Wort.

Dr. David Lutz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen

und Herren hier im Saal und auf der Zuschauertribüne! Auch ein Hallo an die Zuhörenden und Zuschauenden in den verschiedenen Livestreams!

Es freut mich, dass wir gerade jetzt zur Kölner Klimawoche hier im Rat einen Antrag behandeln, der die Bereiche Digitalisierung und Klima zusammenbringt, nämlich mit einer Klimabonus-App. Wenn wir uns generell einmal anschauen, was die Digitalisierung mit dem Klimaschutz zu tun hat, gibt es ein breites Spektrum. Es gibt auf der einen Seite besorgniserregende Zustände in riesigen Rechenzentren oder bei Crypto-Mining-Farmen, die durch ihren enormen Ressourcenverbrauch dem Klimaschutz nicht gerade zuträglich sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Auf der anderen Seite haben wir aber natürlich auch das Einsparen von beispielsweise Interkontinentalflügen, denn anstatt der Reisen werden Videokonferenzen gemacht. Oder wir haben Einsparungen im Ressourcenverbrauch bei E-Mail statt Brief, weil wir hoffentlich schon lange nicht mehr unter unsere E-Mails schreiben: Bitte denken Sie darüber nach, diese E-Mail nicht auszudrucken. Ich glaube, das ist jetzt in allen Köpfen angekommen. Hier haben wir auf jeden Fall sehr viele positive Beispiele.

Aus diesem weiten, weiten Spektrum greifen wir jetzt wieder einen positiven Aspekt heraus: Eine Klimabonus-App, die die Bürger*innen dieser Stadt dazu motivieren, animieren soll, doch deutlich klimaschonender unterwegs zu sein, indem ein bestimmtes Bonussystem etabliert wird.

Wir sind auch mit unserem Änderungsantrag sehr nah beim Originalantrag der SPD, weil wir das generelle Konzept gut finden. Wir haben ein paar Änderungen mit eingebracht. Wir möchten gerne intern ein anderes Finanzierungsmodell haben. Wir denken schon an eine bestimmte App. Wir müssen in Köln nicht unbedingt das Rad neu erfinden, auch wenn wir es natürlich sehr gerne immer wieder machen, weil Köln so besonders ist. Es gibt hier bereits eine App, Klima-Taler, die in verschiedenen Städten, in verschiedenen Kommunen schon erfolgreich genutzt wird. Hier bringen wir auch den Regionalaspekt wieder hinein. Sie wird in verschiedenen Kommunen in der Region schon benutzt. Das heißt, wenn wir diesen Klima-Taler in Köln einführen würden, wäre es nicht eine singuläre Lösung für die Stadt, sondern wir könnten hier regional auch viel verbinden.

Der Klima-Taler besteht im Grunde genommen darin, dass Bürger*innen durch klimaschonendes oder klimaunterstützendes Verhalten Bonuspunkte sammeln können, die sogenannten Klima-Taler, die dann beispielsweise im lokalen Einzelhandel durch Rabatte oder andere Prämien wieder eingelöst werden können. Wir denken jetzt an den Einzelhandel. Wir denken vielleicht auch an die Stadtwerke-Unternehmen, die sich hier mit beteiligen und schaffen so eine entsprechende Win-Win-Situation zwischen Förderung des Einzelhandels, der Stadtwerke-Gesellschaften und auf der anderen Seite natürlich Förderung des klimaschonenden, klimaunterstützenden Verhaltens der Bürger*innen dieser Stadt.

Das ist das Konzept im Groben. Die technischen Details erspare ich Ihnen hier im Rat. Das machen wir vielleicht mal im Digitalisierungsausschuss, wenn die App dann das Licht der Welt erblickt hat oder hier in Köln eingeführt wird. Für jetzt freue ich mich auf eine breite Zustimmung zu dem Antrag und später dann eine umfangreiche Nutzung der App. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weber das Wort.

Florian Weber (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der SPD-Antrag „Klimabonus-App“ ist gut gedacht, allerdings nicht bis zum Ende gut gemacht und deswegen stellen wir auch unseren Änderungsantrag. Trotzdem, liebe SPD, vielen Dank, dass ihr das Thema aufbringt. Denn natürlich sind auch wir für den Schutz unserer Umwelt. Und natürlich sind wir neben den millionenschweren Umweltschutzpaketen, die dieser Rat bereits beschlossen hat, auch immer offen für Ideen.

Zur Bonuskomponente eures Antrages. Wir sind überzeugt, dass die vorgeschlagenen Markt- und Wettbewerbsmechanismen sehr wirkungsvoll sind und häufig sogar viel besser wirken als kluge Ratschläge oder Verbote. Das zeigen auch die etablierten Bonusprogramme Payback etc. und auch diverse Fitnessapps. Also auch hier ein guter Ansatz in eurem Antrag.

Wir sind sicher, dass sich viele Institutionen und Unternehmen in Köln finden lassen werden, die

mit Rabatten und Boni aus eigenen marktwirtschaftlichen Überlegungen heraus auch daran teilnehmen werden. Das ist wiederum gut für die Stadt, denn dann geht es nicht zulasten des städtischen Haushalts, sondern diese Rabatte werden dann eben von den Unternehmen gewährt.

Jetzt zur App. Da gehen wir ein bisschen auseinander, deswegen ist der Änderungsantrag auch so notwendig, denn da blendet ihr leider die aktuelle Diskussion im Digitalausschuss aus. Ihr wisst doch, dass dort eine neue App-Strategie vorbereitet wird, die uns die Stadt wahrscheinlich bis Ende des Jahres vorstellen wird: Warum greift ihr dem nun vor und fordert den Bau einer App?

Entgangen ist euch offenbar auch, dass es am Markt bereits funktionierende Apps gibt. Warum also das Rad neu erfinden? Getoppt wird das Ganze dadurch, dass ihr den Bau der App aus den Mitteln des wichtigen Bereichs „Kölner Datenökosystem“ finanzieren wollt, wo das Geld auch unbedingt gebraucht wird. Deswegen stellen wir heute einen Änderungsantrag. Unser Antrag macht den Einsatz einer Klimabonus-App für Köln voraussichtlich schon im Frühjahr möglich und kommt den Steuerzahler in Köln deutlich günstiger zu stehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Da weiß man ja an für sich erst mal gar nicht: Ist das Digitalisierungsausschuss, Umweltausschuss oder Verkehrsausschuss? Na gut, ich fange jetzt erst einmal an zu reden.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer vor Ort und liebe Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen! Die Partei des Klimakanzlers hat uns hier einen Antrag vorgelegt, der auf den ersten Blick klimafreundliches Verhalten verstärken soll. Das passt zusammen, denn es scheint beides nur so und nicht anders beim Änderungsantrag. Vor allem wird die Verantwortung auf die Einzelnen abgewälzt, wie es auch der CO_2-Fußabdruck schon macht. Den hat ja nicht umsonst ein Ölkonzern eingeführt. Auch die wollten klarmachen: Umwelt und Klimaschutz ist in erster Linie dein Problem. Ist es aber nicht. Es ist ein Problem der Rahmenbedingungen und diese gibt die Politik vor.

Sie verweisen in Ihrem Antrag auf Wien. Hätten Sie doch mal genauer nach Wien geschaut, dann hätten Sie nicht nur einen besseren Wohnungsbauantrag geschrieben - dazu kommen wir gleich -, sondern auch festgestellt, dass es in Wien eine Dienstgeberabgabe gibt. Das bedeutet, dass vom Dienstgeber für jeden Dienstnehmer mit Beschäftigungsort in Wien für jede angefangene Woche eines bestehenden Dienstverhältnisses eine Abgabe zu entrichten ist. Eine ähnliche Nahverkehrsabgabe gibt es übrigens auch in Frankreich. Vielleicht sollten Sie, meine Damen und Herren von der SPD, einmal gemeinsam mit den Grünen in Berlin anrufen und so etwas für Deutschland fordern. Das wäre ein Schritt zum Ausbau von kostenlosem ÖPNV und damit wesentlich wirksamer als Ihre Smartphone-Spiele.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor allem schlagen Sie uns das hier vor, bevor überhaupt ein Ergebnis aus Wien vorliegt. Die stecken ja noch in der Pilot- und Forschungsphase. Die Änderungs-App, die Volt uns vorschlägt, ist in erster Linie doch lokale Wirtschaftsförderung und unterscheidet sich kaum von anderen Rabattkarten, wie zum Beispiel Coupons. Sowieso sind solche Spielelemente kein Ansatz, um große CO_2-Emissionen zu vermindern. Sie sind vielleicht ganz nett und ein Zückerchen für die, die es nutzen. Das war es dann aber auch. Wenn man sich die Bedingungen genau anschaut, dann sollen die Nutzerinnen für die Nutzung des Kölner ÖPNV und des Radwegesystems einen Bonus bekommen. Derzeit müsste man denen eher eine Entschädigung auszahlen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn ich den SPD-Antrag richtig verstanden habe, dann muss ich rund zwei bis vier Wochen, also rund einen Monat, mit der KVB fahren und bekomme dann einen Gutschein fürs „Kostenlos-ins-Museum“. Einmal im Monat kostenlos ins Museum? Da war doch was! Wir haben schon mehrfach beantragt - und Frau Oberbürgermeisterin hat es auch zum Wahlkampfthema gemacht -, dass der Eintritt in die Museen überhaupt kostenlos sein soll. Herr Charles sprach sich jetzt öffentlich für den Museumsmontag aus und alles ohne App.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Da sieht die Alternative des Mehrheitsbündnisses mit 20 Prozent Rabatt auf Glasstrohhalme oder einen Neukunden-Gutschein für eine Freifahrt mit TIER-E-Scooter doch schon viel attraktiver aus.

Kommen wir einmal zum Digitalen. Die SPD schreibt: Die App funktioniert unter Wahrung von Privatsphäre und Datenschutz, folgt keinen Unternehmensinteressen. Tatsächlich nutzt die App bei iPhones eine Verbindung zur Apple Health App und auf Android-Geräten zum Beispiel zur Google Fit App. Hinter Apple und Google stecken bestimmt keine Unternehmensinteressen, und wir liefern denen unsere Bewegungsprofile frei Haus in die USA. Na, was soll das denn? Da scheint die Klima-Taler-App leicht überlegen zu sein, hat aber mehrere andere entscheidende Nachteile. So wird jeder Fußweg und jede Radfahrt pauschal um 20 Prozent gekürzt, da man unterstellt, die Nutzerinnen betrieben Sport. Ein weiterer Nachteil ist, dass die App vortäuscht, man könne mit den gesammelten Talern eigene CO_2-Vergehen wieder ausgleichen - das ist Blödsinn. Wenn Sie heute mit dem Privatjet nach Sylt fliegen, dann können Sie 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag im ÖPNV unterwegs sein, das CO_2 kriegen Sie nicht wieder aus der Luft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Durch das Deutschlandticket ist es kein Problem, so lange Hin-, und Rück- und Umwegfahrten zu unternehmen, bis ich die gewünschten Bonuspunkte zusammen habe - ob ich irgendwohin muss oder nicht. Köln braucht keine Belohnungs- oder Entschädigungs-App, Köln braucht einen zügigen oberirdischen Ausbau des ÖPNV und endlich mehr Sicherheit und weniger Behinderung für Radfahrende und Zu-Fuß-Gehende. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Röhrig, ganz herzlichen Dank für Ihre erfrischende, zukunftsgewandte, digitale Rede und Ihr Plädoyer für eine moderne, fortschrittliche Stadt. Das war sehr erfrischend. Vielen Dank!

Liebe Kollegen von der SPD, vielen Dank für Ihren Antrag. In Anbetracht des Umstandes, dass wir nach zwei Stunden Sitzungszeit erst beim dritten Tagesordnungspunkt sind, fasse ich mich auch sehr kurz. Wir bedanken uns als FDP-Fraktion für Ihre Initiative. Wir waren auch sehr sympathisierend mit eurer Initiative, hatten allerdings ein kleines Störgefühl, nämlich das Störgefühl, dass wir als Liberale meinen, dass eine private Lösung im Prinzip auch eher fortschrittsfähig ist als eine städtische Lösung. Wir meinen, ähnlich wie es hier eben angeklungen ist, dass die Stadt Köln hier nicht unbedingt als Akteur tätig werden muss. Wenn Sie gleich Langeweile haben - so ab 19.00 Uhr werden ja die Hände langsam ruhig und die Augen träge -, gehen Sie einmal in Ihren App Store und geben Sie einmal die drei Begriffe „Klima“, „Bonus“ und „App“ ein, und Sie werden die restliche Ratszeit in Anbetracht vieler Apps zu diesem Thema verbringen können. Sie brauchen den Reden nicht mehr zuzuhören. Sie werden ganz viele Klimabonus-Apps finden. Kurzum: Da draußen ist schon ein wahnsinniger Markt für dieses Produkt. Das brauchen wir wirklich als Stadt Köln, als Verwaltung nicht neu zu erfinden.

(Beifall bei der FDP)

Damit ist alles gesagt, insbesondere von mir. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen hier und zu Hause! Über den Aspekt Digitales haben Herr Lutz und Herr Weber bereits gesprochen. Ich möchte noch einmal auf den Aspekt der Mobilisierung eingehen. Sie erinnern sich vielleicht an das Gutachten „Klimaneutralität“. Ein langes, dickes Dokument, das wir alle ausführlich studiert haben und das uns noch einmal einige Fakten hier dargelegt hat: dass die Stadt als Politik, als Verwaltung nicht alle Treibhausgase wird einsparen können, sondern, dass es um die Mitwirkung von jedem und jeder in

dieser Stadt geht. Das bedeutet für mich nicht, dass wir Verantwortung abgeben, sondern, dass wir einbeziehen. Ganz klare Nachricht hier an DIE LINKE.

(Beifall bei Volt)

Gerade im Bereich Mobilität sind wir auf die Mitwirkung aller Einwohnenden, aller Pendler*innen und anderer Menschen, die in Köln unterwegs sind, angewiesen. Dann ist es doch schön, wenn wir eine App haben, die, wie Herr Görzel schon ausgeführt hat, von anderen Kommunen genutzt wird - Beispiel Bergheim, Beispiel Aachen: Da gibt es viele Pendler*innenströme, Menschen, die die App nutzen können, sowohl zu Hause als auch hier bzw. auf dem Weg von A nach B und das Ganze nahtlos. Mit den Vorteilen, dass wir als Stadt uns nicht noch damit rumschlagen müssen, eine eigene App zu entwickeln und damit Kosten und Aufwand sparen.

Danke also an der Stelle an die SPD für die Initiative. Wir haben das Ganze noch etwas verfeinert, freuen uns, dass ihr dann auch zustimmt. Ich denke, es ist ja auch nicht gegen euer Interesse, was wir hier machen.

Dann kann ich mir natürlich einen Kommentar an dem Punkt nicht verkneifen. Die Klima-Taler kann man europaweit einsetzen, sogar in Portugal und Finnland.

(Beifall bei Volt)

Falls ihr also weiter unterwegs seid, könnt ihr das dort auch machen. Ich weiß von niemandem hier im Raum mit Privatjet, der oder die dann dorthin fliegen würde, um das zu nutzen, um damit dann irgendwas einzusparen. Ich glaube, das ist eine Argumentation, der viele hier nur schwer folgen konnten. Es wird ein Anreiz geboten, dass Kölnerinnen und Kölner engagiert mitziehen beim großen Ziel Klimaneutralität. Damit machen wir hier einen kleinen Schritt oder ein kleines Mosaiksteinchen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt sehe ich, dass weiter das Wort gewünscht wird. - Bitte.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Mit Ihrem Einverständnis würde ich vom Platz aus reden, damit es schneller geht. Vielen Dank. Kurz und knackig: Keine Social Credits mit der AfD. Von daher werden wir beide Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt ist auf meiner Rednerliste Frau Feuser.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen hier im Rat! Liebe Zuschauende! Ich freue mich, und ich bin auch ein bisschen aufgeregt, aber, ich glaube, ich kriege das hin.

(Beifall)

Liebe SPD, vielen Dank dafür, dass ihr den Fokus auf das wichtigste Thema überhaupt legt. Um noch unter zwei Grad bleiben zu können und damit die schlimmsten Folgen der Klimakrise abmildern zu können, muss der CO_2-Ausstoß pro Kopf in Deutschland von derzeit 9 bis 11 Tonnen auf knapp 2 Tonnen im Jahr sinken. Ein deutlich nachhaltigeres Leben unserer gesamten Gesellschaft ist also für das Überleben der nächsten Generation zwingend notwendig.

Aber: Nachhaltiger Lebensstil ist keine Modeerscheinung. Das ist auch kein Lifestyle, den ich wählen kann oder nicht. Das ist auch kein Spiel und kein Bonusprogramm. In dem dringend notwendigen Prozess der sozialökologischen Transformation unserer gesamten Gesellschaft sollte die Aufgabenverteilung doch eigentlich klar sein: Politik und Verwaltung sind dafür verantwortlich, dass das nachhaltige Leben das einfache, kostengünstigere und das normale Verhalten wird und nicht eine von vielen Möglichkeiten, für die ich ein kleines Giveaway bekomme. Politik ist dafür zuständig, die notwendigen systemischen und strukturellen Veränderungen herbeizuführen und dort, wo es notwendig ist, auch klare Regeln und Gesetze aufzustellen, um die Grundrechte der kommenden Generationen zu schützen.

Es ist unserer Auffassung nach nicht die Aufgabe von Politik, Bürger*innen mit kleinen Belohnungen zu erziehen. Menschen wählen Politiker*innen, damit sie für die großen

gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit Lösungen finden, und zwar die Lösungen, die der Größe der Herausforderungen angemessen sind. So zu tun, als wäre ein Klima-Payback auch nur im Ansatz dazu geeignet, die größte Herausforderung unserer Zeit zu lösen, ist absolut absurd und unehrlich. Das ist auch der Schaden, der dadurch entsteht.

Die Kollegin von der LINKEN hat es gerade schon gesagt: Die hier vorgeschlagene App versucht die Verantwortung für Klimaschutz und Transformation von der Politik auf das Individuum zu verlagern. Eine Strategie, die auch der Ölkonzern BP schon in den 90er Jahren gewählt hat, um die Schuld von sich abzulenken. Klimafreundliches Verhalten muss belohnt werden, das ist klar. Aber ernsthaft, durch die Einführung echter, kostengünstiger Alternativen. Solange das KVB-Jahresabo oder jetzt das Deutschlandticket immer noch mehr als das Zwanzigfache eines Parkausweises für Bewohner*innen kostet, solange 15 Minuten Parken mit der Brötchentaste attraktiv gemacht werden, hin und zurück im Kurzstreckentarif aber immer noch 4,40 Euro kostet, ist die Einführung einer solchen App nichts anderes als eine Farce.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne abstimmen lassen. Zunächst den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt. Gegenstimmen? - Es stimmen dagegen: Die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der ersetzt und damit beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt ersetzt:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung zur Teilnahme an der Klima-Taler-App (https://klima-taler.com), die schon in vielen Kommunen erfolgreich genutzt wird und klimafreundliches Verhalten stärkt und belohnt. Die App wird in die Kommunikationsstrategie/ Dachmarke und das Monitoring zum Klimaschutz eingebettet.

Im Prozess der Implementierung sollen in Köln möglicherweise bereits bestehende Bonusprogramme eingebunden werden. Außerdem werden die städtischen Einrichtungen, Angebote der städtischen Beteiligungsunternehmen und der Privatwirtschaft mit einbezogen, um den Eintausch der Klima-Taler-App möglichst attraktiv zu gestalten. Bei der Rekrutierung der privatwirtschaftlichen Akteure ist auf das know how der KölnBusiness zurückzugreifen. Um einen möglichen Willkommensbonus in Anspruch nehmen zu können, soll eine Teilnahme möglichst noch in 2023 vereinbart werden.

Zur Finanzierung stehen die Mittel aus Teilplan 0104 "IT- und Kommunikationsdienste", Teilplanzeile 13 zur Verfügung. Die Verwaltung prüft, wie zudem Fördermittel von EU, Bund und Land eingeworben werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und Die FRAKTION sowie den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion hat sich somit erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Mängel auf der Zoobrücke schleunigst beheben"
AN/1819/2023

Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brückenschäden, Tempo 50 statt 80 - so steht es seit 1. Oktober auf den Schildern entlang der Zoobrücke. Brückenschäden? Nein, meine

Damen und Herren, das sind keine Brückenschäden. Das ist Staatsversagen. Staatsversagen, Verwaltungsversagen wegen jahrelanger Untätigkeit des Dezernats für Mobilität. In Köln bekannt als Dezernat für Stillstand und Schikane.

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Der desolate Zustand der Zoobrücke ist ein Sinnbild - ein Sinnbild für die Lage in dieser Stadt und in diesem Land. Wir Bürger zahlen die zweithöchsten Steuern der Welt. Und was bekommen wir dafür vom Staat? Noch nicht einmal drittklassige Leistung. Die Steuerzahler in diesem Land, in dieser Stadt erleben Tag für Tag einen gierigen, einen übergriffigen Steuerstaat, der es nicht vermag, die Kernaufgaben auch nur ansatzweise zu erfüllen. Schlimmer noch: Staat und Verwaltung setzen die falschen Prioritäten und verzetteln sich zunehmend in Ideologieprojekten. Beispiele gefällig? Gerne.

1. Stümperhafte Verkehrsversuche auf der Deutzer Freiheit und der Venloer Straße. Dafür ist Zeit und Geld da. Aber die Infrastruktur der wichtigsten Brücke dieser Stadt verfällt. Wir brauchen keine weiteren Verkehrsversuche. Was wir brauchen, ist der ernsthafte Versuch und Willen, die bestehende Infrastruktur zu sanieren.

2. Jede Menge „Schule ohne Rassismus“-Programme, aufwendig finanziert und organisiert von Stadt, Land und Bund und angesiedelt beim Amt für Integration und Vielfalt, direkt bei der Oberbürgermeisterin. Dafür ist Zeit und Geld da. Was die Eltern aber in erster Linie wollen und die Schüler dringend brauchen, das sind nicht Schulen ohne Rassismus, das sind Schulen ohne kaputte Toiletten und Schulen ohne marode Turnhallen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

3. Unsere Oberbürgermeisterin schreibt Briefe nach Berlin, in denen sie die Aufnahmebereitschaft für noch mehr raum- und kulturfremde Menschen erklärt. Dafür findet sie Zeit und Kraft. Gleichzeitig ist Köln diejenige Stadt mit dem höchsten Wohnraummangel in ganz Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe: Zur Sache! - Was hat das mit der Zoobrücke zu tun? - Bei welchem TOP sind wir?)

Wann schreiben Sie mal einen Brief, Frau Oberbürgermeisterin, um denen in Berlin zu erklären, dass Köln längst überfordert ist und keine Menschen mehr aufnehmen kann? Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen, meine Damen und Herren, und die Zoobrücke, über die wir heute reden, steht hier pars pro toto.

Und: Ja, diese Stadt hat nicht zuletzt auch ein Müllproblem, Frau Reker. Aber wenn man als Oberbürgermeisterin gefragt wird, was man in dieser Stadt rasch ändern würde, und einem fällt dann nur der viele Müll ein, dann zeigt das, dass man die wirklichen Probleme in dieser Stadt nicht ansatzweise erfasst und gedanklich durchdrungen hat. Diese Stadt mag auch ein Müllproblem haben, Frau Oberbürgermeisterin, aber das eigentliche Problem dieser Stadt, das ist ihre Führung, das sind Sie. Denn wer nicht in der Lage ist, die richtige Diagnose zu stellen, der ist dann auch nicht in der Lage, richtig Prioritäten zu setzen und das Richtige zu tun. Aber genau das ist Führungsaufgabe. Dieser Aufgabe scheinen Sie nicht gewachsen, Frau Oberbürgermeisterin. Die Zoobrücke ist ein weiterer Beleg dafür.

(Beifall)

Das einzig Gute an der Situation der Zoobrücke ist, dass man dort - ich habe es selbst heute Morgen ausprobiert - wunderbar nach wie vor mit 80 Stundenkilometern entlang segeln kann. Da hat die Dysfunktionalität dieser Stadt für Autofahrer auch mal ihr Gutes. Das muss man dem Dezernat für Mobilität lassen: Wenn schon dysfunktional, dann auch durchgängig dysfunktional. Im Übrigen - ich weiß nicht, ob Sie es heute Morgen im *Kölner Stadtanzeiger* gelesen haben -, von 278 Unfällen, die dort passiert sind seit 2017, ist nicht ein einziger - nicht ein einziger - aufgrund erhöhter Geschwindigkeit passiert. Also, diese ganze 50-Aktion ist vollkommen an der Sache vorbei. Die Zahlen können Sie im *Kölner Stadtanzeiger* von heute lesen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag. Ceterum censeo migrationem illegalem esse delendam. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer

wünscht, dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung und insbesondere das Dezernat für Mobilität auf, dafür Sorgen zu tragen,

- *dass die sogenannten "Brückenschäden“ auf der Zoobrücke schnellstmöglich behoben werden*
- *die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 50 km/h exakt auf diejenigen Abschnitte beschränkt wird, bei denen parallel ein Rad- und Fußgängerweg verläuft*
- *dem Verkehrsausschuss in der nächsten Sitzung ein belastbarer Zeitplan zur Freigabe für Tempo 80 km/h vorgelegt wird.*

Der Rat der Stadt Köln missbilligt das bisherige Management der Verwaltung in Zusammenhang mit der wichtigsten Ost-West-Verbindung der Stadt und fordert das Dezernat für Mobilität auf, Sorge dafür zu tragen, damit sich ein derartiges Organisationsversagen nicht wiederholt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Dä malade Melode, oder es lebe die Kultur“ AN/1817/2023

Herr Wortmann hat das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Fachausschuss beschloss letztes Jahr auf dem Melaten-Friedhof die kleine historische Trauerhalle zum Kolumbarium umzubauen, obwohl dort ursprünglich eine Begegnungsstätte samt Café geplant war. Einerseits ist das gut, weil Kolumbarien eine Herzensangelegenheit von mir sind. Andererseits ist das eine vertane Chance, Begegnungs- und Bildungskultur auf diesem Friedhof erstmals zu praktizieren.

Aber nun zum Antrag: Der Kollege Brust aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mir im September zur Ratssitzung geraten, den Antrag nochmals zu überdenken, was wir getan haben. Deshalb nochmals vielen Dank an ihn. Im Wesentlichen hat sich inhaltlich an diesem Antrag wenig geändert. 55 Friedhöfe mit weit über einer halben Million Gräber, 350 Kilometer Wegenetz werden derzeit vom Personal des Grünflächenamtes, von den Friedhofsgärtnern betrieben und von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern betreut. Nahezu die Hälfte der Fläche entfällt auf die fünf Zentralfriedhöfe.

Uns geht es mit diesem Antrag darum, die Kölner Friedhofskultur unter die Lupe zu nehmen und den Kulturfriedhof auszurufen. Deswegen sage ich analog zum Antrag: Es lebe die Kultur! Es erstrahle Dä Malade Melode beispielhaft in voller Kraft.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir wollen Sie heute dafür gewinnen, die Betreuung der städtischen Ruheliegenschaften zukünftig in die Obhut von zwei Verwaltungsbereichen zu geben, ihnen ein Konzept zu verpassen und die Protagonisten mit deutlich höheren Mitteln auszustatten. Wir wollen unterscheiden und aufteilen nach der Landschaftspflege und Bestattungskultur mit der Zuständigkeit des Dezernates für Umwelt, Grün und Liegenschaften und der Betrauung andererseits des Dezernats Kunst und Kultur mit der Konzeption und Umsetzung kultureller Gestaltung, Begegnung und Bildung. Die Voraussetzungen sind optimal, hat doch die UNESCO 2020 den Deutschen Friedhof allgemein und schlechthin zum immateriellen Kulturerbe erklärt, dem sich die Bundeskulturministerkonferenz umfänglich angeschlossen hat. So können die Kommunen mit einem Eintrag in die entsprechende Charta dieses Erbe annehmen und sich mit dem Logo der UNESCO schmücken. 100 Städte und mehr haben das bereits getan. Brühl hat es letzte Woche gemacht.

Nur Köln bleibt hier ein weißer Fleck. Die Charta hat das Rad nicht neu erfunden, aber sie bringt Ordnung und Rahmenhandlungen in einen gesellschaftlich betrachtet stigmatisierten und verkannten Bereich. Und sie unterteilt zwölf Elemente:

Lebendiges Geschichtsbuch, Trauerstätte, Erinnerung, Gedenken, Integrierte Gemeinschaft, Skulpturenpark, Philosophieforum, facettenreicher kultureller Spiegel, Mahnung zum Frieden und grüner Seniorentreff - das lasse ich einmal so stehen -, dann als Gärten der Erinnerung, als Klimaschutz und als inspirierende Kulturlandschaft.

Eigentlich sind da nur drei Elemente von zwölf, die durch die heutigen Protagonisten mehr oder weniger erfüllt werden. Das heißt, wir haben neun Elemente, die sich eigentlich ausschließlich einer Kultur widmen, der die heutige Versorgung dieser Flächen nicht gerecht werden kann.

Ich war letzten Monat erstmals Teilnehmer an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Kölner Friedhöfe, die leider nur sporadisch tagt. Sie hat, glaube ich, fast zwei Jahre aus Corona-Gründen gar nicht mehr getagt. Nicht hoch genug zu loben, sicherlich akzeptiert, aber als Rufer in der Wüste kaum durchsetzungsfähig. Aber vier kritische Punkte habe ich aus dieser Sitzung mitgenommen: Personal und Zeitmangel, marodes Wegenetz, zu wenig Geld und keine klare Trennung zwischen Landschaft und Kultur und Events.

Deshalb stehe ich heute hier, um mit einem zugegeben groben Ansatz eine Diskussion anzuregen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Inhalte unseres 100-Seiten-Papiers „Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025“. Beginnen wir doch einfach mit den fünf Zentralfriedhöfen unserer Stadt. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung für folgende Punkte: Für ausgewählte Friedhöfe werden wir die Mitgliedschaft in der Charta beantragen, und die Verwaltung sollen wir mit der Entwicklung eines Konzeptes Kölner Kulturfriedhöfe betrauen. Auf der Basis einer realistischen Personal- und Finanzmittelplanung soll das haushaltswirksam erstens 2025 sein.

Aber eins liegt mir besonders am Herzen: die schnellste Wiedereröffnung der großen Trauerhalle. Sie ist 2022 ohne klaren Befund und Beschluss auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Das Zeltinterim mag eine kurzfristige Lösung sein, aber wir beantragen, dass die Trauerhalle nächstes Jahr, im Jahr 2024, saniert und wiedereröffnet wird. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Abé das Wort.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Sehr geehrte Damen und Herren hier und vor Ort an den Bildschirmen! Die Kölner Friedhöfe sind nicht nur Orte, an denen Bestattungen stattfinden, Angehörige trauern und Menschen ihre letzte Ruhe finden. Sie sind Orte mit historischer Bedeutung, Orte der Ruhe für viele Kölner*innen, Orte, an denen sie sich vom Stress des Alltags erholen.

Gerade in besiedelten Bereichen sind sie wichtige Grünflächen und in Zeiten des Klimawandels von nicht unerheblicher Bedeutung für das Mikroklima in unserer Stadt. Daher wurde bereits 2019 eine Öffentlichkeitsbeteiligung zur zukünftigen Entwicklung der Kölner Friedhöfe durchgeführt. Herr Wortmann hat es erwähnt, deswegen wundert mich sein Antrag. Diese sind in das Konzept „Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025“ geflossen.

Mit den Handlungsempfehlungen aus dem Konzept hat die Stadt sich auf den Weg gemacht, die zukünftige Bedeutung der Friedhöfe weiterzuentwickeln. Die Themen Kultur, Naturschutz und Umwelt sind dabei im Fokus, ohne die Funktion der Friedhöfe als Orte der Ruhe und Trauer in Frage zu stellen.

Herr Wortmann, das war ausdrücklicher Wunsch der Bürger*innen und auch Grund für den von Ihnen in Ihrer Rede erwähnten Beschluss aus dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Grün. Daher sind unserer Auffassung nach die Punkte 2a und 2b des hier vorliegenden Antrags obsolet.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleg*innen, etwas differenzierter stellt sich die Lage beim immateriellen Kulturerbe dar. Eine engagierte Gruppe fungiert als Botschafter*innen für das immaterielle Kulturerbe Friedhofskultur. Das Ziel unterstützen wir. Daher finde ich es sehr gut, dass in Köln schon fast alle Punkte der Charta erfüllt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich allerdings nicht die Notwendigkeit und den Mehrwert für einen Beitritt; und ob das für einzelne Friedhöfe überhaupt möglich ist, weiß ich auch nicht.

Nach den Auskünften, die mir vorliegen, wäre der derzeitige Vorteil vor allem ein symbolischer. Die

Schilder, die man für einen Preis von 79 bis 89 Euro pro Stück bekommen kann, würden mit aller Voraussicht gar nicht wahrgenommen werden. Daher sehe ich die Notwendigkeit nicht darin. Ich würde eher vorschlagen, dass wir die Ressourcen der Friedhofsverwaltung dafür nutzen, die Ziele zu leben und nicht zu vermarkten. Nichtsdestotrotz fände ich es richtig, wenn wir unabhängig vom Antrag im Ausschuss noch einmal über dieses Thema sprächen.

Meine Damen und Herren, zum letzten Punkt des Antrages mache ich nur eine kurze Anmerkung: Die Gebäudewirtschaft hat bereits mit den Planungen zur Sanierung der Trauerhalle begonnen. In einem Termin vor Ort ist Mitgliedern des Ausschusses ausführlich dargestellt worden, dass man intensiv an der Sanierung arbeitet. Ausweichmöglichkeiten wurden geschaffen. Zu den Hintergründen verweise ich auch auf eine Antwort auf unsere Anfrage im Betriebsausschuss für Gebäudewirtschaft. Wir wissen alle, wie langwierig und kompliziert Bauprojekte derzeit sind. Eine Fertigstellung bis 2024 ist daher schlicht unrealistisch, und auch hier plädiere ich für Ablehnung.

Herr Wortmann, Sie hätten besser nicht nur auf den Rat meines lieben Kollegen Gerhard Brust hören sollen, sondern auch das Angebot der Zusammenarbeit annehmen sollen. Den Antrag der Fraktion Die FRAKTION lehnen wir entsprechend meiner Ausführungen in Gänze ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nach meiner Rednerliste hat jetzt Frau Helmis-Arend das Wort, was mir die Gelegenheit gibt, meine herzlichen Glückwünsche zu Ihrer Eheschließung zu übermitteln.

(Beifall)

Sie konnten zu Beginn der Sitzung nicht hier sein. Es ist ganz, ganz schön, dass Sie mir die Gelegenheit jetzt geben.

Maria Helmis-Arend (SPD): Das ehrt mich sehr. - Vielen Dank. Ja, es wagt jemand mit mir ein Leben lang. Das freut mich sehr.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Aber von dieser Feier des Lebens wenden wir uns jetzt diesem eher morbiden Thema zu. Es ist ein krasser Themenwechsel, aber ich versuche es.

(Heiterkeit)

Wir bedanken uns sehr, dass Herr Wortmann auf dieses 100-Seiten-Papier, dieses bestehende Friedhofskonzept, hingewiesen hat, das, wie auch erwähnt, Beschlusslage im Rat ist. Es wurde 2019 im Fachausschuss beschlossen. Das sagt eigentlich zu unserer Haltung zu diesem Papier schon fast alles. Uns alle hat die Nachricht der Friedhofsgenossenschaft erreicht. Durchaus noch zur Frage stünde -, was etwaige Vorteile einer Mitgliedschaft in der Charta sein könnten und was darüber hinaus die genauen Kosten angeht. Auch hier würden wir an den Fachausschuss verweisen mit der Bitte, das noch einmal gründlich zu prüfen und da vielleicht inhaltlich nachzusteuern. Von der jetzigen Betrachtung her besteht aus unserer Sicht an dieser Stelle kein Handlungsbedarf.

Die Schaffung eines zusätzlichen Bereichs im Dezernat Kunst und Kultur sehe ich natürlich auch durch die Kulturbrille mit der Erfahrung, dass ämterübergreifende Zusammenarbeit nicht immer die Prozesse beschleunigt und vereinfacht. Insofern sehen wir auch diesen Vorschlag nicht unbedingt als gewinnbringend, was eine Steigerung und Förderung der Friedhofskultur angeht. Zu guter Letzt besteht für die Trauerhalle ja eine Interimslösung. Sie ist geplant und an der Stelle auch überzeugend. Auch hier besteht also kein Handlungsbedarf. Wir können also diesen Antrag nicht zustimmen und werden gleich ablehnend votieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Impuls des Antrags der Fraktion Die FRAKTION halten wir prinzipiell für gut. Wir würden auch beantragen, dass er einerseits in den Umweltausschuss, aber zusätzlich auch in den Unterausschuss für Kunst und Kultur verwiesen wird. Den Punkten 1 und 2a könnten wir zustimmen. Angesichts der Vorgänge um Sitzbänke auf Melaten sehen wir schon einmal

Diskussionsbedarf in den Ausschüssen, ob tatsächlich genügend Personal für die Ordnung der Kölner Friedhöfe vorhanden ist. Den Beschlusspunkten 2b und 3 können wir nicht zustimmen. Falls ein Verweis in einen oder beide Ausschüsse nicht beschlossen würde, würden wir um punktweise Abstimmung bitten, wobei 2a und 2b bitte getrennt abgestimmt werden sollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich jetzt folgendermaßen abstimmen: Zunächst lasse ich über die Verweisung in beide Ausschüsse abstimmen. Falls das keine Mehrheit findet, lasse ich die Ausschüsse einzeln abstimmen. Dann müssen wir einmal gucken, ob vielleicht noch eine punkteweise Abstimmung in Frage kommt. Das würde ich jetzt von dem Abstimmungsverhalten abhängig machen, wenn Sie einverstanden sind.

Wer damit einverstanden ist, in beide Ausschüsse, nämlich in den Klima- und Umweltausschuss sowie in den Ausschuss für Kunst und Kultur zu verweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Ratsmitglied Zimmermann, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Verweis in den Umweltausschuss, dem zuständigen Ausschuss für Friedhöfe, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Verweis in den Ausschuss für Kunst und Kultur abstimmen.

(Zurufe: Was?)

- Ja, ich muss es nacheinander abarbeiten. Was Sie mir auferlegen, wird jetzt hier korrekt abgearbeitet. Wer wünscht, das in den Ausschuss für Kunst und Kultur zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das abgelehnt.

Jetzt folgt die punkteweise Abstimmung, und zwar - jetzt müssen Sie mir helfen - zu welchen Punkten genau?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: 1 und 2a gemeinsam und den Rest!)

- 1 und 2a und den Rest.

Dann lasse ich zunächst abstimmen: Wer dem Antrag unter Punkt 1 und 2a zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die FRAKTION und die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Rest abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und die AfD. Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Es ist alles abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Mündlicher Antrag der Fraktion Die Linke. auf Verweisung in die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Grün sowie den Ausschuss für Kunst und Kultur

I. Abstimmungsergebnis über die Verweisung in den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün sowie den Ausschuss für Kunst und Kultur

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, AfD und Die FRAKTION sowie den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmungsergebnis über die Verweisung in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt abgelehnt.

III. Abstimmungsergebnis über die Verweisung in den Ausschuss für Kunst und Kultur:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., AfD und Die FRAKTION sowie den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

IV. Punkteweise Abstimmung auf Antrag der Fraktion Die Linke.

1. Abstimmung über die Punkte 1 und 2a des Antrages

Beschluss:

1. Die Stadt Köln als Trägerin aller zweckgebundenen Friedhofsflächen im Stadtgebiet bekennt sich zum „Immaterielles Erbe Friedhofskultur“ und beantragt umgehend eine Aufnahme in das Register der Charta Friedhofskultur. Damit hat sie das Recht, das Logo der Charta auf allen Friedhöfen zu veröffentlichen (https://kulturerbe-friedhof.de/immaterielles-erbe/charta-friedhofskultur.html)

2. Der Rat beschließt, neben der bestehenden Verwaltung und Entwicklung der Friedhofsflächen, das kulturelle Leben der Friedhöfe auszubauen:

a. Die Friedhofsverwaltung konzentriert ihre Tätigkeiten ausschl. auf die Pflege der Friedhofsflächen und Aufbauten sowie die Planung und Begleitung von Bestattungen, wird aber beauftragt, zur Sicherstellung der Dienstleistungen und optimalen Flächennutzung rechtzeitig zur Beratung des Haushalts 2025 eine realistische Planung des Personalbedarfs, der technischen Infrastruktur und der Kosten vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT abgelehnt.

2. Abstimmung über die Punkte 2b und 3 des Antrages

Beschluss:

2.

b. Das Dezernats Kunst & Kultur wird mit der Betreuung des „Kulturellen Lebens Kölner Friedhöfe“ betraut (Denkmalpflege, Weiterbildung, Events) und baut einen entsprechenden Fachbereich neu auf. Hierzu wird ein Masterplan „Kulturelle Vielfalt Kölner Friedhöfe – dem Stigma entgegenwirken“ erstellt, und das Konzept einschl. einer Kostenschätzung rechtzeitig zur Beratung des Haushalts 2025 vorgelegt.

3. Der Rat beschließt die Wiedereröffnung der „Großen Trauerhalle“ auf dem Friedhof Melaten bis zu Beginn der Sommerpause 2024. Entsprechende Mittel werden zu gleichen Teilen aus den Etats der Denkmalpflege/Gebäudewirtschaft und des Kulturhaushalts bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und AfD bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Anmerkung:

Antrag auf Verweisung und hilfsweiser Antrag auf punktweise Abstimmung von RM Kockerbeck.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Stadt Köln kündigt X-(Twitter)-Konten“
AN/1828/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1877/2023

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Werte Zuschauende! Mein Antrag, dass die Stadt Köln ihre Twitter-Accounts - oder X-Accounts - löschen möge, hat einen

Änderungsantrag erfahren - ich wollte es nur kurz erwähnen -, nachdem ich Meldungen gehört habe - auch von Herrn Vogel -, dass die Stadt Köln sowieso einen Rückzug plant, aber einen Account aufrechterhalten möchte, um für Notfälle auch schnell viele Leute erreichen zu können. Das ist in dem Sinne für Notfälle einleuchtend. Das habe ich als Änderungsantrag formuliert.

Zu meinem eigentlichen Hauptanliegen: Twitter, Social Media etc. sind inzwischen leider zu Foren geworden, die im Wesentlichen oder zu weiten Teilen von Hassrede bestimmt sind. Es geht mir in meinem Antrag nicht, wie manche vorwerfen, um Zensur oder um ein Einschränken der Meinungsfreiheit etc. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Diese Zensur und das Einschränken der Meinungsfreiheit werden von dem neuen Eigentümer betrieben. Er schaltet nach Lust und Laune die Accounts von kritischen Journalisten an und ab. Er verklagt Wissenschaftler, die in den USA genau das Thema Hassrede untersuchen; er hat am 1. August gegen das Zentrum zur Bekämpfung von digitalem Hass in den USA Anklage eingereicht. Es wird relativ deutlich: Die Klage begründet sich darauf, dass er es geschäftsschädigend findet, wenn sich Wissenschaftler*innen mit Hassrede auf Twitter bzw. auf X beschäftigen. Das ist es, worum es ihm geht. Es geht ihm nicht um Meinungsfreiheit und Ähnlichem.

Ein Rückzug von einem Account ist lediglich ein Rückzug. Es ist keine Aussage; es schränkt auch niemanden ein. Wer sich privat dort noch weiter herumtreiben möchte, soll dies gerne tun. Wer auf diese Art der Debattenkultur steht, muss meiner Ansicht nach ein Masochist oder eine Masochistin sein. Aber es ziehen sich auch immer mehr zurück - und das ist eigentlich auch gut so. Aber wer privat oder auch in der Wirtschaft da weitermachen möchte, soll dies tun. Mir geht es hier ausschließlich um die Stadt Köln.

Wie steht es mit diesen öffentlichen Accounts? Wir sind vor ein paar Jahren, als diese ganze digitale Welle über uns schwappte, begeistert mit darauf aufgesprungen, weil die Stadt Köln natürlich schneller an die Bürgerinnen und Bürger Informationen übermitteln kann und eben unzensiert auch Bürgerinnen und Bürger über alle möglichen Mitteilungen etc. informieren kann. Das ist eine tolle Sache. Heute sieht es aber etwas anders aus. Wir haben diverse Kanäle, über die wir die Bevölkerung informieren können: über eigene Apps, über noch andere Social-Media-Plattformen, über Newsletter etc. - auch dieser Livestream ist übrigens ein Teil dieser neuen Methoden, die Öffentlichkeit zu erreichen. Ich denke, wir haben insgesamt eher einen Überfluss an Informationen in unserer Gesellschaft als eine qualitätsvolle Einordnung dieser ganzen Informationen. Der Informationspflicht werden wir genüge. Deswegen gibt es für einen Verbleib bei Twitter meiner Ansicht keinen Grund mehr.

Ein Rückzug unsererseits ist keine Zensur, und ich finde, wir sollten auch nicht für das, was dort auf Twitter geschieht, eine Kulisse bilden. Natürlich hat es einen Einfluss, ob eine Stadt dort ist oder nicht. Sie erzeugt Reichweite; sie erzeugt Legitimation. Ich finde, wir sollten dies X nicht mehr gewähren.

Zusammenfassend hat Ferda Ataman mein Anliegen Anfang Oktober ganz gut beschrieben. Wer sie nicht kennt: Ferda Ataman ist die unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung. Sie schreibt, X sei durch den enormen Anstieg von Trans- und Queerfeindlichkeit, Rassismus, Misogynie, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Inhalten für das Profil einer öffentlichen Stelle kein tragbares Umfeld mehr. Daher hat sich auch diese Antidiskriminierungsstelle von X zurückgezogen. Es gibt diverse andere Beispiele, wer sich zurückgezogen hat. Ich will nicht alles aufzählen. Ich denke, der Stadt Köln würde es guttun, wenn wir zumindest dort nicht mehr aktiv wären. Insgesamt bleibt das Thema natürlich weiter auf der Tagesordnung. Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Zimmermann! Sehr geehrte Damen und Herren! Im ersten Augenblick hört sich für mich der Antrag ganz vernünftig und nachvollziehbar an. Ich war auch, bis ich diese Rede geschrieben habe, tatsächlich noch bei X. Ich war wenig aktiv; denn jedes Mal, wenn ich es geöffnet habe, habe ich es nach kurzer Zeit wirklich angewidert wieder geschlossen. Es ist nicht mehr zu ertragen. Ich habe jetzt Ihren

Antrag und diese Rede zum Anlass genommen, meinen Account zu löschen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielen Dank erst einmal dafür! Die Stadt ist aber keine Privatperson. Das unterscheidet sie in der Tat. Die Stadt ist erst einmal verpflichtet, ihre Bürgerinnen und Bürger zu informieren, und zwar möglichst barrierefrei. Diese Barrierefreiheit heißt auch, dass man alle zur Verfügung stehenden Kanäle nutzt, wenn es darum geht, wichtige Nachrichten zu verbreiten.

Früher hat man Anträge oder Beschlussvorlagen aus dem Rat getwittert - ob das wichtig ist oder nicht, mag jeder für sich selbst entscheiden. Es gibt aber tatsächlich immer wichtige Dinge, sei es Bombenräumung, irgendwelche Gefahren oder sonst etwas. Wir müssen uns damit abfinden, dass viele Menschen dort noch sind, und dass es für viele Menschen das Medium schlechthin ist. Es ist weder illegal noch verboten. Sie sprechen die ganze Zeit von allen Social-Media-Kanälen. Es macht mir ein bisschen Sorge, dass wir beim nächsten Mal hier den nächsten Austritt beschließen. Dann geht das alles zu weit.

Aber die Stadt hat ihre Aktivität bei X schon auf das Nötigste begrenzt, also auf die Eil- und Warnmeldungen für Bürgerinnen und Bürger. Damit sind wir eigentlich beim Pudels Kern: Alles, was Sie in Ihrem Antrag fordern, macht die Verwaltung schon ganz ohne Antrag. Es stärkt persönlich mein Vertrauen in die Verwaltung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu wissen, was gut und richtig ist, und macht den Antrag eigentlich überflüssig. Sollte X irgendwann einmal wieder den Eigentümer wechseln oder sich als sinnvoller Kanal wieder zum Guten entwickeln, steht Ihr Antrag dann eigentlich im Weg, weil es einen neuen Ratsbeschluss bräuchte, damit die Verwaltung die Aktivitäten dort wieder aufnehmen kann.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir halten den Antrag eigentlich für überflüssig, weil er ins laufende Geschäft der Verwaltung eingreift, werden uns aber enthalten, damit niemand auf die Idee kommt, dass wir irgendwie X unterstützen möchten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Froh das Wort.

Manuel Uwe Froh (Volt): Frau Oberbürgermeisterin! Wir würden den Redebeitrag zu Protokoll geben und dem Antrag zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann und Frau Ruffen! Wir sind auch über Ihre Wortbeiträge sehr irritiert. Herr Zimmermann, einerseits haben Sie zunächst gefordert, dass die Stadt Köln sich von X, ehemals Twitter, komplett abmeldet, um X nicht noch mehr Reichweite zu geben. Es ist nicht so, dass sich alle Nutzer deswegen jetzt in tiefe Traurigkeit stürzen, weil die Stadt Köln sich dort abmeldet. Im Gegenteil, es wurde eigentlich eher kritisch gesehen, aber dazu später mehr.

Zwei Tage nach der Einreichung Ihres Antrags wurde dieser eigentlich schon obsolet, da der Twitter-Account der Stadt die Entwicklung auf X schon länger mit Sorge betrachtet und sich auf das Grundlegende dort beschränken wollte - siehe den entsprechenden Tweet. Die Kommentare darunter lassen sich treffend unter „Könnt ihr keine Demokratie mehr?“ zusammenfassen.

(Beifall bei der AfD)

Als Grund für die Abkehr nennen Sie, Herr Zimmermann, das Ermittlungsverfahren gegen Musk und X und führen als Quelle *Die Süddeutsche Zeitung* an, die in ihrer Einleitung noch viel interessantere Dinge schreibt. So möchte ich daraus gern zitieren:

> Fast alle Bausteine sind nun an ihrem Ort in Thierry Bretons Reich, und er zählt sie mit den Fingern auf: das Datengesetz, das die Nutzung digitaler Daten regelt, dazu die Gesetze über digitale Märkte und digitale Dienstleistungen. Und die Regeln für künstliche Intelligenz sind auch bald fertig. Der EU-Kommissar sagte am Donnerstag: „Endlich ist der digitale Markt vereinigt unter denselben Regeln.“ Es sind in großen Teilen seine Regeln, und an Elon Musk und seiner Plattform X, ehemals Twitter, statuiert Breton das erste Exempel.

Im vorliegenden Antrag werden aber wichtige Informationen, die ebenfalls in der *SZ* stehen, nicht aufgeführt, Herr Zimmermann. Herr Breton hat auch Facebook und TikTok ermahnt, ihre sogenannten Deepfakes, also manipulierte Berichte, Bilder und sonstige irreführenden Inhalte zu löschen. Diese sind zum Teil aber noch online. Wie würde es dann damit gehalten? Frau Ruffen, wollen Sie denn auch Ihr Facebook-Profil dann löschen? Konsequenterweise müsste die Stadt dann aber auch ihre Konten bei Facebook dicht machen.

Ich denke, dass wir in einer entscheidenden Frage aber einer Meinung sind: Transparenz ist wichtig. Inhalte, die unwahr sind und Fehlinformationen beinhalten, müssen korrigiert und/oder gelöscht werden. Aber wie sollen denn die interessierten Menschen - und da rede ich nicht nur von den ganzen Trollen, die da umherschwirren - den Kontakt zur Stadt Köln halten?

Außerdem soll es doch Menschen nicht vorbehalten sein, dort die Informationen und Stellungnahmen kommentieren zu können. Auf Twitter verkündete das Social-Media-Team, dass man unter anderem auf Bluesky nun aktiv und präsent sei. Der vor allem in linken Kreisen viel beschrieene blaue Himmel hat natürlich nur Vorteile. Dort kommt man nur mit Einladungslink hinein und wird bei Widerworten sofort gebannt. Alles, was nicht links ist, ist halt eben total rechts.

(Beifall bei der AfD)

Es ist der neue linke Traum: Eine Echokammer, die sich selbst applaudiert und damit ohne Widerspruch lebt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Schön, dass Sie lachen! Wie soll man denn auch in die Echokammer kommen, wenn man nicht zur Echokammer gehört? Am 18.10. verkündete das Social-Media-Team, das, was Sie am 23.10. schon beantragt haben: ein Twitter-Konto für Eilmeldungen und Ratsangelegenheiten. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab, werden uns aber noch einmal genau mit dem Social-Media-Konstrukt der Stadt Köln auseinandersetzen. Wenn nicht wir als Social-Media-Partei, wer dann? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Darum lasse ich jetzt darüber abstimmen. Ich möchte das natürlich auch gerne kommentieren - vielleicht einmal so: Ich freue mich, wenn der Rat dem Vorgehen der Verwaltung zustimmt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt schön formuliert!)

Wer ist gegen diesen Antrag?

(Zuruf von der AfD: Den Änderungsantrag?)

- Als Änderungsantrag, ja. Es ist eigentlich klar, dass ich erst über den Änderungsantrag abstimmen lasse. Da es nur einen gibt, könnte man darauf kommen.

(Zuruf von der AfD: Muss ja mal gefragt werden!)

Ich lasse über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Abstimmung über den Antrag mit der Ergänzung aus dem Änderungsantrag von RM Zimmermann

Beschluss:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, umgehend alle X-(Twitter)-Konten der Stadt Köln zu kündigen. Auch der gesamte Stadtwerke Köln Konzern wird gebeten seine x-Accounts zu kündigen.

Als Ausnahme bleibt ein X-Konto der Stadt Köln erhalten, dieses soll ausschließlich für Notfall-Meldungen (zum Beispiel Evakuierungen und Unwetter) dienen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend

„Verlängerung der Möglichkeit für erweiterte Außengastronomieflächen“ AN/1732/2023

Ich gebe Herrn Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Zuschauer*innen auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Liebe Kolleg*innen! Was haben sich doch unsere Straßen in den letzten vier, viereinhalb Jahren verändert! Man weiß gar nicht mehr, wie es davor aussah, als Nichtsitzen statt Parken war, also auf Parkplätzen noch Autos standen und nicht Orte der Begegnung, wo man sich hinsetzen konnte, etwas bestellen konnte und sich austauschen konnte, wo noch nicht während der Pandemie die Flächen ausgeweitet wurden, damit sich noch mehr Menschen im Freien treffen konnten - damals aus pandemischen Gründen. Wenn wir durch unsere Viertel gehen, merkt man, was das für einen positiven Einfluss auf die ganze Atmosphäre und auf die Menschen, die sich treffen, hat. Das ist wunderbar. Man vergisst manchmal, wenn die Jahre so ins Land ziehen, dass wir da gemeinsam sowohl für die Gastronomie, für die Kölnerinnen und Kölner und für uns alle gute Entwicklungen beschlossen haben.

Natürlich bei allem Neuen, was passiert, ruckelt es hier und da. Einige Gastronomien haben die Barrierefreiheit in manchen Flächen nicht klar befolgt. Da musste nachgesteuert werden. Manchmal gab es noch Bedarf, mit Anwohner*innen zu sprechen, um da auch entsprechende Vereinbarungen zu haben. Auch das ist notwendig, und in den ersten Jahren dieser neuen Entwicklungen ist es auch ganz normal. Aber die Grundbotschaft ist, dass es im Großen und Ganzen in weiten Teilen sehr gut funktioniert hat. Das werden wir mit dem Beschluss, den wir heute fassen, fortführen.

Wir sprechen heute über das Kuchenstück, das wir in der Pandemie mit den erweiterten Flächen der Außengastronomie beschlossen haben und das wir schon in diesem Jahr bis Ende 2023 verlängert haben. Das werden wir heute bis Ende 2024 beschließen. Aus unserer Sicht könnte es auch unbefristet sein. Aber dazu kommen wir in Punkt 2: Das Konzept muss zur dauerhaften Nutzung der Außengastronomie da sein. In Punkt 2 unseres Antrages finden Sie nochmals die Beauftragung an die Verwaltung, dieses zu entwickeln und dann dem AVR in 2024 vorzulegen, um es dann dort zu haben.

Freuen wir uns heute auf einen großen - ich vermute einmal breit getragenen Beschluss -, dass die Außengastronomie auch in 2024 die erweiterten Flächen nutzen kann, dass sich viele Kölnerinnen und Kölner wieder dort treffen können und dass wir den öffentlichen Raum dort gut nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne hier und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag initiiert, einerseits, um den vielen gastronomischen Betrieben in Köln weiterzuhelfen, weil die Pandemie der erste schwere Schlag für das Gewerbe war; der zweite folgte durch die Energiekrise, die natürlich auch entsprechend empfindliche Lücken in die Geldbeutel der Menschen gerissen hat. Damit haben sich die Möglichkeiten der Gastronomie deutlich reduziert.

Wir haben festgestellt, dass die Lockerungen, die wir getroffen hatten, eigentlich dazu geführt haben, dass Köln etwas mediterraner wird, dass die strikte Ordnung, die wir vorher hatten, etwas vielfältigere und lebendigere Plätze ermöglicht hat. Das ist etwas, was an der Stelle sicherlich sehr, sehr positiv war. Wir haben jetzt die Thematik, dass wir das gerne verlängern würden. Wir können es aber nicht unbefristet tun - der Kollege hat schon darauf hingewiesen -, weil es natürlich auch rechtliche Einschränkungen gibt. Es waren Sonderregelungen, die wir gemacht haben. Deshalb die eindringliche Bitte an die Verwaltung, hier über Gestaltungshandbuch und Ähnliches die Dinge so zu regulieren, dass wir etwas mehr Laisser-faire haben; das heißt, etwas mehr Flächen zur Verfügung stellen können, gleichzeitig aber auch die Erfordernisse, die zwingend erforderlich sind, nämlich insbesondere auch die Abwägung bei Flächengrößen insgesamt mit den entsprechenden berechtigten Interessen der vielen Anwohnerinnen und Anwohner, die wir Gott sei Dank in allen Teilen der Stadt, also auch hier in der

Innenstadt haben, und dass wir hier weiterhin zu einem fairen Ausgleich kommen, aber auch deutlich mehr Angebot haben, als wir vor der Pandemie hatten. Ich glaube, das hat der Stadt gutgetan. Das ist gut für unsere gastronomischen Betriebe. In dem Sinne bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Froh das Wort.

Manuel Uwe Froh (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle! Zitate sind im Rat gern gesehen. Deswegen würde ich mich dieses Mal gerne selbst zitieren.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich zitiere aus einem Redebeitrag, den wir vor anderthalb Jahren zum gleichen Thema gehalten haben. Da habe ich gesagt:

> Bis 2023 ist jetzt Zeit, ein vernünftiges Konzept mit allen Beteiligten zu erarbeiten. Verstehen Sie diese knappen zwei Jahre aber bitte nicht so, dass man erst auf den letzten Drücker anfängt und dann den Zeitplan nicht mehr einhalten kann. Daher ist unser Wunsch, das Thema nur noch einmal auf der Tagesordnung zu sehen, nämlich dann, wenn wir dem ausgearbeiteten Konzept zustimmen können.

Nun, der jetzt behandelte Antrag spricht da wohl für sich. Es wurde zwar nicht auf den letzten Drücker angefangen, aber Ende 2023 wird vermutlich doch nicht mehr eingehalten werden. Deswegen der Antrag und die nächste befristete Verlängerung, damit wir einem der größten Wirtschaftszweige in Köln zumindest wieder ein Jahr, bis Ende 2024, weitere Planungssicherheit geben können; in der Hoffnung, dass sich unser Wunsch beim nächsten Mal erfüllt, und wir das Thema der Außengastronomie hier im Rat nur noch einmal auf die Tagesordnung bekommen, und zwar dann, wenn eine langfristige Lösung gefunden wurde. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir leben wahrhaft in besonderen Zeiten. Wenn jetzt Konservative schon mehr Laisser-faire fordern, kann ich mich gerne anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich auch meinem direkten Vorredner anschließen. Wir werden dem Antrag zustimmen, um die Spannung herauszunehmen.

(Heiterkeit bei der SPD)

In der Tat ist es bemerkenswert, dass im Frühjahr 2022 schon gefordert wurde, bis Ende 2023 dieses Konzept vorzulegen, und dass wir jetzt sozusagen Ende 2023, in einem politischen Kraftakt, um es einmal etwas ironisch zu sagen, beschließen, dass das Konzept jetzt aber Anfang 2024 vorzulegen ist. Das sagt auch ein bisschen was darüber aus, wie mit Beschlüssen des Rates an der Stelle umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD)

Einen Punkt will ich aber noch machen - auch da ist die Sache offensichtlich in Verzug geraten -: Neben der Frage, diese Laisser-faire-Regelung zu verlängern, stellt sich aber auch die Frage: Wann kommt das Neue oder die Überarbeitung des entsprechenden Abschnitts des Gestaltungshandbuchs? Denn es ist beschlossen worden, dass das Gestaltungshandbuch auch in diesem Jahr noch überarbeitet vorgelegt werden soll. Auch das ist noch nicht da. Das ist sicherlich auch ein Punkt, der für die Gastronomen ganz wichtig ist, die sich Wetterschutzelemente etc. in der Pandemiezeit angeschafft haben. Was wird jetzt daraus? Deswegen auch unsere Forderung: Die Überarbeitung des Gestaltungshandbuchs - des entsprechenden Kapitels - muss jetzt auch wirklich sehr zügig vorgelegt werden. In diesem Sinne - machen wir es kurz -: Wir stimmen zu. Ich denke, die Zeit, auch spätestens der Pandemie, hat gezeigt, wie wertvoll Außengastronomie auch für das Leben in der Stadt ist. Das fördern wir gerne. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den antragstellenden Fraktionen einen ganz, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie diesen Antrag hier eingebracht haben. Wir haben in der Tat in den letzten Jahren gelernt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Freizeit gerne draußen verbringen. Ob das Stichwort „Mediterranisierung“ in Anbetracht des OVG-Urteils zum Brüsseler Platz hier angemessen ist, weiß ich nicht; aber der Trend geht natürlich dahin.

Ich hätte mich im Übrigen auch gefreut, wenn die gleichen Fraktionen, ohne zu zögern seinerzeit für die Gebührenreduzierung für die Gastronomen und Gastronominnen gestimmt hätten. Das ist meines Erachtens nicht erfolgt. Daher sind es ein bisschen Krokodilstränen, die Sie hier beantragen. Wir hätten uns auch gefreut, wenn die Verwaltung und auch die die Verwaltung tragenden Fraktionen etwas weniger robust aufgetreten wären, als es darum ging, die Büdchen - also die Aufbauten, die Buden der Außengastronomen etc. - zu entfernen. Die Diskussion ist erst einige Monate her. Hier hatte ich damals vom Ratsbündnis nichts gehört. Ich hätte mich auch gefreut, wenn das Ratsbündnis ebenso vehement für die Gastronomen gekämpft hätte, als es im vorvergangenen Sommer 2022 auf der Aachener Straße diese Posse mit dem Bürgersteig gab.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich hätte mich auch gefreut, wenn sich das Ratsbündnis so vehement für die Rechte und Interessen der Gastronomen eingesetzt hätte. Ich hätte mich auch gefreut, wenn das Ratsbündnis im Zusammenhang mit dem Antrag, den Herr ehemals Jeschka, jetzt Froh - übrigens auch herzlichen Glückwunsch nachträglich - eingebracht hat, mit gleichem Engagement für die Einsetzung des Konsultationskreises für das Gestaltungshandbuch eingetreten wäre. Ich hätte mich ebenso gefreut, wenn sich das Ratsbündnis mit der gleichen Vehemenz, die man hier vorzutäuschen sucht, für die Gastronominnen und Gastronomen eingesetzt hätte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Bringen Sie mal die 7 Prozent ein!)

- Lieber Herr Kollege Petelkau, wir wissen deswegen, dass die Gastronomen hier in Köln die Unterstützung dieses Rates brauchen. Aber eines müssen Sie sich gefallen lassen - der Herr Kollege Jeschka hat eben die Katze aus dem Sack gelassen -: Ihre eigenen Anträge aus dem Jahre 2022 dümpeln hier herum. Der Sinn und Zweck dieses Antrages ist es einzig und allein zu kaschieren, dass andernfalls ihr glorreich vor zwei Jahren verabschiedeter Antrag ansonsten zum Jahresende im Nirwana verschwunden wäre. Deswegen besteht für das Ratsbündnis hier heute kein Grund zu feiern. Das müssen Sie sich gefallen lassen. Gleichwohl wird meine Fraktion aus ebendiesem Interesse für die Gastronominnen und Gastronomen und die Bürgerinnen und Bürger dem Antrag gerne zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus!

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauende!

Herr Froh, danke für das Selbstzitat. Ich hoffe sehr, dass es sich bewahrheitet und wir das nicht noch einmal und noch einmal und noch einmal hier haben werden; denn das, was die Gastronomen und Gastronominnen brauchen, ist Verbindlichkeit, nämlich wie sie ihre Außengastronomie gestalten. Ich glaube, hier haben wir vor einigen Jahren etwas ganz Neues erfahren, nämlich dass sich die Stadtgestaltung durch die Gastronomen und Gastronominnen so vehement geändert hat - und das in vielerlei Hinsicht wirklich zum Guten: Parkplätze wurden anders bewirtschaftet als mit Stehzeugen und mit Stühlen gefüllt und einem Lebensgefühl.

Was es auch bedeutet, ist eine Barrierefreiheit - nicht immer, je nachdem, wie es ausgestaltet wird, aber wenn man sich an die Regeln hält, gibt es doch eine Steigerung der Barrierefreiheit; denn nicht in jedes Café oder in jede Kneipe komme ich mit einem Rollstuhl, einem Kinderwagen oder einen Rollator gut hinein. Und so haben sich eben neue Möglichkeiten ergeben, auf einem

barriereärmeren Weg an diesem Teil des Lebensgefühls teilhaben zu können.

Ich hoffe sehr, dass der Konsultationskreis bald zu einem Schluss kommt, und wir dann hier endgültig eine Entscheidung treffen können. Bis dahin freue ich mich auf die Initiative des Bündnisses. Wir stimmen diesem zu. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dem Antrag zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Beschluss:

1. *Die Genehmigung zur Nutzung der Außenflächen inklusive der widmungsfremden Außengastronomieflächen im Straßenland und im öffentlichen Raum wird, wie im Beschluss zum Antrag „Strategien für die Außengastronomie“ (AN/0153/2022), für die Gastronomie vorläufig bis Ende 2024 verlängert*

2. *Das am 3.2.2022 beauftragte Konzept zur dauerhaften Nutzung der zusätzlichen Außenfläche soll im 1. Quartal 2024 dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sofortprogramm: Jetzt bezahlbaren Wohnraum schaffen - Sozialpolitische Katastrophe abwenden!“
AN/1832/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1891/2023

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und draußen an den Bildschirmen! Der mangelnde Wohnraum in Köln, gepaart mit der Wohnungsbaukrise, entwickelt sich mit wachsender Dynamik zu einer echten sozialpolitischen Katastrophe. Ein paar Zahlen will ich Ihnen nennen, die die meisten von Ihnen kennen, die das aber noch einmal verdeutlichen: 6 000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr - das war und ist unser gemeinsames Ziel. Bei Betrachtung der Baugenehmigungen der letzten acht Jahre sind wir meilenweit davon entfernt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für ganze 2 596 Wohnungen wurden 2022 Baugenehmigungen erteilt - der niedrigste Wert seit 2015. Infolgedessen steigen die Mieten in Köln weiter dramatisch an. Im zweiten Quartal des Jahres 2023 zahlte man bei Neuanmietung einer Wohnung in Köln im Durchschnitt etwa 13 Euro pro Quadratmeter und Monat. Das sind fast 60 Prozent mehr als 2012. Im Jahr 2022, um noch eine weitere Zahl hinzuzufügen, standen in Köln etwa 37 000 öffentlich geförderte Mietwohnungen zur Verfügung. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Wohnungsbestand der Stadt von 6,5 Prozent. In den vergangenen 30 Jahren ist der Anteil der geförderten Mietwohnungen stark zurückgegangen.

Zur Erinnerung: 1990 unterlag noch etwas mehr als ein Fünftel aller Wohnungen in Köln einer öffentlichen Förderung. Wir alle, die sich damit auskennen, wissen: Die 6,5 sind auch bald schon Geschichte, weil ganz viele Wohnungen aus der Förderung fallen. Mit diesen Zahlen will ich noch einmal deutlich machen: Die Krise ist jetzt. Und wenn diese Krise nicht in einer echten Katastrophe münden soll, müssen wir auch jetzt handeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn wir wissen, wie lange es derzeit dauert, bis ein B-Plan aufgestellt ist, eine Baugenehmigung erteilt wurde und dann auch der Bau realisiert wurde - auch das hat sich in den letzten Jahren deutlich verlängert -, bedeutet ein einfaches „Weiter so“, dass sich in zehn Jahren, aber vielleicht sogar schon in fünf Jahren, ein Durchschnittsverdiener eine neue Wohnung in Köln nicht mehr leisten können wird. Deshalb brauchen wir jetzt ein Sofortprogramm, mit dem wir dieser

Entwicklung entschlossen und wirkungsvoll entgegentreten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Unser Vorschlag lautet wie folgt - Sie haben es vorliegen -:

Erstens. Wohnungsbau muss ab sofort höchste Priorität bei der Vergabe städtischer Flächen genießen. Vorhaben, die bezahlbaren Wohnraum sowie die dafür erforderliche soziale Infrastruktur wie Kitas, Schule und, liebe Fraktion Die LINKE, natürlich auch Angebote für Senioren schaffen, müssen zukünftig bevorzugt berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Selbstverständlich müssen bei der konkreten Vergabeentscheidung auch Aspekte des nachhaltigen Bauens berücksichtigt werden. Dazu stehen wir in aller Form, auch wenn wir darauf in einem Punkt gleich noch einmal zurückkommen, wo wir anderer Meinung sind, aber mit unserer Bundesregierung, glaube ich, einer Meinung sind.

Ganz entscheidend für den Erfolg einer echten Wohnungsbauoffensive ist die Frage der Flächenkosten. Angesichts der gestiegenen Kosten in fast allen Segmenten hat hier die Stadt noch einmal eine ganz besondere Verantwortung und Rolle. Weiterhin gilt nämlich der Grundsatz: Auf teurem Grund entsteht kein günstiger Wohnraum. Deshalb ist unser Vorschlag für die Grundstücksanteile, die im Geschosswohnungsbau als geförderte Wohnungen entstehen: 100 Prozent zugesichert und vertraglich abgesichert sollen 0 Prozent Erbpachtzins aufgerufen werden - also quasi Grund und Boden kostenlos für diejenigen, die uns helfen, diese soziale Katastrophe zu verhindern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn die Analyse stimmt, dass Wohnen die soziale Frage unseres Jahrhunderts ist, genauso wie das Klima *die* umweltpolitische Frage unseres Jahrhunderts ist, dann müssen wir für beides richtig Geld ausgeben und in die Hand nehmen; nämlich, wie wir meinen, 1 Milliarde Euro für die nächsten zehn Jahren, damit wir bis zu 20 000 Wohnungen in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage und der Zinsen entstehen lassen können. Ein Großteil dieses Fördervolumens werden wir in den zukünftigen Haushalten abbilden müssen. Aber immerhin 33 Millionen Euro haben wir bereits in dem Haushalt, den wir alle miteinander beschlossen haben. Wir können also in 2024 direkt loslegen. Das ist doch eine gute Nachricht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich kürze ein bisschen ab, weil meine Redezeit schneller läuft, als man es sich immer wünscht. Wir müssen auch das Segment derer, die nicht einen Wohnberechtigungsschein bekommen, im Auge behalten; deswegen auch an dieser Stelle ein eigenes Förderprogramm. Wir brauchen eine schnellere und deutlich zügigere Bearbeitung aller Wohnvorgänge bei der Verwaltung. Wenn andere Städte in der Lage sind, B-Plan plus Baugenehmigung für Konversionsflächen innerhalb von neun Monaten zu realisieren, dann sind wir mit den gefühlt häufig neun Jahren deutlich zu weit unterwegs. Wir brauchen also das Konzept „Neun Monate statt neun Jahre“, und daran müssen wir alle, Politik und Verwaltung, gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mein Kollege Pütz wird auf diesen Aspekt gleich auch noch einmal eingehen und auch auf den Aspekt des EH-40-Standards. Auch da kommen wir zum gleichen Ergebnis wie die Bundesregierung: Mit EH 55 verdoppeln wir nicht die Baukosten und tun gleichzeitig trotzdem mit dem Heizungsgesetz, was jetzt verabschiedet ist, etwas Gutes. Darauf sollten wir, genauso wie der Bund es schon vorgegeben hat, auch hier in Köln verzichten. Deswegen ist das ein ganz konkreter und ernst gemeinter Vorschlag zur Vergünstigung des Bauens. Wir haben das Thema gemeinwohlorientierte Akteure in unserem Programm.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Sie wirklich bitte zum Ende kommen, Herr Pütz kann dann weiterlesen.

(Heiterkeit und Beifall)

Christian Joisten (SPD): Exakt so machen wir es. Der Werkswohnungsbau - auch das haben Sie unserem Antrag entnehmen können - liegt uns besonders am Herzen. Auch darauf wird Herr Pütz eingehen. Alles in allem sind wir davon überzeugt, dass die von uns vorgestellten und heute zur Beschlussfassung anstehenden Sofortmaßnahmen

geeignet sind, auch in diesen schwierigen Zeiten die erforderliche Dynamik in den Kölner Wohnungsbau zu bringen; denn eines ist auch klar: Der erforderliche Bau von bis zu 100 000 Wohnungen in den kommenden zehn Jahren werden wir nur alle gemeinsam hinbekommen: Stadt, Unternehmen und auch die klassische Wohnungswirtschaft. Aber diese Aufgabe muss jetzt angepackt werden, ansonsten sind wir in der sozialen Katastrophe, und die gilt es zu vermeiden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Martin, bitte.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und an den Bildschirmen! Ich möchte mit etwas Positivem beginnen.

Liebe SPD, lieber Christian Joisten, wir begrüßen es, dass ihr mit diesem umfangreichen Antrag ein wirklich drängendes Thema aufgegriffen habt. Wir wissen alle, wie zunehmend katastrophal die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist, und natürlich setzen wir uns damit auseinander; allerdings nur mit realistischen und in unserer kommunalen Hoheit liegenden Lösungsansätzen. Für ein vorgezogenes Wahlkampfscharmützel zu diesem Thema stehen wir nicht zur Verfügung. Eine vertiefende Diskussion gehört in den Unterausschuss Wohnen, wohin wir den Antrag nach der Debatte hier auch verweisen werden.

Nun zum Inhalt des Antrags: Nachdem der Schuldezernent letztes Jahr „Schulbau first“ ausgerufen hat, kommt ihr jetzt also mit „Wohnungsbau first“. Das eine ist so kurzsichtig wie das andere; denn Köln wird niemals nur Schulen oder nur Wohnungen brauchen und auch nicht nur Schulen und Wohnungen. Eine nachhaltig entwickelte Stadt braucht auch Verkehrsinfrastruktur, Grünflächen, Gewerbeflächen, Kitas, Altenheime, Kneipen, Kinos, Klubs usw.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb lehnen wir eure Punkte 1 und 5 ab. Damit wird keine einzige bezahlbare Wohnung gebaut. Vor allem Punkt 5 ist voller Aktionismus, fordert entweder Dinge, die wir schon haben, oder Dinge, die völlig unrealistisch und auch nicht zielführend sind. Wir möchten nicht, dass sich das gesamte Verwaltungshandeln im Bereich Planen und Bauen an der Priorität Wohnen ausrichtet. Ich habe es eben schon gesagt, wir haben auch noch ein paar andere wichtige Aufgaben in dieser Stadt. Auch eine Selbstverpflichtung der Politik zur zügigen Beschlussfassung halten wir für absurd. Es ist per se davon auszugehen, dass die Gremien so zügig wie möglich beschließen. Wenn komplexe Vorlagen beschlossen werden, können ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen nur verantwortungsvoll entscheiden, wenn sie auch ausreichend Beratungszeit haben. So ist es nun einmal!

(Christian Joisten [SPD]: Warum kriegen das andere schneller hin?)

Kommen wir zu Punkt 6 - ich bitte um Entschuldigung, dass ich nicht chronologisch vorgehe -: Mit uns Grünen wird es eine Absenkung des Energiestandards bei Neubauten nicht geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Begründung der SPD ist hier fadenscheinig. Selbst wenn Energie 100 Prozent erneuerbar ist, gilt es, Energie einzusparen; denn ihre Erzeugung wird kompliziert werden. Jeder, der sich auch nur ansatzweise mit der kommunalen Wärmeplanung beschäftigt hat, weiß, wie herausfordernd das werden wird.

(Christian Joisten [SPD]: Herr Habeck hat also keine Ahnung?)

Da geht es eben nicht nur darum, Wärme klimaneutral zu machen, sondern auch um ihren effizienten Einsatz. Was der Investor durch weniger Dämmung beim Bauen spart, liebe SPD, muss der Mieter später beim Heizen drauflegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß nicht, ob ihr diesen Aspekt außer Acht gelassen habt - sozial ist das jedenfalls nicht und ökologisch gleich gar nicht.

Auch den Punkt 2 zum Thema Erbbauzins lehnen wir ab. Anfang 2022 haben wir dazu einen wirklich guten Beschluss gefasst, nämlich dass städtische Flächen für Wohnungsbau generell nur noch im Erbbaurecht vergeben werden, und dass ein besonders günstiger Erbbauzinssatz von

1,5 Prozent gilt, wenn sich die Bauherren verpflichten, 30 Prozent geförderten und mindestens 20 Prozent preisgedämpften Wohnungsbau zu realisieren.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Damit fördern wir den Bau bezahlbarer Wohnungen, und wir erreichen eine gute Durchmischung in den Quartieren - Letzteres ist auch ein soziales Argument, liebe SPD, das ihr außer Acht gelassen habt, wenn ihr jetzt auf Flächen 100 Prozent Sozialwohnungen errichten wollt. Ihr seht, wir halten euren Antrag so in weiten Teilen für nicht umsetzbar.

Was aber ist nun unsere Antwort auf die sich verschärfende Situation auf dem Wohnungsmarkt? Eins ist klar: Wir lösen das Problem nicht nur mit Bauen, Bauen, Bauen; denn es gibt nicht einfach nur per se zu wenige Wohnungen, sondern es gibt zu wenige von den richtigen Wohnungen, nämlich den bezahlbaren. Und wer baut sie uns? Zuvorderst natürlich unsere eigenen Wohnungsgesellschaften, die GAG und die WSK, aber auch - ganz wichtig - die vielen kleinen und großen Genossenschaften, die wir in Köln haben. Diese Akteure zu stärken - und da setzen eure Punkte 7 und 8 an - ist ein richtiger Weg. Für uns heißt das: konkret bevorzugte Vergabe von Flächen, schnelle Genehmigung von Bauanträgen und gute Beratung genau dieser Akteure.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Klar ist auch: Wir brauchen einen Förderweg für preisgedämpften Wohnungsbau. Da setzt euer Punkt 4 auch richtigerweise an. Das allerdings richtet sich eher an Land und Bund als an uns.

Und klar ist auch: Einfach nur mehr Geld in das ganze System zu kippen, wie es der Punkt 3 verlangt, ist sinnlos. In den letzten Jahren reichten die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel aus. Deshalb wurden die 33 Millionen Euro, die wir im städtischen Haushalt jedes Jahr bereitstellen, auch nicht angerührt. Was soll denn dann jetzt das Versprechen, die SPD stellt 1 Milliarde Euro für Wohnungsbau in Aussicht? So wird das ja gelesen. Das ist doch unseriös.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Nein, das ist überhaupt nicht unseriös!)

Ich wiederhole: Wir stehen für die Diskussion ernst gemeinter und umsetzbarer Lösungsvorschläge zur Verfügung. Lasst uns die nächste Sitzung des Unterausschusses Wohnen nutzen, um gemeinsam einen Weg aus der Wohnungsmarktmisere zu skizzieren und dann auch zu beschreiten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion für den Antrag. Ich glaube, jeder und jede, die sich in den letzten Jahren mit Wohnungsbau, mit Stadtplanung und mit Stadtentwicklung beschäftigt hat, weiß natürlich um die Thematik fehlender Wohnungen bzw. um die Problematik des Wohnungsbaus insgesamt.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion kann allerdings Ihr Antrag nur ein erster Schritt sein - ein erster Beitrag - in einer breit getragenen Debatte, die wir heute hier mit diesem Antrag beginnen. Diese Debatte haben wir aber auch schon im Wohnungsbauforum begonnen, mit dem Ausstieg der Köln AG, also mit dem Ausstieg der Bestandshalterinnen und Bestandshalter aus dem Austausch im Wohnungsbauforum. Das hat dann dazu geführt, dass wir vor der Herbstpause - und auch bereits davor - vereinbart haben, in einen breit angelegten Dialog im Wohnungsbauforum in Arbeitsgruppen einzusteigen, wie wir - und dann komme ich auch zu einem Kernpunkt - auf kommunaler Ebene den Wohnungsbau unterstützen, und wie wir diesen stärken können; denn wenn man sich noch einmal dem Marktumfeld nähert, haben wir rasant steigende Zinsen beobachtet - in einer Schnelligkeit, auf die auch der Markt nicht reagieren konnte, weder die Investoren, noch die Endkunden - sozusagen -: die Käuferinnen und Käufer. Wir haben gestiegene Baukosten, wir haben insgesamt eine Marktunsicherheit, wir haben Fachkräftemangel usw.

Das sind alles Punkte, die wir hier kommunal gar nicht lösen können. Deswegen müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir auf kommunaler Ebene der Situation begegnen können. Ich

möchte auch noch einmal zum kommunalen Umfeld etwas sagen. Wir haben im Regionalplan 50 000 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt; er ist zwar noch nicht beschlossen, aber er ist jetzt auf der höheren Ebene in der Endberatung bis 2025. Wir haben große Bauvorhaben angestoßen, die auch städtischerseits getragen werden - also mit unseren Stadtentwicklungsgesellschaften usw. -: Deutzer Hafen, Parkstadt Süd, Kreuzfeld, wo mehrere Tausend Wohnungen perspektivisch entstehen werden. Da sieht man einmal auch, dass es richtig ist, dass wir auch städtische Gesellschaften haben, die Projekte entwickeln und hier einen vielfältigen Werkzeugkasten an Möglichkeiten haben, weil das an anderer Stelle aktuell etwas anders mit den Investoren aussieht, die da eher unzuverlässig sind. Ich betone, das sind nicht alle.

Wir haben eine GAG, die das Rückgrat für preisgedämpfte oder für günstige Mieten in der Stadt ist. Ich meine, da haben Sie sich leider in der Debatte im Sommer irgendwie verabschiedet; dennoch bleibt festzuhalten, dass die GAG im Durchschnitt unter 8 Euro den Quadratmeter an Mieten aufruft. Wir haben eine WSK, wir haben eine bunte Landschaft von Genossenschaften. Das ist im Übrigen auch ein Aspekt, den Sie so ein bisschen vergessen: nämlich das Thema Eigentumsbildung. Wenn ich in einer Genossenschaft Mitglied bin und Anteile habe, bin ich auch gleichzeitig Eigentümer. Ich halte es für wichtig, auch einmal den Aspekt einzubringen, dass Genossenschaften hier auch dazu beitragen, dass wir einen Wohnungsmarkt haben. Und jetzt komme ich einmal zu einer anderen Kennzahl, die man sich einmal anschauen muss, nämlich das Verhältnis der Miethöhe zum Einkommen. Wie viel Prozent meines Einkommens muss ich einsetzen, um für die Miete aufzukommen?

In München muss man teilweise in den Vierteln 35 Prozent aufbringen, in Berlin im gesamten Stadtgebiet 32 Prozent; in Köln sind es aktuell noch 26 Prozent. Das ist eine Grundlage, auf der wir alle miteinander aufbauen können, weil die Katastrophe nicht da ist.

Das Thema sind die Neubaumieten und nicht die Bestandsmieten. Daher ist es in der Tat richtig, sich jetzt diesem Thema zu nähern und zu stellen. Ich gehe jetzt noch einmal ganz kurz auf Ihre Punkte ein - Christiane Martin hat das gerade getan -: In der Tat, durch dieses breite Delta zwischen geförderter Miete und frei finanzierter Miete brauchen wir so etwas wie einen Fördertyp C; woanders nennt man das „preisgedämpften Wohnungsbau“.

In Punkt 5 zu den Projektkoordinatoren: Nichts anderes passiert bei einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Ihre Bundesregierung hat jetzt gesagt EH 40. Das müssen Sie einmal untereinander in der Ampel klären. Das Thema ist vielleicht noch gar nicht das, was Christiane Martin gesagt hat, sondern aus der Sicht des Bestandshalters oder des Käufers, dass wir bei EH 40 eventuell gar keine Förderung haben oder eine geringere Förderung als beim EH 55. Das muss man bitte noch einmal abwägen.

Ich komme zum Schluss: Alles in allem finden wir es gut, wenn wir in eine breit angelegte Debatte zum Wohnungsbau einsteigen. Diese gehört natürlich in den Unterausschuss Wohnen. Sie gehört allerdings für uns auch in das Wohnungsbauforum, wo wir mit vielen Akteurinnen und Akteuren im Austausch sind. Ich kann für unsere Fraktion sagen: Wir bieten gerne an, einen Pakt für Wohnungsbau hier gemeinsam zu erarbeiten und eventuell in einer der Ratssitzungen im Frühjahr einen gemeinsamen größeren Antrag zu beschließen. Wir sind unter anderem im Wohnungsbauforum so verblieben, dass wir uns auch noch einmal das kooperative Baulandmodell anschauen, also in den Nebenbestimmungen, gar nicht im Kern, was die 30 Prozent geförderten Wohnungsbau betrifft. Also: Gerne einen Pakt für Wohnungsbau, gerne fraktionsübergreifend, gerne breit angelegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuhörende! Die Wohnungsnot ist eines der größten ungelösten Probleme in Köln. Da nutzt es auch nichts, Herr Kienitz, darauf hinzuweisen, dass es in anderen Kommunen vielleicht noch schlechter ist. Das lenkt vom Thema ab und ist der falsche Weg. Die Wohnungsnot ist schlimm. Sie ist auch in Köln schlimm. Deswegen ist es richtig, dass die SPD heute diesen Antrag eingebracht hat. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich.

Wir müssen in diesem Hause über die Wohnungspolitik diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns intensiv mit dem vorliegenden Antrag der SPD beschäftigt. Er hat Stärken; er hat aber auch Unklarheiten, und er hat auch Schwächen. Deswegen haben wir einen relativ umfangreichen Änderungsantrag hier vorgelegt. Ich möchte Sie bitten: Verstehen Sie diesen als konstruktiven Beitrag zu einer Diskussion und nicht als überzogene Zurückweisung. So ist der tatsächlich nicht gemeint.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist offenkundig, dass der freie Markt nicht in der Lage ist, die Wohnraumversorgung zu organisieren. Der Staat muss eingreifen, und zwar auf allen Ebenen - Bund, Land und Kommune. Deswegen müssen wir als Kommune einerseits die GAG stärken und andererseits den Aufbau eines hundertprozentig kommunalen Unternehmens vorantreiben und in diese Diskussion einsteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir in Köln über das Wohnen diskutieren, müssen wir auch mit und über die GAG diskutieren. Schließlich ist sie größter Vermieter und baut die meisten neuen Wohnungen dieser Stadt. Die GAG stand in den letzten Wochen und Monaten in der Kritik; teilweise zu Recht, aber es reicht nicht, die GAG zu kritisieren. Wir müssen sie auch unterstützen. Die Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, haben sich nicht nur für die GAG - aber auch für die GAG - dramatisch verändert. Wir verlangen von der GAG, dass sie Wohnungen energetisch saniert, und wir verlangen auch von der GAG, dass sie neu baut. Wenn die GAG diese Aufgaben in der Zukunft meistern soll, braucht sie von uns mehr Unterstützung. Sie braucht Kommunalkredite. Sie braucht aber auch günstiges Bauland. Nur so kann die GAG ein sozialer Vermieter für Köln bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen mittelfristig ein weiteres, rein kommunales Wohnungsbauunternehmen, das sich ausschließlich der Daseinsvorsorge verpflichtet.

Die Ampel in Berlin hat, wenn auch spät, erkannt, dass die Abschaffung der Gemeinnützigkeit durch die Kohlregierung das Desaster in der Wohnungslandschaft in Deutschland maßgeblich geprägt hat. Wir müssen Stadt und Bund auffordern, endlich die neue Gemeinnützigkeit zu realisieren.

Einmal gefördert, meine Damen und Herren, muss die Wohnung immer preiswert bleiben. So machen es die Österreicher, und sie machen es richtig. Wenn wir bei diesem Prinzip in Deutschland wären, hätten wir in Köln jetzt weit über 100 000 geförderte Wohnungen, und das wäre schon einmal ein Ding. In der Realität ist es aber so, dass das große Desaster noch auf uns wartet: Allein in 2026, meine Damen und Herren, werden 4 000 Wohnungen in Köln aus der sozialen Bindung fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie wollen uns hier glauben machen, dass es möglich ist, in den nächsten zehn Jahren eine zusätzliche Milliarde Euro für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Was Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnen - das Geld soll von Bund und Land kommen -: Dann wird dieses Geld genauso an die Kriterien gebunden sein, wie es heute schon der Fall ist. Aus dieser Kiste müssen wir ein bisschen herauskommen. Da ist der Ansatz mit den 33 Millionen Euro wichtig, die wir haben. Wir müssen doch diese 33 Millionen Euro, die jetzt im Haushalt drinstehen, dafür nutzen, meine Damen und Herren, dass wir Dinge fördern können, die mit der Landes- und Bundesförderung nicht gefördert werden, zum Beispiel einen Zuschuss für eine junge Genossenschaft oder was auch immer. In diese Richtung müssen wir denken.

(Beifall bei der LINKEN)

Da müssen wir hingehen. Dann noch ein ganz wichtiger Punkt - auch noch einmal in Richtung SPD, aber auch in Richtung Frau Martin -: Sie haben gesagt, dass mit der Erbpacht alles super wäre, und die SPD hat jetzt noch einmal probiert nachzuschärfen in der Frage Erbpacht. Sie hat aber an den falschen Schrauben gedreht. Zumindest hat sie nicht abschließend gedreht.

Ja, lieber Christian Joisten, ihr habt euch damals schon verweigert, und jetzt ist es wieder drin. Wir müssen die Erbpacht auch für die kommunalen Unternehmen einführen, sonst haben wir die moderne Stadt entwickelt und verkaufen es nachher. Das kann doch nicht Sinn und Zweck der Sache sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen müssen auch die kommunalen Unternehmen in diese Erbpachtregelung mit einbezogen werden. Darum möchte ich bitten, dass wir da eine wirklich konstruktive Diskussion im Unterausschuss Wohnen haben werden.

Noch zwei Sätze - dann bin ich auch wirklich zu Ende; ich überziehe ein kleines bisschen, aber so schlimm wird es schon nicht sein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Jetzt in dem Antrag, liebe SPD, die Regionalplandebatte aufzumachen, bringt doch nichts. Das führt uns doch nicht weiter. Da können Sie jetzt sagen: „Das habt ihr alle falsch gemacht!“ Aber das nutzt doch nichts. Das Ding ist auf dem Weg. Wir müssen doch jetzt gucken, dass wir konstruktiv etwas umsetzen. Wir brauchen auch Grün, damit die Leute, wenn sie in dichten Siedlungen wohnen, im Sommer bei der Hitze die Möglichkeit haben, sich in einer Grünfläche zu erholen. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen brauchen wir die Diskussion jetzt nicht noch einmal aufzumachen. Und ebenso die Frage - das hat aber Frau Martin im Prinzip schon ausgeführt, das muss ich nicht noch einmal ausführen -, ob man die Standards bei der Energieeffizienz legt: Das ist einfach der falsche Weg. Es ist nicht die Aufgabe der Kommunen, und es ist auch die falsche Richtung.

(Christian Joisten [SPD]: Die Bundesregierung hat es doch gemacht!)

Interessant fand ich - da freue ich mich - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So, jetzt muss ich wirklich unterbrechen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Jetzt komme ich zum Schluss. Ich wollte nur noch einen Satz an den Herrn Kienitz loswerden. Ich freue mich sehr, davon gehört zu haben, dass geplant wird, im kommenden Frühjahr einen Pakt für den Wohnungsbau zu schließen. Ich hoffe, dass wir da in eine gute Diskussion kommen. - Vielen herzlichen Dank und Entschuldigung für die Überziehung.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe SPD-Fraktion! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich zu zweit hier oben auftauchen, also einmal Stefanie Ruffen, die schulpolitische Sprecherin, und einmal als baupolitische Sprecherin.

Als baupolitische Sprecherin hätte ich gesagt: Wohnung ja, ganz viel bitte. Ich bin dabei.

Die schulpolitische Sprecherin in mir hätte geschimpft: Nur einmal in einem Halbsatz die so dringend benötigten Schulen erwähnt! Das liest sich wie weiße Salbe und nicht wie ein schlüssiges Konzept für den Schulbau.

Fairerweise hätte ich dann aber noch meine Kollegin Chantal Schalla mitbringen müssen, die die Fahne für die Kitas schwenkt, Lorenz Deutsch für die Kultur; Ulrich Breite hätte ich gern mit hochgezerrt wegen der Sportstätten, die wir dann auch brauchen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Entschuldigung, da ist noch ganz viel anderes. Christiane Martin hat es auch schon erwähnt; was wir alle wissen und was ich bei Ihnen vermisse: Jede zusätzliche Wohnung benötigt auch zusätzliche Infrastruktur in all diesen Bereichen und noch viel mehr.

(Beifall bei der FDP)

Sie suggerieren durch Ihren Antrag übrigens, dass wir unendlich viele Flächen in Köln zur Verfügung haben, die für alles außer dem Wohnungsbau genutzt werden. Das entspricht nicht den Tatsachen, und das wissen Sie auch. Ich halte daher die Forderung nach einer Flächenbevorzugung für den Wohnungsbau für populistisch und leider nicht hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern 1 Milliarde Euro Förderpaket für den Wohnungsbau in Köln, schweigen sich aber darüber aus, auch in Ihrer Rede, Herr Joisten, woher das Geld kommen soll.

(Ralph Sterck [FDP]: Das macht Herr Pütz jetzt gleich!)

- Ach so. Entschuldigung. Darauf kann ich jetzt noch nicht eingehen, aber ich ahne es. Also, Sie müssen das ja an anderer Stelle irgendwo einsparen. Ich halte daher diese Forderung nach einem Förderpaket einfach für populistisch und wenig hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern, dass die Genossenschaften stärker gestützt und neue gegründet werden sollen. Dabei verkennen Sie die große Anzahl an wirklich guten Genossenschaften, die wir hier haben, die seit Jahren keine Grundstücke mehr in Köln bekommen und gerne bauen würden. Da braucht es gar nicht so viele Maßnahmen. Ich halte daher auch diese Forderung für populistisch und wenig hilfreich.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Populistisch?)

Sie fordern die Herabsetzung des Erbpachtzins auf 0 Prozent, damit die Grundstücke günstiger werden. Unabhängig davon, was meine Fraktion von dem Instrument Erbpacht hält, kann ich Ihnen in dem Fall als Fachfrau sagen, dass das Problem bei den Baukosten zurzeit nun wirklich nicht die Erbpachtzinsen sind. Da ich davon ausgehe, dass Sie das nicht wussten, halte ich diese Forderung nicht für populistisch, aber trotzdem für wenig hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern die Einrichtung einer Taskforce Wohnungsbau. Ich hörte von dem Gerücht, dass es Mitarbeitende in der Verwaltung gibt, die ihre gesamte Arbeitszeit in den verschiedenen, schon bestehenden Taskforces verbringen. Ich zitiere jetzt nicht das Ding mit dem „Nicht mehr weiter weiß und Arbeitskreis“. Eigentlich fehlt mir hier nur noch die Forderung, die OB müsse den Wohnungsbau zur Chefsache machen, um zu sagen, dass ich diese für populistisch und wenig hilfreich halte.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie fordern die Stärkung des Unterausschusses Wohnen für Dinge, die in anderen Ausschüssen beraten werden. Das liegt hoffentlich nicht daran, dass mit Herrn Pütz hier ein Genosse vorsitzt; sonst müsste ich diese Forderungen für populistisch und wenig hilfreich halten.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Jetzt aber mal wirklich zur Sache!)

Irgendwo verlangen Sie noch mehr Stellen. Angesichts der Tatsache, dass auch in der Verwaltung ein großer Fachkräftemangel herrscht, schweigen Sie sich darüber aus, woher diese Kräfte kommen sollen. Sie wollen sie hoffentlich nicht von anderen wichtigen Stellen abziehen. Die Forderung nach unbesetzten Stellen halte ich daher für populistisch und leider wenig hilfreich.

Ich könnte noch eine Weile weiter so machen, aber es würde meine Redezeit sprengen. Deshalb habe ich am Ende eigentlich nur eine Frage an Sie: Warum kommen in Ihrem sechs Seiten langen Text eigentlich nicht einmal die GAG als größter Vermieter und wahrscheinlichster Player im Bau von günstigem Wohnraum vor?

(Beifall bei Teilen der FDP)

Sie sitzen dem Aufsichtsrat der GAG vor und kommen nicht auf die Idee, diese einfach zu stärken und zu unterstützen in den Bemühungen, weiterhin günstigen Wohnungsbau anzubieten. Im Gegenteil haben Sie vor einigen Wochen noch die günstigste Vermieterin der Stadt öffentlich diskreditiert. Da muss man wirklich fragen, wie ernst es Ihnen mit dem Wohnungsbau in Köln ist. Aus diesem Grund halte ich nicht nur die zitierten Forderungen, sondern auch den Antrag für populistisch und wenig hilfreich. Wenig überraschend wird meine Fraktion diesen ablehnen bzw. der Verweisung zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini hat das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen auf der Tribüne und zu Hause!

Liebe SPD, ich möchte positiv anfangen: Vielen Dank für diese Initiative, dieses Thema im Rat groß und breit zu besprechen. Wir erkennen an, dass Ihnen oder euch das Anliegen natürlich sehr, sehr wichtig ist, und dass Sie auch gewillt sind, dieses Thema tatsächlich mit uns allen prodemokratischen Fraktionen anzugehen. Als ich den Antrag zum ersten Mal gelesen habe, habe ich

gedacht: Das klingt voll gut. Das überzeugt mich. Dann aber merkte ich recht schnell, dass der Antrag doch nicht so gut ist. Er ist an vielen Stellen wirklich nicht gut recherchiert. Man merkt auch direkt, dass das überhaupt nicht - noch nicht einmal ansatzweise - mit der Verwaltung abgesprochen worden ist; oder vielleicht mit dem Amt für Wohnungswesen. Vielleicht macht man das in der Opposition auch nicht. Ich weiß es nicht. Aber nach einem oder zwei Anrufen sähe der Antrag, ehrlich gesagt, ganz anders aus.

Nichtsdestotrotz haben wir uns auch intensiv mit diesem Antrag beschäftigt; denn dieses Thema ist nun einmal extrem wichtig. Die verschärfende Situation auf dem Wohnungsmarkt ist wirklich nicht mehr hinnehmbar. Viele Dinge möchten wir, wie gesagt, weiterhin auch im Unterausschuss Wohnen und auch darüber hinaus diskutieren, und zwar breit diskutieren. Es gibt sehr viele Sachen, die wir hier auch generell mit der Verwaltung besprechen müssen. Also, Sie fordern gewisse Sachen.

(Unruhe)

- Kann mal bitte hier ein bisschen Ruhe sein?

(Vereinzelt Beifall)

Danke schön. - Sie fordern eine vereinfachte Konzeptvergabe. Das klingt erst einmal gut, aber da wäre es gut zu fragen: Macht das die Verwaltung? Macht sie es nicht? Warum nicht? Was sind hier die Kriterien, auf die wir achten müssen? Auch das hundertprozentige Erbbaurecht, den Zins auf 0 Prozent zu setzen bei 100-prozentigen geförderten Wohnungsbau - da muss man auch aufpassen, was man dann da letztendlich bewirkt; denn auch hier muss man auch aus der Vergangenheit lernen, dass wir durchmischte Quartiere brauchen. Wir haben uns alle hier committed zu sagen, wir brauchen lebenswerte, durchmischte Quartiere.

(Beifall bei Volt)

Dazu gehört auch, wie schon bereits mehrmals gesagt, genügend Flächen für Naturraum, für Erholungsorte, für Gewerbe, für Kultur, für alle möglichen Freizeitangebote. Nur zu sagen, wir müssen einfach nur bauen und alle Flächen, die wir haben, einfach einmal dafür nutzen - davon abgesehen, dass das nicht stimmt; ihr wisst auch, dass es nicht stimmt. Ich finde, das ist auch überhaupt nicht eine Art und Weise, das den Bürger*innen der Stadt Köln zu vermitteln, dass wir hier unfassbar viele Flächen haben, die einfach nur bebaut werden müssen und dann hat sich das schon getan. So ist es aber leider nicht.

(Beifall bei Volt)

Ich wünsche mir, wenn wir das weiter intensiv gemeinsam diskutieren: Kommt bitte nicht mit dem Regionalplan an. Das ist jetzt entschieden worden bzw. ist in der Entscheidungsphase. Das wird Ende 2024 beschlossen; bald kommt es in die zweite Auflage. Ihr wisst das auch. Und zu sagen, man muss jetzt auf jeden Fall die ganzen Flächennutzungspläne einfach umwandeln - das machen wir im Stadtentwicklungsausschuss ja die ganze Zeit.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Klappt ja gut!)

Wenn es Wohnungsprojekte gibt, ändern wir entsprechend auch die Flächennutzungspläne. Das ist nichts Neues in dem Sinne.

Mit Bezug zu dieser 1 Milliarde Euro gibt es auch viele Fragezeichen: Wie kommt ihr auf die Rechnung? Warum 20 000? Warum nicht mehr oder weniger? Keine Ahnung.

Die 33 Millionen Euro - das ist auch ein Thema, das wir sehr, sehr gerne weiterhin diskutieren möchten. Uns ist es wirklich ein Anliegen, dieses Geld für bezahlbaren Wohnraum zu nutzen. Wie? - Das ist die Frage. Da müssen wir wirklich intensiv mit der Verwaltung ins Gespräch kommen.

Ich habe noch ganz viele andere Sachen, aber nur noch 40 Sekunden. Ganz ehrlich, der vernünftigste Vorschlag aus unserer Perspektive ist definitiv die Beschleunigung der Baugenehmigungsprozesse - auf jeden Fall; auch das zu digitalisieren - auf jeden Fall. Es ist aber auch nicht so, dass die Verwaltung dann nichts tut. Wenn man sich noch einmal den Haushalt vornimmt, sieht man auch, dass genügend Mittel dafür hinterlegt worden sind. Das ist auch alles in der Mache.

Ein weiterer Punkt, den wir weiterhin im Unterausschuss Wohnen diskutieren müssen, ist die Rolle der GAG. Das ist unheimlich wichtig. Ihr habt die WSK erwähnt. Aber die GAG ist einer der wichtigsten Player für uns in dieser Stadt für bezahlbaren Wohnraum. Die müssen wir auch mit an Bord nehmen und wissen, was sie dafür brauchen, um mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen zu

können. Meine Zeit ist abgelaufen. Ich freue mich aber wirklich, dass wir dieses Thema breit angehen. Und noch einmal danke für die Initiative. Alles andere besprechen wir dann im Unterausschuss Wohnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Cremer hat jetzt das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und im Livestream! Dieser Antrag ist die eierlegende Wollmilchsau der SPD im Bereich Wohnen. Man tut so, als ob man hier die Lösung gegen den Wohnungsmangel handstreichartig mit einem Antrag hinbekommt. Und man vergisst, dass die eigene Bundesbauministerin bereits an Ihren Ansprüchen deutschlandweit im Bereich Wohnungsbau gescheitert ist.

Deshalb - auch wenn das Thema wichtig ist - ist in unseren Augen dieser Antrag auch nur wieder ein gewisses Showmoment. Das Thema ist wichtig, keine Frage. Aber man sollte und muss auch einmal die Ursachen des Wohnungsmangels hinterfragen. Folgende Punkte möchte ich hervorheben:

Erstens. Kein Wort über die Ursachen, kein Wort über die offenen Grenzen und die Massenzuwanderung. Das ist ein maßgeblicher Treiber für die Nachfrage am Wohnungsmarkt.

Dann schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass es 1990 noch 105 000 geförderte Wohnungen gab. Also Sie, liebe SPD, haben hier im Rat auf Landes- und Bundesebene seitdem doch Einiges an Regierungsverantwortung getragen. Offensichtlich liegen hier eine schlechte Planung und eine schlechte Politik vor. Man weiß ja, dass die Wohnungen irgendwann aus der Förderung herauslaufen. Kein Wort von Ihnen zur desaströsen Energiepolitik in diesem Land: Hohe Strompreise kommen auch bei den Baukosten an. Oder die Anforderungen ans Bauen - gerade mit Blick auf die sogenannte Klimakrise. Sie schreiben selbst davon, dass gewisse Sachen auszusetzen sind.

Dann nächster Punkt, liebe SPD: Als Sie noch hier auf Landesebene Regierungsverantwortung hatten, haben Sie den Grunderwerbssteuersatz auf 6,5 Prozent hochgetrieben. Das macht das Bauen auch teurer; das macht auch Wohnraum irgendwann teurer. Es führte übrigens damals zum Rücktritt Ihres haushalts- und finanzpolitischen Sprechers. Die SPD stellt aktuell die Bundesbauministerin, Frau Geywitz. Sie scheitert deutschlandweit mit dem Neubau von 900 000 Wohnungen. Jetzt meinen Sie, Sie kriegen es hier in Köln besser hin? - Das glaube ich nicht.

Deswegen erscheint es wenig glaubwürdig. Oder will sich Herr Joisten auf den Posten des Bundesbauministers bewerben? Da kann ich nur hoffen, dass der Bundeskanzler ihn nicht bestellt. Herr Joisten schreibt außerdem alles in seinem Antrag auf: Dann soll jetzt auch noch hier die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke zu einem Dienstleister zur Bereitstellung und Verwaltung von Werkswohnungen für private Unternehmen werden. Sie glauben ja wohl nicht wirklich, dass sich hier irgendein Privater vom Staat die Wohnungen verwalten lässt. Ich habe auch Zweifel, dass der das besser kann. Aber ich frage mich, was das mit der Schaffung von günstigem Wohnraum zu tun hat, wenn man gleich noch irgendwo als staatlicher Unternehmer tätig werden will. Der Antrag ist in unseren Augen überfrachtet.

Dann habe ich auch noch ein paar Fragen an die Verwaltung. Das ist ja hier auch schon an der einen oder anderen Stelle angeklungen. Herr Joisten stellt sich hier hin und verlangt 1 Milliarde Euro. Die Kämmerin ist ja auch noch da. Woher das Geld kommen soll, hat er nicht erläutert. Haben wir irgendwo 1 Milliarde Euro einfach herumliegen, die man dann einfach nur anzapfen muss? Das wäre schön zu wissen als Politik; denn das ist eine ganze Menge Geld, die man auch für andere Dinge verwenden kann. In unseren Augen ist diese Forderung, einfach einmal 1 Milliarde Euro in den Raum zu stellen, schon ein gravierender handwerklicher Mangel, wenn die finanziellen Mittel nicht wirklich zur Verfügung stehen. Sie schreiben da zwar irgendwo etwas von 33 Millionen Euro, aber über den Rest schreiben Sie nichts.

Fünftens. Dann würde mich auch einmal interessieren: Ist das mit den 0 Prozent Erbzins überhaupt so zulässig mit Blick auf Beihilferecht etc.? Und was ist, wenn die Wohnungen dann aus der Förderung fallen? Dann macht derjenige, der die Wohnungen hat, ein sehr gutes Geschäft, weil er entsprechend hohe Mieten nehmen kann und entsprechend geringe Kosten hat.

Dann wollen Sie - und das ist hier auch von verschiedenen Personen schon angesprochen worden - diverseste Positionen und Gremien schaffen, um alles angeblich schneller zu machen. Das Wort „Fast Lane“ musste auch im Antrag genutzt werden; man will ja ganz modern klingen. Sie schaffen aber damit eins: viel neue Bürokratie, aber keine neue Wohnung. Bürokratie schafft keine Wohnungen. Gremien - hier abstimmen, da abstimmen. Wahrscheinlich findet das Meiste jetzt schon in der Verwaltung statt, und deswegen ist das auch nur eines: Show.

Zu guter Letzt: Dann sind Sie, liebe SPD - und das sollten Sie sich auch einmal fragen -, vielleicht auch ein Haupthindernis für die Schaffung von Wohnraum. Sie haben hier vor ein paar Ratssitzungen einmal als größte Oppositionskraft über die Beschlagnahmung von Wohnungen fabuliert. Den privaten Sektor komplett aus dem Wohnungsbau und als wichtigen Bereitsteller von Wohnraum komplett auszuschließen, halte ich für falsch. Das heißt nicht, dass wir nicht die GAG und andere brauchen - gar keine Frage -; Genossenschaften sicherlich auch. Aber allein schon die Debatte über Beschlagnahmungen führt dazu, dass da wenig private Investoren bereit sein werden, zu investieren.

Wir lehnen deshalb Ihren Antrag als nicht glaubwürdig ab. Er ist in unseren Augen eine einzige Showeinlage, handwerklich nicht sauber mit Blick auf die Finanzierung, und nicht ehrlich mit Blick auf die Ursachen der Wohnungsnot - und leider Gottes spielt das Thema Migration in dieser Sache auch eine Riesenrolle, auch wenn Sie es nicht hören wollen.

(Beifall bei der AfD - Matthias Büschges [AfD]: Sehr gut!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauende! Es herrscht ein großes Gemurmel im Ratssaal. Die Aufmerksamkeit nimmt langsam ab, wie man merkt. Ich möchte Sie auch gar nicht so lange mit meiner Rede behelligen; denn das Meiste und Wichtige ist schon gesagt worden.

Als ich den Antrag gelesen habe, hatte ich ein bisschen das Gefühl, draußen hängen schon wieder die Wahlkampfplakate. Aber natürlich bedanke ich mich trotzdem bei der SPD für diese Initiative. Es ist jedoch nicht ganz zu Ende gedacht. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, nachdem ich jetzt heute kurz vor der Sitzung, dann noch den Änderungsantrag - -

(Unruhe)

- Ich würde mich wirklich freuen, wenn es ein bisschen ruhiger wäre. Es wäre einfach nur respektvoll. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nachdem heute kurz vor der Sitzung der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der ähnlich viele Buchstaben beinhaltet wie der Antrag der SPD, hereinflatterte, dachte ich mir: Um das Thema wirklich fair zu behandeln, reicht die Zeit bei den Ratsmitgliedern nicht aus, die sich ehrenamtlich hier betätigen; die Zeit reicht nicht, um das alles durchzuarbeiten. Und dann müssen wir so ehrlich sein: Wenn wir es mit der Wohnungsbaupolitik ernst meinen, müssen wir dieses Thema eben nicht hier kurzfristig im Ratssaal, sondern im Unterausschuss Wohnen, wohin - so der Antrag - jetzt ja auch verwiesen wird, behandeln.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Denn ganz wichtig ist, dass wir die Sachen nicht gegeneinander ausspielen. Wenn wir jetzt überall sagen höchste Priorität hier, höchste Priorität da, dann verpassen wir etwas, nämlich die Stadt als Ganzes zu sehen und zu sagen: Zum Wohnungsbau gehört aber eben auch Gewerbe; dazu gehört eben auch Kultur; dazu gehört eben auch Grünfläche. Wir können nicht nur das eine behandeln. Deswegen freue ich mich über die ernsthafte Diskussion und das Einbeziehen aller Punkte im Unterausschuss Wohnen.

Was wir definitiv brauchen, ist, dass die Stadt Köln sich um den Erwerb von versiegelten Flächen bemüht; denn die Wohnungsnot darf nicht dazu führen, dass wir jetzt überall, wo eine Grünfläche hier und da ist, daran knabbern und versuchen, mit Ausgleichsbepflanzungen oder anderen Maßnahmen das Ganze wieder wettzumachen; das wird nämlich nicht funktionieren.

So, ich lasse Sie auch schon wieder in Ruhe. Wir behandeln das Ganze im Unterausschuss Wohnen, und ich freue mich darauf. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich auf den Hinweis von Herrn Pütz verstanden, dass es eine zweite Rederunde geben soll. - Herr Pütz.

Pascal Pütz (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz, weil wir gerne auf die zweite volle Rederunde verzichten möchten. Es ist in der ersten Runde sehr viel gesagt worden. Wir haben gemerkt, wie sehr das Thema dem Kölner Stadtrat unter den Nägeln brennt. Wir haben da, glaube ich, einen guten Anstoß gemacht. Ich kann nur zusagen, wir werden das auch im Unterausschuss Wohnen begleiten und werden der Verweisung gleich folgen.

Aber einem Punkt muss ich doch vehement widersprechen, und zwar nach einem halben Jahr intensiver Befassung mit diesem Antrag, mit Rückkopplung in die Wohnungswirtschaft, Rückkopplung zur IHK und weiteren Playern, Rückkopplung in die Stadtverwaltung und zwei Jahre vor der nächsten Kommunalwahl finde ich es zu einfach, uns jetzt hier einen Wahlkampfantrag vorzuwerfen, liebe Frau Martin.

(Beifall bei der SPD)

Fehlender Wohnraum ist nun einmal auch gerade eines der drängendsten Themen in unserer Stadt. Das erleben wir, glaube ich, als Ratsmitglieder auch immer wieder in der direkten Ansprache in unseren Wahlkreisen und in der Stadtgesellschaft. Ich glaube, es ist schon ein wichtiger Aspekt, dass wir heute mit diesem Antrag hier eine sehr lebhafte Diskussion angestoßen haben. Es zeigt auch nur, dass wir alle daran gemeinsam arbeiten müssen. Dafür ist dieser Antrag gedacht. Ich freue mich darauf, wenn wir die Debatte dann im Unterausschuss Wohnen weiterführen werden. Das werden wir da sehr detailliert und vertiefend machen. Ich freue mich über die Angebote. Der Pakt des Wohnens ist natürlich schon einmal eine tolle Sache. Darauf werden wir zurückkommen. Ich werbe dafür, dass wir alle als demokratische Fraktionen uns da noch einmal zusammensetzen - uns die Mühe machen -, damit wir auch dieses Thema für Köln gelöst bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und KLIMA FREUNDE & GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Möchten auch die übrigen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger und Einzelmandatsträgerinnen auf die zweite Rederunde verzichten?

(Zurufe: Ja!)

- Dann lasse ich jetzt abstimmen. Zunächst über den Verweisungsantrag in den Unterausschuss Wohnen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Unterausschuss Wohnen verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag auf Verweisung von RM Martin.

Herr Joisten, Sie haben das Wort.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Stadtweite Einbürgerungsfeiern“ AN/1690/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT AN/1901/2023

Ich bitte Frau Hoyer zu sprechen.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Jedes Jahr werden

in Köln circa 3 000 Menschen eingebürgert. Aufgrund der Initiative der Ampelregierung zu einem neuen reformierten Staatsangehörigkeitsrecht gehen wir davon aus, dass es noch mehr Menschen werden. Wir Liberale freuen uns darüber, dass sich so viele zu Deutschland bzw. zu Köln als neuer Heimat bekennen und sich den in unserem Grundgesetz beschriebenen Werten verbunden fühlen.

Die Einbürgerung, meine Damen und Herren, ist meist der Höhepunkt eines sehr langen Integrationsprozesses. Endlich ist man angekommen. Man gehört dazu - mit allen Rechten und Pflichten. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, dass viele Eingebürgerte diesen Tag mit einem Fest begehen. Für viele ist die Vorstellung, Bürger und Bürgerin eines demokratischen Rechtsstaats zu sein, Grund zum Feiern, Grund zur Freude.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vor allem, weil viele von ihnen vorher erleben mussten, was es heißt, in einem Unrechtsstaat, in einer Diktatur oder im Krieg zu leben.

Meine Damen und Herren, verdient dieses Bekenntnis zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht unseren Respekt, unsere Wertschätzung, unsere Anerkennung sowie unser herzliches Willkommen? Natürlich verdient es das, und ich weiß auch, dass dies die übereinstimmende Meinung im Kölner Rat ist. Ich freue mich, dass sich auch die Bundesregierung diesem Willkommen verpflichtet fühlt und sich für verpflichtende öffentliche und feierliche Einbürgerungsveranstaltungen ausspricht.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, über das Ob der Einbürgerungsfeiern scheint hier auch Einvernehmen zu bestehen; nur bei der Frage des Wie sind wir uns offensichtlich nicht einig. Die FDP ist der Meinung, dass diese Feiern stadtweit in einem festlichen Rahmen und auch in einem angemessenen Raum stattfinden sollen. Wir wünschen uns, dass dies unter aktiver Beteiligung der Oberbürgermeisterin geschieht. Ich weiß, liebe Frau Reker, Sie werden unsere neuen Bürgerinnen und Bürger mit der nötigen Empathie und Wertschätzung begrüßen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die FDP versteht die Einbürgerungsfeiern als Veranstaltung mit hoher symbolischer Kraft. Ist es nicht ein wunderbares Zeichen für die Eingebürgerten, von der ersten Bürgerin unserer Stadt willkommen geheißen zu werden? Ich meine ja. Der symbolische Akt dieser Feiern kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass auf dieser Veranstaltung eine Übergabe der tatsächlichen Einbürgerungsurkunden nur eine Ausnahme sein kann. Natürlich wissen auch wir, dass viele Eingebürgerte die Urkunden möglichst schnell benötigen, um so zum Beispiel notwendige Amtsgeschäfte zu regeln. Deshalb schreiben wir in unserem Antrag, dass die nichtöffentliche Übergabe der Einbürgerungsurkunden durch die zuständigen Verwaltungsbehörden nicht berührt wird.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, das Ratsbündnis spricht sich in seinem Ersetzungsantrag gegen stadtweite Einbürgerungsfeiern aus, und tut dies mit dem Verweis auf die Zuständigkeitsordnung. In der Tat steht in der Zuständigkeitsordnung, dass die Bezirksvertretungen zuständig sind.

Meine Damen und Herren, ich war selbst lange genug Bezirksvertreterin, und ich weiß schon allein deswegen, wie wichtig die Bezirksvertretungen sind. Ich weiß auch, dass die Bezirksbürgermeisterinnen und die Bezirksbürgermeister einen tollen Job machen und auch da gute Arbeit und auch Empathie bringen. Aber seien wir einmal ganz, ganz ehrlich: Wenn ich mich einmal in die Rolle einer Neubürgerin hineinversetze, würde ich einen Festakt auf Stadtebene mit Reden, mit Musik und mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit doch vorziehen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Ich will aber hinsichtlich des Ablaufs nicht zu sehr ins Detail gehen. Hier gibt es ja auch schon Beispiele aus Hamburg und Baden-Württemberg. Die FDP bittet ja gerade die Verwaltung, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Grünen, CDU und Volt ist die Gestaltung von Einbürgerungsfeiern für die FDP keine Frage der Zuständigkeitsordnung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Ein kleiner Einschub am Rande: Zuständigkeitsordnungen lassen sich auch ändern, wenn der politische Wille da ist.

Nein, meine Damen und Herren, für die FDP zeichnen sich Einbürgerungsfeiern dadurch aus, dass wir unseren neuen Bürgerinnen und Bürgern ein würdiges und wertschätzendes Willkommen bereiten. Bei Einbürgerungsfeiern steht nicht die Zuständigkeit im Mittelpunkt, sondern die neuen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Deswegen würden wir uns freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen könnten. Und wenn Sie diese Debatte heute nicht zu Ende führen wollen, sondern im Integrationsrat, sind wir auch da gewappnet und freuen uns auf die Auseinandersetzung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der FDP, vielen Dank erst einmal für euren Antrag und auch die Möglichkeit, dass wir uns in diesem Rahmen - in diesem Gremium - über Einbürgerung auch noch einmal auseinandersetzen können; auch über die Frage: Was macht denn am Ende eine würdige Einbürgerungsfeier aus?

Ich kann mich den Worten von dir, Katja Hoyer, uneingeschränkt anschließen, dass uns Einbürgerungen natürlich eine Herzensangelegenheit sind. Ich glaube auch, dass dieser Rat tatsächlich es empfindet, dass Einbürgerungen ein Grund zur Freude sind, und dass Respekt und Willkommenskultur hier in dieser Stadt selbstverständlich sind. Daher bedanke ich mich für diese Worte und auch für diese Begründung. Du hast vollkommen recht, die Ampel hat auf Bundesebene erkannt, wie wichtig Einbürgerungen für die Integration sind, und dass es bis dorthin ein langer Prozess ist.

Der Referentenentwurf zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht, der ja auch in eurem Antrag entsprechend zitiert wird, sieht vor - ich zitiere -:

> Die Einbürgerungsurkunde soll künftig grundsätzlich im Rahmen einer öffentlichen Einbürgerungsfeier ausgehändigt werden. Nach Möglichkeit soll dies in feierlicher Form und unter Verwendung der nationalen Symbole der Bundesrepublik Deutschland erfolgen.

So weit, so gut. Und so weit sind wir uns, glaube ich, auch alle einig. Die grundsätzliche Frage, um die es hier geht, ist, glaube ich, eine Frage, die am Ende jeder und jede für sich persönlich entscheiden kann und muss: Was ist denn am Ende des Tages eine würdige Feier? Was ist mehr Ehre für mich?

Und ja, auch wenn sich Zuständigkeitsordnungen ändern lassen, wird man sich einmal etwas dabei gedacht haben, die Einbürgerungen in die Hoheit der Bezirke zu legen. Nach Ansicht unserer Fraktion gehören nämlich Einbürgerungen weiterhin dorthin. Die Kölnerinnen und Kölner leben in ihren Veedeln, lieben diese und identifizieren sich auch oft mit ihnen. Wir fühlen uns doch irgendwie oft eher als Ehrenfelder*in oder als Eiler*in oder als Klettenberger*in oder als Dünnwalder*in, als dass wir sagen, wir sind Kölner*in. - Ja, wir sind natürlich alle auch Kölner*innen, aber an den Veedeln, auf die wir alle so stolz sind, die wir in jeder zweiten Ratsrede zitieren, sollten wir nicht rütteln und diesen Ultralokalpatriotismus, wie ich ihn vielleicht einmal nennen möchte, einfach so abtun.

Wir wissen auch, dass es in den einzelnen Bezirken bisher unterschiedlich feierlich abläuft und es auch für die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen vor Ort eine Herzensangelegenheit ist, Einbürgerungen durchzuführen. In der Pandemie sind viele dieser Feiern ausgefallen. Es gab dann eher eine schnöde gehaltene Übergabe von Urkunden. Ich möchte damit auch keinem der Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken zu nahe treten. Wir sind aber auch der Meinung, da geht auch in den Bezirken teilweise durchaus noch mehr. Vor allen Dingen vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen der Bürgerämter und auch beim Einsatz unserer ehrenamtlichen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister.

Daher - und das sieht unser Ersetzungsantrag vor - schlagen wir vor, gemeinsam mit den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern das entsprechende Konzept auf die Beine zu bringen und zu schauen, was vor Ort tatsächlich benötigt wird, um eine entsprechend würdige und feierliche Einbürgerung zu ermöglichen. Was brauchen denn unsere Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler vor Ort? Was brauchen die Bürgerämter vor Ort, um es entsprechend auch würdig zu

gestalten? Das heißt, wir sind uns in dem Ansinnen einig. Die Frage ist nur: Macht die erste Bürgerin unserer Stadt diese feierliche Übergabe, oder machen es unsere neun ehrenamtlichen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister?

Es ist angeklungen, die Frage soll durchaus noch einmal im Integrationsrat diskutiert werden. Das können wir dann auch gerne machen. Ich glaube, es ist nur wichtig, dass wir hier einen Prozess starten, damit dann, wenn das neue Staatsangehörigkeitsrecht entsprechend verabschiedet ist, wir hier auch gewappnet sind und allen, die Kölnerinnen und Kölner werden wollen, die Möglichkeit geben, Kölnerinnen und Kölner zu werden und das Ganze dann bei einer schönen, netten und würdigen Feier hier auch zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Brock-Storms das Wort.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir beantragen die Überweisung in den Integrationsrat!)

- Aber nach der Debatte, oder? Wir machen das ja immer nach der Debatte.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das war heute Morgen in der Geschäftsführerrunde aber anders besprochen!)

Frau Brock-Storms hat das Wort.

Claudia Brock-Storms (SPD): Ich versuche dann einmal anzufangen. Wir können uns ja über die Verfahren oder die Verabredungen gleich noch einmal kurzschließen. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Zuruf von der AfD)

- Ich weiß, dass Sie das nervt. Mir ist das aber wumpe.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Liebe Anwesende im Saal und on Air! Liebe Vertreterinnen des *Koblenzer Anzeigers*! Da mich viele Nachfragen wegen der Länge der Einbürgerungsverfahren erreichen, möchte ich zuvor bemerken, dass zu einer würdevollen Behandlung der Einbürgerungswilligen erst einmal eine zügige Terminvergabe und Antragsbearbeitung gehören sollten. Mit einer würdevollen Feier kann man den Umgang der Verwaltung mit den Einbürgerungswilligen nicht aufwiegen.

Nun aber zum Antrag der FDP: In diesem Fall nicht populistisch und sehr hilfreich. Der Antrag der FDP zur Erstellung eines Konzepts für die öffentliche und stadtweite Einbürgerungsfeiern findet die Zustimmung unserer Fraktion. Stadtzentrale Feiern können eher das Versprechen der würdevollen, feierlichen Atmosphäre einlösen als dezentrale Zeremonien in den Bezirken.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich möchte hier weder den Bezirkspolitiker*innen, insbesondere den Bezirksbürgermeister*innen, aber auch nicht den Mitarbeiter*innen in den Meldehallen, die damit viel zusätzliche Arbeit haben, zu nahe treten; sie und ihre Arbeit zu würdigen, geschieht viel zu selten. Aber dies ist wieder ein anderes Thema. Ich möchte mich jetzt auch nicht über diese Kommission auslassen. Wenn man die Bezirke ernsthaft stärken will, müssen sie eigene Mittel haben. Ich war sechs Jahre in der Bezirksvertretung Mülheim, und ich denke, da liegt der Hase im Pfeffer; dennoch ist das Rathaus repräsentativer als die Funktionsgebäude in den Bezirken. Die Oberbürgermeisterin, die Bürgermeisterin und die Fraktionsspitzen sind nun einmal prominenter als die Kolleg*innen vor Ort. Die Oberbürgermeisterin wird sicher bestätigen können, dass bei allen Veranstaltungen, wo Menschen mit internationaler Familiengeschichte, ob mit oder ohne deutschen Pass zu Gast sind, sich Schlangen für ein gemeinsames Foto mit ihnen bilden. Vielleicht ist es nur ein Symbol. Ich finde aber, es ist ein sehr bedeutsames. Wer will denn mit uns einmal ein Selfie machen? Darüber muss man einmal nachdenken.

Wir sind überzeugt, dass eine stadtweite Feier ein wichtiges Signal für die Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist. Menschen, insbesondere wenn es sich um vormals Geflüchtete handelt, die unsere Sprache gelernt, eine schulische oder berufliche Ausbildung gemacht haben oder in Arbeit sind, und nun nach Jahren in Deutschland angekommen sind und gern ein Teil unserer Gesellschaft werden können und wollen, sollten wir angemessen willkommen heißen. Die

bisherige Regelung, dass die Übergabe der Einbürgerungsurkunde in den Bezirken erfolgt - und so ist es im Antrag der FDP formuliert -, wird davon nicht berührt oder abgeschafft.

Daher verstehe ich den Ersetzungsantrag des Bündnisses nicht ganz bzw. er weist auf das grundsätzliche Dilemma hin, nämlich dass es bei dem bisherigen Verfahren kein einheitliches Format gibt. In diesem Zusammenhang habe ich sowohl mit einigen Menschen aus dem Integrationsrat als auch mit allen Bezirksbürgermeister*innen gesprochen. Manchmal ist es nützlich, mit den Betroffenen zu reden. Die Einbürgerungserfahrungen, die mir geschildert wurden, waren sehr unterschiedlich. Das reichte von „eine schöne, mit Liebe gemachte Feier“ bis hin zu „freudlose Nummer, reiner Verwaltungsakt“. Es kann doch nicht sein, dass die Ausgestaltung der Einbürgerung so unterschiedlich gehandhabt wird, und es augenscheinlich von den Personen vor Ort abhängt, wie würdevoll oder auch nicht diese Veranstaltung abläuft.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Daher ist die Forderung nach einem Konzept zentral und richtig. Ich finde allerdings, dass es nicht ausreicht, das Konzept dem AVR, dem Integrationsrat und den Bezirksvertretungen vorzulegen, wenn es fertig ist, sondern sie sollten frühzeitig in den Prozess eingebunden werden.

Wir sind zudem der Überzeugung, dass das Angebot einer zentralen Feier und die einer dezentralen Übergabe der Einbürgerungsurkunden sich ergänzen und sich nicht gegenseitig ausschließen. Daher halten wir es auch für falsch, wenn wir das hier gegeneinander abstimmen. Lassen Sie uns stattdessen beschließen, dass die Verwaltung aufgefordert wird, ein Konzept für eine zentrale Feier und ein einheitliches Format in den Bezirken zu erstellen und in die vorgenannten Gremien einzuspeisen. Das wäre sowohl der Sache als auch den Menschen, um die es ja hier geht, ein angemesseneres Verfahren. Ich weiß jetzt nicht, wie wir uns nachher verabreden; wenn wir sagen, wir überweisen in den Integrationsrat, würden wir natürlich zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind davon ausgegangen, dass wir nicht alle dazu reden. Deswegen bin ich jetzt nicht so vorbereitet wie meine Ratskolleg*innen. Aber ich werde trotzdem probieren, noch einmal hier etwas zusammenzufassen. Man kann feststellen, dass hier der Konsens besteht, Einbürgerungsfeiern zu begleiten und diese auszurichten; ob das auf der Stadtebene passiert mit Frau Reker, die die Urkunde übergibt - natürlich nicht jedem von denjenigen, die eingebürgert werden; das würde den Rahmen sprengen -, oder ob es in der Bezirksvertretung passiert, muss man entsprechend sehen. Uns ist aber wichtig, unabhängig davon, dass der Integrationsrat - das wurde mehrfach gesagt -, dazu vorab hätte befragt werden müssen: Die Kolleg*innen dort hätten die Gelegenheit haben müssen, darüber nachzudenken, was tatsächlich ihr Wunsch ist. Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob es die FDP weiß. Aber ich weiß, dass Frau Hoyer im Integrationsrat sitzt und mit Sicherheit Stimmen gehört hat; sonst hätte sie vielleicht diesen Antrag auch nicht so gestellt.

Nichtsdestotrotz, Frau Hoyer, glaube ich, ist es wichtig, dass es erst einmal eine Runde in den Integrationsrat macht; denn dort sitzen Menschen, die ja quasi unsere Experten und Expertinnen sind. Da noch einmal diese Schleife zu ziehen, ist, glaube ich, ganz sachdienlich.

Nur vielleicht einfach einmal eine eigene Note: Als ich eingebürgert worden bin - das ist jetzt Jahrzehnte her -, habe ich in einer Amtsstube meine Urkunde bekommen und mir wurde gesagt: „Schönen Tag noch, Frau Tokyürek!“ - das war es.

Ich glaube, dass es mit Sicherheit Menschen gibt, die es freut, eingeladen zu werden, und die das gerne mitmachen möchten, in einem schönen Rahmen eine Urkunde zu bekommen. Es gibt mit Sicherheit sehr viele Menschen, die das wirklich toll finden und Lust darauf haben; nicht jeder, aber derjenige, der keine Lust hat, kommt halt eben nicht. Aber ich glaube, dass wir hier einen breiten Konsens haben, dass wir das wollen. Dann richtet man ein tolles Fest aus, um denjenigen, die kommen, die Einbürgerungsurkunde auszuhändigen. Das sollten wir definitiv tun. Aber ich beantrage jetzt hier - Frau Hoyer, Sie haben gesagt, dass Sie die Schleife mittragen -, den Integrationsrat mit einzubeziehen, um dort das Okay einzuholen. Dann kann das auf die Reise gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es sieht jetzt nicht so aus, als würde von Volt das Wort gewünscht werden. Dann hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Was ich Ihnen jetzt sagen werde, wird Sie erst einmal überraschen: Prinzipiell ist die Idee von feierlichen Einbürgerungsfeiern nicht falsch.

(Beifall bei der AfD)

Es sollte eigentlich auch der Standard in Deutschland sein. Wir haben allerdings in Deutschland ein Problem, dass die Staatsangehörigkeit in unseren Augen eher verramscht wird und nicht am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses steht. Deshalb sehen wir diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt sehr kritisch. Wir sind ja für eine eher rigidere Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit. Das heißt nicht, dass sie nicht an irgendwen vergeben werden sollte. Keineswegs. Nur in der aktuellen Form sehen wir unser Staatsangehörigkeitsrecht sehr kritisch. Die FDP hat hier auch Bezug genommen auf die Referentenentwürfe in Berlin, und die sehen ja irgendwie auch schon Einbürgerungen nach drei Jahren vor. Das ist in unseren Augen falsch. Das ist eine Verramschung des deutschen Passes. Ich gebe jedem einmal den Tipp: Geben Sie einmal bei Google „Vergewaltigung Nürnberg Ägypter“ ein, dann kriegen Sie den heutigen Artikel. Da schreibt ja selbst die Bildzeitung, dass es ein Eingebürgerter war. Daher muss man da sehr vorsichtig sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Ich bin gleich fertig. Ich wollte mich kurzfassen, Frau Reker.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, aber sprechen Sie bitte zur Sache.

Christer Cremer (AfD): Wie gesagt, wir sind prinzipiell für diese Feiern, wären auch dafür im pompösen Rahmen; nur aktuell nicht, weil das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht aktuell so gar nicht dazu passt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Dickas das Wort.

Birgit Beate Dickas (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kollegen der demokratischen Parteien! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Zuschauende im Saal - es sind noch einige, die aushalten - und daheim an den Geräten!

In Zeiten, in denen Abschiebungen im großen Stil gefordert werden, erfüllt der Willkommensantrag der FDP mein graues Herz mit Freude. Zudem begrüßen wir, die Fraktion Die FRAKTION, den Einbürgerungsantrag sehr; denn für Partys und Feiern - besonders der kölschen Art - sind wir immer zu haben, solange es dabei Kölsch, Bier, Halve Hahn und vegane Mettbrötchen gibt. Die Fraktion Die FRAKTION möchte ebenso wie die Antragstellenden alle neu zugezogenen, aber auch langjährig hier lebenden Menschen, die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden haben, nicht nur willkommen heißen, sondern auch in unser kölsches Hätz mit einschließen.

Köln verfügt über ein umfangreiches, jahrhundertealtes Repertoire an kölschen Hymnen. Daher bitte ich die Verwaltung, eine Auswahl von geeigneten kölschen Liedern zu treffen, um diese bei den künftigen Einbürgerungsfeiern abzuspielen. Beispielsweise nenne ich hier „Da simmer dabei“ oder etwas ernsthafter „Unsere Stammbaum“ von den Bläck Fööss. Auf ein Abspielen der deutschen Nationalhymne bitte ich aus verschiedenen Gründen zu verzichten, aber aus Gesprächen mit Betroffenen weiß ich auch, dass diese diesen festlichen, ernsthaften, formalrechtlichen Akt eben auch mit einer gewissen Ernsthaftigkeit gefeiert wissen möchten und durchaus auch das Abspielen der Nationalhymne als angemessen sehen. Als Vorschlag wurde mir auch schon gesagt: Ja, aber es wäre schön, wenn wir in Köln dann auch noch eine kölsche Hymne hören könnten.

Um aber über diesen Antrag zu entscheiden, finde ich, müssten Betroffene einfach viel mehr Gehör finden. Das können wir als Almans nicht unbedingt entscheiden. Ich fände es auch super, wenn der Antrag in den Integrationsrat verwiesen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörende! Ich bin jetzt wirklich überrascht. Ich dachte auch zuerst, als ich das in der Zeitung gelesen habe, dass das von der FDP kommt. Da dachte ich, Moment mal, wie kommt das jetzt? Und wieso haben jetzt auf einmal alle die Einbürgerung entdeckt? Ich meine das auch wirklich mit Ernst. Ich habe eine Kollegin aus der Bezirksvertretung, die Französin ist und die jetzt auch bald ihren Pass bekommen wird. Sie hat einen Anruf von dem Ministerpräsidenten Wüst bekommen. Er sagte, er würde sie gerne einbürgern, aber das könne er ja nicht, weil er dafür nicht zuständig sei; aber er würde sie gerne einladen, dass sie dann als französische Staatsbürgerin jetzt bald deutsche Staatsbürgerin werde.

Sie haben also eine große Konkurrenz - das müssen Sie wissen -, auch hier vom Rat. Vielleicht wird das dann alles einmal nach Düsseldorf gehen. Dann wäre es so, aber ich kann jetzt nur sagen: Ich glaube, dass auch hier große Irritationen oder auch Nichtwissen vorhanden sind, was Einbürgerungen in den Bezirken anbelangt. Ich kann nur jedem Ratsmitglied, allen voran jedem direkten Ratsmitglied raten, einmal in die Bezirke zu gehen.

(Zuruf von der FDP: Waren wir schon!)

- Ja, okay. Und wenn es da nicht so läuft, wie sich die Ratsleute es vorstellen, müssen sie sich mit dem Bezirksbürgermeister und der Bezirksbürgermeisterin auseinandersetzen. Ich kann nur sagen, bis jetzt habe ich 4 000 Leute eingebürgert.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Warum erzähle ich das? Das sind gar nicht so wenige. Das Wichtige ist dabei - und deshalb haben wir es auch immer früher so diskutiert -, dass es in den Bezirken ist, weil die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister diese Menschen, wenn es einmal zentral läuft, nur einmal sehen. Die Bezirksbürgermeisterinnen und die Bezirksbürgermeister sehen sie oft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Ja, ich denke, das ist sehr wichtig. Das hat nichts damit zu tun. Das ist sehr wichtig in der Hinsicht, dass die Menschen sich schnell mit der Stadt identifizieren - das ist das Entscheidende dabei -, und das können Sie in dem Falle, wenn Sie wissen, was Ihre Bezirksvertretung ist. Man erklärt die Demokratie, das demokratische Wesen, dann trägt man die Nationalhymne vor, dann gibt es Wasser, dann wird auch noch ein kölsches Gedicht aufgesagt, zum Beispiel „Su simmer all he hinjekumme“. Ich kann nur sagen, dass das die Menschen sehr berührt und dass sie auch sehr froh darüber sind. Wenn man sich dann im Viertel über den Weg läuft, kennt man sich, und dann bespricht man das auch so alles.

Das andere ist, was Sie hier vorhaben - das kann ich auch ganz klar sagen -: Das ist eine Riesennummer. Wenn überhaupt so etwas wäre, müsste es hier im Rathaus sein; denn das ist ja nun einmal hier das Haus für die Bürgerinnen und Bürger stadtweit. Wenn es einmal im Jahr wäre - ich habe das jetzt gemacht, ich habe alle, fast 400, die man während der Pandemie nicht einbürgern konnte, angeschrieben oder wir - ich habe ja eine Sekretärin.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Davon kamen nur noch 100, und da ist auch eine große Fluktuation drin. Das muss man auch sagen. Daher ist es wichtig - letzter Satz, nein vorletzter -, dass das sehr zeitnah geschieht. Wir machen das natürlich unterschiedlich, aber alle vier Wochen mache ich eine Einbürgerung. Das ist das Entscheidende dabei, dass sie auch die Urkunde bekommen und dass sie auch sehen und mitbekommen: Wer wohnt in meinem Bezirk? Wer ist das? Sie können ihre Kinder mitbringen. Sie können ihre Verwandten mitbringen. Das kann man in so einer großen Veranstaltung nicht.

Ich will das sagen - auch mit hoher Verehrung -: Klar, man kann natürlich auch für die jüngeren Leute etwas machen. Es gab einmal eine kölsche

Hymne, als es nach dem Krieg eine gewisse Zeit aus den bekannten Gründen leider keine gab. Diese hieß: „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“. In dem Sinne: Das gehört in die Bezirke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich will Ihnen nur ganz kurz berichten, dass ich auch Menschen, die mich vorher schon erlebt haben und es unbedingt möchten, einbürgere. Das habe ich schon bei ein paar Dutzend Menschen gemacht, ohne jetzt den Bezirksbürgermeisterinnen und -meistern Konkurrenz zu machen. Ich mache es für diejenigen, die es unbedingt möchte und mir einen Brief schreiben - das sind übrigens manchmal auch Eltern mit Kindern - das finde ich immer besonders interessant und toll.

Ich würde jetzt vorschlagen - das gibt die Gemeindeordnung nämlich so her, weil der Integrationsrat kein Beschlussgremium in dem Sinne ist -, dass wir das zur Stellungnahme an den Integrationsrat verweisen, wenn Sie einverstanden sind. Hier kam häufiger die Bitte, das zur Stellungnahme an den Integrationsrat zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Entschuldigung!)

- Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Es gab eben noch die Idee, das auch in den AVR zu geben. Das hatten wir schon einmal abgestimmt. Also in den AVR und in den Integrationsrat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir könnten vielleicht die Stellungnahmen des Integrationsrates abwarten.

Christian Joisten (SPD): Das macht dann am meisten Sinn. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würden wir es so machen, dass wir das in den Integrationsrat zur Stellungnahme und dann in den AVR verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Stellungnahme in den Integrationsrat und zur Entscheidung in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Verwaltung / Internationales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag auf Verweisung von den Fraktionen SPD und Die Linke.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke spricht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Solidarität mit Israel und Tel Aviv-Yafo“ AN/1822/2023

Herr Cremer hat das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Erst mal vorweg: Was Sie heute Nachmittag gemacht haben, hier so eine Resolution als vermeintlichen Antrag, weil man Probleme hatte, das zusammen zu machen, ist schon wirklich peinlich. Es ist eigentlich auch schade, dass Sie da in Ihrer Neutralität mitgemacht haben.

(Beifall bei der AfD)

Wir wären wirklich gesprächsbereit gewesen, auch mit Blick auf unseren Antrag. Wir waren ja in der Lage, das rechtzeitig reinzuschreiben und über Änderungsanträge und Ähnliches zu reden. Wir hätten auch kürzen können. Das wäre alles

gar kein Problem. Aber so etwas ist einfach nur erbärmlich.

Nun zum Thema: Der terroristische Angriff der radikal-islamischen Hamas am 7. Oktober auf die zivile Bevölkerung in Israel ist durch nichts zu rechtfertigen. Dieser Angriff auf Kinder, Frauen, Alte kann durch nichts entschuldigt oder relativiert werden. An dem Tag wurden 1 400 Menschen getötet, ermordet - so viele Juden wie an keinem anderen Tag seit 1945. Die Berichte über die Gräueltaten sind unvorstellbar.

Die Kölner Partnerstadt Tel Aviv liegt seitdem unter Beschuss von Raketen. Glücklicherweise fängt die israelische Raketenabwehr die meisten davon ab, aber nicht alle. Es muss für die Zivilbevölkerung furchtbar sein. Übrigens gehören in Israel zur Zivilbevölkerung nicht nur Juden; Israel hat ja auch einen sehr hohen Araberanteil. Ich glaube, dass diese Raketen nicht zwischen jüdischen oder arabischen Israelis unterscheiden.

Deshalb sollte der Kölner Stadtrat unserer Partnerschaft Tel Aviv unsere Solidarität ausdrücken.

Wir müssen uns aber auch als Köln einige kritische Fragen stellen und endlich die richtigen Schlüsse aus den Reaktionen auf Deutschlands Straßen ziehen.

Die Zuwanderung aus dem arabisch-islamischen Kulturraum ist gescheitert. Gucken Sie sich bitte die zum Teil gewalttätigen Demos in Deutschland an.

(Beifall bei der AfD)

Ein Stopp der Zuwanderung aus diesem Kulturkreis ist sofort geboten. Es darf nicht sein, dass Islamisten in Deutschland die ausländischen Konflikte hierhin tragen und auch noch den deutschen Pass hinterhergeworfen bekommen. Das meinte ich vorhin.

Die Ampelkoalition wird mit ihrer Verramschungspolitik der deutschen Staatsangehörigkeit leider ihren Teil dazu beitragen, dass diese Leute dann auch noch über Wahlen demokratischen Einfluss gewinnen. Davor graut es mir.

Deutschland braucht vielmehr eine rigide Abschieds- und Rückführungskultur für Islamisten und ausländische Antisemiten.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen nicht, dass ausländische Konflikte auf deutschem Boden ausgetragen werden. Die anderen Fraktionen in diesem Rat wie auch die Oberbürgermeisterin müssten dafür aber endlich aus ihrem Gutmenschen-Wolkenkuckucksheim kommen.

Die AfD hat immer vor dem importierten Antisemitismus gewarnt. Leider haben wir recht behalten. Ein jüdisches AfD-Mitglied hat mir berichtet, dass es Antisemitismus in erster Linie von Menschen aus dem arabisch-islamischen Kulturkreis in Köln und nicht von Biodeutschen erlebt habe.

Wir haben in Köln ja auch ein prominentes Beispiel für importierten Antisemitismus. Ich will hier an den Fall des Kippaträgers erinnern, der 2021 wegen seines Glaubens in der Innenstadt angegriffen wurde. Aus der Landtagsdrucksache 17/17063 ergibt sich zum Täterhintergrund folgendes Bild: acht Tatverdächtige, davon ein Deutscher mit Pass und deutschem Vornamen, drei deutsche Staatsangehörige mit nichtdeutschen Vornamen, drei Personen mit deutscher und türkischer Staatsangehörigkeit, eine Person mit türkischer Staatsangehörigkeit. - Das ist ein Beispiel für den Antisemitismus in diesem Land und dieser Stadt.

Es darf hier in Köln keinerlei Zusammenarbeit mit irgendwem geben, der mit diesen radikalen islamischen Organisationen verbunden ist.

Auch lehnen wir Boykotte der israelischen Wirtschaft ab. Die Produkte Israels müssen in Köln ausdrücklich willkommen sein.

Dann auch noch ein paar Worte zur Hamas: Der israelischen Armee wünsche ich viel Erfolg beim Kampf gegen diese Organisation. Selbstverständlich hoffe ich, dass die zivilen Opfer unter den Palästinensern, so gut es geht, minimiert werden.

(Beifall bei der AfD)

Die Hamas regiert den Gazastreifen seit 2007 faktisch alleine. Was hat sie erreicht? Nichts außer Armut. Sie kann nur Terror und Leid bringen - nicht nur für Israel, sondern auch für die eigenen Leute.

Ganz perfide erscheint dieser Angriff vor dem Hintergrund, dass sich Israel und Saudi-Arabien annähern. Sollte hier etwa Entspannung zwischen Arabern und Juden unterbunden werden, die ja schon in den letzten Jahren unter Trump sehr erfolgreich stattgefunden hat?

Die Hamas hat keinen Versuch unternommen, den Gazastreifen in ein Singapur oder Hongkong des Mittelmeers zu verwandeln - trotz großzügiger Entwicklungshilfe auch aus Deutschland. Das war dann wohl eher Rüstungshilfe. Die reichen Golfstaaten hätten sicherlich auch als Unterstützer für eine andere Art des Lebens dort bereitgestanden.

Die Hamas hat als Regierungskraft versagt und nutzt die eigene Bevölkerung auf widerlichste Weise auch noch als Schutzschild.

Mit der Unterstützung der Hamas muss Schluss sein. Andernfalls wären alle Solidaritätsbekundungen nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Unser Antrag ist vollumfassend, glaube ich. Wir wären gerne bereit gewesen, mit Ihnen in dieser Frage zusammenzuarbeiten. Nichtsdestotrotz bitte ich um Ihre Zustimmung. Wir sollten hier als Rat auch einen Beschluss fassen. Einen formellen Beschluss haben wir nämlich nicht. Aber ein Beschluss ist die stärkste Form des politischen Ausdrucks. Der Rat als solcher hat bis dato keinen Beschluss gefasst. Hier kann er einen klaren Beschluss der Solidarität fassen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Martin.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich stolz darauf, dass sich der Rat der Stadt Köln mit großer Mehrheit zusammen mit der Oberbürgermeisterin heute Nachmittag in einer gemeinsamen Resolution solidarisch mit Israel erklärt hat und aller unschuldigen Opfer dieses Krieges gedacht hat.

(Beifall)

Umso schlimmer ist das, was wir soeben hören mussten - von einer zum Glück nur kleinen, aber gesichert rechtsextremen Minderheit, die wieder einmal gezeigt hat, wie groß ihre Menschenverachtung und ihr Hass sind.

Immer wieder zeigt sich: Die proklamierte Solidarität mit Israel und der vermeintliche Einsatz gegen Antisemitismus der AfD sind heuchlerisch. Denn immer wieder äußern sich Parteimitglieder und auch Funktionäre judenfeindlich. Es gibt Landtagsabgeordnete, die offen antisemitischen Verschwörungstheorien anhängen. Judenhass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoah sind in dieser Partei zu Hause.

Der scheinheilige Versuch, sich solidarisch mit Israel zu zeigen, ist aber nicht nur heuchlerisch, sondern auch entlarvend; denn der AfD geht es immer nur darum, Argumente für ihre migrationsfeindliche Politik zu sammeln. Sie sieht sich selbst als Garant für jüdisches Leben in Deutschland in Zeiten illegaler antisemitischer Zuwanderung und vermengt auf unerträgliche Art und Weise zwei Themen miteinander. Einen sofortigen Stopp der Zuwanderung aus dem arabisch-islamischen Kulturraum zu fordern, um Antisemitismus vorzubeugen, ist doppelzüngig und zutiefst perfide.

(Beifall)

Ich bin stolz auf die breite Mehrheit in diesem Rat und unsere Oberbürgermeisterin, die sich ehrlich und von Herzen solidarisch mit Israel erklären und den Antisemitismus verabscheuen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann würde ich jetzt gerne zu TOP 3.1.9 abstimmen lassen. Wer wünscht dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln ist tief erschüttert und besorgt über die Angriffe von radikalislamischen Terroristen auf den Staat Israel. Wir verurteilen diese Angriffe. Dabei wurde die Kölner Partnerstadt Tel Aviv-Yafo mit Raketen angegriffen. Wir stehen solidarisch an der Seite von Tel Aviv-Yafo und seiner Bewohner.*

Diese haben das Recht in Frieden und Freiheit zu leben.

2. *Der Rat der Stadt Köln bekennt sich vorbehaltlos zum Existenzrecht Israels und dessen Recht auf Selbstverteidigung.*

3. *Der Rat der Stadt Köln wendet sich gegen jede Form des Antisemitismus. Dabei stellt der Rat fest, dass ein Großteil des Antisemitismus in Deutschland und Köln aus dem Ausland durch die Politik der offenen Grenzen importiert ist. Er ist die Folge einer verfehlten Zuwanderungspolitik.*

4. *Wir verurteilen antisemitische und gegen den Stadt Israel und sein Existenzrecht gerichtete Demonstrationen und Veranstaltungen in Köln.*

5. *Der Rat der Stadt Köln lehnt jegliche Zusammenarbeit mit Organisation, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen ab, die Beziehungen zu Terrororganisationen wie z.B. der Hamas und/oder Staaten pflegen, die den Staat Israel bekämpfen und sein Existenzrecht in Frage stellen. Diese Ablehnung umfasst auch Staaten und Organisationen, die den Kampf gegen Israel durch Dritte führen lassen. Alle Projekte der Stadt Köln im Rahmen ihrer sogenannten kommunalen Außenpolitik sind darauf zu prüfen.*

6. *Der Rat der Stadt Köln verurteilt Boykottaufrufe gegen den Staat Israel. Das gilt im Besonderen für die sogenannte BDS-Bewegung („Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung). Diese Brandmarkung von Israelis und Juden im Allgemeinen verurteilen wir. Unternehmen und Produkte aus dem Staat Israel sind in Köln herzlich Willkommen.*

7. *Der Rat der Stadt Köln stellt sich gegen eine weitere Zuwanderung aus dem arabisch-islamischen Kulturraum nach Deutschland und Köln. Die Oberbürgermeisterin ist aufgefordert, sich bei der Bundesregierung und Landesregierung dafür einzusetzen. Das gilt auch für eine rigide, konsequente und effiziente Abschiebepolitik für ausländische Israelhasser und Antisemiten.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Neugestaltung Sicherheitskonzept 11.11.2023 - Stadt absperren (außer Hahnwald)!“ AN/1818/2023

Ich gebe Herrn Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Jetzt können alle erst mal etwas essen gehen. Guten Appetit. - Liebe Frau Reker! Liebe alle! Karneval: Chance oder Gefahr? Lassen Sie mich für die Antwort ein bisschen weiter ausholen; denn die Ursprünge des Karnevals liegen ungefähr im Jahr 1832. Damals hatten die sogenannten Sanchilotten - Köln stand unter französischer Herrschaft - hier in Köln ein Pferd zurückgelassen, nachdem sie von den Holländern vertrieben worden waren. Es war ein riesiges Pferd aus Holz. In dem Pferd befanden sich 300 preußische Soldaten, die nachts in voller Uniform durch die Straßen liefen und dabei laut „Sparta!“ riefen, was später im kölschen Zungenschlag zu „Alaaf!“ wurde. So haben am Ende doch die Konföderierten den Krieg gewonnen. Sie nannten die Stadt von da an Colón, nach der gleichnamigen Stadt im mexikanischen Bundesstaat Querétaro. Einmal im Jahr erinnern sich die Kölner und Kölnerinnen an diese Nacht, und zwar am 11.11.

Warum erzähle ich das alles? Nun, liebe Freunde und Freundinnen, es ist wichtig, seine Vergangenheit zu kennen, um die Gegenwart zu verstehen und die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu fällen. Genau das gilt auch für das Sicherheitskonzept zum 11.11.

Anhand einer ähnlich fundierten Analyse wie meiner kurzen historischen Einordnung des 11.11. wurde ein gutes Sicherheitskonzept für den 11.11. entworfen und umgesetzt. Selbstverständlich hat es auch sehr gut funktioniert.

Deswegen, liebe Mit-Ratis, wollen wir von der FRAKTION dieses Konzept auf das gesamte Kölner Stadtgebiet ausweiten. Hahnwald können wir dabei außen vor lassen. In Hahnwald gibt es bereits ein privates Sicherheitsunternehmen, die Securitas GmbH. Der Trend geht sowieso immer stärker zu privaten Sicherheitsunternehmen. Die drei Pappnasen im Logo der Securitas weisen sie

als Top-Experten im Karnevalssicherheitsbusiness aus, sodass wir dort von der Sperrung absehen können.

Ich bin sicher, Sie schon argumentativ überzeugt zu haben. Letzte Zweifel sollte unsere fundierte Grafik, die wir in unserem Antrag angehangen haben, aus dem Weg räumen. Karneval: Chance oder Gefahr? Antwort: natürlich eine echte Gefahr. Deswegen lassen Sie uns zusammen Köln - außer Hahnwald - absperren. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier noch vereinzelt auf der Empore und an den Bildschirmen! Legen wir einmal den Antrag der FRAKTION beiseite, weil er auch keinen Beitrag zur Lösung dieses für viele Anwohnerinnen und Anwohner sowie viele Geschäftsleute realen Themas, das wir seit zwei Jahren diskutieren, liefert. Haken wir ihn einmal ab und wenden uns den Fragen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu.

Ich möchte auch nicht die zahlreichen Argumente der Planungen zum 11.11. wiederholen. Da gibt es auch punktuell verschiedene Sichtweisen, mit allen respektablen Argumenten. Uns alle eint aber, dass die Sicherheitsfragen akkurat geklärt sein müssen, wenn 60 000 Menschen da in einem Viertel feiern, was ja auch schön ist, aber auch sehr, sehr viele Probleme für die Anwohnerinnen und Anwohner, für die Geschäftsleute sowie für die Gastronominnen und Gastronomen produziert.

Ich möchte eher den Faden aufnehmen, den wir am letzten Runden Tisch Karneval hatten. Dort gab es ja über alle Unterschiedlichkeiten hinweg einen Konsens, den Einstieg in die dezentralen Veranstaltungen zu schaffen, der sich nicht leicht generiert, und auch den Vorschlag von Christian Joisten, dazu mal ein Fachgespräch mit den stimmberechtigten Fraktionen aus dem AVR durchzuführen, um da mal tiefer einzusteigen, was alles die Rahmenbedingungen für dezentrale Veranstaltungen sind, und da mal den Raum aufzumachen. Es gibt auch schon Signale seitens der Verwaltung, dass hierzu eingeladen wird.

Insofern sollten wir schauen, was wir schaffen können, um im kommenden Jahr schon einen Einstieg in dezentrale Veranstaltungen zu finden. Denn so, wie es jetzt ist, kann es für die Bürgerinnen und Bürger im Kwartier Latäng, für die Geschäftsleute sowie für die Gastronominnen und Gastronomen nicht bleiben. Es muss irgendwie anders werden. Dazu müssen wir Lösungen finden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

(Bernd Petelkau [CDU]: Frau Oberbürgermeisterin!)

- Ach so. Sie standen nicht auf meiner Redeliste.

(Christian Joisten [SPD]: Bitte, Herr Petelkau!)

Ich bitte, in Zukunft sehr sorgfältig die Rednerinnen und Redner zu melden.

Bernd Petelkau (CDU): Wir nehmen diesen Hinweis gerne mit und machen das sehr gerne. Es liegt sicherlich auch daran, dass man zu einem satirischen Antrag normalerweise nicht redet, weil die Sache per se eigentlich zu ernst ist.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, aus welcher Situation wir am Elften im Elften gekommen sind. Da hatten wir etwas, was in der Menge und der Größe nicht vorhersehbar war. Dazu hat es einen ersten Aufschlag gegeben. Anders als in München beim Oktoberfest, um eine vergleichbare Großveranstaltung zu nehmen, oder bei der traditionellen Elften-im-Elften-Feier auf dem Heumarkt, wo es klare Veranstalter gibt, haben wir hier keinen Veranstalter. Vielmehr sind es viele Menschen, die gleichzeitig an der gleichen Stelle feiern wollen. Das ist das Problem.

Wir könnten jetzt sagen: Sicherheit ist Aufgabe der Polizei; wir ziehen uns zurück. - Aber das ist nicht der Ansatz, den wir als Politik in Köln und als Stadt Köln fahren. Das heißt, dass hier das

Ordnungsamt begleitend unterwegs ist. Aber noch einmal: Die Stadt Köln ist kein Veranstalter an der Zülpicher Straße. Wir versuchen einfach nur, dort die Situation so zu handeln, dass es nicht zu Gefahren für Leib und Leben kommt.

Ob die Zuschauerzahlen in den nächsten Jahren weiter explosionsartig zunehmen, haben wir relativ wenig in der Hand, weil die Menschen aus dem Umland immer gerne nach Köln kommen, um zu feiern. Köln ist eine schöne Stadt. Da feiert man gerne.

Jetzt geht es zum einen um die Fortsetzung des Sicherheitskonzepts. Hier hatten wir vom Elften im Elften hin zu Weiberfastnacht eine deutlich positive Entwicklung gehabt. Auch am bevorstehenden Elften im Elften wird es weitere graduelle Verbesserungen geben. Das ist aber nur *ein* Ansatz. Das Fest zu ordnen und zu versuchen, Gefahren für Leib und Leben maximal zu reduzieren, ist also das eine.

Das andere ist - und diesen Ansatz sollten wir im Haushaltsplan für 2025 und 2026 mitberücksichtigen -, dass wir Vereine und Initiativen in den Quartieren auf Kölner Grund und Boden unterstützen. Wer in Esch oder Pesch vor Ort feiern kann, muss nicht auf die Zülpicher Straße kommen. Wer in Zündorf oder in Lövenich oder wo auch immer vor Ort feiern kann, feiert im Regelfall gerne vor Ort, weil er dann keine weite An- und Abreise hat. Das kann eine der Ideen sein, die wir entsprechend berücksichtigen sollten, damit der Druck auf unsere Innenstadtquartiere abnimmt.

Ein weiteres Thema sind Fragen, die man sich auch im laufenden Geschäft - -

(Unruhe)

- Vielleicht können Sie für ein bisschen Ruhe im Ratssaal sorgen, Frau Oberbürgermeisterin. Dann ist das auch für alle verständlicher. - Auch wenn jetzt hier der eine oder andere Tumult entstanden ist, möchte ich gern zwei Dinge noch einmal herausheben.

Die Situation an Karneval ist am Ende nur die Eskalation eines Zustands, den wir fast das ganze Jahr haben. Das beginnt mit dem Müll in den Grünanlagen. Im Sommer werden jedes Wochenende 20 Tonnen Müll aus den Grünanlagen herausgeholt. Auch das müssen wir angehen und uns mit dem Thema Müll im Hinblick auf das ganze Jahr auseinandersetzen.

Das Zweite ist - das wurde an anderer Stelle heute ja auch schon angesprochen - die Frage der Überfüllung bestimmter Teile der Innenstadt. Das, was wir an Fastelovend in der Zülpicher Straße und im Quartier Latäng haben, haben wir im Sommer rund um den Brüsseler Platz in ähnlicher Form. Die Frage ist: Kriegen wir das hin, wenn wir immer wieder nur Versuche unternehmen, das zu verteilen? Oder sollten wir nicht noch einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob es vielleicht Sinn macht, an irgendeiner anderen Stelle im Innenstadtbereich bzw. vielleicht auch im Rechtsrheinischen oder im innenstadtnahen Bereich noch ein weiteres Ausgehquartier zu etablieren, um das Ganze etwas weiter auseinanderzuziehen? Wir haben viele Feierzonen zum Beispiel in Ehrenfeld durch den wachsenden Wohnungsbau verloren. Auch das sollte man einmal ernsthaft überlegen.

Dieser Scherzantrag sollte abgelehnt werden. Aber dem Thema werden wir uns an verschiedensten Stellen in den nächsten Monaten sicherlich noch intensiver widmen. Ich wünsche uns allen einen friedlichen Verlauf des Elften im Elften und allen, die im Rahmen der Stadtverwaltung für uns tätig sind oder von uns beauftragt werden, maximale Sicherheit auch für die eigene Person. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt bin ich doch froh, dass ich Herrn Petelkau vorgelassen habe; denn so kann ich auch auf das eine oder andere eingehen, was wir meines Erachtens schon noch ein bisschen herausarbeiten müssen.

Aber ich beginne einmal mit Michael Hock und der FRAKTION. Ich finde auch, dass man dieses Thema - denn es machen sich Menschen gerade im Kwartier Latäng tatsächlich große Sorgen, wie der 11.11. in diesem Jahr ablaufen wird - ernst nehmen muss. Dazu hier Scherzanträge zu stellen, finde ich eher problematisch. Noch einmal: Das sind Menschen, die wir ernst nehmen müssen, auch in diesem Quartier.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Die Herausforderungen hat Bernd Petelkau jetzt ein bisschen weiter gezogen. Ich möchte sie einmal auf die Frage verengen, wie wir dieser Entwicklung begegnen. Das gilt dann sowohl für das Thema „Kwartier Latäng zu Karneval“ als auch für die Situation rund um den Brüsseler Platz. Wie schaffen wir es, diese Places to be, die es in dieser Stadt einfach gibt - - Und am 11.11. ist für eine bestimmte Generation von jungen Menschen der Place to be die Zülpicher Straße oder das Zülpi oder die Zülpi; das Pronomen ist unterschiedlich. Auf jeden Fall muss man am Ende des Tages da sein.

Das ist doch die Botschaft, die alle kennen, die am Runden Tisch Karneval den Schülerinnen und Schülern zugehört haben, die da mal zugegen waren und schlicht und ergreifend gesagt haben: Es ist ja toll, was ihr euch alles überlegt; aber meine Freunde sind da, und ich gehe am 11.11. auch dahin, völlig egal, was ihr alles macht. - Das ist doch die Herausforderung, vor der wir stehen.

Deswegen fand ich und finde ich weiterhin sehr gut, Frau Oberbürgermeisterin, dass es diesen Runden Tisch gibt. Wir hatten das am vergangenen Freitag ja schon ein wenig mit einem Fragezeichen versehen. Ich finde es gut, dass es ihn gibt. Ich finde auch gut, dass man an diesem Runden Tisch jetzt Arbeitsgruppen gebildet hat.

Was ich weniger gut fand oder schade fand - so möchte ich es formulieren -, ist, dass wir am vergangenen Freitag nicht in der Lage waren, über bestimmte Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen en détail zu debattieren. Das ist in dieser Runde tatsächlich auch ein bisschen schwieriger, zumal es dort sehr ritualisiert zugeht. Ich habe da auch gesagt: Ich kann die Redebeiträge mancher Teilnehmer bereits vorher genau so aufschreiben, wie sie dann gehalten werden. - Das ist dort gegenüber dem Kölner Rat noch mal verschärft.

Deswegen bin ich sehr froh und dankbar, dass jetzt doch einige wesentliche Kräfte den Vorschlag aufgegriffen haben - Manfred, auch die Grünen -, dass wir ein politisches Fachgespräch führen, bei dem wir uns dann auch noch mal über die Rahmenbedingungen für Alternativveranstaltungen, die bisher anscheinend nicht richtig gepasst haben, politisch unterhalten. Es muss uns gelingen, attraktive zentrale Veranstaltungen zu schaffen. Da hilft uns eine Veranstaltung in Widdersdorf oder Zündorf oder wo auch immer nicht alleine weiter. Insofern geht es darum, nahe dem Zentrum und im Zentrum gelegene attraktive Veranstaltungen an anderen Stellen zu schaffen. Nur so kriegen wir auf Dauer die Situation dort entzerrt und entschärft.

Deswegen bin ich dankbar und würde mir auch wünschen, dass wir das jetzt schnell auf die Kette bekommen. Aber die ersten Ansätze sind da ja gemacht. In diesem Sinne hat der Antrag ein Gutes gehabt: dass wir heute darüber sprechen und dass wir eine klare Perspektive haben.

Ja, das ist ein Thema, um das wir uns kümmern müssen. Aber wir haben bereits einen Ansatz. Wir unterhalten uns in einem Fachgespräch und kommen dann mit Ergebnissen in den Rat zurück.

In diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Es ist zu ernst, auch wenn es um Karneval geht, als dass man es mit Scherzanträgen bearbeiten sollte. - Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Gratulation an Die FRAKTION. Sie hat es ja geschafft, dass wir dieses Thema hier im Rat besprechen. Nachdem wir es an mehreren Runden Tischen Karneval besprochen haben, sprechen wir heute schon wieder darüber. Das muss man erst einmal hinbekommen.

(Beifall bei der FRAKTION)

Ich möchte hier auf den Antrag selber eingehen. Ich will jetzt also gar nicht in die Tiefen des Runden Tisches Karneval einsteigen. Da sitzen Herr Petelkau und Herr Joisten ja auch. Wir wissen, was da genau läuft. Deswegen lasse ich das einmal beiseite. Ich möchte einfach auf diesen Antrag zu sprechen kommen.

Ich finde, dass dieser Antrag ein bisschen daneben ist. Wir sitzen gerade das sechste Mal, glaube ich, am Runden Tisch Karneval und versuchen, um die besten Lösungen zu ringen. Dass dann hier ein Antrag kommt, jetzt alles abzusperren, finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Wir

versuchen als ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen wirklich, um die besten Lösungen zu ringen, und müssen uns im Rat dann auch noch mit Anträgen beschäftigen, in denen gefordert wird, dass wir die ganze Stadt absperren.

(Beifall)

Satire hin, Satire her. Aber manchmal sind eure Anträge echt drüber, muss ich wirklich sagen. Jetzt haben wir hier auch so eine allgemeine Diskussion am Start. Ich finde das unmöglich. Vielleicht kann man demnächst einmal darauf schauen, dass man nicht mehr alles in den Rat trägt, was man gerne möchte.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für den 11.11.2023 beauftragt, das eine Absperrung des gesamten Stadtgebiets (außer Hahnwald) vorsieht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Keine weiteren Flüchtlingscontainer am Fühlinger See“ AN/1824/2023

Ich gebe Herrn Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der CDU-Generalsekretär, Carsten Linnemann, bezeichnete am 8. Oktober 2023 nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse in Hessen und Bayern im ÖRR die Migration als die Mutter aller Probleme.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz, wurde im *SPIEGEL* wie folgt zitiert:

> Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben. Wir müssen mehr und schneller abschieben.

Jetzt ist Frau Martin leider, glaube ich, gar nicht da; denn ich habe noch ein Zitat explizit für Frau Martin. Lassen Sie es mich einmal für Frau Martin vorlesen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, ließ in der *NZZ* verlautbaren:

> Sollte es Flüchtlinge geben, dann sind diese zunächst einmal ein Thema für die Nachbarstaaten. Deutschland kann nicht noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wir haben genug antisemitische junge Männer im Land.

(Beifall bei der AfD - Zuruf)

- Nein, das ist nicht AfD. Ich lese gerade - -

(Zuruf)

- Ich bin Antisemit? Sie sagen hier, ich sei Antisemit? Sie haben es gerade reingerufen - fürs Protokoll. Ich denke, darüber werden wir reden.

Der Ministerpräsident Bayerns, Markus Söder, sagte auf dem DLT23:

> Es geht beim Thema Migration nicht nur um Logistik, es geht beim Thema Migration nicht nur um organisatorische Fragen der Kommunen

- da sieht man einmal, wie den Ministerpräsidenten seine eigenen Kommunen interessieren -,

> sondern es geht zunehmend um eine innere Verfasstheit unserer Gesellschaft, es geht um die demokratische Stabilität. Und wenn Deutschland nicht in der Lage ist, zu liefern - während Corona konnten grundlegende Maßnahmen in kürzester Zeit beschlossen werden -, wenn sich Deutschland bei dem anderen für viele

> Menschen so drängenden Problem nicht in der Lage sieht, eine vernünftige Lösung schnell und vernünftig auf den Weg zu bringen, dann werden am Ende die Kräfte, die es nicht gut mit dem Land meinen, wachsen.

Wen Herr Söder hier meinte, erschließt sich mir nicht. Auf jeden Fall sieht er Handlungsbedarf - wie die AfD.

Ob der sogenannte Verfassungsschutz - Sie haben es ja eben schon angesprochen - bei den Herren bereits Beobachtungen vollzieht, entzieht sich meinem Wissen.

Jetzt kommen wir zu dem weiteren Thema. Jede Woche kommen 150 bis 200 Menschen nach Köln. Ob legal oder illegal, konnte die Verwaltung bisher nicht genau verifizieren. Das sind auf das Jahr gerechnet 7 830 bis 10 440 Menschen.

Währenddessen haben wir laut *Kölner Stadt-Anzeiger* vom gestrigen Tag 4 700 Ausreisepflichtige.

Heute vor einer Woche konnte der Sozialdezernent leider noch nicht sagen - - Ich muss ehrlich sagen, dass ich einen etwas anderen Text vorbereitet hatte, Herr Dr. Rau. Aber ich sehe ja, dass wir beide wollen, dass es besser wird - der eine so, der andere so. Deswegen sehe ich da auch die Intention. Aber ich sehe, dass Sie hier Getriebener einer Politik sind und Dinge machen müssen, die gar nicht mehr machbar sind.

Was wäre da naheliegender, als diesem Getriebenen in der jetzigen Situation zu helfen und erst einmal die zu remigrierenden Ausreisepflichtigen abzuschieben, statt ständig neue Heime und Container aufzustellen?

(Beifall bei der AfD)

Am Wohnraum mangelt es ja für alle. Das kann sicherlich auch der Baudezernent bestätigen. Wir hatten vorhin auch einen Antrag der SPD dazu.

Allein die Anzahl der Abzuschiebenden entspricht knapp zwölf Mal dem Containerdorf, welches die Verwaltung auf Parkplatz 5 am Fühlinger See errichten will.

Statt nun ständig neue Einrichtungen aus dem Boden zu stampfen, wäre eine Abschieds- und Rückführungskultur in der jetzigen Situation genau der richtige Weg.

Hier wäre es an der Leiterin der Verwaltung, der Oberbürgermeisterin, sich an Landes- und Bundespolitik zu wenden - damit die gerade zitierten Aussagen nicht nur Lippenbekenntnisse sind und bleiben, um den Bürgern, die wahrlich genug geleistet haben, Sand in die Augen zu streuen - und klar zu benennen: Wir haben keinen Platz mehr.

Es ist nicht mehr zu leisten, was sich einige immer noch nicht eingestehen wollen, aus weltanschaulichen Gründen.

(Beifall bei der AfD)

Cottbus hat gestern aus völlig rationalen Gründen entschieden, sich als sogenannter Sicherer Hafen für Flüchtlinge zu verabschieden. Da kann man nur sagen: Tu felix Lusatia! - Ja, wieder Latein von der AfD.

Im Übrigen kam dieser Antrag von AfD und CDU. So viel zur Brandmauer! Die Ost-CDU scheint emanzipiert und weiter zu sein als ihre westliche Schwester.

(Lukas Lorenz [SPD]: Äh!)

- Das ist so. Da brauchen Sie nicht „Äh!“ zu sagen. Es sind Tatsachen. Gucken Sie nach.

Nach all dem Gesagten müssen nur die Grenzen durch die Bundespolitik ordentlich kontrolliert werden oder, wie Jens Spahn sagen würde, irreguläre Migrationsbewegungen gegebenenfalls mit physischer Gewalt zurückgehalten werden.

Wenn sich CDU und SPD ehrlich machen, haben sie in der BV 6 auch nichts anderes gesagt. Alleine von den Aussagen, Frau Sommer, der CDU in Köln-Nord her müssten Sie unserem Antrag zustimmen - genauso wie die SPD in Köln-Nord, von der im Wahlkreis der Landtagsabgeordneten Teschlade am 29. September 2023 gepostet wurde, dass seitens der Verwaltung dieselben Fehler gemacht werden. Wenn man nicht inkonsistent sein will, müsste man hier zustimmen.

Da meine Redezeit vorbei ist: Stimmen Sie daher unserem Antrag zu. Ich konnte - vielleicht ist es Ihnen aufgefallen - kein AfD-Mitglied zitieren. Anscheinend werden unsere Forderungen übernommen. Wir sind da unprätentiös und können damit leben, solange Sie im Interesse des Bürgers handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Herr Busch und Sie mit Ihrer AfD, jetzt in den mehreren Anträgen kann man nur eines feststellen: Sie treten unsere Menschlichkeit mit Füßen.

(Beifall)

Wir vor Ort in unserer Kommune Köln haben die verdammte Pflicht, allen Menschen, die zu uns kommen und die hier leben, Menschlichkeit und Solidarität zu zeigen. Angriffe und Hetze auf engagierte Bürgerinnen und Bürger, auf Träger der Flüchtlingshilfe und auf Flüchtlinge selber verurteilen wir als demokratische Fraktionen auf das Allerschärfste.

(Beifall)

Im Gegenteil: Wir unterstützen die Energie und das Engagement für den Schutz, die Rechte und die Integration von Geflüchteten, das so viele vor Ort, so viele Bürgerinnen und Bürger, tagtäglich hier in unserer Kommune Köln leisten.

Wir unterstützen auch die Stadt Köln, die mit ihrem Engagement für menschenwürdige Unterbringung für Geflüchtete täglich im Einsatz ist, und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort keinen einfachen Job leisten und gegen viele Anfeindungen gewappnet sein müssen. Von unserer Seite gilt auch der Verwaltung und allen Trägerinnen und Trägern, die in dem Bereich engagiert sind, unsere große Unterstützung und Solidarität.

(Beifall)

So, AfD - ich kann jetzt nicht sagen: sehr geehrte -, und nur so sieht Menschlichkeit vor Ort aus, in unserer Stadt Köln. Und das werden wir immer gegen Ihre Diffamierungen tun. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall - Matthias Büschges [AfD] meldet sich zu Wort)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt ungern eine zweite Rederunde machen.

(Matthias Büschges [AfD]: Wir wurden persönlich angesprochen!)

- Hier wird jeder persönlich angesprochen. Ich bin eben von Ihnen auch persönlich angesprochen worden und habe nicht geantwortet. Nehmen Sie es in dem Fall vielleicht bitte mal hin. Das wäre sehr schön.

(Beifall)

Sie haben ja gleich das Wort zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Matthias Büschges [AfD]: Wollen wir abstimmen?)

- Ja, jetzt wollen wir noch abstimmen.

(Matthias Büschges [AfD]: Das freut mich!)

Wer tatsächlich wünscht, diesem Antrag zuzustimmen, der möge das Handzeichen geben. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass der Dezernent für Soziales. Gesundheit und Wohnen einen anderen Standort für die Errichtung einer sogenannten Flüchtlingsunterkunft suchen soll, als der Standort Parkplatz 5 am Fühlinger See.

Darüber hinaus fordert der Rat die Verwaltung auf, sich bei der Landesregierung für die Rückführung nicht Anerkannter und Ausreisepflichtiger stark zu machen, damit weitere Heime entbehrlich werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Neutralität der Oberbürgermeisterin Reker“
AN/1825/2023

Bitte gestatten Sie mir dazu eine kurze persönliche Bemerkung. Sie haben gleich das Wort. Kommen Sie gerne schon mal nach vorne.

Ich habe mich gewundert, dass der Rat hier aufgrund einer privaten Meinungsäußerung befasst werden soll; denn ich mache sehr wohl deutlich, ob ich mich amtlich als Oberbürgermeisterin äußere oder privat als Henriette Reker. Letzteres muss mir als Frau und auch als Privatperson möglich sein. Ich nehme dafür natürlich keine amtlichen Ressourcen in Anspruch.

(Beifall)

Sie haben das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Beifall)

- Nein, die Uhr läuft noch nicht.

(Anhaltender Beifall)

- Wollen Sie noch aufstehen?

(Anhaltender Beifall)

- Ich bin sehr geduldig. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Reker, das Thema mit Ihren Social-Media-Accounts hatten wir schon einmal. Das soll aber auch nicht Thema sein. Jetzt läuft meine Uhr nämlich schon.

Der Marsch für das Leben in Köln, im Übrigen organisiert von einem CDU-Mitglied, rief erheblichen Gegenprotest hervor, den das Bündnis, wenn beide großen Bündnispartner so etwas wie Rückgrat hätten, nicht überstanden hätte.

Am 16. September 2023 wurde die Kölner Innenstadt zu einer Kulisse zweier Kundgebungen, die beide auch von einigen Kollegen des Rates besucht wurden - nicht nur auf der einen Seite, sondern auch auf der anderen Seite, und es war nicht nur die AfD.

Die Stimmung war nur auf der Seite der Gegendemonstranten aufgeladen und gewaltbereit. Die Seite des Marsches für das Leben hingegen konnte der gewaltbereite Gegenprotest am Anfang nicht aus der Ruhe bringen.

Einige Ratskollegen - das habe ich schon gesagt - konnte man auf der Seite der Gegendemonstranten sehen. Von diesen wurde noch stolz berichtet, dass man doch so erfolgreich die Demo-Route blockiert habe.

Frau Reker fand es - Zitat - „gut, dass sich viele KölnerInnen dem entgegenstellen“.

Meine Damen und Herren, daraufhin wurde Fachaufsichtsbeschwerde gegen Frau Reker eingereicht, aus der ich hier zitiere:

> Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Oberbürgermeisterin dazu aufruft, hinter Transparenten mit der Aufschrift „Für die Freiheit, für das Leben - Fundis auf die Fresse geben“ herzulaufen.

Die Veranstaltung wurde auch aufgrund dieser Sympathiebekundungen - jetzt wird es interessant - für die Gegendemonstration zum Spießrutenlauf für die friedlichen Demo-Teilnehmer des Marsches für das Leben.

Aufgrund der Gewaltbereitschaft - hören Sie genau zu - der Antifa, die Seite an Seite mit Grünen dort stand, wäre es Ihre Aufgabe als erste Bürgerin der Stadt, Frau Reker, zur Mäßigung aufzurufen, auf das Recht zur freien Meinungsäußerung hinzuweisen und nicht die negative Stimmung gegen die Teilnehmer des Marsches für das Leben mit Ihrem Tweet weiter anzuheizen.

Kopfschüttelnd mussten wir feststellen, dass die CDU dort offensichtlich schon komplett zurückgerudert ist. Auch wenn Ihr Kreisvorsitzender noch einen peinlichen Weg zurück versucht hat, sind Sie doch am Ende dem Druck der LINKEN erlegen. Bis auf wenige Ausnahmen muss man sagen, dass es mit dem Rückgrat bei der CDU eher schlecht bestellt ist.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiteres Beispiel für die fehlende Neutralität von Frau Reker ist der Gastbeitrag im *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 23. September 2023. Die Einleitung ist schon sehr undemokratisch, und Sie verletzen damit Ihre Neutralität. Zitat:

> Wenn wir heute über Demokratie sprechen, kommen wir an einem Thema nicht vorbei: die Wahlerfolge einer nationalradikalen Partei und ihrer viel zu hohen Zustimmungswerte.

Erst mal erinnert es ein bisschen an „Du weißt schon wer“ aus den Harry-Potter-Filmen. Ihre

Einlassungen erhalten damit leider schon fast satirischen Charakter.

Ihr Gastbeitrag ist aber mit „Gastbeitrag der Oberbürgermeisterin“ überschrieben. Daher vertreten Sie damit auch eine Meinung Ihres Amtes. Und so etwas kann nicht neutral sein.

Deswegen frage ich Sie in Ihrer Funktion als Oberbürgermeisterin: Woher nehmen Sie denn das Recht, den mündigen Bürger dafür zu kritisieren, dass er anders wählen würde, als Sie es sich wünschen?

Ich weiß, dass wir sicher keine gemeinsamen Anträge stellen werden, Frau Reker

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Gott sei Dank!)

- da kann ich auch sagen: Gott sei Dank; das ist richtig -, und wir mögen politisch meilenweit auseinander sein. Dennoch muss ich Sie offensichtlich daran erinnern, dass wir - wie übrigens jeder andere von Ihnen auch - in einer demokratischen Wahl hier legitimiert sind. Auch wenn die hier anwesenden Fraktionen ständig von „demokratischen Fraktionen“ sprechen, gibt es trotzdem keine Unterschiede zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch von der CDU)

- Nein, nein, nein. Sie wollen es einfach nur nicht wahrhaben, gerade Sie von der CDU. Das war ein peinlicher Zwischenruf, Frau De Bellis; das muss man sagen.

Aber das ist das Wichtigste. Und jetzt hören Sie genau zu, Frau De Bellis. Es wird interessant, auch für Sie.

(Zurufe)

- Hören Sie doch auf, hier herumzupöbeln, Herr Weisenstein. - Alle anderen, die hier sitzen, einschließlich unserer Oberbürgermeisterin, stellen ganz offensichtlich doch für einige Menschen keine wählbare Alternative mehr dar. Akzeptieren Sie es. Es steht - das kann ich Ihnen auch sagen - eine sehr spannende Kommunalwahl 2025 bevor.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Hören Sie zu. - Ich kann für mich und meine Fraktion sprechen, wenn ich sage: Wir müssen keine Ergebnisse rückgängig machen, weil der Falsche wohl ein bisschen zu viele Stimmen hat, und keine Wähler brandmarken, wie es schon so oft passiert ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Thema! Thema! Thema!)

Wir können eine demokratische Wahl akzeptieren. Wir können sie annehmen und kommen wunderbar mit den Entscheidungen des Souveräns klar.

Auch wenn ich nicht erwarte, dass Sie unserem Antrag zustimmen, bitte ich trotzdem der Form halber um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war jetzt der billige Versuch der AfD, unser Bündnis hier im Rat und die Oberbürgermeisterin gleich mit auseinanderzudividieren. Es ist schon spektakulär, dass Sie sich das anmaßen. Das ist schon irgendwie grandios.

Das Recht - das will ich Ihnen hier mal sagen - der Oberbürgermeisterin, zu Ihnen und Ihrer Politik Stellung zu nehmen, leitet sich aus einer Haltung ab. Warum diese Haltung da sein muss, werde ich jetzt in meiner Rede begründen.

Meine Damen und Herren, die AfD hat nichts anderes gemacht, als ganz vorhersagbar zu Tagesordnungspunkt 3.1.12 zu reden. Ihre Rede war wieder mal zu 100 Prozent vorhersagbar. Es geht in Ihren Anträgen und Redebeiträgen, wenn immer möglich - das haben wir ja heute schon zahlreich erlebt -, stets um den billigen Versuch, unsere Institutionen zu desavouieren. Es geht Ihnen darum, exponierte Entscheidungsträger zu diskreditieren. Es geht Ihnen darum, unser Wertesystem und letztlich auch unsere Demokratie infrage zu stellen.

(Beifall - Widerspruch von der AfD)

Es geht Ihnen stets darum, jede Krise und jede gesellschaftliche Herausforderung, wo auch immer sie herrühren mag, mit großer Empörung als

das Versagen der Verantwortlichen darzustellen - mit dem einfachen Ziel, möglichst viele akut Unzufriedene und Protestler auf Ihre Seite zu ziehen.

Dieses Vorgehen ist für unseren Rat leider nicht ganz neu. Das haben in der Vergangenheit schon Ihre Vorgänger - ob Republikaner, ob pro-Organisation - genauso getrieben. Die haben uns auch immer von den kommenden Kommunalwahlen erzählt. Und zählen Sie mal die Republikaner und pro Kölner hier im Rat; zählen Sie mal nach.

(Beifall)

Immer vorhersehbar und immer nur diesem einen Zweck dienend, oft ohne sinnvollen Sachbezug, werden Themen von Ihnen ausschließlich für Ihre Agenda ausgewählt.

Ein solches Vorgehen geht klar auf das Agieren Ihrer Vorvorgänger zurück, die in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis zur Machtergreifung vor 90 Jahren und neun Monaten genau das Gleiche gemacht haben.

(Beifall)

Es gibt genügend Niederschriften, Ton- oder Filmdokumente aus dem Reichstag oder anderen Parlamenten, die genau das belegen. Die Nazis sind damals genauso vorgegangen. Immer wieder ging es damals mit oft grenzwertigen Auftritten gegen die Institutionen. Schon damals verließ man - wie Ihre Parteifreunde heute in Berlin, in Thüringen, in München - theatralisch die Sitzungssäle der Parlamente - aus vermeintlichen Protesten gegen die Reden Andersgesinnter oder schlichtweg, um die Parlamente und ihre Institution zu desavouieren.

Meine Herren von der AfD, nehmen Sie zur Kenntnis, wie vorhersehbar und durchschaubar Ihr Verhalten ist.

Wenn man sich allerdings unsere Resolution - Christiane, du hast das ja vorhin schon angesprochen - hier im Rat vor Eintritt in die Tagesordnung vergegenwärtigt, dann wird einem jeden, einer jeden hier im Raum klar, dass wir unsere Lektion sehr wohl gelernt haben. Was damals geschah, wird sich, so es in unserer Macht, in der Macht der Unterzeichner, steht, nicht wiederholen.

Nur sieben Monate nach der Machtübernahme können die Nazis damals mit dem Ermächtigungsgesetz das Ende der Weimarer Republik ausrufen. Nur einen Monat später wird Konrad Adenauer, unser Oberbürgermeister, genauso fristlos aus seinem Dienst entlassen wie auch andernorts unliebsame Amtsträger. Nach nur sechs Monaten Naziregime werden überall in Deutschland jüdische Menschen aus den Universitäten und anderen zentralen Institutionen entfernt. Keine sechs Jahre nach dem 30. Januar 1933 brennen überall in Deutschland die Synagogen. Keine sieben Jahre später beginnt der Zweite Weltkrieg, und schon bald beginnen dann die Massendeportationen, beginnt der Völkermord, beginnt der Holocaust.

Vor dem Hintergrund unserer Geschichte wird eine solche fatale Politik von Hass und Ausgrenzung definitiv keine Mehrheiten mehr bekommen.

Die Politik von AfD-Frontmann Björn Höcke, der behinderten Menschen die Chance nehmen will, unsere Regelschulen besuchen zu können, weil er sie nicht für leistungsfähig hält, eine Politik, die Migrantenkinder als einen Belastungsfaktor für unser Bildungssystem definiert, den man, so wörtlich, aus dem Bildungssystem entfernen müsse, eine solche widerwärtige Politik auf Kosten von gesellschaftlichen Gruppen, auf Kosten von Minderheiten, diese Politik der Spaltung hat längst jede gesellschaftlich noch ertragbare Grenze überschritten.

(Lebhafter Beifall)

Genau deswegen hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt zu Recht festgestellt, dass es sich bei der Aussage, Björn Höcke sei ein Nazi, nicht um eine Beleidigung handelt, sondern um ein an Tatsachen anknüpfendes Werturteil, das von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Also bitte schön!

(Beifall)

Sie werden aufgrund der Lehren, die wir in Deutschland aus unserer Geschichte gezogen haben, auch künftig keine Mehrheiten für Ihre abscheulichen Ideen bekommen, zum Beispiel behinderte Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft zu entfernen, weil die Rechte behinderter Menschen eben nicht nur in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert sind, sondern weil Inklusion selbstverständlich auch gesellschaftlicher Konsens ist.

Wie schon Ihre Vorgänger, ob Republikaner oder die genauso unsägliche pro-Bewegung, werden

auch Sie in wenigen Jahren Gott sei Dank nicht mehr in unseren Parlamenten vertreten sein.

(Beifall)

Ihre Politik von EU-Austritt und NATO-Austritt, von Hass und Ausgrenzung hat keine Zukunft - nicht in Deutschland, nicht in NRW und auch nicht in Köln. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann würde ich gerne über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass Frau OB Henriette Reker sowohl bei Twitter als auch in Ansprachen außerhalb des Rates die gebotene Neutralität als Oberbürgermeisterin der Stadt Köln vermissen lässt.

Der Rat rügt die fehlende Neutralität und fordert die Oberbürgermeisterin auf sicherzustellen, dass diese jederzeit sowohl online als auch offline gewahrt bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen!“ AN/1893/2023

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir jetzt im öffentlichen Teil über das Thema „Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition“ sprechen.

Herr Homann hat das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe verbleibende Zuschauer auf der Tribüne! Das ist der Vorstand der Kölner Schausteller. Schönen guten Abend! Es ist schön, dass Sie über vier Stunden hier ausgeharrt haben, um diesen Tagesordnungspunkt mitzubekommen.

(Beifall)

An dieser Stelle ein persönlicher Satz von mir, der gnadenlos von meiner Redezeit abgehen wird: Herr Dr. Heinen und Herr Dr. Elster, vielen, vielen Dank für diese Beiträge.

(Beifall)

Es fällt mir schwer, mit der Tagespolitik weiterzumachen, nachdem es in Ihren Beiträgen um nichts anderes ging als um die Erhaltung unserer Gesellschaft und die Verteidigung der Demokratie. Vielen, vielen Dank dafür.

(Beifall)

Wie die Oberbürgermeisterin schon gesagt hat, werden wir gleich im nichtöffentlichen Teil noch ein bisschen über die Vergabe, die Ausschreibung und das, was da am Ende im Detail passiert ist, sprechen.

Fakt ist, dass die GKS, die Genossenschaft bzw. die Gemeinschaft Kölner Schausteller, nach über 50 Jahren die Deutzer Kirmes nicht mehr veranstalten soll. Sie hat vor anderthalb Wochen einen Bescheid bekommen, in dem steht, dass sie nicht mehr berücksichtigt wird.

Fakt ist, dass die GKS dieses Volksfest seit über 50 Jahren veranstaltet. Sie hat das zunächst auf dem Gebiet der LANXESS arena gemacht. Als diese dann gebaut wurde, ist sie 1996 auf die Deutzer Werft umgezogen.

Der Platz dort war nicht wirklich fähig, ein Volksfest aufzunehmen. Die GKS hat dann 1997 über 40 000 Euro in die Herrichtung des Platzes durch die Herausnahme der Schienen investiert. Sie hat über 100 000 Euro in die Hochspannungsanlagen investiert. Im Jahr 2005 hat sie - ebenfalls auf ihre Kosten - über 150 000 Euro für die Verlegung und Erneuerung von Elektrokabeln und Stromkästen ausgegeben. Sie hat über 50 000 Euro für das Gießen von Fundamenten ausgegeben. Über eine halbe Million Euro hat die GKS in diesen Platz investiert, um ihn nutzbar zu machen.

Dann kam 2020 die Corona-Pandemie. Sie wissen alle, was das bedeutet hat, nämlich Shutdown, also kein Treffen mehr und natürlich auch keine Kirmes.

Als dann in anderen Städten die Kirmessen wieder aufgemacht haben, hat die GKS gemeinsam mit der Verwaltung ein Corona-Schutzkonzept erarbeitet, mit dem die Kirmes möglich war.

Im letzten Jahr wurde dann das Geschäft der Schausteller dadurch eingeschränkt, dass sie nicht mehr bis 22.00 Uhr bzw. bis 21:30 Uhr machen durften, sondern eine Stunde bzw. anderthalb Stunden früher Schluss machen mussten.

Dieses Jahr ist es so, dass sie von 26 Veranstaltungstagen auf 18 Tage geschrumpft sind.

In der Zwischenzeit haben sie Gutachten für Schallschutz, Verkehrskonzepte, Sicherheitskonzepte - und das alles auf ihre Kosten - erstellt, um diesen Veranstaltungsort zu ermöglichen.

Es gab im Frühjahr, nachdem es im letzten und im vorletzten Jahr nach Corona wieder einige Beschwerden gegeben hatte, keine Beschwerden.

Ich möchte an dieser Stelle mit Erlaubnis der Oberbürgermeisterin die Bürgervereinigung Deutz zitieren, die geschrieben hat:

> Die GKS hat es bei den letzten Volksfestterminen geschafft, im Deutzer Veedel ein hohes Maß an Zufriedenheit und Akzeptanz zu gewinnen. Die Vorgehensweise der Stadt Köln ist nicht nachvollziehbar. Hier wurde durch die Fachverwaltung mal wieder eine Entscheidung getroffen, ohne die Akteure aus dem Veedel und der lokalen Politik zu beteiligen. Die überaus positive Zusammenarbeit mit der GKS und die dabei erarbeiteten Lösungen werden dadurch gefährdet. Unsere Solidarität und Unterstützung ist bei allen Mitgliedern und Mitarbeitern der GKS.

(Beifall bei der SPD)

Markus Vogt, der Mitglied des Bündnisses Innenstadt ist, bringt das mit einem anderen Beispiel ziemlich genau auf den Punkt. Auch ihn darf ich zitieren:

> Das ist so, als würde man der Willi-Ostermann-Gesellschaft sagen: Jetzt vergeben wir die Karnevalseröffnung auf dem Heumarkt am 11.11. mal an einen Düsseldorfer Verein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, anders als im Karneval stehen hier Existenzen auf dem Spiel. Die GKS hat 150 Mitglieder. 130 davon sind Familien, die aus Köln kommen. Deren Kinder gehen hier in Köln in Schulen. Sie zahlen hier ihre Gewerbesteuer und ihre Einkommensteuer.

Wenn Sie wissen, wie diese Vergaben funktionieren, dann wissen Sie auch, dass man in anderen Städten, welche auch immer Sie nehmen, natürlich heimische Unternehmen bevorzugt. Das heißt: Wenn unsere Kölner Schausteller in diesen Zeiten nicht mehr die Möglichkeit haben, hier ihrem Beruf nachzugehen, ist es nicht so, dass sie einfach irgendwo anders hingehen könnten; denn da sind die Volksfeste natürlich auch voll.

Meine Damen und Herren, wir hatten gerade eine aktuelle Stunde, in der wir uns zu Recht darüber mokiert haben, wie hier mit Arbeitnehmern vonseiten des DuMont-Verlages umgegangen wird. An dieser Stelle muss ich sagen: Wir werden gleich vielleicht erfahren, wer als Ausrichter beabsichtigt ist. Nach dem, was in der Zeitung stand, soll es an einen Leverkusener Privatunternehmer gehen. Dann frage ich: Wie gehen wir mit unseren Kölner Unternehmen um? Welche Verantwortung nehmen wir wahr?

Meine Damen und Herren, wir müssen unserer sozialen Verantwortung nachkommen. Deswegen bitte ich Sie, dieser gerecht zu werden. Wir werden gleich im nichtöffentlichen Teil weiter darüber sprechen, welche Möglichkeiten bestehen, mit diesem Volksfest umzugehen. Ich bitte Sie noch einmal, zu berücksichtigen: Dahinter stecken 130 Kölner Familien. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Vorstand der GKS! Vielen Dank, Mike, dass du es schön dargestellt hast. Wir haben hier einen Vorgang, der einzelne

Fragen aufwirft. Ich denke, dass wir im nichtöffentlichen Teil noch tiefer einsteigen werden. Klar ist auch, dass wir als Rat nicht formales Verwaltungshandeln ersetzen können, weil es da entsprechende Punkte gibt. Aber der ganze Vorgang wirft Fragen auf.

Es ist auch nicht so, dass alles automatisch weitergeht und weitergeht, sondern es muss immer geprüft werden, ob es auch neue Ausrichter geben kann. Das machen wir bei den Weihnachtsmärkten alle fünf Jahre. Es ist kein Automatismus, dass es seit zehn, 15 oder 20 Jahren immer dieselben Ausrichter sind. Es ist nicht ungewöhnlich, das auch mal zu überprüfen.

Aber alles das ist aus unserer Sicht im vorliegenden Fall mehr mit Fragen behaftet, die ich jetzt stellen möchte und die Sie auch gerne im nichtöffentlichen Teil beantworten können. Denn wir haben hier einen Fall, bei dem wir unsere Informationen zusammengesucht haben - durch Gespräche, durch Lesen von Dokumenten, die aber nicht offiziell sind, wie auch immer.

Aber es kam heraus, dass möglicherweise ein Formfehler der Grund war, warum die Bewerbung der jetzigen Ausrichter nicht berücksichtigt wurde. Dann wurde der Formfehler geheilt. Es wurde aber nicht darauf reagiert. Warum nicht? Alles das steht im Konjunktiv. Das sind Fragen, auf die wir Antworten brauchen. Denn wenn der Formfehler bei der Einreichung der Unterlagen geheilt wurde - und wir haben die Fakten gehört, die Kollege Mike Homann aufbereitet hat -, stellt sich die Frage, warum der Zuschlag nicht an die jetzigen Ausrichter gegangen ist. Dort wurden viele Hunderttausend Euro investiert. Es sind lokale Anbieter. Es sind 120 Kölner Familien. Alles das sind Fragen, die auch mit hineinspielen, wenn die formalen Anforderungen in den Unterlagen eingehalten wurden. Wenn nicht, dann nicht. Aber nach unseren Informationen ist das so. Dazu können wir vielleicht im nichtöffentlichen Teil noch weitere Infos bekommen.

Eine weitere Frage stellt sich, wenn es so ist, dass das Verfahren nach 50 Jahren oder nach 40 Jahren geändert wurde. Das mag ja alles sein. Hier wäre aber auch eine Vorabinfo der Politik sinnvoll gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Warum? Weil das hier auch ein wichtiger Teilbereich unserer Stadt ist, ein wichtiges Stück Köln. Wenn da Verfahren geändert werden, was ja legitim ist, sollte man gleichwohl informieren, was da passieren kann.

Insofern gibt es aus unserer Sicht viele Fragen. Wir sehen den Vorgang als hoch seltsam an und haben ein hohes Interesse daran, dass wir 2024 in bewährter Form dort weitermachen. Für zukünftige Zeiträume können wir uns Ausschreibungen vorstellen, analog zu den Weihnachtsmärkten; das ist das normale Konzessionsgeschäft. Aber für nächstes Jahr sollten wir zu einer guten Lösung finden.

Deswegen ist es gut, dass ihr das in den Rat gebracht habt. Wir werden im nichtöffentlichen Teil weitermachen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Schaustellerinnen und Schausteller, seien Sie herzlich willkommen im Ratssaal! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder schwierig, wenn sich Dinge abrupt verändern und die Informationen erst sehr spät kommen bzw. erst dann kommen, wenn die Entscheidungen bereits getroffen sind. In diesem Fall ist es ja auch so, dass hier kein politisches Handeln vorlag, sondern die Verwaltung Verfahren hat ändern müssen.

Mein Verständnis ist - wir werden sicherlich gleich im nichtöffentlichen Teil noch etwas mehr dazu zu hören bekommen -, dass wir hier erstmalig mehr als einen Anbieter hatten. In der Vergangenheit war das wohl nicht der Fall. Wenn sich nur ein Anbieter für etwas bewirbt, ist im Regelfall auch klar, wenn die öffentlichen Belange eingehalten werden, dass der Zuschlag automatisch an den geht, der etwas machen will. Das ist einfacher. Etwas schwieriger wird es immer dann, wenn sich mehr als einer bewirbt und damit eine Konkurrenzsituation entsteht. In der Tat erwarten wir von der Verwaltung, dass hier die entsprechenden Details auch transparent gemacht werden.

Rein formell handelt es sich hier um einen Verwaltungsakt, den die Verwaltung entweder zurückziehen kann, wenn offensichtlich ein Fehler begangen worden ist. Ansonsten hilft nur die Klage. Das ist der übliche Weg, den man bei solcher Art von Themen dann geht.

Ich glaube, dass man hier auch noch einmal unterscheiden muss. Wir haben - das ist bei allen Volksfesten so - immer zwei Ebenen, nämlich erstens die Ebene des Organisators der Gesamtveranstaltung, der letztlich der Verantwortliche ist und die Dinge bündelt, und zweitens die Ebene der einzelnen Schausteller bzw. der einzelnen Menschen mit ihren Attraktionen, egal ob es Getränkestände sind oder die großen Riesenräder und Karussells oder was auch immer. Wenn wir uns einmal die Historie der Weihnachtsmärkte anschauen, sehen wir in vielen Fällen, dass sich zwar manchmal der Organisator ändert, aber am Ende wieder die gleichen Leute dann an der Bude stehen. Das ist momentan erst einmal das Tröstliche. Wenn es tatsächlich Veränderungen gibt, ist meistens der Kreis der Betroffenen gar nicht so groß.

Aber das sind alles Fragen, die wir im Detail klären sollten. Meine Bitte an die Verwaltung ist, uns im nichtöffentlichen Teil noch mehr Informationen zu geben, damit wir das entsprechend einschätzen können.

Meine generelle Bitte schließt an das an, was mein Vorredner auch gesagt hat. Ich begrüße sehr, dass wir für die Zukunft zu einem Verfahren kommen, wie wir es bei den Weihnachtsmärkten haben, wenn dann tatsächlich mehr als ein Bewerber da ist. Da haben wir klare Kriterien für die Ausschreibungen und eine Jury, die verschiedenste Punkte beurteilt - nicht nur Preise oder Einhaltung von Sicherheitskonzepten, sondern auch Anmutung, Qualität usw., also ein großes Paket. Das läuft momentan für zwei große Kölner Weihnachtsmärkte. Es gibt sowohl eine überparteilich besetzte Kommission, die das aus politischer Sicht beurteilt, als auch eine Kommission, die das auf der Verwaltungsseite beurteilt. So etwas brauchen wir auch hier, glaube ich, damit wir hinterher gute Entscheidungen haben.

Das ist auch ein bisschen die Hoffnung. Hier in dem konkreten Einzelfall muss das geprüft werden. Wer nicht zum Zuge kommt, hat das Recht, es vor Gericht auch überprüfen und gegebenenfalls korrigieren zu lassen. Das steht demjenigen zu. Aber wir schauen uns das im nichtöffentlichen Teil an. Vielleicht bekommen wir dann noch ein paar Informationen, sodass wir das auch entsprechend würdigen können.

Deshalb ist meine Bitte, dass wir jetzt im öffentlichen Teil noch nicht zu einer Abstimmung über den Antrag kommen, sondern nach der Information der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil gemeinsam noch einmal darüber beraten und dann gegebenenfalls auch noch eine Rederunde machen, um das Ganze zu besprechen. - Herzlichen Dank und gutes Gelingen!

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Wir müssen schon ein paar Sachen im öffentlichen Teil diskutieren. Dieser Prozess hat nämlich stattgefunden, ohne überhaupt ansatzweise den AVR zu unterrichten.

Bei der Frage der Weihnachtsmärkte hat es ja eine große Debatte gegeben. Man hat gesagt: Wollen wir es ausschreiben? Wollen wir das machen? Wollen wir ein Vergabeverfahren? - Das ist Jahre her. Aber das hat es gegeben - auf der Grundlage, dass man mit dem Weihnachtsmarkt nicht zufrieden war.

Es gab aber im AVR keine Debatte dahin gehend, dass man mit den Schaustellern und der Kirmes unzufrieden ist. Zwar gab es Probleme bezüglich der Ruhestörung. Das ist ja auch im AVR diskutiert worden. Es hat aber im AVR keine Mitteilung der Verwaltung gegeben, dass sie mit der Kirmes anders umgehen will, sage ich einmal etwas salopp. Und das können wir uns als Rat meines Erachtens nicht gefallen lassen. Man muss noch einmal ganz klar sagen, dass es so auf jeden Fall nicht geht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der zweite Gedanke ist das, was wir in Bezug auf den 11.11. ja diskutieren, Herr Richter. Diese Diskussion läuft jetzt gerade. Da ist gesagt worden: Wahrscheinlich machen wir einen Fehler, indem wir die Qualität zu niedrig ansetzen; wir müssen mehr zugewandt arbeiten. - Meine Kritik an der

Verwaltung ist, dass sie gegenüber den Schaustellern nicht zugewandt arbeitet. Die Schausteller arbeiten ja uns zugewandt, indem sie zum Beispiel 500 000 Euro auf dem Deutzer Feld investiert haben. Das Geld, das sie investiert haben, kommt ja von ihnen. Sie haben etwas gebracht. Sie haben sich für die Stadtgesellschaft eingebracht.

Das muss man doch berücksichtigen. Da kann man doch nicht einfach sagen: Wir müssen das in Zukunft anders machen und ausschreiben. - Nein, die Schausteller haben sich eingebracht und sind uns entgegengekommen. Dann müssen wir ihnen doch auch in irgendeiner Form entgegenkommen. Das muss man natürlich juristisch wasserfest machen; völlig in Ordnung. Aber wir müssen ja kein Vergabeverfahren machen. Wir haben ein Unternehmen, das uns 50 Jahre lang betreut hat.

Der Kollege bei dem Sicherheitsdienst hat ja erzählt: Der FC hat ein Sicherheitsunternehmen, das den FC schon seit 80 Jahren betreut, und es läuft alles super.

Darauf will ich einfach mal hinaus. Das sind die zwei Fehler.

Man muss den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung unmittelbar in diesen Prozess einbeziehen und fragen: Wollen wir diesen Schritt gehen? - Das ist nicht geschehen.

Meine Damen und Herren, eines will ich auch noch einmal deutlich machen. Die Schausteller haben sich am 9. Dezember 2022 für 2024 beworben, also schon lange vorher. Es wäre ja Zeit gewesen, vonseiten der Verwaltung mit den Schaustellern zu reden und zu sagen: Hört mal zu, wir wollen das jetzt ein bisschen anders machen.

Interessant ist, meine Damen und Herren, dass in dem Schreiben der Stadt Köln an die Schausteller vom 21. Juli 2023 folgender Satz steht:

> Einen entsprechenden Beschlussvorschlag werde ich dem zuständigen Gremium vorlegen und Sie sodann über das weitere Verfahren informieren.

Was heißt das jetzt? Ich verstehe das so, dass Sie eigentlich den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen frühzeitig einbeziehen wollten. Warum ist das nicht geschehen? Das ist doch der entscheidende Punkt.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens gibt es zwei zentrale Fehler.

Erstens. Wir müssen Akteuren, die eine Leistung für die Stadt Köln erbringen und die auch zur Sicherheit in der Stadt Köln und zur Sicherheit von solchen Veranstaltungen beitragen, zugewandt entgegentreten. So geht es nicht weiter. Das ist ein Kardinalfehler.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zweitens. Wir reden hier ja nicht über irgendein privates Unternehmen. Das ist eine Genossenschaft. Diesem Zusammenschluss gehören zu 90 Prozent Kölnerinnen und Kölner an. Das ist ein besonderes Unternehmen. Daher müssen wir auch eine besondere Form finden, wie wir mit diesem Zusammenschluss und mit diesen Leuten zusammenarbeiten wollen. Wir brauchen sie, um an diesem Punkt - die Deutzer Werft ist nämlich ein sensibler Punkt - eine gemeinsame Veranstaltung hinzukriegen. Die Schausteller haben ja ein gutes Verhältnis zu den Anwohnerinnen und Anwohnern. Wollen wir da irgendjemanden loslassen, der genau das wieder einreißt? Das ist doch sukzessive aufgebaut worden. Warum reißt man denn jetzt alles mit einem Schlag weg?

Meine Kritik ist, dass man da kein Fingerspitzengefühl hat. Ich verfolge das ja über den Rechnungsprüfungsausschuss. Es ist total interessant. Wir haben zum Beispiel in der Verwaltung wenige ältere Kollegen, die ihr Know-how einbringen. Sie sind zum Teil einfach weg. Ob sie nun CDUler oder SPDler waren, ist völlig egal. Ludwig war ein CDUler. Mit dem habe ich mich gestritten; aber mit dem konnten wir auch was vereinbaren. Und die fehlen uns, die dieses Know-how haben und ein bisschen sensibel sind. Wir müssen bei neuen, jüngeren Menschen in der Verwaltung aufpassen, dass sie diese Sensibilität entwickeln. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Gäste auf der Tribüne! Und falls um Viertel vor neun noch jemand zuschaut: Herzlich willkommen! Grundsätzlich ist es in Ordnung, wenn Gewerke oder Leistungen ausgeschrieben werden. Das ist doch ganz klar. Dafür gibt es Ausschüsse. Das ist völlig normal.

Es ist auch in Ordnung, wenn eine Kölner Stadtverwaltung ein Unternehmen aus Düren oder aus Leverkusen beauftragt. Da wollen wir auch mal ehrlich sein. Wir wollen ja hier keine Festung Köln. Wir können nicht ständig Offenheit und Toleranz propagieren, aber dann, wenn auf dem Kennzeichen BM oder LEV steht, sagen - -

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Schlechter Vergleich!)

- Ich sage es nur.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Oder D!)

- Oder sogar noch D - wofür auch immer D steht; da fehlt mir jetzt die Fantasie.

Kurz gesagt: Es ist nichts verkehrt daran, wenn Wettbewerb stattfindet. Aber die Voraussetzung dafür ist, dass dieser Wettbewerb nach Regeln stattfindet, dass er transparent stattfindet und dass er nachvollziehbar stattfindet.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe schon in einer Findungskommission zu einem aus drei Buden bestehenden Weihnachtsmarkt am Zülpicher Platz gesessen. An zwei Tagen haben wir getagt. Wir haben vor anderthalb Jahren in einer Findungskommission bezüglich des Abendmarktes auf dem Rudolfplatz gesessen. Da wird darüber diskutiert, ob der Nachhaltigkeitsbeimischungsfaktor beim Tee in der richtigen Größenordnung ist. Die Politik wird gefragt.

Umso erstaunlicher ist es, dass man hier plötzlich morgens beim Frühstück liest, dass dieses tolle Ding, die Deutzer Kirmes, so ad hoc stickum irgendwie nach draußen vergeben wird. Das ist das Gegenteil von fair,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

das Gegenteil von transparent und das Gegenteil von nachvollziehbar.

Umso glücklicher bin ich, dass wir zur späten heutigen Stunde der Verwaltung hier Gelegenheit geben, all diese Unklarheiten aufzulösen und uns aufzuklären. Das werden wir leider, liebe Schausteller, erst im nichtöffentlichen Teil tun. Aber ich bin sicher, dass wir hier heute Abend noch etwas erfahren werden. In diesem Sinne: Bis später. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch Frau Syndicus, Herrn Zimmermann und Herrn Hupke auf der Rednerliste stehen. Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Hallo nach oben auf die Tribüne! Ganz, ganz herzlichen Dank an die SPD, dass ihr diesen Antrag eingebracht habt und dass ihr das auf dem Schirm hattet. Das ist wirklich sehr, sehr gut.

Denn - jetzt wird es ganz kurz ein bisschen persönlich - mit 15 Jahren hatte ich meinen allerersten Job, und das war in der Schaustellerei als Schausteller-Helferin. Ich habe das ein paar Jahre gemacht und kann aus der Erfahrung sagen: Mit Aufbauen, Abbauen, Herumreisen durch ganz Deutschland etc. ist das ein echter Knochenjob.

Gerade in diesem Job ist es ganz, ganz wichtig, dass man Verbindlichkeit, Transparenz und eine ordentliche Kommunikation erhält. Denn der Betrieb ist von ganz vielen Faktoren abhängig - das Wetter, die Besucherzahlen, der Platz, der ausgewählt wird, usw. Wenn dann auch noch eine Pandemie dazwischenkommt, wird es ganz dunkel.

Der Schaustellerjob ist ein Job, den ich nicht im Homeoffice erledigen kann und den ich auch nicht durch Digitalisierung oder Sonstiges lösen kann. Es ist und bleibt ein Knochenjob.

Ich wünsche mir hier für alle Beteiligten, dass wir gleich im nichtöffentlichen Teil erfahren werden, aus welchen Gründen und wie es zu diesen Entscheidungen gekommen ist.

Ich hoffe auch sehr, dass wir nicht noch häufiger in den Ratssitzungen darüber diskutieren müssen, dass Kölner Unternehmen und Kölner Arbeiter und Arbeitnehmerinnen hier so plötzlich vor die Wand gestellt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Nur ganz kurz: Ich bin nicht damit zufrieden, dass alle Antworten nur im nichtöffentlichen Teil gegeben werden. Wir debattieren das hier öffentlich, und ich bin mir sicher, dass ein Teil der Antworten auch im öffentlichen Teil gegeben werden kann - zum Beispiel auf die Frage, die Herr Detjen gerade aufgeworfen hat. Welches Gremium war in dem Brief, aus dem er gerade zitiert hat, eigentlich gemeint, das informiert werden soll? Das ist ja jetzt öffentlich im Raum. Dann kann man auch öffentlich eine Antwort darauf geben.

Auch das andere, was Herr Detjen gerade andeutete, also die Frage, ob dieses Verfahren überhaupt notwendig war und wirklich zu diesem Zeitpunkt ausgeschrieben werden musste, kann man ja öffentlich beantworten. Es wäre schon von allgemeinem Interesse, dass das hier auch öffentlich beantwortet wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schausteller! Ich bin sehr dankbar - das sage ich jetzt an Sie alle; das ist auch kein Süßholzraspeln an den Rat -, dass sich der Rat dessen angenommen hat, weil die Dramatik da ganz besonders gegeben ist. Als jemand, der über 20 Jahre im Ehrenamt als Bezirksbürgermeister damit befasst ist - eben wurde ich gefragt, ob ich auch für Deutz zuständig bin; ja, sind wir -, kennt man sich da genau aus.

Ich will auch mal ein bisschen den Geschichtsweg - dafür reicht die Zeit dicke aus - aufzählen. Dass es die Genossenschaft gibt und dass wir, ich sage mal, 20 Jahre lang so eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit gehabt haben, hängt mit einem Amtsleiter zusammen, der Robert Kilp hieß. Er ist von der CDU gewesen, ist Genossenschaftsfreund und hat den Schaustellern gesagt - - Von diesem Mann habe ich wirklich auch viel gelernt. Wir haben uns gefetzt. Das war so ein Fußballer-Typ. Wir haben uns zwar immer gefetzt, aber auch immer ausgetauscht, und er hat immer zum Telefon gegriffen. Er war übrigens immer morgens um 7 Uhr im Büro. Zu den Schaustellern hat er dann gesagt: Die zanken sich wie die Kesselflicker; ich will, dass die eine Genossenschaft gründen. - Und das haben die Schausteller gemacht. Damit ist das dann alles in geordneten Bahnen gelaufen.

Ich kann Ihnen nur eines mit auf den Weg geben, auch als jemand, der die Kirmes von Kind auf liebt. Es ist nicht so, dass ich hier populistisch stehe. Aber ich gebe mal mit in die Diskussion hinein: Für mich ist diese Schaustellerei ein Kulturgut, genau wie der Karneval. Sie hat dieselben Wurzeln und reicht sehr, sehr weit zurück.

Hier ist es eine Genossenschaft. Es ist ein Kölner Unternehmen. Das ist genauso wie beim Circus Roncalli, der auf dem Neumarkt spielt. Da gab es auch Klagen. Wir haben es damals hinbekommen, dass da nicht andere Zirkusse so auftreten können wie der Circus Roncalli. Ich bitte hier im öffentlichen Teil darum, dass man das im nichtöffentlichen Teil auch so diskutiert und den Unternehmen und dieser Genossenschaft hilft.

Im Übrigen ist das ein großer Wirtschaftsfaktor für Deutz, ob Deutz jetzt autofrei ist oder nicht; denn die Schaustellerinnen und Schausteller, die da sind, gehen auf der Deutzer Freiheit ganz viel einkaufen. Es ist in diesem Zusammenhang auch noch mal ganz wichtig, das zu sagen.

Wichtig ist mir auch, auf die Konstruktivität hinzuweisen, ohne denen jetzt einen Heiligenschein umzulegen oder sonst irgendetwas. Ich habe da Bürgerversammlungen. Es ist ja, wie immer angeführt wird, auch einmal aus dem Ruder gelaufen. Dafür konnten die Schausteller aber nicht. Das war nach drei Jahren Pandemie, als die Leute so ausgehungert nach Darstellung waren und da hinkamen. Dann haben die Menschen in Deutz - - Da haben wir uns in Sankt Heribert und nachher auch an dem runden Tisch, den ich geleitet habe, gestritten. Aber eines ist festzustellen: Letztendlich ist diese Kirmes in Deutz bei allen beliebt, außer bei dem einen oder anderen; aber den haben wir auch mit ins Boot bekommen.

Insofern hat mich das sehr betroffen gemacht, was hier alles zu deren Existenz gesagt und

ausgesprochen worden ist. Hier muss geholfen werden. Das ist natürlich selbstverständlich. Daher finde ich es auch gut, dass das heute bei der Ratssitzung Thema ist und dann auch noch im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

Zum Schluss: Diese Kirmes ist keine Party, kein Event und kein Ballermann. Sie ist ein Kulturgut. Dort können Menschen sich vergnügen und sich auch treffen. Sie können mit Spaß und Freude Ablenkung haben, und zwar mit Niveau. Das hat auch die Vorrednerin gesagt. Als einer, der Theatertechniker gewesen ist, bin ich immer noch von diesem Darstellungsgewerbe fasziniert. Was die Jungs und Mädels - auch da ist die Emanzipation eingetreten - heute auch mit der modernen Technik draufhaben müssen, damit da nichts passiert - und bei den Kirmessen passiert fast kaum etwas -, ist sensationell. Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Ich bin auch der Meinung, dass bestimmte Fragen hier im öffentlichen Teil beantwortet werden können und auch beantwortet werden sollen. Deswegen gebe ich jetzt einmal der Stadtdirektorin das Wort.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Verfahren: Wenn es geeignete Mitbewerbende gibt, die sich um die Ausrichtung einer Veranstaltung auf einer Fläche in Köln bewerben - und die hat es jetzt gegeben -, müssen wir ein Auswahlverfahren machen.

Wie kann so ein Auswahlverfahren aussehen? Das, was die Verwaltung, das Ordnungsamt, hier gemacht hat, ist das Auswahlverfahren, dessen Ergebnis wir jetzt haben, mit dem Sie nicht zufrieden sind. Das kann ich auch sehr gut nachvollziehen. Aber dennoch: Das Auswahlverfahren läuft dann so, dass Kriterien hinterlegt werden, dass Anforderungen aufgeschrieben werden. Da wird aufgeschrieben, welche Unterlagen in welcher Frist vorgelegt werden müssen. Dann hat jeder Bewerbende die Gelegenheit, die Unterlagen zusammenzustellen, sie abzuhaken und sie zu einem gewissen Termin vorzulegen.

Man kann auch - und das ist in diesem Fall geschehen - als einer der Bewerbenden darum bitten, dass die Frist noch mal verlängert wird, weil vielleicht die eine oder andere Unterlage so schnell nicht beizubringen war. Dann gibt es eine Fristverlängerung. Wenn innerhalb dieser dann verlängerten Frist die geforderte Unterlage nicht vorliegt, ist es in solchen Auswahlverfahren so, dass dann eine Entscheidung auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen getroffen wird.

So ist das in diesem Falle jetzt auf einen Stand gekommen, gegen den der unterlegene Bewerbende natürlich noch Rechtsmittel einlegen kann. Da läuft die Frist, soweit ich das weiß, bis zum 7. November 2023.

Der zu dem Verfahren erstellte Brief liegt mir hier vor, also das Schreiben der Verwaltung mit einem Begründungsteil. In dem Begründungsteil steht, dass vor dem Hintergrund dieser Mitbewerbenden ein ganz anderes Verfahren gemacht werden muss, das aber erst ab dem nächsten Jahr - also nicht ab 2024, sondern ab 2025 - laufen soll, und zwar so, wie wir das auch mit den Weihnachtsmärkten machen.

Vor dem Hintergrund der Zeit, die nicht mehr zur Verfügung steht, wird jetzt dieses Auswahlverfahren durchgeführt. Die unterlegenen Bewerbenden können sich natürlich in diesem regelrechten Ausschreibungsverfahren, in dem eine Konzession für fünf Jahre vergeben werden soll, wieder ins Rennen bringen. Genau so etwas machen wir ja bei den Weihnachtsmärkten.

Und das ist hier gemeint. Hier steht:

> Einen entsprechenden Beschlussvorschlag

- also zur Durchführung eines Konzessionsverfahrens ab 2025 -

> werde ich dem zuständigen Gremium vorlegen und Sie sodann über das weitere Verfahren informieren.

Das ist damit gemeint. Das ist also die Einbeziehung, über die hier auch gesprochen wurde, der zuständigen Gremien in dieser Stadt.

Dann ist in dem Schreiben noch mal ausgeführt, warum man hier für das Jahr 2024 unter Anwendung - ich zitiere - „transparenter und neutraler

Auswahlkriterien für Volksfeste“ das nächstjährige Verfahren macht.

Das ist das, was ich zu dem Thema - jetzt kommen Rückfragen - auf den ersten Schwung jetzt sagen kann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erst Herr Richter und dann Herr Detjen.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Blome, für die Ausführungen. - Ich habe zwei Nachfragen, nämlich erst eine Verständnisfrage, die ich hoffentlich datengeschützt genug für den öffentlichen Teil formuliere, und dann noch eine zweite Frage.

Verstehe ich es richtig, dass die Verwaltung sagt, da nicht alle Unterlagen von einem Anbieter fristgerecht vorlagen, ist er ausgeschieden, egal was die ganzen anderen Argumente, die wir heute gehört haben, für eine Werthaltigkeit haben? Aus Sicht der Verwaltung ist ein Anbieter also aufgrund formaler Lücken ausgeschieden, und da war alles andere egal? Ist das der Fall?

Die zweite Frage ist - noch mal nachgestellt -: Wäre es möglich gewesen, im nichtöffentlichen Teil des AVR über dieses neue Prozedere im Vorfeld zu informieren?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sollen wir ein paar Fragen sammeln?

Stadtdirektorin Andrea Blome: Gerne sammeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gerne sammeln. - Erst Herr Detjen und dann Herr Homann.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Blome, gab es Kritik an den Veranstaltungen der Schausteller? Gab es da grundsätzlich in der Verwaltung Kritik? Das würde mich einfach interessieren. Welche Kritik, müssen Sie jetzt gar nicht sagen. Denn es muss ja auch einen Beweggrund gegeben haben, zu sagen: Ja, dann gucken wir mal, dass wir jemand anders nehmen - unabhängig davon, dass sich jetzt andere beworben haben. Ich finde, dass wir als Stadtverwaltung auch eine gewisse Fürsorgepflicht haben. Wenn uns ein Akteur 50 Jahre lang betreut hat, sollte er auch aktiv von der Verwaltung angesprochen werden; Stichwort „Bringschuld“. Unsere Verwaltung hat da eine gewisse Bringschuld. - Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage schließt an Herrn Richter an. Ich sehe das genauso wie Herr Richter. Warum wurde der AVR - oder zumindest der Vorsitzende oder der Vorsitzende und die Stellvertreter - nicht mit in diesen Prozess einbezogen, unterrichtet etc. pp.?

Das hätte man auch im öffentlichen Teil machen können. Es muss doch gar nicht in den nichtöffentlichen Teil. Das sind ja normale Prozesse. Ich kritisiere auch nicht, dass man diesen Weg gegangen ist - den musste man ja gehen, weil es andere Bewerber gab -, sondern, wie man das gemacht hat. Das ist meine Kritik. In diesem Zusammenhang ist meine Frage, ob das eventuell reparierbar ist und ob Sie uns das nachher darstellen wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Frau Blome, laut dem mir vorliegenden Sachverhalt ist es so, dass am 21. Juli 2023 das Schreiben der Stadt Köln mit der Bitte, diese Unterlagen alle einzureichen, versandt worden ist. Wir behandeln das Verwaltungsverfahren gleich im nichtöffentlichen Teil vielleicht noch detaillierter. Aber Fakt ist auch, dass es - darüber haben die Schausteller auf jeden Fall mich bzw. uns informiert, und sie haben es auch der Presse mitgeteilt; es ist also nichts Neues - um eine Versicherungsbescheinigung für Umweltschäden geht. Diese Versicherung für Umweltschäden sollte in Höhe von 3 Millionen Euro nachgewiesen werden. Die Schausteller haben fristgemäß mit Schreiben vom 27. Juli 2023 von ihrer Versicherung diesen Nachweis über 5 Millionen Euro erbracht. Ihre Versicherung führt dort aus, dass sie für Sachschäden einsteht.

Da erwarte ich nach 50 Jahren Zusammenarbeit, dass die Verwaltung in der Lage ist, den Telefonhörer in die Hand zu nehmen und zu sagen: Liebe Leute, da steht „Sachschäden“. Sind Umweltschäden davon mit umfasst oder nicht? - Denn die Kölner Schausteller sind keine

Versicherungsagenten. Ihnen wurde von ihrer Versicherung gesagt, dass Umweltschäden Sachschäden sind. Und die Versicherung besteht, und sie bestand die ganze Zeit über 5 Millionen Euro. Da sage ich Ihnen - im Übrigen sieht der Bundesgerichtshof das ähnlich -: Wenn es nur zwei Anbieter gibt, hat die Verwaltung die Pflicht, das Ermessen so auszuüben, dass sie nachfragt. Es soll hier nicht - und das droht hier - ein Bild gezeichnet werden, dass da Unterlagen nicht eingereicht wurden. Der Versicherungsnachweis ist eingereicht worden. Man unterstellt nur, dass diese Versicherung, wenn sie 5 Millionen Euro Sachhaftung hat, keine Umweltschäden versichert. Und das tut sie. Eine Nachfrage wäre da möglich gewesen.

Auch da ist die Frage: Warum ist der AVR nicht mit beteiligt worden, und wie heilen wir dieses Verfahren? Denn so geht man, wie vorhin schon erwähnt, nicht mit 130 Familien um, mit denen wir seit 50 Jahren zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Blome beantwortet jetzt die Fragen. Ich bitte hier auch noch einmal um die notwendige Sensibilität, keine Bewertung vorzunehmen und das, was im nichtöffentlichen Teil behandelt werden muss, im nichtöffentlichen Teil zu beantworten. Frau Blome.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe nicht davon aus, dass ich das alles beantworten kann.

In dem Auswahlverfahren werden Kriterien formuliert. Diese Kriterien müssen natürlich barrierefrei und gleichmäßig auch für alle Bewerbenden erfüllbar sein. Damit spielen vorvergangene Investitionen - seit Ende der 90er-Jahre; ich lerne ja auch jetzt immer viel dazu - in so einem Kriterienkatalog für ein neues Auswahlverfahren keine Rolle und müssten gegebenenfalls an anderer Stelle geregelt werden.

Es gab keine Kritik an den Veranstaltungen. Es gab überhaupt eine sehr gute Zusammenarbeit des Ordnungsamtes mit den Veranstaltern. Wir haben ja auch öfter zusammengesessen. Wir waren auch im AVR zusammen. Da haben wir versucht, bei der Auslegung des sogenannten Freizeitlärmerlasses wirklich alles hinzubekommen, damit wir von diesen Tagen, die wir jetzt auch schon reduzieren mussten - das war ja für alle Beteiligten, insbesondere für Sie natürlich, auch alles andere als schön -, so viel wie möglich haben. Denn wir müssen dann mit den entsprechenden Einsprüchen aus der Nachbarschaft umgehen. Ich erinnere noch einmal an das Thema Brüsseler Platz und die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes. Insofern müssen wir alle - Veranstalter, Politik und auch Verwaltung - sensibel mit diesen Themen umgehen. Aber es gab überhaupt keine Kritik an den Veranstaltungen. Man hat gut zusammengearbeitet. Ich erinnere ja selber noch die letzten Jahre und das, was da mit Verkehrskonzepten und Co alles zu machen war, weil nach Corona auch unglaublich viele Menschen kamen und dann schon ein bisschen das Straßennetz lahmgelegt haben.

Ja, es wäre möglich gewesen, den AVR zu informieren - aber nicht über den Stand in einem laufenden Auswahlverfahren. Alle, die hier sitzen, kennen sich ja mit Vergabeverfahren aus. Man hätte allerdings darüber informieren können, dass jetzt ein anderes Verfahren gewählt werden musste. So hat es das Ordnungsamt gesehen. Es hat sich veranlasst gesehen, dass es ein anderes Verfahren durchführen muss, weil sich jetzt mehrere Bewerbungen eingegangen waren. Darüber hätte man informieren können, aber nicht auf der Etappe über den laufenden Stand der Situation mit den Unterlagen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das hat ja auch keiner gefordert!)

- Ich wollte es nur noch mal sagen. Sie haben ja heute auch alle schon sehr viel geredet. Jetzt habe ich auch mal Lust, ein bisschen etwas zu sagen. Entschuldigung.

Herr Homann, zu dem Thema, was in welcher Police gestanden hat, würde ich hier im öffentlichen Teil nicht antworten wollen.

(Mike Homann [SPD]: Ich habe es ja gesagt!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt gibt es eine weitere Nachfrage von Herrn Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön. - Danke schön für die Ausführungen.

Sie haben eine Frage nicht beantwortet. Sie haben gesagt: Man hätte informieren können. - Die Frage war: Warum haben Sie nicht informiert?

Stadtdirektorin Andrea Blome: Was soll ich jetzt antworten? Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, warum man das nicht gemacht hat. Man hat auch meine Person nicht einbezogen. Man hat das Verfahren so durchgeführt. Ich weiß es nicht. Ich hätte vielleicht auch ganz gerne vorher Bescheid gewusst, wie der Ablauf in dem Verfahren war. Tut mir leid.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da es gerade noch Klärungsbedarf gibt, welche Beschlüsse im öffentlichen Teil gefasst werden können und sollten und welche Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst werden müssten, und wir aber, glaube ich, durchaus daran interessiert sind, hier noch die eine oder andere Nachfrage zu stellen, möchte ich eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragen, damit wir uns einmal über den weiteren Umgang mit diesem Antrag im öffentlichen Teil beraten können, um hier möglichst einheitlich unterwegs zu sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, ich habe das Gefühl, dass es noch eine Frage im öffentlichen Teil geben könnte. - Wenn das der Fall ist, bitte ich Sie, sie jetzt noch zu stellen.

Lukas Lorenz (SPD): Hätte man die 500 000 Euro Investitionen, die in den letzten Jahren durch die Schausteller getätigt wurden, als Ausschreibungskriterium mit in die Ausschreibung aufnehmen können?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wurde uns eben schon beantwortet. Diese Frage hat Frau Blome schon beantwortet. - Okay.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein, meines Erachtens hat Frau Blome das beantwortet. Aber dann bitte noch einmal. Das kann ja auch nicht schaden, wenn es nicht herrübergekommen ist.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Gerne. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir ein Auswahlverfahren oder ein Vergabeverfahren machen, müssen die Voraussetzungen für alle gleich sein. Insofern kann es nicht eine Voraussetzung sein, dass man bereits seit, ich sage jetzt mal, 25 Jahren da Investitionen getätigt hat. Das muss dann, wenn das Verfahren einen bestimmten Ausgang nimmt, an anderer Stelle verhandelt und gegebenenfalls bearbeitet werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann.

Mike Homann (SPD): Aber die Frage ist doch folgende, Frau Blome: Nach meinem Kenntnisstand sind Sie von einer Ausschreibung ausgegangen. Ich meine, Sie wussten ja, dass ab 2024 neu ausgeschrieben werden muss. In der Ausschreibung kann man auch Qualität bewerten. Da gilt natürlich auch, dass „altbekannt und bewährt“ ein möglicher Prüfungsmaßstab ist. Bei einer Ausschreibung wäre es möglich gewesen, das Lärmschutzkonzept, das Verkehrskonzept, das Sicherheitskonzept zu berücksichtigen. Alle anderen Anbieter müssen nur zusichern, dass sie es erstellen werden und einhalten werden. Die GKS hat es hingegen komplett bezahlt und der Verwaltung vorgelegt. Es existiert also, während der andere Bewerber nur sagen muss: „Wir machen das so, wie es die GKS gemacht hat“, weil sie nämlich der Politik transparent gemacht hat, was sie getan hat. Warum hat man kein Ausschreibungsverfahren gemacht, sondern macht das jetzt in einem Verwaltungsverfahren, in dem es auf die Vollständigkeit der Unterlagen ankommt und nicht auf die Qualität der Bewerbung? Die Rechtsgrundlage dafür, dass Sie an der Stelle dieses Verfahren angewandt haben und nicht in die Ausschreibung gegangen sind, hätte ich auch gerne gewusst.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Diese Antwort geben wir im nichtöffentlichen Teil.

Jetzt würde ich gerne die Beratungspause machen, und zwar bis 21.25 Uhr.

(Unterbrechung
von 21.13 Uhr bis 21.26 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen, und stelle dem Antragsteller die Frage, wie er beabsichtigt, weiter mit diesem Antrag umzugehen.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In der erkenntnisreichen Sitzungsunterbrechung haben wir uns auf folgendes Verfahren verständigt: Wir verweisen diesen Antrag, wie er jetzt vorliegt, mit einem kurzen Zwischenstopp in dem heutigen nichtöffentlichen Teil, um die aufgeworfenen Fragen, die im öffentlichen Teil nicht beantwortet werden konnten, dort zu beantworten, in den Hauptausschuss am 13. November 20203, um dort dann final im nichtöffentlichen Teil entsprechende Beschlüsse möglicherweise fassen zu können.

Das heißt: heute keine Beschlussfassung, Verweisung in den Hauptausschuss, aber den Punkt heute noch mal im nichtöffentlichen Teil aufrufen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag abstimmen. Wir machen gleich noch einen Zwischenstopp im nichtöffentlichen Teil. Aber abstimmen müssen wir jetzt hier über den Verweisungsantrag. - Gut.

Es ist der Antrag auf Verweisung in den Hauptausschuss gestellt worden. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 4.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wir sind ja in drei Stunden fertig!)

- Das finde ich auch. Also, heute sollten wir fertig werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Entscheidung in den Hauptausschuss (nicht öffentlicher Teil) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag auf Verweisung von RM Joisten.

Herr Bezirksbürgermeist Hupke spricht zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Antrag wird im im nicht öffentlichen Teil der Sitzung erneut aufgerufen.

Sitzungsunterbrechung von 21:13 bis 21:26 Uhr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

**4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Was ist aus dem Maßnahmenpaket und dem Arbeitskreis ‚Domumgebung‘ von 2007 geworden?“
AN/1376/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023
2908/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Nur für den Livestream: Es geht um das Maßnahmenpaket und den Arbeitskreis „Domumgebung“ von 2007. Hier ist die Frage, was daraus geworden ist und was die Situation ist.

Ich hatte hierzu Akteneinsicht erbeten und bekam die Antwort, dass die Verwaltung bzw. das Dezernat noch nicht geliefert hat.

Ich bitte doch darum, weil das schon fast einen Monat her ist, dass das vom Dezernat - man muss doch wohl die Rechnungen finden - bitte jetzt einmal vorgelegt wird, damit man es sich anschauen kann. - Vielen Dank.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die RheinEnergie AG?“ AN/1549/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2842/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Nein.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontrolle Schlagbaumsweg“ AN/1565/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2886/2023

Hier liegt auch die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben noch zwei Nachfragen zu der ersten Frage. Zu der Antwort würden wir gerne wissen, warum das denn in dem gegebenen Fall dann so war, dass derjenige einen 3er-BMW hatte, und ob derjenige oder diejenigen dann keine Leistungen mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten werden oder schon nicht mehr bekommen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wird schriftlich beantwortet.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Nachfragen von RM Busch wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Antwort der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Teilnahme an Fraktionssitzung gem. der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen“ AN/1568/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2907/2023

Nachfragen? - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Die Beantwortung der Verwaltung - Frau Caroli weiß es - kommt vom Amt 01 und ist ungenügend. Die Beantwortung können wir so nicht zur Kenntnis nehmen. Es sind ganz klare Fragen in der Anfrage nicht beantwortet, einfach nicht beantwortet. Warum das nicht der Fall ist, ist bisher auch noch nicht erklärt worden.

Wenn die Verwaltung dazu nicht antworten will, obwohl sie uns explizit dazu aufgefordert hat, das als Anfrage zu stellen, dann weiß ich auch nicht weiter. Insofern bitte ich, da noch einmal nachzusteuern. Das geht so nicht. Es fehlen explizit Teile. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gucke es mir noch einmal an.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die auf Hinweis von RM Busch zugesagte Prüfung der Antwort ist erfolgt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Klimafolgendarstellung in Beschlussvorlagen“ AN/1563/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023 AN/2883/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Vielen Dank für die Antwort, die ja sehr kurzfristig dann zum Glück noch kam. - Ich bitte nur die Kolleg*innen im Rat, sich die Antwort doch einmal anzuschauen, weil wir daraus Schlüsse ziehen müssen. Es geht um die Klimafolgendarstellung unserer Beschlüsse in den Beschlussvorlagen, und das ist ganz interessant.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und was ist die Frage? Ob die das wollen?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Die Frage ist, was die Stadtverwaltung tun möchte, um eine befriedigende Antwort vorlegen zu können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Das wird schriftlich beantwortet.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Nachfrage von RM Zimmermann wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Antwort der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Wirtschaftsfaktor Großmarkt“ AN/1863/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023 AN/3428/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Noch einmal vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Wolfgramm, dass das so schnell geklappt hat. Wir hatten ja auch kurz vorher darüber gesprochen. Da muss ich der Verwaltung einfach mal ein Kompliment machen: kurzfristig eingestellt und tatsächlich schon beantwortet und auch teils zur Zufriedenheit.

Aber eine Sache bleibt noch zu Punkt 4 - ich hatte Ihnen es ja auch schon gesagt -, auch wenn Sie zu Recht bemerkt haben, dass wir vielleicht nicht ganz richtig angefragt haben. Aber was passiert denn, wenn wir 2026 haben und der Rat dann nichts Neues für den Großmarkt entschieden hat? Dazu würden wir gerne noch wissen - auch wenn das nicht nur Ihr Beritt ist; da müssten Sie sich bitte mit den Kollegen Dezernenten absprechen -, was wir bis dahin noch als Rat zu tun haben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Die Antwort erfolgt schriftlich.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Nachfragen von RM Busch wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Antwort der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontakte der Oberbürgermeisterin zu

Kölner Bundestags-, Landtagsabgeordneten“
AN/1864/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023
AN/3425/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Das würden wir aufgrund der Kurzfristigkeit gerne schieben. - Danke.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die Angelegenheit wird auf Wunsch von RM Cremer in der nächsten Sitzung erneut behandelt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.8 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Aberkennung von Ehrenbürgerwürde DuMont“
AN/1867/2023

Antwort der Verwaltung vom 25.10.2023
3399/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hock? - Nein, keine Nachfragen.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.9 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Parkgebühren Carsharinganbieter .Miles‘“
AN/1868/2023

Hier konnte die Verwaltung noch nicht antworten. Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.10 Anfrage der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Lastenradförderung 2023“
AN/1872/2023

Das gilt auch für die Anfrage unter TOP 4.10.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt auf:

6 Ortsrecht

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Abwassergebührensatzung 2024
2662/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- *nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2024 (Anlage 1) zur Kenntnis.*
- *stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 2) zu.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
3223/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wünscht das jemand nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein. Enthält sich jemand? - Nein, auch nicht. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. 72, 72a, 51143 Köln-Zündorf
1635/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

7.3 Überplanmäßiger Aufwand für Leistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, TP 0606 im Jahr 2023
3387/2023

Das ist ebenfalls eine Kenntnisnahme. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenteilige Auffassungen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist auch das zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 - Gesundheitsdienste für das Haushaltsjahr 2023
2752/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, zu den Gesundheitsdiensten hatte ich im Finanzausschuss Herrn Rau eine Frage gestellt. Sie wollten gerne wegen der Zumietung von weiteren Büroräumen eine kurze Antwort geben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Dr. Harald Rau: Herr Breite, diese Antwort liegt in Form der Anlage 3 inzwischen vor und entspricht dem, was ich mündlich im Finanzausschuss gesagt habe.

Ulrich Breite (FDP): Vielen Dank. Das war heute Mittag noch nicht eingestellt. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Fragen aus dem Finanzausschuss sind also beantwortet.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Mehrbedarf in Höhe von 1.123.086,62 € im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes, in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen zur Kenntnis und beschließt zur Deckung die anderweitige Mittelverwendung von ursprünglich in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagten Mittel in Höhe von 206.893,49 €. Die Mittel waren ursprünglich für den Drogenkonsumraum Chorweiler eingeplant, welcher entgegen der Planung erst zum 01.09.2023 in den Betrieb gegangen ist.

Zur Deckung der weiteren 916.193,13 € beschließt der Rat überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste im Haushaltsjahr 2023.

Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen in gleicher im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0502, kommunale Leistungen nach SGB II, Teilplanzeile 16, - sonstige ordentliche Aufwendungen ebenfalls im Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.2 Genehmigung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Teilplan des Wohnungsamtes in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Haushaltsjahr 2023
2717/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen gemäß § 83 GO NRW im Haushaltsjahr 2023 für den Teilplan des Amtes für Wohnungswesen, Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 380.000 € für Maßnahmen zur Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes.

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilplan des Gesundheitsamtes, Produktgruppe 0701 - Gesundheitsdienste, in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 71.727 € und in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen in Höhe von 308.273 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Verkehrsmanagement in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2022
2340/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Verkehrsmanagement in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze in Höhe von 2.674.600 € im Haushaltsjahr 2022. Dabei entfällt auf die Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ein Anteil in Höhe von 740.900 €, auf die Teilplanzeile 14, bilanzielle Abschreibungen ein Anteil von 1.639.400 €, auf die Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen ein Anteil von 285.600 €, sowie auf die Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen ein Anteil von 8.700 €.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 2.674.600 € durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Straßen und Radwegebau in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze. Dabei entfällt auf die Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und

Dienstleistungen, ein Teilbetrag von 2.200.000 € und auf die Teilplanzeile 14, bilanzielle Abschreibungen, ein Teilbetrag von 474.600 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Neubau für die Grundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord - Baubeschluss 0981/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte abstimmen lassen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt den Neubau des Schulgebäudes der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord sowie der Außenanlagen im Planungsgebiet des projektierten Neubaus.

Die Kosten für die Baumaßnahme betragen nach der aktuellen Kostenberechnung inklusive GU-Zuschlag rund 49,3 Mio. Euro brutto. Zudem genehmigt der Rat einen projektspezifischen Risikozuschlag in Höhe von 10,7 Mio. Euro. Dies entspricht 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten zuzüglich eines pauschalen Zuschlags von 10 % für nicht absehbare Ereignisse. Die Gesamtbaukosten betragen demnach rund 66 Mio. Euro brutto.
Die Maßnahme soll über ein Generalunternehmen abgewickelt werden.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

2. Der Rat beschließt die Einrichtung des Neubaus inklusive einer Einfachturnhalle für die Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1,24 Mio. Euro brutto (investiver Anteil: rund 373.000 Euro, konsumtiver Anteil: rund 870.000 Euro).

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 870.000 Euro brutto werden im Haushaltsjahr 2027 im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 373.000 Euro brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2027 im Teilfinanzplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4010-0301-1-2764 – GGS Antwerpener Str. 19-29 – Neubau.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Konzept „Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse“ 1060/2023

Hier frage ich nach Wortmeldungen. - Herr Michalak.

Mario Michalak (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. - Liebe Oberbürgermeisterin, Anwesende und Zuschauer! Ein in seiner Besonderheit und, wenn es einmal fertiggestellt sein wird, weit strahlendes und wirkmächtiges Mahnmal findet in dieser Beschlussvorlage seine folgerichtige und gelungene Fortsetzung.

Kurz zur Einordnung: Das Mahnmal wirkt in Form von abrufbaren Filmen mit Dokumentationen und

Interviews per App. Diese Filme müssen ausgesucht, produziert und inhaltlich begleitet werden.

Dafür wird das nun zu beschließende Kuratorium zuständig sein. Bei der gesamten Umsetzung zur Begleitung und Konzeption des Kuratoriums ist es besonders wichtig gewesen, die Betroffenen aus der Keupstraße mitzunehmen und ihnen Entscheidungsbefugnisse zu erteilen. Das Gremium soll in seiner Mehrheit aus Betroffenen bestehen. Sie sollen entscheiden können, was als Beschreibung, Bewältigung, Erklärung und eventuell möglicher zukunftsgerichteter Handlungsperspektive in Form von Filmen zu sehen sein wird. Nach jahrelangen falschen Beschuldigungen ist das das Mindeste, was wir den Betroffenen schuldig sind - ein richtiges Instrument zum Empowern der Bewohner der Keupstraße.

Wir müssen uns bei der Verwaltung, hier dem zuständigen NS-DOK, für das Erarbeiten dieser Beschlussvorlage außerordentlich bedanken. Eine wohlaustarierte und unter Berücksichtigung möglichst aller betroffenen Interessen gelungene Kuratoriumsbesetzung gilt es nun ans Arbeiten zu bringen. Wir bitten um Zustimmung und wünschen dem Kuratorium gelungenes Handeln. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Frau Brock-Storms.

Claudia Brock-Storms (SPD): Noch mal Guten Abend zusammen! Wir sind jetzt im zweiten Teil. Ein früherer Chef von mir hat mal gesagt: Man sollte nur so lange reden, wie man auf einem Bein stehen kann. - Ich möchte diesen akrobatischen Akt jetzt nicht ausprobieren. Was ich damit sagen will: Ich versuche, es kurz zu machen.

Wir begrüßen die Vorlage des Konzepts „Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse“ sehr. Wir haben im Integrationsrat lange und intensiv über die Ausgestaltung und Besetzung diskutiert und sind froh, dass die Beschlussvorlage nun vorliegt. Damit wird ein wichtiger Schritt getan, um die zukünftige Ausgestaltung des Erinnerungsorts Keupstraße umzusetzen.

An dieser Stelle möchte ich noch mal dem Integrationsrat, insbesondere Tayfun Keltek, danken, ohne deren jahrelanges - man muss leider sagen: jahrzehntelanges - Engagement der Erinnerungsort noch in weiter Ferne liegen würde.

(Beifall bei der SPD)

Im aktuellen Prozess möchte ich aber insbesondere Herrn Hans-Peter Killguss vom NS-DOK noch mal danken, der unsere Diskussionen ausgehalten und immer weiter am Konzept gefeilt hat.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir im nächsten Jahr bereits zum 20. Mal an den Anschlag erinnern werden, ist an sich schon ein Mahnmal, nämlich dafür, wie lange Prozesse in Köln dauern. Ich muss jetzt ein bisschen Wasser in den Wein geben. Wir hätten uns, wie viele der Opfer des feigen Anschlags des NSU, eine schnellere Umsetzung gewünscht.

Mit Blick auf die 20 Jahre ist das hier vielleicht auch die Gelegenheit, noch mal daran zu erinnern, dass der Juni 2024 schnell da sein wird und man sich vielleicht doch schon ein paar Gedanken machen sollte, wie man dann daran erinnern möchte.

Ebenso wie das Kuratorium ein atmendes System ist, ist auch der Erinnerungsort ein lebendes System, und Leben will genährt werden. Daher möchte ich alle hier auffordern, bei den nächsten Haushaltsberatungen daran zu denken, dass dies kein Ort sein wird, der irgendwann fertig ist. Er muss von uns weiter unterstützt werden, um lebendig zu sein. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich will die Sitzung wirklich nicht verlängern. Aber gestatten Sie mir, daran zu erinnern, dass das Denkmal so geplant wurde, dass es auf einer privaten Fläche liegt. Vieles dauert bei der Stadt auch mir zu lange. Aber hier konnte man wirklich nichts anderes machen, als zur ersten Möglichkeit zuzugreifen.

Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen!

Liebe Zuhörer*innen! Wenn das Denk- und Mahnmal auf der Tagesordnung steht, welches infolge eines Terroranschlags eines berühmten Nazinetzwerks entstanden ist, muss man das auch nutzen, um kurz erneut dessen zu gedenken.

Dortmund, Hamburg, Kassel, Nürnberg, München und auch Köln: An all diesen Orten und vielen mehr hat der NSU terrorisiert, Menschen verletzt und ermordet, und zwar nicht irgendwelche Menschen, sondern gezielt migrantische Menschen, mit dem Ziel, Massenmorde zu verüben. Der NSU hat in einem gesellschaftlichen Umfeld agiert, das Rechtsterrorismus für abwegig gehalten und die Mörder im Umfeld der Opfer gesucht hat.

Auf den Angriff des NSU folgte die traumatisierende und rassistische Reaktion der Mehrheitsgesellschaft, von Medien, Behörden und Politiker*innen. Angehörige der Opfer wurden wie Verbrecher behandelt. Durch die Anschläge verletzte Personen trauten sich nicht, zum Arzt zu gehen. Es gab eine gewaltige Täter-Opfer-Umkehr. Sieben Jahre lang wurde den Betroffenen nicht zugehört, bis der NSU sich selbst enttarnt hat. Doch eine lückenlose Aufklärung der Anschläge ist bis heute nicht erfolgt. Das hat für tiefe Wunden und ein dauerhaftes Misstrauen der Anwohner*innen auf der Keupstraße gesorgt.

Deswegen ist die Errichtung eines Denkmals rund 20 Jahre nach den Anschlägen längst überfällig. Es ist zu begrüßen, dass nicht allein ein statisches, bauliches Denkmal entstehen soll, sondern vielmehr ein dynamischer Raum, der auch aktuelle rassismuskritische Diskurse aufgreifen kann. Zusätzlich ist es auch richtig, den Fokus auf die Perspektive derjenigen zu legen, die von den Anschlägen und Rassismus insgesamt betroffen waren und sind.

Weiterhin ist es für das Gelingen des Vorhabens zentral, dass auch die Betroffenen an entscheidenden Stellen eingebunden werden. Dass mehrheitlich Betroffene dem Kuratorium angehören sollen, das über die gezeigten medialen Inhalte entscheidet, ist in dieser Hinsicht ein wichtiger und richtiger Schritt.

Es bleibt aber Aufgabe der gesamten Kölner Politik und Stadtgesellschaft - und nicht nur etwa des Integrationsrates und des Kuratoriums -, die damaligen Ereignisse zu reflektieren, den Betroffenen zuzuhören und für dauerhafte, strukturelle Veränderungen zu sorgen.

An dieser Stelle gilt auch ein besonderer Dank den Akteur*innen und Initiativen, vor allem der Initiative „Herkesin Meydanı - Platz für alle“, der Initiative „Keupstraße ist überall“ und dem Integrationsrat, die die Erinnerung in den letzten Jahren selbst organisiert und, ohne Mühen zu scheuen, für ein Mahnmal gekämpft haben.

Der NSU war nicht zu dritt, und erinnern heißt auch, gegen rassistische Strukturen und Neonazis immer und überall zu kämpfen, auf dass sie nicht mehr töten, verletzen oder in unseren Parlamenten sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich in dem Fall gerne fragen, wer diese Vorlage unterstützt. Wer das tut, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist die Vorlage so beschlossen. - Vielen Dank.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt das beigefügte Konzept „Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Neugestaltung und Erweiterung des Spielplatzes Xantener Straße/Johannes-Giesberts-Park in Köln-Nippes
1215/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Die Bezirksvertretung Nippes beauftragt die Verwaltung mit der Neugestaltung und Erweiterung des Spielplatzes Xantener Straße/ Johannes-Giesberts-Park in Köln-Nippes mit Gesamtkosten in Höhe von 1.175.000 €.*

2. *Der Rat beschließt die Mittelfreigabe und die investive außerplanmäßige Auszahlungsermächtigung für die Neugestaltung und Erweiterung des Spielplatzes Xantener Straße/ Johannes-Giesberts-Park in Köln-Nippes in Höhe von 1.175.000 € im Teilfinanzplan des Amtes für Kinder, Jugend und Familie in der Produktgruppe 0604- Kinder-und Jugendarbeit in der Teilplanzeile 8- Auszahlungen für Baumaßnahmen auf der Finanzstelle 5100-0604-0-4103 Spielplatz Xantener Straße.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Beschleunigungspaket weiterführende Schulen - Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 125, der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3 und der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15 durch General- oder Totalunternehmen - Planungs- und Baubeschluss (Beschlussfassung nur zur Kaiserin-Theophanu-Schule) 1196/2023

Frau Hölzing.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauende im Livestream! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft hat sich mit der Vorlage befasst und für den Rat eine Empfehlung für einen geänderten Beschluss ausgesprochen, den Sie in Anlage 6 finden. Dann hat die Gebäudewirtschaft uns mit der Anlage 7 überrascht, der zu entnehmen ist, dass sie die verschiedenen Standortalternativen bis heute schon geprüft hat. Heute kam auch noch eine Anlage 10, die sich mit den Beschlüssen der BV Kalk auseinandergesetzt hat.

Damit ist der Punkt 2 der Empfehlung aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft obsolet. Wir erhalten ihn nicht aufrecht, weil die Fragen beantwortet sind.

Da die Verwaltung aber auch betont hat, dass von ihr die Bedeutung von Erhalt und Herstellung des Grünflächenbereichs im Stadtbezirk Kalk gesehen wird, wollen wir dort natürlich auch so viel wie möglich an Grün realisieren. Den Kalkerinnen und Kalkern ist ja auch versprochen worden, dass der Streifen, nachdem da saniert worden ist, in eine Grünfläche umgewandelt wird. Daher wollen wir, wenn diese Fläche schon als Interim dienen soll, dass auch die in der Begründung erwähnte Planung der Variante 2 realisiert wird, die kompakter ist, weil wir darin am ehesten die Chance sehen, dass auch das angegebene Grün und die Grünfläche dann realisiert werden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir haben die Vorlage ja in der Ratssitzung am 7. September 2023 in der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft teilweise unter Vorbehalt beschlossen, da die BV Kalk noch angehört werden musste. Frau Hölzing hat gerade den Werdegang der entsprechenden Anlagen erklärt. Die Anhörung ist mittlerweile erfolgt. Eine Stellungnahme zu den Änderungen ist tatsächlich in der Anlage 10 enthalten.

Insofern würde jetzt gerne erneut über die Maßnahmen bei der Kaiserin-Theophanu-Schule in der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft abstimmen lassen.

(Zuruf: Ohne Punkt 2! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben selbst empfohlen, Punkt 2 herauszunehmen! - Bärbel Hölzing-Clasen [Bündnis

90/Die Grünen]: Ohne Punkt 2, weil der sich erledigt hat!)

- In der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft ohne Punkt 2. Ja?

(Bärbel Hölzing-Clasen [Bündnis 90/Die Grünen]: Ohne Punkt 2!)

- Gut. - Herr Joisten hat noch eine Frage zum Abstimmungsgegenstand.

Christian Joisten (SPD): Ja. Ich will es nur verstehen. Denn ich sehe, dass in der Anlage 10 nur eine Variante, nämlich die Fassung der Anlage 8, also noch einmal die Bestätigung unseres bereits im September hier im Rat getroffenen Beschlusses, als Verwaltungsmeinung abgebildet wird.

(Zuruf von der CDU: Nicht im Rat!)

- Doch. Darin steht:

Fazit:

Die Verwaltung bittet den Rat der Stadt Köln, seinen geänderten Beschluss aus der Sitzung vom 7. September 2023

- das war eine Ratssitzung -

(Fassung der Anlage 8) zu bestätigen.

Das ist die letzte Anlage, in der jetzt eine Empfehlung der Verwaltung enthalten ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber steht in der Anlage 8 nicht der Vorbehalt?

Christian Joisten (SPD): Das konnte ich jetzt auf die Schnelle nicht prüfen. Aber das ist unser Ratsbeschluss. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, ja. Aber wir können das gerne noch mal nachprüfen. - Steht der Vorbehalt drin? Okay. Deswegen die Anlage 6. Ja, es ist in der Tat kompliziert. Ich muss es jetzt auch erst suchen. Aber ich bin ziemlich sicher, dass es da drinsteht. - Herr Greitemann.

(Zurufe)

- Ja, wir wollen schon über das Richtige abstimmen; das ist ja klar. - Also Anlage 6, aber ohne Punkt 2.

(Beigeordneter Markus Greitemann: Genau!)

- Okay. - Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Worüber stimmen wir denn jetzt ab?)

- Anlage 6 ohne Punkt 2.

(Christian Joisten [SPD]: Also nicht so, wie die Verwaltung vorgeschlagen hat!)

Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie die Oberbürgermeisterin vorgetragen hat, sollen wir beschließen - nur inhaltlich. Und Sie haben vollkommen recht: Wir müssen jetzt hier nicht Betriebsausschuss spielen. Die Grünfläche muss genutzt werden. Und es wird empfohlen, Anlage 7b, das heißt die Alternative, zu nehmen, um so wenig Grünfläche wie möglich zu belasten.

Ich kann also nur empfehlen: bitte Anlage 6 ohne Punkt 2 mit Anlage 7b als Alternative.

(Christian Joisten [SPD]: Wenn Herr Greitemann das sagt, dann machen wir das jetzt so!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, ich glaube auch, dass es richtig ist. - Gut.

(Christian Joisten [SPD]: Wenn die Oberbürgermeisterin das glaubt!)

- Ja, tut mir leid. Ich habe die Vorlage auch am Sonntag oder am Samstag, jedenfalls am Wochenende, das letzte Mal gelesen.

Können wir jetzt so abstimmen, bitte? - Gut. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Dann ist so beschlossen.

Beschluss zur Kaiserin-Theophanu-Schule in der Fassung des Betriebsausschusses

Gebäudewirtschaft vom 28.08.2023 ohne Beschlusspunkt 2 (Anlage 6):

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die Generalsanierung beziehungsweise den Neubau der Gebäude de

- Gesamtschule Holweide Burgwiesenstraße 125, 51067 Köln,

- Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3, 51103 Köln und

- Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15, 50765 Köln

durch Totalunternehmen planen und errichten beziehungsweise durch Generalunternehmen errichten zu lassen.
Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahmen liegt bei rund 691 Mio. Euro brutto.
Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 10 % auf den Kostenorientierungswert.
Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung aus dem städtischen Haushalt erfolgt nach der Inbetriebnahme der Objekte über Mietzahlungen an die Gebäudewirtschaft nach Maßgabe des für die jeweilige Schulform dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

1. *Die Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Vergleich Abriss/Neubau versus Sanierung wird ergänzt um eine ökologische Betrachtung (z.B. graue Energie). Bevor es zu größeren Abrissarbeiten kommt, werden die Ergebnisse der Vergleiche dem Werksausschuss Gebäudewirtschaft vorgelegt.*

3. *Es darf bei keiner der zuvor genannten Maßnahmen zu zeitlichen Verzögerungen kommen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT zugestimmt.

Anmerkung:

Die Beschlussfassung bezieht sich ausschließlich auf die Kaiserin-Theophanu-Schule. Zu den Gymnasien Holweide und Kantstraße hatte der Rat in seiner Sitzung am 07.09.2023 unter TOP 10.20 beschlossen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inkl. Brandschutzsanierung, Bahnsteiganhebung und erforderlicher technischer Aufrüstung
1337/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Aufzugsnachrüstung für die Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inklusive Bahnsteiganhebung, Brandschutzsanierung sowie erforderlicher technischer Ausrüstung und stellt den Bedarf für die zu vergebenden externen Ingenieuraufträge fest. Die Verwaltung wird die notwendigen Genehmigungen beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorbereiten. Zur Herstellung der Barrierefreiheit werden zwei Aufzüge und voraussichtlich zwei Zugangstreppen nachgerüstet, welche die Bahnsteige mit der Straßenebene verbinden. Es erfolgt ebenso eine Bahnsteiganhebung sowie Nachrüstung von taktilen Leitelementen.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 26.180 € im Haushaltsjahr 2023 sowie die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 1.811.180 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025, 2026 und 2027 (606.900 € in 2025, 589.050 € in 2026, 615.230 € in 2027) im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle

6903-1202-1-7118, Haltestelle Reichensperger-platz - Einbau von Aufzügen -, im Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Bedarfsfeststellung für drei Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe/Grundschule Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang, Fortuinweg (für Grundschule Gutnickstr.) in Köln-Roggendorf und Bolligstr. (für KGS und GGS An den Kaulen) in Köln-Worringen
1978/2023

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Errichtung modularer Einheiten für die drei in der Beschlussbegründung genannten Grund- und Förderschulen mit Primarstufe zum Schuljahr 2024/25 an und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vertragsverhandlungen für die Anmietung dieser Einheiten aufzunehmen sowie die notwendigen Ausschreibungen vorzunehmen. Die Anmietungsdauern und Vertragslaufzeiten variieren dabei abhängig vom Bedarf am jeweiligen Schulstandort.

*Die Finanzierung der Gesamtkosten für die Aufstellung von modularen Einheiten (inklusive möglicher Kaufoptionen) erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Bauseits zusätzlich umzusetzende Maßnahmen werden zusätzlich zu veranschlagen sein, sofern keine general- oder totalunternehmerische Ausführung mit den Vertragspartner*innen erzielt werden kann. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Inbetriebnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises für Grund- und Förderschulen. Aus dem städtischen Haushalt werden auch die entsprechenden Kosten für die Einrichtung sowie mögliche zusätzliche Personalkosten für Hausmeister*innen und Sekretär*innen finanziert.*

Wegen der besonderen Bedeutung der Maßnahmen steht der tatsächliche Abschluss der Verträge einschließlich der Darlegung der Finanzierung des Gesamtvorhabens inklusive der Einrichtung unter dem Vorbehalt eines späteren, vertragserläuternden Folgebeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung von Einsatzbekleidung für die Technische Hilfeleistung und Vegetationsbrandbekämpfung für die Feuerwehr Köln sowie Abschluss eines vierjährigen Rahmenvertrages
2001/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den dargestellten Bedarf für die Neubeschaffung der Einsatzbekleidung für die Technische Hilfeleistung und Vegetationsbrandbekämpfung mit Gesamtkosten in Höhe von 3.589.040 € (brutto) an und stimmt dem Abschluss eines vierjährigen Rahmenliefervertrages zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.8 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Verfahren zur Weiterentwicklung
2214/2023

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 100 000 Euro für die Weiterentwicklung eines Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - so klingt es warm und beschönigend in der Vorlage. Was verbirgt sich dahinter wirklich? Es soll weiter an dem Narrativ der gelungenen Integration gestrickt werden, obwohl längst klar ist: Die Integration der letzten Jahrzehnte in diesem Land und in dieser Stadt ist krachend gescheitert.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es noch eines letzten Beleges dafür bedurft hätte, so sind es die jüngsten antisemitischen Ausschreitungen in diesem Land, begangen von Menschen, die Sie ins Land gelassen haben und immer noch zu Tausenden ins Land lassen.

(Zurufe von der LINKEN: Buh! - Christian Joisten [SPD]: Immer wieder diese Thesen! Das will doch keiner hören! Geben Sie es zu Protokoll!)

- Doch, genauso ist es. - Dazu zählen leider auch viele Menschen, die hier schon seit Jahrzehnten in Parallelgesellschaften leben und jetzt ihr wahres Gesicht zeigen.

Meine Damen und Herren, Israel ist weit und breit das einzige pluralistische, freiheitlich-demokratisch organisierte Land im Nahen Osten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zum Thema der Vorlage.

Stephan Boyens (AfD): Israel steht par excellence für die westliche Art, zu leben, für unsere Werte, unsere Kultur und unseren wirtschaftlichen Erfolg.

(Niklas Kienitz [CDU]: Für Ihre Werte will niemand stehen!)

Genau deshalb zieht es den unversöhnlichen Hass seiner Nachbarn auf sich. Kaum irgendwo sonst auf der Welt wird der Clash of Civilizations so deutlich wie im Nahen Osten.

Dieser Kampf der Kulturen aus dem Nahen Osten ist nun dank Ihrer katastrophalen Migrationspolitik auch hier auf Deutschlands Straßen angekommen. Die von Ihnen seit Jahren betriebenen Integrationsbemühungen haben dies nicht verhindern können. Sie sind auf ganzer Linie gescheitert.

Ja, sie machen die Sache sogar häufig noch schlimmer; denn das, was Sie Integration nennen, ist eine toxische Mischung aus naiven Annahmen, basierend auf kultureller und religiöser Ignoranz, infantilen Betreuungsangeboten, gepaart mit grenzenlosem Verständnis für alles und jeden

(Franz Philippi [SPD]: Unverschämtheit!)

- doch, genauso ist es -, fehlender Konsequenz -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ein Ordnungsruf für die infantilen Betreuungsangebote.

Stephan Boyens (AfD): - und, wenn überhaupt vorhanden, windelweichen Sanktionen.

Das Grundproblem ist, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, wie die Rollenverteilung bei der Integration aussieht.

Ich sage Ihnen: Wer sich dafür entscheidet, dauerhaft in einem anderen Land zu leben, der hat die Pflicht, sich zu integrieren. Integration ist zu 90 Prozent Bringschuld.

(Beifall bei der AfD)

Es gilt hier das alte arabische Sprichwort:

Und weilst du bei einem Volke mehr als 40 Tage, so sei einer von ihnen oder wandere weiter.

Genau das machen auch die klassischen Einwanderungsländer Kanada und USA. Meine Damen und Herren, dort gibt es keine groß angelegten Integrationsprogramme. „Integration durch Arbeit“ heißt es dort; das ist das Programm.

Ja, wir sollten - lassen Sie mich das ganz klar sagen - Menschen, die zu uns kommen, die Hand ausstrecken und ihnen beim Start helfen. Aber das Letzte, was wir benötigen, sind weitere 100 000 Euro für ein nutzloses, verkopftes und kontraproduktives Integrationskonzept, wie es hier in dieser Stadt verfolgt wird.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen diese Vorlage. Ceterum censeo migrationem illegalem esse sistendam. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Eigentlich habe ich nur eine Frage. Aber erst einmal möchte ich sagen: Ausländerhetze auf Latein ist schon interessant. Das scheint mir irgendwie widersprüchlich zu sein.

Ich habe eine Frage zum ungefähren Zeitablauf. Wir begrüßen das grundsätzlich und finden es gut. Allerdings ist unsere Frage an die Verwaltung: Welche Phasen finden denn wann ungefähr statt? Denn soweit ich das verstanden habe, war 2011 der Aufschlag. Das ist jetzt ja doch eine Weile her. Mir geht es also darum, dass man ein bisschen zeitlich einsortieren kann, wie das geplant ist. Das konnte ich der Vorlage nicht entnehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 2011 ist das Grundgerüst für das Integrationskonzept unter der damaligen Sozialdezernentin Marlis Bredehorst entstanden. Es ist damals schon mit einer großen Beteiligung der Öffentlichkeit und der in dem Bereich der Integration arbeitenden Träger entstanden. Wir sind der Auffassung, dass das Integrationskonzept nach dieser Zeit einer Überarbeitung bedarf. Deswegen haben wir uns vorgenommen, mit dieser Überarbeitung zu beginnen. Es gibt eine Aufwandsermächtigung im Teilplanergebnis des Amtes für Integration und Vielfalt. Deswegen stehen die Mittel zur Verfügung. Über den Prozess und das Ziel ist in der Vorlage nachzulesen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt das Projekt der Verwaltungsreform zur Kenntnis, mit dem ein Verfahren zur Weiterentwicklung des „Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ transparent und beteiligungsorientiert, themenspezifisch und bedarfsgerecht in einem fortlaufenden Prozess eingeleitet werden soll.

Die zur Finanzierung der Maßnahme benötigte Aufwandsermächtigung in Höhe von 100.000 € steht im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 im Haushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung. Entgegen der ursprünglichen Planung sollen die Finanzmittel jedoch nicht als Zuschuss gewährt werden. Vor diesem Hintergrund ist eine Umveranschlagung von der Zeile 15 – Transferaufwendungen in die Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erforderlich, die hiermit beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke - hier: Schienenersatzkonzept für den Zeitraum der Stadtbahnsperrung in 2024 (Bauphase IIb)
2350/2023

Ich bitte um Wortmeldungen. - Frau Feuser.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Ich mache das auch mal vom Platz aus. - Wir beantragen, dass bei diesem Punkt so abgestimmt wird, wie die BV Nippes entschieden hat. Das heißt, dass wir beantragen, dass der Bus auf der Inneren Kanalstraße bereits mit der Sperrung der Mülheimer Brücke einzurichten ist. Wir haben zwar die Stellungnahme der Verwaltung hier zur Kenntnis genommen, möchten aber dennoch daran festhalten, da wir davon überzeugt sind, dass die Sinnhaftigkeit eines Busses auf der Inneren Kanalstraße gegeben ist.

Wenn es um den motorisierten Individualverkehr geht, kann die Bedeutung der Inneren Kanalstraße immer nicht hoch genug betont werden. Aber wenn es um den ÖPNV geht, wird jetzt die Sinnhaftigkeit infrage gestellt. Das erschließt sich uns nicht.

Die Innere Kanalstraße verbindet viele Veedel miteinander. Aus drei Bezirksvertretungen, glaube ich, kam der Wunsch nach diesem Bus. Diese Forderung kommt übrigens auch aus der Studierendenschaft der Universität Köln.

Natürlich ist das mit Kosten verbunden. Aber die Verkehrswende kostet eben Geld. Deswegen ist es schon wichtig, dass wir hier die Gelegenheit des Schienenersatzkonzeptes nutzen, um diesen Wunsch aus den drei BVen auch aufzugreifen. Im Übrigen ist der Bus nach wie vor die günstigste und einfachste Möglichkeit, den ÖPNV auszubauen.

Ich lehne mich auch so weit aus dem Fenster, zu sagen, dass diese Buslinie wahrscheinlich mehr CO_2 einsparen wird als jede App.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hatte vor, abzustimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 3, und bitte Herrn Egerer, noch mal zu erläutern, ob das dann die Entscheidungen der BVen beinhaltet.

Beigeordneter Ascan Egerer: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst herausstellen, dass die Entwicklung des Busnetzes uns sehr wichtig ist und auch oben auf der Agenda steht.

Wir haben die Machbarkeitsstudie für die Entwicklung eines Expressbusnetzes auf den Weg gebracht. Diese Studie ist in Arbeit. Darin ist auch explizit aufgenommen, die Innere Kanalstraße mit den entsprechenden Anknüpfungen dezidiert zu betrachten. Allerdings liegen dazu noch keine Ergebnisse vor.

Hier ist ja das Ziel, ein dauerhaft funktionierendes Angebot zu etablieren, welches dann auch von der KVB betrieben werden soll. Das heißt, dass die KVB auch in der Lage sein muss, diese Leistung dann mit eigenen Ressourcen anzubieten. Es müssen aber auch andere Rahmenbedingungen erfüllt sein. Dafür brauchen wir eine gewisse Grundlage, die wir aktuell noch nicht haben.

Anders sieht es hingegen bei dem Schienenersatzverkehr aus, den wir für den Zeitraum der Sperrung der Mülheimer Brücke brauchen. Das ist eine Leistung, die extern vergeben wird, weil es eine temporäre Leistung ist. Sie muss aber jetzt auf den Weg gebracht werden, um sie rechtzeitig zur Sperrung der Mülheimer Brücke auch tatsächlich am Start zu haben.

Deswegen ist unsere Empfehlung, hier so abzustimmen wie im Verkehrsausschuss - mit den Änderungen, die dort beschlossen worden sind; sprich: die weiteren Dinge so zu prüfen, wie wir es auch tun -, aber die beiden Themen nicht zwingend zu verknüpfen; denn das funktioniert aus unserer Sicht nicht und wird auch dem Anspruch, den wir an ein gutes Busverkehrsangebot haben, nicht gerecht. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt jetzt die Möglichkeit, zunächst so abzustimmen, wie die BV Nippes beschlossen hat, Frau Feuser. Wenn der Antrag gestellt wird, so abzustimmen, kann ich ja nicht sagen, dass ich das nicht zur Kenntnis nehme. Die erste Abstimmung wäre also so, wie die BV Nippes beschlossen hat, und die zweite Abstimmung wäre dann wie Verkehrsausschuss, Anlage 3. Würden Sie da mitgehen? - Ja. Dann machen wir die Abstimmung so.

Wer ist dafür, dass wir beschließen wie BV 5? Ich bitte um das Handzeichen zur Abstimmung. - Das sind die LINKEN, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung der Bezirksvertretung Nippes vom 19.04.2023 (Anlage 4)

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) während der 7-monatigen Stadtbahnsperrung auf der Mülheimer Brücke mit dem in der Begründung dargestellten Betriebskonzept der Stadtbahn und der

Ersatzbuslinie 118 nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu betrauen.

Der zusätzlich entstehende Verlust der KVB aufgrund des veränderten Betriebs der Stadtbahnlinien und des Betriebs der Ersatzbuslinie 118 in Höhe von 2,19 Mio. Euro im Jahr 2024 wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führt. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2025 prognostiziert.

Darüber hinaus beschließt der Rat:

1. *Bereits zu Beginn der Sperrung der Mülheimer Brücke für den Schienen-Personen-Nahverkehr wird neben der Einrichtung der Ersatzbuslinie 118 nach Nippes und Riehl auch die Ersatzbuslinie über die Innere Kanalstraße nach Riehl/Innenstadt, Nippes/Innenstadt, Ehrenfeld und Braunsfeld eingerichtet.*
2. *Die Haltestellen der Ersatzbuslinie müssen barrierefrei eingerichtet sein.*
3. *Die Beschilderung der Ersatzbushaltestellen muss deutlich ab der zu ersetzenden Haltestelle ausgeschildert sein.*
4. *Die Mobilitäts-Angebote müssen ausgeweitet werden (Anzahl der KVB-Isi-Fahrzeuge im Bediengebiet Nippes/Riehl/Niehl, KVB-Leihräder im betroffenen Bereich).*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Verkehrsausschusses vom 19.09.2023 (Anlage 3)

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) während der 7-monatigen Stadtbahnsperrung auf der Mülheimer Brücke mit dem in der Begründung dargestellten Betriebskonzept der Stadtbahn und der Ersatzbuslinie 118 nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu betrauen.

Der zusätzlich entstehende Verlust der KVB aufgrund des veränderten Betriebs der Stadtbahnlinien und des Betriebs der Ersatzbuslinie 118 in Höhe von 2,19 Mio. Euro im Jahr 2024 wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führt. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2025 prognostiziert.

Die Verwaltung wird gebeten, die Anregungen der BV Mülheim

- *Die Haltestellen der Ersatzbuslinie müssen barrierefrei eingerichtet sein.*
- *Die Beschilderung der Ersatzbushaltestellen muss deutlich ab der zu ersetzenden Haltestelle ausgeschildert sein.*
- *Einrichtung einer eigenen Busspur im Bereich der Auffahrten zur Zoobrücke*
- *Ausweitung weiterer Mobilitäts-Angebote (Isi-Taxi, KVB-Leihräder) im betroffenen Bereich.*

aufzugreifen und zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Antrag vom RM Feuser, über die Vorlage in der Fassung der Bezirksvertretung Nippes abzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Förderung von Familiengrundschulzentren durch das Ministerium für Schule und Bildung
2467/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Oder wollen Sie eine Wortmeldung

machen? Was wollen Sie? Eine Wortmeldung zu TOP 10.10?

(Lukas Lorenz [SPD]: Nein!)

- Nein. Gut. - Es gibt also keine Wortmeldung zu TOP 10.10.

Deswegen lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat

1. *beschließt nachträglich die fristgerechte Beantragung von Landesfördermitteln zum weiteren Ausbau von Familiengrundschulzentren in Köln zum Schuljahr 2023/24 im Rahmen der „Förderrichtlinie Familiengrundschulzentren 2023/24“ nach Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung Nordrhein-Westfalen, Erweiterung der Richtlinie am 19.05.2023[3]. Der Antrag wird für insgesamt 4 neue Familiengrundschulzentren gestellt. Hierfür betragen die förderfähigen Gesamtkosten 204.800 Euro (s. Tabelle „Fördermittel Schuljahr 2023/24 inkl. Tariferhöhung) für die Jahre 2023 und 2024, wobei der Landesanteil 163.840 Euro (80%) beträgt. Die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 40.960 Euro (20%) stehen im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0604, Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung.*

2. *stimmt daher vorbehaltlich der Gewährung der Landesmittel – der Umsetzung der Maßnahme für die Zeit vom 01.08.2023 bis 31.07.2024 zu.*

3. *beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Maßnahmen für den weiteren Ausbau von Familiengrundschulzentren in Köln zum Schuljahr 2023/2024 im Rahmen der „Richtlinie über die Förderung von Familiengrundschulzentren vom 01.01.2023 bis zum 31.07.2024“ - nach Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung – umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Stellenbedarfe werden über den regulären Stellenplan eingebracht.*

4. *stimmt der Verwendung der Stellen Schulsozialarbeit gemäß der Förderrichtlinie und analog den schon bestehenden Familiengrundschulzentren – als FGZ-Leitung/Koordination zu (vgl. Session 3782/2022, Mitteilung Ausschuss für Schule und Weiterbildung und Jugendhilfeausschuss, „Rahmenkonzept Familiengrundschulzentren und Entwicklungsperspektiven“)*

5. *stimmt der Antragstellung in den Folgejahren unter Vorbehalt der auf Langfristigkeit angelegten Landesförderung zu. Die Umsetzung ab dem Schuljahr 2024/2025 erfolgt nach gesicherter Finanzierung und vorbehaltlich der Gewährung der entsprechenden Landesmittel.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Zuschuss Förderverein Römische Stadtmauer Köln e. V. und Freigabe Maßnahmen für die Sanierung und Erhaltung von Denkmälern inklusive geerbte Denkmäler
2566/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt einen Zuschuss an den Förderverein Römische Stadtmauer Köln e.V. für die Sanierung der Römischen Stadtmauer in Höhe von 1.010.000 € im Teilergebnisplan des Römisch-Germanischen Museums in der Produktgruppe 1002 – Denkmalpflege in Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen im*

[3] Online abrufbar unter: https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/erweiterte_foerderrichtlinie_familiengrundschulzentren_2023_2024.pdf

Haushaltsjahr 2023.

2. *Der Rat beschließt überplanmäßige Mehraufwendungen in Höhe von 670.000 € zur Sanierung der Römischen Stadtmauer „Am Mühlenbach“ im Teilergebnisplan des Römisch-Germanischen Museums in der Produktgruppe 1002 – Denkmalpflege in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen im Teilergebnisplan des Museumsreferates in der Produktgruppe 0401 – Museumsreferat in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2023.*

3. *Der Rat beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 1.010.000 € im Teilergebnisplan des Römisch-Germanischen Museums in der Produktgruppe 1002 – Denkmalpflege in Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen im Haushaltsjahr 2023*

4. *Der Rat beschließt die Verwendung der Mittel, die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 aus der Kulturförderabgabe im Teilfinanzplan des Museumsreferats in der Produktgruppe 0401 – Museumsreferat in Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 4500-0401-0-0006 – Erhalt städtischer Baudenkmäler zugesetzt und in das Haushaltsjahr 2023 übertragen wurden, als weiteren Zuschuss an den Förderverein Römische Stadtmauer Köln e.V. für die Sanierung der Römischen Stadtmauer in Höhe von 1.000.000 €.*

5. *Der Rat beschließt die Umschichtung der investiven Mittel in den Teilfinanzplan des Römisch-Germanischen Museums in der Produktgruppe 1002 – Denkmalpflege in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 4512-1002-0-0006 – Erhalt städtischer Baudenkmäler für die sachgerechte Auszahlung.*

6. *Der Rat beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 1.000.000 € im Teilfinanzplan des Römisch-Germanischen Museums in der Produktgruppe 1002 – Denkmalpflege in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 4512-1002-0-0006 – Erhalt städtischer Baudenkmäler.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Internationalen Verband für öffentliches Verkehrswesen (UITP)
2594/2023

Wortmeldungen? - Ja, eine Wortmeldung. Bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch vom Platz aus; es soll nicht so lange dauern.

Wir sind davon überzeugt, dass das Verkehrsdezernat mit dem Thema Verkehr selbst überfordert zu sein scheint, und sind auch deswegen der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der UITP erstens Geld kostet, das die Stadt Köln durchaus sinnvoller einsetzen könnte, und dass zweitens die Stadt Köln dafür irgendwo auch nicht bereit sein kann.

Und dann kommt der fast schon wichtigste Punkt für uns, den man gefühlt auch immer nur in Köln findet: Der Ehrenpräsident dieses Internationalen Verbandes für öffentliches Verkehrswesen ist - wenn es nicht schon einigen bekannt ist oder war - Wolfgang Meyer, ehemaliger KVB-Vorstandschef in Köln. Es hat ein Jahr vor der Europawahl doch schon ein Geschmäckle, da jetzt noch Mitglied zu werden.

Wir lehnen die Mitgliedschaft deswegen auch ab. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster Herr Lorenz.

Lukas Lorenz (SPD): Ich möchte nur unsere Ablehnung begründen. Sie liegt darin begründet, dass wir keine Sinnhaftigkeit darin erkennen, dass die Stadt Köln zusätzlich zur KVB dort Mitglied wird. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, dass wir ein Unternehmen als Mitglied darin haben - genauso, wie es sinnvoll ist, dass im VDV ein

Unternehmen Mitglied ist und nicht die Stadt Köln selbst.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank. - Ich habe eine kurze Nachfrage zu der Vorlage. Wie gerade schon richtig angemerkt worden ist, ist Köln ja mit der KVB bereits dort vertreten. Jetzt möchte es als Kommune bzw. als Stadt auch beitreten. Ich würde gerne von der Verwaltung wissen, welche Vorteile darin liegen und warum wir als eine der ersten Kommunen da jetzt beitreten sollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meiner Erinnerung nach haben wir das bereits einmal in einer Ratssitzung thematisiert; aber gut.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Anderer Verband, gleicher Sachverhalt!)

- Gut. - Wer möchte dazu Stellung nehmen? - Herr Egerer, bitte.

Beigeordneter Ascan Egerer: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch hier ist ein klarer Trend in Richtung Mobilitätswende zu erkennen, nämlich die Integration von unterschiedlichen Verkehrsträgern im Sinne der Schaffung eines gesamthaften Angebotes. Die UITP kommt aus dem Bereich öffentlicher Verkehr; das ist richtig. Deswegen sind dort traditionell die Verkehrsunternehmen organisiert. Aber auch hier findet eine Öffnung in Richtung Aufgabenträger, der wir ja auch sind, und kommunale Gebietskörperschaften statt, weil hier die Mobilitätswende vor Ort organisiert werden muss. Sie hat auch auf internationaler Ebene eine hohe Priorität bekommen, von der wir gerne profitieren wollen. Mit einem Beitritt können wir dann auch hier von dem Austausch und von den Informationen, die es gibt, profitieren. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION und die AfD. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass die Stadt Köln zum 01.01.2024 dem Internationalen Verband für öffentliches Verkehrswesen (UITP) beitritt. Die UITP ist der weltweite Verband für Träger des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier Erlass eines Monatsbetrags zum Ausgleich energiekrisenbedingter Kostensteigerungen
2832/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass die Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung in Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagsschulen für Dezember 2023 allen Eltern in den Einkommensstufen 2, 3 und 4 vollständig und in der Stufe 5 zur Hälfte erlassen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.14 Deutschlandticket Schule für Schülerinnen und Schüler an Weiterführenden Schulen der Stadt Köln
2860/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

AN/1873/2023

Änderungsantrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT AN/1899/2023

Hier habe ich eine lange Rednerliste. Sie beginnt mit Frau Hölzing.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren, auch am Livestream, wenn noch Leute zuschauen! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Deutschlandticket ist in aller Munde, aber lange noch nicht in allen Taschen, vor allen Dingen nicht in denen der Kölner Schüler und Schülerinnen. Warum ist das so?

Das Verfahren der Umstellung ist für die Verwaltung komplizierter als in anderen Städten, weil Köln bisher einen besonders günstigen Tarif für die SchülerTickets vorhält. Im Primarbereich hat die Umstellung hingegen sehr schnell geklappt, weil sie dort auch zu einer Ersparnis geführt hat.

Für nicht Freifahrtberechtigte der Sekundarstufe wird das Deutschlandticket, wenn es heute beschlossen wird, nur 3,70 Euro mehr im Monat kosten - und dafür haben sie den Freifahrtschein für ganz Deutschland in der Tasche: Düsseldorf, Essen, Hamburg, Berlin, München. Ist das nichts?

DIE LINKE meint, es müsse noch billiger sein, für alle Schülerinnen und Schüler und auch für die Primarstufe. Dabei, eine Forderung zu formulieren, die so viel Geld kostet, ohne einen Deckungsvorschlag einzubringen, gehen wir nicht mit.

Die KLIMA FREUNDE & GUT gehen ein bisschen in die gleiche Richtung. Allerdings werden da auch verschiedene Bereiche zusammengemischt, nämlich Bibliotheksausweis und andere Dinge. Das ist uns zu detailliert und zu kleinteilig. Es kann auch in der verbleibenden Zeit nicht mehr geprüft werden.

Denn wir haben auch ein bisschen Druck, das Ticket auf den Weg zu bringen. Wir haben immerhin monatelang darüber diskutiert. Es wäre schon gut, wenn wir heute zu einer Entscheidung kommen würden. Andere Kommunen haben ja das Ticket auch schon nach den Sommerferien eingeführt.

Ich erinnere hier daran, dass die Kölner Stadtschulpflegschaft in einer Blitzumfrage, an der mehr als 200 Eltern teilgenommen haben, immerhin 70 Prozent Zustimmung für den Wechsel zum Schüler-Deutschlandticket ermittelt hat. Gut, das ist nicht repräsentativ; aber ich denke, dass die Zeichen da auch auf Wechsel stehen.

Die Nachfrage nach dem Deutschlandticket hat auch gezeigt, dass mit einem günstigen Angebot auch die Nutzung des ÖPNV steigt. Wenn die Schülerinnen und Schüler erst einmal ohne Probleme über Köln und die Tarifgrenzen hinweg reisen können, werden - da sind wir sicher - den Eltern und ihnen sehr schnell Reisemöglichkeiten einfallen, und sie werden das ausloten und begeistert nutzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Denn Angebot schafft Nachfrage. Und genau dieses Signal wollen wir mit dem Ticket erreichen. Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig und viel und auch entferntere Strecken mit dem ÖPNV fahren. Das soll die bevorzugte Nutzung von Mobilität im Alltag werden, und es soll frühzeitig eingeübt werden.

Für uns ist dieses Ticket deshalb ein wichtiger Schritt in Richtung Verkehrswende, klimafreundliche Mobilität und CO_2-Reduzierung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir sehen auch die organisatorischen Herausforderungen, die die Verwaltung beschreibt. Dennoch überwiegen für uns die Chancen, die in dem Schüler-Deutschlandticket stecken.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sieht vor, das Ticket abzulehnen und bei einem eigenen SchülerTicket zu bleiben, auch weil es an Sicherheit für die Fortführung fehle.

Machen wir uns doch nichts vor: Es wird um die Verlängerung des Deutschlandtickets und auch um die Schüler-Deutschlandtickets hart gerungen werden. Das ist ja normal. Das Geschäft kennen wir doch. Und gerade deshalb ist es wichtig, das Schüler-Deutschlandticket für Köln ab dem 1. Februar 2024 einzuführen; denn je mehr Abonnenten wir haben, umso mehr Druck können wir auf Bund und Land ausüben, dass das Ticket dauerhaft günstig bleibt und angeboten wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Warten und Harren macht manchen zum Narren. Wir wollen nicht nachher die Narren sein und weitere Zeit verstreichen lassen, sondern mit dem Schüler-Deutschlandticket ein deutliches Signal setzen - für eine klimafreundliche Mobilitätswende, für mehr klimafreundliche Mobilität von Schülerinnen und Schülern und für mehr Fahrten über Verkehrsverbünde hinweg, eben für mehr Mobilität in ganz Deutschland.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein paar Gedanken aufführen, die deutlich machen, warum der Verbleib im VRS-SchülerTicket sinnvoller sein könnte.

Das VRS-SchülerTicket hat den Zusatznutzen inkludiert, dass die Schülerinnen und Schüler zu gewissen Zeiten ihr Fahrrad mitnehmen dürfen. Das hat das Deutschlandticket nicht.

Den allermeisten Schülerinnen und Schülern reicht das heutige VRS-SchülerTicket völlig. Ich kenne keine Schüler, vor allem junge Schüler, die einfach mal alleine ohne ihre Eltern nach München fahren, so schön es ist, wenn man das in der Freizeit oder als Familienausflug macht. Ich kenne sie nicht, aber lasse mich da gerne aufklären. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler - das können Sie ja auch nicht verwerfen - ist also tatsächlich in der Region unterwegs. Daher schafft das Deutschlandticket an der Stelle nur einen überschaubaren Freizeitmehrwert für einzelne Fahrten pro Jahr.

In Köln wird das VRS-SchülerTicket in einem Subventionsmodell umgesetzt. Durch zusätzliche kommunale Mittel bekommen alle Schüler das VRS-SchülerTicket zum gleichen Preis, und zwar für 25,30 Euro. Bei einer Umstellung auf das Deutschlandticket Schule müssten die nicht freifahrtberechtigten Schülerinnen und Schüler mehr zahlen.

Lassen Sie uns einmal einen Blick auf den Aufwand werfen; und das ist nicht einfach nur lapidar dahergesagt. Es müssen neue Verträge erarbeitet, beschlossen und abgeschlossen werden. Die Stadt und die KVB müssen die Bezugsberechtigungsprüfung, die es so kleinteilig im aktuellen Modell nicht gibt, vollständig neu aufstellen. Zudem müssen an der Kundenschnittstelle einige Änderungen umgesetzt werden - individuelle Verträge mit Eltern, Regeln von Zahlverfahren, Chipkartenwechsel etc. Und wir reden hier von 55 000 Schülerinnen und Schülern.

Ob dieser Aufwand für sechs Monate vertretbar ist - und jetzt kommen wir zu dem Punkt -, müssen diejenigen, die heute einen solchen Beschluss fassen wollen, ohne eine Garantie zu haben, was dann im August sein wird, tatsächlich einmal überlegen. Vielleicht erachten sie es doch für sinnvoller, heute dem Vorschlag der Verwaltung zum Verbleib beim jetzigen Modell zu folgen und, weil die Finanzierung nicht gesichert ist, erst noch einmal vier Wochen abzuwarten. Das wäre, glaube ich, an der Stelle seriös.

(Beifall bei der CDU)

Wie ich schon sagte, ist ein wichtiger Grund für einen Verbleib im bisherigen Modell auch die bestehende Unsicherheit. Aktuell gilt das Modell des Deutschlandtickets Schule nur bis zum Schuljahresende 2023/2024. Was danach kommt, ist völlig unklar. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass der Art. 11a des ÖPNV-Gesetzes überarbeitet wird. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie uns nicht sagen können, wie er letztendlich aussehen wird, und dass das zum jetzigen Zeitpunkt nicht einmal die Landesregierung weiß.

Ob es sinnvoll ist, alle Prozesse auf links zu drehen, kann man natürlich diskutieren. Wir halten aber zum jetzigen Zeitpunkt nichts davon. Es wäre seriöser, die Entscheidung im Dezember zu fällen. Dann hätten wir Sicherheit über die Finanzierung durch die Bundesregierung. Wenn nämlich die Bundesregierung aus der Finanzierung aussteigt, müssen die Länder einspringen, da die Kommunen in so kurzer Zeit weder vorbereitet sind noch in der Lage sind, finanziell für diesen Mehrwert und die Zusatzkosten aufzukommen.

Wir, meine Damen und Herren, gehen mit Ressourcen verantwortungsbewusst um. Die CDU-Fraktion stimmt deshalb dem Verwaltungsvorschlag zu.

Es wurde auch der Hinweis gegeben, dass viele Kommunen bereits umgestiegen sind. Es mag ja sein, dass das im VRR der Fall ist. Aber das ist kein Maßstab. Hier liegen andere Gründe vor. Viele Kommunen in Westfalen sind im alten Modell geblieben, weil viele auch noch abwarten, um die Finanzsicherheit zu haben. Einige Schulträger haben sich noch nicht entschieden. Andere wiederum finanzieren nur noch die Berechtigten, und der Rest wird eingespart. Das trifft vor allem den ländlichen Raum, also den Kreis Euskirchen und auch den Oberbergischen Kreis. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Ich möchte Sie noch einmal bitten: Lassen Sie uns seriöse Entscheidungen treffen und heute dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Alternativ sollte man vielleicht doch noch abwarten, wie es im Dezember aussieht, um dann eine definitive Entscheidung auch über den August hinaus zu treffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Das Deutschlandticket ist eine super Sache und ein wichtiger Schritt der Ampel zu einer Mobilitätswende. Ziel muss es sein, dass auch möglichst viele Kölnerinnen und Kölner dieses Deutschlandticket bekommen.

Schaut man sich allerdings die Situation für die Kölner Schülerinnen und Schüler an, sieht man, dass die Gemengelage ziemlich komplex ist. Daher gebe ich gerne zu: Die Entscheidung fällt uns nicht leicht. Wir haben das in unserer Fraktion sorgsam abgewogen.

In Köln haben wir seit Jahren ein Ticket für Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich, das für Köln günstiger ist und mit der Fahrradmitnahme auch mehr Leistungen enthält. Das Deutschlandticket wird pro Schüler circa 45 Euro im Jahr teurer. Auch wenn das hier als Marginalie dargestellt worden ist, sind zum Beispiel für Familien mit drei Kindern 150 Euro im Jahr eine Menge Geld. Und solange der ÖPNV in Köln teilweise so schlecht ist, dass Schülerinnen und Schüler darauf angewiesen sind, insbesondere auch in den Abendstunden ihr Fahrrad zur Überbrückung von Strecken zu nutzen, ist der Faktor Fahrradmitnahme für viele gerade in den Außenbezirken sehr relevant.

(Beifall bei der SPD)

Für Köln gilt also: eher weniger Leistung für mehr Geld.

Ein Argument für das Deutschlandticket ist unter anderem, damit könnten Klassenfahrten unkomplizierter und günstiger ablaufen. Auch hier lohnt es sich, genau hinzuschauen. Zunächst wird grob zwischen verschiedenen Arten von Klassenfahrten unterschieden.

Bei einem Wandertag, der ohne Übernachtung stattfindet, kenne ich - und das wurde mir von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen bestätigt - kaum eine Schule, die diese Ausflüge außerhalb des VRS-Gebiets macht.

Bei Fahrten mit Übernachtung gibt es im wesentlichen Sekundarbereich zwei bis drei Fahrten.

Erstens: in der Unterstufe die sogenannte Kennenlernfahrt. Dies passiert fast ausschließlich mit Bussen und in einer Jugendherberge.

Zweitens: in der Oberstufe die sogenannten Studienfahrten. Hier wird, mit Verlaub, weniger der ÖPNV oder der Regional-Express genutzt. Ich wäre ja schon froh, wenn die problematischen Flugreisen bei diesen Fahrten reduziert werden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Lediglich in der Mittelstufe ist es eher unterschiedlich. Aufgrund von thematischen Fahrten, durch die Schulkonferenzen beschlossen, sieht die Situation da teilweise anders aus.

Hinzu kommt, dass auch nicht in jeder Klasse oder in jedem Kurs jeder Schüler bisher ein SchülerTicket oder demnächst ein Deutschlandticket hat, sodass in der Regel eher auf Gruppentickets ausgewichen wird.

Sie merken: Das Argument für Klassenfahrten zieht nicht so richtig.

Besonders nachdenklich macht uns aber, was für ein bürokratischer Aufwand für ein paar Monate entstehen wird, in denen das Deutschlandticket

wirklich gesichert ist, da sich das Land möglicherweise aus der Finanzierung zurückzieht, wie eben schon genannt wurde.

Es ist also folgendes Szenario durchaus realistisch: 47 200 Schülerinnen und Schüler müssen ihre Abos kündigen und rennen in die sowieso schon überlasteten Schulsekretariate.

Und wissen Sie, womit die Schulsekretariate und Schulleitungen in dieser Zeit beschäftigt sind? Mit dem berühmten Kölner Anmeldeverfahren. Keine Angst; ich werde jetzt kein neues Fass aufmachen. Ich möchte nur den Hinweis geben, dass in den Sekretariaten der weiterführenden Schulen hier möglicherweise gar keine Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Anschließend gehen die knapp 50 000 Schülerinnen und Schüler dann in kürzester Zeit mit ihren Schulbescheinigungen zu den KVB-Verkaufsstellen und stellen einen Neuantrag. Wenn es gut geht, tauchen sie etwas später - in der Verwaltungsvorlage ist von vier Wochen die Rede - wieder im Sekretariat auf und bekommen ihre Chipkarten. Dann ist übrigens in den Schulen die Zeit gekommen, in der mit den abgelehnten Kindern umgegangen werden muss.

Und dies ein paar Monate später, wenn das Land nicht weiter finanziert, wieder als Rolle rückwärts?

Ich sehe hier auch die große Gefahr, dass wir dabei möglicherweise eher Schülerinnen und Schüler verlieren und es nachher unterm Strich weniger Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV geben wird. Mehr Nutzerinnen und Nutzer - diese Aussage wird auch in der Vorlage auf Seite 5 zum Klimaschutz getroffen - wird es dagegen nicht geben.

Neben den 10 000 Formularen auf Papier würde mit der Vernichtung und Neuausstellung der Plastikkarten fast eine halbe Tonne Plastik entstehen. Die Entscheidung würde jedenfalls im Sinne der aktuellen Kampagne, die überall in der Stadt zu sehen ist, dazu führen, dass die Null hier definitiv nicht steht.

Sie merken also, dass alles nicht so einfach ist. Es ist hoffentlich klar geworden, warum wir der Verwaltungsvorlage zustimmen werden, obwohl wir das Deutschlandticket an sich sehr gut finden.

(Beifall bei der SPD)

Zu der Umfrage gestatten Sie mir bitte noch eine kurze Anmerkung. Ich bin ein großer Freund der Stadtschulpflegschaft. Wir haben im Schulausschuss ein sehr gutes Verhältnis. Nur: 148 000 Schüler können mitunter 200 000 oder 250 000 Elternteilen entsprechen. Eine Umfrage, an der sich 200 Eltern beteiligt haben - - Du hast ja gesagt, dass sie nicht repräsentativ ist. Sagen wir mal so: Erklärter Elternwille sieht anders aus.

Da setzen wir dann eher auf die Expertise der Verwaltung. Daher vielen Dank. Wir wollen dieser Beschlussvorlage zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, dass das eine Abwägungsfrage ist. Wir haben uns das in der Fraktion auch genau überlegt. Es gibt den hohen Verwaltungsaufwand, die Kosten und keine Garantie, wie in Berlin entschieden wird. Dennoch muss man berücksichtigen, dass wir es mit jungen Menschen zu tun haben und dass wir - das ist die zweite Ebene dieses Antrags - im Zeitalter der Verkehrswende leben, wie ja eigentlich alle sagen.

Jetzt müssen wir einmal überlegen, welche Folgen es denn hat, wenn die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik sagt: Das ist alles so schwer, es kostet uns Geld, und die Schulen müssen dann auf einmal Schulbescheinigungen ausstellen. - Diese Bescheinigungen drucken sie zwar einfach aus. Trotzdem hält man das dann alles für so kompliziert.

Ich finde, dass die Stadt Köln damit kein gutes Bild abgeben würde. Meines Erachtens haben wir als Rat und als Stadt die Pflicht, uns aus vielen Gründen, nicht zuletzt zum Klimaschutz, für die Verkehrswende einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Land NRW hat einen Erlass herausgegeben. Bärbel hat gerade geschildert, was der erzieherische Zweck dieses Erlasses ist. Schülerinnen und Schüler, steht darin, sollen ebenfalls davon

profitieren können, dass ihr an den Schulbesuch gebundenes Ticket deutschlandweit gültig ist. Damit werden ihre Mobilität und die Mobilität ihrer Familien und Erziehungsberechtigten verbessert. Sie können frühzeitig die Vorteile des öffentlichen Nahverkehrs kennenlernen.

Wir wissen nicht genau, wie die Mehrheit der Bevölkerung in Köln jetzt denkt. Aber wir können auch nicht sagen, Oliver, weil die Stadtschulpflegschaft es nicht geschafft hat, alle Eltern Kölns zu fragen - - Das kann sie wahrlich nicht leisten. Ich finde, dass du zu kritikasterhaft mit ihr umgegangen bist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir wissen aber auch nicht das Gegenteil. Das heißt, dass folgende Äußerungen zu erwarten sind - Stimmen in unserem Umfeld sagen uns das; das ist jetzt unsere Blase; ihr habt eine ganz andere; da kann es durchaus auch anders sein -: Warum gibt es das Deutschlandticket nicht an Schulen? Wir wollen endlich das Deutschlandticket haben.

Daher müssen wir als Ratsmitglieder hier entscheiden. Ich fände es deshalb gut, wenn wir heute eine Mehrheit für das Schülerticket der Stadt Köln als Deutschlandticket hätten.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Bärbel, wir haben schon einen Finanzierungsvorschlag. Im Schulausschuss haben wir ihn noch nicht gehabt. Die Stadt Köln hat Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer - Haushalt 2023, Teilplan 1601. Da ist genügend Geld drin.

(Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: 2023!)

Die Kosten hat die Verwaltung genannt. Es ist eine redliche Vorlage. Ich bin der Verwaltung dankbar für diese Vorlage mit Beschlussalternative. Sie sagt, dass das die Stadt Köln bis August 733 000 Euro kostet. Natürlich wird es pro Jahr etwas mehr als doppelt so teuer. Herr Voigtsberger hat von 1,6 bis 1,7 Millionen Euro gesprochen.

Die Frage ist: Was ist uns die Verkehrswende wert, und was ist es uns insbesondere wert, dass junge Menschen in den Sekundarstufen I und II auch vom Deutschlandticket profitieren können, während die Grundschüler, wie Bärbel bereits gesagt hat, es schon längst haben?

Das sollte es uns wert sein, finde ich. Wir gehen davon aus, dass es der Verkehrswende ebenfalls nicht guttut, wenn sie mit Preiserhöhungen verbunden ist.

Die Stadt Köln hat bisher ein - das muss man loben - soziales und gutes SchülerTicket gehabt, das weitaus preiswerter als in den Umlandkommunen war. Es ist aber ungünstig, wenn wir jetzt bei der Umstellung auf das Deutschlandticket ausgerechnet bei jungen Menschen eine Preissteigerung haben.

Wer als Erwachsener in die Nachbarkommunen - Leverkusen, Hürth oder sonst wohin - pendelt, hat bisher 115 oder 120 Euro für ein Monatsabo ausgegeben und zahlt jetzt nur noch 49 Euro. Wer in Köln pendelt, hat meines Wissens - das weiß ich nicht so genau - 70 oder 80 Euro ausgegeben und zahlt jetzt 49 Euro. Und ausgerechnet für Kinder und Jugendliche soll der Preis beim Deutschlandticket steigen?

Aus diesem Grund stellen wir den Antrag - mit den gerade genannten Kosten und dem Finanzierungsvorschlag -, dass für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe der Preis weiterhin bei dem guten Kölner Preis von 25,30 Euro bleibt und dass die Grundschüler - warum die Grundschüler mehr zahlen, verstehen nämlich viele Menschen in der Stadt nicht - das Gleiche bezahlen. Das sind die beiden Punkte unseres Antrags. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Voigtsberger! Das ist schon eine richtig tolle Sache hier. Wir haben als FDP-Fraktion im Hauptausschuss im Sommer dieses Jahres den Antrag gestellt, die Verwaltung möge uns eine Vorlage für das Schülerinnen- und Schüler-Deutschlandticket vorlegen. Dieser Antrag wurde in den ASW verwiesen. Er wurde geschoben und geschoben. Plötzlich wurde er dann von einer Beschlussvorlage der Verwaltung

begleitet, ohne dass über unseren Antrag überhaupt abgestimmt wurde.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sachen gibt's!)

- Hier passieren Sachen. - Ich war eigentlich begeistert. Aber die Beschlussvorlage der Verwaltung legt den Fokus falsch.

Ein bisschen merkwürdig ist auch, dass unser Antrag jetzt auf einmal verschwunden ist. Im Finanzausschuss am Montag war er noch da. Weiß einer, wo unser Antrag ist? Ich habe keine Ahnung. Wurde jemals darüber gesprochen?

(Christian Joisten [SPD]: Der hat sich erledigt!)

Es zeigt sich schon sehr deutlich, wenn ich die Diskussionen im ASW zu diesem Thema sehe, dass hier die Verwaltung Politik machen möchte; denn sonst hätte sie in der Vorlage nicht auch die Alternative für das Deutschlandticket vorgelegt, sondern nur den Beschlussvorschlag.

Wir haben im ersten ASW Argumente gehört, die schon haarsträubend waren. Und jetzt komme ich zu diesem Fahrrad-Thema. Ganz ehrlich: Wer kennt sie nicht, diese Massen an Schülern mit Fahrrädern abends ab 19 Uhr im ÖPNV? Da kriege ich zu viel.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da wird uns im ASW vorgerechnet: Das kostet 30 Millionen Euro, weil wir das dazubuchen müssen, weil das ja dann auch immer möglich ist.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Wie willst du denn sonst in Porz von der Bahn wegkommen?)

- Wie viele Schülerinnen und Schüler betrifft das denn? Vielleicht gibt es für sie eine Alternative.

Wir müssen doch auch mal über Fakten reden und darüber, wie das wirklich funktioniert. Was ist es für ein Zeichen an das Land und an den Bund,

(Zurufe von der SPD)

wenn wir sagen: „Wir trauen der ganzen Sache nicht; wir beschließen das mal lieber nicht, weil da sicher etwas passiert"? Was ist das denn für ein Zeichen?

Nun komme ich zu dem Verfahren. Ich weiche jetzt total von meinem Redemanuskript ab. Aber die wichtigen Pro-Argumente sind ja genannt worden. Zu dem Verfahren: Ja, Oliver, du hast recht; dieses Verfahren ist total kompliziert. Aber dann muss man vielleicht mal das Verfahren hinterfragen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann ist das Verfahren vielleicht genauso beknackt wie das Anmeldeverfahren an den Schulen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir sagen, das sei zu kompliziert. Was ist das denn, bitte schön, für ein Zeichen nach draußen? Mir fällt dazu nichts mehr ein.

Ja, die Finanzierung steht auf der Kippe. Wir wissen alle - Bärbel hat das schön ausgeführt -, wie da gerungen wird. Es ist ein wichtiges Zeichen, wenn wir als viertgrößte Stadt Deutschlands sagen: Wir wollen dieses Ticket hier.

Ja, da müssen sich Bund und Länder einigen. Eigentlich ist es Ländersache. Der Bund hat zwar am Anfang gesagt, dass er hilft. Jetzt schreien aber die Länder, die überall noch Zusatzrabatte gegeben haben, am lautesten, dass der Bund das bitte weiter bezahlen möge. Das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Das werden wir hier aber nicht lösen.

Wir werden aber hier gemeinsam sagen können: Wir wollen eine Mobilitätswende für Schülerinnen und Schüler. - Und sie müssen nicht bis München fahren. Es reicht schon, nach Düsseldorf zu fahren. Es soll Leute geben, die von Köln nach Düsseldorf fahren.

(Vereinzelt Beifall - Lukas Lorenz [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Also bitte! Ich freue mich, wenn wir hier eine Mehrheit erreichen; denn gewartet haben wir jetzt schon lange genug, liebe Teresa.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Liebe Frau Ruffen, kurz zu dem Verfahren: Ihr Antrag spiegelt sich ja in den Beschlüssen der vorberatenden Gremien wider. Ein Antrag im Rat muss auch im Rat gestellt werden.

(Zurufe von der FDP)

- Ja, er spiegelt sich in den Beschlüssen wider. Aber wenn Sie einen Ratsantrag stellen wollen, können Sie das hier natürlich gerne tun.

Zweitens. Wenn die Verwaltung eine Alternative vorschlägt, dann hält sie diese Alternative auch für gut, möglich und machbar. Hier ist es wirklich so, dass man unterschiedlich abwägen kann. Sonst steht jedenfalls in meiner Amtszeit keine Alternative mehr in den Vorlagen. Früher waren wir allerdings verpflichtet, auch eine Alternative hineinzuschreiben, die eigentlich nicht als Alternative möglich war. Das haben wir nicht mehr.

Jetzt hat Herr Froh das Wort. - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, nur zum Wissensstand: Im Finanzausschuss wurde genauso wie im Schulausschuss alles komplett verwiesen. Unser Antrag war einmal ein Ratsantrag, der dann zurückkommt. Wir waren nur überrascht, wo er plötzlich bei der Verweisung vom Finanzausschuss in den Rat geblieben ist. Das war einfach nur die Frage. Dass wir natürlich über Ihre Vorlage entscheiden, ist selbstverständlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Finanzausschuss muss nicht verweisen. Das geht automatisch in den Rat.

Ulrich Breite (FDP): Ja, aber wo ist er denn?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Vorlage geht in den Rat.

Ulrich Breite (FDP): Nein, ich muss Ihnen leider sagen, dass der - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden das vielleicht bilateral klären.

Ulrich Breite (FDP): Sie haben ja auch den Änderungsantrag der LINKEN in den Rat verwiesen. Er steht hier auf der Tagesordnung. Da hat das ja geklappt. Und vorher hat es ja auch geklappt. Darum waren wir nur verwundert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antrag der LINKEN ist für den Rat gestellt worden.

Ulrich Breite (FDP): Entschuldigung. Ich möchte noch mal betonen, dass wir einen Ratsantrag gestellt haben - - Im Hauptausschuss. Entschuldigung. Im Hauptausschuss haben wir einen Antrag gestellt, der immer mit verwiesen worden ist, wie alle anderen Anträge auch. Ich wollte es nur sagen. Aber wir haben jetzt schon eine so späte Uhrzeit, dass - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das hat jetzt keinen Sinn. Wir müssen das bilateral ausdiskutieren. Ich wollte nur dem Eindruck entgegenwirken, dass unser Verfahren hier nicht korrekt ist. Mehr wollte ich gar nicht tun. - Herr Froh.

Manuel Uwe Froh (Volt): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Vielen Dank, Herr Kockerbeck und Frau Ruffen. Es ist natürlich völlig richtig: Wenn die Verfahren einfach blöd sind, dann meckert man nicht über die Verfahren, sondern ändert die Verfahren.

(Christian Joisten [SPD]: Dann ändert das Verfahren doch! Ihr regiert ja mit!)

- Ja, aber wenn wir das Spiel spielen: Der Dezernent kommt ja, glaube ich, von Ihnen. - Aber ich halte jetzt mal meine Rede. Dann können wir das nachher gerne so klären.

Auch wir haben uns diese Entscheidung tatsächlich nicht leicht gemacht, weil beide Seiten gute Vorteile haben.

Für das bisherige Ticket sprechen der günstige Preis und aus unserer Sicht auch die abendliche Fahrradmitnahme - ich habe das früher immer sehr gerne genutzt - oder auch die Mitnahme von Freunden am Wochenende.

Weiterhin sprechen gegen das Deutschlandticket der vermeintlich große Verwaltungsaufwand und die bisher ungeklärte Anschlussfinanzierung. Die Mehrkosten von 40 Euro im Jahr sehen wir auch

nicht unbedingt als Pluspunkt, weil es sicherlich Familien geben wird, für die das eine sehr große Belastung sein wird.

Auf der anderen Seite können die Schüler*innen mit dem Deutschlandticket ihre neu gewonnene Freiheit genießen und zum Beispiel nach Düsseldorf reisen. Das ist ja auch schön.

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

Darüber hinaus ist - das ist dann auch der Punkt, warum wir für das Deutschlandticket stimmen werden - das Deutschlandticket nichts weniger als eine Revolution.

(Lachen von Maria Helmis-Arend [SPD])

- Ja, es ist tatsächlich so. Sag bitte nicht dem Kanzler, dass ihr jetzt hier lacht.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Das Deutschlandticket ist eine Revolution in der Verkehrswende.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Es kann - ich betone: kann - ein sehr großer Hebel bei der dringend notwendigen Verkehrswende sein.

Darüber hinaus wird der Tarifdschungel, den wir im Moment haben, endlich in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Auch das ist ein riesengroßer Vorteil für uns alle und für die Schüler*innen.

Wir sind zuversichtlich - es ist schon mehrmals gesagt worden, dass an einer Anschlussfinanzierung hart gearbeitet wird -, dass das Deutschlandticket tatsächlich eine rosige Zukunft haben wird.

Genau deswegen - ich habe es schon gesagt - entscheiden wir uns für das Deutschlandticket, damit wir in Köln nämlich nicht der Verkehrswende im Weg stehen. Ich bitte Sie alle, es uns gleichzutun. Stimmen Sie für die Alternative und für die Verkehrswende. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Mensch, ist das kompliziert. Das haben wir so auch erst nicht gedacht. Dann haben wir uns da eingelesen und abgewogen und hin und her überlegt und festgestellt: Es gibt für alle Seiten ein Für und ein Gegen.

Aber - Herr Froh hat es ja eben schon gesagt - die Mobilitätswende lässt sich nun einmal nur dann gestalten, wenn wir aus diesem Tarifdschungel herauskommen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Hier sind schon sehr, sehr viele Dinge gesagt worden.

Frau Hölzing, ich möchte Sie darin unterstützen, dass es auch darum geht, ein Zeichen zu setzen, wie es mit dem Deutschlandticket weitergeht. Dafür ist es unfassbar wichtig, dass wir als Kommune hier sagen: Ja, die Kinder und Jugendlichen und alle Menschen in Köln möchten gern das Deutschlandticket haben, und diese Zahl steht einer anderen Entscheidung entgegen.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

- Danke. - Frau De Bellis, ich habe nicht ganz verstanden, was Sie gerade mit den freifahrtberechtigten Schüler*innen hier meinten.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Nicht in Köln! Andere! In Westfalen!)

Denn in der Alternative steht, freifahrtberechtigte Schüler*innen würden den identischen Eigenanteil behalten und bei der Umstellung somit keine Mehrbelastung erfahren.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Soll ich das klarstellen?)

- Ja, gerne - wenn ich das darf.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ich habe lediglich gesagt, dass es in Westfalen Kommunen gibt, in denen sich Schulträger nicht für die Gesamtlösung entschieden haben, sondern das Deutschlandticket für Schüler lediglich den freifahrtberechtigten Schülern gewähren, sodass die anderen leer ausgehen. Nur das habe ich gesagt.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Danke für die Klarstellung. - Was uns an der ganzen Sache ein bisschen enttäuscht hat, ist, dass die Bezirksschülervertretung hier nicht gefragt werden konnte. Das liegt aber daran, dass diese sich erst nach den Herbstferien konstituiert. Da hätten wir gerne noch - -

(Zuruf von Stefanie Ruffen [FDP])

- Noch jemand. Ich finde es schön, dass wir hier mal so eine Diskussion haben.

Stefanie Ruffen (FDP): Nein, ich wollte nur einen Hinweis geben. Das kann ich tatsächlich ergänzen, weil die Bezirksschülervertretung uns gerade in der Fraktion besucht hat und wir sie genau das gefragt haben. Bei der Bezirksschülervertretung ist man sich nicht hundertprozentig einig. Am einfachsten wäre es, wenn man zwischen beiden Möglichkeiten wählen könnte. Aber das geht überhaupt nicht, wie wir erfahren haben. Diejenigen, die bei uns saßen, haben gesagt, dass sie, wenn sie die Wahl hätten, das Schüler*innen-Deutschlandticket nehmen würden. Aber das waren ja nur fünf von ganz vielen Schülerinnen und Schülern. Deswegen würde ich es daran nicht festmachen. - Ich erinnere dich nicht an deine Redezeit.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank auch dir fürs Einordnen. - Mensch, das ist ja heute mal eine ganz andere Rede hier.

Wir haben heute noch einen Änderungsantrag eingebracht, wie Sie vielleicht gesehen haben. Ich kann nachvollziehen, wenn Sie es in der Kürze der Zeit nicht mehr geschafft haben, ihn zu lesen. Aber wir haben eben festgestellt, dass viele Sachen hier schon genannt worden und auch zum Teil gefordert worden sind.

Erstens. Grundschüler*innen, die keinen Platz an ihrer Wunschschule erhalten haben, sind fortan automatisch freifahrtberechtigt. Bei dem Thema Wunschschule stoßen wir nämlich nicht auf die Probleme des Deutschlandtickets, sondern auf ganz, ganz viele eigene Probleme, weil es nicht immer mit der Wunschschule klappt und man dann auch weiter weg von der Schule ist.

Zweitens. Der Geschwisterrabatt wird ab kommendem Schuljahr auch auf die nicht freifahrtberechtigten Familien ausgeweitet.

Drittens. Die Verwaltung - das ist hier gerade auch schon aufgerufen worden - erarbeitet einen Vorschlag, wie die komplexe Vertragsstruktur mit der KVB und dem VRS so verändert werden kann, dass mittelfristig das komplizierte Antragsverfahren auf das einfachere Modell anderer Kommunen umgestellt werden kann. Das Geld, das durch ein vereinfachtes Verfahren eingespart werden wird, kann dann in die Ermäßigung des Deutschlandtickets Schule an die Eltern zurückgegeben werden.

Viertens. In Bezug auf unseren vierten Punkt wurde uns gerade vorgeworfen, wir würden da Sachen vermischen und jetzt noch den Schülerausweis und noch eine Karte und noch eine Karte hineinbringen. Nein, genau darum geht es nicht. Es geht um ein vereinfachtes Verfahren, gerade wenn wir Sachen dann doch wieder umstellen müssen. Und es ist ein Prüfauftrag. Die Verwaltung prüft, ob mit der Umstellung auf das Deutschlandticket Schule das Ein-Karten-Modell eingeführt werden kann. Aktuell ist es nämlich so, dass man nicht nur das Ticket mit sich führen muss, sondern auch einen Schüler*innenausweis - das ist wie damals der rosa Lappen, nur in Blau, mit einem Foto drin -, und dann hat man noch den Bibliotheksausweis usw. usf. Da gibt es sicherlich Verfahren, die das Ganze einfacher gestalten würden - zum Beispiel, dass man in der KiWi-Tasche, die man bei der Geburt des Kindes erhält, direkt so eine Karte bekommt. Das ist nur ein Prüfauftragsvorschlag.

Ich würde über unseren Änderungsantrag gerne punkteweise abstimmen lassen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Herr Seeck sagte es vorhin schon: Das Deutschlandticket ist eine super Sache. Dem können wir uns hier in der vollen Breite anschließen. Es ist eine super Sache.

Es hatte nur von Anfang an ein paar Geburtsfehler, die inzwischen aber geheilt sind. Zunächst

wurde nämlich nicht an Einkommensschwache gedacht, nicht an Schüler und Schülerinnen gedacht und auch nicht an Fahrräder gedacht. Aber das ist nun geheilt worden - in verschiedenen Bundesländern anders.

Liebe CDU, die schwarz-grüne Landesregierung hat nun per Erlass schon im Juni dieses Jahres die Möglichkeit geschaffen, dass wir das Deutschlandticket Schülerinnen und Schülern zugutekommen lassen können.

Das Deutschlandticket ist eine super Sache. Ich möchte Ihnen mal einen Einblick in eine autofreie Familie gewähren - das ist eine True Story -, die aus familiären Gründen öfters in die wunderschöne Stadt Witten an der Ruhr fährt. Die Eltern - als Ratsmitglieder haben wir ja das Deutschlandticket - fahren kostenlos mit dem Nahverkehr dorthin. Die Kinder müssen den ganz normalen Bahntarif zahlen, weil man im Nahverkehr die Kinder nicht kostenlos mitnehmen kann. Mit einem Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler müssten sie das nicht. Das ist ein ganz klarer monetärer Vorteil.

Es wird immer so getan, als würde das den Schülerinnen und Schülern nichts bringen, weil sie nicht ständig in Deutschland umherreisen würden. Natürlich machen Familien Ausflüge, und zwar nicht nur Ausflüge im VRS-Gebiet. Familien fahren auch in Urlaub. Wenn sie zum Beispiel in den Schwarzwald oder an die Nordsee fahren, können die Kinder in dem Fall den dortigen ÖPNV kostenlos nutzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Riesenvorteil. Das Ticket gilt ja deutschlandweit.

(Oliver Seeck [SPD]: Nur im ÖPNV!)

- Im ÖPNV, ja, natürlich. Aber wissen Sie, was das Tolle bei der Bahn ist? Da können Sie Ihre Kinder bis 14 Jahre kostenlos mitnehmen. Wenn Sie dann ankommen, müssen Ihre Kinder noch den ÖPNV vor Ort bezahlen. Aber die Kinder, die das Deutschlandticket haben, werden das später nicht mehr tun müssen.

Das ist dann natürlich auch ein Teil der Verkehrswende. Wie Herr Froh gerade gesagt hat, ist es ein ganz toller Baustein der Verkehrswende, wenn wir das machen. Ich rechne mit einer Zunahme der Zahl der Tickets, weil das ganz klare Vorteile bringt.

Hier muss ich auch noch ganz kurz auf die Verwaltungsvorlage eingehen, Frau Reker. Diese Beschlussvorlage beinhaltet eine Alternative. Beide Möglichkeiten sind von der Verwaltung erarbeitet worden. Natürlich sollte man davon ausgehen, dass beide gleichberechtigt dastehen und der Rat sich in seiner Weisheit eine aussuchen kann. Wenn ich aber die Begründungen durchlese, sehe ich, dass von einem Riesenaufwand gesprochen wird. Es mag sein, dass Sie den haben. Außerdem wird von 3,70 Euro Mehrkosten gesprochen. Das finde ich, ehrlich gesagt, bei den ganzen Vorteilen nicht so dramatisch.

Unter der Überschrift „Auswirkungen der Umstellung auf den Klimaschutz“ wird es dann aber schon kurios. Da schreiben Sie im Hinblick auf die Verkehrswende ganz einfach, ganz lapidar:

> So soll hierdurch die CO_2-Emission pro Jahr deutlich reduziert werden. Da von vergleichbaren Nutzer*innenzahlen wie bislang ausgegangen wird, ergäbe sich hier vermutlich keine Verbesserung.

Im folgenden Absatz bezeichnen Sie die Ausstellung von Plastikkarten als negative Auswirkung. Wir sprechen hier von einer kleinen Plastikkarte. Ich bin auch relativ streng. Aber so streng bin ich dann nicht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Eine kleine Plastikkarte ist also der Grund, warum wir das Deutschlandticket nicht einführen sollen, weil sie negative Auswirkungen auf den Klimaschutz hat. Sie schreiben ja sogar, bei einer Umstellung müsste man sie dann zurückführen. Und was passiert nach Ihrer Aussage? Die Plastikkarten verdoppeln sich nicht nur, sondern potenzieren sich dann sogar. Diesen Effekt kann ich nicht nachvollziehen. Ich habe das in der Schule anders gelernt. Das ist keine Potenzierung, sondern einfach eine Verdopplung. Aber vielleicht habe ich auch nicht richtig aufgepasst.

Ich bin eindeutig dafür, dass wir das Deutschlandticket für Schüler*innen hier einführen. Die Gründe hat auch Frau Ruffen ganz klar genannt. Es wäre ein vollkommen eigenartiges und fatales Signal, wenn wir auf diese Möglichkeit, die die Landesregierung uns jetzt bietet, verzichten

würden. Wenn das Deutschlandticket auf der Kippe steht - und nach dem, was man die ganze Zeit hört, tut es das ja - und wir sagen, dass wir darauf verzichten, weil der Verwaltungsaufwand uns zu groß ist und der Nutzen sich uns nicht so richtig erschließt, dann können wir das Deutschlandticket in der Tat beerdigen. Wenn wir aber sagen: „Wir wollen das Deutschlandticket; liebe Landes- und Bundesregierung, sorgt dafür, dass auch in den kommenden Jahren das Deutschlandticket für Schüler*innen gilt“, dann ist das ein ganz anderer Druck.

Diesen Druck brauchen wir. Daher werbe ich ganz dringend speziell auch bei manchen Mitgliedern der CDU für das Deutschlandticket und dafür, dass Sie die Verkehrswende hiermit weiter voranbringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Joisten zu?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Ja.

Christian Joisten (SPD): Herr Zimmermann, ich habe jetzt ja die Lobeshymne gehört. Ich bin auch für das Deutschlandticket und finde es total super.

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]: Nur nicht für Kinder! - Vereinzelt Beifall)

Sie haben das Loblied gesungen. Deswegen frage ich Sie einfach mal, ob Sie sich vorstellen können, dass es auch andere Menschen in dieser Stadt gibt. Sie haben schön erzählt, wie toll es ist, nach Witten - das finde ich auch eine ganz schöne Stadt - oder auch in Urlaub zu fahren. Können Sie sich vorstellen, dass wir in Porz-Finkenberg, in Chorweiler oder in Meschenich Kinder haben, die noch nicht mal regelmäßig in der Kölner Innenstadt sind? Für sie und ihre Eltern sind 150 Euro mehr im Jahr richtig viel Geld. Kann es möglicherweise sein, dass diese Kinder am Ende des Tages gar nicht mehr mit einem solchen Ticket ausgestattet sind und nicht mal mehr in die Kölner Innenstadt fahren können?

(Beifall bei der SPD)

Ist das auch eine Welt, die Sie sich vorstellen können? Das wollte ich einmal fragen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Wenn ich das beantworten darf - - Ist das Mikrofon an?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Frage war: Ist Ihnen das bekannt?

(Christian Joisten [SPD]: Können Sie sich das vorstellen?)

- Ja, oder: Können Sie sich das vorstellen?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Ich kann mir das vorstellen. Ich kann mir das natürlich vorstellen. Aber wir sprechen jetzt erst mal von 3,70 Euro im Monat, also 40 Euro pro Schüler, und auch nur für diejenigen, die nicht unter die andere Regelung fallen. Und ich muss Ihnen sagen: Wenn mein Sohn oder auch das Kind in Vingst und irgendwo anders sich momentan ein Deutschlandticket kaufen möchte, muss es dafür 49 Euro bezahlen.

(Christian Joisten [SPD]: Das braucht es aber gar nicht!)

- Das braucht es nicht? Warum denn nicht?

(Christian Joisten [SPD]: Weil es derzeit noch nicht mal in die Kölner Innenstadt kommt!)

- Vielleicht wollen Sie nicht, dass es da rauskommt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir brechen das an dieser Stelle bitte ab. Die Redezeit ist beendet.

Wir haben jetzt ein kompliziertes Abstimmungsverfahren vor uns, das ich folgendermaßen durchführen möchte:

Zunächst lasse ich über den Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen. Sie wollten, dass punkteweise abgestimmt wird. Allerdings liegt für die Punkte 1 und 2 kein Deckungsvorschlag vor.

Das müsste ich beanstanden. Also kann ich nur über die Punkte 3 und 4 abstimmen lassen.

Dann komme ich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Hier gilt der Deckungsvorschlag nur für 2023 und nicht für 2024. Deswegen müssten Sie sich überlegen, ob Ihnen noch schnell ein Deckungsvorschlag einfällt. Ich lasse aber in einer Minute abstimmen.

Anschließend lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar in zwei Teilen: einmal die erste Alternative und einmal die zweite Alternative. - So lasse ich jetzt abstimmen.

Als Erstes kommen wir zur Abstimmung über Punkt 3 des Änderungsantrags von KLIMA FREUNDE & GUT. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Über den Punkt 3 Ihres Antrags lasse ich jetzt abstimmen. Denn das kostet kein Geld, sondern ist ein Verwaltungsaufwand. Damit kostet es zwar auch Geld; Sie brauchen aber keinen Deckungsvorschlag. - Wer stimmt dem Punkt 3 zu? - Die Antragsteller und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Abgelehnt.

Wer wünscht dem Punkt 4 zuzustimmen? - Die Antragsteller und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Die FRAKTION und DIE LINKE. Abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen, müsste dann aber - - Für 2024 ist keine Deckung vorhanden. Was wollen Sie damit machen? Für 2024 gibt es keine Deckung. Sie haben die Deckung nur für 2023. - Ja, was jetzt? Soll es nur für 2023 gelten? Oder was wollen Sie damit tun? Es ist kein Deckungsvorschlag da. Sie haben einen Antrag ohne Deckungsvorschlag gestellt. Das gibt es hier nicht mehr -

(Vereinzelt Beifall)

egal, wie gut das gemeint ist. Es ist kein Deckungsvorschlag da.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die Gewerbesteuer!)

- Ja, aber diesen Deckungsvorschlag können Sie nur für 2023 machen. Von 2024 wissen wir noch nicht, was wir für Gewerbesteuer haben. Das ist also eine Vision. Mit einer Vision können Sie nichts decken. - Soll das nur für 2023 gelten? Das geht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Für 2023!)

- Für 2023. Gut. - Dann lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN mit dem Zeithorizont 2023 abstimmen. Wer wünscht dem zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar zunächst über den Beschlussvorschlag und dann über die Alternative.

Ich frage nach Gegenstimmen gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung. - Dagegen sind Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion, die LINKEN, Volt, Die FRAKTION, Herr Zimmermann, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und die FDP. Ich brauche es nicht auszählen. Das ist nicht beschlossen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das nicht beschlossen, wenn ich jetzt richtig rechne. Ja.

Also lasse ich über die Alternative abstimmen. Wer ist für die Alternative? - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion, Volt, Die FRAKTION, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch 59 Minuten. Sonst können wir den Rest nicht mehr am heutigen Tage beschließen.

I. Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT (Abstimmung nur über die Beschlusspunkte 3 und 4. Über die Beschlusspunkte 1 und 2 kann mangels Deckungsvorschlag nicht abgestimmt werden.):

Beschluss:

Sowohl bei dem Text der Beschlussvorlage wie auch der Beschlussalternative werden folgende Punkte ergänzt:

1. *Die Verwaltung erarbeitet einen Vorschlag, wie die komplexe Vertragsstruktur mit der KVB und dem VRS so verändert werden kann, dass mittelfristig das komplizierte Antragsverfahren auf das einfachere Modell anderer Kommunen umgestellt werden kann. Das Geld, was durch ein vereinfachteres Verfahren eingespart wird, kann dann in die Ermäßigung des Deutschlandtickets Schule an die Eltern zurückgegeben werden.*

2. *Die Verwaltung prüft, ob mit der Umstellung auf das Deutschlandticket Schule das Ein-Karten-Modell eingeführt werden kann (Schülerausweis, Fahrausweis und Bibliotheksausweis).*

Abstimmungsergebnis zu Beschlusspunkt 3:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu Beschlusspunkt 4:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke (Für den Zeitraum 2023, da für den Zeitraum 2024 kein Deckungsvorschlag vorliegt):

Beschluss:

1. *Bei der Beschlussalternative wird am Ende des ersten Satzes*

   („Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einführung des Deutschlandtickets Schule für alle Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen der Stadt Köln im Schuljahr 2023/2024 für den Zeitraum vom spätestens 01.02. – 31.07.2024“)

   ergänzt:

   … zum Preis des Schülertickets Köln von 25,30 Euro für 2023.

2. *Nach dem Text der Beschlussalternative wird folgender Passus ergänzt:*

   Das Deutschlandticket Schule im Primarbereich (bisher: für nicht Freifahrberechtigte im Fakultativmodell) wird künftig zum gleichen Preis angeboten wie das Deutschlandticket Schule für den Sekundarbereich.

   Ziel sollte sein, diese Preissenkung auf Euro 25,30 zum frühestmöglichen Zeitpunkt ab 1.12.2023 zu realisieren. Sollte mit dieser kurzfristigen Preisänderung ein unverhältnismäßig hoher Aufwand verbunden sein, sollte diese im Zeitraum bis spätestens zum Schuljahresbeginn 2024/2025 erfolgen. Die Verwaltung wird in letzterem Fall den Ausschuss über die Hindernisse informieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION, der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

III. Abstimmung über die Vorlage

1. Abstimmung über den Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Beibehaltung des aktuellen Schülertickets im Subventionsmodell an weiterführenden Schulen.

Sofern das Land NRW die Finanzierung des Deutschlandtickets Schule verstetigt, legt die Verwaltung den politischen Gremien die Optionen nochmals zur Entscheidung vor.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION, den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

2. Abstimmung über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Alternative:

Beschluss:

*Der Rat der Stadt Köln beschließt die Einführung des Deutschlandtickets Schule für alle Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen der Stadt Köln im Schuljahr 2023/2024 für den Zeitraum vom spätestens 01.02. – 31.07.2024. Die Finanzierung der im Zusammenhang mit der Umstellung für die freifahrtberechtigten Schüler*innen der Sekundarstufe entstehenden überplanmäßigen Bedarfe erfolgt im Haushaltsjahr 2024 zum Teil aus Einsparungen für das Schülerticket im Primarbereich in Höhe von rund 180.335 € sowie in Höhe von 134.017 € aus Aufwandsermächtigungen der Produktgruppe 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die dort für Luftfiltergeräte zur Verfügung standen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION, den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Wirtschaftsplan 2024
2664/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2024 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu:

„Aktivitäten der StEB, die Mehraufwendungen im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2024
3148/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stellt den Wirtschaftsplan der Familie-Ernst-Wendt-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2024

im Erfolgsplan

mit Erträgen von 169.800 Euro

sowie Aufwendungen von 51.500 Euro

und einem Jahresüberschuss von 118.300 Euro

fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Sachstand Cash Pool und Einbindung des Treuhandkontos des Treuhandvermögens der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen in den Cash Pool
3017/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zum Cash Pool zur Kenntnis und stimmt vorbehaltlich der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde der Einbindung des von der SWK verwalteten Treuhandvermögens der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen in den Cash Pool der Stadt Köln zu.*
2. *Der Rat ermächtigt die Verwaltung, das entsprechende Treuhandkonto an den Cash Pool anzubinden und dieses bis zu einem Negativsaldo in Höhe von 35 Millionen Euro in Anspruch zu nehmen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln
3135/2023

Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1878/2023

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1889/2023

Wortmeldungen? - Ich sehe Herrn Dr. Krupp und Herrn Zimmermann. Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zu später Stunde darf ich aber doch um Aufmerksamkeit bitten. Hier geht es nämlich um viel Geld für die Stadt Köln. Vor uns liegt eine Vorlage, die sagt: Lasst uns den NRW-Tag 2024 in Köln durchführen. - Wer schon länger hier im Rat ist, weiß, dass wir 2019 auch eine ähnliche Vorlage hatten.

Köln ist eine gastfreundliche Stadt. Deswegen ist natürlich auch ein NRW-Tag grundsätzlich in Köln willkommen. Aber so, wie das hier konzipiert ist, insbesondere in finanzieller Hinsicht, werden wir das sicher nicht mittragen.

Das Land NRW hat ganz offensichtlich Probleme, jemanden zu finden, der den NRW-Tag ausrichtet. Das war schon bei der Vorlage im Jahr 2019 so. Damals hieß es: Es hat sich keiner beworben; wir sind mit Anregung, den NRW-Tag in Köln zu machen, an die Stadt Köln herangetreten. - Das ist jetzt auch wieder so. Es liegt ein Brief des Ministerpräsidenten an die Oberbürgermeisterin vor, in dem er anregt, das doch 2024 in Köln nachzuholen, weil es keine anderen Bewerber gibt.

Meine Damen und Herren, die Kosten dieses NRW-Tages können wir aber so nicht mittragen. 2019 standen in der Vorlage für den NRW-Tag Kosten für die Stadt Köln von 824 000 Euro bei 1 354 000 Euro Gesamtkosten. Zuschuss und Beteiligung des Landes beliefen sich damals auf 500 000 Euro - bei 1,3 Millionen Euro Gesamtkosten. Jetzt werden die Gesamtkosten - und das ist sicherlich nicht falsch, weil die Inflation zugeschlagen hat - mit 1,72 Millionen Euro kalkuliert. Man könnte ja meinen, dass das Land dann doch sicherlich einen höheren Zuschuss als 500 000 Euro geben wird. Das tut es aber nicht. Zuschuss und Beteiligung des Landes belaufen sich wieder auf 500 000 Euro.

Jetzt fragt man sich: Wie kann das sein? Damals 1,3 Millionen Euro, heute 1,7 Millionen Euro und beide Male 500 000 Euro Landeszuschuss; Eigenanteil der Stadt damals über 800 000 Euro und heute 660 000 Euro. Wie kann das sein? Gibt es eine wundersame Brotvermehrung? Woher kommt das Geld sonst, wenn der Landeszuschuss gleichbleibt?

Dann schaut man sich die Vorlagen und die Kalkulationen von 2019 und von heute an und stellt fest: 2019 wurden in der Vorlage für Gastro und Food Einnahmen von 30 000 Euro angesetzt. Heute werden für Gastro und Food Einnahmen von 100 000 Euro angesetzt. Zu Einnahmen über Sponsoring wurde in der Vorlage 2019

ausgeführt, das könne man nicht abschätzen und wisse man nicht. Heute werden mal eben locker 300 000 Euro dafür angesetzt.

So kommen wir auf eine Rechnung, die ganz offensichtlich von Variablen ausgeht, die man 2019 nicht abschätzen konnte, nicht abschätzen zu können meinte oder jedenfalls wesentlich niedriger angesetzt hat und die jetzt teilweise um ein Vielfaches hochgezogen werden.

Da sagen wir - es tut mir leid -: Das ist schöngerechnet und kann so nicht hinkommen. Entweder war 2019 ein dicker Fehler drin, oder es ist jetzt ein dicker Fehler drin.

Das RPA hat dann in seiner Stellungnahme auch ausgeführt: Wir nehmen diese Rechnung nur zur Kenntnis. Wegen der „zu erwartenden Dynamik“ - so steht es wörtlich darin - weiß man ohnehin noch nicht, was es am Ende kostet.

Da müssen wir sagen: Das können wir so nicht mittragen.

Und das Beste kommt wie immer zum Schluss. Woraus sollen die 660 000 Euro finanziert werden? Sie sollen aus einer Teilplanzeile im Haushalt finanziert werden, die für die Instandsetzung und die Bauarbeiten in Bürgerhäusern vorgesehen ist, weil man sagt: Wir wissen jetzt schon, dass wir dieses Geld nicht brauchen werden, weil die Bauwirtschaft 2024 gar nicht in der Lage sein wird, diese Unterhaltungsmaßnahmen an den Bürgerhäusern durchzuführen.

Jeder, der Zeitung liest, weiß aber, dass die Bauwirtschaft gerade einbricht. Vor diesem Hintergrund besteht natürlich durchaus die Chance, dass 2024 auch die Maßnahmen in den Bürgerhäusern durchgeführt werden können.

Ich muss Ihnen sagen: Nachdem wir in diesem Jahr schon die Vorlagen zu Lino Club und MüZe Mülheim hatten, wo dringende Baumaßnahmen nicht durchgeführt werden können, weil das Geld nicht da ist, geht es überhaupt nicht, jetzt aus diesem Budget die entsprechende Summe zu nehmen, um Herrn Wüst hier den NRW-Tag auszurichten; tut mir leid.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Kosten von 1,3 auf 1,7 Millionen Euro in den Vorlagen erhöht; Landesanteil beide Male nur 500 000 Euro; Anteil der Stadt jetzt angeblich nur 660 000 Euro, für meine Begriffe schöngerechnet.

Deswegen sage ich: In Köln gilt nach wie vor: Wer die Musik bestellt, der bestimmt, was sie spielt. - Aber der bezahlt sie bitte auch. Wenn das der Fall ist, sind wir gerne beim NRW-Tag dabei. Da das hier offensichtlich nicht der Fall ist, wird die SPD die Vorlage ablehnen - bzw. wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der genau das vorsieht. Das Land soll komplett finanzieren. Da sind Sie herzlich eingeladen. Wenn unser Änderungsantrag nicht angenommen wird, müssen wir die Vorlage ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD, wenn Hannelore Kraft noch MP wäre, würdet ihr hier allem zustimmen. Ihr hättet keine Krämerseele und wolltet noch eine Bergmannskapelle dabeihaben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir sind gute Gastgeber*innen für diesen NRW-Tag. Auch Köln hat etwas davon. Dann in die Tiefen der Finanzierung einzusteigen und daraus etwas abzuleiten, ist ein bisschen pofelig. Das ist einfach Quatsch.

(Zuruf von der SPD: Hannelore hätte Geld mitgebracht!)

Wichtig ist eines. Wir haben es ja auch schon 2019 in einer denkwürdigen Ratssitzung mit geheimer Abstimmung gemacht. Da war eine ganz große Welt zum NRW-Tag. Wir haben dann aber einen weisen Beschluss dazu gefasst, der vom lieben Thor zur Sicherheit noch mal für den neuen NRW-Tag eingebracht wurde. Mit seinem Punkt 1 beantragt er nämlich, dass wir das, was wir damals schon zu Nachhaltigkeit, Vielfalt, Mobilität und, und, und beschlossen haben, noch mal neu beschließen. Da gehen wir gerne mit.

Auch seinen Punkt 2 haben wir damals beschlossen. Da geht es darum, dass wir noch mal die Botschaft an die NRW-Landesebene senden, an diesem Tag NRW-weit einen fahrscheinlosen Tag zu

machen, um eine Zuführung nach Köln zu haben. Das können wir auch noch mal machen, weil es dann von NRW finanziert wird. Bei diesem Punkt werden wir also auch mitgehen.

Bei deinem Punkt 3 können wir aber nicht mitgehen. Warum nicht? Es gibt keine alternativen Orte in der Innenstadt, sondern nur im Rheinauhafen. Du hast auf damals verwiesen. Das macht jetzt, ein halbes Jahrzehnt später, keinen Sinn mehr. Insofern machen wir das nicht.

Zu den wichtigen Punkten: Gerrit Krupp hat etwas zur Finanzierung gesagt. Im Finanzausschuss - du bist Vorsitzender - hatten wir das Thema aufgerufen. Dort wurde uns von Herrn Dr. Rau akkurat vorgestellt, wie die einzelnen Finanzierungspunkte sind und wie das alles zusammenhängt. Es war für alle Beteiligten klar. Keiner will den Bürgerzentren etwas wegnehmen. Aber durch die klare Darstellung wurde es nachvollziehbar, sodass dann auch alle im Finanzausschuss gesagt haben: Ja, okay; Check, Haken dran.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, das haben nicht alle gesagt! Wir haben es ohne Votum weitergeschoben!)

- Ja, gesagt; aber ist gut. - Insofern werden wir dem NRW-Tag zustimmen und den beiden ersten Punkten des Zusatzantrags von Thor auch zustimmen. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste steht als Nächster Herr Froh. - Herr Petelkau. Sie sind nicht gemeldet. Irgendwo ist der Wurm drin.

Bernd Petelkau (CDU): Dann scheint der Meldezettel verloren gegangen zu sein. Das bitte ich zu entschuldigen. Es soll nicht wieder vorkommen. - Ich möchte eine Sache noch ein bisschen zurechtrücken, weil der Kollege nur auf die Kosten abgestellt hat.

So ein NRW-Tag ist eine gute Möglichkeit, die Beziehungen zwischen der Kommune und dem Land bzw. der Landesregierung zu verbessern. Denn eines ist auch klar - das möchte ich als Erstes noch einmal herausarbeiten -: Wir haben in diesem Land immer eine Sonderrolle, und zwar durch unsere schiere Größe. Es gibt keine andere Stadt, die so viele Einwohnerinnen und Einwohner hat. Daher sind wir dort auch regelmäßig mit Sonderthemen vorstellig. Wir haben viele Themen im Kulturbereich, bei denen wir regelmäßig die Hilfe des Landes benötigen. Momentan debattiert unsere Verwaltung mit der Landesregierung über das Thema Kliniken, um hier eine gute Lösung zu finden. Wir sind die größte Universitätsstadt. Auch das ist eine klare Landesaufgabe. Auch bei vielen anderen Themen - hier nenne ich unter anderem das Polizeipräsidium Köln; da sind wir das größte in NRW - brauchen wir Unterstützung.

Daher ist es immer gut, wenn sich Köln im Land entsprechend positionieren kann und damit gute Punkte hat.

Auch das Thema Reputation ist wichtig; denn wir sollten nicht alles nur Düsseldorf überlassen, sondern auch selber mal schauen, dass wir da einen Ankerpunkt setzen können.

Zu dem Änderungsantrag von Herr Zimmermann kann ich nur das sagen, was mein Vorredner auch gesagt hat. Gerade den ersten Teil, den wir hier im Rat in der alten Wahlperiode beschlossen haben, möchten wir natürlich noch einmal mitnehmen. Durch das Deutschlandticket hat sich die Situation im Verkehrsbereich geändert. Weil wir jetzt auch eine andere Konzeption haben, die nicht mehr über die ganze Stadt verstreut ist, sondern punktuell an einer Stelle gebündelt ist, ist das eine gute Möglichkeit, das Thema Nachhaltigkeit mitzunehmen, aber im Verkehr leichte Modifikationen vorzunehmen.

Nun noch einmal generell zur Kostendebatte: Ich finde es gut, dass die Verwaltung die Anregungen aufgenommen hat, die wir damals mitgegeben haben, mal etwas kreativer zu sein und zu überlegen, wo man auch Einnahmen generieren kann. Insofern sieht das heute anders aus als damals, weil wir uns da weiterentwickelt haben.

Zu dem Vortrag von Herrn Dr. Rau im Finanzausschuss gibt es, glaube ich, auch nichts mehr zu ergänzen. Hier darf es keine Einschränkungen geben. Das wollen wir alle nicht. Aber wenn das Geld nicht ausgegeben werden kann, dann können wir es sehr gut hierfür verwenden. Die Finanzierung in den Folgejahren wird sicherlich hergestellt. Damit sollten wir eine Win-win-Situation haben.

Deshalb bitte ich um Zustimmung in der gerade besprochenen Form. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Froh.

Manuel Uwe Froh (Volt): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Es ist das letzte Mal; versprochen. - Noch mal zur Klarstellung: Herr Richter und Herr Petelkau, Sie haben es ja gerade gesagt. Wir würden auch den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrags von Herrn Zimmermann zustimmen - aber mit der mündlichen Änderung, dass wir „Kölns“ durch „NRW“ ersetzen, also dass sich die Verwaltung für einen fahrscheinlosen Tag in NRW und nicht nur in Köln einsetzt. Wenn das dann nichts wird, machen wir Köln daraus. Das ist trotzdem eine gute Sache, glaube ich.

Auch insgesamt halten wir das für eine gute Sache. Wir stimmen dem zu.

Allerdings muss ich ein bisschen Kritik an der Finanzierung äußern. Uns ist jetzt im Laufe des Tages nachvollziehbar erklärt worden, warum dieser Topf gewählt wird. Auf der anderen Seite - da hat die SPD auf jeden Fall recht - sieht es natürlich nicht gut aus, wenn man aus einem Topf Geld nimmt, das für Bürgerzentren vorgesehen ist, und es gleichzeitig die Mitteilung gibt, dass das Bürgerzentrum in Mülheim teurer wird und wir kein Geld dafür haben. Das ist schwer nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kritik müssen Sie sich hier auch gefallen lassen, glaube ich. Denn es ist ja im Rat auch nicht unüblich, dass Gelder ins nächste Haushaltsjahr geschoben werden, und es gibt auch Gelder - ich bin erst seit zwei Jahren dabei -, die zwei oder drei Jahre geschoben werden. Da wären also sicherlich Lösungen gefunden worden. Das ist schwer nachvollziehbar.

Wir werden trotzdem zustimmen. Denn es gibt immer noch eine Möglichkeit, das Bürgerzentrum zu retten. Die Kulturförderabgabe ab 2023 steht ja noch im Raum. Dazu ist noch keine Entscheidung gefallen. Wenn sie denn entsprechend kommen sollte, werden ja ein paar Gelder eingespielt werden können. Eventuell könnte man auch darüber hinaus Gelder akquirieren, um das Kulturzentrum in Mülheim zu retten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Feuser.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Ich ziehe zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen! Auch ich freue mich auf den NRW-Tag nächstes Jahr in Köln. Das möchte ich auch gleich begründen. Ich gebe aber zu: Als 2019 dieser Tag hier aufgeschlagen ist, war ich zunächst nicht begeistert.

Die Kritik, die daran geäußert wurde, stimmt ja auch. Es ist nicht so, dass sich alle Kommunen um diesen Tag reißen. Denn er kostet Geld, und natürlich kann ein solches Großevent eine Kommune auch belasten. Daher bewerben sich nicht viele Kommunen. Deswegen haben wir damals auch mit der Bezirksvertretung Innenstadt darum gerungen, dass wir da etwas Verträgliches hinbekommen.

Wir haben es damals aber auch geschafft - und darauf bin ich ein bisschen stolz oder ein bisschen froh darüber -, dass wir gesagt haben: Okay, wenn Herr Laschet diesen Tag haben möchte - damals war es noch Herr Laschet -, dann möchten wir ihn aber auch richtig haben. Wir wollen ihn wirklich nachhaltig haben, wir wollen ihn mit kostenlosem ÖPNV haben etc. - Wir haben ein ganzes Bündel an Wünschen geschnürt und haben dafür eine Mehrheit bekommen - in einer geheimen Abstimmung. Das war auch ganz spannend. Aber es ist alles gut ausgegangen.

Dann fiel der Tag pandemiebedingt leider aus. Jetzt ist er wieder da. Und jetzt finde ich ihn, ehrlich gesagt, Frau Reker, noch besser als vorher, weil wir ihn nun mit dem Ehrenamtstag und mit einem Fest der Demokratie verbinden. Das finde ich

eine super Sache. Wir feiern die Landesverfassung, wir feiern die Demokratie, und wir feiern das Ehrenamt. Ich verstehe nicht, warum man diesen Tag in Köln nicht mit Stolz und Freude feiern sollte. Das ist eine runde Sache.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Verwaltung hat in ihrer ersten Beschlussvorlage leider schlicht und einfach vergessen, den kompletten Nachhaltigkeitskomplex darzustellen. Das wurde später in einer Ergänzung nachgereicht. Nur fürs Protokoll: Als ich meinen Antrag gestellt habe, gab es diese Ergänzung noch nicht, und mir waren mündliche Aussagen der Verwaltung nicht bekannt. Daher hatte ich diesen Antrag gestellt.

Was ich aber auch in der Ergänzung nicht finde - deswegen ist der Punkt 2 immer noch aktuell -, sind Aussagen zum ÖPNV. In der Vorlage wird darauf verwiesen, dass alles nur an einem Ort in Köln stattfindet und es deswegen keinen kostenlosen ÖPNV braucht. Das ist zwar vielleicht für die Leute, die in der näheren Umgebung des Rheinauhafens leben, ganz schön, aber für alle anderen nicht. Und wir dürfen nicht vergessen: Dieser Tag - auch das finden Sie in der Beschlussvorlage - zog in den vergangenen Jahren zwischen 200 000 und 800 000 Besucher*innen an. Sie kommen eben nicht nur aus Kölle, sondern aus ganz NRW. In früheren Jahren hat die Landesregierung sich auch nicht lumpen lassen und eine kostenlose Anreise ermöglicht. Da gab es einen fahrscheinlosen Tag oder Ähnliches; ich weiß nicht genau, wie es damals hieß. Aber das gab es in der Vergangenheit alles.

Daher möchten wir mit dem Punkt 2 die Verwaltung bitten, mit Düsseldorf noch mal neu darüber zu sprechen, dass die Anfahrt an diesem Tag kostenlos möglich sein muss. Das gilt natürlich auch, wenn man in Köln selbst ist. Man muss ja zum Rheinauhafen kommen. Man muss auch aus Vingst, aus Weidenpesch und von überall sonst zum Rheinauhafen kommen. Deswegen wäre es gut, wenn die Verwaltung darüber noch einmal nachdenken würde.

Zum Antrag der SPD: Ich kann verstehen, dass man die Finanzierung kritisch sieht. Ich sehe das auch kritisch. Herr Froh hat es ja gerade auch noch mal gesagt. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, den Leuten, die hier für diesen Tag stimmen, wäre egal, was mit den Bürgerhäusern passiert. Wir vertrauen da auf die Verwaltung, dass es den Bürgerzentren nicht schadet und dass wir, wenn dann doch etwas machbar ist, die Gelder für die Bürgerzentren von woanders holen. Sie sollen keinesfalls unter diesem Tag leiden, sondern sie sollen ja mitfeiern.

Ich bitte um Zustimmung zu meinem Änderungsantrag. Der Punkt 3 meines Antrags hat sich natürlich überholt; das ist vollkommen klar. Mit dem neuen Konzept ist er so nicht mehr notwendig. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, ich stehe ja vor einer komplizierten Abstimmung. Würden Sie denn den Vorschlag übernehmen, „Kölns“ durch „NRW“ zu ersetzen?

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]: Ich habe meinen Antrag nicht mit zum Redepult genommen! Ich dachte, ich hätte NRW in meinem Antrag erwähnt!)

- Nein, Sie haben „Kölns“ geschrieben.

(Zurufe)

- Ich versuche jetzt nur, irgendwie eine Abstimmung möglich zu machen.

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]: Ich übernehme!)

- Dann habe ich eine Abstimmung gespart. - Herr Joisten hat noch eine Frage.

Christian Joisten (SPD): Ich bin ja sehr interessiert. Jetzt nehme ich nur auf die Vorredner Bezug. Es ist schon ganz spannend, wo überall immer das Geld herkommen soll. Ich sitze ständig nur in Runden, in denen gesagt wird: Irgendwo muss noch Geld herkommen. - Aber okay.

Ganz konkrete Frage: Im Punkt 2 des Änderungsantrags von GUT steht dieser fahrscheinlose Tag. Das ist doch mit Kosten verbunden. Irgendjemand muss ja am Ende die Ausfallkosten, die entstehen, wenn kein Ticket gezogen werden muss, bezahlen. Hier wird aber kein Deckungsvorschlag gemacht. Eben hatten wir einen Änderungsantrag der LINKEN, über den nicht abgestimmt werden konnte, weil es keinen Deckungsvorschlag gab.

Was ist denn hier der Deckungsvorschlag? - Danke.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das steht da aber nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn da steht, dass jemand gebeten wird, dann gehe ich davon aus, dass diese Person das übernimmt!)

- Okay. Dann brauchen wir da also keinen Deckungsvorschlag? Wir Kölner zahlen da also nichts? Da sind wir uns einig?

(Ulrich Breite [FDP]: Bitten kostet noch nichts, auch bei der SPD nicht!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD und dann über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen. Über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann lasse ich punkteweise abstimmen, allerdings nur über Punkt 1 und Punkt 2, weil er auf Punkt 3 verzichtet hat, und bei Punkt 2 wird das Wort „Kölns“ durch „NRW“ ersetzt, womit wir Herrn Froh entsprechen.

Wer wünscht dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich den Änderungsantrag von GUT abstimmen, und zwar zunächst über den ersten Punkt. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP, Die FRAKTION und Volt. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den zweiten Punkt mit „NRW“ abstimmen. Auch da frage ich nach Zustimmung. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP, Die FRAKTION und Volt. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage in der so geänderten Fassung ab. Gegenstimmen? - Dagegen sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Ach so - das habe ich nicht gesagt; das ist jetzt aber nicht dramatisch -: Das Ganze können wir nur vorbehaltlich machen, weil die Vorlage in der Bezirksvertretung Innenstadt zurückgestellt wurde. Das heißt: Es ist nur ein Vorratsbeschluss. Er ist nicht abschließend. Wir erwarten alsbald entweder die Zustimmung der BV Innenstadt zur Vorlage. Ansonsten werden wir die Vorlage im Rat noch mal wiedersehen, wenn wir diese Zustimmung der BV Innenstadt nicht bekommen. Wir haben also vorbehaltlich abgestimmt und wissen jetzt, wo vielleicht auch noch nachzubessern wäre. - Gut. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Innenstadt

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Rat stimmt der Durchführung und dem vorgestellten Veranstaltungskonzept zur Nachholung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen Kölner NRW-Tages vom 16. bis zum 18.08.2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung am 17.08.2024 in Köln zu, sofern das Land NRW die Gesamtkosten trägt.

Sollte das Land NRW die Kostenübernahme verweigern oder nur zu einer Teilkostenübernahme bereit sein, verzichtet die Stadt Köln auf die Durchführung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, AfD und Die FRAKTION abgelehnt.

II. Punktweise Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag von RM Zimmermann (Beschlusspunkte 1-2, Beschlusspunkt 3 hat sich erledigt)

Beschluss:

Nach Absatz 1 des Beschlusstextes der Vorlage 3135/2023 werden folgende Absätze eingefügt:

1. *Die Organisation des NRW-Tages erfolgt nach den UN-Zielen für Nachhaltigkeit, zu denen sich der Rat bereits 2017 bekannt hat. Die Veranstaltung wird somit ein „Zero-Waste"-Konzept verfolgen und klimaneutral ausgerichtet. Sowohl das gastronomische Angebot als auch weitere Beschaffungen, die für den NRW-Tag benötigt werden, orientieren sich an den Kriterien des Fair-Trades und dem Gebot der CO2- und Müllvermeidung. Bevorzugt sind Waren und Dienstleistungen aus dem regionalen Umfeld, beziehungsweise aus dem regionalen Umfeld NRWs zu beziehen.*

2. *Die Verwaltung wird gebeten sich bei den Verkehrsverbünden und dem Land NRW für einen „fahrscheinlosen Tag" innerhalb NRWs, und einer günstigen Anreise mit dem SPNV nach Köln einzusetzen.*

Abstimmungsergebnisse:

1. Abstimmungsergebnis zu Beschlusspunkt 1:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION sowie den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

2. Abstimmungsergebnis zu Beschlusspunkt 2 (mit der Änderung „NRW" statt „Köln")

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION sowie den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE und von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

III. Abstimmung über die Vorlage in der so geänderten Fassung

Beschluss:

Der Rat stimmt der Durchführung und dem vorgestellten Veranstaltungskonzept zur Nachholung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen Kölner NRW-Tages vom 16. bis zum 18.08.2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung am 17.08.2024 in Köln zu.

Er erkennt den Bedarf in Höhe von 1.720.000 € an und beschließt gleichzeitig überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 660.000 € im Teilergebnisplan des Amtes der Oberbürgermeisterin in der Produktgruppe 0101, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsjahr 2024. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2024.

Die Organisation des NRW-Tages erfolgt nach den UN-Zielen für Nachhaltigkeit, zu denen sich der Rat bereits 2017 bekannt hat. Die Veranstaltung wird somit ein „Zero-Waste"-Konzept verfolgen und klimaneutral ausgerichtet. Sowohl das gastronomische Angebot als auch weitere Beschaffungen, die für den NRW-Tag benötigt werden, orientieren sich an den Kriterien des Fair-Trades und dem Gebot der CO2- und Müllvermeidung. Bevorzugt sind Waren und Dienstleistungen aus dem regionalen Umfeld, beziehungsweise aus dem regionalen Umfeld NRWs zu beziehen.

Die Verwaltung wird gebeten sich bei den Verkehrsverbünden und dem Land NRW für einen „fahrscheinlosen Tag" innerhalb NRWs, und einer günstigen Anreise mit dem SPNV nach Köln einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und AfD zugestimmt.

Anmerkung:

RM Zimmermann erklärt Ziffer 3 seines Änderungsantrags für erledigt. Den mündlichen Änderungsantrag von RM Froh macht sich RM Zimmermann zu eigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Sanierung des Funkturms Colonius 2303/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU AN/1902/2023

Auch über diese Vorlage können wir nur unter Vorbehalt abstimmen, weil wir sowohl die Bezirksvertretung Innenstadt als auch die Bezirksvertretung Ehrenfeld noch einbinden wollen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Frau Schneeloch.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass es spät ist und wir alle nach Hause wollen. Das Thema ist mir aber wichtig. Ich versuche, es sehr kurz zu machen.

Jetzt wundern sich alle: Warum redet denn Frau Schneeloch zum Colonius? Weil es ums Geld geht. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, den ich hier gerne machen möchte. Wir geben mit dieser Vorlage nämlich heute noch keine Gelder frei und treffen auch noch keine Vorfestlegung dazu, was mit dem Colonius in Zukunft geschehen soll, sondern wir beauftragen die Finanzierungsprüfung und die Prüfung eines Betreiberkonzepts. Das ist ganz wichtig; denn der Colonius gehört ja nicht der Stadt Köln. Uns gehört nur das Grundstück, welches wir im Erbbaurecht an die Deutsche Funkturm GmbH, eine Tochter der Telekom, vergeben haben.

Der Kollege Zimmermann hat uns mit seinem erfolgreichen Bestreben, den Colonius unter Denkmalschutz zu stellen, aber auch ein bisschen etwas eingebrockt, muss man sagen; denn er ist jetzt förderfähig durch Land und Bund. Er wurde übrigens im Jahr meiner Geburt eingeweiht. Ich wäre mit 42 Jahren auch gerne schon ein Denkmal, das förderfähig durch Land und Bund ist. Aber das passiert in diesem Leben nicht mehr.

Aber was machen wir jetzt mit dem Colonius? Warum möchte ich, dass Sie heute Abend noch mal sagen - - Bauwerke wie der Colonius machen die Kölnerinnen ja immer gern ein bisschen sentimental, vor allem jene, die sich noch an das Restaurant und vielleicht auch noch an den Technoclub, also an die aktive Nutzung des Colonius, erinnern.

Aber angesichts der finanziellen Herausforderungen in unserer Stadt für die Verkehrswende, für den sozialen Zusammenhalt, für Klima, Umweltschutz und unzählige andere sanierungsbedürftige Gebäude bei explodierenden Baukosten kann man sich natürlich fragen, ob wir uns potenziell ein weiteres Gebäude ans Bein binden wollen, das uns noch nicht einmal gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher sollte man erst mal schauen und prüfen, bevor wir hier zukünftig gegebenenfalls wieder ein bisschen gefühlsduselig etwas fürs kölsche Hätz entscheiden. Wichtig ist, dass wir erst mal Zahlen, Daten und Fakten brauchen: Was kostet der Spaß? Welche Förderungen gibt es? Was macht die Bereinigungssitzung der Haushälterinnen im Bundestag? Was sagt überhaupt die Deutsche Funkturm als Inhaberin? Was steht am Ende auf der Rechnung? Sind es diese 60 Millionen Euro, die avisiert sind, und damit 15 Millionen Euro für die Stadt? Bleibt es dabei? Und sollen wir uns entsprechend beteiligen? Oder können wir die Kosten deckeln? Die aktuellen Erfahrungen im Bau sagen uns: Nein, Deckelung von Kosten geht so gut wie gar nicht.

Deswegen müssen wir erst mal beurteilen, wie die Nutzung denn aussehen soll. Und wenn sich die Stadt Köln finanziell ohne Gegenleistung an diesem Turm beteiligt, dann muss er allen Kölnerinnen zur Verfügung stehen, barrierefrei und ohne Konsumzwang, Eintritt dann auch gerne für Gäste und Touristinnen.

Wenn ich jetzt mal von der wirtschaftsliberalen Seite schauen würde, dann bräuchte es aber ein tragfähiges Konzept, bei dem die Stadt Köln - - Bei einer finanziellen Beteiligung an der Sanierung, die wir ja heute mit diesem Beschluss in Aussicht stellen, muss die Stadt Köln in return auch Geld sehen. Das kann vielfältig aussehen. Ich möchte das jetzt nicht komplett

vorwegnehmen. Aber ob wir dann TikTok-Tänzern oder Instagram-Influencerinnen Geld dafür abnehmen, dass sie da oben zum Beispiel Videos drehen und Fotos machen oder sich mit einer Zipline in den Grüngürtel abseilen können, ist mir fast ein bisschen egal.

Beteiligen wir uns aber zum Beispiel mit der Köln-Tourismus am Betrieb dieses Turms oder vielleicht sogar mit der Koelncongress? Da ist viel möglich. Es geht eben um eine sehr beliebte Landmarke, die in jeder Skyline mit der Darstellung der Stadt Köln verarbeitet wird. Über identitätsstiftende Landmarken haben wir ja heute schon genug gesprochen.

Im aktuellen Umfeld finde ich die Inbetriebnahme mit Beteiligung der Stadt Köln allerdings noch ein nice to have und kein Muss. Deswegen können wir auf die ersten Ergebnisse hinsichtlich der Finanzierung und des Betreiberkonzeptes gespannt sein.

Ich würde mich freuen, wenn wir dann gemeinsam hier nicht nach Jeföhl entscheiden würden, sondern nach der Faktenlage und vor allen Dingen auch nach dem, was das Geld dazu sagt. Und wenn wir uns nicht zutrauen, zu entscheiden, ob wir 15 Millionen Euro oder mehr für die Wiederinbetriebnahme mitfinanzieren wollen, könnte man ja vielleicht auch mal die Bürgerinnen der Stadt Köln fragen und dafür einen Bürgerinnenrat einrichten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus und versuche es jetzt wirklich in aller Kürze; denn ich kann mich in weiten Teilen oder eigentlich fast vollständig Frau Schneeloch anschließen. Gleiches hätten wir auch gesagt. Wir sind sehr dafür, weiter diesen Pfad zu verfolgen. Aber die Finanzierung muss sauber und klar sein, die Nutzung muss klar sein, und das Betreibermodell muss klar sein. Alles das enthält diese Vorlage aus nachvollziehbaren Gründen nicht.

Ein bisschen kurzfristig - das will ich schon kritisch anmerken - ist sie auch auf diese Tagesordnung gekommen. Dass sie heute als Tischvorlage kam, fanden wir jetzt nicht ganz so spannend. Aber sie war ja ein wenig absehbar.

Daher können wir uns der Haltung, die gerade vorgetragen wurde und die durch einen Änderungsantrag von Grünen und CDU auch zum Ausdruck kommen soll, nur anschließen und stellen Zustimmung in Aussicht, wenn denn alles stimmt. Aber es ist keine Garantie, dass die SPD am Ende mitmacht, wenn dann die Rahmenbedingungen nicht stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der Auffassung, dass wir uns nicht noch ein Projekt ans Bein binden sollten, sondern vielleicht zuerst mal gucken sollten, dass man die Projekte, die man hat, tatsächlich mal zu Ende bringt.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass der Besitzer dieses schönen Turms letztes Jahr eine Dividende von 3,5 Milliarden Euro ausgezahlt hat. Und wenn die ihr Ding ans Laufen bringen wollen, dann sollen die das auch zahlen und uns damit in Ruhe lassen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch wir werden der Vorlage nicht zustimmen. Frau Schneeloch hat zwar sehr viele Gründe genannt. Aber genau diese Gründe sprechen aus unserer Sicht dafür, das jetzt erst mal abzulehnen. Denn wir haben - hier muss ich Herrn Weisenstein zustimmen - einfach andere Prioritäten. Da sollten wir uns jetzt nicht noch ein anderes Projekt ans Bein binden, wo wir vieles noch nicht wissen. Ich verstehe, dass man das auch dann noch entscheiden kann; fair enough.

Aber für uns ist jetzt schon klar: Das ist ein nice to have - wir haben definitiv große Sympathien für so etwas -, und irgendwann in Zukunft, wenn gewisse Dinge schon mal geregelt und abgearbeitet worden sind, kann man sich dann auch damit befassen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Auch nur kurz: Frau Schneeloch, ich kann den Antrag voll und ganz unterstützen. Natürlich ist es unser Bestreben, dass wir diesen Turm wiedereröffnen wollen. Schon seit vielen, vielen Jahren verfolgen wir dieses Ziel. Wir freuen uns, dass der Rat bislang in seiner Mehrheit dieses Ziel auch geteilt hat, und hoffen, dass das auch zukünftig so sein wird.

Aber es geht natürlich nicht um jeden Preis. Vielleicht hören die Funkturm GmbH und der Konzern, der hinter der Funkturm GmbH steht, ja zu. Sie müssen sich in der Tat auch bewegen; das ist klar. Vielleicht übernehmen sie das, was über den Deckel geht.

Natürlich muss man später auch darüber sprechen, wer dann diese Plattform betreibt, zu welchen Konditionen das erfolgt und wer da welches Geld verdient. Alles das hast du gerade angerissen. Das ist ja vollkommen richtig.

Aber letztendlich möchte ich hier für alle, die manchmal - Klammer auf: zu Unrecht; Klammer zu - über elitäre Kulturprojekte oder sonstige Dinge schimpfen, für die überall Geld rausgeblasen wird, noch einmal klarstellen: Hier geht es um ein wirklich tolles, niederschwelliges Kulturangebot für Köln, wo die Kölnerinnen und Kölner ihre Stadt auf eine hervorragende Art und Weise erfahren können, wenn sie erst mal da oben sind. Das ist dann der Fall, wenn wir die Möglichkeit haben, die Nutzung da oben zu gestalten und selbst zu bestimmen, was da oben passiert. Du hast ein paar sehr schöne Beispiele gebracht. Wir hatten auch schon mal über einen Infinitypool auf dem Dach und solche Sachen nachgedacht.

Aber Spaß beiseite: Man kann den Turm auch dazu nutzen, dass er einen wirklichen Mehrwert für die Kölnerinnen und Kölner hat, dass sie ihre Stadt begreifen und sich auf eine ganz andere Art und Weise mit ihr identifizieren. Dafür braucht es tolle Konzepte. Aber die werden wir finden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wie ich eben schon gesagt habe, erfolgt die Abstimmung zum Colonius bitte unter Vorbehalt.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag ab. Wer wünscht dem Änderungsantrag zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die LINKEN, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretungen 1 (Innenstadt) und 4 (Ehrenfeld)

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt das Vorhaben der Deutschen Funkturm GmbH, den Funkturm „Colonius“ wieder einer barrierefreien Nutzung zuzuführen und so öffentlich zugänglich zu machen, zur Kenntnis.*

2. *Der Rat der Stadt Köln begrüßt es, dass dafür Fördermöglichkeiten gesucht werden und stellt seinerseits eine finanzielle Beteiligung in Aussicht, wenn ein, mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept und eine tragbare Gesamtfinanzierung vorgelegt werden.*

3. *Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Verwaltung dabei, eine Gesamtfinanzierung mit Land und Bund sicherzustellen und mit der Deutschen Funkturm GmbH (DFMG) eine Regelung zur möglichen Überschreitung der Baukosten zu finden.*

4. Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

II. Abstimmung über so geänderte Vorlage vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretungen 1 (Innenstadt) und 4 (Ehrenfeld)

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das Vorhaben der Deutschen Funkturm GmbH, den Funkturm „Colonius“ wieder einer barrierefreien Nutzung zuzuführen und so öffentlich zugänglich zu machen, zur Kenntnis.

2. Der Rat der Stadt Köln begrüßt es, dass dafür Fördermöglichkeiten gesucht werden und stellt seinerseits eine finanzielle Beteiligung in Aussicht, wenn ein, mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept und eine tragbare Gesamtfinanzierung vorgelegt werden.

3. Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Verwaltung dabei, eine Gesamtfinanzierung mit Land und Bund sicherzustellen und mit der Deutschen Funkturm GmbH (DFMG) eine Regelung zur möglichen Überschreitung der Baukosten zu finden.

4. Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke., Volt, AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Neubaus oder des Umbaus und ggfls. der Erweiterung eines Bestandsgebäudes für ein 4-/6-zügiges Gymnasium (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Neustadt-Nord
1382/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat der Stadt Köln beschließt die Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin. Gesucht werden Flächen zur Unterbringung eines 4/6 zügigen Gymnasiums sowie einer Sporthalle mit vier Sportübungseinheiten im Stadtteil Neustadt Nord.*

Angeboten werden kann ein Grundstück zur Planung oder Errichtung eines entsprechenden Gebäudes oder ein bestehendes Gebäude, das umgebaut oder erweitert werden kann.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche, die Planung und bauliche Errichtung oder die Anmietung eines bestehenden Gebäudes umfassen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt wurde im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vorab angehört. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung, der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und der Finanzausschuss werden im Rahmen einer Mitteilung nachträglich informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02, Arbeitstitel: „Hochpunkt Siegburger Straße“ in Köln Deutz
1872/2023

Gibt es Wortmeldungen?

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Herr Lorenz gibt seinen Redebeitrag zu Protokoll!)

- Herr Lorenz gibt seinen Redebeitrag zu Protokoll. Vielen Dank dafür. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die LINKEN und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02 für das Gebiet nordöstlich der Siegburger Straße, westlich des Timur-Icelliler-Weg und der Bahngleise, und südlich von gewerblicher Bebauungen in Köln-Deutz —Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 6 - 9;*

2. *den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02, Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" in Köln-Deutz mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke. bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 59569/05 - Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven
2096/2023

Die Vorlage wurde im Rat am 7. September 2023 zurückgestellt, weil die BV 6 sie zurückgestellt hatte.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie die Vorlage.

(Zurufe von der SPD: Wie BV 6! - Gegenrufe von der CDU: Nein!)

- Wie BV 6? Nein, wie Vorlage. Es gibt aber eine Stellungnahme zum Beschluss der BV 6. - Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es gibt eine ausführliche Stellungnahme in Anlage 16. Dort stellen wir als Verwaltung eindeutig dar, dass wir der Beschlussvorlage der BV 6 inhaltlich so nicht folgen können, weil ansonsten eine komplett neue Offenlage eingeleitet werden müsste, um dann wahrscheinlich frühestens in einem halben Jahr einen Satzungsbeschluss herbeizuführen. Mit der Anlage 16, auf die ich verweise, dürfte alles klar sein. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Sommer.

Ira Sommer (CDU): Herr Greitemann, einer der Punkte ist, dass ein Begleitgremium gegründet wird. Darüber haben wir gerade gesprochen. Ich würde Sie bitten, klarzustellen, dass das immer noch möglich ist, damit man, wenn noch einmal eine Vorlage der BV 6 dahin gehend kommt, nicht

sagt, wir hätten das inzidenter mit dieser Vorlage jetzt schon abgelehnt.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, dieses Begleitgremium kommt. Ich verbürge mich dafür, dass dieses Begleitgremium durch die ausführenden Firmen eingerichtet wird. Wir werden das auch nachverfolgen. Der Bereich Verkehr hat mir auch signalisiert, dass sie dann, wenn es erforderlich ist, dazukommen. Es geht ja insbesondere darum, dass die Verkehre im Baustellenzustand vernünftig geleitet werden.

Den Einwendungen, die von der BV eingebracht worden sind, würden wir auch so folgen, was den Baustellenverkehr betrifft. Aber die Beschlusstexte bezogen auf die Änderung in der Satzung können wir in keinem Fall nachvollziehen und durchführen, wenn wir nicht eine weitere Offenlage haben wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Wir waren bisher davon ausgegangen, dass wir in der Variante BV 6 abstimmen. Deswegen fragen wir da jetzt noch mal nach; sorry.

Können wir denn nicht zumindest - auch in Anlehnung an das, was Frau Sommer gesagt hat - die Dinge, die nicht Teil des Satzungsbeschlusses würden - wie so ein Begleitgremium, das in der Anlage ja ablehnend beschieden wird, oder die Umwandlung in bauzeitlicher Hinsicht, die ja auch nur eine Anlage und nicht den Satzungsbeschluss betrifft -, positiv votieren?

Sonst werden wir der Vorlage nicht zustimmen. Das will ich an der Stelle schon sagen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Also den Wohnungsbau verhindern!)

- Nein, nicht den Wohnungsbau verhindern. Aber hier auf die berechtigten Baustelleninteressen und Ähnliches der Anwohner bzw. auch der BV 6 nicht einzugehen, finde ich schwierig.

Deswegen brauche ich jetzt noch eine Aussage, ob wir die nicht satzungsbeschlussrelevanten Dinge da nicht mitbeschließen können. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, die nicht satzungsrelevanten Dinge kann der Rat natürlich beschließen. Auch die satzungsrelevanten Dinge kann der Rat beschließen. Ich weise nur darauf hin, dass wir satzungsrelevante Dinge in jedem Fall noch mal in eine Offenlage werden bringen müssen. Die Dinge, die die Satzung nicht verändern, können Sie natürlich hier beschließen. Allerdings habe ich gerade in meinem Wortbeitrag bereits geäußert, dass die Dinge aufgenommen werden. Wir haben dreimal draußen mit den Bürgern gesprochen und gesagt, dass wir deren Anliegen mitnehmen. Ich verbürge mich auch dafür, dass dies entsprechend umgesetzt und weiterverfolgt wird.

(Stefanie Ruffen [FDP]: Das dauert alles länger, wenn wir jetzt nicht beschließen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde vorschlagen, dass die Sachen, die jetzt aus der BV gekommen sind und die die SPD gerne umgesetzt haben möchte, über einen Antrag im Stadtentwicklungsausschuss separat laufen, aber heute nicht diesen Satzungsbeschluss behindern.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist doch ein vermittelnder Weg. Einverstanden?

(Jürgen Kircher [SPD]: Ja, wenn wir das so machen; denn die Diskussion war damals ziemlich quer!)

- Aber wenn es im Stadtentwicklungsausschuss noch mal nachgeholt werden kann, dann geht das doch wahrscheinlich so.

(Jürgen Kircher [SPD]: Dann machen wir das!)

- Okay. Danke. Dann geht es nämlich an dieser Stelle weiter. Das ist uns ja allen gleichermaßen wichtig. Okay.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt also abstimmen wie Vorlage mit dem Vorsatz der Ergänzung im Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch nicht. Dann haben wir das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nummer 59569/05 für das Gebiet nördlich des Pletschbaches mit Ausnahme einer Teilfläche im südwestlichen Bereich des Plangebiets nördlich des Mörterwegs (Teilfläche des Flurstücks 181, Flur 43, Gemarkung Worringen), östlich der Berrischstraße, südlich und östlich des Ortsfriedhofes an der Baptiststraße, südlich der Baptiststraße und westlich der Bahnstrecke Köln-Neuss mit Ausnahme der Grundstücke Berrischstraße 177 sowie 147 bis 169a in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 6-13;

2. den Bebauungsplan Nummer 59569/05 Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2195/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit sind wir bei:

17 Gremienbesetzungen

Hier werde ich nicht mehr nach Wortmeldungen fragen, weil es bei den Gremienbesetzungen üblicherweise keine Wortmeldungen gibt. Wenn jemand eine Gremienbesetzung genauer besprechen möchte, dann meldet er sich bitte.

Tagesordnungspunkt

17.1 Benennungen von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln 2671/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Eva Armbruster für die Freien Wohlfahrtsverbände

(bisher Andreas Pöttgen),

Christopher Bertges für die Selbsthilfe

(bisher Steven Adam) und

Jan Schirmer für die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein

(bisher Dr. Jürgen Zastrow)

zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen

sowie

Laila Anders für das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern

(bisher Monika Koenen)

zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellungen der bisherigen (stellvertretenden) Mitglieder werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte hier: Ernennung von Mitgliedern des Beirates Porz Mitte 2778/2023

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 1.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Stadtentwicklungsausschusses (Anlage 1)

1. *Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat folgende neue Mitglieder des Beirates Porz Mitte zu ernennen:*

   A) *Vertretung der FDP-Fraktion aus dem Stadtentwicklungsausschuss*

   Neues Beiratsmitglied (Nachfolge von Elvira Bastian): Rechberger, Daniela

   Neues stellvertretendes Beiratsmitglied (Nachfolge von Tim Gottsleben): Ozminski, Martin

   B) *Vertretung der CDU-Fraktion aus dem Stadtentwicklungsausschuss*

   Neues stellvertretendes Beiratsmitglied (Nachfolge von Henk van Benthem): Herrn Anton Neuberger

2. *Der Rat ernennt die unter Beschluss 1 benannten Personen zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Beirates Porz Mitte.*

3. *Die Bezirksvertretung Porz ernennt die folgenden Personen zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Beirates Porz Mitte:*

   A) *Institution: Bündnis Porz-Mitte*

   Neues stellvertretendes Beiratsmitglied: Bellmann, Wienke

   B) *Institution: Polizei Köln*

   Neues stellvertretendes Beiratsmitglied: Mehlem, Jürgen

C) Institution: Sozialraumkoordination Porz-Mitte/Urbach

Neues Beiratsmitglied für die Dauer der Elternzeit von Frau Waldron: Jacobi Navarro, Nina

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Wechsel eines stellvertretenden beratenden JHA-Mitglieds, hier: Kölner Spielewerkstatt e. V.
2863/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als persönliche Stellvertretung von Christoph Horstkotte (Kölner Spielewerkstatt e.V.):

Silke Dunkel (Theaterpädagogisches Zentrum e.V.)

gemäß § 5 Abs.3 AG-KJHG NRW und § 4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als stellvertretend beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung Stadtentwicklungsausschuss“
AN/1849/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Herrn Dr. Michael Nauta als sachkundigen Einwohner nach § 58 Abs. IV GO NRW in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung“
AN/1887/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Herr Johannes Moss wird für Herrn Michael Gautsch als Mitglied des Digitalisierungsausschusses benannt.

Herr Sven Tritschler wird für Herrn Daniel Meis als Mitglied des Sportausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Umbenennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme und Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für RM Feuser als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Abs. 1“
AN/1890/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat bestellt folgende Ratsmitglieder zum beratenden Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW in folgende Ausschüsse:

RM Karina Margareta Syndicus anstelle des Stadtentwicklungsausschusses in den Finanzausschuss

RM Inga Feuser in

den Stadtentwicklungsausschuss,

den Sportausschuss

den Ausschuss für Schule und Weiterbildung

und den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Wirtschaftsausschuss - Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin“ AN/1896/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Für den Wirtschaftsausschuss benennt der Rat Frau Gabriele Pulvermüller als sachkundige Einwohnerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Umbesetzung Gremien/Sachkundige Einwohner“ AN/1898/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt folgende Person als sachkundigen Einwohner § 58 Abs. 1 Satz 7 - 9 GO NRW in den jeweils benannten Ausschuss:

- *für den Bauausschuss Herr David Fuchs anstelle von RM Michael Hock.*
- *für den Stadtentwicklungsausschuss Herr David Fuchs anstelle von Rolf Beierling-Hémonet*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben eine Eil- und Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

18.1 Gesamtschulgebäude Lindenthal/Ehrenfeld Wasseramselweg - Erweiterung der Photovoltaikanlage 2512/2023/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in Abänderung der Beschlüsse zu den Vorlagen 0116/2021 und 2121/2022, für das Dach des Gesamtschulgebäudes Lindenthal/Ehrenfeld am Wasseramselweg durch den Grundstückseigentümer eine Photovoltaikanlage einer Größe von 350 kWp errichten zu lassen und diese von ihm zu erwerben. Die Gesamtkosten für diese größere Anlage betragen rund 748.000 Euro brutto und werden aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 23.45 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 12.1

zu Protokoll gegebene Rede

Lukas Lorenz *(SPD): Die STRABAG ist wichtiger Bestandteil der Kölner Wirtschaft. Sie ist global aktiv und setzt häufig innovative Maßstäbe. Schon kurz nach dem Krieg war auch meine Oma in der Zentrale an der Siegburger Straße beschäftigt, viele tolle Geschichten konnte ich über den Ausbau der STRABAG erfahren. Auch heute grenzt die Zentrale der STRABAG unmittelbar an meinen Wahlkreis, mein Elternhaus liegt etwa 100 Meter Luftlinie entfernt.*

Mit Abriss der alten Firmenzentrale, wie viele Poller und Deutzer Bürgerinnen sie kannten, veränderte sich das Lebensumfeld. Die bis jetzt errichteten Neubauten fallen kaum auf und nehmen sich vornehm zurück.

Ganz anders als das geplante Hochhaus, über das wir heute hier entscheiden. Die Anwohnerschaft hat mehrfach Vertreter aus dem Rat eingeladen sich die Situation vor Ort anzuschauen. Leider ist nur der Kollege Sterck der Einladung gefolgt und konnte die Auswirkungen selber erkunden.

Um es an dieser Stelle deutlich zu machen: Die Anwohnerschaft hat kein Problem mit Hochhäusern und lebt ganz hervorragend mit dem angrenzenden TÜV-Hochhaus. Das Problem liegt in der unmittelbaren Nähe zum geplanten Hochpunkt und darin, dass diese Baumaßnahme durch Tausch der Gebäudeflächen hätte behoben werden können.

Ich zähle Ihnen aber gerne noch einmal die Probleme mit diesem Hochpunkt auf:

1. *Das etwa 60 Meter hohe Gebäude führt zu einer noch stärkeren Verschattung der Nachbarschaft. Die Nachteile der damit verbundenen Reduzierung des Wohnwertes wiegelt die Stellungnahme mit der Entstehung von Arbeitsplätzen ab. Wie oben beschrieben: Durch einen Tausch der Grundstücke bräuchte es eine derartig absurde Bewertung gar nicht.*

2. *Die Verkehrsprobleme auf der Siegburger Straße werden weiter verschärft, und eine Lösung durch das Mobilitätskonzept Deutzer Hafen ist nicht wirklich absehbar.*

3. *Die Verwaltung spricht von einer Torlösung. Tore dienten im Altertum und im Mittelalter dazu, Bürger und Nichtbürger zu trennen. Aber auch Poll ist Köln und liegt seit 1888 auf Kölner Stadtgebiet - und eben nicht vor den Toren Kölns.*

4. *Die von der Bezirksvertretung Porz geforderte Vor-Ort-Bürgerinformation hat nie stattgefunden. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung über einen Aushang am Stadthaus ist ein Hohn. So geht Bürgerbeteiligung nicht.*

5. *In etlichen visuellen Darstellungen der STRABAG und der Stadt Köln wird die Hinterlandbebauung geschickt - wahrscheinlich als Tarnung - rausretuschiert, sodass nur Ortskundigen die Probleme auffallen können.*

6. *Schade ist auch, dass ein späterer Anschluss an ein Fernwärmenetz durch die Bauvorfestlegungen nicht mehr möglich ist.*

Die SPD-Fraktion lehnt diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan deshalb ab. Wir rufen alle vernünftigen Kräfte dazu auf, es uns gleichzutun.

29. Sitzung vom 7. Dezember 2023

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme der Schenkung der Sammlung von 61 europäischen Mörsern des 15. bis 19. Jahrhunderts von Dieter und Christel Schürzeberg an das Museum für Angewandte Kunst

3575/2023

2.2 Annahme der Schenkung bedeutender moderner Glaskunst - Studioglas-Sammlung Markus Eisenbeis

3372/2023

2.3 Aufwertungsmaßnahme für die historische Grünanlage Alhambra im Inneren Grüngürtel
Hier: Annahme einer Schenkung der Kölner Grün Stiftung

2017/2023

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP und Volt betreffend "Verzicht auf Stellung von Strafanträgen wegen Beförderungserschleichung seitens der KVB AG"

AN/1663/2023

3.1.2 Antrag der AfD-Faktion betreffend "Willkommenskultur auch für zahlende Gäste der Stadt umsetzen und leben!"

AN/2120/2023

3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Hock-Urinale"

AN/2109/2023

3.1.4 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Transparenz auf der Ost-West-Achse"

AN/2119/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt

AN/2169/2023

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Ehrenamt in Köln stärken: Einrichtung einer/s Ehrenamtslots*in und Erstellung eines Konzeptes zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Veedeln und der Brauchtumspflege"

AN/2122/2023

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Verfahren für zukünftige Beigeordnetenwahlen"

AN/2116/2023

zurückgestellt

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schöner heiraten in Köln"

AN/2088/2023

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Gremien PCGK-konform besetzen"

AN/2113/2023

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, Volt und der Gruppe KLIMA

FREUNDE & GUT betreffend "Entwicklung des Osthofs der Hallen Kalk"

AN/2175/2023

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ergänzung Struktursicherungsfonds 2023"

AN/2176/2023

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke und Volt sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Anpassung des Strukturförderfonds für 2024"

AN/2179/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/2180/2023

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Olympia-Stützpunkt und Indoor-Skatepark

3616/2023

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Bürgerzentrum Turmstraße, Entsiegelung

3619/2023

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Kontakte der Oberbürgermeisterin zu Kölner Bundestags- Landtagsabgeordneten"

AN/1864/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023

3425/2023

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Parkgebühren Carsharinganbieter "Miles""

AN/1868/2023

Antwort der Verwaltung vom 05.12.2023

3405/2023

4.3 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Lastenradförderung 2023"

AN/1872/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2023

3979/2023

4.4 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege zur Ost-West-Achse"

AN/2155/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2023

4019/2023

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3.1 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ - Prüfung der Zulässigkeit

3549/2023

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der

Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln (Geldspielgerätesatzung)

3471/2023

6.1.2 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 2024

3477/2023

6.1.3 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln

3487/2023

6.1.4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme

2695/2023

6.1.5 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung

3218/2023

6.1.6 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - §§ 24 - 26 Finanzielle Entschädigung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

3830/2023

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln 2024

3481/2023

6.2.2 Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Köln 2024

3472/2023

6.2.3 Gebührenordnung für das Ausstellen von Bewohnerparkausweisen der Stadt Köln (Bewohnerparkgebührenordnung)

3760/2023

Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT

AN/2181/2023

6.2.4 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)

3413/2023

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024

3842/2023

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

7.2.1 Kleingartenanlage Hoffnung e.V., Anlage Niehler Straße und Anlage Kretzer Straße, Erneuerung des Wasserleitungsnetzes

3150/2023

7.2.2 Make or Buy Konzept Baumpflege Beschaffung 6 Hubsteiger, 1 Lkw mit Ladekran

3176/2023

7.2.3 Sanierung und Verbreiterung des Geh- und Radweges am Sürther Leinpfad

3456/2023

7.2.4 Überplanmäßiger zahlungswirksamer

Mehraufwand im Bereich der Schulmieten im TP 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2023

3791/2023

7.3 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2 Sachstandsmitteilung

3684/2023

7.4 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022

3881/2023

7.5 Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2027

3702/2023

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst

3414/2023

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig für das Haushaltsjahr 2023

3713/2023

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Baubeschluss für die Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz

2646/2022

10.2 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2022

2013/2023

10.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2024

2014/2023

10.4 Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes "Bleibeperspektive in Köln" mit Trägerbindung

2254/2023

10.5 Bauliche Ertüchtigung zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung statt Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüZe, Berliner Str. 77 in Köln-Mülheim

1107/2023

10.6 Kulturbunker in Köln-Mülheim, Berliner Straße 20 - Verzicht auf Modernisierung und energetische Ertüchtigung

2347/2023

10.7 Modernes Köln GmbH; Liquidation

2806/2023

10.8 Bedarfsfeststellung für ein Zentraldepot der Museen der Stadt Köln + erweiterte Grundlagenermittlung

2853/2023

zurückgestellt

10.9 Mehrsprachiges Vermittlungsangebot des Museumsdienstes (Umsetzung Kulturentwicklungsplanung)

2929/2023

10.10 Überleitung der Maßnahme "Zuhause im Veedel" in das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit

2966/2023

10.11 Zweiter Gleichstellungsplan 2024 - 2028

3123/2023

10.12 Erneute Betrauung der KölnTourismus GmbH

3687/2023

10.13 Kölner Verhütungsmittelfonds

2576/2023

10.14 Erweiterter Planungsbeschluss für die Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse, Bereich West, Haltestellen Melaten, Junkersdorf, Mohnweg, Bahnstraße, Weiden Zentrum, Weiden Römergrab und Weiden West

2494/2023

zurückgestellt

10.15 Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025

2793/2023

10.16 Mitgliedschaft Radregion Rheinland e. V.

2825/2023

10.17 Bedarfsfeststellung zur Errichtung einer Dreifachturnhalle am Standort Holweider Straße 2 einschließlich angrenzenden Grundstücksflächen in 51065 Köln-Mülheim

3309/2023

10.18 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Rahmenvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate)

3409/2023

10.19 Baubeschluss für die Erneuerung von 6 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Piusstraße, Körnerstraße und Akazienweg

2844/2023

10.20 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld

3139/2023

10.21 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter – Fortführung der Maßnahmen

2893/2023

10.22 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer

0934/2023

10.23 Zero Waste-Konzept Köln

1170/2023

Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT

AN/2166/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/2143/2023

10.24 Baubeschluss zum Ersatzneubau Brücke Escher Straße in Köln Nippes/Bilderstöckchen

1806/2023

10.25 Aktionsplan Klimaschutz

2243/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

AN/2149/2023

Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT

AN/2160/2023

10.26 GRÜNGÜRTEL Parkstadt Süd, hier: Baubeschluss Sportpionierpark

2401/2023

10.27 StadtBahn Süd - Ergänzungsbeschluss zur Trassenfestlegung und Entscheidung zur weiteren Planung

3114/2023

10.28 Erhöhung von Arbeitssicherheit und Resilienz in den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr - Verwendung des politischen Veränderungsnachweises von 2019 sowie 2020/2021

2544/2023

10.29 Ersatz von 16 Kolonnenfahrzeugen als Elektrofahrzeuge
hier: Ersatzbeschaffung von zehn Kolonnenfahrzeugen sowie Umrüstung von sechs Kolonnenfahrzeugen für die "allgemeine Grünunterhaltung"

3336/2023

10.30 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ - Prüfung der Zulässigkeit, siehe TOP 5.3.1

10.31 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City" im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren"
hier:
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats

3650/2023

10.32 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln

3135/2023

10.33 Finanzierung Dialogprozess "Mahnmal zum Gedenken an die Opfer von Unterdrückung, Rassismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen" (Arbeitstitel)

3453/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

AN/2171/2023

10.34 Pilotprojekt „INSGES*AMT - Inklusive Service-Gestaltung im AMT"
hier: Genehmigung zur abweichenden Verwendung von Zuschussmitteln

3582/2023

10.35 Radsportzentrum NRW

4007/2023

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 226. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: Rondorf Nord-West" in Köln-Rondorf
hier: Feststellungsbeschluss

2926/2023

zurückgestellt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66389/03
Arbeitstitel: Rondorf Nord-West in Köln-Rondorf

3292/2023

zurückgestellt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 73456/02, Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße 214 in Köln -Merheim

3137/2023

12.3 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen
hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Ehrenfeld Ost in Köln Ehrenfeld

2375/2023

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Robert-Bosch-Straße von Stichstraße zu Haus-Nr. 43-61 bis Kreisverkehr Industriestraße

2763/2023

16.2 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen

3270/2023

17 Gremienbesetzungen

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier Arbeitsgemeinschaft Offene Tür (AGOT) Köln e.V.

3168/2023

17.2 Entsendung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners in den Wirtschaftsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln

3239/2023

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Väter in Köln e.V.

3301/2023

17.4 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Jugendamtselternbeirat und Katholische Jugendagentur

3546/2023

17.5 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat

3868/2023

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Besetzung in Ausschüssen"

AN/2157/2023

17.7 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Umbesetzung von Sachkundigen Einwohner:innen"

AN/2161/2023

17.8 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "TOP 17 - Gremienbesetzung - Aufsichtsrat Kölner Sportstätten GmbH"

AN/2163/2023

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Umbesetzung von Gremien"

AN/2164/2023

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung Verkehrsausschuss"

AN/2165/2023

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat"

AN/2167/2023

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "TOP 17 Wahlen: Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern – Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin"

AN/2168/2023

17.13 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Gremienumbesetzung"

AN/2170/2023

17.14 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Umbesetzungen in Gremien"

AN/2162/2023

17.15 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Umbenennung von Ratsmitgliedern mit beratender Stimme in Ausschüssen"

AN/2178/2023

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

18.1 Einmalzahlung zum Inflationsausgleich für die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln

2970/2023

18.2 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2027

3117/2023

18.3 Bedarfsfeststellung für fünf Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe Redwitzstraße in Köln-Sülz, Humboldtstraße in Köln-Porz, Schulstraße in Köln-Eil, Schulstraße in Köln-Weiden und Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard)

3430/2023

19 -

Anwesend waren:

Vorsitzende

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin;

Stimmberechtigte Mitglieder

Abé, Denise; Achtelik, Christian; Aengenvoort, Constanze; Akude, John, Dr.; Bauer-Dahm, Daniel; Böll, Mechthild; Boyens, Stephan; Breite, Ulrich; Brock-Storms, Claudia; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta, Bürgermeisterin; Busch, Philipp; Büschges, Matthias; Cremer, Christer; De Bellis-Olinger, Teresa; Derichsweiler, Max Christian; Detjen, Jörg; Erkelenz, Martin; Feuser, Inga; Frebel, Polina; Froh, Manuel; Gärtner, Ursula; Glashagen, Jennifer; Görzel, Volker; Haeming, Eric; Hammer, Lino; Heinen, Ralf, Bürgermeister Dr.; Heithorst, Claudia; Helmis-Arend, Maria; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Hock, Michael; Hölzing, Bärbel; Homann, Mike; Hoyer, Katja; Jäger, Christiane; Joisten, Christian; Karadag, Derya; Kaske, Sven; Kessing, Ulrike; Kienitz, Niklas; Kircher, Jürgen; Klemm, Ralf; Kockerbeck, Heiner; Krupp, Gerrit, Dr.; Lorenz, Lukas; Lutz, David, Dr.; Martin, Christiane; Marx, Werner; Michalak, Mario; Michel, Dirk; Oedingen, Erika; Pakulat, Sabine; Petelkau, Bernd; Philippi, Franz; Pütz, Pascal; Recktenwald, Viola; Richter, Manfred; Röhrig, Uschi; Rudolph, Floris; Ruffen, Stefanie; Schallehn, Robert; Schlieben, Nils Helge, Dr.; Schlömer, Ursula; Schneeloch, Sandra; Scho-Antwerpes, Elfi; Schwanitz, Hans; Seeck, Oliver; Seiger, Christine; Sommer, Ira; Spehl, Felix; Steinmann, Lisa; Sterck, Ralph; Syndicus, Karina; Tokyürek, Güldane; Tybussek, Artur; Venturini, Isabella; Wahlen, Lars; Weber, Florian; Weisenstein, Michael; Welter, Thomas; Wolter, Andreas, Bürgermeister; Wortmann, Walter; Yazicioglu, Dîlan; Zimmermann, Thor-Geir;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Spelthann, Volker, Bezirksbürgermeister; Siebert, Diana, Bezirksbürgermeisterin Dr.; Zöllner, Reinhard, Bezirksbürgermeister;

Verwaltung

Blome, Andrea, Stadtdirektorin; Diemert, Dörte, Stadtkämmerin Prof. Dr.; Egerer, Ascan, Beigeordneter; Voigtsberger, Robert, Beigeordneter; Rau, Harald, Beigeordneter Dr.; Greitemann, Markus, Beigeordneter; Charles, Stefan, Beigeordneter; Wolfgramm, William, Beigeordneter; Haack, Andree, Beigeordneter; Feicht, Andreas; Haaks, Stefanie; Vogel, Alexander;

Schriftführung

Eurich, Annika;

Stenograf

Herr Klemann

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dickas, Birgit Beate; Elster, Ralph, Bürgermeister Dr.; Karaman, Malik; Niknamtavin, Sarah; Roß-Belkner, Monika; Unna, Ralf, Dr.;

*Bezirksbürgermeister*innen*

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister; Giesen, Manfred, Bezirksbürgermeister; Weitekamp, Cornelia, Bezirksbürgermeisterin; Stiller, Sabine, Bezirksbürgermeisterin; Greven-Thürmer, Claudia,

Bezirksbürgermeisterin; Fuchs, Norbert, Bezirksbürgermeister;

(Beginn: 14.08 Uhr - Ende: 21.06 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 29. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, darunter Engagierte für das jüdische Leben in Köln. Vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

(Beifall)

Ich begrüße alle, die im Livestream zuschauen und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und selbstverständlich alle Mitglieder des Rates.

Meine Damen und Herren, heute ist die letzte Sitzung des Rates in 2023. Das ist traditionell der Anlass, auf das zu Ende gehende Ratsjahr zurückzublicken. Das Weltgeschehen hat uns in diesem Jahr auch hier im Rat bewegt, wie könnte es anders sein. In zwei Gedenkminuten haben wir uns mit den Opfern des Erdbebens in Syrien und in der Türkei solidarisch gezeigt - das war in der Sitzung am 9. Februar dieses Jahres - und in der vergangenen Ratssitzung mit allen Menschen, die in Israel und insbesondere in unserer Partnerstadt Tel Aviv-Yafo unter dem schrecklichen Hamas-Terror leiden.

Wir haben zudem deutlich gemacht, dass der Rat und die Verwaltung der Stadt Köln in ihrer Unterstützung für die ukrainische Stadt Dnipro nicht nachlassen werden - jener Stadt, mit der uns eine Projektpartnerschaft und noch viel mehr, inzwischen schon Freundschaften, verbinden. Für die eindeutige Haltung des Rates in dieser Frage danke ich Ihnen sehr.

Leider gab es hinsichtlich der innerkölnischen Angelegenheiten weniger Einigkeit, aber für Ihre ungebrochene Lust an der Debatte, die sehr groß ist, steht die bislang längste Ratssitzung des Jahres. Sie dauerte am 26. Oktober von 15.38 Uhr bis 23.57 Uhr, also 8 Stunden und 19 Minuten. In Ihrem ehrenamtlichen Einsatz für die Zukunft Kölns schonen Sie sich also nicht. Und auch die Verwaltung mutet Ihnen eine Menge Inhalt zu. Die heutigen Vorlagen und Informationen zur Ratssitzung umfassen weit mehr als 1 000 Seiten. Das entspricht in etwa der Länge von Cervantes‘ Don Quijote. Aber zum Glück ringen wir ja nicht mit Windmühlen, sondern miteinander erfolgreich für Kölns Zukunft.

(Vereinzelt Beifall)

Diese These können wir sicherlich beim traditionellen Jahresabschlussempfang, zu dem ich Sie schon jetzt sehr herzlich in die „Piazzetta“ im Anschluss an diese Ratssitzung einladen möchte, noch vertiefen. Dass das Ratsgeschäft anspruchsvoll bleibt, kann ich Ihnen auch für das kommende Jahr versichern. Aber immerhin bin ich froh, dass wir die bewährte Arbeitsatmosphäre endlich wieder hergestellt haben. Nach Aufhebung aller Corona-Schutzmaßnahmen konnten wir die Plexiglaskabinen in diesem Jahr abbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Bald wird es auch erneut Veränderungen im Kreis der Ratsmitglieder geben, denn heute ist es leider die Ratssitzung, die das letzte Mal von Katja Hoyer als Ratsmitglied und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion begleitet wird. Sie legt leider zum Ende des Jahres ihr Mandat nieder. Liebe Frau Hoyer, ich danke Ihnen für Ihren langjährigen und ehrenamtlichen Einsatz für Köln,

(Lebhafter Beifall)

zunächst in der Bezirksvertretung Lindenthal, dann seit 2009 im Rat. Ich kann mir die Ratssitzung ohne Sie gar nicht vorstellen, zumal wir uns schon im Sozialausschuss kennengelernt haben. Sie haben sich insbesondere in Fragen des sozialen Miteinanders nämlich einen Namen gemacht, und das wird sicher in Erinnerung bleiben, besonders mir. - Vielen Dank und meine ganz große Anerkennung.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Ratsmitglieder! Liebe Anwesende! Für die letzte Sitzung im Ratskalender ist es in diesem welt- und gesellschaftspolitisch so schwierigen Jahr meines Erachtens passend, dass wir vor dem Einstieg in die Tagesordnung unseren Blick in Richtung Israel richten. Mein lieber Kollege Ron Huldai, unser israelischer Freund und Bürgermeister der Kölner Partnerstadt Tel Aviv-Yafo, wird per Videobotschaft einige Worte an uns richten. An dieser Stelle ein besonderes Willkommen

an die Vertreterinnen und Vertreter des Städtepartnerschaftsvereins Tel Aviv-Yafo. Jetzt bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für Ron Huldai. - Vielen Dank!

(Videoeinspieler)

Bürgermeister von Tel Aviv Ron Huldai (Übersetzung): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker! Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Verehrte Mitglieder des Kölner Stadtrates! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Namen der Bewohner von Tel Aviv-Yafo, im Namen aller Bürger Israels, möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie an unserer Seite stehen. In diesen extrem schwierigen Momenten angesichts des grauenhaften Angriffs auf friedliche Gemeinden, der Ermordung Unschuldiger, sind Ihre Solidaritätsbekundungen, die Erklärung des Stadtrats, die gehissten Israel-Flaggen, sowie die materielle Unterstützung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die dem Wiederaufbau der Galerie in Be'eri zugutekommen soll, von unermesslichem Wert.

Unsere besonderen Beziehungen, unser Bündnis, Ihre Unterstützung, zeigen, dass echte Partnerschaften und wahre Freundschaften möglich sind. Hass und Rassismus lassen sich zerschlagen. Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben. Aus der Erinnerung heraus werden wir wachsen.

Seit Beginn der Kämpfe steht Tel Aviv als Stadt und Symbol an vorderster Front der Aktivitäten. Wie immer ist Tel Aviv das starke Rückgrat Israels, seine wirtschaftliche und soziale Stütze. Tel Aviv-Yafo ist eine Stadt mit sozialer Resilienz, eine Stadt des Zusammenhalts, des starken zivilen Engagements. Aus dieser Standhaftigkeit erwächst Tel Avivs außergewöhnliches ehrenamtliches Engagement überall in Israel. Als Stadtverwaltung ermöglicht es uns, den von Raketensalven betroffenen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt umgehend zu helfen. Zum Glück sind die meisten von ihnen bereits in ihre Häuser zurückgekehrt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Am 7. Oktober, einem Schabbat und Feiertag, wurde Tel Aviv mit Raketensalven angegriffen. Von diesem Moment an lag unser Fokus auf der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Bei anhaltendem Raketenbeschuss sollte die Alltagsroutine aufrechterhalten werden. Wir haben mehr als 20 000 evakuierte Israelis aus dem Norden und Süden aufgenommen und für die Angehörigen der Entführten unser Herz und Haus geöffnet. Einige von ihnen erlebten das Schlimmste. Sie verloren ihr Zuhause, ihre Familien, ihre Gemeinden. Und was ist uns geblieben? Für sie unser Herz und Häuser zu öffnen. Wir kümmern uns um all ihre Belange, wir haben sie in unsere Bildungseinrichtungen integriert, oder besondere Studienräume geschaffen. Hervorheben möchte ich die Aufnahme des Kibbuz Re'im, der bei dem Terroranschlag mehrere Mitglieder verlor. Der gesamte Kibbuz zieht als Gemeinschaft in eine Wohnanlage nach Tel Aviv, bis er sicher zurückkehren und neu aufgebaut werden kann.

Kurz gesagt, in diesem Jahr haben wir weitere Bürgerinnen und Bürger in Tel Aviv, die wir in unser Herz geschlossen haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Frau Henriette Reker, sowie der Stadtverwaltung Köln und dem Städtepartnerschaftsverein Köln - Tel Aviv - Yafo, unter der Leitung von Frau Monika Möller für ihre Hilfe danken, die der Unterstützung und Integration der Bewohnerinnen und Bürger zugutekommt, die dieser Tage hier in Tel Aviv untergekommen sind.

Meine Damen und Herren, unsere Beziehungen fußen auf einer komplexen Geschichte, die im Laufe der Jahre eine neuerliche Wertegemeinschaft geschaffen hat - Werte, wie der feste Glaube an die Würde des Menschen, wie der feste Glaube an Freiheit und Demokratie; und das Recht eines jeden, Mann und Frau, bei der Schaffung einer besseren Welt mitzuwirken. Genau dies sind die Werte, die Hamas-Terroristen bekämpften, als sie mehr als 1 200 Menschen mit unvorstellbarer Grausamkeit vergewaltigten, abschlachteten und ermordeten. Unter ihnen auch zwei junge deutsche Frauen, Shani Louk und Carolin Bohl, die einfach nur tanzen und feiern wollten.

Israel befindet sich im Krieg, in einem schwierigen, komplexen Kampf. Wir haben es uns nicht ausgesucht. Wir haben es nicht für möglich gehalten. So haben wir uns die Zukunft nicht vorgestellt. Dieser Krieg wurde uns aufgezwungen. Wir kämpfen ums Überleben für Menschlichkeit, dies ist ein Krieg, aus dem wir gestärkt hervorgehen müssen.

Noch heute hält die Hamas Entführte, deren Schicksal ungewiss ist. Noch immer sind nicht alle Kinder, alle Mütter, alle Väter, die ihren Lieben entrissen wurden, zurückgekehrt. Noch immer wissen wir nicht, was mit ihnen passiert ist, Männer und Frauen, Jung und Alt, Juden und Araber, Israelis und Ausländer. Tel Aviv ist Aktionszentrum der Angehörigen der Entführten, des Kampfes für ihre Rückkehr nach Hause. Wir unterstützen die Familien auf dem Protestplatz mit notwendigen Leistungen in ihrem schmerzhaften, mutigen und gerechten Kampf. Zurzeit sind sie Tel Aviver und so behandeln wir sie.

Meine Damen und Herren, ich fungiere als Sprachrohr der Angehörigen der Entführten, die Tel Aviv in diesen schwierigen Momenten in sein Herz geschlossen hat. Ich bitte Sie: Helfen Sie uns, diese Menschen wieder nach Hause zu bringen! - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir sind jetzt damit wieder an dem Punkt, an dem wir einen Übergang in unser Ratsgeschäft schaffen müssen. Ich beginne damit, wer nach den mir vorliegenden Meldungen heute entschuldigt ist. Das sind: Herr Dr. Elster, Frau Dickas, Herr Karaman, Frau Niknamtavin, Frau Steinmann, Frau Roß-Belkner und Herr Dr. Unna. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Bauer-Dahm, Frau Brock-Storms und Herrn Spehl.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: Im öffentlichen Teil eine Anfrage unter TOP 4.4, TOP 7.2.4, 7.4 und 7.5, TOP 10.34 und 10.35, TOP 17.6 bis 17.15. Im nichtöffentlichen Teil TOP 24.10 bis 24.13. Abgesetzt wurden: TOP 10.8, TOP 10.14, TOP 11.1 und 12.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT haben heute zum Thema „gemeinwohlorientierte Entwicklung des Osthofs der Hallen Kalk“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Beratung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann liegt unter TOP 3.1.10 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, ebenfalls von heute, vor.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Moment mal! - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der ist aus dem Finanzausschuss! Ich kann dazu etwas sagen!)

Es geht um das Thema „Ergänzung Struktursicherungsfonds 2023.“ Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mein Mandatos hängt, deswegen kann ich leider nicht sehen, warum die Vorlage dringlich sein sollte. Vielleicht könnte einer der Antragsteller das mal begründen. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, würden Sie Ihrem Ratskollegen helfen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde tatsächlich einfach auf die schriftliche Dringlichkeitsbegründung verweisen. Mein Mandatos hängt auch.

(Matthias Büschges [AfD]: So geht das aber nicht!)

Nein, natürlich. Entschuldigung. Das ist aus dem Finanzausschuss, wo es hingehört hätte. Es geht um die Ergänzung des Struktursicherungsfonds für das Jahr 2023. Dort geht es um Ergänzungen für den Bereich der Umweltbildung, Tierheime und Auffangstationen. Die haben sich erst nach der letzten Sitzung des Finanzausschusses des Rates als dringlich herausgestellt. Damit die Mittel in diesem Jahr noch verausgabt werden können, besteht hier also Handlungsbedarf. Der Antrag müsste Ihnen entsprechend aber auch eingestellt worden sein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Jetzt kommt bei mir gerade noch ein weiterer Antrag an, in diesem Moment.

Ist er schon drin? Das kann ich jetzt nicht sagen. Er kommt jetzt gerade bei mir an. Es ist auch ein Dringlichkeitsantrag.

(Zurufe)

Wenn alle gleichzeitig sprechen, kann ich Sie leider nicht verstehen. Das wäre auf der Tagesordnung 3.1.11. Es geht um das Thema Anpassung des Strukturförderfonds für 2024. Also inhaltlich durchaus passend zu dem, was wir vorher beraten. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Herr Joisten.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? - Niklas Kienitz [CDU]: Bitte?)

Christian Joisten (SPD): Keine Wortmeldung zur Dringlichkeit. Ich will nur darauf hinweisen: In Session ist es falsch ausgewiesen. Es ist auch ein Antrag der SPD. Das wird oben nicht genannt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also, bei mir steht jetzt, es ist ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der Volt-Fraktion, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT.

(Christian Joisten [SPD]: In Session steht er ohne!)

Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Also, bei aller Liebe, so können wir nicht arbeiten. Das ist weder professionell noch ist es der Sache angemessen. Ich habe es heute schon in der Finanzausschusssitzung gesagt: Hier kommen alle möglichen Leute im letzten Moment um die Kurve mit irgendwelchen Nachtragshaushalten: hier Geld vergessen, da brauche ich noch einen Nachschlag. Also, meine Damen und Herren, wir sind hier die viertgrößte Stadt in Deutschland. Das ist kein Kasperletheater. So können wir nicht entscheiden! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich das als Wortmeldung gegen die Dringlichkeit betrachten?

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Gibt es weitere Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Die AfD Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zum Antrag 3.1.6 noch Beratungsbedarf und würden bitten, ihn heute herunterzunehmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen! Zum Beratungsbedarf: Das kann ich ein Stück weit nachvollziehen. Wir würden uns aber sehr freuen, wenn es hier heute nicht ein absoluter Beratungsbedarf werden würde, sondern wenn wir das Thema andiskutieren und dann vielleicht im Januar im Hauptausschuss zu einer Entscheidungsfindung kommen könnten. Denn es ist jetzt schon so, dass wir im nächsten Jahr in Personalangelegenheiten ein bisschen was vor der Brust haben, und da wären 4 Wochen Zeitgewinn bis zur nächsten Ratssitzung doch von Vorteil. Von daher würde ich darum bitten, dass die antragstellenden Fraktionen hierüber noch mal nachdenken. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, ich würde gerne an der Stelle ergänzend fragen, wo Sie das im Hauptausschuss erwarten. Wie Sie ja besonderen Wert darauf legen, ist das ein Verfahren des Rates und nicht des Hauptausschusses. Also, es würde dann im Rat wieder auf uns zukommen, nicht im Hauptausschuss. Das Beigeordnetenverfahren ist kein Verfahren des Hauptausschusses. Darüber hat der Rat zu befinden.

Herr Busch hatte sich gemeldet.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Meine Damen und Herren! Unter den 4er-Punkten fehlen noch Antworten aus der letzten Sitzung zu den Nachfragen. In Session, das habe ich gesehen, wurde es für erledigt erklärt, aber die sind bei uns nicht beantwortet worden, leider. Wir hatten in der letzten Sitzung Nachfragen - Ja, Frau Gies? Sie schütteln den Kopf -, die fehlen jetzt einfach auf der Tagesordnung, weil wir von der Verwaltung die Rückmeldung noch nicht haben. Also, ich habe jetzt gesehen, zu der einen Sache, wo wir darum gebeten haben, dass sich die Verwaltung ihre eine Antwort noch mal anschaut, da haben wir keine Rückmeldung bekommen, es ist einfach nur als erledigt angemarkert. Und zu den zwei Rückfragen zu der anderen Anfrage: die sind nicht beantwortet und es steht auch „erledigt“ im System drin. Das kann nicht sein, denn sie müssten ja doch trotzdem noch beantwortet werden. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soweit ich das jetzt sehe, werden wir das dann bei dem Punkt in der Tagesordnung behandeln.

(Philipp Busch [AfD]: Er ist nicht drauf!)

- Doch, die Punkte sind doch auf der Tagesordnung.

Philipp Busch (AfD): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann schreiben Sie uns das bitte noch mal. Ich habe jetzt keine Ahnung. Ich kann das wirklich nicht beurteilen, ob das auf der heutigen Tagesordnung ist oder nicht. Aber wir stimmen jetzt über die heutige Tagesordnung ab, und alles, was Ihnen jetzt vorgelegt wird, darüber stimmen wir ab und über den Rest natürlich nicht. Können wir ja nicht.

Philipp Busch (AfD): Ich wollte nur festhalten, dass etwas fehlt. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Ich kümmere mich gerne darum. Ich kann es jetzt nicht nachvollziehen.

So, jetzt würde ich gerne erst einmal darüber abstimmen, ob der Verweisungsantrag aufrechterhalten wird; dann in den Rat, nehme ich an.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja das Gleiche, wie wenn wir Beratungsbedarf haben!)

- Und dann über den Beratungsbedarf. Aber ich muss es ja getrennt abstimmen lassen. Erst über den Verweisungsantrag.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir haben ein Angebot: Wir enthalten uns bei den beiden Anträgen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also beraten wir über den Beratungsbedarf. Gibt es Gegenstimmen zum Beratungsbedarf, der angemeldet wurde? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist das so aufgenommen.

Dann können wir jetzt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

*Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste im Zuschauerbereich, alle Zuschauer*innen im Internet und Zuhörer*innen im Audio-Livestream, die Vertreter*innen der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister*innen sowie die Ratsmitglieder.*

Vor Eintritt in die Tagesordnung blickt Frau Reker auf das zu Ende gehende Ratsjahr zurück.

Sie teilt mit, dass RM Katja Hoyer, die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion zum Ende des Jahres ihr Mandat niederlegt und dankt ihr für ihren langjährigen und ehrenamtlichen Einsatz für Köln.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet Ron Huldai, der Bürgermeister der Kölner Partnerstadt Tel-Aviv Yavo, einige Worte per Videobotschaft an die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

*I. Als Stimmzähler*innen schlägt sie die Ratsmitglieder (RM) Herrn Bauer-Dahm, Frau Brock-Storms und Herrn Spehl vor. Der Rat ist hiermit einverstanden.*

II. Frau Oberbürgermeisterin Reker nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

4.4 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege zur Ost-West-Achse"
AN/2155/2023

7.2.4 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Bereich der Schulmieten im TP 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2023
3791/2023

7.4 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022
3881/2023

7.5 Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2027
3702/2023

*10.34 Pilotprojekt „INSGES*AMT - Inklusive Service-Gestaltung im AMT"*
hier: Genehmigung zur abweichenden Verwendung von Zuschussmitteln
3582/2023

10.35 Radsportzentrum NRW
4007/2023

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Besetzung in Ausschüssen"
AN/2157/2023

17.7 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Umbesetzung von Sachkundigen Einwohner:innen"
AN/2161/2023

17.8 TOP 17 - Gremienbesetzung - Aufsichtsrat Kölner Sportstätten GmbH
AN/2163/2023

17.9 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend „Umbesetzung von Gremien“
AN/2164/2023

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Gremienbesetzung Verkehrsausschuss"
AN/2165/2023

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat"

AN/2167/2023

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend " TOP 17 Wahlen: Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern –
Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin

AN/2168/2023

17.13 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Gremienumbesetzung"
AN/2170/2023

17.14 Antrag der Volt-Fraktion betreffend "Umbesetzungen in Gremien"

AN/2162/2023

17.15 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Umbenennung von Ratsmitgliedern mit beratender Stimme in Ausschüssen"
AN/2178/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

24.10 RheinEnergie AG
3967/2023

24.11 RheinEnergie AG
3982/2023

24.12 Anmietung der Immobilie Ostmerheimer Straße zur Nutzung durch das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
3439/2023

24.13 Anpassung des Planungs- und Genehmigungsprozesses zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektroautos im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln
3847/2023

Absetzungen:

I. Öffentlicher Teil

10.8 Bedarfsfeststellung für ein Zentraldepot der Museen der Stadt Köln + erweiterte Grundlagenermittlung
2853/2023

10.14 Erweiterter Planungsbeschluss für die Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse, Bereich West, Haltestellen Melaten, Junkersdorf, Mohnweg, Bahnstraße, Weiden Zentrum, Weiden Römergrab und Weiden West
2494/2023

11.1 226. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen Arbeitstitel: Rondorf Nord-West" in Köln-Rondorf hier: Feststellungsbeschluss
2926/2023

12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66389/03 Arbeitstitel: Rondorf Nord-West in Köln-Rondorf
3292/2023

III. Es liegen drei Dringlichkeitsanträge vor:

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Entwicklung des Osthofs der Hallen Kalk"

AN/2175/2023

Die Oberbürgermeisterin lässt über die Behandlung des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag als TOP 3.1.9 in die Tagesordnung aufgenommen.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ergänzung Struktursicherungsfonds 2023"
AN/2176/2023

Die Oberbürgermeisterin lässt über die Behandlung des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Damit ist der Antrag als TOP 3.1.10 in die Tagesordnung aufgenommen.

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke und Volt sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Anpassung des Strukturförderfonds für 2024" AN/2179/2023

RM Boyens spricht sich gegen die Dringlichkeit aus.

Die Oberbürgermeisterin lässt über die Behandlung des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Damit ist der Antrag als TOP 3.1.11 in die Tagesordnung aufgenommen.

IV. RM Hammer meldet Beratungsbedarf an zu

TOP 3.1.6
Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Verfahren für zukünftige Beigeordnetenwahlen"
AN/2116/2023

Frau Oberbürgermeisterin lässt über die Zurückstellung des Antrages in die nächste Sitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

RM Busch erinnert an die noch fehlenden Antworten auf seine Nachfragen zu den schriftlichen Anfragen aus der letzten Sitzung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die Tagesordnung in der so geänderten Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So. Aktuelle Stunde haben wir keine.

Wir kommen direkt zu den Schenkungen.

Ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Annahme der Schenkung der Sammlung von 61 europäischen Mörsern des 15. bis 19. Jahrhunderts von Dieter und Christel Schürzeberg an das Museum für Angewandte Kunst
3575/2023

Wer diese Schenkung anzunehmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA FREUNDE & GUT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, die AfD-Fraktion und Die FRAKTION. Ich wollte gerade nach Gegenstimmen fragen, aber jetzt frage ich noch mal, obwohl es eigentlich keine Gegenstimmen mehr geben sollte: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich sehr bei Dieter und Christel Schürzeberg für ihre großzügige Schenkung.

(Beifall)

Die Schenker haben uns übrigens vor einigen Jahren schon mal chinesische Bronzen im Wert von über 3 Millionen Euro geschenkt, die sich jetzt im Ostasiatischen Museum befinden.

(Zurufe)

- Das stimmt doch! Ich kenne sie nämlich. Ich kenne die chinesischen Bronzen, und ich kenne auch die Mörser.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind die noch da?)

- Die sind noch da.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Die sind nicht gestohlen worden?)

So, dann die nächste Schenkung.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Sammlung von 61 europäischen Mörsern des 15. Bis 19. Jahrhunderts von Dieter und Christel Schürzeberg an das Museum für Angewandte Kunst an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.2 Annahme der Schenkung bedeutender moderner Glaskunst - Studioglas-Sammlung Markus Eisenbeis 3372/2023

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA FREUNDE & GUT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, Die FRAKTION und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch keine.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der 40 Objekte bedeutender moderner Glaskunst von Markus Eisenbeis an das Museum für Angewandte Kunst Köln an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

2.3 Aufwertungsmaßnahme für die historische Grünanlage Alhambra im Inneren Grüngürtel
Hier: Annahme einer Schenkung der Kölner Grün Stiftung
2017/2023

Hier gibt es Redebedarf. Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer! Ich habe nur eine kurze Anmerkung dazu, und zwar: Im Umweltausschuss wurde unsere Frage „Wer gießt das Ganze denn dann?“ beantwortet mit: „das städtische Grünflächenamt“. Und in der Presse wurde die Grün Stiftung zitiert, sie werde das gießen. Ich möchte nur anregen, dass das geklärt wird, damit wir keine kleinen, vertrockneten Pflänzchen da stehen haben, weil wir uns ja sehr über das Ganze hier freuen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für den Hinweis. Der wird aufgenommen. Wer wünscht, diese Schenkung der Grün Stiftung anzunehmen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, KLIMA FREUNDE & GUT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, Die FRAKTION und die AfD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich sehr bei der Kölner Grün Stiftung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen jetzt zu den Anträgen des Rates.

Beschluss:

Der Rat begrüßt die Aufwertungsmaßnahmen der historische Grünanlage Alhambra im Inneren Grüngürtel ausdrücklich und nimmt die Schenkung der Kölner Grün Stiftung im Umfang von 60.000 € dankend an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP und Volt

betreffend "Verzicht auf Stellung von Strafanträgen wegen Beförderungserschleichung seitens der KVB AG" AN/1663/2023

Als Erster hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Ratssaal und natürlich im Livestream! Wir beginnen heute unseren inhaltlichen Debattenreigen mit einem sehr wichtigen Beschluss - mit einem Beschluss, in dem wir die KVB beauftragen, zukünftig auf Strafanzeigen zu verzichten, wenn ein Fahren ohne Fahrschein stattfindet. Eine lange Geschichte geht hier in Köln zu einem guten Ende, und das ist ein guter Start für unsere inhaltlichen Debatten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Es ist ein guter Start, weil sowohl die Betroffenen dadurch in ihren Lebensverhältnissen verbessert werden und natürlich Justiz und Strafvollzugsanstalten entlastet werden. Dieses Thema ist in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen immer wieder beantragt worden, sei es im Bundestag 2018 von unserer Grünen-Bundestagsfraktion, aber auch von der FDP in einzelnen Parlamenten heute auch. Danke, dass Sie es auf die Agenda der heutigen Ratssitzung als Antrag gesetzt hatten. Wir konnten ihn somit gemeinsam in die richtige Form bringen, sodass wir diesen Antrag heute auf breiter demokratischer Mehrheit beschließen können. Ich werbe noch mal bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU darum, das zu würdigen oder mitzunehmen. Vielleicht können Sie auch dieses Vorhaben in der Abwägung aller Punkte, die noch kommen mögen, positiv begleiten.

Worum geht es konkret? Beim Fahren ohne Fahrschein mit der KVB kann die KVB - und sie tut es auch - Strafanzeigen oder Strafanträge wegen Beförderungserschleichung stellen, sprich: Fahren ohne Fahrschein. Das hat zur Konsequenz in mehreren Prozessschritten, dass bei den betroffenen Personen, die es nicht zahlen können, dann das Gefängnis, also praktisch die Ersatzfreiheitsstrafe, droht. Das ist die Konsequenz. Wen trifft es hauptsächlich? Sehr häufig sind Personen betroffen - circa 1 000 Personen in Deutschland, die es nicht zahlen können -, die in prekären Lebensverhältnissen leben, das Entgelt nicht bezahlen können und dann so mehrere Tage ins Gefängnis kommen, mit allen Konsequenzen für ihre persönlichen Behandlungs- und Betreuungssituationen. Es hilft keinem, wenn diese Personen dort reinkommen.

Ein weiterer Punkt ist: Mit unserem Antrag, mit unserem Beschluss heute entlasten wir die Justiz und die Gefängnisse von über 1 000 Menschen, die wegen des Fahrens ohne Fahrschein, aber auch über 4 000 Menschen, die aufgrund von Ersatzfreiheitsstrafen dort einsitzen. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag in der Abwägung der Argumente, dies zu tun oder nicht zu tun.

Man fragt sich jetzt natürlich: Fahren jetzt alle ohne Fahrschein?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nein! Niemand wird sagen: Hurra, ich fahre jetzt KVB ohne Fahrschein, denn ich komme nicht mehr ins Gefängnis! Bei allem Respekt für das Fahren mit der KVB: So ist das jetzt auch nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und auch das Fahren ohne Fahrschein bleibt weiterhin nicht folgenlos, sondern das erhöhte Beförderungsentgelt wird von der KVB mit zivilrechtlichen Mitteln weiterverfolgt, und das Geld wird dort eingetrieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag zur Beendigung von Strafanträgen wegen Beförderungserschleichung bei der KVB hat für die Betroffenen viele Vorteile. Es ist eine Entlastung für die Justiz. Es ist ein würdevoller Umgang mit den Betroffenen und ihrer Lebenssituation. Deswegen freuen wir uns sehr, dass dieser Antrag heute auf breiter Basis beschlossen wird und laden noch mal alle Beteiligten dazu ein, dabei mitzuwirken. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schwarzfahren ist kein Bagatelldelikt, sondern Diebstahl an uns allen, an der Allgemeinheit. Heute werden wir hier im Rat darüber entscheiden, ob im Wiederholungsfall die Erschleichung von Dienstleistungen weiterhin durch die Kölner Verkehrsbetriebe AG zur Anzeige gebracht wird. Ich muss Ihnen sagen, die Entscheidung über diese Maßnahme ist unserer Fraktion schwergefallen. Denn es ist immer noch eine Abwägungsfrage zwischen zwei Hauptargumenten:

Auf der einen Seite nehmen wir mit diesem Antrag unseren Verkehrsbetrieben als Geschädigten die Möglichkeit, im Ultima-Ratio-Fall auch das Vergehen zur Anzeige zu bringen. Mit unserem Antrag ermöglichen wir aber trotzdem weiterhin die vorläufige Festnahme nach § 127 StPO durch die Fahrausweisprüfer*innen.

Auf der anderen Seite steht die elementare Frage, ob die Anzeige wirklich zu einer signifikanten Reduktion der Personen ohne gültigen Fahrausweis führt bzw. ob sich eine Person, die wegen dieses Vergehens im Gefängnis saß, danach davon abhalten lässt, wieder ohne gültigen Fahrausweis zu fahren. Herr Richter hat das gerade eben richtigerweise erwähnt.

Hinzu kommt, dass hauptsächlich arme Menschen von Strafen betroffen sind. Dahinter versteckt sich die Frage: Wollen wir eine Gesellschaft der Vorbestraften wegen Kleinstdelikten? Oder wollen wir eine Gesellschaft, die solidarisch gemeinsam lebt? In dieser Abwägung ist unsere Frage klar zugunsten unseres Antrages zu beantworten. Ich danke an dieser Stelle der FDP und allen mitantragstellenden Fraktionen, dass wir diesen Antrag gemeinsam so stellen konnten. Deswegen kann ich nur empfehlen: Stimmen Sie diesem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen es ehrlich zugeben, trotz des wirklich tollen Antrages heute, den wir gemeinsam breit abstimmen werden, dass wir tatsächlich nicht wissen, ob das Fahren ohne gültigen Fahrausweis auf Bundesebene im kommenden Jahr tatsächlich von einem Straftatbestand zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird. Das wissen wir nicht. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen ist es umso wichtiger, dass wir heute die Weichen in die richtige Richtung stellen.

Niemand darf wegen Armut ins Gefängnis kommen. Ein Gefängnisaufenthalt hat selten das Potenzial, aus einem armen Menschen einen Reichen zu machen. Ganz im Gegenteil. Eher verstärkt es eine Abwärtsspirale. Die hier mehrfach erwähnte Ersatzfreiheitsstrafe ist ein Instrument der Diskriminierung von einkommens- und vermögensschwachen Menschen, die häufig am Existenzminimum leben. Vor allem ärmere Menschen sind hiervon betroffen, weil sie nicht in der Lage sind, die hohen Geldstrafen zu bezahlen. Soziale Desintegration in Form von Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit und Abhängigkeit von legalen und illegalisierten Drogen spielen dabei oft eine entscheidende Rolle. So werden Ersatzfreiheitsstrafe in der Praxis überwiegend wegen Bagatelldelikten - wie hier: Fahren ohne Fahrschein - gegen Mittellose, Erwerbslose bzw. mehrfachbelastete sowie sozial benachteiligte Personen verhängt.

Auch erfüllt die Ersatzfreiheitsstrafe in diesen Fällen nicht ihren eigentlichen Zweck als Druckmittel, entsprechend eine Zahlungsfähigkeit herzustellen. Die wird sich ja durch eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ändern. Diese Menschen bleiben weiterhin zahlungsunfähig. Die ursprünglich mit der Ersatzfreiheitsstrafe - oder überhaupt der Freiheitsstrafe - gewollte Resozialisierung wird ebenfalls nicht erreicht. Vielmehr trägt diese zu einer weitergehenden Entsozialisierung bei. Wohnungslosigkeit, Arbeitsplatzverlust, soziale Isolation sind oft die Folgen. Daher ist es notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen, Armutsdelikten verstärkt mit sozialstaatlichen Maßnahmen statt mit Freiheitsentzug zu begegnen. Deswegen ist dieser Antrag heute besonders wichtig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Denn diese Belastungen führen auch zu umfangreichen staatlichen Ausgaben, die an anderer Stelle besser investiert wären. Herr Richter hat es gerade erwähnt: Entlastung der

Justizvollzugsanstalten ist etwas, was wir damit entsprechend bekräftigen.

Arme aus der Armut zu holen ist eine der obersten Prioritäten der LINKEN. Und es geht nicht, indem man Arme für ihre Armut bestraft. Ich möchte gerne auf die Initiative „Freikaufen Köln“ des Vringstreff e.V. hinweisen. Diese befreit vormals obdachlose und arbeitslose Menschen aus der JVA in Köln-Ossendorf, die wegen des Fahrens ohne Fahrschein im Gefängnis sitzen. Somit wird dem Staat sogar Geld gespart, weil jeder Hafttag die Steuerzahler*innen durchschnittlich circa 150 Euro kostet. Im Aufruf des Vringstreffs wird im Kern eine Abschaffung des § 265a und ein langfristig kostenlos nutzbarer ÖPNV gefordert. Thomas Münch von der Initiative sagt - ich zitiere -:

> Da sollte man lieber jedem Sozialhilfeempfänger automatisch ein 9-Euro-Ticket geben.

Es ist ein Interview von damals, das Ticket kostet mittlerweile leider 49 Euro. Interessanterweise hatten wir in den drei Monaten, als es noch das 9-Euro-Ticket gab, kaum Menschen, die bei der KVB ohne Ticket gefahren sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mit der Einführung des Deutschlandtickets, die eine wirklich sehr, sehr große Errungenschaft ist, hat jedoch längst nicht jede Person die finanziellen Möglichkeiten, sich einen solchen Fahrschein zu kaufen. Auch das Sozialticket für 39 Euro ist leider hinter den Forderungen von Verbänden und Bündnissen zurückgeblieben. Mobilität ist das Recht aller und darf nicht länger das Privileg derjenigen sein, die ökonomisch abgesichert sind. Festzustellen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein günstiger ÖPNV eine große Stellschraube ist, das Fahren ohne Fahrschein deutlich zu reduzieren, unabhängig davon, dass wir heute diesen Antrag beschließen werden.

Bis dahin, liebe Kolleginnen und Kollegen, braucht es solch eines Beschlusses und spart dem Staat, aber auch der Initiative „Freikaufen Köln“ das Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird. Deswegen freue ich mich, dass wir heute gemeinsam diesen Antrag beschließen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet! Zunächst ganz herzlichen Dank von meiner Fraktion an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, die unsere Anregung wohlwollend aufgenommen haben und heute in dieser Breite einen gemeinsamen Antrag stellen. Denn in der Tat ist es so, lieber Kollege, dass der Gedanke für diesen Antrag einem Parteitagsbeschluss der FDP Köln entspringt. Aber das nur nebenbei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es? Es geht erstens darum, die Justiz zu entlasten. Zweitens: Es geht darum, das Staatssäckel zu entlasten. Drittens: Es geht darum, damit aufzuräumen, dass der KVB dadurch ein Schaden entsteht. Viertens: Es geht auch darum, mit Düsseldorf gleichzuziehen. Und letztens: Es geht auch um ein Stück Gerechtigkeit. Der Reihe nach.

Die Kolleginnen und Kollegen haben bereits darauf hingewiesen: Die Justiz wird entlastet, es wird entkriminalisiert, es werden keine Hauptverfahren mehr durchgeführt. Das Ganze wird, wenn es dann auch Bundesgesetz wird, in einem vereinfachten Verfahren durchgeführt. Ich glaube, uns eint alle der Wunsch danach, unsere Justiz zu entlasten. Schade, dass sich die CDU hier die Gelegenheit zum Bürokratieabbau entgehen lässt.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Zuruf von Bernd Petelkau [CDU])

Zweitens - zum Rechtsstaat, Herr Petelkau, komme ich gleich noch -: Es geht um eine Entlastung des Staatssäckels. Die Kollegin Tokyürek hat ja bereits vorgerechnet, wie teuer eine Nacht oder ein Tag im Knast ist. Es geht ja nur um ganz kurze Haftstrafen. Der Aufwand, der für diese Haftstrafen getroffen wird, ist immens und rechtfertigt in keiner Weise den Nutzen. Lieber Kollege Petelkau, schade, dass sich die CDU die Gelegenheit zur Entlastung des Staatssäckels hier entgehen lässt.

Drittens: Es geht nicht darum, dass der KVB ein finanzieller Schaden entsteht.

(Bernd Petelkau [CDU]: Doch! Größer!)

Ganz im Gegenteil. Ich persönlich glaube, dass durch die geringere Verfolgung, durch den geringeren Aufwand bei der KVB, Strafanträge zu stellen, hier Ressourcen geschont werden können.

Viertens, Herr Kollege Petelkau, passen Sie genau auf: Es geht uns um eine Frage der Gerechtigkeit. Wer in Köln 2,40 Euro spart und parkt, ohne einen Parkschein zu ziehen, der bekommt ein Knöllchen in Höhe von 15 Euro. Und wer in Köln 2,40 Euro spart oder sie nicht hat, um vom Rudolfplatz zum Chlodwigplatz zu fahren, der soll ins Gefängnis. Das ist nicht gerecht, und das hat mit Rechtsstaat nichts zu tun!

(Lebhafter Beifall - Zuruf von (Bernd Petelkau [CDU])

Herr Petelkau, bevor Sie hier das Hohelied des Rechtsstaats singen, entscheiden Sie, welche Wertung Sie hier vornehmen.

(Weitere Zurufe von Bernd Petelkau [CDU])

Last but not least, Herr Petelkau, vielleicht passt Ihnen und der CDU ja der Vergleich mit Düsseldorf. Denn es war der CDU-Oberbürgermeister in Düsseldorf, der ehemalige Stadtdirektor dieser Stadt Köln, der genau das in Düsseldorf eingeführt hat. Und selten sage ich es: Manchmal kann man sich auch aus Düsseldorf etwas abschauen. - Vielen Dank. Stimmen Sie dem Antrag zu.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der LINKEN und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Froh das Wort.

Manuel Uwe Froh (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren im Saal und außerhalb des Saals! Ich spreche den Dank nach der Rede direkt zu Beginn aus. Vielen Dank an die FDP für diesen Antrag. Diesen tragen wir natürlich sehr gerne mit, denn das Problem ist folgendes - ich wiederhole es noch einmal, damit es verständlich wird, und erkläre es anhand eines Beispiels -: Vielleicht kennt Ihr alle den Freiheitsfonds. Die haben vorgestern einen „Freedom Day“ gehabt. Das war nicht der erste. Und an dem Tag kauft der Freiheitsfonds Menschen frei, die ohne Fahrschein gefahren sind und so in den Knast gewandert sind. Übrigens, Herr Görzel, es sind meistens nur ein paar Tage. Wenn du aber Wiederholungstäter bist, kann es auch vorkommen, dass du ein paar Monate für „keinen Fahrschein“ im Knast bist. Also: Monate im Gefängnis sitzen dafür, dass man 2,40 Euro für den Fahrschein nicht hatte.

Der Freiheitsfonds hat bisher in den letzten Jahren knapp 900 Menschen befreit. In diesen Gefängnissen sitzen Menschen, die sich diesen Fahrschein oder die 60 Euro nicht leisten können - im Gegensatz zu den meisten Menschen, die hier zum Beispiel im Rat sitzen, wahrscheinlich. Sie brauchen möglicherweise diesen ÖPNV, weil sie zum Amt fahren müssen. Sie haben kein Auto, mit dem Fahrrad ist es zu weit. Sie brauchen diese KVB-Fahrt, um zum Amt zu fahren. Das Bürgergeld reicht aber hinten und vorne nicht, um sich diesen Fahrschein kaufen zu können. Das führt dazu, dass diese Ersatzfreiheitsstrafe de facto eine Strafe für arme Menschen ist. Sie betrifft reiche Menschen einfach nicht. Sie bestraft Menschen, die kein Geld haben. Der Freiheitsfonds schreibt dazu:

> Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland eine Straftat. Tausende Menschen landen jedes Jahr im Gefängnis, weil sie sich kein Ticket für den öffentlichen Nahverkehr leisten konnten. Bis zu ein Jahr sitzen die Leute in Haft.

Ein Jahr!

> Die Betroffenen sind überwiegend arbeitslos (87%), ohne festen Wohnsitz (15%) oder suizidgefährdet (15%).
>
> Der Straftatbestand wurde 1935 von den Nazis eingeführt. Bis heute werden dadurch Menschen fürs Fahren ohne Fahrschein häufig härter bestraft als z.B. Menschen, die angetrunken Auto fahren.

Darüber hinaus ist die Haftstrafe das härteste Mittel, das der Staat zur Verfügung hat. So kann es auch passieren, dass du als Schwarzfahrer auf einmal im Knast sitzt, neben richtigen Verbrechern, die wirklich etwas Schlimmes getan haben.

Vielleicht noch ein letzter kurzer Satz zum Haushalt. Das ist nämlich wirklich ein sehr netter Nebeneffekt. Frau Tokyürek hat es gesagt: 150 Euro im Durchschnitt, in der Spitze sind es bis zu 200 Euro pro Tag, die ein Hafttag kostet. Durch

die Freikäufe des Freiheitsfonds wurden so in den letzten Jahren knapp 13 Millionen Euro gespart, weil wir die Menschen befreit haben. Ich denke, spätestens da sollte man dann vielleicht sagen: Dem können wir hier zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Liebe Zuschauer! Sie können es den Antragstellern entnehmen, dass dieser Antrag heute durchgehen wird. Das ist jetzt keine Vorwegnahme, aber nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen gerne begründen, warum wir als CDU diesem Antrag nicht folgen werden. Starten wir mal mit dem Antrag selbst und der Tatsache, dass die KVB schon viel in diesem Thema macht. Dieser Antrag stellt jetzt diese Mitarbeiter, diese Verantwortlichen als eiskalte Menschen dar, weil die nicht abwägen, nicht entscheiden können, wo ist es jetzt richtig und wo ist es jetzt nicht richtig, einen Strafantrag zu stellen? Das ist gegenüber diesen Menschen eine Frechheit.

(Zurufe von der FDP und Volt)

Zweitens. Wir sind uns ganz sicher, lieber Herr Görzel, dass diese Menschen die gebotene Sorgfalt walten lassen, bei dem Einzelfall zu entscheiden, was jetzt richtig und was falsch ist. Wenn Sie da eine andere Meinung haben: auch okay.

Drittens. Wir haben den Köln-Pass für bedürftige Menschen. Also, viele Ihrer Punkte laufen da ins Leere.

So, jetzt der nächste Punkt. Sie schreiben selbst, der § 265a StGB ist ein relatives Antragsdelikt. Das heißt, Ihr Antrag läuft auch sehr stark ins Leere, weil es am Ende des Tages so ist, dass die Staatsanwaltschaft immer noch die Strafverfolgung anstreben kann bei einem besonderen öffentlichen Interesse. Da will ich einfach nur auf eine Entscheidung des Kammergerichts Berlin 2016 hinweisen, die besagt:

> Beim dreimaligen Verstoß liegt regelmäßig ein besonderes öffentliches Interesse vor.

Auf gut Deutsch: Die Staatsanwaltschaft kann und wird immer noch weitermachen, trotz dieses Antrages. Also: nur Papier.

So, jetzt wird es ein bisschen technischer. Sorry, aber am Ende produziert dieser Antrag auch eine sehr interessante Rechtslage. Die Weisung, die hier erteilt wird, ist deswegen interessant, weil Weisungen nicht schrankenlos sind. Weisungen haben Schranken im Innern, und das muss man auch beachten, selbst bei einem Beherrschungsvertrag. Da will ich einfach nur mal auf den § 309 Abs. 1 AktG verweisen:

> Besteht ein Beherrschungsvertrag, so haben die gesetzlichen Vertreter (beim Einzelkaufmann der Inhaber) des herrschenden Unternehmens gegenüber der Gesellschaft bei der Erteilung von Weisungen an diese die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden.

Umgekehrt, von der KVB-Vorstandsperspektive sagt der § 308 Abs. 2, dass, wenn es offensichtlich nicht den Belangen dient, man dieser Weisung auch nicht folgen muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich will jetzt hier nicht behaupten, dass ich das beantworten kann. Das ist Konzernrecht. Ich kann auch nicht beantworten, ob die Weisung der Gesellschafterversammlung das alles abräumt. Aber Sie produzieren hier eine unsichere Rechtslage, die die Organe belastet, die dort sitzen - für nichts. Weil die KVB schon viel macht und weil es ein relatives Antragsdelikt ist und die Staatsanwaltschaft weiterverfolgen wird. So.

Jetzt vielleicht zum letzten Punkt und vermutlich auch zum wichtigsten. Es ist ein absolut fragwürdiger Umgang mit Bundesrecht. Also der § 265a StGB, das kann hier allen missfallen, ist aktuelle Rechtslage. Es ist geltendes Gesetz. Der Deutsche Bundestag hat darüber entschieden, mehrfach. So. Und hier jetzt als Stadt Köln, die mittelbare Staatsverwaltung ist, zu sagen: Oh, das interessiert uns nicht, wir wissen es besser. Also, ich finde, das steht uns einfach nicht. Wir sollten den Bundestag respektieren. Wir sollten den Landtag respektieren und wir sollten die dahinterstehenden Wertungen respektieren. Es ist ja alles schön und gut, dass die Ampel sich vorgenommen hat, das zu streichen. Es ist aber nicht gestrichen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein ganz großes Fragezeichen dahinter, ob es gestrichen wird, weil es am Ende die Verkehrsverbünde auf der Bundesebene sind, die gerade im Bundesjustizministerium anklopfen und sagen: Bitte, streicht das nicht, bitte, bitte nicht. Also, es ist jetzt so, wie es ist. Dieser Antrag wird durchgehen. Ich kann das verstehen, ich habe auch die Argumente gehört. Lieber Manfred, ich widerspreche dir ungerne, das weißt du. Aber mit den Gründen, die man hier gesehen hat, sehen wir uns dann doch gezwungen zu sagen, dass dieser Antrag einfach keinen Sinn macht, ins Leere läuft und im Zweifel auch noch eine unsichere Rechtslage produziert. Deswegen werden wir diesen Antrag heute ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Geschätztes Publikum auf der Tribüne und im Livestream! Wir haben jetzt schon einiges gehört. Herr Görzel, ich hoffe, Sie wundern sich nicht über Ihre schlechten Zustimmungswerte im Bund. Da Sie ja die Vergleiche lieben: Im Ländle hat die FDP diesen Vorstoß ebenfalls abgelehnt.

Herr Spehl, ich vermisse Ihre Eingaben eigentlich sonst bei den anderen Anträgen. Ich bin ein bisschen überrascht, dass es so mit dieser Stärke kommt. Man könnte meinen, es wäre Wahlkampf, bald. Sie - also Herr Dr. Elster, der leider heute nicht da ist - haben in der letzten Ratssitzung das Bündnis mit einer Brandrede verteidigt, und man konnte wirklich merken, dass Sie sich alle noch mal das Bündnis herbeiapplaudieren müssen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema!)

Ja, hören Sie genau zu, denn dieser Antrag ist doch sinnbildlich dafür, dass es immer wieder Punkte gibt, wo sich der eine Bündnispartner mit der Faust in der Tasche doch fragen muss: Warum mache ich das eigentlich?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zur Sache.

(Vereinzelt Beifall)

Matthias Büschges (AfD): Das ist ja zur Sache. Genau das ist ja der Punkt. Und deswegen können wir als echte - und da können Sie von uns noch einiges lernen - konservative Opposition in diesem Rat

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der SPD)

nicht erkennen, warum Sie nicht auf diesem Antrag - ja, da können Sie lachen - stehen, als rechter Flügel der Grünen. Wenn der Antrag nämlich im Verkehrsausschuss gestellt worden wäre… Dort sind Sie immer sehr beliebig, was das Abstimmungsverhalten mit den Grünen angeht. Vorab aber, um alle Spannungen zu nehmen: Wir lehnen diesen Antrag natürlich auch ab. Wir glauben, es ist der falsche Ansatz zu denken, dass man die Erschleichung von Leistungen entkriminalisieren kann. Es ist falsch zu glauben, dass man die Strafverfolgung entlastet, nur, weil man Gesetze ändert, Herr Richter. Wenn man nämlich zum Beispiel den Staatsanwalt entlastet, wird das Ordnungsamt oder die Kommune oder wer sich dann darum kümmern soll, eben belastet. Und das kann ja wohl nicht in unserem Sinn sein.

(Der Redner macht eine Pause - Zuruf)

Ich bin noch nicht fertig. Keine Sorge.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Schade!)

Hören Sie gut zu! Drei Viertel der Deutschen lehnen diese Änderung ab. Das ist übrigens fast genauso viel, wie die Ampel in Berlin ablehnt.

(Beifall bei der AfD)

Aber wo wir gerade bei Zahlen sind. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass deutschlandweit 4 400 Menschen wegen der Erschleichung von Leistungen in Haft sitzen. Herr Richter sagt, jeder Vierte davon wegen Schwarzfahrens. Das sind unter 0,1 Prozent der Bevölkerung. Meine Damen und Herren, Herr Richter! Frau Tokyürek, Sie haben es auch gesagt: Es gibt gewisse Spielregeln in diesem Land. Dazu gehört, dass man sich zum Beispiel ein Ticket löst, wenn man in einen Bus oder eine Bahn einsteigt. Das ist nämlich nur fair

den Menschen gegenüber, die sich vorher ein Ticket gekauft haben, vermutlich ihren ganzen Monat sogar finanziell um dieses Ticket herum planen, weil sie mobil sein wollen und weil sie das eben ablehnen, schwarz zu fahren.

In der Vergangenheit haben wir aber durch ganz viele Ihrer Anträge schon festgestellt, dass sie alles sind, aber nicht fair. Ich sage Ihnen deswegen: Wer mit der Bahn fahren möchte und nicht bereit ist, eine Fahrkarte zu kaufen, der begeht eine Straftat. Das sollte man nicht herunterspielen. Es ist ja schließlich kein Parkplatz hinter einem öffentlichen Gebäude für ehemalige leitende Beamte der Stadt. Oder unterscheiden Sie auch, liebe CDU, zwischen guter Erschleichung von Leistungen und schlechter?

Alles in allem ist Ihr Antrag aber genau das falsche Signal an die Bevölkerung. Sie sagen damit, dass man durchaus spekulieren könnte, ab welcher nicht erwischten Fahrt sich das Schwarzfahren dann wieder lohnt. Sie brüskieren damit jeden Menschen, der sich ein Ticket kaufen will. Sie sollten deswegen mit einigen Vorschlägen kommen, die Sie auch wieder in der Realität ankommen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die CDU-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Beschluss:

*Die Vertreter*in der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) wird angewiesen, die Geschäftsführung der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) auf Grundlage von § 37 Abs. 1 GmbHG anzuweisen, dem Vorstand der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) AG auf der Rechtsgrundlage des Beherrschungsvertrages zwischen der Kölner Stadtwerken GmbH (SWK) und der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) AG vom 25.09.2017 folgende Weisung zu erteilen:*

- Die KVB AG stellt ab sofort weder Strafanzeigen noch Strafanträge nach § 265a wegen Beförderungserschleichung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der AfD-Faktion betreffend "Willkommenskultur auch für zahlende Gäste der Stadt umsetzen und leben!" AN/2120/2023

Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Grün*innen! Diese Stadt hat kein Einnahmenproblem. Diese Stadt hat ein Ausgabenproblem. Diese schonungslose Analyse, meine Damen und Herren, verdanken wir der ehemaligen grünen Stadtkämmerin Klug. Sie trifft es auf den Punkt. So ist es nun auch bei der Kölner Bettensteuer, euphemistisch auch als „Kulturförderabgabe“ sprachlich schön getarnt. Wenn es darum geht, den Bürgern und wertschaftenden Milieus ihr sauer verdientes Geld abzupressen, dann ist diese Stadt ganz vorne dabei. So war es nämlich Köln seinerzeit als erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die die Bettensteuer einführte. Nun könnte man darüber noch gegebenenfalls hinwegsehen, wenn diese Stadt das vereinnahmte Geld denn auch in ein sauberes, in ein gepflegtes, in ein einladendes Erscheinungsbild investieren würde, um sich als beliebte Destination für Reisende aus aller Welt zu positionieren. Aber, meine Damen und Herren, weit gefehlt. Erinnert sei an den offenen Brief der Stadtführer an die Verwaltung vom Mai dieses Jahres. Ich zitiere:

> Es regt hier keinen Gast an, wiederzukommen. Die Leute sagen mir, wenn ich gewusst hätte, was mich hier erwartet, nur Baustellen, Lärm, Dreck, dann wäre ich in eine andere Stadt gefahren. Hierhin komme ich erst mal nicht zurück.

> Mich zieht hier nichts an. Das ist hier nur abstoßend.

Noch deutlicher wurde ein Tourist in einem offenen Brandbrief an die Oberbürgermeisterin, in dem er seine Erlebnisse mit Belästigungen durch urinierende Personen an der Haltestelle, Exkremente im Fahrstuhl und exzessivem Drogenkonsum in der Öffentlichkeit schilderte. Meine Damen und Herren, dieser Mann muss wohl zu häufig am Neumarkt umgestiegen sein. Diese Stadt - wir haben es als AfD im letzten Wahlkampf gesagt und wurden dafür hart angegangen - ist mittlerweile zum Palermo am Rhein verkommen. Zum Palermo am Rhein!

(Beifall bei der AfD)

Oder wie der grüne Minister, dessen Beruf nicht genannt werden darf, sagen würde; Zitat:

> Am Neumarkt sind wir von der Wirklichkeit umzingelt.

Das Ganze, meine Damen und Herren, wird auch nicht besser dadurch, dass wir später heute Nachmittag unter TOP 10.12 der KölnTourismus GmbH weiterhin die Verlustübernahme für die nächsten zehn Jahre garantieren. Köln ist ja bei Touristen ein so beliebtes Ziel.

Ihnen ist die kölsche Willkommenskultur ja immer ein besonderes Herzensanliegen. Nur, Ihr Problem dabei ist: Sie fokussieren sich seit Jahrzehnten mit Ihrer Willkommenskultur auf die falsche Zielgruppe.

(Beifall bei der AfD)

Ja, auch uns von der AfD ist die Willkommenskultur wichtig. Aber wir heißen Touristen und Besucher in dieser Stadt willkommen und zocken Sie nicht mit einer Bettensteuer ab.

(Beifall bei der AfD)

Und wo wir gerade bei Willkommenskultur sind: Wir heißen auch jedes neugeborene Kind in dieser Stadt herzlich willkommen. In Finnland erhalten Sie vom Staat eine Babybox. In Frankreich gibt es großzügige Geld- und Steuergeschenke. In Deutschland erhalten Neugeborene, noch bevor die erste Kindergeldzahlung fließt, eine Steueridentifikationsnummer. Willkommen im Steuerstaat Deutschland! Und wir Bürger zahlen hier die zweithöchsten Steuern der Welt. Was bekommen wir dafür vom Staat? Noch nicht mal drittklassige Leistungen. Die Steuerzahler in diesem Land, in dieser Stadt erleben Tag für Tag einen gierigen, einen übergriffigen Steuerstaat, der es nicht vermag, seine Kernaufgaben auch nur ansatzweise zu erfüllen. Deshalb gilt: Dieser Staat, diese Stadt müssen dringend finanziell auf Diät gesetzt werden. Vor diesem Hintergrund kann man sich - als Finanzpolitiker sollte ich das eigentlich nicht sagen - für diese Stadt nur wünschen, dass sie möglichst bald in die Haushaltssicherung rutscht.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag. Lassen Sie uns die Willkommenskultur auch für selbstzahlende Gäste in dieser Stadt endlich leben. Ceterum censeo migrationem illegale esse sistendam.

Meine Damen und Herren, insbesondere an den Endgeräten: Bleiben Sie jetzt dran. Uns wurde zugetragen, wir hören hier gleich eine Replik auf diesen Antrag von den Spezialdemokraten hier im Ratssaal. Also, schalten Sie ab. Bleiben Sie dran. Gleich geht es weiter. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens, ich gebe Ihnen den Hinweis, dass Ihr Antrag keinen Deckungsvorschlag enthält. Das ist ja Geld, was im Haushalt fehlt, und damit muss dafür ein Deckungsvorschlag gemacht werden. Damit kann der Antrag nach unserer Geschäftsordnung nicht beraten und beschlossen werden. Sie haben ihn jetzt begründet. Möchten Sie den Antrag anpassen oder werden Sie ihn in dieser Form aufrechterhalten?

Stephan Boyens (AfD): Wir erhalten ihn in dieser Form aufrecht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen vom Antragsteller. Enthaltungen? - Keine. Dann gehen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung über.

Beschluss:

Aufgrund des fehlenden Deckungsvorschlags wird über den Antrag nicht beraten und beschlossen. Die Oberbürgermeisterin lässt über den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Hock-Urinale" AN/2109/2023

Herr Hock hat das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker! Meine Damen und Herren! Liebe alle! Wenn wir Sie in der Vergangenheit nicht überzeugen konnten mit so vielen und so guten Anträgen, so lag das sicher nicht an unseren Anträgen. Eine Bierpreisbremse, ein Dezernat für Klüngel und Fastelovend, Saufenthaltszonen - kein vernünftiger Mensch kann das mit guten Argumenten ablehnen. Wir befürchten also, missverstanden worden zu sein. Deswegen heute, in versöhnlicher vorweihnachtlicher Stimmung, haben wir etwas mitgebracht, das einfach allen gefallen muss und das für jede politische Couleur verständlich ist.

Hockurinale sind unisex: für Frauen, Männer und alle dazwischen nutzbar. Sie werden hockend genutzt, daher der Name. Die Hockurinale werden im öffentlichen Raum endgültig Ordnung und Sicherheit herstellen. Die Hockurinale sind ein weiterer grüner Meilenstein zur Bekämpfung des Klimawandels. An Hockurinalen herrscht sozialistische Gerechtigkeit und eine freiheitliche Grundstimmung. Liebe Voltis, pullern wie in Berlin. Ich hoffe, wir haben euch auch abgeholt damit.

Es stimmt, dass bereits verschiedene Vorstöße in diesem Bereich gemacht worden sind. Beispielsweise vor einem Jahr, in der Dezemberratssitzung gab es ein Pilotprojekt Toilettendings, irgendwas. Da ist aber nicht viel passiert. Deswegen konkretisieren wir das heute mit einem knackigen Namen und einem wegweisenden Projekt. Gerne geschehen. Danken Sie uns nicht dafür. Wir rechnen auf Ihre Zustimmung. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hock, Laudatio auf sein Denkmal hält man eigentlich nicht selbst, sondern lässt das andere Fraktionskolleginnen und -kollegen machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jetzt zu meiner Rede. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Männer dürfen schon lange kostenlos Urinale nutzen, weil sie sonst überallhin urinieren. So war damals die Begründung der Beschlussvorlage, als das eingeführt worden ist. Unseren Antrag zur kostenlosen Nutzung von Toiletten habe ich schon letztes Jahr mit dem Aufruf an alle Frauen verbunden, wenn es keine kostenlosen Urinale für Frauen gäbe, einfach mehr wild zu urinieren. Das ist natürlich keine vernünftige Lösung für das Problem. Deshalb ist die Forderung von der Fraktion Die FRAKTION richtig, mit den sogenannten Hockurinalen kostenlose Urinale, egal, wie man urinieren kann oder möchte, zu schaffen. Und seien wir mal ehrlich: Die wenigsten Menschen setzen sich auf öffentlichen Toiletten wirklich hin. Die, die es trotzdem wollen, können dies auch künftig auf kostenpflichtigen Toiletten machen. Jeder Schritt zu mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen unterstützen wir als SPD-Fraktion gerne und freuen uns, wenn dieser Antrag heute in seiner Einfachheit beschlossen wird. - Vielen Dank!

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Herrn Froh auf der Rednerliste.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP]

Manuel Uwe Froh (Volt): Uli, als offizieller Toilettenbeauftragter des Bündnisses halte ich mich kurz. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

Liebe Damen und Herren! Vielen Dank. Ich halte mich wirklich kurz, weil unser erster Reflex auch war: Hm, coole Idee - mehr Toiletten! Aber wenn man sich da ein bisschen mehr mit dem Thema auseinandersetzt, ist es dann doch nicht mehr ganz so cool. Es ist in der Tat theoretisch gendergerecht und neutral, weil beide Geschlechter, alle Geschlechter sich hinhocken können. Aber seien wir ehrlich: Wir alle wissen, wie Männer drauf sind. Die setzen sich nicht zwingend alle da hin. So.

Viel wichtiger ist der zweite Punkt. Wir sind in der Stadt Köln schon viel weiter, nämlich mit Toiletten, die mindestens barrierearm, im besten Fall aber barrierefrei sind. Diese Toiletten sind genau das Gegenteil von Barrierefreiheit.

(Ulrich Breite [FDP]: Ach was! Aha!)

Menschen, die sich nicht hinhocken können, können diese Toiletten nicht benutzen. Allein deswegen müsste man diesen Antrag schon ablehnen. Deswegen noch ein kleiner Gedanke zu „es ist nichts passiert seit dem Antrag letztes Jahr, den das Bündnis gestellt hat“. Erst am vergangenen Dienstag ist die erste Toilette aufgestellt worden. Das hätte man verfolgen können, weil die Presse da war. Es gab einen großen Bericht im WDR. Die nächste Toilette wird in Q1 2024 aufgestellt, und das gesamte Geld, die Millionen Euro, die dafür im Haushalt hinterlegt worden sind, werden selbstverständlich im Jahr 2024 ausgegeben, sodass wir eine ganze Reihe von neuen barrierefreien Toiletten bekommen werden, die darüber hinaus sogar noch wirklich Umweltschutz betreiben, weil wir ja unseren Unrat wieder in den Kreislauf bringen und anschließend verwerten. - Vielen Dank dafür. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. Wer dem wünscht zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, Die FRAKTION und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann und die KLIMA FREUNDE & GUT enthalten sich Dann ist er trotzdem abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung zum bestehenden Toilettenkonzept den Einsatz sog. Hock-Urinale (in Hockposition nutzbare Unisexurinale) im Jahr 2024 zu erproben. Hierzu sollen mindestens 5 Hock-Urinale stadtweit aufgestellt und getestet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke und Die FRAKTION sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Transparenz auf der Ost-West-Achse"
AN/2119/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, und Volt
AN/2169/2023

(Lukas Lorenz [SPD] verlässt mit den Worten „Jetzt muss ich mal auf Toilette“ den Ratssaal)

Auf der Rednerliste ist natürlich die Antragstellerin: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Danke fürs Abmelden. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Es muss für Bürgerinnen und Bürger möglich sein, am Geschehen dieser Stadt teilzunehmen und ihre Veränderung nicht erst festzustellen, wenn Fakten geschaffen wurden, sondern diese aktiv zu begleiten und teilhaben zu können. Transparenz ist ein Mittel, das in einer modernen Gesellschaft zu Recht gefordert wird, auch um Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Mit unserem Antrag zur Ost-West-Achse wollen wir genau dies erreichen. Die Menschen sollen umfassend und gut dargestellt über bisherige Ergebnisse seitens der Stadt informiert werden - in Schrift und Bild. Es muss möglich sein, sich in einem absehbaren Zeitraum über Varianten und

ihre Auswirkungen zu informieren. Bislang ist alles wahnsinnig kompliziert, wirkt versteckt, ist unvollständig oder nicht lesbar für Menschen, die sich eben nicht täglich mit dem Aus- und Umbau von öffentlichem Nahverkehr beschäftigen.

Gerade die Auswirkungen, die eben nicht ausschließlich den Verkehr betreffen, sind hier nicht transparent dargestellt. Wie werden die Baustellen aussehen? Was ist mit alten Kirchen? Wie wird die Lage des Einzelhandels, wenn wir vielleicht riesige Baustellen, Umleitungen, Einhausungen etc. haben? Wie viele Gräber, Scherben und Blindgänger werden wir vorfinden? Die Gutachten zum Neumarktbrunnen haben uns da bereits einen vielversprechenden Ausblick gegeben: Eine ganze Menge.

Welche Kriterien werden am Ende zu einer Entscheidung führen? Ist es wirklich die beste Fördermöglichkeit, ungeachtet der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt? Oder entscheiden wir nach zukunftsorientierten Lösungen auch für die kommenden Generationen, die noch Auswirkungen unserer Entscheidung tragen werden?

Im Änderungsantrag schreiben Sie vom „wichtigsten Nahverkehrsprojekt des Jahrzehnts“. Da frage ich mich: Welches Jahrzehnt meinen Sie? Denn je nach Entscheidung wird es diese Zeit locker übersteigen. Je nach Variante kratzen wir sogar am Jahrhundert. Ich weise darauf hin, für die, denen es vor lauter Betonkacheln bisher unbekannt war: Köln ist eine alte Römerstadt. Wie aus der Antwort der Verwaltung in 4.4 hervorgeht, möchte man die archäologischen Auswirkungen aber erst nach dem Variantenentscheid prüfen. Da möchte ich mal ganz unverblümt fragen: Seid ihr jeck? Ja, Halleluja! Achtung, jetzt Rheinische Verlaufsform. Das sollten wir prüfen und sichtbar darstellen, bevor wir am Bauen, am Dransein sind. Entscheidet man sich am Ende für einen Tunnel, muss die Bahn auch durch diesen 90 Jahre lang fahren, um sich ökologisch zu rentieren. Von einem Jahrzehnt sprechen wir eher bei einer oberirdischen Variante. Deswegen lässt mich Ihr Änderungsantrag einen leichten Hoffnungsschimmer am Horizont erahnen.

Jetzt wünscht man sich sogar Verkehrsversuche. Eine Testbahn von 90 Metern soll durch die Innenstadt gondeln, ohne die dafür ausgelegten Haltestellen und umgerüsteten Ampeln. Neulich so gestellt im Verkehrsausschuss. Man könnte meinen, dies sei ein Teil von Transparenz. Aber das ist nichts anderes, als zu zeigen: Schaut mal, wie sperrig es oben ist, lasst uns doch lieber einen Tunnel graben. Den ersten Schritt einer echten Transparenz wollen wir hiermit beschließen, mit unserem Antrag. Testläufe, Umbauten, Haltestellen usw. sind zweiter und dritter Teil. In unserem Antrag verweisen wir auf die exzellente Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel der Bonner Seilbahn. Hier kann man nicht nur alle Machbarkeitsstudien und politischen Beschlüsse, Bürgerbeteiligungsergebnisse herunterladen, Sie können sich sogar die Flyer der Gegeninitiativen ausdrucken und als Poster an die Wand hängen.

Das Bündnis Verkehrswende schlägt sogar eine Variante mit Beibehalt der 60-Meter-Bahn vor. Das möchten wir auch aufgeführt sehen. Auch davon ist in Ihrem Änderungsantrag nichts mehr zu sehen. Dies gehört aber dazu. Seien Sie doch froh, dass Menschen an den Prozessen teilnehmen und Ihnen eben nicht egal ist, was mit ihrer Stadt passiert. Natürlich schmeckt das nicht immer, aber damit müssen wir umgehen. Lassen Sie uns doch nicht so arrogant sein, wie es Politiker und Politikerinnen vor uns getan haben und gemeinsam gegen dieses Klischee kämpfen, um auch wieder für politische Arbeit zu begeistern.

Und die, die immer als erste für die Wirtschaft und den Einzelhandel wettern: Was erzählen Sie bislang den Leuten, wie es vor ihrer Ladentüre in naher Zukunft aussehen wird? Aktuell können Sie sich nur mit einer Glaskugel hinstellen, da über Einhausung, Gestaltung und Dauer nichts wirklich bekannt ist. Dann ist es eben nicht der böse Verkehrsversuch. Es ist eben nicht der blöde Autogegner. Es ist nicht Corona und nicht - zumindest nicht spontan - das gemeine Internet. Dann sind es mangelnde Informationen, die einen nicht darauf einstellen können. Demnächst können Sie immerhin auf die exzellente Seite der Stadt Köln verweisen, die dieses in gut dargestellten Zeitachsen und Grafiken darstellt. Die Nord-Süd-Verbindung ist nicht mal fertig, aber bereits jetzt katastrophal. Lassen Sie uns das nicht in alle Himmelsrichtungen wiederholen und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich auch im Namen der änderungsantragstellenden Fraktionen vielleicht ein paar Dinge geraderücken bzw. den Zeitablauf, den wir uns für die Ost-West-Achse gegeben haben, nochmal zu erläutern.

Erstens, glaube ich, lässt sich durchaus festhalten, dass die Informationen, die bisher schon zum weiteren Ausbau, zu den Planungen der Ost-West-Achse vorliegen, tatsächlich auf den Seiten der Stadt Köln noch nicht ganz so einfach zu finden sind, auch für geübte Nutzerinnen und Nutzer des Ratsinformationssystems und der städtischen Homepage. Von daher haben Sie da durchaus einen, ich will mal sagen, wunden Punkt getroffen. Darauf gehen wir in unserem Änderungsantrag auch ein, um zu sagen, dieses Projekt benötigt am Ende maximale Transparenz, auch, wie es zu entsprechenden Entscheidungsfindungen letztendlich kommt.

Es wurde jetzt aber gerade ein bisschen suggeriert, dass es bisher noch nicht wirklich große Informationen gäbe und nur Planungen vorlägen. Dem ist ja nicht so. Wir haben das politische Begleitgremium, es gibt die Gespräche mit den entsprechenden Initiativen, mit Stakeholderinnen und Stakeholdern etc., die immer zeitnah aneinandergekoppelt sind und sobald alle entsprechend informiert worden sind, die entsprechenden Dokumente auch hochgeladen werden und sich dort auch jeder informieren kann.

Sie sprechen in Ihrem Ursprungsantrag auch Unterlagen an, die jetzt dringend hochgeladen werden müssten, die es aber so noch gar nicht gibt, wo wir aber wissen, dass sie kommen werden. Es gibt noch keine Kosten-Nutzen-Analyse, sonst hätten wir sie ja schon. Ich gehe felsenfest davon aus, und so steht es auch in diesem Änderungsantrag drin, dass sobald die entsprechenden Analysen da sind, diese hochgeladen werden, sodass wir uns alle darüber informieren können.

Dann stellt sich die Frage: Wie gehen wir denn mit Gegenvorschlägen um? Wie gehen mit Ideen um, die aus der Bürger*innenschaft kommen? Wir haben uns auch in der Fraktion länger damit auseinandergesetzt: Ist es dann Aufgabe der Stadt, den privaten Initiativen, die sich darum kümmern, sowohl auf der einen Seite als auch auf der anderen Seite? Das Bündnis Verkehrswende wurde schon genannt. Es gibt ja aber auch von interessierter Öffentlichkeit noch weitere Ideen, was man machen könnte, wenn der Tunnel dann da ist, wie das aussieht. Ob das alles Aufgabe der Stadt ist, das am Ende des Tages dort auf ihren eigenen Seiten hochzuladen oder ob nicht die entsprechenden Initiativen, die durchaus über Drähte zu uns politischen Vertreterinnen und Vertretern verfügen, bei uns vorstellig werden können und wir das mit in unsere Beratungen einbringen. Allein schon, dass alle Pläne überhaupt nicht unbekannt sind, weil wir alle ständig darüber sprechen, zeigt, glaube ich, dass es vielleicht gar nicht nötig ist, sie jetzt noch auf der städtischen Homepage zur Verfügung zu stellen. Von daher: Vielen Dank für den Antrag und das Ansinnen, weiter transparent auf der Ost-West-Achse unterwegs zu sein. Wir haben gerne diesen Änderungsantrag gestellt, um das, wo noch nachzuschärfen ist, auch nachzuschärfen, und bitten deswegen um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Vielen Dank!

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auf meiner Rednerliste ist Frau Tokyürek die nächste.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Rede damit beginnen, Sie auf eine Petition und auf einen Brief der Aktionsgemeinschaft Kölner Verkehrswende hinzuweisen. Da sind so unter diesem Label zu finden, zum Beispiel „Attac“, dann „Oben bleiben! Bündnis Verkehrswende Köln“, dann „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“, „Klimawende Köln“, „FUSS e.V“., „RADKOMM“ usw., die natürlich auch - das ist ja kein Geheimnis - einem Tunnelbau entgegenstehen, entsprechend diese Petition gestartet und auch einen offenen Brief geschrieben haben. Warum erzähle ich das? Nicht, um noch eine Grundsatzdebatte über die Ost-West-Achse zu führen, weil ich denke, wir werden sie vielleicht nächstes Jahr führen oder vielleicht sogar 2025; mal schauen, wann diese Beschlussvorlage tatsächlich vorliegt.

Deshalb erwähne ich das nicht, sondern einfach aus dem Hintergrund, dass die Stadtgesellschaft ein sehr großes Interesse hat - wirklich ein sehr, sehr großes Interesse -, diese Informationen zu bekommen. Die Ost-West-Achse ist das Projekt überhaupt. Das ist in dem Bündnisantrag, dem

großen Antrag ja auch erwähnt worden. Insofern ist es schön, dass jetzt KLIMA FREUNDE & GUT diesen Antrag eingestellt haben. Auch schön, dass es jetzt einen großen Antrag gibt, gemeinsam vom Bündnis, der FDP und der SPD. Das ist toll, dass Sie es aufgegriffen haben. Worum geht es denn? Natürlich geht es um Transparenz, darum, dass es strukturiert ist, dass man tatsächlich alle Informationen findet, weil es wirklich ganz, ganz, ganz viele Kölnerinnen und Kölner betreffen wird. Insofern ist es ein persönliches Erleben, was da kommen wird, wenn man bedenkt - Sie wissen, dass wir als LINKE natürlich gegen den Tunnelbau sind -, dass das die Menschen natürlich auch im Leben einschränken wird. Insofern ist es ganz wichtig, diese Informationen zu bekommen.

Ich möchte aber trotzdem noch mal sagen: Es soll jetzt nicht so aussehen - das hat Herr Hammer gerade erwähnt -, als gäbe es die Informationen nicht. Das ist tatsächlich nicht der Fall. Ich habe selbst im Begleitgremium gesessen. Das war am Anfang doch etwas holprig, dass es nicht öffentlich war. Aber es ist ja mittlerweile so Usus, dass auch die Akteurskonferenzen stattfinden, dass die Akteure darüber informiert werden, wie der Sachstand ist. Also, das alles gibt es. Nichtsdestotrotz, glaube ich, ist es sehr, sehr wichtig, noch mehr Struktur und noch mehr Transparenz reinzubringen. Ich glaube, das sind wir einfach den Kölner Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Also, wir werden dem Antrag der KLIMA FREUNDE & GUT definitiv zustimmen. Da sind ja ein paar Punkte genannt, die in diesem großen Antrag nicht übernommen worden sind. Aber auch dem Antrag werden wir natürlich zustimmen. Sollte der als erster abgestimmt werden, dann ist leider euer Antrag weg. Aber nichtsdestotrotz ist es gut, dass ihr diesen Antrag gestellt habt.

Ich möchte noch eine Sache erwähnen, die Herr Hammer auch erwähnt hat. Es geht um diese zusätzlichen Varianten, die auf dieser Seite dann verlinkt werden sollen. Klar, man muss darüber nachdenken: Muss man tatsächlich jede Initiative auf der Verwaltungsseite verlinken? Muss man vielleicht nicht, aber andererseits geht es um so ein großes Projekt und deswegen schadet es ja nicht, wenn man das auf die Seite stellt, verlinkt und sich die Informationen entsprechend beim Bündnis holt. Es ist nicht so, dass die Verwaltung jetzt sprachfähig sein muss, sondern einfach nur eine Verlinkung. Wir sagen ja immer: die Menschen sollen sich engagieren. Jetzt tun sie es. Ich glaube, es wäre gut, wenn es noch mehr Bündnisse wären. Auch die könnte man auf dieser Seite verlinken. Ich glaube, das sind wir einfach der Transparenz wegen schuldig. Deswegen geht der Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT einfach viel weiter und wir würden bei der Abstimmung erst einmal natürlich dafür stimmen. Nichtsdestotrotz: Es ist auf jeden Fall eine Verbesserung, der große Antrag mit der Strukturierung und den vollumfänglichen Informationen. Ich glaube, es ist ratsam und sachdienlich, das zu machen. Insofern werden wir beiden Anträgen zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Wir haben ja gesagt, dass Herr Hammer für alle redet!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, gut. Dann frage ich nach weiteren Wortmeldungen. - Bitte schön, Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Ich würde die Rede des Kollegen Büschges zu Protokoll geben. Ich bringe sie einfach nach vorne. Ich denke, dann haben wir das auch hinter uns. Wir würden auch beiden Vorschlägen folgen, und zwar erst dem der Gruppe und dann dem des Ratsbündnisses und der anderen Unterschreiber, aber wir würden uns dann dementsprechend auch so positionieren. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, vielen Dank. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und die KLIMA FREUNDE & GUT. Dann ist der so beschlossen und der Ursprungsantrag entfällt damit.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle bisher verfügbaren Informationen zu den Planungen der Ost-West-Achse vollumfänglich und strukturiert auf ihrer Homepage zusammenzustellen.

Dazu gehören:

- *Alle Machbarkeitsstudien*
- *Darstellung der Kapazitätserhöhung*
- *Zeitachsen der zu erwarteten Bauzeit*
- *Chronologie der Beschlüsse und Vorlagen der politischen Gremien*
- *Bisherige Planungen aus den Begleitgremien*

Sobald weitere relevante Unterlagen, wie z.B. die Kosten-Nutzen-Analyse vorliegen, werde diese entsprechend ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT zugestimmt.

II. Die Abstimmung über den Ursprungsantrag hat sich somit erledigt.

Anmerkung:

RM Büschges gibt seinen Redebeitrag zu Protokoll.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Ehrenamt in Köln stärken: Einrichtung einer/s Ehrenamtslots*in und Erstellung eines Konzeptes zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Veedeln und der Brauchtumspflege"
AN/2122/2023

Frau Helmis hat das Wort.

Maria Helmis-Arend (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen auf der Tribüne oder zu Hause im Stream! Ich freue mich sehr, Ihnen heute unsere Ideen zur Stärkung des Ehrenamtes präsentieren zu können. Es gibt, glaube ich, kaum einen besseren Tag dafür als hier in der Ratssitzung, zwei Tage nach dem Internationalen Tag des Ehrenamtes. Diese Gelegenheit sollten wir doch nutzen, hier ein gemeinsames Zeichen zur Würdigung des Kölner Ehrenamts zu setzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Warum sollten wir alle das tun? Köln zeichnet sich nicht nur durch seine reiche Geschichte und kulturelle Vielfalt aus, sondern auch durch das beeindruckende Wirken unserer Ehrenamtlichen. Lebendige Karnevals, Bürger- und Sportvereine, musikalische Events, Ensembles, historische Schützen- und Tanzgruppen prägen das Ehrenamt und spielen eine zentrale Rolle in der Pflege und Weitergabe der einzigartigen Kölner Kultur. Das zeigt zum Beispiel auch ganz eindrucksvoll das Engagement der mehr als 800 Einsatzkräfte in der Freiwilligen Feuerwehr, die ein zentrales Element der Kölner Gefahrenabwehr darstellt. Alle Kölner*innen, die sich in ihren Stadtteilen oder im gesamtstädtischen Kontext ehrenamtlich engagieren, tragen maßgeblich dazu bei, dass unsere Stadt funktioniert. Diese ehrenamtliche Arbeit verdient echte Anerkennung und Unterstützung zur Umsetzung ihrer großartigen Ideen.

Meine Damen und Herren, uns und sicher auch Ihnen berichten viele dieser engagierten Menschen von bürokratischen Hürden, sei es bei der Beantragung von Festen, dem Einholen von Genehmigungen oder dem Einreichen von Konzepten für ihre Veranstaltung. Es darf nicht passieren, dass dieses Engagement im schlimmsten Fall durch bürokratische Hürden im Keim erstickt wird.

Wir haben uns dazu Gedanken gemacht und sind zu dem Schluss gekommen, dass es einer oder eines Lotsen bedarf, der bei der Stadtverwaltung hier Abhilfe schafft. Er oder sie soll bei der Beseitigung bürokratischer Hürden behilflich sein, die zuständigen Ansprechpartner*innen für die Genehmigungen bei der Verwaltung vermitteln und so dafür sorgen, dass Vereinsfeste, Karnevalsumzüge und wohltätige Veranstaltungen reibungslos stattfinden können. Die Vereine und ihre Ehrenamtler*innen sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und nicht

unverhältnismäßig viel Zeit mit bürokratischen Abläufen verbringen müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Solch eine Lotsin oder solch ein Lotse soll helfen, schnell an die richtigen Dokumente oder die zuständige Stelle in der Stadtverwaltung zu gelangen. Wer das von Ihnen oder von euch mal probiert hat, weiß, wie mühsam das mitunter sein kann. Mit rechtzeitig erteilten Genehmigungen lässt sich jedoch alles viel leichter organisieren und alle Beteiligten haben die notwendige Planungssicherheit. Und nun kommen Sie mir jetzt bitte gleich nicht mit der Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die dringend benötigte Hilfestellung deckt diese Stelle derzeit nicht ab. Dort hilft man eher bei der Vereinsgründung oder bei der Vermittlung von Ehrenamtlichen.

Wir haben noch einen zweiten Vorschlag in dem Antrag, der Ihnen allen heute vorliegt. Wir wollen, dass das Ehrenamt in unserer Stadt funktioniert und die Kölner Kultur und Freiwilligenengagements weiter existieren können. Es braucht auch angesichts der extrem gestiegenen Inflation mehr finanzielle Unterstützung. Ich möchte so verhindern, dass zum Beispiel Veedelszüge künftig wegen Geldsorgen nicht mehr stattfinden können oder Nachbarschaftsfeste, wie zum Beispiel das Großartige am Rathenauplatz, ausfallen müssen.

Daher fordern wir zunächst, dass die Stadtverwaltung ein Konzept zur Stärkung der Veedelsvereine erstellt. Uns schwebt ein Fördertopf vor, aus dem Fördermittel beantragt werden können. Dieser soll es den Vereinen grundlegend erleichtern, Mittel für beispielsweise Anschaffung von Vereinsmaterialien oder zur Begleichung der stetig steigenden Kosten für Sicherheits- und Verkehrsmaßnahmen zu erhalten. Künftig brauchen wir also einen kleinen Beitrag im städtischen Haushalt für die Förderung der Veedels- und Brauchtumspflege.

Wir würden uns freuen, wenn uns heute zumindest die Erstellung eines Konzeptes wie dieses gemeinsam gelingen könnte. Solche Fördertöpfe bekommen schließlich auch andere Kommunen schon längst hin.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein gutes Beispiel, wie das in Köln schon großartig funktioniert, haben wir mit dem niedrigschwelligen Förderprogramm für das Ehrenamt im Bereich der Obdachlosenhilfe auch schon aufgebaut. Das kann auch in diesem Fall als gutes Vorbild dienen.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie alle, das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen nicht nur zu würdigen, sondern aktiv, proaktiv zu fördern. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Kölner Traditionen und Kultur weiterhin lebendig bleiben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Helmis-Arend. Ich bitte um Nachsicht, dass ich Sie nicht mit vollem Namen aufgerufen habe.

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Rufname Helmis ist okay!)

Jetzt spricht Herr Derichsweiler.

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind das Fundament einer lebendigen und vielfältigen Stadtgesellschaft. Ohne die vielen Tausenden von Kölnerinnen und Kölnern, die sich in ihrer Freizeit viele Stunden, oft mit sehr viel Herzblut, für unsere Stadt engagieren, ist diese überhaupt nicht denkbar. Diesen vielen Engagierten, in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Projektgruppen, aber auch Einzelpersonen, die sich für das soziale Miteinander in unserer Stadt einsetzen, gebührt höchste Anerkennung und größter Dank. Dass daher Ehrenamt und ehrenamtliches Engagement In Köln gefördert und unterstützt werden muss, ist notwendig, folgerichtig und sicherlich über die verschiedenen Fraktionen hinweg Konsens.

Der vorliegende Antrag hat offenbar auch das Ziel, das Ehrenamt weiter zu fördern, schlägt aber leider Maßnahmen vor, die zum großen Teil in gewisser Weise schon existieren oder gar durch zusätzliche Strukturen Bestehendes noch komplizierter und vielleicht sogar intransparenter

machen würden. Insbesondere existiert bereits der von der Stadt Köln geförderte Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement und die darin bereits zusammengeschlossenen Freiwilligen- und Vermittlungsagenturen. Sie bieten allen Vereinen, die danach fragen, Beratung und sogar Qualifizierung zur Gewinnung von neuen freiwilligen Engagierten.

Ein Bindeglied für die Ansprechstellen der Verwaltung gibt es auch schon bereits: die FABE, also Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Auch entsprechende Mittel stehen auf jeden Fall auf bezirklicher Ebene zur Verfügung, wenn Engagierte dort Bedarf haben. Noch am Montag haben wir im Bürgerbeteiligungsausschuss mit dem Ratsbündnis über ein Förderprogramm Ehrenamt und Klimaschutz verabschiedet und damit weitere Mittel für Engagierte bereitgestellt, die sich insbesondere für den Klimaschutz stark machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die im hier vorliegenden Antrag geforderten Ehrenamtslotsen werden in ihren Aufgaben und Funktionen nicht klar benannt. Ehrenamtslotse ist keine fest umrissene Stelle. Verschiedene Kommunen in NRW und in ganz Deutschland verstehen etwas Unterschiedliches darunter. Es ist bedauerlich, dass die Antragsteller hier nicht die bestehenden Strukturen berücksichtigt oder ihre Forderungen klarer geschärft haben und zeigt letztlich auch eine gewisse Unkenntnis über bestehende Strukturen und städtische Förderbereiche.

Über diesen Antrag und die weitere Stärkung, Weiterentwicklung und auch Förderung ehrenamtlichen Engagements können wir gerne im zuständigen Fachausschuss für Bürgerbeteiligung diskutieren. Hier freue ich mich auch über neue konstruktive Vorschläge. Daher bitte ich stellvertretend für das Ratsbündnis darum, diesen Antrag federführend in die Ausschüsse BAP und AVR zu verweisen. Das aber natürlich erst nach Ende der Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es vom Platz aus. Der Kollege hat gerade eben deutlich gemacht, dass wir alle über die Fraktions- und Parteigrenzen hinweg wissen, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement ist. Das war ja auch Anspruch und Intention der SPD. Deswegen halte ich den Vorschlag, den Antrag zu verweisen, für einen richtigen. Das würde unsere Fraktion auch unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in die Ausschüsse für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden und den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schöner heiraten in Köln" AN/2088/2023

Frau Hoyer hat das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß, unsere Zeit ist geprägt durch Krieg, durch Krisen. Wir haben das auf der heutigen Tagesordnung. Wir haben es eben in dem beeindruckenden Bericht aus Israel gehört. Aber trotzdem gilt für mich, dass es auch in diesen Zeiten umso wichtiger ist, positive und schöne Momente im Leben der Menschen zu feiern. Zweifellos ist eines dieser Ereignisse im Leben die eigene Hochzeit, die meist lange im

Vorfeld geplant wird. An die Hochzeit erinnert man sich eben das ganze Leben. Und die FDP ist der Meinung, bei so viel Engagement der Hochzeitspaare muss die Stadt alles daransetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Trauung auch stimmen. Mit unserem vorgelegten Antrag wollen wir hierzu den nötigen Impuls geben.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Der Hochzeitstag ist somit nicht nur für die Brautpaare von enormer Bedeutung.

(Zuruf von der SPD: Aber auch fürs Finanzamt!)

Das ist bestimmt richtig. Aber das Finanzamt hat ja nicht unmittelbar was damit zu tun, wie das hier in Köln abläuft. Dieser Tag ist aber auch eine Chance für die Stadt Köln, bei den Brautpaaren und ihren Hochzeitsgesellschaften in guter Erinnerung zu bleiben. Diese Chance sollten wir unbedingt nutzen.

(Beifall bei der FDP)

Vorab möchte ich allerdings betonen, dass wir bei unserer Recherche im Vorfeld des Antrags mit vielen Paaren gesprochen haben, die gerade geheiratet haben. Wir haben immer wieder gehört, mit welch großer Empathie und Engagement die Standesbeamtinnen und Standesbeamten ihre Aufgabe erfüllen. Dafür unser herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aber beklagt wurden eher die Rahmenbedingungen: Trauungen im 20-Minuten-Takt, Gedränge und Hektik im Eingangsbereich des Historischen Rathauses, insbesondere, wenn zeitgleich auch noch eine Veranstaltung in der „Piazzetta“ stattfindet. Hier könnte ein eigener Eingangsbereich für die Hochzeitsgesellschaften für Entzerrung sorgen. Eine Idee, die wir vorschlagen, ist die Nutzung des ehemaligen Ratskellers.

Eine weitere Sorge der Brautpaare: Klappt es mit dem Wunschtermin? Das gilt vor allem für Eheschließungen außerhalb des Rathauses, den sogenannten Ambientetrauungen. Dann ist die Location, wie zum Beispiel die Severinstorburg zwar reserviert, aber es fehlt der Standesbeamte, weil die begehrten Wochenendtermine schon wieder ausgebucht sind. Mehr Trauungen außerhalb des Rathauses wären möglich, wenn sich die Anreize für die Beschäftigten der Stadt auch lohnen würden. Neben Standesbeamten, Standesbeamtinnen führen nämlich auch nicht beamtete Mitarbeitende Trauungen durch. Bisher werden diese zusätzlichen Aufgaben durch Freizeit ausgeglichen. Das bedeutet aber häufig, dass die Beschäftigten dann innerhalb der regulären Arbeitszeit in ihren eigentlichen Ämtern fehlen. Bei den personellen Engpässen der Verwaltung, die wir alle kennen, ist das nicht unbedingt wünschenswert. Die FDP schlägt deshalb vor, dass die Überstunden auch ausbezahlt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten, wo immer mehr Menschen der Kirche den Rücken kehren, gewinnt die standesamtliche Trauung an Bedeutung. Wurden früher zu der kirchlichen Feier Familie und Freunde eingeladen, findet diese wichtige Zeremonie heute meist im Rathaus statt. Und da hätten die Verlobten doch schon mal gerne mehr als 30 Personen dabei. Ich frage mich: Warum soll das nicht auch im Rathaus möglich sein? Warum soll eine Trauung nicht länger als 20 Minuten dauern? Warum können nicht mehr Trautermine für Trauorte in besonderem Ambiente, das heißt, außerhalb des Rathauses, angeboten werden? Ich denke, das wäre alles möglich. So könnte der Muschelsaal oder der Weiße Saal als weitere Trauzimmer genutzt werden. Wenn Trauungen außerhalb des Rathauses länger als 20 Minuten dauern können, muss dies doch auch im Rathaus möglich sein.

Eine weitere Idee in puncto Serviceorientierung ist mir in unserer Partnerstadt Esch-sur-Alzette aufgefallen. Hier werden die Hochzeiten technisch aufwendig und per Livestream übertragen. So können auch Angehörige aus den Herkunftsländern der Brautleute sowie kranke Verwandte den Trauakt verfolgen. Ein solch professionelles Angebot, welches bestimmt besser ist als irgendeine Handyaufnahme von einem Gast, wünscht sich die FDP auch für Köln.

All diese Maßnahmen sind gut für die Hochzeitspaare, aber auch für den Auftritt unserer Stadt. Wenn sich die Stadt bei Hochzeiten service- und dienstleistungsorientiert zeigt, macht sie Punkte bei ihren Bürgern und Bürgerinnen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie für mehr Service für Brautpaare, mehr finanzielle Anreize für städtische Beschäftigte, mehr

Imagegewinn für unsere Stadt sind, dann sagen Sie: Ja! Ja zu unserem Antrag.

(Heiterkeit)

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

(Zurufe)

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für den Antrag. Wir hatten ja schon ähnliche Anträge in den letzten Ratsperioden. Lasst uns mal in Ruhe würdigen, im AVR, dass wir da noch ein bisschen operativer reingehen, weil es sehr operative einzelne Kuchenstücke waren. Deswegen stellen wir den Antrag fürs Bündnis, dass wir in den AVR verweisen müssen, um da noch ein bisschen zu schärfen. Einzelne Punkte kann auch der Volker Görzel noch gut beraten, die er im letzten AVR zu Überstunden gehört hat. Deswegen: Gerne stellen wir nach der Debatte den Antrag und verweisen ihn in den AVR. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hoyer! Ich wünschte, zu Ihrer letzten Ratssitzung könnte ich Ihrem Antrag einfach zustimmen. Sie persönlich hätten das verdient.

(Beifall)

Ganz so einfach können wir es uns aber leider doch nicht machen. Meine Damen und Herren, ich will das kurz halten. Wir brauchen nicht die ganze Redezeit. Für viele, das ist keine Frage, ist die Hochzeit der schönste Tag im Leben, und auch die Stadt sollte alles dafür tun, dass er das werden kann. Ich persönlich bin zwar glücklich liiert, aber nicht verheiratet. Aber ich war schon öfters Trauzeuge in diesem Rathaus.

(Zuruf)

Insofern weiß ich zumindest entfernt, wovon ich rede. Es ist nicht zu spät. Genau. Meine Damen und Herren, wir müssen aber auf der anderen Seite bitte auch im Blick behalten: Die Stadt ist nicht der bessere Wedding Planner. Das muss man auch mal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das alles ist gebührenfinanziert und diese Gebühren im Rahmen zu halten für alle, die dort getraut werden wollen, die vielleicht auch gar nicht so einen großen Aufwand im Rathaus wollen, das ist schon wichtig. Deswegen wären wir auch sehr dafür, dass dieser Antrag gewürdigt wird, dass der zur Prüfung in den AVR geht, dass die Verwaltung dazu ausführlich Stellung nimmt. Und ich sage mal: Da, wo man die Situation für die Brautpaare mit kleinem Aufwand noch mal verbessern kann, wird sich keiner verschließen, das ist keine Frage. Dort allerdings - das kann ich jetzt schon ankündigen -, womit erhebliche Gebührenerhebung verbunden wären, das bleibt zu prüfen. Da würden wir uns als SPD doch eher nicht sehen. Denn es gibt - das muss man ja der Ehrlichkeit halber auch sagen - heute schon viele Möglichkeiten, außerhalb des Rathauses mit städtischen Standesbeamten sehr aufwendig und sehr schön zu heiraten. Insofern ist da niemand aufgeschmissen. Aber lassen Sie das uns in Ruhe im AVR beraten.

Was die Überstunden angeht, fürchte ich, kenne ich die Antwort der Verwaltung, denn das Thema Überstunden hatten wir schon öfters im AVR, dass das eben nicht so einfach möglich ist, das in Geld auszugleichen. Gerade im Beamtenrecht ist es nicht möglich und bei den Angestellten auch im Tarifrecht nicht so ohne Weiteres.

Aber Frau Hoyer, wie gesagt, Ihnen würde ich gerne den Gefallen tun, zuzustimmen. Verdient hätten Sie es. Es geht an der Stelle nicht. Deswegen: Wir nehmen es aber mit in den AVR, ja? - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Feuser hat jetzt das Wort.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe FDP! Liebe Zuschauer*innen! Ich mache es kurz vom Platz, denn so viel habe ich nicht zu sagen. Es ist natürlich wunderbar, dass wann immer Menschen heiraten wollen, sie die Möglichkeit haben, das in unserem wunderschönen Rathaus zu tun. Aber die Frage, wie Menschen diesen Tag begehen möchten, ist aus unserer Sicht doch ein ziemliches Privatvergnügen. Es gibt so viele Dinge in dieser Stadt, für die wir Geld ausgeben müssen, um unsere Stadt gerechter und lebenswerter zu machen. Die sehr private Entscheidung für eine Hochzeitsfeier - oder für eine pompösere Hochzeitsfeier - gehört sicherlich nicht dazu. Dazu kommt, dass sich in unserer modernen Großstadt immer mehr Menschen gegen das durchaus konservative Modell der Ehe entscheiden. Und die sollen nun aber eine Werbeveranstaltung für dieses eine Familienmodell mitbezahlen? Das finden wir irgendwie nicht richtig.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es ist für uns auch nicht ganz erklärbar, warum die FDP, die sonst immer nach Privatisierung ruft, hier nun möchte, dass die öffentliche Hand eine private Feier mitbezahlen soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag in den AVR abstimmen. Wer wünscht, dagegen zu stimmen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird in den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Internationales / Vergaben verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Mündlicher Verweisungsantrag von RM Richter.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Gremien PCGK-konform besetzen"
AN/2113/2023

Frau Tokyürek hat das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Studie des Fraunhofer Instituts von 2012 stellt fest: Konformismus, Traditionalismus und Hierarchien prägen einen Großteil der Unternehmen in Deutschland. Diese Unternehmenskultur macht es Frauen nahezu unmöglich, in Unternehmen aufzusteigen und einen Kulturwandel von oben zu unterstützen. Nicht genug hat sich seither geändert. Solange Männer in den Leitungsgremien unter sich bleiben, haben sie wenig Neigung, auf die Bedürfnisse von Frauen einzugehen. Zu diesen Bedürfnissen gehören zum Beispiel ein anderer Führungsstil, eine verständnisvollere, bessere Kommunikation, eine andere Art der Kommunikation oder auch die Vereinbarkeit von Familienverpflichtungen mit ihrem Job. Denn zur Realität gehört auch dazu, dass den weitaus größeren Teil der Familienverpflichtung immer noch Frauen übernehmen.

Es macht auch einen Unterschied für Männer, selbst, wenn Männer in den Leitungsgremien weitgehend unter sich bleiben. Warum? Mehr Frauen, mehr Diversität führen zu einer anderen Unternehmenskultur. Und die verbaut man sich, wenn man das anders strukturiert. Eine weiblichere Unternehmenskultur führt zu mehr Jobzufriedenheit. Denn hier ist nicht allein die Lohnhöhe entscheidend. Langfristig ist es wichtig, ein gutes Betriebsklima mit Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und gelungener sozialer Interaktion zu etablieren. Hier haben weiblich geprägte Unternehmen tatsächlich die Nase vorn. Jobzufriedenheit ist eine wichtige Ressource für kommunale Unternehmen, denn sie konkurrieren mit Unternehmen der freien Wirtschaft um zu wenige Fachkräfte.

Unsere Gesellschaft wandelt sich. Menschen haben andere Bedürfnisse, wollen anders kommunizieren, leben und arbeiten als noch vor 20 Jahren. Gremien, die wie vor 40 Jahren ausschließlich - oder fast ausschließlich - mit Männern besetzt sind, werden diesen Mentalitätswandel eher nicht nachvollziehen. Sie laufen Gefahr, an den Bedürfnissen der Menschen vorbeizuarbeiten oder zu kommunizieren.

Eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2020 stellt fest: Unternehmen mit hoher Genderdiversität sind um 25 Prozent profitabler, bei gleichzeitig hoher ethnischer Diversität sogar um 36 Prozent. Ich finde, das ist sehr enorm. Führungskräfte neigen dazu, Menschen nach oben zu holen, die genauso sind wie sie. Männliche Führungskräfte bevorzugen Männer in einem ähnlichen Alter und mit einem ähnlichen Werdegang oder Background. Damit diese homogenen Gruppen nicht dauernd reproduziert werden, sind Quoten sehr wichtig. Das hat auch die Mehrheit in unserer Gesellschaft erkannt. Der PCGK-Kodex berücksichtigt dies, aber auch viele Unternehmen, die sich zukunftsfest aufstellen und besser werden wollen.

Mehr Diversität in den Aufsichtsräten ist nicht allein für einen Kulturwandel im Unternehmen ausschlaggebend. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein wichtiges Instrument, um Betriebe zukunftsfest aufzustellen. Damit die Politik eine ausreichend große Reserve an Kandidatinnen hat, sollte sie bereits ihre Kandidatenlisten entsprechend aufstellen. Allerdings ist unser Antrag natürlich nur ein Appell, aber ein wichtiger Appell. Politische Parteien haben das Recht, unternehmensfeindliche und rückwärtsgewandte Beschlüsse zu treffen. Klug ist das allerdings nicht. Deswegen werbe ich für unseren Antrag. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Schneeloch das Wort.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Güldane! Liebe DIE LINKE! Vielen Dank für euren Antrag und für dieses Appell, das ich sehr wichtig finde. Ich komme aus einer Partei, der die Quote ganz besonders wichtig ist. Sie ist auch eine der wertvollsten Entscheidungen, die wir in dieser Partei getroffen haben; sie zieht sich bis heute durch. Ich verstehe sehr gut, was du sagst, dass wir nämlich in Gremienbesetzungen in dieser Stadt eine Vorbildfunktion haben sollen und müssen.

Ich persönlich bin kein großer Fan von Resolutionen oder Appellen. Du hast auch selbst gesagt, es bleibt natürlich den Parteien selbst vorbehalten, wie sie ihre Listen aufstellen. Da ist auch schon die erste Krux in eurem Antrag. Da würde ich gerne zwei Dinge abschichten. Das eine ist die Ratsreservelistenaufstellung der Parteien, die immer noch den Parteien und den Mitgliederversammlungen selbst vorbehalten ist.

Wir machen das nach Quote. Wir haben zur letzten Kommunalwahl sogar eine Liste aufgestellt, auf der mehr Frauen als Männer waren; dennoch sind wir nicht quotiert in diesen Rat eingezogen, weil die Wähler*innen das anders entschieden haben, nämlich so viele Direktwahlkreise uns anzuvertrauen, dass nachher als Grüne hier mehr Männer saßen als Frauen. Das ist auch nicht schön, weil wir sehr für 50 Prozent sind. Ich freue mich aber über jede einzelne Person in meiner Fraktion, die mit dabei ist und einen Direktwahlkreis erringen konnte. Das ist die eine Seite.

Es bleibt jeder Partei selbst überlassen, wie sie ihre Ratsreservelisten aufstellt, und wie sie ihre Direktwahlkreise vergibt. Meistens hat es dann noch nicht einmal auf Kölner Ebene den Ursprung, sondern auf Bundesebene, wie eine Partei ihre Liste aufstellt. Unsere Partei hat zum Beispiel entschieden, entsprechend eine Quote auf allen Ebenen einzuführen. Das ist das eine. Die Parteien entscheiden selbst, wie sie aufstellen. Das andere ist, wie die Wähler*innen entscheiden, wer in diesen Rat einzieht.
Was euer Appell nicht berücksichtigt, ist: Wie wir unsere Gremien nach PCGK besetzen, ist nicht nur Grundlage der Menschen, die dann hier in diesem Rat sitzen. Ihr könnt es selbst entscheiden - wir können alle selbst entscheiden -, ob wir weitere Menschen zum Beispiel in die Aufsichtsräte unserer städtischen Beteiligungsunternehmen schicken wollen. Das müssen keine Ratsmitglieder sein.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und genau so haben wir das auch getan. Für uns Grüne sitzen vier Personen in Aufsichtsgremien,

unter anderem auch die Vorsitzende des Stadtwerkekonzerns - eine Frau; sie ist nicht Ratsmitglied. Es bleibt jeder Partei selbst überlassen, ob sie diesem Beispiel folgen möchte. Das hat keine Bedingung auf die Menschen, die hier in den Stadtrat gewählt sind. Das ist schon einmal eine Sache, die ihr in eurem Appell vorschlagt, der ich nicht folgen kann. Es liegt also an euch, auch Menschen in Gremien zu entsenden, die nicht Ratsmitglieder sind.

Dann habe ich noch eine Frage an euch. Es geht nicht nur um den PCGK. Klar, habt ihr den PCGK genommen, aber es geht auch generell um Repräsentanz von Frauen in Gremien. Soweit ich weiß, habt ihr einen Ausschussvorsitz. Ist das richtig?

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Der ist auch von einem Mann besetzt. Das könnt ihr natürlich auch anders machen. Wenn ihr sagt, ihr habt die Möglichkeit, Gremien mit mehr Frauen auszustatten und zu besetzen, muss man dann auch bei sich selbst anfangen. Deswegen dieser Appell; er ist gehört worden - und auch bei uns angekommen. Wir würden ihn aber aus all den genannten Gründen ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE hat definitiv ein gutes Ziel, das wir auch unterstützen. Das will ich ganz ausdrücklich sagen. Das, was Sie, Frau Tokyürek, eben gesagt haben, würde ich vielleicht marginal in manchen Punkten anders sehen, aber im Großen und Ganzen kann man dem, was Sie hier gesagt haben, zustimmen. Wir als Sozialdemokraten fühlen uns - das ist schon sozusagen in unserer geschichtlichen Genetik angelegt - der Parität verpflichtet; auch zwischen den Geschlechtern. Das kann ich auch für uns sagen, ähnlich wie das die Grünen handhaben: Unsere Liste ist quotiert; sie ist nicht nur quotiert, sie ist sozusagen wirklich 50/50 im Sinne eines Reißverschlusssystems angelegt. Aber natürlich gilt das, was Frau Schneeloch hier eben auch schon geschildert hat, auch für das Bündnis 90/Die Grünen: Dadurch, dass Wahlkreise teilweise einziehen und teilweise nicht einziehen, ergibt sich dann eben ein anderes Bild, als man es auf Listenebene anlegen kann.

Aber noch einmal: Wir fühlen uns der Parität verpflichtet. Deswegen werden wir Ihrem Antrag heute auch zustimmen. Ich will ausdrücklich nur sagen: Ganz glücklich - so technisch - finde ich den Antrag nicht; denn, wenn man den liest, steht da quasi: Bringt mehr Frauen in den Rat, weil dann mehr Frauen in die Aufsichtsräte können.

Aber muss denn nicht erst einmal der Punkt sein: Bringt mehr Frauen in den Rat? Das hier ist doch das entscheidende Gremium in dieser Stadt. Das hoffe ich jedenfalls. Insofern würde ich nicht das Pferd von hinten aufzäumen und sagen: Ja, bringt mehr Frauen in den Rat, um dann mehr im Aufsichtsrat zu haben - Nein: Bringt mehr Frauen in den Rat, hier in dieses Entscheidungsgremium. Dann folgt alles andere und damit auch die Besetzung der Aufsichtsräte daraus, sozusagen gleichsam automatisch, oder jedenfalls ist sie dann sozusagen möglich. Das hat mich so ein bisschen gestört, dass das so über die Aufsichtsräte kam. Hier geht es doch darum, dass dieser Rat möglichst paritätisch besetzt ist. Das müsste doch das eigentliche Ziel sein.

Insofern: Wir stimmen dem Antrag zu, auch wenn wir das ein bisschen ruckelig finden. Das Ziel stimmt ja; wie wir es erreichen, wird sicherlich schwierig und noch ein langer Weg, auch aus den Gründen, die ich gerade genannt habe, dass eben nicht nur die Listen einziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich spreche jetzt nicht über die Quote bei der FDP. Wir schaffen das ohne Quote.

(Beifall bei der FDP)

- Nein, die Liste ist halb/halb. Jetzt haben wir eine ungerade Zahl. Das ist eine ganz einfache Rechnung. Aber der einzige Ausschussvorsitz, den wir haben, ist auch weiblich.

(Beifall bei der FDP)

Also: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hätte es sich tatsächlich einfach machen können. Der Rat ist nicht für Parteiangelegenheiten zuständig. Danke schön. Aber ich will es mir auch nicht so einfach machen; denn ich verstehe das Ansinnen tatsächlich. Die Grundidee ist eigentlich total richtig. Eine gute Durchmischung des Rates ist wichtig, und Diversität im Rat ist wichtig, um wirklich allen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

Aber lässt sich denn die Diversität durch eine reine Frauenquote überhaupt erreichen? Müsste dann die nächste Forderung nicht heißen: Akademiker, Handwerker, Kaufleute, junge und ältere Menschen, finanziell schwächere oder vermögendere Menschen? Menschen mit und ohne Migrationshintergrund? Das können wir beliebig fortsetzen. Es ist unglaublich wichtig, dass dieser Rat divers ist. Aber eine Frauenquote ist dafür sicher nicht die Lösung. Das reicht nicht.

Davon abgesehen ist sie in meinen Augen ein zahnloser Tiger, solange sich in den Köpfen nichts ändert. Ich bin als Tochter einer selbstständigen Unternehmerin groß geworden, die überall, wo sie auftauchte, gefragt wurde, wann denn der Chef kommen würde, und ob es Kaffee gäbe. Jetzt könnte man sagen, die Zeiten haben sich gebessert. Aber auch ich, die ich den gleichen Beruf und die Selbstständigkeit gewählt habe, werde häufiger dafür gelobt, wie gut ich mich als mitarbeitende Ehefrau im Betrieb meines Mannes auskenne.

Jetzt frage ich mich, ob eine Quote - übersetzt: Sie hat den Job, das Mandat, den Posten, nur weil sie eine Frau ist -, daran etwas ändert. Konkret auf unser Gremium hier bezogen frage ich mich, ob die Herren im Rat, die sich abwenden und bilaterale Gespräche führen, sobald eine Frau ans Rednerpult tritt, bei mehr Frauen plötzlich zuhören würden -

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- oder einfach noch mehr Zeit für bilaterale Gespräche hätten, in denen alles wirklich Wichtige geklärt wird.

Es ist auch bezeichnend, dass eben - langsam füllt es sich wieder - die Reihen bei dieser Debatte relativ leer waren. Dass es bei einigen Damen, die nach vorne gehen, sogar schon einmal leise Pfiffe oder Zungenschnalzen gegeben hat, lasse ich hier einmal unter den Tisch fallen. Was ich damit sagen will: Es geht um mehr Respekt. Es geht um Respekt vor Frauen und Anerkennung ihrer Leistung. Das wäre dann ein erster Schritt, und dann haben vielleicht auch viel mehr Frauen Lust, sich in der Politik zu engagieren. Dann wird es von selbst viel mehr Frauen in diesem Gremium geben; denn wer das möchte, der kann hier hereinkommen. Ich glaube, die meisten Frauen heute schaffen das, wenn sie das wirklich wollen.
Am Ende muss ich wieder sagen, ist es jeder Partei selbst überlassen. Ich denke, dass Parteien ganz gut beraten sind, wenn sie sich divers aufstellen. Der Wähler wird es goutieren oder eben auch nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und KLIMA FREUNDE & GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Wir können uns diesem Appell, was dieser Antrag letztendlich ist, sehr gut anschließen. Es wurde bereits auf mehrere Hürden oder Schwierigkeiten, die dieser Antrag auch beinhaltet, schon hingewiesen. Das ist auch alles richtig. Natürlich können wir den Parteien in Köln wenig vorschreiben, aber es ist ja auch nur ein Appell, den wir sehr gerne unterstützen; denn es ist unheimlich wichtig, dass auf allen Ebenen der politischen Arbeit hier in Köln darauf geachtet wird, dass hier auch weiterhin diverse Listen aufgestellt werden, dass weiterhin Frauen motiviert werden, direkt angesprochen, gefördert und aufgesucht werden. Auf jeder Ebene ist das wichtig; ich finde das auch ein richtiges Signal, dass wir als Stadtrat Köln uns dazu positionieren und sagen: Das ist richtig so! Das unterstützen wir! Natürlich können wir dann Diskussionen führen und es sehr kleinteilig diskutieren. Aber letztendlich ist das Ziel das Richtige, und das unterstützen wir gerne. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! „Die SED, wie sie leibt und lebt!“ habe ich mir gedacht, als ich mir diesen Antrag der Linkspartei zur Kandidatenauswahl nach Quote bei der Kommunalwahl durchgelesen habe. Diese Partei mag sich in ihrer Geschichte mehrfach umbenannt haben, aber der Geist ist der gleiche. Es ist jetzt zwar vielleicht nur ein Appell, aber wir wissen, wo die Richtung hingeht.

Es ist das ureigenste Recht einer Partei, für sich zu entscheiden, ob sie Männlein oder Weiblein aufstellt. Es kann gerne jede Partei für sich entscheiden, ob sie nur Frauen oder Männer oder sonst was aufstellt. Der Wähler kann auch danach die Partei aussuchen. Die Quote kann für den einen Wähler etwas Gutes sein - wir hatten hier auch schon den einen oder anderen, der gesagt hat, dass das angeblich ein tolles Markenzeichen sei; und der andere mag es vielleicht ablehnen. Geben wir dem Wähler doch die freie Wahl. Aber freie Wahlen für das Volk? - Damit hatte die extreme Linke in Deutschland immer schon ihre Probleme.

Dann hat der Antrag auch noch einen Denkfehler - das wurde hier auch schon angesprochen -: 45 Ratsmitglieder werden meines Wissens direkt gewählt. Wollen wir dann demnächst Wahlkreise haben, wo nur Frauen oder Männer antreten? Also falls das Altparteienkartell das untereinander ausklüngeln sollte, kündige ich jetzt hier schon einmal an, dass wir als Partei dann immer nur Männer in den Frauenwahlkreisen aufstellen und immer nur Frauen in den Männerwahlkreisen.

(Beifall bei der AfD)

Die Quote wird es niemals mit der AfD geben - nicht nach Geschlecht, sexueller Orientierung oder sonst was, wobei es eigentlich auch nichts ausmacht; denn „Mann“ kann sich demnächst einfach einmal so zur Frau erklären. Der Deutsche Bundestag ist mehrheitlich von Biologieleugnern besetzt. Daher ist das alles möglich.

(Beifall bei der AfD)

Der Antrag ist also überhaupt nicht mehr nötig. Wie gesagt, es ist Sache einer jeden demokratisch konstituierten Partei, ihre Partei selbst auszuwählen. Das nennt sich Demokratie und ist auch so von unserem Grundgesetz vorgesehen. Es ist also schon eine ziemliche Hybris der Fraktion DIE LINKE, deren Bundestagsfraktion gerade aufgehört hat zu existieren, so einen Antrag zu stellen. Das zeigt Ihre linke Überheblichkeit und totalitäre Grundhaltung. Ihre Bundestagsfraktion ist übrigens Geschichte, weil Sie eine Frau - Sahra Wagenknecht - rausmobben mussten.

(Beifall bei der AfD)

Vielleicht hat Ihre Partei auch ein Problem mit Frauen - ich will hier nur an die Sexskandale Ihrer Partei in Hessen erinnern. Die Fraktion DIE LINKE will wahrscheinlich in bester DDR-Tradition eine große linke Einheitspartei haben, die dann allen anderen ihre Idee eines Ökosozialismus vorgibt - am besten zusammen mit den Grünen. Die anderen Parteien dürfen sich dann so ein bisschen Selbstverwaltung in bester Blockparteien-Manier gönnen, aber bei uns, der AfD, träumen Sie wahrscheinlich davon, dass wir alle irgendwie in ein neues Stasigefängnis kommen: Hohenschönhausen 2.0. Aber wir werden uns wehren. Wir werden nicht zulassen - das atmet dieser Antrag nämlich -, dass die Unfreiheit in Deutschland wieder Einzug erhält. Wer AfD wählt, wählt die Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Fraktion DIE LINKE, Sie haben mit diesem Antrag Ihr wahres, totalitäres, undemokratisches Gesicht gezeigt. Demnächst werden Sie uns noch Vorgaben in anderen Politikfeldern machen wollen. Das ist kein demokratischer Wettbewerb, sondern der Versuch von Kartellabsprachen. Aber - das wurde auch schon gerade hier mit Blick auf den Ausschussvorsitz angesprochen - warum tun Sie denn nicht mehr für Frauen in diesem Rat? Herr Detjen oder einer Ihrer anderen Herren könnte zum Beispiel sein Mandat niederlegen. Da würde auch eine weitere Frau nachrücken. Das wäre doch einmal eine Maßnahme, die man ganz ohne die anderen Parteien machen könnte.

(Beifall bei der AfD)

Aber was wollen wir uns groß mit dem Vorschlag einer Partei beschäftigen, die zumindest nach den Umfrageergebnissen auf Bundesebene klar unter 5 Prozent liegt - und das nur, weil sie eine Frau rausgeekelt haben? Die werden dann glücklicherweise auf Bundesebene nur noch sehr gering über diese gesetzlichen Vorgaben reden.

Dann will ich noch kurz auf Frau Tokyüreks Redebeitrag eingehen. Sie stellen sich hierhin als Kommunistin und erzählen aller Welt, Unternehmen seien profitabler, wenn sie divers seien und mehr Frauen hätten. Das mag sein, aber ich gebe Ihnen da einen Tipp: Vertrauen Sie auf den Markt. Das wird nämlich der Markt regeln. Jedes Unternehmen, das auf Profit ausgerichtet ist, wird von sich divers und mit mehr Frauen besetzt sein; denn alles andere kann nicht am Markt existieren. Ich glaube, wir haben genug Beispiele auch aus DDR-Zeiten und auch aus Zeiten der Bundesrepublik. Ich sage nur WestLB, wenn der Staat einen auf Unternehmer macht. Das endet meistens nicht gut. Deswegen sollte er sich auch aus der Personalauswahl heraushalten.

Wir als AfD werden in Zukunft weiterhin über diese Risiken und Gefahren für die Freiheit wachsam sein, und immer wieder vor dieser linkstotalitären Denke warnen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, Frau Reker. - Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauer*innen! Ich möchte einmal für die Ratsgruppe mit der aktuell höchsten Frauenquote hier sprechen - wir liegen nämlich bei 100 Prozent.

(Beifall bei der LINKEN)

Was das angeht, was wir eben gehört haben: Diese Partei hat sich wohl auch mehrfach umbenannt und ihr Programm seit den 30er-Jahren nicht wirklich geändert. Es ist unglaublich!

(Vereinzelt Beifall)

Ganz herzlichen Dank an Frau Ruffen. Da möchten wir wirklich eindringlich auch Ihren Appell gerne mittragen. - Vielen Dank.

Es ist natürlich den Parteien selbst überlassen, wie sie ihre Listen aufstellen usw. Aber ich glaube, hier sehen wir einmal wieder, wie wichtig es ist, wirklich darauf zu achten, aber auch die Möglichkeiten zu schaffen, dass mehr Frauen in diese Gremien kommen können, und auch mehr Menschen, die vielleicht nicht in einem kleinen mittelständischen Betrieb arbeiten; denn wir sagen: Ja, man darf in seinem Mandat nicht eingeschränkt werden, man muss an diesen Ratssitzungen teilnehmen können. Das sieht aber ganz anders aus, wenn Sie in einem kleinen Handwerksbetrieb arbeiten, wo dann oft einfach ein Mensch fehlt, wenn er Ausschüsse besucht, Ratssitzungen besucht usw. Das stellen wir uns so einfach vor; das ist es aber nicht. Da müssen wir eben die Möglichkeiten schaffen und auch darauf achten.

Wie es aussieht, ist der Appell da, das in den politischen Gremien zu machen, aber vielleicht haben wir auch tatsächlich ein Steuerungsinstrument in der Hand, wie wir das in unseren Aufsichtsräten in der Stadt gestalten. Vielleicht gibt es da mehr Möglichkeiten. Deswegen unterstützen wir euren Appell. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Fraktion DIE LINKE, ich stimme eurem Antrag zu - gar keine Frage. Es ist aber ein bisschen irritierend. Ihr seid vielleicht nach der ganzen Debatte auch ein bisschen irritiert. Euer Beschluss umfasst sozusagen schon von der Listenaufstellung des Rates, dass wir dort möglichst Quoten haben sollen. Das ist eine gute Sache. Das unterstütze ich voll. In der Begründung seid ihr dann aber auch bei den Aufsichtsräten; dass der Rat dann später, weil er paritätisch besetzt ist, auch paritätische Aufsichtsräte zum Beispiel bilden soll. Das ist dann schon eine Stufe weite und taucht in eurem Appell leider nicht auf, sondern nur in der Begründung.

Ich möchte mich an dieser Stelle aber dann doch einmal auch auf die Aufsichtsräte beziehen, die alles andere als paritätisch besetzt sind. Da ist, glaube ich, nur eine Frau unter vielen, oder nur ganz wenige. Die allermeisten halten überhaupt gar keine Quote ein. Das ist natürlich ein Unding. Als wir diese Wahl durchgeführt haben, ist mir am Anfang dieser Ratsperiode das auch aufgefallen, und ich hatte mich damit auch intensiver befasst,

weil die ganze Wahl, die wir da veranstaltet haben, an sich sehr denkwürdig war - aber das kann man im Archiv nachlesen. Ich habe mich deswegen jetzt hier gemeldet; denn ich möchte so einen Irrtum aufheben. Frau Ruffen - oder wer das vorhin gesagt hatte -, es ist nicht nur ein Appell. Wir haben ein Landesgleichstellungsgesetz, und wir sind schlicht und einfach dazu verpflichtet, diese Quoten in den Aufsichtsräten auf alle Fälle einzuhalten. Das ist nicht nur eine freiwillige Selbstverpflichtung des Rates oder unseres eigenen Kodexes, sondern es ist laut Landesgesetz eine Verpflichtung, das zu tun.

Natürlich ist das etwas kompliziert, das so auch hinzubekommen. Aber da muss man dann auch bei der Wahl und den informellen Bündnissen aufpassen, wer wem welche Stimmen gibt. Da weiß man ungefähr, was am Ende bei dieser Besetzung der Aufsichtsräte herauskommt. Ich hatte damals, als das so im Sinne der Parität schiefgegangen ist, auch eine Anfrage an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, gestellt; denn ich finde den Aspekt juristisch problematisch - ich bin zwar kein Jurist, aber deswegen kann ich so eine Anfrage bei Ihnen gut stellen. Wenn wir Listen für die Aufsichtsräte aufstellen, muss die Oberbürgermeisterin solche Listen nicht eigentlich zurückweisen - so haben Sie damals geantwortet -, wenn diese Listen ganz klar der Parität, dem Landesgleichstellungsgesetz widersprechen? Die Antwort kann man auch nachlesen. Es war eine Anfrage von mir am Anfang dieser Ratsperiode - nur, um das noch einmal ganz kurz in Erinnerung zu rufen. Ich habe die gleiche Anfrage damals auch an die Bezirksregierung gestellt, weil es ja ein Landesgesetz ist, und da aber leider nie eine Antwort bekommen. Von mir bekommen Sie eine ganz klare Zustimmung. Aber bei der Aufsichtsratswahl dann einfach auch besser aufpassen, wem man seine Stimmen gibt. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe jetzt zur Abstimmung auf. Wünscht jemand dagegen zu stimmen? - Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Kölner Parteien und Gruppen bei der Aufstellung ihrer Listen für den Rat und weiterer städtischen Gremien möglichst so viele Frauen aufzustellen, dass es dem neuen Rat gelingt, die Gremien nach den Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) der Stadt Köln auch adäquat zu beschicken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, Volt und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Entwicklung des Osthofs der Hallen Kalk“ AN/2175/2023

Das Wort hat Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir haben uns schon in der letzten Ratssitzung in einer aktuellen Stunde ausführlich mit den Hallen Kalk beschäftigt. Der Ausstieg der Montag Stiftung aus dem Projekt machte das nötig. Viele der Initiativen, die betroffen waren, waren im Oktober auch hier im Saal vertreten; die Gespräche mit ihnen sind seitdem natürlich weitergeführt worden.

Es ist nach wie vor bedauerlich, dass die Montag Stiftung ausgestiegen ist. Umso mehr müssen wir als Stadt nun versuchen, eine neue Vorgehensweise zur Entwicklung der Hallen auf die Beine zu stellen. Es hat keinen Zweck, sich nun zurückzulehnen und auf den nächsten Ritter oder die nächste Ritterin auf dem weißen Pferd zu warten, die uns dort die Verantwortung abnimmt. Die Kölner Politik ist sicher selten einig, aber was die Hallen Kalk angeht, haben wir bisher fast immer alle Beschlüsse zusammen und fraktionsübergreifend treffen können Es gibt einen gemeinsamen Willen, in welche Richtung die Entwicklung gehen soll. Das ist ein ganz hohes Gut, und dieses hohe Gut muss von der Verwaltung auch ernst genommen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Trotz dieser Einigkeit ist jahrelang wenig passiert. 2017 wurde das Werkstattverfahren abgeschlossen und der integrierte Plan beschlossen. Seitdem ist eigentlich real gar nichts passiert. Das sind jetzt sechs Jahre. Ich neige wirklich nicht zum Verwaltungsbashing, aber diese sechs Jahre haben doch bei vielen von uns die Geduld auf eine sehr harte Probe gestellt. Es schien manchmal, als würden sich die Ämter in dieser Stadt gegenseitig überbieten, alle Vorschriften und Regeln herbeizuzitieren, die den kleinsten Schritt nach vorne unmöglich machen. Nichts gegen Brandschutz und Bauvorschriften und Betriebssicherheit von meiner Seite, aber einmal ganz ehrlich: Es ist sehr viel gefährlicher, manche alten Radwege in dieser Stadt zu benutzen, als über den Osthof der Hallen Kalk zu laufen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den Radwegen hat sich inzwischen viel getan, muss man sagen, aber es gibt immer noch sehr schreckliche Beispiele.
Neuerdings scheint es aber so, als würde sich aufseiten der Stadtverwaltung einiges tun, um eine frühzeitige Nutzung wenigstens von Teilbereichen des Geländes möglich zu machen. Es scheint so, als würde das Augenmaß und der gesunde Menschenverstand in einigen Ämtern Einzug halten, was mich überaus optimistisch stimmt. Trotzdem bleibt die Entwicklung der Hallen Kalk eine große Aufgabe. Ich glaube auch nicht, dass es nur durch Beschlüsse zu lösen ist. Das ist eine große Aufgabe, für die sich alle anstrengen müssen. Natürlich brauchen wir nicht für alles in dieser Stadt ein ämterübergreifendes Projektmanagement, wie das auf der letzten Sitzung einmal erwähnt wurde; aber diese Aufgabe braucht es. Ohne ein Projektmanagement, das ämterübergreifend geführt und geleitet wird, wird diese Aufgabe nicht zu bewältigen sein. Das ist eine Grundvoraussetzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mittel- bis langfristig wird es auch viel Geld brauchen. Es ist ziemlich klar, dass weder die Stadt noch die Akteure vor Ort das Projekt in Gänze stemmen können. Umso wichtiger ist es jetzt, mit einer Pioniernutzung zu starten; denn nur im Tun, nur im Handeln wird noch einmal deutlicher, was wirklich in der Zukunft benötigt wird. Es führt bei allen Beteiligten auch zu einem Empowerment. Das ist eine wichtige Bedingung für das Einwerben von Fördermitteln oder auch den Einstieg von Stiftungen.

Stadt und Stadtgesellschaft können mit ihren Aktivitäten vor Ort zeigen, welches Potenzial auf dem Gelände steckt, und wir können beweisen, dass es uns mit der Entwicklung ernst ist. Ich freue mich über die breite Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank für den Verweis auf die Historie des Geländes. Daran will ich mich gar nicht lange aufhalten. Es ist klar geworden - das hat die Debatte der letzten Ratssitzung gezeigt -, dass das hier zu lange gedauert hat. Insofern ist es wichtig, dass wir jetzt einen Schritt weiterkommen. Insofern auch einen herzlichen Dank an Andree Haack, der hier die Fäden in der Hand hat, und dass es doch einen Schritt weiter nach vorne geht. Das kriegen wir zumindest gespiegelt; auch von denjenigen, die in der Verantwortungsgemeinschaft des Osthofs engagiert sind.

Sabine Pakulat hat es gerade gesagt: Die Pioniernutzung ist jetzt wichtig als nächster Schritt. Das zeichnet sich jetzt in den nächsten Wochen oder Monaten ab. Insofern ist das Signal heute auch noch einmal wichtig; denn sonst geht denen die Luft aus. Sie verlieren sonst auch irgendwann die Motivation. Deswegen ist es wichtig, dass Andree Haack und dass die Verwaltung hier jetzt konkret werden und die Pioniernutzung zulassen.

Einen letzten Punkt möchte ich gerne noch einmal festhalten. Den Osthof in den Hallen Kalk muss man noch einmal ein bisschen einsortieren, auch vor dem Hintergrund der Debatte in der letzten Ratssitzung, die wir zum Thema Entwicklungen hatten, die wir zulassen wollen: eine Entwicklung an Biotopen im gesamten Stadtgebiet, in denen wir Entwicklungen zulassen wollen und auch sollten, die jenseits einer klassischen Projektentwicklung liegt, die jenseits einer klassischen Wohn- und Gewerbeentwicklung liegt. Deswegen brauchen wir so Trittsiegel dieser Nutzungen, wo kulturelles Leben stattfindet, wo kulturelles

Engagement stattfindet, soziale Nutzungen auch vielleicht außerhalb der einen oder anderen Wirtschaftlichkeitsberechnung, weil wir doch diese Trittsiegel brauchen. Wenn wir in den Mülheimer Süden schauen, wenn wir nach Kalk schauen, wenn wir nach Ehrenfeld schauen, wissen wir, wie schwierig es ist, auch diese Bereiche zu erhalten. Da ist es uns mit „Jack in the Box“ oder stattInsel gelungen. Insofern finde ich gut, wenn es hier weitergeht. Wie gesagt, unsere Stadt braucht diese Trittsiegel an Erholungsräumen der Stadtentwicklung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Helmis-Arend hat das Wort.

Maria Helmis-Arend (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Vertreter*innen der Initiativen, auch auf der Tribüne oder draußen am Stream! Liebe Zuschauende! Es ist ganz wichtig, dass wir heute diesen gemeinsamen Antrag stellen. Wir müssen ganz klar auch über den Umgang mit den Ehrenamtlichen unserer Stadt sprechen. Das habe ich heute auch schon einmal vor ein paar Minuten getan. Es ist aber umso wichtiger, weil in der Ratssitzung vom 7. September die Erwartungen von soziokulturellen Initiativen unter anderem - Zitat - als „vollkommen unrealistisch“ bezeichnet wurden. Umso wichtiger ist es, hier heute noch einmal ganz klar den Initiativen die demokratische Stärke zu geben und zu betonen, dass wir wollen, dass sie vor Ort das Gelände erschließen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns auch fragen: Was gibt unsere Stadt für ein Bild ab? Das Bild einer Stadt, die zwar über Juwelen wie dieses noch unerschlossene Industrieareal verfügt, diese Juwelen aber sukzessive verrotten lässt; das Bild einer Stadt, die die Initiativen zwar immer wieder lobend erwähnt, sie auch immer wieder zu Gesprächen einlädt, ihnen aber die Tore versperrt, um das Gelände überhaupt betreten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Wie passt es also zusammen, dass einerseits diese Initiativen rund um den Osthof in enger Kooperation und auch mit einer starken Transparenz in die Stadtgesellschaft hinein mit großartigen Ideen zur soziokulturellen und gemeinwohlorientierten Entwicklung dieses Geländes an uns herantreten, wir also hier die Chance eines einzigartigen Pilotprojektes vor uns haben, eigentlich auf dem Tablett serviert bekommen, auf der anderen Seite sie aber nicht einmal aufs Gelände lässt? Ja, genau, niemand darf auf das Gelände. Warum eigentlich? - Es ist wieder einmal der härteste Türsteher Kölns: der Brandschutz.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

- Danke. Selbst Teile der Liegenschaftsverwaltung haben in unserem Fachgespräch vorletzte Woche ganz offen dargelegt, dass man sich erst überhaupt einmal ein Bild vor Ort machen müsse, dass sie selbst also auch noch nicht einmal herumgegangen seien. Es ist längst politische Beschlusslage, dass es einen gemeinsamen Gesprächstermin mit den Initiativen vor Ort geben muss und dass es eine Begehung zur Erschließung dieses Ortes geben muss. Dass der Termin meines Wissens mit Herrn Haack noch nicht stattgefunden hat, haben wir, glaube ich, schon erwähnt. Aber meines Wissens ist auch der geplante Termin mit dem Liegenschaftsamt für den 19. Dezember inzwischen geplatzt. Es wäre auch gleich meine Frage an die Verwaltung, ob diese Information so zutreffend ist.

Es heißt also weiterhin scheinbar: betreten verboten. Doch gilt das denn wirklich für alle? - Als ich im Februar gemeinsam mit unserer überragenden Bezirksbürgermeisterin von Kalk das Gelände mit einigen Vertreter*innen der Initiativen vor Ort besucht habe, war es bitterkalt und wir schlichen um das Gelände herum. Das Gelände, das unserer Stadt gehört, war abgeschlossen. Aber auf dem Gelände in dem Innenhof: Wer war da? - Zahlreiche Menschen, Trucks, Kameras, ein kunterbuntes Gewimmel. Da, wo wir eigentlich wollen, dass diese Initiativen Feste feiern, wo wir wollen, dass Kunstausstellungen stattfinden, wo soziokulturelle Kinderangebote stattfinden können. Wer durfte diesen Platz betreten? - Es waren zahlende Produktionsfirmen, und nur diesen Produktionsfirmen habe ich zu verdanken - wahrscheinlich war es illegal; das weiß ich nicht -, diesen Innenhof überhaupt betreten zu dürfen, um mir selbst als Stadträtin einmal ein Bild von dieser Sache vor Ort machen zu können. Meine Damen und Herren, das können wir uns doch so nicht bieten lassen!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich habe wiederholt in vielen Kulturausschüssen - im vorletzten, nämlich dem von September, sogar schriftlich - dazu nachgefragt, warum man das so zulässt, und ob dieses Geld aus den Einnahmen der Produktionsfirmen nicht vielleicht auch den Initiativen vor Ort zurückgeführt werden können oder zugeführt werden können.

(Beifall von Mario Michalak [Bündnis 90/Die Grünen])

Bis heute bleibt diese Anfrage aber leider unbeantwortet. In einer Mitteilung aus der letzten Gremienfolge ist dagegen zu lesen: Für die Umsetzung einer gemeinwohlorientierten Nutzung des Osthofs bleibt die Verwaltung weiterhin - Zitat -: „gesprächsbereit“. Meine Damen und Herren, „gesprächsbereit“ sollte uns nicht genug sein!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gesprächsbereitschaft reicht nicht. Wir brauchen Proaktivität. Nachdem uns die Montag Stiftung, die wahrscheinlich stressresistenteste Stiftung dieser Art jetzt vielleicht von dannen gesprungen ist, und wenn wir sie nicht zurückbekommen, müssen wir schauen, wie wir das weiterentwickeln. Wir freuen uns daher sehr über diesen Dringlichkeitsantrag, den wir hier gemeinsam aufstellen. Wir hoffen, sollte die Montag Stiftung wirklich nicht zurückgewonnen werden können, dass wir einer gGmbH dort in die Gründung verhelfen. Das wäre genau der richtige Schritt. Außerdem rege ich noch an, dass wir die Politik durchaus an der ganzen Sache beteiligen sollten. Das steht jetzt leider so im Antrag nicht drin. Das hätten wir uns durchaus gewünscht, aber ich bitte hier noch einmal deutlich darum, dass wir da doch stark einbezogen werden. An alle der Appell heute: Bitte lassen Sie Proaktivität mehr sein als nur Gesprächsbereitschaft! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr viel Richtiges gesagt worden. Das möchte ich nicht alles wiederholen. Ich kann mich im Wesentlichen den Worten meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen.

Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen: Wir haben jetzt dieses Desaster mit der Montag Stiftung erlebt. Es war eigentlich nicht ein Desaster mit der Montag Stiftung, sondern es war eigentlich, wenn man es jetzt einmal böse sagt, ein Desaster mit der Verwaltung, dass die Montag Stiftung abgesprungen ist. Das ist jetzt so, wie es ist. Das ist natürlich sehr bedauerlich, aber das muss natürlich ein Auftrag an die Verwaltung sein, jetzt umso intensiver dieses Projekt voranzutreiben.

Die Kollegin Pakulat hat es vorhin schon gesagt: Na ja, es gibt auch so ein bisschen was wie Ungeduld, sowohl in der Bezirkspolitik, bei den Pionierinnen und Pionieren vor Ort als auch hier im Rat. Das kann ich auch unterstreichen. Wir müssen auch einmal ein bisschen verstehen, was uns da in der ganzen Zeit schon entgangen ist. Wir haben da ein Juwel in einem sehr lebendigen Stadtteil, was der Nutzung der Bevölkerung und der Gemeinschaft insgesamt entzogen wird. Das ist natürlich eigentlich schon ein Skandal oder zumindest ein großes Defizit, was wir jetzt möglichst schnell aufarbeiten müssen, damit diese kreativen Leute, die im Sozialen, in der Inklusion usw. unterwegs sind, endlich diesen Ort für unsere Stadt, für unser Gemeinwesen nutzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich noch eine Anmerkung machen darf: Wir haben jetzt hier hauptsächlich über den Osthof gesprochen. Das ist ja auch alles richtig. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass dieser Osthof sozusagen ein Baustein in einem größeren Areal ist. Wir haben da insgesamt die drei Hallen. Eine wird nach wie vor als Probe-Location für das Schauspiel genutzt. Früher war es eine richtige Spielstätte. Und wir haben noch die beiden Hallen, die einmal als Ausstellungsfläche für das Museum Ludwig genutzt werden sollen. Wir haben da echt ein Riesenpotenzial. Deswegen haben wir uns auch gerne hier heute diesem Antrag angeschlossen, weil wir uns erhoffen, dass, wenn der Rat da jetzt sehr einstimmig noch einmal ein Votum abgibt, die Verwaltung dann gerne unter der Führung des zuständigen Dezernenten, Herrn Haack, jetzt richtig Tempo macht, und wir in ein paar Jahren da etwas sehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verwaltung! Im Oktober gab es eine aktuelle Stunde, nachdem die Montag Stiftung sich mit großem Knall aus dem Projekt verabschiedet hat. Zu Recht wurde hier an dieser Stelle in diesem Rat bemängelt, dass das Engagement der Verwaltung bis dahin subperformant war, um es höflich auszudrücken. Böse Zungen sprachen sogar davon: nicht spürbar.

Umso erfreulicher ist es, dass diese Initiative zu diesem gemeinsamen Ratsantrag geführt hat - warum die FDP nicht zu den Unterzeichnern gehört, werde ich gleich am Ende noch kurz ausführen. Wir stehen natürlich nach wie vor zu dem Projekt. Selbstverständlich sehen wir insbesondere auch die Türöffnerfunktion für den Stadtteil Kalk. Wir sehen, dass hier verschiedene urbane Nutzungen möglich sind. Gegen das, was hier genannt wurde, von Klimainitiativen über Theaterinitiativen bis hin zu inklusiven Initiativen, kann niemand sein. Dafür sind wir natürlich auch.
Lieber Niklas Kienitz, ich habe heute ein neues Wort gelernt: Trittsiegel. Wenn ich es richtig verstehe, kommt dieses Wort aus der Jägersprache, und bedeutet so viel wie eigenen Fußabdruck, Footprint etc.

(Niklas Kienitz [CDU]: Hast du gegoogelt, oder was?)

- Nein, ChatGPT.

(Heiterkeit)

- Ja, ihr lacht. Also, was den einen der ökologische Fußabdruck ist, ist dem anderen das Trittsiegel. Also wir reden hier alle von dem Gleichen. Nur gehört an diese Stelle - und da müssen wir uns, glaube ich, alle ein Stück weit ehrlich machen - auch, welche Kosten damit verbunden sind.

Bei allem Verständnis für die nachvollziehbaren, guten Nutzungen vermissen wir als FDP-Fraktion hier eine klare Finanzierungsaussage. Wir vermissen hier auch klare Brandmauern; denn eines darf nach unserem Dafürhalten auf gar keinen Fall passieren, nämlich dass wir sukzessive zu einem Punkt kommen, an dem es kein Zurück mehr gibt - zu Deutsch: Point of no return. Dann darf es nicht sein, dass wir hier in zwei oder drei Jahren Millionen von Euro zur Rettung dieses Projektes beschließen müssen. Das kommt der FDP-Fraktion im gemeinsamen Antrag leider zu kurz, weswegen wir nicht zu den Unterzeichnern gehören. Wir werden gleichwohl auch nicht dagegen stimmen. Aber wir meinen, der Rat darf heute keinen Blankoscheck für nachfolgende Räte oder Kämmerinnen aussprechen. Deswegen werden wir heute nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! Es geht hier ganz klar um eine Priorisierung, und hier kann ich mich nicht den Worten der FDP anschließen; denn für die Volt-Fraktion steht es ganz klar, dass so ein Projekt absolute Priorität hat. Es kann nicht sein, dass Initiativen in dieser Stadt, die sich ehrenamtlich betätigen und alles dafür tun, etwas in Gang zu setzen, was wirklich einen absoluten Mehrwert für Kalk und für die gesamte Stadt schaffen kann, irgendwie so abgestraft werden, dass dann ihre Initiative, ihre Idee, ihr Herzblut in ihre ganze Arbeit verpufft, -

(Beifall bei Volt und der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- weil die Stadtverwaltung und weil wir es als Stadtrat nicht in den Griff bekommen haben, zu sagen: Das hat jetzt Priorität! Das muss jetzt angegangen werden. Wir arbeiten hier lösungsorientiert daran und nicht, dass wir ständig die Defizite aufzeigen und einfach nur blockieren. Das kann es einfach nicht sein. Diese Initiativen haben dafür gesorgt, dass sie wirklich einen professionellen Partner an ihrer Seite hatten - die Montag Stiftung -, die das wirklich in petto hat. Die macht das wirklich woanders mit links. Wie kann es sein, dass das hier gescheitert ist? Für uns als Volt-Fraktion ist es absolut wichtig, hier noch einmal zu demonstrieren, dass das für uns Priorität hat.

Wir verschleudern so viel Geld für andere Sachen, wo auch die Finanzierung überhaupt noch nicht klar ist, aber bei so einem Projekt, das wirklich einen sozialen und kulturellen Mehrwert

bringen wird, sollten wir dann auf einmal zurückziehen? - Das können wir so nicht mittragen.

(Beifall bei Volt)

Deswegen stehen auch wir mit auf dem Antrag. Es ist absolut wichtig, hier zu zeigen: Wir wollen dieses Projekt! Es darf nicht sterben! Es ist hier auch der dringende Appell an die Stadtverwaltung, das jetzt anzugehen.

Wie Herr Weisenstein schon richtig dargestellt hat, handelt es sich um ein unheimlich komplexes Projekt. Es ist jetzt nicht nur der Ostteil, es ist jetzt nicht nur die VGO, die da zu tun hat, sondern es ist wirklich ein großes stadtentwicklungspolitisches Projekt. Das kann man mit den üblichen Verwaltungsstrukturen so nicht stemmen. Trotzdem bin ich mir absolut sicher und jetzt auch zuversichtlich, dass wir die Strukturen so aufbauen können, dass das machbar wird. Dann wünsche ich mir wirklich gutes Gelingen für uns alle; denn dieser Antrag wird durchkommen. Wir müssen positiv und gemeinsam und wirklich sehr konstruktiv in die Zukunft blicken, damit das auch alles klappen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die vielen Brandreden, die wir jetzt gehört haben, sind, sage ich Ihnen ganz ehrlich, wenig glaubwürdig.

Herr Görzel, es war übrigens im September, was es eigentlich nur noch schlimmer macht; denn, so wie Sie es jetzt dargestellt haben - Sie haben es nicht einmal geschafft, einen ordentlichen Antrag zu stellen, sondern mussten heute mit heißer Nadel am 07.12. einen Dringlichkeitsantrag schreiben -, da muss ich sagen, da sind Ihre Brandreden wenig glaubhaft. Trotzdem würde ich gerne vielleicht von Herrn Haack zwei oder drei Sätze dazu hören, damit auch wir das etwas besser einordnen können. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Welche Frage stellen Sie? Dann überlege ich, ob ich Herrn Haack das Wort gebe.

Matthias Büschges (AfD): Also, es gibt jetzt die Chronologie seit September, seit der aktuellen Stunde, die wir hatten. Es wurde in die Verwaltung verwiesen. Ich habe es gerade noch einmal nachgeschaut. Was danach passiert ist, das würde ich gerne wissen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Haack.

Beigeordneter Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass wir eine Projektstruktur gegründet haben - oder schon gebildet haben -, die intensiv an der Realisierung der Hallen Kalk arbeitet. Wir arbeiten in allen fünf Projektgruppen das Thema weiter ab. Der Ortstermin ist für den 19. Dezember terminiert. Das haben Sie bereits erwähnt. Mir ist nicht bekannt, dass der jetzt aufgehoben wurde. Das müsste ich noch klären. Zumindest gestern hieß es noch, dass der Termin stattfindet, um die Pioniernutzung vorzubereiten. Wir arbeiten mit den Akteuren gemeinsam an einem Konzept, wie wir die Hallen Kalk, insbesondere den Osthof, weiter umgesetzt bekommen. Parallel arbeiten wir auch daran, mit dem Kollegen Wolfgramm das DOMiD umzusetzen. Wir sind an allen Themen dran, so wie wir Ihnen das in der aktuellen Stunde berichtet haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Bitte sehr, Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte zuschauende Menschen! Wenn man so zum Schluss redet, ist alles Tolle schon gesagt worden. Ganz, ganz herzlichen Dank! Ich möchte aber vor allen Dingen den Initiativen danken, die hier drangeblieben sind und noch nicht aufgegeben haben, obwohl es so lange dauert. Ich hoffe, Sie sehen jetzt auch einen Hoffnungsschimmer

vonseiten der Politik und der Verwaltung, dass es hier weitergeht, und dass wir anerkennen, dass gemeinwohlorientierte Entwicklung wirklich, wirklich wichtig ist; gerade in einem Stadtteil wie Kalk, wo wir noch diese Möglichkeiten haben. Hier wollen wir zeigen: Wir sind keine Stadt, die immer und immer und immer langweiliger wird und irgendwann nur noch den Dom hat, und nur noch Wohnungen hat - und überhaupt -, sondern dass wir auch etwas Innovatives vorantreiben wollen und an den Menschen, die hier diese Stadt mitgestalten, festhalten wollen, und diese auch unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus, es ist so schade, dass Sie so wenig von dieser Stadt kennen, sonst würden Sie sie nicht langweilig finden. Man kann Köln finden, wie man will, aber langweilig habe ich noch nicht gehört!

(Beifall)

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Frau Reker, ich kann Ihnen sagen, ich bin sogar im Kölner Dom getauft, und ich kenne sogar die Stadt außerhalb davon.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber komischerweise habe ich schon alles über Köln gehört, aber nicht, dass es langweilig ist.

(Heiterkeit)

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen und frage, ob jemand dagegen zu stimmen wünscht. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Die FDP enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. *Der Rat der Stadt Köln bekräftigt seinen Willen, den „Osthof der Hallen Kalk“ (östlich der Halle 70) gemeinwohlorientiert zu entwickeln. Die Grundlagen für die gemeinwohlorientierte Entwicklung stellen der durch den Stadtentwicklungsausschuss beschlossene Integrierte Plan (2646/2019) und die vom Stadtentwicklungsamt entwickelten Gemeinwohlkriterien (2213/2022) dar.*

2. *Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung erneute Gespräche mit der Montag Stiftung Urbane Räume zu führen mit dem Ziel, die Bedingungen für deren Wiedereinstieg zu eruieren.*

3. *Vor dem Hintergrund des Ausstiegs der Montag Stiftung Urbane Räume (MUR) wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah ein neues belastbares Nutzungskonzept und eine verwaltungsinterne Projektorganisationsstruktur zu entwickeln. Die Entwicklung des Konzepts soll gemeinsam mit der Verantwortungsgemeinschaft Osthof (VGO) erfolgen.*

4. *Die Verwaltung wird beauftragt, das Ergebnis der Prüfung der Pioniernutzung vorzulegen und mögliche nutzbare Flächen zu definieren, die von der VGO frühzeitig genutzt und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Erste Pioniernutzungen sollen im Sinne der gemeinwohlorientierten Entwicklung des Gesamtprojekts durch die genannten Akteur*innen konzipiert und umgesetzt werden. Die Verwaltung möge den Akteur*innen der VGO die Möglichkeit geben, die Gebäude auf dem Gelände begehen zu können. Die Verwaltung wird gebeten dies zu organisieren.*

5. *Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche organisatorischen und finanziellen Mittel für ein dezernatsübergreifendes und gemeinwohlorientiertes Projektmanagement für den Osthof der Hallen Kalk erforderlich ist.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Ergänzung Struktursicherungsfonds 2023“ AN/2176/2023

Das Wort hat Herr Rudolph.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! 3.1.11 war es! Sorry, das habe ich falsch gesehen! - Frau Schneeloch.)

- Frau Schneeloch.

Sandra Schneeloch (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme damit eigentlich den Tagesordnungspunkt, der da nachfolgend ist, ein bisschen vorweg bzw. ergänze ihn dazu - so heißt ja auch der Dringlichkeitsantrag, nämlich „Ergänzung Struktursicherungsfonds“. Wir haben uns im letzten Jahr und auch schon in den Haushaltsverhandlungen zu dem Thema mit der Sicherung unserer sozialen Infrastruktur in Köln befasst, und es war uns ein sehr wichtiges Thema. In 2023 haben auch viele Initiativen hier von unserem Förderangebot Gebrauch gemacht, gestärkt natürlich auch durch den Stärkungspakt aus dem Land Nordrhein-Westfalen.

Die weitere Diskussion dazu kommt im nachfolgenden Punkt. Wir möchten aber noch eine Sache für 2023 heilen. Und das ist, dass in der Berücksichtigung der Förderungen Struktursicherung, gestiegene Tarifkosten, gestiegene Energiekosten, die Inflation, die Umweltinitiativen in 2023 nicht mitberücksichtigt worden sind. Deswegen der Dringlichkeitsantrag für uns. Hier wird auch kein neues Geld benötigt. Wir haben hier eine Umschichtung von nicht verausgabten Geldern im Haushalt 2023 vorgeschlagen, wie Sie auch im Dringlichkeitsantrag entsprechend sehen können. Also sehen Sie es bitte als Ergänzung und Heilung der Struktursicherung für 2023. Was wir jetzt 2024 fortblickend machen, wird gleich der Herr Rudolph auch entsprechend ausführen. Da ist auch der Umweltbereich entsprechend mit drin. Daher noch einmal Umschichtung in 2023, um auch da den Umweltinitiativen die Förderung zukommen zu lassen, die viele andere für dieses Jahr genossen haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Erkelenz das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist noch nicht der große Antrag! Der große Antrag ist 3.1.11!)

Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3.1.10? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich gerne darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Ich rufe den nächsten Dringlichkeitsantrag auf.

Beschluss:

Die Kostensteigerungen durch Tarifsteigerung, Energiekostenerhöhung und allgemeine Inflation für das Jahr 2023 im Umweltbereich (Dezernat VIII) für Förderprojekte und institutionellen Förderungen, die vor dem 01.01.2023 eingereicht wurden, werden pauschal mit 10% der bisherigen Fördersumme zusätzlich durch die Stadt Köln unterstützt. Betroffen davon sind z. B. Umweltbildungsprojekte, Tierheime, Auffangstationen, die in der Regel mit Zuwendungsbescheid gefördert werden.

Die Förderung erfolgt zu Lasten der nicht verausgabten Mittel aus dem Teilergebnisplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes, in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch weniger Aufwendungen beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt, in der Produktgruppe 1401, Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen (zulasten der Maßnahme Umweltbildung).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Die RM Schallehn und Henk-Hollstein nehmen wegen Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke und Volt sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend "Anpassung des Strukturförderfonds für 2024" AN/2179/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/2180/2023

Jetzt hat Herr Rudolph das Wort.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen und auch liebe Träger! Wir leben in unsicheren Zeiten - unsichere Zeiten für uns alle. Gerade in diesen Zeiten zeigt sich, was unsere Träger hier in Köln für die Stadtgesellschaft und die Menschen, die in Köln leben, tun. Sie bieten eine Schulter zum Anlehnen, sie geben die Hand für Stabilität und sie geben Motivation, um weiterzugehen. Genau in diesen Zeiten müssen wir uns für unser starkes soziales Netz einsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Dafür haben wir als Bündnis im Jahr 2022 im Doppelhaushalt den Strukturförderfonds aufgelegt, jeweils mit 5 Millionen Euro für das Jahr 2023 und das Jahr 2024, um die Mehrbelastungen durch gestiegene Energie- und Personalkosten aufzufangen. Den Strukturförderfonds haben wir frühzeitig aufgelegt, um damals die noch nicht bekannten Preissteigerungen und Auswirkungen teilzukompensieren. Das war wichtig.

Dieses Jahr haben die Mittel ausgereicht, auch dank des Landes mit dem Stärkungspakt NRW. Mit den anstehenden Tariferhöhungen im nächsten Jahr werden die Gelder aber vermutlich nicht ausreichen. Deswegen beschließen und beraten wir heute hier zusammen diesen Antrag, um die Träger auch in 2024 ausreichend zu fördern. Wir erhöhen die Förderung um weitere 5 Millionen Euro auf insgesamt 10 Millionen Euro in 2024. Zusätzlich zu den 10 Millionen Euro stellen wir sicher, dass auch in den Kindertageseinrichtungen und im offenen Ganztag die gestiegenen Personalkosten - teilweise zumindest - mitfinanziert werden. Dafür müssen insbesondere die Fachdezernent*innen jetzt auch sorgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn: Wenn wir die Trägervielfalt in Köln erhalten wollen, müssen wir jetzt handeln. Die Diskussionen in Bund und Land zeigen, dass die öffentlichen Haushalte stark belastet sind. So auch hier in Köln. Das sorgt zu Recht für Verunsicherung. Die Sorge um die Zukunft, die Sorge vor Kürzungen, Entlassungen oder gar Insolvenz sind bei den Trägern und den Mitarbeiter*innen groß. Wie groß die Verunsicherungen sind, konnten wir in den letzten Wochen auf den Demos und den Menschenketten in den Gesichtern jeder einzelnen Person sehen. Als Kommune können wir die ausbleibenden Landes- und Bundesförderungen aber nicht auffangen. Aber mit diesem Antrag sorgen wir für Stabilität in Köln. Mit diesem Antrag schaffen wir für 2024 Klarheiten, und mit diesem Antrag sagen wir ganz klar: Wir unterstützen euch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Mit den Erfahrungen aus diesem Jahr werden wir den Strukturförderfonds weiter verbessern. Die Förderrichtlinien, auch beim Eigenanteil, werden unter die Lupe genommen. Hier müssen die Fachdezernate nun prüfen, wie das Verfahren weiter vereinfacht und bürokratieärmer gestaltet werden kann, damit die Hilfen auch wirklich schnell bei den Trägern ankommen.
Die Diskussionen zu den einzelnen Förderkriterien werden wir nicht heute hier führen, sondern im Januar in den einzelnen Fachausschüssen. Und: Der Strukturförderfonds wird auf andere Bereiche ausgeweitet. Meine Kollegin, Frau Schneeloch, hatte das für 2023 schon angekündigt. So werden wir es auch jetzt hier für 2024 für Umwelt ausweiten.

Für die Finanzierung bitten wir die Verwaltung, die Restmittel aus diesem Jahr zu übertragen. Gleichzeitig beantragen wir das Vorziehen der beabsichtigten Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende in den Juli 2024.

Am Ende möchte ich gerne noch einmal in die Zukunft schauen. Dieser Antrag ist nämlich auch die Bitte an die Fachdezernate, in den Haushaltsaufstellungen für den nächsten Haushalt, diese Personalkostensteigerungen der Träger auch bei den Kitas und OGS zu berücksichtigen und zu behandeln. Wie es konkret aussieht, werden wir dann in den Haushaltsverhandlungen zusammen beraten müssen.

Wir hier im Rat streiten gerne um die besten Ideen. Dafür haben wir heute schon sehr viele und

auch lebhafte Debatten gehabt. Aber ich bin froh, dass wir heute zusammen eine unmissverständliche Botschaft senden und alle gemeinsam diesen Antrag unterstützen und sagen: Wir unterstützen euch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage jetzt nach weiteren Wortmeldungen. - Herr Erkelenz hat sich als Erster gemeldet.

Martin Erkelenz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kölner Wohlfahrtsverbände tragen entscheidend mit dazu bei, dass die soziale Infrastruktur in unserer Stadt und der soziale Frieden in unserer Stadt nachhaltig gesichert werden. Um die Stadtgesellschaft auch zukünftig zusammenzuhalten, braucht Köln weiterhin ein stabiles und verlässliches soziales Netz. Die CDU-Ratsfraktion hat hierzu ein Positionspapier entwickelt. Das zeigt: Auch die Kölner CDU steht für ein soziales Köln; und die Träger der freien Wohlfahrtspflege sind Partner der Kölner Bürger, Partner der Stadtverwaltung und auch Partner der Politik zugleich.

(Beifall bei der CDU)

Wer die Lage der freien Träger möglicherweise auch einmal als nicht so dramatisch darstellt - es war in der Presse so zu lesen -, verkennt, dass wenn auch nur ein kleiner Teil dieses gesamten Engagements wegfällt, die ganze Struktur in Schieflage kommen könnte. Das, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir mit diesem Antrag bereits im Kern verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich werden wir einen Blick darauf haben, ob und inwieweit der Fonds wirklich auch auskömmlich ist. Mit dem vorliegenden Antrag sollen zusätzlich die Förderkriterien des jetzt gültigen Fonds überprüft und überarbeitet werden. So ist es zwar verständlich und richtig, wenn für Zuschüsse zum Energieverbrauch Eigenanteile vorgesehen sind; jedoch hinsichtlich der Zuschüsse zu Personalkosten sind Eigenanteile unserer Meinung nach eher widersinnig.

Neben dem Erhalt der Trägerstruktur ist weiterhin die Zielsetzung unseres Antrages eine gewisse Flexibilisierung des Strukturförderfonds - der Herr Kollege sagte es eben auch. Nicht ausgeschöpfte Mittel sollen auch den Personalkostensteigerungen im pflichtigen Bereich zugutekommen. Und natürlich sind wir dafür, dass die Mittel, die nicht ausgegeben wurden, in das Jahr 2024 übertragen werden.

Aufgrund der Steigerungen vor allem im Bereich der Personalkosten befinden sich die Träger der Freien Wohlfahrtspflege - und da sind die Träger in Köln wahrscheinlich nicht alleinstehend - in einem sehr kritischen Zustand. Es drohen Zahlungsunfähigkeiten und Angebotsreduzierungen. So ist das Fazit: Wir benötigen einen überarbeiteten Strukturförderfonds - mehr denn je für ein soziales Köln. Wir sichern die Tragfähigkeit der sozialen Infrastruktur, weshalb ich um Zustimmung zu unserem Antrag bitte. Und vielleicht mit einem Augenzwinkern - ich weiß jetzt nicht, wie die FDP-Kolleginnen und Kollegen sich hier verhalten -: Ich würde mich ganz besonders freuen, wenn heute die FDP da zustimmen kann.
An dieser Stelle: Liebe Katja, danke für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit. Das eine oder andere - ich verrate es hier mal - haben wir ja auch bilateral am Bündnis vorbei geregelt und regeln können.

(Heiterkeit - Christian Joisten [SPD]: Das sind ja intime Einblicke hier!)

Für die gute Zusammenarbeit möchte ich mich ganz herzlich bei dir bedanken und freue mich, dass du nicht ganz weg bist, sondern im Sozialausschuss uns auch noch erhalten bleibst. - Danke schön.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, bitte gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Sie können von mir eine konforme Sitzungsführung erwarten. Und auch hier, bevor wir jetzt wirklich in die Beratung eintreten, ist es so, dass der von Ihnen gestellte Antrag je nach Verständnis und Umsetzung erhebliche finanzielle Folgen hat, die auch deutlich über das in Rede stehende Volumen von 10 Millionen hinausgehen können. Das betrifft insbesondere die Aussagen zu den pflichtigen Bereichen. Hierfür enthält dieser Antrag keine entsprechende

Deckung; auch der Änderungsantrag enthält keine entsprechende Deckung. Das muss ich leider feststellen. Deswegen kann ich nur in der Beratung fortführen - sonst stimmt das nicht, was wir hier machen -, wenn Sie diesen Antrag umdeuten in einen Prüfantrag für die Verwaltung, wenn Sie also nicht an diesem Antrag festhalten, so wie er jetzt ist, sondern wenn Sie ihn umdeuten. Wir haben diesen Fall heute schon einmal gehabt. Ich sage Ihnen jetzt auch, es liegt keine Deckung vor. Sie können das in einen Prüfantrag umdeuten, und dann können wir darüber abstimmen. - Zur Geschäftsordnung, Herr Büschges.

(Christian Joisten [SPD]: Vielleicht arbeiten wir die Rednerliste erst mal ab!)

- Nein, wir beraten ja schon.

Matthias Büschges (AfD): Genau. Deswegen stelle ich auch den Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer stimmt dem Antrag der AfD-Fraktion auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt zu? - Die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.
Ich bitte also jetzt den nächsten Redner oder die nächste Rednerin die Umdeutung zu bestätigen. Dann können wir über den Antrag abstimmen; sonst können wir ihn auch nicht beraten.

(Christian Joisten [SPD]: Aber wir haben doch schon anfangen, zu beraten!)

- Nein, wir haben bisher nur Antragsteller gehört, genauso wie die AfD auch ihren Antrag begründen durfte. Es ist nicht beraten.

(Christian Joisten [SPD]: Wir sind auch Antragsteller!)

- Nein, es war auch nicht ausgemacht, dass der geändert wurde.

(Christian Joisten [SPD]: So geht es nicht!)

Es wird eine Beratungspause beantragt.

(Unterbrechung von 17.07 Uhr bis 17.10 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen und die Türen zu schließen. Wir haben das jetzt geordnet. Das liegt eben daran, wenn Anträge im letzten Moment kommen, dass es dann Verwirrung gibt. Jetzt ist zu differenzieren zwischen pflichtigem und freiwilligem Bereich. Die Kämmerin versucht, das jetzt einmal darzulegen.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! An dieser Stelle, glaube ich, hat es ein Missverständnis gegeben, das jetzt vielleicht klar zu ziehen ist. Der Antrag enthält verschiedenste Bereiche. Zum einen geht es um die Aufstockung des Struktursicherungsfonds, der bisher ausschließlich und alleine für freiwillige Leistungen gedacht ist. Dazu liegt selbstverständlich eine ausreichende Deckung mit den von Ihnen formulierten Vorschlägen zur Ausweitung der Kulturförderabgabe ab dem 01.07.2024 vor.

Darüber hinaus steht das natürlich unter dem Vorbehalt der im Jahresabschluss zu treffenden Entscheidung der Kämmerin überdie in 2023 nicht ausgeschöpften Mittel, die wir in das kommende Jahr übertragen können, und dann auch werden, wenn sie denn Ende des Jahres stehen bleiben, wovon auszugehen ist. So weit zu dem freiwilligen Bereich.

Darüber hinaus haben Sie bestimmte Botschaften formuliert, dass Sie auch im pflichtigen Bereich Lösungen zur Finanzierung der Tarifkosten erwarten. Dieser Bereich ist deutlich komplexer. Was sehr begrüßenswert ist: Ihr Antrag sieht vor, dass soweit der Strukturförderfonds nicht für die freiwilligen Bereiche vollständig ausgeschöpft werden sollte, daraus auch Mittel für die pflichtigen Bereiche eingesetzt werden können. Das ist eine Erweiterung; es ist vorhin auch schon erwähnt worden. Dies ist sehr zu begrüßen, wird aber in Gänze zur Abdeckung der Bedarfe im pflichtigen Bereich nicht ausreichen. Auch das ist klar. Deshalb ist diese Botschaft, dass hier im Bereich der pflichtigen Aufgaben zu einer Abdeckung der Personalkosten zu kommen ist, ein Prüfauftrag an die Verwaltung. So ist es, glaube ich, auch gemeint. Das dient hier an der Stelle noch einmal der Klarstellung - ich sehe hier auch Kopfnicken -, damit es hier keine Verwirrungen gibt. Selbstverständlich kann dieser Antrag mit dieser Maßgabe dann auch beraten werden. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir fahren jetzt in der Beratung fort, und ich mache dann einen Vorschlag zur Beschlussfassung. Herr Joisten und dann Frau Glashagen.

Christian Joisten (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer draußen am Livestream! Nach dieser etwas turbulenten Unterbrechung und Nachjustierung, die hier erforderlich ist, will ich zunächst ganz allgemein einsteigen und komme dann auch gleich noch einmal auf die Situation zurück.

In den letzten Wochen haben auf jeden Fall viele Träger, Vereine und Institutionen mit großer Sorge in die Zukunft geschaut; denn es war doch jetzt eine ganze Zeit unklar, wie sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter umgehen können, wie sie bezahlen sollen. Vielerorts drohten Schließungen von Betreuungseinrichtungen wie Kitas oder Mittags- und Nachmittagsbetreuung an Schulen. Dies hätte, wenn es denn so gekommen wäre, dass diese Zahlungen und unser Antrag hier heute nicht zustande gekommen wären, nicht nur für die Angestellten dramatische Konsequenzen bedeutet, sondern auch für Kinder und Eltern erhebliche Belastungen mit sich gebracht; von den Auswirkungen auf die Kölner Arbeitgeber einmal ganz zu schweigen.

Um diese dramatische Situation abzuwenden, haben wir uns gemeinsam, wie das hier auch schon beschrieben wurde, mit dem Großteil der demokratischen Fraktionen auf den Weg gemacht, den nun hier vorliegenden Antrag zu entwickeln; denn gerade für uns Sozialdemokraten ist der Erhalt und der Ausbau der sozialen Infrastruktur nicht nur ein Herzensanliegen, sondern Teil unserer DNA.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind überzeugt: Nur wenn es uns als Gesellschaft gelingt, alle Menschen zu selbstbestimmten Individuen zu entwickeln und an unserem Gemeinwesen teilhaben zu lassen, werden wir die Akzeptanz unseres Staates und somit unserer Demokratie langfristig sicherstellen können.

Schon jetzt müssen wir feststellen, dass doch viele Menschen den Eindruck gewinnen, dass wesentliche Teile der Daseinsvorsorge nicht mehr so durchgehend sichergestellt werden können und funktionieren. Schon heute finden viele nicht mehr den Wohnraum, den sie sich leisten können. Schon heute ist vielerorts die verlässliche Kitabetreuung nicht mehr gewährleistet. Schon heute können wir als Stadt Köln nicht mehr alle Wünsche und Anforderungen an einen wohnortnahen Schulplatz in den jeweils gewünschten Schulformen sowie das zugehörige OGS-Angebot erfüllen. Schon heute haben wir zu wenig Sozialarbeiter in den Schulen, womit wir die wenigen noch vorhandenen Lehrer überlasten und damit die Qualität unserer Bildung weiter absenken, wie uns die aktuelle PISA-Studie gerade sehr nachdrücklich vor Augen geführt hat. Und schon heute haben wir deutlich zu wenige Angebote für Seniorinnen und Senioren; von Wohn- und Pflegeplätzen ganz zu schweigen.

Gegen all diese Entwicklungen müssen wir mit breiten Mehrheiten angehen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt nachhaltig sicherstellen. Dazu leistet dieser Antrag einen wichtigen, aber mit Blick in die Zukunft keinesfalls ausreichenden Beitrag; dennoch ist es jetzt erst einmal wichtig, dass wir mit diesem Antrag die bereits vorhandene soziale Infrastruktur unserer Stadt kurzfristig sichern und den betroffenen Menschen keine zusätzlichen Versorgungslücken zumuten müssen. Um derartige Situationen, die auch mit erheblichen Unsicherheiten für die betroffenen Menschen verbunden sind, und auch für uns hier in der Politik zusätzliche Belastungen bedeuten, zukünftig zu vermeiden - auch das wurde schon mehrfach angedeutet -, sollten wir alle miteinander darauf achten, dass zukünftig bereits bei Beschluss eines Haushalts mit realistischen und erwartbaren Ansätzen gearbeitet wird.

Auf jeden Fall brauchen wir auch in Zukunft, und auch im nächsten Haushalt - auch das ist bereits angeklungen -, weiterhin einen oder gegebenenfalls mehrere auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtete Struktursicherungsfonds. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere soziale Infrastruktur hier in Köln nicht nur erhalten, sondern im Sinne des eben Gesagten auch da, wo nötig, ausgebaut wird.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem freuen wir uns aber nun zuerst einmal, dass diese gemeinsame Kraftanstrengung gelungen ist, und danken für die sehr konstruktive Zusammenarbeit mit allen demokratischen Fraktionen, allen voran der Mehrheitsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Kämmerin, die hier

Spielräume identifiziert und auf zusätzliche Einnahmetatbestände hingewiesen hat. Alles in allem ist das aus unserer Sicht durchaus ein Musterbeispiel, wie Kommunalpolitik auch in einer Millionenstadt zielgerichtet und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger organisiert werden kann.
Abschließend sei jetzt noch einmal aufgrund dieser eben neu entstandenen Lage darauf hingewiesen, dass wir schon sehr darauf achten und pochen würden, dass wir jetzt den hier vorliegenden Antrag auch in dieser Form beschließen und damit eine klare Erwartungshaltung - so will ich es einmal nennen - an die Verwaltung auch noch einmal formulieren, dass wir auch im pflichtigen Bereich das schaffen, was uns jetzt im freiwilligen Bereich auch mit Hinterlegen entsprechender Kostenstellen gelungen ist, dass wir nämlich auch dort das sichern, was wir sichern müssen.

Insofern kann ich mir gar nicht vorstellen, dass letzten Endes auch die Verwaltung anders handelt; denn es kann nur teurer werden, wenn die Träger nicht mehr diese Aufgaben übernehmen, sondern wir das in eigener Regie machen müssen. Insofern, glaube ich, haben wir alle aus unterschiedlichen Motivationen ein klares Interesse, dass das, was wir hier aufgeschrieben haben, letzten Endes auch Realität wird. Und in diesem Sinne danke ich erst einmal allen fürs Zuhören. Ich danke der Verwaltung, da mit Sicherheit konstruktiv daran zu arbeiten und will aber auch nicht versäumen, Katja Hoyer jetzt von diesem Platz heute hier noch einmal ganz herzlich für ihre langjährige Arbeit im Sinne dieses Rates, dieser Stadt und der Menschen in dieser Stadt vor allen Dingen zu danken. Es hat immer großen Spaß gemacht, und ich freue mich tatsächlich auch, dass du noch ein bisschen weitermachst. Aber hier aus diesem Gremium scheidest du heute aus. Liebe Katja, deswegen von dieser Stelle auch im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlichen Dank für alles, was du hier an Zusammenarbeit, an Zusammenstehen für die soziale Sache, aber auch für die Demokratie geleistet hast. Ich freue mich auf den weiteren Weg mit dir. Hoffentlich können wir heute Abend noch anstoßen. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich muss leider jetzt in die Beratung noch einmal eingreifen, weil es sicherlich für den freiwilligen Bereich Deckung gibt - das hat zu großer Aufregung geführt -, aber für den pflichtigen Bereich bitte ich es umzuwidmen; denn es gibt keine Deckung dafür. Die Verwaltung sucht eine Deckung.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben genickt! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben alle genickt! - Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss reichen!)

- Ja, gut. Herr Joisten hat eben gesagt, er stellt es sich anders vor. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende!

„Köln bleibt sozial“ riefen 8 000 Menschen vor einer Woche auf der Demonstration der Liga der Wohlfahrtsverbände. Beeindruckend war es, weil es vor allem viele junge Menschen von den Trägern, aus den Einrichtungen, den OGS etc. waren.

Die Menschen, die im Sozialbereich sind, spüren im Moment, dass sich in Berlin etwas abspielt. Alle sind unsicher und fragen sich: Was kommt da jetzt? Kommen die Kürzungen vom Jobcenter erneut zurück? Erst gekürzt, dann wieder zurück und jetzt noch einmal zurück? - Wir werden es sehen.

Umso wichtiger ist, dass wir hier in Köln versuchen, unsere Aufgabe zu erledigen: Ja, Köln bleibt sozial! So verstehen wir von der Fraktion DIE LINKE das auch.

Ja, wir konnten froh sein, dass wir in der Pandemie - vielleicht können Sie sich daran erinnern - trotz Bedenken hier im Hause - das sage ich einmal allgemein - diesen Strukturfördermittelfonds für 2023 und 2024 aufgelegt haben. Das war ein wichtiger Punkt. Diesen Fonds stocken wir jetzt um weitere 5 Millionen Euro für freiwillige Leistungen auf: im Bereich Soziales, Kommunales Integrationsamt, Schulsozialarbeit und Jugendförderung.

Viel schwieriger sind dagegen - das ist jetzt klargeworden - die pflichtigen Aufgaben. Diese liegen weit über 10 Millionen Euro; vor allem im Bereich Personalkosten für die Beschäftigten in den Kitas und in den OGS. Die Stadt Köln - das ist jetzt vielleicht nicht ganz unwichtig, wenn wir über diese Sache sprechen - hat immer einen Anteil. Die

Stadt zahlt nicht alles. Die Stadt zahlt bei den OGS 42 Prozent und bei den Kitas 52,2 Prozent. Die 52,2 Prozent - bzw. es sind, glaube ich, 40 Prozent, die das Land zahlt - sind bereits eingetroffen.

Wir können das ja gerne prüfen, aber wollen wir uns dem entziehen, unseren Anteil zu zahlen? - Ich glaube, so hat es die Oberbürgermeister nicht gemeint. Und ich glaube auch, so hat es die Kämmerin nicht gemeint. Ich will nur darauf hinweisen: Wenn man sagt, wir prüfen das, kann ich nur sagen: Das Land hat aber schon gezahlt! Die prüfen nicht mehr, sondern die stehen zu ihrem Wort. Das ist auch ein Vertrag. Das ist nicht so, als würden wir uns die Hand schütteln und sagen: Das machen wir so! Das ist ein Vertrag. Man kann gerne alles prüfen, aber ich glaube, in dieser Verpflichtung stehen wir. Deswegen glaube ich, ist es auch wichtig, dass wir in unserem gemeinsamen Beschlussantrag stehen haben, die gesamte Verwaltung steht da in der Verpflichtung und nicht nur der Dezernent Schule und Jugend. Es ist auch klar: Diese 10 Millionen Euro kann das Schul- und Jugenddezernat nicht stemmen. Das geht gar nicht, sondern das muss die gesamte Verwaltung stemmen. Ich habe ein großes Vertrauen, dass die Verwaltung das insgesamt macht.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Die 10 Millionen sind doch gedeckt!)

- Klar, die 10 Millionen sind gedeckt. Das sind ja die freiwilligen Leistungen. Ich rede jetzt die ganze Zeit über die pflichtigen Leistungen, und da habe ich am Anfang gesagt, es sind mehr als 10 Millionen Euro zusätzlich. Das sind - ich habe jetzt die Zahlen an meinem Platz - 6,3 Millionen Euro für Kitas usw. und so fort.

Was ich noch sagen wollte: Wenn wir uns im Moment die Struktur ansehen - man kann jetzt sagen: Ja, die Wohlfahrt - die haben ja auch Geld in der Kasse liegen usw. Ich möchte nur auf Folgendes hinweisen: In Ostwestfalen hat die AWO 120 Kitas geschlossen. Die Wohlfahrtsverbände, die Träger, gehen schon auf dem Zahnfleisch. Darauf will ich einfach einmal hinweisen. Man sagt immer, sie haben ja viel Geld zum Ausgeben. Ich glaube nicht, dass es so ist.

Lasst uns eine Sache noch einmal ins Auge fassen: Wenn wir den Beschäftigten der Stadt Köln die Lohnerhöhung gezahlt haben - das ist der Fall, die haben die bezahlt -, und die übernehmen pflichtige Aufgaben, und wir haben aber OGS, Kitas usw. - das sind auch pflichtige Aufgaben -, dann sage ich als alter Gewerkschafter: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und diese Leute müssen auch dieses Geld bekommen!

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern zu dem Thema pflichtige Aufgaben: Ja, wir müssen es prüfen, aber wir müssen auch Gerechtigkeit walten lassen. Da gibt es so gewisse Grundsätze. Insofern freue ich mich, dass dieser Rat in der schweren Lage, in der wir uns befinden, kämpft - Frau Kämmerin, ich beneide Sie nicht um Ihr Amt, aber Sie kämpfen. Das ist auch völlig in Ordnung. Wir brauchen eine Kämmerin, die kämpft. Wir brauchen keine Kämmerin, die zustimmt, und dann stimmt es hinterher nicht. Das finde ich völlig in Ordnung. Ich freue mich, dass wir eine kämpferische Kämmerin haben; auch wenn uns das ab und zu nicht passt.

(Heiterkeit bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deswegen: Danke für diesen Antrag! Lasst uns das prüfen, aber pflichtige Aufgaben sind so kompliziert, da kann man sich nicht herauswinden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, dass Sie so viel Zutrauen zur Verwaltung haben, Herr Detjen. Ich bitte jetzt noch einmal darüber nachzudenken, ob man an der Stelle nicht wirklich den Prüfauftrag geben kann. Herr Joisten denkt vielleicht auch weiter.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Es haben alle genickt!)

- Gut. - Dann hat jetzt Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und am Stream! Wir merken es: Es ist aufregend wie selten hier im Rat. Ich bin noch nicht ganz so lange dabei, aber so eine Situation wie heute habe ich, glaube ich, vergleichbar noch nicht erlebt.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Christiane Martin [Bündnis 90/Die

Grünen]: Das hatten wir auch schon beim Großmarkt!)

- Ja, das war auch interessant. Aber ich möchte eigentlich darauf hinaus, dass dieses Thema, das wir hier behandeln, alle Belange betrifft; alle Kölnerinnen und Kölnern geht es etwas an, und deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns hier alle so aufregen, engagieren und dafür kämpfen - egal auf welchen Ebenen.

Wir von der Voltfraktion sind sehr froh darüber, dass wir bei den freiwilligen Leistungen jetzt eine Deckung haben, die wir durch die vorgezogene Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende ab dem 01.07. nächsten Jahres schon sicherstellen können.

Auch möchte ich der Verwaltung danken, dass Sie - das haben Sie gerade eben schon gesagt - die Restmittel aus dem Strukturförderungsfonds dieses Jahres übertragen, und wir somit den Fonds für nächstes Jahr sogar verdoppeln können. Das ist eine ganz schöne Bank. Am Anfang habe ich noch nicht so richtig daran geglaubt. Ich bin jetzt umso glücklicher, dass das jetzt so ist; denn aus dem laufenden Haushalt ohne zusätzliche Einnahmen zu generieren, wäre eine Ausweitung einfach nicht möglich gewesen. Ich möchte deswegen noch einmal betonen, dass Steuern und kommunale Gebühren wichtig und richtig sind; denn wir profitieren einfach alle davon. Wir zahlen die für uns selbst.

Ich möchte deswegen jetzt noch einmal sagen, gerade in dieser Zeit, in der die Träger extremer finanzieller Mehrbelastung ausgesetzt sind - das haben wir jetzt hier mehrfach gehört -, können wir als Rat etwas Sicherheit geben. Die Trägerlandschaft benötigt Sicherheit - das hat Herr Rudolph eben auch sehr schön betont -, damit sie die soziale Infrastruktur mit ihrem vielfältigen Angebot in dieser Stadt, das wir als Gesellschaft - jeder Einzelne - dringend benötigen, erhalten können. Wir müssen alle weiterhin auf unsere Träger setzen können. Dazu haben wir heute einen ordentlichen und wichtigen Schritt getan.

Zum Schluss möchte ich noch einmal meinen Dank an die Verwaltung aussprechen, dass sie weiterhin und intensiv nach Lösungen im pflichtigen Bereich suchen wird. Das haben Sie, Frau Diemert, eben dankenswerterweise schon gesagt; auch wenn wir da jetzt noch nicht ganz so rund sind. Aber ich gehe auch davon aus, dass wir das mit dem Vorschlag gleich sein werden.

Trotz allem glaube ich nicht, dass wir hiermit alle vorgesehenen Kürzungen von Land und Bund auffangen können. Das hat die Liga der Wohlfahrtsverbände auch auf der Bundes- und Landesebene sehr eindringlich dargelegt; auch das mit sehr eindrucksvollen Demonstrationen, aber auch offenen Briefen und so weiter. Deswegen hoffe ich natürlich inständig, dass auch dort nicht das letzte Wort gesprochen ist und gute Wege gegangen und gefunden werden. Damit möchte ich mich bei euch bedanken für eure Aufmerksamkeit. - Danke schön.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Was für eine aufwühlende Debatte! Aber es ist auch nachvollziehbar. Es ist eine dramatische Situation, ein ernstes, schwieriges Thema, das wir hier beraten. Deswegen kann ich das gut nachvollziehen. Ich muss sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wirklich für die Zukunft, wo ich jetzt zwar nicht mehr im Rat bin: Bitte stellen Sie Anträge nicht so spät ein! Das macht es wirklich ganz schwierig für alle anderen, die vielleicht einen Änderungsantrag stellen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Das war für uns hochproblematisch. Trotz alledem möchte ich mich erst einmal im Namen der FDP-Fraktion dafür bedanken, dass die bisherigen Debatten zu dieser Thematik - es ist ja heute nicht die erste - so sachlich stattgefunden haben. Das gilt besonders für den Sozialausschuss und für den Jugendhilfeausschuss.

Wir alle kennen die finanziellen und personellen Probleme der Träger und wissen, dass viele Bildungs- und Beratungsangebote derzeit auf der Kippe stehen, und zwar nicht nur in Köln - das wurde auch erwähnt -: Wenn man einmal schaut, 30 Prozent der sozialen Institutionen in NRW mussten aufgrund fehlenden Geldes ihre Angebote bereits reduzieren. Wie wichtig bzw. wie notwendig diese Angebote sind, haben auch die

erschütternden Ergebnisse der neuesten PISA-Studie gezeigt. Wir müssen sehen: Die Förderung und Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen muss für uns alle höchste Priorität haben.

(Beifall bei der FDP)

Das muss für alle Ebenen gelten, für alle politischen Ebenen, für das Land. Wenn die Landesregierung glaubt, dass sie mit dem Kitarettungspaket nun ihren Beitrag geleistet hat, kann ich nur sagen: Das wird nicht reichen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Aber natürlich ist auch die Bundesregierung in der Verantwortung. Es wurde gerade die Diskussion über die Einschnitte beim Jobcenter diskutiert. Diese Diskussion tut auch mir weh; denn, wenn wir diese Angebote nicht haben, werden wir weniger Menschen in Arbeit bringen. Ich finde, auch das muss unser aller oberstes Ziel sein: Menschen in Arbeit bringen.

Aber zurück auf die kommunale Ebene: Jahrelange Haushaltsgespräche mit den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern haben mich zwei Dinge gelehrt. Für die sozialen Institutionen gab es bei den Planungen immer zwei Knackpunkte:

Erstens. Die Abhängigkeit von Projektmittel. Das heißt, die Mittel wurden immer nur für einen bestimmten Zeitraum bezahlt.

Und zweitens. Die Refinanzierung von Personalkosten. Diese Personalkosten sind es nun, die die Träger in die Knie zwingen.

Haben wir in dem Beschluss zum Strukturförderfonds 2023/2024 noch die Energiekosten im Blick gehabt, sehen wir jetzt, dass es eigentlich die Personalkosten sind, die für die großen Probleme sorgen. Diese Situation wird im vorgelegten Antrag auch gut beschrieben. Dieser Darstellung sowie der Forderung, dass die Kommune finanzielle Unterstützung bei diesen freiwilligen Leistungen zahlen muss, kann sich die FDP-Fraktion auch gut und umfänglich anschließen. Auch sind wir der Meinung, dass der Strukturförderfonds für 2024 aufgestockt werden muss, damit die sozialen Angebote in unserer Stadt überleben können.

Aufgrund der dramatischen finanziellen Situation, in der sich die Träger befinden, ist auch eine Verdopplung der Fördermittel notwendig. Weil die Situation so dramatisch ist, wie sie ist, teilen wir Ihre ersten Punkte alle - nur bei dem Punkt um die Finanzierung sind wir in der Tat anderer Meinung. Da die FDP schon gegen die Einführung der Kulturförderabgabe war, können Sie eigentlich nicht erwarten, dass wir uns heute darüber freuen, wenn Sie diese als Ausgleich für die Mittel nennen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das Geld habt ihr trotzdem immer gerne genommen!)

Wir als FDP wollen, wenn möglich, Steuer- und Abgabenerhöhungen vermeiden; denn diese Erhöhungen belasten die Bürger und Bürgerinnen, die ebenfalls unter gestiegenen Energiekosten und Inflation leiden. Bevor man Abgaben erhöht, muss zunächst einmal geschaut werden, ob sich die geplanten Ausgaben nicht anders finanzieren lassen. Genau das haben wir mit unserem Änderungsantrag gemacht. Neben den verbliebenen 2,5 Millionen Euro aus dem Strukturförderfonds haben wir Gelder, die nicht abgerufen worden sind, aus dem Programm „Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für obdachlose Menschen“ herangezogen, also Sachen, die nicht ausgegeben worden sind, und wo man erwarten kann, dass das sehr wahrscheinlich im nächsten Jahr auch nicht sein wird. Weiterhin haben wir - das haben wir heute auch in einer Antwort zu lesen - die Lastenradförderung herangezogen und eine Verschiebung der Vorbereitung des Umzuges der Kunst- und Museumsbibliothek.

Ich sage Ihnen aber auch heute zu: Wenn wir als FDP mit diesem Änderungsantrag nicht durchkommen, ist auch für uns die Situation der Träger und der Angebote so wichtig, dass wir dann im Endeffekt Ihrem Antrag zustimmen werden, weil wir uns auch da in der sozialen Verantwortung sehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sie gestatten mir an dieser Stelle vielleicht ein paar persönliche Worte. Das wird voraussichtlich mein letzter Redebeitrag hier in diesem Rat sein; es sei denn irgendjemand von Ihnen fordert mich gleich noch einmal zu einer Replik heraus.

(Heiterkeit)

Aber davon gehe ich jetzt einmal nicht aus. Ich durfte 14 Jahre diesem Rat angehören. Ich habe das immer als große Verantwortung und auch als große Auszeichnung empfunden. Viele haben mich in dieser Zeit unterstützt. Es gab Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, vielleicht hinter einem Bündnis, aber auch nicht nur so - da wollen wir einmal nicht aus dem Nähkästchen plaudern. Ich habe wirklich allen Grund, Danke zu sagen. Mein erstes Dankeschön geht an Sie, liebe Frau Oberbürgermeisterin, -

(Beifall)

- für die netten und wertschätzenden Worte, die Sie für mich gefunden haben. Ich habe mich aufgrund gemeinsamer Einschätzung und auch aufgrund gemeinsamer Erfahrungen Ihnen immer ganz besonders verbunden gefühlt. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Katja Hoyer (FDP): Mein Dank geht auch an die Verwaltung, die eigentlich immer wieder - auch gerade in diesen Zeiten - vor neue Herausforderungen gestellt wird; Krisen, neue Gesetze und auch fordernde Anträge der Politik sorgen immer dafür, dass Sie kräftig arbeiten müssen.

Aber auch außerhalb des Ratssaales habe ich viele tolle Erlebnisse gehabt. Da haben wir jetzt alle heute über die Wohlfahrtsverbände, die freien Träger, gesprochen, die wirklich einen super Job für diese Stadt machen. Da kann man gar nicht oft genug Danke sagen. Aber wer mir auch wirklich ganz wichtig ist, sind die Ehrenamtler; denn dieses soziale Köln würde ohne das tolle ehrenamtliche Engagement nicht funktionieren.

(Beifall)

Ihnen, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen, danke für Ihre anerkennenden Worte, danke für intensive, manchmal doch auch strittige Diskussionen. Ich war ja nicht immer so im Mainstream, wie man jetzt auch gerade gemerkt hat. Aber wir waren, glaube ich, immer hart in der Sache, aber fair und respektvoll im Umgang. Ich finde, so soll es sein; so muss es auch sein.

(Beifall)

Ich verspreche Ihnen, das wird auch in Zukunft so bleiben, weil meine Fraktion die kluge Entscheidung getroffen hat, dass ich weiter sozialpolitische Sprecherin sein darf. Das werde ich auch mit vollem Einsatz sein. Das verspreche ich Ihnen.

Zu aller guter Letzt geht ein ganz großes Mercy an meine FDP-Fraktion. Da zunächst erst einmal an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen; denn wir können unseren Job hier nur machen, weil sie uns so super unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, und dann: Danke, lieber Volker, liebe Stefanie, lieber Uli, lieber Ralph, für eure stete Unterstützung, für eure Loyalität und für eure Freundschaft.

(Anhaltender Beifall - Die Ratsmitglieder erheben sich. - Bernd Petelkau [CDU] und Christian Joisten [SPD] überreichen Katja Hoyer [FDP] jeweils einen Blumenstrauß.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich weiß, dass es heute wieder schwerfällt, zur Tagesordnung zurückzukehren, aber wir sind noch beim Tagesordnungspunkt 3.1.11. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Ich glaube, die jetzige Debatte hat zwei Dinge gezeigt:

Erstens. Es war goldrichtig, den Antrag zu stellen, die Bettensteuer abzuschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Denn die ist ja schon hier im Vorgriff verplant worden. Ja, es ist überhaupt nicht gesagt, dass wir auch nur annähernd 5 Millionen Euro vereinnahmen werden. Das ist typisch Köln. Gelder, die man noch nicht einmal gesichert in der Kasse hat, werden direkt schon wieder für die nächsten Jubelprojekte ausgegeben. Das ist der erste Punkt. Und der zweite Punkt ist: Wir können diese Vorlage, so wie sie eingebracht wurde, nicht beschließen. Das ist, glaube ich, klar geworden. Frau Diemert sucht noch nach einem Goldtopf, den wir aber auch so schnell hier nicht hervorzaubern können. Ich bin gespannt auf Ihren Formulierungsantrag. Aber vollkommen klar ist: Wenn das

nicht geändert wird Richtung Prüfung, wird das so nicht fliegen. Und wie gesagt, es rächt sich, wenn man Vorlagen - da hat Frau Hoyer recht - so auf den letzten Drücker hier einbringt und sie nicht sauber vorher diskutiert hat. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Diese AfD ist für soziale Kürzungen! Eindeutig!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen und möchte hier nur noch einmal erläutern, dass die Deckung von 1 Million Euro aus dem Teilfinanzplan - alles andere kann ich nicht beurteilen - investiv ist. Das heißt, es würde für konsumtive Mittel nicht funktionieren. Das müssen Sie nur wissen. Den Rest konnte ich noch nicht prüfen. Also lassen wir jetzt über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu dem Dringlichkeitsantrag von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, Volt und von der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT: Ich schlage Ihnen vor, Punkt 4 nach dieser ganzen Diskussion jetzt umzuformulieren in:

> Die gesamte Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, wie die in den pflichtigen Bereichen, wie zum Beispiel im Bereich Kita und OGS, ausreichende Finanzierung und Ausgleich der gestiegenen Personalkosten sichergestellt werden können.

Wenn Herr Detjen schon zu mir das Vertrauen hat, dann bitte ich die anderen auch darum. Ich würde jetzt gerne den so geänderten Antrag abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

I. Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der AfD-Fraktion auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt wegen nicht ausreichendem Deckungsvorschlag

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Änderung:

Der Beschlusstext wird bei Punkt 5 wie folgt ersetzt:

Die Deckung erfolgt 1.000.000,- Euro aus dem Teilfinanzplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze in der Teilplanzeile 11 Förderkonzept Lastenfahrräder 2022 – 2023, 676.650,- Euro aus 2023 Teilergebnisplan 1005, „Leistungen zur Vermeidung für obdachlose Menschen“ und für 2024 von 500.000,- Euro sowie Teilplan 0409 Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 535.000,- Euro (Verschiebung der Umzugsvorbereitung der Kunst- und Museumsbibliothek (KMB)).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

III. Abstimmung über den mündlich geänderten Dringlichkeitsantrag

Beschluss:

Um die Trägervielfalt und Angebote in Köln zu erhalten, beschließt der Rat der Stadt Köln den Strukturförderfonds für das Jahr 2024 wie folgt auszuweiten:

1. *Die Verwaltung wird aufgefordert, den bestehenden Strukturförderfonds zur Abdeckung der stark gestiegenen Personal- und Energiekosten auf 10 Mio € für 2024 anzuheben.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderkriterien unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regularien in Bezug auf die*

Erbringung von Eigenanteilen der Träger zu überprüfen, und wo dies möglich ist, auf ein Minimum abzusenken

3. *Die Verteilung der Mittel erfolgt durch die Verwaltung auf die Dezernate OB, IV, V, VII und VIII nach aktueller Bedarfslage.*

4. *Die gesamte Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, wie in den pflichtigen Bereichen, wie z.B. im Bereich Kita und OGS, ausreichende Finanzierungen zum Ausgleich der gestiegenen Personalkosten sicherzustellen ist.*

   Sofern die Mittel aus dem Strukturförderfonds im Sinne der Ziffer 1 nicht vollständig benötigt werden, können diese Mittel auch zur Abfederung von Personalkostensteigerungen in den pflichtigen Bereichen eingesetzt werden. Die Finanzierung der pflichtigen Bereiche darf nicht zu Lasten bereits bestehender freiwilliger Leistungen in den jeweiligen Dezernatsbereichen erfolgen.

5. *Zur Finanzierung wird die Verwaltung beauftragt, die beabsichtigte Ausweitung der Kulturförderabgabe auf Geschäftsreisende auf den 1.7.2024 vorzuziehen und die Verwendung der Restmittel aus dem Strukturförderfonds aus dem Jahre 2023 abhängig von den im Rahmen des Jahresabschlusses zu treffenden Entscheidungen zur Ermächtigungsübertragung vorzusehen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Nach einem Hinweis der Oberbürgermeisterin und der Stadtkämmerin auf die fehlende Deckung für den pflichtigen Bereich und nach einer Beratungspause wird Ziffer 4 in einen Prüfauftrag umgewandelt.

RM Schallehn und Henk-Hollstein nehmen wegen Befangenheit an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Olympia-Stützpunkt und Indoor-Skatepark
3616/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie die Alternative. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Alternative:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 19.10.2023, TOP 8.2.1 (Anlage 1) zur Kenntnis, verweist die Angelegenheit zur Beratung in den Sportausschuss und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Bürgerzentrum Turmstraße, Entsiegelung
3619/2023

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden gerne wie die Alternative abstimmen lassen, allerdings mit dem Zusatz, diese Anregung der Bezirksvertretung ebenfalls noch in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und in den Finanzausschuss zu geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wäre mein zweiter Satz gewesen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung. Ich wollte Ihnen nicht vorgreifen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja nicht schlimm. Wenn wir uns einig sind, ist es ja ganz wunderbar. So lasse ich auch abstimmen, nämlich die Alternative und zusätzlich wird verwiesen in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und in den Finanzausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Alternative, ergänzt um den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und den Finanzausschuss:

Der Rat nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 19.10.2023, TOP 8.2.2 (Anlage 1) zur Kenntnis, verweist die Angelegenheit zur Beratung in den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün, den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und den Finanzausschuss und bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

RM Hammer beantragt, die Vorlage auch in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und den Finanzausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontakte der Oberbürgermeisterin zu Kölner Bundestags- Landtagsabgeordneten“
AN/1864/2023

Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023
3425/2023

Die Verwaltung hat in der letzten Ratssitzung die Antwort vorgelegt. Gibt es Nachfragen? - Jetzt weiß ich nicht, wer von Ihnen sich zuerst gemeldet hat. - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Die Antwort ist leider Gottes auch wieder unzureichend, und zwar wurde der erste Teil der Frage nicht beantwortet. Auf die Fragen „wann“ steht in der Antwort kein Datum. Irgendwann muss es bei Ihnen eingegangen sein. Da bitte ich doch darum, sehr genau mitzuteilen, wie das funktioniert; denn irgendwann müssen Sie es erfahren haben. Sie haben unsere Frage zu 1 nicht beantwortet.

Dann zu Frage 3. Die Frage lautete:

> Warum hat die Kölner Verwaltung nicht mit den AfD-Bundestagsabgeordneten in dieser Frage gesprochen?

Sie schreiben:

> Die Verwaltung entscheidet jeweils im Einzelfall individuell, zu welchen Themen sie mit welchen Abgeordneten Gespräche führt.

Was sind denn die Kriterien in diesem Fall gewesen, wonach Sie sich die jeweiligen Abgeordneten ausgesucht haben? Der ganze Vorgang ist eine ziemliche Posse gewesen. Das würde mich interessieren. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also die Verwaltung wird das noch einmal schriftlich beantworten. Ich verweise jetzt auf die Beantwortung in Absatz 4, 2. Absatz. Damit war für mich die Frage beantwortet; aber wir beantworten gerne noch einmal schriftlich und verweisen.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Nachfragen von RM Busch wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Antwort der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker verweist auf Ziffer 4, 2. Absatz der Beantwortung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Parkgebühren Carsharinganbieter ‚Miles'"
AN/1868/2023

Antwort der Verwaltung vom 05.12.2023
3405/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Lastenradförderung 2023"
AN/1872/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2023
3979/2023

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr, Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir haben zwei Nachfragen dazu. Zum einen zu dem Punkt bezüglich der personellen Ausfälle: Wie wird die Verwaltung in Zukunft sicherstellen, dass eine so wichtige Stellschraube der Mobilitätswende nicht durch einen krankheitsbedingten Ausfall in der Verwaltung in Gefahr ist? Und zu Punkt 3: Wie kann die Mittelübertragung in 2024 sichergestellt werden? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das würden wir auch gerne schriftlich beantworten.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Nachfragen von RM Syndicus wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Antwort der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Stellungnahme des Amtes für Bodendenkmalpflege zur Ost-West-Achse"
AN/2155/2023

Antwort der Verwaltung vom 07.12.2023
4019/2023

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen?

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Dazu haben wir auch eine Nachfrage. Frau Syndicus hat es vorhin schon gesagt: Wir sind mehr als überrascht, dass ein ausführliches Gutachten über die archäologischen Funde auf der Ost-West-Achse erst nach dem Variantenentscheid eingeholt werden soll, weil wir nicht verstehen, wie wir entscheiden sollen, wenn wir nicht wissen, wie lange es dauern wird, das zu sichern, was wir da finden. Deswegen ist die eine Nachfrage: Warum wird die bislang vorliegende Stellungnahme der Bodendenkmalpflege nicht zugänglich gemacht?

Ich lese in der Antwort der Verwaltung außerdem, die Zeit für die archäologischen Arbeiten im Rahmen der Leitungsverlegung und -sicherung seien in den hier angegebenen Zeiten nicht eingerechnet, obwohl man, so steht es da: „hierfür einen erheblichen Aufwand" erwartet; auch nach den Erfahrungen der Nord-Süd-Achse. Deswegen möchten wir da doch auch noch einmal genauer wissen: Wie lange wird die Dauer für die archäologischen Arbeiten im Rahmen der Leitungsverlegung und -sicherung denn eingeschätzt?

(Beifall von Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert [Nippes])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Auch das beantworten wir gerne schriftlich.

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Anmerkung:

Die Beantwortung der Nachfragen von RM Feuser wird im Ratsinformationssystem als Anlage zur Antwort der Verwaltung zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3.1 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ - Prüfung der Zulässigkeit 3549/2023

Vorab vielleicht: Die Gemeindeordnung sieht vor, dass der Rat über die Zulässigkeit eines eingereichten Bürgerbegehrens entscheidet. Hier hat das Wahlamt geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die erforderliche Anzahl von Unterschriften nicht vorliegt. Die Begründung des Begehrens ist zudem unzureichend, sodass wir heute die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens nach Auffassung der Verwaltung festzustellen haben. Gibt es Wortmeldungen? - Frau Böll hat das Wort.

Mechthild Böll (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Das eingereichte Bürgerbegehren mit dem Namen „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ ist unzulässig. Die Sache ist eindeutig. Die klare, kurze, gute Vorlage der Verwaltung sagt das eindeutig; dennoch möchte ich mir erlauben, kurz einige Worte dazu zu sagen. Unzulässig ist dieses Bürgerbegehren aus zwei Gründen gewesen:

Zum einen wurde das erforderliche Quorum von 3 Prozent der Kommunalwahlberechtigten bei Weitem nicht erreicht, sondern lediglich knapp 1,5 Prozent; es wurden nämlich - immer noch ungeprüfte - 12 166 Unterschriften eingereicht. Es ist doch sehr auffällig, dass die vorgeschaltete Petition über 56 000 Unterschriften aufwies und nun lediglich 12 000 Unterschriften für das rechtlich relevante Bürgerbegehren zu finden waren. Dies entspricht einem Fünftel.

Die übrigen 44 000 haben sich offensichtlich eines Besseren besonnen. Sie haben vielleicht die Gründe für das „Zukunftsmodell 1+0“ nachgelesen und gemerkt, dass die Begründung des Bürgerbegehrens in die Irre führt.

Hier kommen wir zum zweiten Grund der Unzulässigkeit: Es sind weder die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für die Ratsentscheidung vom 15. Juni ausgeführt gewesen, noch ist die Sachlage einwandfrei dargestellt.
So ist ausschließlich von der Schließung der beiden Standorte Riehl und Holweide die Rede, aber nicht vom Erhalt aller Leistungen bei Verlagerung der Standorte.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich frage mich, warum die Fakten und die Gründe der Entscheidung zum „Zukunftsmodell 1+0“ der städtischen Kliniken nicht aufgeführt wurden und sogar noch sybillinisch dargestellt waren und missinterpretiert werden konnten.

Sollten die Bürgerinnen und Bürger eine Unterschrift tätigen für ein vermeintliches Begehren, das jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt und das lediglich einem Gefühl des „Gewohntes bitte schön erhalten“ nachgibt? Das „Zukunftsmodell 1+0“ mit einem Standort im rechtsrheinischen Merheim, das der Rat mit seiner großen Mehrheit im Juni beschlossen hat, war und ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht und aus haushaltspolitischer Sicht der Stadt Köln unausweichlich; es stellt ein wegweisendes, starkes Zukunftskonzept dar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses gilt es so zügig wie möglich in die Tat umzusetzen, um das wachsende Defizit wieder deutlich zu senken. Das Zukunftsmodell kann nämlich erst mit der Konzentration der Leistungen wirken, und ein Sanierungskonzept wird das Modell ergänzen müssen.

Zurzeit wächst das Defizit noch an: Wir haben das später im nichtöffentlichen Teil. In der aktuellen Lage ist es für die Stadt Köln unbedingt geboten, den Finanzierungsbedarf der Kliniken zu tragen, damit genau das Zukunftskonzept umgesetzt werden kann und die Gesundheitsversorgung für Kölnerinnen und Kölner auf höchstem Niveau und mit maximal versorgenden Leistungen bestehen bleibt.

In diesem Sinne ist es für mich absolut nicht nachvollziehbar, wie die Initiatorinnen des Bürgerbegehrens eine in die Irre führende Begründung schreiben konnten. Es geht um nichts weniger als darum, die nachhaltige Kölner Gesundheitsversorgung aufzustellen. Das Ergebnis spricht für sich: Ein klares Scheitern mit nur 1,5 Prozent noch ungeprüfter Unterschriften.
Daher gehe ich davon aus, dass Sie alle dieses Bürgerbegehren für unzulässig erklären und der Beschlussvorlage folgen werden. So wie ich auch. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier und im Netz! Zunächst möchte ich für meine Fraktion ausdrücken, dass wir grundsätzlich Verständnis für eine spontane Reaktion bei den Bürgerinnen und Bürgern auf die geplante Verlagerung der bisherigen medizinischen Angebote in Holweide und Riehl haben. Man muss sich aber mit dem, was geplant ist, und den Gründen dafür vertieft auseinandersetzen. Ich möchte hier nicht die Ausführungen der Verwaltungsvorlage zu dem nicht erreichten Quorum wiederholen, sondern etwas zu der unzureichenden und teils falschen Begründung für den Vorstoß der Initiative sagen.

Wie die Verwaltung richtig ausführt, werden Leistungen, die bisher in Riehl und Holweide erbracht wurden, nicht eingestellt, sondern nach Merheim verlagert. Es fallen keine Leistungen weg, und die Gesundheitsversorgung wird nicht eingeschränkt. Der Rat hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, ist aber nach Abwägung aller Gesichtspunkte zu dem Schluss gekommen, dass die Verlagerung unbedingt notwendig ist. Dabei haben wirtschaftliche Gründe eine Rolle gespielt - aber nicht nur. Die Gebäude in Holweide und Riehl sind nicht mehr zeitgemäß; ihr baulicher Zustand ist schlecht; die Technik ist insgesamt nicht auf einem aktuellen Stand, und die Funktionsabläufe können nicht mehr zeitgemäß organisiert werden. Die Anforderungen an die stationäre medizinische Versorgung haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Die Versorgungsqualität ist höher geworden, stellt aber andere Anforderungen als früher.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Hinweis auf kurze Wege zum Krankenhaus vor Ort relativ zu sehen ist. Ein Krankenhaus erfüllt nicht die Funktion einer Arztpraxis um die Ecke. Es hat einen anderen Versorgungsauftrag als die niedergelassenen Ärzte. Auch wenn die Angebote der Kliniken der Stadt Köln in Merheim konzentriert werden, haben wir in Köln immer noch ein dichtes Versorgungsnetz an stationären Angeboten. Die Versorgung ist auch im Notfall gewährleistet.

Nochmals: Die im Vorfeld der Ratsentscheidung diskutierten Argumente für eine Konzentration der Leistungen an einem Standort haben sich nach sorgfältiger Prüfung durchgesetzt:

Aus wirtschaftlichen Gründen sind Synergien dringend zu nutzen, um die enormen Kosten überhaupt noch stemmen zu können. Aber selbst ohne diesen wirtschaftlichen Druck wäre die Zusammenlegung der Leistungen auch aus anderen Gründen bald erforderlich geworden.

Aus medizinischer Sicht: Die Anforderungen an Ausstattung und Fachkräfte sind gestiegen. Alle Fachrichtungen werden an einem Ort konzentriert und sind schnell verfügbar.

Aus funktionaler Sicht: Die Wege sind für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten kurz. Patientinnen und Patienten werden nicht zwischen den Häusern hin und her transportiert, und insbesondere das ärztliche Personal kann sich mit ihnen konzentriert befassen, statt seine Zeit mit Fahrzeiten zu verbringen.

Bezüglich der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten: Kurze Wege erleichtern die Arbeit, die Arbeit kann effizienter gestaltet werden und eine moderne Ausstattung ist attraktiv, was nicht zuletzt im Hinblick auf den Fachkräftemangel wichtig ist.

Aus Patientensicht: Alle Fachrichtungen sind an einem Ort verfügbar. Die medizinische Ausstattung entspricht höchsten Ansprüchen. Die Zimmer sind patientengerecht ausgestattet und gestaltet. Diesen zukunftsweisenden Weg der städtischen Kliniken hat der Rat mit seiner Entscheidung frei gemacht. Damit wissen auch die Beschäftigten der Kliniken, wie es weitergeht. Bei ihnen möchten wir uns übrigens in diesem Zusammenhang sehr herzlich für die enormen Anstrengungen unter schwierigen Bedingungen bedanken. Bitte unterstützen Sie auch weiterhin den Weg, der nun vorgezeichnet wurde.

Wir haben auch eine Bitte an die Initiatoren des Bürgerbegehrens: Bitte begleiten Sie trotz aller Enttäuschungen den eingeschlagenen Weg positiv. Wir stimmen selbstverständlich der Beschlussvorlage der Verwaltung zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Krupp, bitte.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage, die wir hier vor uns haben, betrifft eine reine Rechtsfrage. Deswegen stehe auch ich hier als AVR-Sprecher der Fraktion -

(Beifall bei der SPD)

- und nicht unsere gesundheitspolitische Sprecherin, die da wesentlich besser inhaltlich zu Stellung nehmen könnte. Es ist aber auch überhaupt nicht der Punkt, ob man den Beschluss, der getroffen wurde, für richtig oder für falsch hält. Das ist heute überhaupt nicht unser Thema. Unser Thema ist alleine eine reine Rechtsprüfung: Ist dieses Begehren zulässig? - Der Gesetzgeber hat es - hier in Nordrhein-Westfalen jedenfalls - so vorgesehen, dass der Rat darüber entscheidet. Man kann sich trefflich darüber streiten, ob das klug ist, weil es eine reine Rechtsfrage ist. Aber wir haben auch gar kein Ermessen. Wir haben auch keine politische Opportunität heute. Wenn wir hier heute beschließen würden, ein Begehren, das die Unterschriften, die nötig sind, nicht einmal zur Hälfte erreicht hat, wäre zulässig, müsste von der Oberbürgermeisterin dieser Beschluss beanstandet werden, weil er rechtswidrig wäre. Das ist eindeutig. Da gibt es gar nichts zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Zur Frage, ob die Begründung hinreichend ist und die Anforderungen der Rechtsprechung erfüllt, muss ich sagen: Es leuchtet mir ein, was die Verwaltung geschrieben hat. Aber das ist sozusagen noch ein Add-on. Selbst wenn das nicht der Punkt wäre, über den man vielleicht noch diskutieren könnte - wobei: wenn man den wesentlichen Inhalt wiedergeben muss von dem kassatorischen Begehren und dann einmal unter den Tisch fallen lässt, dass über eine halbe Milliarde Euro in die Gesundheit investiert werden soll, ist es vielleicht auch nicht klug, aber egal. Selbst wenn wir das wegdenken, bleibt es bei den fehlenden Unterschriften. Da gibt es nichts zu diskutieren. Es gibt keinen anderen rechtmäßigen Beschluss heute als dieser Verwaltungsvorlage zuzustimmen. Über etwas anderes reden wir heute hier nicht. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Krupp. - Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Liebe Zuschauer! Ich möchte jetzt auch gar nicht darauf eingehen, was hier zwei, drei Vorredner*innen alles erzählt haben. Ich danke aber Herrn Krupp, dass er da so deutlich war, dass es hier um diese rechtliche Bewertung geht; denn da muss ich ihm recht geben. Deswegen führe ich jetzt auch aus: Das Bürgerbegehren hat nicht die erforderliche Anzahl an Unterschriften erreicht. Dieses Quorum ist rechtlich bindend. Damit ist das Bürgerbegehren gescheitert. Das erkennen wir an; das akzeptieren wir auch.

Es ist aber nicht deshalb gescheitert, weil Sie die Menschen in dieser Stadt davon überzeugt haben, dass die Konzentration auf einen Standort richtig ist. Vielmehr sind die Unterstützer*innen an der Kürze der Zeit gescheitert. In vier Wochen, wovon noch einmal zwei Wochen Ferien sind,

mehr als 24 000 Unterschriften zu sammeln, ist eigentlich nicht zu schaffen; schon gar nicht für ein Bürgerbegehren, das in erster Linie von Menschen aus dem Einzugsgebiet der Krankenhäuser getragen wurde. Sie konnten sich nicht auf professionelle und hauptamtliche Strukturen wie Gewerkschaften, Träger oder Vereine stützen. Dass sie 12 166 Unterschriften, also die Hälfte, in diesen wenigen Wochen gesammelt haben, war ein großer Kraftakt. Auch die zigtausenden Unterschriften unter der Petition, die übrigens immer noch läuft, wo auf den Marktplätzen immer noch die Menschen zu den Ständen gehen, um diese Petition zu unterschreiben - auch online -, zeigen, dass die Menschen hier ihre Krankenhäuser in der jetzigen Form behalten wollen.

Liebe Ratsmitglieder, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, für dieses zivilgesellschaftliche Engagement verdienen Sie unseren höchsten Respekt und Wertschätzung. Das ist Demokratie von unten. Davon lebt die Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihren zweiten Ablehnungsgrund halten wir aber nicht für stichhaltig. Sie bemängeln, dass im Bürgerbegehren nicht die Rede davon war, dass die Abteilungen aus Holweide oder das Kinderkrankenhaus in Merheim neu aufgebaut bzw. angesiedelt werden sollen.

Dabei tun Sie so, als ob das durch diesen Beschluss felsenfest steht und unumkehrbar ist. Aber wie sieht denn die Realität aus? Es gibt viele Beschlüsse zur Sanierung oder zum Neubau, die weit fortgeschritten sind und trotzdem in unserer Stadt nicht umgesetzt werden. Das betrifft viele soziale Einrichtungen, die dringend gebraucht werden und so marode sind, dass sie generalsaniert werden müssen. Dazu gehört das Bürgerhaus MüZe in Mülheim; die in 2019 beschlossene Sanierung wird nun nicht mehr durchgeführt. Genau dieselbe Geschichte ist im Kulturbunker, dem zweiten sozialen Zentrum in Mülheim, passiert. Beim sozialen Zentrum „linoclub“ war sogar schon die Landesbauministerin Frau Scharrenbach vor Ort, um den Scheck des Landes abzugeben. Auch hier wird es keine Sanierung geben. Den Kölner Museen schimmeln die Bestände weg, doch Sanierung der Depots oder der Neubau eines Zentraldepots werden auf die lange Bank geschoben und so weiter.

Ein Krankenhaus ist schnell geschlossen. Die Grundstücke sollen ja an einen Investor verscherbelt werden. Auch das wird in Rekordzeit geschehen. Aber ob die Neubauten dann wirklich kommen, das halten wir für nicht ausgemacht - trotz des Beschlusses.

Die Geschichte der Bau- und Sanierungsbeschlüsse des Rates spricht hier eine andere Sprache. Wir halten nach wie vor an unserer Haltung fest, dass ein wohnortnahes Krankenhaus Leben retten kann - wohnortnah wohlgemerkt! Bei häufigen Krankheiten wie Blinddarmentzündungen, Herzinfarkten, aber auch bei inneren Verletzungen oder einem septischen Schock können Minuten ausschlaggebend sein. Wir möchten eine wohnortnahe Krankenhausversorgung. Diese wird durch den damals gefassten Beschluss „1+0“-Konzept zunichte gemacht. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort. - Er winkt ab. Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Ich habe eigentlich eben gedacht, ich gebe meine Rede zu Protokoll, nachdem Mechthild Böll und auch die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Frau Gärtner, so eine schöne Rede gehalten haben. Aber jetzt muss ich doch irgendwie noch ein paar Worte sagen; denn ich persönlich kann ganz gut verstehen, weshalb die Menschen unterschrieben haben. Ihr wisst, ich habe selbst zwei kleine Kinder. Das kleinste davon ist in Holweide geboren worden.

Ich wurde im privaten Umfeld selbstverständlich auf diese Petition angesprochen, und ich war entsetzt, muss ich ganz ehrlich sagen. Als ich mir diesen kleinen Text durchgelesen hatte, konnte ich dann aber schnell die Ängste, welche durch diesen kleinen Text geschürt wurden, mildern. Genau das ist das, was hier gerade mit dieser Petition gemacht worden ist.

Ich wohne auch noch in Nippes, das heißt auch noch in dem Bereich, wo sehr viel auf dem Wochenendmarkt und auf den Straßen gestanden worden ist. Da war es genau das Gleiche. Die Ansprache auf der Straße war: Wollen Sie, dass das

Kinderkrankenhaus geschlossen wird? Nein? - Dann unterschreiben Sie schnell hier. Genau so! Ich stand daneben und habe die Leute angesprochen. Und ich muss ganz ehrlich sagen, das liegt nicht daran, dass man den Menschen hier in dieser Stadt nicht sagen konnte: Ja, die Zentralisierung ist der richtige Weg. Ich bin überzeugt - wir von Volt sind überzeugt -, dass das die Zukunft für unsere medizinische Hochleistungsversorgung ist: die Zentrenbildung.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- Danke schön. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Wie ich gerade erzählt habe, war ich stationär in Holweide. Auch bevor ich mein Kind bekommen habe, war ich schon einmal stationär in Holweide, und die Bedingungen sind einfach schlecht. Es tut mir leid. Da ist ein großes Schild in der Dusche: Man kann verbrüht werden, und das passiert auch: Das Wasser ist einfach heiß geworden.

Wir hier im Rat haben gemeinsam ein Zukunftsmodell beschlossen. Wir haben uns darauf committet, sehr, sehr, sehr viel Geld zu investieren, damit die Leistungen im Gesundheitszentrum Merheim neu und modern weitergeführt werden können - in öffentlicher Hand. Zeigen Sie mir mal bitte, wo das passiert! Wo wird denn eine neue Kinderklinik gebaut? Wo wird ein neuer Kreißsaal eröffnet? - Nirgendwo. Die werden geschlossen.

In der Tagesschau konnten wir lesen bzw. auch sehen, dass mehrere Hunderte Betten gerade in der Pädiatrie, also in der Kinderversorgung, dieses Jahr abgebaut wurden. Ein Krankenhaus nach dem anderen wird insolvent, und wir hier sagen, wir gehen diesen schweren Weg zusammen. Das ist wirklich deutschlandweit ein Vorbild, und das muss man einmal so sagen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Natürlich wünschen wir uns auch von der Voltfraktion, dass in Holweide weiterhin ein Gesundheitsstandort mit Schwerpunkt auf Menschen im Alter ist; insbesondere für die rechtsrheinischen Kölner*innen und in Riehl; dieser könnte dazu genutzt werden, um das potenzielle Defizit in der kinderärztliche Versorgung im linksrheinischen Kölner Norden entgegenzuwirken; denn da kriegt man auch einfach keinen Kinderarzt.

Deswegen möchte ich Ihnen jetzt, nachdem ich mich so emotional aufgeregt habe, an dieser Stelle noch Danke sagen, und zwar haben wir eine Gesellschafterin, Frau Reker, die sich wirklich einsetzt: Danke für Ihre Initiative, diese Standorte auch zukunftsorientiert zu entwickeln. Das hat sie hier im Rat genauso gesagt und immer wieder beteuert. Ich bin davon überzeugt, dass wir alle, die wir hier sitzen, unsere Verantwortung wahrnehmen, wie zum Beispiel, wie wir mit den Liegenschaften umgehen. Das werden wir eng begleiten, und wir werden das hart diskutieren, aber so über die Petition Ängste zu schüren, ist ein Untergraben der Demokratie. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zu TOP 5.3.1 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt fest, dass das am 30.10.2023 fristgerecht eingereichte Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“ nicht über die erforderliche Anzahl von Unterschriften verfügt, eine unzureichende Begründung enthält und damit unzulässig ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln (Geldspielgerätesatzung) 3471/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage 2 beigefügte 4. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.2 Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln 2024
3477/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD und der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln für das Jahr 2024 in der in Anlage 2 beigefügten Änderungsfassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.3 Änderung der Rettungsdienstsatzung der Stadt Köln
3487/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung – vorbehaltlich der Zustimmung durch die Kostenträger – zustimmend zur Kenntnis und beschließt auf dieser Grundlage die Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes (Rettungsdienstsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzungen der Stadt Köln vom 16.01.2018 über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen für Aussiedler und ausländische geflüchtete Personen und Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme
2695/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier gab es ja eine etwas schwierige Situation insofern, als dass dem Finanzausschuss am Montag noch nicht die meines Wissens einstimmig im Sozialausschuss gefassten Entscheidungen vorlagen. Sie sind aber jetzt als Anlage 6 angefügt.

Deswegen ist unser Vorschlag, in der Abstimmung wie Vorlage mit Ergänzung durch Anlage 6 zu beschließen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau das hätte ich Ihnen vorgeschlagen.

(Christian Joisten [SPD]: Ach so! Ja, dann!)

Aber es ist wunderbar, wenn wir uns einig sind.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage mit den Ergänzungen des Sozialausschusses in Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss über die Vorlage mit den Ergänzungen des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren in Anlage 6:

Der Rat beschließt die

1. *„Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangswohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) und nimmt die darin enthaltene Objektaufteilung zustimmend zur Kenntnis.*

2. *„Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Übergangswohnheimen für Aussiedlerinnen und Aussiedler und geflüchtete Personen“ gemäß Anlage 2 und nimmt die kategoriebezogene Benutzungsgebühr unter Berücksichtigung der durch das SBG II bzw. XII nicht berücksichtigungsfähigen Unterkunftskosten (Anlage 3/FLÜ) zustimmend zur Kenntnis.*

Ergänzung:

1. *Der Rat begrüßt, dass die Verwaltung die Mitteilung 3983/2023 mit der Ankündigung der Prüfung, wie die Altschulden von Betroffenen, die durch die vorherige Gebührensatzung entstanden sind, ggf. niedergeschlagen werden können, am 30.11.2023 vorlegt hat. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen in einem ersten Prüfbericht auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren am 18. Januar 2024 vorgelegt werden und auch dem Integrationsrat, AVR und Finanzausschuss vorliegen.*

2. *Die Prüfung soll auch beinhalten, inwieweit auf die Beantragung von noch nicht gestellten Härtefallanträgen von Betroffenen verzichtet werden kann.*

3. *Es soll ebenfalls geprüft werden, ob die Verwaltung die aufgrund der vorherigen Fassung ergangenen Bescheide abändern kann und somit zumindest auf einen Teil der Forderungen verzichtet werden kann.*

4. *Die Verwaltung wird gebeten eine niederschwellige Kommunikationsform für die verschiedenen Zielgruppen anzubieten, z. B. durch eine Anlaufstelle.*

5. *Eine Evaluierung der neuen Satzung wird dem Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren, dem Integrationsrat, Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen /Vergabe / Internationales und dem Finanzausschuss nach einem Jahr vorgelegt.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.5 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung 3218/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 7. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen – Sondernutzungssatzung – vom 13.02.1998 in der dieser Beschlussvorlage als Anlagen 2 und 3 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.1.6 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - §§ 24 - 26 Finanzielle Entschädigung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
3830/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 32. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 10.02.2009 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt

6.2.1 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln 2024
3481/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP-Fraktion, der AfD, von Herrn Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln für 2024 in der in der Anlage 3 beigefügten Änderungsfassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, FDP, AfD und von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.2 Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Köln 2024
3472/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Köln für 2024 in der in Anlage 4 beigefügten Änderungsfassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.3 Gebührenordnung für das Ausstellen von Bewohnerparkausweisen der Stadt Köln (Bewohnerparkgebührenordnung)
3760/2023

Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT
AN/2181/2023

Herr Wahlen hat das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! 2.862.000 Quadratmeter - das ist die Fläche, die ungefähr in Köln von parkenden Autos im öffentlichen Raum verbraucht wird.

Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren ein neues Bewusstsein dafür entwickelt, wie wertvoll gerade dieser öffentliche Raum ist. Es werden immer mehr Ansprüche an diesen Raum gestellt. Es braucht Platz für breitere Geh- und Radwege sowie Abstellflächen für E-Scooter, um dort Ordnung hineinzubringen, die Menschen wollen draußen in der Außengastronomie sitzen, und um die Folgen

des Klimawandels gerade in der Innenstadt zu lindern, sind mehr Bäume und Grünflächen notwendig.

Für all das brauchen wir Platz. Aber der Platz ist begrenzt. Deshalb müssen wir Teile der bisherigen Nutzung aus dem öffentlichen Raum verlagern, und da stehen natürlich die parkenden Autos an erster Stelle.

Diese Verlagerung passiert entweder durch die direkte Umwidmung von Parkplätzen, wie wir es in dem Masterplan Parken bereits vorgesehen haben und machen werden, oder indem wir Anreize schaffen, Autos von öffentlichen auf private Stellplätze zu verlagern bzw. wenig genutzte Autos gleich ganz abzuschaffen. Denn in den letzten Jahren geht die Entwicklung in Köln dahin, dass die Zahl der privaten Autos zwar steigt bzw. zuletzt auch stagnierte, aber gleichzeitig die Nutzung der Autos zurückgeht, wie wir in der neuesten Mobilitätserhebung für Köln gesehen haben.

Das heißt, aus den Fahrzeugen werden immer mehr Stehzeuge. Und dafür ist der öffentliche Raum echt zu schade.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dieser Verwaltungsvorlage bekennen wir uns zum Wert des öffentlichen Raums, indem wir einen ersten Schritt zu einer angemessenen Bepreisung gehen - 100 bis 120 Euro im Jahr. Gleichzeitig erkennen wir auch die Grenzen, mit denen wir durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts konfrontiert sind - gleiche Gebühren für alle und keine großen Preissprünge zwischen den Größenklassen.

Natürlich wäre uns auch die von der Verwaltung ursprünglich erarbeitete Variante mit einem Höchstbetrag von 390 Euro und dafür mit einem Sozialrabatt deutlich lieber gewesen. Aber das Wichtigste ist, jetzt Klarheit zu schaffen. Es ist niemandem geholfen, wenn wir versuchen, die Grenzen einer Gebührensatzung auszutricksen, nur um vor Gericht zu scheitern und alles wieder rückabwickeln zu müssen.

Deshalb werden wir auch den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT ablehnen. Denn die Verwaltung hat den richtigen Schluss gezogen. Es wird jetzt eine Gebühr eingeführt. Aber sie ist auf die Höhe des ursprünglich angedachten Sozialtarifs gedeckelt. Und für die Zukunft geben wir der Verwaltung den Auftrag, sobald eine soziale Staffelung rechtssicher möglich ist, eine neue Gebührensatzung mit angemessenen Preisen und einer solchen Staffelung zu erarbeiten.

Ich halte es auch für wichtig, diese 120 Euro ins Verhältnis zu setzen. Denn auf dem freien Markt kosten private Stellplätze schnell mal über 1 000 Euro im Jahr, und wenn wir auf andere Kommunen blicken, sehen wir auch, dass wir mit unseren 120 Euro in der guten Gesellschaft von Städten wie Frankfurt am Main, Neuss oder auch Geislingen an der Steige sind -

(Vereinzelt Heiterkeit)

alles übrigens beschlossen mit den Stimmen der SPD, in Frankfurt und Konstanz sogar mit den Stimmen der FDP.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Daher appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren: Springen Sie über Ihren eigenen Schatten. Was Geislingen schafft, das schafft auch Köln. Stimmen Sie der Verwaltungsvorlage zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis-Olinger hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier und vor den Bildschirmen! Gleich wird die FDP wieder Zeter und Mordio schreien. Die Liberalen werden sagen, dass wir die Kölnerinnen und Kölner mit diesem Beschluss vor den Kopf stoßen.

Sie werden ausführen, dass es den Grünen, Volt und uns gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin eigentlich nur darum geht, dass die Menschen am besten alle ihre Autos abschaffen sollen.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden fordern, dass erst der ÖPNV massiv ausgebaut werden muss

(Beifall bei der FDP)

und Quartiersgaragen geschaffen werden müssen,

(Beifall bei der FDP)

bevor man über höhere Gebühren nachdenkt

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- hör zu -, und sie werden das Vorhaben als dreiste Gebührenerhöhung brandmarken.

(Beifall bei der FDP)

Geschenkt!

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist deine beste Rede, Teresa!)

- Wunderbar. - Da ich Ihnen jetzt auch die meisten Argumente bereits vorweggenommen habe, benötigen Sie vermutlich gar nicht Ihre ganze Redezeit. Bleibt also mehr für mich!

(Vereinzelt Beifall)

- Sehr gut. - Aber keine Angst: Ich werde hier kein flammendes Plädoyer für die Vorlage halten. Denn Sie haben ja alle sicherlich mitbekommen, dass ich persönlich durchaus meine Zweifel an dieser Gebührenvariante gehabt habe.

Trotzdem möchte ich Ihnen erläutern, warum wir als CDU dieser Vorlage zustimmen können.

Uns geht es in erster Linie um den Wert des öffentlichen Raums. Er ist definitiv mehr wert als die bisherige Bepreisung.

Wir sehen auch, dass wir das Parken dahin gehend steuern müssen, dass wir mehr Barrierefreiheit erreichen, damit Menschen mit Rollator und Rollstuhl sowie Eltern und Großeltern mit Kinderwagen mehr Raum bekommen, um sich durch unsere Stadt zu bewegen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Als Italienerin kenne ich außerdem den Wert von Straßen, in denen hier und da die Autos komplett aus dem öffentlichen Raum verschwinden

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Moment -, um Platz für mehr Lebensqualität und wunderbares Dolce Vita zu machen.

Was wir an dem vorliegenden Vorschlag anerkennen, ist, dass die mitunter etwas größeren Familienvans ebenfalls nur ein moderates Preisschild angeheftet bekommen.

Auch die soziale Komponente ist derart berücksichtigt, dass der Preis für alle lediglich auf den ursprünglich geplanten ermäßigten Wert steigt.

Zugegeben: Ein wenig Sorge bereitet mir das Thema Wohnmobile, weil das Vorhaben möglicherweise eine Verdrängung in die Außenbezirke auslöst. Das werden wir genau beobachten und die Verwaltung gegebenenfalls in die Pflicht nehmen, dann auch zeitnah Lösungen zu präsentieren und gegenzusteuern.

Und ja, in Teilen habe ich durchaus auch Sympathien für die FDP-Kritik. Denn auch wir finden, dass es Alternativen für das Parken im öffentlichen Raum geben muss. Daher ist es gut, dass in der Innenstadt und in Ehrenfeld erste Tests anlaufen.

Auch beim Thema Quartiersgaragen werden wir nicht nachlassen.

Darüber hinaus sind wir offen für innovative Joint Ventures mit Supermärkten oder anderen Besitzern von Parkflächen. Hier gibt es sicherlich clevere Lösungsansätze, die ebenfalls zu einer Entlastung der Situation beitragen können. Anträge haben wir ja auch bereits in dieser Hinsicht beschlossen.

Alles in allem sind all diese Argumente ein gutes Fundament für eine Zustimmung zu dieser Vorlage.

Vielleicht konnte ich ja auch unsere Freunde von der FDP davon überzeugen. Ohnehin steht so ein Porsche doch viel sicherer in einer schönen Garage als lieblos im öffentlichen Raum

(Heiterkeit und Beifall)

geparkt, schutzlos den Einflüssen von Wind, Wetter und Vandalen ausgesetzt und mit so einem hässlichen Anwohnerparkausweis hinter der Scheibe. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Lorenz.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der hier vorgelegten Beschlussvorlage macht das Ratsbündnis und mit ihr die Verwaltung leider mal wieder den dritten Schritt vor dem ersten Schritt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ach!)

- Ja. Ich wiederhole mich gerne. Da anscheinend Nachhilfe benötigt wird und wir uns immer wieder wiederholen müssen, wiederhole ich mich gerne an dieser Stelle noch einmal.

Bevor Bewohnerparkgebühren erhöht werden, müssen genügend Parkplätze in allen Bereichen - das heißt, nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in Parkhäusern - zur Verfügung stehen. Dafür muss die Stadt dringend in den einzelnen Gebieten die Anzahl der Bewohnerparkausweise mit der absoluten Anzahl an Parkplätzen in Zusammenhang setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen also dringend ein Parkraumkataster und keinen Parkplatzlotterieschein.

In Gebieten mit zu wenig Parkraum muss die Stadt Köln, wie Wien es schon gemacht hat, endlich Quartiersgaragen bauen oder privaten Parkraum erschließen,

(Beifall bei der SPD)

damit es Alternativen gibt und man sein Auto nicht weiterhin im öffentlichen Raum abstellen muss. Was wir also brauchen, liebes Ratsbündnis, sind Quartiersgaragen und keine Verdrängung von Autos in die Randbezirke.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens müssen wir dringend die Möglichkeit, auf das Auto zu verzichten, ausbauen. Dafür bedarf es endlich eines durchgängigen Rad- und Fußwegenetzes. Bei Letzterem konnten wir erst vor Kurzem von der Unfähigkeit dieses Bündnisses lesen, diese Stadt vernünftig zu lenken. Stattdessen werden immer noch Fuß -und Radverkehr gegeneinander ausgespielt.

Was wir also brauchen, ist der Ausbau des Umweltverbundes und keine Verteuerung des Parkraums.

(Beifall bei der SPD)

Aufgrund des Freiburger Urteils sind soziale Staffelungen direkt in der Satzung nicht zu regeln. Das wissen wir. Trotzdem kann es ja weiterhin Erleichterungen über andere Stellen geben. Das kennen wir beispielsweise aus Bonn. Es ist schade, dass das Bündnis hier sozial ungerecht agiert, statt soziale Härten abzumildern.

Mit unserem von den Fraktionen bereits abgelehnten Änderungsantrag von vorgestern im Verkehrsausschuss hätten wir genau das, was ich gerade formuliert habe, alles geschafft.

Aber anstatt zu steuern, verwalten Sie. Anstatt wirkungsvoll und zukunftsgerichtet nach vorne zu gehen, verharren Sie im Klein-Klein Ihrer albernen Politik von vorgestern.

(Beifall bei der SPD)

Logischerweise lehnt die SPD die Erhöhung der Anwohnerparkgebühren aus den gerade dargestellten Gründen ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich ist es natürlich richtig, die Parkraumbewirtschaftung anzugehen, immer mit dem Ziel, weniger Autos im öffentlichen Raum vorzufinden. Das wurde schon richtig und ausführlich dargelegt. Insofern brauche ich es nicht noch einmal zu wiederholen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es unterschiedliche Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen gibt. Beispielsweise gibt es einen Beschluss aus der Bezirksvertretung Innenstadt, der besagt: Wir müssen sukzessive die Autos aus dem öffentlichen Raum in die bestehenden Parkhäuser holen, also Anwohnerparken in die Parkhäuser legen, weil nachgewiesen ist, dass die Parkhäuser zu einem großen Teil nicht ausgelastet sind und somit Kapazität besteht, um Autos aus der Stadt heraus in die Parkhäuser zu holen.

Dieser Prozess wird nicht richtig umgesetzt. Da läuft nichts bzw. zu wenig. Das ist auch ein Grund, warum man die Vorlage bemängeln muss. Bevor

man so etwas macht, wie es hier vorgesehen ist, hätte man das vernünftig voranbringen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Vorlage hat aber auch noch andere Schwächen. So beträgt die Spreizung zwischen einem Fiat Panda und einem Riesen-SUV gerade mal 45 Euro. Es kann doch nicht euer Ernst sein, dass ein Auto, das 3 Tonnen wiegt, nur 30 oder 35 Euro mehr zahlen soll als ein Fiat Panda.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein solches Auto braucht mehr Platz; es braucht mehr Raum. Eigentlich kann das nicht euer Ernst sein.

Außerdem ist es natürlich nicht richtig, dass es keine soziale Staffelung gibt. Auch das lehnen wir ab. Natürlich gibt es auch Leute, die wenig Geld haben und einen alten, klapprigen Fiat Panda oder ein ähnliches Fahrzeug fahren. An sie muss man doch auch denken, und für sie muss man einen ordentlichen Rabatt vorsehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt verweist ihr auf das Freiburger Urteil. Die Bonner machen es aber anders. Guckt doch nicht immer dahin, wo ihr einen Grund dafür findet, etwas nicht durchzusetzen, sondern guckt bitte mal dahin, wo ihr einen Grund findet, etwas durchzusetzen, was in die richtige Richtung geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier müsst ihr den Bonner Weg gehen. Dann wären wir auch dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist also unsozial, und die Spreizung ist nicht ausreichend. Deswegen können wir nicht - -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das widerspricht sich doch!)

- Nein, das widerspricht sich überhaupt nicht. Herr Hammer, das haben Sie jetzt doch bewusst falsch verstanden. Die Spreizung bei der Größe des Autos ist hier natürlich völlig falsch, und in der sozialen Frage seht ihr überhaupt keine soziale Spreizung vor, sondern schert alles über einen Kamm.

Vielleicht denkt ihr ja noch mal darüber nach. Es gab bereits im Juni 2022 einen Beschluss aus dem bunten Bezirk Nippes - also bunt, was das Bündnis angeht -, unter anderem mit den Grünen, die sich ebenfalls für eine ganz deutliche Spreizung - bis zu 600 Euro für SUVs und Ähnliches - ausgesprochen haben. Ihr solltet vielleicht auch noch mal darüber nachdenken, was eure Basis in den Bezirken so denkt und tut

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weiß ich!)

und mit anderen vernünftigen Gruppen beschließt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ganz herzlichen Dank für den Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT. Er geht in die richtige Richtung. Deswegen werden wir ihn unterstützen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Liebe Teresa, ich muss wirklich sagen: Das war eine deiner besten Reden, die du hier gehalten hast. Du hast die FDP-Position wunderbar herübergebracht und dafür deine Zeit genutzt.

(Beifall bei der FDP)

Da ich heute auf das früheste Ende dieser Ratssitzung gewettet habe, mache ich es dann auch kurz.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was hast du denn gewettet?)

- Das sage ich nicht.

(Zuruf: 21 Uhr?)

- Schauen wir mal, wo wir hinkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, es ist schon so, dass ich hier insbesondere Sie anspreche. Denn auch wenn ich jetzt bei SPD und LINKEN die eine oder andere Krokodilsträne wahrnehme, wird von den linken Fraktionen und Gruppen hier in Fragen der Mobilität ja

eigentlich Politik gegen die Autofahrerinnen und Autofahrer betrieben. Daher ist natürlich schon meine Hoffnung, dass die CDU sich bei solchen Themen nicht über den Tisch ziehen lässt. Denn es ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wenn die CDU dann hier von der Fahne geht. Teresa stellt sich ja in den Medien dann immer schön als die Oppositionskraft dar. Wenn sie aber hier am Ende kuschelt und doch solchen Sachen zustimmt, ist die Enttäuschung da entsprechend groß.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Aus Sicht der FDP-Fraktion verbietet es sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben. Denn die Inflation bringt viele Haushalte ohnehin an oder unter die Existenzgrenze.

Es verbietet sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben. Denn wir vollziehen hier - das muss man jetzt auch mal für diejenigen sagen, die sich damit nicht so sehr beschäftigt haben - einen Paradigmenwechsel. Bisher war das eine Ausstellungsgebühr für den Ausweis, und jetzt bekommen wir eine Parkplatzmiete.

Ihr macht diesen Weg frei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Es wird aber in Zukunft diejenigen, die auf ein Auto angewiesen sind, noch teuer zu stehen kommen, dass ihr diese Tür heute hier geöffnet habt.

(Beifall bei der FDP)

Es verbietet sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben, weil ein Bau von Quartiersgaragen in Köln überhaupt nicht stattfindet. Da könnt ihr gerne alle auch auf euren Beschluss, euren Masterplan Parken, der da kommen soll, verweisen. Es passiert in dieser Frage gar nichts.

Und der ÖPNV in Köln treibt die Leute eher zurück zum Auto, als dass er eine Werbung dafür wäre, auf Busse und Bahnen umzusteigen.

(Beifall bei der FDP)

Auch daher verbietet es sich, die Bewohnerparkgebühren anzuheben.

In diesem Sinne fordere ich gerade die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion auf, diese Büchse der Pandora heute nicht zu öffnen, diesen Paradigmenwechsel nicht vorzunehmen und bei dieser Erhöhung nicht mitzugehen. Denn ich glaube, dass das die Kölner Autofahrerinnen und Autofahrer teuer zu stehen kommt.

Wir als FDP stehen an deren Seite. Wir stehen für die Mobilität, auch die durch den motorisierten Individualverkehr, den wir in dieser Stadt brauchen. Deswegen werden wir hier heute gegen diese Erhöhung stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini, bitte.

Isabella Venturini (Volt): Die Voltfraktion steht an der Seite von allen Verkehrsteilnehmenden, nicht nur den Autofahrenden.

(Beifall bei Volt)

Die Anhebung der Gebühren für das Anwohnerparken ist wichtig. Denn die Städte sind in erster Linie Parkplätze. Nur weil man ein Auto besitzt, hat man nicht automatisch das Anrecht, öffentliche Flächen zu besetzen.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Viele europäische Nachbarländer gehen bereits diesen Weg. Seit 2000 - das wurde bereits mehrmals erwähnt; aber ich möchte es noch mal erwähnen - ist die Anzahl der Pkw in Köln um 17 Prozent angestiegen. Parkplätze können hier nicht mitwachsen.

Wie auch schon erwähnt worden ist, geht der Bau von Quartiersgaragen, den wir absolut befürworten und für den wir uns auch weiterhin einsetzen werden, leider nicht so schnell. Viele Leute in diesem Rat wissen auch genau, dass das sehr, sehr schwierig und wirklich kompliziert ist.

Wir möchten ebenfalls, dass Parkhäuser besser ausgenutzt werden und die Parkplätze von Supermärkten oder Baumärkten genutzt werden. Aber auch das ist leider nicht so einfach.

Deswegen sind wir gezwungen, jetzt auch andere Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die dafür sorgen werden, dass der öffentliche Raum gerechter aufgeteilt wird, weil die gerade angeführten Maßnahmen eben noch Zeit brauchen werden.

(Beifall bei Volt)

Die Voltfraktion vertritt, wie gesagt, aus allen genannten Gründen ganz klar: Wer im knappen öffentlichen Raum parken will, muss auch bereit sein, dafür zu zahlen.

Viele Jahre konnten die Anwohnerinnen und Anwohner ihr Fahrzeug für rund 30 Euro im Jahr abstellen. Das steht in absolut keinem Verhältnis zum finanziellen Wert des knappen öffentlichen Raumes. Es steht auch in keinem Verhältnis zum Wert, den der öffentliche Raum für die Entwicklung der Städte hat.

Die angepasste Gebührenstruktur, nach der maximal 120 Euro pro Jahr gezahlt werden sollen, geht für uns, für Volt, mit Blick auf die angestrebte Mobilitätswende und auch auf die Verteilung des öffentlichen Raums verkehrlich und ökonomisch nicht weit genug. Aus diesem Grund werden wir uns zukünftig dafür einsetzen, dass es zu einer Erhöhung kommt. Aber Hauptsache und wichtig ist, dass diese Gebührenordnung jetzt erst mal in Kraft tritt, damit sie auch ihre Wirkung entfalten kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Viel wurde über das Freiburger Urteil geschrieben und gesprochen. Hat sich eigentlich einer von Ihnen das Vauban in Freiburg auch mal angeschaut? Die Leute fahren auch da Auto.

Auch hier wird sich nichts ändern. Denn der ÖPNV in dieser Stadt ist nicht so, dass er auch nur annähernd eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen würde, sondern eher eine Bestrafung für diejenigen, die sich diesen nicht leisten können.

(Beifall bei der AfD)

Daher soll der freche Bürger, der Schelm, gleich doppelt bestraft werden, indem Parken für ihn immer teurer wird, womit er auch noch den immer weiter ausufernden Sozialstaat finanzieren darf, der bei nächster Gelegenheit gleich wieder alles erhöht. Wer nicht hören will, soll also fühlen.

Ich vermute, dass die Gebühren nicht, wie es wünschenswert wäre, dem Straßenbau in dieser Stadt zugutekommen, sondern für irgendwelche abenteuerlichen Projekte draufgehen, die sich dieser Rat beizeiten wieder einfallen lässt.

(Beifall bei der AfD)

Überhaupt sollte hier nicht von Gebühren gesprochen werden. Denn Gebühren sollen kostendeckend sein und nicht der klammen Kämmerin zugutekommen. Frau Diemert, Sie merken es ja gerade.

Auch die vermeintlich sozialen Staffelungen bestrafen diejenigen, die eventuell wegen der Familie oder einfach, weil sie es sich nicht leisten können, kein kleineres Auto kaufen.

Man sorgt für eine Gentrifizierung und drängt die weniger Begüterten aus den Bereichen dieser Stadt, in denen Sie es für die Menschen nun teurer machen wollen. Warten wir mal ab, ob es Köln so ergehen wird wie Freiburg und auch hier geklagt wird.

Da wir uns nicht daran beteiligen, den Autofahrer weiter als Melkkuh in Zeiten höchster Steuereinnahmen zu missbrauchen, werden wir, wenig überraschend, der Vorlage und auch dem Änderungsantrag nicht zustimmen und können nur hoffen, dass immer mehr Bürger sehen, dass ihnen frech in die Tasche gegriffen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Feuser.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Amsterdam: 535 Euro im Jahr; Stockholm: 827 Euro im Jahr. Das sind zwei Beispiele aus unseren europäischen Nachbarländern, die ganz deutlich machen: 120 Euro im Jahr sind ein Witz. Das sind gerade mal 10 Euro im Monat. Es ist - Entschuldigung - auch ein absoluter Witz, wegen dieser 10 Euro im Monat nicht dafürzustimmen.

Das kostenlose Parken - und ja, bisher ist es kostenlos; wir haben ja gerade gehört, dass das nur eine Bearbeitungsgebühr ist - ist eine massive

Subvention der fossilen Infrastruktur, und dann auch noch eine sozial ungerechte.

Was den Wert öffentlichen Raums angeht, was Barrierefreiheit angeht und was lebenswerte Städte angeht, schließen wir uns fast allem an, was die Grünen und auch Frau De Bellis gerade schon gesagt haben.

Es ist allerdings aus unserer Sicht in der Argumentation von SPD und FDP völlig absurd, dass, wann immer es um das Auto geht, plötzlich andere Regeln gelten als sonst in Deutschland. Egal ob ein Marktstand oder eine Wohnung: Öffentlicher Raum ist wertvoll und kostet ein Vermögen - es sei denn, es geht um Autos.

Es ist auch vollkommen falsch, zu sagen, dass wir erst genügend Parkplätze schaffen müssen. Denn wir brauchen schlicht und einfach weniger Autos. Die meisten Autos stehen die meiste Zeit nur herum. Sie werden eben nicht täglich benötigt. Man hat sie einfach, weil es so praktisch ist.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT)

Wir haben es schon so oft gesagt: Klimaneutralität geht nur mit Verkehrswende, und Verkehrswende geht nur mit weniger Autos. - Zu diesem Ziel hat sich auch die Stadt Köln bekannt.

Natürlich wollen auch wir gerne eine Staffelung nach Größe. Denn auch hier sind wir wieder bei den Sonderregelungen für das Auto jenseits der Vernunft. Woanders gilt doch auch: Wer mehr verbraucht und wer mehr kaputt macht, der muss auch mehr bezahlen. - Warum dies laut Freiburger Urteil bisher nicht zulässig ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir hoffen, dass sich hier noch etwas ändern wird.

Genauso absurd ist es, dass beim Auto immer wieder Politik jenseits von Fakten gemacht wird oder zumindest gefordert wird. Denn wer meint, eine soziale Politik zu machen, indem er Sonderrechte für das Auto verteidigt, der möge doch bitte einmal in die Studien schauen, die zeigen, dass die sozial schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft nur sehr selten ein eigenes Auto haben. Die Studien können wir euch auf Nachfrage gerne zuschicken.

Damit ist die Finanzierung des kostenlosen Parkens aus Steuergeldern also auch eine soziale Ungerechtigkeit.

Nichtsdestotrotz wollen auch wir gerne die soziale Abmilderung, die das Freiburger Urteil bisher verbietet. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag gestellt, der die Möglichkeit eröffnen soll, jenseits einer Staffelung der eigentlichen Parkgebühren eine soziale Unterstützung oder eine soziale Milderung für einkommensschwache Haushalte zu schaffen. Es geht in unserem Änderungsantrag nämlich darum, jetzt nicht wie das Kaninchen vor der Schlange abzuwarten, dass sich die Rechtslage ändert. Denn was ist, wenn sie das nicht tut?

Deswegen möchten wir, dass die Verwaltung aktiv nach Wegen sucht, diese Regelung auf anderem Wege sozusagen zu umgehen. Es muss doch möglich sein, auf andere Art und Weise soziale Abmilderungen für einkommensschwache Haushalte oder finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Haushalte zu geben - und sei es, dass dann auch diejenigen profitieren, die kein Auto haben. Das ist doch kein Schaden - im Gegenteil. Es ist wunderbar, wenn dann sogar auch die Leute ohne Auto noch ein bisschen oder auch noch mehr profitieren.

Daher würden wir uns freuen, wenn ihr unserem Änderungsantrag zustimmen würdet.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert [Nippes])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg*innen im Saal und am Stream! Es war vielleicht ein Fehler, dass man bei der Einführung des Anwohnerparkens - das gab es ja nicht schon immer - mit einer so geringen Gebühr gestartet ist und dass sie auch bis heute so niedrig war. Wenn es nun auf eine Parkplatzmiete, wie Herr Sterck sagte, von 100 bis 110 oder 120 Euro im Jahr umgestellt wird, dann ist das ungefähr eine Verdreifachung der Gebühr oder der Miete.

(Zuruf von der SPD: 300 Prozent!)

Aber es ist natürlich, wie Frau Feuser gerade ausführte, eigentlich ein Witz; 10 Euro im Monat sind immer noch nicht wirklich viel.

Wir sprechen vom öffentlichen Raum, den wir zurückgewinnen wollen, indem wir die Autos verdrängen wollen und ihn für andere Nutzungen zugänglich machen wollen. Wenn es zum Beispiel um die Außengastronomie auf den Parkplätzen geht, sind auch alle immer dafür, freuen sich und sagen: Wir machen da eine Gebührenreduzierung; wir machen da eine Gebührenbefreiung. - Wir freuen uns über das, Frau De Bellis, italienische Flair in Kölns Straßen, wenn wir auf der Straße sitzen können und unseren Chianti trinken können. Das ist alles wunderbar.

Wenn es jetzt aber darum geht, eine Gebühr zu erhöhen oder eine Miete einzuführen, dann ist das auf einmal Teufelswerk. Das ist schon etwas eigenartig. Man kann die Straßen bzw. die Parkplätze auch heute schon für alle möglichen Zwecke mieten - für eine Baustelleneinrichtung, für die gerade erwähnte Außengastronomie, für einen Filmdreh, um da seine Autos abzustellen, usw.

In jedem Fall wird die Gebühr höher sein als das, was fürs Anwohnerparken bezahlt werden muss. Das Auto im öffentlichen Raum zu parken, ist immer noch das Allergünstigste, was man machen kann. Und das ist eigentlich eine verkehrte Welt. Es müsste deutlich teurer sein. Ich finde es schade, dass wir nicht in Richtung der 300 Euro gegangen sind, wie das ursprünglich mal angedacht war und durch die Presse ging.

Die Quartiersgaragen werden hier als das große Allheilmittel dargestellt. Wenn Sie eine Quartiersgarage für 110 Euro im Jahr einführen wollen, dann bin ich mal gespannt, wie Sie das finanzieren wollen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Aber dann hast du einen Platz!)

- Ich weiß; Anwohnerparken ist Lotterie, und in der Quartiersgarage hat man einen sicheren Platz. Aber gucken Sie sich doch mal die Mieten an, wenn Sie sagen, das sei die Lösung. Düsseldorf hat anscheinend einige Quartiersgaragen. Da zahlen Sie - es gibt Spitzenpreise und auch niedrigere Preise - im Schnitt 70 bis 80 Euro pro Monat für Ihren sicheren Parkplatz. So hoch waren vor 10 oder 20 Jahren noch die Gebühren für private Stellplätze.

Die Quartiersgarage ist also nicht umsonst - abgesehen davon, dass man sie bauen muss und sie nicht unbedingt das Stadtbild verschönert. In dem Zusammenhang möchte ich Frau Feuser recht geben. Wie sie gerade erwähnt hat, ist Ziel der Verkehrswende, den Autoverkehr und die Zahl der Autos in der Stadt zu reduzieren, damit wir nicht nur etwas fürs Klima tun, sondern auch mehr Lebensqualität gewinnen.

In dem Zusammenhang noch ein letztes Wort an die SPD: Ich bin immer wieder erstaunt über Ihren Armutsbegriff. Der Begriff „Armut“ ist ja schon an sich schwierig.

(Christian Joisten [SPD]: Er ist klar definiert!)

Aber in meiner Wahrnehmung können sich Leute, die nicht viel Geld haben, kein Auto leisten.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT - Oliver Seeck [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Und das liegt nicht daran, dass sie 10 Euro im Monat für einen Anwohnerparkausweis bezahlen müssen. Daran liegt es nicht. Es liegt daran, dass Autos heutzutage teuer sind und dass sie unglaublich viel Geld für die Miete und alles andere aufwenden müssen.

Wenn Sie etwas für die armen Leute tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass sie ein ordentliches Umfeld zum Leben haben. Und das heißt: Autos raus aus den Straßen

(Christian Joisten [SPD]: Die müssen ja irgendwo arbeiten! Kann das sein?)

und ein ordentliches Lebensquartier schaffen.

Das sollte das Ziel sein. Die 100 bis 110 Euro sind wirklich, wie Frau Feuser sagte, eigentlich ein Witz. - Danke schön.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne zunächst über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT und dann über die Vorlage abstimmen lassen.

Wer dem Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und natürlich KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es

Gegenstimmen? - Ja, ich will Sie ein bisschen aktivieren. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Vorlage. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Die FRAKTION, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Ergänzung zu 2.:

Sollte sich die Rechtslage bis Ende 2024 nicht geändert haben, wird die Verwaltung beauftragt, dennoch eine weitere Erhöhung der Gebühren vorzulegen und eine Möglichkeit zu erarbeiten, wie auf anderem Wege die Inhaber:innen des KölnPasses zusätzlich entlastet (finanziell unterstützt) werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Festsetzung der Gebühren für Bewohnerparkausweise gemäß der unter Punkt 3.2. „Berechnung künftiger Gebühren für Bewohnerparkausweise“ aufgeführten Berechnung.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer Beschlussvorlage für eine Erhöhung der Gebühren für Bewohnerparkausweise, sobald die rechtlichen Voraussetzungen für eine finanzielle Besserstellung von KölnPass-Inhaber*innen gegeben sind.*
3. *Der Rat beschließt die Anpassung der Gebühren für Bewohnerparkausweise gemäß der als Anlage beigefügten Bewohnerparkgebührenordnung.*
4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Maßnahmen für die Umsetzung der geänderten Bewohnerparkgebührenordnung umzusetzen und die hierfür erforderlichen Stellenbedarfe im Rahmen des regulären Stellenplanverfahrens einzurichten. Die Refinanzierung der Stellen erfolgt aus den Gebührenmehrerträgen. Weiterhin werden die notwendigen Softwareanforderungen schnellstmöglich ermittelt und in einer gesonderten Beschlussvorlage dargelegt.*
5. *Die Einführung der neuen Gebührenordnung soll vorbehaltlich der unter Punkt 4 genannten Detailermittlung möglichst zum 01.07.2024 erfolgen.*
6. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu erarbeiten, wie das Bewohnerparken auf städtische Parkbauten ausgeweitet werden kann. Anhand zweier städtischer Parkbauten soll exemplarisch ein konkretes Betriebskonzept aufgestellt und den zuständigen Gremien zum Beschluss vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke, FDP, AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

6.2.4 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) 3413/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt die als Anlage 1 Anhang A und B beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und*

der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

2. *Der Rat nimmt die als Anlage 2 Anhang A bis E beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
3842/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weiter geht es mit:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Kleingartenanlage Hoffnung e. V., Anlage Niehler Straße und Anlage Kretzer Straße, Erneuerung des Wasserleitungsnetzes
3150/2023

Wortmeldungen? - Auch das ist eine Kenntnisnahme. Wünscht es jemand nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein. Enthält sich jemand? - Nein. Dann ist so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.2 Make or Buy Konzept Baumpflege Beschaffung 6 Hubsteiger, 1 Lkw mit Ladekran
3176/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.3 Sanierung und Verbreiterung des Geh- und Radweges am Sürther Leinpfad
3456/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.2.4 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Bereich der Schulmieten im TP 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2023
3791/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.3 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Kapitel 1 und 2 Sachstandsmitteilung 3684/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.4 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 3881/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

7.5 Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2027 3702/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst 3414/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige, zahlungswirksame Aufwendungen im Teilergebnisplan der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz in der Produktgruppe 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 300.000 € sowie in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.500.000 € im Haushaltsjahr 2023 bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt in Höhe von 1.800.000 € durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan der Kämmerei in der Produktgruppe 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

8.2 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig für das Haushaltsjahr 2023
3713/2023

Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Wolfgramm, für die Beantwortung. Da habe ich wohl die richtigen Fragen gestellt.

Ich bin sehr überrascht, dass es hier Vorlagen gibt, die dem Rat und Ausschüssen vorgelegt werden, wie zum Beispiel zum Zentraldepot, in denen nicht alle Aufwendungen aufgeführt werden. Das heißt, dass wir nicht mehr sicher sein können, dass in einer Vorlage wirklich die Zahlen stimmen. Das ist jetzt hier herausgekommen.

Es wurden - das haben Sie ja hier ausgeführt - nur die investiven Mittel aufgeführt, die man eingesetzt hat, aber nicht die konsumtiven. Und da muss ich sagen: Ich persönlich habe hier noch nicht erlebt, dass man Sachen einfach weglässt.

Darum werde ich bei so einer nach meiner Meinung nicht seriösen Deckung - -

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ja, man kann viel lernen, Herr Kienitz. Auch Sie können hier noch einiges davon lernen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie auch!)

- Ja, ich auch; ich lerne auch. Aber ich lerne auch, Herr Kienitz, wie die Verwaltung das macht.

Ich lerne auch bei der Stadtbibliothek, wenn ich da nachfrage. Wir hatten mehrere Vorlagen, in denen es um Mehrkosten gegangen ist. Und jetzt sagt man einfach: Ach, weil die Planung jetzt so ist, dass wir vielleicht weniger Mehrkosten haben, haben wir ja eine Differenz, und die nehmen wir als Deckung. - Und da muss ich sagen: Das ist eine sehr fantasiereiche Ausschmückung bezüglich der Kosten.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Lindner ist Finanzminister! Der kann das!)

- Ja, das kann ja vielleicht sein.

Darum werden wir das hier ablehnen.

Wir werden Ihnen das aber bei den Vorlagen zur Stadtbibliothek noch einmal aufzeigen, wenn dann die Mehraufwendungen da sind. Denn das, was man jetzt weniger hat als das, was wir hier beschlossen haben, als Delta zu nehmen, halte ich nicht für seriös. Entschuldigung; das muss ich einfach so sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann sollten wir bilateral mal ins Gespräch darüber kommen, ob auch immer - so wird das ja bei der Oper gemacht - die Betriebskosten dazugehören oder nicht. Das ist nämlich meines Erachtens lange nicht bei jeder Situation so. Aber das werden wir bilateral aufklären.

Ulrich Breite (FDP): Das können wir sehr gerne machen. Und schon wieder nehmen Sie hier einen Bereich aus der Kultur heraus. Ich kenne andere Bereiche, in denen das nicht so gemacht wird. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Es stimmt die FDP-Fraktion dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat erkennt den Mehrbedarf für das Museum Ludwig in Höhe von 1.244.000 € an.

Gleichzeitig beschließt der Rat überplanmäßige Mehraufwendungen im Sinne des § 83 GO NW sowie die Mittelfreigabe in Höhe von 1.244.000 € im Teilergebnisplan des Museum Ludwig in der Produktgruppe 0402 - Museum Ludwig in den Teilplanzeilen 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 684.000 € und 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 560.000 € im Haushaltsjahr 2023.

Der überplanmäßige Mehraufwand wird durch Minderaufwendungen im Teilergebnisplan des

Museumsreferates in der Produktgruppe 0401 - Museumsreferat in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.096.000 € und im Teilergebnisplan der Stadtbibliothek in der Produktgruppe 0418 - Stadtbibliothek in der Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 148.000 € gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Anmerkung:

RM Cremer teilt nach der Abstimmung mit, dass die AfD gegen die Vorlage stimmen wollte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Baubeschluss für die Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz 2646/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt – vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen – den barrierefreien Ausbau der Haltestelle Barbarossaplatz an der Neue Weyerstraße. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme (Planungs- und Baukosten) vor Förderung betragen voraussichtlich ca. 14.241.000 €. Davon entfallen rd. 2.677.500 € auf die KVB und rd. 11.563.500 € auf die Stadt Köln. Es wird mit einer Förderung von 90 % der zuwendungsfähigen Baukosten gerechnet.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Innenstadt und der Stadtentwicklungsausschuss der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Es gibt keine Alternative zum barrierefreien Ausbau.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.2 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2022 2013/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2022 fest und entlastet die Kassenleitung.

Der Jahresüberschuss 2022 wird an die Stadt Köln abgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.3 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2024 2014/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97

Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2024 fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2024 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

*7,73 % für Beihilfen Beamt*innen*

*0,13 % für Pflegeversicherung Beamt*innen*

0,03 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

*und einem Gesamtbetrag von 35.541.700 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfänger*innen.*

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.4 Befristete Verlängerung des Förderprogrammes im Rahmen des Programmes „Bleibeperspektive in Köln“ mit Trägerbindung
2254/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Evaluationsbericht zum Förderprogramm „Bleibeperspektiven in Köln“ zur Kenntnis (Anlage 1) und beschließt die Verlängerung des Förderprogrammes bis zum 31. Dezember 2025 in geänderter Fassung (Anlage 2).

Der Rat erkennt den Bedarf in Höhe von jeweils für 2024 und 2025 in Höhe von 396.000 Euro für die Verlängerung des Förderprogrammes an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.5 Bauliche Ertüchtigung zur Sicherstellung der Betreiberverantwortung statt Umbau, Modernisierung und Erweiterung des Bürgerhauses MüZe, Berliner Str. 77 in Köln-Mülheim
1107/2023

Herr Bauer-Dahm, bitte.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kollegen! Ich mache es kurz vom Platz aus. - In der letzten Ratssitzung hatten wir ja die Punkte 1 und 2 der Vorlage unter dem heutigen TOP 10.5 noch mal zur Beratung in den Fachausschuss zurückbekommen. Ich würde das gerne direkt mit dem TOP 10.6 verknüpfen.

Wir haben das noch mal durchdiskutiert und mit viel Bedauern wahrgenommen, dass wir keine Möglichkeit finden werden, das Geld nicht zurück ans Land zu überweisen. Wir unterliegen da juristischen Verpflichtungen bzw. die Rückforderungen des Landes liegen schon vor.

Daher möchte ich beantragen, weil wir an den Kostensteigerungen, die sich da ergeben haben, am Personalmangel etc. rückwirkend nichts mehr ändern können, bei beiden Punkten, also 10.5 und 10.6, abzustimmen wie ASS - also wie der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ja; mir ist das klar.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Aber da hinten kam - -

(Lukas Lorenz [SPD]: Nein, von mir nicht! ASS ist Aspirin, oder?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich war der Meinung, dass wir heute über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abzustimmen haben. Beim letzten Mal haben wir über die Punkte 3 und 4 abgestimmt.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Exakt. Genau. Aber der ASS hat ja dem ersten Punkt einstimmig zugestimmt. Beim zweiten Punkt hat sich, glaube ich, die SPD enthalten; da bin ich mir gerade nicht sicher. Jedenfalls wollte ich nur weitergeben, dass wir da einen relativ konsensualen Beschluss gefasst haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber deswegen können wir doch eigentlich über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abstimmen, oder?

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, genau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gut. Dann ist alles wunderbar. - Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss leider für die Voltfraktion punktweise Abstimmung beantragen und mache das hiermit.

Gerade wurde ja schon gesagt, dass im Sozialausschuss anders abgestimmt wurde. Das war tatsächlich auch ich in Person. Ich habe der Vorlage so, wie sie war, nicht zugestimmt; das stimmt.

Wir wollen aber auch nach den jetzt noch durchgeführten Beratungen sowohl hier im Rat als auch in den Ausschüssen deutlich sagen, dass wir den Auftrag bei der Verwaltung lassen wollen, dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“ beibehalten werden soll. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe hier eine Vorlage mit vier Beschlusspunkten. Über die Punkte 3 und 4 haben wir schon beschlossen. Ich habe einfach nicht mehr Beschlusspunkte, also keine Punkte 5 und 6.

Aber Herr Joisten meldet sich. Bitte. Vielleicht helfen Sie mir mal, das aufzuklären.

Christian Joisten (SPD): Das war jetzt in der Tat nicht mein Ansinnen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, ich wollte noch mehr Verwirrung stiften!)

Wir sind ja noch in der Rederunde. Deswegen hatte ich mich gemeldet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Trotzdem können Sie doch dazu beitragen, das aufzuklären.

Christian Joisten (SPD): Ich könnte dazu beitragen, -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das wäre schön.

Christian Joisten (SPD): - tue das aber insofern nicht, als dass wir jetzt an dieser Stelle eine klare Haltung einnehmen und auch noch etwas korrigieren müssen.

Es war - so habe ich es mir berichten lassen - im Sozialausschuss nachher in der Abstimmung etwas unübersichtlich. Wir wollen daher noch einmal auf Folgendes hinweisen - ich rede jetzt zu den Tagesordnungspunkten 10.5 und 10.6 zusammen -: Hier geben wir in der Summe fast 4 Millionen Euro Fördergelder, die wir eigentlich vom Land schon zugesagt haben, zurück.

Das muss man sich einmal vorstellen. Wir geben Fördergelder für soziale Projekte, die wir eigentlich in dieser Stadt und auch in diesem Stadtbezirk dringend brauchen, zurück. Das ist aus unserer Sicht ein fatales Signal. Wir haben hier vorhin über die Unterstützung der sozialen Infrastruktur gesprochen. Jetzt wird die bauliche Infrastruktur des sozialen Bereiches weiterhin in einem Zustand gelassen, der nicht in Ordnung ist.

Deswegen werden wir bei TOP 10.5 ein klares Signal setzen und die Vorlage ablehnen, auch wenn wir wissen, dass wir als Rat rein rechtlich eigentlich gar keine andere Möglichkeit haben. Aber die Verwaltung hat hier ihren Job nicht gemacht - das muss man an der Stelle einfach mal sagen -, dieses Haus, das in einem erbärmlichen Zustand ist, zu sanieren. Und es ist noch nicht mal gelungen - das war dann die Situation im Sozialausschuss -, dem Ansinnen der BV 9, zumindest ein alternatives Verfahren aufzugleisen, zuzustimmen. Unter diesen Voraussetzungen können wir heute dieser Vorlage nicht zustimmen und werden sie ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist immer spannend, zu sehen, was zwischen Ausschusssitzungen und Ratssitzungen in Fraktionen so passiert! - Gegenruf von Christian Joisten [SPD]: Dann muss man diese Ausschusssitzungen sauber führen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da sollte man bitte vorsichtig sein. Ich habe hier eine Niederschrift über die Ausschusssitzung. Dort ist über die Punkte 1 und 2 abgestimmt worden, und zwar einstimmig zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen lasse ich jetzt auch noch einmal darüber abstimmen. Aber wir haben ja den Vorsitzenden des Sozialausschusses hier. Vielleicht kann der - -

Christian Joisten (SPD): In der Annahme, dass es um die Vorlage wie BV 9 geht.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich darf, Frau Oberbürgermeisterin - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Ich war ja anwesend, und ich habe auch das Beschlussprotokoll freigezeichnet oder freigegeben. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu. Frau Hoyer nickt auch fleißig. Diejenigen, die da waren und aufgepasst haben, haben das also mitbekommen. Davon bin ich ziemlich überzeugt.

Ich würde aber gern noch einen Satz zu Frau Glashagen sagen. Es ist ja nicht so, als ob wir auf die bauliche Ertüchtigung verzichten würden. In Punkt 1 steht „zum jetzigen Zeitpunkt“, weil es eben juristisch nicht anders geht. Aber natürlich erwarten auch wir, alle anderen hier im Rat, von der Verwaltung, dass die beiden Bürgerhäuser ertüchtigt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sich jetzt auf die Fahne zu schreiben, dass wir das nicht wollen, finde ich, mit Verlaub, daneben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber über eines sind wir uns doch einig: Wir können nur über das abstimmen, was vorberaten und abgestimmt worden ist.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist richtig, ja! - Christian Joisten [SPD]: Wir können wie BV 9 abstimmen! Das können wir tun!)

Ziffer 1 und 2 der Vorlage mit dem Votum der BV 9 wurden zur Beratung in den Sozialausschuss verwiesen. Und dann hat man abgestimmt - - Ich kann auch gerne noch mal vorlesen, was da abgestimmt worden ist. Ich möchte hier nämlich keine Verwirrung haben. Hören Sie also bitte zu. Abgestimmt wurde:

1. dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“, Berliner Straße 77 in Köln-Mülheim aus der Städtebaufördermaßnahme Starke Veedel - Starkes Köln (Sozialraum 5 + 9) Buchheim, Buchforst, Mülheim-Nord und Keupstraße (Zuwendungsbescheid-Nr. 05/06/19) aufgrund der Kostensteigerung von ursprünglich rund 5,00 Mio. Euro auf rund 16,3 Mio. Euro zum jetzigen Zeitpunkt

- zum jetzigen Zeitpunkt; das passt ja dann zu dem, was der Vorsitzende des Sozialausschusses sagt -

> wegen der fehlenden Finanzierung nicht realisiert werden kann.

2. auf die bereits bewilligten Städtebaufördermittel in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro für die Generalsanierung des Bürgerhauses MüZe aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Buchheim, Buchforst und Mülheim Nord, Keupstraße“ im Rahmen des Programms „Starke Veedel - Starkes Köln“ zu verzichten. Die bereits abgerufenen und ausgezahlten Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro werden an den Fördermittelgeber erstattet. Die Finanzierung der Erstattung der investiven Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro zuzüglich gegebenenfalls anfallender Zinsen erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 - Stadtentwicklung.

Diesen Punkten wurde einstimmig zugestimmt.

Also, ich kann nur darüber abstimmen lassen - -

> (Christian Joisten [SPD]: Wir können auch wie BV 9 abstimmen! Das geht! - Gegenruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Beantragst du das oder nicht?)

Christian Joisten (SPD): Dann beantrage ich hier Abstimmung in der Version der BV 9, die ja genau das enthält, was Herr Bauer-Dahm eben dargestellt hat, nämlich dass eine alternative Planung sichergestellt wird. Mehr steht da ja nicht. Daher können wir das doch dann, wenn alle sich einig sind, auch hier heute so beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber zunächst wie BV 9 abstimmen. Damit umgehen wir zwar die Fachausschüsse. Aber Sie können ja so abstimmen, wie Sie mögen. Es zwingt Sie ja keiner, jetzt so abzustimmen. Jeder kann das ja nach seinem Kenntnisstand und seinem Gewissen machen. Ich mache also zwei Abstimmungsvorgänge: einmal wie BV 9 und einmal wie Sozialausschuss in getrennter Abstimmung.

Wer wünscht wie BV 9 abzustimmen? - Das passt dann wieder nicht zu den Punkten 3 und 4.

Ich muss jetzt leider eine kurze Pause machen, weil wir jetzt die ganze - - Kommen Sie bitte mal dazu, Herr Dr. Rau?

(Unterbrechung von
19.06 Uhr bis 19.07 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lese jetzt noch mal vor, worüber ich bei der Abstimmung wie BV 9 abstimmen lasse:

> Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Vorhaben „Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“ des Bürgerhauses MüZe festzuhalten und alternative Realisierungs- und Fördermöglichkeiten zu suchen. Hierbei sollen auch kreative Lösungswege wie eine zeitliche Streckung der Maßnahme in Betracht gezogen werden, um die finanziellen Belastungen über mehrere Haushaltsjahre zu verteilen. Denkbar wäre beispielsweise, in einem ersten Schritt nur das Hauptgebäude und in einem zweiten Schritt das Nebengebäude zu sanieren.

Im Übrigen hat die BV 9 die Punkte 3 und 4, über die wir schon beschlossen haben, benannt. Darüber brauchen wir jetzt also nicht noch einmal abzustimmen.

Ich habe gerade den Text vorgelesen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer wünscht der BV 9 in der Abstimmung hier im Rat zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann und Volt. Wer enthält sich? - Die AfD. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich - ich versuche es noch mal - über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abstimmen, und zwar punktweise.

Punkt 1. Gegenstimmen? - Volt und die SPD-Fraktion stimmen dagegen. Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Beschlossen.

Punkt 2. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Die LINKEN, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt machen wir noch die Gesamtabstimmung über die Punkte 1 und 2 der Vorlage. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) zu den Punkten 1 und 2

Beschluss.

Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Vorhaben „Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“ des Bürgerhauses Mütze festzuhalten und alternative Realisierungs- und Fördermöglichkeiten zu suchen. Hierbei sollen auch kreative Lösungswege, wie eine zeitliche Streckung der Maßnahme in Betracht gezogen werden um die finanziellen Belastungen über mehrere Haushaltsjahre zu verteilen. Denkbar wäre beispielsweise in einem ersten Schritt nur das Hauptgebäude und in einem zweiten Schritt das Nebengebäude zu sanieren.

Weiterhin möge der Rat beschließen (Ziffer 3 und 4 der Beschlussvorlage),

- *die Weiterführung der sozialen Angebote im Bürgerhaus MüZe durch den Interimsträger Interkultur e. V. wird bis zum 31.12.2025 zu verlängern. Über den langfristigen Träger des Bürgerhauses MüZe wird nach Abschluss der Instandhaltungsarbeiten im Rahmen der Betreiberverantwortung im Laufe des Jahres 2025 entschieden.*
- *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Objekt Berliner Straße 77 in Köln-Mülheim soweit baulich zu ertüchtigen, dass die Betreiberverantwortung sichergestellt ist. Die ausschließlich konsumtiven Mittel werden auf etwa 2,00 Mio. Euro geschätzt, die zu gleichen Anteilen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 anfallen.*

  Für 2023 und 2024 stehen jeweils 1,00 Mio. Euro im Teilergebnisplan 0507 – Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäuser/-zentren, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Volt sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

II. Punktweise Abstimmung über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage

<u>Zu Punkt 1</u>

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

1. *dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“, Berliner Straße 77 in Köln-Mülheim aus der Städtebaufördermaßnahme Starke Veedel – Starkes Köln (Sozialraum 5 + 9) Buchheim, Buchforst, Mülheim-Nord und Keupstraße (Zuwendungsbescheid-Nr. 05/06/19) aufgrund der Kostensteigerung von ursprünglich rund 5,00 Mio. Euro auf rund 16,3 Mio. Euro zum jetzigen Zeitpunkt wegen der fehlenden Finanzierung nicht realisiert werden kann.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Volt bei Stimmenthaltung von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

<u>Zu Punkt 2</u>

Beschluss:

2. *auf die bereits bewilligten Städtebaufördermittel in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro für die Generalsanierung des Bürgerhauses MüZe aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Buchheim,*

Buchforst und Mülheim Nord, Keupstraße“ im Rahmen des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ zu verzichten. Die bereits abgerufenen und ausgezahlten Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro werden an den Fördermittelgeber erstattet. Die Finanzierung der Erstattung der investiven Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro zuzüglich gegebenenfalls anfallender Zinsen erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Linke, FDP, Volt und Die FRAKTION sowie den Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

III. Gesamtabstimmung über Punkt 1 und 2 des Beschlussvorschlags

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

1. *dass die Maßnahme „Bürgerhaus MüZe - Umbau, Modernisierung und Erweiterung zur energetischen und funktionalen Verbesserung“, Berliner Straße 77 in Köln-Mülheim aus der Städtebaufördermaßnahme Starke Veedel – Starkes Köln (Sozialraum 5 + 9) Buchheim, Buchforst, Mülheim-Nord und Keupstraße (Zuwendungsbescheid-Nr. 05/06/19) aufgrund der Kostensteigerung von ursprünglich rund 5,00 Mio. Euro auf rund 16,3 Mio. Euro zum jetzigen Zeitpunkt wegen der fehlenden Finanzierung nicht realisiert werden kann.*

2. *auf die bereits bewilligten Städtebaufördermittel in Höhe von rund 3,2 Mio. Euro für die Generalsanierung des Bürgerhauses MüZe aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Buchheim, Buchforst und Mülheim Nord, Keupstraße“ im Rahmen des Programms „Starke Veedel – Starkes Köln“ zu verzichten. Die bereits abgerufenen und ausgezahlten Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro werden an den Fördermittelgeber erstattet. Die Finanzierung der Erstattung der investiven Fördermittel in Höhe von 40.934,26 Euro zuzüglich gegebenenfalls anfallender Zinsen erfolgt aus dem Teilfinanzplan 0902 – Stadtentwicklung.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Die Punkte 3 und 4 des Beschlussvorschlags wurden bereits im Rat am 07.09.2023 beschlossen.

Antrag auf punktweise Abstimmung von RM Glashagen.

Antrag auf Abstimmung in der Fassung der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) von RM Joisten (Anlage 9)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.6 Kulturbunker in Köln-Mülheim, Berliner Straße 20 - Verzicht auf Modernisierung und energetische Ertüchtigung 2347/2023

Hier liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Joisten vor.

(Christian Joisten [SPD]: Die ist schon abgearbeitet! Ich habe mich ja dazu geäußert!)

- Ach so. - Gibt es Wortmeldungen zu TOP 10.6, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diese Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, auf die Maßnahme „Kulturbunker Mülheim: Modernisierung und energetische/barrierefreie Ertüchtigung sowie funktionale Verbesserung“, Berliner Straße 20 in Köln-Mülheim aus der

Städtebaufördermaßnahme Starke Veedel – Starkes Köln (Sozialraum 5 + 9) Buchheim, Buchforst, Mülheim-Nord und Keupstraße (Zuwendungsbescheid-Nr. 05/06/19) aufgrund der allgemeinen erheblichen Kostensteigerungen sowie des nicht mehr einzuhaltenden Förderzeitraumes bis 31.12.2023 zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.7 Modernes Köln GmbH; Liquidation 2806/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Liquidation der modernes köln Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.9 Mehrsprachiges Vermittlungsangebot des Museumsdienstes (Umsetzung Kulturentwicklungsplanung) 2929/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit dem Ausbau der mehrsprachigen Vermittlungsangebote des Museumsdienstes in den Museen und im Outreach im Rahmen eines Projektes bis 2024.

Der Rat beschließt gleichzeitig die für die Umsetzung der Maßnahme notwendigen überplan-mäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 100.000 € (50.000 € p.a.) im Teilergebnisplan des Museumsdienstes in der Produktgruppe 0411 – Museumsdienst in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 im Haushaltsplan 2023/2024. Die Deckung erfolgt durch Wenigeraufwendungen in gleicher Höhe im Teilergebnisplan des Kulturamtes in der Produktgruppe 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen jeweils in den Haushaltsjahren 2023 und 2024.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.10 Überleitung der Maßnahme „Zuhause im Veedel“ in das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit 2966/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die bislang innerhalb des Projektes „Zuhause im Veedel – Aktivierung und Beteiligung im Quartier“ im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) in den Sozialräumen „Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil“ stattfindende Stadtteilarbeit zum 01.01.2024 für die Laufzeit bis zum 30.06.2025 in das Förderprogramm Gemeinwesenarbeit integriert und dort weitergeführt wird.

Die Finanzierung erfolgt im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 54.614 € aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im

Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die für die Fortführung bis zum 30.06.2025 erforderlichen Mittel in Höhe von 27.853 €, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.11 Zweiter Gleichstellungsplan 2024 - 2028 3123/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Aktivitäten der Stadtverwaltung zur Gleichstellung von Frauen und Männern und beschließt den zweiten Gleichstellungsplan der Stadt Köln für die Jahre 2024 bis 2028 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.12 Erneute Betrauung der KölnTourismus GmbH 3687/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat betraut die KölnTourismus Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Maßgabe des als Anlage 1 beigefügten Betrauungsaktes. Die Verwaltung wird ermächtigt, gemäß dem Betrauungsakt Zuwendungen an die KölnTourismus GmbH zu leisten.

Der Rat weist die Vertreterin bzw. den Vertreter des Gesellschafters Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der KölnTourismus GmbH an, die Umsetzung des Betrauungsaktes in der KölnTourismus GmbH sicherzustellen, insbesondere durch Beschlussfassung in deren Gesellschafterversammlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.13 Kölner Verhütungsmittelfonds 2576/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beschließt die Fortführung des Verhütungsmittelfonds in Köln ab dem 01.01.2024 in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes.*
2. *Der Kreis der berechtigten Frauen orientiert sich an der Einkommensgrenze, die der Bund für die Vergabe von Mutter-Kind-Stiftungsgeldern festgelegt hat.*
3. *Die Mittel in Höhe von 100.000 € werden überplanmäßig aus dem Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0502, Teilplanzeile 16 in den Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen verlagert.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.15 Verlängerung Auszugsmanagement 2024/2025
2793/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verlängerung der Finanzierung von zwei befristeten Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei Trägern im Rahmen des Auszugsmanagements. Die bisherige Befristung zum 31.12.2023 wird um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2025 verlängert.

Als Grundlage dienen die Beschlüsse vom 14.11.2011 (Vorlage 1891/2011 Maßnahmenübersicht), 12.05.2015 (Vorlage 0925/2015 vorzeitige Verlängerung und Erweiterung), 28.06.2016 (Vorlage 1450/2016 Erweiterung), 14.11.2017 (Vorlage 2338/2017 Entfristung von drei Vollzeitstellen - eine pro Träger - und Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2019), 07.11.2019 (Vorlage 3328/2019 Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2021), 02.11.2021 (Vorlage 3308/2021 Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2023).

Des Weiteren werden zwei befristete Vollzeitstellen mit Immobilienkaufleuten besetzt (ebenfalls bei Trägern im Rahmen des Auszugsmanagements) und bis zum 31.12.2025 finanziert.

Zur Finanzierung der zwei befristeten Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 160.600 € für zwei Stellen im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2025 sind ebenfalls 160.600 für zwei Stellen zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2025 innerhalb der dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggfs. durch Umschichtungen, vorsehen.

Zur Finanzierung der zwei befristeten Stellen für Immobilienkaufleute stehen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 160.000 € für zwei Stellen im Haushaltsjahr 2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2025 sind ebenfalls 160.000 für zwei Stellen zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens 2025 innerhalb der dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggfs. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.16 Mitgliedschaft Radregion Rheinland e. V.
2825/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, dass die Stadt Köln zum 01.01.2024 dem Verein Radregion Rheinland e.V. beitritt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.17 Bedarfsfeststellung zur Errichtung einer Dreifachturnhalle am Standort Holweider Straße 2 einschließlich angrenzenden Grundstücksflächen in 51065 Köln-Mülheim
3309/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf zur Errichtung einer Dreifachturnhalle am Schulstandort Holweider Straße 2 einschließlich angrenzenden Grundstücksflächen in 51065 Köln-Mülheim an und beauftragt die Verwaltung mit der Planung. Die Entscheidung bedingt sich durch die geplante künftige schulische Nutzung des Standortes, unabhängig davon welche Schule und Schulform diesen Schulstandort nutzen wird.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung für die Errichtung der Dreifachturnhalle Verhandlungen mit der KölnBäder GmbH aufzunehmen. Ziel der Verhandlungen ist die Beauftragung der KölnBäder GmbH zur gemeinsamen Errichtung des Neubaus des Genovevabades mit der Dreifachturnhalle für den schulischen Bedarf.*

3. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung zudem eine städteplanerische Machbarkeitsstudie für die gesamte am Standort Holweider Straße öffentlich zur Verfügung stehende Fläche zu beauftragen. Die Ergebnisse der städteplanerischen Machbarkeitsstudie sollen in die weitere Planung für den Standort Holweider Straße einfließen, sowohl die städtischen wie auch die Bauvorhaben der KölnBäder GmbH aufgreifen und abschließend in einer entsprechenden Bauvoranfrage münden.

   Die Kostenannahme für die architektonischen Leistungen zu Erstellung der städteplanerischen Machbarkeitsstudie beläuft sich auf voraussichtlich rund 250.000,00 € brutto.

   Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.18 Bedarfsfeststellungsbeschluss: Rahmenvertrag für Baumpflegearbeiten auf Kölner Sportanlagen (36 Monate) 3409/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Baumpflegearbeiten zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit auf Kölner Sportanlagen.

Zur Durchführung der Pflegearbeiten soll ein Rahmenvertrag mit einer Laufzeit von 36 Monaten abgeschlossen werden. Die voraussichtlichen Kosten für die Maßnahme betragen ca. 500.000,- €/Jahr (1.500.000,- € für eine Laufzeit von 36 Monaten, inkl. Nebenkosten).

Zur Finanzierung der Maßnahme stehen im Haushaltsjahr 2024 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 500.000,- € im Teilergebnisplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801-Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.19 Baubeschluss für die Erneuerung von 6 Fahrtreppenanlagen an den

Stadtbahnhaltestellen Piusstraße, Körnerstraße und Akazienweg
2844/2023

Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie BV 4, Anlage 6.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung der Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) vom 27.11.2023 (Anlage 6) und des Finanzausschusses vom 04.12.2023 (Anlage 7):

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Grunderneuerung von sechs Fahrtreppenanlagen, die gemäß U-Bahn-Vertrag vom 24.10.1973 zum Eigentum der Stadt Köln gehören, aber durch die Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB) zu erneuern sind, sowie der Erstattung der Gesamtkosten i. H. v. rd. 3.847.000 € brutto an die KVB. Von den sechs Fahrtreppenanlagen befinden sich jeweils zwei an den Stadtbahnhaltestellen Piusstraße, Körnerstraße und Akazienweg.

Wird bei der Haltestelle Akazienweg jeweils eine der Treppenanlagen komplett gesperrt, wird die Verwaltung beauftragt für die Dauer der Komplettsperrung einer der beiden Treppenanlegen in Höhe der Eingänge in die U-Bahnhaltestelle Akazienweg einen provisorischen Fußgängerüberweg einzurichten.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. rd. 3.847.000 € brutto zu Lasten der Haushaltsjahre 2025 und 2026 (rd. 2.583.000 € in 2025 und rd. 1.264.000 € in 2026) im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6903-1202-0-3000, Erneuerung Fahrtreppen im Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.20 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld
3139/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung für den Neubau eines Grundschulgebäudes (5 Züge Primarstufe) im Stadtbezirk Ehrenfeld ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchführen soll.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Ehrenfeld zu finden, dass in dem vorgegebenen Suchgebiet (Anlage 1) liegt. Das Grundstück muss für die Unterbringung eines Grundschulgebäudes (5 Züge Primarstufe), einer Zweifachsporthalle und eines Lehrschwimmbeckens geeignet sein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.21 Mindeststandards zur Betreuung Geflüchteter - Fortführung der Maßnahmen
2893/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt ab 01.01.2024 die bis 31.12.2024 befristete Fortführung der Mindeststandard-Maßnahmen zur Betreuung Geflüchteter in folgendem Umfang:

1. *„Verbesserter Betreuungsschlüssel 1:60“ bezüglich der Stellen für Fachkräfte der Sozialarbeit bei den betreuenden sozialen Trägern für bestimmte Einrichtungen (Leichtbauhallen und Standorte mit Kojenunterbringung und Gemeinschaftsverpflegung, soweit diese belegt sind). Aufgrund der derzeitigen hohen Belegung der Einrichtungen ergibt sich ein jährlicher Mehraufwand von 360.000 €.*

2. *Stärkung des Ehrenamtes:*

   2.1. *Finanzierung von Stellen zur Koordination des Ehrenamtes in Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf auf Grund der Lage, Größe oder Ausstattung, soweit diese belegt sind. Nach derzeitigem Stand ergibt dies ab dem Jahr 2024 einen Bedarf von bis zu 3,5 Stellen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit, vergütet nach S 12 TVöD SuE, mit einem jährlichen finanziellen Aufwand von 280.000 €.*

   2.2. *Beibehaltung der mit Ratsbeschluss vom 11.07.2017 im Stellenplan 2018 unbefristet eingerichteten 9 x 0,5 Stellen in A10/EG 9c in den Bürgerämtern in Höhe von 407.133 € zuzüglich jährlicher Tarifkostensteigerungen.*

   2.3. *Finanzierung von 13 x 0,5 Stellen für die Stärkung der standortübergreifenden Betreuung und Steuerung der ehrenamtlich Tätigen mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 538.281 € zuzüglich jährlicher Tarifkostensteigerungen.*

   2.4. *Ausbau und Pflege des digitalen Informationsportals „Wiku“ mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 12.200 € zuzüglich etwaiger Mindestlohnerhöhungen für den aus der Fördersumme anteilig geförderten Minijob.*

   2.5. *Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die administrative Unterstützung von schwerpunktmäßig in der Geflüchtetenarbeit tätigen Vereinen und Initiativen im Umfang von bis zu 10 Wochenstunden in Abhängigkeit der Größe der Initiativen mit jährlichen Aufwendungen von 70.000 € im Haushaltsjahr 2024.*

3. *Medizinische Grundversorgung von Geflüchteten in verschiedenen Unterbringungsressourcen für Geflüchtete:*

   3.1. *Finanzierung von Stellen, angebunden bei den jeweiligen Trägern, zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in großen Einrichtungen (Notaufnahmen/-unterkünften). Nach derzeitigem Stand liegt der Bedarf bei 6 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, P 7 TVöD-P, sowie 1 Stelle Hebamme, EG 10 / P 10 TVöD-P mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von ca. 421.000 € zuzüglich jährlicher Tarifkostensteigerungen.*

   3.2. *Beibehaltung der im Stellenplan 2022 unbefristet eingerichteten 3,0 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, P7 TVöD-P, und 1,0 Stelle Hebamme, Bewertung E10 / P10 TVöD mit jährlichen Aufwendungen in Höhe von 273.666 € zuzüglich jährlicher Tarifkostensteigerungen.*

Die zur Finanzierung benötigten Aufwandsermächtigungen der für die unter 1., 2.1, 2.3-2.5 und 3.1 dargestellten Maßnahmen stehen im HJ 2024 zur Verfügung:

- *im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, für die unter Punkt 1 und 2.1 dargestellten Maßnahmen.*

- *im Teilergebnisplan des Amtes für Integration und Vielfalt in der Produktgruppe 0504 Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, für die unter den Punkten 2.3-2.5 dargestellten*

Maßnahmen. Die Verwaltung wird ermächtigt, bedarfsgerecht Verschiebungen zwischen den einzelnen Positionen vorzunehmen.

- *im Teilergebnisplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, für die unter Punkt 3.1 dargestellte Maßnahme.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.22 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Errichtung eines Wohngebäudes zur Unterbringung Geflüchteter an der Gießener Straße in Köln-Gremberg durch einen Totalunternehmer
0934/2023

Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!! Hier stelle ich den Antrag, wie BV 8 abzustimmen, bitte. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Auch hier sind Sie mir wieder zuvorgekommen. Das hatte ich vor.

(Christian Joisten [SPD]: Okay!)

Dann können wir das auch diesmal so machen. Ich lasse abstimmen wie BV 8. - Nein, ich wollte abstimmen lassen wie Vorlage. Dann muss ich darüber abstimmen lassen, wie wir abstimmen.

Wer dem Antrag von Herrn Joisten, wie BV 8 abzustimmen, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Daher lasse ich jetzt abstimmen wie Vorlage. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

I. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung der Bezirksvertretung 8 (Kalk) vom 23.11.2023 (Anlage11)

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Errichtung eines Wohngebäudes zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung Geflüchteter auf dem städtischen Grundstück
Gießener Str. o. Nr., 51105 Köln-Humboldt/Gremberg, Gemarkung 4972, Flur 34, Flurstücke 1593, 1594, 2030

über einen Totalunternehmer mit einem geschätzten Kostenorientierungswert in Höhe von gesamt rd. 8,3 Mio. €.

Die Planung und Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes. Der Neubau umfasst eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung sowie eine Wärmepumpe und wird unter Berücksichtigung der Vorgaben des Passivhausstandards ausgeführt.

*Für die Umsetzung wird die Verwaltung ermächtigt, eine*n Projektsteuerer*in zu beauftragen, die / der das erforderliche europaweite Ausschreibungsverfahren für den Totalunternehmer vorbereitet und begleitet.*

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungen in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-8-5215 – Neubau Gießener Str. freigegeben.

Die geplante Spielfläche soll angemessen vergrößert und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung mit der Planung und Errichtung von einem Wohngebäude zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung Geflüchteter auf dem städtischen Grundstück Gießener Str. o. Nr., 51105 Köln-Humboldt/Gremberg, Gemarkung 4972, Flur 34, Flurstücke 1593, 1594, 2030 über einen Totalunternehmer mit einem geschätzten Kostenorientierungswert in Höhe von gesamt rd. 8,3 Mio. €.

Die Planung und Umsetzung erfolgt nach den rechtlichen Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes. Der Neubau umfasst eine Photovoltaikanlage, Dach- und Fassadenbegrünung sowie eine Wärmepumpe und wird unter Berücksichtigung der Vorgaben des Passivhausstandards ausgeführt.

*Für die Umsetzung wird die Verwaltung ermächtigt, eine*n Projektsteuerer*in zu beauftragen, die / der das erforderliche europaweite Ausschreibungsverfahren für den Totalunternehmer vorbereitet und begleitet.*

Gleichzeitig werden die investiven Auszahlungen in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan des Amtes für Wohnungswesen in der Produktgruppe 1004 – Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 5620-1004-8-5215 – Neubau Gießener Str. freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Antrag auf Abstimmung in der Fassung der BV 8 (Kalk) von RM Joisten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.23 Zero-Waste-Konzept Köln
1170/2023

Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT
AN/2166/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/2143/2023

Als Erste spricht Frau Schlömer.

Ursula Schlömer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor gut zwei Jahren hat dieser Rat beschlossen, ein Zero-Waste-Konzept zu entwickeln. Inzwischen liegt der Klimaaktionsplan vor, mit dem wir uns nachher noch im Detail befassen werden und den wir hoffentlich auch beschließen werden; ich freue mich jedenfalls darauf. Eines der Handlungsfelder im Klimaaktionsplan trägt die Überschrift „Klimaneutralen Lebensstil und Bildung fördern“. Genau hier gliedert sich das Zero-Waste-Konzept ein. Das bedeutet, dass mit dem Konzept ein ganz konkreter Baustein zügig in die Wege geleitet wird.

Aber was bedeutet „Zero Waste“ eigentlich? Es heißt nicht, dass künftig kein Müll mehr produziert werden soll. Das wäre auch gar nicht möglich. Vielmehr bedeutet es, in allen Lebensbereichen unnötigen Müll zu vermeiden. Wir können noch so viel Müll trennen und recyceln; der beste Müll ist der, der erst gar nicht entsteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Zero-Waste-Konzept ist durchaus ambitioniert und geht deutlich über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Mittel- bis langfristiges Ziel ist eine Reduktion der Siedlungsabfälle um mehr als ein Drittel. Hierbei sind alle Akteur*innen gefordert, die öffentliche Verwaltung genauso wie die Stadtgesellschaft, also jede und jeder Einzelne von uns. Mit dem heutigen Beschluss geben wir den Startschuss zur deutlichen Müllreduktion in Köln. Gehen wir’s an!

Noch kurze Anmerkungen zu den beiden vorliegen Änderungsanträgen:

Der Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT enthält unter anderem eine pauschale Erhöhung aller Gebühren der AWB zum 1. März 2024. Wir haben vorhin unter TOP 6 eine Erhöhung der Abfallgebühren zum 1. Januar 2024 beschlossen.

Eine weitere Erhöhung innerhalb von zwei Monaten sehen wir durchaus kritisch.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Weiterhin gibt es in der Verwaltungsvorlage bereits eine Erläuterung, warum eine Zertifizierung als Zero Waste City zumindest derzeit nicht sinnvoll erscheint.

Zum Änderungsantrag der FDP: Die Maßnahmen ZV.1 - das ist das Zero-Waste-Festival - und BK.4 sind nicht in den Startmaßnahmen enthalten, über die wir jetzt beschließen, sondern stehen im Katalog der weiteren Handlungsansätze, die noch separat beraten und geprüft werden sollen. Das heißt, dass wir die Intention dieses Änderungsantrages noch an anderer Stelle in Ruhe beraten können.

Wir werden daher den beiden Änderungsanträgen nicht zustimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Aengenvoort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 1996 wurde das erste Kreislaufwirtschaftsgesetz beschlossen. Die damalige Umweltministerin hieß Angela Merkel. Sie hat den Grundsatz „Abfallvermeidung vor Abfallverwertung vor Abfallbeseitigung“ in Gesetzesform gegossen.

Diesem Ansatz folgen wir heute auch mit dem Zero-Waste-Konzept. Es geht vor allem darum, Abfall zu vermeiden. Daher halten wir Ansätze wie das Pilotprojekt zum zirkulären Bauen, die Förderung von gemeinnützigen Reparaturwerkstätten und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen für genau den richtigen Ansatz. Uns geht es bei der Umsetzung des Konzepts um verantwortungsvollen Umgang mit unseren Ressourcen.

Die von der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT vorgeschlagenen Änderungen tragen wir auch nicht mit. Die Kollegin hat schon etwas dazu gesagt. Grundlage für eine Gebühr ist immer eine genaue Kostenkalkulation. Man kann die Gebühren nicht einfach pauschal erhöhen. Das wäre gar nicht möglich.

Im FDP-Antrag geht es um die Maßnahmen Zero-Waste-Festival und Zero-Waste-Kunstwettbewerb. Wie ich schon im Umweltausschuss gesagt habe, benötigen wir beides aus meiner Sicht nicht.

Ich glaube, dass wir nicht den nächsten Kunstpreis in dieser Stadt brauchen. Wir haben einen Umweltpreis; wir haben einen Klimapreis. Insofern brauchen wir nicht noch einen Zero-Waste-Kunstpreis.

Beim Zero-Waste-Festival sehe ich es anders als die FDP. Wir sollten mit Informationen dahin gehen, wo Menschen sowieso schon unterwegs sind, und nicht noch ein neues Festival schaffen.

Deswegen bin ich auch inhaltlich der Meinung, dass wir diese Maßnahmen nicht brauchen. Zudem glaube ich, dass dieser Änderungsantrag jetzt auch gar nicht notwendig ist, weil das, wie die Kollegin schon ausgeführt hat, in den erweiterten Maßnahmen enthalten ist, die wir heute hier nicht zur Umsetzung beschließen.

Die Ziele der Reduzierung von Siedlungsabfällen und Restmüllmengen sind meiner Meinung nach richtig gesetzt. Auch das Ziel, Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und für Müllvermeidung zu gewinnen, ist richtig. Es geht nämlich vor allen Dingen darum, Verhalten zu ändern. Wir müssen anfangen, Dinge anders zu machen, als wir sie bislang immer gemacht haben.

Ich habe mir auch die Frage gestellt, was ich anders machen kann. Mir ist etwas eingefallen - das sage ich jetzt nur für mich persönlich -: Wir werden im Jahr 2025 wieder im Wahlkampf stehen. Ich schätze durchaus den sportlichen Wettkampf, den wir uns um die besten Standorte für Wahlplakate liefern. Aber müssen wir so viele Wahlplakate aufhängen, wie wir das in der Vergangenheit immer gemacht haben? Ich sage Nein.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Wahlplakate sind wichtig. Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wer die Kandidaten sind, und das lässt sich über das Wahlplakat vermitteln. Aber dafür müssen nicht Straßenzüge vollplakatiert werden und Wahlplakatsäulen entstehen. Aus diesem Verfahren können wir gemeinsam

aussteigen und weniger Müll produzieren. Wahlplakate haben in der Regel eine Nutzungsdauer von sechs Wochen und werden dann der thermischen Verwertung zugeführt. Es macht Sinn, darauf zu achten, weniger Wahlplakate gezielt aufzuhängen.

Ich werde im Jahr 2025 weniger Wahlplakate aufhängen und lade dazu ein, es genauso zu machen. Ich freue mich auf die Diskussion, damit wir es parteiübergreifend hinbekommen, weniger Wahlplakate aufzuhängen.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Nächste bei mir auf der Rednerliste ist Herr Achtelik. Von der SPD wird das Wort nicht gewünscht? - Von der LINKEN? - Von der FDP? - Ja, bitte. Ich habe ja gefragt.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer wäre nicht gegen eine Reduzierung von Müll? Ich habe schon in der Grundschule im vierten Schuljahr - das war 1981 -

(Zurufe: Oh! - Ui! - Bist du alt!)

Projekte gemacht - da hatten wir Projektgruppen -, wie man Müll vermeiden kann. Das war alles eine spannende Geschichte. Daher bin ich schon seit Kindesbeinen an ein großer Freund von Müllvermeidung.

(Christian Joisten [SPD]: Eigentlich bist du ein Grüner!)

Gleichwohl haben wir als Rat auch eine gewisse Verantwortung. Wir werden nachher an irgendeiner Stelle über den Entsorgungsvertrag mit der AVG sprechen. Einige von uns sind ja im Aufsichtsrat der AVG. Und wir alle wissen, dass die Müllreduzierung das Geschäftsmodell der AVG beeinträchtigt.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

- Nein, das ist nicht Quatsch. Sie sollten es als Aufsichtsratsvorsitzender eigentlich viel besser wissen. Denn wir sind auf bestimmte Mengen an Müll angewiesen.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, sind wir nicht!)

- Herr Kollege, ich schlage vor, dass wir das dann im Aufsichtsrat diskutieren. Vielleicht kann ja auch der Geschäftsführer dazu etwas sagen. Aber ich müsste alles falsch verstanden haben, wenn es anders wäre.

Wenn wir diese große Müllverbrennungsanlage im Kölner Norden weiterhin rentierlich bespielen wollen, brauchen wir Mengen. Und das funktioniert nur eingeschränkt, wenn wir hier die Mengen reduzieren. Um aber die Kessel am Laufen zu halten, müssten wir dann Mengen an Müll importieren - jetzt nicht aus dem Ausland -, und dadurch entstehen wieder Fahrtkosten.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Aus Leverkusen!)

- Aus Leverkusen möglicherweise. Die schalten ihre Anlage ja ab. Daran müssen wir arbeiten.

Ich weise nur darauf hin, weil wir einige Tagesordnungspunkte später genau über diesen Punkt sprechen. Dann haben Sie ja Gelegenheit, Herr Brust, die Dinge hier klarzustellen, falls ich danebenliegen sollte. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Änderungsantrag: Ich kann nicht erkennen, warum wir gebührenfinanziert ein Festival unterstützen sollten. Ganz ehrlich: Die Notwendigkeit dafür kann ich nicht erkennen.

Ich kann natürlich verstehen, dass man sagt: Wir wollen ja jetzt noch keine endgültige Entscheidung treffen; wir können das immer wieder zurückholen. - Aber wir alle wissen, wie das mit dem Zurückholen hier in der Regel läuft. Dann heißt es nämlich am Ende: Die brauchen doch Planungssicherheit. - Das funktioniert also nicht.

Weil wir der Meinung sind, dass wir mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nachhaltig umgehen sollten, wollen wir heute an der Stelle ein Stoppschild setzen, damit dieses Festival nicht stattfindet.

Im Übrigen hatten wir privat finanzierte Festivals unter anderem zu diesem Thema. Ich erinnere an das „Straßenland“, wo es Stände gab, an denen gezeigt wurde, wie man Müll vermeiden kann.

Das muss also nicht durch Steuergelder finanziert werden.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir fehlt auch, ehrlich gesagt, ein bisschen die Fantasie, mir vorzustellen, warum gerade ein Festival, das ja traditionell dazu einlädt, Müll zu produzieren, Reisekosten zu verursachen und CO_2 in die Luft zu blasen, ein Instrument sein sollte, um den Waste zu reduzieren. That doesn't work.

Last, but not least: Kunstwettbewerb. Frau Kollegin Aengenvoort, Sie haben recht. Wir haben wunderbare Kunstwettbewerbe; wir haben Umweltwettbewerbe; wir haben alles. Die Bezirksvertretungen geben viel Geld für Nachhaltigkeitsprojekte; wir geben viel Geld für Nachhaltigkeitsprojekte. Eines weiteren Kunstwettbewerbs bedarf es nicht, schon gar nicht mit Steuermitteln.

Daher meinen wir, dass wir heute ehrlich sein sollten. Deswegen bitten wir, die FDP-Fraktion, Sie, diesen beiden Änderungen zuzustimmen. Sollte das nicht der Fall sein, sehen wir uns, so leid es uns tut, heute veranlasst, uns zu enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

War das eine Wortmeldung zu einer Zwischenfrage, Herr Brust?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben ja den Aufsichtsrat angesprochen. Wenn Sie sich richtig erinnern, wissen Sie, dass wir in der letzten Aufsichtsratssitzung darüber diskutiert haben, was wir machen, wenn die Müllmengen zurückgehen. Das ist durchaus auch ein Ziel der AVG-Geschäftsführung.

(Volker Görzel [FDP]: Ja, genau!)

Dann war die Antwort: Wir werden versuchen, regional zu denken.

(Volker Görzel [FDP]: Ja, vollkommen richtig!)

Unter anderem ist gesagt worden: Die Leverkusener haben ihre Pläne für eine neue MVA eingestellt,

(Volker Görzel [FDP]: Jawohl! Genau!)

und das ist der richtige Ansatz,

(Volker Görzel [FDP]: Ganz genau!)

damit die Leverkusener bei uns mitverbrennen können.

Auch deswegen müssen wir weniger Müll produzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Volker Görzel (FDP): Ganz genau. Und deswegen, Herr Brust, bin ich sehr dankbar, dass Sie die von mir eben aufgestellte These hiermit bestätigen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir nämlich keinen Müll aus Leverkusen, aus Bonn, aus Zülpich, aus Euskirchen, aus Siegen, aus Gummersbach bekommen, wenn der Müll also nicht über die Autobahn hierher gekarrt wird, dann haben wir ein Problem mit unserem Geschäftsmodell. Vielen Dank für die Klarstellung.

(Beifall bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen machen wir einfach noch mehr! - Weiterer Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen - Gegenruf von Volker Görzel [FDP]: Ihr seid doch sonst so für Verkehrsvermeidung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen, die doch noch hier sind, aber dann natürlich zu Hause in großer Zahl! Unsere Herausforderungen stehen auf Seite 3 und 4 der Beschlussvorlage. Dort sind wunderbar eingängige Diagramme, auf denen man sieht: 2019, 2020 und 2021 geht das Müllaufkommen nach oben, und danach geht es nach unten.

Hier haben wir viele Ideen, wie das wirklich geschafft werden kann. Ich freue mich sehr auf die Diskussionen im Ausschuss in den nächsten Wochen, Monaten und vermutlich Jahren, wenn die einzelnen Maßnahmen implementiert sind.

Und daran möchte ich an dieser Stelle noch mal erinnern. Wir beschließen hier einige Sofortmaßnahmen - das ist richtig -, und dann gehen die weiteren Maßnahmen in die Entwicklung und Ausarbeitung. Denn eines ist auch klar: Im bisherigen Programm ist noch kein genauer Pfad, wie wann was erreicht werden kann, sichtbar, sondern das muss noch entwickelt werden.

Deswegen weise ich FDP und KLIMA FREUNDE & GUT hier schon mal darauf hin, dass wir dem auch nicht vorgreifen möchten, sondern das dann im Fachgremium beraten wollen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch mal an das Pilotprojekt der Biotonne erinnern, das ein großer Hebel sein kann. Wenn es denn dann größer ausgerollt wird, ist das ein zentraler Hebel für die Hausmüllvermeidung.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Danke schön.

Lassen Sie mich hier noch kurz das versinnbildlichen, was die FDP gerade vorgeschlagen hat. Wir haben eine Müllverbrennungsanlage, die laufen muss, weil sie dort steht. Und deswegen sollen wir weniger Müll vermeiden? Das ist das, worauf es hinausläuft.

Angenommen, wir regionalisieren nicht, angenommen, alle anderen um uns herum reduzieren auch drastisch ihren Müll: Und dann? Ich stelle mir eine Utopie vor. Wir produzieren alle nur noch 20 Kilo Müll im Jahr. Wenn wir im Jahr 2035 so weit sind, haben wir eine wunderschöne Welt: saubere Gärten, saubere Parks, saubere Straßen.

Und das wollen wir aufgeben, weil wir eine Müllverbrennungsanlage weiterbetreiben wollen?

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe wunderbar die Grundsätze der Ökonomie, und ich verstehe, dass eine Müllverbrennungsanlage ausgelastet sein muss, damit sie wirtschaftlich laufen kann. Das ist für mich vollkommen in Ordnung.

Deswegen bin ich sehr dankbar für die Diskussionen - auch wenn wir nicht im Aufsichtsrat der AVG sitzen, sind sie trotzdem bis zu uns durchgedrungen -, in denen man sich damit beschäftigt, wie das in Zukunft funktionieren kann.

Trotzdem möchte ich sagen: Wenn die Müllverbrennungsanlage mit dem gesamten Müll aus Deutschland irgendwann einmal nicht mehr wirtschaftlich laufen sollte, würde ich mich darüber freuen.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich auch darüber, dass wir heute dieses Zero-Waste-Konzept beschließen - ein Konzept, mit dem wir uns in der nächsten Zeit noch sehr viel beschäftigen wollen. Denn das ist ein ambitioniertes Ziel. Ich hätte es gerne noch ambitionierter. Viele von uns hätten es gerne noch ambitionierter. Aber wir sehen auch, dass wir die Entwicklung realistisch gestalten müssen. Ich freue mich darauf, mit euch allen daran weiterzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Feuser das Wort.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Ich bleibe mal wieder an meinem Platz stehen. - Herr Görzel hat schon 1981 gelernt, dass er Müll vermeiden soll. Damit wird er sicherlich nicht der Einzige gewesen sein. Genützt hat es aber nichts.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Deswegen kann die Kollegin von der CDU gerne weniger Wahlplakate aufhängen. Es ist wunderbar, wenn jeder und jede Einzelne sein und ihr Verhalten ändert. Aber auch das wird nichts nützen. Denn entscheidend ist hier ein systemischer Wandel. Es muss den Menschen möglich gemacht werden, sich nachhaltig, in diesem Fall müllvermeidend, zu verhalten.

Deswegen ist ein umfassendes Zero-Waste-Konzept der richtige Ansatz, den wir hier begrüßen.

Ich würde von Herrn Görzel - vielleicht gibt es nachher die Gelegenheit dazu - auch gerne einmal die Rechnung sehen, in welchem Verhältnis die Emissionen für den Transport aus Bonn oder Leverkusen - ziemlich weit weg, habe ich gehört - zu den durch einen Haufen nicht produzierten Mülls eingesparten Emissionen stehen.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

So viel dazu.

Nun zu unserem Änderungsantrag: Er ist jetzt in Teilen schon kritisiert worden. Aber Herr Achtelik hat ja gesagt: Wir hätten uns das noch ambitionierter gewünscht. - Wir hätten uns das natürlich auch noch ein bisschen ambitionierter gewünscht. Und vor allen Dingen: Die Initiative Zero Waste Köln, die wirklich fantastische Arbeit in dieser Stadt leistet, hätte sich das auch noch ein bisschen ambitionierter gewünscht.

Mit denen haben wir auf dieses Konzept geschaut und haben gehört, was sie vorschlagen würden, was noch besser sein könnte. Das haben wir in diesen Änderungsantrag einfließen lassen. Es geht hier teilweise einfach um Schärfung und um Konkretisierung.

Ganz besonders hervorheben möchte ich aber noch mal die Zertifizierung, die wir für sinnvoll und wichtig halten. Um wirklich deutlich zu machen, wie ambitioniert und ernst gemeint das ist, sind wir sehr dafür, diese Zertifizierung tatsächlich anzustreben. - Vielen Dank.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein mit einem Geschäftsordnungsantrag.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Nur ein ganz kleiner, bevor es in die Abstimmung geht. Wir möchten bei dem Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT getrennte Abstimmung beantragen und bitten um separate Abstimmung des Punktes 7. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. - Dann schlage ich Ihnen folgende Abstimmungsreihenfolge vor: Erst stimmen wir über Punkt 7 des Änderungsantrags von KLIMA FREUNDE & GUT und dann über den gesamten Antrag ab. Danach lasse ich über den Änderungsantrag der FDP und dann über die Vorlage abstimmen.

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir bei der Vorlage - ich weiß ja nicht, welche Diskussionen vorausgegangen sind; aber wenn wir uns die Vorlage richtig angucken, ist es so - nur über Sofortmaßnahmen abstimmen. Vielleicht hat man alle möglichen Ideen entwickelt. Aber darüber wird heute nicht abgestimmt, sondern wir stimmen nur über die Sofortmaßnahmen ab, die im Beschluss aufgerufen sind.

Ich lasse jetzt zunächst über die Ziffer 7 des Änderungsantrages von KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen. Wer ihr zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT stimmt natürlich für ihren eigenen Punkt 7. Gibt es Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Dann ist das nicht beschlossen.

Was heißt das dann für die Abstimmung insgesamt? Da ist es wieder drin. Wenn diese Ziffer beschlossen worden wäre, wäre es ja raus. Aber bevor wir über die gesamte Vorlage abstimmen, kommt erst noch die Abstimmung über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT als Ganzes.

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE & GUT]: Minus Punkt 7!

- Minus Punkt 7, ganz genau; den wollte fast niemand, sodass er nicht beschlossen wurde. - Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Änderungsantrag? - Fast alle. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer wünscht dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Dann ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Der FDP und der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.24 Baubeschluss zum Ersatzneubau Brücke Escher Straße in Köln Nippes/Bilderstöckchen
1806/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit dem Ersatzneubau der Brücke Escher Straße als Blockträgerbrücke mit 4,00 m Breite gemäß der beigefügten Planung mit Gesamtkosten in Höhe von rund 3.120.800 € brutto (inkl. Planungskosten).

Der Rat beschließt außerdem die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.067.129 € im Haushaltsjahr 2024 zu Lasten des Haushaltsjahres 2025 im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen,

Finanzstelle 6901-1202-5-0650, Ersatzneubau Brücke Escher Straße.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Nippes und der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün der Vorlage uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

I. Abstimmung über Ziffer 7 des Änderungsantrages der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT

Beschluss:

7. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erhöhung aller Gebühren der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln um 1% zum 01.03.2024. Die somit erlösten Mehreinnahmen fließen zu 100% in die Umsetzung des Zero Waste-Konzepts. Die dadurch generierten Mehreinnahmen stellen das zukünftige Minimalbudget zur Umsetzung des Zero Waste-Konzepts dar.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung den Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT ohne Ziffer 7

Beschluss:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert (alle Änderungen fett):

Punkt 2 wird geändert in

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Handlungsprogramm des Zero Waste-Konzepts zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung aller dargestellten Startmaßnahmen im Jahr 2024.

Punkt 4 wird geändert in

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Ausarbeitung von mindestens acht weiteren Maßnahmen (Abschnitt 8 aus dem Zero Waste-Konzept) pro Jahr.

Punkt 5 wird geändert in

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die weiteren Maßnahmen nach erfolgter Ausarbeitung den zuständigen Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt werden.

<u>Zudem wird die Vorlage ergänzt um:</u>

6. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass bis spätestens Ende 2025 eine Zertifizierung der Stadt Köln als Zero Waste City bei Zero Waste Europe bzw. Mission Zero Academy sowie eine Unterzeichnung des Green City Accord erfolgt.

8. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass weitere Maßnahmen als Startmaßnahmen für das Jahr 2024 ergänzt werden:

Bereits vorhandene Maßnahmen:

- *EV.1: Nachhaltige Ausrichtung der Kölner Sportveranstaltungen*
- *EV.2: Nachhaltige Ausrichtung des Kölner Karnevals*
- *EV.3: Entwicklung von Zero Waste-Konzepten für Veranstaltungen*

Weitere Maßnahmen aus Anhang 3 des Zero Waste-Konzepts:

- *Einrichtung von Jeans-Sammelstellen*

Zusätzliche Maßnahmen:

- *Einrichtung von öffentlichen Wurmkompostern*
- *Institutionelle Förderung des KRAKE e.V.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke und der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

III. Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Änderung:

Die Maßnahmen ZV.1 (Ausrichtung eines regelmäßigen Zero-Waste-Festivals) und BK.4 (Ausrichtung eines Zero-Waste-Kunstwettbewerbs) werden nicht aus Gebühren finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

IV. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln befürwortet die Ziele des Zero-Waste-Konzepts.*
2. *Der Rat der Stadt Köln nimmt das Handlungsprogramm des Zero Waste-Konzepts zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Startmaßnahmen.*
3. *Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf für die beginnende Umsetzung der Startmaßnahmen für 2024 in Höhe von 200.000 € an.*
4. *Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung und Ausarbeitung der weiteren Handlungsansätze aus dem Handlungsprogramm.*
5. *Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die weiteren Handlungsansätze nach erfolgter Prüfung und Ausarbeitung den zuständigen Ratsgremien zur Entscheidung vorgelegt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Faktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.25 Aktionsplan Klimaschutz
2243/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/2149/2023

Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT
AN/2160/2023

Hier kommt Frau Abé ans Rednerpult.

Denise Abé (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! Köln wird bis 2035 klimaneutral. Diesem Ziel sind wir mit

dem vorliegenden Aktionsplan näher als je zuvor. Die Klimaneutralität bis 2035 als gesamtstädtisches Ziel zu verankern, war einer der ersten wegweisenden Beschlüsse in dieser Wahlperiode.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem Gutachten zur Klimaneutralität haben wir ziemlich genau vor einem Jahr dargelegt bekommen, dass das Ziel erreichbar ist. Dem Commitment folgen nun konkrete Handlungsanweisungen. Mit dem Aktionsplan sind wir vielen anderen Kommunen einen Schritt voraus. Die Stadt ist bereit, in Aktion zu gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der Klimakonferenz in Dubai diskutiert die Weltpolitik gerade darüber, ob wir es global ernst meinen mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien.

In Deutschland kippt die gesellschaftliche Stimmung von Tag zu Tag ein bisschen mehr. Finanzielle und soziale Ängste sind größer als die Angst vor der Klimakrise. Das kann ich verstehen.

Nichtsdestotrotz liegt es in unserer politischen Verantwortung, die Krise zu stoppen. Auch wenn die Folgen für viele noch nicht sichtbar genug sind, zeigen uns Extremwetter und Naturkatastrophen bereits heute: Die Krise ist existent. Ich will mir die massiven sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen der Klimakrise gar nicht ausmalen.

Klimaschutz ist sozial. Liebe LINKE, daher halte ich den Punkt 8 Ihres Antrags für selbstverständlich und es für unnötig, das noch zu beschließen.

Im globalen Kontext scheinen die Kölner Maßnahmen und Einsparmöglichkeiten nur marginal zu sein. Aber es ist unsere kommunale Verantwortung, unseren - für mich auch nicht unbedeutenden - Beitrag zur Klimawende zu leisten und da anzupacken, wo es möglich ist. Die Klimakrise stoppen wir nur gemeinsam.

Ich möchte in diesem Kontext auf Kritik eingehen. Ja, der Aktionsplan könnte noch ambitionierter sein. Aber wir können nur da ansetzen, wo wir es als Kommune direkt beeinflussen können. Alles Weitere kann nur über Anreize geschehen. Die Stadt kann - so schön es auch wäre - weder den globalen Flugverkehr noch weltweit agierende Unternehmen steuern. Der Aktionsplan setzt dort an, wo unser Einflussbereich liegt. Auch auf die Beteiligungen können wir nur hinwirken.

Ich finde den strategischen Aufbau und die Aufteilung in die verschiedenen Einflussbereiche und Handlungsfelder genau richtig. Es wird deutlich, was bereits auf den Weg gebracht wurde und welche Maßnahmen darüber hinaus möglich sind.

Sicherlich gibt es beim Treibhausgaseinsparpotenzial noch Luft nach oben. Es sind aber nur Annäherungswerte. Viele Einsparungen sind noch nicht bezifferbar, und der Verkehrsbereich ist im Hinblick auf den kommenden nachhaltigen Mobilitätsplan noch weitestgehend ausgeklammert.

Wir müssen uns genau anschauen, was realistisch in der Gesamtverwaltung umsetzbar ist.

Ich finde es eine koordinatorische Meisterleistung der Koordinationsstelle Klimaschutz. Sie hat ein Jahr lang in bestimmt nicht immer einfachen Gesprächen mit allen Ämtern und Beteiligungen um Maßnahmen gerungen. Hier hat die Koordinationsstelle genau das getan, was ihre Aufgabe ist, nämlich koordiniert. Denn Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe.

Wir sollten nun nicht im Klein-Klein verharren, sondern den Aktionsplan als das annehmen, was er ist: ein operativer Rahmen.

Nun, wie von der LINKEN vorgeschlagen, eine erweiterte Fassung des Aktionsplans zu erarbeiten, halte ich für komplett absurd. Wir müssen doch jetzt endlich mal beginnen und nicht auf den nächsten Plan warten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Der Aktionsplan ist kein abgeschlossenes Dokument. Das Monitoring ist bereits auf den Weg gebracht, und es wird permanent die Möglichkeit bestehen, die Fortschritte einzusehen. Das Ganze jetzt noch mal anders aufzustellen, ist für den weiteren Prozess nicht förderlich.

Der Aktionsplan wird fortgeschrieben und immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Hier setzt auch der Beschluss des Klima- und Umweltausschusses an. Wir wollen das Vorhaben noch mal unterstützen und beschleunigen.

Die uns vorliegenden Änderungsanträge sind daher entweder zu kleinteilig, halten den Prozess

auf oder sind obsolet, weil es bereits so getan wird. Daher können wir ihnen nicht zustimmen.

Liebe Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT, die teilweise durchaus interessanten Aspekte aus Ihrem Antrag, zum Beispiel die Bilanzierung nach GPC und die Suffizienzstrategie, werden meines Wissens bereits von der Koordinationsstelle im weiteren Prozess mitgedacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn meiner Rede habe ich die finanziellen Sorgen in der Gesellschaft angesprochen. Wenn ich auf die Diskussionen auf Bundesebene blicke, macht mir das als Kommunalpolitikerin im Hinblick auf den kommenden Haushalt große Sorgen. Wir werden im Gesamthaushalt Prioritäten setzen müssen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben es in Ihrem Brief an uns geschrieben.

(Die Rednerin hält ein DIN-A4-Blatt hoch)

Das Abwenden der Klimakrise hat Priorität.

Daher appelliere ich an die Verwaltung und an uns, den Punkt 5 der Beschlussvorlage ernst zu nehmen und die Finanzierung der Maßnahmen ab 2025 sicherzustellen. Die Verantwortung obliegt nicht der Koordinationsstelle Klimaschutz allein.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in Aktion gehen und unseren Willensbekundungen Taten folgen lassen. Der hier vorliegende Beschluss ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Nun brauchen wir sichtbare Ergebnisse. Ich möchte 2025 erste Resultate, zum Beispiel auf den Dächern unserer städtischen Gebäude, sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stimmen diesem so wichtigen Aktionsplan in der vom AKUG ergänzten Form zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Aengenvoort das Wort.

Constanze Aengenvoort (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor einem Jahr haben wir das Gutachten „Köln klimaneutral 2035“ beschlossen. Und wo stehen wir jetzt? Gerade in dem Moment, in dem der Maßnahmenplan fertig ist, stehen die Fördergelder auf der Kippe.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Großwärmepumpe der RheinEnergie. Bei einem Gesamtinvestitionsbedarf von 180 Millionen Euro sind Fördermittel in Höhe von 40 Millionen Euro für die Umsetzung erforderlich. Ohne die Großwärmepumpe würde ein wichtiger Bestandteil in der kommunalen Wärmeplanung fehlen. Aber jetzt hat sich herausgestellt, dass die RheinEnergie den Fördermittelantrag gar nicht mehr in das entsprechende Portal hochladen kann. Und genau das ist das größte Risiko für die Umsetzung des Maßnahmenplans: das Ausbleiben von erforderlichen Fördermitteln.

Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung, zügig solide Lösungen zu finden, wie der Klima- und Transformationsfonds ersetzt werden kann. Wir brauchen eine seriöse Basis für die Planung von Fördermitteln.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem vorgelegten Maßnahmenplan, mit dem die Stadt und die Beteiligungen aufzeigen, wie ihr Beitrag zur Klimaneutralität 2035 gelingen kann, sind wir auf dem richtigen Weg. Die Umsetzung der Maßnahmen wird uns einen großen Schritt weiterbringen.

Aber die Maßnahmen kosten auch viel Geld. Das Gutachten hat einen Gesamtinvestitionsbedarf von 41,6 Milliarden Euro ausgewiesen, um die 9 Millionen Tonnen CO_2 hin zur Klimaneutralität einzusparen. Stadtverwaltung und städtische Beteiligungen werden bei Umsetzung der Maßnahmen 1,14 Millionen Tonnen CO_2 einsparen. Auch dafür sind hohe Investitionen erforderlich. Teilweise sind sie noch gar nicht beziffert.

Umso wichtiger ist es uns, dass wir auf die CO_2-Vermeidungskosten achten, ganz bewusst aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, um staatliche Fördermittel bestmöglich einzusetzen.

Wir wollen - daher haben wir den entsprechenden Änderungsantrag im Umweltausschuss eingebracht -, dass wir unser Geld prioritär für die Maßnahmen einsetzen, mit denen wir möglichst effizient CO_2 reduzieren.

Basis dafür ist, dass alle notwendigen Steuerungsinformationen vorliegen. Wir möchten, dass dies bereits im Jahr 2025 der Fall ist und nicht, wie ursprünglich geplant, im Jahr 2030.

Jetzt nehmen zwei Änderungsanträge auch Bezug auf die Aussage, dass die Maßnahmen mit Priorität umgesetzt werden sollen. Einmal soll „mit Priorität“ gestrichen werden, und einmal soll die Priorität durch das Einfügen von „hoher“ betont werden.

Wir möchten bei der vorhandenen Formulierung bleiben, aber durch eine bessere Bereitstellung von Daten die Verwaltung in die Lage versetzen, die Priorität vernünftig bewerten zu können. Aus meiner Sicht ist in der Tat die Ausgangsbasis, dass man eine vernünftige Datenbasis hat, damit man wirklich steuern kann und entscheiden kann, welche Maßnahmen die effizientesten sind.

Der unterschiedliche Reifegrad der Maßnahmen zeigt, dass einige Dienststellen noch Aufgaben nachholen müssen. Sie dabei zu unterstützen und die Konkretisierungen einzufordern, ist Aufgabe der Stabsstelle Klimaschutz.

An dieser Stelle sage ich auch vielen Dank für die Erarbeitung des Maßnahmenplans, der sich aus meiner Sicht wirklich gut lesen lässt.

Schließlich müssen wir auch die sozialen Auswirkungen der Klimamaßnahmen im Blick behalten. Die Mitte der Gesellschaft muss hinter den Maßnahmen stehen, damit wir die Anstrengungen bis 2035 durchhalten. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht durch finanzielle Belastungen und sonstige Einschränkungen überfordert werden. Fortschritte werden wir nur erzielen, wenn wir Klimaschutz, Finanzen und soziale Aspekte gleichermaßen im Blick behalten.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion hält am Ziel der Klimaneutralität 2035 fest. Wir sind mit dem Maßnahmenplan, den wir heute beschließen, auf dem Weg dorthin. Wir arbeiten trotz der unklaren Fördermittelsituation stetig und beharrlich an der Verbesserung der städtischen Klimabilanz - ab heute konkret mit dem Maßnahmenplan.

(Beifall bei der CDU und Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Aktionsplan, über den wir heute hier beraten, geht auf ein Gutachten - es ist schon erwähnt worden - aus dem vergangenen Jahr zurück, welches bestätigt, dass ein Erreichen der Klimaschutzziele grundsätzlich möglich ist, was ja eine sehr gute Nachricht für uns war.

Als SPD hätten wir uns allerdings gewünscht, dass wir mit der Festsetzung unserer eigenen städtischen Ziele und vor allen Dingen auch mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen schon weiter wären.

Ein konkretes Beispiel ist die Umsetzung des 100-Dächer-Programms für Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden, bei dem wir mit gerade mal einer Handvoll Anlagen in der konkreten Umsetzung sind, und das bei den vielen Dächern, die wir allein bei Schulen und ähnlichen Gebäuden in dieser Stadt haben. Das ist für dieses Jahr eine eigentlich nicht hinnehmbare Bilanz. Ich hoffe, dass sich jetzt sehr schnell etwas daran ändert.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns also vor allen Dingen mehr Ambitionen und mehr Schnelligkeit gewünscht. Deshalb, Herr Wolfgramm, haben wir auch Ihrem Wunsch entsprochen, jetzt in einem Turbo diese Beratungen zu begleiten und heute eine Abstimmung hier im Rat möglich zu machen, ohne durch Beratungsbedarf oder Ähnliches aufzuhalten, auch wenn es ein durchaus umfangreiches Konzept war. Aber wir haben es geschafft und können heute hier auch diesem Aktionsplan vollumfänglich zustimmen.

Der vorliegende Aktionsplan ist in der Sache nämlich richtig. Fachliche Inhalte können von niemandem ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Sie sind ganz klar Stand der aktuellen Forschung.

Wir müssen jetzt sicherstellen, dass über den laufenden Haushalt hinaus vor allen Dingen ausreichend Finanzmittel hinterlegt werden, die den Risiken bei der Bundes- und Landesförderung - es ist schon angesprochen worden - begegnen. Im Zweifelsfall müssen wir hier in Köln auch noch mal eigene Prioritäten setzen, so hart das ist. Denn es muss etwas getan werden. Es muss sich etwas

ändern. Klimaschutz ist eines der herausragenden Ziele und einer der herausragenden Punkte der Zukunft.

Abschließend: Mit den nun vorliegenden konkreten Maßnahmen haben auch wir als Politik endlich ein Instrument in der Hand - auch das sei an dieser Stelle gesagt -, mit dem wir dann den Umsetzungsfortschritt bei der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele tatsächlich nachvollziehen können. Und seien Sie sicher, Herr Wolfgramm: Dieses Instrument werden wir nutzen und da auch sehr genau hinschauen. Wir werden Sie daran messen und uns alle daran messen, was mit diesen Schritten, die hier erläutert bzw. dargestellt sind, passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe noch kurz auf die Änderungsanträge ein.

Den Änderungsantrag der LINKEN können wir als SPD vollumfänglich mittragen, weil uns vor allen Dingen die soziale Komponente, die darin noch einmal betont ist, besonders wichtig ist. Denn - auch das ist eben schon richtig gesagt worden - Ökologie, Klimaschutz und Soziales müssen hier Hand in Hand gehen. Es kommt nämlich darauf an, dass sich alle Menschen und alle Haushalte auch tatsächlich leisten können, bei der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen ihren Beitrag zu leisten.

Den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT lehnen wir ab, weil es uns nicht sinnvoll erscheint, so kurzfristig jetzt noch mit einem Blumenstrauß bunter Ideen, in dem mit Sicherheit auch sinnvolle Dinge enthalten sein mögen, um die Ecke zu biegen und diesen Aktionsplan damit eigentlich noch mal aufzuschnüren.

Deswegen sind wir heute dabei, diesem Aktionsplan so, wie er vorliegt, zuzustimmen. Wie gesagt, stimmen wir dem Änderungsantrag der LINKEN auch zu; mal gucken, ob er eine Mehrheit bekommt. Aber wir sind natürlich auch bei dem, was danach zur Abstimmung steht, dabei.

Lassen Sie uns nun gemeinsam für mehr Klimaschutz, und zwar sozialverträglichen Klimaschutz, in Köln arbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Da hinten gibt es eine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Joisten, gestatten Sie eine Frage? Sie haben richtigerweise gesagt, dass Photovoltaik auf Dächer gebracht werden sollte. Ihnen ist aber sicher bewusst, nehme ich an, dass nur sanierte Dächer sich dafür eignen. Ist Ihnen denn bewusst, dass es die SPD war, die SPD-geführte Stadtregierung hier, die es über Jahrzehnte zugelassen hat, dass die Schulen in einem erbarmungswürdigen Zustand sind,

(Zuruf von der SPD: Haben Sie doch mal Erbarmen mit uns!)

sodass viele Dächer überhaupt nicht für das Anbringen von PV geeignet sind?

Christian Joisten (SPD): Herr Boyens, weil wir hier über einen Aktionsplan für die Zukunft sprechen, beschäftige ich mich jetzt nicht mit der Vergangenheit, sondern mit dem, was wir gemeinsam tun wollen, damit wir unser Klimaziel 2035 erreichen. Und dafür wollen wir heute als Sozialdemokraten streiten und kämpfen und die Voraussetzungen schaffen. Mehr ist dazu nicht zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Röhrig hat jetzt das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Rat! Liebe Zuschauer! Es ist gut, dass wir das Thema Klimaaktionsplan genau während der Weltklimakonferenz auf der Tagesordnung haben, während in Berlin die Regierung nicht mehr wirklich weiß, wie es vorangehen soll.

Es ist schlecht, dass sich die Stadtverwaltung beim Erstellen derart beeilt hat, dass wichtige Sachen fehlen. Darum ist auch unser Änderungsantrag ein Beitrag, wichtige Ergänzungen in den Aktionsplan einzubringen.

Solange viele von Ihnen und aus meiner Generation glauben, dass die Bedrohungen des

Klimawandels höchstens darin bestehen, dass der Meeresspiegel in den nächsten 80 Jahren um 35 Zentimeter steigt, ein paar Gletscher schmelzen, einige Inseln im Meer untergehen, wahrscheinlich die Eisbären aussterben und es im Sommer mal ein paar Hitzetage mehr gibt, so lange werden wir mit unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen durchkommen.

Wenn wir dann aber auch noch in unserer Fortschrittsgläubigkeit davon ausgehen, dass wir das alles technisch geregelt bekommen, dann ist es einfach zu spät.

3 Grad Erderwärmung - und auf die steuern wir gerade zu - bedeuten nicht nur für uns hier im Schnitt 6 Grad mehr, sondern werden zu einer Radikalisierung der Wetterereignisse führen.

Und wer wird global, aber auch kommunal am meisten darunter leiden? Die Menschen, die sich keine Klimaanlagen, keinen Pool und kein sicheres Dach über dem Kopf leisten können.

Und um mal vom menschenzentrierten Weltbild abzuschweifen: Unsere Mitlebewesen können sich gar nicht wehren. Weder eine Koralle - dazu gab es gestern sogar noch einen Bericht im Fernsehen - noch ein Baum könnte in andere Länder flüchten. Ihnen bleibt das Aussterben.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE] und Lukas Lorenz [SPD])

Darum ist echter Klimaschutz reale Sozialpolitik. Aber die Armen müssen sich das auch erlauben können und dürfen nicht zurückgelassen werden. Wer sich sozial nennt, muss Klimaschutz betreiben, und wer Klimaschutz betreibt, muss das Soziale immer mitdenken. Dafür appelliere ich.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Stadt müssen wir auch mitdenken, dass bei unseren Maßnahmen auch die Betriebe mitmachen müssen, an denen wir beteiligt sind. Im vorliegenden Plan wird nicht erwähnt, was zum Beispiel die Sozial-Betriebe der Stadt Köln, die städtischen Krankenhäuser oder die KölnBäder zum Klimaschutz beitragen. Auch die GAG wird bei Weitem nicht in dem Umfang erwähnt, in dem sie tatsächlich tätig ist.

Wir müssen aber lernen, hier aufs Ganze zu blicken. Kein Mensch und keine Stadtverwaltung sind für sich allein. Effektiv wird es erst in der abgestimmten Zusammenarbeit.

Wir erwarten von der Verwaltung und von den städtischen Beteiligungen bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Zwischenzielen die gesamtstädtische Klimaneutralität bis 2035 erreicht werden soll.

Und seien wir doch bitte ehrlich zu uns selbst und gegenüber der Öffentlichkeit: Der vorliegende Aktionsplan reicht bei Weitem nicht aus, das gesteckte Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, selbst wenn der bisher fehlende Verkehrsteil noch so ambitioniert ausfallen sollte.

Lassen Sie mich zum Schluss mit einem Blick auf die Ergebnisse der letzten PISA-Studie noch anmerken: Sorgen wir dafür, dass die jungen Menschen wieder einen Grund haben, zu lernen. Warum sollte man Wissenschaftlerin werden, wenn einem niemand glauben will? Warum sollte man ein Handwerk lernen, wenn die Arbeit nicht wertgeschätzt wird? Warum sollte man eine Familie gründen, wenn die Zukunft versaut wird? Geben wir uns endlich mehr Mühe mit dem Klimaschutz! - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Achtelik.

(Volker Görzel [FDP]: Was ist mit der FDP?)

- Ach so. Von der FDP ist niemand angemeldet. Aber gerne, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Herrn Achtelik immer gerne Gelegenheit, dann entsprechend erwidern zu können. - Erst einmal geht ein ganz großes Kompliment an die Verwaltung für dieses Konzept, Herr Wolfgramm. Wir haben ja in der Vergangenheit an unterschiedlichen Stellen immer wieder über Masterpläne diskutiert. Ich weiß gar nicht, wie viele Masterpläne in Köln offen sind. Aber das hier hätte, wenn es nicht so negativ belastet wäre, schon die Überschrift „Masterplan“ verdient. Ganz großes Kompliment!

Es ist sicherlich keine einfache Aufgabe, hier als Querschnitt zum einen die Verwaltung, also den

direkten Einflussbereich, und zum anderen die Beteiligungsgesellschaften, also den indirekten Einflussbereich, so genau unter die Lupe zu nehmen, um die Potenziale zu definieren. Das war ganz große Klasse. Vielen Dank dafür.

Auf der anderen Seite - es ist auch bei der Vorrednerin angeklungen - sind natürlich die Ergebnisse, die hier präsentiert werden, eine einzige Enttäuschung. Wenn die vielen Maßnahmen, die in dem Aktionsplan der Verwaltung, also in der Anlage 3, beschrieben sind, tatsächlich nur dazu führen, dass 3 Prozent eingespart werden können, dann ist das ebenso traurig wie ernüchternd.

Ich mache Ihnen persönlich keinen Vorwurf, Herr Wolfgramm. Aber auf Kölsch: Wenn wir uns den Uffriss antun, um am Ende 3 Prozent und mit den Beteiligungsgesellschaften 12 Prozent zu sparen, dann ist das sehr traurig.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, dann fahren wir besser weiter Auto!)

- Ja, Frau Martin, vielen Dank für die zustimmenden Worte.

Wenn ich mir den Maßnahmenkatalog anschaue, muss ich auch feststellen, dass darin einige Maßnahmen enthalten sind, die zwar heute teilweise verabschiedet wurden, aber bei denen ich Ihnen jetzt schon sage: Das sind alles große Fragezeichen.

So steht darin „Stadtbahnausbau“ und dahinter „derzeit nicht quantifizierbar“ - keine weiteren Angaben möglich, nicht quantifizierbar, nichts, Fragezeichen, N. N. Was kaufen wir denn hier für eine Katze im Sack?

Der Ausbau des ÖPNV ist doch das Allheilmittel, das immer apostrophiert wird. Es vergeht doch keine Ratssitzung, in der wir nicht sagen, dass der ÖPNV ausgebaut werden muss.

Und obwohl wir das alles planen, werden nur 3 Prozent erreicht. Das ist ernüchternd. Das ist traurig.

Darin steht tatsächlich, dass das Anwohnerparken verteuert und verknappt werden muss. Wir haben ja gerade schon einen kleinen Vorgeschmack auf diese Diskussion bekommen.

Darin steht tatsächlich etwas zur kommunalen Wärmeplanung. Lieber Kollege Brust, Sie können ja gerne noch mal aus dem Aufsichtsrat, einem vertraulichen Gremium, zitieren. Aber es ist öffentlich bekannt, dass die AVG ein wesentlicher Player in der kommunalen Wärmeplanung ist. Sie versorgt 25 Prozent der Kölnerinnen und Kölner mit Strom durch das Verbrennen des Zero-Waste-Mülls.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen braucht man mehr Müll? - Zuruf von Inga Feuser [KLIMA FREUNDE & GUT])

Ihr merkt also, liebe Kolleginnen und Kollegen - - Ja, es ist alles kein Witz. Wir sind hier ja nicht bei „Wünsch dir was“. Wir stehen hier in der Verantwortung. Frau Feuser, auch Sie stehen in der Verantwortung. Wir können nicht auf der einen Seite sagen: „Ja, wir wollen kommunale Wärmeplanung; wir wollen Fernwärme im Kölner Norden, in Chorweiler, in Nippes“, aber gleichzeitig die AVG stilllegen. That doesn’t work.

Vor diesem Hintergrund halte ich fest: Lieber Herr Dezernent Wolfgramm, die FDP-Fraktion anerkennt und wertschätzt Ihre Mühen und Ihre Arbeit. Wir freuen uns, dass Sie hier ein strukturiertes, durchdachtes Konzept geliefert haben. À la bonne heure! Aber das Ergebnis überzeugt nicht. Der Inhalt ist eine Enttäuschung, sowohl von der Quantität - 3 Prozent - als auch von den vorgeschlagenen Maßnahmen her.

(Zuruf von Hans Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Deswegen können wir heute dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen. Wir werden uns hier guten Gewissens und reinen Herzens enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Achtelik, bitte.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen zu Hause! Ich bin stolz. Wir haben einen Plan. Wir setzen um. Das tun wir als Kommune.

Heute Morgen bin ich von der Weltklimakonferenz zurückgekommen. Dort habe ich mich im Namen

der europäischen Kommunen und Regionen gemeinsam mit vielen anderen lokalen Mandatsträger*innen aus der ganzen Welt dafür eingesetzt, dass wir als Kommunen einen Platz am Verhandlungstisch bekommen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Denn wir setzen hier das um, was auf anderen Ebenen beschlossen wird. Frau Aengenvoort hat es eben schon gut dargestellt. Wir hier in der Kommune setzen das um, haben aber oft gar nicht die entsprechenden Möglichkeiten, wie man jetzt an den Herausforderungen sieht, die entstehen, wenn Mittel aus dem Klima- und Transformationsfonds eingedampft werden. Wir hoffen alle, dass dafür eine gute Lösung gefunden wird.

Wir in Köln haben ein Etappenziel. Wir haben einen Plan. Darauf bin ich stolz.

Aber - und da stimme ich Herrn Görzel zu, ganz überraschend - ich bin auch enttäuscht, weil das, was wir hier formuliert haben, noch nicht ausreicht - aber aus anderen Gründen, als Herr Görzel gerade genannt hat. Ich dachte, der Auftrag wäre klar gewesen: einen Plan aufzustellen, wie wir 2035 null erreichen. Ihr seht die Zahl null momentan sehr viel im Stadtbild; das freut mich sehr.

> Die Verwaltung wird, …, einen Maßnahmenplan zur Erreichung des Klimaziels der Stadtverwaltung, ihrer Beteiligungsgesellschaften sowie unter Einbezug möglichst vieler weiterer THG-Emittent*innen erarbeiten.

Das war unser aller Beschluss. Nein, „unser aller“ stimmt nicht ganz. Liebe SPD, wenn ich mich recht erinnere, habt ihr damals nicht zugestimmt. Euer Drängen heute ist also sehr löblich, aber nur halb glaubwürdig.

Ich bin enttäuscht darüber, dass noch nicht alle Maßnahmen der Verwaltung enthalten sind. Dass wir der Industrie hier keine Vorgaben machen, ist völlig klar. Wir können mit einem Maßnahmenplan auch nicht auf null kommen. Das haben wir alle aus dem Gutachten, denke ich, längst verstanden, und das habe ich hier auch schon selber mehrmals gesagt.

Der Prozess für diesen Maßnahmenplan ist also noch nicht abgeschlossen. Das ist auch klar. Es geht aus der Vorlage auch hervor.

Ich möchte hier noch mal alle einzelnen Dezernentinnen und Dezernenten genau anschauen. Denn die Koordinationsstelle Klimaschutz koordiniert, und Sie und Ihre Einheiten müssen alle entsprechend liefern. Das ist auch der wichtige Punkt beim Monitoring, das uns als Voltfraktion immer sehr wichtig ist. Wir müssen wissen, wohin es geht und mit welcher Geschwindigkeit es dahin geht. Dass wir erst 2030 die Daten vorliegen haben, kann nicht sein. Das muss schneller gehen. Und wir haben alle den Aktionsplan gesehen. Einige Löcher darin sind doch mehr als fraglich, weil es da noch um die Datenbereitstellung seitens der Verwaltung geht. Daher ist der Appell an alle Einheiten der Verwaltung: Bitte arbeitet hier mit. Bitte stellt die Daten bereit, damit wir sehen, wo wir stehen und wie wir weiterkommen.

Zum Änderungsantrag der LINKEN: Ihr wünscht euch, dass ein neuer Plan erarbeitet wird. Ich möchte kein weiteres Papier produzieren. Wir nehmen die Änderungen im Laufe des Monitorings vor. Das halte ich für ein sehr cleveres Vorgehen. Im Rahmen dieses Monitorings wird der Plan weiterentwickelt.

Zum Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT: Deswegen möchte ich auch bei der BISKO-Bilanz bleiben. Jetzt wird es wieder etwas technisch. Wir haben uns eben schon kurz darüber unterhalten. Ich würde mich mit euch im Nachgang gerne noch mal darüber unterhalten, halte das hier aber für das richtige Vorgehen. Deswegen gibt es dazu keine Zustimmung von uns.

An dieser Stelle geht noch mal ein ganz expliziter Dank an die Koordinationsstelle Klimaschutz und das Dezernat. Dies alles zusammenzutragen war, wie Herr Görzel bereits richtig ausgeführt hat, eine Meisterleistung. Das war unfassbar viel Arbeit. Die strukturierte Herangehensweise stimmt mich optimistisch, dass, auch wenn ich noch nicht alle Inhalte sehe, wie wir sie alle noch nicht sehen, sie dann noch kommen werden.

Und noch einmal: Wir machen unsere Stadt damit lebenswerter. Klimaschutz ist nicht nur etwas fürs Klima, sondern macht unsere Stadt für uns alle besser. Weniger CO_2 bedeutet meistens auch weniger Feinstaub. Weniger Autos allgemein und die verbleibenden dann als Elektroautos bedeuten leisere Städte. Das wollen wir doch alle. Ich verstehe nicht, wie man - -

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir als Kommune koordinieren und setzen um. Das zeigt der Plan. Darauf bin ich stolz. Auf die gemeinsame Arbeit daran mit euch allen freue ich mich. - Danke.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie Sie wahrscheinlich nicht verwundert, werden wir diese Vorlage ablehnen.

Herr Achtelik, ich war schon echt überrascht. Sie fliegen also CO_2-ausstoßend - ich gehe mal davon aus, dass Sie nicht gesegelt sind - zu der Konferenz nach Dubai und kommen dann hierhin und sagen: Wir haben einen tollen Plan.

Aber wissen Sie was? Das Ganze, was wir hier veranstalten, ist nicht glaubwürdig. Wir leben in einem Land, das einen Sonderweg geht - und offensichtlich können wir uns den erlauben -, und zwar den des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

(Beifall bei der AfD)

Denn man muss ganz offen sagen, dass auf dieser Konferenz eine Atom-Allianz entstanden ist usw. usf.

Deswegen kann ich das Ganze hier auch nicht ernst nehmen. Sie glauben ja wohl nicht ernsthaft, dass wir hier das Klima retten, indem wir ein paar Tonnen CO_2 einsparen.

Auf die Mängel der Vorlage ist Herr Görzel schon eingegangen. Darin steht andauernd „derzeit nicht quantifizierbar“.

Ich habe auch nichts dazu gefunden, wie groß denn, wenn wir das alles so umgesetzt bekommen, wie es sich die Stadt Köln da vornimmt, der Effekt mit Blick auf die Temperatur ist - wenn Sie wirklich daran glauben, dass es den menschengemachten Klimawandel in dem Umfang gibt.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Ui! - Weitere Zurufe)

- Nein, nein. Man muss schon die Frage stellen, wie viel geringer der Temperaturanstieg sein wird, wenn man soundso viel einspart. Das steht da alles nicht drin. Deswegen kann ich das auch nicht ernst nehmen. Ich spare ja nicht etwas, wenn ich gar nicht weiß, welchen Effekt das hat.

Wie gesagt, ist das alles auch deswegen wenig glaubwürdig, weil wir in einem Land leben - und wir hatten ja gerade eigentlich darüber gesprochen, dass es ohnehin auf den oberen Ebenen entschieden werden müsste -, in dem wir die besten Atomkraftwerke der Welt ohne jede Not stilllegen. Damit gehen wir auch einen deutschen Sonderweg. Und der ist, wie wir in der Geschichte eigentlich gelernt haben, nicht unbedingt immer gut für uns gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Insofern ist das Ganze nicht glaubwürdig. Wir werden die ganze Sache ablehnen.

Im Übrigen sollten wir eines nicht vergessen: Wir hatten schon, was wir lange nicht mehr hatten, Anfang dieses Monats einen weißen Dezember. Das scheint dann wohl der Klimawandel zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Feuser das Wort.

Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT): Da die Faschisten hier im Raum noch nicht mal in der Lage sind, Wetter und Klima auseinanderzuhalten, muss man auf sie wohl nicht antworten.

(Vereinzelt Beifall)

Obwohl Herr Görzel eigentlich nur für Herrn Achtelik gesprochen hat, möchte auch ich einmal auf ihn antworten.

Erstens. Herr Görzel, das große Fragezeichen in Bezug auf den ÖPNV in Ihrem Kopf lässt sich vielleicht auflösen, wenn wir den Sustainable Urban Mobility Plan vorliegen haben. Denn nach meinem Verständnis wird diese Frage darin geklärt.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens. Wegen 25 Prozent Strom möchten Sie gerne weiter viel Müll produzieren. Auch hier bin ich optimistisch, dass sich gerade Strom in Zukunft auch anders produzieren lassen wird.

Drittens. Als FDP diesem Klimaaktionsplan nicht zuzustimmen, weil sich - Zitat - für die paar Prozente Einsparung der Aufwand nicht lohne, ist schon ein sehr herber Schlag ins Gesicht aller jungen Menschen und aller kommenden Generationen.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich aber auch an dieser Stelle erst einmal der Verwaltung, vor allen Dingen Alice Bauer und der gesamten Koordinationsstelle Klimaschutz, ganz herzlich für die Ausarbeitung dieses Aktionsplans danken.

Ich möchte auch noch mal ganz stark betonen, dass wir es wirklich sehr wertschätzen, dass die Stadt Köln sich klar zu dem Ziel „Klimaneutralität 2035“ bekennt.

Aber diesem Bekenntnis müssen wir jetzt auch Taten folgen lassen. Der letzte IPCC-Bericht - ich erkläre es auch gerne noch mal für die, die Wissenschaft nicht verstehen - hat eindringlich verdeutlicht, dass wir aktuell auf eine mittlere globale Erwärmung von 3,2 Grad am Ende dieses Jahrhunderts zusteuern. Das Jahr 2100 scheint uns weit entfernt zu sein; es ist noch weiter weg als das Ende der Bauzeit der Ost-West-Achse. Aber eine heute geborene Kölnerin wird im Jahr 2100 gerade mal 77 Jahre alt sein.

Das bringt mich zurück zum Klimanotstand, den der Rat ja 2019 beschlossen hat. Wenn wir diesen Klimanotstand ernst nehmen, fehlt in diesem Beschluss ein ganz entscheidendes Wort. Im Angesicht des von der Stadt Köln ausgerufenen Klimanotstandes müssen wir die Maßnahmen mit hoher Priorität umsetzen. So haben wir es 2019 beschlossen. Eigentlich müssten wir es mit höchster Priorität tun. Aber wir lehnen uns in dem Punkt 1 unseres Änderungsantrags hier bewusst an das Wort aus dem Beschluss von 2019 an. Denn dann kann jede Fraktion selber entscheiden, ob sie zu dem 2019 ausgerufenen Klimanotstand stehen möchte oder nicht.

Wir haben viel über Kosten und soziale Verträglichkeit gehört. Ja, es mag teuer klingen, was an Zahlen genannt wurde. Aber x-fach teurer wird es, wenn wir keinen Klimaschutz betreiben. Das konnten wir im Ahrtal sehen.

Und ja, Klimaschutzmaßnahmen müssen sozial gerecht umgesetzt werden, zumal es die Wohlhabenden sind, die den großen Schaden verursachen. Aber nichts ist sozial ungerechter als kein Klimaschutz. Das hat die Kollegin von der LINKEN schon sehr eindeutig gezeigt.

Kommen wir also zurück zu den Taten. Viele gute Ansätze finden wir hier in diesem Plan. Es ist richtig und freut uns sehr, dass wir diesen Plan heute verabschieden. Aber es ist auch wichtig, noch mal auf Folgendes hinzuweisen:

Mit dem Aktionsplan sind die im Aktivitätenportfolio des Gutachtens von 2022 geforderten Maßnahmen nicht vollständig umgesetzt. Die nicht berücksichtigten Vorschläge sind in Anlage 5 des vorliegenden Beschlusses deutlich erkennbar. Damit wird offensichtlich, dass das Potenzial, das die Stadtverwaltung und ihre Beteiligungsgesellschaften haben, noch nicht vollständig ausgenutzt wird. Wir werden dem Anspruch, Klimaneutralität bis 2035 erreichen zu wollen, mit diesem Aktionsplan auch noch nicht gerecht.

Die Koordinationsstelle Klimaschutz hat deswegen betont, dass es ein agiler Plan ist. Und das ist gut so. Diese Agilität möchten wir noch mal betonen, damit klar ist: Da kann und da muss noch mehr an Maßnahmen kommen.

Damit komme ich zurück zu unserem Änderungsantrag, über dessen drei Punkte wir übrigens sehr gerne getrennt abstimmen lassen würden. Wir präsentieren hier eben keinen bunten Strauß an Ideen. Vielmehr zeigen wir einfach einige der Leerstellen auf, die noch gefüllt werden müssen - selbstverständlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und auch sehr allgemein formuliert. Wir werden uns aber bemühen, detaillierte Vorschläge über unsere sachkundigen Einwohner*innen in die kommenden Ausschusssitzungen einzubringen.

Zum einen geht es um die Suffizienzstrategien, die in diesem Plan leider noch nicht berücksichtigt werden. Denn Klimaneutralität erreichen wir nicht, wenn wir einfach alles anders produzieren; wir brauchen auch weniger. - Ich sehe, dass ich mich beeilen muss.

Einen ganz konkreten Bereich müssen wir dringend in den Blick nehmen - wir haben ihn hier

hineingepackt -, weil noch letzte Woche das OVG darauf hingewiesen hat, dass gerade im Bausektor die Ziele verfehlt werden. Deswegen muss der Aspekt des nachhaltigen Bauens aus unserer Sicht mit aufgenommen werden. Da reicht nicht ein Modellprojekt eines Bezirksrathauses. Wir müssen alle städtischen Gebäude ab sofort nachhaltig bauen.

Zu guter Letzt brauchen wir eine Befähigung und Ermutigung, Klimaschutz voranzubringen. Deswegen müssen wir den Aspekt der Bildung für nachhaltige Entwicklung hier noch viel stärker betonen. - Jetzt bin ich fertig. Meine Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei KLIMA FREUNDE & GUT und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schlage ich vor, dass ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN, danach über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT punktweise und anschließend über die Vorlage - mal sehen, ob sie dann geändert ist - abstimmen lasse.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der LINKEN. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und die FDP-Fraktion. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen.

Erster Punkt. Zustimmung? - DIE LINKE, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist das abgelehnt.

Zweiter Punkt. Zustimmung? - DIE LINKE, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Abgelehnt.

Dritter Punkt. Zustimmung? - DIE LINKE, KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Die FRAKTION enthält sich. Abgelehnt.

Dann lasse ich über die Vorlage der Verwaltung abstimmen, und zwar wie Ausschuss Klima und Umwelt, Anlage 6. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP und DIE LINKE. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke

Beschluss:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird wie folgt geändert: (Änderungen sind fett)

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt den „Aktionsplan Klimaschutz“ der Verwaltung und städtischer Beteiligungen (Anlagen 1 bis 5) ~~zustimmend~~ zur Kenntnis.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die die Stadtverwaltung betreffenden Maßnahmen gemäß Anlage 3 ~~mit Priorität~~ umzusetzen und, sofern erforderlich, diese den politischen Gremien zur Einzelbeschlussfassung vorzulegen.*

3. *Der Rat begrüßt das von den städtischen Beteiligungen vorgelegte Maßnahmenpaket (Anlage 4) und befürwortet deren Anstrengungen, in Eigenverantwortung substantielle Beiträge zur ~~Treibhausgasminderung~~ Erreichung der gesamtstädtischen Klimaneutralität bis 2035 zu leisten.*

4. *Sowohl die Verwaltung als auch die städtischen Beteiligungen erarbeiten bis zum 30.06.2024 – sofern nicht bereits vorhanden – transparente Konzepte (Eckpunktepapiere) zur Erreichung der gesamtstädtischen Klimaneutralität bis 2035 und legen diese erweiterte Fassung des „Aktionsplans Klimaschutz“ dem Rat und den relevanten Fachausschüssen vor. Aus den Konzepten sollte mindestens hervorgehen, mit welchen Maßnahmen, in welchen Schritten und mit welchen Zwischenzielen die Klimaneutralität erreicht werden soll.*

5. *Diese erweiterte Fassung des „Aktionsplans Klimaschutz“ soll sich an der Struktur der Treibhausgasbilanzierung nach BISKO orientieren.*

6. Es sind vor allem solche Maßnahmen mit Priorität umzusetzen, die sich einerseits durch eine hohe THG-Einsparung, eine strukturelle Wirkung andererseits und ein hohes Handlungspotenzial in der Verwaltung und der städtischen Beteiligungen auszeichnen.

7. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen des Monitorings jährlich über den Umsetzungsfortschritt zu berichten ~~und bei Bedarf eine Fortschreibung des Aktionsplans abzuleiten~~.

8. Der Rat erkennt, dass bei allen Entscheidungen über Klimaschutzmaßnahmen die soziale Frage zu beachten ist. Daher lässt er sich von dem Grundsatz leiten: Auch arme Haushalte müssen sich die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen leisten können.

9. Mit diesem Aktionsplan selbst sind unmittelbar keine haushaltsmäßigen Auswirkungen verbunden. Die Finanzierung der Maßnahmen gemäß Anlage 3 erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnis- bzw. -finanzplan des jeweils angegebenen Amtes.

10. Ab dem Haushaltsjahr 2025 sind die zuständigen Dezernate, vorbehaltlich zur Verfügung stehender Mittel, für die Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025ff innerhalb des dann zugewiesenen Budgets ggf. durch Umschichtung verantwortlich.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Die Linke sowie der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und Die FRAKTION abgelehnt.

II. Punktweise Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe KLIMA FREUDE & GUT

Zu Ziffer 1

Beschluss:

1. In den Punkt 2 wird gemäß Klimanotstand vor Priorität das Wort „hoher“ eingefügt: Der Rat beauftragt die Verwaltung, die die Stadtverwaltung betreffenden Maßnahmen mit hoher Priorität umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

Zu Ziffer 2

Beschluss:

2. Im Beschlusspunkt 4 wird folgender Text ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen,

- *wie im Monitoring THG-Emissionen erfasst werden können, die durch Entscheidungen der Stadt Köln außerhalb der Stadtgrenzen erzeugt werden. Dabei sind Materialien, die für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen verwendet werden, priorisiert zu betrachten. Dazu soll auch geprüft werden, ob ein Monitoring nach dem „Global Protocol for Community Scale Greenhouse Gas Inventories“ (GPC) sinnvoller ist als nach BISKO-Standard.*
- *wie auch die Fortschritte der städtischen Beteiligungen in das Monitoring einfließen können.*

Als Orientierung für eine transparente öffentliche Darstellung des Monitorings möge der Stadt Köln die Website der Stadt Münster dienen: https://klimadashboard.ms/. Dieses OpenSource Projekt kann die Stadt Köln nutzen.

Das Ergebnis der Prüfung und ein Vorschlag zum erweiterten Monitoring sind bis Ende März 2024 dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

Zu Ziffer 3

Beschluss:

3. *Der Beschlusstext wird um einen Punkt 6 ergänzt:*

   Die Verwaltung wird beauftragt, den Klimaaktionsplan kontinuierlich fortzuschreiben. Insbesondere soll sie in Bezug auf folgende Aspekte weitere Maßnahmen ausarbeiten und dem Rat bis Mai 2024 vorlegen:

- *Suffizienzstrategie: Es sollen künftig mindestens so viele Suffizienzmaßnahmen vorgelegt werden wie Effizienz-, Konsistenz- und Kompensationsmaßnahmen.*
- *Bildung für nachhaltige Entwicklung gemäß des SDG 13, Unterziel 13.3 (s.u.): Insbesondere sollen Fortbildungen für städtische Mitarbeiter:innen geplant und durchgeführt werden.*
- *nachhaltiges und energieeffizientes, möglichst klimaneutrales, Bauen und Sanieren bei allen städtischen Gebäuden. Dazu sind insbesondere Aktionen bezüglich der Punkte 1.1.1.2., 1.2.1.5., 1.3. & 1.4 zu entwickeln.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke, der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage in der Fassung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 23.11.2023 (Anlage 6)

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln nimmt den „Aktionsplan Klimaschutz“ der Verwaltung und städtischer Beteiligungen (Anlagen 1 bis 5) zustimmend zur Kenntnis.*
2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung, die die Stadtverwaltung betreffenden Maßnahmen gemäß Anlage 3 mit Priorität umzusetzen und, sofern erforderlich, diese den politischen Gremien zur Einzelbeschlussfassung vorzulegen.*
3. *Der Rat begrüßt das von den städtischen Beteiligungen vorgelegte Maßnahmenpaket (Anlage 4) und befürwortet deren Anstrengungen, in Eigenverantwortung substantielle Beiträge zur Treibhausgasminderung zu leisten.*
4. *Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen des Monitorings über den Umsetzungsfortschritt zu berichten und bei Bedarf eine Fortschreibung des Aktionsplans abzuleiten.*
5. *Mit diesem Aktionsplan selbst sind unmittelbar keine haushaltsmäßigen Auswirkungen verbunden. Die Finanzierung der Maßnahmen gemäß Anlage 3 erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnis- bzw. -finanzplan des jeweils angegebenen Amtes.*

   Ab dem Haushaltsjahr 2025 sind die zuständigen Dezernate, vorbehaltlich zur Verfügung stehender Mittel, für die Finanzierung der Maßnahmen im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025ff innerhalb des dann zugewiesenen Budgets ggf. durch Umschichtung verantwortlich.
6. *Bei der strategischen Steuerung und Priorisierung der Maßnahmen ist als Kriterium insbesondere heranzuziehen, welche Maßnahmen die volkswirtschaftlich effizientesten zur CO2-Minderung (€/Tonne CO2) sind.*

7. *Die Verwaltung wird beauftragt die Treibhausgasbilanzierung nach BISKO (Bilanzierungssystematik kommunal) so fortzuführen und das Steuerungs-/Controllingtool (s. Maßnahme 1 im Handlungsfeld 6: Kommunale und zivilgesellschaftliche Transformation zur Klimaneutralität erreichen) so voranzutreiben, dass bereits Ende 2025 die Datenbasis vorliegt, die eine strategische Steuerung der Maßnahme ermöglicht. Dazu muss bis zu diesem Zeitpunkt die Vollständigkeit und Aktualität der Treibhausgasemissionsdaten gesichert sein sowie die Kostenplanung der Maßnahmen detailliert vorliegen.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktionen Die Linke und FDP zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.26 GRÜNGÜRTEL Parkstadt Süd, hier: Baubeschluss Sportpionierpark 2401/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat nimmt die vorgelegte Entwurfsplanung zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit dem Ausbau des SPORTPIONIERPARKS mit Herstellungskosten von 1.276.500 EUR.*

2. *Der Rat nimmt die Schenkung der Kölner Grün Stiftung in Höhe von 100.000 EUR dankend an.*

3. *Der Rat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung und Freigabe in Höhe von 1,1 Mio. EUR für den Bau des Sportpionierparks im Teilfinanzplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6700-1301-0-1003, Pionierpark Inn.Grüngürtel Parkst.Süd FW, Hj. 2023.*

   Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik in der Produktgruppe 0902, Stadtentwicklung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle

   1502-0902-1-0000, Innenstadt (südl. Erw.) Sanierung/Erneuerung.

4. *Gleichzeitig beschließt der Rat im Teilergebnisplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 300.000 EUR.*
   Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Stadtplanungsamts in der Produktgruppe 0901 Stadtplanung, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.27 StadtBahn Süd - Ergänzungsbeschluss zur Trassenfestlegung und Entscheidung zur weiteren Planung 3114/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FRAKTION. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Planungsergebnisse zur StadtBahn Süd zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Planung des Brückenentwurfes „Variante 1“ (Brückentrassierung mit Berücksichtigung des Kunstwerkes) über den Verteilerkreis weiterzuführen und die Trassierung

der Stadtbahnbrücke in der weiteren Bearbeitung zu optimieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die FRAKTION bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.28 Erhöhung von Arbeitssicherheit und Resilienz in den Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr - Verwendung des politischen Veränderungsnachweises von 2019 sowie 2020/2021
2544/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit für die ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr mit Gesamtkosten in Höhe von 1.100.000 €.*

2. *Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung von Maßnahmen zur Resilienzerhöhung von Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr mit Gesamtkosten in Höhe von 2.400.000 €.*

3. *Der Rat beschließt die Verwendung der notwendigen Finanzmittel in Höhe von 3.500.000 € aus den politischen Veränderungsnachweisen zu den Haushaltplänen 2019 sowie 2020/2021 für die unter 1. und 2. genannten Maßnahmen.*

4. *Gleichzeitig beschließt der Rat eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 800.000 € im Teilfinanzplan der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz in der Produktgruppe 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 3701-0212-0-1000 Baumaßnahmen Freiwillige Feuerwehren (200.000 € im Haushaltsjahr 2023 und 600.000 € im Haushaltsjahr 2024). Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan in der Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100 Kraftfahrzeuge.*

5. *Außerdem beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2023 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.600.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025 bis 2027 im Teilfinanzplan der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz in der Produktgruppe 0212 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst in der Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 3701-0212-0-1000 Baumaßnahmen Freiwillige Feuerwehren (jeweils 600.000 € für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 und 400.000 € für das Haushaltsjahr 2027). Die Deckung erfolgt durch eine veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe in der gleichen Produktgruppe bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100 Kraftfahrzeuge.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.29 Ersatz von 16 Kolonnenfahrzeugen als Elektrofahrzeuge
hier: Ersatzbeschaffung von zehn Kolonnenfahrzeugen sowie Umrüstung von sechs Kolonnenfahrzeugen für die „allgemeine Grünunterhaltung“
3336/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat stellt den Bedarf für die Ersatzbeschaffung bzw. Umrüstung von 16

Kolonnenfahrzeugen als Elektrofahrzeuge fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 1.704.800 € im Teilfinanzplan des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen in der Produktgruppe 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 Beschaffungen Kfz, Haushaltsplan 2023/2024, Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.31 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
hier: Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats
3650/2023

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage. Die DE der BV 1 liegt inzwischen vor. Sie hat verändert beschlossen. Das möchte ich Ihnen noch mitteilen.

Ich lasse also abstimmen wie Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Enthaltung der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City als Projektbaustein des Bundesförderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ mit Laufzeit bis zum 31.08.2025 und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Förderrichtlinie zur Vergabe der Mittel aus den Verfügungsfonds.*

2. *Der Rat der Stadt Köln beschließt für die Zeitdauer des Förderprogramms die Einrichtung eines Innenstadtbeirates, der über die Förderanträge entscheidet.*
   *Der Innenstadtbeirat setzt sich paritätisch aus Akteur*innen der Kölner City und Vertreter*innen der Fraktionen der Bezirksvertretung Innenstadt zusammen. Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt für jede Fraktion jeweils 1 Vertreter*in und 1 Stellvertreter*in. Weiteres stimmberechtigtes Mitglied ist der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales.*

3. *Der Rat beschließt gem. § 13 (1) der Haushaltssatzung der Stadt Köln für 2023/2024 im Haushaltsjahr 2024 eine abweichende Verwendung von Zuschussmitteln im Teilplan des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, Produktgruppe 0902 – Stadtentwicklung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen i. H. v. 100.000 €, um entsprechende Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City gewähren zu können. Als Deckung stehen im selben Teilplan entsprechende Minderaufwendungen in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion Die FRAKTION zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.32 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln
3135/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur eine Verständnisfrage: Wenn wir das heute erneut beschließen, beschließen wir damit auch die Änderungen vom letzten Mal mit? Da

gab es ja einen Änderungsantrag, der auch von der Mehrheit des Rates beschlossen wurde. Ansonsten bitte ich darum - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir stimmen über die Vorlage in der geänderten Fassung ab.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben ja in der letzten Ratssitzung unter Vorbehalt zugestimmt, weil wir noch die Zustimmung der BV 1 einholen wollten. Die Anhörung der BV 1 ist mittlerweile erfolgt. Sie finden die Stellungnahme zu den Änderungen der BV 1 in der Anlage 7.

Wir stimmen daher erneut über die Vorlage in der geänderten Fassung aus der letzten Ratssitzung ab. Das wollten Sie ja gerade wissen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der LINKEN, der SPD-Fraktion, der FRAKTION und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss in der Fassung des Rates vom 26.10.2023 (Anlage 5) nach Anhörung der Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) (Anlage 6):

Der Rat stimmt der Durchführung und dem vorgestellten Veranstaltungskonzept zur Nachholung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen Kölner NRW-Tages vom 16. bis zum 18.08.2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung am 17.08.2024 in Köln zu.

Er erkennt den Bedarf in Höhe von 1.720.000 € an und beschließt gleichzeitig überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 660.000 € im Teilergebnisplan des Amtes der Oberbürgermeisterin in der Produktgruppe 0101, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsjahr 2024. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2024.

Die Organisation des NRW-Tages erfolgt nach den UN-Zielen für Nachhaltigkeit, zu denen sich der Rat bereits 2017 bekannt hat. Die Veranstaltung wird somit ein „Zero-Waste"-Konzept verfolgen und klimaneutral ausgerichtet. Sowohl das gastronomische Angebot als auch weitere Beschaffungen, die für den NRW-Tag benötigt werden, orientieren sich an den Kriterien des Fair-Trades und dem Gebot der CO2- und Müllvermeidung. Bevorzugt sind Waren und Dienstleistungen aus dem regionalen Umfeld, beziehungsweise aus dem regionalen Umfeld NRWs zu beziehen.

Die Verwaltung wird gebeten sich bei den Verkehrsverbünden und dem Land NRW für einen „fahrscheinlosen Tag" innerhalb NRWs, und einer günstigen Anreise mit dem SPNV nach Köln einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke, AfD und Die FRAKTION zugestimmt.

Anmerkung:

Der Rat hat der Vorlage in der Ratssitzung am 26. Oktober 2023 in geänderter Fassung unter Vorbehalt zugestimmt. Die BV 1 (Innenstadt) wurde danach angehört. Eine Stellungnahme zu den Änderungen der BV1 findet sich in Anlage 7. Der Rat stimmt erneut über die Vorlage in der geänderten Fassung wie in der letzten Ratssitzung ab (Anlage 5).

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.33 Finanzierung Dialogprozess „Mahnmal zum Gedenken an die Opfer von Unterdrückung, Rassismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen" (Arbeitstitel) 3453/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/2171/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Danke. - Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Am 15. Juni 2023 haben wir uns hier im Rat schon mit der Idee der Vorlage befasst, nämlich damit, wie wir ein Armenier-Mahnmal weiter in Umsetzung bringen können. Wir haben den Beschluss gefasst, in Köln ein weiteres Mahnmal zu errichten. Ich bin froh darüber, dass dieser Prozess weitergeführt wird, wie die an diese Vorlage jetzt noch angehängte Anlage auch deutlich macht.

Mit dem im Juni dieses Jahres getroffenen Beschluss hat sich der Rat zur Wichtigkeit und Dringlichkeit des von der Initiative „Völkermord Erinnern“ vorgebrachten Anliegens und darüber hinaus zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands bekannt. Heute wird auf dem Weg zur Umsetzung ein weiterer Schritt unternommen.

Ich erinnere kurz: Es geht darum, wie die Aktivitäten der Initiative „Völkermord Erinnern“ verstetigt werden können und ein dauerhaftes Mahnmal errichtet werden kann. - Dem entspricht der Rat heute in seinem nächsten Schritt.

Ich bin froh darüber, dass der Rat bisher immer sehr einmütig beschlossen hat. Denn jedes Mahnmal erinnert über Generationen hinweg an begangenes Unrecht oder Katastrophen. Es trägt dazu bei, den Opfern ihre Würde zurückzugeben, aber auch sich selbst die eigene historische Verantwortung und Verstrickung noch einmal vor Augen zu führen und daraus die eigene Verantwortung in der Gegenwart abzuleiten.

Folgerichtig soll das von „Völkermord Erinnern“ initiierte Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ nicht nur an den Genozid an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1918 erinnern, sondern nimmt auch die deutsche Beteiligung daran in den Blick und fordert grundsätzlich dazu auf, Rassismus und Nationalismus als Ursache von Völkermord zu ächten. Entsprechend wurde das Mahnmal der Initiative gegenüber dem Reiterstandbild von Kaiser Wilhelm II. errichtet.

In diesem Sinne verstehe ich auch die uns vorliegende Vorlage, nämlich so, dass das Ansinnen der Initiative „Völkermord Erinnern“ die Voraussetzung und den Rahmen für den in der Anlage vorgesehenen Dialogprozess darstellt, der unter Beteiligung aller relevanten Akteurinnen und Akteure und Gremien erfolgen soll, wie die Vorlage ja auch bereits ausweist.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon das Mahnmal „Dieser Schmerz betrifft uns alle“ symbolisiert nicht nur das Leid derjenigen, die unter Unterdrückung, Gewalt und Unrecht leiden mussten, sondern auch die universelle Betroffenheit, die uns alle verbindet. Es erinnert uns daran, dass wir als Gemeinschaft zusammenstehen müssen, um gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung einzutreten.

Ich bin zuversichtlich, dass der Dialogprozess dazu, wie das Mahnmal zu gestalten sein wird, zu guten Ergebnissen und dauerhaften Lösungen führen wird.

Ich bin vor allem sehr froh darüber, dass die Finanzierung gelungen ist, und danke dafür ausdrücklich der Verwaltung.

Denn nun ist der Weg frei für den nächsten Schritt hin zu einem dauerhaften Mahnmal in der Kölner Innenstadt, das, wie ich schon gesagt habe, unter Beteiligung aller relevanten Akteur*innen und Gremien konzeptioniert wird - unter regelmäßiger Berichterstattung in den Fachausschüssen, davon gehe ich aus.

Die Initiatoren und Unterstützer dieses Mahnmals haben langen Atem bewiesen. Auch ihnen gilt heute noch einmal unser herzlicher Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, das Bewusstsein für den Genozid an den Armeniern zu schärfen und zur Auseinandersetzung mit der eigenen historischen Verstrickung und Verantwortung beizutragen, und sie werden ja weiterhin wichtige Akteure in dem Prozess sein.

Den Änderungsantrag der FDP lehnen wir ab. Wir möchten nämlich, dass der Dialogprozess jetzt an den Start geht, so wie es die Verwaltung vorschlägt. Denn sie hat deutlich gemacht, dass das der beste Weg zur Umsetzung sein wird - und auch der zeitlich schnellste; und uns liegt ja allen sehr am Herzen, dass die Dinge jetzt tatsächlich in Umsetzung kommen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den digitalen Endgeräten! An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal den Dank an die Verwaltung, insbesondere an unsere Oberbürgermeisterin, dafür zum Ausdruck bringen, dass wir hier einen Dialogprozess aufsetzen konnten, um damit auch diese wichtige Sache weiter voranzutreiben. Denn es ist entscheidend, dass wir nicht nur für den Genozid an den Armeniern eine vernünftige Gedenkstätte schaffen, sondern auch in anderen Bereichen - und da schließe ich aktuell den Völkermord, den die Russen an den Ukrainern an vielen Stellen durchführen, mit ein - Menschen weltweit die Möglichkeit geben, hier in Köln ein vernünftiges Gedenken zu begehen.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

Denn wir dürfen eines nicht vergessen: In Köln leben insgesamt über 180 Nationen, und wir haben eine ganze Reihe von Fällen, in denen Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung Tag für Tag passieren - eben nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart.

Dass hier dem Gedenken der Armenier eine besondere Rolle zukommt, ist gar keine Frage und soll auch überhaupt nicht infrage gestellt werden. Dennoch macht es Sinn, einen Platz zu finden, an dem Menschen die Möglichkeit bekommen, Gewalttaten, die begangen wurden und leider aktuell immer noch begangen werden, auch entsprechend zu gedenken.

Dafür ist der Dialogprozess, der jetzt angestoßen wurde, ein ganz wichtiger Baustein. Wir sind guter Dinge, dass wir mit dieser Vorlage diesen Prozess weiter unterstützen und gemeinsam dazu beitragen, hier eine würdige Stelle zu finden, an der dann mit einem Mahnmal entsprechend gedacht werden kann.

Denn damit leisten wir einen Beitrag gegen das Vergessen, aber auch zur permanenten Mahnung gegen aktuelle unrechte Taten, die weltweit passieren, und setzen in Köln ein weiteres Zeichen. Wir sehen auch an dem Überfall der Hamas, dass Rassismus und Menschenrechtsverletzungen weiterhin an der Tagesordnung sind. Dagegen sollten wir regelmäßig ein klares Zeichen auch hier aus dem Rat setzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dieser Vorlage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen, weil ich mich meinen Vorrednern uneingeschränkt anschließen kann. Es ist gut, dass wir uns auf diesen Weg gemacht haben, eine schwierige Frage - die Herausforderungen haben wir an verschiedenen Stellen schon gespürt - jetzt in einen gut moderierten Prozess zu führen.

Es ist auch gut, dass wir uns nicht auf ein Ereignis fokussieren, sondern alles mit in den Blick nehmen, wo vielleicht auch Repräsentanten von Köln in der deutschen Geschichte eine Rolle gespielt haben, und am Ende schauen, was das beste Ergebnis ist, dies aber mit den jeweils Betroffenen und den jeweils Engagierten tun.

Insofern ist das, was die Verwaltung uns heute vorlegt, weiterhin ein guter, unterstützenswerter Weg. Die SPD-Fraktion steht voll und ganz dazu.

Deswegen werden wir auch den Änderungsantrag der FDP ablehnen. Denn wir sind der Meinung, dass es Sinn macht, genau in dem eben beschriebenen Duktus und Geist hier auf diesem Weg weiterzugehen.

Wir haben also eine klare Haltung zur Beschlussvorlage der Verwaltung und danken der Verwaltung noch einmal für die Mühe und für die Arbeit, die schon jetzt in diesem Weg steckt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Ich spreche vom Platz aus. - Wir werden die heutige

Beschlussvorlage unterstützen. Denn wir möchten auch einen zügigen Beginn des Dialogverfahrens, das dem Ratsbeschluss vom 15. Juni 2023 gerecht wird.

Uns ist wichtig, dass, wie in der Anlage 1 erläutert, die Initiative „Völkermord Erinnern“ und die Armenische Gemeinde hier einbezogen sind.

Wir müssen sagen, dass uns der allgemeine Arbeitstitel des Projektes irritiert. Hinter den gewählten allgemeinen Begriffen verschwänden, wenn sie so stehen blieben, die konkreten Opfergruppen, hier vor allen Dingen nach dem Ratsbeschluss vom 15. Juni dieses Jahres die Armenierinnen und Armenier, die Opfer eines Genozids wurden. Das entspricht nicht dem heutigen Stand der Gedenkkultur und der wissenschaftlichen Aufarbeitung von Genozid und schweren Menschenrechtsverletzungen.

Dennoch unterstützen wir, wie gesagt, die Verwaltungsvorlage.

Zum Änderungsantrag der FDP: Er würde nicht nur den zügigen Beginn des Dialogverfahrens, der wichtig ist, verzögern, sondern wir möchten schon auch, dass die Kommune, wie insgesamt der deutsche Staat, die Verantwortung für den Anteil der damaligen deutschen Regierung am Genozid an den Armenierinnen und Armeniern übernimmt. Deshalb möchten wir kein privat finanziertes Mahnmal.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und für den Fall, dass uns noch jemand zuschaut, auch dorthin einen Gruß! Ich bin ein bisschen ratlos, weil einige der Beiträge, die ich hier gehört habe, nicht so richtig zusammenpassen. Sie passen auch nicht zu der Vorlage. Meines Erachtens passen sie auch nicht zu der Problemstellung, über die wir hier in den vergangenen Sitzungen - in der Ratssitzung, in der Hauptausschusssitzung, in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt - gesprochen haben, nämlich die Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern.

Daher, Frau Oberbürgermeisterin, ist es sicherlich ein hehres Ziel, hier so eine salomonische Lösung zu finden und ein Mahnmal zu schaffen, bei dem jeder jetzt etwas hineininterpretieren mag. Herr Petelkau sagt: Die Russen sind in der Ukraine eingefallen; daran können wir da direkt mit erinnern. - Das wird dem Ansinnen der Armenischen Gemeinde nicht gerecht werden.

(Beifall bei der FDP und der FRAKTION sowie von Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln])

- Ich bin dankbar für den Applaus. Von meiner Fraktion ist das selbstverständlich. Aber ich habe hier noch andere gesehen. Daher herzlichen Dank.

Man könnte ja jetzt denken, dass die Oberbürgermeisterin sagt: Ich habe das halbe Jahr seit der Sitzung des Hauptausschusses genutzt und bin in Gespräche gegangen; die Armenische Gemeinde macht da mit. - Das wäre wunderbar, ist aber nicht der Fall. Denn in der Anlage 1 steht:

> Ein erster Kontakt der Verwaltung mit einer Vertreterin der Armenischen Gemeinde hat ebenfalls bereits stattgefunden und die Einbeziehung in den weiteren Dialogprozess wurde selbstverständlich avisiert.

Das heißt: Nichts ist da an Zustimmung passiert. Es hat einen Kontakt mit einer Vertreterin gegeben. Da gab es kein Feedback, dass die Armenische Gemeinde dabei mitgeht.

Im Grunde könnte es ja egal sein, wenn es am Ende nicht erfolgreich ist. Aber wir geben jetzt gerade die ersten 117 000 Euro dafür aus.

Diesen Dialogprozess - Entschuldigung - habe ich mir auch anders vorgestellt. Ich hatte da an einen Dialogprozess der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung gedacht - und nicht daran, dass wir eine Agentur für zwei Jahre beauftragen, die wir mit sechsstelligen Beträgen bezahlen müssen.

(Beifall bei der AfD)

Anschließend bezahlen wir das Mahnmal auch noch selber. Herr Kockerbeck, Sie können das gerne anders sehen. Aber ich muss sagen: Dass wir jetzt selber ein Denkmal stiften, obwohl wir doch bürgerschaftliches Engagement hatten und eigentlich nur einen Standort gesucht haben, löst

bei mir das Gefühl aus, dass ich hier im vollkommen falschen Film bin,

(Beifall bei der FDP und der AfD)

wenn ich sehe, was aus dieser Sache, über die wir hier im Rat und im Hauptausschuss gesprochen haben, jetzt geworden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, möglicherweise ist das Geld, das wir jetzt an diese Agentur zahlen, nachher rausgeschmissenes Geld, wenn wir nicht Brief und Siegel haben, dass das das ist, was die Armenische Gemeinde haben will. Wenn sie dabei nicht mitmacht und sich nicht dahinter versammelt, ist es wirklich rausgeschmissenes Geld.

Vor diesem Hintergrund ist das Ansinnen unseres Änderungsantrages, den ganzen Prozess wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen und zu sagen: Wir machen einen Dialogprozess durch die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung, und wir suchen einen Standort für ein Mahnmal, das aus der Bürgerschaft finanziert wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind nicht dafür, dass wir uns das noch selber ans Bein binden. Ich wundere mich, dass die Kämmerin bei solchen Dingen mitgeht. Was ist denn, wenn es Schule macht, dass wir hier sagen: „Wir übernehmen das, erteilen Aufträge für Dialogprozesse und geben eine halbe Million Euro für solche Dinge aus“? Ich kann das wirklich nicht nachvollziehen.

Wir werden möglicherweise mit unserem Änderungsantrag hier scheitern. Vielleicht können auch die Vereinzelten, die gerade applaudiert haben, ihm nicht zustimmen. Aber das ist heute nicht das letzte Mal, dass wir über dieses Thema hier diskutieren, Freundinnen und Freunde. Das wird uns weiterverfolgen.

Ich wünsche Ihnen wirklich viel Erfolg, Frau Oberbürgermeisterin, mit dem Prozess, den Sie hier angehen. Ich glaube, dass er nicht erfolgreich sein wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und am Livestream! Um es kurz zu machen: Wir werden dem FDP-Antrag zustimmen. Das ist, wenn überhaupt, genau die richtige Herangehensweise.

Allerdings will ich in diesem Zusammenhang auch noch eines erwähnen. Unsere Partnerstadt ist Istanbul. Diese Partnerschaft ist damals auch - zumindest ist das der Seite der Stadt Köln zu entnehmen; ich habe gerade nachgeguckt - mit einem Bürgermeister von Istanbul, der heute der Staatspräsident ist, Erdoğan, geschlossen worden.

Was diese Denkmäler angeht, sollten wir daher eher darauf hinwirken, dass es ein Denkmal in Istanbul für die ganze Sache gibt.

(Beifall bei der AfD)

Darauf sollten wir bei unserer Partnerstadt hinwirken, weil Herr Erdoğan auch in der heutigen Zeit leider Gottes mit Blick auf die Armenier und einen möglichen Einmarsch nicht nur in Bergkarabach, sondern auch auf armenisches Staatsgebiet eine etwas unrühmliche Rolle spielt und sich auch in der Vergangenheit, glaube ich, nicht immer ganz klar geäußert hat, was diesen Genozid angeht.

Deswegen sollte sich auch die Oberbürgermeisterin darauf fokussieren, in Istanbul darauf hinzuwirken, anzuerkennen, dass es diesen Völkermord gegeben hat, und dass ihm auch dort, wo er stattgefunden hat, gedacht wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich muss Herrn Sterck uneingeschränkt recht geben. Ich bin in der komfortablen Lage, Herr Sterck, Ihnen einfach zustimmen zu können. Aber das wird auch keine Mehrheit für Ihren Antrag bringen.

Es ist schon ein bisschen erstaunlich. Salopp gesagt, könnten wir das Denkmal einfach stehen lassen, und gut ist. Ich verstehe zwar die vor allem im Hauptausschuss vorgetragenen Bedenken vollkommen, dass wir einen rechtssicheren

Prozess und ein geordnetes Verfahren brauchen. Aber warum das 500 000 Euro kosten soll und nicht als normales Geschäft gemacht werden kann - mit den alten Beschlüssen, die wir auch haben -, ist mir vollkommen schleierhaft.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es auch sehr bedenklich, dass wir das Verfahren so weit öffnen. Eigentlich ging es um dieses eine Denkmal für die Opfer des armenischen Genozids. Wenn wir es jetzt so weit öffnen, ist das für mich eine andere Debatte. Natürlich haben wir auch den Prozess speziell mit unseren Kolonialismus-Debatten etc. Diese Debatten führen wir ja auch schon. Es ist natürlich notwendig, auch anderen zu gedenken. Aber das jetzt in einen Topf zu werfen, finde ich ein bisschen befremdlich.

Daher stimme ich dem Antrag der FDP gerne zu - was nicht bedeutet, dass ich nicht dieses Denkmal an dieser Stelle haben möchte und dass es nicht auch kommen soll. Ich stimme also nicht der Vorlage zu, sondern ich stimme dem FDP-Antrag zu, weil er besser ist, auch wenn es vielleicht am Ende so aussieht, als wollte er diesen Einigungsprozess stören. Aber das ist nicht der Fall.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein, nein! Wir wollen den Einigungsprozess!)

- Ja. Ich habe ja gesagt: Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der FDP und dann über die Vorlage abstimmen.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen? - Das sind die FDP-Fraktion, Die Fraktion DIE FRAKTION, die AfD und Herr Zimmermann.

(Zuruf von der AfD: AfD-Fraktion!)

- Ja. Bei der FRAKTION will ich nicht nur „Die FRAKTION“ sagen. Es ist die Fraktion Die FRAKTION. Ich kann jetzt auch jedes Mal - dann brauchen wir noch eine Stunde länger; aber wenn Sie das wünschen, tue ich das gerne - „die AfD-Fraktion“ sagen.

(Philipp Busch [AfD]: Danke!)

Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich niemand. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP, der Fraktion Die FRAKTION, der AfD-Fraktion und von Ratsmitglied Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie so beschlossen. - Vielen Dank.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

Der Rat beschließt vor dem Hintergrund des Beschlusses des Rates vom 15. Juni 2023 sowie der Bezirksvertretung Innenstadt vom 30. März 2023 ein Dialogverfahren aus eigenen finanziellen Kapazitäten durchzuführen mit dem Ziel, einen geeigneten Standort für ein privat zu finanzierendes Mahnmal zur Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern zu finden.

Dieses Dialogverfahren soll bis Sommer 2024 abgeschlossen sein.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) abgelehnt.

II. Abstimmung über die Vorlage

Beschluss:

1. *Der Rat der Stadt Köln beschließt die Maßnahme Dialog-Prozess - „Mahnmal zum Gedenken an die Opfer von Unterdrückung, Rassismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen“, mit einem Gesamtvolumen von 527.500 Euro, hiervon fallen Kosten in Höhe von 117.500 Euro in 2024 an.*

2. *Der Rat beschließt die Mittelfreigabe für diese Maßnahmen im Teilergebnisplan des Museumsreferates in der Produktgruppe 0401 – Museumsreferat in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und*

Dienstleistungen in Höhe von 117.500 Euro im Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, AfD und Die FRAKTION sowie von RM Zimmermann (GUT Köln) zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.34 Pilotprojekt „INSGES*AMT - Inklusive Service-Gestaltung im AMT“ hier: Genehmigung zur abweichenden Verwendung von Zuschussmitteln 3582/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Bauer-Dahm.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kollegen! Ich mache etwas, was hier viel zu selten passiert: Ich möchte mich bei der Verwaltung herzlich für dieses tolle Projekt bedanken. Ich finde, dass es ein Meilenstein hin zu einer barrierefreien Verwaltung ist, und freue mich sehr darüber, dass es angegangen wird. Mit ZsL und Co haben wir super Partner in dem Programm. Ich finde das wirklich ein ganz, ganz tolles Projekt. Vor allem finde ich gut, dass Köln weiter auf Vielfalt, auf Diversity und auf Geschlechtergerechtigkeit setzt und nicht Gendern verbieten will oder andere Dinge, die bestimmte Ministerpräsidenten gerade vorantreiben, machen möchte. - Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich diese Vorlage zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

*Der Rat beschließt zur Durchführung des Pilotprojekts „INSGES*AMT - Inklusive Service-Gestaltung im AMT“ gem. § 13 (1) der Haushaltssatzung der Stadt Köln für 2023/2024 eine abweichende Verwendung von Zuschussmitteln im Teilplan des Amtes für Integration und Vielfalt, Produktgruppe 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in 2023 i.H.v. 80.000 € und in 2024 i.H.v. 110.000 €. Die veranschlagten Finanzmittel werden stattdessen im selben Teilplan in der Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen benötigt.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

10.35 Radsportzentrum NRW 4007/2023

Meine Damen und Herren, ich frage nach Wortmeldungen. Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Ja. Bitte sehr, Herr Klemm.

Ralf Klemm (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe leider leere Tribüne hier, aber liebe Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Ich will es um diese Zeit auch nicht allzu lange machen - also lieber ein Bahnsprint als ein Sechstagerennen -, aber zu diesem herausragenden Projekt unserer Sportentwicklungsplanung zumindest zwei Stichworte nennen.

Erstes Stichwort: Freude. Wir freuen uns auf das Albert-Richter-Velodrom als herausragendes Objekt für den Radsport, für den Spitzensport und für den Breitensport. Wir freuen uns über diese Halle, in deren Innenraum auch Ballsportarten und Inklusionssport betrieben werden können. Wir freuen uns auf eine Halle, die in der Kölner Sportlandschaft eine Lücke schließt - nach der riesigen LANXESS arena hat unsere nächstgroße Halle meines Wissens 800 Plätze -, sodass dann auch Basketball, Volleyball usw. auf durchaus hohem Niveau dort stattfinden können, also herausragende sportliche Veranstaltungen dort stattfinden können. Insofern ist heute ein sehr großer Freudentag für den Kölner Sport. Das ist sehr schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Zweites Stichwort: Dank. Es war ja nicht ganz einfach mit dieser Halle, die wir dringend benötigen Deren Aufgabe wäre natürlich ziemlich sinnfrei gewesen. Wir hätten Gelder zurückzahlen müssen, und es wäre notwendig gewesen, die bestehende Halle abzureißen. Trotzdem war die Finanzierung nicht einfach. Dass sie gelungen ist, ist unter anderem verschiedenen Menschen und Gruppen hier im Rat zu verdanken. Deswegen möchte ich erstens den Vertreterinnen und Vertretern aller demokratischen Fraktionen, die das möglich gemacht haben, danken. Zweitens möchte ich auch der Sportverwaltung und der KSS danken. Aber insbesondere gilt mein Dank den Dezernaten, die die dringend notwendige Finanzierung ab 2026 erst möglich gemacht haben, nämlich dem Verkehrsdezernat und der Kämmerei. Herzlichen Dank dafür. Eure Zustimmung und eure konstruktive Beteiligung waren da sehr hilfreich. Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wissen, dass 2024 und 2025 alles klargeht. Das Geld für die Zinsen, die für die Mittel, die wir aufnehmen müssen, anfallen, ist gesichert. Ab 2026 ist es dann notwendig, an andere Töpfe heranzugehen. Dazu habe ich gerade das Entsprechende gesagt.

Ab Fertigstellung kommt dann noch die Abschreibung dazu. Dann werden die Beträge etwas höher. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass es der politischen Vertretung, also uns, unbenommen ist, in den Haushalten 2025, 2026 ff. auch andere Wege aufzuzeigen, wie diese Kosten finanziert werden können. In erster Linie ist es natürlich, bevor dann das Verkehrsdezernat gefragt ist, Aufgabe im Sportbereich, da auch noch mal zu schauen - wobei ich die schwierige Haushaltssituation im Sportbereich kenne.

Wir sind also auch als Rat aufgefordert, uns Gedanken zu machen, wie wir die Finanzierung in den Jahren 2026 ff. hinkriegen. Heute sollten wir uns aber in erster Linie darüber freuen, dass wir demnächst, also 2026 oder 2027, ins Albert-Richter-Velodrom gehen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Nutzerinnen und Nutzer der digitalen Endgeräte! Auch von meiner Seite noch einmal herzlichen Dank. Alle Sportbegeisterten sind sehr froh darüber, dass wir diesen wichtigen Baustein für die nächsten Jahrzehnte haben sichern können.

Das Land hat damals die Initiative ergriffen und diesen Baustein nach Köln gegeben. Wir leisten jetzt die Vollendung dieses Bausteins. Wie der Vorredner schon gesagt hat, geht es nicht nur um den Radsport, sondern darum, eine Lücke bei den Veranstaltungsstätten zu füllen und etwas zu schaffen, was auch für andere Sportarten sehr stark von Interesse ist.

Deshalb danke ich auch allen Beteiligten hier im Rat dafür, dass wir so kurzfristig heute in der Sitzung des Finanzausschusses und dann hier diese Dringlichkeitsvorlage gemeinsam beschließen können.

Eine Bitte habe ich - ich habe sie im Finanzausschuss schon geäußert - in Richtung Kölner Sportstätten. Wir müssen bei Projekten dieser Komplexität in der Tat das Vorgehen noch einmal kritisch hinterfragen, weil das eben keine Projekte von der Stange sind und wir offensichtlich zurzeit in unserer deutschen Bauindustrie oder in der europäischen Bauindustrie Probleme in der Abwicklung solcher großen, komplexen Projekte haben. Denn wie wäre es sonst zu erklären, dass nur ein einziger Bieter überhaupt Interesse gezeigt hat, dieses Projekt umzusetzen?

Wir haben das bei der Messe schon einmal erlebt. Da war dann die Konsequenz, dass wir keinen Totalunternehmer mehr hatten, sondern die Gewerke einzeln ausgeschrieben haben. Das hat dazu geführt, dass wir - „in time, in budget“ - das Ganze deutlich günstiger realisieren konnten.

Das sollten wir im Nachgang auch für andere Bauten, vielleicht auch im Kulturbereich, noch einmal genau prüfen und schauen, ob die Standardisierung, die im Bereich des Schulbaus sehr erfolgreich war und auch in anderen Bereichen vorangetrieben werden sollte, für diese Spezialbauten wirklich der richtige Weg ist, um hier vielleicht doch noch den einen oder anderen Euro zu sparen. Denn in Zukunft brauchen wir sowohl große Sanierungen als auch weiterhin maßvolles Haushalten, damit wir den Sanierungsstau, den wir in der Stadt haben, dann auch gemeinsam weiter abbauen können.

Vielen Dank und eine große Zustimmung zu dieser Vorlage! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren an den Endgeräten, sofern Sie uns noch zuschauen! Zur späten Stunde steht ein ganz herausragendes sportpolitisches Thema auf der Tagesordnung; das hat der Kollege Klemm schon ausgeführt. Auch ich möchte damit beginnen, mich zu bedanken und zu sagen: Ich bin froh und auch erleichtert, dass wir nach schwierigen, intensiven Wochen der Auseinandersetzung mit diesem Thema jetzt die Möglichkeit haben, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen, und damit auf die Zielgerade einbiegen können.

Dafür geht herzlicher Dank insbesondere an Herrn Voigtsberger mit seinem Team aus dem Dezernat IV und an Frau Diemert, die in den letzten Tagen dafür eine Menge Arbeit geleistet haben. Ich glaube, dass das wirklich eine zielführende Angelegenheit ist - trotz der Schwierigkeiten bei der Finanzierung, die der Kollege Klemm auch schon angesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die sportpolitischen Sprecher und die Mitglieder des Sportausschusses, jedenfalls die meisten, sitzen auch im Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten. Insofern ist es wichtig, auch hier zu sagen, dass wir uns schon seit Frühjahr intensiv, vertrauensvoll und konstruktiv mit diesem Thema beschäftigt haben und dass die Projektsteuerung durch die moderne stadt in Kommunikation mit der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wirklich gelungen ist.

Deshalb möchte ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat und bei der Geschäftsführung der KSS für diese konstruktive Zusammenarbeit bedanken, die ich mir bei solchen Problematiken, wenn Investitions- und Sanierungskosten derart in die Höhe schnellen, in anderen Bereichen auch sehr wünschen würde.

Wer heute den Pressespiegel gelesen hat, hat in der *Kölnischen Rundschau* auf Seite 24 die Kostenentwicklung beim Ensemble am Offenbachplatz gesehen. Da spielen wir finanziell noch in einer ganz anderen Liga als hier beim Radstadion.

Zu den sportlichen Verwendungen hat der Kollege Klemm eigentlich alles gesagt. Das muss ich nicht wiederholen.

Der Sportpark Müngersdorf ist sicherlich das Herzstück der Sportstadt Köln. Er ist ohne das Albert-Richter-Velodrom, das wir ja vor knapp drei Jahren einvernehmlich neu so benannt haben, eigentlich nicht vorstellbar. Daher ist heute wirklich ein guter Tag für die Sportstadt Köln und das Label „Sportstadt Köln“, wenn sich hoffentlich gleich eine breite Mehrheit der demokratischen Fraktionen hier für diese Beschlussvorlage ausspricht.

Alles andere haben meine Vorredner gesagt. Das muss ich nicht wiederholen. Ich würde mich über eine breite Unterstützung sehr freuen. Das wäre ein schöner Abend für die Sportstadt Köln. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Auch von uns geht Dank an die Verwaltung und Dank an die Kölner Sportstätten dafür, dass wir heute den Beschluss fassen können, das Albert-Richter-Stadion zu bauen. Würden wir das heute nicht beschließen, würden wir Fördermittel von 26,6 Millionen Euro verlieren. Deswegen war das Ganze sozusagen heiß genäht.

Ich möchte trotzdem noch einmal darauf hinweisen, dass wir diesen Beschluss hier natürlich zu einem Zeitpunkt gefasst hatten - -

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rede kurz. Aber ich rede länger, wenn ihr mich stört. - Also ganz kurz: Wir haben hier vor drei Jahren 60,4 Millionen Euro beschlossen. Jetzt sind wir bei 122,7 Millionen Euro.

Herr Petelkau, dieses Bauwerk kann man nicht mit einer modularen Bauweise fertigstellen, weil

es sich dabei um einen Exklusivbau handelt. Das muss man einfach wissen. Deswegen müssen wir wirklich genau aufpassen und gucken, dass wir das gut begleiten. Nach meiner Überzeugung werden wir uns auch im Sportausschuss Mühe geben und das nicht einfach so dahingehen lassen.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken äußern. Wir bemühen uns im Sportbereich um intersektorales Denken, wie wir das nennen. Wir versuchen also, die Zusammenarbeit mit Schulen, Jugend usw. zu entwickeln. Und hier haben wir ja ein Multifunktionsstadion mit Radrennbahn und mit Möglichkeiten für Basketball und Volleyball. Wir arbeiten mit dem Bund Deutscher Radfahrer, aber auch mit der Sporthochschule zusammen, versuchen also, eine Kooperation zu entwickeln. Denn sonst bekommt man die Mittel für den Sport nicht gestemmt.

Insofern: Danke, aber lasst uns nachdenklich sein und auch aufpassen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, das sind ja tolle Reden, die ich heute hier zum Sport höre. Es ist tatsächlich ein ganz toller Tag.

Wir haben auch - da waren wir wirklich pfiffig - schon frühzeitig den Bahnenbelag eingekauft und eingelagert. Das ist nämlich sibirische Fichte, und es wäre jetzt ein bisschen schwierig, daran heranzukommen. Sie sehen also, dass wir da auch schon ein bisschen weitergedacht haben. Denn die alte Bahn bestand noch aus Tropenholz, und das geht natürlich heutzutage gar nicht mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie versichert: Alle, die das jetzt begleiten, werden schauen, dass wir auch alles richtig machen. Da schauen wir ganz genau hin.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Als die Vorgängerbahn gebaut worden ist, gab es auch super Reden dazu.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wann war das denn?)

- Das war Anfang der 90er-Jahre.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Da wart ihr doch noch gar nicht geboren!)

Als sie dann fertig war, stellte sich heraus - - Wir achten jetzt ganz genau darauf, dass wir einen barrierefreien Zugang zum Innenbereich haben. Wenn dort Sportveranstaltungen stattfinden, muss ja Equipment hineingefahren werden. Und ich weiß noch genau: Als ich in den 90er-Jahren dieses Radstadion für eine Sportveranstaltung nutzen wollte, sah ich plötzlich, dass es nicht barrierefrei gebaut war. Um zu der alten Bahn zu kommen, musste man erst eine Treppe herunter, dann ein Stück geradeaus und dann wieder eine Treppe hoch. Das heißt: Man musste Equipment immer mit Kränen hineinbringen.

Ich verspreche Ihnen, dass uns das nicht passieren wird. Auch andere Räte konnten also mal falsche Entscheidungen treffen. Hier treffen wir eine richtige Entscheidung. Sie können also mit gutem Gewissen dieser Vorlage zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der Fraktion Die FRAKTION und der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich Volt. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Die Vorlagen unter TOP 11.1 und TOP 12.1 sind zurückgestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. *befürwortet den Weiterbau des Radstadions (Albert-Richter-Bahn) zu einer ganzjährig nutzbaren Halle zwecks Errichtung eines neuen Bundes- und Landesstützpunktes Bahnradsport mit einer auch für*

den Breitensport nutzbaren Bahn inkl. Innenraum, der ebenfalls breitensportlich vor allem durch Ballsportarten genutzt werden kann. Die Baukostenerhöhung um 62,3 Mio. Euro von ursprünglich in 2021 ausgewiesenen 60,4 Mio. Euro ergibt ein neues Gesamtkostenvolumen in Höhe von 122,7 Mio. Euro.

2. *stimmt zu, dass der Kölner Sportstätten GmbH (KSS) ein weiteres Gesellschafterdarlehen für die Kostenerhöhung der Maßnahme in Höhe von bis zu 43,92 Mio. Euro gewährt wird. Der Rat beauftragt die Verwaltung, hierfür eine investive Auszahlungsermächtigung in Höhe von 43,92 Mio. Euro im Teilfinanzplan der Kämmerei in der Produktgruppe 0801, Sportförderung/ Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 12, Sonstige Investitionsauszahlungen, Finanzstelle 2010-0801-0-0002 Radsportzentrum, im Haushaltsplan 2025 vorzusehen.*

3. *stimmt einer weiteren, über die bereits erfolgte Zuwendung in Höhe von 3,6 Mio. Euro hinausgehende, Zuwendung an die KSS im Haushaltsjahr 2023 aus dem Sportetat in Höhe von 8,38 Mio. Euro zu und beschließt die Freigabe entsprechender investiver Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan des Sportamtes in der Produktgruppe 0801 - Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 11 – Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen bei der Finanzstelle 5200-0801-0-AZ03 – Radstadion. Die entsprechenden Auszahlungsermächtigungen werden innerhalb des Amtsbudgets im Rahmen der Bewirtschaftung haushaltsneutral bei der Finanzstelle 5200-0801-0-AZ03 – Radstadion bereitgestellt.*

4. *beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der Kölner Sportstätten GmbH nach Möglichkeiten zu suchen, die zu erwartenden Betriebskosten zu senken.*

5. *Sofern der Finanzierungsbedarf nicht durch Umschichtungen innerhalb des Dezernatsbudgets Bildung, Jugend und Sport gedeckt werden kann, beschließt der Rat die Finanzierung der aus dem Neubau des Radstadions resultierenden laufenden Folgeaufwendungen ab 2026 aus Mehrerträgen i. H. v. 5,36 Mio. Euro bei dem Bewohnerparken, Produktgruppe 0204 - Verkehrs- u. Kfz.-Wesen, Teilplanzeile 04 – Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (vgl 3760/2023) und aus Mitteln des Teilergebnisplans der Kämmerei, Produktgruppe 0110 – Controlling, Finanzsteuerung, Rechnungswesen, Kasse und Vollstreckung, Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen (Nicht-Fortführung Bürgerhaushalt).*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und Die FRAKTION bei Stimmenthaltung der Volt-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 73456/02, Arbeitstitel: Ostmerheimer Straße 214 in Köln -Merheim
3137/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. *den Plangeltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 73456/02 mit dem Arbeitstitel „Ostmerheimer Straße 214“ in Köln-Merheim aus dem Aufstellungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 09.09.2021 geringfügig in das jetzige Plangebiet zu ändern (siehe Anlage 1). Die Änderungen beziehen sich auf die Anpassung des Geltungsbereiches, über die Grundstücksflächen der Vorhabenträgerin hinaus, an die*

Grenzen der direkt umgebenden rechtsverbindlichen Bebauungspläne, um damit einen lückenlosen Anschluss an die angrenzenden Bebauungspläne sicherzustellen.

2. über die zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Nummer 73456/02 für den Bereich Gemarkung Langenbrück, Flur 71, Flurstück 5770, Flurstück 5799 und für das Flurstück 5800 sowie der Teilbereiche der städtischen Flurstücke der Gemarkung Merheim, Flur 15, Flurstück 1924 und Gemarkung Langenbrück, Flur 71, Flurstückes 1087 — abgegebenen Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit gemäß Anlage 4 sowie von Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß Anlage 2 und 3 sowie 5;

3. den Bebauungsplan Nummer 73456/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

12.3 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen
hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Ehrenfeld Ost in Köln Ehrenfeld
2375/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FDP und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch (Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 184) geändert worden ist), für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet Ehrenfeld Ost in Köln Ehrenfeld.

Das von der Sozialen Erhaltungssatzung betroffene Gebiet ist in Anlage 1 abgegrenzt und in einem Übersichtsplan dargestellt. Der Satzungsbeschluss umfasst die Flurstücke innerhalb der gestrichelt gekennzeichneten Fläche in dem als Anlage 1 beigefügten Übersichtsplan. Der Übersichtsplan ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und AfD zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Robert-Bosch-Straße von Stichstraße zu Haus-Nr. 43-61 bis Kreisverkehr Industriestraße
2763/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Robert-Bosch-Straße von Stichstraße zu Haus-Nr. 43-61 bis Kreisverkehr Industriestraße in Köln-Merkenich in der als Anlage 4 beigefügten

Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

16.2 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3270/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier Arbeitsgemeinschaft Offene Tür (AGOT) Köln e. V. 3168/2023

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als persönliche Stellvertretung von Bernd Naumann (AGOT Köln e.V.):

Marc Haine (AGOT Köln e.V.) gemäß § 5 Abs.3 AG-KJHG NRW und § 4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als stellvertretend beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Bernd Naumann übernimmt die Nachfolge von Bernd Will als Hauptmitglied.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.2 Entsendung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners in den Wirtschaftsausschuss auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln 3239/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung Herrn Dr. Burkhard Pfingsthorn (Mitglied der Seniorenvertretung Köln) als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.3 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Väter in Köln e. V. 3301/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Jürgen Kura (Väter in Köln e.V.) Eli Abeke (Väter in Köln e.V.) gemäß § 5 Abs.3 AG-KJHG NRW und § 4 Abs.3 lit i der Satzung des Jugendamtes als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.4 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Jugendamtselternbeirat und Katholische Jugendagentur 3546/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

1.) Dr. Melanie Simon

gemäß §5 I Nr.9 AG-KJHG NRW als beratendes Pflichtmitglied für den Jugendamtselternbeirat (JAEB) in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - vom Vorstand des JAEB bestellt wird.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

2.) Bernd Rustemeyer

gemäß §5 I Nr.7 AG-KJHG NRW als beratendes Pflichtmitglied für die katholische Jugendagentur (KJA) in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – von der Geschäftsführung der KJA bestellt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.5 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 3868/2023

*B*Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

eschluss:

1. *Der Rat entsendet ab 01.01.2024 an Stelle von Herrn Beigeordneten Andree Haack*

Frau Alessandra Caroli

(Oberbürgermeisterin oder von ihr vorgeschlagene/r Bedienstete/r

der Stadt Köln, § 113 Abs. 2 GO NRW)

in den Aufsichtsrat der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH.

2. *Die Entsendung gilt für die Wahlzeit des Rates der Stadt Köln, verlängert sich jedoch bis zu der Ratssitzung nach der Neuwahl, in der die Mitglieder des Aufsichtsgremiums gewählt werden. Sie endet in jedem Fall mit dem Ausscheiden aus dem für die Mitgliedschaft maßgeblichen Amt oder Organ vor Ablauf der Wahlzeit des Rates. Bei der Oberbürgermeisterin bzw. der/ dem von ihr vorgeschlagenen Bediensteten der Stadt Köln ist dies das Dienstverhältnis zur Stadt Köln.*

3. *Der Rat weist die von ihm entsandten bzw. auf seine Veranlassung gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Köln in Aufsichtsgremien an, den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln zu beachten und auf seine Einhaltung hinzuwirken.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Besetzung in Ausschüssen“ AN/2157/2023

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolgerin von Frau Katja Hoyer dem 01. Januar 2024 für den Integrationsrat Frau Chantal Schalla.

Die FDP-Fraktion benennt als Nachfolgerin von Frau Katja Hoyer ab dem 01. Januar 2024 für den Unterausschuss Selbsthilfegruppen ebenfalls Frau Chantal Schalla.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Umbesetzung von Sachkundigen Einwohner:innen“ AN/2161/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umbesetzung in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss Schule und Weiterbildung - Regina Schröder anstelle von Udo Heinrichs

Wirtschaftsausschuss - Peter Jüde anstelle von Martina Dietrich

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.8 TOP 17 - Gremienbesetzung - Aufsichtsrat Kölner Sportstätten GmbH AN/2163/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt Herrn Dr. John Akude ab 01.01.2024 anstelle von Herrn Henk van Benthem in den Aufsichtsrat der Kölner Sportstätten GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.9 Umbesetzung von Gremien AN/2164/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Umbesetzung folgender Gremien:

1. *Im Verkehrsausschuss ersetzt zukünftig Angela Bankert als Sachkundige Einwohnerin die bisherige Sachkundige Einwohnerin Gunda Wienke.*
2. *Im Rechnungsprüfungsausschuss ersetzt zukünftig Hero Cagras als Sachkundiger Einwohner den bisherigen Sachkundigen Einwohner Peter Heumann.*
3. *In der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik ersetzt zukünftig das Mitglied Jörg Kobel das bisherige Mitglied Viviane Browarzik.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung Verkehrsausschuss“ AN/2165/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat wählt Elisabeth Klein als sachkundige Einwohnerin nach § 58 Abs. IV GO NRW anstelle von Hans Stengle in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB): Entsendung in den Aufsichtsrat“ AN/2167/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat entsendet anstelle von Viola Recktenwald Malik Karaman in den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.12 TOP 17 Wahlen: Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern - Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin AN/2168/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern benennt der Rat Frau Katja Poredda als sachkundige Einwohnerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Gremienumbesetzung“ AN/2170/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Herr Stephan Boyens wird für Herrn Matthias Büschges als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der Volt-Fraktion betreffend „Umbesetzungen in Gremien“ AN/2162/2023

Da gab es eine Änderung. - Bitte sehr, Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bei 17.14 ergab sich, wie Sie gesagt haben, eine Änderung. Dabei scheint ein Tippfehler unterlaufen zu sein. Richtig muss es heißen: „Aufsichtsrat der Sportstätten ab dem 01.01.2024“, nicht ab dem 01.01.2014. Das bitte ich zu ändern.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist ja - - Danke.

Christian Achtelik (Volt): Wenn ich diesen Änderungsantrag noch mündlich stellen dürfte, wäre ich Ihnen verbunden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß gar nicht, ob man bei so einer redaktionellen Änderung auch einen Antrag stellen muss. Das ist so eindeutig.

Christian Achtelik (Volt): So eindeutig, wie Sie es haben wollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darüber müssen wir jetzt nicht abstimmen, glaube ich. Das ist ein redaktioneller Fehler. Aber vielen Dank, dass Sie es gesehen haben.

Gibt es gegen den Antrag unter TOP 17.14 mit der Datumsänderung Gegenstimmen, oder können wir das so beschließen? Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgende Neubesetzungen:

*Sachkundige*r Einwohner*in im Wirtschaftsausschuss*
Bisher: Herr Benedict Conrad
Neu: Frau Emilia Witzel

Aufsichtsrat der Sportstätten ab dem 01.01.2024:
Bisher: Herr Olivier Fuchs
Neu: Herr Christopher Gudacker

Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
Bisher: Frau Carolin Vogt
Neu: Frau Helena Woll

*Sachkundige*r Einwohner*in im Verkehrsausschuss*
Bisher: Monja Sauvagerd
Neu: Herr Marius Pollet

Sachkundiger Bürger im Gesundheitsausschuss
Bisher: Herr Andrea Salis
Neu: Herr Sergen Belen

Sachkundiger Bürger im Unterausschuss Selbsthilfegruppen
Bisher: Herr Andrea Salis
Neu: Herr Sergen Belen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

17.15 Antrag der Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Umbenennung von Ratsmitgliedern mit beratender Stimme in Ausschüssen“
AN/2178/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umbesetzung folgender Ratsmitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW:

RM Karina Margareta Syndicus anstelle des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün in den Stadtentwicklungsausschuss.

RM Inga Feuser anstelle des Stadtentwicklungsausschusses in den Ausschuss Klima, Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir zu:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

18.1 Einmalzahlung zum Inflationsausgleich für die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln
2970/2023

Wir sind von der Landesregierung angewiesen worden, die Betreuungsleistung von

Kindertagespflegepersonen in Köln anders zu berechnen. Daher heben wir mit unserem Beschluss die Eilentscheidung des Hauptausschusses auf und stimmen über den geänderten Beschlussvorschlag in Anlage 1 ab.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss:

1. *Der Rat hebt den Dringlichkeitsbeschluss des Hauptausschusses vom 13.11.2023 zur Vorlage 2970/2023 auf.*

2. *Der Rat beschließt die Einmalzahlung für den durch die Energiekostensteigerung und die Inflation infolge des Ukrainekrieges entstandenen Mehrkostenaufwand der in Köln in 2023 tätigen Kindertagespflegepersonen, die öffentlich geförderte Betreuungsplätze anbieten, personenspezifisch mit dem Faktor 0,24 Euro pro betreutem Kind, pro geleisteter Stunde in 2023, in häuslicher Kindertagespflege und mit dem Faktor 0,37 Euro pro betreutem Kind, pro geleisteter Stunde in 2023, in Kindertagespflege in angemieteten Räumen auszuzahlen.*

   Die Finanzierung von insgesamt 2.208.928,85 Euro erfolgt aus Mitteln des Stärkungspakts NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.2 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2027
3117/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss beschließt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung des „Kompetenzzentrums Frau und Beruf Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.12.2023 bis 30.11.2027. Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln. Das Kompetenzzentrum wird weiterhin für die Arbeitsmarktregion Köln tätig werden.

Der Hauptausschuss beschließt, die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen für die Dauer der Fördermaßnahme bereitzustellen. Nähere Ausführungen hierzu sind in der Begründung aufgeführt.

Der Ende August vom MKJFGFI NRW veröffentlichte Förderaufruf und die Förderrichtlinie setzen den 30.09.2023 als Frist für die rechtsverbindliche Abgabe des Förderantrags. Um diese Frist einzuhalten, wurde der Antrag der Stadt Köln von der Verwaltung unter dem Vorbehalt dieser Dringlichkeitsentscheidung abgegeben.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW vorstehende Eilentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Tagesordnungspunkt

18.3 Bedarfsfeststellung für fünf Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe Redwitzstraße in Köln-Sülz, Humboldtstraße in Köln-Porz, Schulstraße in Köln-Eil, Schulstraße in Köln-Weiden und Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard)
3430/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschluss des Hauptausschusses:

Der Hauptausschuss erkennt den Bedarf zur Errichtung modularer Einheiten für die fünf in der Beschlussbegründung genannten Grund- und Förderschulen mit Primarstufe zum Schuljahr 2024/25 an und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vertragsverhandlungen für die Anmietung und/oder den Erwerb dieser Einheiten aufzunehmen sowie die notwendigen Ausschreibungen vorzunehmen. Die Anmietungsdauern und Vertragslaufzeiten variieren dabei abhängig vom Bedarf am jeweiligen Schulstandort.

*Die Finanzierung der Gesamtkosten für die Aufstellung von modularen Einheiten (inklusive möglicher Kaufoptionen) erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Bauseits zusätzlich umzusetzende Maßnahmen werden zusätzlich zu veranschlagen sein, sofern keine general- oder totalunternehmerische Ausführung mit den Vertragspartner*innen erzielt werden kann. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Inbetriebnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises für Grund- und Förderschulen. Aus dem städtischen Haushalt werden auch die entsprechenden Kosten für die Einrichtung sowie mögliche zusätzliche Personalkosten für Hausmeister*innen und Sekretär*innen finanziert.*

Wegen der besonderen Bedeutung der Maßnahmen steht der tatsächliche Abschluss der Verträge einschließlich der Darlegung der Finanzierung des Gesamtvorhabens inklusive der Einrichtung unter dem Vorbehalt eines späteren, vertragserläuternden Folgebeschlusses.

Beschluss des Rates:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW vorstehende Eilentscheidung des Hauptausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bevor wir gleich in den nichtöffentlichen Teil eintreten, darf ich Sie noch einmal herzlich zum Empfang im Anschluss an die Ratssitzung in die Piazzetta des Historischen Rathauses einladen.

Wir stellen jetzt bitte die Nichtöffentlichkeit her.

(Schluss: 21.06 Uhr)

Anlage

zu Tagesordnungspunkt 3.1.4

zu Protokoll gegebene Rede

Matthias Büschges *(AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder des Rates! Meine Damen und Herren vor dem Livestream und hier im Saal!*

Die Ost-West-Achse, das haben Sie alle gesagt, wird das wichtigste Nahverkehrsprojekt in Köln dieses Jahrzehnts. Als wir über die Ost-West-Achse in einer aktuellen Stunde sprechen wollten, war das für Sie natürlich nicht annähernd so wichtig, wie es heute Ist.

Es kann eben nicht sein, was nicht sein darf. Ich habe es Ihnen in der letzten Sitzung gesagt und werde es hier und jetzt noch einmal unterstreichen. Meine Stimme bei diesem Projekt hat genauso viel Gewicht wie die von Herrn Kienitz oder Herrn Hammer. Und ich stelle mir vor, dass Sie ordentlich Stimmen schieben, um herauszufinden, welche Mehrheit steht. Wie sieht es denn jetzt für den Tunnel aus, wenn Volt jetzt auch lieber keinen Tunnel will?

Wir würden sogar dem Vorschlag von Volt folgen und eine Beschlussfassung lieber in dieser als in der nächsten Legislaturperiode haben.

Meine Damen und Herren, Transparenz ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Den Menschen gebührt die Wertschatzung, damit sie sehen können, wie mit ihrem Steuergeld in welchem Umfang umgegangen wird.

Die Planungen der Ost-West-Achse liegen noch lange vor meiner Zeit hier in diesem Gremium und selten war mir klarer, mit welcher Spekulationskraft einige Ratsmitglieder hier dieses Projekt planen. Wir wissen, dass die Gremien rund um die Ost-West-Achse politisch bestimmt sind. Sie erwarten, dass man am besten einfach blind mitstimmt, ohne das Prozedere dieser Gremien identifiziert zu haben. Aber, das kann ich Ihnen sagen, nicht mit uns. Wir erwarten maximale Transparenz. Für uns und den zahlenden Bürger!

Liebes Bündnis + SPD, ich verstehe den Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT so, wie Sie Ihn nun ändern wollen. Kann es sein, dass Sie wieder das Bündnislabel an einen sinnvollen Antrag kleben wollen? Und auch die SPD und FDP dürfen sich

auch nochmal profilieren? Nochmal: Es ist das wichtigste Projekt dieses Jahrzehnts.

Ihre Ergänzung

> *Sobald weitere relevante Unterlagen, wie z.B. die Kosten-Nutzen-Analyse vorliegen, werde diese entsprechend ergänzt.*

wird meiner Meinung nach mit

> *…Darstellung der zu erwartenden Kosten…*

der Ratsgruppe abgedeckt.

Den Antrag halten wir aber für zielführend. Wir würden auch Ihre - in unseren Augen entbehrliche - Änderung mittragen.

Sachregister

Abfallwirtschaftsbetrieb

Wirtschaftsplan 2023 281

AchtBrücken GmbH

Betriebskostenzuschüsse 194

Aktuelle Stunde

Kölner Schulen 115

Kulturelle, soziale und soziokulturelle Projekte 455

Stellenabbau von Ford 15

Verlag M. DuMont 560

Ausschreibung

2-zügiges Grundschulgebäude mit 2 Sportübungseinheiten 530

4-/6-zügiges Gymnasium mit vier Sportübungseinheiten 679

Gebäude zur Erweiterung 68

Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld 782

Baubeschluss

Bahnsteiganhebung 771

Bahnsteige der Haltestellen 278

Brandschutzsanierung 78

Erneuerung von 6 Fahrtreppenanlagen 781

Ersatzneubau Brücke 189, 791

Erweiterungsbau in modularer Bauweise 436

Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude 538, 644

Neubau für die Grundschule 641

Sportpionierpark 805

Stationäre Verschlusseinrichtungen 65

Umgestaltung der Kreuzung 541

Verbindung der Platzinnenfläche 426

Wohngebäude im öffentlich geförderten Wohnungsbau 188

Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

“Volkhovener Straße“ in Köln-Esch/Auweiler 542

„Deutzer Hafen“ in Köln-Deutz 543

„Integrative Quartiersentwicklung am Kalscheurer Weg“ in Köln-Zollstock 543

Alsdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld/-Braunsfeld 286

Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

„Hochpunkt Siegburger Straße“ in Köln Deutz 680

Campus Kartause (Kartäuserwall 24b) in Köln-Altstadt/Süd 99

Deutzer Hafen 87

Gebiet 'Deutz-Areal' in Köln-Mülheim 286

Gebiet 'Euroforum Nord und Euroforum West' in Köln-Mülheim 287

Gebiet 'Lindgens-Areal' in Köln-Mülheim 287

Ostmerheimer Straße 214 in Köln-Merheim 818

Scheidtweilerstraße 44-48 in Köln-Braunsfeld 99

Simonskaul in Köln-Weidenpesch 287

Stadtentwicklungskonzept Wohnen 819

Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven 680

Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus 205

Bedarfsfeststellung

Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle 646

Baumpflegearbeiten 781

Drei Schulbaumaßnahmen 647

Dreifachturnhalle 780

Einsatzbekleidung für die Feuerwehr 647

Europawahl 2024 279

Fünf Schulbaumaßnahmen 825

Stadtbahnhaltestellen 517

Unterbringungsplätze für Geflüchtete 285

Variotafeln 67

Waidmarkt 80

Wohngebäude zur Unterbringung Geflüchteter 784

Beihilfekasse

Jahresabschluss und Lagebericht 2022 771

Wirtschaftsplan 2024 771

Beschaffung

16 Kolonnenfahrzeuge als Elektrofahrzeuge 806

Bezirke

Bänke vor Ladenlokalen 343

Bildung

Änderung der Förderschule 529

Anmelde- und Verteilungsverfahren für Schulen 115

Aufhebung des gebundenen Ganztags 187

Ausbildungsgang "Gestalterin/Gestalter für immersive Medien" 367

Beschleunigungspaket weiterführende Schulen 644

Bildungsgang "Fachoberschule Klasse 11 und 12 - Fahrzeugtechnik (Elektromobilität)" 279

Bildungsgang "Fachpraktiker/in Küche" 368

Bildungsgang "Fachschule für Fahrzeugtechnik" 280

Bildungsgang "FOS Polizei" 368

Bildungsgang „Einjährige Berufsfachschule Typ 2“ 70

Dritte Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes 172

Familiengrundschulzentren 651

Neubau mit einer Dreifach- und einer Einfachturnhalle 368

Rücknahme der Zügigkeitserweiterung 413

Schulbauprojekte 280

Schuljahr 2023/2024 547

Schulmieten 768

Schulrechtliche Änderung 103

Schulrechtliche Änderung der Kapazität 528

Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule 367

Schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums 367

Schulsporthallen 131

Umwandlung von zwei Katholischen Grundschulen 368

Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung 66

Zügigkeitserweiterung 367

Bühnen am Offenbachplatz

Neustart ab der Spielzeit 2024/25 386

Sanierung 281

Bühnen der Stadt Köln

Actori-Gutachten 386

Aufbau einer Tanzsparte 386

Depot in Köln-Mülheim 386

Eintrittspreise 195

Jahresabschluss zum 31.08.2021 404

Wirtschaftsplan 2023/24 385

Bund

Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ 807

Bürgerbeteiligung

Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung 83

COVID-19

Aufarbeitung 323

Kinder-, Jugend- und Sozialeinrichtungen 173

Personal 285

Sommerkonzert 807

Denkmal

Anschläge des NSU 641

Denkmalschutz

Förderverein Römische Stadtmauer Köln e. V. 652

Ost-West-Achse 750

Deutschlandticket

Finanzierung 168

JobTicket 436

Weiterführende Schulen 654

Dringlichkeitsantrag

Deutschlandticket 168

Dringlichkeitsentscheidungen

Bebauungsplan-Entwurf 548

Einmalzahlung zum Inflationsausgleich 824

Fortführung der Trägerschaft 825

Gürzenich-Orchester 209

Gymnasien 103

Offene Ganztagsschule im Primarbereich 547

Photovoltaikanlage 685

Schaffung von Schulplätzen 825

Drogenpolitik

Drogenhilfeangebote am Neumarkt 70

Legalisierung von Cannabis 230

Umgebung Neumarkt / Drogenkonsumraum 432

Ehrenamt

Veedeln und Brauchtumspflege 719

Europameisterschaft

Rheinpark als Fan Zone 495

Familie-Ernst-Wendt-Stiftung

Wirtschaftsplan 2024 668

Freiwillige Feuerwehr

Arbeitssicherheit und Resilienz in den Gerätehäusern 806

Funkturm Colonius

Sanierung 676

GAG Immobilien AG

Satzungsänderung 84

Gebäudewirtschaft

Deutsches Institut für Interne Revision 68

Jahresabschluss zum 31.12.2021 530

Rücklagenbildung 261

Wirtschaftsplan 2023 435

Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Abfallgebühren 758

Abwassergebührensatzung 2024 638

Bewohnerparkgebührenordnung 758

Feuerwehrsatzungen 767

Straßenreinigung 758

Geflüchtete

Mindeststandards zur Betreuung 782

Ombudsstelle 526

Gender

Straßen und Plätze 348

Gesundheit

Anonymer Krankenschein 437

Corona-Pandemie 285

Geflüchtete aus der Ukraine 421

Kinderkrankenhaus Riehl und Krankenhaus-Holweide 751

Kölner Verhütungsmittelfonds 779

Projekt "mre-netz regio rhein-ahr" 196

Gleichstellung

Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln 825

Gremien

AG Zoologischer Garten Köln 207

Anzahl der Ausschüsse 684

Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales 545

Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden 289

Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales 102

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden 101

Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern 823

Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren 440

Bauauschuss 102

Bauausschuss 291

Beirat Porz Mitte 683

Besetzung in Ausschüssen 821

Digitalisierungsausschuss 207

Forensische Klinik Köln-Porz 288

Fraktionsloses Ratsmitglied 208

Gebrüder Coblenz Stift e. V. 545

Genossenschaft govdigital 102

Gerda- und Manfred-Ulbrich-Stiftung 442

Gestaltungsbeirat der Stadt Köln 101

Gremienbesetzung 291, 684

Gremienumbesetzung 102

Jugendhilfeausschuss 206, 207, 289, 440, 442, 544, 546, 684, 820, 821

Jugendzentren Köln gGmbH 443

Kliniken der Stadt Köln gGmbH 441

KölnBäder GmbH 442

KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH 821

Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH 823

Kölner Sportstätten GmbH 822

Kommunale Gesundheitskonferenz Köln 206, 208, 682

Liegenschaftsausschuss 290, 545

MiQua 102

Moderne Stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH 546

Ratsmitglieder mit beratender Stimme 824

RehaNova Köln neurologische Rehabilitationsklinik gGmbH 441

Sachkundige 207, 208, 288, 290, 440, 544, 547, 684, 685, 822

Sozial-Betriebe-Köln gGmbH 441

Stadtentwicklungsausschuss 290, 684

UA Regionale Zusammenarbeit 441

Umbesetzung 822, 823

Umbesetzung von Ausschüssen 546

Umlegungsausschuss 545

Unterausschuss Wohnen 289, 290

Verkehrsausschuss 440, 442, 822

Wirtschaftsausschuss 685, 820

Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH 546

Gürzenich-Orchester

Jahresabschluss 2021/2022 516

Kartenpreise 209

Wirtschaftsjahr 2023/24 280

Haushalt

Anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereiste Personen 64

Entwurf des Jahresabschlusses 2021 516

Ergebnis- und Finanzplanung 2025 bis 2027 769

Ermächtigungsübertragungen 276

Finanzierung von Auffangstationen 204

Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates 174

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz 769

Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen 63, 64, 174, 276, 353, 514, 639, 768, 769

Sachstand Cash Pool 669

Integration

Bereich LSBTI 198

Erdbebengebiet Türkei/Syrien 272

Inklusive Service-Gestaltung im AMT 814

Integrationsbudget 75

Integrationsbudget 2023 421

Integrative Stadtgesellschaft 647

Kölner Flüchtlingsrat e. V. 411

Koordinierungsstelle Erdbeben Türkei / Syrien 272

Programm „Bleibeperspektive in Köln“ 772

Staatsangehörigkeitsrecht 333

KAG-Satzungen

Erhebung eines Erschließungsbeitrages 543

Erschließungsanlage Hahnenstraße 544

Erschließungsanlage Kölnstraße 101

Erschließungsanlage Robert-Bosch-Straße 819

Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Josef-Kallscheuer-Straße 100

Straßenbauliche Maßnahmen 100, 205, 288, 439, 682, 820

Karneval

Festkomitee 60

Kommunale Beobachter:innen 43

Kinder und Jugendliche

Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen 824

Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung 654

FFP2/OP-Masken und Corona-Test-Kits 173

Kindertagesstätte Berrischstraße 64

Kita Kalkarer Straße 353

Spielplatz Xantener Straße/Johannes-Giesberts-Park 643

Kliniken der Stadt Köln

Sanierungsfahrplan 241

Zukunftsmodell 354

KÖBV

Haltestelle Barbarossaplatz 771

Kölnbusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH

Gesellschaftsvertrag 277

KölnTourismus GmbH

Erneute Betrauung 779

Kostenerhöhungen

Alte Schule Widdersdorf 515

Fahrzeuge des Brandschutzes 515

Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim 175

Flora/Botanischer Garten 515

Geh- und Radweg 768

Geschäftsanweisung für das Finanzwesen 175

Kleingartenanlage Hoffnung e. V. 768

Konzept Baumpflege 768

Kragplatte am Altstadtufer 175

Kreuzung Luxemburger Straße/Eifelwall 515

Neubau eines Wohngebäudes 353, 639

Rheinparkcafé 515

Römisch-Germanisches Museum 515

Schulträgeraufgaben 768

Sportanlage Humboldtstraße 64

Stadtentwicklungskonzept Porz-Mitte 64

Kultur

11er-Ring 489

Barcamp Good Practices 403

Barcamp zur Nachhaltigkeit in der Kultur 202

Dä malade Melode 582

Delmenhorster Straße 20 75

Gebäudekomplex Museum Ludwig - Philharmonie 531

Konzeptionsförderung 76

Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit in der Kultur“ 200

Kunst- und Kulturprogramms auf dem Neumarkt 282

Literaturnacht Köln 405

Mehrsprachiges Vermittlungsangebot des Museumsdienstes 778

NRW-Tag in 2024 669, 807

Projekt am Waidmarkt 413

Verein EIT Culture & Creativity e. V. 426

Wallraf-Jahr 2024 443

Kunst- und Museumsbibliothek

Sammlung Fotobücher von Hans Meyer-Veden 27

KVB AG

Beförderungserschleichung 706

Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske in Nordrhein-Westfalen

Beitritt 411

Mahnmal

Hohenzollernbrücke 325

Opfer von Unterdrückung, Rassismus, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen 808

Modernes Köln GmbH

Liquidation 778

Museum für Angewandte Kunst

61 europäische Mörser des 15. bis 19. Jahrhunderts 704

Museum für Angewandte Kunst Köln

Restitution von zwei Leuchtertischen 282

Museum Ludwig

Collage der Künstlerin Deborah Roberts 470

Sammlung von Kasper König 570

Museum Schnütgen

Elfenbeinreliefs 131

Skulpturengruppe Hl. Anna selbdritt 307

NRW KULTURsekretariat

Umwandlung der Rechtsform 385

NSU-Anschläge

Filmproduktion 84

Obdachlosigkeit

Zusätzliche Hilfen 284

ÖPNV

Hochwasserschutz von Stadtbahnanlagen 65

Kapazitätserweiterungen 278

Niehler Straße/Gürtel und Boltensternstraße/Gürtel 517

Schienenersatzkonzept 649

Sozialticket 470

StadtBahn Süd 196, 805

Stadtbahnhaltestelle Hans-Böckler-Platz/Bf. West 78

Stadtbahnhaltestelle Michaelshoven 385

Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz 646

Stadtbahnring rechtsrheinisch 157

TaxiBus-Linie in Klettenberg 278

Verkehrswende 251

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Erwerb einer Beteiligung 198

Planung

„Westlich Unter Goldschmied (Laurenz-Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord 548

Beschleunigungspaket weiterführende Schulen 538

Ersatzneubau der Brücke Am Tannenhof 385

Förderprojekt "Dasselbe in Grün" 78

Generalinstandsetzung Kindertagesstätte 64

Raumlufttechnische Anlage 530

Trassenfestlegung 196, 805

Radregion Rheinland e.V.

Mitgliedschaft 780

Rat

Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden 83

Ausschussübersicht 61

Fraktionszuwendungen 307

Gremien 724

Klimafolgendarstellung 637

Oberbürgermeisterin 620, 637, 749

Teilnahme an Fraktionssitzung 504, 636

RheinEnergie AG

Fernwärmeanschlüsse 502, 636

Satzungen

Abfallentsorgung 756

Anbringungsort, Abmessung und Ausgestaltung von Werbeanlagen 513

Baumschutzsatzung 346

Erheben von Parkentgelten 61

Finanzielle Entschädigung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger 758

Friedhofsgebührensatzung 276

Geldspielgerätesatzung 755

Hauptsatzung der Stadt Köln 61

Private Spielflächen für Kleinkinder 511

Rettungsdienstsatzung 756

Sondernutzungssatzung 757

Übergangswohnheime 756

Werbesatzung D der Kölner Ringstraßen - Kaiser-Wilhelm Ring 512

Werbesatzung E der Kölner Ringstraßen - Hohenzollernring 512

Werbesatzung F der Kölner Ringstraßen - Friesenplatz 513

Werbesatzung G der Kölner Ringstraßen - Rudolfplatz 513

Zusatzversorgungskasse 174

Schenkungen

Historische Grünanlage Alhambra 705

Kunst- und Museumsbibliothek 27

Moderne Glaskunst 705

Museum für Angewandte Kunst Köln 704

Museum Ludwig 470, 570

Museum Schnütgen 131, 307

Schulen

„Snake“-Gebäude, Am Wassermann 367

Berufskolleg an der Lindenstraße 368

Berufskolleg Ehrenfeld 68, 368

Berufskolleg Porz 70

Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 187

Fitzmauricestraße in Ossendorf 367

Förderschule Blumenthalstraße 529

Förderschule Lernen am Standort Berliner Straße 69

Franziskusschule, Katholische Grundschule, Cäsarstraße 528

Gemeinschaftsgrundschule Annastraße 367

Gemeinschaftsgrundschule Geilenkircher Straße 367

Gemeinschaftsgrundschule Konrad-Adenauer-Schule 367

Gemeinschaftsgrundschule Nußbaumerstraße 367

Gemeinschaftsgrundschule Soldiner Straße 367

Georg-Simon-Ohm-Schule 368

Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 538

Gesamtschule Lindenthal/Ehrenfeld 368

Gesamtschule Lindenthal/Ehrenfeld Wasseramselweg 685

Grundschule Antwerpener Straße 641

Grundschule Friedenstraße 279

Grundschule Gutnickstr. 647

Grundschule Kolkrabenweg 647

Gymnasium Rochusstraße 80

Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 538

Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 436

Humboldtstraße 825

Interimsgebäude Bürgerpark Nord 367

Interimsgebäude Sürther Straße 367

Interimsgebäude Toni-Steingass-Park 367

Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 538, 644

Katholische Grundschule Osterather Straße 367

KGS und GGS An den Kaulen 647

Königin-Luisen-Schule, Gymnasium Alte Wallgasse 413

Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg 279, 280

Peter-Grieß-Straße 825

Redwitzstraße 825

Schule Thymianweg (FSL) 69

Schulstraße 825

Standort Eitorfer Straße 81

Weiterbildungskollegs Gereonsmühlengasse und Dagobertstraße 529

Sonstige städtische Regelungen

Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt 62

Interkulturelle Zentren 63

Rechnungsprüfungsordnung 62

Sozial-Betriebe Köln gGmbH

Erneute Betrauung 437

Sport

Förderung von Sport und Bewegung 66

Kölner Sportanlagen 781

Leistungszentrum 1.FC Köln 503

Olympia-Stützpunkt und Indoor-Skatepark 748

Parkstadt Süd 805

Radsportzentrum NRW 814

Sanierung Rendsburger Platz 66

Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See 531

Standort Holweider Straße 780

Stadt Köln

Arbeitskräftemangel 45, 482

Außengastronomieflächen 590

Bürgerzentrum Turmstraße 748

Cannabis Cologne 231

Cash Pool 195

Cradle 270

Deutzer Kirmes 624

Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn 196

Ehrenbürgerwürde DuMont 638

Einbürgerungsfeiern 604

Geheimverwaltung 271

Gottfried Böhm Stipendium 195

Heirat 721

Holger Czukay Preis für Popmusik 84

Internationaler Verband für öffentliches Verkehrswesen 653

Israel und Tel Aviv 611

Kampagne der Menschenrechtsstädte 203

Kölner Fest der Demokratie 503

Kommunikation im öffentlichen Raum 346

Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen 348

Öffentlicher Dienst 149

Platz vor dem Schauspielhaus 504

Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ 187

Projektauswahlgremium "un:box cologne" 412

Projekte zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung 198

Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes zum 31.12.2020 539

Schlagbaumsweg 503, 636

Sicherheitskonzept 614

Städtepartnerschaftsarbeit 190

Stadthaus Deutz 271

Strukturförderfond 738

Struktursicherungsfond 737

Überschuss aus dem Jahresabschluss 2020 542

Urinale 714

Welcome Desk 270, 346

Willkommenskultur 712

X-(Twitter)-Konten 586

Zweiter Gleichstellungsplan 779

Stadtbibliothek Köln

Zentralbibliothek 263

Stadtentwässerungsbetriebe

Abwasserbeseitigungskonzept 84

Jahresabschluss 2022 405

Wirtschaftsplan 2024 668

Stadtentwicklung

Arbeitskreis "Domumgebung" 502, 635

Aufwertung Neumarkt 426

Begleitgremien 270, 345

Brunnen am Neumarkt 85

Bürgerhaus MüZe, Berliner Str. 523, 772

Ehemalige Generalzolldirektion 269

Ehemaliges Areal der Oberfinanzdirektion Köln 269

Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 77

Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen 669

Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ 807

Gaskugelbehälter Maarweg 571

Gebiet Ehrenfeld Ost 819

Großbauprojekte 164

Grün bleibt Grün 175

Köln Katalog 199

Kulturbunker in Köln-Mülheim 777

Kulturraumzentrum Niehl 516

Märkte am Autokino Porz 28

Maßnahme „Zuhause im Veedel“ 778

Maßnahmen am Neumarkt 59

Masterplan Stadtgrün 175

Neumarkt-Areal 282

Osthof der Hallen Kalk 730

Projekt Waidmarkt 80

Stadtteil Kreuzfeld 405

Stadtwerke Köln

Jahresüberschuss 2022 431

Transparenz

Steueroasen 341

Überplanmäßige Aufwedungen

Museum Ludwig 770

Überplanmäßige Aufwendung

Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst 769

Überplanmäßige Aufwendungen

Gesundheitsamt 639

Sanierung Kita 353

Verkehrsmanagement 640

Wirtschaftliche Jugendhilfe 639

Wohnungsamt 640

Umwelt

Aktionsplan Klimaschutz 792

Förderprogramm "GRÜN hoch 3 Dächer | Fassaden | Höfe" 420

Klima-Bonus-App 575

Klimafolgenanpassung 423

Richtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen“ 537

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Köln e.V. 204

Umweltbildungszentrum Heideportal Gut Leidenhausen e.V. 204

Zero-Waste-Konzept Köln 785

Unterbringung von Geflüchteten

Fühlinger See 618

Gießener Straße in Köln-Gremberg 784

Standort Ringstr. 277

Veranstaltungszentrum Köln

Auflösung der Kapitalrücklage 517

Jahresabschluss 2022 517

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.

Mitgliedschaft 430

Vergabe, Lieferungen und Leistungen

Errichtung einer Gesamtschule 283

Raumlufttechnische Anlagen 531

Verkehr

Autonom fahrende Verkehre 242

Brücke Escher Straße 791

Brücke Frankfurter Straße 189

Lastenradförderung 750

Mülheimer Brücke 649

Nachhaltige Urbane Mobilitätsplanung 526

Neusser Straße/Kempener Straße/Auerstraße 541

Ost-West-Achse 715

Parken für Handwerker und Pflegedienste 140

Parkgebühren Carsharinganbieter 750

Stadtbahnhaltestellen Piusstraße, Körnerstraße und Akazienweg 782

Sürther Leinpfad 768

Träger öffentlicher Belange 35

Verkehrsversuche 310

Zoobrücke 580

Verordnungen

Offenhalten von Verkaufsstellen 62

Wirtschaft

Kölner Großmarkt 312, 346, 502, 637

Schließung der Druckerei 560

Standort Köln 15

Wohnraum

Auszugsmanagement 780

Mietverträgen städtischer Gebäude 42

Sofortprogramm 593

Städtisches Grundstück Berliner Str. 188

Städtisches Grundstück Houdainer Str. 639

Städtisches Grundstück Langenbergstr. 353

Wohnungs- und Obdachlosigkeit 252

Rednerverzeichnis

Abé, Denise (Bündnis 90/Die Grünen) 423, 583, 792

Achtelik, Christian (Volt) 57, 154, 167, 331, 361, 424, 565, 578, 788, 798, 823, 824

Aengenvoort, Constanze (CDU) 423, 786, 794

Bauer-Dahm, Daniel (Bündnis 90/Die Grünen) 483, 772, 773, 774, 814

Bellis-Olinger, Teresa De (CDU) 37, 87, 141, 159, 169, 192, 244, 351, 426, 474, 518, 656, 662, 759

Blome, Andrea, Stadtdirektorin 45, 47, 48, 631, 632, 633, 634

Böll, Mechthild (Bündnis 90/Die Grünen) 751

Boyens, Stephan (AfD) 12, 27, 37, 47, 59, 72, 156, 200, 202, 229, 241, 251, 362, 393, 421, 526, 528, 540, 567, 580, 648, 700, 712, 713, 746, 796

Breite, Ulrich (FDP) 55, 56, 72, 111, 136, 191, 218, 219, 227, 360, 392, 393, 498, 501, 502, 503, 536, 635, 639, 661, 770, 817

Brock-Storms, Claudia (SPD) 273, 333, 524, 607, 642

Brust, Gerhard (Bündnis 90/Die Grünen) 132, 223, 224, 225, 788

Bülow, Brigitta von (Bündnis 90/Die Grünen) 263, 282, 326, 386, 493, 809

Busch, Philipp (AfD) 12, 13, 42, 64, 196, 210, 219, 270, 271, 323, 409, 557, 579, 618, 636, 637, 701, 718, 764

Büschges, Matthias (AfD) 57, 67, 77, 78, 112, 126, 130, 144, 162, 183, 218, 238, 248, 285, 301, 302, 303, 308, 310, 311, 312, 351, 376, 465, 536, 557, 588, 621, 653, 699, 711, 735, 740, 827

Charles, Stefan, Beigeordneter 388, 396, 416

Cremer, Christer (AfD) 25, 39, 59, 60, 61, 155, 156, 187, 258, 321, 332, 336, 338, 453, 477, 499, 602, 609, 611, 638, 728, 749, 800, 812

Derichsweiler, Max Christian (Bündnis 90/Die Grünen) 720

Detjen, Jörg (DIE LINKE) 62, 135, 190, 226, 233, 256, 314, 341, 342, 471, 473, 480, 481, 535, 541, 627, 632, 742, 816

Dickas, Birgit Beate (Die FRAKTION) 609

Diemert, Prof. Dr. Dörte, Stadtkämmerin 193, 396, 398, 659, 740

Edis, Ahmet (Grün Offene Liste) 272

Egerer, Ascan, Beigeordneter 196, 197, 430, 650, 654

Elster, Dr. Ralph (CDU) 328, 388, 622

Erkelenz, Martin (CDU) 255, 272, 285, 739

Feuser, Inga (KLIMA FREUNDE & GUT) 579, 649, 672, 724, 750, 764, 789, 800

Frebel, Polina (SPD) 346

Froh, Manuel Uwe (Volt) 489, 588, 591, 661, 672, 709, 714

Gabriel, Ngoc-Anh (KLIMA FREUNDE) 41, 58, 79, 86, 93, 146, 151, 162, 184, 248, 351, 427, 428, 429, 479, 487

Gärtner, Ursula (CDU) 74, 752

Glashagen, Jennifer (Volt) 22, 257, 268, 477, 487, 509, 743, 754, 773

Görzel, Volker (FDP) 21, 30, 31, 153, 154, 276, 315, 346, 461, 492, 493, 564, 578, 592, 628, 708, 734, 787, 788, 797

Greitemann, Markus, Beigeordneter 86, 168, 230, 301, 439, 574, 645, 680, 681

Haack, Andree, Beigeordneter 16, 271, 467, 468, 569, 735

Haaks, Stefanie (Kölner Verkehrs-Betriebe) 431, 481

Haeming, Eric (CDU) 132

Hammer, Lino (Bündnis 90/Die Grünen) 12, 36, 37, 79, 103, 111, 146, 158, 168, 219, 263, 335, 343, 413, 418, 429, 433, 438, 439, 473, 474, 504, 524, 606, 634, 699, 700, 717, 748, 749

Heinen, Dr. Ralf (SPD) 33, 192, 620

Heinen, Dr. Ralf, Bürgermeister 353, 354

Helmis, Maria (SPD) 85, 86, 265, 389, 415, 418, 506, 507

Helmis-Arend, Maria (SPD) 584, 719, 732

Hock, Michael (Die FRAKTION) 44, 61, 103, 111, 128, 193, 219, 236, 308, 325, 332, 453, 470, 479, 489, 614, 649, 714

Hölzing-Clasen, Bärbel (Bündnis 90/Die Grünen) 81, 117, 368, 644, 655

Homann, Mike (SPD) 53, 77, 89, 178, 180, 406, 572, 624, 632, 634

Hoyer, Katja (FDP) 52, 143, 233, 256, 274, 331, 337, 432, 434, 475, 487, 604, 721, 744, 746

Huldai, Ron, Bürgermeister von Tel Aviv 698

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister (Innenstadt) 268, 501, 509, 610, 630

Jeschka, Manuel Uwe (Volt) 126, 133, 234, 245, 375, 393, 417

Joisten, Christian (SPD) 112, 154, 165, 169, 302, 319, 322, 335, 356, 359, 363, 393, 397, 439, 458, 459, 468, 525, 562, 593, 594, 611, 616, 635, 645, 665, 673, 677, 681, 700, 741, 756, 773, 774, 775, 784, 795, 796, 810

Karadag, Derya (Bündnis 90/Die Grünen) 32, 317, 319

Kienitz, Niklas (CDU) 12, 77, 138, 177, 307, 407, 414, 418, 453, 457, 469, 505, 571, 596, 731

Kircher, Jürgen (SPD) 188

Klemm, Ralf (Bündnis 90/Die Grünen) 495, 532, 633, 814

Kockerbeck, Heiner (DIE LINKE) 29, 69, 81, 123, 164, 173, 267, 330, 373, 391, 415, 417, 507, 584, 658, 810

Krupp, Dr. Gerrit (SPD) 44, 48, 49, 149, 329, 344, 482, 488, 491, 497, 591, 669, 723, 726, 753

Lepel, Timo von (Stadtwerke Köln) 574

Lorenz, Lukas (SPD) 38, 157, 199, 245, 349, 428, 430, 470, 471, 519, 575, 634, 653, 687, 707, 714, 761

Lutz, Dr. David (Bündnis 90/Die Grünen) 242, 575

Martin, Christiane (Bündnis 90/Die Grünen) 17, 165, 354, 455, 560, 595, 613

Marx, Werner (CDU) 33

Michalak, Mario (Bündnis 90/Die Grünen) 641

Michel, Dirk (CDU) 319

Niknamtavin, Sarah (DIE LINKE) 273, 336, 498, 642

Pakulat, Sabine (Bündnis 90/Die Grünen) 176, 469, 681, 730

Petelkau, Bernd (CDU) 18, 51, 52, 53, 152, 225, 237, 337, 344, 355, 485, 561, 590, 615, 626, 671, 810, 815

Philippi, Franz (SPD) 134, 816

Pütz, Pascal (SPD) 28, 228, 604

Rau, Prof. Dr. Harald, Beigeordneter 188, 218, 239, 260, 480, 481, 639

Recktenwald, Viola (SPD) 73, 232, 433

Reker, Henriette, Oberbürgermeisterin 11-13, 15, 17-23, 25-45, 47-53, 55-81, 83-87, 89-91, 93, 94, 99-104, 110-112, 115, 117, 119-122, 124, 126, 128, 130-138, 140, 141, 143-160, 162-184, 186-209, 270-291, 300-304, 307-312, 314-317, 319-326, 328-338, 340-352, 355, 356, 358-363, 367, 369, 371, 373-378, 380-386, 388, 389, 391-394, 396-399, 403-406, 408, 409, 410-418, 420-443, 452, 453, 455, 457-466, 468-471, 473-475, 477, 479-483, 485-509, 511-520, 522-526, 528-531, 533, 535-539, 541-548, 555-557, 559, 561-597, 599, 600, 602-604, 606-611, 613-618, 620, 622, 624-654, 656-663, 665, 668-674, 676-701, 704-721, 723-727, 729-737, 739-746, 747-775, 777-782, 784-792, 794-797, 798, 800, 802, 805-808, 810-826

Richter, Manfred (Bündnis 90/Die Grünen) 50, 151, 348, 490, 590, 615, 625, 632, 670, 706, 723

Röhrig, Uschi (DIE LINKE) 71, 180, 359, 424, 577, 753, 796

Rudolph, Floris (Bündnis 90/Die Grünen) 254, 434, 473, 738

Ruffen, Stefanie (FDP) 124, 166, 261, 267, 374, 587, 599, 659, 663, 726

Schallehn, Robert (Bündnis 90/Die Grünen) 204

Schlieben, Dr. Helge (CDU) 119, 120, 121, 369

Schlömer, Ursula (Bündnis 90/Die Grünen) 785

Schneeloch, Sandra (Bündnis 90/Die Grünen) 676, 725, 737

Scho-Antwerpes, Elfi (SPD) 253, 254

Schwanitz, Hans (Bündnis 90/Die Grünen) 191

Seeck, Oliver (SPD) 121, 172, 371, 533, 657

Seiger, Christine (Bündnis 90/Die Grünen) 199

Siebert, Dr. Diana, Bezirksbürgermeisterin (Nippes) 322, 522, 568

Sommer, Ira (CDU) 680

Spehl, Felix (CDU) 710

Steinmann, Lisa (SPD) 19, 141, 147, 312, 313

Sterck, Ralph (FDP) 35, 91, 160, 181, 247, 343, 408, 416, 508, 521, 571, 762, 811

Syndicus, Karina Margareta (Die FRAKTION) 12, 24, 43, 67, 93, 145, 147, 175, 191, 201

Syndicus, Karina Margareta (GUT Köln) 259, 463, 494, 522

Syndicus, Karina Margareta (KLIMA FREUNDE & GUT) 567, 573, 592, 603, 629, 654, 662, 663, 705, 715, 729, 735, 736, 750

Tokyürek, Güldane (DIE LINKE) 20, 38, 54, 90, 94, 143, 150, 160, 170, 197, 246, 350, 485, 491, 563, 608, 617, 707, 717, 724

Tybussek, Artur (CDU) 265

Unna, Dr. Ralf (Bündnis 90/Die Grünen) 56, 70, 231

Venturini, Isabella (Volt) 34, 93, 141, 162, 182, 274, 320, 338, 409, 462, 499, 600, 677, 727, 734, 763

Voigtsberger, Robert, Beigeordneter 115, 303

Wahlen, Lars (Bündnis 90/Die Grünen) 140, 517, 758

Wasserbauer, Patrick (Bühnen Köln) 396, 397, 398

Weber, Florian (CDU) 496, 533, 576

Weisenstein, Michael (DIE LINKE) 137, 179, 270, 324, 336, 378, 406, 407, 460, 520, 597, 599, 677, 700, 701, 733, 761, 790

Wolter, Andreas (Bündnis 90/Die Grünen) 203

Wolter, Andreas, Bürgermeister 216, 218, 219, 223-226, 228-230, 232-234, 236, 238-242, 244-249, 251, 252, 254-261, 263, 265, 267-269

Wortmann, Walter (Die FRAKTION) 40, 281, 301, 321, 566, 582

Yazicioglu, Dilan (Bündnis 90/Die Grünen) 438

Zimmermann, Thor-Geir (GUT Köln) 34, 41, 86, 111, 120, 129, 151, 167, 171, 184, 249, 303, 316, 340, 346, 352, 376, 394, 464, 471, 479, 499, 503, 573, 586, 630, 637, 663, 665, 672, 678, 729, 765, 807, 808, 812